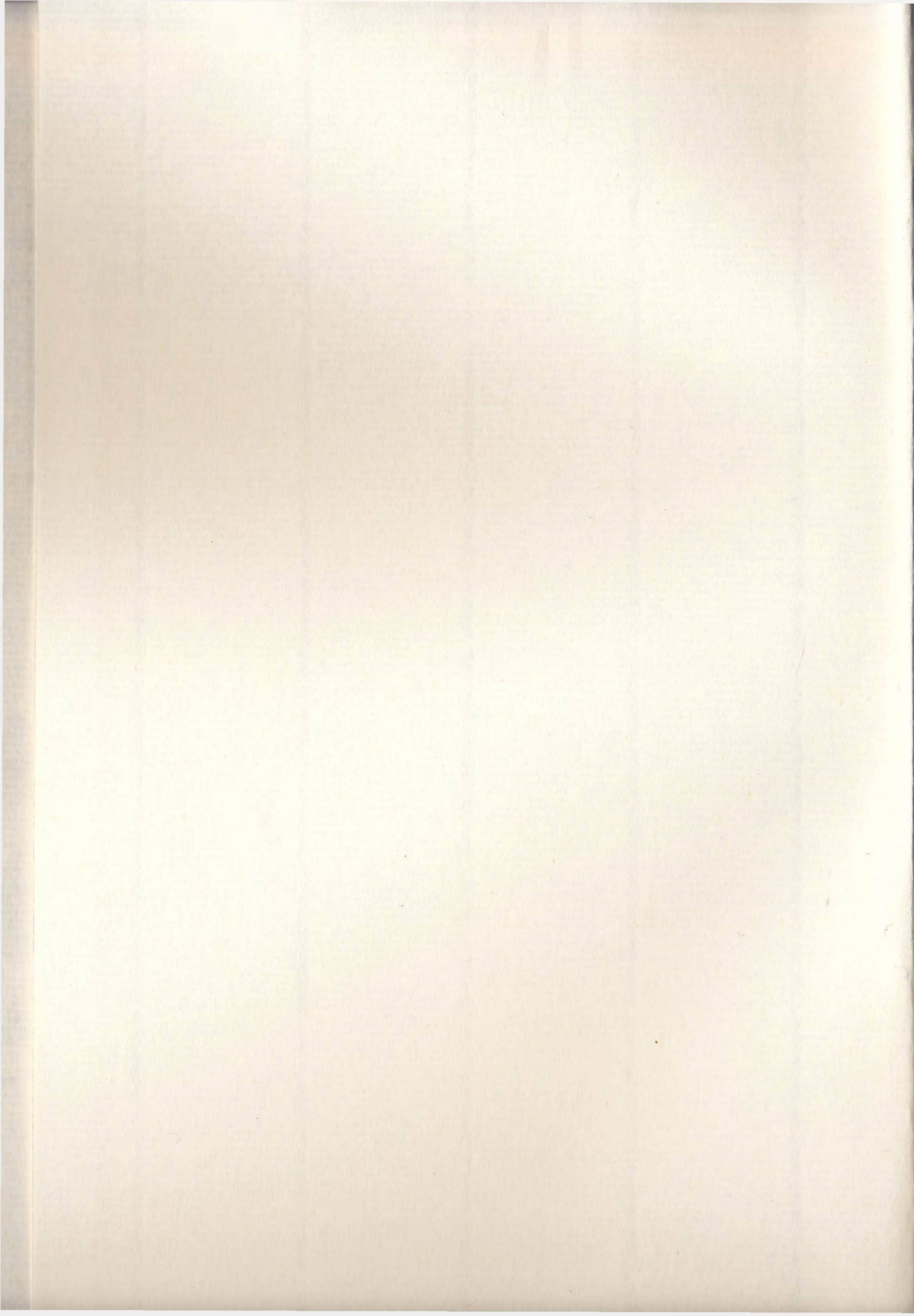
Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1933–1941

Herausgegeben von
Francis R. Nicosia



Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 77

Mohr Siebeck



Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts

77

herausgegeben vom

Leo Baeck Institut London



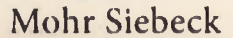


Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1933–1941

Herausgegeben und eingeleitet
von

Francis R. Nicosia

Mohr Siebeck



Francis R. Nicosia, 1968–1969 für das Peace Corps in Libyen; Studium der Geschichtswissenschaft; 1978 Promotion; 1979–2008 Professor für Geschichte am Saint Michael's College in Vermont/USA; seit 2008 Professor für Geschichte und Raul Hilberg Distinguished Professor for Holocaust Studies an der University of Vermont/USA.

Gedruckt mit Unterstützung der Irene Bollag-Herzheimer Stiftung, Basel.

ISBN 978-3-16-155021-8 / eISBN 978-3-16-156198-6
DOI 10.1628/978-3-16-156198-6

ISSN 0459-097X / eISSN 2569-4383
(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über *http://dnb.dnb.de* abrufbar.

Das Buch wurde von Martin Fischer in Tübingen gesetzt und von Hubert & Co. in Göttingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden. Der Einband wurde von Uli Gleis aus Tübingen gestaltet. Umschlagabbildung: Jüdische Auswanderer beim Palästinaamt in der Berliner Meineckestraße, 1935 (mit freundlicher Genehmigung der Central Zionist Archives, Jerusalem).

Printed in Germany.

Im Andenken an
Arnold Paucker
(1921–2016)

[illegible]
[illegible]
[illegible]

Printed in [illegible]

Inhalt

Dokumente



Dank

Die 208 in diesem Band abgedruckten Dokumente befinden sich in 23 Archiven in vier Ländern. 15 dieser Archive liegen in der Bundesrepublik Deutschland, fünf in Israel, zwei in den Vereinigten Staaten und eines in Russland. Sie werden unten mit Namen und Orten im Verzeichnis der Archive aufgeführt. Dieses Verzeichnis trägt die meisten Archive zusammen, auf die ich in den letzten 25 Jahren für meine Arbeit zum Thema Zionismus und zionistische Bewegung in Deutschland in der Weimarer und der NS-Zeit angewiesen gewesen bin. Deswegen möchte ich mich zuallererst bei diesen Institutionen, ihren Leitungen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufrichtig bedanken. Ohne ihre Unterrichtung und unermüdliche Unterstützung hätte ich meine Arbeit zu diesem Thema – einschließlich dieses Bandes – überhaupt nicht mit Erfolg durchführen können.

Diese Archive hätte ich nicht aufsuchen können ohne die großzügige finanzielle Unterstützung von Institutionen in Deutschland und den Vereinigten Staaten. An dieser Stelle möchte ich dem Raul Hilberg Lehrstuhl für Holocaust-Studien an der Universität von Vermont, dem Council for the International Exchange of Scholars (Washington, D.C.) und der in Berlin ansässigen Fulbright-Kommission herzlich danken. Letztere ermöglichte mir den Besuch mehrerer Archive in Berlin und anderen deutschen Städten. Mit der Unterstützung der American Philosophical Society in Philadelphia habe ich den notwendigen Forschungsaufenthalt in Moskau realisieren können. Dank dem Deutschen Akademischen Austauschdienst sowie dem Saint Michael's College in Vermont war ich in der Lage, meine Forschungen in Israel durchzuführen. Ich danke auch der Charles-Revson-Stiftung und dem Mandel Center for Advanced Holocaust Studies beim United States Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C. sowie dem American Council of Learned Societies für ihre großzügige Unterstützung. Für die Unterstützung des Raul Hilberg Distinguished Professorship for Holocaust Studies an der University of Vermont bin ich besonders dankbar.

1981, also vor 37 Jahren, gab Jehuda Reinharz seine außerordentlich wertvolle und verdienstvolle Quellensammlung *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933* in der Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts heraus. Seit über zwei Jahrzehnten bin ich von der Notwendigkeit überzeugt gewesen, diese Quellensammlung für die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft fortzusetzen. Deswegen umfasst dieser Folgeband nun die Geschichte des Zionismus in Deutschland in den Jahren von der NS-Machtergreifung im Januar 1933 bis zum offiziellen Ende der jüdischen Auswanderung aus Deutschland und dem besetzten Europa bzw. dem Beginn des Holocaust 1941. Mein Dank gilt daher auch dem Leo Baeck Institut in London und dem Mohr Siebeck Verlag in Tübingen für ihre Bereitschaft, diesen Band in die Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des LBI aufzunehmen.

Dankbar bin ich zudem den Herausgebern der folgenden Aktenbände bzw. Auskunftsbücher, die ich bei der Abfassung der vielen Anmerkungen sowie des Glossars verwendet habe: *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933* (1981), herausgegeben von Jehuda Reinharz; *Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918–1945* (1988), herausgegeben von Joseph Walk; *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus.* Bd. 1, *Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939* (1997), herausgegeben von Otto Dov Kulka; *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur* (7 Bde.), herausgegeben von Dan Diner; *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945.* Bd. 1, *Deutsches Reich 1933–1937* (bearbeitet von Wolf Gruner, 2008), sowie Bd. 2, *Deutsches Reich 1938–August 1939* (bearbeitet von Susanne Heim, 2009); und *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Bd. I (1980), Leitung und Bearbeitung von Werner Röder und Herbert A. Strauss. Diese Bände sind unten im Literaturverzeichnis aufgeführt.

Zum Schluss danke ich Stephanie Warnke-De Nobili, der Cheflektorin für Geschichte des Mohr Siebeck Verlags in Tübingen, Tina Massing aus Koblenz, Angelika Königseder aus Berlin und Jan Kühne von der Hebräischen Universität in Jerusalem. Tina Massing machte das Manuskript druckfertig und Angelika Königseder hat die von mir auf Englisch geschriebene Einführung ins Deutsche übersetzt. Jan Kühne hat einige in diesen Band eingegliederte Akten der Haganah Archives in Tel Aviv sowie einige in den Akten erscheinende Begriffe aus dem Hebräischen ins Deutsche übersetzt. Ich danke auch Kelly McDonald und Lauren Fedewa, die mir bei den technischen Vorbereitungen geholfen haben.

Die hier erwähnten Personen und Institutionen verdienen alle das Lob für ihre Unterstützung bei der Entstehung dieser Quellensammlung. Es liegt aber die alleinige Verantwortung für diese Arbeit in allen ihren Bereichen bei mir.

Middlebury, Vermont Francis R. Nicosia

Verzeichnis der Archive

BA/D-H	Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten
BArch	Bundesarchiv, Berlin
CJA	Centrum Judaicum Archiv – Stiftung Neue Synagoge, Berlin
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam
CAHJP	Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem
CZA	Central Zionist Archives, Jerusalem
GLA/K	Generallandesarchiv, Karlsruhe
GStA-PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
HA	Haganah Archives, Tel Aviv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
JI	Jabotinsky Institute, Tel Aviv
LA/B	Landesarchiv Berlin
LBI/NY	Leo Baeck Institute, New York
LHAS-A/M	Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg
NSLA/W	Niedersächsisches Landesarchiv, Wolfenbüttel
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin
RSMA	Russian State Military Archive, Moscow
SStA/L	Sächsisches Staatsarchiv, Leipzig
StA/H	Staatsarchiv, Hamburg
StA/M	Staatsarchiv, München
StdA/N	Stadtarchiv, Nürnberg
USHMM	United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D.C.
YV	Yad Vashem, Jerusalem



Verzeichnis der Dokumente

I. Deutsche Zionisten und die Machtübernahme 1933

II. Zionismus in der NS-Judenpolitik 1933–1938

III. Zionistische Arbeit in Deutschland 1933–1938

IV. Zionismus-Revisionismus in Deutschland 1933–1938

V. Von der Auflösung bis zur Endlösung 1938–1941

[188] Fortführung der jüdischen Auswanderung nach Palästina; Dr. Werner Feilchenfeld, Haavara Trust and Transfer Ltd., vertraulicher Bericht über das Ergebnis der Berliner Besprechungen vom 2. bis 9. Juli 1939, 11. Juli 1939; LBI/NY: Papers of Robert Weltsch

[189] Deutsche Förderung der illegalen Einwanderung nach Palästina; »Deutschland fördert die illegale Einwanderung von Juden nach Palästina«, Spezial-Information von Martin Rosenblüth, 26. Juli 1939; CZA: S7\902

[190] Alijah Beth: illegale Einwanderung in Palästina; Interview mit Ehud Avriel nach dem Krieg, o. D. (nach dem Krieg); HA: 149.00025

[191] Alijah Beth: illegale Einwanderung in Palästina; Interview mit Pino Ginzburg, 1985; HA: 123/Kibu/124 (Ha'apala Project, Tel Aviv University)

[192] Zionistische Arbeit in Deutschland nach dem Kriegsausbruch; Brief, Schalom Rav Lachem und Pino Ginzburg/Amsterdam, an Machlakah Germanit/Tel Aviv, 4 September 1939; HA: 123/private/12 (Ha'apala Project, Tel Aviv University)

[193] Die Arbeit des Berliner Palästinaamts; Palästinaamt/Berlin an die Geheime Staatspolizei/Berlin, Bericht über dir Tätigkeit des Palästinaamtes im Oktober 1939, 3. November 1939; BArch: 75c Re 1-47

[194] Fortführung der Auswanderung deutscher Juden nach Palästina; Brief von Richard Lichtheim an I. Klinow, Jewish Agency for Palestine, Geneva Office, 5. Januar 1940; CZA: S5\233

[195] Fortführung der Auswanderung deutscher Juden nach Palästina; Haushaltsplan der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland für das 1. Halbjahr 1940, o. D. (1940); BArch: 75c Re 1-1

[196] Die Gestapo und die Fortführung der jüdischen Auswanderung; Rundschreiben der Geheimen Staatspolizei/Potsdam betr. »Judenauswanderung«, 8. Mai 1940; BLHA: Rep. 41 Amtsbezirk Bötzow Nr. 34

[197] Verwaltungskosten des Palästinaamtes der Jewish Agency; Palästinaamt Berlin der Jewish Agency for Palestine, an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 24. Mai 1940; BArch: 75c Re1-1

[198] Heydrich und eine »territoriale Endlösung der Judenfrage«; Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Heydrich) an den Herrn Reichsaußenminister (von Ribbentrop), 24. Juni 1940; PA: Inland II/G, Bd. 177 (Endlösung der Judenfrage): R100857

[199] Madagaskar, Palästina und eine territoriale Endlösung; Aufzeichnung des Referats D-III im Auswärtigen Amt, »Die Judenfrage im Friedensvertrage«, 3. Juli 1940; PA: Inland II/G, Bd. 177 (Endlösung der Judenfrage): R100857

[200] Palästina und die Auswanderungspolitik des SD; Aktennotiz Nr. 44: Rücksprache im Reichssicherheitshauptamt, 3. Juli 1940; YV: TR-3, 1143

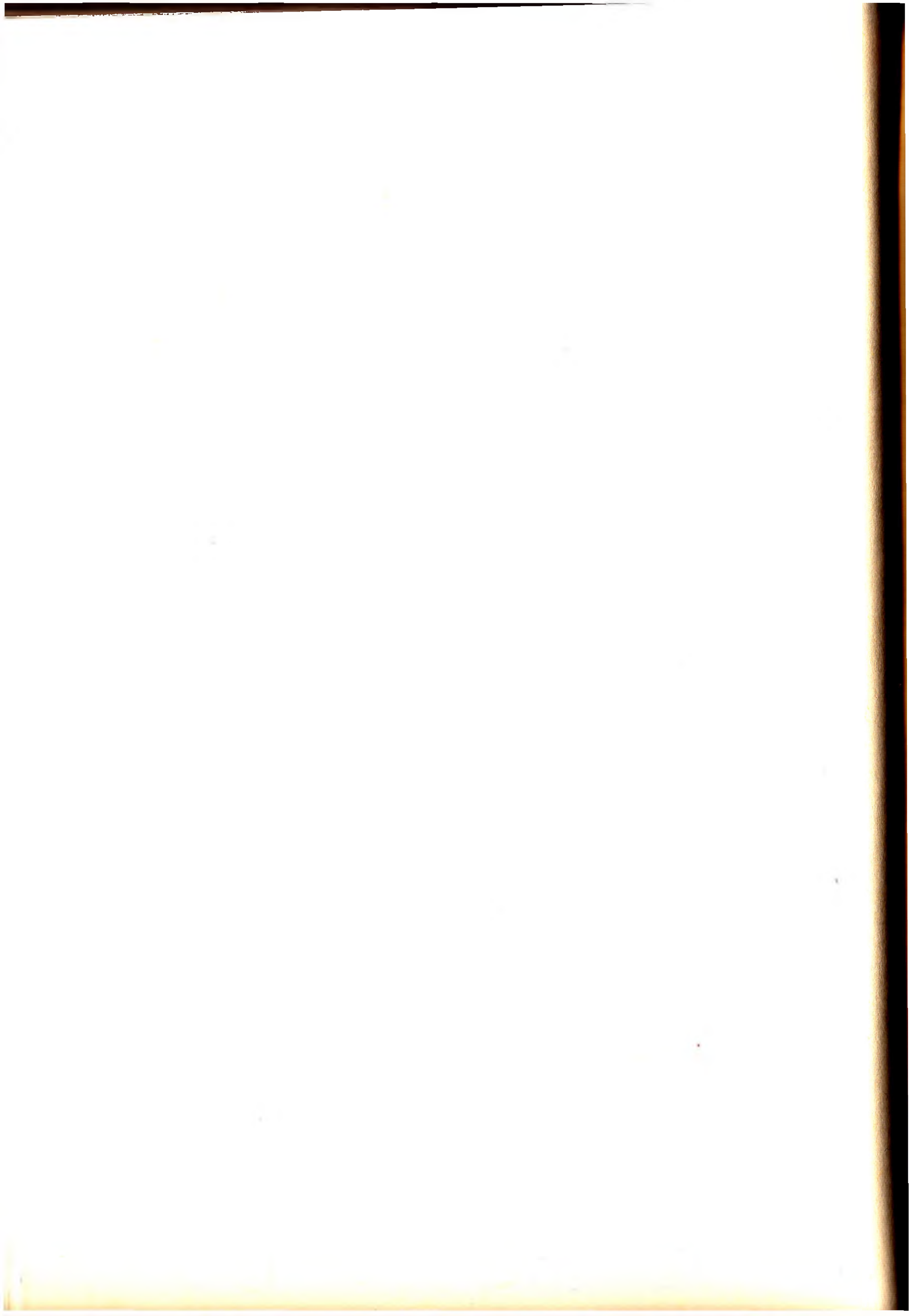
[201] Fortführung der jüdischen Auswanderung nach Palästina; Palästinaamt Berlin der Jewish Agency for Palestine an die Geheime Staatspolizei/Berlin, Bericht über die Tätigkeit des Palästinaamts im September 1940, 10. Oktober 1940; BArch: 75c Re1-47

[202] Zionistische Ziele der Reichsvereinigung; »Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland«, 30. Dezember 1940; BArch: 75c Re1-2

[203] Tätigkeiten und Schwierigkeiten des Palästinaamts; Palästinaamt Berlin der Jewish Agency for Palestine an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Berlin, Bericht über die Tätigkeit des Palästinaamtes Berlin im Februar 1941, 13. März 1941; BArch: 75c Re1-47

[204] Andeutung einer künftigen »Endlösung der Judenfrage«; Reichssicherheitshauptamt Berlin an alle Staatspolizeileitstellen, 20. Mai 1941; BArch: R/58-276

[205] Das Ende der zionistischen Arbeit in Deutschland; Brief von Richard Lichtheim, Jewish Agency for Palestine, Geneva Office, an Dr. Nahum Goldmann, New York, 22. Juli 1941; CZA: L22\443



Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
Abt.	Abteilung
AC	Aktions-Comité (der ZWO)
AJ	Agudas Jisroel
Bachad	Brith Chaluzim Datiim
BA/D-H.	Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten
BArch	Bundesarchiv, Berlin
BDJJ	Bund Deutsch-Jüdischer Jugend
Betar	Brit Trumpeldor
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam
BZV	Berliner Zionistische Vereinigung
CAHJP	Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem
CJA	Centrum Judaicum Archiv – Stiftung Neue Synagoge, Berlin
CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens/Centralverein der Juden in Deutschland
CZA.	Central Zionist Archives, Jerusalem
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Deleg.	Delegierte
Dir.	Direktor
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
Esra	Hilfsverein zur Kolonisation Palästinas
GA	Geschäftsführender Ausschuss (der ZVfD)
GAZ	Gruppe Allgemeiner Zionisten
Gde.	Gemeinde
Ges.	Gesellschaft
GLA/K.	Generallandesarchiv, Karlsruhe
GStA-PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
HA	Haganah Archives, Tel Aviv
Hebr.	Hebräisch
HOG	Hitachduth Olej Germania [Vereinigung der Einwanderer aus Deutschland]
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IKG	Israelitische Kultusgemeinde
JA	Jewish Agency for Palestine
JCA/ICA	Jewish Colonization Association
JFB	Jüdischer Frauenbund
JI	Jabotinsky Institute, Tel Aviv
JJWB	Jung-jüdischer Wanderbund
JK	Jüdischer Kulturbund
JNBl	*Jüdisches Nachrichtenblatt*
JNF	Jüdischer Nationalfonds
»Joint«	American Jewish Joint Distribution Committee
JPD	Jüdischer Pfadfinderbund Deutschlands
JR	*Jüdische Rundschau*
JTA(ITA	Jüdische Telegraphen Agentur (Jewish Telegraphic Agency)

Jur.	Jurist
JVP	Jüdische Volkspartei
KH	Keren Hajessod (Grundfonds)
KKL	Keren Kajemeth Lejisroel (JNF)
LA/B	Landesarchiv Berlin
LBI	Leo Baeck Institut
LBI/NY.	Leo Baeck Institute, New York
LHAS-A/M	Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Ltg.	Leitung
Ltr.	Leiter
Misrachi	Vereinigung religiöser Zionisten
NJH	Nationale Jugend Herzlia
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSLA/W	Niedersächsisches Landesarchiv, Wolfenbüttel
NZO	Neue Zionistische Organisation [New Zionist Organization]
o. D.	ohne Datum
ORT	Gesellschaft zur Förderung des Handwerks, der Industrie und der Landwirtschaft unter den Juden
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin
Paltreu	Palästina Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden G.m.b.H.
PLJG	Preußischer Landesverband jüdischer Gemeinden
RA	Rechtsanwalt
Rabb.	Rabbiner
Red.	Redakteur, Redaktion
RGBl	Reichsgesetzblatt
RJF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsminister[ium] des Innern
RMVP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RSMA	Russian State Military Archive, Moscow
RVg	Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
RVt	Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland
RWM	Reichswirtschaftsministerium
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS
Sekr.	Sekretär
SS	Schutzstaffel der NSDAP
SStA/L	Sächsisches Staatsarchiv, Leipzig
StA/H	Staatsarchiv, Hamburg
StA/M	Staatsarchiv, München
StdA/N	Stadtarchiv, Nürnberg
StdF	Stellvertreter des Führers
Stellv.	Stellvertreter
stellv.	Stellvertretend
Teilh.	Teilhaber
u. a.	unter anderem
U. O. B. B.	Unabhängiger Orden Bnei Brith
USHMM	United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D.C.

Verb.	Verband
Verf.	Verfasser
Verg.	Vereinigung
Vers.	Versammlung
Vert.	Vertreter, Vertretung
Verw.	Verwaltung
VflJ	Vereinigung für das liberale Judentum
VJJD	Verband jüdischer Jugendvereine
VnJ	Verband nationaldeutscher Juden
Vors.	Vorsitz, Vorsitzender
Vorst.	Vorstand
WIZO	Women's International Zionist Organization
WJC	World Jewish Congress
WZO	World Zionist Organization (Zionistische Weltorganisation, ZWO)
YV	Yad Vashem Archives, Jerusalem
ZAHA	Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau
ZVfD	Zionistische Vereinigung für Deutschland
ZWdJ	Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden
ZWO	Zionistische Weltorganisation (World Zionist Organization, WZO)

[illegible]

USHMM United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D.C.

Einleitung

Historische Einführung

Das Projekt, 208 Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus von 1933 bis 1941 zu publizieren, wurde durch die Veröffentlichung von Jehuda Reinharz aus dem Jahr 1981, *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933*, angeregt, die damals ebenfalls in der Schriftenreihe *Wissenschaftliche Abhandlungen* des Leo Baeck Instituts erschien. Damit soll das Vorhaben, das Jehuda Reinharz vor etwa 35 Jahren in Angriff nahm – einige der wichtigsten Dokumente zur jüngeren deutsch-jüdischen Geschichte im Allgemeinen und zur Geschichte des Zionismus in Deutschland vor der Shoah im Besonderen zu publizieren – zum Abschluss gebracht werden. Beide Bände zusammengenommen stellen nun interessierten Wissenschaftlern die wichtigsten archivalischen Quellen für diese Geschichte zur Verfügung: von den Anfängen des Zionismus als einer organisierten Bewegung in der Kaiserzeit, während des Ersten Weltkriegs, der Weimarer Republik,[1] hin zur Machtübernahme Hitlers im Januar 1933 bis zur zweiten Jahreshälfte 1941, als der NS-Staat begann, die »Endlösung der Judenfrage in Europa« in die Tat umzusetzen.

Im Wesentlichen befasst sich diese Dokumentenedition mit zwei für die Geschichte des Dritten Reiches zentralen Fragen, nämlich dem Kern und der Intention der NS-Politik gegenüber den Juden vor dem Beginn der »Endlösung« in der zweiten Jahreshälfte 1941 sowie dem Kampf der Juden in Deutschland gegen ihre immer stärkere Ausgrenzung und Verfolgung in jenen Jahren. Ihren besonderen Fokus legt die Edition auf den Zionismus und die zionistische Bewegung in Deutschland sowie im Ausland, ihren Einfluss auf die Entwicklung und Umsetzung der NS-Politik gegenüber den Juden bis Ende 1941 sowie die Bemühungen der deutschen Juden im In- und Ausland, sich an die immer ausweglosere Situation anzupassen und darauf zu reagieren. Die Dokumente machen die fragile Beziehung zwischen mehreren wichtigen Partei- und staatlichen Organisationen sowie den verschiedenen deutschen und internationalen zionistischen Organisationen und ihren Funktionären bei der Verfolgung ihrer jeweiligen Absichten und ihrer Politik deutlich; beide Seiten bemühten sich – aus jeweils unterschiedlichen Gründen –, die jüdische Bevölkerung außer Landes zu schaffen. Es bestanden keine direkten, formellen oder gar in der Öffentlichkeit bekannten Beziehungen,

[1] Für die Zeit vor 1933 vgl. u.a. Jehuda Reinharz, *Fatherland or Promised Land: The Dilemma of the German Jew*, Ann Arbor 1975; Jörg Hackeschmidt, *Von Kurt Blumenfeld zu Norbert Elias. Die Erfindung einer jüdischen Nation*, Hamburg 1997; Stefan Vogt, *Subalterne Positionierung. Der deutsche Zionismus im Feld des Nationalismus in Deutschland 1890–1933*, Göttingen 2016. Siehe auch Miriam Rürup, *Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten 1886–1937*, Göttingen 2008, Kap. 3.

aber es gab sie nichtsdestotrotz, und sie hatten erhebliche Folgen für die Juden in Hitler-Deutschland. Dass Zionisten einerseits und nationalistische und antisemitische Deutsche andererseits ein gemeinsames Ziel verfolgten, impliziert in keiner Weise eine moralische und/oder politische Gleichwertigkeit. Vielmehr zeigt die Edition die damaligen ökonomischen, kulturellen und politischen Gegebenheiten, die eine Atmosphäre von eher widerwilliger und meist indirekter Kooperation schufen. Aber sie ermöglichte es im Gegenzug etwa 80.000 Juden, zwischen 1933 und Herbst 1941 aus dem Großdeutschen Reich (Deutschland, Österreich, Sudetenland, Böhmen und Mähren) zu entkommen. Kurz gesagt zeigen diese Dokumente sowohl die Entwicklung der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Juden vor der »Endlösung« als auch die zionistische Antwort, ein äußerst wichtiger Aspekt jüdischen Lebens in Deutschland unter dem enormen Druck der Verfolgung durch die Nationalsozialisten in jenen Jahren.

Die Edition beinhaltet Dokumente deutschen wie jüdischen Ursprungs, die vom deutschen Staat und von NSDAP-Organisationen sowie von deutschen und nichtdeutschen, zionistischen und nichtzionistischen jüdischen Organisationen und Institutionen abgefasst wurden. Sie thematisieren vorrangig die Entwicklung der Situation in Deutschland in den Grenzen von 1937 und nehmen gelegentlich Bezug auf Österreich nach dem »Anschluss«, das von Deutschland annektierte und kontrollierte Sudetenland und seit 1939 auch auf Böhmen und Mähren. Mit Ausnahme einiger weniger Dokumente sollen nicht das Leben von deutschen Juden nach ihrer Ankunft in Palästina oder ihre Organisationen in Palästina dokumentiert werden. Einen wesentlichen Schwerpunkt bilden die Jahre zwischen 1938 und 1941, als sich der Verfolgungsdruck dramatisch verstärkte, und die Auswirkung des Kriegsbeginns auf die deutschen Juden und die zionistische Bewegung im Jahr 1939.[2] Darüber hinaus liegt ein Fokus auf dem Vergleich der Beziehungen zwischen den bedeutenderen deutsch-jüdischen Organisationen – zionistisch und nichtzionistisch – und dem NS-Staat, weil sie alle darum kämpften, mit der zunehmenden Verfolgung während jener Jahre zu Rande zu kommen. Natürlich sind auch die zionistischen Jugendorganisationen und Programme angesichts der zunehmenden Attraktivität des Zionismus unter den jüngeren deutschen Juden seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ein Thema.

Obwohl vor 1914 grundlegende philosophische und praktische Differenzen zwischen zionistischen Funktionären inner- und außerhalb Deutschlands bestanden, stimmten alle darin überein, dass die jüdische Assimilation eine illusorische Lösung der »jüdischen Frage« sei und die jüdische Besiedlung Palästinas sowie der Wiederaufbau einer jüdischen Nation dort die einzige Alternative sei. Die meisten gingen von einem Grundsatz aus, den weder Antisemiten noch viele

---

[2] Vgl. Beate Meyer, *Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945)*, Göttingen 2011, besonders Kap. 1. Vgl. auch Susanne Heim, Beate Meyer und Francis R. Nicosia (Hrsg.), *»Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben.« Deutsche Juden 1938–1941*, Göttingen 2010.

nichtjüdische Liberale in Zweifel zogen, sondern ihn sogar häufig bereitwillig akzeptierten: Demnach war der Prozess der Emanzipation und Assimilation eines Juden oder einer Jüdin in seinem oder ihrem Geburtsland seit der Aufklärung größtenteils verantwortlich und weniger Lösung für das, was Herzl die »unnormale« Bedingung des jüdischen Volkes nannte. Deutsche Zionisten stuften im Allgemeinen die Feindseligkeit der antisemitischen Intellektuellen, der Schriftsteller, von Presse, politischen Parteien und Bewegungen in nichtjüdischen Nationen als normativ ein. Zwar waren auf kurze Sicht noch die Bedingungen, die die Emanzipation geschaffen hatte, und Widerstand gegen Antisemitismus erforderlich, letztlich würden aber nur eine saubere Trennung und die Emigration der Juden aus Deutschland zum Ziel führen. Herzl ging auf diesen Ansatz im Kontext des politischen Zionismus ein, als er die Nation als »eine Gruppe von Menschen [...], die durch einen gemeinsamen Feind verbunden ist«, definierte.[3]

Zionisten und Antisemiten lehnten die jüdische Emanzipation und Assimilation als Lösung der »jüdischen Frage« selbstredend aus sehr unterschiedlichen Beweggründen heraus ab. Auch wenn beide die Emigration aus Deutschland als notwendig und wünschenswert betrachteten, hatten sie eine völlig andere Perspektive, ergriffen andere Maßnahmen und verfolgten oft ganz andere Ziele. Dieser Unterschied wird in den hier veröffentlichten Dokumenten offensichtlich. Die jüdische Emanzipation und das im Grundsatz positive Umfeld, das sie für Juden in Deutschland bis 1914 bereitet hatte, sollte weiterhin – und sei es auch nur übergangsweise – eine notwendige Voraussetzung für deutsche Zionisten bieten, um ihre Bemühungen, die »jüdische Frage« in Deutschland zu lösen, mit Erfolg zu krönen. Obwohl die Zionisten das Versprechen der Aufklärung von Emanzipation und bürgerlicher Gleichberechtigung in einer nichtjüdischen Gesellschaft als solches ablehnten, bestand kaum eine andere Möglichkeit, als es vorübergehend als Mittel zum Zweck zu nutzen, um die zionistischen Ziele zu erreichen. Außerdem glaubten weder Achad Ha'am noch Theodor Herzl und ihre »kulturellen« und »politischen« zionistischen Anhänger, dass der Zionismus für alle Juden eine Option war. Beide waren der Meinung, dass sich eine jüdische Minderheit in ihrem Herkunftsland vollständig assimilieren würde, während die Mehrheit eines Tages auswandern und in einem jüdischen nationalen-kulturellen Zentrum oder in einem unabhängigen jüdischen Staat in Palästina siedeln würde. Herzl brachte es 1897 folgendermaßen auf den Punkt: »Der Zionismus strebt die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte an für diejenigen Juden, die sich an ihren jetzigen Wohnorten nicht assimilieren können oder wollen.«[4]

---

[3] Hannah Arendt, »Zionism Reconsidered (1945)«, in: Michael Selzer (Hrsg.), *Zionism Reconsidered. The Rejection of Jewish Normalcy*, New York 1979, S. 231 f.

[4] Theodor Herzl, »The Zionist Congress«, in: *Contemporary Review* 72 (Oktober, 1897), S. 587–600. Zu Ahad Ha'ams Positionen zu diesem Thema vgl. Gideon Shimoni, *The Zionist Ideology*, Hanover 1995, S. 6.

Obwohl sich Zionisten und Antisemiten in Deutschland mit Blick auf eine Lösung der »jüdischen Frage« pragmatisch annäherten, gab es während der Wilhelminischen und der Weimarer Zeit kaum – wenn überhaupt – direkte Kontakte oder politische Beziehungen zwischen beiden. Natürlich wusste man voneinander und jeder machte sich seine Gedanken über die besondere Rolle, die der andere bei der Durchsetzung seiner Ziele spielen könnte. Es gibt kaum Zeugnisse wie jenes aus dem Jahr 1907, als einige Antisemiten Zionisten in Berlin unterstützten, als diese gegen die Entscheidung der Berliner Jüdischen Gemeinde protestierten, einen jungen Lehrer, Rabbi Emil Cohn, zu entlassen, weil er seine Schüler für die zionistische Sache gewinnen wollte.[5] Tatsächlich glich die Beziehung vor 1933 eher zwei Monologen als einem Dialog, was sich auch während der NS-Herrschaft nicht grundsätzlich veränderte. Aber in Anbetracht der Rolle, die der Zionismus in der NS-Judenpolitik spielte, verschoben sich die Koordinaten nach 1933 ein wenig. Auch weiterhin entwickelten sich die Kontakte zwischen dem NS-Regime und der deutschen zionistischen Bewegung zu keinem Zeitpunkt zu einer Beziehung gleichberechtigter Partner, die eine einvernehmliche Lösung für ein gemeinsames Problem suchten. Schließlich waren Zionisten Juden. Als eine jüdische Bewegung blieb der Zionismus folglich den Antisemiten und Hitlers Regierung suspekt, weil sie ihre Vorurteile und Überzeugungen von der jüdischen Weltverschwörung und dem Jüdischen als dem Bösen schlechthin niemals aufzugeben bereit waren.

Auch als in den späteren Jahren der Weimarer Republik der Aufstieg des Nationalsozialismus wegen seines vehementen Antisemitismus und der breiten Akzeptanz in der Öffentlichkeit eine immer größere Bedrohung darstellte, dauerten die alten Konflikte zwischen deutschen Zionisten und den bedeutenderen Organisationen der assimilierten jüdischen Deutschen an. Avraham Barkai argumentierte, dass der zunehmende Antisemitismus und die daraus folgende immer stärkere Isolierung aller Juden in Deutschland auf Zionisten, Assimilierte und Orthodoxe den Druck verschärften, konstruktiver zusammenzuarbeiten.[6] Aber vor Hitlers Machtübernahme kam es nicht zu einer engeren, konfliktfreien und dauerhaften Zusammenarbeit. Die Reibereien hielten, wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau, mehr oder weniger während der NS-Herrschaft an, bis 1938

[5] Zu Cohns eigener Erläuterung der Beziehung zwischen seinen zionistischen Ansichten und seiner Identität als deutscher Jude siehe sein Memorandum: »An die Vorsteher und Vertreter der jüdischen Gemeinde zu Berlin, in ergebenster Hochachtung eingereicht von Rabbiner Dr. Emil Cohn«, *Prediger der jüdischen Gemeinde zu Berlin*, Berlin 1907, S. 4, 9, 11–13. Vgl. auch Donald Niewyk, »Solving the ›Jewish Problem‹. Continuity and Change in German Antisemitism 1871–1945«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 35 (1990), S. 367. Cohn kehrte 1926 nach Berlin zurück und wurde Rabbiner der Synagoge in Grunewald.

[6] Vgl. Avraham Barkai, »Jewish Self-Help in Nazi Germany, 1933–1939: The Dilemmas of Cooperation«, in: Francis R. Nicosia und David Scrase (Hrsg.), *Jewish Life in Nazi Germany: Dilemmas and Responses*, New York 2010, S. 71–88; Ders., *»Wehr Dich!« Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893–1938*, München 2002.

alle autonomen jüdischen Organisationen einschließlich der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) und der revisionistischen Staatszionistischen Organisation aufgelöst wurden. Die zionistische Bewegung stand der Vorstellung einer jüdischen Selbstverteidigung gegen den rasch wachsenden Antisemitismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik zwiespältig gegenüber. Dies änderte sich auch nicht, als klar wurde, dass die Bürgerrechte, die wirtschaftlichen Freiheiten und die soziale Integration, die den deutschen Juden seit dem vergangenen Jahrhundert die Emanzipation ermöglicht hatten, mindestens noch für eine Übergangszeit Bestand haben mussten. Im Allgemeinen hielten die Zionisten an ihrer herkömmlichen Strategie – die deutschen Juden auf ihre Auswanderung nach Palästina und die Entwicklung einer jüdischen Heimstätte vorzubereiten – als einzige Möglichkeit, auf die neuen Gegebenheiten zu reagieren, fest. Wie vor 1914 verfolgten sie diese Strategie innerhalb der Rahmenbedingungen, die der deutsche Staat vorgab, unabhängig davon, wer diesen Staat regierte. Nach 1933 zwangen sie die Umstände, diese Politik fortzusetzen, weil die Verwundbarkeit der Juden und die zionistische Theorie ihnen keinen großen Spielraum ließen.

Wie gesagt thematisiert diese Dokumentenedition die ideologischen und politischen Positionen, die der Nationalsozialismus und Hitlers Regime dem deutschen und dem internationalen Zionismus gegenüber bezogen. Sie zeigt auch die daraus folgenden Schwierigkeiten und Dilemmata, die der zionistischen Reaktion auf eine völlig neue, noch nie da gewesene und höchstgefährliche Situation seit 1933 innewohnten. Alfred Rosenberg, Adolf Hitler und andere artikulierten die zweigleisige Politik der Nationalsozialismus gegenüber dem Zionismus schon vor dem 30. Januar 1933.[7] Einerseits lehnten sie das Ziel der Zionisten, einen unabhängigen jüdischen Staat in Palästina zu schaffen, konsequent ab; genauer gesagt glaubten sie nicht, dass den Juden die Gründung gelänge, und zweifelten

---

[7] Vgl. Adolf Hitler, *Mein Kampf*, Jubiläumsausgabe anläßlich der Vollendung des 50. Lebensjahres des Führers, München 1939, S. 65, 416, 447–448; Gerhard Weinberg (Hrsg.), *Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928*, Stuttgart 1961, S. 219 f.; Ernst Deuerlein, »Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 7 (1959), S. 203–205, 212; Reginald Phelps, »Hitler als Parteiredner im Jahre 1920«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 11 (1963), S. 277 f., 299, 305; Ders., »Hitlers grundlegende Rede über den Antisemitismus«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 16 (1968), S. 400–420. Alfred Rosenberg hat sich in seinen Büchern mit diesem Thema grundsätzlich befasst. Vgl. Alfred Rosenberg, *Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten*, München 1920; Ders., *Der staatsfeindliche Zionismus*, Hamburg 1922; Ders., *Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik*, München 1933; Ders., *Der Weltverschwörerkongreß zu Basel*, München 1927. Vgl. auch ders., *Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*, München 1930; Ders., »Zionistischer Bankerott«, *Völkischer Beobachter*, 29. Mai 1921. Ein Artikel von Benno Imendörfler vom 27. Juni 1920 im *Völkischen Beobachter* mit dem Titel »Das wahre Gesicht des Zionismus« schien die aufkeimende nationalsozialistische Begründung und Strategie für einen Umgang mit dem Zionismus zu formulieren. Vgl. auch die folgenden Artikel von Imendörfler im *Völkischen Beobachter* aus den Jahren 1920 und 1921: »Keren Hayesod, der Kopf des Zionismus,« 16. Dezember 1920; »Die Bedeutung Palästinas für das Judentum,« 17. April 1921; und »Zur Frage der Ausweisung der Juden,« 24. April 1921.

außerdem grundsätzlich an den wahren Absichten der Juden. Andererseits ging diese Ablehnung einher mit der pragmatischen Bereitschaft, den Zionismus zu instrumentalisieren, um ihr Ziel, die Juden in Deutschland zu enteignen und zur Emigration zu zwingen, zu erreichen. Der moderne Antisemitismus in Deutschland hatte jüdisches Leben durchweg in ein negatives Licht gerückt, gleichzeitig aber Anstoß für die Bemühung gegeben, jüdisches Leben in Deutschland auf jede denkbare Weise – darunter eben auch mithilfe des Zionismus und der zionistischen Bewegung – auszulöschen. Allerdings hätte es gegen die Grundprinzipien des Nationalsozialismus verstoßen, den Zionismus als grundsätzlich positiv oder transformativ und die Zionisten als »gute Juden« zu betrachten. Der Zionismus konnte aber in der Tat beim Bemühen, die unerwünschten Juden zu entfernen, nützlich sein; aber er wurde nur als positiv eingestuft, solange er dem eigenen Ziel diente. Trotz der Zuversicht der Zionisten vor 1914 und ihren Hoffnungen nach 1918 würde der Nationalsozialismus letztlich niemals die zionistische Idee als Gesamt- oder »End«-Lösung der »jüdischen Frage« in Deutschland oder im größeren Stil in ganz Europa tatsächlich übernehmen.

Die anfänglichen Bemühungen der Zionisten im Jahr 1933, die Errungenschaften der jüdischen Emanzipation zu bewahren, spiegeln eine verständliche, wenn auch ein wenig kurzsichtige und illusorische Reaktion auf die Katastrophe, die die Juden in Deutschland am 30. Januar 1933 traf, wider. Sicherlich schätzte die deutsche zionistische Bewegung die Situation richtig ein, als sie augenblicklich betonte, dass sich keine jüdische Organisation in Deutschland den Luxus erlauben könne, ohne Kontakte und eine gewisse Kooperation mit dem neuen NS-Regime zu operieren. Dies zeigen zum Beispiel ganz klar die Bemühungen der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, die öffentlichen antideutschen Proteste und wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen im Ausland, vor allem in Großbritannien und den Vereinigten Staaten, zu stoppen.[8] Aber einige von Mitgliedern der ZVfD und der deutschen Sektion der Revisionistischen Zionisten an das Regime gerichtete Botschaften spiegeln die traditionelle zionistische Hoffnung wider, dass der Antisemitismus Ausnahmen für den Zionismus und das zionistische Bemühen, die jüdische Auswanderung aus Deutschland zu fördern,

---

[8] Vgl. u.a. Francis R. Nicosia, *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, Göttingen 2012, Kap. 3; Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 46–108; Karl Schluenes, *The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy Toward German Jews 1933–1939*, Urbana und Chicago 1990, Kap. 5; Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis und Ludwig Pinner, *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939*, Tübingen 1972, S. 28 f.; Helmut Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen 1966, S. 76 f.; Martin Rosenblüth, *Go Forth and Serve: Early Years and Public Life*, New York 1961, S. 250–254; Salomon Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939*, Tübingen 1974, S. 184; Herbert Levine, »A Jewish Collaborator in Nazi Germany: The Strange Career of Georg Kareski, 1933–1937«, in: *Central European History* 8 (1975), S. 260; Abraham Margaliot, »The Dispute over the Leadership of German Jewry (1933–1938)«, in: *Yad Vashem Studies* 10 (1974), S. 129–148; Kurt Jacob Ball-Kaduri, *Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933*, Frankfurt am Main 1963, S. 92.

machen würde. Anfangs hing man noch der Idee an, dass die Antisemiten in irgendeiner Weise mit der zionistischen Bewegung kooperieren würden und man dadurch einige der wesentlichen zionistischen Prinzipien und Ziele, die nicht mit dem traditionellen Antisemitismus kontrastierten, durchsetzen könne. Bis Herbst 1933 waren jedoch die Hoffnungen, die sich die Zionisten in Deutschland gemacht hatten, was sie von Hitlers Regime erwarten durften, weitgehend zerstoben. Sicherlich erreichten sie unter den äußerst schwierigen Bedingungen nach 1933 Beachtliches; aber es war weit entfernt von dem, was sich die Zionisten zu einem früheren Zeitpunkt von ihrer Beziehung zu Antisemiten in Deutschland erhofft hatten.

Ab 1933 wurde der Zionismus zu einem zentralen Bestandteil der NS-Politik gegenüber den Juden, als das Regime formaljuristisch die jüdische Emanzipation in Deutschland rückgängig machen und die Präsenz von Juden im Reich durch die Forcierung der jüdischen Auswanderung beenden wollte.[9] Von Beginn an begriff diese Politik den Zionismus als wichtiges Instrument für beide Komponenten: als wirkmächtiges Werkzeug, um die jüdische Assimilation im Inland umzukehren und um die Emigration der Juden aus Deutschland zu gewährleisten. Das im August 1933 geschlossene Haavara-Abkommen[10] in Kombination

[9] Vgl. u. a. Herbert Strauss, »Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I)«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 25 (1980), S. 313–358; Ders., »Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (II)«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 26 (1981), S. 343–409; Schleunes, *The Twisted Road to Auschwitz*, S. 229–231; David Jünger, *Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933–1938*, Göttingen 2016, Kap. 3; Adam, *Judenpolitik*, S. 159; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, München 1998, Kap. 4–7; Nicosia, *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, Kap. 4; Ernst Marcus, »The German Foreign Office and the Palestine Question in the Period 1933–1939«, in: *Yad Vashem Studies* 2 (1958), S. 179–204; George Browder, *Hitler's Enforcers. The Gestapo and the SS Security Service in the Nazi Revolution*, New York 1996, Kap. 2; Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien 1993, S. 25 f.; Michael Wildt (Hrsg.), *Die Judenpolitik des SD, 1935–1938: Eine Dokumentation*, München 1995; Ders., »Before the ›Final Solution‹: The Judenpolitik of the SD, 1935–1938«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 43 (1998), S. 241–269; Bernhard Lösener, »Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 9 (1961), S. 261–313; Reinhard Rürup, »Das Ende der Emanzipation. Die anti-jüdische Politik in Deutschland von der ›Machtergreifung‹ bis zum Zweiten Weltkrieg«, in: Arnold Paucker (Hrsg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland/The Jews in Nazi Germany*, Tübingen 1986, S. 97–114; Hans Mommsen, »Dokumentation: Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 10 (1962), S. 68–87; David Cesarani, *Becoming Eichmann. Rethinking the Life, Crimes, and Trial of a ›Desk Murderer‹*, Cambridge 2006, S. 53–56.

[10] Seit Beginn ihrer Bewegung waren Zionisten immer davon ausgegangen, dass jüdische Einwanderer nach Palästina mindestens einen Teil ihres Vermögens mitnehmen müssten, damit sie ein neues Leben in einer »jüdischen nationalen Heimstätte« anfangen könnten. Die Wirtschaftskrise der 1930er Jahren machte diese Hoffnungen jedoch sehr schwerig, da viele europäische Regierungen, einschließlich diejenige der Weimarer Republik, Beschränkungen für den Kapitalabfluss einführten. Im Jahre 1932 hatte der in Tel Aviv ansässige Chef der jüdischen Zitrus-Firma Hanotaiah Ltd., Sam Cohen, der deutschen Regierung folgendes vorgeschlagen: um die Beschränkungen des Kapitalabflusses dadurch auszugleichen sollten deutsche Juden, die nach Palästina auswandern wollten, einen Teil ihres Vermögens in Form deutscher Waren mitnehmen konnten. Im Mai 1933 wurde Sam Cohen eingeladen,

mit den bereits bestehenden zionistischen Berufsausbildungsprogrammen und -lagern – Initiativen, die von der zionistischen Bewegung in Deutschland sowie im Ausland ausgingen – wurde 1933 ein zentraler Baustein der NS-Politik. Dieses Konzept blieb für den Rest der Dekade Bestandteil der Politik des NS-Regimes gegenüber den Juden im Großdeutschen Reich. Es sollte mit den anfänglichen Erfolgen im Krieg zur Eroberung des »Lebensraums« 1941 und der gleichzeitigen Unterwerfung von Millionen europäischer Juden enden. Überdies behandelte die NS-Politik vor 1941 Zionisten nicht besser als nichtzionistische Juden; sie waren genauso der umfassenden antijüdischen Gesetzgebung, den ständigen Einschüchterungen, den Boykotten und der Gewalt unterworfen. Da ihr Antisemitismus keine Unterscheidung zwischen den Juden zuließ, war für die meisten jegliche Ausnahmeregelung für die zionistische Bewegung von dem brutalen Druck der NS-Politik vor der »Endlösung« undenkbar. Diese Politik und die »Aktionen« bewirkten eine zunehmende Isolation und Verarmung aller Juden in Deutschland, die Zionisten eingeschlossen, was ihre Anstrengung, die Ziele, die das Regime von ihnen erwartete, auch tatsächlich zu erreichen, untergrub.

Die Absicht der Nationalsozialisten, die jüdische Emanzipation und Assimilierung rückgängig zu machen und alle Juden aus Deutschland zur Auswanderung zu drängen, stieß bei den verschiedenen staatlichen und Parteiorganisationen, die an der Formulierung und Durchsetzung der Politik gegenüber den Juden beteiligt waren, auf allgemeine Zustimmung. Natürlich gab es Differenzen bei verschiedenen Themen wie dem Haavara-Abkommen, dem endgültigen Bestimmungsort der jüdischen Auswanderer, bei der Einschätzung, wie wahrscheinlich die Gründung eines jüdischen Staates war, ob die zionistischen Programme zur Berufsausbildung nötig waren und vieles mehr, aber die Idee, den Zionismus und die zionistische Bewegung als einen Mechanismus zu nutzen, um Deutsch-

---

nach Berlin zu kommen, um dort Verhandlungen mit Beamten im Reichswirtschaftsministerium bzw. im Auswärtigen Amt zu führen. Beide Ämter unterstützten seinen Plan. Im Juli 1933 haben das Reichswirtschaftsministerium und Hanotaiah Ltd. eine Übereinkunft geschlossen, der zufolge deutsche Waren im Wert von drei Millionen Reichsmark nach Palästina eingeführt werden sollten. Die zunächst noch begrenzte Vereinbarung vom Juli entwickelte sich schließlich zum Haavara-Abkommen im August 1933. Das blockierte Vermögen von Juden, die nach Palästina auswandern wollten, wurde auf ein Sonderkonto bei der Reichsbank eingezahlt; palästinensische Importeure, die deutsche Waren einführen wollten, mussten den Preis dafür in palästinensischer Währung bei der Anglo-Palestine Bank einzahlen. Ungefähr 50 % dieser Summe wurde dann an die Reichsbank in Berlin überwiesen. Die nach Palästina ausgeführten Waren wurden mit den im Reichsbank auf den Sperrkonten der jüdischen Auswanderer noch verbleibenden Reichsmark bezahlt. Und bei Ankunft in Palästina erhielten die Einwanderer aus Deutschland einen kleinen Teil ihres in Deutschland zurückgelassenen Vermögens, erstattet aus den restlichen Geldern, die die palästinensischen Importeure bei der Anglo-Palestine Bank eingezahlt hatten. Vgl. Feilchenfeld, Michaelis, Pinner, *Haavara-Transfer*; Avraham Barkai, »German Interests in the Haavara-Transfer Agreement 1933–1939«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 35 (1990), S. 245–266; Nicosia, *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, S. 110–125; David Yisraeli, »The Third Reich and the Transfer Agreement«, in: *Journal of Contemporary History* 6 (1972), S. 129–148; Edwin Black, *The Transfer Agreement. The Dramatic Story of the Pact between the Third Reich and Jewish Palestine*, Cambridge 1999.

land »judenrein« zu machen, fand die Zustimmung aller. Zudem traten diese Differenzen spätestens Ende 1938 in den Hintergrund, als die SS die treibende Kraft in einem immer stärker zentralisierten Prozess und einer zentralisierten Verwaltung bei der Formulierung und Durchsetzung der Politik gegenüber den Juden wurde. Keine der seit 1933 an diesem Prozess beteiligten Organisationen hatte die zionistischen Ziele konsequenter bedient als die SS und die Gestapo. Außerdem war die Rassenideologie des Nationalsozialismus, insbesondere der SS und der Gestapo, meist den praktischen politischen Forderungen – die Juden ohne Rücksicht auf ihren Bestimmungsort schnellstmöglich aus Deutschland zu vertreiben – untergeordnet. Hierzu zählt zum Beispiel die anhaltende Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina, obwohl diese einen raschen demografischen Wandel in Palästina zur Folge hatte, der wiederum natürlich die Chancen für die Gründung eines jüdischen Staates erhöhte. Man diskutierte auch, ob es klug wäre, Juden, die Deutschland Richtung Palästina verließen, die Mitnahme eines kleinen Teils ihres Vermögens auf Grundlage des Haavara-Abkommens zu gestatten, oder ob junge Juden bei ihrer Ausbildung in der Landwirtschaft und in handwerklichen Berufen als Vorbereitung für Palästina mit »Ariern« leben und arbeiten sollten. Schließlich ließen die nationalsozialistischen Entscheidungsträger, mindestens vor 1938, jeglichen möglichen Zusammenhang zwischen ihren Vorstellungen von der Judenpolitik in Deutschland und der größeren »jüdischen Frage« in Europa außen vor.

In den Monaten nach dem 30. Januar 1933 wuchs die Not aller Juden in Deutschland ständig, gleichzeitig ergaben sich aber auch neue Chancen für den deutschen Zionismus. Im Wesentlichen setzten die Zionisten zunächst ihre Arbeit fort. Die drängenden Probleme, die die ZVfD vor Hitlers Machtübernahme beschäftigt hatten, bedurften – wenig überraschend – auch weiterhin einer Lösung, allerdings nun erheblich dringender und unter sich rasch verschlechternden Bedingungen.[11] In den meisten Ortsgruppen der ZVfD stiegen die Mitgliederzahlen seit 1933 schnell an, neue Dependancen und örtliche zionistische Arbeitskreise

[11] Vgl. u. a. Avraham Barkai, *Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943*, Frankfurt am Main 1988; Wolfgang Benz (Hrsg.), *Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1989; Jacob Boas, »The Shrinking World of German Jewry 1933–1938«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 31 (1986), S. 241–266; Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*; Marion Kaplan, *Between Dignity and Despair: Jewish Life in Nazi Germany*, New York 1998; Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, Kap. 4–9; Nicosia, *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, Kap. 5; Otto Dov Kulka (Hrsg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939*, Tübingen 1997; Konrad Kwiet und Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945*, Hamburg 1984; Arnold Paucker, *Deutsche Juden im Kampf um Recht und Freiheit. Studien zu Abwehr, Selbstbehauptung und Widerstand der deutschen Juden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts*, Berlin 2003; Schleunes, *Twisted Road to Auschwitz*, Kap. 3–6; Hans Tramer (Hrsg.), *In Zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag*, Tel Aviv 1962; Sharon Gillerman, *Germans into Jews: Remaking the Jewish Social Body in the Weimar Republic*, Stanford 2009.

entstanden in Städten, in denen die Zionisten bislang noch nicht als Organisation vertreten waren. Bis Anfang 1934 hatte die ZVfD mehrere tausend neue Mitglieder gewonnen sowie zwölf neue Zweigstellen und 17 neue örtliche Arbeitskreise in ganz Deutschland eingerichtet. Trotz des einschneidenden politischen und ökonomischen Wandels änderten sich die Kernaufgaben der zionistischen Bewegung im Vergleich zur Zeit vor der NS-Machtübernahme nicht wesentlich. Es ging weiterhin darum, die deutschen Juden, vor allem die Jugend, über den Zionismus und die zionistische Sicht auf bzw. die Lösung der »Judenfrage« aufzuklären sowie die deutschen Juden auf ein neues Leben in Palästina vorzubereiten. Natürlich waren diese Aufgaben nach 1933 viel dringlicher, weil einerseits Unsicherheit und Angst um sich griffen, sich andererseits aber auch ungeahnte Möglichkeiten ergaben.

Eine Schlüsselkomponente der zionistischen Aktivitäten war die Werbearbeit: Sie beinhaltete die Propagierung der eigenen Ziele und die Beratung und Anwerbung neuer Anhänger. Dazu gehörten verstärkte Anstrengungen, das deutsche Judentum über die Schwierigkeiten jüdischen Lebens in der Diaspora aufzuklären und die zionistische Idee, eine jüdische Gemeinschaft und ein nationales Bewusstsein mit Blick auf Palästina zu entwickeln, in den Vordergrund zu rücken. Unter die Werbearbeit fielen auch Vorlesungen, Konferenzen, Seminare und Filme über die Geschichte und Bedeutung des Zionismus, über jüdisches Leben in Palästina, über jüdische Feste, Feiertage und Traditionen, die Publikation von Büchern, Broschüren usw. sowie Filmvorführungen über Palästina und den Aufbau einer jüdischen Heimstätte. Die zionistischen Anstrengungen erstreckten sich auf weitere Bildungsaktivitäten. Darin inbegriffen waren Programme zur Berufsausbildung und Umschulung in Deutschland als Vorbereitung für ein neues Leben in Palästina, Unterricht in Hebräisch, der Geschichte und Geografie Palästinas, die Gründung und Erweiterung jüdischer Schulen in Deutschland und die verstärkte Einrichtung von Sportmannschaften und anderen Jugendorganisationen für Juden. Die ZVfD, ihre Zweigstellen und lokalen Arbeitsgruppen sowie das Palästinaamt der Jewish Agency for Palestine, das in Berlin und mehreren anderen größeren deutschen Städten angesiedelt war, kümmerten sich auch um die Beratung zukünftiger Immigranten nach Palästina und die Beschaffung von Einwanderungszertifikaten.

Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs war der Zionismus in Deutschland eine im Wesentlichen von jungen Leuten geprägte Bewegung, die häufig am Anfang ihres Berufslebens und wirtschaftlich noch nicht auf eigenen Füßen standen. Sie ahnten, dass ihnen der Aufstieg in einem neuen Deutschland verwehrt bleiben könnte, weshalb ihnen die Auswanderung und ein neues Leben in Palästina möglich und vielleicht sogar ganz attraktiv zu sein schienen.[12] Vor allem in

[12] Vgl. u.a. Brian Amkraut, *Between Home and Homeland: Youth Aliyah from Nazi Germany*, Tuscaloosa 2006; Kaplan, *Between Dignity and Despair*, Kap. 4; Gillerman, *Germans into Jews*, Kap. 4–5;

Berlin und Leipzig, aber auch in anderen Städten, waren zionistische Jugendorganisationen in den 1930er-Jahren aktiv und organisierten eine beachtliche Anzahl von Veranstaltungen und Aktivitäten. Vieles konzentrierte sich auf die Berufsausbildung und Umschulung vorwiegend junger Menschen mit Blick auf Palästina. Es gab unter anderem: den zionistischen Sportverein Bar Kochba; das Berufsausbildungs- und Umschulungsprogramm der zionistischen Jugendorganisation Hechaluz; die Jugendpionierbewegung Noar Chaluzi, die landwirtschaftliche Vorbereitungskurse für jüdische Jugendliche für Palästina anbot und für den Übergang vom städtischen zum Leben auf dem Lande warb; den Jüdischen Pfadfinderbund Makkabi Hazair, dessen Mitglieder der Überzeugung waren, dass die jüdische Jugend mit Disziplin, Sauberkeit, Strenge und Stolz auf ihr Jüdisch-Sein erzogen werden und das Bild des »Ghetto-Juden« für immer verschwinden musste; die revisionistisch-zionistische Jugendbewegung Nationale Jugend Herzlia. Auf zahlreichen Treffen und anderen Veranstaltungen warben diese und andere Organisationen bei der Jugend für die zionistischen Ideale eines jüdischen Stolzes, jüdische Stärke und jüdische Unabhängigkeit. Außerdem hatte die Wiederbelebung der hebräischen Sprache in der Arbeit der zionistischen Bewegung seit ihrer Gründung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine zentrale Bedeutung.

Viele zionistische Veranstaltungen in Deutschland in den 1930er-Jahren waren Mitgliederversammlungen der ZVfD oder der Staatszionistischen Organisation und ihrer Ortsgruppen. In der Regel sprachen dort deutsche oder auswärtige zionistische Funktionäre über die Richtigkeit der zionistischen Botschaft und das Scheitern der jüdischen Emanzipation und Assimilation sowie über die Fortschritte und Schwierigkeiten des Lebens in der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina. Weitere Themen waren zionistische oder jüdische Geschichte, jüdische Erziehung in Deutschland, die zionistische Jugend und ihre Organisationen, das

---

Werner Angress, *Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich*, Hamburg 1985; Peter Gay, *My German Question. Growing Up in Nazi Berlin*, New Haven 1998; Walter Laqueur, »The German Youth Movement and the ›Jewish Question‹«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 9 (1961), S. 193–205; Ulrike Pilarczyk, *Gemeinschaft in Bildern. Jüdische Jugendbewegung und zionistische Erziehungspraxis in Deutschland und Palästina/Israel*, Göttingen 2009; Jehuda Reinharz, »Hashomer Hazair in Germany II: Under the Shadow of the Swastika, 1933–1938«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 32 (1987), S. 183–229; Chanoch Rinott, »Major Trends in Jewish Youth Movements in Germany«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 19 (1974), S. 75–95; Chaim Schatzker, »The Jewish Youth Movement in Germany in the Holocaust Period I – Youth in Confrontation with a New Reality«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 32 (1987), S. 157–181; Ders., »The Jewish Youth Movement in Germany in the Holocaust Period II – The Relations Between the Youth Movement and Hechaluz«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 33 (1988), S. 301–325; Jizchak Schwersenz, Edith Wolff, »Jüdische Jugend im Untergrund. Eine zionistische Gruppe in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Mit einer historischen Einführung von Shaul Esh«, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 12 (1969), S. 5–100; Joseph Walk, *Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich*, Frankfurt am Main 1991. Für die Kaiserzeit bzw. die Jahre der Weimarer Republik vgl. auch Hackeschmidt, *Von Kurt Blumenfeld zu Norbert Elias*, Kap. 2, 4, 5; und Rürup, *Ehrensache*, Kap. 6.

Hebräisch-Lernen, der Zionismus und die Frauen, die Auswanderungsverfahren, die Immigration nach Palästina und internationale zionistische Kongresse. Diese Veranstaltungen waren meist sehr gut besucht. Sie standen nicht im Widerspruch zur allgemeinen Politik des Regimes gegenüber den deutschen Juden; bis zu einem gewissen Maß korrelierte ihr Inhalt und ihre öffentliche Botschaft an die jüdischen Gemeinden in ganz Deutschland unfreiwillig mit dieser Politik. Viele Berichte von Spitzeln, die diese Veranstaltungen im Auftrag des Staates oder der Partei besuchten, bestätigen dies.

Alle antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes zwischen 1933 und 1939, und besonders die Verdrängung der Juden aus dem wirtschaftlichen Leben, sollten den Druck auf die Juden verstärken, damit sie Deutschland verließen. Dieses Vorgehen schuf Bedingungen, die es den Zionisten allerdings sehr schwer machten. Vor allem die Beschäftigungskrise der jüdischen Bevölkerung infolge der »Arisierung« des öffentlichen Dienstes, des Handels, der Landwirtschaft und der akademischen Berufe trug erheblich zur zunehmenden Verarmung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland bei. Bis 1937 waren die ökonomischen Bedingungen für die deutschen Juden hoffnungslos geworden. Eine Folge der sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen Situation aller Juden war die kontinuierliche Auswanderung von Führungspersönlichkeiten und Funktionären der ZVfD, was sich negativ auf die zionistische Arbeit auswirkte, weil sie auf deren Expertise und Leitung angewiesen war.[13] Ende 1938 waren zudem nur noch etwas mehr als 20 Prozent (83.000) der ungefähr 400.000 noch in Deutschland und Österreich verbliebenen Juden junge Menschen unter 25 Jahren. Das bedeutete nicht nur, dass die Auswanderung eher eine Option für die Jüngeren war; gleichzeitig bestand in den krisenhaften Monaten vor Kriegsbeginn immer weniger Hoffnung für jene, die noch in Deutschland lebten, also vor allem Juden mittleren Alters und Ältere. Immer häufiger war die Rede davon, dass man die Älteren in ihrer letzten Lebensphase in Armut und Angst in Hitlers Reich zurücklassen musste.

Die nationalsozialistische Machtübernahme im Januar 1933 verschärfte einige der schon lange schwelenden Konflikte zwischen der ZVfD und anderen jüdischen Organisationen in Deutschland. Traditionelle Differenzen und Rivalitäten setzten sich nun in einem veränderten und bedrohlicheren Kontext fort, weil der Staat alle Juden zu Feinden des deutschen Volkes erklärt hatte. Letzteres hatte zur Folge, dass der zunehmende Druck die jüdischen Organisationen dazu zwang, als Reaktion auf die völlig neuen Bedingungen jüdischen Lebens in Deutschland aufeinander zuzugehen. Jedes Bemühen, eine gemeinsame Antwort zu geben, war jedoch problematisch, weil es den Blick auf die ideologischen Differenzen lenkte, die die deutschen Juden bereits in der Vergangenheit voneinander unterschieden

[13] Vgl. zum Beispiel Otto Dov Kulka, »Jewish Society and its Leadership in the Third Reich. State of Research and its Historiographical Implications«, in: *Jewish Studies* 30 (1990), S. 53–58; Nicosia, *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, S. 232–239; Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Nazi Regime 1933–1939*, S. 177f., 188–191.

hatte. Die Diskussionen im Frühjahr und Sommer 1933 vor der formalen Gründung der Reichsvertretung der deutschen Juden (RVt) liefern dafür ein Beispiel. Die größere Nähe der wichtigeren jüdischen Organisationen bedeutete nicht unbedingt, dass die Gefahren, denen sie alle ausgesetzt waren, die traditionellen Konflikte lösten; manchmal verschärften sie sich sogar.[14]

Die lange und bisweilen von gegensätzlichen Positionen geprägte Beziehung zwischen der ZVfD und dem nicht-zionistischen Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) änderte sich auch nach 1933 nicht wesentlich, obwohl sie seit 1936 in wichtigen Angelegenheiten kooperierten. Die Förderung der Auswanderung von Juden aus Deutschland durch die Nationalsozialisten hatte – wenig überraschend – zur Folge, dass die ZVfD in der jüdischen Gemeinschaft, vor allem in der Reichsvertretung der deutschen Juden, eine größere Rolle spielte und ein stärkeres Profil gewann. Damit war natürlich ein allmählicher Rückgang der Vormachtstellung des CV in der deutsch-jüdischen Gemeinschaft verbunden, weil die Auswanderung immer mehr zur einzigen Option der deutschen Juden geriet. Bis zum Jahr 1936 erreichten der CV und die ZVfD ein Mindestmaß an Kooperation im Rahmen ihrer Arbeitsbeziehung in der Reichsvertretung, vor allem als der CV schweren Herzens zu der Anschauung gelangte, dass jüdisches Leben in Deutschland keine Zukunft mehr hatte und es keine Alternative zur Auswanderung mehr gab. Dies zeigte sich insbesondere bei den Berufsausbildungsprogrammen für junge Juden, die für ihre Emigration eine entscheidende Rolle spielten. 1936 unterstützte der Centralverein deshalb die Organisation eines Lagers zur Berufsausbildung in Schlesien, um Juden bei ihren Auswanderungsvorbereitungen aus Deutschland in andere Länder als Palästina zu helfen. Nach 1936 – der CV musste sich mittlerweile infolge der »Nürnberger Gesetze« Centralverein der Juden in Deutschland nennen – schien der einst dominante CV geradezu zu verschwinden,

[14] Vgl. zu den nach Hitlers Machtübernahme weiterbestehenden Auseinandersetzungen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland u. a. Jacob Boas, »German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933–1938«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 29 (1984), S. 3–25; Meyer *Tödliche Gratwanderung*, Kap. 1; Barkai, *»Wehr Dich!« Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893–1938*; Kurt Loewenstein, »Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie«, in: Werner Mosse (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932: Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1966, S. 349–403; Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1969, S. 39 f.; Nicosia, *Zionismus und Antisemitismus in Dritten Reich*, S. 217–232; Werner Angress, »Auswandererlehrgut Gross-Breesen«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 10 (1965), S. 168–187; Michael Brenner, »The Jüdische Volkspartei – National-Jewish Communal Politics during the Weimar Period«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 35 (1990) S. 219–243; Ulrich Dunker, *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins*, Düsseldorf 1977; Max Gruenewald, »The Beginning of the ›Reichsvertretung‹«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 1 (1956), S. 57–67; Klaus Herrmann, *Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933–1934*, Köln 1969; Abraham Margoliot, »The Dispute over the Leadership of German Jewry (1933–1938)«, in: *Yad Vashem Studies* 10 (1974), S. 129–148; Siegfried Moses, »Weltanschauliche Unterschiede im deutschen Judentum«, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 19 (1965), S. 346–351; Ruth Pierson, »Embattled Veterans. The Reichsbund jüdischer Frontsoldaten«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 19 (1974), S. 139–154.

weil er seiner ideologischen Fundamente beraubt war und darum kämpfte, eine neue Daseinsberechtigung zu entwickeln. Bis Ende 1936 rückten bei Aktivitäten und Veranstaltungen des CV auf lokaler Ebene Themen, die sich in der ein oder anderen Weise mit Emigration beschäftigten, einschließlich Berufsausbildung und sogar Palästina, stärker ins Blickfeld. Ähnliche Spannungen bestanden in den ersten Jahren der NS-Herrschaft zwischen der ZVfD und der nichtzionistischen jüdischen Veteranenorganisation, dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF); aber auch in diesem Fall gab es Möglichkeiten zur Kooperation. Wie beim CV stürzten die neuen Gegebenheiten für jüdisches Leben in Deutschland nach 1933 anfänglich auch die Zionisten und den RjF in einen Konflikt, der die traditionellen Differenzen zwischen zionistisch orientierten und assimilierten Juden in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert widerspiegelte.

Der wachsende Einfluss des Zionismus und der zionistischen Botschaft in der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland verursachte nach Jahrzehnten einer relativen Schwäche zusätzliche Schwierigkeiten für eine erfolgreiche zionistische Arbeit. Obwohl sich die ZVfD ihrer zunehmenden Anhängerschaft und ihres Einflusses, einhergehend mit ihrer maßgebenden Rolle in der Reichsvertretung der deutschen Juden, bewusst war, hatte sie Sorgen wegen der natürlichen Folge der zunehmenden Mitgliederzahlen und der sich verstärkenden antijüdischen Maßnahmen des Regimes. Ein Problem dabei war der Verlust erfahrener zionistischer Führungspersönlichkeiten und Aktivisten, die in immer größerer Zahl nach 1933 von Deutschland nach Palästina auswanderten. Dieser Prozess begann mit der Emigration zionistischer Lenker wie Kurt Blumenfeld, zwischen 1924 und 1933 Präsident der ZVfD, sowie Georg Landauer, Martin Rosenblüth und anderen berühmten zionistischen Vertretern im Sommer und Herbst 1933. Sie fehlten bei den Bemühungen in Deutschland, das Wachsen der zionistischen Bewegung und ihrer Aktivitäten zu meistern. Der Erfolg der ZVfD bei der Rekrutierung neuer Anhänger, der Erweiterung ihrer Aktivitäten und Verantwortlichkeiten sowie der Unterstützung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland beeinträchtigte gleichzeitig den Erfolg ihrer Arbeit. Regelmäßige Besuche von zionistischen Vertretern, Lehrern usw. aus Palästina waren notwendig; dies gestatteten die Polizeibehörden nach 1935 aber nicht immer. Besonders dringlich wurde dieses Problem nach den Novemberpogromen 1938.

Schließlich verlor die deutsche zionistische Bewegung nach 1936 immer mehr den Anschluss an die größere weltweite zionistische Bewegung und ihre Organisationen. Die Kontakte zwischen der ZVfD und der Jewish Agency in London und Jerusalem reduzierten sich und waren – vor allem nach Kriegsbeginn 1939 – immer schwieriger aufrechtzuerhalten. Selbstverständlich stand die ZVfD, wie alle jüdischen Organisationen in Deutschland, unter ständiger Beobachtung der Polizei und war dadurch beim Austausch von Korrespondenz mit der Außenwelt potenziell einer beträchtlichen Gefahr ausgesetzt. Schon im Herbst 1936 beklagte sich die ZVfD bei der Exekutive der Jewish Agency for Palestine in Jerusalem

und London, dass die deutschen Zionisten von Informationen Palästina und die größere internationale zionistische Bewegung betreffend abgeschnitten seien, was den Erfolg der zionistischen Bemühungen in Deutschland erschwere.

Der zunehmende Verfolgungsdruck durch die Nationalsozialisten und der massive Anstieg der Auswanderungsbemühungen, die die NS-Politik mutmaßlich beförderte, beeinträchtigten die zionistische Arbeit in Deutschland erheblich. Der Antisemitismus des Regimes, seine inhärente Judenfeindschaft sowie seine Hass erzeugende Politik ließen die zionistische Bewegung keinen strategischen Vorteil aus ihrem wachsenden Einfluss innerhalb der jüdischen Gemeinschaft ziehen. Dafür wäre in gewissem Maß bis zur endgültigen Auswanderung der Juden aus Deutschland die Aufrechterhaltung der Bedingungen, die die Emanzipation der Juden geschaffen hatte, notwendig gewesen, insbesondere der Schutz des jüdischen Wirtschaftslebens und des jüdischen Eigentums in Deutschland. Stattdessen wurde die jüdische Gemeinde in ihrer Gesamtheit ökonomisch nahezu vernichtet. Eine solchermaßen dramatisch veränderte Situation entsprach natürlich nicht Herzls Idee vom »Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage«, wie der Untertitel seines Buches *Der Judenstaat* lautet. Allerdings waren viele Juden auch nicht bereit, ihre Heimat Deutschland zu verlassen; daran hätten auch bessere Bedingungen vonseiten des Regimes nichts geändert.

Die Spannungen zwischen der ZVfD und ihren traditionellen assimilierten Gegenspielern ebbten bis zum Sommer 1937 ab, was vor allem damit zu tun hatte, dass der Einfluss des CV und des RjF in einem nationalsozialistischen Umfeld, in dem Emigration und Zionismus buchstäblich die einzigen Optionen waren, stetig zurückging. Seit 1934 pflegte die ZVfD jedoch eine äußerst kontroverse und potenziell gefährliche Beziehung mit anderen Zionisten, und zwar mit der sich neu formierenden Revisionistischen zionistischen Bewegung in Deutschland, der Staatszionistischen Organisation unter Führung von Georg Kareski.[15] Sein umstrittenes Vorgehen bei der Durchsetzung der Interessen und Ziele der

[15] Vgl. Nicosia, *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, Kap. 6; Herbert Levine, »A Jewish Collaborator in Nazi Germany: The Strange Career of Georg Kareski, 1933–1937«, in: *Central European History* 8 (1975), S. 251–281; Richard Lichtheim, *Die Geschichte des deutschen Zionismus*, Jerusalem1954, Kap. 8–9; Ders., *Rückkehr: Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus*, Stuttgart 1970; Ders., *Revision der zionistischen Poilitik*, Berlin 1939; Joseph Schechtmann, *Rebel and Statesman. The Vladimir Jabotinsky Story. The Early Years*, New York 1956; Ders., *Fighter and Prophet. The Vladimir Jabotinsky Story. The Last Years*, New York 1961; Ders. mit Yehuda Benari, *History of the Revisionist Movement*, Bd. 1, Tel Aviv 1970; Jacob Shavit, *Jabotinsky and the Revisionist Movement, 1925–1948*, London 1988; Kurt Blumenfeld, *Im Kampf um den Zionisums. Briefe aus fünf Jahrzehnten*, Stuttgart 1976, S. 117 f.; Ders., *Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus*, Stuttgart 1962, S. 199; Chaim Schatzker, »The Jewish Youth Movement in Germany in the Holocaust Period I. Youth in Confrontation with a New Reality«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 32 (1987), S. 164 f.; Jehuda Reinharz, »Hashomer Hazair in Germany II. Under the Shadow of the Swastika, 1933–1938«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 32 (1987), S. 192 f.; Yehoyakim Cochavi, »Georg Kareski's Nomination as Head of the Kulturbund. The Gestapo's First Attempt – and Last Failure – to Impose a Jewish Leadership«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 34 (1989), S. 227–246.

Revisionisten in Deutschland unter immer schwierigeren Bedingungen zeitigte jedoch nicht mehr Erfolg als jenes der früheren Revisionistischen zionistischen Bewegung während der Weimarer Republik. Während ihres Bestehens zwischen 1934 und 1938 war die Staatszionistische Organisation viel kleiner und verfügte sogar über weniger Einfluss innerhalb der jüdischen Gemeinde als ihre Vorläufer in der Weimarer Zeit. Die Gestapo beschrieb die Organisation in den 1930er-Jahren als schwach und isoliert, während die ZVfD die Staatszionisten als lästige Minderheit mit gerade 1000 Mitgliedern, davon 500 in ihrer Jugendbewegung Nationale Jugend Herzlia, betrachtete. Abgesehen von Berlin und Leipzig verfügten die Staatszionisten in den meisten jüdischen Gemeinden über wenig oder überhaupt keinen Einfluss. Kareski hing einige Zeit der Illusion an, dass er die Regierung Hitler dafür gewinnen könnte, seine Organisation als eine eigenständige Gruppierung neben den anderen jüdischen Organisationen einschließlich der ZVfD zu akzeptieren. Er stellte die Staatszionistische Organisation als einzige jüdische Organisation dar, die die »jüdische Frage« in Deutschland aus einer Perspektive betrachtete, die der des Regimes ähnlich war, und ähnliche Ziele verfolgte. Oftmals erklärte er, dass sie die einzige jüdische Organisation sei, mit der das NS-Regime eine partnerschaftliche und produktive Beziehung basierend auf gemeinsamen Interessen und Zielen eingehen könne. Kareski ließ dabei außer Acht, dass für die Nationalsozialisten der Zionismus nicht mehr als nur ein geeignetes Mittel war, um die Vertreibung der Juden aus Deutschland zu forcieren. Zudem machten die Nationalsozialisten die ZVfD, im Unterschied zu den Staatszionisten, niemals als Unterstützer der vehement anti-deutschen Pro-Boykott-Position der in Übersee aktiven Dachorganisation – der Revisionist New Zionist Organization (NZO) unter Wladimir Jabotinsky – aus. Die NZO war öffentlich an der internationalen antideutschen Boykottbewegung im Ausland beteiligt. Außerdem waren die Anschuldigungen der Revisionisten, dass die ZVfD eine marxistische Organisation sei und im Grunde von den Überzeugungen der Assimilierten geleitet werde, während die Philosophie und Überzeugungen der Staatszionisten mit dem Regime weitaus kompatibler seien, für die Nationalsozialisten ohnehin völlig bedeutungslos. Letztlich konnten Kareski und die Staatszionistische Organisation Staat und Partei nicht davon überzeugen, dass der revisionistische Zionismus in irgendeiner Weise für sie von Wert sein könnte.

Die deutsche zionistische Bewegung setzte in den 1930er-Jahren größtenteils ihre Aktivitäten – wie zionistische Bewegungen überall in der Diaspora – wie vor der NS-Machtübernahme fort. Vor allem die Hachscharah-Programme (berufliche Umschulungsprogramme), um insbesondere junge Juden auf ein neues Leben in Palästina vorzubereiten, spiegelten eine häufige zionistische Antwort auf den modernen Antisemitismus in Deutschland und andernorts wider.[16] Damit

[16] Vgl. Nicosia, *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, Kap. 7; Ders., »Jewish Farmers in Hitler's Germany. Zionist Occupational Retraining and Nazi ›Jewish Policy‹«, in: *Holocaust and*

war im Grunde eine Ablehnung der Strategie der »jüdischen Selbstverteidigung« verbunden, die mit dem Rückzug aus dem politischen Leben des »Gastlandes« und einer starken Konzentration auf die Palästinaarbeit einherging. Berufliche Umschulungsprogramme gehörten traditionell zu den zionistischen Aktivitäten, die nach 1933 in Deutschland natürlich mit größerer Dringlichkeit und in größerem Umfang fortgesetzt wurden. Die Ausbildungsstätten, die in Deutschland schon vor 1933 bestanden hatten, wurden erweitert, aber auch neue im ganzen Land eingerichtet. Nach 1933 gestattete es die NS-Regierung deutsch-jüdischen Jugendlichen, sich in größerer Zahl für zionistische Ausbildungsprogramme außerhalb Deutschlands zu melden. Als Antwort auf den Druck der NS-Politik, die ihren Schwerpunkt auf die rasche Auswanderung aller Juden aus Deutschland legte, und insbesondere auf einen Polizeiapparat, der die berufliche Umschulung der Juden als wichtiges Instrument zur Erreichung dieses Ziels ausmachte, gerieten diese Programme schnell zu einem bedeutsamen Aspekt der zionistischen Tätigkeit in den sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen der jüdischen Gemeinschaft vor dem Krieg. Dass so viele junge Juden, von denen auch einige aus nichtzionistischen Familien stammten, an diesen Programmen teilnehmen und vor der nationalsozialistischen Verfolgung fliehen konnten, ist eine traurige Erfolgsgeschichte.

Die bereitwillige Akzeptanz, die das Regime den jüdischen Berufsausbildungsprogrammen entgegenbrachte, spiegelte den pragmatischen und von Improvisationen geprägten Charakter seines Antisemitismus wider. Einige Parteiorganisationen und staatliche Einrichtungen trugen die Bemühungen der Zionisten, die deutschen Juden für die Auswanderung nach Palästina zu gewinnen, sogar so weit mit, dass sie die alten antisemitischen Grundsätze, dass Juden zu »anständiger Arbeit« wie zur Landwirtschaft nicht in der Lage seien, außer Acht ließen. Außerdem zerstreute die Gestapo in der Regel die Ängste, dass junge Juden die »rassische Reinheit des deutschen Volkes« bedrohten, wenn sie gemeinsam oder in unmittelbarer Nähe von »Ariern« lebten, um Landwirtschaft und Handwerk zu erlernen. Ein anderes Beispiel für einen Widerspruch in ihrer Weltanschauung ist die Tatsache, dass die Nationalsozialisten vor allem in den ersten Kriegsjahren eine wachsende Zahl jüdischer Arbeiter – viele aus den zionistischen Hachscharah-Programmen und Ausbildungslagern – für ihre Zwecke einsetzten; weil sie nicht auswandern konnten, wurden sie vor ihrer massenhaften Ermordung Teil des deutschen Zwangsarbeitssystems. Aber vor 1941 blieb die erzwungene

Genocide Studies 19 (2005), S. 365–389; Kulka, *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus*, S. 114–117, 153 f., 162–164, 204–208, 269–273, 275 f., 285–287, 351 f.; Kurt Blumenfeld, *Im Kampf um den Zionismus*, S. 142 f.; Wildt, *Die Judenpolitik des SD, 1935–1938*, S. 68 f., 90–96; Amkraut, *Between Home and Homeland*, S. 165 f.; Angress, »Auswandererlehrgut Gross-Breesen«, S. 168–187; Ders., *Between Fear and Hope. Jewish Youth in the Third Reich*, New York 1988, S. 5 f., 22, 25, 28, 36, 44 f., 54 f., 59 f.; Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Nazi Regime 1933–1939*, S. 97–102, 216–219; Leon Shapiro, *The History of ORT. A Jewish Movement for Social Change*, New York 1980, S. 462 f.

Auswanderung nach überall hin, einschließlich Palästina, die bevorzugte »Lösung der Judenfrage« im Großdeutschen Reich, auch wenn sie wegen des Krieges zunehmend an Bedeutung verlor.

Bis Ende 1938 hatte die Hitler-Regierung entschieden, das Emigrationsprocedere, das die vom Sicherheitsdienst eingerichtete »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« in Wien entwickelt hatte, zu übernehmen, um die Probleme zu lösen, die bei der jüdischen Auswanderung aus Deutschland auftraten. Die nach dem Vorbild von Adolf Eichmanns »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« in Wien am 24. Januar 1939 in Berlin eröffnete »Reichszentrale für jüdische Auswanderung« machte deutlich, dass das von Eichmann stark zentralisierte und von Zwangsmaßnahmen geprägte Emigrationsprocedere auf das »Altreich« übertragen werden sollte. Zudem bedeutete die formelle Auflösung der autonomen jüdischen Organisationen und Gemeinden nach den Novemberpogromen das Ende der Reichsvertretung der Juden in Deutschland; sie wurde 1939 durch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland ersetzt.[17] Ohne die autonomen jüdischen Organisationen, die die Basis der aufgelösten Reichsvertretung dargestellt hatten, war der vorrangige Zweck der neuen, unmittelbar dem Staat unterstehenden Reichsvereinigung die Mobilisierung der in Deutschland verbliebenen jüdischen Bevölkerung sowie von deren Ressourcen für die Auswanderung. Zudem sollte sie die jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen, Schulen und Berufsausbildungszentren verwalten, um dadurch die jüdische Auswanderung zu unterstützen. Schließlich sollte die neue Reichsvereinigung mit der neuen Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin zusammenarbeiten.

Nach der Auflösung der zwei zionistischen Organisationen in Deutschland im Jahr 1938 operierte das Palästinaamt der Jewish Agency, das bislang am Sitz der ZVfD in der Meineckestr. 10 in Berlin residierte, weiterhin von dort und von mehreren Zweigstellen in wenigen anderen deutschen Städten aus. Das Palästinaamt konnte unter der neuen Reichsvereinigung seine Arbeit fortsetzen: Es unterstützte Juden in ihrem Bemühen um die erforderlichen deutschen und palästinensischen Aus- und Einreisepapiere sowie um Fahrkarten für die legale Einwanderung nach Palästina. Währenddessen organisierten die Haganah und andere zionistische Gruppierungen aus Palästina ein Netzwerk zur illegalen Einwanderung, das die von den Briten 1936 erlassenen Einwanderungsbeschränkungen für Juden nach Palästina zu umgehen versuchte. Die Haganah und die anderen in Palästina darin involvierten Gruppen schickten 1938 Agenten nach Paris, Berlin und Wien – bekannt als »Mossad le Alijah-Beth«. Sie sollten ein Netzwerk einrichten und die erforderlichen Kontakte zum SD und der Gestapo in Berlin und Wien herstellen, um die illegale Einwanderung von Juden aus Mitteleuropa nach Palästina zu ermöglichen.[18] Sie sollten Transporte aus Großdeutschland, vor allem aus Öster-

---

[17] Vgl. Meyer, *Tödliche Gratwanderung*, Kap. 1–2.

[18] Vgl. Wildt, *Die Judenpolitik des SD*, S. 180, 193–205; Dalia Ofer, *Escaping the Holocaust. Illegal Im-*

reich, koordinieren und Juden auswählen, die über die illegale Route, meist durch Jugoslawien und Italien oder über die Donau und das Schwarze Meer, das Land verlassen wollten. Sie mussten alle Aktivitäten mit den deutschen Behörden absprechen, weil ohne deren Mitwirkung weder eine legale noch eine illegale Möglichkeit zur Ausreise aus Großdeutschland nach Palästina bestand. Die deutschen Amtspersonen standen den Plänen und Initiativen der Haganah im Allgemeinen von Beginn an offen gegenüber und stimmten diesen Vereinbarungen meist zu.

Zwischen Hitlers Ernennung zum Reichskanzler 1933 und dem Beginn der »Endlösung« Ende 1941 konnten mehr als 53.000 Juden auf legalem Wege von Deutschland (ohne Österreich, das Sudetenland und das Protektorat Böhmen und Mähren) nach Palästina auswandern. Diese Zahl entsprach etwa 10 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung im »Altreich« zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 und machte etwa ein Viertel der gesamten jüdischen Einwanderung in Palästina in jenen Jahren aus. Überwiegend handelte es sich dabei um jüngere Menschen: 58 % waren jünger als 30 Jahre und 75 % jünger als 40 Jahre. Zudem verließen in diesem Zeitraum etwa 9000 Juden Österreich sowie ungefähr 2000 Juden Böhmen und Mähren nach März 1939 in Richtung Palästina. Den Statistiken der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zufolge emigrierten insgesamt etwa 65.000 Juden aus Großdeutschland bis November 1941 auf legalem Weg nach Palästina. Dies entspricht etwa 13 % der ungefähr 500.000 Juden, denen es vor Beginn der »Endlösung« gelang, aus Großdeutschland in andere inner- oder außereuropäische Länder zu flüchten. Wenn man die ungefähr 17.000 Juden hinzuzählt, die meist aus Mitteleuropa bis 1941 illegal nach Palästina gelangten, erreichten mehr als 80.000 deutsche, österreichische und tschechische Juden – oder ca. 16 % aller Juden, die in jenen Jahren aus dem Deutschen Reich auswanderten – zwischen 1933 und Ende 1941 Palästina.

Dass das Regime die zionistische Bewegung als ein Werkzeug zur Durchsetzung seiner Politik nutzte, hatte zur Folge, dass die Bemühungen der Zionisten in dieser für die Juden in Deutschland krisenhaften Zeit Unterstützung fanden – auch wenn es nur vorläufig, unregelmäßig und oberflächlich war. Indem das Regime der zionistischen Bewegung in und außerhalb Deutschlands gestattete, das »Beste« aus der nahezu unmöglichen Situation zu machen, schrieb es, vielleicht unbeabsichtigt, den Zionisten eine maßgebliche Rolle bei der Gestaltung einiger Bestandteile der NS-Politik gegenüber den Juden in Deutschland vor dem Völkermord zu.

---

migration to the Land of Israel, 1939–1944, New York 1990, Kap. 1–7; Ehud Avriel, *Open the Gates*, New York 1975; Jon and David Kimche, *The Secret Roads. The Illegal Migration of a People, 1938–1948*, London 1955; Nicosia, *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, S. 332–358; Beate Meyer, »Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten (1941–1945). Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Deportationen«, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland: Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945*, Göttingen 2004, S. 63–85; Kurt Jacob Ball-Kaduri, »Die illegale Einwanderung der deutschen Juden in Palästina 1939–1940«, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte* 4 (1975), 387–421; Leni Yahil (Hrsg.), »Selected British Documents on the Illegal Immigration to Palestine 1939–1940«, in: *Yad Vashem Studies* 10 (1974), S. 241–276.

Zentrale Komponenten bei diesen Versuchen, die NS-Politik erfolgreich zu beeinflussen, waren das Haavara-Abkommen, die zionistischen Berufsausbildungsprogramme, großangelegte Bildungsprogramme und die illegale Einwanderung nach Palästina. All diese zionistischen Initiativen wurden von 1933 an wichtige Bestandteile der NS-Politik gegenüber den Juden. In Verbindung mit der vordergründigen Vorzugsbehandlung, die das Regime der zionistischen Bewegung und der jüdischen Emigration nach Palästina zeitweise entgegenbrachte, um Deutschland »judenrein« zu machen, trugen diese Initiativen letztlich dazu bei, Tausende von Juden zu retten, die ansonsten der Shoah zum Opfer gefallen wären.

In den 1930er-Jahren verfolgte die NS-Politik das Ziel, die jüdische Emanzipation und Assimilation aus jeder Facette des Lebens in Deutschland rückgängig zu machen und die jüdische Auswanderung aus Deutschland in alle möglichen Länder, vorzugsweise außerhalb Europas, zu befördern. Naturgemäß und notgedrungen rückten dadurch der Zionismus und die deutsche zionistische Bewegung ins Zentrum dieser Politik. Eines dieser Ziele – die Auswanderung – stimmte mit jenem der zionistischen Bewegung überein, obgleich völlig unterschiedliche politische Erwägungen und Motivationen dahinterstanden. Eigentlich war die zionistische Bewegung davon ausgegangen, dass sie ihre Ziele in einem Umfeld verwirklichen konnte, in dem Juden wenigstens ein Minimum an bürgerlichen und wirtschaftlichen Rechten besaßen, bevor sie auswanderten. Die tatsächliche Beziehung zwischen den Zionisten und dem Regime nach 1933 war jedoch formlos und von Widerwillen und definitiv nicht von gegenseitigem Respekt und dem Willen zu einer Zusammenarbeit unter Gleichen geprägt. Sie funktionierte nur, weil sich die Interessen zeitweise überschnitten, und mit der Duldung der Seite, die die Macht verkörperte. Das Regime würde die Zionisten nicht von den verheerenden Folgen der antijüdischen Gesetzgebung, die die jüdische Bevölkerung aus der deutschen Gesellschaft ausschloss, ausnehmen; aber es stützte seine Auswanderungspolitik zum Teil auf sehr nützliche Initiativen der Zionisten, wie Haavara, Hachscharah und Alijah-Beth. Diese sollten entweder spezifische Anforderungen der britischen Mandatsverwaltung in Palästina und die Bedürfnisse der wachsenden Wirtschaft Palästina erfüllen oder diese, wie im Fall der Alijah-Beth, umgehen.

Zur Auswahl der Dokumente

Die in diesem Band und seinem Vorläufer publizierten Dokumente, die von einzelnen Personen, von Organisationen und aus öffentlichen Archiven stammen, spiegeln sowohl die Kontinuitäten als auch die bedeutenden Unterschiede des Stellenwerts des Zionismus für die deutsch-jüdische Gemeinschaft vor und nach 1933 wider. Sie zeigen auch die Differenzen zwischen der zionistischen Bewegung in Deutschland – vorwiegend vertreten durch die Zionistische Vereinigung für

Deutschland – und anderen nationalen sowie internationalen zionistischen Institutionen einerseits sowie dem deutschen Staat andererseits. Dies ist wenig überraschend, wenn man berücksichtigt, wie fundamental sich die politischen und ideologischen Rahmenbedingungen in Deutschland nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler verschoben. Die völlig veränderten politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Realitäten in Deutschland nach dem 30. Januar 1933 und insbesondere das unverhohlene staatliche Vorgehen gegen die jüdische Gemeinschaft machen es deshalb notwendig, in diesen Band staatliche Dokumente und Parteidokumente aufzunehmen. Diese Dokumente bieten einen detaillierten Blick auf die sich rasch wandelnden und zunehmend erdrückenden Bedingungen, unter denen lokale und nationale zionistische Organisationen und ihre Vertreter in Deutschland zwischen Januar 1933 und Ende 1941 operieren mussten. Während einige Dokumente zeigen, dass sich unter der NS-Herrschaft einige neue Möglichkeiten zum Erreichen der traditionellen zionistischen Ziele ergaben, machen sie letztendlich deutlich, dass Hitler und der Nationalsozialismus einer erfolgreichen zionistischen Arbeit weitaus mehr Hindernisse in den Weg legten als sie Vorteile brachten.

Zu diesem Zweck waren staatliche Behörden wie das Reichsministerium des Innern, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Auswärtige Amt und andere gemeinsam mit dem gesamten NS-Polizeiapparat unmittelbar an der Formulierung und Umsetzung der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Juden beteiligt. Deshalb enthält dieser Band Dokumente aus dem Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde einschließlich seiner früheren Außenstelle in Dahlwitz-Hoppegarten. Die zahlreichen Dokumente aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin thematisieren den deutschen Zionismus als Teil einer größeren internationalen Organisation und Bewegung, Palästina und dessen Status unter britischem Mandat sowie generell die außenpolitischen Folgen von Hitlers Innenpolitik gegenüber den Juden in Deutschland. Außerdem verfügt das frühere Osobyi Archiv (Spezial-Archiv) in Moskau, dessen Sammlungen nun im russischen staatlichen Militärarchiv in Moskau liegen, mit seinem umfangreichen Mikrofilm-Bestand über das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), der seit fast zwei Jahrzehnten auch im Mandel Center for Advanced Holocaust Studies des United States Holocaust Memorial Museums (USHMM) in Washington, D.C. zugänglich ist, über wichtige Dokumente, die jene über die verschiedenen Abteilungen des NS-Polizeiapparats im Bundesarchiv in Berlin vervollständigen. Sie sind Teil der umfangreichen Sammlung von NS-Dokumenten, die 1945 der Sowjetunion in die Hände fielen und nach Moskau verbracht wurden. Diese deutschen und deutsch-jüdischen Dokumente in Moskau, einschließlich jener, die vom USHMM in Moskau verfilmt wurden, enthalten viele einschlägige Unterlagen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und anderer nichtzionistischer jüdischer Organisationen in Deutschland. Diese nichtzionistischen jüdischen Archivmaterialien bereichern

diesen Band, weil sie viele Dokumente beinhalten, die von deutschen Zionisten und zionistischen Organisationen an sie verfasst wurden; das Archiv der ZVfD ging nämlich während des Krieges verloren und die verbliebenen Unterlagen der deutschen Zionisten sind in verschiedenen deutschen und israelischen Archiven sowie in Washington, D. C. und Moskau verstreut.

Was die zionistische Seite anbelangt, liegen viele Akten der relevanten Abteilungen der Jewish Agency for Palestine und ihrer Büros in Jerusalem und London – neben der Zionistischen Weltorganisation (ZWO) in London – in den Central Zionist Archives in Jerusalem. Diese Unterlagen sind eine ergiebige Quelle für die Dokumentation der Arbeit der ZVfD und anderer deutsch-zionistischer Organisationen sowie zur zionistischen Politik und Aktivitäten in Deutschland während dieser Jahre, vor allem im Zusammenhang mit der harten Realität jüdischen Lebens in Hitler-Deutschland nach 1933. Das Jabotinsky Institute in Tel Aviv und das Central Archives for the History of the Jewish People an der Hebrew University in Jerusalem verfügen über wichtige Dokumente zu zionistischen Aktivitäten im Allgemeinen, aber vor allem zur Rolle der Revisionistischen zionistischen Bewegung und ihrer Institutionen und Führungspersönlichkeiten inner- und außerhalb Deutschland. Das Haganah Archiv in Tel Aviv besitzt eine Sammlung wichtiger Dokumente, die sich direkt mit der fragilen, aber unerlässlichen Beziehung der Haganah und anderer jüdischer Gruppen in Palästina mit dem Sicherheitsdienst (SD) und der Gestapo bezüglich der illegalen Einwanderung von Juden aus Mitteleuropa nach Palästina nach 1937 beschäftigen.

In einigen staatlichen Archiven in Deutschland, vor allem in jenen in Potsdam und Leipzig, fanden sich wichtige Quellen für diese Dokumentensammlung. Sie verfügen neben anderem über viele Überwachungsberichte der örtlichen Polizeistellen, die verschiedenen Veranstaltungen und Aktivitäten der lokalen zionistischen Organisationen in Deutschland zwischen 1933 und 1939 beiwohnten. Einige der SD- und Gestapo-Berichte werfen ein Licht auf die Programme und Themen bei Treffen verschiedener zionistischer Ortsgruppen in Deutschland, bei Versammlungen der nationalen ZVfD und auch bei nichtzionistischen jüdischen Organisationen in Deutschland wie der Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland und anderer. Nahezu alle Treffen jüdischer Organisationen in Hitler-Deutschland wurden von der Gestapo oder anderer Polizei beobachtet. Die Berichte enthalten Beschreibungen der Programme solcher Treffen, die Anzahl der Teilnehmer, die Namen, Mitgliedschaften, Berufe, politische Einstellungen usw. der Organisatoren und Sprecher sowie deren Reden. Diese Berichte waren sachlich gehalten und wurden von den Beobachtern nicht nachbearbeitet. Im Falle der Zionisten spielte sich natürlich bei ihren Veranstaltungen in der Regel nichts ab, gegen das die Nationalsozialisten hätten Einwände erheben wollen, weil die zionistischen Bemühungen, Juden auf ihre Auswanderung aus Deutschland vorzubereiten, mit den Interessen und der Politik des Hitler-Regimes vor 1941 übereinstimmten. Berichte wie diese geben

interessierten Wissenschaftlern indirekt Einblick in den faktenbezogenen Inhalt, informieren über zionistische Aktivitäten unter der NS-Herrschaft und darüber, wie die Bewegung versuchte, mit der Situation in Deutschland nach 1933 zu Rande zu kommen. Aus vielen dieser Berichte geht deutlich hervor, dass unter den deutschen Juden, vor allem unter den jüngeren, das Interesse für den Zionismus und für die Auswanderungsmöglichkeiten von Deutschland nach Palästina wuchs. Diese NS-Polizeiberichte ergänzen die vielen Berichte, die deutsche Zionisten und andere jüdische Vertreter und Beobachter nach 1933 selbst über ihre verschiedenen Veranstaltungen und Aktivitäten sowie Erfolge und Misserfolge zusammentrugen.

Die Dokumente in diesem Band sind in fünf nach Themen und Chronologie geordneten Kapiteln gegliedert. Kapitel I »Deutsche Zionisten und die Machtübernahme« ist mit nur zehn Dokumenten aus jüdischen Quellen das kürzeste. Sie zeigen, wie deutsche und andere Zionisten der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, die Zionistische Weltorganisation und die Jewish Agency for Palestine in London und Jerusalem sowie verschiedene Personen und andere jüdische Gruppierungen die neue Situation in Deutschland im Jahr 1933 einschätzten. Diese Dokumente spiegeln den ziemlich schnellen Wechsel von verhaltenem Optimismus im Februar zu offenem Pessimismus Ende des Sommers wider sowie das Bemühen, konstruktiv auf die neuen Gegebenheiten zu reagieren, um die zionistische Arbeit in Deutschland und die weitere Entwicklung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina zu ermöglichen. Sie bestehen im Wesentlichen aus der Kommunikation zwischen zionistischen Funktionären innerhalb Deutschlands sowie mit dem Ausland. Ihre Lageeinschätzungen bringen auch die Angst zum Ausdruck, die verständlicherweise alle Juden mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 verspürten. Sie machen zudem deutlich, dass die Funktionäre von der Logik und Richtigkeit der zionistischen Argumente und Politik für eine tragfähige Lösung der sogenannten jüdischen Frage von den früheren Jahren der Bewegung an überzeugt waren, und beinhalten Empfehlungen für spezielle Maßnahmen, um durch Kontakte und ein gewisses Maß an »Kooperation« mit dem neuen Regime das Beste aus der neuen und potenziell gefährlichen Situation zu machen. Zum Beispiel kontaktierten sie jüdische und nichtjüdische Organisationen im Ausland, vor allem in Großbritannien und den Vereinigten Staaten, um sie von wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegen Deutschland als Vergeltung gegen die NS-Judenpolitik abzuhalten. Kurt Blumenfeld warnte etwa in einem Brief an Chaim Weizmann in London vom 14. August 1933 (Dok. 9) davor, dass der internationale Wirtschaftsboykott gegen deutsche Waren die Situation für Juden im NS-Staat nur verschlechtere. Diese Bemühungen im Ausland für einen Boykott, behauptete er, waren gefährlich, weil sie voraussichtlich die antijüdische Politik der Nationalsozialisten in Deutschland verschärfen würden. Deutsche Zionisten kommunizierten auch mit verschiedenen staatlichen und polizeilichen Behörden und drängten auf die Entwicklung einer Politik, die für beide Seiten

vorteilhaft wäre, um die jüdische Auswanderung aus Deutschland nach Palästina zu ermöglichen – eine Politik, die langfristig sowohl die Ziele der zionistischen Bewegung als auch der Regierung Hitler in einer Art und Weise erfüllen würde, die aus zionistischer Perspektive den Juden in Deutschland Schutz bot, bis sie emigrieren konnten. Dieses Konzept geht zum Beispiel aus Dok. 8 hervor, einem Bericht der Zionistischen Vereinigung für Deutschland an die deutsche Regierung vom Juni 1933, der die positive Rolle betonte, die der Zionismus zum Wohl sowohl des deutschen wie des jüdischen Volkes spielen konnte.

Das Haavara-Abkommen vom August 1933 ist ein Beispiel dafür, dass Zionisten in Deutschland und im Ausland sich bemühten, das Beste aus einer sehr schwierigen Situation zu machen. Die spezifischen Bedingungen dieses Abkommens sind im Dok. 11 in Kapitel II, in einem Memorandum des Auswärtigen Amts an den Reichswirtschaftsminister vom 28. August 1933, das die Vorteile für Deutschland bewertet, skizziert. Die Dokumente in Kapitel II »Zionismus in der NS-Judenpolitik 1933–1939« richten den Fokus darauf, die Grundprinzipien der NS-Politik gegenüber den deutschen Juden zwischen 1933 und 1938 sowie die Rolle, die der Zionismus und die zionistische Bewegung bei der Formulierung und Durchsetzung dieser Politik spielte, abzustecken. Die zionistischen Bemühungen, eine Art Übereinkommen mit dem Regime zu erreichen, hingen letztlich von der Ideologie und den Absichten der NS-Politik während jener Jahre ab. Sie waren aber auch davon abhängig, bis zu welchem Grad das Hitler-Regime bereit war, einen Teil seiner antisemitischen Ideologie vorübergehend aufzugeben, um auf pragmatischem Weg sein Ziel eines »judenfreien« Deutschland so schnell wie möglich zu erreichen. Deshalb stammen die meisten der 45 Dokumente in Teil II aus dem Bundesarchiv und Staatsarchiven in Deutschland, die über Sammlungen von staatlichen Behörden und zur NSDAP verfügen.

Neben dem Haavara-Abkommen vom 25. August 1933 dokumentiert Kapitel II auch andere zionistische Initiativen. Thematisiert werden die beruflichen Umschulungsprogramme der zionistischen Bewegung, die vor allem junge Juden in Landwirtschaft und Handwerk, in Hebräisch, in jüdischer Geschichte und in der Geografie des Nahen Ostens ausbilden sollten, um sie auf ihr neues Leben in Palästina vorzubereiten. Einige Dokumente in Kapitel II, etwa Dok. 14, 15, 16 und 17, illustrieren die Rolle, die staatliche Stellen auf verschiedenen Ebenen bei der Durchführung dieser Programme spielten. Zudem gab es die Alijah-Beth, ein Netzwerk für die illegale Einwanderung jüdischer Flüchtlinge aus Mitteleuropa, das Mitglieder der Haganah, einige revisionistische Zionisten und andere Juden 1937 in Palästina organisierten, nachdem die Briten die jüdische Einwanderung nach dem Ausbruch des arabischen Aufstands in Palästina im Frühjahr 1936 stärker reglementiert hatten. Diese drei zionistischen Initiativen, die Reaktion der nationalsozialistischen Staats- und Parteifunktionäre darauf sowie ihre Bedeutung in der NS-Politik sind außerdem Thema in vielen Dokumenten der Kapitel III, IV und V.

Dokumente von Behörden wie dem Auswärtigen Amt, dem Reichsministerium des Innern, dem Reichswirtschaftsministerium, dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie mehrerer Abteilungen der SS und der Gestapo in Kapitel II zeigen auch die Reaktionen der Behörden auf andere zionistische Aktivitäten nach 1933. Sie enthalten die Programme verschiedener zionistischer und anderer jüdischer Jugendorganisationen, Vorschriften, zu welchen Themen zionistische Treffen und Veranstaltungen erlaubt waren und wie sie organisiert werden sollten, und zeigen, wie gründlich die Verbindungen zwischen der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und der größeren zionistischen Bewegung außerhalb Deutschlands, vor allem der Zionistischen Weltorganisation in London sowie der Jewish Agency for Palestine in London und Jerusalem, kontrolliert wurden. Sie spiegeln auch die Auswirkungen von Deutschlands jüdischer Auswanderungs- und Palästinapolitik auf Hitlers langfristigere außenpolitische Interessen in Europa und im Nahen Osten vor dem Krieg wider. Zudem geben sie Aufschluss über die heftigen Kontroversen innerhalb und zwischen gewissen staatlichen und Parteistellen über Fragen wie die Auswirkung des Haavara-Abkommens und die deutsche Förderung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland nach Palästina auf die mögliche Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates – was die nationalsozialistische Regierung in Berlin vehement ablehnte. Dieser Widerspruch geht zum Beispiel eindeutig aus Dok. 43 hervor, einem geheimen Memorandum vom 22. Juni 1937, das das Auswärtige Amt in Umlauf brachte. Erhebliche Meinungsunterschiede zwischen Partei- und staatlichen Stellen traten auch bei der Frage auf, ob es klug sei, zionistische Ausbildungsprogramme und -lager auf deutschem Boden und den dadurch bedingten häufigen Kontakt zwischen Juden und »Ariern« zuzulassen. Aber wie Dok. 36 zeigt, verfügte die Gestapo, obwohl ihr diese Widersprüche durchaus klar waren, die Fortsetzung dieser Programme wegen ihrer positiven Auswirkung auf die NS-Politik, die die jüdische Auswanderung aus Deutschland möglichst effizient fördern wollte. Diese und weitere Themen, die im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit man die verschiedenen zionistischen Interessen, Aktivitäten und Initiativen dulden sollte, auftraten, werden auch in den folgenden Kapiteln behandelt.

Die 75 Dokumente in Teil III »Zionistische Arbeit in Deutschland 1933–1938« bilden das umfangreichste Kapitel der Edition. Hierfür wurden Dokumente jüdischer und deutscher Provenienz aus verschiedenen Archiven in Israel, Deutschland, den USA und Russland ausgewählt. In dieser Zusammenstellung bilden sie die Arbeit und vielfältigen Aktivitäten der Zionisten in Deutschland unter zunehmend schwierigen und gefährlichen Bedingungen zwischen Mitte 1933 und Herbst 1938 bis kurz vor den Pogromen am 9./10. November und der anschließenden Auflösung aller selbständigen jüdischen Organisationen und Institutionen in Deutschland ab. Selbstverständlich beschäftigen sich diese Dokumente auch mit den in Kapitel II aufgeführten Themen, darunter das Haavara-Abkommen, zionistische Berufsausbildungsprogramme und -lager in Deutschland und

das illegale Netzwerk der Zionisten für die Auswanderung (Mossad le Alijah-Beth), die zumindest eine Duldung durch die deutsche Regierung erforderten. Diese Dokumente vermitteln jedoch ein viel umfassendes Bild über den Umfang und Handlungsspielraum der zionistischen Arbeit in Deutschland während der 1930er-Jahre, über ihre Erfolge, Hindernisse, Probleme und ihr Scheitern.

Einige der Quellen jüdischen Ursprungs in Kapitel III erlauben einen genauen Einblick in die Themen sowie die traditionellen kontroversen innerzionistischen und innerjüdischen Debatten, die die Spitzenfunktionäre und andere Persönlichkeiten führten, und die Beziehungen, die sie miteinander pflegten. Sie waren in einem für alle Juden in Deutschland immer schwieriger werdenden Umfeld von lange tradierten philosophischen Meinungsverschiedenheiten geprägt. Ein Beispiel für diese alten Rivalitäten, die sich nach 1933 noch für eine Weile fortsetzten, waren die Reibereien zwischen der ZVfD und der Organisation der jüdischen Kriegsveteranen, dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, im Sommer 1934. Diese Auseinandersetzung, bei der es um die gleichzeitige Mitgliedschaft in der ZVfD und dem assimilierten RjF ging, konnte bis 1937 nicht geklärt werden. Die Dok. 69, 70, 71, 72, 105 und 106 thematisieren dies.

Innerhalb der deutschen zionistischen Bewegung und ihren verschiedenen Organisationen und Gruppierungen gab es naturgemäß Meinungsverschiedenheiten, was die zionistische Politik in Deutschland und die Beziehung des deutschen Zionismus und der jüdischen Gemeinschaft mit dem NS-Regime anbelangte. Diese Themen berührten auch die Politik und das oberste Ziel einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina. Neben anderen waren die dominierende Zionistische Vereinigung für Deutschland und die revisionistischen Zionisten in Deutschland und im Ausland daran beteiligt. Die revisionistische Staatszionistische Organisation in Deutschland, die sich bis 1935 zu einer vollständig eigenständigen zionistischen Organisation und Bewegung in Deutschland entwickelt hatte und vor allem in Kapitel IV dieses Bandes thematisiert wird, wird auch in Teil III kurz angesprochen. Im Zusammenhang mit der zionistischer Arbeit und zionistischen Zielen in Palästina gab es in den 1930er-Jahren innerhalb der deutschen zionistischen Bewegung ebenfalls Differenzen, in die Brit Schalom involviert war. Brit Schalom trat für die Gründung eines binationalen Staates für Juden und Araber in ganz Palästina ein und stand damit in Gegensatz zu den Zionisten, die einen ethnozentristischen »jüdischen Staat« in einem Teil oder im ganzen Mandatsgebiet Palästina anstrebten. Zudem forderten die Revisionisten einen »jüdischen Staat«, der Transjordanien miteinschließen sollte. Andere in diesem Teil dokumentierte Konflikte betreffen die Beziehungen zwischen der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und den größeren nichtzionistischen oder »assimilierten« jüdischen Organisationen, die gleichermaßen darum kämpften, ihre Arbeit so gut wie möglich unter den immer schwierigeren Umständen leisten zu können. Diese nichtzionistischen Organisationen schlossen vor allem den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der sich nach

1935 in Centralverein der Juden in Deutschland umbenennen musste, und den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten ein. Einige Spannungen zwischen Zionisten und Nichtzionisten berührten ihre traditionell unterschiedlichen Positionen, was die jüdische Reaktion auf Antisemitismus, Assimilitation und die sogenannte jüdische Frage betraf. Das betraf auch ihre unmittelbare Arbeitsbeziehung innerhalb der Reichsvertretung der deutschen Juden und andere Bereiche.

Viele der Dokumente in Kapitel III sowohl aus jüdischen wie aus deutschen Archiven liefern eine sehr detaillierte Beschreibung vieler zionistischer Aktivitäten, Programme und Veranstaltungen für die zunehmend verarmende, alternde und schrumpfende jüdische Gemeinschaft während der 1930er-Jahre. Insbesondere die reichsweit agierenden verschiedenen zionistischen Ortsgruppen boten Vortragsabende, Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen und andere Veranstaltungen, die sich mit den zionistischen Idealen und jüdischem Leben in Palästina, mit jüdischer und zionistischer Geschichte beschäftigen, sowie hebräischen Sprachunterricht an; einige organisierten sogar Besuche jüdischer Siedlungen und Institutionen in Palästina. Ein Polizeibericht aus Leipzig vom Oktober 1934 (Dok. 73) beschreibt zum Beispiel die wachsende Bedeutung der Frauen für die lokalen zionistischen Bildungsprogramme. Aus vielen Polizeiberichten über diese Veranstaltungen geht hervor, dass sie sehr gut besucht waren, vor allem von jüngeren deutschen Juden – ein Zeichen, dass das Interesse und die Unterstützung für den Zionismus und die Auswanderung im Allgemeinen seit Januar 1933 anstiegen. Die zionistischen Quellen belegen, dass trotz der sich verschlechternden politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Realitäten wenigstens vor 1938 auch Optimismus herrschte und Erfolgserlebnisse verbucht wurden, weil sich mehr deutsche Juden der zionistischen Idee gegenüber aufgeschlossen zeigten.

Allerdings brachten die offenkundigen Erfolge, die sich in einer zunehmenden Attraktivität und ständig wachsenden Mitgliederzahlen bei einer alternden und schrumpfenden jüdischen Bevölkerung in Deutschland zeigten, auch einen nicht zu unterschätzenden negativen Effekt mit sich: den kontinuierlichen Rückgang der Anzahl und Verfügbarkeit von erfahrenen und qualifizierten Führungs- und Verwaltungskräften in der ZVfD und ihren Ortsverbänden. Zum Beispiel schildert ein Brief von Benno Cohn aus Berlin an Georg Landauer in Jerusalem vom 3. August 1938 (Dok. 131), dass es nahezu unmöglich sei, eine erfahrene und fähige zionistische Leitungskraft, die den ZVfD mit seinen vielen verschiedenen Aktivitäten effizient verwaltete, zu finden. Die Dokumente in diesem Teil werfen auch ein Licht auf das zunehmende Problem, qualifizierte Hebräischlehrer und Ausbilder für Landwirtschaft und Handwerk in den verschiedenen Umschulungsprogrammen zu finden, weil immer mehr von ihnen Deutschland verließen. Das hatte zur Folge, dass man sich um die Unterstützung der Nationalsozialisten bei der Beschaffung von Visa für nichtdeutsche Juden bemühen musste, die aus dem Ausland nach Deutschland kamen, um diese Lücken zu füllen. Natürlich stellte die zunehmende Verarmung der gesamten jüdischen Ge-

meinschaft zwischen 1933 und 1938 deutsche und ausländische Hilfsorganisationen vor größere Herausforderungen, wie die zionistische Arbeit in Deutschland finanziert werden sollte.

Die Dokumente aus jüdischer Perspektive in Kapitel III spiegeln auch die wachsende Frustration deutscher Zionisten wider, weil ihre Bemühungen in Deutschland durch die zunehmende Isolierung von der größeren internationalen zionistischen Bewegung und ihren verschiedenen Institutionen behindert wurden. Im Juli 1937 verfasste zum Beispiel Franz Meyer in Berlin einen Brief an das Büro der Jewish Agency for Palestine in London, in dem er sich über die rückläufigen Kontakte zwischen Zionisten in Deutschland und der größeren zionistischen Bewegung im Ausland beklagte (Dok. 129). Sowohl zionistische als auch deutsche Quellen in Kapitel III zeigen deutlich, dass die Kontakte und Verbindungen zwischen der ZVfD und der größeren internationalen zionistischen Bewegung sowie ihren Institutionen im Ausland abnahmen. Erkennbar ist das zum Beispiel in den Berichten über die Teilnahme der ZVfD an den Konferenzen der Zionistischen Weltorganisation 1935 in Luzern und 1937 in Zürich. Diese Dokumente stammen hauptsächlich aus deutschen Archiven, enthalten aber auch Berichte von Juden an offizielle NS-Stellen über diese Konferenzen und Berichte deutscher Beobachter, die diese Veranstaltungen im Ausland besucht hatten und dann den deutschen Behörden in Berlin darüber Bericht erstatteten. Interessant sind auch die jüdischen und deutschen Berichte über die Themen und den Verlauf des 25. Delegiertentags der Zionistischen Vereinigung für Deutschland in Berlin im Februar 1936 (Dok. 91 und 92). Es war der einzige Delegiertentag der ZVfD, der während der NS-Herrschaft in Deutschland stattfand. Die Berichte über diese und andere Treffen auf internationaler, nationaler oder lokaler Ebene liefern einen notwendigen Einblick in die Arbeit der deutschen zionistischen Bewegung für einen Großteil der 1930er-Jahre, als die NS-Verfolgung immer schwierigere Bedingungen schuf. Im Kontext einer schwierigen und häufig von Willkür geprägten Beziehung zum NS-Regime bemühte sie sich, die klassischen zionistischen Programme und Aktivitäten zu erweitern.

Die Dokumente die britische Peel-Kommission mit ihren Empfehlungen zur Zukunft Palästinas vom Juli 1937 betreffend zeigen die fragile und permanent angespannte Beziehung der zionistischen Bewegung mit dem NS-Staat. Die Kommission empfahl als Reaktion auf den arabischen Aufstand im April 1936 die Beendigung des britischen Palästinamandats und die Teilung Palästinas in zwei unabhängige Staaten: einen jüdischen und einen arabischen. Selbstverständlich spielen die Dokumente auch auf die erheblichen internen Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen deutschen und internationalen zionistischen Organisationen an, etwa ob die Grenzziehungen, die die Peel-Kommission angeregt hatte, anerkannt werden sollten. Hinzu kam die vehemente Ablehnung eines unabhängigen jüdischen Staates – in welcher Form und an welchem Ort auch immer – durch die NSDAP und staatliche Stellen in Berlin aus ideologischen und

praktischen politischen Gründen. Die Dok. 111, 112 und 113 zeigen, dass dies die deutschen Zionisten in eine schwierige Lage brachte: Vor dem Hintergrund des Ziels der meisten Zionisten, einschließlich der ZVfD, einen unabhängigen jüdischen Staat in Palästina zu errichten, und dem NS-Regime, das sich einem autonomen oder unabhängigen jüdischen Staat in jedweder Form klar entgegenstellte, waren die deutschen Zionisten gezwungen, sich aus den zionistischen Debatten außerhalb Deutschlands, wie man auf die Empfehlungen der Peel-Kommission reagieren sollte, herauszuhalten.

Schließlich beschäftigen sich einige der Dokumente am Ende von Kapitel III mit den Auswirkungen des »Anschlusses« von Österreich 1938, der gleichzeitigen Verschärfung der Verfolgung der deutschen und österreichischen Juden in diesem Jahr und den Schwierigkeiten, die aus diesen veränderten Bedingungen resultierten. Darunter fiel ein neues Auswanderungsverfahren, das die in Wien im Sommer 1938 eingerichtete Zentralstelle für jüdische Auswanderung unter Adolf Eichmann entwickelte. Andere Dokumente beschäftigen sich mit der Mossad le Alijah-Beth, die schon in der kurzen Vorstellung von Kapitel II erwähnt wurde und ausführlicher nochmals in Kapitel V behandelt wird.

Die Dokumente in Kapitel IV beschäftigen sich mit einer Splittergruppe innerhalb des deutschen und internationalen Zionismus in der Zwischenkriegszeit: der Bewegung der rechtsgerichteten revisionistischen Zionisten. Die verhältnismäßig geringe Stärke dieser Bewegung in Deutschland und im Ausland zwischen 1933 und 1938 hatte zur Folge, dass die Nationalsozialisten den Revisionisten in Deutschland wenig Aufmerksamkeit schenkten. Die meisten Dokumente in diesem Teil stammen aus jüdischen Quellen; großteils werden sie in mehreren israelischen Archiven aufbewahrt, unter anderem im Jabotinsky Institute in Tel Aviv. Deutsche Quellen dazu sind ebenfalls wichtig; darunter sind Dokumente aus staatlichen deutschen Archiven, vor allem in Berlin und Leipzig, wo sich der revisionistische Zionismus in den jüdischen Gemeinden etwas größeren Zuspruchs erfreute. Aber sogar in Leipzig tat die örtliche Polizei in einem Bericht vom 5. Mai 1936 über ein Treffen der örtlichen Gruppe der Staatszionisten die Leipziger Revisionisten als schwach und unbedeutend ab. Die Quellen dokumentieren, dass es sogar innerhalb der verhältnismäßig kleinen internationalen Revisionistischen zionistischen Bewegung konkurrierende Gruppierungen und politische Meinungsverschiedenheiten gab, die sich auf die sehr kleine Staatszionistische Organisation in Deutschland während der NS-Zeit auswirkte.

Zudem zeigen die für diesen Teil ausgewählten Dokumente, dass sich viele Revisionisten weigerten, die Autorität der Zionistischen Weltorganisation, die politisch und wirtschaftlich Mitte-Links stand, sowie der ZVfD in Deutschland anzuerkennen. Zum Beispiel lehnten die revisionistischen Zionisten den Sozialismus und die dominierende sozialdemokratische Philosophie und Politik der ZVfD und ihrer Dachorganisation ZWO ab. Die revisionistischen Bemühungen, mit der ZVfD um Anhänger unter den deutschen Juden sowie um die Aufmerk-

samkeit und Zusammenarbeit mit dem NS-Regime zu konkurrieren, die Aktivitäten der eigenständigen revisionistischen Jugendorganisation Nationale Jugend Herzlia und schließlich die formale Trennung der revisionistischen Staatszionistischen Organisation von der ZVfD in Deutschland 1935 sind weitere Fragen, mit denen sich die Dokumente in diesem Kapitel auseinandersetzen. Zudem verschärfte die ohnehin komplizierte Frage, wie die deutschen Zionisten auf den Teilungsplan der Peel-Kommission 1937 reagieren sollten, die Spannungen zwischen den Staatszionisten und der ZVfD in Deutschland. Obwohl die Ablehnung des Teilungsplans der Peel-Kommission durch die Revisionisten in Deutschland und im Ausland im Einklang mit der NS-Außenpolitik stand, bekräftigten die revisionistischen Zionisten außerhalb Deutschlands mehrfach ihre langjährige Unterstützung für einen souveränen jüdischen Staat auf dem gesamten Mandatsgebiet Palästina einschließlich Transjordanien. Mit anderen Worten: Die Revisionisten wiesen die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat zurück, aber nicht die Idee und das höhere Ziel eines jüdischen Staates in ganz Palästina und Transjordanien, was der NS-Staat vehement ablehnte.

Schließlich beschreiben die Dokumente in diesem Kapitel die Auflösung der Staatszionistischen Organisation in Deutschland durch das NS-Regime im August 1938. In Dok. 160 skizziert Heinrich Müller von der Gestapo in einem kurzen Memorandum vom 25. August 1938, fast drei Monate vor der Auflösung der ZVfD, die Gründe. Dies geschah vor den Novemberpogromen und anderen Aktionen in diesem Monat, durch die die nationalsozialistische Judenverfolgung eine neue Eskalationsstufe erreichte und die die Auflösung der ZVfD und aller selbständigen jüdischen Organisationen in Deutschland zur Folge hatten.

Kapitel V »Von der Auflösung bis zur ›Endlösung‹« enthält schließlich 45 Dokumente. Sie zeigen die verstärkten, letztlich aber aussichtslosen Bemühungen der zionistischen Bewegung in Deutschland, Juden unter den außerordentlich schwierigen und sich rasch weiter verschlechternden Bedingungen nach den Pogromen im November 1938 die Flucht aus dem expandierenden Großdeutschen Reich zu ermöglichen. Mehrere wichtige Dokumente beschreiben diese Situation. Darunter befindet sich ein Brief von Georg Landauer in Berlin an Arthur Ruppin in Jerusalem vom 17. Februar 1939 (Dok. 175), in dem Landauer die unmöglichen Bedingungen, unter denen die Zionisten zu arbeiten gezwungen waren, und die nahezu hoffnungslose Situation der Juden in Deutschland schildert. Dieser Zeitraum umfasst die ersten beiden Jahre des Zweiten Weltkriegs, in denen Deutschland einen großen Teil Europas eroberte und die Sowjetunion angriff. Er endete mit der Entscheidung der Nationalsozialisten, die Auswanderung von Juden aus Deutschland und dem besetzten Europa im Herbst 1941 zu beenden und mit dem systematischen Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas zu beginnen. Die Dokumente in diesem Kapitel stammen gleichermaßen aus zionistischen wie aus deutschen Archivsammlungen. Sie geben Einblick in den Kern und die Geschwindigkeit, in der sich die nationalsozialistische Verfolgung

während dieser fast drei Jahre intensivierte, die zusehends durch die aggressive Außen- und Militärpolitik sowie die Interessen des NS-Staates angetrieben wurde. Sie schränkte die immer geringer werdenden Optionen, die die Zionisten in Deutschland und im Ausland in ihrem Kampf gegen diese durch den Krieg veränderten Bedingungen noch besaßen, rasant ein.

Nach den Novemberpogromen waren die deutschen Juden verstärkt Gewalt und drohenden Verhaftungen ausgesetzt. Zudem führte die NS-Politik zur weiteren Verarmung der jüdischen Gemeinschaft, weil das Regime jegliche Teilhabe von Juden an der deutschen Wirtschaft formal beendete. Eine zunehmende Isolierung der Juden in Deutschland war die Folge der Auflösung aller selbständigen deutsch-jüdischen Organisationen einschließlich der ZVfD. Diese und weitere Beispiele einer dramatischen Intensivierung der Verfolgung der Juden verstärkten den Druck, aus Deutschland auszuwandern, erheblich. Natürlich beförderte dieser Prozess 1938 und 1939 die bereits bestehende jüdische Flüchtlingskrise, die zum Teil durch Maßnahmen gegen Juden durch Faschisten und Antisemiten in anderen europäischen Staaten und durch die andauernde Weigerung der meisten potenziellen Aufnahmeländer für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und mehr und mehr aus anderen europäischen Staaten angeheizt wurde. Mit Blick auf Palästina beschreiben sowohl die jüdischen wie die nationalsozialistischen Quellen in diesem Teil die Probleme, die mit der restriktiven britischen Einwanderungspolitik gegenüber Juden seit dem Ausbruch des arabischen Aufstands im April 1936 einhergingen. Diese Restriktionen hatten ihre Ursache darin, dass die Araber weiterhin gegen die jüdische Einwanderung opponierten und die Beendigung des britischen Palästinamandats sowie ihre sofortige Unabhängigkeit forderten. Von Bedeutung für die deutschen und andere Zionisten wie für die deutsche Regierung und ihre Außenpolitik waren außerdem die Auswirkungen der britischen Entscheidung, den Teilungsplanung der Peel-Kommission von 1937 ein Jahr später aufzugeben. Stattdessen gab die britische Regierung im Mai 1939 ein Weißbuch heraus, das die Teilung ablehnte und zehn Jahre später einen einzigen binationalen Staat in Palästina vorsah. Das Weißbuch begrenzte die jüdische Einwanderung auf zusätzlich 75.000 Juden binnen der nächsten fünf Jahre, bis 1944 die jüdische Einwanderung beendet sein sollte.

Obwohl die Zionistische Vereinigung für Deutschland, die Staatszionistische Organisation und ihre jeweiligen Ortsgruppen nach November 1938 in Deutschland sowie viele Ortsgruppen der ZVfD schon vor den Novemberpogromen infolge der veränderten Verhältnisse zur Auflösung gezwungen worden waren, durfte das Palästinaamt der Jewish Agency in Berlin fortbestehen und die jüdische Auswanderung aus »Großdeutschland« organisieren. Trotz der Zerschlagung der beiden zionistischen Organisationen Ende 1938 setzte das Regime seine Politik der Vertreibung der Juden aus »Großdeutschland« fort; dies beinhaltete auch die jüdische Auswanderung nach Palästina, die mit allen verfügbaren Mitteln forciert wurde. Ein Instrument dabei war das Netzwerk für die illegale Einwan-

derung Mossad le Alijah-Beth und die Einrichtung der neuen Reichszentrale für jüdische Auswanderung mit Sitz in Berlin, die für das ganze Reich zuständig war. Besonders aufschlussreich in diesem Zusammenhang sind mehrere Dokumente aus dem Haganah Archiv in Tel Aviv, die beschreiben, wie der Mossad le Alijah-Beth funktionierte. Dok. 191 zum Beispiel enthält die Aussage von Pino Ginzburg aus dem Jahr 1985, der einer der Vertreter des Mossad le Alijah-Beth war und 1938 aus Palästina geschickt wurde, um die notwendigen Kontakte mit den NS-Polizeibehörden in Berlin und Wien aufzubauen. 1939 bemühte sich zudem die neue Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Zwangsemigration von Juden aus Deutschland mit allen Mitteln zu fördern. Darüber hinaus thematisieren die Dokumente in diesem Kapitel den ständigen Kampf, jüdische Schulen sowie zionistische Institutionen und Programme – ganz besonders die beruflichen Umschulungsprogramme und -lager in Deutschland – mit Personal auszustatten, vor allem nachdem die meisten zionistischen Organisationsstrukturen in Deutschland im November 1938 aufgelöst worden waren. Dazu gehörte auch, dass man immer wieder die Erlaubnis einholen musste, damit junge deutsche Juden vor Kriegsbeginn im September 1939 an Programmen zur Berufsausbildung in Nachbarländern teilnehmen durften. Der Kriegsbeginn in Europa erschwerte die zionistische Arbeit natürlich zusätzlich; damit beschäftigen sich besonders die Quellen aus zionistischer Perspektive in diesem Teil. Zum Beispiel bedeutete der Krieg zwischen Deutschland und Großbritannien das Ende des Haavara-Transfersystems im Dezember 1939.

Der Kriegsbeginn im September 1939 bedeutete natürlich größere Schwierigkeiten für Flüchtlingsströme im Allgemeinen, vor allem aber bei der Suche nach Aufnahmeländern für Juden aus Deutschland und seinen Nachbarstaaten, die die Deutschen zwischen 1939 und 1941 dann besetzten. Insgesamt zeigen die Dokumente aus allen fünf Kapiteln, dass sich die Prioritäten der deutschen und internationalen zionistischen Funktionäre und ihrer Organisationen in Bezug auf die Situation der Juden in Deutschland verschoben. Bislang hatten sie sich um die Auswanderung jener Juden von Deutschland nach Palästina bemüht, die sich aller Voraussicht nach erfolgreich an ein Leben in der jüdischen Heimstätte anpassen würden; dies scheint sich in den späten 1930er-Jahren verändert zu haben. Nun versuchten sie, so viele Juden wie möglich aus der sich rasch verschlechternden Lage zu retten, ohne Rücksichtnahme auf ihren endgültigen Bestimmungsort oder ihre Fähigkeit, sich an ein neues Leben in Palästina anzupassen.

Letztendlich waren natürlich weder die deutsche Regierung noch die deutschen und internationalen zionistischen Organisationen die einzigen Akteure, die zwischen 1933 und 1941 die Einwanderungspolitik von Juden aus Mitteleuropa nach Palästina beeinflussten. Großbritannien war als Mandatsmacht die höchste Autorität in Palästina und selbstverständlich in der Lage, die allgemeinen oder spezifischen Ziele der Nationalsozialisten oder der Zionisten in der jüdischen nationalen Heimstätte zu beschränken; das wichtigste Mittel dabei war die zahlen-

mäßige Limitierung der jüdischen Einwanderung in Palästina. Vor Kriegsbeginn und sogar noch während der frühen Kriegszeit akzeptierte Hitlers Regierung die britische Herrschaft über Palästina und das britische Empire insgesamt. Aber sie stand den britischen Beschränkungen der jüdischen Einwanderung nach Palästina während der 1930er-Jahre häufig kritisch gegenüber. Während die Briten diese Limitierungen für notwendig erachteten, um die palästinensisch-arabische Opposition gegen die jüdische nationale Heimstätte und die britische Herrschaft in Schach zu halten, wertete Hitlers Regierung sie als negativ und als Behinderung ihrer politischen Priorität, Juden rasch aus Deutschland fortzuschaffen.

Alle fünf Kapitel in diesem Band beinhalten Dokumente, die die britische Politik in Palästina und deren Auswirkung auf die Interessen und Ziele sowohl des NS-Regimes wie der deutschen und internationalen zionistischen Bewegungen widerspiegeln. Zum Beispiel lehnte die Regierung Hitler den britischen Teilungsplan der Peel-Kommission vom Juli 1937 ab, weil die NS-Ideologie generell die Idee eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina oder andernorts als eine potenzielle unabhängige »Machtbasis« für die vermeintliche jüdische Weltverschwörung verwarf. Berlin reagierte außerdem konsterniert, weil die Grenzen des vorgeschlagenen jüdischen Staates ohnehin viel zu eng gefasst und deshalb kein geeigneter Bestimmungsort für eine größere Zahl von Juden aus Mitteleuropa seien. Wie oben ausgeführt, bereitete der Teilungsplan der Peel-Kommission auch den beiden zionistischen Organisationen in Deutschland politische Probleme. Zwar war die Zionistische Weltorganisation in London prinzipiell bereit, die Teilung Palästinas in zwei unabhängige Staaten – einen jüdischen und einen arabischen – zu akzeptieren, aber sie forderte für die Juden ein bedeutend größeres Territorium des britischen Mandatsgebiets. Die deutschen Zionisten durften natürlich wegen der entschiedenen Ablehnung der Hitler-Regierung keinesfalls die britische Politik, die die Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates zum Thema hatte, öffentlich unterstützen. Ein anderes, ebenfalls bereits oben vorgestelltes Beispiel ist das britische Weißbuch vom Mai 1939. Natürlich bedauerte es die NS-Regierung, dass Palästina damit als nennenswertes Auswanderungsziel für die Juden Mitteleuropas ausschied, aber die Zionisten bekämpften das Weißbuch überall vehement, weil es den Juden in Palästina einen dauerhaften Minderheitenstatus zuschrieb und die Möglichkeit einer jüdischen Mehrheit und eines Staates auch in Zukunft ausschloss.

Textpräsentation, Anmerkungen und Glossar

Die Dokumente in diesem Band sind mit zahlreichen Anmerkungen versehen, die zur Einordnung derselben dienen sollen und weitere erklärende Informationen zu den relevanten Personen, Organisationen und Ereignissen liefern. Zentrale Figuren, Institutionen und Geschehnisse in der Geschichte des deutschen

Zionismus während jener Jahre sind mit einem Asterisk gekennzeichnet und werden ausführlicher im Glossar vorgestellt. Rechtschreib- und Grammatikfehler, die in den Originalen gelegentlich vorkommen, wurden nicht korrigiert, um die Authentizität und den »Originalton« der Quellen zu wahren.

Dokumente

Dokumente

I. Deutsche Zionisten und die Machtübernahme 1933

[1] Zionistische Prognose am Anfang des Dritten Reiches

22. Februar 1933; CZA: A222\90[1].

Kurt *Blumenfeld

Berlin-Wilmersdorf
Brandenburgische Str. 46
Tel.: H 2 UHLAND 7610
22. Februar 1933

An Werner *Bloch, Ben Schemen

Mein lieber Werner,
es liegt mir schwer auf der Seele, daß ich bisher nichts von mir hören ließ. Du kennst meine Abneigung gegen Briefschreiben und dann diese Zeiten! Wenn es gelten würde, Entschuldigungsgründe zu sammeln, so könnte ich mit Erfolg auch auf meine Krankheit hinweisen, eine richtige Krankheit, die mir sehr gut getan hat: Herzanfälle, die sich sehen lassen konnten und auch einer ärztlichen Untersuchung standhielten. Als gelernter Patient sagte ich mir: endlich am Ziel. Ich wurde nach Seefeld verschickt, lebte dort ruhig und kurgemäß ohne Nikotin und Alkohol, was mir leider ausgezeichnet bekam und ich bin heute sozusagen wiederhergestellt, obwohl ich mir keine Excesse erlauben darf und das alte Rezept von Adalbert Sachs,[2] man muß seinen Organismus in Schrecken setzen, von mir nicht mehr angewandt werden kann. Immerhin bedeutet dieses Jahr eine Cäsur im Leben; ich bin älter geworden und da ich auch auf Singen keinen Wert lege, ist mir von den äusseren Genüssen nicht viel geblieben. […]

Wie glücklich Ihr in Palästina sein könnt, kann nur der ermessen, der heute in Deutschland lebt. Die Situation ist von furchtbarem Ernst und die Prognose sehr ungünstig. Wenn wir schon manchmal optimistischeren Stimmungen Raum geben wollen, dann werden wir durch Gespräche mit uns befreundeten rechtsstehenden Nichtjuden aus allen Illusionen gerissen. Morgen fährt *Hantke nach Palästina, der sicherlich die Vorgänge in Deutschland durch die ihm angewachsene rosenrote Brille betrachtet und Euch in Sicherheit wiegen wird, weil es bisher keine Pogrome gegeben hat und weil es sehr möglich ist, dass die jetzigen Machthaber auch in Zukunft für ihren Kampf gegen Juden sich anderer Mittel bedienen werden.

Unsere Arbeit ist bisher in keiner Weise beeinträchtigt worden. Augenblicklich findet in Breslau eine Werbewoche statt, bei der man schon auf der ersten Veranstaltung 45 neue Mitglieder für die Ortsgruppe gewonnen hat. Die Arbeit in

[1] Dieses Dokument ist enthalten in: Kurt Blumenfeld, *Im Kampf um den Zionismus. Briefe aus fünf Jahrzehnten*, hrsg. von Miriam Sambursky und Jochanan Ginat, Stuttgart 1976, 123–124.

[2] Adalbert Sachs (1876–1928) war Arzt und 1912 Mitbegründer des »*Blau-Weiß«. Er ließ sich [illegible] in Jerusalem nieder.

Berlin macht ausgezeichnete Fortschritte. In den Bezirksgruppen herrscht reges Leben, das Interesse steigt und wir gewinnen relativ viele neue Menschen. Wir haben jetzt in Berlin ca. 50 aktive Mitarbeiter aus den verschiedensten Kreisen und ich sehe mit Erstaunen, mit wie grossem Interesse jeder neue Versuch aufgenommen wird. Auch der *KH macht grosse Fortschritte. Bei unseren Aktionen in Köln, Breslau, Frankfurt, Dresden, Hamburg sind die Ergebnisse des Vorjahres weit überschritten worden, obwohl die grossen Zeichner vielfach ausgefallen sind. Wir gewinnen neue Menschen in grosser Zahl, verteilen die Last auf viele Schultern und können so den Ausfall vieler grosser Zeichnungen mehr als ausgleichen. Schlecht geht es dem *KKL, obwohl *Mechner sich ungeheure Mühe gibt. Wir werden in der nächsten Woche eine Rettungsaktion versuchen und sehen, ob wir auch diesen Fond auf die Beine helfen können.

Wir planen, uns an der *Wizo-Reise zu beteiligen und würden dann vom 10. April bis 3. Mai im Lande sein. Vorläufig fehlt uns das Geld dazu und ob es zu beschaffen ist, vermag ich noch nicht zu übersehen. Ich setze auf diese Palästina-Reise grosse Hoffnungen, da ich meines mit Ruhm und Glanz geführten Amtes müde bin und mich gern verändern möchte.[3]

[3] Hier ist *Blumenfelds Stelle als Vorsitzender der *ZVfD gemeint.

[2] Angst der Zionisten vor der neuen Regierung

24. März 1933; CZA: S25\9703.

London, March 24, 1933.

Confidential Report on the Zionist
Situation in Germany

At the outset, it must be made clear that the protest movement against the persecution of Jews in Germany is fully justified. Far from exaggerating the seriousness of the situation, the accounts published in the press abroad actually understate it.[1]

To quote only three of the most glaring cases of outrages, in all of which the victims – Jews – were done to death.

Neumann, a Jewish businessman of Koenigsberg, was arrested by Nazi Storm Troopers. (This was an act of private vengeance; in fact, all similar outrages have the same basis.) He was taken away to some unknown destination. As afterwards transpired, he was dragged from tavern to tavern, mercilessly beaten, and pepper was thrown on his wounds. He was then released, and on being brought home, was taken by his daughter to a Berlin sanatorium, as it was considered unsafe to place him in a Koenigsberg hospital. He died of blood poisoning brought about by the pepper.

Kindermann, a young man, son of Eastern-European parents, disappeared completely. A search lasting several days was fruitless, but a relative heard from a Nazi acquaintance that Kindermann was at the Berlin »Brown House«[2], where he had certainly been beaten, but that he was still able to stand on his feet. A day or two later his father received a letter signed by the Nazi Storm troop command, informing him that his son's body could be fetched from the Morgue.

Krell, a young East-European Jew, disappeared in a similar manner, and efforts to find him proved unavailing. After a few days, his family received a telephone message from the Brown House to the effect that he had thrown himself from a window on the 4th floor, and been killed. It is not clear whether he deliberately committed suicide to escape further torture or whether he had been thrown out.

The authenticity of the above particulars is well attested.

---

[1] Im Frühjahr 1933 begannen jüdische und nicht-jüdische Organisationen in Westeuropa, Nordamerika, Palästina und anderen Ländern eine Bewegung, die gegen die schlechte Behandlung von Juden in Deutschland protestierte. Die Bewegung schloss den Boykott von deutschen Waren auf dem Weltmarkt ein. Diese Bemühungen, insbesondere der Boykott von deutschen Waren, lösten in deutschen Regierungskreisen Alarm aus. Die Reichsregierung startete ihre eigene Kampagne, um die Vorwürfe abzustreiten und übte erheblichen Druck auf jüdische Organisationen in Deutschland aus, die Ziele und Argumente der Protestbewegung öffentlich zurückzuweisen.

[2] Nationales Hauptquartier der NSDAP in München, während der Weimarer Republik erworben.

Witnesses of the treatment mated out to Jews arrested and taken away by Storm troopers have given evidence at the *ZVFD. The Jews brought to the Brown House are made to run the gauntlet of Nazi rubber truncheons the length of the staircase (four floors). They are then thrown into a room already crowded with prisoners, where they are obliged to lie on straw; subsequently they are released if nothing can be brought up against them.

The Zionist Federation of Germany was raided on Sunday, March 19th, by about a dozen Storm troopers. They called the porter at 8.15 p.m. and compelled him to open the door. They rushed in and immediately cut the telephone wires, forced open all cupboards, took away the petty cash and postage stamps; they also removed a list of East-European Jews and some other papers. Afterwards they called at the flat of the President of the *ZVFD[3], but as he away from home, they went away.

On the following day, the President called at police headquarters, where he was informed that nothing was known of the raid, and that it was regretted. The Federation decided to issue a communique, to prevent distorted reports appearing abroad, and submitted it to the police for approval. It was worthy of notice that the police raised no objection to the statement in the communique that the raid was carried out by men in Storm Troopers' uniform. It is therefore believed that the police condemns such raids but is powerless to stop them.

The police was also informed of the thefts committed during the raid, and a formal charge was lodged. The official communicated with said that he could not express an opinion as to whether these excesses would soon cease; he only knew that the number of cases reported grew from day to day.

The persons most prominent in the activities of the *ZVFD are in danger of »preventive arrest« or even worse. They cannot leave Germany, mainly because they are averse from abandoning the Federation under the present conditions. There is talk of the frontiers being closed. Should things shape very badly, the persons in question should be assisted to leave the country by means of letters of invitation from London asking them to attend important conferences in which prominent English personalities take part; the subject of the conference being some Zionist problems. An appropriate request should be addressed to the British Consulate in Berlin.

There is no united opinion within the *ZVFD as to whether a protest movement should be organised in England. One of its leaders suggested that British Jews approach the Italian Ambassador in London, asking him to report to Rome that there is grave alarm and agitation among British Jewry.

The »Voelkischer Beobachter« has begun an agitation against the Zionist Organisation by publishing a long article in which were references to reports in the American press, dressed to suit

[3] Kurt *Blumenfeld war der damalige Präsident.

its purpose, including references to Dr. Stephen *Wise, to Feuchtwanger, to Liebermann, and a non-Jewish writer in Washington. It quoted a passage from an article in the »Juedische Rundschau« which spoke of »Verbundenheit mit dem Weltjudentum«. This was followed by a violent attack on Dr. *Weizmann for his speech at the dinner to the M. P.'s.

A serious omen was the fact that, during the election in Breslau of the 17 Jewish lawyers admitted to plead in Court (after it had been »cleansed« of Jewish judges and lawyers)[4] – the election being carried out by the local Nazi lawyers at a conference presided over by the chief of police – it was decided that the following could under no circumstances be elected: Socialists, Pacifists, and Zionists. This fact was communicated to the Federation by a Breslau Zionist.

The Federation is now endeavouring to ascertain whether this portends a general prohibition of Zionist activities, i. e. whether this ruling against Zionists was a purely local incident or whether it was inspired from Berlin. It is not important what the police has in mind; what matters, is what the Storm Troops intend doing.

The Maccabi Organisation at Frankfurt has been prohibited.

At Cologne, 40 storm Troopers invaded a *Bnai Brith meeting and searched the members for arms.

The closing down of the Zionist Organisation in Germany would be a calamity. Apart from other disadvantages, Palestine emigration would be paralysed, for there would no longer exist a body which can be officially entrusted with certificates; collections and propaganda would also stop.

The *ZVFD is now devoting itself to emigration. The Palestine Office is besieged by persons wishing to go to Palestine; 70 to 100 people call daily, mostly persons of the so-called capitalist class. There is a great difficulty in that they cannot remove their bank deposits, though there still exists a law to the effect that emigrants may take out their money, which, however, must not exceed 20,000 marks.[5] It is anticipated that this law may be abrogated, and for this reason also there is need for haste. The British Consulate is very helpful. The *ZVFD requests that the Consulate be asked to waive the customary enquiry in Jerusalem for two categories of emigrants: capitalists and (should this become necessary) Zionist refugees. The *ZVFD also asks for 500 certificates in advance. The Polish Zionists have agreed to forgo their claim to certificates in favour of Germany.

It is the opinion of leading Zionists that, should it transpire that the Breslau discrimination against Zionists was not local but part of a central policy, a serious

[4] Am 11. und 13. März wurden jüdische Richter und Anwälte an Breslauer Gerichten durch SA-Einheiten verjagt.

[5] Emigranten, die Deutschland 1933 verließen, wurde lediglich erlaubt, 200 Reichsmark in fremder Währung mitzunehmen. Dieser Betrag wurde 1937 auf 10 Reichsmark reduziert. Emigranten, deren Kapital 50 000 Reichsmark überschritt oder deren Jahreseinkommen über 20 000 Reichsmark lag, wurden gezwungen eine Ausreisesteuer in Höhe von 25 % zu zahlen. Die restlichen 75 % wurden auf einem Sperrkonto deponiert.

agitation should commence, since there would be nothing to lose. There is the firm intention to continue holding meetings, including a conference on cultural questions that was previously planned though it is no longer certain whether Martin *Buber will take part in the conference. A large gathering is being arranged in Koenigsberg, the subject of the evening being: »The Jews and the State Crisis«; it has been permitted by the police, and police protection has been asked for.

The principal question is whether the Government should be approached; and if so, what the Zionist representatives should say. Such a step is not advised by the few influential friends the Organisation still has in the Foreign office, and elsewhere. They urge complete passivity, and point out that the Government is in the hands of the Storm detachments in respect to the Jewish question. No statement that it may issue would be obeyed. The *ZVFD is anxious to arrange a big demonstration at which some very prominent British statesman should appear, and which should also be attended by the British Ambassador.

The Zionist Socialist party[6] no longer exists. Its voluntary dissolution was officially announced to the *ZVFD. The Zionist Socialist centre in the City of Berlin and the club for unemployed were also voluntarily liquidated. A Union of Young Zionists was formed.[7]

It is stated that at the Nazi headquarters there are numerous »White« Russians. People who have commercial relations with the Soviet Trade Mission are arrested.

Kretzer, a baptised Jew, formerly a Zionist, is an active collaborator of the Nazis, at whose headquarters he is working. He specially devotes himself to the task of reading and reporting on Jewish newspapers and correspondence.

---

[6] Hier ist die jüdisch-sozialistische Partei *Poale Zion gemeint.

[7] Hier ist wahrscheinlich *Habonim-Noar Chaluzi gemeint.

[3] Zionisten gegen antideutsche Propaganda im Ausland

26. März 1933; CZA: S25\9703.

Confidential Message from the Zionist Federation
of Germany, brought to London on March 26, 1933.

A German Zionist, who arrived in London on March 26, delivered a verbal message from the German Zionist Federation, given him on March 25.[1]

Since the appearance of a particularly virulent article in the »Lokal-Anzeiger«, headed: »Zionist Agitation against Germany«, the position of the Zionist Federation has been gravely threatened. It is regarded as significant that Goering, who invited representatives of German Jewry to see him on March 25th, did not extend his invitation to the President of the Zionist Federation. The persons invited were: Dr. *Brodnitz, President of the *Centralverein; Captain Loewenstein, President of the Federation of Jewish War Combatants; Dr. *Naumann,[2] leader of the Union of German-National Jews.[3]

Action against the Zionist Federation is expected to be taken any day.

The Terror and anti-Semitic excesses have not ceased. The number of Jews murdered is estimated at between 16 and 18; that of people brutalized and injured, at several hundred. In the evening of March 24th, the entire Jewish population of Holzminden (Thuringia) was arrested and severely manhandled by Storm Troopers.

It is believed in Berlin Jewish circles that the protest movement abroad and the articles in the non-Jewish English and American press have made a strong impression. At the same time, it is thought that the protest movement is a dangerous weapon which must be handled cautiously. It is deeply deplored that certain exaggerated and even invented reports have appeared abroad, such as the offering of Jewish girls for sale in public places, the ill-treatment of children, etc. These are quite untrue, and only make it easier for the Nazi press to agitate. Apart from these fantastic reports, which may have been put into circulation *by interested quarters*, other rumours have also been published without investigation as to their accuracy. Thus it was reported that Dr. *Apfel was dead, whereas in reality he has been set free a fortnight ago and moves about freely in Berlin; nor is it true

---

[1] Der deutsche Zionist war entweder Martin *Rosenblüth oder Richard *Lichtheim, beide Mitglieder der *ZVfD.

[2] Glossar.

[3] Obwohl er ursprünglich nicht eingeladen war, wohnte Kurt *Blumenfeld vom *ZVfD dem Treffen bei. Goering bedrängte die vier jüdischen Leiter, ihren Einfluss auf Juden in England und den USA geltend zu machen, um Anschuldigungen über die Misshandlung von Juden zu entkräften, und die anti-deutsche Propaganda und Boykottbewegung zu beenden. Da Zionisten damals engere politische Überseeverbindungen hatten, wurden Martin *Rosenblüth und Richard Lichtheim vom *ZVfD sowie Ludwig *Tietz vom *CV nach England geschickt.

that old Mr. Ullstein[4] died as a result of injuries inflicted by Nazis. In reality, he succumbed to an operation.

Jewish circles, Zionist as well as non-Zionist, are of the opinion, therefore, that great caution should be exercised abroad. There is, in particular, great anxiety about the protest demonstration planned in New York.[5] German Zionist leaders ask that President *Sokolow immediately request Rabbi Stephen *Wise over the transatlantic telephone or by telegram to moderate the tone of the protests, and also *to repudiate the fantastic reports* that had been current in the course of the addresses. The facts are so tragic that there is no need for lurid exaggerations.

It is also thought that the intended boycott of German goods is a dangerous weapon. In the case of the U. S. A., for instance, it would not be effective, since in any case American exports into Germany exceed German exports to U. S. A., where as it could result in severe reprisals on Jews.

---

[4] Hier ist wahrscheinlich Louis Ullstein (1863–1933), ab 1886 Teilhaber des Ullstein-Verlags in Berlin, gemeint.

[5] Am 27. März fand im New Yorker Madison Square Garden eine Protestversammlung gegen die Judenverfolgung in Deutschland statt.

[4] Solidarität des Jishuvs mit der deutschen Judenheit

31. März 1933; CZA: S25\9757.

Jewish Community of Palestine
General Council (Vaad Leumi)

Jerusalem, 31. März 1933

Die palästinensische Judenheit erklärt sich mit den Juden der ganzen Welt einig in den scharfen Protest, der sich überall im jüdischen Volk spontan gegen die anti-jüdische Politik der neuen Regierung in Deutschland erhoben hat. Diese Politik würdigt die Ehre der Juden herab und untergräbt ihre bürgerliche und wirtschaftliche Existenz.

Der *Waad Leumi als die Vertretung der palästinensischen Judenheit betont, dass von keiner offiziellen jüdischen Stelle ein Boykott gegen Deutschland ausgesprochen wurde, dass aber in Deutschland unter Duldung der Regierung ein planmässiger politischer und ökonomischer Boykott gegen die jüdischen Bürger proklamiert worden ist.[1] Die Juden der ganzen Welt sind über diesen Vernichtungsfeldzug auf höchste erregt.

Der *Waad Leumi bekundet den Juden Deutschlands in ihrer schweren Not seine Solidarität und ermutigt sie in ihrem Kampf um Ehre und Recht.

---

[1] Hier ist der am 28. März von der Reichsregierung proklamierte Boykott gegen jüdische Geschäfte gemeint. Der Boykott fand am 1. April 1933 statt.

[5] Die *Zionistische Weltorganisation und die neue Lage der Juden in Deutschland
4. April 1933; CZA: S25\9757.

The Zionist Organisation
Central Office

77, Great Russell Street,
London, W.C.1.
April 4, 1933.

Streng vertraulich

Exekutive der *Jewish Agency
Jerusalem

Sehr geehrte Herren,
Wir möchten Sie kurz über die Angelegenheit her beiden sich widersprechenden Telegramme über Deutschland, die Sie am 31. März von uns erhalten haben, aufklären.

Das erste Telegramm stammte, wie wir Ihnen bereits mitteilten, in Wirklichkeit nicht von uns, sondern war ohne unser Wissen Donnerstag (30. März) spät nachts von den hier weilenden Freunden, Martin *Rosenblüth und *Lichtheim, auf Grund einer telegraphischen Aufforderung aus Berlin abgesendet worden. Dieses Berliner Telegramm kam gegen Mitternacht, sodass niemand von der Exekutive mehr erreicht werden konnte, und unsere erwähnten Freunde glaubten bis zum Morgen nicht warten zu können, da ja der von ihnen gewünschte Schritt zu einem Moment unternommen werden sollte, wo noch irgend eine Beeinflussung der für den 1. April angekündigten Boykott-Aktion möglich war. Ein ähnliches Telegramm wurde von ihnen an Stephen *Wise, ebenfalls in unserem Namen, geschickt. Wir selbst erfuhren davon erst Freitage nachmittags und haben Ihnen das zweite Telegramm geschickt, das leider zu spät kam, um Ihren Entschluss noch zu beeinflussen. In ähnlichem Sinne haben wir auch Stephen *Wise telegraphiert.

Wir haben es bisher ganz bewusst vermieden, irgendwie offiziell als *Zionistische Weltorganisation in den Kampf um die Lage der Juden in Deutschland einzugreifen. Dass wir diesen Kampf für notwendig halten, ist selbstverständlich, aber wir glauben, dass es grundsätzlich und taktisch richtiger ist, dass er von den organisierten Gesamtjudenheiten der einzelnen Länder geführt wird. Natürlich haben wir die Entwicklung der Dinge dauernd mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt und die Mitglieder der Exekutive haben im gegenseitigen Einvernehmen auch versucht, der Aktion sowohl hier in England als auch in Amerika die erwünschte Richtung zu geben. Nach ausführlicher Beratung mit *Lichtheim, *Rosenblüth und dem mit ihnen hier weilenden Dr. *Tietz (Vertreter des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens) ist u.A. telephonisch und

telegraphisch auf die Durchführung des grossen New Yorker Meetings sowie auf den Inhalt der dort gehaltenen Reden und gefassten Resolutionen Einfluss genommen worden.

Abgesehen von diesem allgemeinen Gesichtspunkt, hätten wir uns im konkreten Falle gewiss nicht ohne weiteres entschlossen, die Absendung der von den deutschen Freunden gewünschten Telegramme an die deutsche Reichskanzlei zu empfehlen. Wir hätten es jedenfalls aus den erwähnten Gründen für richtiger gehalten, dass die Exekutive als solche das Telegramm nicht mitzeichnet und auch in das eventuell von dem Vaad Leumi abzusende Telegramm die Ihnen in unserem zweiten (wirklich von uns ausgegangenen) Telegramm vom 31. März angegebene Ergänzung gewünscht.

Leider war der unberechnete Schritt unserer Freunde, wenigstens was Jerusalem betrifft, nicht mehr rückgängig zu machen und es bleibt nur zu hoffen, dass keine weiteren unangenehmen Konsequenzen sich daran knüpfen werden. Selbstverständlich wird sich ein derartiges unautorisiertes Vorgehen, das nur aus der ganz besonderen psychologischen Situation, in der sich die Vertreter der deutschen Zionisten befinden, zu erklären ist, nicht wiederholen.

Noch ein Wort über die Mission der deutschen Herren im allgemeinen. Sie sind am 24. März nach London gekommen. Am 22. März liess Herr Goering Vertreter des Zentralvereins, der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, des Verbandes der Deutsch-Nationalen Juden, sowie des *Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten zu sich kommen und verlangte von ihnen unter ziemlich unzweideutigen Drohungen (»Ich übernehme keine Verantwortung für die Folgen«), dass sie sofortige Schritte unternehmen, um die ausländische »Greülhetze« einzudämmen. Die drei Herren kamen dann im Auftrage ihrer beiden Organisationen (aber nicht etwa im Auftrage oder auch nur mit Zustimmung der Regierung) nach London, um mit den hiesigen Organisationen die Richtung ihrer Protestaktion zu besprechen. Dass sie keineswegs beabsichtigten, die Proteste zu unterbinden oder die Wahrheit irgendwie zu verdecken, ersehen Sie aus dem Text des zusammen mit ihnen ausgearbeiteten langen Telegramms an Stephen *Wise, von dem wir Ihnen vor einer Woche eine Abschrift geschickt haben. Die Richtung ihrer Verhandlungen mit den jüdischen Stellen hier kann kurz folgendermassen formuliert werden: (a) Vermeidung von Übertreibungen in bezug auf Greueltaten, dagegen Feststellung der wirklich geschehenen Misshandlungen und Mordfälle; (b) der Zentralpunkt der Aktion soll der Kampf gegen bürgerliche Entrechtung und wirtschaftliche Entwurzelung sein. Sie haben allerdings hier mit der deutschen Botschaft Fühlung genommen und in den Verhandlungen mit ihr mag der erste Punkt schärfer betont worden sein. Die Debatte im Oberhaus, die einen sehr guten Eindruck gemacht hat, ist wenigstens teilweise auf ihre Besprechungen mit Lord Reading zurückzuführen.

Es ist der allgemeine Eindruck hier, dass der offizielle Boykott in Deutschland nicht wieder aufgenommen werden wird, aber alle sind sich darüber klar, dass

der Kampf gegen die wirtschaftliche Existenz der deutschen Juden unvermindert anhalten wird. Das Problem, was mit den Zehntausenden ihrer nakten Existenz beraubten Juden geschehen soll, wird immer brennender. Dass ein grosser Teil an Palästina denkt, ist selbstverständlich. Wir werden sehr bald zu entscheiden haben, in welcher Weise wir hier einzugreifen haben. Gedanken über einen allgemeinen Hilfsfonds und über eine spezielle Finanzaktion für die Organisierung der Palästina-Einwanderung deutscher Juden schweben sozusagen in der Luft. Wir werden uns in den nächsten Tagen damit ausführlich beschäftigen.

Mit besten Grüßen
B. *Locker

[6] Deutsche Zionisten und anti-jüdischer Boykott
4. April 1933; LBI/N.Y.

*Jüdische Rundschau
XXXVIII. Jahrgang, Nr. 27, 4. April 1933, S. 1–2
»Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!«

Der 1. April 1933 wird ein wichtiger Tag in der Geschichte der deutschen Juden, ja in der Geschichte des ganzen jüdischen Volkes bleiben. Die Ereignisse dieses Tages haben nicht nur eine politische und eine wirtschaftliche, sondern auch eine moralische seelische Seite. Über die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge ist in den Zeitungen viel gesprochen worden, wobei freilich häufig agitatorische Bedürfnisse die sachliche Erkenntnis verdunkeln. Über die moralische Seite zu sprechen, ist unsere Sache. Denn so viel auch die Judenfrage jetzt erötert wird, was in der Seele der deutschen Juden vorgeht, was vom jüdischen Standpunkt zu den Vorgängen zu sagen ist, kann niemand aussprechen als wir selbst. Die Juden können heute nicht anders als Juden sprechen. Alles andere ist völlig sinnlos. Der Spuk der sogennanten »Judenpresse« ist weggeblasen. Der verhängnisvolle Irrtum vieler Juden, man könne jüdische Interessen unter anderem Deckmantel vertreten, ist beseitigt. Das deutsche Judentum hat am 1. April eine Lehre empfangen, die viel tiefer geht, als selbst seine erbitterten und heute triumphierenden Gegner annehmen.

Es ist nicht unsere Art, zu lamentieren. Auf Ereignisse von dieser Wucht mit sentimentalen Salbadereien zu reagieren, überlassen wir jenen Juden einer vergangenen Generation, die nichts gelernt und alles vergessen haben. Es bedarf heute eines neuen Tones in der Diskussion jüdischer Angelegenheiten. Wir leben in einer neuen Zeit, die nationale Revolution des deutschen Volkes ist ein weithin sichtbares Signal, daß die alte Begriffswelt zusammengestürzt ist. Das mag für viele schmerzlich sein, aber in dieser Welt sich behaupten kann nur, wer den Realitäten ins Auge sieht. Wir stehen mitten in einer gewaltigen Umwandlung des geistigen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Unsere Sorge ist: Wie reagiert das Judentum?

Der 1. April 1933 kann ein Tag des jüdischen Erwachens und der jüdischen Wiedergeburt sein. Wenn die Juden wollen. Wenn die Juden reif sind und innere Grösse besitzen. Wenn die Juden nicht so sind, wie sie von ihren Gegnern dargestellt werden.

Das angegriffenen Judentum muß sich zu sich selbst bekennen.

Auch an diesem Tage stärkster Erregung, wo im Angesicht des beispiellosen Schauspiels der universalen Verfemung der gesamten jüdischen Bevölkerung eines großen Kulturlandes die stürmischesten Empfindungen unser Herz durchzogen, haben wir vor allem Eines zu wahren: Besonnenheit. Stehen wir fassungslos vor dem Geschehen dieser Tage, so dürfen wir doch nicht verzagen und

müssen uns ohne Selbsttäuschung Rechenschaft ablegen. Man müßte in diesen Tagen empfehlen: daß die Schrift, die an der Wiege des Zionismus stand,

Theodor Herzls »Judenstaat«[1]

in hunderttausenden Exemplaren unter Juden und Nichtjuden verbreitet wird. Wenn es noch Gefühl für Größe und Adel, für Ritterlichkeit und Gerechtigkeit gibt, müßte jeder Nationalsozialist, der dieses Buch zu Gesicht bekommt, vor seinem eigenen Tun erstarren. Aber auch jeder Jude, der es liest, würde beginnen zu verstehen; und würde daraus Trost und Erhebung schöpfen [...].

Man müßte Seite um Seite dieser 1897[2] erschienen Schrift abschreiben, um zu zeigen: Theodor *Herzl war der erste Jude, der unbefangen genug war, den Antisemitismus im Zusammenhang mit der Judenfrage zu betrachten. Und er erkannte, daß nicht durch Vogel-Strauß-Politik, sondern nur durch offene Behandlung der Tatsachen vor aller Welt eine Besserung erzielt werden kann. Gegen nichts hat er so leidenschaftlich Stellung genommen als gegen das, was ihm jetzt unterschoben wird, nämlich gegen den Gedanken, die Juden könnten eine nichtöffentliche Weltverbindung herstellen oder irgend etwas tun, was bei den anderen Völkern irrtümlichereise solche Vorstellungen erwecken könnte [...].

Wir im Geiste Theodor Herzls erzogenen Juden wollen auch heute nicht anklagen, sondern verstehen. Uns uns fragen, was unsere eigene Schuld ist, was wir selbst gesündigt haben. Immer hat das jüdische Volk in kritischen Tagen seines Schicksals sich zunächst die Frage vorgelegt, was seine eigene Schuld ist. In unserem wichtigsten Gebete heißt es: »Um unserer Sünden willen wurden wir aus unserem Lande vertrieben«. Nur wenn wir kritisch gegen uns sind, werden wir gerecht auch gegen andere sein.

Die Judenheit trägt eine schwere Schuld, weil sie den Ruf Theodor Herzls nicht gehört, ja, teilweise verspottet hat. Die Juden wollten nichts davon wissen, daß »eine Judenfrage besteht«. Sie glaubten, es komme nur darauf an, als Jude nicht erkannt zu werden. Man wirft uns heute vor, wir hätten das deutsche Volk verraten; die nationalsozialistische Presse nennt uns, und wir sind dagegen wehrlos, den »Feind der Nation«.

Es ist nicht wahr, daß die Juden Deutschland verraten haben. Wenn sie etwas verraten haben, so haben sie sich selbst, das Judentum, verraten.

Bei aller Bitterkeit, die uns beim Lesen der nationalsozialistischen Boykottaufrufe[3] und der ungerechten Beschuldigungen erfüllen muß, für eines können wir dem Boykottausschuß dankbar sein. In den Richtlinien heißt es in 3:

---

[1] Gemeint ist die im Jahre 1896 erschienene Broschüre *Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage* des damaligen Journalisten und Schriftsteller Theodor *Herzl.

[2] *Der Judenstaat* ist tatsächlich im Jahre 1896 erschienen.

[3] Gemeint ist der am 1. April 1933 von der NS-Regierung ausgerufene Boykott gegen jüdischen Geschäfte in Deutschland.

»Es handelt sich ... selbstverständlich um Geschäfte, die sich in den Händen von Angehörigen der jüdischen Rasse befinden. Die Religion spielt keine Rolle. Katholisch oder protestantisch getaufte Geschäftsleute oder Dissidenten jüdischer Rasse sind im Sinne dieser Anordnung ebenfalls Juden«.

Daß die Boykottleitung anordnete, an die boykottierten Geschäfte Schilder »mit gelbem Fleck auf schwarzem Grund« zu heften, ist ein gewaltiges Symbol. Diese Maßregel ist als Brandmarkung, als Verächtlichmachung gedacht. Wir nehmen sie auf, und wollen daraus ein Ehrenzeichen machen.

Viele Juden hatten am Sonnabend ein schweres Erlebnis. Nicht aus innerem Bekenntnis, nicht aus Treue zur eigenen Gemeinschaft, nicht aus Stoltz auf eine großartige Vergangenheit und Menschheitsleistung, sondern durch den Aufdruck des roten Zettels und des gelben Flecks standen sie plötzlich als Juden da. Von Haus zu Haus gingen die Trupps, beklebten Geschäfte und Schilder, bemalten die Fensterscheiben, 24 Stunden lang waren die deutschen Juden gewissermaßen an den Pranger gestellt. Neben anderen Zeichen und Inschriften sah man auf den Scheiben der Schaufenster vielfach einen großen Magen David, den Schild König Davids. Dies sollte eine Entehrung sein. Juden, nehmt ihn auf, den Davidsschild, und tragt ihn in Ehren!

Denn – und hier beginnt die Pflicht unserer Selbstbesinnung – wenn dieser Schild heute befleckt ist, so sind es nicht unsere Feinde allein, die dies bewirkt haben. Viele Juden gab es, die sich nicht genug tun konnten in würdeloser Selbstverhöhnung. Das Judentum galt als überlebte Sache, man betrachtete es ohne Ernst, man wollte sich durch Lächeln von seiner Tragik befreien.

Aber es gibt heute bereits den Typus des neuen, freien Juden, den die nichtjüdische Welt noch nicht kennt.

Wenn heute in der nationalsozialistischen und deutsch-nationalen Presse häufig auf einen Typus des jüdischen Literaten und auf die sogenannte Judenpresse hingewiesen wird, wenn das Judentum für diese Faktoren verantwortlich gemacht wird, so muß immer wieder gesagt werden, daß dies keine Repräsentanten des Judentums sind, sondern höchstens geschäftlich von den Juden zu profitieren versucht haben. In einer Zeit bourgeoiser Selbstgerechtigkeit konnten diese Elementen auf Beifall auch bei jüdischen Zuhörern rechnen, wenn sie Juden und Judentum verhöhnten und bagatellisierten. Wie oft wurden uns Nationaljuden von dieser Seite die Ideale eines abstrakten Weltbürgertums gepredigt, um alle tieferen Werte des Judentums zu vernichten. Aufrechte Juden waren stets entrüstet über die Witzeleien und Karikaturen, die von jüdischen Possenreißern genau so oder in noch höherem Maß gegen das Judentum wie gegen Deutsche oder andere gerichtet wurden. Das jüdische Publikum beklatschte seine eigene Erniedrigung und viele versuchten, dadurch ein Alibi für sich zu schaffen, daß sie in den Spott miteinstimmten. Auch jetzt, in diesen schweren Tagen, glauben manche sich durch Fahnenflucht oder Anschmeißerei retten zu können. Der

»Völkischer Beobachter« vom 2. April berichtet schmunzelnd, daß die Boykottleitung von jüdischen Geschäftsleuten überlaufen wurde, die für sich eine Ausnahmebehandlung wünschten. Viele, so behauptet der »V. B.«, hätten sich schnell taufen lassen, um sagen zu können, sie seien Christen. Glücklicherweise geht selbst aus der Darstellung des »V. B.« hervor, daß solche Fälle vereinzelt waren. Aber die Zeit des Druckers ist noch nicht vorüber, wir stehen am Anfang, und darum muß von dieser Gefahr die Rede sein.

Denn die Gefahr, die größte Gefahr, die dem Judentum droht, ist die einer Verderbnis und Verkrüppelung des Charakters. Die Nationalsozialisten erklären in ihren Reden und in ihren Kundgebungen, daß sie Charakterlosigkeit mehr verachten als alles. Dr. Goebbels hat sich in seiner Rede am Freitag über die Wandlung der »jüdischen Presse« lustig gemacht, die so schnell umgelernt habe, daß die Redakteure des »Angriff«[4] vor Neid erblassen müßten.

Wenn der Nationalsozialismus diese Sachlage erkennt, dann müßte er sich als jüdischen Partner ein Judentum wünschen, daß seine Ehre noch hält.

Er dürfte nicht jüdische Charakterlosigkeit fördern, um sie dann brandmarken zu können. Er dürfte dem Juden, der sich offen als Jude bekennt und der nichts verbrochen hat, seine Ehre nicht bestreiten.

[4] *Der Angriff* war die seit dem Jahre 1927 von Joseph Goebbels herausgegebene Zeitung der NSDAP.

[7] Zionistische Arbeit und die neuen politischen Umstände
20. April 1933; CZA: Z4\3567-VIII.

The Zionist Organisation
Central Office

77, Great Russell Street,
London, W.C.1.

Auszug aus einem Rundschreiben
der
*Zionistischen Vereinigung für Deutschland
vom 20. April 1933

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,
Unsere zionistische Arbeit ist heute pflichttreu mit allen Kräften in verstärktem Masse fortzusetzen. Die Umstände bringen es mit sich, dass die Leitung und das Büro der *Z. V.f.D. heute in ungleich höherem Masse als bisher durch die Erfüllung zentraler Aufgaben in Anspruch genommen sind. Der Kontakt mit den Ortsgruppen musste hierdurch leiden; es konnten nicht so viele Reisen unternommen und nicht so viele Bezirkstagungen veranstaltet werden, wie es an und für sich in dieser Zeit erforderlich gewesen wäre. Wir hoffen aber in Zukunft die wichtige Aufgabe der Informierung und Orientierung unserer Gesinnungsgenossen besser als in den letzten Wochen erfüllen zu können.

Die Verbindung der Leitung mit den Ortsgruppen war nicht unterbrochen. Es bestand ein persönlicher und schriftlicher Zusammenhang zwischen uns und vielen Gesinnungsgenossen im Reich. Heute wollen wir dem ganzen Kreis unserer Mitarbeiter nachstehend einige Informationen in kurzer Zusammenfassung übergeben:

Wir stehen in Verbindung mit den zuständigen Stellen der Reichsregierung und der Preussischen Regierung. Es fanden Empfänge bei den in Betracht kommenden Stellen statt und wir hatten Gelegenheit, unsere Informationen der Regierung zu unterbreiten und unsere Anschauungen, insbesondere auch unsere Ansicht über aktuelle Fragen bekannt zu geben. Aus diesen Fühlungnahmen verdient ein Empfang der *Z. V.f.D. zusammen mit anderen jüdischen Organisationen beim Preussischen Minister des Innern, Goering, besonders hervorgehoben zu werden.[1] Unsere Bemühungen, die Regierung zu informieren und in Verbindung mit den zuständigen Stellen zu bleiben, werden selbstverständlich fortgesetzt.

[1] Hier ist die am 25. März von Hermann Göring einberufene Sitzung gemeint, an der Vertreter der *ZVfD, des *Centralvereins, des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und des Verbands nationaldeutscher Juden teilnahmen.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der letzten Wochen hat die *Z. V.f.D. eine Delegation, bestehend aus den Herren Dr. Martin *Rosenblüth und *Lichtheim nach London entsandt, die ihre Tätigkeit zusammen mit Herrn Dr. Ludwig *Tietz, dem Vertreter des Central-Vereins, ausübten. Diese Delegation hat nach ihrer Rückkehr einen Bericht erstattet, über den wir in Nr. 3031 der »*Jüdischen Rundschau« ein vom Auswärtigen Amt genehmigtes Communiquee veröffentlicht haben.

Es war möglich, einen Weg zu finden, die gesamten Kräfte des deutschen Judentums in der heutigen Situation zusammenzufassen und geschlossen zum Ausdruck zu bringen. Wie Ihnen bekannt ist, besteht eine Zusammenfassung der verschiedenen Landesverbände jüdischer Gemeinden in der sogenannten Reichsvertretung.[2] Diese Reichsvertretung arbeitet nunmehr regelmässig unter Hinzuziehung der Vertreter der *Z. V.f.D. und des *C. V. als oberste Instanz in allen jüdischen Angelegenheiten. Sie hat zur Erhöhung ihrer Arbeitsfähigkeit einen »*Bevollmächtigten *Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau*« gegründet, der aus 8 Vertretern der Reichsvertretung und der wichtigsten in Betracht kommenden Organisationen, selbstverständlich einschliesslich *Z. V.f.D. und Palästina-Amt, besteht und seine Arbeit bereits aufgenommen hat. Dieser Zentralausschuss soll die oberste Instanz sein für alle mit der wirtschaftlichen Hilfe in Deutschland und der Unterstützung von Auswanderern aus Deutschland zusammenhängenden Angelegenheiten. Er allein wird auch die deutsche Judenheit den ausländischen Juden gegenüber repräsentieren und jede Hilfsarbeit zentralisieren. Er hat die Aufgabe, alle bestehenden Organisationen und Aktionen zu koordinieren und er hat schliesslich auch die Aufgabe, für die Bereitstellung grösserer Mittel zu sorgen, die der gegenwärtige Moment für beide Zwecke: für die wirtschaftliche Hilfe und für die den Auswanderern zu gewährende Unterstützung erfordert.

Wir beteiligen uns auch an der Aufbringung dieser Mittel *durch den *Keren Hajessod.* Der *Keren Hajessod wird eine *besondere Aktion* für die Förderung der Berufsumschichtung der Juden und Produktivierung der Juden und für die Unterstützung der Auswanderung nach Palästina durchführen. Dies ist der Kanal, durch den die zionistischen Kräfte dem Gesamtwerk zugeleitet werden sollen. *Es ist Sicherheit dafür geschaffen worden, dass die gesamten Bedürfnisse der Auswanderung nach Palästina aus diesen Mitteln befriedigt werden.*

Neben diesen Bemühungen gehen andere einher: ein *Liquidationsinstitut* zu schaffen, das es Auswanderungslustigen ermöglichen soll, ihre immobilen Werte in Deutschland in einer geeigneten Weise zu liquidieren und sie zur Gründung einer Existenz im Ausland frei zu bekommen. Die Bereitstellung der hierfür er-

---

[2] Diese »erste« Reichsvertretung hieß ab April 1933 die »Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände«. Sie wurde am 17. September 1933 durch die »*Reichsvertretung der deutschen Juden« ersetzt. Von 1935 bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1939 hieß sie die »*Reichsvertretung der Juden in Deutschland«.

forderlichen Mittel soll im Ausland erfolgen. Wir hoffen, bald hierüber weitere Berichte geben zu können.

Gleichzeitig teilen wir mit, dass wir besondere Anstrengungen unternehmen, um die Ansiedlung von Auswanderern aus Deutschland in Palästina zu ermöglichen. Diese Arbeit verlangt eine sorgfältige Vorbereitung, zumal sie mit der Aufbringung grosser Kapitalien verbunden ist. Die ersten Schritte sind getan [...].

Die von uns einmal geforderte, im innerjüdischen Kampf umstrittene Gründung jüdischer Schulen wird in diesem Augenblick zur wichtigsten Aufgabe jüdischer Gemeinden. Für eine heute noch nicht feststellbare, unzweifelhaft aber sehr grosse, Zahl von jüdischen Kindern wird die jüdische Schule dringendstes Erfordernis. In diesem Augenblick kommt es für uns darauf an, einmal den Juden klar zu machen, dass die Gründung jüdischer Volksschulen aber auch höherer jüdischer Schulen unerlässlich ist; ferner haben wir *dafür zu sorgen, dass diese jüdischen Schulen ihren Namen wirklich verdienen.* An einer jüdischen Schule, deren Charakter durch Assimilanten bestimmt wird, kann dem Judentum nichts gelegen sein. In der jüdischen Schule muss das Kind zu einem aufrechten Juden erzogen werden, der in der Schulerziehung die Kraft erhält, sich sein Leben lang als ein charaktervoller, jüdisch gebildeter Mensch zu behaupten. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das Kind durch aufrichtige Lehrer, die selbst gelernt haben, den Selbsttäuschungen über die jüdische Situation zu entgehen, zu einem unbefangenen freien Menschen erzogen wird. Ein solches Erziehungsziel ist nur zu erreichen, wenn den Kindern die Substanz des Judentums vermittelt wird, wenn sie hebräisch kennen, die Geschichte unseres Volkes als ihre eigene empfinden und erfüllt sind von den grossen, in Erez Israel zu verwirklichenden Zukunftshoffnungen. *Was aus den zu gründenden Schulen wird, hängt nicht nur von den Lehrkräften ab, sondern auch von der ständigen Einwirklung der jüdischen Eltern.*

Die »**Jüdische Rundschau*« hat weit über den bisher von ihr erreichten Kreis die stärkste Wirkung ausgeübt. Mehr als tausend Zuschriften legen Zeugnis davon ab, in wie hohem Masse jede Nummer der »*Jüdischen Rundschau« dazu beigetragen hat, der deutschen Judenheit die Selbstachtung wiederzugeben. Unser Auftreten kann uns auch Respekt in der nichtjüdischen Öffentlichkeit verschaffen. Ein »winselndes« Judentum wird mit Recht verachtet.

Angesichts der überaus starken *Auswanderung* aus Deutschland – zahlreiche unserer besten und tätigsten Gesinnungsgenossen sind nach Erez Israel übergesiedelt – sind wir doppelt auf die angestrengteste Mithilfe unserer Freunde angewiesen. Kein Zionist sollte daran zweifeln, dass im gegenwärtigen Moment die Fortsetzung unserer Arbeit von realster Bedeutung für die gesamtjüdische Entwicklung ist.

Vom *innerjüdischen Kampf* haben wir in letzter Zeit wenig gesprochen. Die oft vertretene Meinung, dass die zionistische Idee heute mit Leichtigkeit durchzusetzen sei, ist jedoch irrig. Wer gewohnt war, als Jude sich zu tarnen, auf Ehre und Haltung nicht viel zu geben, wer immer anderen nachgelaufen ist und versucht

hat, die Gunst der anderen zu erlangen, der wird durch kein Ereignis in seinem Wesen oder auch nur in seinen Ansichten beeinflusst. Auch andere jüdische Schichten *finden nach einer kurzen Zeit innerer Erschütterung zu ihrer alten Position zurück.* Es ist nicht leicht, deutsche Juden daran zu gewöhnen, dass es ihnen wenigstens in der gegenwärtigen Zeit verboten ist, sich selbst auf Kosten anderer Teile des Judentums der deutschen Öffentlichkeit zu empfehlen.

Dennoch besteht heute eine ganz besondere Chance, die deutschen Juden für die zionistische Idee zu gewinnen. Wir haben die Pflicht, in diesen Tagen belehrend und werbend aufzutreten. Die zionistische Bewegung in Deutschland hat heute die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass anstelle hysterischer Erregung ein besonnenes und fruchtbares Verhalten tritt, dessen Früchte der jüdischen Entwicklung und, wie wir fest glauben, auch der Entwicklung des allgemeinen Lebens zugute kommen werden.

Mit Zionsgruss
*Zionistische Vereinigung für Deutschland
(gez.) Kurt *Blumenfeld

[8] Anerkennung der neuen Verhältnisse durch die Zionisten

21. Juni 1933; PA: Inland II A/B, 83-21 (Bd. 1): R99346.

Berlin W 15, den 21. Juni 1933
Meinekestrasse 10

Äußerung der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland zur Stellung der Juden im neuen deutschen Staat[1]

I.

Die Verhältnisse der Juden in Deutschland haben durch die Vorgänge und durch die Gesetzgebung der jüngsten Zeit eine Entwicklung genommen, die eine *grundsätzliche* Klärung des Problems wünschenswert und notwendig macht. Wir betrachten es als Verpflichtung der Juden, bei der Entwirrung des Problems zu helfen. Darum sei es uns gestattet, unsere Anschauungen vorzutragen, die nach unserer Meinung eine den Grundsätzen des neuen deutschen Staates der nationalen Erhebung entsprechende Lösung ermöglichen und zugleich für die Juden eine Regelung ihrer Lebensverhältnisse bedeuten könnten.

Diese Anschauungen sind auf einer Auffassung der historischen Entwicklung der Stellung der Juden in Deutschland gegründet, die hier – einleitend – angedeutet sein mag.

II.

Geschichtlicher Rückblick

Die Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts beginnende Emanzipation der Juden war auf dem Gedanken aufgebaut, die Judenfrage sei dadurch zu lösen, dass die Staatsnation die in ihrer Mitte lebenden Juden aufsaugt. Diese auf den Ideen der französischen Revolution beruhende Auffassung sah nur das Individuum, den einzelnen frei im Raum schwebenden Menschen, ohne die Bindungen von Blut und Geschichte und die seelische Sonderart zu beachten. Demgemäss verlangte der liberale Staat von den Juden die Assimilation an die nichtjüdische Umwelt. Taufe und Mischehe wurden im politischen und im Wirtschaftsleben begünstigt. So kam es, dass zahlreiche Menschen jüdischer Abstammung die Möglichkeit fanden, wichtige Positionen einzunehmen und als Repräsentanten deutscher Kultur und deutschen Lebens aufzutreten, ohne dass ihre Zugehörigkeit zum Judentum in Erscheinung trat.

Es entstand so ein Zustand, der heute im politischen Gespräch als »Verfälschung des Deutschtums« und als »Verjudung« bezeichnet wird.

Die Juden erkannten anfangs diese Problematik gar nicht, da sie an eine individualistische und formalrechtliche Lösung der Judenfrage glaubten. Erst der Zio-

[1] Es ist nicht klar, an welche Regierungsstelle diese Äußerung gerichtet wurde.

nismus (seit 1897) war es, der den Juden das *Wesen der Judenfrage* erschloss. Die zionistische Erkenntnis hat es den Juden auch ermöglicht, den *Antisemitismus*, der bis dahin von ihnen nur apologetisch bekämpft wurde, zu verstehen: Als tiefe Ursache des Antisemitismus wurde die ungelöste Judenfrage erkannt; daher müsse eine konstruktive Lösung der Judenfrage in Angriff genommen werden. Hierfür wird eine *wohlwollende Unterstützung* der nichtjüdischen Welt angestrebt.

Der Zionismus
Der Zionismus täuscht sich nicht über die Problematik der jüdischen Situation, die vor allem in der anormalen Berufsschichtung und in dem Mangel einer nicht in der eigenen Tradition verwurzelten geistigen und sittlichen Haltung besteht. Der Zionismus erkannte schon vor Jahrzehnten, dass als Folge der assimilatorischen Entwicklung Verfallserscheinungen eintreten mussten, die er durch die Verwirklichung seiner, das jüdische Leben von Grund aus ändernden Forderung zu überwinden sucht.

Wir sind der Ansicht, dass eine den nationalen Staat wirklich befriedigende Antwort auf die Judenfrage nur herbeigeführt werden kann, wenn die auf gesellschaftliche, kulturelle und sittliche Erneuerung der Juden hinzielende jüdische Bewegung dabei mitwirkt, ja, dass eine solche nationale Erneuerung erst die entscheidenden sozialen und seelischen Voraussetzungen für alle Regelungen schaffen muss.

Der Zionismus glaubt, dass eine Wiedergeburt des Volkslebens, wie sie im deutschen Leben durch Bindung an die christlichen und nationalen Werte erfolgt, auch in der jüdischen Volksgruppe vor sich gehen müsse. Auch für den Juden müssen Abstammung, Religion, Schicksalsgemeinschaft und Artbewusstsein von entscheidender Bedeutung für seine Lebensgestaltung sein. Dies erfordert Überwindung des im liberalen Zeitalter entstandenen egoistischen Individualismus durch Gemeinsinn und Verantwortungsfreudigkeit.

III.

Vorschläge
Unsere Auffassung vom Wesen des Judentums und von unserer wahren Stellung unter den europäischen Völkern gestattet uns, Vorschläge über die Regelung der Verhältnisse der Juden im neuen deutschen Staat zu machen, die nicht Erwägungen zufälliger Interessenkonstellationen sind, sondern die eine wirkliche, den deutschen Staat befriedigende Lösung der Judenfrage anbahnen. Dabei haben wir nicht die Interessen einzelner Juden im Auge, die durch die tiefgreifende Umgestaltung Deutschlands ihre wirtschaftlichen und sozialen Positionen verloren haben. Worum es uns geht, ist die Schaffung einer Lebensmöglichkeit für die Gesamtheit unter Wahrung unserer Ehre, die uns das höchste Gut ist. Wir wollen auf dem Boden des neuen Staates, der das Rassenprinzip aufgestellt hat, unsere Gemeinschaft in das Gesamtgefüge so einordnen, dass auch uns, in der

uns zugewiesenen Sphäre, eine fruchtbare Betätigung für das Vaterland möglich ist.

Wir glauben, dass gerade das neue Deutschland durch einen kühnen Entschluss in der Behandlung der Judenfrage einen entscheidenden Schritt zur Überwindung eines Problems tun kann, das in Wahrheit von den meisten europäischen Völkern behandelt werden muss, auch von solchen, die in ihrer aussenpolitischen Stellungnahme heute die Existenz eines solchen Problems in ihrer eigenen Mitte leugnen.

Verhältnis zum deutschen Volk

Unser Bekenntnis zum jüdischen Volkstum stellt ein reines und aufrichtiges Verhältnis zum deutschen Volk und seinen nationalen und blutmässigen Gegebenheiten her. Gerade weil wir diese Grundlage nicht zu verfälschen wünschen, weil auch wir gegen Mischehe und für Reinerhaltung der jüdischen Art sind und Grenzüberschreitungen auf kulturellem Gebiet ablehnen, können wir, in deutscher Sprache und Kultur erzogen, mit Bewunderung und innerer Anteilnahme an den Werken und Werten deutscher Kultur teilnehmen. Nur die Treue zur eigenen Art und Kultur gibt Juden die innere Festigkeit, die eine Verletzung des Respektes vor den nationalen Gefühlen und Imponderabilien des deutschen Volkstums verhindert, und die Einwurzelung im eigenen Seelentum bewahrt den Juden davor, zum wurzellosen Kritiker der nationalen Grundlagen des deutschen Wesens zu werden. Die vom Staat gewünschte völkische Distanzierung würde auf diese Weise zwanglos als Ergebnis einer organischen Entwicklung herbeigeführt.

So kann das hier gekennzeichnete bewusste Judentum, in dessen Namen wir sprechen, sich dem deutschen Staatswesen einfügen, weil es innerlich unbefangen und frei ist von dem Ressentiment, das assimilierte Juden bei der Feststellung ihrer Zugehörigkeit zum Judentum, zur jüdischen Rasse und Vergangenheit empfinden müssen. Wir glauben an die Möglichkeit eines ehrlichen Treueverhältnisses zwischen einem artbewußten Judentum und dem deutschen Staat.

IV.

Auswanderung

Diese Darstellung wäre unvollständig, würden wir nicht noch einige Bemerkungen über das wichtige Problem der jüdischen Auswanderung hinzufügen. Die Lage der Juden zwischen den Völkern und die zeitweise vor sich gehende Ausschaltung aus Berufskategorien und wirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten sowie die Sehnsucht nach Normalisierung der Lebensbedingungen zwingt viele Juden zur Auswanderung.

Der Zionismus will die Auswanderung der Juden nach Palästina so gestalten, dass dadurch eine *Entlastung der jüdischen Position in Deutschland* erfolgt.

Der Zionismus hat sich nicht damit begnügt, lediglich eine theoretische Auffassung von der Judenfrage zu erzeugen, sondern er hat praktisch eine Normalisie-

rung des jüdischen Lebens durch Gründung einer neuen nationalen Siedlung der Juden in Palästina, in ihrem alten Stammland, eingeleitet. Dort sind heute schon etwa 230 000 Juden in einem normal geschichteten Gemeinwesen zur Ansiedlung gebracht worden. Die Grundlage der jüdischen Siedlung bildet die Landwirtschaft. Alle Arbeiten, landwirtschaftliche, handwerkliche und industrielle, werden durch jüdische Arbeiter, die von einem neuen idealistischen Arbeitsethos beseelt sind, ausgeführt. Die Palästinabewegung ist von der deutschen Regierung stets gefördert worden; es ist sicher, dass die Bedeutung Palästinas für das deutsche Judentum ständig wächst.

Für seine praktischen Ziele glaubt der Zionismus auch die Mitwirkung einer grundsätzlich judengegnerischen Regierung gewinnen zu können, weil es sich in der Behandlung der jüdischen Frage nicht um Sentimentalitäten, sondern um ein reales Problem handelt, an dessen Lösung alle Völker, und im gegenwärtigen Augenblick besonders das deutsche Volk, interessiert sind.

Die Verwirklichung des Zionismus könnte durch ein Ressentiment von Juden im Ausland gegenüber der deutschen Entwicklung nur geschädigt werden. Boykottpropaganda – wie sie jetzt vielfach gegen Deutschland geführt wird – ist ihrer Natur nach unzionistisch, da der Zionismus nicht bekämpfen, sondern überzeugen und aufbauen will.[2]

V.

Aussenpolitische Folgen

Wir glauben, dass die hier vorgeschlagene Regelung der jüdischen Frage für das deutsche Volk wichtige Vorteile mit sich brächte, die auch ausserhalb der deutschen Grenzen fühlbar wären. Der *Volkstumsgedanke*, der für das über die ganze Welt verbreitete deutsche Volk (Auslandsdeutschtum) so wichtig ist, würde hier durch einen staatsmännischen Akt des neuen Deutschland eine entscheidende Vertiefung und Festigung erfahren.

Millionen Juden leben als *nationale Minderheiten* in verschiedenen Ländern. Bei den Verhandlungen über Minderheitenschutz bei Beendigung des Krieges sind die von jüdisch-nationaler Seite vorbereiteten Formulierungen und Gedankengänge weitgehend von allen Staaten angenommen worden; sie haben zu Bestimmungen geführt, auf Grund deren heute auch deutsche Minderheiten ihre Rechte geltend zu machen pflegen. Unter Berücksichtigung der starken Interessengemeinschaften der nationalen Minderheiten, die wiederholt zum Ausdruck gekommen sind, und die gewiss in ganz anderer Weise in die Erscheinung treten würden, wenn die Stellung der Juden in Deutschland durch Anerkennung ihrer Sonderart geregelt wird, kann die Politik der deutschen Volksteile in der ganzen

---

[2] Nicht alle Zionisten außerhalb Deutschlands teilten diese Meinung. Zum Beispiel unterstützte die revisionistische Bewegung außerhalb Deutschlands unter der Führung von Wladimir *Jabotinsky die internationale Boykottbewegung.

Welt eine nachdrückliche Förderung erfahren. Diese Förderung liegt nicht nur in der ideellen Verstärkung der Geltung der vom Herrn Reichskanzler in seiner Rede vom 17. Mai proklamierten Grundsätze des Volkstums[3], sondern kann sich auch in unmittelbarer Kooperation zwischen den Minderheiten verschiedener Länder zeigen.

Wir sind der Tatsache gegenüber, dass eine Judenfrage existiert und weiter existieren wird, nicht blind. Aus der anormalen Situation der Juden ergeben sich für sie schwere Nachteile, aber auch für die übrigen Völker schwer tragbare Verhältnisse. Unsere hier vorgetragenen Äusserungen beruhen auf der Überzeugung, dass die deutsche Regierung bei der Lösung des Judenproblems in ihrem Sinne volles Verständnis für eine mit den Staatsinteressen im Einklang stehende offene und klare jüdische Haltung haben wird.

[3] Am 17. Mai 1933 hielt Hitler eine Rede vor dem Reichstag, in der er über verschiedene Themen (u. a. Außenpolitik, Rüstungspolitik und die Bildung eines Volksstaates) sprach.

[9] Negative Folgen der NS-Politik für den deutschen Zionismus

14. August 1933; CZA: A222\24[1].

Kurt *Blumenfeld den 14. August 1933
Jerusalem-Rechawjah
Beth Cantor

Herrn Dr. Chaim *Weizmann
16, Addison Crescent
London W. 14

Lieber und verehrter Freund,
nachdem mir Schmarjah gestern erzählt hat, dass Sie nicht zum Kongress fahren werden, lese ich heute, dass Sie das Referat über die Lage der Juden in Deutschland übernommen haben.[2] Ich bin über Ihren Entschluss froh, da Sie der einzige sind, der diese sehr schwierige Angelegenheit mit politischem Takt und mit Anstand behandeln kann.

[Beiliegend übersende ich Ihnen Abschrift eines Briefes von *Landauer, den er durch einen Boten nach Prag befördern liess und der mir von dort aus zugegangen ist. Dieser Brief wird Ihnen zeigen, wie schwierig die Lage der deutschen Zionisten ist].

In Ihrem Referat werden Sie sicherlich an die Grundhaltung der *Jüdischen Rundschau anknüpfen. Da die Zionistische Organisation Deutschland den Krieg weder erklären kann noch soll, da wir aber andererseits die Aktionen der Nationalsozialisten aufs Schärfste verurteilen, bitte ich Sie, in den Mittelpunkt Ihres Referates ausschliesslich die grundsätzliche Behandlung der Judenfrage zu stellen und die Entwicklung in Deutschland nur als das deutlichste Beispiel für die Unmöglichkeit der Assimilation zu behandeln. Das Pendel ist einmal im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts zu sehr zu Gunsten der Juden ausgeschlagen. Die Juden haben geglaubt, dass die Emanzipation ihnen die Möglichkeit und das Recht gibt, ohne jede Rücksicht auf die eigene jüdische Entwicklung die Geschichte der anderen zu beeinflussen und nichtjüdische Welten zu repräsentieren. Sie merkten nicht, dass es sich immer um das von Dr. *Weizmann schon vor Jahrzehnten dargestellte Problem vom Salz in der Suppe handele und dass in dem Augenblick, in dem der Einfluss der Juden zu deutlich spürbar wurde, eine Gegenwirkung einsetzte. In Deutschland war die Einwirkung der Juden auf die Entwicklung des deutschen Lebens am stärksten fühlbar; sie – die Juden – waren

[1] Dieses Dokument ist teilweise enthalten in: Blumenfeld, *Im Kampf*, 124–128. Die in Klammern angegebenen Stellen sind in *Blumenfelds Buch ausgeschlossen.

[2] *Weizmann nahm am XVIII. Zionisten-Kongress in Prag (31.8.–4.9.1933) nicht teil. Über die Lage der Juden in Deutschland sprach Nahum *Sokolow, der 1931–1935 Präsident der *Zionistischen Weltorganisation war.

überall sichtbar, wurden charakteristische Vertreter deutscher Kunst, deutscher Dichtung, deutscher Wissenschaft und deutscher Wirtschaft und das, was ihnen im letzten Jahr durch eine sie ablehnende feindselige deutsche Welt geschah, war geistig und in gewissem Sinne auch politisch schon im Jahre 1880 in der von *Stöcker geführten Berliner antisemitischen Bewegung präformiert. Die Juden wollten damals die Zeichen der Zeit nicht verstehen und begriffen nicht, dass der Antisemit *Treitschke eine tiefe Wahrheit aussprach, als er erklärte, »er habe ja den Antisemitismus nur salonfähig gemacht«, das heisst er habe den Mut gehabt, das offen in der guten Gesellschaft auszusprechen, was alle fühlten, aber aus gesellschaftlichen Rücksichten nicht auszusprechen wagten.

Jetzt schlägt das Pendel allzu sehr zu unseren Ungunsten aus. Man muss aber diese Entwicklung nicht nur unter aktuellen Gesichtspunkten betrachten, sondern als einen grossen historischen Prozess verstehen. Die deutschen Juden haben für alle Werte, die in ihnen waren, für ihr ganzes jüdisches Erbe die deutsche Kultur und das deutsche Leben eintauschen wollen. Sie haben sich als Juden völlig entblösst, sind dem Mythos vom Fortschritt, dem Glauben an äusseren Aufstieg völlig erlegen. Fortschritt nannten sie das, was die nichtjüdische Welt ihnen in immer höherem Masse bringen sollte. Er war ein erwartetes Geschenk, nicht eine von ihnen durch eigene Kraft herbeizuführende Angelegenheit. Eine solche geistige und seelische Haltung musste schliesslich für sie zu einem Unglück werden. Ihr Wohlbehagen und Lebensglück war ganz von der Stimmung der deutschen Welt abhängig geworden, und so kam es, dass in dem Augenblick, in dem diese Stimmung sich änderte, sie sich zunächst Scheuklappen anschafften, um die Realität nicht zu sehen. Und als schliesslich die Wirklichkeit nicht mehr zu übersehen war, da standen sie nackt und elend da, unglückliche Menschen ohne eigenen innernen Wert und ohne Lebensideale.

Wenn auch die Verhältnisse in anderen Ländern heute anders liegen oder *noch* anders liegen, in jedem Fall ist der innere Zusammenbruch des deutschen Judentums ein furchtbares Menetekel für alle Juden. Jeder Jude muss erkennen, dass der vertikale Zusammenhang, der Zusammenhang mit den Vorfahren und mit der eigenen Geschichte, die stärkste beherrschende Macht im Leben sein muss und wie sehr er sich auch anderen Welten anschliesst und eingliedert, er muss immer die Möglichkeit behalten, zu den eigenen Vätern und Müttern zurückzukehren. Als die Katastrophe über die russischen Juden hereinbrach, waren nicht nur die deutschen Juden, sondern alle Juden der Welt überzeugt, dass in Deutschland Ähnliches nicht passieren könne. Es hat aber überall Katastrophen für Juden gegeben und es kann die überall geben.

Was die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland betrifft, so können wir Zionisten zu ihr nur sagen, dass jedes Volk seinen Weg geht, dass es immer wieder den Versuch macht, sich innerlich zu konsolidieren. Wenn ein solcher Versuch von furchtbaren und uns unerträglichen Erscheinungen begleitet wird, so müssen wir wissen, dass die Geschichte für alle Völker Lohn und Strafe bereit

hält. Wir dürfen aber nicht voreilige Kritiker einer Entwicklung werden, weil wir selbst die Opfer dieser Entwicklung sind.

Zur Behandlung dieser Frage eine Anmerkung: Das 19. Jahrhundert, in dem sich überall der liberale Staat durchsetzte, war den jüdischen Assimilanten deshalb so willkommen, weil der Liberalismus überall zu einer Lockerung der historischen Bindungen führte. In keinem Lande ist aber die Auflösung der naturgegebenen Gemeinschaft so stark gewesen wie in Deutschland und nirgends haben die Juden die natürlichen Zusammenhänge der Menschen so sehr missachtet wie in Deutschland. In England und in Frankreich blieben auch im liberalen Staat die wirtschaftlichen und gemeinschaftlichen Ordnungen bestehen. Der Liberalismus war dort mit einem starken konservativen Verhalten verknüpft. In Deutschland, wo eine alte Gesellschaftskultur fehlte, hatte das Wort und die mechanische Theorie eine weit grössere Wirkung. Auch der Marxismus ist mit seiner Unterschätzung der nationalen Ideale, des Glaubens und aller Imponderabilien im menschlichen Leben in seiner schematischen dialektischen Beweisführung ein echt deutsches Gewächs. – Immer haben die Völker den Juden ihren Platz angewiesen. Wir glauben, dass diejenigen Nationen sich selbst am besten dienen, die den Juden einen Platz an der Sonne gönnen; wir glauben allerdings, dass diejenigen Nationen, die für die Verwirklichung ihrer nationalen Ideale die Diskriminierung und Diffamierung der Juden für erforderlich halten, einen Irrtum begehen, und diesen Irrtum bereuen werden, aber wir lehnen es ab, den Völkern vorzuschreiben, wie sie sich Leben und Zukunft gestalten wollen. Wir können nur positiv unseren eigenen Idealen nachstreben und, soweit es sich um die Verwirklichung unserer jüdischen Zukunft handelt, dürfen und müssen wir verlangen, dass sie der zionistischen Entwicklung volle Freiheit geben. Der Jude muss überall das Recht haben, seine Kinder so zu erziehen, wie er es für richtig hält. Er muss dort, wo der Druck zu gross ist, mit den von ihm erworbenen Mitteln auswandern können. Der Weg nach Erez Israel muss frei sein für alle Juden und gerade das deutsche Volk, das den Juden heute den Lebensraum einengt, muss es als ein nobile officium betrachten, den Juden den Weg in das eigene Land zu erleichtern.

Können wir für den Kampf um nationale Ideale auch als Gegner Verständnis aufbringen, so muss aufs Schärfste verurteilt werden, wenn unter dem Deckmantel des nationalen Idealismus ein wirtschaftlicher Konkurrenzkampf ausgekämpft wird.

In allem Unglück kann uns die Tatsache mit Befriedigung erfüllen, dass unter dem Druck das atomisierte und assimilierte Judentum in Deutschland heute den Weg zum Judentum zurückfindet und gezwungen ist, die Wahrheit der zionistischen Erkenntnisse einzusehen. Das deutsche Beispiel zeigt, dass der Zionismus mit Recht mit der Prätention aufgetreten ist, dass ihm die Führung der gesamten Judenheit gebührt.

Ich weiss nicht, ob meine Anmerkungen für Sie von Wert sein werden. Ich hielt es aber für meine Pflicht, Sie dringend darum zu bitten, eine antideutsche

politische Rede zu vermeiden. Wir deutschen Juden und insbesondere auch die deutschen Zionisten sind Geiseln in der Hand der nationalsozialistischen Regierung und wenn man ernsthaft an ihrem Schicksal interessiert ist, dann darf man dieser Regierung keine neuen Waffen in die Hand geben. Ich bin auch eine absoluter Gegner des Boykotts[3], der in erster Linie die deutschen Juden trifft und der eine volle Rechtfertigung für alle Massnahmen der Hitler-Regierung darstellt. Boykott kann im Krieg eine gute Waffe sein. Dann muss man aber auch Herr dieser Waffe sein und muss sich überlegen können, unter welchen Bedingungen man Frieden schliessen will. Ein endloser und zielloser Boykott ist aber eine sehr schlechte Waffe und dieser Boykott ist ganz gewiss eine politische Kurzsichtigkeit. Die Juden der meisten Länder denken übrigens, wie ich festgestellt habe, garnicht an das Schicksal der deutschen Juden, das ihnen gleichgültig ist, sondern sie wollen sich ihren Regierungen empfehlen und betrachten den Boykott als ein Zeichen ihres patriotischen Verhaltens gegenüber ihren Regierungen. So liegt es wenigstens in Polen, so auch in der Tschechoslovakei. Allen Verhandlungen über Transfer-Möglichkeiten haben nur dann einen Sinn, wenn die grundsätzliche Boykotthaltung aufgegeben wird.[4] Ich bitte Sie, über diese Frage einmal mit *Hoofien zu sprechen.

[Vertrauen Sie nicht Max *Warburg, der ein feiger Geselle ist. Er hat sich uns gegenüber unerhört benommen. Im Ausland tritte er für Palästina ein, in Deutschland tut er alles, um dem Zionismus das Genick zu brechen.]

Von höchster Wichtigkeit ist die Verteilung der aus Anlass der deutschen Katastrophe gesammelten Mittel. Nach allem, was ich höre, wird herzlich wenig im Interesse gerade der besten deutschen Palästinawanderer geschehen. Die Mittel aber, die jetzt endlich im Interesse der deutschen Immigration zur Verfügung gestellt werden, sollen wenigstens nicht dazu verwandt werden, um nur den Einfluss der Herren *Hexter, Viteles und Mohl zu stärken. Man darf unter keinen Umständen die Sache so machen wie beim Emergency Fond, wo man die beteiligten Opfer überhaupt nicht hat mitreden lassen. Wir werden uns nicht gefallen lassen, dass irgendwelche Instanzen lebenswichtige Entscheidungen über das Schicksal der deutschen Immigration treffen, ohne dass uns die Möglichkeit zur Mitbestimmung gegeben wird. Wie man auch immer die Zweckbestimmungen treffen mag, in jedem Fall soll man uns drei Governors zubilligen, durch welche die Interessen der deutschen Alijah vertreten werden. Ich mache Ihnen namens der *ZVfD und namens der im Lande befindlichen deutschen Juden folgenden Vorschlag: *Hoofien, Dr. Ludwig Pinner, *Ruppin. Diese drei sollen auch bei den Krediten, die von den in Palästina befindlichen Kreditinstituten gezahlt werden,

---

[3] Gemeint ist der internationale, vor allem in den USA und England stattfindende, Boykott gegen Deutschland.

[4] *Blumenfeld fürchtete, dass das schon zwischen zionistischen Instanzen in Deutschland bzw. von Palästina und der Reichsregierung vereinbarte Transfer-Abkommen (*Haavara) vom August 1933 an der internationalen Boykott-Bewegung gegen Deutschland hätte scheitern können.

mitzureden haben, soweit diese Institute aus der jetzigen Sammlung Mittel erhalten. In den Boards sämtlicher in Frage kommender Institute sitzt kein Mensch, der die deutsche Alijah vertritt und ihre Wünsche weitergeben kann. [Ich will nicht, dass dort dieselbe Günstlingswirtschaft einreisst, wie das im *Keren Kajemeth der Fall ist, der heute unter *Ussischkins Führung eine Hauptaufgabe in der Schädigung und Verleumdung der deutschen Alijah erblickt.] [In gleicher Weise lehnen wir jede Verknüpfung mit den Aktionen von *Rutenberg und Schoschanah Persitz ab. Ich habe beide in Berlin genossen und wiederum festgestellt, dass sie raffinierte Hochstapler sind. Es ist mir völlig unverständlich, wie es diesen Menschen gelingt, das Vertrauen kluger jüdischer Menschen zu erwerben.]

Ich habe bisher die grosse Dummheit gemacht, monatelang in Deutschland abgeschnitten von der Welt zu sitzen und konnte so keinerlei Einfluss auf die Sammlungen und auf die Verteilung ausüben. Ich bin jetzt seit 10 Tagen in Palästina und will zusammen mit Ludwig Pinner im September, sobald Sie wieder in London sind, nach London fahren, um dort mit allen in Frage kommenden Stellen zu verhandeln. Ich bitte Sie, mir zu schreiben, wann Sie wieder in London sein werden und ob Sie mit meiner Reise einverstanden sind. Ich habe die Absicht, von London aus nach Deutschland zurückzukehren, dort einige Monate zu bleiben und mich dann, gestärkt durch Palästina und bereichert durch neue deutsche Erfahrungen dem Weltdrive zu widmen. Alle meine Pläne will ich zunächst mit Ihnen besprechen und ich will meine Arbeit von Ihrer Zustimmung abhängig machen.

Was dieser Kongress bringen wird, vermag ich nicht zu übersehen. Nach allen Überlegungen komme ich immer wieder zu dem Schluss, dass Sie eine Ihnen von einer Mehrheit des Kongresses angetragene Wahl annehmen müssen. Die nächsten zwei Jahre sind vielleicht die letzten, in denen etwas ganz Grosses in der jüdischen Welt geschehen kann. Wer weiss, wie die Juden nach zwei Jahren aussehen werden, ob der Zusammenbruch nicht so weit fortgeschritten ist, dass auch bei bester Arbeit Entscheidendes nicht mehr zu erreichen ist. Heute könnte bei richtiger Leitung und bei Ausnutzung der besten Kräfte unvorstellbar Grosses geschehen. Allein in der Peripherie Deutschlands lagern ungeheure Mittel, die bei richtiger Arbeit abgeholt werden können, und wenn es uns gelingt, unter Ihrer Führung Millionen Pfunde zu beschaffen, den grossen Vorstoss nach Transjordan zu machen, dann wäre der Untergang der deutschen Juden dafür kein zu hoher Preis, dann wäre es aber auch Ihre Pflicht, noch einmal etwas Ausserordentliches zu riskieren.

Ich weiss nicht, wie es in Ihnen aussieht. Ich kenne Ihre Pläne nicht und war noch niemals von Ihnen so abgeschnitten wie in diesen Monaten.

[10] Zionistische Bestrebungen im neuen Deutschland

13. September 1933; PA: Ref.D, Po5 NE adh6 Nr. 4 (Bd. 2): R98478.

Dr. Martin *Rosenblüth | Berlin W.15, den 13. September 1933
Meinekestrasse 10

II. Zusätzliche Bemerkungen zur deutschen Judenfrage.[1]

Ausgehend von der zionistischen Grundanschauung, dass die Judenfrage in der Welt nur lösbar ist, wenn es gelingt, ein grosses jüdisches Gemeinwesen in Palästina zu schaffen, in dem mindestens ein erheblicher Teil des jüdischen Volks in normaler Berufsschichtung und mit dem Boden verwurzelt ein normales Volksleben führt, glauben die deutschen Zionisten, dass für die Lösung der deutschen Judenfrage, die in den letzten Monaten in ein besonders akutes Stadium getreten ist, aus dieser Grundanschauung die praktischen Konsequenzen gezogen werden müssen, dass also alle Energien aufgeboten werden müssen, um auf der Basis des Ruppinschen Planes[2] einen möglichst grossen, aber natürlich die Aufnahmefähigkeit Palästinas nicht übersteigenden Prozentsatz der deutschen Juden, insbesondere die jüdische Jugend, im Wege einer geordneten und systematischen Auswanderung nach Palästina zu überführen und dort sesshaft zu machen.

Eine vollständige Lösung der deutschen Judenfrage und eine Beruhigung der durch sie in der ganzen Welt verursachten Erregung wird aber nach Meinung der deutschen Zionisten nur dann möglich sein, wenn gleichzeitig mit der Inangriffnahme der grossen Auswanderungsaktion für die in Deutschland verbleibenden Juden ein normaler Rechtszustand geschaffen wird, der einerseits den berechtigten Ansprüchen des neuen Totalstaates, andererseits den Lebensnotwendigkeiten der in Deutschland verbleibenden Juden Rechnung trägt. Ohne dass ein solcher Zustand geschaffen wird, ist auch ein harmonisches Zusammenwirken aller derjenigen Faktoren nicht vorstellbar, die zwecks Durchführung der grossen Auswanderungsaktion zu gemeinsamer Arbeit herangezogen werden müssen. Diese Faktoren sind die deutsche Judenheit, die Weltjudenheit, die deutsche Regierung, der Völkerbund, die Vereinigten Staaten von Amerika, die englische Regierung als Mandatarmacht von Palästina.

Die deutsche Judenheit, weil sie die organisatorischen Einrichtungen schaffen muss, die erforderlich sind, um eine geordnete und systematische Auswanderung in die Wege zu leiten und durchzuführen;

[1] Teil I dieses Berichts heißt: »Schlussbericht über den 18. Zionistenkongress in Prag.«

[2] Im Laufe seines zweiwöchigen Besuches in Berlin im August 1933 beschäftigte sich Arthur *Ruppin mit seinem Plan, die Judenfrage in Deutschland durch die Auswanderung von 250 000 Juden nach Palästina, in die USA und andere Länder zu lösen. Er hat diesen Plan mit führenden Juden besprochen, u. a. Rabbiner Leo *Baeck, Rabbiner Malvin Warschauer, Heinrich *Stahl, Ludwig *Tietz, Wilfried Israel, Regierungsrat Fritz Rathenau, Georg *Landauer und Robert *Weltsch. Alle waren mit seinem Plan einverstanden.

die Weltjudenheit, weil sie grosse finanzielle Mittel bereitstellen muss, um mittellosen Auswanderern aus Deutschland in anderen Ländern (in erster Linie in Palästina) ökonomische Lebensbedingungen zu schaffen;

die deutsche Regierung, weil die Schaffung der organisatorischen Einrichtungen für die Auswanderung nur im Einvernehmen mit ihr erfolgen kann, und weil eine der wichtigsten Voraussetzungen des ganzen Projektes, nämlich die allmähliche Überführung des Vermögens der Auswanderer, nur bei wohlwollender Haltung der deutschen Behörden möglich ist;

der Völkerbund erstens deshalb, weil seine Einwirkung auf eine Reihe europäischer und überseeischer Länder erforderlich ist, die wenigstens einen gewissen Prozentsatz der aus Deutschland auswandernden Juden absorbieren müssten, zweitens weil er selbst die Aktion fördern könnte, analog seinem Verhalten bei der Repatriierung griechischer Flüchtlinge aus Kleinasien in ihrem Heimatland, wo er durch Garantie einer internationalen Anleihe die Ansiedlungsaktion ermöglicht hat;[3]

die dem Völkerbund nicht angehörenden Vereinigten Staaten von Amerika, erstens weil ihre Mitwirkung bei etwaigen internationalen Anleihe-Projekten im Zusammenhang mit der Auswanderungs- und Ansiedlungsaktion erforderlich ist, zweitens weil Amerika selbst – neben Palästina – nach dem Ruppinschen Plan das wichtigste Einwanderungsland für einen Teil der aus Deutschland auswandernden Juden ist;

die englische Regierung, weil sie als Mandatarregierung von Palästina in erster Linie berufen ist, solche Bestimmungen für die Einwanderung und Niederlassung deutscher Juden in Palästina zu treffen, die es ermöglichen, dass nach dem Plan Dr. *Ruppins mindestens die Hälfte der aus Deutschland emigrierenden Juden, also etwa 100.000 im Laufe der nächsten 10 Jahre in Palästina Aufnahme finden können.

Es ist klar, dass ein Zusammenwirken der vorgenannten Faktoren zwecks Durchführung einer derartigen grosszügigen Auswanderungsaktion nur möglich ist, wenn die Erörterung der deutschen Judenfrage sowohl in Deutschland wie besonders ausserhalb Deutschlands in ein ruhigeres Fahrwasser gelenkt werden kann. Schon aus diesem Grunde ist es daher notwendig, dass seitens der deutschen Regierung – zugleich mit der Inangriffnahme der Auswanderungsaktion und ihrer Förderung – im Zusammenwirken mit der deutschen Judenheit die Frage des Status der in Deutschland verbleibenden Juden geklärt wird.

Auf welcher Basis kann ein neuer Rechtszustand für die deutsche Judenschaft geschaffen werden?

---

[3] Im September und Oktober 1922 wurden ca. 400 000 Griechen aus Kleinasien nach Griechenland evakuiert, als Mustafa Kemal und die Nationalisten die Türkische Republik gründeten.

Die deutschen Zionisten, die seit 30 Jahren vorausgesagt haben, dass die sowohl von dem alten Staat wie von den Juden geförderte bewusste Assimilation zu keiner Lösung führen könne, glauben, dass die Neuregelung des Status der deutschen Juden davon ausgehen muss, dass die deutsche Judenheit eine deutlich erkennbare festumrissene Gruppenminorität gegenüber einer nummerisch mehr als 100 × so starken Staatsnation darstellt.

Als Realpolitiker erkennen wir auch, dass die Staatsnation den entschlossenen Willen hat, im »totalen Staat« die Begriffe Volk und Staat soweit wie möglich zu identifizieren, dass in dieser neuen und einzigartigen Entwicklung alle alten Formeln ihren Sinn verloren haben, dass man das Rad der Geschichte nicht rückwärtsdrehen kann, und dass daher vollständig neue Formeln gefunden werden müssen, um einen modus vivendi für eine solche Minoritätengruppe innerhalb des neuen Staates zu schaffen. Wir sind uns aber bewusst, dass die deutschen Juden eine Minoritätengruppe sui generis sind und dass daher der völkerrechtlich bereits existierende Begriff der nationalen Minderheitsrechte auf die deutschen Juden nicht mechanisch übernommen werden kann. Die bestehenden nationalen Minderheiten sind vorwiegend Gruppen, die

1. in mehr oder weniger geschlossenen Territorien innerhalb eines grösseren Staatswesens in normaler Berufsschichtung und mit eigener Sprache und Kultur leben,

2. sich meistens – mindestens in geistiger und kultureller Hinsichten einen auswärtigen Staat anlehnen können.

Beide Voraussetzungen treffen auf die jüdische Minoritätengruppe in Deutschland nicht zu. Die deutschen Juden leben infolge einer langen historischen Entwicklung, an der sie nicht die Schuld tragen, in einer anormalen Berufsschichtung. Ferner kann das deutsche Judentum, das keine auf eigener Sprache und auf selbständigem Kulturleben beruhende Gemeinschaft darstellt, weder andere Staaten noch andere auswärtige Instanzen für sich in Anspruch nehmen.

Wenn demnach der Begriff der »nationalen Minorität« auf die deutschen Juden nach zionistischer Auffassung nur sehr bedingt anwendbar ist, wenn andererseits von uns Zionisten der primitive Versuch, unter Berufung auf alte Schlagwörter und Formeln den status quo ante wieder herzustellen, als utopisch betrachtet wird, so ergibt sich für uns als ein Programm, das hier nur angedeutet werden kann und dessen Einzelheiten noch sorgfältiger Überlegungen und Verhandlungen bedürfen, etwa folgendes:

a) die deutschen Juden erkennen an, dass sie zur jüdischen Rasse und zum jüdischen Volkstum gehören, und dass es weder möglich noch vom Standpunkt der jüdischen Rasse und des jüdischen Volkstums aus wünschenswert sein kann, die deutsche Judenfrage durch Verwischung der bestehenden Unterschiede, d.h. durch Assimilation [Mischehe] zu lösen. Wenn dies erst geklärt ist, dann muss freilich auch die Auffassung zur Geltung kommen, dass die Andersartigkeit der jüdischen Rasse und des jüdischen Volkstums nicht gleichbedeutend mit Min-

derwertigkeit der jüdischen Rasse und des jüdischen Volkstums ist. Konsequenz dieser Erkenntnis ist, dass jede Diffamierung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland in Wort und Schrift durch entsprechende Massnahmen der deutschen Regierung fortab unmöglich gemacht werden müsste.

b) Auf politischem Gebiet sollte eine Regelung gefunden werden, die – unbeschadet der Grundanschauungen des neues Staates -den Grundsatz verwirklicht, dass es keine Staatsangehörigen geben darf, denen nicht – sei es als Individuum, sei es als Gruppe – die Mitarbeit innerhalb des Staates zugestanden wird.

c) Vor dem bürgerlichen und vor dem Strafgesetz geniessen die deutschen Juden volle Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern.

d) Auf wirtschaftlichem Gebiete erfolgen keine Einschränkungen der Betätigungsmöglichkeit für Juden in Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe. Die deutsche Judenschaft erhält das Recht, Interessenvereinigungen jüdischer selbständiger Kaufleute und jüdischer Angestellten zu schaffen, die in gleicher Weise wie die nichtjüdischen Verbände berechtigt sind, soziale Wohlfahrtseinrichtungen für ihre Mitglieder zu schaffen und die Interessen ihrer Mitglieder auch den Arbeitsgerichten und den Behörden gegenüber wahrzunehmen.

Eine Folge der Zustimmung der deutschen Regierung zu einer solchen Regelung auf ökonomischem Gebiet müsste das Aufhören jedes wirtschaftlichen Boykotts gegen jüdische Industrie- und Handelsunternehmungen sein, zumal angesichts der engen Verknüpfung des Wirtschaftslebens der deutschen Juden mit dem allgemeinen deutschen Wirtschaftsleben die ökonomische Vernichtung jüdischer Existenzen schwere Verluste der deutschen Volkswirtschaft mit sich bringen muss. Solche Schädigungen sind nach innen Schleuderverkauf und Preisdruck, nach aussen Störung der deutschen Exportorganisation und Behinderung des Exports nach überseeischen Importländern.

e) Die anormale Schichtung der jüdischen Bevölkerung in fast allen Ländern, insbesondere aber in Deutschland, Ergebnis einer historischen Entwicklung, an der die Juden keine Schuld tragen, hat – wie der Zionismus schon vor Jahrzehnten richtig erkannt hat – sehr wesentlich dazu beigetragen, die Spannungen zwischen der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung zu vergrössern. Die Zusammendrängung der Juden in bestimmten Erwerbszweigen, im besonderen Handel und in den freien Berufen würde auch von uns jeher als anormal und schädlich betrachtet. Der Zionismus hat infolgedessen seit vielen Jahren die jüdische Jugend dazu aufgerufen, sich anderen – insbesondere manuellen – Berufen zuzuwenden und hat auch in Deutschland Einrichtungen geschaffen, um jüdische junge Menschen der Ausbildung in der Landwirtschaft und im Handwerk zuzuführen.[4]

---

[4] Die internationale zionistische Jugendbewegung *Hechaluz (»Der Pionier«), errichtete sämtliche Umschulungslager zur Umschichtung der jüdischen Jugend in Deutschland. Als Vorbereitung zur Alijah (Einwanderung nach Palästina) bereitete der *Hechaluz Juden zwischen 17 und 35 Jahren durch eine *Hachscharah (»Ausbildung«) vor. Jeder musste einen landwirtschaftlichen oder handwerklichen Beruf ergreifen.

sowohl im Interesse einer gross angelegten, organisierten, allmählichen Auswanderungsaktion wie im Interesse einer normalen Berufsschichtung der in Deutschland verbleibenden jüdischen Bevölkerung wäre es erforderlich, dass diese Bestrebungen der zionistischen Bewegung und die von ihr oder auf ihre Initiative von der deutschen Judenheit geschaffenen Einrichtungen zwecks Berufsausbildung und Berufsumschichtung der Juden von behördlicher Seite nicht nur anerkannt, sondern auch moralisch und materiell gefördert werden.

f)Was die freien Berufe und im Zusammenhang damit den Besuch höherer Schulen und das Studium an den Universitäten betrifft, so müssten – nachdem durch die Gesetzgebung klare Bestimmungen getroffen wurden, durch welche die Zahl der jüdischen Anwälte, Ärzte etc. ausserordentlich erschwert wurde[5] – alle darüber hinausgehenden Bestrebungen, die auch den zugelassenen Anwälten, Ärzten etc. ihre wirtschaftliche Existenz nehmen wollen, seitens der Regierung unterbunden werden. Gerade im autoritären totalen Staat sollte keine Partei und keine Berufsgruppe die Möglichkeit haben, durch eigene Massnahmen die vom Staate selbst getroffenen Bestimmungen bei ihrer Durchführung in der Praxis unwirksam zu machen. Es sollte vielmehr nachgeprüft werden, ob nicht in einer Reihe von Einzelfällen die administrative Praxis bei der Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen zu Härten geführt hat, die nicht im Sinne des Gesetzgebers lagen, und es könnte vielleicht überlegt werden, ob in der Frage der Neuzulassung zu Höheren Schulen, zum Universitätsstudium und zu den freien Berufen – selbst bei Zugrundelegung eines numerus clausus-Prinzips – nicht gewisse Milderungen der bestehenden Bestimmungen und ihrer Handhabung angebracht wären.

g) Selbständige Betätigungsgebiete der als Gruppe organisierten deutsch Judenschaft sollten sein

1. Pflege der religiösen Interessen und Erhaltung der religiösen Institutionen,
2. Schaffung und Erhaltung eines eigenen Schul- und Erziehungswesens,
3. Erhaltung und Ausbau eines eigenen Turn- und Sportwesens,
4. Wohlfahrtsarbeit, soziale und wirtschaftliche Fürsorge, Schaffung sozialpolitischer Einrichtungen für die Juden in Deutschland,
5. Beratung und Unterstützung der jüdischen Auswanderer.

Auf diesen Betätigungsgebieten sollte der deutschen Judenschaft weitgehende und vom Staate nicht nur anerkannte, sondern auch geförderte Autonomie unter Gewährung einer gewissen, dem Prozentsatz der jüdischen Steuerleistung entsprechenden finanziellen Hilfe eingeräumt werden. Hierdurch würde den deut-

[5] Am 7. April 1933 wurde das Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft von Hitler ausgefertigt und am 11. April verkündet. Ziel dieses Gesetzes war schließlich das Ausscheiden der jüdischen Rechtsanwälte aus der Rechtsanwaltschaft. Eine Verordnung vom 22. April 1933 unterband außerdem die Tätigkeit jüdischer Ärzte bei den Krankenkassen. Im Juni 1933 wurden diese Vorschriften dann auch auf Zahnärzte und Zahntechniker ausgeweitet. Nach dem Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 durften jüdische Schüler oder Studierende an keiner Schule stärker als bis 1,5 % der Gesamtzahl der Schüler und Studenten nicht übersteigen.

schen Juden in ihrem eigenen Bezirk ein gewisser Ausgleich für die Positionen geboten werden, die sie durch die Neugestaltung des Staats- und Volkslebens verloren haben.

h) Die Organisierung und Durchführung einer systematischen Auswanderung fast der Hälfte der deutschen Judenheit im Laufe der nächsten 10 Jahre hat zur Voraussetzung, dass Einrichtungen geschaffen werden können, die es ermöglichen, dass den auswandernden Juden ein gewisser Teil ihres Vermögens zwecks sofortiger Transferierung freigegeben und ihnen der Restbetrag in einem allmählichen, über mehrere Jahre sich erstreckenden Liquidationsprozess in ihrer neuen Heimat zur Verfügung gestellt wird. Es ist dabei klar, dass für die Realisierung eines solchen Liquidations- und Transferierungsplans ein Weg gefunden werden müsste, der die Devisenlage des deutschen Reiches berücksichtigt. Eine gewisse vorläufige Regelung der Frage, die aber den Bedürfnissen einer grossen Auswanderung kaum gerecht werden dürfte, ist durch den kürzlich veröffentlichten Runderlass des Reichswirtschaftsministers getroffen worden.[6] Inwieweit auf der Basis dieses Erlasses ein umfangreicher Liquidations- und Transferierungsplan ausgearbeitet werden könnte, wäre mit den in Frage kommenden Reichsstellen zu überlegen.

Ein derartiges Aktionsprogramm zur Lösung der deutschen Judenfrage, das also einerseits die Zahl der in Deutschland lebenden Juden im Laufe von 10 Jahren um 50 % vermindern, andererseits aber die in Deutschland verbleibenden Juden als organisierte Gruppe harmonisch in den neuen Staat eingliedern will, würde heute m. E. nicht nur die Zustimmung der deutschen Zionisten, sondern auch des weitaus grössten Teils der deutschen Judenheit finden. Es steht ausser Zweifel, dass nicht nur in der jüdischen Jugend Deutschlands, sondern auch im überwiegenden Teil der älteren Generation des deutschen Judentums ein geistiger Umschichtungsprozess zugunsten der zionistischen Auffassung der Judenfrage eingetreten ist. Sein Ergebnis wird sein, dass die Führung der deutschen Judenheit in der Hand derjenigen Gruppen liegen wird, die der Neugestaltung der Verhältnisse in Deutschland auf Grund ihrer eigenen Auffassung vom jüdischen Volkstum inneres Verständnis entgegenbringen und diese Neugestaltung als Realität betrachten.

Wenn die neue deutsche Staatsführung ihrerseits einem Aktionsprogramm, wie es hier skizziert wurde – es ist selbstverständlich, dass alle Punkte dieses Programms noch sorgfältiger Einzelberatung bedürfen – ihre offizielle Zustimmung erteilt und unter Heranziehung einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Führung der deutschen Judenschaft die Durchführung eines solchen Programms in Angriff nimmt, so kann m. E. kein Zweifel darüber bestehen, dass – von der

[6] Gemeint ist der Runderlass Nr. 54/33 des Reichswirtschaftsministers vom 28. August 1933, welcher das sogenannte *Haavara-Abkommen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und sämtlichen zionistischen Stellen aus Deutschland bzw. Palästina verkündete.

Opposition einiger Splittergruppen abgesehen – die ganze deutsche Judenheit zur Mitarbeit an einer solchen Lösung der deutschen Judenfrage bereit sein wird.

Was die Stellungnahme der Weltjudenheit zur Durchführung eines solchen Programms betrifft, so muss man sich klar darüber sein, dass ein derartiger Lösungsversuch der deutschen Judenfrage, wie er hier in Vorschlag gebracht wird, vermutlich zunächst keine einheitliche Zustimmung bei der Weltjudenheit finden wird. Man muss verstehen, dass insbesondere die Juden der westeuropäischen Länder und Amerikas, die im Besitze der vollen bürgerlichen und politischen individuellen Gleichberechtigung sind, von keinen anderen als den Grundbegriffen liberaler Staatsdoktrin ausgehen wollen. Andererseits werden die Judenheiten dieser Länder aber einsehen, dass die Judenfrage im neuen Deutschland, nachdem Deutschland für seinen eigenen Aufbau anstelle liberal-demokratischer Prinzipien neue Grundsätze proklamiert hat, eine Frage sui generis geworden ist. Es ist daher zu erwarten, dass in dem Masse, in dem die Durchführung des hier aufgezeigten Aktionsprogramms zu einer Beseitigung der Spannungen zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland führt, nicht nur die Protestbewegung der Weltjudenheit nachlassen wird, sondern dass es auch möglich sein wird, die für gewisse Teile des Programms, z. B. Auswanderungsaktion, erforderliche Mitarbeit der Weltjudenheit zu gewinnen.

13. September 1933.

II. Zionismus in der NS-Judenpolitik 1933–1938

[11] *Haavara-Transfer nach Palästina
28. August 1933; PA: Sonderreferat Wirtschaft-Finanzwesen 16 Palästina (Bd. 2): R117392.

Abschrift!

Der Reichswirtschaftsminister Berlin, den 28. August 1933
– Dev.I 38276 –

An
a) die Herren Präsidenten der Landesfinanzämter
als Stellen für Devisenbewirtschaftung (einschließlich der Abtlg.I A in Braunschweig
und in Lübeck),
b) die Zweigstelle für Devisenbewirtschaftung
Frankfurt/M., Finanzamt Ost, Frankfurt a.Main,
c) den Herrn Sonderbeauftragten des Landesfinanzamts
Köln als Stelle für Devisenbewirtschaftung,
Saarbrücken.

Runderlaß Nr. 54/33.

Betrifft: Auswanderung.

Im Anschluß an Runderlaß 29/33.

1.) Um die Abwanderung deutscher Juden nach Palästina weiterhin durch Zuteilung der erforderlichen Beträge ohne übermäßige Inanspruchnahme der Devisenbestände der Reichsbank zu fördern und gleichzeitig die deutsche Ausfuhr nach Palästina zu steigern,[1] ist mit den beteiligten jüdischen Stellen[2] ein Abkommen auf folgender Grundlage abgeschlossen worden:[3]

---

[1] Am 31. August 1933 drückte das Auswärtige Amt in Berlin in einer Mitteilung an das Deutsche Generalkonsulat in Jerusalem die Zuversicht aus, dass das *Haavara-Abkommen den internationalen Boykott gegen Deutschland neutralisieren würde.

[2] Unter anderem waren folgende jüdische Organisationen und Personen in die Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium im Sommer 1933 einbezogen: Sam *Cohen von Hanotaiah Ltd., Tel Aviv, ein privater Zitrusfruchteanbauer; Siegfried *Hoofien von der *Anglo-Palestine Bank, Tel Aviv; Arthur *Ruppin von der *Jewish Agency for Palestine; Siegfried *Moses und Georg *Landauer von der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

[3] Sam *Cohen war ein besonders eifriger Verfechter eines solchen Abkommens. Um Restriktionen der Brüning-Regierung aus dem Jahre 1931 zum Kapitalabfluss aus Deutschland zu umgehen, initiierte *Cohen im Spätherbst 1932 Verhandlungen mit der Deutschen Regierung, welche es deutschen

Auswanderern, denen die Auswandererberatungsstelle bestätigt, daß über den als Einreisegeld erforderlichen Mindestbetrag von 1000.–.– £P[4] hinaus weitere Beträge zur Gründung einer Existenz in Palästina erforderlich und angemessen sind, kann im Rahmen dieses Gutachtens für den RM 15 000,– übersteigenden Betrag die Genehmigung zur Einzahlung auf ein bei der Reichshauptbank errichtetes Sonderkonto I der Bank der Tempel-Gesellschaft (Bank of Temple Society Ltd.) zugunsten einer in Palästina zu errichtenden jüdischen Treuhandgesellschaft (bezw. bis zur Errichtung dieser Treuhandgesellschaft zugunsten der Anglo Palestine Bank Ltd.) erteilt werden. Das Sonderkonto I, für das zusammen mit dem weiter unten zu erwähnenden Sonderkonto II zunächst ein Gesamtbetrag von RM 3 Mill. vorgesehen ist, wird von der Tempelbank als Treuhandkonto für die genannte Jüdische Treuhandgesellschaft geführt. Aus dem Konto werden deutsche Warenlieferungen nach Palästina bezahlt. Den Auswanderern wird der Gegenwert ihrer Einzahlungen nach Maßgabe der aus dem Absatz der deutschen Waren in Palästina zur Verfügung stehenden Beträge durch die palästinensische Treuhandgesellschaft nach der Reihenfolge und dem Verhältnis der Einzahlungen auf dem Sonderkonto I untereinander in Palästina-Pfunden ausgezahlt. Zur Beratung der deutschen Juden in den sich auf diese Form des Kapitaltransfers nach Palästina beziehenden Fragen ist eine »Palästina Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden G.m.b.H.«[5], mit dem Sitz in Berlin, Friedrichstr. 218, gegründet worden. Ich ersuche, bei der Erteilung der Genehmigungen auf diese Stelle ausdrücklich hinzuweisen.

Für die Bank der Tempel-Gesellschaft ist bei der Reichshauptbank ferner ein Sonderkonto II eingerichtet worden. Auf Antrag können die Devisenbewirtschaftungsstellen deutschen Staatsangehörigen jüdischen Volkstums die zurzeit noch nicht auswandern, sich aber gleichwohl schon jetzt eine Heimstätte in Palästina schaffen wollen, die Genehmigung zur Einzahlung von Beträgen bis zu höchstens RM 50 000,– je Person auf diesem Konto (ebenfalls zugunsten einer in Palästina zu errichtenden jüdischen deutschen Treuhandgesellschaft bezw. bis zur Errichtung dieser Treuhandgesellschaft zugunsten der Anglo Palestine Bank Ltd.) erteilen. Das Sonderkonto II wird in gleicher Weise wie das Sonderkonto I zur Bezahlung deutscher Warenlieferungen nach Palästina verwendet mit der Besonderheit, daß über dieses Konto erst nach Auflösung des Sonderkontos I verfügt wird. Auch Auswanderern kann die Genehmigung zu Einzahlungen auf das Sonderkonto II für Beträge erteilt werden, die über die von der Auswandererbe-

---

Juden ermöglichen sollte, im Falle der Auswanderung nach Palästina einen Teil ihres Besitzes in deutschen Ausführungen mitzunehmen. Noch ein Antragsteller einer solchen Vereinbarung war Heinrich Wolff, der deutsche General-Konsul in Jerusalem (1932–1935). Wolff, der dem Zionismus sehr sympathisch gegenüber war, drängte das Auswärtige Amt ein Transfer-Abkommen mit den Zionisten zu schließen, als Mittel, um den internationalen Boykott gegen Deutschland zu neutralisieren.

[4] Ein £Pal. entsprach einem £Sterling oder RM 12,50.

[5] Auch als Paltreu bekannt.

ratungsstelle als angemessen anerkannten Summen hinausgehen, jedoch ebenfalls bis zu höchstens RM 50 000.– je Person (einschl. der in Devisen zugeteilten Beträge). Erwirbt eine Person, die ihren inländischen Wohnsitz noch nicht aufgegeben hat, infolge der Einzahlung auf Sonderkonto II durch Eingang entsprechender Warenzahlungen bei der Treuhandgesellschaft in Palästina dort ein Guthaben in Palästina-Pfunden, so ist dieses Guthaben nach den Grundsätzen der Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung der Reichsbank anzubieten. Die Reichsbank ist aber bereit, dem Pflichtigen diese Guthaben zunächst auf 6 Monate zu belassen und diese Frist auf Antrag und bei Vorlegung eines befürwortenden Gutachtens des Palästina-Amtes Berlin entsprechend zu verlängern. Will ein solcher Inländer über sein Guthaben zum Ankauf von Land in Palästina oder zu sonstigen Anlagen dort verfügen, so hat er die erforderliche Genehmigung bei der zuständigen Devisenbewirtschaftungsstelle unter Vorlage einer Bestätigung des Deutschen Generalkonsulats in Jerusalem über die ernsthafte Absicht der Anlage nachzusuchen. Für andere Zwecke als für Anlage in Palästina kann eine Genehmigung zur Verwendung des Guthabens nicht erteilt werden.

In den Fällen, in denen ich in den letzten Wochen Palästina-Auswanderern für Beträge, die RM 15 000.– überstiegen, wahlweise die Einzahlung auf ein Verrechnungskonto oder die Verbringung von Wertpapieren ins Ausland in Aussicht gestellt habe, ist nunmehr die Genehmigung zur Einzahlung auf das Sonderkonto I zu erteilen.

2.) Bei Auswanderungsvorhaben nach Ländern, mit denen für den Warenverkehr ein Verrechnungsabkommen der Notenbanken besteht, das unmittelbare Zahlungen ausschließt (zurzeit Dänemark, Estland, Lettland, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Türkei), ersuche ich, wenn nicht ein besonderes Interesse an einer beschleunigten Entscheidung besteht und es sich um geringfügige Beträge handelt, vor Erteilung der Genehmigung durch Rückfrage bei der zuständigen Reichsbankanstalt festzustellen, ob eine Überführung des Betrages durch Einzahlung auf das betreffende Girokonto bei der Reichsbank möglich ist, um nach Möglichkeit die Zuteilung von Devisen aus den Beständen der Reichsbank zu vermeiden. Da die Verrechnungsabkommen sich nur auf Warenzahlungen beziehen, bedarf eine solche Einzahlung stets der Zustimmung der beiden Notenbanken. Ist eine solche Einzahlung nicht möglich, so ist bei Auswanderungen nach einem Land mit Beschränkungen im Devisenverkehr grundsätzlich nur die Währung des Auswanderungslandes zuzuteilen. Bei Auswanderungen nach der Tschechoslowakei ist grundsätzlich nur die Genehmigung zur Zahlung auf das Spezialkonto der Tschechoslowakischen Nationalbank (Runderlaß 52/33) zu erteilen.

3.) In III,31 Abs. 1 Ri. ist die Erteilung von Sammelgenehmigungen zur Transferierung laufender Versorgungsbezüge, Rentenzahlungen und dergl. nur für den Fall vorgesehen, daß der Empfänger schon vor Inkrafttreten der Devisenverordnung im Ausland oder Saargebiet ansässig war. Ich habe keine Bedenken, daß

solche Genehmigungen auch Neuauswanderern erteilt werden, wenn die Übersiedlung nach dem Ausland durch besondere persönliche Umstände gerechtfertigt ist oder im deutschen Interesse liegt; diese Voraussetzung wird bei der Abwanderung von Nichtariern grundsätzlich zu bejahen sein. Die Anhörung der Auswandererberatungsstelle ist nicht erforderlich, wenn neben dem Rentenbezug eine Mitnahme von Kapitalbeträgen nicht beantragt wird. Bei der Prüfung, ob die Beträge einen angemessenen Umfang nicht übersteigen, wird zu berücksichtigen sein, ob dem Antragsteller ausländisches Einkommen aus anderen Quellen zur Verfügung steht. Für Bezugsberechtigte von Versorgungsbezügen aus öffentlichen Kassen gelten auch bei Neuauswanderung die Bestimmungen in III,31 Abs. 2 der Richtlinien.

Die Sammelgenehmigung wird grundsätzlich für einen Zeitraum von nicht mehr als 6 Monaten zu erteilen sein. Doch kann ihre Erneuerung für den Fall in Aussicht gestellt werden, daß auch nach Ablauf dieser Frist der Auswanderer sich nicht aus anderen ausländischen Einkommensquellen erhalten kann und die dann geltenden devisenrechtlichen Grundsätze einer Fortsetzung des Transfers nicht entgegenstehen.

4.) Auf wiederholte Anfragen bringe ich zur Kenntnis daß die in II,27 Ri. getroffene Anordnung, wonach die Sendung von Wertpapieren ins Ausland bei Abgabe des Ausländer-Affidavits zu genehmigen ist, für Auswanderer nicht gilt. Die Auswanderer müssen vielmehr den Wertpapierbesitz, den sie ins Ausland mitnehmen wollen, in ihrem Devisenausfuhrantrag angeben und sich auf den Betrag anrechnen lassen, der ihnen zur Existenzneugründung im Ausland freigegeben wird. Im übrigen gelten für die Behandlung der Wertpapierdepots von Auswanderern vom Zeitpunkt der Auswanderung ab die gleichen Grundsätze wie für die Sperrdepots von Ausländern (Ri. I 9 b).

5.) Nach der Erteilung der endgültigen Genehmigung an Auswanderer ersuche ich, an Hand des seitens des Auswanderers eingereichten Vermögensverzeichnisses die Banken, Hypothekenschuldner, Grundstücksverwalter usw. darüber zu unterrichten, daß der Antragsteller mit dem in der Mitteilung anzugebenden Ausreisezeitpunkt als Ausländer im Sinne der Devisengesetzgebung zu gelten hat.

Ich bemerke in diesem Zusammenhang, daß die zurückbleibenden Guthaben der Auswanderer vom Zeitpunkt der Ausreise ab als Altguthaben (§ 13 Abs. 3 Devisenverordnung; § 3 fünfte Durchführungsverordnung) anzusehen sind und den allgemeinen Grundsätzen für Altguthaben unterliegen.[6] Insbesondere gilt

[6] Laut der Abmachung wurden die blockierten Gelder deutscher Juden, die nach Palästina ausreisen wollten, auf ein spezielles Konto der Reichsbank eingezahlt. Importeure in Palästina, die deutsche Waren erwerben wollten, überwiesen den dafür fälligen Betrag in palästinensischen Pfund an die Anglo-Palestine Bank. Ungefähr die Hälfte des Betrages wurde dann an die Reichsbank in Deutschland überwiesen. Die Waren wurden von den blockierten Geldern der nach Palästina emigrierenden Juden in Deutschland in Reichsmark bezahlt. Die Emigranten wurden nach ihrer Ankunft in Palästina wiederum teilweise für ihre blockierten Vermögenswerte entschädigt. Diese Kompensation wurde

wegen der Freigabe zu Zahlungen im Inland Runderlaß 153/32 Abschn.II und wegen der Auflösung durch Zusatzexporte Runderlaß 44/33. Eine Auflösung durch Warenlieferungen in der Weise, daß der volle Rechnungsbetrag aus dem Guthaben gezahlt wird, kann nur im Rahmen der von der Auswandererberatungsstelle als angemessen bezeichneten Beträge gestattet werden. Sonst wird für Warenbezüge, die glaubhafterweise für den eigenen Betrieb des Auswanderers bestimmt sind, nach Runderlaß 153/32 Abschn.II,1 höchstfalls ein Anteil von 75 % der Rechnungsbeträge, zur Bezahlung von Warenbezügen Dritter oder von Warenbezügen, die der Auswanderer selbst für fremde Rechnung vornimmt, im Rahmen der allgemeinen Grundsätze für Zusatzexporte höchstfalls ein Anteil von 60 % der Rechnungsbeträge freigegeben werden können.

6.) Zur Vorbereitung der Anträge von Auswanderern, die im Ausland eigene Fabrikationsunternehmen gründen, oder Filialbetriebe oder Verkaufsstellen für deutsche Waren errichten wollen, ersuche ich in jedem Einzelfall die zuständige Industrie- und Handelskammer darüber zu hören, ob das beabsichtigte Vorhaben gleichzeitig im deutschen volkswirtschaftlichen Interesse liegt oder deutschen Interessen zuwiderläuft.

7.) Über die Grundsätze in Runderlaß 29/33 hinaus ermächtige ich die Devisenbewirtschaftungsstellen, in eigener Zuständigkeit zu entscheiden:

a) über Anträge von Auswanderern nach Palästina, bei denen neben der Barmitnahme von RM 15 000.– eine Einzahlung auf das Sonderkonto I oder II in Frage kommt (vgl. Ziff.1 diese Erlasses);

b) über Anträge auf Mitnahme von ärztlichen Instrumenten, Betriebseinrichtungen und dergl. und von Waren, ferner auf Bezahlung von Waren aus den zurückbleibenden Altguthaben, wenn die Waren oder sonstigen Gegenstände für den eigenen Betrieb oder Beruf im Ausland bestimmt sind, der daneben zu genehmigende Barbetrag RM 15 000.– nicht übersteigt und schließlich die Gesamtbewilligung sich im Rahmen der Befürwortung durch die Auswandererberatungsstelle hält.

8.) In meinem allgemeinen Erlaß – Dev.I 13747/33 – vom 3. April 1933 hatte ich wöchentlich Meldungen über die von den Devisenbewirtschaftungsstellen genehmigten Auswandereranträge angeordnet. Ich ersuche, diese wöchentlichen Meldungen letztmals für die Zeit vom 28. bis 31. August am 1. September 1933 und von da ab monatliche Meldungen nachträglich spätestens bis zum 5. jedes Monats für den vorangegangenen Kalendermonat (erstmals also zum 5. Oktober 1933 für den September 1933) zu erstatten. In die Meldung sind auch die auf meine Anweisung erteilten Genehmigungen einzubeziehen. Die Beträge sind

---

aus dem Restbetrag der Gelder gezahlt, die Importeure aus Palästina ursprünglich auf die Konten der *Anglo-Palestine Bank in Palästina eingezahlt hatten. Deutsch-jüdische Auswanderer nach Palästina konnten so den vom Britischen Mandat verhängten finanziellen Mindestanforderungen entsprechen. Ein Großteil der in Deutschland blockierten Gelder dieser Juden war aber verloren.

sämtlich in Reichsmark auszudrücken und nach Auswanderungsländern, ferner nach

a) Barmitnahme,

b) Einzahlung auf Verrechnungskonten (vgl. insbesondere Ziff. 1 und 2 dieses Erlasses),

c) sonstige Formen des Transfers (Mitnahme von Waren oder Wertpapieren, Zahlung aus zurückbleibenden Altguthaben zu trennen. Schließlich ist bei jeder Meldung in einem Gesamtbetrag anzugeben, wieviel von den genehmigten Beträgen mutmaßlich auf die Auswanderung von Nichtariern entfällt; zur Feststellung dieser letzteren Angaben sind besondere Ermittlungen bei den Antragstellern nach Möglichkeit zu vermeiden.

Im Auftrag
gez. Waldeck[7].

[7] Max Waldeck (1878–1970) war Jurist und Ministerialbeamter. Im Jahre 1933 war er Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsministerium und im Preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, später Leiter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung.

[12] Einheitliche Behandlung der zionistischen Bewegung durch das NS-Regime
4. September 1933; NSLA/W: 12 Neu 13 Nr. 16059.

Württ. Innenministerium
Württ. Politische Polizei

Stuttgart, den 4. Sept. 1933.

Nr. 3/1376/33 a.

Geheim!

An das
Reichsministerium des Innern
Berlin.
Betr.: Zionistische Organisationen.
Beil.: O.

Die besonders in letzter Zeit stark angewachsene Betätigung der zionistischen Organisationen veranlasst mich zwecks Sicherstellung der einheitlichen Behandlung im Reichsmaßstabe zu der Anfrage, welche generelle Stellungnahme dort gegenüber der von den zionistischen Kreisen entwickelten Tätigkeit eingenommen wird.

Der zionistische Gedanke wird nicht nur, wie seither, von der »*Zionistischen Vereinigung für Deutschland« und den ihr angeschlossenen Ortsgruppen getragen, sondern auch von denjenigen jüdischen Kreisen mitpropagiert, die ihm bislang scharf ablehnend gegenüberstanden, wie u. a. dem »Centralverein jüdischer Staatsbürger«[1] und den Israelitischen Gemeindevereinen. Es dürfte heute kaum mehr eine jüdische Organisation geben, die nicht wenigstens eine teilweis positive Einstellung zum Zionismus hat. Das Interesse innerhalb der jüdischen Bevölkerungskreise am Zionismus scheint, ebenso wie im Reich, nach den hier gemachten Beobachtungen in einem solchen Umfang gewachsen zu sein, dass der zionistische Gedanke etwa an gleicher Stelle steht, wie sie der Assimilations- und »Staatsbürger- und Gleichheits«-Gedanke bisher innerhalb des offiziellen deutschen Judentums eingenommen hat. Insbesondere die junge jüdische Generation scheint sich dem zionistischen Gedanken restlos auf- und angeschlossen zu haben.

Die Formen, unter denen der Zionismus nach aussen zum Ausdruck kommt, sind verschieden. Zahlreiche Vorträge und Versammlungen, Berichte der speziell für jüdische Kreise bestimmten Presse, Broschürenveröffentlichung und Rundbriefe legen Zeugnis davon ab. In Württemberg haben in den letzten Monaten zionistische Versammlungen nicht nur in Stuttgart, u. a. mit einem Vortrag von Enzo *Sireni, sondern auch in einer Reihe von kleineren Städten, die

[1] Hier ist eigentlich der *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gemeint.

mehr oder weniger starke jüdische Besetzung aufweisen, wie Göppingen, Esslingen, stattgefunden. In Stuttgart ist vor Kurzem eine »Arbeitsgemeinschaft Stuttgarter jüdischer Jugendbünde für Berufsumschichtung« gegründet worden, in der die 6 Vereine des jüdischen Jugendringes zusammengeschlossen sind. Die wichtigsten sind: der »Berthold Auerbach-Verein«, der jüdische Pfadfinderbund Deutschlands, Ortsgruppe Stuttgart, die Jugendsportabteilung des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, und die Zionistische Jugendgruppe Brith Habonim. Die Arbeitsgemeinschaft bezeichnet als ihre Hauptaufgaben: Die Vorbereitung auf landwirtschaftliche und handwerkliche Berufe, besonders im Hinblick auf die Palästinaeinwanderung (»*Hachscharach«-Arbeit), Beschaffung geeigneter Lehrstellen, die Erziehung für das jüdische Leben in Palästina, Erlernung der hebräischen Sprache und palästinakundliche Kurse. Alle Bestrebungen sollen unter enger Anlehnung an die Hauptstelle »*Hechaluz« in Berlin erfolgen, die Zertifikate über die erfolgte Ausbildung, die Vorbedingung zur Ansiedlung in Palästina sein, erteile.

Neben dem lebhaften Interesse, das, abgesehen von dem zionistischen Zentralorgan »*Jüdische Rundschau«, die offiziellen jüdischen Blätter, wie *C. V.-Zeitung, die Gemeindeblätter der Israelitischen Gemeinden, der zionistischen Frage unter immer mehr sich vermindernder Kritik entgegenbringen, hat sich ein lebhafter Verkehr mittelst Rundschreiben der zionistischen Ortsgruppen, Jugendbünde usw. entwickelt. Auch konnte in vielen Fällen eine lebhafte briefliche Erörterung der einschlägigen Fragen von Person zu Person beobachtet werden, wie auch eine umfangreiche Versendung von Broschüren festzustellen war. Dieser gesamte Mitteilungsverkehr durch Zeitungen, Rundbriefe, Broschüren usw. hat sich sowohl zwischen Deutschen wie auch ausländischen zionistischen Organisationen, ihren Mitgliedern und anderen interessierten Personen ausgebildet.

Die seitherige Haltung und Praxis der politischen Behörden gegenüber der Zionistischen Bewegung beschränkte sich im grossen Ganzen auf eine allgemeine Beobachtung der Betätigung der Organisationen. Soweit öffentliche Vorträge stattfanden, die ordnungsmässig angemeldet und genehmigt werden mussten, konnten die überwachenden Beamten im allgemeinen eine korrekte Haltung der Redner feststellen. Auf die Berührung politischer Punkte wurde verzichtet und auch in den rein zionistischen Fragen wurde eine gewisse massvolle Form der Darstellung eingehalten. Eine vom jüdischen Standpunkt aus gefühlsmässig schärfere Betrachtung kommt in den Presseberichten, in den Rundschreiben und Broschüren zum Ausdruck, die die besondere gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage der deutschen Judenschaft häufig in einer an offensive Haltung grenzenden Formulierung kundgeben, die, falls sie in der allgemeinen Presse den nichtjüdischen Kreisen der Bevölkerung nahegebracht würde, politisch nicht unbedenklich sein dürfte.

Wie bereits berührt wurde, steht die Frage der jüdischen Emigration, besonders nach Palästina im Vordergrund der Erörterungen der jüdischen Kreise. An-

lässlich des im August ds. Js. stattgefundenen 18. Zionistenkongresses in Prag, in dessen Tagungsprogramm die deutsche jüdische Frage einen sehr grossen Raum einnahm, ist von den zionistischen Hauptführern ausgesprochen worden, dass eine Lösung der deutschen Judenfrage im Sinne des Zionismus in grosszügiger und wirksamer Weise nur in Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung gelöst werden könne.

Ich setze voraus, dass seitens der deutschen Staatsführung dem *Grundsatz nach* der Betätigung der zionistischen Organisationen kein Hindernis in den Weg gelegt werden soll, sofern sie sich lediglich im Rahmen der von diesen Kreisen selbst gestellten Aufgabe und unter strikter Vermeidung der Berührung politischer Belange vollzieht. Bei der Vielheit der sich mit zionistischen Zielen befassenden Gruppen und Vereinigungen bietet allerdings eine Überwachung der Betätigung, die in dem umrissenen Rahmen zu erfolgen hätte, gewisse praktische Schwierigkeiten.[2]

Ich gestatte mir deshalb neben der Mitteilung allgemeiner Richtlinien betreffend die Stellungnahme gegenüber der Betätigung der zionistischen Kreise auch um die Benennung derjenigen jüdischen und zionistischen Organisationen ergebenst zu bitten, die seitens der Reichsregierung als autorisiert und als für politisch gefahrlose Betätigung geeignet gelten können. Für baldgefl. Stellungnahme wäre ich besonders dankbar.

(gez.) Dr. Mattheiss.

[2] Eine der praktischen Schwierigkeiten war der vermehrte Gebrauch der hebräischen Sprache während zionistischer Veranstaltungen. Mit einigen Ausnahmen hat die Gestapo im April 1936 Hebräisch bei zionistischen Veranstaltungen verboten.

[13] Polizeiliche Überwachung der Zionisten

15. September 1933; GLA/K: 357-29914.

Badisches
Landeskriminalpolizeiamt
Geheimes Staatspolizeiamt
Karl-Friedrich-Straße 15

Karlsruhe i.B., den 15. Sept. 1933

Fernsprecher »Zionismus«
6090, 6091,6092, 6093, 6094, 6095

Nr. 13040

An das
Bezirksamt
Karlsruhe.

I. An die Landeskriminalpolizeistellen – Geheime Staatspolizei und die Bezirksämter mit Geheimer Staatspolizei.

Bis zum 1. Oktober 1933 ist zu berichten, was im dortigen Bezirk über die Tätigkeit des Zionismus in den letzten Monaten beobachtet wurde.
Insbesondere ist zu ermitteln, ob neben den eigentlichen zionistischen Organisationen auch in den jüdischen Kultusgemeinden und in Organisationen, welche wie der »Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« den Assimilationsgedanken (Aufgehen der Juden im Wirtsvolk) vertreten haben, der zionistische Gedanke propagiert wird, und welchen Widerhall diese Propaganda findet. Ferner ist den Formen der zionistischen Propaganda (Zeitungen, sonstige Druckschriften, Vorträge) ein besonderes Augenmerk zu widmen, da die Gefahr besteht, dass hierbei die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage der Juden in einer Weise tendenziös entstellt geschildert wird, die den Belangen des deutschen Reiches widerspricht. Es ist ausserdem von Interesse, ob und in welchen Formen unmittelbare Vorbereitungsarbeit für die Auswanderung nach Palästina geleistet wird (Beschaffung von Geldmitteln, Umschulung Intellektueller auf gewerbliche und wirtschaftliche Berufe.)

II. Nachricht hiervon, mit dem Ersuchen um entsprechende Ermittlungen für den dortigen Bezirk. Die Ermittlungen für den Bereich der Städte Karlsruhe und Durlach erfolgen von hier aus.

I. V.

[14] Umschulungslager in der NS-Auswanderungspolitik
17. September 1933; BLHA: Rep. 2A Regierung Potsdam I Pol Nr. 1171.

Landrat des Kreises Zauch-Belzig.

Belzig, den 17. September 1933.

Tgb. L. 7786

Urschriftlich mit 2 Anlagen

dem
Herrn Regierungspräsidenten in *Potsdam* zurückgereicht.

Das jüdische Umschulungslager »*Hechaluz« ist bereits Gegenstand eingehender Ermittlungen gewesen[1] Eine vorgenommene unvermutete Durchsuchung hat zwar zur Beschlagnahme von Schriften geführt, die durchaus marxistische Tendenz haben,[2] aber trotzdem halte ich es für zweckmäßiger, das Lager nicht aufzulösen, solange die Mitglieder des »*Hechaluz« sich nicht nach außen staatsfeindlich betätigen. Die Organisation wird auch an anderen Orten im Staatsinteresse stillschweigend geduldet, da nach den Zielen der Organisation eine baldige Abwanderung der einzelnen Mitglieder nach Palästina zu erwarten ist.

Durch laufende Überwachung der Insassen des Umschulungslagers werde ich darüber wachen, daß eine politische Betätigung nach außen unterbleibt.

Die Eingabe des Lagerleiters des Arbeitsdienstlagers ist gegenstandslos geworden, da das Arbeitsdienstlager inzwischen aufgelöst worden ist.

Die Staatspolizeistelle Potsdam ist von mir über das jüdische Umschulungslager unterrichtet worden.

I. V.

---

[1] In den 30er Jahren betrieb die *Hechaluz-Bewegung etwa 40 Umschulungslager in Deutschland.

[2] Das Programm des *Hechaluz hat die Verbindung mit der Arbeiterschaft in Palästina sowie die Verwirklichung einer neuen Gesellschaft durch gemeinschaftliche Siedlung eingeschlossen.

[15] Beschäftigung von jüdischen Landwirtschaftsgehilfen
31. Januar 1934; USHMM: 11.001M.01, 2-173.

Geheim!

Der Regierungs-Präsident, Frankfurt a.O., den 31. Januar 1934
I L. 9/34 L.

Betrifft: Beschäftigung von jüdischen Landwirtschaftsgehilfen
Ohne Erlaß.
Berichterstatter: Regierungsrat Dr. Frhr. Von Rosenberg
Mitberichterstatter: Staatsanwaltschaftsrat *Möbus

In letzter Zeit haben sich in einzelnen Kreisen des Bezirks Gruppen von 5–10 und auch mehr Personen jüdischen Glaubens gezeigt, die sich bemühen, bei Landwirten gegen Entrichtung einer monatlichen Entschädigung in Höhe von 30–60 Reichsmark unterzukommen, um sich angeblich als Wirtschaftseleven weiter auszubilden und, was besonders bemerkenswert ist, hebräische Sprachstudien zu treiben, bezw. sich gegenseitig in dieser Sprache fortzubilden. Zu diesem Zwecke soll in Aussicht genommen sein, an möglichst vielen Orten solche Studiengruppen unterzubringen. Die Überweisung der Landwirtschaftseleven in die einzelnen Betriebe erfolgt durch einen angeblich *staatlich anerkannten* Landesverband »*Hechaluz« in Berlin W.15, Meinecksstraße 10. Der Landesverband bezahlt den Landwirten für jeden jüdischen Landwirtschaftseleven eine Beschäftigungsgebühr in der oben erwähnten Höhe. Als eigentlichen Grund für die Beschäftigung der jungen Leute bei christlichen Landwirten wird die beabsichtigte Auswanderung nach Palästina angegeben. Die in Palästina zuständigen Behörden hätten als Vorbedingung ihrer Einwanderung den Nachweis gefordert, daß sie in allen Zweigen der Land- und Forstwirtschaft erfahren und in der Lage sein müßten, bei ihrer Einwanderung selbst Ackerbau und Viehzucht zu betreiben. Im allgemeinen scheinen die Landwirte einer Aufnahme solcher Wirtschaftseleven nicht abgeneigt zu sein, weil sie ihnen neben einer kleinen Arbeitshilfe noch einen nicht unerheblichen geldlichen Vorteil bringt.

Wie ich durch Umfrage festgestellt habe, sind in den Kreisen Arnswalde, Königsberg Nm., Soldin, Ost- und Weststernberg, Calau, Spremberg, Lübben und Luckau die Beschäftigung jüdischer Personen bei christlichen Landwirten nicht beobachtet worden. Dagegen haben mir alle anderen Kreise das Vorhandensein solcher Gruppen und ähnlicher Einrichtungen bestätigt.

Nach den vorliegenden Berichten sind in der Gemeinde Merke, Kreis Guben, fünf, in Sommerfeld, Kreis Crossen/Oder, ebenfalls fünf, in Heinersdorf, Kreis Landsberg a/W., vier, in Altkarbe, Kreis Friedeberg Nm., sechs und in Dragebruch, Kreis Friedeberg Nm., fünfzehn jüdische Wirtschaftsgehilfen vorhan-

den. Außerdem sind im Kreise Sorau und zwar in der Gemeinde Drehne zwei jüdische Personen untergebracht. Diese sind aber nicht wie sonst vom Landesverband »*Hechaluz« sondern von der »Israelitischen Gemeinde« in Mannheim, M.6.12. vermittelt worden. Ferner ist in der Gemeinde Jüritz, Kreis Sorau, die Unterbringung von weiteren sechs jüdischen Wirtschaftsgehilfen beabsichtigt. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Dörfer Drehne und Jüritz unmittelbar nebeneinander liegen.

Etwas anders liegen die Verhältnisse in den Kreisen Lebus und Cottbus.

Im Kreise Lebus befindet sich das jüdische Landwerk bei Neuendorf im Sande, daß die jüdische Arbeitshilfe, Gemeinnütziger Verein zur Errichtung jüdischer Wanderarbeitsstätten und Arbeiterkolonien e.V. Berlin, Kantstr. 158, auf mehrere Jahre gepachtet hat. Die Insassen, z.Zt. etwa 90 Personen im Alter von 16 bis 35 Jahren, sind arbeitslos und gehören allen Berufen an. Sie werden in der Landwirtschaft, Viehzucht und Gartenbau ausgebildet, die Ausbildungszeit dauert in der Regel ein Jahr. Während die bemittelten Juden hier ein Verpflegungs- bezw. Ausbildungsgeld von 45 bis 50 Reichsmark im Monat an die Verwaltung zahlen, erhalten die unbemittelten Juden Zuschüsse von der jüdischen Gemeinde in Berlin, Oranienburgerstraße 31, und zwar ebenfalls 45 bis 50 Reichsmark, hiervon erhalten sie noch täglich 0,50 RM Taschengeld. In dem vorliegenden Falle scheint in der Tat eine Einrichtung vorzuliegen, die den betreffenden Juden die Auswanderung nach Möglichkeit erleichtert. Diese Tatsache wird dadurch bewiesen, daß der Landrat des Kreises Lebus tatsächlich schon mehrere Pässe zur Auswanderung nach Palästina für Juden aus Neuendorf i. S. erteilt hat.

In der Judensiedlung in Großgaglow, Kreis Cottbus, werden z.Zt. 30 jüdische Studenten durch den Diplom-Landwirt Friedrich Perlstein – Schloß Großgaglow – in der Landwirtschaft ausgebildet. Die beschäftigten Studenten sind zum Teil von der Centrale jüdischer Wirtschaftsgehilfen Berlin und von der jüdischen Landarbeit Berlin nach Großgaglow überwiesen worden. Nach Angabe des Perlstein ist keiner dabei, der von dem Landesverband *Hechaluz geschickt worden ist. Ob und wieweit die genannten Juden dem genannten Landesverband nahestehen, war nicht festzustellen.

Die Unterbringung von weiteren jüdischen Wirtschaftsgehilfen in anderen Orten der Kreise Lebus und Cottbus ist nicht bekannt geworden.

Da mir bereits mehrere Anträge auf Beschäftigung von jungen Juden vorliegen, bitte ich um Weisung, ob diesen Anträgen stattgegeben werden darf oder ob die Ausbildung der Juden stillschweigend geduldet werden kann. Gleichzeitig wäre mir eine Mitteilung erwünscht, ob die Angaben über den Landesverband »*Hechaluz« als staatlich anerkannten Verband zutreffen.

Wenn auch die jüdischen Wirtschaftsgehilfen im allgemeinen nur ein Jahr in der Landwirtschaft tätig sein sollen, um auf Grund dieses Nachweises die Genehmigung zur Einwanderung nach Palästina zu erhalten, erscheint mir die systematische Verteilung von Juden auf das Land sehr bedenklich, zumal durch Erwecken

von Mitleids unter der ländlichen Bevölkerung eine sehr rege Propaganda für ihre Zwecke einsetzen kann, die m. E. unbedingt verhindert werden muß. Vom polizeilichen Standpunkt aus sind ebenfalls nicht unerhebliche Bedenken geltend zu machen. Die Tatsache, daß in einem kleinen Ort wie Dragebruch, Kreis Friedeberg Nm., nicht weniger als 15 Juden untergebracht sind, ist geeignet, Unruhe in die zu 95 % nationalsozialistisch eingestellte Bevölkerung zu tragen. Weitere mir zugetragene Verdächtigungen werden zur Zeit noch geprüft. Über das Ergebnis werde ich Bericht erstatten, sofern ein wichtigerer Anlaß hierzu gegeben ist.

Abschrift dieses Berichts habe ich auch dem Herrn Ministerpräsidenten, Geheime Staatspolizei, überreicht.

An den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten – Geheime Staatspolizei – Berlin,
An den Herrn Preußischen Landwirtschaftsminister in Berlin.

Abschrift überreiche ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.
gez. Dr. Eichler

[16] Umschulung von Juden zu Landwirten und Handwerkern
26. Februar 1934; USHMM: 11.001M.01, 3-178.

Der Reichsminister
für Ernährung und Landwirtschaft

Berlin W 8, den 26. Februar 1934

Geschäftszeichen: IV-5-656

An
das Geheime Staatspolizeiamt,
Berlin,

Betrifft: Umschulung von berufsfremden Juden zu Landwirten und Handwerkern

Auf das Schreiben vom 13. Februar 1934 – II F 258/0.U.4./34 –

Gegen die beabsichtigte Regelung in der Frage der Umschulung von berufsfremden Juden zu Landwirten und Handwerkern habe ich in jeder Beziehung erhebliche Bedenken.

Wiederholt ist bei mir Klage darüber geführt worden, daß die Beschäftigung von städtischen Arbeitskräften auf dem Lande als Landhelfer zur Verschleppung ansteckender Krankheiten, u. a. auch der Syphilis, von der Stadt aufs Land geführt hat. Der Herr Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat bereits Veranlassung genommen, die nachgeordneten Dienststellen anzuweisen, nur solche Landhelfer zu vermitteln, die ein ärztliches Gesundheitszeugnis vorlegen. Zu dieser gesundheitlichen Gefährdung der Landbevölkerung durch städtische Arbeitskräfte würden im Falle eines größeren Zuzuges berufsfremder Juden aufs Land noch erheblichere Gefahren für die Reinerhaltung der Rasse hinzukommen. Der bezahlte Barzuschuß von 30–60 RM und die Aussicht auf eine fast kostenlose Arbeitskraft wird manchen Landwirten, die sich in besonders schlechter wirtschaftlicher Lage befinden, einen gewissen Anreiz bieten, derartige Arbeitskräfte einzustellen. Angesichts der geringen Ablenkungsmöglichkeiten auf dem Lande, der engen häuslichen Gemeinschaft der Dorfbewohner und der häufig beschränkten Wohnungsverhältnisse darf trotz der Abneigung der Landbevölkerung gegen die jüdische Rasse die Gefahr der Blutsvermischung nicht unterschätzt werden.

Auch die Umschulung jüdischer Arbeitskräfte in geschlossenen Lagern vermag diese Gefahr nicht auszuräumen. Es ist auf die Dauer nicht zu verhindern, daß die Insassen der Lager die benachbarten Dörfer besuchen, Beziehungen anknüpfen, Handelsgeschäfte betreiben, in den Wirtshäusern verkehren, Tanzvergnügen besuchen usw.

Ich bitte deshalb dringend, diese unter dem Deckmantel der Umschulung auf Rassenvergiftung zielenden jüdischen Bestrebungen nicht nur im Einzelfall, sondern grundsätzlich auf jeden Fall zu unterbinden.
Der Herr Reichsarbeitsminister und der Herr Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung haben Abschrift erhalten.
Von Ihrer Entschließung bitte ich, mir Kenntnis zu geben.

In Vertretung
gez. *Backe

[17] Landwirtschaftliche Umschulung von Juden
13. Juni 1934; USHMM: 11.001M.01, 3-178.

Der Reichsminister des Innern Berlin, den 13. Juni 1934

Nr. IV 5012/11.5.

An
den Herrn Reichsminister für Ernährung
und Landwirtschaft

Betrifft: Landwirtschaftliche Umschulung von Juden

Ihr Schreiben vom 5. Mai 1934 – IV/5. 1589 –.

Zu den in Ihrem Schreiben an das Geheime Staatspolizeiamt vom 27. Februar 1934 – IV/5. 656 – erörteten Fragen bemerke ich ergebenst folgendes:

Wenn die Judenfrage bereinigt werden soll, sollte kein Weg von vornherein versperrt werden, der geeignet ist, die Auswanderung der in Deutschland lebenden Juden zu fördern. Es ist dem Ansehen der Reichsregierung im In- und Auslande nicht zuträglich, wenn sie einerseits erklärt, durch die Ariergesetzgebung habe nur der unerträgliche Einfluß der Juden auf die Leitung des Staates und auf das deutsche Kulturleben gebrochen werden sollen, es könne im übrigen jeder Jude ungehindert seinem Erwerbe nachgehen, und wenn dann anderseits Juden oder Judenstämmlinge durch die Staatsorganisationen von der Erlernung und Ausübung fast jeden Berufs abgedrängt werden. Noch weniger aber schiene es mir tragbar zu sein, wenn die Reichsregierung ebenfalls diesen Weg beschritte.

Bei der vorliegenden Frage kommt noch folgendes hinzu: Die bekannte geringe Neigung der Juden zu körperlichen, insbesondere landwirtschaftlichen Arbeiten ist ihnen mit Recht immer wieder vorgeworfen worden. Diese auch von einsichtigen Juden selbst zugegebene Tatsache ist aber gleichzeitig ein Hindernis für die angestrebte Auswanderung, da die akademischen und sonstigen durch geistige Arbeit zu erfüllenden Berufe in allen Zielländern der Auswanderung schon jetzt hoffnungslos überfüllt sind. Es ist daher nicht nur begreiflich, sondern vom Standpunkt der deutschen Regierung aus auch zu begrüßen, wenn jetzt die Juden in Deutschland ernstlich daran gehen wollen, ihre vorwiegend intellektuell eingestellten Volksgenossen auf die einzig noch Erfolg verpsrechende landwirtschaftliche Arbeit umzuschulen. Je eher und tatkräftiger dieser Plan verwirklicht wird, umso besser ist es für beide Teile. Wollte die Regierung fordern, daß die Umschulung in das Ausland verlegt wird, so würde damit der Plan auf absehbare Zeit hinaus gescheitert sein. Daß die Juden nach der Umschulung nicht auswandern, sondern als Landwirte innerhalb des Deutschan Reichs zu verbleiben

beabsichtigen sollten, ist nach der im neuen Staat geschaffenen Lage nicht zu befürchten.

Eine grundsätzliche Ablehnung des Planes würde überdies mit aller Bestimmtheit der Weltpropaganda gegen Deutschland neue und in diesem Falle berechtigte Nahrung geben, da es nicht verstanden würde, wenn den Juden zwar der Vorwurf eines einseitigen Intellektualismus gemacht, aber ihnen dennoch der erste ernste Versuch, aus *eigenen* Mitteln und in Erkenntnis der Richtigkeit des Vorwurfs sich umzustellen, verboten würde. Nicht zu unterschätzen dürften auch die nicht unmittelbar praktischen Folgen der Umschulung sein; ich erwarte hiervon eine gewisse Entspannung der vorläufig noch durchaus nicht einem wünschenswerten Endzustande zugeführten Judenfrage innerhalb Deutschlands. Es wäre m. E. nicht zu verantworten, wenn ein auch für die Regierung so brauchbares Ventil für die vorhandenen Spannungen nicht geöffnet würde.

Von den zwei Wegen, die für die Ausführung des Planes offenstehen, halte ich in Übereinstimmung mit Ihnen die Einzelausbildung nicht für angebracht. Dagegen scheinen mir ebenso wie dem Geheimen Staatspolizeiamt keine ernstlichen Bedenken gegen die Umschulung in geschlossenen Lagern zu bestehen. Die von Ihnen auch bei dieser Lösung befürchteten nachteiligen Folgen könnten meines Ermessens verhindert werden, wenn nötig durch Anwendung staatlicher Machtmittel. Auch scheint mir diese Gefahr infolge der fortgesetzten Aufklärung der Bevölkerung nicht mehr so erheblich zu sein, wie sie noch vor wenigen Jahren gewesen wäre. Schließlich wird zu diesem Punkt noch zu berücksichtigen sein, daß die von Ihnen angedeuteten Gefahren schon jetzt bestehen und zwar in wesentlich größerem Umgange. Die für die Umschulungslager vorgesehenen Juden stellen nicht einen neuen Zuzug von außerhalb dar, sondern leben schon jetzt in Deutschland, und zwar zwangsweise unbeschäftigt. Sie haben daher gegenwärtig weit mehr Gelegenheit und Anreiz, sich schädlich zu betätigen, als wenn sie in geschlossenen Lagern, durch anstrengende körperliche Arbeit abgelenkt und ermüdet, und mit der Aussicht auf einen Ausweg aus ihrer bisherigen Lage ihre Tage bis zur Auswanderung zubringen.

Ich beabsichtige daher, dem Plan der landwirtschaftlichen Umschulung in Lagern näherzutreten und wäre für baldige Mitteilung Ihrer Stellungnahme zu meinen Ausführungen dankbar.

Durchschlag meines Schreibens füge ich bei.

In Vertretung
gez. *Pfundtner

[18] Die Gestapo und der zionistische Jugendbund »*Werkleute«
12. Oktober 1934; GLA/K: 357-29914.

Geheimes Staatspolizeiamt

Karlsruhe i.B., den 12. Oktober 1934.
Karl-Friedrich-Straße 15
Fernruf Nr. 6090/6095

Zionistischer Jugendbund »*Werkleute«.

An das Bezirksamt
Hier

I. An die Zionistische Ortsgruppe Karlsruhe
– Auf Schreiben vom 10. X. 34 –

Gegen die von dem obengenannten Jugendbund veranstaltete Treffahrt, die in der Zeit vom 19. bis 21. 10. 34 im jüdischen Jugendheim in Grünwettersbach stattfindet, werden keine Einwendungen erhoben. Es werden jedoch folgende Bedingungen gemacht:

1. Die Teilnehmer dürfen keinerlei Uniform, insbesondere auch keine Schulterriemen tragen,
2. die Teilnehmer dürfen nicht in geschlossener Ordnung auftreten, noch Banner oder Wimpel führen,
3. jede Störung der Sonntagsruhe ist zu vermeiden.

II. Nachricht hiervon zur Kenntnisnahme.

I. V.

[19] Die Gestapo und jüdische Versammlungen
10. Februar 1935; BLHA: Rep. 41 Amtsbezirk Caputh Nr. 14.

Abschrift.

Geheimes Staatspolizeiamt Berlin, den 10. Februar 1935.
II.1.B.2.-60934/J.191/35.

An alle Staatspolizeistellen.

Betrifft: Jüdische Versammlungen.

In letzter Zeit mehrt sich die Zahl der Vorträge in jüdischen Organisationen, in denen Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland getrieben wird. Da ohnehin die Versammlungstätigkeit der Juden derart rege ist, dass eine ordnungsmässige Überwachung nicht gewährleistet ist, ordne ich mit sofortiger Wirkung an, dass sämtliche jüdischen Versammlungen, soweit in ihnen Propaganda für das Verbleiben in Deutschland gemacht werden soll, bis auf weiteres zu verbieten sind.

gez. *Heydrich

[20] Ausbildung von Juden im Handwerk
18. Februar 1935; StA/H: Best.522-1 Jüdische Gemeinden Nr. 991a.

Abschrift

Der Reichswirtschaftsminister
und
Preußische Minister
für Wirtschaft und Arbeit.
V 10981/34

Berlin W 8, den 18. Febr. 1935
Behrenstraße 43

An
a) den Reichs- und Preußischen Minister
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung,
b) die Länderregierungen (außer Preußen)
c) die Deutschen Handwerks-(Gewerbe-)Kammern,
d) den Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag.

Betrifft: *Kurse zur Ausbildung von Juden im Handwerk.*

Wie der Reichs- und Preußische Minister des Innern mir mitteilt, hält er es nicht für angebracht, die Abhaltung von handwerklichen Unterrichtskursen für auswanderungswillige Juden zu verhindern oder zu erschweren, da jede Maßnahme zu begrüßen ist, die die Auswanderung der Juden fördert. Der bei einem Verbleib einzelner handwerksmäßig ausgebildeter Juden im Inlande befürchteten Schwarzarbeit dürfte durch polizeiliche Maßnahmen wirksam begegnet werden können. Der in solchen Fällen etwa beabsichtigten selbständigen Ausübung eines Handwerks als stehendes Gewerbe stehen die Vorschriften der Dritten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom 18. Januar 1935, RGBl.I S. 15, entgegen.

Im Auftrag
gez. Dr. Wienbeck.[1]
Beglaubigt
(gez.) Falkenthal
Assistent.

(L. S.)

[1] Erich Wienbeck (1876–1949) war 1933 Ministerialdirektor im Preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und 1935–1938 im Reichswirtschaftsministerium tätig.

[21] Staatszionistische Jugendgruppen und das Tragen von Uniformen

13. April 1935; BArch: Schumacher Sammlung, 240/I.

Bayerische Politische Polizei. München, den 13. April 1935.
B.Nr. 17929/35 I 1 B.

Vertraulich!

An alle Polizeidirektionen,
Staatspolizeiämter,
Bezirksämter,
Bezirksamtsaußenstellen,
Stadtkommissäre,
nachr. an die Kreisregierungen.

Betreff: Uniform der Jugendgruppen der Staatszionisten.

Der *Staatszionistischen Organisation wurde ausnahmsweise und stets widerruflich die Genehmigung erteilt, den Mitgliedern ihrer Jugendgruppen »*Nationale Jugend Herzlia« und »Brith Haschomrim«[1] das Tragen von Uniformen in geschlossenen Räumen zu gestatten.

Die Genehmigung wurde in Abweichung von der Entschliessung vom 19. XII.1934, B.Nr. 36420/34 I 1 B., mit der den Angehörigen der jüdischen Jugendverbände das Tragen von Uniformen und uniformähnlichen Kleidungsstücken verboten wurde, erteilt, weil die Staatszionisten sich als diejenige Organisation erwiesen haben, die auf jede auch illegale Weise versucht hat, ihre Mitglieder nach Palästina zu schaffen und die durch ihre ernstlich auf Abwanderung gerichtete Tätigkeit der Absicht der Reichsregierung, die Juden aus Deutschland zu entfernen, entgegenkommt. Die Möglichkeit, eine Uniform tragen zu können, soll den Angehörigen der deutsch-jüdischen Jugendorganisationen einen Anreiz geben, den Staatszionistischen Jugendgruppen beizutreten, in denen sie vermehrt zur Abwanderung nach Palästina angehalten werden.

Um eine Beunruhigung der Bevölkerung zu vermeiden, ist die Erlaubnis ausdrücklich nur für geschlossene Räume mit der Maßgabe erteilt worden, daß die Uniform nicht außerhalb der Versammlungs- und Tagungslokale, insbesondere auch *nicht* unter der Zivilkleidung, getragen werden darf.

---

[1] »Brith Haschomrim« war die revisionistisch-zionistische Jugendorganisation, die sich mit der Berufsumschichtung jüdischer Jugendlicher als Vorbereitung für ihre Auswanderung nach Palästina befasste.

Es ist bis zum 15. Juli 1935 zu berichten, welche Erfahrungen in dieser Hinsicht bei den örtlichen Dienststellen gemacht worden sind.

I. A.
gez. Brunner.

[22] Versammlungstätigkeit der jüdischen Organisationen
21. Juni 1935; StA/M: Gestapo-Leitstelle München, 62.

Bayerische Politische Polizei München, den 21. Juni 1935.
B.Nr. 18742/2/35 I 1 B.

An alle Polizeidirektionen,
Staatspolizeiämter,
Bezirksämter,
Bezirksamtsaußenstellen,
Stadtkommissäre,
nachr. an die Kreisregierungen.

Betreff: Versammlungstätigkeit der Juden.

In letzter Zeit ist eine erhebliche Steigerung der Tätigkeit der sogen. deutsch-jüdischen Organisationen (Assimilanten) beobachtet worden. Veranlassung hierzu gab ihnen insbesondere die Wehrgesetzgebung, bei der sie eine Gelegenheit erhofft hatten, sich wieder dem deutschen Volkstum zu nähern.

Die starke Versammlungstätigkeit der Juden kann in Zukunft in dem bisherigen Maße nicht geduldet werden. Wo es die örtlichen Verhältnisse erforderlich machen, wird anheim gestellt, Versammlungen jüdischer Organisationen auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933 zu verbieten. Auf die Entschließung der Bayerischen Politischen Polizei vom 20.2.35 B.Nr. 17186/35 I B 1 wird hingewiesen.[1] In Frage kommen hierbei in erster Linie die Veranstaltungen der deutschjüdischen Organisationen.

Von einem allgemeinen Verbot sind auszunehmen:

1.) Versammlungen und Veranstaltungen der örtlichen Kultur-Organisationen, soweit sie dem *Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland angeschlossen sind.
2.) Versammlungen der Mitglieder der Sportorganisationen und sportliche Veranstaltungen, soweit eine besondere Einschränkung nicht befohlen ist oder wird.
3.) Versammlungen und Veranstaltungen der Zionistischen Organisationen.

Sofern jedoch Veranstaltungen, insbesondere die vorstehend zu 1 und 2 genannten Verbände zur Tarnung benutzt werden und in ihnen offen oder versteckt

[1] Dieses Dokument ist enthalten in: Hans Mommsen, »Dokumentation: der Nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 10 (1962), Dok. Nr. 3, 79–80.

Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland gemacht werden sollte, sind auch sie sofort aufzulösen und bis auf weiteres zu verbieten.

I. V.
gez. Stepp.

[23] Regelung über die Frage der Umschichtung der Juden zu Landwirten und Handwerkern

25. Juni 1935; USHMM: 11.001M.01, 3-178.

Der Politische Polizeikommandeur Berlin, den 25. Juni 1935
II 1 B 2 – J. 709-35.

An
die Politischen Polizeien der Länder

Betrifft: Jüdische Umschulungslager.

Zur Herbeiführung einer generellen Regelung über die Frage der Umschichtung der Juden zu Landwirten und Handwerkern ersuche ich bis zum 15.8.1935 um Bericht über die Zahl der im dortigen Amtsbereich vorhandenen jüdischen Umschulungsstätten.

Über jedes Umschulungslager ist ein einzelner Bericht nach folgenden Richtlinien zu fertigen:

1.) Bezeichnung der Umschulungsstätte
2.) Welche jüdische Organisation unterhält das Lager?
3.) Wer ist Eigentümer des Grundstückes? (Falls einer Organisation gehörig: Angabe ob zionistisch oder assimilatorisch eingestellt.)
4.) Wieviel Personen können untergebracht werden?
5.) Augenblickliche Stärke der Belegschaft.
6.) Zweck der Umschichtung.
7.) Wird Umschichtung zum Zwecke der Auswanderung oder zum Verbleib in Deutschland betrieben?
8.) Wem ist die Errichtung des Lagers gemeldet und von welcher Behörde liegt die Genehmigung hierfür vor?

Im Auftrag
gez. Dr. *Haselbacher

[24] Geldsammlung der Zionisten
26. Juni 1935; LHAS-A/M: Rep. C 48 Ie, 1171.

Abschrift!

Preußische Geheime Staatspolizei Berlin, den 26. Juni 1935
II 1 B 2 – J. 655/35.

An
Alle Staatspolizeistellen.

Betrifft: Geldsammlung der Zionisten.

Von den zionistischen Organisationen werden seit einiger Zeit bei ihren Mitgliedern und Sympathisierenden Geldsammlungen zur Förderung der Auswanderung, zum Bodenkauf in Palästina und zur Unterstützung des Siedlungswesens in Palästina durchgeführt. Diese Geldsammlungen sind nicht genehmigungspflichtig, weil sie in einem enggeschlossenen Kreis von Juden veranstaltet werden. Auch von staatspolizeilicher Seite bestehen gegen diese Veranstaltungen keine Bedenken, zumal es sich um solche Fonds handelt, mit deren Hilfe die praktische Lösung der Judenfrage gefördert wird. Neuerdings hat die *staatszionistische Organisation, die besonders erfolgreich auf dem Gebiete der Umschulung und Abwanderung tätig ist, die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Sammlung »*Keren Hamenorah« erbeten mit der Begründung, daß die hieraus erworbenen Geldmittel uneingeschränkt der Umschichtung und Förderung der Auswanderung nach Palästina dienen sollen.

Ich ersuche, die Geldsammlung der *staatszionistischen Organisation für den *Keren Hamenorah zu gestatten und die unterstellten Dienststellen davon zu unterrichten, daß diese Geldsammlungen als nicht öffentliche entsprechend dem Erlaß des Preußischen Staatskommissars für die Regelung der Wohlfahrtspflege vom 22.3.1934 (IV W 6105/12.3.) nicht genehmigungspflichtig sind.

gez. *Himmler.

[25] Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

29. Juli 1935; USHMM: 11.001M.01, 3-178.

Der Reichs- und Preußische Minister
für Ernährung und Landwirtschaft
IV/6. - 2517

Berlin W.8., den 29. Juli 1935

Auf das Schreiben vom 19. Juni 1935.
- II c 5226/35 -

Zur Frage der Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fasse ich meine Stellungnahme nochmals wie folgt zusammen:

1.) Juden eignen sich nach ihrer rassischen Vernalagung und nach den Erfahrungen der Geschichte des jüdischen Volkes nicht zur landwirtschaftlichen Arbeit.[1] Der Jude besitzt weder die erforderliche innere Einstellung zum Boden noch die für die schwere Landarbeit notwendigen körperlichen Voraussetzungen. Jeder Versuch, Juden auf die Dauer zur Landarbeit zu erziehen, ist daher von vornherein zum Scheitern verurteilt.

2.) In Palästina liegen völlig andere klimatische und geologisch-agronomische Voraussetzungen für die Landwortschaft vor wie in Deutschland. Eine landwirtschaftliche Ausbildung in Deutschland hat daher für jüdische Auswanderer nach Palästina wenig Zweck. Es kann daher meines Erachtens keinerlei Verpflichtung irgendwelcher Art zur reichsseitigen Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina auf diesem Wege anerkannt werden, zumal auf der anderen Seite der Rückkehr ausgewanderter Juden oder dem Neuzuzug von Juden nach Deutschland grundsätzliche Hindernisse nicht bereitet werden.

3.) Die Erfahrungen haben gezeigt, daß jüdische Auswanderer sich in Palästina zum überwiegenden Teil nicht der landwirtschaftlichen Arbeit zuwenden, daß sie vielmehr die schwere Arbeit der Kultivierung eines wenig ertragreichen Bodens lieber Andersstämmigen, z. B. Arabern, nicht zuletzt deutschstämmigen Siedlern überlassen. Sie selbst ziehen es vor, ihren Unterhalt durch

[1] Die Ablehnung einiger NS-Funktionäre gegenüber der beruflichen Umschulungsprogramme ergab sich aus rassistischen Vorurteilen über Juden, die durch die jahrelange antisemitische Propaganda genährt wurden. Diese Propaganda verbreitete sich in ländlichen Gebieten in NS-Deutschland besonders gut. So wollten auch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung jüdischen Jugendlichen nicht gestatten, auf dem Land zu leben, um einen landwirtschaftlichen Beruf zu erlernen. Das Reichsministerium des Inneren und die Gestapo standen aber einer Beschränkung der beruflichen Umschulung negativ gegenüber. Sie glaubten, dass dadurch die jüdische Emigration aus Deutschland ins Stocken gerate. Mit der Unterstützung der Gestapo lehnte das Reichsministerium des Inneren die Argumente des Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ab. Letzten Endes entschieden jedoch die Gestapo und die SS über diese Angelegenheit.

Handel mit den von anderen gewonnen Erzeugnissen zu verdienen. Die geäußert Absicht der jüdischen Verbände, in großer Anzahl junge Juden in Palästina als Landwirte anzusiedeln, ist angesichts dieser Erfahrungen und bei der rassischen Veranlagung der Juden überhaupt nicht durchführbar und kann deshalb auch nicht der entscheidende Grund für das Verlangen nach einer landwirtschaftlichen Vorbildung in Deutschland sein. Zudem dürften die Erklärungen der jüdischen Agentur für Palästina des Zentralamtes für die Ansiedlung deutscher Juden in London vom 24. Mai 1935 des Inhalts, daß man »in der Annahme, daß ... und im Hinblick auf ... zuversichtlich erwarten könne usw.« und die darauf gestützte Erklärung des Palästina-Amts in Berlin vom 31. Mai 1935 doch wohl nicht als eine ausreichende Sicherheit dafür anerkannt werden können, daß in Deutschland für die Handarbeit vorgebildete Juden auch wirklich nach Palästina auswandern werden.

4.) Der wahre Grund des jüdischen Verlangens, wieder mehr in Fühlung mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu kommen, ist meiner Auffassung nach ein vorwiegend politischer, nämlich das Bestreben, Zersetzungsarbeit gegen die nationalsozialistische Weltanschauung und Wirtschaftspolitik auf dem Lande zu treiben. Die Umschulung in geschlossenen Lagern läßt sich nur in zweifacher Weise durchführen: Entweder die umzuschulenden Arbeitskräfte wohnen gemeinsam im Lager, werden zur Arbeit aber einzelnen Bauernhöfen zugewiesen und kommen damit in engste Berührung mit den Bauern, ihrer Familie und ihrem Gesinde oder aber, sie erhalten ihre Ausbildung in einem mit dem Lager verbundenen landwirtschaftlichen Betrieb. Auch in letzterem Fall kann das Lager nach außen nicht abgesperrt werden. Juden finden immer Mittel und Wege, um mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die gewünschte Verbindung zu kommen. Außerdem ist der deutsche Boden, der an sich schon zu knapp ist und durch die großen militärischen Anforderungen ganz besonders verknappt wurde, nicht dazu da, als Experimentierfeld für Juden zu dienen.

5.) Diese Einstellung des Judentums, insbesondere ihr Trieb, sich gerade an den rassisch wertvollen deutschen Mädchen, insbesondere an Jugendlichen, zu vergehen, würde in dem gesunden Bauerntum mit Recht Empörung und entschlossene Abwehr auslösen und damit zu Tätlichkeiten auf dem Lande führen, die wohl kaum erwünscht sein dürften.

6.) Ein Entgegenkommen hinsichtlich der vorgenannten jüdischen Wünsche würde vom internationalen Judentum nicht als Entgegenkommen, sondern als Nachgeben und Schwäche ausgelegt und mit allmählich immer weitergehenden Forderungen und einer verstärkten jüdischen Propaganda beantwortet werden. Das anmaßende Auftreten der Juden in Deutschland in jüngster Zeit bestätigt diese meine Auffassung. Ich betone dabei insbesondere, daß jede Konzession in dieser Richtung einer Abkehr von den nationalsozialistischen Grundsätzen inbezug auf Rasse, dem rassischen Gegensatz von Nomadentum-Bauerntum gleichkommt.

Von dieser aus der grundsätzlichen Einstellung zur Judenfrage sich ergebenden ablehnenden Stellungnahme gegen die Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in jeder Form vermag ich auch wegen augenblicklicher mehr verwaltungsetechnischer Schwierigkeiten hinsichtlich der Vermittlung jüdischer Arbeitskräfte nicht abzugehen. Der zu erwartende Erfolg einer Förderung der *jüdischen* Auswanderung nach Palästina steht in gar keinem Verhältnis zu den ernstlichen Gefahren, die die Verbringung von Juden aufs Land für das *deutsche Volk* in seinem rassischen Bestand in sich birgt. Meine Stellungnahme ist also nicht durch Bedenken bedingt, die je nach Bedarf zurückgestellt oder geltend gemacht werden können, sondern meine Stellungnahme ergibt sich aus meiner Grundeinstellung zur Frage von Blut und Boden und zur Judenfrage überhaupt.

Ich darf nun wohl bitten, endgültig von der Unterbringung jüdischer Arbeitskräfte auf dem Lande, in welcher Form auch immer, Abstand zu nehmen.

Der Stellvertreter des Führers, der Herr Reichs- und Preußische Minister des Innern, der Reichsführer SS. *Himmler und das Geheime Staatspolizeiamt haben Abschrift erhalten.

In Vertretung
gez. *Backe

An den Herrn Reichs- und Preußischen Arbeitsminister, Berlin.

[26] Umschulung von Juden in landwirtschaftlichen Betrieben
1. August 1935; USHMM: 11.001M.01, 3-178.

Der Reichsführer-SS
Der Chef des Sicherheitshauptamtes
J/1/6 465 / Tgb.Nr. 27828/35

Berlin, den 1. August 1935

Mi./Ha.

An C.[1]

Betr.: Umschulung von Juden in landwirtschaftlichen Betrieben.

Das Gestapa teilt mit, dass die von ihm vorgeschlagenen Richtlinien betreffs Umschulung von Juden in landwirtschaftlichen Kursen zwecks darauffolgender Auswanderung von sämtlichen Reichsstellen und auch vom Stellvertreter des Führers befürwortet seien, das federführende Ernährungsministerium sich aber bisher ablehnend verhielt.

Da bei einer Zustimmung auch von dieser Seite die Aussicht bestände, jährlich 2000 Auswanderer-Zertifikate für Juden sicherzustellen, wäre eine Revision der Meinung des Ernährungsministeriums sehr wichtig.

Da überdies die Entscheidung über die Zuteilung der oben erwähnten Zertifikate am nächsten Zionisten-Kongress in der zweiten Hälfte August fallen soll, wäre die vorherige Entscheidung von grosser Wichtigkeit.

[1] Eine kurze Mitteilung von *Himmlers Büro an die Gestapo zu den Meinungsunterschieden zwischen SS/Gestapo und verschiedenen Staatsministerien in der Frage der landwirtschaftlichen Umschichtung jüdischer Jugendlicher in Deutschland.

[27] Der Zionismus und der *Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland

13. August 1935; BLHA: Rep. 41 Amtsbezirk Altdöbern-Reddern Nr. 30.

Abschrift.

Geheimes Staatspolizeiamt
II 1 B 2 – 67217/J.706/35.
vbm. H. 752/35.

Berlin, den 13. August 1935

An alle Staatspolizeistellen.

Betrifft: *Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland.

Am 27. und 28.4.1935 wurde auf Veranlassung des Geheimen Staatspolizeiamtes im Einvernehmen mit Staatskommissar *Hinkel, M.d.R., als Sonderbeauftragter des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda der *Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland gegründet. Vorsitzender dieses Verbandes ist der Intendant Dr. Kurt *Singer, Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin SW. 68, Charlottenstr. 90/92.

Die Gründung des *Reichsverbandes jüdischer Kulturbünde erfolgte, um sämtliche kulturellen jüdischen Vereinigungen zur leichteren Erfassung und zentralen Überwachung zusammenzufassen. Da somit für kulturelle jüdische Organisationen, die nicht dem Reichsverband angeschlossen sind, kein Raum mehr besteht, sind diese, sofern sie die Eingliederung in den Reichsverband noch nicht vollzogen haben bezw. ablehnen, aufzulösen. Eine Ausnahme ist lediglich für jüdische Schul- und Kultusgemeinden zu machen, die wegen Ihres öffentlich-rechtlichen Charakters dem *Reichsverband jüdischer Kulturbünde in Deutschland nicht einzugliedern sind.

Wegen der Behandlung der jüdischen Kulturbünde im einzelnen verweise ich auf die in der Anlage beigefügten Richtlinien.[1] Ich mache es den Staatspolizeistellen zur besonderen Pflicht, darauf zu achten, dass in den örtlichen Kulturbünden assimilatorische Bestrebungen unterdrückt werden. Sofern derartige Bestrebungen in Erscheinung treten, ist mir umgehend zu berichten. Es ist tunlichst darauf zu achten, dass der Vorstand der örtlichen Kulturbünde sich aus zionistischen bezw. staatszionistischen Kreisen zusammensetzt.

gez. *Heydrich.

---

[1] *Heydrich verwies auf die der Rundanweisung beigefügten »Richtlinien für die Tätigkeit des *Reichsverbandes der jüdischen Kulturbünde in Deutschland«, welche im *Völkischen Beobachter* vom 18. August 1935 sinngemäß wiedergegeben und in dieser Form auch in der jüdischen Presse veröffentlicht wurden. Es gab insgesamt elf Richtlinien.

[28] Deutsche Zionisten und der XIX. Zionisten-Kongress in Luzern
14. August 1935; PA: Inland II A/B, 83-29 (Bd. 1): R99459.

Aufzeichnung im Auswärtigen Amt

Zu 83-29 14/8

Vertreter der Deutschen Zionisten unter Führung von Herrn [Kurt] *Blumenfeld besuchten mich heute, da Herr [Vicco] von *Bülow-Schwante auf Urlaub ist, und trugen mir folgendes vor:

In den nächsten Tagen beginne der Internationale Zionisten-Kongress in Luzern, an dem – mit Zustimmung des Reichsministeriums des Innern – eine Delegation deutscher Zionisten teilnehmen werde. Es sei zu hoffen, dass der Kongress Beschlüsse fassen werde im Sinne der deutschen Zionisten, d. h. sich aussprechen werde für eine möglichst starke Auswanderung der Juden aus Deutschland und ihre Zulassung in Palästina. Dies würde ein Ergebnis sein, welches sicher auch der Deutschen Regierung genehm sein werde, da es die Lösung des Judenproblems in Deutschland fördere. Nun sei aber zu befürchten, dass auf diesem Kongress Vertreter anderer Richtungen Reden gegen die augenblickliche deutsche Judenpolitik halten würden und es müsse bei der Erregtheit dieser Gruppen mit starken Entgleisungen gerechnet werden.[1] Es wäre deshalb sehr erwünscht, wenn derartige Reden durch die deutsche Presse nicht noch besonders unterstrichen, sondern der Abschluss des Kongresses abgewartet und die sicher erfolgende, im deutschen Interesse liegende Beschlussfassung zu Gunsten einer starken Auswanderung der Juden aus Deutschland nach Palästina betont würde. Würden dagegen einzelne gehässige Äusserungen der Minoritätenredner in der hiesigen Presse aufgegriffen und womöglich noch propagandistisch ausgeschlachtet, so würde die Arbeit der deutschen Zionistendelegation sehr erschwert und vielleicht die Beschlussfassung des Kongresses ungünstig beeinflusst.

Die Herren baten, die vorstehenden Gedankengänge möglichst bald zur Kenntnis der zuständigen Stellen im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu bringen und zu bitten, dass von dort im gegebenen Augenblick die entsprechenden Weisungen an die deutsche Presse gerichtet würden. Wenn möglich, würden die Herren diese Gedankengänge selbst im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda vortragen; sie baten um Vermittlung eines Empfangs.

Ich habe den Herren zugesagt, dass ich ihren Wunsch an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda weiterleiten würde.

Berlin, den 14. August 1935.
*Dieckhoff.

---

[1] Deutsche Zionisten wurden ermutigt, sich anti-deutschen Boykott- und Propagandatendenzen innerhalb der zionistischen Weltbewegung entgegenzustellen. Die deutsch-zionistische Delegation in Luzern widersetzte sich erfolgreich dem Aufruf zur Kündigung des *Haavara-Abkommens.

[29] Aufhebung des Redeverbots über Dr. Georg Lubinski
8. Oktober 1935; BLHA: Rep.41 Amtsbezirk Altdöbern-Reddern Nr. 30.

Abschrift.

Geheimes Staatspolizeiamt.
II 1 B 2 – 65617/J.682/35. Berlin, den 8. Oktober 1935.

An alle Staatspolizeistellen.

Betrifft: Das Redeverbot über den Juden Dr. Georg Lubinski, Berlin.

Mit Erlass vom heutigen Tage habe ich das am 28.6.1935 über den Juden, Rechtsanwalt Dr. Georg Lubinski, verhängte Verbot der rednerischen und schriftstellerischen Betätigung mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Die Aufhebung ist erfolgt, weil Lubinski als ausgesprochener Anhänger der zionistischen Idee sich verpflichtet hat, die Auswanderung der Juden in Zukunft restlos zu propagieren.[1] Die Tat, durch die das Verbot verursacht worden ist, erscheint durch die Dauer des Redeverbots hinlänglich gesühnt.

Im Auftrage:
gez. Dr. *Haselbacher.

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme.

J. V.
gez. Dr. Ackmann
Beglaubigt:

An alle Ortspolizeibehörden des Kreises

[1] Solche über jüdische Funktionäre und Persönlichkeiten verhängten Redeverbote waren in den 30er Jahren nicht ungewöhnlich, v. a. bei nichtzionistischen Rednern.

[30] Aufhebung des Redeverbots über Dr. Martin *Buber
5. November 1935; LHAS-A/M: Rep. C 48 Ie 1171.

Halle a.S., den 5. November 1935
Der Leiter der Staatspolizeistelle
für den Regierungsbezirk Merseburg.

B.Nr. II 1 7080/3385.35.

Betrifft: Redeverbot über Dr. Martin *Buber.

An den
Herrn Regierungspräsident
in Merseburg

Dem Professor Dr. Martin *Buber hatte das Geheime Staatspolizeiamt Berlin mit Erlaß vom 21.2.1935 – II 1 B J 235/35 – mitgeteilt mit Rundschreiben vom 27.2.35 III 7080/546/35 – bis auf weiteres jede Betätigung als Redner in öffentlichen Veranstaltungen und in geschlossenen Tagungen jüdischer Organisationen untersagt.

*Buber ist von der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland hauptamtlich als Lehrer für die Mittelstelle jüdischer Erwachsenenbildung verpflichtet. Nachdem festgestellt worden ist, daß diese Arbeit völlig unpolitischen Charakter trägt und dazu angetan ist, die Auswanderung junger Juden nach Palästina zu fördern, ist das Redeverbot mit Wirkung vom 30.7.1935 *bezüglich dieser Lehrtätigkeit* aufgehoben worden.

Ich gebe von der teilweisen Aufhebung des Redeverbotes Kenntnis und bemerke, daß damit die Lehrtätigkeit des *Buber für die Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung mit Rücksicht auf den wechselnden Tagungsort ohne lokale Begrenzung in Deutschland wieder erlaubt ist.

[31] Die Unterbringung von jüdischen Kindern in deutschen Bauernfamilien

19. Dezember 1935; USHMM: 11.001M.01, 2-173.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Berlin. Den 19. Dez. 1935
Reichsleitung

Hauptamt für Volksgesundheit
Verbindungsstelle Berlin

An die
Geheime Staatspolizei
Berlin SW.

Zu dem in Abschrift beiliegenden Vorgang bitte ich um Stellungnahme.

Eine ministerielle Anordnung zur Unterbringung von Judenjungen und Mädels in deutschen Bauernfamilien besteht scheinbar nicht. Sollte eine solche bestehen, so wäre ich für Mitteilung des Erlasses oder der Anordnung dankbar.

Das Hauptamt für Volksgesundheit ist aus erb- und rassebiologischen Gründen an einer solchen Unterbringung natürlich nicht uninteressiert, da zum mindesten erziehungsmässig eine Gefährdung Jugendlicher durch Zusammenleben und sogar evtl. Anfreundung, wenn nicht mehr, mit Judenjungen und Judenmädchen nicht in den Bereich des Unmöglichen verwiesen werden kann. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob und inwieweit staatspolitische Gründe für diese Art der Unterbringung massgebend gewesen sind. Ich wäre für Ihre Stellungnahme deswegen dankbar, um auch die beim Amt für Volksgesundheit zugelassenen Ärzte, die ja im engsten Kontakt mit der Bevölkerung stehen, vertraulich über Notwendigkeiten aufzuklären, die in der Peripherie, vor allen Dingen im Grenzland, nicht verstanden werden. Es ist ganz selbstverständlich, dass gewisse staatspolitische Erwägungen anderen Erwägungen voranzustellen sind, zumal wenn sie, wie im vorliegenden Falle, ja wohl nur zeitlich bedingt sein werden.

Heil Hitler!

[32] Visa für ausländische Zionisten in Deutschland
20. März 1936; CZA: S7\359.

Protokoll der Besprechung mit dem Generalkonsul

Döhle[1] am Freitag, d. 20. März 1936.

Ich führte die Besprechung, besonders um die Frage der Visen für den *Hechaluz und für Lehrer zu klären, gab aber in der Unterhaltung dem Generalkonsul auch einen kurzen Bericht über die Aktion zugunsten der deutschen Juden, die jetzt vorbereitet wird, unsere eigene Arbeit hier und in der *Haavarah.

Zur Frage der Visen bemerkte der Konsul, dass der Versuch, den er in den ersten Wochen seines Aufenthaltes gemacht habe, um eine grössere Freiheit in der Gewährung von Visen zu erhalten, misslungen sei. Er könne Visen nur nach Anfrage in Deutschland geben. Seinerzeit habe er Dr. [Georg] *Landauer auf eigene Verantwortung ein Dauervisum gegeben, heute könnte er das nicht mehr tun. Zum Falle [Kurt] *Blumenfeld erklärte er mir vertraulich, dass er sich damals bemüht habe, ein Visum für 4 Wochen zu erhalten, er habe jedoch nur die Erlaubnis bekommen, es für eine Woche, d. h. für den Delegiertentag[2] zu erteilen. Infolgedessen konnte er sich trotz der vielen Interventionen nicht noch einmal nach Berlin wenden.

Bei den Vorschlägen für die Delegierten wäre es nützlich, wenn man Rücksicht darauf nähme, nicht prononciert marxistisch bekannte Persönlichkeiten zu senden. Jedenfalls sollte man evtl. eine etwas grössere Liste vorlegen. Man müsste rechtzeitig die Schritte unternehmen, da die Sache etwas dauern wird. Auch wegen des Visums für den Unterzeichneten müsste erst in Berlin angefragt werden, da es sich ja um ein Dauervisum für wiederholte Einreise handelt.

Der Konsul fügte dann hinzu, dass er seinerzeit mit mir die Angelegenheit des Milchboykotts gegen Wilhelma und Sarona besprechen müsse.[3] Er müsse mich darauf aufmerksam machen, dass in den Vereinbarungen mit dem ReWiM[4]

---

[1] Walter Döhle war 1935–1939 deutscher General-Konsul in Jerusalem.

[2] Hier ist der XXV. Delegiertentag der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland gemeint, welcher vom 2. bis 3. Februar 1936 in Berlin stattfand. Dies war der letzte Delegiertentag der *ZVfD.

[3] Die Beziehungen zwischen jüdischen Siedlern und deutsch-christlichen Bauern (»Palästinadeutsche«), Letztere zum Großteil Mitglieder einer evangelischen Splittergruppe bekannt als die Tempelgemeinschaft, verschlechterten sich nach 1932. Die Templer fühlten sich von der Aussicht auf ein jüdisches Palästina bedroht und verfingen sich in der zunehmenden Gewaltspirale zwischen Arabern und Juden, besonders nach Ausbruch der arabischen Revolte im Frühjahr 1936. Jüdische Siedler waren durch die wachsende NSDAP-Zweigstelle in Palästina (sie zählte ca. 300 Mitglieder in den 30er Jahren) unter den Palästinadeutschen beunruhigt, und initiierten einen Boykott der Milchprodukte der deutsch-christlichen Bauern. Sarona und Wilhelma lagen in der Nähe der arabischen Küstenstadt Jaffa.

[4] Reichswirtschaftsministerium.

ein Paragraph vorhanden sei bezüglich der Nicht-Diskrimination und dass der Transfer-Vertrag in Gefahr sei, wenn eine solche Diskrimination stattfinde, insbesondere wie das nach seinen Informationen der Fall sei, dass nämlich eine dauernde tätliche Bedrohung der Milchabnehmer in Sarona vorhanden sei. Ich sagte ihm, dass die Agency damit natürlich nichts zu tun habe, ich werde versuchen, festzustellen, was da vorgehe.

Dr. Werner *Senator.

Jerusalem, den 25. März 1936.

[33] Die Gestapo und der Gebrauch der hebräischen Sprache in öffentlichen jüdischen Versammlungen

4. April 1936; LHAS-A/M: Rep. C 48 Ie, 1171.

Preussische Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
B.-Nr. II 1 B 2 – J. 317/36 II –

Berlin, den 4. April 1936.

An alle Staatspolizeistellen, Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Preussen.

Betrifft: Den Gebrauch der hebräischen Sprache in öffentlichen jüdischen Versammlungen.

Aus verschiedenen Berichten entnehme ich, dass vielfach in *öffentlichen* jüdisch-politischen Versammlungen Vorträge und dergleichen in hebräischer Sprache gehalten werden. Eine ordnungsmässige Überwachung derartiger Versammlungen und die Verhinderung staatsfeindlicher Propaganda wird hierdurch unmöglich gemacht.

Ich ersuche daher, gemäss §§ 1, 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat den örtlichen *jüdisch-politischen* Organisationen in eigener Zuständigkeit den Gebrauch der hebräischen Sprache in *öffentlichen* Versammlungen zu verbieten und ihnen aufzugeben, sich ausschliesslich der deutschen Sprache zu bedienen. Ausgenommen hiervon werden lediglich *geschlossene* Veranstaltungen, Übungsabende und dergleichen, zu denen die Mitglieder der veranstaltenden jüdischen Organisation zu dem Zweck zusammenkommen, um sich zur Erleichterung der Auswanderung nach Palästina in dem Gebrauch der hebräischen Sprache zu üben, sowie Veranstaltungen der jüdischen Schul- und Kultusgemeinden.

In Vertretung:
gez.: *Heydrich.

[34] Arische Lehrkräfte in jüdischen Lehrwerkstätten

15. Mai 1936; USHMM: 11.001M.01, 2-173.

Preußische Geheime Staatspolizei, 15.5.1936
Staatspolizeistelle für den Landespolizeibezirk Berlin
Stapo.8A 1777-37

An
die Preußische Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
Berlin – S.W.11.
Prinz Albrechtstr. 8

Betrifft: Arische Landkräfte in jüdischen Lehrwerkstätten
Bezug: Fernspruch vom 13.5.1936, Nr. 41533,
Abteilung II 1 B 2 J.220/36.
Ohne Anlagen.

In den jüdischen Lehrwerkstätten, die im Jahre 1934 von der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland und der jüdischen Wirtschaftshilfe nach vorheriger Rücksprache mit dem Landesarbeitsamt in Berlin-Niederschönhausen, Hermannstrasse 64, errichtet worden sind, werden jüdischen Jugendliche, die nach Palästina auswandern wollen, im Holz – Metallhandwerk ausgebildet. Z.Zt. wird dort eine Tischlerei und eine Schlosserei betrieben, in denen sich insgesamt 50 Lehrlinge befinden, die je nach ihrer Auffassung eine Ausbildungszeit von 1 ½ bis 3 Jahren durchzumachen haben.

Leiter der Lehrwerkstätten ist der Jude Zivilingenieur Leopold Kuh, Berlin-Niederschönhausen, Hermannstr. 64 wohnhaft. Weiter ist als Lehrer der jüdische Schlossermeister Kramer tätig. Für das Tischlerhandwerk ist der arische Tischlermeister Friedrich Schott, 8.6.82 Bilderweidschen Krs. Stalupönen geboren, Dissident, Staatsangehörigkeit Deutsches Reich, Berlin-Niederschönhausen, Blankenburger Str. 62 wohnhaft verpflichtet worden. Schott, der ohne Strafzeichen polizeilich gemeldet ist, ist gleichzeitig Gewerbelehrer. Die Einstellung des Schott in den jüdischen Lehrwerkstätten soll angeblich aus Mangel an einer geeigneten jüdischen Lehrkraft erfolgt sein.

Die Lehrer erhalten ein Monatsgehalt von RM 200.–.

Die Kosten für die Ausbildung werden von der Reichsvertretung und, soweit die Lehrlinge hierzu in der Lage sind, von diesen getragen.

Das Grundstück mit Fabrikhallen hat die Reichsvertretung von einem Besitzer Latte, Berlin-Niederschönhausen, gepachtet.

Zu Beanstandungen gegenüber den Lehrwerkstätten hat das zuständige Polizeirevier (283) bisher keine Veranlassung gehabt.

Über die politische Einstellung des Leiters und der Lehrer werde ich nach Abschluss der Ermittlungen berichten.

In Vertretung:

[35] Die handwerkliche Ausbildung der jüdischen Jugend
13. Juli 1936; StA/H: Best. 522-1 Jüdische Gemeinden Nr. 991a.

Abschrift

Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
Berlin W 8, den 13. Juli 1936.
– Postfach –

E IV 3842. M.

den
Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände e.V.
in Berlin-Charlottenburg
Kantstraße 158 – Gartenhaus

Auf die an den Herrn Reichs- und Preußischer Minister des Innern gerichtete Eingabe vom 3. Juli 1935 – Dr. L./Dr. –, die an diesen von der Deutschen Arbeitsfront abgegebene Eingabe vom 3. Mai 1935 – Dr. L./Dr. – und die Eingabe vom 1. April 1936 – III –, betreffend handwerksmäßige Ausbildung der jüdischen Jugend und Errichtung einer Tagesschule für Berufsvorlehre, erwidere ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Innern und dem Herrn Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister folgendes:

Ob und inwieweit die von Ihnen vorgebrachte Klage über mangelnde handwerkliche Ausbildung der jüdischen Jugend zutrifft, mag dahingestellt bleiben. Die Erlernung eines Handwerks kann jedenfalls nur in ordnungsmäßiger Lehre erfolgen, der sich zu unterziehen der jüdischen Jugend unbenommen bleibt. Hierbei muß es in allen den Fällen verbleiben, in denen das erlernte Handwerk in Deutschland betrieben werden soll.

Für diejenigen Fälle, in denen es nur darauf ankommt, jüdischen Jugendlichen den Nachweis einer landwirtschaftlichen oder handwerklichen Ausbildung für die Auswanderung zu ermöglichen, will ich jedoch im Einvernehmen mit den vorbezeichneten Herren Ministern die Einrichtung besonderer jüdischer Handwerkerschulen genehmigen, die von der jüdischen Gemeinschaft zu unterhalten sind. Dagegen muß der Antrag, die Ausbildung an diesen Schulen der regelrechten handwerksmäßigen Ausbildung gleichzusetzen, abgelehnt werden. Die auf diesen Schulen erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten berechtigen also nicht zu ihrer Verwendung und Verwertung in Deutschland. Es dürfen zu diesen Schulen daher nur solche jüdischen Jugendlichen zugelassen werden, die nach der Ausbildung nachweislich auswandern. Die Abschlußzeugnisse sind mit dem gut erkennbaren Vermerk »Zeugnis für Auswanderer« zu versehen.

Die hiernach in beschränkter Anzahl zu errichtenden Schulen unterliegen der Beaufsichtigung durch die Schulaufsichtsbehörde, bei der die Errichtung recht-

zeitig vorher anzumelden und unter Beibringung der notwendigen Unterlagen (Übersicht über Klassenzahl, Lehrpersonal, Schülerzahl, Lehrplan usw.) die zum Betrieb der Schule erforderliche Genehmigung einzuholen ist.

Wegen der Errichtung einer Tagesschule für Berufsvorlehre wollen Sie sich unter Hinweis auf diesen Erlaß an den Herrn Staatskommissar für die Hauptstadt Berlin – Abteilung für das Berufs- und Fachschulwesen – in Berlin O 27 wenden.

In Vertretung
gez. *Zschintzsch.

[36] Die Umschulung von Juden in landwirtschaftlichen Betrieben
16. Juli 1936; USHMM: 11.001M.01, 3-178.

Preußische Geheime Staatspolizei Berlin, den 16. Juli 1936
Geheimes Staatspolizeiamt
II 1 B 2 – 795/36

1. Reg. Eintragen.
2. Schreiben:

An den
Reichsnährstand
– Reichsbauernführer –
Verwaltungsamt in Goslar.

Betr.: Umschichtung von Juden in landwirtschaftl. Betrieben
Ohne Vorgang.

Das Palästina-Amt hat mir Abschrift einer Eingabe vom 23.1.36 an die dortige Stelle betreffend: die Regelung der Frage der landwirtschaftlichen Ausbildung der Juden zum Zwecke der Auswanderung und den Entwurf einer Vereinbarung vorgelegt.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine größere Auswanderung von Juden – über deren dringende Notwendigkeit kein Zweifel besteht – nur möglich ist, wenn die Auswandernden landwirtschaftlich oder handwerklich geschult sind. Es ist deshalb erforderlich, so gross und berechtigt die Bedenken dagegen auch sein mögen, eine Form zu finden, die den Juden die Umschulung in Deutschland ermöglicht. Im Hinblick darauf, dass von Seiten der Gestapo nur solche Umschulungsvorhaben genehmigt werden, die die anschliessende Auswanderung des Umgeschulten gewährleisten, besteht keine Gefahr, dass die Umschichtungsarbeit nur dazu führt, den Juden das weitere Verbleiben in Deutschland zu ermöglichen.

Ich wäre deshalb für die Mitteilung der dortigen Stellungnahme zu den jüdischen Vorschlägen dankbar.

3. Wv. Am 14.8.36.

I. A.

[37] Der Zionismus als eine »deutsch-feindliche Bewegung«
27. August 1936; PA: Inland II A/B, 83-29 (Bd. 1): R99459.

Auswärtiges Amt Berlin, den 27. August 1936.

83-21 A.18/8.

Schnellbrief.

An
die Deutsche Kongress-Zentrale
Berlin W 35
Ludendorffstrasse 60, I.

Auf das Schreiben vom 18.d.M. – Si/Bl. –, betreffend Devisenerwerbs-Antrag der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

Ich trage Bedenken, die von der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland erbetene Genehmigung für den Erwerb von schweiz. 1000 Frcs. zwecks Teilnahme von 4 Mitgliedern der Vereinigung an der Sitzung des Aktions-Komitees der Zionistischen Organisation[1] in Zürich zu erteilen.

Es mögen gewisse wirtschaftliche Gründe (deutscher Export nach Palästina) sowie das deutsche Interesse an der Auswanderung des Judentums nach Palästina dafür sprechen, der Teilnahme der deutschen Zionistischen Vereinigung an der Sitzung des Aktions-Komitees in Zürich keine Hindernisse in den Weg zu stellen. Die Haltung, die der Vertreter der Zionistischen Organisation beim Völkerbund Dr. Nahum *Goldmann auf dem kürzlich in Genf abgehaltenen *jüdischen Weltkongress gegenüber Deutschland eingenommen hat, gibt jedoch ein so eindeutiges Zeugnis von der grundsätzlich deutsch-feindlichen Einstellung auch der zionistischen Bewegung ab, dass m. E. ein überwiegendes deutsches Interesse daran besteht, jedenfalls im vorliegenden Falle die Ausreise der genannten Mitglieder der deutschen Zionistischen Vereinigung mit dem Hinweis auf die deutschfeindlichen Auslassungen von Dr. Nahum *Goldmann in Genf zu verhindern.

Der Vertreter der Zionistischen Organisation beim Völkerbund Dr. Nahum *Goldmann, der inzwischen auch in das Präsidium des Weltkongresses gewählt worden ist und die politischen Exekutive des *jüdischen Weltkongresses übernommen hat, gab auf diesem Kongress in Genf folgende Erklärungen ab:

»Über das jüdische Problem in Deutschland erklärte *Goldmann, der Kampf gegen die Judenpolitik des Nationalsozialismus werde weiter gekämpft werden müssen, solange diese Politik bestehe. Es gehe nicht nur um die Rechte der

[1] Das Aktions-Komitee der *Zionistischen Weltorganisation war ein internes Komitee der *Zionistischen Weltorganisation, das für die Geschäftsführung der Organisation zwischen den Weltkongressen gegründet wurde.

deutschen Juden, sondern der *Nationalsozialismus habe die Diffamierung des gesamten Judentums proklamiert, und wo immer in der Welt gegen Juden gehetzt werde, sei die deutsche Propaganda daran beteiligt.* Der Irrglaube mancher deutscher Juden, dass die Lösung in der Schaffung eines neuen jüdischen Ghettos in Deutschland bestehen würde, sei absurd. Juden könnten nach einem Jahrhundert der Emanzipation gleichberechtigt leben oder als Paria untergehen. Die Rückkehr ins Ghetto sei ihnen nicht mehr gegeben und deswegen könne es keinen Kompromiss mit der nationalsozialistischen Judenpolitik geben, *vielmehr müsse der Kampf solange weitergehen, bis das deutsche Judentum wieder im Vollbesitz seiner Gleichberechtigung sein werde.*

Die Hilfsaktion für die deutschen Juden, die in erster Reihe bezwecke, wenigstens die jüdische Jugend aus Deutschland herauszunehmen, bedeute nicht etwa die grundsätzliche Liquidation der jüdischen Position in Deutschland. *Das Judentum könne seine Positionen in den einzelnen Ländern nicht räumen, weil es historisch in sie hineingewachsen sei und das Recht habe, sie zu halten.* Der Aufbau Palästinas bedeute nicht die Preisgabe der Gleichberechtigung. Denn ohne ein starkes Diaspora-Judentum im Rücken werde auch das jüdische Palästina nicht die Funktionen erfüllen können, um derentwillen es geschaffen werde.«

Es erscheint mir daher angebracht zu sein, durch eine Ablehnung des Antrages zum Ausdruck zu bringen, dass die deutschen Behörden sich der grundsätzlich deutsch-feindlichen Einstellung der zionistischen Bewegung wohl bewusst sind und gegenüber dieser politischen Erkenntnis bereit sind, wirtschaftliche Zweckmässigkeits-Erwägungen zurückzustellen.

Für eine Mitteilung der dortigen Entscheidung wäre ich dankbar.

Ich stelle anheim, auch das Reichs- und Preussische Ministerium des Innern, das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und das Geheime Staatspolizeiamt, nötigenfalls auch das Reichs- und Preussische Wirtschaftsministerium zu beteiligen, die Abschrift vorstehender Stellungnahme erhalten haben.

Im Auftrag
von *Bülow-Schwante

[38] Palästina und die deutsche Auswanderungspolitik
29. September 1936; BArch: R/18-5514.

Abschrift.

Vermerk
über die Besprechung am 29. September 1936.

An der Besprechung haben teilgenommen:

für das Reichs- und Preussische Ministerium des Innern:
Herr Staatssekretär Dr. *Stuckart,
Herr Ministerialrat Dr. *Lösener,
Herr Regierungsassessor Dr. Schiedermair;

für das Reichs- und Preussische Wirtschaftsministerium:
Herr Staatssekretär Dr. Posse,
Herr Ministerialrat Dr. Hoppe,
Herr Regierungsassessor Dr. Humbert;

für den Stellvertreter des Führers:
Herr Ministerialdirektor Sommer,[1]
Herr Reichsamtsleiter Dr. *Blome.

Die allgemeine Judenpolitik.

*Staatssekretär Dr. *Stuckart* legte einleitend dar, die Besprechung diene der Vorbereitung einer Chefbesprechung über die Judenpolitik. Zur Regelung der wirtschaftlichen Stellung der Juden sei es notwendig, die grundsätzliche Richtung der gesamten Judenpolitik und damit die Einheitlichkeit aller judenpolitischen Massnahmen sicherzustellen. Die wirtschaftliche Stellung der Juden müsse jetzt geklärt werden, um der Gefahr vorzubeugen, dass die Juden in wirtschaftlicher Beziehung in Deutschland neue Positionen gewinnen. Präsident *Schacht habe bereits in seinem Schreiben vom 28. Juli 1936 die Fragen formuliert, die als Möglichkeiten für die Judenpolitik in Betracht kommen. Es handele sich also zunächst darum zu erörtern, welcher der dort erörterten Wege beschritten werden soll.

Ministerialdirektor Sommer führte aus: Vom Standpunkt der NSDAP aus könne entsprechend dem Parteiprogramm[2] die Judenfrage erst dann als gelöst angesehen werden, wenn es in Deutschland keinen Juden mehr gibt. Dieses Endziel stehe

[1] Walther Sommer war Jurist, und 1934–1941 Ministerialdirektor im Büro des Stellvertreters des Führers. Ab 1936 war er Mitglied der SS und von 1941 an Präsident des Reichsverwaltungsgerichts.
[2] Bei dem Treffen der Deutschen Arbeiterpartei im Münchner Hofbräuhaus am 25. Februar 1920

fest. Die jetzige Lösung könne nur als eine Teillösung zu diesem Ziel angesehen werden. Es könne sich daher nur darum handeln, Mass und Tempo der einzelnen Massnahmen zu bestimmen.

Staatssekretär Dr. Posse erklärte, wenn es sich darum handelt, das Parteiprogramm auszuführen, dann müssten auch die wirtschaftlichen Dinge diesem Ziele angepasst werden. Das sei möglich. Die Etappen müssten jedoch festgelegt werden.

Nach dem jetzigen Zustand würde praktisch verschiedenerlei Recht gelten. Der staatliche Grundsatz sei, den Juden freie wirtschaftliche Betätigung zu gewähren.[3] Die Durchführung dieses Grundsatzes sei nicht einheitlich. Der Grundsatz wird besonders in den Verwaltungen nicht durchgeführt, die stärker an die Partei angelehnt seien, wie etwa im Geschäftsbereich des Propagandaministeriums oder des Ernährungsministeriums. Andererseits wurden die Juden dadurch, dass sie von vielen Berufen schlechthin ausgeschlossen sind, zwangsläufig in die wirtschaftliche Betätigung gedrängt. Dem Wirtschaftsministerium komme es darauf an, eine klare Rechtslage zu bekommen. Es müsse daher in erster Linie eine Angleichung der bestehenden verschiedenen Auffassungen erfolgen.

*Staatssekretär Dr. *Stuckart* wies darauf hin, dass über das endgültige Ziel der Judenpolitik keine Meinungsverschiedenheit bestehen könne: es sei restlose Auswanderung, denn für den Staat sei ebenfalls das Parteiprogramm massgebend. Das Ziel könne aber nur in Etappen erreicht werden. Richtlinie und Maßstab für das Tempo der Auswanderung müsse der jeweilig grösstmögliche Nutzen für das deutsche Volk sein. Die Auswanderung müsse nach dem jeweils Tragbaren durchgeführt werden. Es sei notwendig, alle Massnahmen auf dieses Ziel auszurichten. Aus dem Ziel selbst ergäbe sich als *Grundlinie* für alle Massnahmen die *Förderung der Auswanderung der Juden.* Alle Massnahmen auf dem Gebiete der Judenpolitik müssen sich nach diesem Ziel ausrichten. Wirtschaftliche Betätigung von Juden dürfe nur in dem Rahmen gestattet sein, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienten, ohne dass aber durch ihre wirtschaftliche und politische Lage ihr Aus-

---

kündigte Hitler die Namensänderung der Partei zu NSDAP sowie das 25 Punkte umfassende Parteiprogramm an. Punkte 4, 5 und 8 bildeten die Grundlage der NS-Judenpolitik während der 30er Jahre:

Punkt 4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

Punkt 5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben und unter Fremdenrecht stehen.

Punkt 8. […] Wir fordern, dass alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

[3] Die anti-jüdische Gesetzgebung der NS-Regierung war seit 1933 darauf angelegt, Juden aus jedem Bereich des deutschen Lebens zu entfernen, mit Ausnahme der Wirtschaft. Zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Stabilität hatten Reichsbankpräsident Hjalmar *Schacht und andere Wirtschaftsberater Hitler davon überzeugt, bis 1938 von einem Frontalangriff auf jüdische Positionen in der deutschen Wirtschaft abzusehen. Dennoch standen jüdische Unternehmen und wirtschaftliche Interessen auf Grund der »Arisierungsanstrengungen« des Regimes sowie der generellen Verarmung der jüdischen Gemeinschaft immer mehr unter Druck.

wanderungswille verschwände. Letzten Endes müsse in Betracht gezogen werden, die Auswanderung auch zwangsweise durchzuführen.

Jüdische Selbstverwaltung.

Danach sei die Tatsache in Rechnung zu stellen, dass es bis auf weiteres in Deutschland noch Juden gibt. In diesem Zusammenhang müsse daher die Frage geklärt werden, ob und in welchem Umfange die Juden vom deutschen Volke abgesondert und ihnen eine Art Selbstverwaltung zuerkannt werden soll. Für die kulturelle und religiöse Betätigung sei diese Frage bereits bejaht worden.[4] Die Einrichtung eines eigenen jüdischen Schulwesens sei in Vorbereitung. Über diesen Kreis sollte man jedoch nicht hinausgehen, insbesondere den Juden auf sozialpolitischem Gebiet keine Selbstverwaltung einräumen. Denn dadurch würde die Geschlossenheit und der Zusammenhalt des Judentums gefördert. Das könne, innerpolitisch gesehen, nur unerwünscht sein und würde vor allem bei den Juden den Wunsch, auszuwandern, in den Hintergrund treten lassen.

Staatssekretär Dr. Posse erklärte, man solle den Juden bis zur Ermöglichung der Auswanderung eine Betätigungsmöglichkeit in Deutschland lassen und nicht den Weg beschreiten, die Juden der Armenunterstützung zuzuweisen. Englische Banken hätten am 24. August 1936 dem Wirtschaftsministerium einen Plan unterbreitet, der darauf hingeht, mit Hilfe ausländischen Kapitals den Juden die Auswanderung aus Deutschland zu ermöglichen. Im Zusammenhang mit diesem Plan könne es notwendig werden, den Juden auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine gewisse Selbständigkeit einzuräumen, denn nur diejenigen deutschen Juden könnten damit rechnen, von einem anderen Lande aufgenommen zu werden, die entweder Kapital oder irgendeine Vorbildung besitzen. Man werde also den Juden mindestens gestatten müssen, die notwendigen Schulen einzurichten.

Ministerialdirektor Sommer wies darauf hin, dass reiche Juden im allgemeinen nicht gern auswandern werden. Man dürfe also den Juden nicht allzu grosse Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung offen lassen. Anderenseits solle aber auch die Bildung eines jüdischen Proletariats verhindert werden. Man werde nicht darum herumkommen, den Juden auch, abgesehen von der kulturellen und religiösen Betätigung und dem Schulwesen, einige Selbstverwaltungseinrichtungen zu gestatten, wie z. B. den jüdischen Frontkämpferbund, jüdische Blindenvereine, Einrichtungen der jüdischen sozialen Fürsorge u. a.

Es sei notwendig, den Juden auch die Möglichkeit zu einer Ausbildung in der Landwirtschaft zu geben. Der Ernährungsminister müsste wohl seinen bisher in dieser Frage eingenommenen ablehnenden Standpunkt aufgeben. Im übrigen

[4] Am 27. und 28. April 1935 wurde auf Veranlassung des Geheimen Staatspolizeiamts im Einvernehmen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda der *Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland gegründet. Die religiöse Betätigung der Juden blieb in den Gemeinden unter jüdischer Selbstverwaltung.

würden auch gegen Schulen zur gewerblichen Ausbildung keine Bedenken bestehen.

Staatssekretär Dr. Posse stimmte dem zu.

*Staatssekretär Dr. *Stuckart* stellte zusammenfassend fest: Schulen und sonstige Einrichtungen, die der Vorbereitung der jüdischen Auswanderung dienen, sollen geduldet werden. Jedoch muss sichergestellt werden, dass die Auswanderung auch tatsächlich erfolgt. Diese Sicherstellung sei besonders für das Gebiet der gewerblichen Wirtschaft notwendig. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft sei eine gewisse Gewähr für die Auswanderung gegeben, da in Deutschland für einen Juden kaum die Möglichkeit bestehen dürfte, sich dauernd in der Landwirtschaft zu betätigen.

Zielland der jüdischen Auswanderung.

*Staatssekretär Dr. *Stuckart* schnitt dann die Frage des Ziellandes der jüdischen Auswanderung an. Es müsse geklärt werden, wohin der Strom der jüdischen Auswanderung gelenkt werden soll. Dabei sei zu bedenken, dass die deutschen Juden im allgemeinen den Einwohnern des Ziellandes überlegen sein werden; so besonders in den südamerikanischen Staaten. Es könne daher nicht ausbleiben, dass die Juden dort bald zu Einfluss kommen werden und dort eine deutschfeindliche Wirtschaftsschicht bilden würden. Aus diesem Grunde sei bisher in erster Linie die Auswanderung der Juden nach Palästina gefördert worden.

*Reichsamtsleiter Dr. *Blome* vertrat die Auffassung, erster Grundsatz müsse sein, Auswanderung der Juden unter allen Umständen. Man solle keine, nur auf Palästina eingestellte Auswanderungspolitik treiben.

Staatssekretär Dr. Posse wies darauf hin, dass dann, wenn die Auswanderung der Juden mit Hilfe ausländischen Geldes ermöglicht werde, eine Einflussnahme auf die Wahl des Ziellandes nicht gegeben sein wird.

*Staatssekretär Dr. *Stuckart* erklärte abschliessend, dass selbstverständlich die Auswanderung der Juden ohne Rücksicht auf das Zielland gefördert werden müsse, dass aber *deutsche* Mittel in erster Linie für Palästina angesetzt werden könnten.[5]

Auf die Frage, ob nicht auf die Presse eingewirkt werden soll, dass nicht durch besonders betonte Berichte über judenfeindliche Vorgänge im Ausland, wie etwa in Palästina,[6] den Juden die Lust an der Auswanderung genommen wird, erklärte Min. Dir. Sommer, man könne es anderen Völkern nicht übel nehmen, wenn sie sich gegen die Juden wehren. Eine Einwirkung auf die Presse erscheine nicht angebracht.

gez. *Stuckart.

---

[5] Hier ist die Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina durch das im August 1933 geschlossene *Haavara-Abkommen gemeint.

[6] Hier ist der seit April 1936 andauernde arabische Aufstand in Palästina gemeint.

[39] Die Einstellung der SS zum Zionismus
20. Oktober 1936; BArch: R/58-955 (Verfolgung der Juden).

II 112
Ec./Hg.

Bericht.

»Die *Zionistische Weltorganisation.«
Teil I.

Berlin, den 20. Oktober 1936.

A. Organisation und Ziele.

II. Organisation.

a.) Die ›*Zionistische Weltorganisation‹ (ZO). (Siehe Anlage 1)

Im politischen Weltzionismus, besonders in seinem Zentrum Palästina, gibt es alle Parteischattierungen, die politisch in anderen Ländern denkbar sind. Durch die Auswanderung junger Menschen besonders aus dem Proletariat des europäischen Ostens, die in Palästina als Arbeiter ihre Existenz fanden, erklärt sich die Stärke der politischen Arbeitergruppen, die sich grösstenteils zur II. Internationale bekennen. Innerhalb der ›*Zionistischen Weltorganisation‹ sind diese in der »Zionistischen Arbeiterpartei« zusammengefasst. Überdies dürfen auch heute Einwanderungszertifikate (Erlaubnisscheine für mittellose Einwanderer) nach den Bestimmungen der Mandatsmacht England nur an solche Bewerber ausgegeben werden, die den Nachweis einer entsprechenden Umschulungszeit für landwirtschaftliche und handwerkliche Berufe erbringen könne.[1] Zum Zwecke dieser Umschulung wurde von der ›*Zionistischen Weltorganisation‹ im Jahre 1921 der »Weltverband des Hechaluz« geschaffen. Ihm obliegt die Aufgabe, in allen Ländern, die für eine jüdische Auswanderung nach Palästina in Frage kommen, die Umschulung junger Zionisten in besonders dafür eingerichteten Kursen oder landwirtschaftlichen Ausbildungslagern zu betreiben. Sein Sitz ist Warschau; er umfasst 100 000 Mitglieder.

Als politische Gruppen im Weltzionismus sind weiter die sogenannten »Mittelparteien« zu nennen: Die »Weltvereinigung der Allgemeinen Zionisten – Gruppe

[1] Im Jahre 1922 erhielt England vom Völkerbund das Mandat für Palästina. In den 30er Jahren gab es vier Kategorien von Einwanderungszertifikaten: Kategorie A (Einwanderer mit eigenen Mitteln); Kategorie B (Einwanderer mit gesichertem Lebensunterhalt); Kategorie C (Einwanderer mit sicherer Aussicht auf Beschäftigung [Arbeiterzertifikate]); Kategorie D (Einwanderer auf Anforderung). Am wichtigsten war Kategorie C (die Arbeiterzertifikate), die nach Maßgabe der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes zugewiesen wurde. Wegen des arabischen Aufstands im Jahre 1936 wurde ab 1937 die Kategorie C (Arbeitereinwanderung) stark begrenzt. Die Kategorie A, also Einwanderer mit eigenen Mitteln, blieb jedoch unbeschränkt.

A«, eine sozialistisch orientierte Mittelstandsgruppe, und der »Weltverband der Allgemeinen Zionisten – Gruppe B«, der mehr extrem national-jüdisch eingestellt. Die religiös-orthodoxe Richtung innerhalb des Zionismus findet ihren Ausdruck im »Weltverband des Misrachi« (Merkas ruchani = geistiges Zentrum). Aus dem Bedürfnis, innerhalb des Zionismus der religiös-indifferenten Richtung eine orthodoxe entgegenzustellen, entstand 1902 in Wilna dieser Weltverband. Er erstrebt den Aufbau Palästinas im Geiste des überlieferten religiösen Judentums.

Der Restbestand der revisionistischen Oppositionsgruppe innerhalb der ›*Zionistischen Weltorganisation‹ ist die »Judenstaatspartei«.[2] Der Grossteil dieser Gruppe ist im Jahre 1933 aus der ZO ausgetreten und hat eine eigene selbständige Organisation, die »*Neue Zionistische Organisation«, ins Leben gerufen. (Siehe Leitheft »*Neue Zionistische Organisation!«).

Die beiden Hauptfinanzierungsinstrumente der ZO sind der »*Keren Kajemeth LeJisrael (KKL)«, der Fonds zum Erwerb von Grund und Boden in Palästina, der damit Nationaleigentum des jüdischen Volkes wird, und der Aufbaufonds »*Keren Hajessod (KH)«. Beide stehen besonders unter dem Einfluss der jüdisch-sozialistischen Arbeitergruppen.

Der »Weltverband des Misrachi« unterhält für seine Arbeit innerhalb der ZO einen eigenen Fonds, den »Keren Tora Wa'Awoda«.

Alle zwei Jahre wird von der ZO ein Kongress einberufen, zu dem die Mitglieder der zionistischen Landesverbände in den einzelnen Ländern ihre Delegierten wählen. Zur Wahl ist jedes Mitglied berechtigt, das seine Zionistensteuer (Schekel) ordnungsgemäss entrichtet hat. Aus den Reihen der Delegierten werden die Mitglieder des Aktionskomitee der ›ZO‹ gewählt, das die Aufgabe hat, die ›Executive der ZO‹, die ebenfalls vom Kongress gewählt wird, in ihrer Geschäftsführung zu beraten. Diese ›Executive‹ ist vom Völkerbund und von der Mandatsmacht England als offizielle Vertretung der Juden Palästinas anerkannt. Ihre Vertretung beim Völkerbund ist die »*Jewish Agency for Palestine« mit ihrem ›Council‹ und der aus ihr gewählten »Executive der *Jewish Agency«. Ihre Mitglieder sollen zur Hälfte aus Vertretern des ›Zionistischen Executivkomitees‹, zur anderen Hälfte aus Nichtzionisten bestehen.[3] Tatsächlich aber sitzen in der ›*Jewish Agency‹ zum grössten Teil Zionisten und nur wenige sogenannte Nichtzionisten.

Von der Mandatsmacht England erhält die ›*Jewish Agency‹ die halbjährig freigegebenen Einwanderungszertifikate für Arbeiter zur Verteilung an ihre Palästinaämter, die bei den einzelnen Landesverbänden unterhalten werden. Die Landesverbände sind die offiziellen zionistischen Organisationen in den einzelnen Staaten (In Deutschland die »*Zionistische Vereinigung für Deutschland – *ZVfD«).

---

[2] Die Mitglieder der internationalen Judenstaatspartei erklärten sich noch als Mitglieder der *Zionistischen Weltorganisation.

[3] Innerhalb der zionistischen Bewegung gab es damals keine Übereinstimmung darüber, ob Nichtzionisten überhaupt als Mitglieder der Executive der *Jewish Agency zugelassen werden sollen.

Für die Frauenarbeit innerhalb der ›*Zionistischen Weltorganisation (ZO)‹ wurde 1920 in London die »*Women's International Zionist Organisation (Wizo)« gegründet.

Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der ZO betrug am 1.3.1936 1,2 Millionen.

Der Sitz der ›*Zionistischen Weltorganisation‹ war von 1897–1905 Wien, von 1905–1911 Köln, von 1911–1914 Berlin, von 1914–1918 Kopenhagen und seitdem London und Jerusalem.

Sämtliche in der ZO zusammengefassten Parteien und Verbände werden von einer zentralen Abwehr- und Überwachungsstelle überwacht, die im jüdisch-politischen Leben eine ausserordentlich wichtige Rolle spielt. Diese Stelle führt den Namen »*Hagana« (Die Geheime). Mit dem Einsetzen der starken Einwanderung von Juden aus der ganzen Welt nach Palästina, dessen politisch interessierender Beginn mit dem Jahre 1920 angesetzt wird, ergab sich die Notwendigkeit, die neugeschaffenen jüdischen Siedlungsgebiete militärisch gegen häufige Angriffe der benachbarten Araber- und Beduinenstämme zu sichern. Aus einem anfänglich lokal aufgezogenen Ortsschutz kam es im Laufe der Jahre durch die Zunahme der geschlossenen Angriffe von Arabern auf jüdische Besitzungen zur Zentralisierung der Ortsschutzgruppen in Selbstwehrorganisationen waren jeweils der politischen Einstellung der einzelnen Siedlungen entsprechend den Parteiorganisationen angegliedert.

Aufgabe dieser Selbstwehrorganisationen war im Anfang ausschliesslich die Abwehr von arabischen Angriffen und die Stützung der eigenen Partei. Erst im Jahre 1929 fand eine weitgehende Zentralisierung und Vereinheitlichung dieser Organisation, die dann als »*Hagana« bezeichnet wurde, gelegentlich der blutigen Unruhen statt. Der Einfluss und das Interessengebiet der ›Zionistischen *Hagana‹ erstreckt sich über die ganze Welt. In ihr sind in erster Linie militärisch alle wehrfähigen Männer der verschiedenen politischen Parteien der ›*Zionistischen Weltorganisation‹ erfasst.

Die oberste Leitung liegt in Händen des ›Aktions-Komitees‹ und setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen, die auch wirtschaftlich von der Organisation unterhalten werden. Der erweiterte ›Führerkreis‹ besteht aus 500 Juden (siehe Anlage 2). Diese sind als militärische Instrukteure in den Siedlungsgebieten und als Verbindungsstab und in den Parteistellen und Behörden tätig.

Das ›Aktionskomitee‹ und der erweiterte ›Führerkreis‹ setzt sich zum größten Teil aus ehemaligen Militärs der ost-europäischen Staaten und einigen Amerikanern zusammen. Der Führerschicht folgt die aktive ›*Hagana-Kampftruppe‹, die aus Siedlern, Land- und Industriearbeitern besteht. Die Stärke dieser Gruppe wird mit 6000 Mann angegeben. Sie wird ständig militärisch und sportlich gedrillt und weitergebildet und mit den neuesten Kampfmethoden vertraut gemacht. Die Armierung dieser Truppe ist modern, sie besteht aus Gewehren, Pistolen, Handgranaten, Maschinengewehren und einigen leichten Gebirgsgeschützen. Dieses

Material ist in den verschiedenen ländlichen und vorstädtischen Siedlungen untergebracht. Ausserdem verfügt die ›*Hagana‹ über 10 Flugzeuge und ein aus zahlreichen privaten Kraftfahrzeugen gebildetes Kraftfahrerkorps. Eigene Klein-Sendestationen vervollständigen die Ausrüstung.

Aus dieser Gruppe rekrutiert sich durch die Vermittlung höherer jüdischer Polizeioffiziere die Regierungshilfspolizei, die in den häufigen Unruhen von der Mandatsregierung eingesetzt wurde. Neben der Aktivgruppe unterhält die ›*Hagana‹ eine Reserve, der etwa 50–60000 Juden angehören.

Mit ausnahme der ›Obersten Leitung‹ gehen die Angehörigen der ›*Hagana‹ Berufen nach, die meist irgendwie für die Aufgaben der Organisation wichtig sind.

Neben der Weltorganisation besteht ein Überwachungs- und Spionagedienst, soweit er von Tel-Aviv geleitet wird, werden nur die fähigsten Männer aus den Reihen der palästinensischen ›*Hagana‹ verwendet. Das ›Aktionskomitee‹, das gelegentlich auch direkt in der militärischen Organisation tätig ist, besteht aus 10 Mitgliedern. Nach Angaben eines sehr vertrauten V-Mannes[4] gelang es nicht nur durch den starken jüdischen Einfluss direkter und indirekter Art innerhalb Palästinas das ›Criminal Investigation Department of Policy (C. I. D.)‹, den »Intelligence Service« und die Postzensurstelle mit ›*Hagana‹ Leuten zu durchsetzen, sondern darüber hinaus findet man auch in der »Sûreté Générale« und im französischen Spionagedienst, im Iraq in der Polizei und in Ägypten in Polizei- und Regierungsämtern eigene und bezahlte ›*Hagana‹-Agenten teils nichtjüdischer Herkunft.[5]

Die Zentralleitung des Überwachungs- und Spionagedienstes der Zionistischen ›*Hagana‹ war bis Anfang 1936 in London. Mit der Übernahme der französischen Regierung durch Léon Blum wurde diese nach Paris verlegt. In fast allen Ländern der Welt unterhält dieser Dienst seine Agenten.

Die Interessen dieses Dienstes liegen auf sämtlichen Gebieten des öffentlichen Lebens, der Politik, Militärwissenschaft usw., um in geeigneten Augenblick für jüdisch-politische oder wirtschaftliche Zwecke benutzt zu werden.

---

[4] Der SD nutzte Korrespondenten des DNB (Deutsches Nachrichtenbüro) als Agenten (Vertrauensmänner), um weltweit Informationen zu sammeln. In Palästina fungierteder DNB-Korrespondent in Jerusalem, Dr. Franz Reichert, als Agent für den SD. Feivel Polkes, ein früheres Mitglied der *Haganah, war einer von Reicherts Informanten für jüdische und arabische Angelegenheiten in Palästina. Reichert arrangierte sogar ein Treffen zwischen Polkes und SD-Funktionären, einschließlich Adolf Eichmann, in Berlin im späten Februar 1937. Während es in Polkes Interesse lag, die Auswanderung von deutschen Juden nach Palästina zu verstärken, ist es nicht klar, was der SD durch diese Verbindungen erreichen wollte. Reichert diente auch als Vertrauensmann für das Auswärtige Amt durch das Deutsche Generalkonsulat in Jerusalem.

[5] Unter anderem überzeugte Feivel Polkes die Deutschen davon, dass das *Haganah persönliche Kontakte zum britischen, französischen, italienischen und anderen bedeutenden Geheimdiensten unterhielt.

b.) Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland. (*ZVfD)
(Siehe Anlage 3 u. 3a)

In Deutschland ist aus der im Jahre 1897 entstandenen »Nationaljüdischen Vereinigung« der heutige Landesverband der »*Zionistischen Weltorganisation«, die »*Zionistische Vereinigung für Deutschland (*ZVfD)« hervorgegangen, die alle im Deutschen Reich wohnenden Zionisten erfasst.[6]

Oberstes Organ der ›*ZVfD‹ ist der ›Delegiertentag‹, zu dem jeder Zionist, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, wahlberechtigt ist. Dieser ›Delegiertentag‹ tritt in der Regel alljährlich zusammen.[7] Er wählt den ›Landesvorstand‹ und den ›Geschäftsführenden Ausschuss‹. Diese beiden Institutionen haben die Aufgabe, die Organisation bis zum nächsten Zusammentritt des Delegiertentages zu leiten. Der Vorsitzende des Landesvorstandes ist zugleich Vorsitzender der ›*ZVfD‹. Die Vereinigung legt ihr besonderes Augenmerk auf die jüdische Jugend. In dem »Arbeitskreis zionistischer Bünde« hat sie sich eine Institution geschaffen, in der unter ihrem massgeblichen Einfluss die aktiven Träger zionistischer Jugendarbeit zusammengefasst sind.

Als zionistische Umschulungsorganisation betätigen sich der »*Hechaluz« und die ihm angeschlossenen Organisationen »*Haschomer Hazair« und »Bund der *Werkleute«. Sie haben die Aufgabe, die Palästinaauswanderer von den in Deutschland innegehabten, grösstenteils akademischen, wirtschaftlichen und freien Berufen auf die Landwirtschaft und das Handwerk umzuschulen. Der im Jahre 1923 gegründete Landesverband des »*Hechaluz« in Deutschland ist ein Glied des Weltverbandes des »*Hechaluz«. Im Jahre 1935 zählte er in Deutschland ca. 15 000 Mitglieder.

Die »*Zionistische Vereinigung für Deutschland« steht in engster Verbindung mit den beiden Fonds, dem »*Keren Kajemeth Lejisrael« und dem »*Keren Hajessod«.

Die Auswanderungsangelegenheiten von Deutschland nach Palästina werden durch das »*Palästinaamt der Jewish Agency« in Berlin durchgeführt. Im Reichsgebiet unterhält das Palästinaamt 22 Zweigstellen. Ausserdem bestehen in ca. 350 Orten des Reiches Vertrauensstellen, mit denen von der Berliner Zentrale eine ständige Verbindung aufrecht erhalten wird. Das Palästinaamt besteht aus einer allgemeinen Beratungsstelle für Auswanderer, einer juristischen Abteilung, Wirtschafts- und Zertifikatsabteilung, einer Abteilung für Handwerkerauswanderung und einer Passage- und Organisationsabteilung. Sie unterhält ferner einen eigenen Informationsdienst für Devisen- und Steuerberatung und erledigt sämtliche Transfer- und Wirtschaftsangelegenheiten für die Auswanderer nach Palästina.

[6] Ab 1935 erfasste die *ZVfD aber nicht mehr alle Revisionisten in Deutschland. Einige schlossen sich der neuen *Staatszionistischen Organisation an.

[7] Während des Dritten Reiches fand nur ein Delegiertentag der *ZVfD statt, und zwar im Februar 1936.

Die Sportorganisation der ›*ZVfD‹ ist der 1898 gegründete »Deutsche Makkabikreis«. Er ist Mitglied des »Makkabi-Weltverbandes« und erstrebt die körperliche und geistige Schulung seiner Mitglieder. Auch er betreibt eine Umschulung für Palästina in Anlehnung an den ›*Hechaluz‹ durch seine Umschulungsorganisation, den »Makkabi-Hachscharah«. Sein Organ ist das monatlich erscheinende Blatt »Der Makkabi«. Dem »Makkabi-Kreis« sind viele kleine, meist hebräisch bezeichnete Sportvereine, sowie die Jugendorganisation »Makkabi-Hazair« (Der junge Makkabäer) angeschlossen.

Als Jugendorganisationen sind noch zu nennen: Der »*Habonim noar chaluzi« (Der junge Pionier), eine Organisation, die der »*Hechaluz« geschaffen hat, um die unter 17 Jahre alten Juden schon in seinem Sinne zu erziehen und sie dann nach Erreichung des vorgeschriebenen Alters in den »*Hechaluz« zu übernehmen, der »Zeire Misrachi« (Der junge Misrachist) und der »Brith Hanoar Chel Zeire Misrachi«. Letzterer zählt 3000 Mitglieder, davon in Berlin 500. Die beiden letztgenannten Vereinigungen sind die Jugendorganisationen der »Unabhängigen Landesorganisation Misrachi«, einem Glied der »*Misrachi Weltorganisation« in Deutschland.

Für die Frauenarbeit hat die »*Women's International Zionist Organisation« (Wizo) in Deutschland den »Verband jüdischer Frauen für Palästinaarbeit« geschaffen, der dem »*Jüdischen Frauenbund« in Deutschland angeschlossen ist.

Innerhalb der *ZVfD sind in Deutschland die ›*Allgemeinen Zionisten – Gruppe A‹, eine Landesvertretung der ›Weltvereinigung der Allgemeinen Zionisten – Gruppe A‹, vertreten. Ihre Mitglieder rekrutieren sich aus den bürgerlichen Elementen der ›*ZVfD‹, die jedoch zahlenmässig sehr gering sind.

Die Mitgliederzahl der ›*ZVfD‹ wurde am 31.3.1936 mit 25 000 angegeben. Ihr Sitz ist Berlin.

c) Die politische Gliederung der Zionistischen Organisation in Palästina. (Siehe Anlage 1).

Die grosse Gewerkschaft der ›Zionistischen Arbeiterpartei‹ in Palästina ist die »*Histraduth Ha-Owedim« (Organisation der Arbeiter). Sie findet ihren politischen Ausdruck in der »Mapai«[8] (Mifliget Poalim Erez-Israelim = Vereinigung der Arbeiter Erez Israels), der seit 1930 folgende jüdisch-sozialistische Parteien angehören: »*Poale Zion« (Arbeiter Zions), »*Hapoel Hazair« (Der junge Arbeiter) und »*Haschomer Hazair« (Der junge Wächter).

Die »*Poale Zion« war der II. Internationale angeschlossen, der »*Hapoel Hazair« umfasste alle Mitglieder der sozialistisch-kollektivistisch geleiteten landwirtschaftlichen Arbeitersiedlungen des »Kibbuz Arzi« (Kibbuz = Siedlung).

[8] Die Mapai (hebr. »Arbeiterpartei Israels«) entstand 1930 als eine führende politische Partei innerhalb der jüdischen Arbeiterbewegung im damaligen Palästina. Sie war sozial-demokratisch eingestellt und bildete später die Grundlage der modernen Labour Party.

Die Arbeitergewerkschaft ist im »*Waad Leumi« (Jüdischer Nationalrat) als Fraktion »Arbeitendes Erez Israel« vertreten.

Die »*Allgemeinen Zionisten – Gruppe A« und die »*Allgemeinen Zionisten – Gruppe B«, die innerhalb der ›*Zionistischen Weltorganisation‹ in der ›Weltvereinigung der Allgemeinen Zionisten‹ bezw. im »Weltverband der Allgemeinen Zionisten« zusammengefasst sind, bilden auch in Palästina die sogenannten »Zionistischen Mittelparteien«. Auch der »Weltverband des *Misrachi« hat in Palästina seine Landesorganisation, die sich dort ebenfalls politisch betätigt. Für die Umschulungsarbeit unterhält sie den »Brith Chaluzim Datiim (Bachad)« (Bund religiöser Pioniere). Die »Hapoel Hamisrachi« ist die Arbeitergewerkschaft der zionistisch-orthodoxen Gruppe in Palästina.

Überdies sind noch die »Judenstaatspartei« und die »Handwerkerorganisation« als zionistische Parteigruppen in Palästina vertreten. Sämtliche Gruppen haben ihrer Vertreter in der »Knesseth-Jisrael« (autonome jüdische Vertretung aus den Gemeinden). Diese wählt die »Assefath Haniwcharim« (Jüdische Nationalversammlung, von der wiederum der »*Waad Leumi« (Jüdischer Nationalrat) als Arbeitsausschuss der »Knesseth-Jisrael« aufgestellt wird.

Für die aus den verschiedenen Ländern zugewanderten Juden sind innerhalb Palästinas Organisationen geschaffen, die die Beratung und Unterbringung in geeignete Arbeitsstellen vermitteln. Für Einwanderer aus Deutschland besteht die »*Hitachduth Olej Germania« (Wirtschaftsvereinigung ehemaliger Deutscher).

III. Ziele.

Die ›*Zionistische Weltorganisation (ZO)‹ erstrebt die Wiederherstellung eines jüdischen Staatslebens. Diese Zielgebung fand ihre Präzisierung auf dem 1. Kongress in Basel im Jahre 1897 und hat folgenden Wortlaut:

> »Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.« (Baseler Programm).

Die Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden, ferner die Stärkung des jüdischen Volksbewusstseins, sowie die Gliederung und die Zusammenfassung des gesamten Judentums sollen die Mittel sein, mit denen die Z. O. ihr Ziel zu erreichen versucht. In den ausserpalästinensischen Ländern (Diaspora) erzielt die ZO als Zwischenlösung eine ›nationale kulturelle Autonomie‹, d. h. die selbständige Verwaltung aller kulturellen Güter (Schulen, Gemeinden usw.).

B. Verbindungen und Einflüsse.

I. Im Ausland.

Sowohl im Reich als auch im Ausland unterhalten die zionistischen Organisationen enge Beziehungen zu allen jüdischen Gruppen und den verschiedenen

politischen Richtungen des internationalen Judentums. Im Jahre 1919 gründete die ›*Zionistische Weltorganisation‹ das »*Comité des Délégations Juives« – ursprünglich mit dem Zusatz: »auprès de la conférence de la paix« (bei der Friedenskonferenz) – mit dem Sitz in Paris. Dieses Comitee verstand es durchzusetzen, dass in die Friedensverträge mit den neugegründeten Oststaaten sowie mit Österreich und Ungarn Bestimmungen über die Wahrung der nationalen Rechte der jüdischen Minderheiten aufgenommen wurden. Diese Rechte wurden vom Völkerbund gewährleistet.

Auf Betreiben des Comitees wurden in England, Frankreich, Belgien, Holland, Österreich und in der Schweiz im Frühjahr 1933 die vielen Organisationen zur Unterstützung jüdischer Emigranten aus Deutschland gegründet. Diese Einrichtung müssen naturgemäss als Hetzinstrumente gegen das Dritte Reich angesehen werden, weil sie ausschliesslich für die Unterstützung von emigrierten Juden aus Deutschland gegründet worden sind.

Das »*Comité des Délégations Juives« ist weiter der Einberufer des »*Jüdischen Weltkongresses«, der zu seiner 1. Sitzung in der Zeit vom 8.–14.8.1936 in Genf zusammentrat. Die Teilnehmer setzten sich neben einem verschwindend kleinen Teil von Nichtzionisten in der Mehrzahl aus Delegierten der ZO zusammen. Ihr Anteil kann mit ungefähr 80% angesetzt werden. Bezeichnend für diesen Einfluss sind die Ausführungen in Nr. 33 des ›Israelitisches Wochenblattes für die Schweiz‹ vom 14.8.1936:

> »Der Kongress verdankt sein Entstehen jenem Teil des Judentums, der sich in den letzten Jahrzehnten für das gesamte jüdische Volk als der aktivste bewährt hat: *den zionistischen Kreisen.*
>
> Dr. Stephen *Wise in Amerika und Dr. Nachum *Goldmann in Europa waren die beiden Hauptinitiatoren, die den Kongress entstehen liessen.«

Das Wohlwollen, das dieser Kongress durch massgebliche Stellen des Völkerbundes erfährt, zeigt die Teilnahme des ›Hohen Kommissars für die Flüchtlingshilfe‹, Sir Neill Malcolms an der Abendsitzung am 10.8.1936 und insbesondere seine Ausführungen bei dieser Gelegenheit, die ihrer Wichtigkeit wegen zitiert werden:

> »Ich bin glücklich, dass mein Besuch in Genf anlässlich der Vorbereitung meines Berichtes, den ich in kurzem dem Völkerbundsrat zu überreichen habe, zusammenfällt mit dieser grossen und wunderbaren Versammlung. Ich sage, dass ich glücklich darüber bin, weil ich als Lernender, als Student zu ihnen komme. ... Die schwere Last, die Sie tragen, zu erleichtern, ist mein grösster Ehrgeiz!«

Über die beiden Fonds, den »*Keren Kajemeth Lejisrael« und den »*Keren Hajessod«, unterhält die ZO ständige Verbindungen zu allen internationalen caritativen jüdischen Organisationen. Nachdem durch den ›*Jüdischen Weltkongress‹ der Grossteil des Gesamtjudentums erfasst und damit eine parlamentarische Interessenwahrung geschaffen war, wurden als organischen Aufbau Presse-, Pro-

paganda- und Abwehrinstitutionen in der ganzen Welt geschaffen. In erster Linie sind die verschiedenen offiziellen Nachrichtenagenturen, wie z. B. die ITA (*Jüdische Telegraphen Agentur) und die PTA (Palestine Telegraphic Agency) zu nennen. Die *ITA hat ihren Hauptsitz in New York und unterhält Zweigstellen in Berlin, London, Paris, Prag und Warschau.

Von noch grösserer Bedeutung für die politischen und wirtschaftlichen Machtbestrebungen der Zionisten ist das Netz des über die ganze Welt verbreiteten ›*Hagana‹-Geheimdienstes. Dieser Dienst hat nicht nur in sämtlichen jüdischen Organisationen einen massgeblichen Einfluss, sondern übt darüber hinaus durch seinen internationalen Spionageapparat eine eingehende Überwachung politischer und wirtschaftlicher Geschehnisse aus, deren Ergebnis von der Leitung der ZO nach Bedarf verwertet werden kann. Einflussreiche ›*Hagana‹-Leute sitzen in den wesentlichsten politischen Überwachungszentralen der Weltmächte, so z. B. in Palästina im englischen »Intelligence Service« und »Secret Service«, in Paris im »Deuxième Bureau« (französische Nachrichtendienstzentrale) und in dem französischen Mandatsland Syrien in der »Sûreté Générale« (französischer Nachrichtendienst).

Sowohl die zahlenmässige Zusammensetzung der Mitglieder in der ›*Zionistischen Weltorganisation‹, die ausser den zionistischen Landesverbänden zumeist auch den sozialistisch-demokratischen Parteien in den einzelnen Ländern angehören, als auch das parlamentarisch-demokratische System in der Arbeit der ZO bedingen ihre Bindung zur II. Internationale.

II. In Deutschland.

Die »*Zionistische Vereinigung für Deutschland« ist als Trägerin der zionistischen Idee innerhalb der Reichsgrenzen ein tätiges Glied der Territorialen »*Zionistischen Weltorganisation«.

Auch zu den inländischen jüdischen Organisationen unterhält die *ZVfD enge Beziehungen. In die »*Reichsvertretung der Juden in Deutschland« hat sie ihre Vertreter entsandt. Durch das »*Palästinaamt der Jewish Agency«, die in Auswanderungsangelegenheiten nach Palästina Instanz, kann die ZO ihren Einfluss auf alle Gliederungen des Judentums in Deutschland ausüben, bei denen ähnliche Fragen auftreten. Die Jugend- und Sportorganisationen der *ZVfD sind im »*Reichsausschuss der jüdischen Jugendverbände« bezw. im »Reichsausschuss der jüdischen Sport-Verbände« vertreten.

Bis zur Machtergreifung waren die Umschulungsorganisationen der *ZVfD als durchaus marxistisch beeinflusst anzusehen. Die Mitglieder der Berliner ›*Hechaluz‹-Ortsgruppe gehörten zumeist der SPD an. Heute bemüht sich der ›*Hechaluz‹ jedoch als harmlose zionistische Organisation zu erscheinen. Im Gegensatz dazu steht die bekannte Tatsache, dass die aus Deutschland kommen-

den ›Chaluzim‹ (Pioniere) nach ihrer Ankunft in Palästina sofort in den dortigen marxistischen Organisationen aufgehen.

C. Einstellung zum nationalsozialistischen Staat.

Die ›*Zionistische Weltorganisation‹ arbeitet eng zusammen mit den Zentralen der Greuel- und Boykottpropaganda gegen das Deutsche Reich.

Zum Beweis seien folgende Tatsachen angeführt:

1.) Führende amerikanische Zionisten sind an der Gründung und Arbeit von Boykottorganisationen massgeblich beteiligt: u. a. ist Samuel *Untermeyer Präsident der »Non-Sectarian Anti-Nazi-League«. Auch der von seiner Eröffnungsrede auf dem ›*Jüdischen Weltkongress‹ bekannte antideutsche Hetzer Stephen *Wise fehlt nicht in den Reihen dieser Unternehmen.

2.) Der schon unter B erwähnte ›*Jüdische Weltkongress‹ hat in seinen Beschlussfassungen erneut zum verschärften Kampf gegen den nationalsozialistischen Staat aufgerufen. Sehr deutlich kommt das in der nachstehend wiedergegebenen Resolution des Executivkomitees des ›*Jüdischen Weltkongresses‹ zum Ausdruck:

> »Das Executivkomitee des ›*Jüdischen Weltkongresses‹ erhebt feierlich Protest gegen die methodisch organisierte Bedrohungsgefahr und Verleumdungskampagne, die auf dem Nürnberger Parteitag von höchsten Würdenträgern der deutschen Regierung und der nationalsozialistischen Partei gegen das gesamte Judentum entfesselt worden ist. Das Executivkomitee protestiert u. a. gegen den Versuch, den politischen Kampf der deutschen Regierung gegen einen anderen europäischen Staat mit der widersinnigen Behauptung zu verquicken, dass Judentum und Bolschewismus identisch seien. Es genügt, an die geschichtliche Tatsache zu erinnern, dass es nicht das ›Weltjudentum,‹ sondern der deutsche Militarismus war, der während des Weltkrieges der bolschewistischen Bewegung zur Macht verhalf. Das Executivkomitee lenkt die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Leiden und Gefahren, die für Hundertausende unschuldiger jüdischer Männer, Frauen und Kinder aus Deutschland aus der erneuten zügellosen Entfesselung der antisemitischen Leidenschaften erwachsen. Das Executivkomitee richtet an die Staatsmänner und an die Presse aller Kulturstaaten den feierlichen Appell, den von den höchsten Stellen des Deutschen Reiches und der nationalsozialistischen Partei ausgehenden Verleumdungen, die sich gegen die Juden in allen Ländern richten und die in allen Staaten Konflikte und Krisen heraufbeschwören wollen, nachdrücklich entgegenzutreten.Das Executivkomitee des *Jüdischen Weltkongresses übermittelt diese Erklärung im Namen der vielen Millionen Juden, die es vertritt, den einzelnen Regierungen und Parlamenten, dem Völkerbund und der Weltpresse.«

Selbst die naturgemäss in Deutschland sehr zurückhaltende Einstellung der *ZVfD gegenüber den Behörden ändert nichts an der scharfen Gegnerstellung der ›*Zionistischen Weltorganisation‹ zum nationalsozialistischen Staat.[9]

D. Zusammenhang.

Die Ausführungen unter B und C haben ergeben, dass sich die ›*Zionistische Weltorganisation‹ im Ausland in sehr eindeutige Gegnerschaft zum Nationalsozialismus gestellt hat.

Wenn sich die *ZVfD – als innerhalb der Reichsgrenzen bestehende jüdische Organisation – eine Zurückhaltung auferlegt hat, so ist der Grund nicht etwa in einer freundlichen Haltung dem Staat gegenüber zu suchen, sondern in der Erkenntnis, dass jede jüdische Organisation, gleich welcher Art, ein 100%er Gegner des Nationalsozialismus sein muss.

[9] Die wichtigsten jüdischen Organisationen in Deutschland (Zionisten und Nichtzionisten) erklärten sich während der 30er Jahre öffentlich gegen die antideutschen Propaganda- bzw. Boykottkampagnen.

[40] Der Zionismus und die Judenpolitik der SS
Januar 1937; BArch: R/58-956.

Zum
Judenproblem

Januar 1937.

Die Juden in der ganzen Welt stellen eine Nation dar, die nicht land- oder volkssondern geldgebunden ist. Sie sind und müssen daher ein ewiger Feind des Nationalsozialismus sein. Alle Einwände und Verständigungsvorschläge, die zu erwarten sind, müssen aus der Erkenntnis, dass der Jude einer der gefährlichsten Feinde ist – weil er nie ganz ergreifbar sein wird – als nicht stichhaltig schon im Voraus zurückgewiesen werden.

Leitgedanke bei den nachstehenden Ausführungen ist die »Entjudung Deutschlands«. Eine solche kann nur erfolgen, wenn den Juden in Deutschland die Lebensbasis, d.h. die wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit, genommen wird.

Die Förderung der Auswanderung nach Gebieten, wo die Juden dem Reich nicht schaden können, ist, soweit es sich um die jüngere Generation handelt, eine zwingende Notwendigkeit.

Dem Einwand, dass durch eine konzentrierte Auswanderung von Juden dem Weltjudentum Vorschub geleistet wird, weil dadurch eine neue Machtentfaltungsmöglichkeit für Juden gegeben wird, muss entgegengehalten werden, dass das Problem in erster Linie zu Deutschlands Gunsten gelöst werden muss. Eine derartige Lösung kann nur die Auswanderung nach solchen Gebieten sein, die auf keiner hohen Kulturstufe stehen – um dadurch zu verhindern, dass Juden neuen Reichtum anhäufen –, in denen der Jude mindest auf Jahrzehnte festgehalten wird und wo er nur unter entbehrungsreicher Arbeit sich erhalten kann.

Auszugehen ist von der Tatsache, dass die bisherigen Massnahmen zur Förderung der Auswanderung von Juden aus Deutschland, die durch die Zurückdrängung von Juden aus Teilen des öffentlichen Lebens – nicht aus der Wirtschaft – und aus »jüdisch-ideellen Gründen« (Zionismus) nicht ausreichend waren – oder zumindest zur Zeit nicht mehr ausreichen.

Dagegen hat sich – besonders in den letzten Monaten – eine starke »Auswanderungsmüdigkeit« bemerkbar gemacht, die begründet ist durch die »grosse Befriedung der Judenfrage« (Äusserung zahlreicher befragter Juden) in Deutschland; die damit verbundene völlige Freiheit für Juden, sich im deutschen wirtschaftlichen Leben gewinnbringend zu betätigen; die Schwierigkeit der Auswanderung – nach Palästina durch die Unruhen von 1936, nach anderen Ländern durch scharfe Einwanderungsbestimmungen; den grossen Kapitalverlust bei der Auswanderung (Reichsfluchtsteuer, Sperrmarkkurs, *Haavara-Abgabe bei Palästina-Auswanderung usw.).

Diesem Rückgang in der Auswanderung[1] – die die einzige Möglichkeit einer »Entjudung« Deutschlands darstellt – kann nur erfolgreich begegnet werden, wenn

1. eine weitgehende Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft erfolgt,
2. wenn der politische und gesetzliche Druck wesentlich verstärkt wird, und
3. die technischen Möglichkeiten der Auswanderung erweitert werden.

...

Förderung der Auswanderung:

In den vorstehenden Abschnitten werden Massnahmen behandelt, die eine weitgehende Verdrängung von Juden zum Ziel haben, um den eigentlichen Zweck: *die verstärkte und gesicherte Auswanderung* zu fördern. So dringend an sich die Auswanderung von Juden aus dem Reichsgebiet ist, so darf hierbei eine absolute Zielstrebigkeit nicht übersehen werden. Insbesondere muss darauf geachtet werden, dass die jüdische Auswanderung *konzentriert*, d.h. nur nach gewissen Ländern erfolgt, um dadurch zu vermeiden, dass wir uns in einer Anzahl von Ländern ein feindliches Gremium schaffen, das die Bevölkerung der betreffenden Länder ständig gegen Deutschland aufhetzt.[2] Bei der Anstrebung der Auswanderung muss also von drei massgebenden Gesichtspunkten ausgegangen werden, nämlich

a. für welche Länder kommt eine Massenauswanderung technisch in Frage;
b. welche Länder würden eine grössere Anzahl von Juden aufnehmen, ohne dass von dort eine Weiterwanderung zu befürchten ist;
c. wie wird die Auswanderung technisch gefördert.

...

Zu b.

Wenn bereits eingangs betont wurde, dass eine grosse Verteilung der jüdischen Auswanderung sowohl aus politischen wie auch aus wirtschaftspolitischen Gründen (Hetze und Boykott) nicht wünschenswert erscheint, so muss bei der Aufstellung eines Planes zur Förderung der Auswanderung in erster Linie die technische Möglichkeit in Betracht gezogen werden.

Aus der Aufstellung ergibt sich nur eine geringe Anzahl von Ländern, die für die Aufnahme von Juden überhaupt in Betracht kommen. Von diesen Ländern

---

[1] Die Zahl der aus Deutschland ausgewanderten Juden hatte nach der ersten Panik im Jahr 1933 abgenommen. Nach dem Höchststand von etwa 37 000 Auswanderern im Jahre 1933 schwankte die jährliche Zahl von 1934 bis Ende 1937 zwischen 20 000 und 25 000.

[2] Die Besorgnis über die mögliche Gründung eines jüdischen Staates in Palästina führte in Regierungs- und Parteikreisen zu einer Debatte über die Auswanderungspolitik der Reichsregierung. Der SD bevorzugte weiterhin eine auf Palästina und einige andere Überseeschwerpunkte konzentrierte Auswanderung. Er lehnte eine Politik der weltweiten Verstreuung deutscher Juden als Mittel zur Verhinderung eines jüdischen Palästinas ab.

wird zweckmässig aus politischen Erwägungen noch ein weiterer Teil ausfallen müssen, sodass endgültig nur noch die folgenden Gebiete in Frage kommen:

In Südamerika: *Ecuador*, *Columbien* und *Venezuela* und bedingt *Brasilien*, an das uns wirtschaftliche Interessen stark ketten, weshalb Brasilien nur im Notfalle – d.h. bei zu geringer Aufnahmefähigkeit der anderen südamerikanischen Länder – freizugeben wäre.

In Asien: *Palästina*

Europa muss aus zwingenden politischen Gründen gänzlich ausscheiden, ebenso wie auch die anderen Gebiete teils aus politischen teils aus wirtschaftlichen Gründen ausfallen müssen.

...

Palästina

Für Palästina wäre eine wesentlich weitgehendere Förderung der Arbeiterauswanderung anzustreben. Diese könnte nur unter wirtschaftlichem Druck des Reichswirtschafts-Ministeriums auf die Paltreu/*Haavara zu erreichen sein. Es lässt sich vorstellen, dass das Wirtschaftsministerium notfalls der *Haavara eine Verkürzung des Transfers androht, um die *Haavara zu veranlassen ihren ganzen Einfluss bei der *Jewish Agency geltend zu machen.

Es steht zu erwarten, dass sowohl seitens des Wirtschafts-Ministeriums – aus Befürchtungen eines Rückgangs der Judenauswanderung – als auch die Paltreu/*Haavara – in Interessenwahrung jüdischer Belange – sich gegen dieses Verlangen aussprechen. Dem muss entgegengehalten werden, dass es unerwünscht ist lediglich jüdischen Kapitalisten die Auswanderung zu ermöglichen, wogegen die unbemittelten Kreise weiter im Reichsgebiet verbleiben und teilweise sogar der Unterstützung zur Last fallen.

Eine anti-jüdische Beeinflussung arabischer Volkskreise in Palästina durch Angehörige der Auslands-Organisation der NSDAP (wie sie in den vergangenen Jahren häufig bemerkbar war) ist unbedingt zu unterbinden.[3] Die Aufhetzung der Araber gegen die jüdischen Einwanderer schädigt letzten Endes das Reich, da durch Unruhen die Auswanderungstätigkeit stark eingedämmt wird, was besonders während der Unruhen des Jahres 1936 ersichtlich wurde.

---

[3] Die Auslandsorganisation (AO) der NSDAP, angeblich die Interessen der deutschen Christengemeinden in Palästina vertretend, war entschieden gegen das *Haavara-Abkommen und die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina. Einige im Auswärtigen Amt sowie im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und im Reichsministerium des Innern stimmten der AO der NSDAP bis zu einem gewissen Grad zu, da sie eine Verschlechterung der deutsch-arabischen Beziehungen befürchteten.

Zu c.

Abgesehen von der Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft und der Einschüchterung empfehlen sich technische Hilfsmassnahmen. Als besonders erfolgreich dürfte hierbei der allgemeine Konzessionszwang sein, der es ermöglicht durch Zurückziehen von Konzessionen bezw. Nichterneuerung derselben die Auswanderung jeweils zu verstärken oder zu vermindern. Im übrigen dürfte bereits ein Konzessionsgesetz den Juden in Deutschland klarmachen, welche Politik getrieben wird.

Es kann wegen der Kürze der Zeit noch kein genauer wirtschaftlicher Plan für die Auswanderung von jüdischen Kapitalisten aufgestellt werden, jedoch wäre dabei an ein System der Kapitalabwanderung im Warenwege (wie sie bisher nach Palästina im *Haavara-Verfahren eine recht gute Lösung fand) zu denken. Zu beachten wäre dabei allerdings, dass die Kapitaltransferierung – nicht wie bisher in jüdischen – sondern in arischen Händen ruht, das privatwirtschaftlich aufgezogen, dennoch durch Personalunion in festen Händen ruht. Es liesse sich hierdurch erreichen, dass nur *der* Transfer in *solchen* Warengruppen vorgenommen wird, der keinerlei Nachteile für den bestehenden deutschen Export bietet.

Eine Auswanderungs-Aufsichtsbehörde ist eine zwingende Notwendigkeit. Hier müsste eine weitgehende Konzentration vorgenommen werden.

Obgleich es wünschenswert erscheint, Juden in Deutschland Auslandspässe zu verweigern, um damit die Freizügigkeit zu verringern und zu vermeiden, dass Juden aus Deutschland im Auslande »neue Hetze« verbreiten, wie dies in der Vergangenheit stets der Fall war, empfähle sich – wenn der Auswanderungswille einwandfrei nachgewiesen wird – eine weitgehende Unterstützung in der Ausstellung von Pässen (wobei es ratsam erscheint die Gültigkeit auf gewisse Länder zu beschränken und die Passgültigkeit durch Rückdatierung zu verkürzen – eine Ausstellung auf eine kürzere Frist würde bei den ausländischen Behörden auf Verdacht stossen – die Beschränkung auf gewisse Länder ist z. B. bei britischen Pässen üblich, würde daher kaum auffallen), der Erteilung von politischen Leumundszeugnissen und Unbedenklichkeits-Bescheinigungen der Finanzämter. Auch für die Überprüfung auf diesem Gebiet und den direkten Verkehr mit den Behörden wäre eine *Zentralstelle* kaum erlässlich.

Aufgabe der neu zu schaffenden Stelle wäre es, die gesamten technischen innerdeutschen Arbeiten für die Auswanderung zu leisten, die Gebiete und Märkte genau zu überprüfen, in die Juden abgeschoben werden bezw. wohin der jüdischen Auswanderungsstrom geleitet werden soll, die Verhandlungen im wirtschaftlichen als auch personenmässigen Sinne mit den diplomatischen Vertretungen der für die Auswanderung freigegebenen Länder zu führen, neue Transferwege für jüdische Kapitalauswanderer zu finden – wobei eine strikte Kapitalhöchstgrenze eingehalten werden muss, was bei der bisherigen Handhabung durch jüdische Auswanderungsorganisationen nicht der Fall war – und

vor allem die Lösung des Gesamtproblems im nationalsozialistischen Sinne durchzuführen.

Von grundlegender Wichtigkeit ist die Beobachtung, dass trotz einer Verringerung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland um fast 20 % (soweit es sich um Rasse-Religionsjuden handelt), das jüdische Kapital – und damit der jüdische Einfluss in Deutschland generell und in der deutschen Wirtschaft speziell – sich nur um 2 % verringert hat. Wenn man von der Tatsache ausgeht, dass es trotz aller Beschränkungen nur möglich war 2 % des Kapitals – der jüdischen Macht – zu verdrängen, muss man zwangsläufig zu der Folgerung kommen, dass der Einfluss – und Kapital bedeutet noch immer, mindest in wirtschaftlicher Hinsicht, Einfluss – trotz einer Verringerung der Bevölkerung der gleiche geblieben ist.

Gerade die personenmässige Verringerung täuscht über den wirklichen Stand hinweg, und man wird nur zu geneigt sein im allgemeinen anzunehmen, dass sich der jüdische Einfluss proportional ebenso verkleinerte. Dass dieses nicht der Fall ist, geht klar hervor. Gleichzeitig lässt dieses erkennen, dass der Jude sich noch immer nicht damit abgefunden hat, dass ihm Deutschland für alle Zeiten verschlossen ist und bleiben wird. Gerade eine Vernachlässigung der scharfen Beobachtung des Verbleibs jüdischen Goldes (mit dem der Jude regiert) bedeutet eine Gefährdung für den stabilen und gesicherten Bestand der Innenwirtschaft.

Aufgabe ist es, die Arbeitsmethode der jüdischen Geldpolitik zu erkennen. Hierin wird eine umfassende Kenntnis erst dann möglich sein, wenn der jüdische Einfluss, wie im Bericht vorgeschlagen, restlos erkannt und erfasst ist. Vorweg lässt sich aber schon feststellen, dass, obgleich es keine jüdischen Aufsichtsräte in Aktiengesellschaften mehr gibt, das Kapital genau so wie bisher in diesen und allen anderen Kapitalgesellschaften tätig ist, nur mit dem Unterschied, dass es heute nicht mehr der jüdische Direktor oder Aufsichtsrat ist, der die judengewollte Geschäftspolitik beeinflusst, sondern ein – fast immer arischer – Delegierter, der in den Versammlungen der Gesellschaften auf Grund des ihm übertragenen Stimmrechts das Gleiche auftragsgemäss erreicht, wobei allerdings der jüdische Einfluss auf Grund der Namenlosigkeit der Anteile völlig verschleiert ist und nicht mehr beachtet wird. Dass bei dieser Methode an sich ebensoviel erreicht wird, wie bei der Besetzung mit jüdischen Personen, braucht nicht näher erläutert zu werden. Zu beachten ist, dass nunmehr der jüdische Einflüss gänzlich getarnt in gleicher Weise durchgeführt werden kann, ohne der Öffentlichkeit jemals vor Augen zu treten. Das Gefahrenmoment beruht darin, dass, abgesehen von dem massgeblichen Einfluss auf die Gesellschaften und deren Wirtschaftspolitik selbst, jederzeit eine Börsen- und damit eine Wirtschaftskrise durch gesteigertes Abstossen von Aktien geschaffen werden kann, die nicht nur die Stabilität der Wirtschaft aufs äusserste gefährdet, sondern auch dem Volksvermögen unendlichen Schaden zufügt.

Eine andere Machtquelle ist der Kapitalkredit bei Industrie, Handwerk, Hausbesitz und Landwirtschaft. Über die immer noch zahlreich bestehenden jüdischen

Bankengruppen, die sich in diesen Fällen meist arischer Makler, Vorderleute oder Namensträger bedienen, werden der Wirtschaft Kredite gegeben, die – wenn es die jüdische Politik für geeignet hält, was in Gefahrenzeiten auf Macht- und Rachebestrebungen der Fall sein dürfte – zurückgezogen werden, und damit eine Zerrüttung der Wirtschaft und des Wirtschaftslebens bedeuten, wie wir eine solche während der Inflation besonders krass sahen.

Wirtschaftler sehen den Verbleib des jüdischen Kapitals als günstig und erstrebenswert an, ohne dabei an die politischen und volkswirtschaftlichen Gefahren zu denken. Das jüdische Kapital, soweit nicht entbehrlich oder unterdrückbar, muss zum Schutze des Volkes in solche Gebiete gezwängt werden, wo es – und das ist das geringste Verlangen, welches gestellt werden muss – langfristig angelegt keine Krisen hervorrufen kann.

[41] Der Zionismus und die Lösung der Judenfrage
21. April 1937; BArch: R/58-1242.

II 112 – 145/37 g II 112 – Berlin, den 21.4.1937.
18 – 1
Wi./Hag.
Vermerk: An II 1

Betr.: Richtlinien und Forderungen an die Oberabschnitte

I. Die Lage:

1a) Die Bekämpfung des Judentums bildet von Anfang an ein Grundprinzip des Nationalsozialismus. Die Judenfrage ist für den Nationalsozialismus kein politisches oder religiöses Problem sondern eine Rassenfrage. Damit ist die Möglichkeit eines Kompromisses von vornherein ausgeschlossen. Die Kampfstellung der NSDAP gegen das Judentum zieht sich durch das ganze Parteiprogramm. Das Judentum ist für den Nationalsozialismus der Gegner schlechthin.

1b) Bis 1933 hatte das Judentum in Deutschland eine absolute Machtstellung inne. Die Juden waren auf einigen Lebensgebieten unbeschränkt führend, obgleich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Deutschland 0,79 % betrug. Sie hatten sich dem deutschen Volke assimiliert, ohne jedoch das Bewusstsein ihres Judentums zu verlieren. Die national-jüdische Bewegung des Zionismus hatte demgegenüber in Deutschland bis 1933 fast keine Bedeutung. Die allgemeine Verjudung des öffentlichen Lebens in Deutschland bildete mit einen Ansatzpunkt der Propaganda der NSDAP.

1c) Nach der Machtübernahme begann der Nationalsozialismus planmässig mit der Beschränkung des jüdischen Einflusses im deutschen Leben. Dieser Prozess war nur auf dem gesetzgeberischen Wege möglich. Der erste, allerdings wenig erfolgreiche Schritt, war der Judenboykott vom 1. April 1933, der einen Gegenschlag gegen die Greuelhetze des Judentums im Ausland bezweckte.

...

Im Frühjahr 1935 wurde der »*Reichsverband der jüdischen Kulturbünde« geschaffen, um den Juden nach ihrer Ausschaltung aus dem deutschen Kulturleben die Möglichkeit eigener kultureller Betätigung zu geben. Die Aufsicht über diese jüdischen Kulturbünde führt als Reichskommissar der Reichskulturwalter *Hinkel.[1]

[1] Kurz nach der Machtübernahme war in Preußen Hans *Hinkel tätig geworden, der im Auftrag des Preußischen Kultusministeriums die »Entjudung des deutschen Kulturlebens« in Angriff nehmen sollte.

Der Höhepunkt dieser gesetzgeberischen Massnahmen waren zweifellos die Nürnberger Gesetze, die die Stellung des Juden in Deutschland klar umrissen.

Der erste Erfolg dieser Massnahmen war, dass die Juden ihre Lage in Deutschland als unerträglich zu empfinden begannen. Die zionistische Bewegung erfasste vor allem die jüdische Jugend, während der jüdische Kapitalist als Auswanderungsziel die europäischen und überseeischen Staaten wählte. Die Zahl der seit 1933 abgewanderten Konfessionsjuden beträgt 105 000, fast 20% ihres Gesamtbestandes. Es waren dies vor allem die Träger jener Berufe, die von der Ariergesetzgebung auf kulturellem Gebiete betroffen wurden.

Die Ausschaltung des Volljuden aus dem kulturellen Leben gelang fast zur Vollständigkeit. Die wirtschaftliche Vormachtstellung der Juden wurde davon aber kaum berührt. Zwar wirkte sich die antijüdische Propaganda der NSDAP auf dem flachen Lande auch auf die wirtschaftliche Lage der Juden aus. Aus diesem Grunde setzte eine Abwanderung nach den Großstädten ein.[2] Dass diese Konzentrierung der Juden in den Großstädten durch die Propaganda der NSDAP bedingt ist, zeigt die Tatsache, dass neuerdings die Juden in rein katholischen Landesteilen wieder auf das flache Land ziehen, da sie von der gegnerisch eingestellten Bevölkerung weitgehendst unterstützt werden.

Das Schwergewicht des Einflusses des Judentums in Deutschland liegt heute auf dem Gebiete der Wirtschaft. Durch Verbot von Einzelaktionen gegen jüdische Wirtschaftsunternehmen stehen die Juden dabei unter einem gewissen Schutz des Reichswirtschaftsministeriums.[3]

2a) Eine systematische Bearbeitung des Gegners Judentum durch den SD erfolgt erst seit Juni 1935. Vorher war Judentum bei II 111 (Freimaurerei) mit bearbeitet worden. Um überhaupt Klarheit über das Wesen des Judentums zu bekommen wurde mit einer systematischen Erfassung der jüdischen Organisationen begonnen, die Träger des jüdisch-politischen Lebens sind. Die Ausrichtung dieser Arbeit lässt sich mit »Juden unter sich« kennzeichnen. Es zeigte sich, dass der äusserlich geschlossene Gegner Judentum unter sich in eine Anzahl von politischen Gruppen getrennt ist, deren grösste die Gruppen der Zionisten, der Orthodoxie und der Assimilation sind. Alle diese Gruppen eint lediglich das Bewusstsein des »Jude sein«. Die Erfassung der jüdischen Organisationen des Judentums kann als abgeschlossen angesehen werden.

---

[2] Besonders in den ersten Jahren des NS-Regimes gab es eine ausgeprägte Binnenwanderung von Juden, wobei viele hofften, in der Anonymität anderer bzw. größerer Städte sicherer vor der Verfolgung zu sein. Die Zahl der Juden in Leipzig blieb zum Beispiel bis 1938 trotz zunehmender Auswanderung relativ konstant.

[3] Als Reichsbankpräsident sowie als Reichswirtschaftsminister im Jahre 1934 hatte Hjalmar *Schacht von Hitler die Zusage erhalten, dass die Reichsregierung das wirtschaftliche Betätigungsfeld der Juden nicht einschränken würde. Im August 1935 erließ Hitler ein Verbot gegen einzelne antijüdische Aktionen, einschließlich Aktionen gegen jüdische Geschäfte.

Die Erfolge bzw. Misserfolge der von den Forderungen des Nationalsozialismus diktierten Judengesetzgebung sind bereits erwähnt worden. Sie führten die Juden in ein geistiges Ghetto, ihrer Lebensform seit dem Verlust ihrer staatlichen Selbständigkeit. Sie hatten ferner zur Folge, dass den jungen Juden die Lebensmöglichkeit erschwert wurde, da eine Reihe, von Juden bisher bevorzugten Berufen, ihnen verschlossen wurden. Die antisemitische Propaganda der NSDAP blieb in ihrer Wirkung auf das Volk geteilt. Die sogenannten »Gebildeten« lehnen eine Propaganda etwa im Sinne des »Stürmers« ab. Auf das breite Volk war diese Propaganda zweifellos von Wirkung. Es hat sich jedoch gezeigt, dass nur durch dauernde Propaganda das Interesse des Volkes an der Judenfrage wach gehalten werden kann.

2b) Die Lösung der Judenfrage kann nur in einer völligen Entfernung der Juden aus Deutschland liegen. Die häufig vertretene Auffassung, dass die Juden in Deutschland für den A-Fall eine Art Faustpfand darstellen, ist nicht stichhaltig. Das Weltjudentum würde bedenkenlos die Juden in Deutschland opfern, wenn es für seine Pläne erforderlich wäre. Alle bisherigen Massnahmen des Nationalsozialismus gegen das Judentum in Deutschland haben die Greuel- und Boykotthetze des Weltjudentums nur verstärkt. Durch die Schlüsselstellung der Juden in vielen Zweigen der Wirtschaft ist die Gefahr für den A-Fall sehr gross.

Die Entfernung der Juden aus Deutschland ist andererseits nur durch die zionistische Auswanderung denkbar. Juden, die in die europäischen Staaten auswandern, bilden dort nur neue Greuel- und Boykottzentralen. Allenfalls kann eine Auswanderung von Juden nach kleineren mittel- und südamerikanischen Staaten in Betracht gezogen werden.

Für die Frage der zionistischen Auswanderung ist die Lösung der Palästinafrage, die ein Problem der englischen Aussenpolitik darstellt, entscheidend. Die zur Zeit in der Weltpresse erörterte Aufteilung Palästinas in arabische und jüdische Kantone dürfte zunächst die Möglichkeit einer verstärkten jüdischen Einwanderung ergeben.[4] Die Palästinafrage bedarf daher in ihrer Gesamtheit der besondern Bearbeitung durch den SD, da von ihr letzten Endes die Lösung der Judenfrage in Deutschland abhängt.

Durch diese Ausrichtung der deutschen Judenpolitik muss ein verstärkter Druck auf alle jene Organisationen ausgeübt werden, die den Juden das Verbleiben in Deutschland ermöglichen. Es darf dabei auch nicht vor den z.Zt. unter staatlichem Schutz stehenden Kulturbünden Halt gemacht werden. Die Zerschlagung aller assimilatorischer Verbände ist eine unbedingte Notwendigkeit. Daneben könnte durch eine geschickte Förderung des Zionismus der Versuch

[4] Diese Äußerungen stehen im Kontext mit damaligen Gerüchten über die Arbeit bzw. die zu erwartenden Empfehlungen der Royal (Peel) Commission zur Lösung des Kampfes zwischen Juden und Arabern in Palästina.

gemacht werden, das Judentum innerlich zu spalten, indem man eine jüdisch-politische Richtung gegen die andere ausspielt.

Ein weiterer Punkt ist die Behandlung der gesamten Transferfragen, die geeignet sind die Auswanderung der Juden zu beschleunigen.

2c) Durch die bisherige Ausrichtung der SD-mässigen Arbeit auf die jüdisch-politischen Gruppen trat die Behandlung der Juden in den Lebensgebieten in den Hintergrund. Sie wurden bisher lediglich von Fall zu Fall bearbeitet. Demgegenüber muss eine planmässige Erfassung der Juden in den Lebensgebieten einsetzen, um überhaupt eine generelle Übersicht über den Umfang des derzeitigen jüdischen Einflusses zu bekommen. Als vordringlichste Aufgaben erscheinen dabei:

1. die rein personelle Erfassung des Judentums in Deutschland und
2. die Feststellung des Einflusses der Juden auf dem Gebiete der Wirtschaft.

Da es unmöglich ist Vertrauensleute unter den Juden zu gewinnen, muss der Kontakt mit dem Gegner durch eine Reihe von Agenten hergestellt werden.

Verstärkte Bearbeitung erfordert ferner die zu Tage tretende Unterstützung der Juden durch konfessionelle und politische Gegner sowie die möglichen Versuche der Juden eine Einheitsfront der Gegner des Nationalsozialismus in Deutschland zu bilden.

Die Beobachtung der jüdischen Organisationen und ihrer Tendenzen muss selbstverständlich wie bisher ein Hauptpunkt der SD-mässigen Arbeit bilden.

...

II 112
I. V.

SS-Untersturmführer.

[42] Die Zionisten und das Verbot jüdischer Versammlungen und Veranstaltungen

10. Mai 1937; BLHA: Rep. 41 Amtsbezirk Altdöbern-Reddern Nr. 30.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle für den Reg.Bez.Frankfurt/Oder
B.Nr. 381/37.II.K 1

Frankfurt/Oder, den 10. Mai 1937

An
alle Ortspolizeibehörden
des
Kreises

Betrifft: Verbot jüdischer Versammlungen und Veranstaltungen.
Bezug: Verfügung vom 12.4.1937 – Tgb.Nr. 581/37 II.K 1

Von jüdischer Seite wird verschiedentlich behauptet, die vorbezeichnete Verfügung gelte nicht für das sportliche Training. Ich weise jedoch darauf hin, dass nach der Verfügung jede sportliche Veranstaltung, auch die regelmässigen Sportübungsstunden der Vereine verboten sind. Erlaubt ist lediglich die sportliche Betätigung des einzelnen Juden. Wegen des XX. Zionistenkongresses, der im August in Basel stattfindet, habe ich die Veranstaltungssperre zu Gunsten der Zionisten insoweit gelockert, als für ihre *Schekelaktion einige Erleichterungen gewahrt sind. Dazu zählen die Filmaufführungen mit einer kleinen Einleitung, die für die Auswanderung nach Palästina wirbt und die Besprechungen technischer Art mit den Schekelwerbern.

Die Verfügung ist zur Bekanntgabe an die Ortspolizeibehörden bestimmt.

I. A.
gez. Bach

Abschrift zur gefl. Kenntnisnahme.

[43] Die deutsche Aussenpolitik und die Bildung eines jüdischen Staates

22. Juni 1937; PA: Büro des Unterstaatssekretärs-36 (Palästinafrage): R29899.

Runderlaß des Auswärtigen Amtes[1]

Streng vertraulich! Berlin, den 22. Juni 1937
e.o. 83-21 A 1516

Betr.: Deutsche Einstellung zur Frage der Gründung eines Judenstaates in Palästina.

Die Unruhen in Palästina im Laufe des Jahres 1936 führten zur Einsetzung einer Königlich Britischen Kommission unter Leitung von Lord Peel.[2] Diese Kommission hatte die Aufgabe, die jüdischen und arabischen Ansprüche in Palästina zu untersuchen und eine Lösung des arabisch-jüdischen Gegensatzes zu finden. Der inzwischen fertiggestellte Bericht der Kommission ist noch nicht veröffentlicht worden. Aus Pressestimmen ist jedoch bekannt geworden, daß in diesem Bericht offenbar auch der Gedanke einer Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Teil erwogen wird.

Die jüdische Presse - auch in Deutschland - setzt sich seit Monaten in leidenschaftlicher Form für die Bildung eines jüdischen Staates oder wenigstens eines jüdisch geleiteten Staatsgebildes unter britischer Mandatshoheit ein, wobei für eine möglichst große Ausdehnung des jüdischen Territoriums Propaganda gemacht wird. In geschickter Weise rührt das Weltjudentum in der judenfreundlichen Presse des Auslandes die Trommel für die Bildung eines jüdischen Palästinastaates. Nach Berichten der Deutschen Gesandtschaften in Stockholm und Helsingfors haben bekannte Zionistenführer bei der Schwedischen und Finnischen Regierung vorgesprochen und versucht, für die Bildung eines jüdischen Palästinastaates zu werben.

Die arabische Welt verfolgt mit brennendem Interesse diese Entwicklung und bekämpft jede Maßnahme der britischen Mandatsmacht, die den jüdischen Einfluß in Palästina stärken könnte. Auch das Arabertum beginnt die Weltpresse mobil zu machen und die Aufmerksamkeit auf die Gefahr eines Judenstaates in

[1] Dieses Dokument ist enthalten in: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945*, Serie D, Bd. 5, Baden-Baden 1953, S. 632–634.

[2] Bereits seit Januar 1937 waren in Partei- und Regierungskreisen in Berlin Gerüchte über die möglichen Empfehlungen der Royal Commission of Inquiry (Peel Commission) for Palestine im Umlauf. Die Kommission wurde im November 1936 als Reaktion auf die arabische Revolte gebildet, um eine Lösung des Konflikts zwischen Arabern und Juden in Palästina zu finden. Die Gerüchte richteten sich auf eine mögliche Aufteilung Palästinas in je einen nominal unabhängigen arabischen und jüdischen Staat. Dies war auch der Vorschlag der Kommission im Juli 1937. Die Reichsregierung war aus ideologischen wie auch praktischen politischen Gründen entschieden gegen die Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina oder anderswo.

Palästina hinzulenken. Dabei stehen die Regierungen der arabischen Staaten, insbesondere des Iraks, aber auch Ägyptens nach den vorliegenden Meldungen völlig auf der Seite der Araber in Palästina.

Die Haltung der verschiedenen Regierungen gegenüber der möglichen Gründung eines jüdischen Palästinastaates ist bisher nicht immer deutlich. Welche Vorschläge die Peel-Kommission der Britischen Regierung machen wird, ist vorläufig nicht zu erkennen. Der Britische Außenminister Eden hat dem Deutschen Botschafter in London[3] auf eine Anfrage lediglich erklärt, daß es sich bei der Lösung der Palästinafrage um eines der schwierigsten Probleme der britischen Außenpolitik handelt. In der Tat dürfte sich die britische Mandatsmacht in der schwierigen Lage befinden, die von Balfour während des Krieges gegebene Zusage der Gründung eines jüdischen »Nationalheimes« in Palästina loyal einzulösen, ohne die dringende Rücksicht des Empire auf das Arabertum außer acht zu lassen. Nach Lage der Dinge ist wohl anzunehmen, daß diese Rücksicht stark genug ist, um eine den jüdischen Wünschen völlig gerecht werdende Lösung zunächst auszuschließen. Anderseits ist nicht zu verkennen, daß das internationale Judentum, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht ohne Erfolg den Entschluß der Britischen Regierung zu beeinflussen versucht.

Eine einigermaßen klare und zwar ablehnende Stellungnahme hat die italienische öffentliche Meinung eingenommen.[4] In der letzten Zeit häufen sich die italienischen Pressestimmen, die der Judenfrage auch in Italien eine kritische Aufmerksamkeit zuwenden. Für die italienische Einstellung gegenüber dem Gedanken eines jüdischen Staates in Palästina fällt allerdings weniger eine antisemitische Animosität ins Gewicht als die Befürchtung, daß England die Gründung eines jüdischen Palästinastaates zu einer Plattform seiner Mittelmeerpolitik ausbauen könnte. Daß diese Befürchtung nicht ganz unbegründet ist, zeigt die Sprache der jüdischen Presse, die – wenn vielleicht auch nur als eine für das Ohr der Peel-Kommission berechnete *captatio benevolentiae* – immer wieder auf die Identität jüdischer und britischer Interessen in Palästina hinweist. Die Freundschaftskundgebung Mussolinis an die Araber bei der Übernahme des »Schwertes des Islam« könnte wohl auch für die Beurteilung der italienischen Haltung gegenüber der Entwicklung in Palästina richtungweisend sein.

Soweit bisher zu übersehen ist, würden französische Mittelmeerinteressen durch die Bildung eines jüdischen Palästinastaates nicht im gleichen Maße wie das

---

[3] Joachim von Ribbentrop war 1936–1938 deutscher Botschafter in London.

[4] Die italienische Regierung verfolgte seit dem Jahr 1934 eine pro-arabische bzw. pro-islamische Propaganda-Politik im Nahen Osten. Diese diente aber größtenteils dazu, mit England und Frankreich zu konkurrieren und sie möglicherweise zu verdrängen. Um Letzteres zu erreichen, versorgte Italien in den späten 30er Jahren arabische Nationalisten mit einer kleinen Menge von Geld und Handwaffen. In der arabischen Welt herrschte aber damals ein großes Misstrauen gegenüber Italien auf Grund der italienischen Kolonialherrschaft in Libyen bzw. der bekannten imperialistischen Ambitionen im Mittelmeerraum.

italienische Interessengebiet berührt werden. Immerhin ist nicht abzuschätzen, welche Haltung Frankreich gegenüber einer von England der Mandatskommission des Völkerbundes vorgelegten Resolution über eine Neu-Organisation des Palästinamandats einnehmen würde. Die geschilderten Vorgänge haben zu einer Revision des deutschen Standpunkts gegenüber dem Problem der Bildung eines Judenstaates in Palästina geführt. Bisher war es das primäre Ziel der deutschen Judenpolitik, die Auswanderung der Juden aus Deutschland nach Möglichkeit zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, werden sogar devisenpolitische Opfer gebracht. Durch Abschluß eines Transferabkommens mit Palästina (sogenanntes *Haavara-Abkommen) wird es den nach Palästina auswandernden Juden ermöglicht, bestimmte Beträge zur Gründung einer Existenz im Wege zusätzlichen deutschen Exports nach Palästina freizubekommen. Diese aus innenpolitischen Gründen diktierte deutsche Haltung, die praktisch die Konsolidierung des Judentums in Palästina fördert und damit den Aufbau eines jüdischen Palästinastaates beschleunigt, hätte zu der Auffassung beitragen können, daß Deutschland der Bildung eines Judenstaates in Palästina wohlwollend gegenüberstehe.

In Wirklichkeit besteht aber ein größeres deutsches Interesse daran, die Zersplitterung des Judentums aufrecht zu erhalten. Denn die Judenfrage wird für Deutschland nicht gelöst sein, wenn kein Angehöriger der jüdischen Rasse mehr auf deutschem Boden seßhaft ist. Vielmehr hat die Entwicklung der letzten Jahre gelehrt, daß das internationale Judentum zwangsläufig stets der weltanschauliche und damit politische Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands sein wird. Die Judenfrage ist daher zugleich eines der wichtigsten Probleme der deutschen Außenpolitik. Es besteht daher auch ein erhebliches deutsches Interesse an der Entwicklung in Palästina. Denn ein Palästinastaat wird das Judentum nicht absorbieren, sondern ihm – etwa entsprechend dem Wirkungskreis des Vatikanstaats – eine zusätzliche völkerrechtliche Machtbasis schaffen, die sich für die deutsche Außenpolitik verhängnisvoll auswirken könnte.

Obwohl ein direktes deutsches Eingreifen in die Entwicklung der Palästinafrage nicht beabsichtigt ist, hat die Deutsche Botschaft in London sowie die Deutsche Gesandtschaft in Bagdad und das Deutsche Generalkonsulat in Jerusalem Instruktionen erhalten, die diesem Standpunkt Rechnung tragen.[5]

1.) Der Britischen Regierung ist durch den Deutschen Botschafter in London mitgeteilt worden, daß Deutschland zwar bisher die Auswanderung der Juden nach Palästina möglichst gefördert habe. Es sei aber irrig anzunehmen, daß deutscherseits etwa auch die Bildung eines mehr oder weniger unter jüdischer Leitung stehenden Staatsgebildes in Palästina begrüßt würde. Deutschland könne angesichts der antideutschen Hetze des internationalen Judentums nicht annehmen,

[5] Gemeint ist das am 1. Juni nach London, Jerusalem und Bagdad gerichtete Telegramm von Außenminister Constantin von Neurath.

daß die Bildung eines jüdischen Palästinastaates der friedlichen Entwicklung der Völker dienlich sei.

2.) Die Deutsche Gesandtschaft in Bagdad hat die Weisung erhalten, das deutsche Interesse für die arabischen nationalen Bestrebungen deutlicher als bisher zu bekunden.[6]

3.) Jerusalem hat gleichlautende Instruktionen erhalten.

Inwieweit diese außenpolitischen Instruktionen eine Änderung innerpolitischer Maßnahmen auf dem Gebiet der Wanderungspolitik zur Folge haben werden, unterliegt vorläufig der Prüfung und Entscheidung der beteiligten innerdeutschen Stellen.[7]

Ich bitte um Bericht, falls sich dort Bestrebungen des Judentums bemerkbar machen, in der Öffentlichkeit oder bei der dortigen Regierung für die Bildung eins jüdischen Palästinastaates Interesse zu wecken.

Im Auftrage:
v. *Bülow-Schwante

---

[6] Dies galt für Dr. Fritz Grobba, deutscher Gesandter in Bagdad, und führende Autoritäten für arabische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt. Grobba war auch maßgeblicher Befürworter engerer Beziehungen zwischen Deutschland und den arabischen Ländern. Zu keinem Zeitpunkt aber führten diese Aussichten vor Ausbruch des 2. Weltkriegs zu Aktionen gegen britische und französische Interessen in der arabischen Welt oder zur materiellen Unterstützung von arabischen Nationalisten.

[7] Die Veröffentlichung des Berichts der British Royal Commission (Peel Commission) vom 7. Juli 1937 beinhaltete die Empfehlung zur Gründung eines nominell unabhängigen jüdischen Staates in einem relativ kleinen Teil Palästinas. Diese Empfehlung warf innerhalb von Partei- und Regierungskreisen in Berlin Fragen zu der allgemeinen Judenpolitik sowie der Auswanderungspolitik bzw. dem *Haavara-Abkommen auf. Auf Grund dieser Fragen fanden im Herbst 1937 mehrere Treffen interessierter Regierungs- und Parteikreise, inklusive des Innenministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Auswärtigen Amts, der Auslandsorganisation der NSDAP und der SS, statt.

[44] *Haavara und die deutsche Auswanderungspolitik
3. August 1937; BA/D-H: Dok/K/99-3 (Anlage II).

zu W III SE 7115.

Aufzeichnung

über die Besprechung am 29. Juli 1937
betreffend *Haavara.[1]

In der Besprechung wurde davon ausgegangen, daß das *Haavaraproblem von 3 Gesichtspunkten aus betrachtet werden müsse, nämlich:[2]

1. Frage der jüdischen Auswanderung aus Deutschland überhaupt;
2. Die wirtschaftliche Seite;
3. Die Behandlung der Araber.

zu 1. Die jüdische Auswanderungsfrage kann nach drei Richtungen hin gelöst werden:

a) Die Auswanderung kann überhaupt unterbunden werden. Die gesamte deutsche Judenheit bliebe dann unter der Kontrolle der innerdeutschen Stellen mit allen sich daraus ergebenden Einwirkungsmöglichkeiten.
b) Die Judenauswanderung wird gefördert, jedoch nicht durch Schaffung eines konzentrierten Auswandererstromes mit einheitlichem Wanderungsziel (Palästina), sondern in zersplitterter Form durch möglichste Zerstreuung der Juden nach verschiedenen Ländern. Die Schaffung einer festen politischen und diplomatischen Basis für das Judentum etwa nach Art des Vatikanstaates für den Katholizismus oder des sowjetrussischen Staates für den Bolschewismus würde dadurch zumindest verzögert werden; anderseits würden jedoch zahlreiche Agitationsherde gegen Deutschland geschaffen werden, die die Juden Kraft ihrer internationalen Verbindungen zu Staatsmännern, Parlamentariern, Finanz- und Geschäftsleuten bilden würden.
c) Die Judenauswanderung wird nach Palästina gelenkt. Eine solche Konzentration des ausgewanderten Judentums würde den Vorteil bieten, daß im wesentlichen nur *ein* jüdischer Unruheherd in der Welt bestände – dessen

[1] Außer den im Außenministerium federführenden Abteilungen nahmen Vertreter des Stabes des Stellvertreters des Führers, des Innenministeriums, des Wirtschaftsministeriums, der Reichsbank sowie von Alfred Rosenbergs Außenpolitischem Amt der NSDAP teil.

[2] Regierungs- und Parteigremien in Berlin sahen schon vor und auch nach der Empfehlungen der Royal (Peel) Commission vom 7. Juli 1937 das *Haavara-Abkommen kritisch. Im gleichen Maß, wie es die jüdische Auswanderung nach Palästina förderte, unterstützte es dadurch (entgegen der Intention) auch die Bildung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina. Noch dazu kamen Deutschlands Unfähigkeit, den vollen Wert der Exporte nach Palästina in Auslandswährungen abzurechnen, sowie die negativen Auswirkungen jüdischer Abwanderung von Deutschland nach Palästina auf das deutsche Prestige in der arabischen Welt.

Aktionskraft zudem vermutlich durch innere Uneinigkeit geschwächt wäre –, der verhältnismäßig einfacher zu beeinflussen wäre und auf den erforderlichenfalls die deutsche Abwehr *gesammelt* gerichtet werden könnte.

In der Besprechung erklärte der Vertreter des Reichsinnenministeriums, daß sich der Führer auf Grund eines vor einiger Zeit in dieser Frage ihm gehaltenen Vortrags für die unter c) genannte Behandlung der Frage der Judenauswanderung entschieden habe. Eine Lösung des *Haavaraproblems einfach durch Verhinderung weiterer Judenauswanderung nach Palästina kommt mithin nicht in Betracht.

zu 2. Rein wirtschaftlich gesehen ist das *Haavaraverfahren, wie der Vertreter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung ausführte, uninteressant, da die Ausfuhr über *Haavara keine Devisen einbringt, während anderseits die palästinensische Ausfuhr nach Deutschland sich jährlich nur auf etwa 2 Millionen RM beläuft. Hierbei ist allerdings zu bemerken, daß die Ausfuhr über *Haavara insofern eingeschränkt ist, als Waren mit einem Auslandskostenanteil von über 20% nicht mit *Haavara Mark bezahlt werden dürfen.

Die Gesamtausfuhr über *Haavara seit Bestehen des *Haavaraverfahrens betrug bis zum Frühjahr d. J. etwa 55 Millionen RM. Bei der Palästina Treuhand Gesellschaft sind augenblicklich etwa 45 Millionen RM vorgemerkt, die für weitere Ausfuhr verwendet werden können.

Im übrigen wurde in der Besprechung festgestellt, daß das *Haavaraverfahren in absehbarer Zeit sein natürliches Ende finden werde.

Sodann wurde die Möglichkeit eines Clearings zwischen jüdischen Auswanderern und deutschen Rückwanderern aus Palästina gestreift, das in Form von Grundstückstausch bisher schon in Einzelfällen durchgeführt worden ist.

Schließlich wurde noch darauf hingewiesen, daß die von englischer Seite in letzter Zeit vorgenommene starke Einschränkung der Judeneinwanderung nach Palästina auch die Ausfuhr deutscher Waren nach Palästina über *Haavara in hemmendem Sinne beeinflussen wird. Auch die bereits eingeleitete schärfere Prüfung der über *Haavara zuzulassenden Ausfuhr wird einschränkend wirken.

zu 3. In Bezug auf die Möglichkeiten, eine Schlechterstellung der deutschen und der arabischen Käufer gegenüber den durch das *Haavarasystem begünstigten jüdischen Käufern zu vermeiden, wurde die Frage erörtert, das Zusatzausfuhrverfahren bei Lieferungen an Araber anzuwenden. Der Vertreter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung bezeichnete es jedoch als kaum durchführbar, neben der *Haavaravergünstigung auch die Ausfuhrförderung zu gewähren. Der gangbarste Weg für die Araber sei bisher immer noch das vom Generalkonsulat in Jerusalem vorgeschlagene Verfahren, die Araber an die Tempelbank zwecks Erlangung von Preisvergünstigungen zu verweisen, wenn auch damit gerechnet werden müsse, daß die interne Verbindung zwischen der Tempelbank und der *Haavara Ltd. auf die Dauer nicht verborgen bleibe. Es bestand Einverständnis darüber, daß

jedenfalls ein Weg gefunden werden muß, der es den Deutschen und den Arabern ermöglicht, ohne Vermittlung jüdischer Stellen in den Genuß der gleichen Vergünstigungen zu gelangen.

Zum Schluß wurde vereinbart, daß die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung und die Auslandsorganisation der NSDAP die zur Erörterung stehenden Fragen im gegenseitigen Einvernehmen erneut prüfen und demnächst entsprechende Vorschläge machen sollen.

Berlin, den 3. August 1937.

[45] Kritik an der deutschen Palästinapolitik innerhalb der Reichsregierung
27. Oktober 1937; CZA: S7\689.

Dr. *Senator.

London, den 27. Oktober 1937.

230/10

An: Dr. Georg *Landauer
Von: Dr. Martin *Rosenblüth.

Da *Friedenthal kürzlich im Ausland war, muss ich eigentlich annehmen, dass er Euch über eine der Hauptsorgen, die die *ZVfD hat, berichtet hat; da ich aber leider nicht mit Sicherheit weiss, ob das tatsächlich geschehen ist, will ich in Kürze darüber schreiben auf die Gefahr hin, Bekanntes zu wiederholen.

1.) Schon bevor *Moses nach Palästina fuhr, schwebten im Auswärtigen Amt Verhandlungen, an denen wohl in erster Linie Auswärtiges Amt, Auslandsstelle der Partei und Wirtschafts-Ministerium beteiligt waren, mit dem Thema neue grundsätzliche Stellungnahme in der Frage der Auswanderung nach Palästina.[1] Es wird behauptet, dass die Verhandlungen damals günstig verliefen, weil der Führer selbst, dem man die Frage unterbreitet hatte, sich günstig, d.h. für die Beibehaltung des status quo ausgesprochen habe. Ob das stimmt oder nicht, kann ich nicht beurteilen. Feststeht dagegen, dass ähnliche Verhandlungen zurzeit wieder im Gange sind, die sich diesmal in Erweiterung des Themas mit der Frage der zionistischen Arbeit in Deutschland überhaupt befassen. Scharfe Gegner sind, wie es heisst, Herr [Alfred] v. Rosenberg, [Ernst] Bohle, der Leiter der Auslandsorganisation der N.S.D.A.P. und die Auslandsdeutschen in Palästina, vertreten durch den dortigen Konsul,[2] während das Auswärtige Amt und das Wirtschafts-Ministerium sich angeblich bemühen, den status quo soweit wie möglich aufrecht zu halten.

Die feindselige Auffassung kam in der letzten Zeit in der Presse schon mehrfach zum Ausdruck: warum soll Deutschland durch Förderung der Palästina-Auswanderung sich mit der arabischen Welt verfeinden? Warum soll es sich dadurch zugleich in Gegensatz zu Rom stellen, das die arabische Agitation unterstützt? Warum soll es Zionisten helfen, die letzten Endes doch zu England tendieren und andererseits einen Stützpunkt in Genf haben, etc.

---

[1] Es fanden am 29. Juli bzw. 21. September 1937 im Auswärtigen Amt und am 22. September im Reichswirtschaftsministerium Sitzungen bezüglich des *Haavara-Abkommens und der jüdischen Auswanderung nach Palästina statt. Vertreter des Auswärtigen Amts, des Stellvertreters des Führers, des Reichsministeriums des Innern, des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, des Reichsbankdirektoriums und des Außenpolitischen Amts der NSDAP nahmen teil.

[2] Hier ist der Deutsche General-Konsul in Jerusalem, Walter Döhle, gemeint.

Unsere Freunde in Berlin sind sehr besorgt hinsichtlich des Ausgangs dieser Diskussion, und man fragt sich hier und in Genf, ob irgend etwas geschehen könnte, um die Entscheidung zu beeinflussen. [Nahum] *Goldmann, der im Zusammenhang mit unserer Palästina-Politik dafür ist, dass *Weizmann sobald wie möglich Mussolini sieht, ist der Meinung, dass er bei dieser Gelegenheit auch versuchen sollte, durch ihn auf Berlin einwirken zu lassen; aber [Leonard] *Stein und andere sind zurzeit gegen eine Aussprache mit M[ussolini]. In Frage käme vielleicht auch eine Unterredung unserer Freunde in New York mit dem italienischen Botschafter in Washington. Beschlossen hat man bisher jedenfalls noch nicht, und was sonst seitens unserer Zentralstellen geschehen könnte, ist sehr problematisch. Eine Unterhaltung mit dem hiesigen Foreign Office wird als zwecklos betrachtet, einmal auf Grund der Erfahrungen, die man in ähnlichen Fragen hier schon gemacht hat (Behinderung zionistischer Arbeit in anderen Ländern), aber auch unsere Freunde versprechen sich nichts von einer Intervention von hier aus, selbst wenn diese in der einen oder anderen Form wider Erwarten zu erlangen wäre.

Sollte die Entscheidung in Berlin negativ ausfallen, so könnte das natürlich unliebsame Folgen für die ganze Fortführung unserer Arbeit in Deutschland haben.

...

[46] Abänderung der Bezeichnung »Zionistische Ortsgruppe«

11. Januar 1938; RSMA: 713-1-32.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 /Meinekestraße 10

Berlin, den 11. Januar 1938

An alle Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften der *ZVfD

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,
wir werden darauf aufmerksam gemacht, dass nach dem Gesetze zum Schutze von Bezeichnungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die Führung des Namens »Ortsgruppe« auch für unsere örtlichen Vereinigungen künftig nicht mehr gestattet ist. Das Gesetz bestimmt:

> »Die Bezeichnungen, die die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände für ihre Amtsträger, ihren Aufbau, ihre Einrichtungen und Symbole führen, dürfen von anderen Vereinigungen weder allein noch in Verbindung mit Zusätzen geführt werden.
> Bezeichnungen für unmittelbare Einrichtungen des Staates und Bezeichnungen, die auf gesetzlicher Bestimmung beruhen, bleiben unberührt.«

Wir haben daher beschlossen, die Bezeichnung »Zionistische Ortsgruppe« abzuändern in »*Zionistische Vereinigung*« (*ZV*).[1] Diese Bezeichnung wurde bereits auch jetzt schon von den grössten Ortsgruppen in Berlin, Hamburg, Köln, Breslau u.a. geführt. Es bleibt den Zionistischen Vereinigungen (ZV) freigestellt, ob sie die Ortsbezeichnung dahinter setzen wollen oder davor, also: Zionistische Vereinigung München oder Münchener Zionistische Vereinigung (MZV). Bei grösseren Ortsgruppen empfiehlt es sich, die Ortsbezeichnung davor zu setzen, weil sich erfahrungsgemäss dann ein neuer Begriff bildet, wie BZV in Berlin und Breslau, KZV in Köln usw.

Wir bitten Sie, die Änderung mit sofortiger Wirkung durchzuführen, Ihre Briefbogen entsprechend umzuändern und eine Abänderung Ihrer Statuten vorzunehmen.

Schalom

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Benno *Cohn [Hans] *Friedenthal

---

[1] Im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem SD-Hauptamt wies die Gestapo im August 1938 die in Frage kommenden jüdischen Organisationen an, für ihre Untergliederungen die Bezeichnung »Orts-Verband« einzuführen.

[47] *Haavara, Palästina und Judenstaat
27. Januar 1938; PA: HaPol. Abt, Handakten Wiehl-Palästina: R106209.

zu 83-24 A g 13/1 (15 g).

Aufzeichnung der Handelspolitischen Abteilung

Die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts hat in den im Laufe des letzten Jahres stattgefundenen Besprechungen und Erörterungen zwischen den Ministerien über die Frage des *Haavara-Abkommens stets den Standpunkt vertreten, dass dieses Abkommen in der vorliegenden Form nicht aufrecht erhalten werden kann, weil es in Bezug auf die Behandlung der Deutschen und auch der Araber in Palästina Zustände schafft, die vom Standpunkt des Auswärtigen Amts aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiter zugelassen werden können. Vom Reichswirtschaftsministerium und insbesondere von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung ist der Standpunkt vertreten worden, dass die vom Auswärtigen Amt geforderte Beseitigung der Mißstände hinsichtlich der Behandlung der Deutschen und Araber in Palästina durch eine Abänderung des *Haavara-Abkommens herbeigeführt werden könnte. Die A. O. vertrat den Standpunkt, dass eine völlige Beseitigung dieser Mißstände nur durch die Beseitigung des ganzen *Haavara-Abkommens erreicht werden könnte. In Besprechungen, die in den letzten Tagen mit dem Reichswirtschaftsministerium stattgefunden haben, hat sich herausgestellt, dass auch das Reichswirtschaftsministerium jetzt der Auffassung zuneigt, es sei zweckmässiger, das *Haavara-Abkommen nicht nur abzuändern, sondern es zu beseitigen und durch ein anderes Verfahren zu ersetzen. Es ist in Aussicht genommen, zwischen der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, dem Reichswirtschaftsministerium und der A. O. in gemeinsamen Besprechungen klarzustellen, in welcher Form die Beseitigung des *Haavara-Abkommens erfolgen und welches Verfahren dann an seine Stelle treten soll. Die Durchführung dieser Besprechungen ist lediglich deshalb bisher zurückgestellt worden, weil die Durchführung der Umorganisation im Reichswirtschaftsministerium abgewartet werden musste. Alsbald nach dem 1. Februar wird jedoch die Behandlung dieser Frage in Angriff genommen werden.

Nach Vorstehendem besteht also Einverständnis bei den zunächst beteiligten Stellen darüber, dass das *Haavara-Abkommen verschwinden soll. Andererseits sind sich die genannten Stellen jedoch darüber einig, wie sowohl von einem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums als auch von einem Vertreter des Aussenhandelsamts der A. O. vor einigen Tagen nochmals bestätigt worden ist, dass eine einfache Beseitigung des *Haavara-Abkommens nicht in Frage kommen könne, sondern dass an seine Stelle ein anderes Verfahren treten muss. Sowohl die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts als auch das Reichswirtschafts-ministerium und das Aussenhandelsamt der A. O. stehen nach wie vor

auf dem Standpunkt, dass der generellen Weisung des Führers, die Judenauswanderung aus Deutschland mit allen Mitteln zu fördern, nicht entsprochen werden kann, wenn Palästina in dieser Beziehung ausgeschaltet wird. Es besteht nicht die Möglichkeit, nach irgendeinem Lande der Welt zu für uns wirtschaftlich gleich günstigen Bedingungen die Auswanderung der Juden zu fördern. Dazu kommt die vor allem von der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts vertretene Auffassung, dass die ausgewanderten Juden uns überall sonst in der Welt, insbesondere an allen internationalen Handelsplätzen, wirtschaftlich, propagandistisch und journalistisch sehr viel mehr schaden können, als gerade in Palästina, wo eine Aktionsmöglichkeit in dieser Beziehung so gut wie garnicht vorhanden ist.

Die in dem Entwurf des Schreibens an das Reichsministerium des Innern erwähnten, von dem Herrn R.M. gezeichneten Drahterlasse an die Botschaft in London und die Gesandtschaft in Bagdad enthalten lediglich die Mitteilung, dass Deutschland entschlossen ist, mit allen ihm zur Verfügung stehenden politischen Mitteln gegen das Entstehen eines selbständigen Judenstaats zu kämpfen. Der Herr R.M. hat jedoch in diesem Zusammenhang nicht entschieden, dass aus diesem Grunde auch die Auswanderung nach Palästina verhindert werden soll. Auch kann aus den erwähnten Erlassen nicht gefolgert werden, dass die Entscheidung, politisch das Entstehen eines Judenstaates zu bekämpfen, ohne weiteres die Entscheidung der Frage insichschliesst, ob Juden nach Palästina auswandern können oder nicht. Im übrigen ist seit dem Juni v. J. die Frage der Gründung eines selbständigen Judenstaates durch die inzwischen erfolgte politische Entwicklung dieser Frage in ein so völlig neues Stadium getreten, dass selbst dann, wenn damals eine Entscheidung über die Auswanderungsfrage getroffen wäre, diese jetzt einer erneuten Prüfung bedürfen würde.

Nach Mitteilung des Aussenpolitischen Amtes hat der Führer ganz kürzlich auf erneuten Vortrag des Reichsleiters Rosenberg hin nochmals entschieden, dass die Judenauswanderung aus Deutschland weiterhin mit allen Mitteln gefördert werden soll. Dabei ist auch die bisher vielleicht noch bestehende Unklarheit, ob nach Ansicht des Führers diese Auswanderung sich in erster Linie nach Palästina zu richten habe, im positiven Sinne beseitigt worden.

Im Hinblick auf diese Sachlage wird vorgeschlagen, das Schreiben an das Reichsministerium des Innern etwa wie folgt zu beantworten:

»Das Auswärtige Amt steht nach wie vor auf dem Standpunkt, dass die Gründung eines selbständigen Judenstaates in Palästina unerwünscht ist. Die Deutsche Regierung wird daher die Gründung eines solchen Staates mit den ihr zur Verfügung stehenden politischen Mitteln auch weiterhin bekämpfen. Allerdings scheint es nach der Entwicklung der letzten Zeit, als ob die Gründung eines solchen Staates ohnehin an anderen Widerständen scheitern wird. Die Frage der Auswanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina ist in der

Zwischenzeit durch eine Entscheidung des Führers erneut in dem Sinne entschieden worden, dass die Auswanderung weiter zu fördern ist. Das Auswärtige Amt wird daher mit möglichster Beschleunigung mit dem in erster Linie an der wirtschaftlichen Seite der Angelegenheit beteiligten Reichswirtschaftsministerium und der A. O. prüfen, welches Verfahren zweckmässiger Weise an die Stelle des *Haavara-Abkommens, dessen Beseitigung auch vom Auswärtigen Amt wegen der Benachteiligung der in Palästina lebenden Deutschen und Araber nach wie vor für erforderlich gehalten wird, zu setzen ist.«

Hiermit
über Dir. W
dem Referat Deutschland
ergebenst zurück.

Ich bitte, das Schreiben des Reichsministeriums des Innern vom 13. Januar 1938 – I 1501/III/38 / – 5012 d g – (Ausw. Amt 83-24 A (g) 13/1 (15 g)) an die Abteilung W abzutreten, die für die Fragen der Behandlung des deutschen Warenverkehrs mit Palästina und damit auch das *Haavara-Abkommen zuständig ist.

Berlin, den 27. Januar 1938.
gez. [Carl] *Clodius.

[48] Hitler und die Fortführung der jüdischen Auswanderung nach Palästina

1. Februar 1938; GStA-PK: I. HA Rep. 335 Nürnberger Prozesse, Nr. 11-448.

Document No. NG – 3580
Office of Chief of Counsel
for War Crimes.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Die Leitung der Auslands-Organisation

Aussenhandelsamt

Berlin W 35, den 1. Februar 1938.
Tiergartenstrasse 4

Buch-Nr.: 3396/8
Zeichen : Lp/Reb.
Referat : V/610 a
Gegenstand: *Haavara-Verfahren.

Ihre Zeichen: 83-24 A g 13/1
(15 g)

Diktatzeichen und Referat im Antwortschreiben angeben!

Zu dem Schreiben des Auswärtigen Amtes 83-24 A g 13/1 (15 g) nimmt das Aussenhandelsamt Stellung wie folgt:

Ich verweise zunächst auf mein Ihnen bekanntes, an den Herrn Reichs- und Preussischen Minister des Innern gerichtetes Schreiben vom 12.1.38, Buch-Nr. 1098/8, Schw.Kr. Dieses Schreiben, von dem ich Abschrift beilege, erfolgte in Beantwortung des Schnellbriefes des Reichsinnenministeriums vom 17.12.37, I B 191 VII/5012 d/37 g, betr. *Haavara-Verfahren.

Aus meinem vorerwähnten Schreiben geht die Stellungnahme des AHA zu der zur Zeit noch bestehenden Form des *Haavara-Verfahrens eindeutig hervor. Das AHA lehnt die weitere Beibehaltung des *Haavara-Verfahrens nach Palästina vollkommen ab und beantragt, dass das Verfahren beschleunigt abgestellt wird, und zwar aus den in meinem Schreiben vom 12.1.38 unter Ziffer 1–6 aufgeführten Gründen.[1]

[1] Das Außenhandelsamt (AHA) der NSDAP hatte das *Haavara-Abkommen bereits 1935 abgelehnt. Es behauptete, das *Haavara-Abkommen sei für Deutschland nicht günstig, da es den vollen Wert der Exporte nach Palästina in Auslandswährungen entzog. Das AHA hat sich auch darüber beklagt, dass das *HaavaraAbkommen nicht-jüdische Importeure in Palästina (deutsch-christliche

In dem Schreiben des AA wird festgestellt, dass nach Mitteilung des APA[2] der Führer in einer kürzlich getroffenen Entscheidung auf erneuten Vortrag des Reichsleiters Rosenberg hin nochmals dahingehend entschieden hat, dass die Judenauswanderung aus Deutschland weiterhin mit allen Mitteln gefördert werden soll, wobei sich diese in erster Linie nach Palästina zu richten habe.

An den
Chef der A-O
im Auswärtigen Amt,
Berlin W 8.

Ich darf anheimstellen, beim APA festzustellen, unter welchen Gesichtspunkten der Vortrag betr. Judenauswanderung vor dem Führer stattgefunden hat. Es wäre zur vollen Klärung der *Haavara-Frage wertvoll zu wissen, ob diese Frage auch in volkswirtschaftlicher und handelspolitischer Beziehung und vor allem in Bezug auf den *Nichtanfall* von Devisen an das Deutsche Reich beim Export hochwertiger deutscher Erzeugnisse nach Palästina entsprechend beleuchtet wurde im Sinne der in meinem Schreiben vom 12.1.38 aufgeführten Gesichtspunkte, um so mehr als die jüdische Auswanderung aus Deutschland in den ersten 6 Monaten des Jahres 1937 nur noch rund 1800 Personen betragen und die Mandatsregierung nach Aufgabe des Gesichtspunktes von der »wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit« vorgeschlagen hat, dass die Einwanderung der nächsten 5 Jahre unter keinen Umständen 12 000 Juden jährlich übersteigen soll. Für die nächsten 8 Monate nach dem 1. August 1937 soll überhaupt eine monatliche Höchstziffer von 1000 Juden festgesetzt worden sein.

Im Hinblick auf die ergangene Entscheidung geht das AHA mit der vorgeschlagenen Fassung des Schreibens des AA (Abtl. W) an das Reichsinnenministerium einig, dass an Stelle des bisherigen *Haavara-Verfahrens ein neues Abkommen mit grösster Beschleunigung tritt, welches geeignet ist, die deutschen und arabischen Interessen in vollem Umfang zu sichern.

Die auf Seite 2, Absatz 2, angeführten Formulierung, derzufolge auch von einem Vertreter des AHA der A-O vor einigen Tagen nochmals bestätigt worden sei, dass eine einfache Beseitigung des *Haavara-Abkommens nicht in Frage kommen könne, sondern dass an seine Stelle ein anderes Verfahren treten müsse, möchte ich dahingehend berichtigen, dass der Vertreter des AHA (Pg. Schwarz) für eine Beseitigung des *Haavara-Abkommens eingetreten ist, wobei er aber aus technischen Gründen einen allmählichen Abbau anheimstellte.

Gemeinden und die arabische Mehrheit) nicht nur von palästinensischen Juden abhängig machte, sondern auch noch die jüdische Einwanderung in Palästina förderte.

[2] Das Außenpolitische Amt (APA) der NSDAP, unter der Leitung von Reichsleiter Alfred Rosenberg.

Abschliessend möchte ich noch bemerken, dass das AHA die Ansicht vertritt, dass gegen das Entstehen eines selbständigen Judenstaates nicht nur mit allen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln angegangen werden muss, sondern gerade auch mit den Deutschland zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Mitteln, worin ich in erster Linie die zweckmässige Lösung des *Haavara-Problems erblicke.

Heil Hitler!
gez. [Wilhelm] *Bisse

[49] Beziehungen deutscher Zionisten zu englischen Behörden
21. Februar 1938; PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd. 2: R99388.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 21. Februar 1938
Dr.Fr./L.

An das
Auswärtige Amt
Politik VII
Berlin W 8
Wilhelmstr. 74/76

Gemäss der dem Herrn Legationssekretär [Hans] *Schlobies auf unsere Veranlassung von dem Geschäftsführer der *Palästina-Treuhandstelle, Herrn Dr. [Ernst] *Marcus, fernmündlich gemachten Mitteilung beehren wir uns, dem Auswärtigen Amt Folgendes darzulegen:

Der Geschäftsführende Vorsitzende der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Herr Dr. Hans *Friedenthal, hat auf unseren Antrag die Zustimmung des Geheimen Staatspolizeiamtes erhalten, mit der Britischen Botschaft in Berlin sowie mit dem Colonial Office in London als oberster Instanz für die Mandatsverwaltung Palästinas über die Einwanderung von Juden aus Deutschland in Palästina betreffenden Fragen zu verhandeln und sich um die Schaffung weiterer Einwanderungsmöglichkeiten für Juden aus Deutschland in Palästina zu bemühen.

Das Geheime Staatspolizeiamt hat seine Zustimmung mit der Auflage verbunden, dass dem Auswärtigen Amt von dem Vorhaben des Herrn Dr. *Friedenthal Kenntnis zu geben ist.[1]

Wir gestatten uns daher ergebenst, die bevorstehende Fühlungnahme von Herrn Dr. *Friedenthal mit den genannten englischen Stellen zu notifizieren und wären dankbar, wenn wir über etwa vorhandene Wünsche des Auswärtigen Amtes für die Führung dieser Besprechungen unterrichtet würden.

Wir werden unsererseits das Auswärtige Amt über den Verlauf der Besprechungen informieren.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
[Hans] *Friedenthal

---

[1] Am 25. März teilte das Auswärtige Amt der Gestapo mit, dass eine unmittelbare Kontaktaufnahme von Juden deutscher Staatsangehörigkeit mit ausländischen diplomatischen Vertretungen nicht in Frage käme. Darüber hinaus fragte das AA, ob überhaupt ein deutsches Interesse bestände, die jüdische Auswanderung nach Palästina zu lenken und damit zum Aufbau eines für Deutschland in jedem Fall gefährlichen Judenstaates in Palästina beizutragen. Diese Frage bildete noch Gegenstand von Verhandlungen verschiedener Staats- bzw. Partei-Ressorts, obwohl Hitler sich schon für die weitere Auswanderung deutscher Juden nach Palästina entschieden hatte.

[50] *Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien
14. September 1938; BArch: R/58-1253.

Zentralstelle
für jüdische Auswanderung[1]

Wien IV, den 14.9.1938.
Prinz Eugenstrasse 22.

An das
Sicherheitshauptamt,
II 112
z.Hd.v.SS-O'stuf. [Herbert] *Hagen,
Berlin.

Betr: *Zentralstelle für jüdische Auswanderung,
Wien IV, Prinz Eugenstrasse 22.
Vorg: Rücksprache SS-O'stuf. *Eichmann mit SS-O'stuf.
*Hagen anlässlich seines letzten Hierseins.
Anlg: 2.

Am 22.8.1938 wurde in Wien auf Anordnung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, eine »*Zentralstelle für jüdische Auswanderung« gegründet.

Mit der Gesamtleitung dieser Zentralstelle wurde der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau, der Inspekteur der Sicherheitspolizei, SS-Standartenführer Dr. [Walter] *Stahlecker beauftragt.

Es häuften sich in Wien die Fälle, wo auswanderungslustige Juden tage- und wochenlang vor den zuständigen Dienststellen Schlange standen, um dort ihre Auswanderungspapiere in Ordnung zu bringen. Teils durch Ungeeignetheit der zuständigen Beamten, teils durch mangelhafte Organisierung traten im Laufe der Zeit Unzukömmlichkeiten auf, die entgegengesetzt unserem Interesse an einer forcierten Abwanderung von Juden aus Österreich standen.

Unter Bezugnahme auf die Unterredung des SS-O-Stuf. *Eichmann mit SS-O'stuf. *Hagen werden nachstehend zur dortigen Kenntnisnahme noch einige Angaben gemacht.

1.) Eines der grössten Übelstände bezüglich der Auswanderung von Juden aus Wien war das Treiben der arischen Rechtsanwälte. Dadurch, dass durch ein kompliziertes System die Beschaffung der für die Passanlagen notwendigen Unterla-

[1] Kurz nach dem Anschluss Österreichs wurde am 16. März 1938 SS-Obersturmführer Adolf *Eichmann nach Wien geschickt, um eine Zentralstelle für die Deportation der Juden aus Österreich zu errichten. Schon bald eröffnete er in Wien die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung. *Eichmanns Dienststelle (Abteilung II-112) im Sicherheitsdienst hatte schon seit 1934 die zentrale Autorität und Kontrolle über die jüdische Auswanderung für den SD beansprucht.

gen meistens 2–3 Monate dauerte (z. B. die Beschaffung eines polizeilichen Führungszeugnisses dauerte 6–8 Wochen), kam es, dass vermögende Juden arische Rechtsanwälte mit der Beschaffung ihrer Dokumente beauftragten.

Diesen Rechtsanwälten gelang es bei den Behörden bevorzugt behandelt zu werden. Diese Rechtsanwälte oder ihre beauftragten Kanzleigehilfen kamen nun mit 10, 20, 30 oder mehr Passanträgen zu den verschiedenen Behörden, hielten dort die Beamten stundenlang auf, während die mittellosen Juden tagelang auf der Strasse standen und um keinen Schritt vorwärts kamen. Dieses Vorgehen brachte nichts als Übelstände mit sich. Einmal wurde es den vermögenden Juden ermöglicht ohne Schwierigkeiten das Land zu verlassen, während der mittellose Jude hier bleiben musste, also eine Angelegenheit, die im entgegengesetzten Interesse unserer Bestrebungen stand. Zum anderen schrieb das Ausland bereits, dass die Beschaffung von Reisepässen in der Ostmark RM 1000.– pro Pass kostet. Die Rechtsanwälte verlangten nämlich pro Reisepass zum Teil unerhörte Summen, die der vermögende Jude auch freiwillig bezahlte.

Nachdem die Beschaffung von Reisepässen durch die Einrichtung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung nur etwa 8 Tage dauert (die Beschaffung eines polizeilichen Führungszeugnisses geht heute unter 48 Stunden vor sich), werden diese Rechtsanwälte bereits bei allen möglichen Partei- und Staatsstellen vorstellig, da ihnen durch diese Einrichtung, wie sie sich selbst ausdrücken, ein fettes Geschäft verloren geht. Da obendrein diesen Rechtsanwälten von der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung keine Extrastunden für ihre Behandlung eingeräumt wurden, ist ihre Erbitterung gegen diese Einrichtung eine umso grössere.

Das Bestreben der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung ist es, in erster Linie für eine forcierte Abwanderung der mittellosen Juden Sorge zu tragen und vermögende Juden nur dann zur Auswanderung zu bringen, wenn mit ihrer Abwanderung gleichzeitig die Abwanderung eines ihrem Vermögen entsprechenden Teiles von mittellosen Juden verbunden ist.

2.) Es wurden vor Gründung der Zentralstelle Reisepässe und die hierfür notwendigen Dokumente wahllos ausgegeben, d. h. jeder Jude, der zuerst kam, bekam seine nötigen Unterlagen ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Jude tatsächlich Einwanderungsmöglichkeiten hatte oder nicht. In der Folgezeit traten dann die Fälle auf, in denen die bereits beschafften Papiere ihre Gültigkeit verloren, da der Jude noch immer nicht zur Auswanderung gelangen konnte (die Laufzeit einer steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung, eines polizeilichen Führungszeugnisses usw. beträgt hier nur 4 Wochen). Diese Juden mussten also bis zur endgültigen Abwanderung mehrmals dieselben Wege machen, was zwangsläufig auch zu einer Überlastung des Behördenapparates führte.

Die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung gibt bis auf weiteres Unterlagen, Dokumente und Reisepässe nur an solche Juden ab, die bereits im Besitz einer

Einwanderungsmöglichkeit sind, d. h. eine grosse Anzahl von Juden ist im Besitz von befristeten Einreisemöglichkeiten. Um diese Unterlagen nicht wertlos zu machen werden sie vordringlich behandelt, gleichzeitig sind die jüdisch-politischen Organisationen in Wien tätig, laufend weitere Einwanderungsmöglichkeiten für Juden zu schaffen. Die Zeit der Gruppenwanderung ist ja bekanntlich bis auf weiteres endgültig vorbei, sodass z.Zt. intensiver an der Einzelauswanderung gearbeitet wird. Die Zentralstelle macht täglich 200 Juden passfertig und beobachtet gleichzeitig deren Abtransport.

3.) Zur dortigen Kenntnisnahme wird anliegend der Monatsbericht der Israelitischen Kultusgemeinde Wien für August und der Wochenbericht der Israelitischen Kultusgemeinde vom 13.9.1938 übersandt.

Heil Hitler!
Der Leiter der Zentralstelle
für jüdische Auswanderung
[Adolf] *Eichmann
SS-Obersturmführer.

[51] Illegale Auswanderung von Juden nach Palästina

17. September 1938; USHMM: 11.001.M.01, 9-675.

II 112 o
C 15
Hg/Pi Berlin, den 17. September 1938

An II

Betr.: Illegaler Judentransport nach Palästina

Hierzu wurde dem Unterzeichneten bei seinem Aufenthalt in Wien von SS-O'Stuf. *Eichmann mitgeteilt, daß die englische Presse bereits von dem Scheitern dieses Transportes Kenntnis erhalten habe. Der Transport lag am 1.9.38 an der italienischen Grenze. Durch eingetretene Komplikationen mit der italienischen Regierung und dem griechischen Reeder, der den Dampfer für die Überfahrt zur Verfügung gestellt hatte, wurden die veranlassenden Stellen, unter denen sich auch das Geheime Staatspolizeiamt befand, gezwungen, den Transport nach Wien zurückzunehmen.

Die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung hatte von diesem illegalen Transport erst in dem Augenblick Kenntnis erhalten, als er zur Abreise bereits fertig stand und die Juden ihren gesamten Haushaltsbesitz verkauft und ihre Wohnungen aufgegeben hatten. Die Zentralstelle hat – wie in einer telephonischen Rücksprache zwischen dem Unterzeichneten und *Eichmann vereinbart – ihre Zustimmung zu diesem Transport versagt. In ähnlicher Weise war mit Reichsbankrat *Wolf vom Reichswirtschaftsministerium gesprochen worden, der ebenfalls erst kurz vor Abgang dieses Transportes unterrichtet worden war.

Wie aus dem anliegenden FS des O. A. Donau hervorgeht, hat die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Anbetracht der zwingenden Notwendigkeit sich bereit erklärt, nachdem die Juden vorläufig in das Polizeigefängnis Karajanengasse, Wien, überführt worden waren, Zertifikate für die 750 Juden zu beschaffen.

Grundsätzlich ist zu der Frage der illegalen Auswanderung der gleiche Standpunkt einzunehmen, wie er von allen SD-beteiligten Stellen gegenüber dem Gestapa und dem Reichswirtschaftsministerium bisher vertreten wurde. Wie festgestellt werden konnte, sind ernste Komplikationen bei der illegalen Auswanderung an der Schweizer Grenze, über Stettin nach Finnland und an der französischen Grenze entstanden. Diesbezügliche Unterlagen wurden der Zentralstelle für die jüdische Auswanderung zugesandt, damit sie sich zukünftig gegen die Durchführung solcher Transporte einsetzen kann.

Reichsbankrat *Wolf wurde ebenfalls von dem Scheitern des Transportes verständigt und gebeten, zukünftig keine Devisen mehr zur Verfügung zu stellen,

wenn nicht die Zustimmung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung vorliege.

Assessor Freytag ist dieser Standpunkt erneut mündlich dargelegt worden.

Es wird vorgeschlagen, um weitere außenpolitische Auswirkungen durch illegale Transporte zu verhindern, C hierüber zu berichten und eine Verfügung vorzuschlagen, daß Maßnahmen zu einer illegalen Auswanderung zukünftig zu unterbleiben haben, da der hierdurch angerichtete Schaden keineswegs durch die hierdurch erreichte geringe Auswanderung wettgemacht wird.

II 112
SS-O'Stuf.

[52] SD gegen Judenstaat in Palästina
23. September 1938; BArch: R/58-956.

II/112 23. September 1938

»Die Organisationen der Judenheit,
ihre Verbindungen und politische Bedeutung«
von Herbert *Hagen

Es ist bekannt und braucht hier nichts besonders betont zu werden, daß es sich bei der Lösung der Palästinafrage nicht um ein rein jüdisches Problem handelt, sondern daß auch erhebliche politische Fragen des britischen Imperiums dabei eine Rolle spielen. Immerhin kann man bei einer sachlichen Betrachtung der Dinge nicht umhin annehmen, daß hier an dieser Stelle mehr als aus anderem Anlaß die Politik Englands sich mit derjenigen des Weltjudentums deckt oder umgekehrt. Vom Standpunkt der Judenfrage aus gesehen hat das Geschrei der Judenheit um den kleinen Flecken Erde, der nie – auch unter den annormalsten Verhältnissen nicht – die etwa 17 Millionen Juden aufnehmen kann, die verstreut auf der Erde leben, nichts anders zu bedeuten, als daß man einen Staat bauen will, der als jüdisches staatliches Zentrum wirkend im Verein mit den in übrigen Ländern lebenden Juden gegen alles zu Felde ziehen will, was sich nicht den jüdischen Wünschen fügt. Daß wir vor dieser Alternative stehen, haben wir ausschließlich England zu verdanken, das bei der Lösung dieser Frage noch zugleich seinen ganzen Ruf als koloniale Macht aufs Spiel setzt.

Es ist selbstverständlich, daß Deutschland die Bildung eines solchen Staatsmonstrums keineswegs billigen kann, käme doch sonst möglicherweise der Tag, wo sich seine ganzen staatenlosen Juden die palästinensische Staatsbürgerschaft holen würden, um dann als nationale Minderheit eine Vertretung bei der deutschen Regierung zu fordern. So unsinnig diese Folgerung klingen mag, eine positive Entscheidung Englands zugunsten der Juden wird uns tatsächlich vor dieses Problem stellen.

II/112

[53] Illegale Auswanderung von Juden nach Palästina
28. Oktober 1938; USHMM: 11.001.M.01, 9-675.

G II 112
18-2
Hg/Pi 28.10.38

1. Vermerk:
   Betr.: Illegale Auswanderung von Juden[1]

A. Anläßlich einer am 28.10.38 mit Reg.Ass. *Hülf von II B 4 des Geh. Staatspolizeiamtes gehabten Rücksprache wurde Gelegenheit zur Feststellung des Standpunktes von Reg.Rat *Lischka bezüglich der illegalen Auswanderung von Juden genommen.

In Zusammenhang mit einer allgemeinen Aussprache über die Judenpolitik erklärte er, daß er den Standpunkt des SD-Hauptamtes teile, jeder Art der illegalen Auswanderung – abgesehen von den normalen Abschiebungen über die grüne Grenze, von denen im allgemeinen nur Ausländer betroffen werden – strengstens zu unterbinden. Ich wies ihn bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hin, daß ich Ass. Freytag verschiedenlich auf diesen Standpunkt des SD-Hauptamtes aufmerksam gemacht habe und auch dementsprechende Vorkehrungen bei anderen mit der Auswanderung befaßten Stellen, vor allem dem Reichswirtschaftsministerium und der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung, getroffen hätte.

Nach einer Besprechung über die Situation der Auswanderung in Österreich erklärte er sich damit einverstanden, von besonderen Anweisungen bezüglich der

[1] Im Jahr 1937 schuf in Palästina eine Gruppe von Führungspersönlichkeiten der Arbeiterbewegung sowie *Haganah-Beamten den »*Mossad le Alijah Bet« (das Komitee für illegale Einwanderung). Zu einem späteren Zeitpunkt in demselben Jahr errichtete der *Mossad eine Zentrale in Paris, von wo aus er die illegale Einwanderung von Juden nach Palästina organisieren konnte. Doch es blieb ihm nichts anderes übrig, als auch mit den NS-Behörden in NS-Deutschlandzu kooperieren. Der SD und die Gestapo hatten *Mossad-Pläne und -Initiativen von Anfang an gut geheißen. Deswegen wurden Agenten des *Mossad im Jahr 1938 nach Berlin und Wien geschickt, um mit dem SD und der Gestapo in Verbindung zu treten, damit Juden heimlich von Mitteleuropa nach Palästina auswandern konnten. Während der SD und die Gestapo im Allgemeinen den Immigrationsvorschriften für andere Länder folgten, nahmen sie jedoch regen Anteil daran, die illegale Immigration (Alijah-Beth) von hauptsächlich österreichischen Juden zwischen 1938 und 1940 nach Palästina zu organisieren. Die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien zeigte sich besorgt über die Hindernisse für die legale Auswanderung von Juden aus Österreich nach Palästina über Italien und Jugoslawien. Ehud *Avriel, ein ehemaliger *Mossad-Agent in Wien, beschrieb die Einstellung der deutschen Polizei in Wien zu einem späteren Zeitpunkt auf folgende Weise: »In pre-war Germany, these operations were neither illegal nor secret. The Gestapo office directly across the street from our own knew exactly where we were and what we were doing. The illegality began only at the shores of Palestine with the British blockade.« (Siehe: Ehud Avriel, *Open the Gates*, New York: Atheneum 1975, S. 28.)

illegalen Auswanderung abzusehen, da die dementsprechenden Informationen bereits durch II 112 nach Wien erteilt worden sind.

Er wies von sich aus noch einmal darauf hin, daß die verschärften Paßmaßnahmen gegen die Juden ausschließlich auf eine Duldung der illegalen Auswanderung durch verschiedene Stellen im Reichsgebiet notwendig geworden seien.

II 112

2. II 1 Stbf. mit der Bitte um Kenntnisnahme und Vorlage II
3. Vorschlag: Mitteilung dieses Standpunktes fernschriftlich an die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien
4. II 112 zurück (Durchschlag zda: II 112 o / C 15 – illegale Auswanderung.)

B. Im Rahmen einer Aussprache über die Zukunft der jüdischen Auswanderungspolitik wurde vereinbart, daß in einer gemeinsamen Besprechung der Standpunkt zur Gründung einer *Zentralstelle für jüdische Auswanderung im Reichsgebiet klargelegt werden solle. Reg.Rat *Lischka wird Anfang nächster Woche an uns herantreten, wenn das Protokoll über seine Besprechungen mit den Polizeibehörden in Belgien vorliegt.

*Hagen, II 112

[54] Konzentrierung österreichischer Juden auf Wien

2. November 1938; BArch: R/58-954.

II 112 4
C 4222
Hg/Pi 2.11.38

1. Vermerk:
   Betr.: Konzentrierung der Juden in der Ostmark auf Wien

In Durchführung eines Befehls des Reichsführers SS, daß sämtliche Juden in der Ostmark aus der Provinz zu entfernen sind, hat SS-O'Stuf. *Eichmann mit dem Gauleiter Niederdonau, *Globocnik, Rücksprache genommen. Er hat sich damit einverstanden erklärt, daß die gesamten Juden aus der Provinz, soweit sie nicht sofort auswandern können (nach Schätzungen und Angaben des Leiters der Isr. Kultusgemeinde handelt es sich noch etwa um 10 000 Personen), in Wien konzentriertwerden. Aus diesem Grunde hat SS-O'Stuf. *Eichmann eine Reise in die Provinz am 26.10.38 angetreten, um die SD-Führer anzuweisen, gemeinsam mit den Stapostellen den Juden entweder bis zum 15.12.38 die Auswanderung anzuraten, wobei die Beschaffung der notwendigen Papiere und Geldmittel durch die Zentralstelle übernommen wird, oder aber bis zum 31.10.38 ihren Wohnsitz nach Wien zu verlegen.

Bei einer Rücksprache mit dem Leiter der Isr. Kultusvereinigung *Löwenherz am 25.10.38 wurde klar gestellt, daß ausreichende Unterkunftsmöglichkeiten bei Juden in Wien für die Zuziehenden gegeben sind.

II 112

2. II 1 Stbf. m.d.B.ü. Kenntnisnahme und Vorlage II
3. Vorschlag: Mitteilung an das Geh. Staatspolizeiamt II B 4

[55] Zionistische Verhandlungen mit der Gestapo
März 1957; IfZ/M: G01, Bd. 24, Nr. 742.

Vorbemerkungen von Dr. [Kurt Jacob] *Ball-Kaduri
zu
Dr. Hans *Friedenthal

»Verhandlungen mit der Gestapo in Berlin über
Auswanderungen 1936–1938«

Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland –
Verhandlungen mit der Gestapo über Auswanderung.

Dr. Hans *Friedenthal, dessen Personalien aus der Anlage hervorgehen, stellte sich mir zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Er war, wie mir bekannt, einer der beiden geschäftsführenden Vorsitzenden der »*Zionistischen Vereinigung für Deutschland«, und seine Aufgabe war speciell die Führung aller Verhandlungen mit der Gestapo. In den Jahren 1936 bis Oktober 1938 stand die Gestapo der jüdischen Auswanderung noch positiv gegenüber. Was Dr. *Friedenthal hierüber zu berichten hatte, ist in dem beigefügten und von ihm unterschriebenen Protokoll über unsere Besprechung niedergelegt.

März 1957
(Dr. *Ball-Kaduri)

Besprechung mit Dr. Hans *Friedenthal 7.2.1957.

geb. 14.1.1900 in Posen, Vater Kaufmann, begann ärztliches Studium, unterbrach es und ging von 1920–1928 mit Blau-Weiss nach Palästina zu landwirtschaftlicher Arbeit, studierte dann in Deutschland weiter, war 1933 fertig, aber erhielt die Approbation nicht mehr.

War schon von 1929 daneben hauptamtlich bei Makkabi tätig, und von Anfang 1936 hauptamtlich als einer der beiden geschäftsführenden Vorsitzenden der *ZVfD. Der andere war Benno *Cohn, der den Innenbetrieb führte, *Friedenthal führte die Verhandlungen nach aussen. War beim Novemberpogrom 1938 zufällig zu Verhandlungen in London, kehrt sofort zurück. Wanderte Anfang Dezember 1938 hier ein. Hier Arzt, jetzt im Regierungskrankenhaus in Jaffa, Tel. 81121; Wohnung Herzlian B, Pituach. Verheiratet mit Edith geb. Wall seit 1920, 2 Kinder.

Frage: Was war Ihre Aufgabe in der Leitung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland?

Antwort: Meine Aufgabe war die Führung aller Verhandlungen nach aussen, insbes. mit der Gestapo, Prinz Albrecht Str. Zu allererst hatte ich mit *Eichmann

zu tun, bald aber fast nur mit dem Beamten Kuchmann. *Eichmann habe ich dann nur ganz selten gesehen.

Frage: Welche Erfahrungen haben Sie mit der Gestapo gemacht?

Antwort: Die Gestapo tat damals alles, um die Auswanderung zu fördern, namentlich nach Palästina. So hatten wir oft Hilfe von ihr, wenn wir von anderen Behörden irgend etwas zur Auswanderungsvorbereitung beanspruchen wollten. Diese Haltung blieb die ganze Zeit bis zum Jahre 1938 einheitlich und in einer Linie. Nur als ich am Tage nach dem Novemberpogrom zurückkehrte und mich, wie üblich nach jeder Reise, sofort bei der Gestapo meldete, herrschte dort eine ganz andere, eisige Luft. Ich sah, dass nichts mehr zu machen sei. Verhaftete konnte ich stets frei bekommen, wenn ich ein Zertifikat beschaffte.

Es glückte auch fast stets, wenn ich persönlich versprochen habe, dass ich für ein Zertifikat für die Leute sorgen würde. Kuchmann war bestechlich, wir haben das für schwierige Einzelfälle ausgenutzt.

Frage: Konnten Sie ins Ausland fahren?

Antwort: Ich war viel im Ausland, wegen der Zertifikate, man hat sich immer bemüht, mir Erleichterungen dabei zu verschaffen. Besonders grosse Unterstützung erhielt ich von Herrn v. *Hentig im Auswärtigen Amt. Er gab mir einen persönlichen Brief, dass ich im Auftrag des Auswärtigen Amtes ins Ausland reise, und er alle bitte, mir stets zu helfen. Das war oft sehr nützlich.

Frage: Wie war das Verhalten in der Prinz Albrecht Str. Ihnen persönlich gegenüber?

Antwort: Form und Art der Unterhaltung auf der Gestapo war, wie stets bei ihr, immer unerfreulich; mit den üblichen wüsten Drohungen usw. Aber daran gewöhnte man sich mit der Zeit, und da sie an der Auswanderung interessiert waren, hatte ich dort nicht den Eindruck, persönlich gefährdet zu sein. Bei meiner Auswanderung hat man mir keine Schwierigkeiten gemacht.

Dr. *Ball-Kaduri (–) Dr. Hans *Friedenthal

III. Zionistische Arbeit in Deutschland 1933–1938

[56] Der *Hechaluz und die Umschulung jüdischer Jugend
Mai 1933; RSMA: 1325-1-81.

Was ist der *Hechaluz?

Einige Worte an jeden jungen Juden

Mai 1933

*Hechaluz
Deutscher Landesverband
Berlin W 15, Meinekestraße 10

Was ist der *Hechaluz?
Wo ist der Ausweg?

Die jüdische Situation in den Ländern der Zerstreuung, in der Galuth,[1] ist vollkommen ausweglos. Wir Juden sind durch die innere Entwicklung unserer Geschichte und durch den äußeren Zwang der Völker in die Mittlerberufe hineingedrängt worden. Wir wurden Kaufleute und Intellektuelle, Händler und Angestellte. Die generationslange Entfremdung von Arbeit und Natur hat uns innerlich unsicher und schwankend gemacht, auch wenn wir in früheren Zeiten materielle Sicherheiten errungen haben. Die Entfremdung vom eigenen Volkstum hat den Juden zwar keine Assimilation innerhalb der Umgebung ermöglicht, ihn aber dafür zwiespältig und wurzellos gemacht.

Die Assimilationshoffnung hat sich auch für ihre Träger als ein Trug erwiesen. Aber für diese Trughoffnung hat der Jude seine Persönlichkeit, seine Wahrhaftigkeit geopfert.

Schon seit Jahren ist die geistige Existenz des jüdischen Menschen in der Diaspora untragbar geworden. Die Vorboten, die Künder des Zionismus – *Moses *Heß, Leo *Pinsker und *Herzl – haben diese Entwicklung in aller Klarheit und Tragik schon in dem vorigen Jahrhundert erkannt. Jetzt wird auch die wirtschaftliche Existenz der Juden in der Galuth unmöglich.

Die wirtschaftliche und die politische Krise, die in der ganzen Welt wütet, verdrängt die Juden aus ihren herkömmlichen Berufen. Sie werden nicht nur als einzelne hinausgedrängt. Die umliegende Welt reagiert auf die Konzentriertheit der Juden in den Mittler- und Mittelschichten als auf eine nationale Gruppenerscheinung. Sie will sich damit auf die Dauer nicht abfinden.

[1] Galuth: Hebr. »Diaspora«.

Die Juden haben keine Hoffnung, in den Ländern der Zerstreuung ihre früheren Berufe zu erhalten. Eine jüdische Öffentlichkeit, die das außer Acht läßt, begeht der jungen Generation gegenüber eine ungeheure Verantwortungslosigkeit. Aber auch eine Umschichtung in die Berufe der körperlichen Arbeit, in die Landwirtschaft und in das Handwerk, ist für die Juden innerhalb der Länder der Zerstreuung in größerem Maßstabe kaum möglich. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die schreckliche Agrarkrise schafft ungeheure ökonomische und psychologische Schwierigkeiten für ein Einströmen von Juden in Fabrik und Siedlung. Insbesondere in Deutschland stellen sich einer solchen Umschichtung unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen.

Aber von dieser Krisensituation abgesehen, (man kann von ihr nicht so leicht absehen, sie ist für das Schicksal dieser Generation entscheidend) dürfen die gewaltigen persönlichen und gemeinschaftlichen Kräfte, die eine jüdische Umschichtung erfordert, nicht für eine Palliativlösung vergeudet werden. Die neuerrichteten Rettungsinseln der jüdischen Arbeit und Siedlung in der Diaspora würden durch das Übergreifen jeder allgemeinen Krisenverschärfung zunichte gemacht. Sie werden aber auch in Zeiten eines eventuellen ökonomischen Aufstiegs innerlich entleert. Die Erfahrung der großen jüdischen Produktivierungsbewegungen in Amerika (um die Jahrhundertwende) und in Rußland (in den letzten Jahrzehnten) haben uns wieder klar gezeigt, daß in den Ländern der Zerstreuung, wo die Juden als Gemeinschaft für ihr Gesamtleben nicht verantwortlich sind und die Poren des allgemeinen Wirtschaftsorganismus ausfüllen können, sie die bedenkliche Tendenz besitzen, bei der ersten, manchmal nur scheinbaren »Prosperität« wieder aus dem Lande in die Stadt, von der körperlichen Arbeit in die Vermittlungsberufe »aufzusteigen«.

Die Umschichtung hat nur dann ihren Sinn, wenn sie dem Judentum die Sicherheit seiner Entwicklung, seiner Zukunft gibt. Die Umschichtung ist nur dann im strengsten Sinne des Wortes verantwortlich, wenn sie mit der Rückkehr zur Heimat, zur Sicherheit, zur territorialen und kulturellen Konzentrierung verbunden ist. Der Weg zur Umschichtung ist mit dem Weg zur Heimat – zu Palästina – organisch verbunden.

Die jüdische Umschichtung, als eine Massenbewegung der Juden, ist zugleich auch ein Prozeß der geistigen Verinnerlichung und der gemeinschaftlichen Erneuerung. Der Weg zur Arbeit kann für die jüdische Jugend keine bloße Angleichung an die Lebensart der umliegenden Arbeiter und Bauernschichten bedeuten, – er ist zugleich ein Suchen und ein Ringen um Lebens- und Gesellschaftsformen, die ihrer sittlichen Entwicklung und ihrem kulturellen Stande entsprechen. Nur ein Arbeiterleben, nur eine Siedlung, die den inneren Bedürfnissen des jüdischen Menschen Rechnung trägt, kann auf die Dauer auch von wirtschaftlichem Bestand sein. Erst im eigenen Lande, erst durch eine freie und großzügige Entfaltung der schöpferischen Kräfte können die Juden zur Arbeit, zu sich selbst, kommen.

Für die junge jüdische Generation ist die Umschichtung kein vorübergehendes Rezept, sondern, eine historische Notwendigkeit, eine Forderung des Zusammenbruchs der Assimilation, eine Folgerung der Rückkehr zu sich selbst. Der einzige Ausweg – ist der historische Ausweg: Arbeitendes Judentum in Palästina. Diesen Weg hat die zionistische Bewegung den Juden aller Zerstreuungsländer gewiesen. Der Zionismus ist der Weg zur jüdischen Arbeit in Palästina.

Der Weg zur Arbeit und Heimat.

Palästina wird zu einer Lösung der Judenfrage, nur wenn wir dort einen gesunden Volksorganismus bilden, also ein Volk, dessen überwiegende Mehrheit Menschen der körperlichen Arbeit in der Stadt und auf dem Lande sind.

Die ländliche Siedlung, die landwirtschaftliche Arbeit ist sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich eine Voraussetzung des jüdischen Palästina. Es kann auf lange Sicht keine jüdische Arbeiterschaft in der Stadt bestehen, es kann sich keine selbständige und entwicklungsfähige jüdische Gemeinschaft bilden, wenn die landwirtschaftliche Grundlage nichtjüdisch ist. Aber auch für die innere, persönliche Erneuerung des jüdischen Menschen bedeutet der Weg der Siedlung, zur Natur, den tiefgreifendsten Weg.

Palästina ist kein Immigrationsland, wie es früher für die Juden Nordamerika oder Südafrika waren. Das ist kein Land mit hochentwickelter Wirtschaft, wo man in den Zwischenpositionen Unterkunft finden kann. In Palästina müssen wir den Grundstein der Wirtschaft legen. Darin liegt unsere Hoffnung, daß wir ihn legen können. Das ist aber zugleich eine Warnung für uns: Die Juden dürfen nach Palästina im großen und ganzen nur als Menschen der körperlichen Arbeit kommen, nur als Menschen, die fähig sind, die Grundfesten eines Volksorganismus zu bauen.

Palästina ist kein Land der wahllosen Immigration – es ist ein Land der opfervollen Kolonisation; allein wenn die Pioniere des Volkes die kolonisatorische Grundlage schaffen, können weitere Hunderttausende und Millionen kommen.

Erez Israel ist durch die Vorbereitungsarbeit der Zionistischen Bewegung, durch die Errungenschaften der Jüdischen Arbeiterschaft soweit gekommen, daß es Zehntausende von neuen Juden aufnehmen kann. Erez Israel wartet auf eine große Einwanderung aus Deutschland. Aber es müssen Menschen sein, die zu jeder Arbeit bereit sind, die sich körperlich und geistig fähig fühlen, ein Arbeitsleben zu führen, die gewillt sind, in Hingabe und gemeinschaftlicher Disziplin für jüdische Arbeit neue Positionen zu erkämpfen. Eine Übersiedlung der Juden nach Palästina, so wie sie in der Galuth sind, ist unmöglich. Es ist das Glück Palästinas und die Hoffnung des jüdischen Volkes, daß es unmöglich ist, aus Erez Israel eine neue Diaspora zu machen, wo eine dünne Judenschicht in den Arbeitsorganismus eines anderen Volkes hineingewoben wird.

Der Weg nach Palästina ist ein Weg des Pioniertums, – der Chaluziuth. Er führt durch körperliche Arbeit, durch berufliche Umschichtung und geistige Wandlung. Er kann nur aus einem Entschluß, alles von vorn zu beginnen, gegangen werden.

Nur die Jugend besitzt die nötige Kraft, um diese Revolution zum jüdischen Pioniertum – zur Chaluziuth – durchzuführen. Die Chaluziuth ist eine Antwort auf die innere Bedürfnisse der jüdischen Jugend, – sie ist aber zugleich ein Dienst an der Sache des gesamten Volkes. Das Persönliche und das Gemeinschaftliche wird hier eins.

Chaluziuth führt über hebräische Kultur.

Der Weg der jüdischen Jugend zur Arbeit und Heimat ist nicht nur ein Weg der beruflichen, sondern auch der geistigen Wandlung. Juden verschiedener Länder, verschiedener Sprachen und Zivilisationen müssen sich in Palästina zusammenfinden. Aus Nordamerika und aus Südafrika, aus Rußland und aus Argentinien, aus Deutschland und aus dem Irak strömt unsere Jugend in die Heimat. Die hebräische Sprache ist das Band, das sie alle zu einem Volke einigt, sie ist eine Voraussetzung des jüdischen Lebens in Palästina. Ohne das Hebräische wird Palästina zu einer neuen Diaspora, wo Juden aller Länder Bruchstücke ihnen anhaftender Kulturen in einem elenden Wirrwarr zusammenwerfen. Nur durch die hebräische Sprache finden die Juden zueinander, nur durch die hebräische Sprache schaffen wir eine selbständige Gestaltungsform der neujüdischen Kultur, nur durch die hebräische Sprache erkennen wir die Kontinuität unseres Tuns; allein sie macht uns innerlich frei.

Die jüdische Arbeiterschaft Palästinas ist seit ihren ersten Anfängen die Vorkämpferin der hebräischen Wiedergeburt. Für sie ist der Weg des jüdischen Pioniertums, der Chaluziuth, ein Werk, das den ganzen Menschen umfaßt: Die Erringung der Heimat, der Arbeit und der Sprache.

Die jüdische Arbeit in Palästina muß organisiert sein.

Die Juden, die aus allen Ländern nach Palästina zur Arbeit kommen, würden zu einem Verhängnis für das Land werden, wenn sie sich unorganisiert einzuordnen versuchten. Sie würden durch ein »freies Spiel« ihrer ungeordneten Kräfte schließlich auch bei der besten Arbeitslage ihre Existenz zerstören und in einer kurzen Zeit eine weitere Einwanderung – Alijah – unmöglich machen. Eine organisierte, einheitliche jüdische Arbeiterschaft ist nicht nur eine soziale Errungenschaft, sie ist zugleich eine Voraussetzung für den Aufbau Palästinas. Ohne Einheit, Organisation und Disziplin würde sich der Einwandererstrom in den »leichten« Arbeitszweigen und zufälligen Konjunkturberufen stauen, die mit jeder Wirtschaftswende zusammenschrumpfen und ein Unheil für den arbeitenden Menschen werden.

Nur durch einheitliche Organisation und hohe Disziplinbereitschaft ist es der jüdischen Arbeiterschaft in einem Jahrzehnt schwerer Kämpfe gelungen, viele tausende Arbeiter in die Plantagenkolonien zu bringen. Jetzt sind diese Kolonien der wichtigste Aufnahmepunkt für die neue Einwanderung. Ohne die organisierte Arbeit würden sie bis heute für den arbeitenden Juden verschlossen sein, und die gegenwärtige Einwanderung würde vollkommen unmöglich sein. Die Arbeit in den Kolonien, die früher für einen Einzelarbeiter unerreichbar galt, wurde durch das Werk der Organisation zur Quelle des neuen Aufstiegs Palästinas und zur Grundlage einer großen Arbeitssiedlung.

Ohne organisierte Arbeit ist der neueinwandernde Jude der Willkür, der Bruderkonkurrenz und der Ausbeutung preisgegeben. Ohne Organisation kann die Lohnhöhe eines Kulturmenschen nicht aufrecht erhalten werden. Die Erfahrung Palästinas hat uns mehrfach gelehrt, daß der jüdische Arbeiter nur da, wo er organisiert ist, seine Arbeitsstätte behaupten kann. Wo den Arbeitgebern keine organisierte Arbeiterschaft gegenübersteht, haben sie die Neigung, den kulturellen jüdischen Arbeiter durch billige arabische Arbeitshände aus der nahen und weiten Umgebung zu ersetzen. Ohne organisierte Arbeit werden die Arbeitsschichten Palästinas nicht jüdisch sein. Ohne organisierte Arbeit wird Palästina zu einer neuen Diaspora, wo jüdische Pflanzer nichtjüdische Arbeiter ausbeuten. Die Organisation der Arbeiterschaft und der Arbeitersiedler ist die unumwundene Voraussetzung eines jüdischen Palästina, ohne sie ist die zionistische Lösung der Judenfrage nicht zu verwirklichen.

Nicht nur die Lohnarbeit, auch die Arbeitssiedlung von tausenden neuen und unerfahrenen Menschen ist allein durch die Organisation und gegenseitige Hilfe der gesamten Arbeiterbewegung möglich.

Die jüdischen Arbeiter, Angestellten, arbeitenden Handwerker und Siedler haben sich in Palästina zu einer allgemeinen Arbeiterorganisation zusammengeschlossen. Sie heißt in Erez-Israel kurz: ›*Histraduth‹ – die Organisation. Die *Histraduth[2] zählt 40 000 Mitglieder; mit Kindern und abhängigen Familienmitgliedern umfaßt sie ca. 70 000 Menschen, ungefähr ein Drittel der gesamten jüdischen Bevölkerung.

Die *Histraduth steht jedem arbeitenden Juden offen. Unreligiöse und gesetzestreue Arbeiter finden sich in ihr zusammen. Sie fragt nicht nach der Partei des arbeitenden Menschen. Sie umfaßt alle diejenigen, die eine werktätige und freie jüdische Gesellschaft in Erez-Israel schaffen wollen.

Die *Histraduth sorgt für die Einordnung der Olim (Einwanderer), für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, für ihre berufliche Weiterausbildung und kooperative Zusammenfassung, für ihre Kulturbedürfnisse und die Erziehung der Kinder. Die *Histraduth hat ein Netz von genossenschaftlichen

[2] Die 1920 gegründete Allgemeine Föderation der Arbeiter in Israel ist die größte Gewerkschaftsorganisation der Juden in Palästina.

Werken geschaffen, um ihre Mitglieder in kollektiven und kooperativen Arbeiterwirtschaften anzusiedeln. Sie ist der Ausdruck des Willens der Arbeiterschaft zur Führung des Gesamtvolkes.

Mehr als 6000 Arbeiter sind in kollektiven Siedlungen und Gruppen – Kibbuzim – zusammengeschlossen.

Der Chaluz, der jüdische Pionier sieht in der *Histraduth die Verwirklichung seines Willens: Die persönliche Verwurzelung im Lande mit der Verantwortung gegenüber dem Volke zu vereinigen.

*Der *Hechaluz und seine Aufgaben.*

Diejenigen jungen jüdischen Menschen, die sich zur zionistischen Lösung der Judenfrage bekennen, die ihr Bekenntnis persönlich in ihrem Leben verwirklichen wollen – durch Umschichtung zur körperlichen Arbeit, durch Übergang zur hebräischen Sprache, durch Eingliederung in die organisierte Arbeiterschaft – schließen sich in dem »*Hechaluz« (Der Pionier) zusammen. Die Hechaluzorganisationen existieren in 19 Ländern: von Damaskus bis San Francisco, von Bulgarien bis Argentinien sind Ortsgruppen des *Hechaluz verstreut. Die Hechaluzbewegung zählt 45 000 Mitglieder. 125 000 junge jüdische Menschen die in den Ländern der Galuth in den verschiedenen Bünden organisiert sind, betrachten sich als eine Nachwuchsbewegung des *Hechaluz und der palästinensischen Arbeiterschaft.

Der *Hechaluz bereitet seine Mitglieder (sie können 17 bis 35 Jahre alt sein) durch eine *Hachscharah (Ausbildung) zur Alijah vor. Jeder Chaluz muß einen landwirtschaftlichen oder handwerklichen Beruf ergreifen.

In der *Hachscharah wird der Nachdruck nicht nur auf die berufliche Spezialisierung gelegt: Palästina ist ein Kolonisationsland; außer der Landwirtschaft sind alle anderen Wirtschaftszweige in ihrer Aufnahmefähigkeit sehr schwankend. Jeder Oleh (Neueinwanderer) muß bereit sein, zu einer anderen Arbeit, zur Schwarzarbeit überzugehen. Die Bereitschaft zu jeder körperlichen Arbeit ist oft wesentlicher als eine vollkommene Beherrschung eines Spezialfaches. Für diese Bereitschaft die Menschen fähig zu machen, ist die wichtigste Aufgabe der *Hachscharah.

Die *Hachscharah begnügt sich nicht mit der beruflichen Umschichtung. Jeder Chaluz bereitet sich auch geistig für Palästina vor. Das Lernen des Hebräischen ist Pflicht. Das Erkennen der palästinensischen Wirklichkeit, des jüdischen Arbeiterlebens in Stadt und Land gehört ebenso, wie die körperliche Arbeit, zur *Hachscharah. Das Eindringen in die jüdische Kulturwelt, das Wissen um das Judentum, das Vertrautsein mit der Begriffswelt der jüdischen Renaissance, ist besonders für die assimilierten deutschen Juden ein organischer Teil der *Hachscharah. Ein Chaluz darf nicht als ein innerlich fremder, unbeholfener Mensch ins

Land kommen, er muß schon von hier aus die Anknüpfungspunkte an das geistige Leben des arbeitenden Jischuw (jüdische Bevölkerung Palästinas) besitzen.

Die Erziehungsarbeit des *Hechaluz wird in den Städten in den Snifim (Ortsgruppen) geleistet. So weit die Chaluzim ihre *Hachscharah in der Stadt durchmachen, müssen sie dem Snif angehören und seine hebräische und kulturelle Arbeit mitmachen. In allen größeren Städten Deutschlands bestehen Ortsgruppen des *Hechaluz.

Der *Hechaluz ist bestrebt, seine Menschen soweit wie möglich in Gemeinschaften (Kibbuzim) zusammenfassen. Die Kibbuzim wollen die berufliche Umschichtung, die geistige Schulung und die erzieherische Vorbereitung zu einer Einheit zusammenzufügen. Die meisten Kibbuzim befinden sich auf dem Lande, aber es gibt auch Batej-Chaluz (Chaluzheime) in den Städten.

Der größte Teil der Alijah des *Hechaluz schließt sich zu Alijahgemeinschaften – Kibbuzej-Alijah – zusammen. Die Kibbuzej-Alijah entstehen jeweils aus Menschen, die sich in der *Hachscharah nähergekommen sind. Die chaluzische Jugendbewegung nimmt aktiven Anteil an dem Aufbau dieser Alijahgemeinschaften. Die Kibbuzej-Alijah sind mit der Kibbuzbewegung im Lande eng verbunden. Hunderte von Menschen des deutschen *Hechaluz sind durch die Kibbuzej-Alijah zum Leben und Arbeiten in die kollektiven Siedlungen Erez-Israels gekommen.

Der Weg des palästinensischen Pioniertums, der Chaluziuth, ist kein leichter. Er erfordert eine große Willenskraft, er zwingt zum Verzicht auf manche Gewohnheiten und Bequemlichkeiten, er ist oft mit einer körperlich und geistig schweren Übergangszeit verbunden. Aber er ist der einzige Weg der Würde und der Hoffnung für die jüdische Jugend. Er führt sie zur Heimat, zur inneren Geschlossenheit, zu einer freien jüdischen Arbeitergesellschaft. Es ist ein Weg, in dem wahrer menschlicher Aufstieg und Dienst am Volke eins werden.

[57] Sonderverbände innerhalb der *ZVfD

8. September 1933; BArch: 15.01 Reichsministerium des Innern, 25673/28.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W 15,
Meinekestr. 10.
8.9.33

Dr. Kr./L.
An den
Bund für neues Judentum,
z.Hd.v. Herrn *Lieblich,
Geschäftsstelle
Stuttgart
Königstrasse 16.

Sehr geehrter Herr *Lieblich,
in Ihrem Brief vom 14. August d.J. haben Sie angezeigt dass Ihr Bund sich korporativ der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland anschliessen wolle. Die Durchführung eines solchen Anschlusses erscheint jedoch satzungsgemäss nicht möglich, da die zionistische Organisation in Deutschland nur Einzelmitglieder kennt, die durch örtliche Zusammenfassungen – Ortsgruppen, Arbeitsgemeinschaften etc. – organisatorisch zusammengehalten werden; gesinnungsmässige Zusammenfassungen bestehen nur bei den ausdrücklich innerhalb der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland zugelassenen Sonderverbänden, wie z. B. dem *Misrachi.

Bei dieser Sachlage können wir leider eine Aufnahme Ihres Bundes als solchem nicht vornehmen, würden es aber sehr begrüssen, wenn diejenigen Ihrer Mitglieder, die sich ihrer Überzeugung nach zum Zionismus bekennen, als Einzelmitglieder der Organisation beitreten und sich den für sie zuständigen Ortsgruppen anschliessen würden.

Wir hoffen gern, dass recht viele Mitglieder Ihres Bundes diesen Anschluss vollziehen werden, und dass wir in ihnen zuverlässige und eifrige Mitarbeiter finden werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung und Zionsgruss
*Zionistische Vereinigung für Deutschland
(gez.) Unterschrift.

[58] Berichterstattung der **Jüdischen Rundschau* in Deutschland
12. September 1933; BArch: 15.01 Reichsministerium des Innern, 25673/28.

*Jüdische Rundschau / Redaktion,
Berlin W 15, Meinekestr. 10. 12.9.1933.

an: Herrn Dr. P. Tänzer,[1]
Mittnachtbau,
Stuttgart.

Sehr geehrter Herr Dr. Tänzer!
wir beabsichten die Berichterstattung der *Jüdischen Rundschau über lokale Ereignisse in den einzelnen Gemeinden auszubauen. Es kommt uns hierbei darauf an, nicht nur über die zionistischen Veranstaltungen in den verschiedenen Orten Berichte zu erhalten, sondern darüber hinaus über das gesamte Leben der Gemeinden in regelmässigen Berichten informiert zu werden. Uns interessieren sowohl Veranstaltungen wie Ereignisse in der Gemeindeverwaltung, wichtige Personalien, die allgemeine Lage der Juden in der betr. Gemeinde, jüdische Bevölkerungsbewegung und Ähnliches.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn wir bei der Durchführung einer derartigen Berichterstattung auf Ihre Hilfe rechnen könnten. Sollten Sie selbst nicht dazu in der Lage sein, derartige Berichte für uns abzufassen, so wären wir Ihnen für Angabe eines Gesinnungsgenossen dankbar, der am dortigen Platze in derartiger Weise für uns tätig sein könnte. Selbstverständlich werden die Berichte von uns honoriert.

Wir sehen Ihrem gesch. baldigen Bescheide mit Interesse entgegen und begrüssen Sie

mit Zionsgruss
Redaktion Jüd. Rundschau.

[1] Paul Tänzer war Rechtsanwalt und stellvertretendes Mitglied des Rates in der *Reichsvertretung der deutschen Juden / Reichsvertretung der Juden in Deutschland.

[59] Allgemeine zionistische Arbeit in Deutschland 1933
21. Oktober 1933; CZA: S7\93.

Kopie.

Paris, den 21. Oktober 1933.

Herrn Dr. Martin *Rosenblüth
London.

Lieber Dr. *Rosenblüth,
Ich habe es sehr bedauert, dass wir uns hier verfehlt haben. Ich bin anscheinend am gleichen Tage wie Sie angekommen und hatte keine Ahnung, dass Sie hier waren. Ihren Brief habe ich übrigens erst vorgestern abend erhalten.

Über die allgemeine Situation in Deutschland lässt sich in einem Briefe nur sagen, dass schlimmer als alle Gewaltakte (die in letzter Zeit anscheinend seltener vorkommen) der wirtschaftliche Entwurzelungsprozess ist, der unerbittlich und systematisch durchgeführt wird. Zu 1. Oktober sind wieder zahlreiche Angestellte entlassen worden (u.a. die meisten jüdischen Angestellten vom K.D.W.).[1] Die jüdische Bourgeoisie verliert nicht nur ihr Geld, sondern büsst täglich an Einfluss ein. Infolge der Gleichschaltung der meisten grösseren Geschäfte und Unternehmungen (die Inhaber werden in den meisten Fällen gezwungen, 50% ihrer Aktienpakete oder ihres Geschäftsanteils an Nazis abzutreten) hören die jüdischen Geschäftsinhaber auf, Herren im eigenen Hause zu sein. Diese Gleichschaltung führt letzten Endes zur Enteignung, denn der Wert der jüdischen Geschäftsanteile wird immer kleiner und in manchen Fällen nur illusorisch. Und da dieser Prozess nicht nur die grossen Unternehmungen umfasst (wie es noch diesen Sommer der Fall war) sondern auch die mittleren Geschäfte, ist in wenigen Monaten mit einem sehr starken Rückgang des jüdischen »Nationalvermögens« in Deutschland zu rechnen.

Die Lage der entlassenen Angestellten und der abgebauten Akademiker verschlechtert sich von Woche zu Woche. Dabei darf nicht übersehen werden, dass viele noch kleine Reserven haben, die in einigen Wochen nicht mehr vorhanden sein werden. Der Kulminationspunkt der Not und der Verzweiflung wird infolgedessen wahrscheinlich erst in einigen Monaten eintreten.

Die zionistische Arbeit wird im allgemeinen nicht behindert. Allerdings muss die Tatsache berücksichtigt werden, dass die zentrale Gewalt in den einzelnen »Satrapien« nicht viel ausrichten kann und dass es einzelne Städte gibt, wo man weder kleine noch grosse Vorträge veranstalten kann (vor allem nicht in Bayern, mit Ausnahme wiederum von Würzburg). Übrigens soll in den nächsten Tagen in

[1] Hier ist wahrscheinlich das 1907 eröffnete größte Warenhaus Deutschlands, das Kaufhaus des Westens in Berlin (KaDeWe), gemeint.

München ein Dachverband sämtlicher jüdischer Organisationen gegründet werden, an dessen Spitze als Kommissar ein junger Agudist[2] ernannt werden soll (ein gewisser Herr *Rothschild, der dank seiner Kriegsfreundschaft mit einem Nazi bereits einen Vertrag für 10 Jahre mit einem Gehalt von Mk. 1000.– monatlich abgeschlossen haben soll.) Sobald dieser Dachverband gegründet sein wird, werden, wie er mir lustig gesagt hat, zionistische Vorträge auch in München möglich sein. Am schlimmsten soll es in Nürnberg aussehen, wo, wie mir Frau Geheimrat *Dormitzer vorige Woche berichtete, Juden fast in kein einziges Cafe hineingelassen werden und Gewaltakte auch noch jetzt an der Tagesordnung sind.

Über das Verhältnis zu *C. V. ist meines Wissens nichts Neues zu berichten. Im grossen und ganzen bemühen sie sich mit wenig Erfolg, ihre Positionen zu behaupten. Der Hauptkampf wird sich aber wahrscheinlich in den Gemeinden abspielen, und auch hier wird letzten Endes die Frage der Personen, die uns zur Verfügung stehen werden, entscheidend sein.

Was die Rechtsvertretung anbelangt, kann man einstweilen noch nichts über ihre Politik sagen. Ich war vor einigen Tagen in Breslau mit Dr. Franz *Meyer zusammen; der aber auch noch keinen richtigen Eindruck von der Arbeit hatte.

Nun zum *K. H. Ich hatte mehrere Sitzungen mit *Tietz und erklärte zu Beginn der Verhandlung, dass von einer Kontrolle unserer Spesen und Nennung der Namen unserer Zeichner unter gar keinen Umständen die Rede sein kann. Es ist mir gelungen, unsere Forderungen durchzusetzen. Wir vereinbarten:

1. Der *KH behält zur Deckung seiner Spesen und Verpflichtungen 10 % seiner Brutto-Einnahmen, mindestens aber Mk. 15 000 monatlich. Es wurde hierbei ausdrücklich betont, dass es sich a) nicht nur um Spesen handelt, b) dass wir selbstredend wenn möglich auch weniger zurückbehalten werden.

2. Wir geben dem Zentralausschuss[3] regelmässig die Gesamtsumme unserer Eingänge an.

3. Die Palästinaparole wird ausschliesslich für den *Keren Hajessod reserviert und die anderen Organisationen, namentlich der Zentralverband sind verpflichtet, Propaganda nur unter ihrer Parole zu machen. Auch in den Anmeldungen und Denkschriften muss ausdrücklich betont werden, dass es sich um die betreffende Organisation handelt.

4. Der Zentralausschuss ist berechtigt, namentlich in Berlin gewisse Veranstaltungen in Kreisen, die uns nicht besonders zugänglich sind, selbst zu organisieren. In diesen Fällen erhält der *KH bezw. 33 % vom Ergebnisse der Zeichnungen, je nachdem wir bei der Veranstaltung mitgearbeitet haben oder nicht. Selbstredend sind diese Veranstaltungen spesenfrei.

5. Es wird ein Finanzausschuss beim Zentralausschuss gegründet, dem *Tietz, Zielenzieger, ein Vertreter des Zentralvereins und ich angehören. Aufgabe dieses

[2] Mitglied des *Agudas Jisroel.

[3] Hier ist der *Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau gemeint.

Finanzausschusses ist, die Finanzpolitik des Zentralausschusses zu regeln. Die Sitzungen dieses Ausschusses sollen regelmässig jede Woche möglichst stattfinden. Es ist mir gelungen, Herrn Dr. *Ollendorff, der letzten Endes nur die Interessen der lokalen Wohlfahrtspflege vertritt und daher andauernd konterkarierte, von diesem Ausschuss fernzuhalten.

Allerdings darf bei alledem eine Tatsache nicht übersehen werden. Der Zentralverein ist mangels jeder eigenen zugkräftigen Parole gezwungen, in internen Besprechungen mit den Leuten, die seine Vertreter besuchen, sich über Palästina zu unterhalten, und es ergibt sich die groteske Tatsache, dass die Vertreter der *C. V. (*Sandelowsky, Dr. *Gerstel u. a.) selbst erklärten, dass sie doch jetzt zu den Leuten nicht im Namen des Zentralvereins kommen könnten. Es hat viel Mühe gekostet, um zu erreichen, dass die Anmeldungen der Vertreter des Zentralvereins nicht nur unter der Firma Zentral-Ausschuss, sondern auch unter der Firma Zentralverein vorgenommen werden sollen, und trotz aller unserer Bemühungen bin ich nicht überzeugt, dass in internen Besprechungen die Zentralvereinler nicht viel mehr über Palästina als über ihre eigenen Aufgaben sprechen und infolgedessen letzten Endes uns den Weg zu dem betreffenden Zeichner versperren. So grotesk es auch klingen mag: Es fällt schwer, den Zentralverein zu zwingen, in seiner Propaganda nicht positiv über Palästina zu sprechen, wobei wir diejenigen sein müssen, die ihn davon abhalten müssen.

Vor ca. 10 Tagen war ich in Breslau und habe probeweise für einen Monat einen zionistischen Assessor (Joel) mit Mk. 200.– engagiert. Wir hatten auch bei dieser Gelegenheit einige Besprechungen mit den dortigen Zionisten, sowie mit den liberalen Mitgliedern des Komitees für Hilfe und Aufbau[4] und vereinbarten eine *KH-Aktion für den 12. November, wobei das lokale Komitee für Hilfe und Aufbau sich einverstanden erklärte, von der jetzt geplanten Aktion zurückzutreten unter der Bedingung, dass wir ihm 20–33 % (je nach dem Resultate der Aktion) für lokale Alijah und ähnliche Zwecke zur Verfügung stellen. Die liberalen Vertreter des Komitees versprachen mir dafür, mich in meiner Arbeit in Breslau zu unterstützen.

Auf der Durchreise nach Paris war ich in Köln und sprach mit Frau u. Herrn Julius *Kaufmann. Ich werde auf meiner Reise nach Stuttgart morgen nochmal dort sein müssen, um mit ihnen, sowie mit Herrn May die Angelegenheit des Bezirks-Sekretariats zu besprechen. Es wäre gut, wenn man *Kaufmann für Rheinland-Westfalen bekommen könnte, da das Ruhrgebiet in letzter Zeit sehr vernachlässigt wurde. Allerdings verlangt *Kaufmann einstweilen Mk. 700.–. Ich glaube aber, dass er sich mit Mk. 500.– am Ende einverstanden erklären wird. Der zweite Nachteil ist die Tatsache, dass er, wie er angibt, in fester Stellung ist, und man dadurch, wenn auch nicht formell, so doch moralisch eine gewisse Verpflichtung übernimmt. Ich habe ihm zwar mehrmals ausdrücklich erklärt, dass wir uns

[4] Hier ist wieder der *Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau gemeint.

in gar keiner Weise binden können, aber es ist doch zu überlegen. Auch wenn wir *Kaufmann engagieren, müssten wir m. E. noch einen Reisesekretär haben.

Wie mir aus Hamburg mitgeteilt wird, wäre Dr. Hepner bereit, versuchsweise für den *KH zu arbeiten. Ich will nach meiner Rückkehr mit ihm verhandeln (habe schon hierüber mit ihm telephonisch gesprochen) und werde versuchen, wenn es geht, ihn für ein bis zwei Monate probeweise zu engagieren. Ausserdem habe ich vor meiner Abreise in Berlin einen K. J.Ver, Dr. Behrend, probeweise für Mk. 175.– für einen Monat halbtägig engagiert.

Was die *KH-Arbeit selbst anlangt, war sie natürlich während der letzten Feiertagswochen gering. Ich hoffe aber, dass sie jetzt richtig einsetzt. Ich habe Dr. Strauss gebeten, nach Mainz und Wiesbaden zu fahren, bin selbst am Montag in Stuttgart, wo ich einige Tage zur Nacharbeit bleiben werde. Von dort gehe ich nach Heilbronn und Würzburg. Ob ich nach München und Augsburg fahren werde, hängt von der Entwicklung der dortigen Verhältnisse in den nächsten Tagen ab. Anfang November bin ich wahrscheinlich wieder in Berlin, vom 12.–18.11 in Breslau und Anfang Dezember in Hamburg und Leipzig. Wie Sie sehen bin ich bemüht, eine Reihe von wichtigen Städten in der ersten Winterhälfte nach Möglichkeit zu absolvieren. Dabei bin ich nach wie vor der Meinung, dass es richtig wäre, wenn Sie Ende des Jahres nach Deutschland kommen könnten.

Ich habe mir während der letzten Tage den französischen *KH näher angesehen, sprach mit verschiedenen Leuten (sowohl mit französischen, wie mit unseren russischen Zionisten) *Motzkin, Naiditch, Jefroykin usw. und habe den Eindruck gewonnen, dass hier erstens während der längeren Zeit der Krankheit von Halpern wirklich fast nichts gemacht wurde, zweitens aber, dass man bei entsprechender Energie wahrscheinlich trotz aller lokalen Schwierigkeiten nicht wenig herausholen könnte. Die Leute, mit denen ich sprach, drängen, dass ich, wenn nicht jetzt, so wenigstens Anfang nächsten Jahres für einige Zeit herkomme, und es wäre auch schon aus diesem Grunde sehr gut, wenn Sie während der zweiten Winterhälfte in Berlin sein könnten.

Soeben erhalte ich Ihre beiden Schreiben vom 18.d.M. Von *Schocken haben wir bis zu meiner Abreise nichts erhalten. Ich nehme auch nicht an, dass er mit Dr. *Moses[5] darüber gesprochen hat, da ich Dr. *Moses kurz vor meiner Abreise aus Berlin eingehend sprach. Es wäre daher, glaube ich, richtig, wenn Sie nochmals an *Schocken schreiben würden.

Übrigens habe ich den Inhalt meines letzten Abkommens mit dem Zentral-Ausschuss im G. A.[6] ausführlich besprochen. Die getroffene Vereinbarung ist auch nach eingehender Aussprache im G. A. einstimmig als richtig anerkannt worden.

---

[5] Hier ist Siegfried *Moses gemeint.

[6] Hier ist wahrscheinlich der Geschäftsführende Ausschuss der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland gemeint.

Die Beträge, die wir dem Z.A. von Juli–September zur Verfügung gestellt haben bezw. die uns gutgeschrieben wurden, werde ich Ihnen von Berlin aus mitteilen. Wenn ich Ihnen schreibe, dass ich *Tietz z.B. Mk. 30.– geliehen habe, heisst es, dass ich dem Z.A. Mk. 30 000 zur Verfügung gestellt habe.

Den mir eingesandten Brief von Ulitzur vom 1.10. sende ich Ihnen hiermit zurück. Ich konnte mir die Einzelheiten nicht notieren, sondern habe mir nur gemerkt, was U. gesandt haben will und werde es Frl. Segal mitteilen.

Herr Dr. *Hantke fährt Ende des Monats nach London und hat, soviel ich unterrichtet bin, die Absicht, ca. 6 Wochen dort zu bleiben.

Mit besten Grüssen
Ihr
gez. M. *Traub

[60] Expansion des Zionismus innerhalb der deutschen Judenheit
24. Oktober 1933; CZA: S7\93.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W15, Meinekestr. 10 24. Oktober 1933

An die Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute.

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,
der bisherige Generalsekretär der *Z.V.f.D., Dr. Georg *Landauer, ist Anfang September d.Js. nach Palästina übersiedelt. Er wird auch in Erez Israel innerhalb der Zionistischen Organisation tätig bleiben und höchstwahrscheinlich im Dezernat *Ruppin die Arbeiten durchführen, die mit der Ansiedlung deutscher Juden in Palästina zusammenhängen.

An Stelle von Dr. *Landauer haben die Unterzeichneten die Geschäftsführung übernommen. Die Geschäftseinteilung ist so, dass Herr Benno *Cohn die Ressorts Organisation, Propaganda und Jugendarbeit leitet, während die übrigen Tätigkeitsgebiete, insbesondere das Palästina-Amt, Herrn Dr. *Kramer unterstellt sind.

Kurt *Blumenfeld, der im Juli d.Js. nach Palästina gefahren war, wird am 10. November d.Js. wieder in Deutschland sein und steht alsdann für die zionistische Arbeit in Berlin und im Reiche zur Verfügung.

Die zionistische Bewegung ist in dem letzten Monat in Deutschland wieder ein grosses Stück vorwärtsgekommen. Obwohl die Kraft der Organisation durch die Auswanderung zahlreicher aktiver Zionisten sehr geschwächt wurde, haben sich die meisten Ortsgruppen unter neuen Vorständen mit neuen Arbeitskreisen formieren und die Arbeit mit neuer Tatkraft in Angriff nehmen können. Besonders erfreulich ist die Entwicklung in Berlin, wo sich die Zahl der zahlenden Mitglieder hat verdreifachen lassen. Auch in den anderen grossen und mittleren Ortsgruppen ist starker Zustrom zur zionistischen Bewegung zu verzeichnen. Weiter sind in kleinen und mittleren Gemeinden eine Reihe von Ortsgruppen neu begründet worden oder in Gründung begriffen; an vielen Orten bilden sich fast spontan zionistische Arbeitskreise und Jugendringe. Die zionistischen Versammlungen sind durchweg glänzend besucht, oft überfüllt. Wir sind uns darüber klar, dass von den neuen Mitgliedern viele nur aus äusserlichen und materiellen Gründen zu uns kommen, weil sie sich hiervon Vorteil versprechen. Auf der anderen Seite haben aber Massen von Menschen den Weg zu uns gefunden, die durch die Ereignisse dieser Zeit das Judenproblem in ernstestem Ringen neu durchdacht haben. Vor uns liegt die grosse Aufgabe, unsere neuen Gesinnungsgenossen in unsere Gedankenwelt einzuführen und ihre oft im Gefühlsmässigen steckenbleibende zionistische Überzeugung durch intensive Schulung geistig zu fundieren. Zahlreiche Schulungskurse in vielen Ortsgruppen zielen hierauf ab.

Unsere Expansion ist noch längst nicht abgeschlossen. Die *Rosch-haschanah-Sammlung des *K. K. L.*, die ein ausgezeichnetes Resultat ergeben hat, zeigte uns, dass ganze Gemeinden, die bisher vom Zionismus völlig unberührt waren, sich auf dem Wege zu uns befinden. Wie kaum eine andere Sammlung hat diese Aktion des *K. K. L. ergeben, in welchem Umfange die deutsche Judenheit für unsere Bewegung empfänglich geworden ist. Wir haben die grössten Anstrengungen zu machen, die grosse Chance dieser Zeit zu nutzen. Wir brauchen neue Mitarbeiter, die sich mit vollem Einsatz für die zionistische Arbeit zur Verfügung stellen.

Wir brauchen auch einen *Ausbau der Zionistischen Organisation.* Vor kurzem ist in dieser Hinsicht die Gründung oder Erneuerung von *5 Gruppen-Verbands-Sekretariaten* beschlossen werden. In Breslau, Leipzig, Hamburg, Frankfurt/M. und Düsseldorf werden künftig neue Zentren zionistischer Aktivität entstehen, von denen die Arbeit in den Bezirken intensiv geleistet werden soll. Diese Zentren dienen der Notwendigkeit, die Zentrale in Berlin, die heute mit einer Fülle von anderen Aufgaben überlastet ist, zu entlasten. Aufgabe der Zentrale in Berlin wird es sein, in nächster Zeit die Ortsgruppen und Gruppenverbände in ganz anderem Umfange als bisher mit Material und Anregungen für die zionistische Arbeit zu versorgen.

Insgesamt können wir feststellen, dass sich das deutsche Judentum in seinen wertvollsten Teilen in eindeutiger Richtung auf uns zu befindet. Die assimilatorischen Gruppen machen grosse Anstrengungen, das verlorene Terrain zurückzugewinnen; sie schlagen uns eine »Arbeitsteilung« vor, die ihnen das Arbeitsfeld in Deutschland überlässt und uns die Organisierung der Auswanderung zuweist. Wir würden uns selbst aufgeben, wollten wir dem zustimmen. Nur die zionistische Bewegung, die die Struktur der Judenfrage schon längst vor den Ereignissen dieses Jahres, frei von allen Illusionen, erkannt hat, ist letztlich berufen, das deutsche Judentum in dieser Zeit zu führen und die neue Gestaltung des jüdischen Lebens in Deutschland entscheidend zu beeinflussen.

Inzwischen hat sich die *neue Reichsvertretung* konstituiert. In ihr ist der Zionismus stärker vertreten als in der alten Reichsvertretung, wenngleich der ausserordentliche Umschwung der Stimmung im deutschen Judentum zugunsten des Zionismus sich in ihrer Gestaltung noch nicht voll ausgewirkt hat.[1] Erst wenn es gelungen sein wird – und das ist eine der Hauptaufgaben dieser kommenden Arbeitsperiode – die jüdischen Gemeinden und ihre Vorstände in unserem Sinne umzugestalten, werden wir den Unterbau für eine zionistisch stark beeinflusste

[1] Am 17. September 1933 wurde die Gründung einer »neuen« *Reichsvertretung der deutschen Juden verkündet. Die »neue« Reichsvertretung löste die im Januar 1932 gegründete »alte« Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände ab, die zeitweilen auch als »Reichsvertretung der deutschen Juden« zeichnete. Die »neue« Reichsvertretung wurde vornehmlich den Bemühungen und der gegenseitigen Konzilianz des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland zugeschrieben. Sie war nur durch deren andauernde Verständigung aktionsfähig.

Gesamtvertretung der deutschen Juden gewinnen. Unsere Freunde im Reiche werden dafür zu sorgen haben, dass in allen Gemeinden der zionistische Einfluss wesentlich stärker wird als heute, damit die absolut veränderte Stimmung unter den jüdischen Massen auch seinen Ausdruck in der Führung der Gemeinden findet. Die heutige Reichsvertretung besteht aus Menschen, die – auch soweit sie uns gedanklich noch fernstehen – von dem ernsten Willen zur Zusammenarbeit erfüllt sind, sodass nach Ansicht unserer in der Reichsvertretung tätigen Freunde die Voraussetzungen für eine fruchtbare Arbeit durchaus gegeben sind. Insbesondere hoffen unserer Freunde, dass sich die Möglichkeit zur Schaffung eines einheitlichen politischen Arbeitsprogramms ergeben wird. In diesem Geiste wird zurzeit eine Denkschrift vorbereitet, die als grundlegende Kundgebung der Führung der deutschen Juden die gegenwärtige Lage der Judenschaft darstellen und die Neuregelung der staatsrechtlichen Verhältnisse der deutschen Judenschaft erstreben soll. Im Vordergrund werden weiter die Schul- und Erziehungsfragen stehen. Wir werden mit allem Nachdruck dafür eintreten, dass eine wirklich jüdische Schule aus der grossen Umwälzung dieser Zeit hervorgeht.

Leider hat die Reichsvertretung – ungeachtet der bei ihrer Gründung abgegebenen Loyalitätserklärungen der Hauptgruppen des deutschen Judentums – in den letzten Wochen völlig unberechtigte scharfe Angriffe, insbesondere von seiten der Gemeindeliberalen und mancher Teile des Frontbundes, erfahren. Die Vorgänge, die sich an die letzte Nummer des Berliner Gemeindeblattes anschliessen (Veröffentlichung der Woydaschen Thesen)[2] sind Ihnen aus Nr. 83 der »*Jüdischen Rundschau« bekannt geworden. Der Austritt von Dr. Siegfried *Moses aus dem Direktorium der Jüdischen Gemeinde eröffnet eine sehr ernste Auseinandersetzung der Zionisten mit dieser Gruppe der »Ewig-Gestrigen,« die auf Grund der Wahlresultate vergangener Jahre auch heute noch angesichts einer völlig veränderten Stimmung ihre Positionen in den Gemeinden künstlich halten und gegen uns auszuwerten versuchen.

Im Reiche macht sich die gegen uns gerichtete Tätigkeit einer Reihe von Frontbundwerbern besonders bemerkbar. Zahlreiche durchaus begründete Beschwerden unserer Freunde liegen vor. Wir sind bemüht, dieses Material zusammenzustellen und *bitten alle Gruppen, ihnen bekannt gewordene Übergriffe uns umgehend mitzuteilen*. Wir machen insbesondere darauf aufmerksam, dass die Sportgruppen des Frontbundes eine starke propagandistische Tätigkeit entfalten, bei der sie sich nicht scheuen, immer wieder die falsche Behauptung zu wiederholen, dass alle anderen jüdischen Sportvereine, die sich dem *RJF anzuschliessen nicht bereit sind, der Auflösung verfallen würden. Das Dementi, das die Bundes-

[2] Die »Woyda-Thesen« spiegelten die politischen Ansichten von Bruno Woyda, einem Ingenieur, der 1929–1939 Geschäftsführer der jüdischen Reformgemeinde zu Berlin war, wider. Er war Vertreter des liberalen Judentums, das den Eintritt der Zionisten in die *Reichsvertretung der deutschen Juden ablehnte. Dessen Anhänger bekämpften die Zionisten auch nach ihrem Eintritt weiter. 1938 wurde Woyda im KZ Sachsenhausen inhaftiert, 1939 wanderte er nach England aus.

leitung des *RJF. in der »*Jüdischen Rundschau« veröffentlicht hat, ist mit diesen Tatsachen leider nicht zu vereinbaren. Unsere weitere Stellung zum *RJF werden wir von den Taten dieser Organisation und nicht von den offiziellen Erklärungen abhängig machen.

*Der *Reichsausschuss jüdischer Jugendverbände Deutschlands*, in welchem die zionistische Gruppe angesichts ihrer ausserordentlichen numerischen Überlegenheit über die assimilatorische Gruppe stark vertreten ist, hat sich vor einiger Zeit neu konstituiert und um seine Legalisierung durch die Reichsjugendführung gebeten. Die Legalisierung ist wiederholt in Aussicht gestellt worden, jedoch bisher nicht erfolgt.

*Der *Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau* wird die durch die Feiertagszeit unterbrochenen *örtlichen Sammlungen* nunmehr wieder aufnehmen. Vorausging eine eingehende Auseinandersetzung innerhalb des Ausschusses, die dem Zweck diente, den Anspruch des Keren-Hajessod auf *Wahrung der Palästina-Parole* und auf entsprechende Berücksichtigung am Sammlungsergebnis sicherzustellen. Diese Verhandlungen haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt, das der G. A. nach längerer Aussprache ausdrücklich gebilligt hat.

Eine weiteres Tätigkeitsgebiet des Zentralausschusses wird in der verstärkten Inangriffnahme der Bemühungen um Berufsumschichtung bestehen. Insbesondere schwebt ein grösseres Ausbildungsprojekt, das im benachbarten Ausland mit ausländischer Hilfe finanziert werden soll.

Am 29.10.33 wird in London eine Konferenz der ausländischen Hilfs-Komitees stattfinden, die den Zweck verfolgt, eine Gesamtleitung für das Hilfswerk zugunsten der deutschen Juden zu bilden.

In den Arbeiten des Zentralausschusses wird in diesem Winter unser Freund, Dr. Werner *Senator, zurzeit in Jerusalem, aller Voraussicht nach wieder teilnehmen.

Über Palästina werden wir demnächst ausführlich berichten; für heute sei nur erwähnt, das auf den Antrag der *Jewish Agency, 24.700 Zertifikate bereitzustellen, bisher eine Entscheidung nicht ergangen ist. Die Bewilligung von weiteren 1050 Zertifikaten für Deutschland, von der Sie in der No. 94 der »*Jüdischen Rundschau« lesen, ist als Vorschuss auf die noch nicht feststehende Ziffer des Winterhalbjahrs 33/34 gedacht.

Mit Zionsgruss
Albert *Kramer Benno *Cohn
*Zionistische Vereinigung für Deutschland

[61] Zionisten beanspruchen die Führung des deutschen Judentums
27. Oktober 1933; BArch: 15.01 Reichsministerium des Innern, 25673/28.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland.
Berlin W 15, Meinekestr. 10.

Den 27. Okt. 1933.

An die
Auskunftstellen des Palästina-Amts Berlin
Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute.

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen.
Mit unserem Rundschreiben vom 20. September haben wir die Werbeblocks »Die einzige Lösung: Jüdischer Aufbau« zum Versand gebracht und neue Richtlinien für die Durchführung der Werbung aufgestellt, nachdem wir in früheren Rundschreiben die Werbung bereits ausführlich dargestellt hatten. Unserer dringenden Bitte, uns bis zum 20. Oktober zu berichten, mit welchem Erfolg die Werbung eingeleitet oder durchgeführt worden ist, ist leider nur von einer einzigen Ortsgruppe entsprochen worden. Alle übrigen Ortsgruppen haben unsere Aufforderungen völlig unbeachtet gelassen. Wir wissen also heute noch nicht, ob die Ortsgruppen die Werbung eingeleitet haben und mit welchem Erfolge.

Wir müssen offen feststellen, dass eine solche Haltung jede planmässige wirksame Arbeit unmöglich macht! Wir beanspruchen mit vollem Recht für die zionistische Bewegung die Führung im innerjüdischen Leben. Voraussetzung hierfür ist die Ausbreitung unserer Bewegung im deutschen Judentum, das heute in seinem überwiegenden Teil reif für den Zionismus ist und mit einem planmässigen Einsatz unserer Kräfte für uns gewonnen werden kann. Dieser Erfolg wiederum kann ohne enges und exaktes Zusammenwirken zwischen Zentrale und Ortsgruppen unmöglich erreicht werden. Aufgabe der Zentrale ist es: eine grosszügige Werbung zu planen und einzuleiten, Aufgaben der Ortsgruppen gemeinsam mit der Zentrale diese Werbung durchzuführen.

In der Anlage übermitteln wir Ihnen unser Informationsrundschreiben N° 2 mit der Bitte, es nach Durchsicht dem Rundschreiben N° 1 hinzuzuheften.

Hochachtungsvoll
*Jewish Agency for Palestine
Palästina-Amt
Berlin
gez. Unterschrift.

[62] Die Zionisten und die jüdische Schulfrage

12. Dezember 1933; BArch: 15.01 Reichsministerium des Innern, 25673/28.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland.
Berlin W 15, Meinekestr. 10.

An Dr. Tänzer. Berlin, den 12. Dezember 1933.

An die
Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute
und die Mitglieder des Unterrichtsausschusses.

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen!
Während der zionistischen Arbeitstagung (3.d.Mts.) berichtete der Unterzeichnete vor den in Schulfragen interessierten Gesinnungsgenossen über den Stand der Schulsache in Berlin und im Reich. Während in Berlin die Gemeinde durch Errichtung von Parallelklassen 1000 Kinder neu eingeschult hat und der jüdische Schulverein (Klopstockstrasse) ca. 400 Kinder neu aufnehmen konnte, befindet sich im Reich noch alles im Stadium der Vorbereitung. Der Erziehungsausschuss der Reichsvertretung hat sich an etwa 90 deutsche Gemeinden gewandt und zwar an 50 wegen Neugründung und an 40 wegen Erweiterung und Ausgestaltung der bestehenden Schulen. Die Gemeinden haben zu etwa 3/4 die Anfrage beantwortet, in weitaus überwiegender Anzahl in positivem Sinne. An etwa 20 Orten sind Vorbereitungen zur Gründung neuer Volksschulen im Gange.

Das Schuldezernat der *Z.V.f.D. arbeitet in engem Einvernehmen mit dem Erziehungsausschuss der Reichsvertretung (Referent: Dr. *Leschnitzer), insbesondere in den Fragen der Lehrplan-Gestaltung, des Etatschemas, der Erlangung der Konzession etc. Dadurch wird Doppelarbeit vermieden; dort stehen auch für diese Aufgaben sachkundige Pädagogen zur Verfügung.

Unsere Hauptaufgabe als Zionisten besteht nunmehr darin, die Aktion für die jüdische Schule vorwärts zu treiben. Wenn auch in vielen Orten die Gemeinden den ehrlichen Willen haben mögen, jüdische Schulen zu errichten, so werden doch die Arbeiten in einem derart schleppenden Tempo durchgeführt, dass mit einer Eröffnung der Schulen zum kommenden Frühjahr kaum gerechnet werden kann. Den in der Gemeindearbeit stehenden Menschen fehlt trotz allen guten Willens häufig das Gefühl für die besondere Dringlichkeit der Aufgabe. Es ist auch klar, dass uns Zionisten die Sache noch stärker unter den Nägeln brennt als den anderen. Es bedeutet z.B. in Preussen nur eine Verzögerung, wenn Gemeinden den Konzessionsantrag für die Schule bei der Regierung verbunden mit einem Antrag auf Subventionierung einreichen, da mit einer solchen Subvention bei den heutigen Verhältnissen in Preussen nicht gerechnet werden kann. Glaubt man wirklich, sich durch einen Konzessionsantrag, in dem nicht gleichzeitig

der Subventionsantrag gestellt wird, Rechte für die Zukunft zu verscherzen, so ist es zwecks Beschleunigung der Angelegenheit zweckmässig, zunächst einmal mündlich bei dem zuständigen Dezernenten der Regierung bezw. der Stadt vorstellig zu werden und dann unter Bezugnahme auf die gehabte Unterhaltung den entsprechenden Antrag zu stellen. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass der Konzessionsantrag wegen des damit verbundenen Subventionsgesuches abschlägig beschieden wird, sodass die Gemeinde, die bereit ist, die Schule auf jeden Fall, also eventuell auch ohne städtischen oder staatlichen Zuschuss zu errichten, dennoch zunächst einen neuen Antrag stellen muss, was eine Verzögerung von Monaten bedeuten würde.

Um die Aktion für die jüdische Schule zu beschleunigen, ist die wichtigste und sofort in Angriff zu nehmende zionistische Aufgabe (auch dort, wo die Gemeinden von sich aus Schulen errichten wollen) die Organisierung der Elternschaft. Zu diesem Zwecke erscheint es erforderlich, sofort die Eltern, die Kinder im Alter der vier Grundschulklassen haben oder deren Kinder zu Ostern schulpflichtig werden, zu sammeln und von ihnen schriftliche Erklärungen zu erhalten, dass sie ihre Kinder in jüdische Schulen schicken wollen. Dabei ist zu klären, ob und wieviel Schulgeld diese Eltern bezahlen können. Zur Mitwirkung an solcher Aktion stehen die zionistischen Jugendbünde zur Verfügung. (Wir bitten Sie um Bescheid, falls in Ihrem Ort die Jugendbünde diese Arbeit nicht übernehmen wollen, da wir dann eventuell durch die Bundesleitungen entsprechend einwirken können). Haben Sie erst einmal die Liste der in Frage kommenden Kinder nach Altersstufen geordnet mit dem ungefähren Schulgeldaufkommen, so ist es nunmehr möglich, einen annähernden Etat für die Schule aufzustellen – sei es, dass die Gemeinde die Schule durchführt, sei es, dass wir für die Errichtung der Schule einen privaten jüdischen Schulverein gründen müssen. Der Erziehungsausschuss der Reichsvertretung ist nämlich bereit, in Fällen, in denen die Gemeinden die mögliche Errichtung jüdischer Schulen sabotieren sollten, Subventionen für die Schulen auch an private jüdische Schulvereine zu geben, vorausgesetzt, dass sie den vom Erziehungsausschuss gestellten pädagogischen und sonstigen Anforderungen gerecht werden.

Unter diesen Umständen bitten wir Sie, nicht untätig abzuwarten, bis von Ihrer Gemeinde die Angelegenheit der jüdischen Schule geregelt ist. Nur wenn wir Zionisten zeigen, dass wir auf jeden Fall gewillt sind, die jüdische Schule zu errichten, werden die Gemeinden die erforderliche Aktivität entfalten. Wenn wir die Angelegenheit weitertreiben, erwächst ferner viel weniger die Gefahr, dass in der Schule ein Geist herrschen wird, der unseren Ansichten widerspricht. Dies gilt insbesondere auch von der Auswahl der Lehrer. Nach den Erfahrungen, die wir an verschiedenen Orten gemacht haben, ist damit zu rechnen, dass auch eine von uns errichtete Schule schliesslich von der Gemeinde subventioniert werden wird, denn jede erst einmal bestehende jüdische Schule hat heute einen natürlichen

Auftrieb. (Die in Berlin bestehende Schule des jüdischen Schulvereins wird stark von Kindern auch aus nichtzionistischen Kreisen besucht.)

Wir bitten Sie, in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache dringend, die Organisation der Elternschaft nunmehr umgehend in die Hand zu nehmen und sie, falls dies noch nicht geschehen, mit einem Vortrag über die jüdische Schule einzuleiten.

Wir erwarten Ihren Bericht über den Stand der Angelegenheit, insbesondere, falls schon konkrete Pläne vorliegen ob und welche bestimmten Lehrer sie bereits in Aussicht oder nötig haben. Die von uns durchgeführte Lehrerenquete ist übrigens immer noch lückenhaft. Es ist erforderlich, dass Sie die in Ihren Gruppen befindlichen Lehrer, die zur Übernahme neuer Aufgaben zur Verfügung stehen, veranlassen, uns umgehend ihren Lebenslauf zu übersenden, damit wir über die zur Verfügung stehenden Lehrer eine genaue Übersicht gewinnen.

Mit der Bitte um umgehende Erledigung.
Mit Zionsgruss
gez.

[63] Sport in der zionistischen Arbeit
14. Dezember 1933; BArch: 15.01 Reichsministerium des Innern, 25673/28.

Abschrift.

Deutscher Makkabikreis e.V.
Verband jüdischer Turn-n. Sportvereine Deutschlands.

Berlin W 15, den 14.12.1933.

Betr. Schreiben vom 10.12.33

Herrn Heinrich Frankfurter
Göppingen, Adolf-Hitlerstr. 43.

Wir bedauern, aus Ihrem Schreiben entnehmen zu müssen, dass Sie die Möglichkeit der Gründung einer Makkabigruppe in Göppingen verneinen. Wir möchten uns dagegen auf den Standpunkt stellen, dass es gerade im Anfang der zionistischen Arbeit in Göppingen ausserordentlich wichtig wäre, eine Sportgruppe zu eröffnen, um auch auf diesem Gebiet den Kampf gegen den *R. J. F. zu führen. Wenn Sie heute den Sport dem *R. J. F. überlassen, wird es später, wenn seine Sportabteilung erst über die Anfangsschwierigkeiten hinaus ist, viel schwieriger sein, auf diesem Gebiet etwas gegen ihn zu erreichen. Welche Bedeutung heute der Sport für jede jüdische Arbeit hat, braucht wohl nicht mehr ausgeführt zu werden. Wir glauben also gerade, in Ihrem eigenen Interesse Ihnen zu raten, gleichzeitig mit dem Beginn der jüdischen Arbeit in Göppingen auch die Eroberung des jüdischen Sports in Göppingen in Angriff zu nehmen.

Was wir von uns aus dazu tun können, soll in jeder Beziehung geschehen. Am 14. Januar findet in Mannheim eine Makkabitagung statt, zu der wir Sie hierdurch einladen möchten. Wir stehen auch sonst in jeder Beziehung zu Ihrer Verfügung und bitten um umgehende Mitteilung Ihrer Wünsche.

Wir hoffen, bald wieder von Ihnen zu hören und begrüssen Sie

mit hochachtungsvollem Zionsgruss
Deutscher Makkabikreis
gez. *Lewinson (Paul)

[64] Zionistische Arbeit im ersten Jahre des Dritten Reiches
8. Februar 1934; CZA: L13\138.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland 8. Februar 34
Berlin W 15, Meinekestr. 10

An die Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute.

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,
wir halten es für richtig, uns und Ihnen in einem kurzen Abriss *Rechenschaft über die Gestaltung der zionistischen Arbeit* seit den Ereignissen im Frühjahr 1933 abzulegen, insbesondere festzustellen, wie es um unsere heutige Position im deutschen Judentum beschaffen ist.

Kein Kenner der Sinnesart des deutschen Judentums konnte erwarten, dass eine wirklich durchgreifende Wandlung der Deutschen Juden eintreten werde. Das deutsche Judentum war zu tief in die Assimilation verstrickt und von den Quellen des jüdischen Daseins allzu sehr entfernt, als dass die noch so einschneidende Entwicklung von einigen Monaten es in seiner Substanz hätte verändern können.

Unzweideutig hat unsere Bewegung bis zum Ende 1933 dem deutschen Judentum das Gesetz des Handelns vorgeschrieben. Wie wir bereits dargestellt haben, sind jedoch in den letzten Monaten die reaktionären Kräfte im deutschen Judentum wieder stärker geworden, haben sich gesammelt und versuchen auf den mannigfaltigsten Gebieten unserem Vordringen Einhalt zu tun.

Welche Ergebnisse hat bis zum heutigen Zeitpunkt unsere Arbeit erbracht? *Unsere Organisation* ist trotz der grossen Schwierigkeiten, die durch äussere Hemmnisse und durch die Abwanderung einer grossen Anzahl älterer und leitender Zionisten entstanden sind, wesentlich erstarkt aus der Entwicklung hervorgegangen. Sie ist ziffernmässig um mehrere Tausend Menschen gewachsen. Es sind 12 neue Ortsgruppen und 17 neue Arbeitsgemeinschaften in Deutschland gegründet worden, sodass wir z.Zt. 92 Ortsgruppen und 40 Arbeitsgemeinschaften haben. Zur Intensivierung unserer Arbeit, die bei ihrem Umfang unmöglich von der Zentrale allein geleitet und kontrolliert werden konnte, sind im Laufe des letzten Halbjahres 8 Gruppenverbands-Sekretariate errichtet worden: in Beuthen, Breslau, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hamburg, Leipzig, Mannheim, Stettin. Ein weiterer Ausbau kann nur nach Massgabe der finanziellen Kräfte der *ZVfD erfolgen. Die Sekretariate werden von den Gruppenverbänden getragen, die, nachdem sie längere Zeit ihre Tätigkeit eingestellt hatten, im Laufe der letzten Monate im Anschluss an meistens geglückte Gruppenverbandstagungen zu neuem Leben erwacht sind. Sehr erfolgreich ist die Tätigkeit des Gruppenverbandes Rheinland, der eine ganz besondere Aktivität in den bestehenden Ortsgruppen entfaltet und eine Reihe neuer Stützpunkte begründet hat. Zum Erfolg unserer Tätigkeit

hat wesentlich beigetragen, dass uns hervorragende Propagandaredner zur Verfügung gestanden haben, die unsere Gedankengänge in die weitesten Kreise des deutschen Judentums hineingetragen haben, und zwar auch in Orte, die bisher niemals von unserer Arbeit erfasst worden waren. Wie wiederholt dargestellt, ist unsere Arbeit auch durch die erweiterte Leserschaft der *Jüdischen Rundschau und durch die aktive Tätigkeit der zionistischen Fonds stärkstens unterstützt worden. Gerade diese Institutionen haben mit ungewöhnlichem Erfolge zahlreiche Gemeinden, die uns bisher verschlossen waren, unserer Arbeit erschlossen.

Am stärksten waren naturgemäss die Erfolge unter der *Jugend.* Die zionistischen Jugendorganisationen umfassen heute mindestens drei Viertel der gesamten organisierten jüdischen Jugend – eine Tatsache, die sich auch in der Zusammensetzung des *Reichsausschusses jüdischer Jugendverbände wiederspiegelt. Der **Hechaluz* ist in dieser Zeit zu einer Organisation von 14 000 Menschen und damit zu einem Kernstück unserer Bewegung geworden. Ihm obliegt eine besonders umfangreiche Erziehungsarbeit an Menschen, die uns bisher völlig fern gestanden haben. Er hat sich dieser Arbeit in vorbildlicher Weise unterzogen. Seine Veröffentlichungen wirken weit über den engeren Kreis seiner Mitglieder hinaus. Erwähnt sei nur die Schrift zum »Jüdisch-Arabischen Problem« und die umfassende Anthologie »Israel, Volk und Land«, die eine hervorragende Grundlage zionistischer Schulung bilden kann.

Besonders zu berichten ist, dass der *Makkabi* in den letzten Monaten einen sehr beträchtlichen Aufschwung genommen hat. Er hat sich sowohl nach seiner Mitgliederzahl als auch nach der Anzahl seiner Vereine mehr als verdoppelt. Er hat vor allem auch eine Reihe wertvoller Sportler, die ehemals in paritätischen Vereinen tätig waren, gewonnen. Dem neuen Sportbund des *RJF ist der Makkabi nicht nur zahlenmässig weit überlegen, sondern auch in sportlicher Hinsicht. Er ist überhaupt die einzige jüdische Sportorganisation, die eine deutsch-sportliche Bedeutung hat. Wir halten es für eine wichtige zionistische Pflicht, den Makkabi, der heute ein wesentlicher Vorkämpfer des zionistischen Gedankens in Deutschland ist und den Ansturm der »neuen Assimilation« in erster Reihe aufzufangen hat, von Seiten der Ortsgruppen aufs kräftigste zu unterstützen und mit ihm eng zusammenzuarbeiten. Bei Gründung neuer Makkabi-Sportgruppen ist stärkste Mitwirkung der Ortsgruppen geboten.

Die Tatsache, dass in allen grösseren Orten unsere Freunde sich zur Erteilung von *Informationen über Palästina* bereitwillig zur Verfügung gestellt hatten, und dass diese Auskunftserteilung durchweg von Verantwortungsgefühl und Sachkenntnis getragen war, hat gleichfalls propagandistische Erfolge für uns gezeitigt.

Die **Jüdische Rundschau* hat sich, wie allgemein bekannt im Jahre 1933 weit über die zionistischen Kreise hinaus ein hohes Ansehen erworben. Demgemäss ist die *Auflage* gestiegen, und unserer *Inseratenteil* hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Es ist von grösster Wichtigkeit für das Prestige des Zionismus in Deutschland und für eine stetige Aufwärtsbewegung unserer zionistischen

Arbeit, dass alle Gesinnungsgenossen an der Verbreitung der *Jüdischen Rundschau noch mehr als bisher mitarbeiten. Es braucht kaum gesagt zu werden, dass die Zeitung, die regelmässig zweimal wöchentlich ins jüdische Haus kommt, unser wertvollstes, weil ständiges Erziehungsmittel ist. Alle Gesinnungsgenossen werden daher aufgefordert, an ihren Orten und in ihren Bekanntenkreisen *Abonnenten* der *Jüdischen Rundschau zu werben und sich zu informieren, ob in Familien, die als Abonnenten in Betracht kämen, die *Jüdische Rundschau bereits vorhanden ist. Ferner legen wir den grössten Wert darauf, dass *jüdische Familienanzeigen* aus allen Orten in dem Inseratenteil der *Jüdischen Rundschau erscheinen, da dies erfahrungsgemäss ein ausserordentlich starkes Bindemittel zwischen der Zeitung und der weiteren jüdischen Peripherie herstellt. Wir bitten Sie, bei allen Familienereignissen, bei Verlobungen, Vermählungen, Geburten und Todesfällen, die in Ihrer Gemeinde vorkommen, zweckmässige Massnahmen zu ergreifen, damit diese Ereignisse in Form einer Familienanzeige in der *Jüdischen Rundschau veröffentlicht werden. Es ist sogar wünschenswert, dass die Möglichkeiten der Propaganda für die *Jüdische Rundschau in einer speziellen Sitzung Ihrer Ortsgruppe besprochen würden, mit dem Ziel, dass ein oder mehrere Mitglieder Ihres Vorstandes diese Sache unter ihre besondere Fürsorge nehmen.

Die *Gefahr dieser raschen Vorwärtsentwicklung* auf zahlreichen Gebieten darf nicht verkannt werden. Die Kerngruppe des deutschen Zionismus ist durch die Abwanderung sehr stark zusammengeschmolzen. Demgegenüber steht eine sehr starke Peripherie, die nicht genügend zionistisch geprägt ist. Diese in die zionistische Bewegung wahrhaft einzufügen, ist die Hauptaufgabe der nächsten Arbeitsperiode. Die Organisation, so gross sie geworden ist, befindet sich heute in einem amorphen Zustand. Unsere Hauptaufgabe wird es weiter sein, neue Menschen für die Führung unserer Ortsgruppen zu gewinnen. Nur wenn die Bildung einer neuen »Elite« gelingt, kann eine durchgreifende zionistische Erziehung und eine Neuformierung unserer Organisation Erfolg haben.

In letzter Zeit regen sich *revisionistische* Kräfte innerhalb des deutschen Zionismus. Die revisionistische Organisation versucht, innerhalb und ausserhalb der zionistischen Ortsgruppen Fuss zu fassen. Sie hat aber mit diesen Bemühungen so gut wie gar keine Erfolge zu verzeichnen. Der Revisionismus stellt eine ausserordentliche Gefahr für die zionistische Bewegung dar; seine disciplinwidrigen Aktionen schädigen die politische Arbeit. Der Geschäftsführende Ausschuss hat bereits vor einiger Zeit beschlossen, weder die revisionistischen Verbände als Ganzes noch ihre Mitglieder einzeln in die zionistischen Ortsgruppen aufzunehmen. *Wir weisen mit allem Nachdruck auf diesen Beschluss hin und bitten, ihn strengstens einzuhalten.* Die Absicht der Revisionisten geht dahin, die innere Arbeit unserer Ortsgruppen zu stören und von ihren wesentlichen Aufgaben abzulenken. Diesem Versuch kann im Interesse der Geschlossenheit und Schlagkraft unserer Organisation nicht tatkräftig genug entgegengetreten werden. Die

beste Gegenwirkung gegen den Revisionismus ist nach wie vor eine *fundierte zionistische Erziehung*. Nur Menschen, welche die geistige Grundlage der zionistischen Bewegung begriffen haben, werden gefeit sein gegen die Beeinflussung durch Schlagworte und leere demonstrative Gesten.

Unsere Haltung zu den *anderen Organisationen des deutschen Judentums* ist bereits in unserem Rundschreiben vom 23. Januar dargelegt. Der Geschäftsführende Ausschuss hat eine klare Abgrenzung unserer Organisation von den übrigen assimiliatorischen Gruppen des deutschen Judentums vorgenommen und eine reinliche Auseinandersetzung mit diesen Gruppen für geboten gehalten, die selbstverständlich in sachlicher Form von uns geführt werden wird. Insbesondere hat unsere Auseinandersetzung mit dem **RJF*, dem Hauptträger der »neuen Assimilation«, weiterzugehen. Kennzeichnend für seine Propagandamethoden ist die ständige Berufung auf angebliche besonders gute Verbindungen. Seine Angaben halten jedoch einer näheren Nachprüfung nicht stand. Wie Sie aus der Jüd. Rundschau ersehen haben, hat die *ZVfD ein Frontkämpfer-Dezernat eingerichtet. Es hat den Zweck, diejenigen Frontkämpfer, die im *RJF angesichts dessen unmöglicher Haltüng nicht mehr länger bleiben können und wollen, zu beraten und gegebenenfalls deren Interessen wahrzunehmen.

Im Verein mit den *Gemeinde-Liberalen* (deren »Erneuerungs« – Bewegung der Woyda-Richtung scheint übrigens kläglich zusammengebrochen zu sein) versuchen diese Kräfte insbesondere, eine Entrechtung der in Deutschland wohnhaften ausländischen Juden im Leben der jüdischen Gemeinden herbeizuführen. In mehreren *Gemeinden* wird der Versuch gemacht, Ostjuden das Wahlrecht zu entziehen oder zu schmälern. Im Falle Dresden hat auf Intervention unserer Freunde das sächsische Ministerium zum Ausdruck gebracht, dass es »keinen Grund zum Eingreifen sieht, wenn eine jüdische Gemeinde auf Grund bestehender Satzungsbestimmungen Ausländer zu Vorstandsmitgliedern oder Gemeindeverordneten wählt.« Dieser Versuch, einen Teil der deutschen Juden über Bord zu werfen, um seine eigene Position zu verbessern, muss als besonders schmählich von uns gebrandmarkt werden. Wir bitten Sie, uns über jeden Fall, in dem ein derartiger Versuch unternommen werden sollte, sofort zu informieren.

Über die Tätigkeit der *Reichsvertretung*, deren Beirat am 11. Februar zusammentritt, werden wir demnächst besonders berichten; desgleichen werden wir einen Bericht über den *Zentral-Ausschuss* für Hilfe und Aufbau bringen.

Der Weggang von Dr. Heinrich Strauss erforderte eine Neubesetzung des *Schulreferats*. Der GA hat Dr. Salli *Hirsch gebeten, sich der Schulfrage anzunehmen. Seine Arbeit wird durch Herrn Isi *Eisner unterstützt. Wir machen darauf aufmerksam, dass die Reichsvertretung im Anschluss an die von ihr veröffentlichten Richtlinien nunmehr »Informationen und Hinweise zu Gründung jüdischer Volksschulen« gegeben hat. Diese Informationen beziehen sich auf die Frage der Konzession, der Lehrpläne, der Organisation und der Finanzierung. Sofern in Ihrem Ort die Neugründung oder Umgestaltung einer jüdischen Schule geplant

wird, empfehlen wir Ihnen dringend, diese Druckschriften bei der Reichsvertretung anzufordern. Wenn eine Schule schon soweit vorgeschritten ist, dass die Besetzung der Lehrerstellen akut wird, bitten wir, sich an uns zu wenden. Es sind so zahlreiche Lehrkräfte bei uns vorgemerkt, dass wir die Besetzung eines jeden Fachs vermitteln können.

In Berlin findet z.Zt. eine *Palästina-Ausstellung* statt, die eine ausgezeichnete Darstellung unseres Aufbauwerks gibt. Wir schaffen damit ein neues Mittel zionistischer Propaganda und hoffen, sie einer Reihe von grossen Ortsgruppen zeigen zu können.

Die Tätigkeit des *Palästina-Amtes* leidet unter der überaus geringen Zahl der aus der Winterschedule noch zur Verfügung stehenden Zertifikate. Infolgedessen muss leider auch mancher Bewerber zurückgewiesen werden, obwohl seine berufliche Vorbildung und jüdische Einstellung den Anforderungen entspricht. Wir müssen diese Bewerber auf die im April neu zu erwartenden Zertifikate verweisen. Wir haben Anlass zu der Hoffnung, dass die Zahl der Zertifikate grösser sein wird als die der Winterschedule.

Immer wieder muss auch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass nach den Erfahrungen, die mit der deutschen Alija in Erez Israel gemacht worden sind, die grösste Vorsorge getroffen werden muss, damit nicht schlecht geschulte und mangelhaft ausgebildete Menschen in das Land einströmen. Nur der beste Handwerker, der bestens vorgebildete Landwirt werden sich durchzusetzen vermögen. Ebenso muss stärkstens vor der unechten Touristik gewarnt werden, nicht nur aus wirtschaftlichen sondern auch aus Gründen der Alija-Politik. Es würde unserer Arbeit den schwersten Schaden zufügen, wenn illegale Touristen nach Deutschland zurückgeschickt werden.

Ausser dem regelmässigen Transport unserer Olim wird in diesen Tagen eine Gruppe von 43 Jugendlichen nach Ain Charod abfahren. In Kürze wird ein Transport nach Kibuz Rodges und zur Mädchenfarm der Rachel Janaith abgehen. In dieser Angelegenheit haben sich die mit uns eng verbundene »Jugendhilfe« und die »Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugend-Alija« besonders bewährt: die Hälfte der zur Alija ausgewählten Jugendlichen kann aus den von diesen Stellen aufgebrachten Mitteln befördert werden.

Die überaus schwierigen Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium über ein neues *Transfer-Abkommen* nähern sich dem Abschluss. Wir hoffen, dass die Rechtsstellung der 1000£ – Auswanderer sich gegenüber dem bisherigen Zustand nicht verschlechtern wird, abgesehen von der praktisch bereits seit einiger Zeit geltenden Übung, diejenigen »Kapitalisten« aus deren Verwandtschaft nahe Angehörige bereits mit 1000£ ausgewandert sind, auf die Transferierung über Sonderkonto I zu verweisen.[1]

[1] Seit Beginn des *Haavara-Abkommens (August 1933) wurde von manchen Partei- und Staatsdienststellen betont, dass der Export deutscher Waren nach Palästina über *Haavara nicht das volle

Wie Sie wissen, hat Palästina im Jahre 1933 mindestens 10 000 deutsche Juden aufgenommen. Nach den bisherigen Unterlagen ist anzunehmen, dass das Jahr 1934 eine gleiche hohe Einwanderung aufweisen wird. Da man die »Auswanderungs-Kapazität« des deutschen Judentums auf etwa 15–20 000 pro Jahr schätzt, so erweist sich daraus, welche Bedeutung Palästina als Einwanderungsland für das deutsche Judentum auch in Zukunft haben wird.

Mit Zionsgruss, hochachtungsvoll
*Zionistische Vereinigung für Deutschland
A. *Kramer Benno *Cohn

Deviseneinkommen für Deutschland darstellte. Sie behaupteten, der Hauptanteil des Verkaufspreises der exportierten deutschen Waren blieb in Palästina und wurde dort den aus Deutschland eingewanderten Juden ausgezahlt. Aber die auswanderungsfördernde Wirkung des *Haavara-Abkommens veranlasste die NS-Regierung dazu, das Abkommen bis zum Kriegsausbruch 1939 aufrechtzuerhalten.

[65] Das Problem der zionistischen Arbeitskräfte in Deutschland

12. Februar 1934; CZA: S7\93.

Abschrift

eines Briefes von Dr. Werner *Bloch, Jerusalem
an Dr. *Lauterbach, London.
vom 12. Februar 1934

Lieber Dr. *Lauterbach,

Betrifft: Zionismus in Deutschland.

Ich war über Schabbath in Tel-Aviv und hatte dort mit einigen zionistischen Freunden, die vor kurzer Zeit aus Deutschland gekommen sind, eine Aussprache über die Zionistische Situation in Deutschland. Einer dieser Freunde wird für ein paar Monate wieder nach Deutschland fahren, weil er erstens nicht ohne weiteres die zionistische Arbeit verlassen will, und zweitens allerdings auch persönlich einiges zu liquidieren hat. Es handelt sich um Freunde meiner Generation, die seit dem Regierungsumsturz im Deutschland aktivst in der zionistischen Arbeit stehen. Ich betone dies, weil ja in den nächsten Tagen *Blumenfeld kommen wird und ich mit ihm natürlich auch noch ausführlich sprechen werde.

Tatsache scheint mir zu sein, dass es um die zionistische Front schwer bestellt ist. Die *ZVfD hat heute dem Kampf gegen die neu erstarkende Assimilation zu führen, sie hat das auswandern-wollende Judentum zu organisieren und zu leiten, in der Gemeinde eine zionistisch-nationale Politik zu führen, etc. etc. Alle »gelernten« zionistischen Arbeiter haben Deutschland verlassen. Es fehlt an Arbeitskräften in der *ZVfD und insbesondere an den allgemeinen Zionisten. Die *Histraduth hat Leute für die Arbeit entsandt und wird sie entsenden.[1] Wo kann man Menschen finden, die als allgemeine Zionisten (in des Wortes alter bester Bedeutung) der zionistischen Arbeit in Deutschland helfen? Mir scheint die Frage brennend zu sein und ich glaube dass es die Aufgabe der Executive wäre, sich den Kopf zu zerbrechen und auch Menschen zu schicken, weil – abgesehen von der Front gegenüber der Assimilation – der Revisionismus marschieren wird, wenn nicht starke, geeignete zionistische Kräfte die Position halten und verstärken, die heute der Zionismus in Deutschland haben kann.

Ich schreibe Ihnen dies heute unmittelbar nach einer gestrigen Unterhaltung, ohne die ganze Problematik aufrollen zu wollen und ohne auch Stellung nehmen zu wollen. Ich selbst habe nur eine Konsequenz daraus gezogen, indem ich an-

[1] Da es in Deutschland an Arbeitskräften für die Umschulungsarbeit der zionistischen Bewegung fehlte, wurde zum Beispiel Hebräisch-Lehrern sowie anderen Arbeitskräften aus Palästina erlaubt, zeitweilig in Deutschland zu arbeiten.

geboten habe, meinen Urlaub der *ZVfD zur Verfügung zu stellen. (diese Mitteilung bitte ich noch als vertraulich zu behandeln)

Ihre Mitteilung zu diesen Fragenkomplex ist mir wichtig und ich bitte Sie herzlich, mir zu antworten.

Mit bestem Gruss
Ihr (gez). Werner *Bloch

[66] DER *HECHALUZ UND DIE UMSCHULUNG JÜDISCHER JUGEND IN LEIPZIG
5. Mai 1934; SStA/L: PP-V, 4522.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, den 5.5.34.

Im Grundstück Elsterstr. 7 sind das jüdische Handwerkerheim »*Hechaluz« (nicht Helarnz) und ein jüdisches Jugendheim untergebracht. Beide gehören der jüdisch-zionistischen Richtung an. Über die Institution der Heime konnte vertraulich folgendes in Erfahrung gebracht werden.

Handwerkerheim.

Im Handwerkerheim sind junge Männer und Mädchen jüdischer Konfession im Durchschnittsalter von 22 Jahren untergebracht. Es sind solche Personen in der Hauptsache, die, nicht immer die deutsche Reichsangehörigkeit besitzend, hierher zugereist sind, um sich für die Ansiedlung in Palästina handwerksmäßig usw. umschulen zu lassen. Während die jungen Männer und Mädchen, die zuletzt Schule besucht hatten und auch aus dem Kaufmannsstande stammen, im Heim nur Quartier finden und gelegentlich durch Vorträge für ihre zukünftige Berufsausübung in Palästina theoretische Fingerzeige erhalten, erfolgt die praktische Umschulung für den Handwerkerberuf und auch für die Landwirtschaft außerhalb des Heimes. In der Regel sollen die jungen Leute ein Jahr praktisch bei Handwerksmeistern ihre Ausbildung erhalten. Für die geeignete Unterbringung ist teils das Heim bemüht, teils müssen die Palästinaanwärter auch selbst um eine Umschulungs- bezw. Lehrgelegenheit besorgt sein. Der Mangel an geeigneten jüdischen Lehrstellen bedingt, daß auch an christlichen Meistern herangetreten werden muß. Das Besorgen einer solchen Unterweisungsgelegenheit soll nicht immer leicht fallen, da die Meister die Annahme der jüdischen Volontäre meist ablehnen. Was für die Handwerker gilt, trifft auch auf die Anwärter der landwirtschaftlichen Berufe zu. Auch hier ist die Unterbringung mit großen Schwierigkeiten verbunden, da einmal die Landwirte den jüdischen Scholaren mit Mißtrauen begegnen und dann auch von seiten der landwirtschaftlichen Kreisleiter gegen eine Einstellung Einspruch erhoben seid. Wie verlautet wurde, sind trotzdem die jüdischen jungen Männer und Mädchen bemüht, sich die Ausbildung auf dem Lande zu sichern. Zu diesem Zwecke fahren sie mit der Eisenbahn und auch mit dem Fahrrad auf das Land, sprechen in Bauernhöfen vor und bieten ihre Kraft nur gegen Gewährung von Kost und Obdach an. Die von den Reflektanten bevorzugte Gegend ist unbekannt. Es wurde aber gesagt, daß Bauernhöfe in der näheren und weiteren Umgegend von Leipzig aufgesucht worden seien.

In einem Falle steht es fest, daß mittels Personenkraftwagens der Firma Bamberger und Hertz, Herren- und Knabenbekleidung, Leipzig, Goethestr. 1, drei

junge Männer in die Gegend von Torgau gebracht worden sind. Die Fahrt ist Anfang Februar dies. Jahres im Auftrage des jüdischen Inhabers Gustav Bamberger ausgeführt worden. Es sind an diesem Tage etwa 12 Orte, die an der Landstraße Eilenburg – Torgau liegen, aufgesucht worden. Insgesamt haben die Wageninsassen – soweit es sich noch feststellen läßt, waren es ein Mediziner, ein Kraftwagenführer und ein Kaufmann – in etwa 50 Bauernhöfen vorgesprochen und dort um eine Volontärstelle nachgesucht. Die Angebote haben meist Ablehnung gefunden, bis auf 3 oder 4 Landwirte, die schriftlich Bescheid geben wollten. Am gleichen Tage noch hat der Mediziner, der vermutlich der Führer des Truppes war, bei dem landwirtschaftlichen Kreisleiter in Torgau vorgesprochen und um Erlaubnis zur Unterbringung der jüdischen Scholaren gebeten. Das Ersuchen ist aber von dem Kreisleiter abgelehnt worden.

Ob danach noch weitere Versuche unternommen worden sind, Unterkommen in der Landwirtschaft zu finden, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Es ist dies aber anzunehmen. Vielleicht hat dazu weniger der Kraftwagen als die Eisenbahn und das Fahrrad Verwendung gefunden. Allerdings dürften sich die Schwierigkeiten der Unterbringung auf dem Lande immer mehr gehäuft haben, denn, wie bekannt wurde, sollen neuerdings die Palästinaanwärter in fremden Ländern, wie Tschechoslowakei, Dänemark u. a., ihre Ausbildung suchen.

Jugendheim.

Das Jugendheim ist von 14 bis 22 Uhr geöffnet und bietet jüdischen Kindern und Jugendlichen einen geeigneten Aufenthalt. Den jüdischen Jugendverbänden sind hier Zimmer eingeräumt, worin sich die Angehörigen dieser Verbände zwanglos unterhalten und belustigen können. In politischer Hinsicht sollen keine Beanstandungen zu erheben sein.

Im Grundstück Elsterstr. 7 sind nur die beiden jüdischen Heime untergebracht. Da sonstige Personen, die Auskunft hätten geben können, nicht im Hause wohnen, gestalteten sich die vertraulichen Erörterungen ziemlich schwierig. Um dennoch ein Ergebnis zu erzielen, mußte an Personen herangetreten werden, die irgendwie Einblick in die Tätigkeit der Heime gewonnen hatten.

Heinitz
Krim. Hauptw.

[67] Strategie und Ziele der zionistischen Arbeit

29. Mai 1934; CZA: S7\93.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15, Meinekestr. 10 Berlin, den 29. Mai 1934

An alle
Zionistischen Ortsgruppen
und Arbeitsgemeinschaften.

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,
die Berliner Arbeitstagung vom 29. April hat sich, wie Ihnen aus dem Bericht der *Jüdischen Rundschau bekannt ist, ausführlich mit den Fragen der Fortführung unserer Ortsgruppenarbeit befasst. Insbesondere ist der »Arbeitsausschuss für zionistische Arbeit und Propaganda« in eine detaillierte Erörterung der wesentlichen Fragen der zionistischen Arbeit eingetreten. Das Ergebnis dieser Besprechungen ist in beiliegenden Thesen niedergeschlagen, die die einmütige Billigung des Plenums der Arbeitstagung gefunden haben.

zu Thesen 1 und 2

Es gab nur eine Ansicht darüber, dass unsere Arbeit sich auch im nächsten Abschnitt sowohl auf neue Expansion im deutschen Judentum als auch auf Erziehung und Schulung unserer Mitglieder zu richten hat. Eine Sommerpause, wie sie sich in früheren Jahren gewöhnlich ergab, können wir uns dieses Jahr so wenig wie im vorigen Jahre leisten. Das deutsche Judentum scheint in eine neue Phase seiner Entwicklung getreten zu sein. Wiederum ist eine Illusion, von der sich das assimilatorische Judentum in den vergangenen Monaten nährte, zusammengebrochen. Die schönen Phrasen, mit denen die neue Assimilation die deutschen Juden in neue Hoffnungen wiegte, haben diesen vielleicht für einen Augenblick den Ausblick auf die Wirklichkeit verschleiern können. Heute tritt in unbarmherziger Klarheit hervor, dass die Lage der deutschen Juden nach wie vor höchst labil, dass jede Hoffnung auf »Restauration« vergeblich ist, und dass die Behauptung der Juden innerhalb des deutschen Lebenskreises nicht leichter, eher noch schwerer als in der Vergangenheit sein wird. Die Assimilation hat zum zweiten Male bankrott gemacht und sieht sich wiederum hilflos nach neuen Formeln um, mit denen sie die Wirklichkeit meistern kann.

In Erkenntnis der gegenwärtigen Situation hat die nicht zum Stillstand gekommene Auswanderung wieder grösseren Umfang angenommen. Insbesondere ist für Palästina heute wieder ein Interesse vorhanden wie niemals seit dem vorigen Frühjahr. Dies macht sich u. a. in einer verstärkten Inanspruchnahme des Palästina-Amtes Berlin und seiner Nebenstellen im Reich deutlich bemerkbar.

In dieser Situation haben wir die Idee des Zionismus mit verdoppelter Kraft an die deutschen Juden heranzutragen. Die starke Stimmung, die wieder für Palästina vorhanden ist, haben wir zu läutern zum Erlebnis der zionistischen Idee. Aus Palästina-»Interessenten«, von denen es heute Zehntausende gibt, haben wir »Zionisten« zu machen.

Werben ist somit der Hauptinhalt unserer nächsten Arbeitsepoche. Haben wir heute mit unserer Organisation, Presse, Jugend- und Fondarbeit etwa ein Drittel des deutschen Judentums erfasst, so müssen wir nunmehr aus unserer grossen Peripherie viele neue Kräfte für unsere Organisation gewinnen und weiter unsere Peripherie ständig vergrössern. Unser Werbe-Rundschreiben vom 15. März hat Form und Methoden dieser Werbung von neuem dargestellt. Die Berliner Arbeitstagung hat diese Methoden im wesentlichen akzeptiert, insbesondere auch die Notwendigkeit planmässiger Arbeit anerkannt. Die Ortsgruppen haben zum grössten Teil, unserer Anregung folgend, eine Art Werbeplan aufgestellt. Sie werden zu prüfen haben, ob sie ihr Werbeziel angesichts der heutigen Situation nicht noch höher stecken können und jedenfalls mit aller Kraft ihren Werbeplan durchführen.

Die Tagung brachte zum Ausdruck, was *inhaltlich* im Mittelpunkt unserer Werbearbeit zu stehen hat: die objektive Judenfrage ist mit aller Eindringlichkeit und Plastik immer wieder darzustellen. Die letzten Ereignisse beweisen erneut, wie haltlos und unfundiert die subjektiven Wünsche und Gefühle der »neuen Assimilation« gegenüber den objektiven Tatsachen sind. Die Assimilanten sind heute hilflos, sie haben nicht einmal einen Ansatz zu einer Theorie der Judenfrage und ihre Praxis ist infolgedessen völlig sporadisch und rein opportunistisch. Dies zeigt sich besonders, wenn die Frage gestellt wird: »Was wird aus der jüdischen Jugend Deutschlands?« In der Propaganda ist immer wieder herauszuarbeiten, dass eine Berufsumschichtung nur dann sinnvoll ist, wenn sie auf Palästina gerichtet ist und wie illusionär und ziellos bisher die Umschichtungspropaganda der Assimilation gewesen ist.[1] Wichtig ist auch in der Propaganda die Hervorhebung des Gedankens der Zionistischen Organisation. Diese Schöpfung Herzl's, die »das werdende jüdische Gemeinwesen« verkörpert, ist als Mittelpunkt unserer Tätigkeit, als der Motor des Aufbauwerkes in Palästina immer wieder darzustellen.

[1] Schon Ende des Jahres 1935 haben nach Assimilation strebende Organisationen wie der *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens/Central Verein der Juden in Deutschland und der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten widerwillig zugeben müssen, dass das jüdische Leben in Deutschland zu Ende ging und deutsche Juden keine andere Wahl hätten als auszuwandern. Deshalb bemühten sie sich im Jahre 1936, ein nichtzionistisches Umschulungszentrum in Groß-Breesen (30 Kilometer nördlich von Breslau) zu eröffnen, um junge Menschen auf die Auswanderung nach Palästina vorzubereiten.

zu These 3

Die Einführung in die Elemente der Zionistischen Bewegung ist den Ortsgruppen anzuvertrauen. Die Schulung der leitenden Mitarbeiter unserer Ortsgruppen und Bünde soll im wesentlichen durch die Zentrale und Gruppenverbände bewirkt werden. Hervorgehoben wurde die Notwendigkeit einer Aktualisierung und Verlebendigung des historischen Stoffes. Für diese Schulungsarbeit ist der Sommer besonders geeignet. Es bestehen Pläne für Abhaltung von Gruppenverbandslagern in Rheinland-Westfalen, in Pommern und in der Mark, sowie einigen anderen Bezirken. In den nächsten Wochen wird hierüber endgültig entschieden werden.

Ziel dieser Tätigkeit ist die Bildung eines neuen Kerns der zionistischen Bewegung in Deutschland. Die Arbeitstagung hat gezeigt, dass eine Fülle von jungen Menschen im vergangenen Jahr in die Arbeit und in die Organisation neu hereingewachsen sind. Aus ihnen eine neue Elite unserer Bewegung zu bilden, hat im Vordergrund unserer Bemühungen zu stehen.

zu Thesen 4 und 5

Unsere Arbeit verläuft im wesentlichen in demselben Schema wie früher. Die enge persönliche Verknüpfung mit Palästina hat sich arbeitsmässig noch nicht ausgewirkt. Das Land ist uns so fern wie früher, und es gibt wenige Versuche, es uns näher zu bringen und unsere Arbeit mit der Wirklichkeit von Palästina zu durchtränken. Eine laufende Berichterstattung aus Palästina wurde für unbedingt erforderlich erklärt. Wir werden Sie im Rahmen unserer »Informationen« mit ausführlichen Berichten fortlaufend versorgen. Wir hoffen, auch die Bildberichterstattung zusammen mit dem Keren-Kajemeth intensiver entwickeln zu können.

Die Arbeit für Hebräisch ist unbefriedigend. Zwar wird an zahlreichen Stellen Hebräisch gelehrt, jedoch nicht mit der nötigen Ausdauer, und dann beschränkt sich dieser Unterricht leider sehr oft auf die Verkehrs- und Umgangssprache und öffnet keinen Zugang zur hebräischen Kultur. Die Arbeitstagung hat deshalb mit Recht die Intensivierung des Hebräischlernens für notwendig erklärt.

zu These 6

Hier wird statuiert, dass ein fester Turnus unserer Ortsgruppenveranstaltungen unbedingt erforderlich ist. In manchen Orten wird die Arbeit wochenlang, ja monatelang unterbrochen und es hängt von dem Belieben des Vorstandes ab, wenn er gelegentlich einmal eine Veranstaltung machen will. Dieser Zustand ist heute unerträglich. Die grösste Regelmässigkeit im Ortsgruppenbetrieb und Erziehung der Mitglieder zum Besuch der Veranstaltungen ist unbedingt geboten. Wichtig sind auch interne Mitgliederversammlungen ohne Gäste, in denen die internen Fragen unserer Bewegung erörtert werden sollen. Solche Veranstaltungen geben

den Mitgliedern ein stärkeres Gefühl der Zusammengehörigkeit als grössere öffentliche Versammlungen. In vielen Ortsgruppen sind Zirkelveranstaltungen für Mitglieder eingeführt, in denen in zwangloser Form die Einführung der Mitglieder in den grossen zionistischen Wissensstoff erfolgt.

zu These 7

Wir beziehen uns auf unser Rundschreiben vom 29. März ds. Js. betr. »Arbeitskreis zionistischer Bünde« (A. Z. B.). Die Wichtigkeit der Einführung der Jugend in unsere Organisation wurde von der Arbeitstagung erneut bestätigt. Bitte teilen Sie uns bis zum 10. Juni ds. Js. mit, wieviel Mitglieder über 18 Jahre aus den Bünden seit dem 1. April ds. Js. in Ihre Ortsgruppe eingetreten sind.

Mit Zionsgruss
hochachtungsvoll
*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Benno *Cohn

Bringen Sie den Inhalt dieses Rundschreibens in der nächsten Ortsgruppensitzung zur Kenntnis aller Mitglieder, und vor allem:
Setzen Sie diese Thesen in die Tat um!

[68] Die *Jüdische Rundschau und der antideutsche Boykott

11. Juni 1934; PA: Inland II A/B, 83-21, Bd. 1: R99346.

The Zionist Organisation.
Central Office.

77, Great Russell Street,
London, W.C. 1.
11. Juni 1934.

Sehr verehrter Herr Geheimrat von *Bülow-Schwante!

Sie waren so liebenswürdig mir zu gestatten, mich in der Angelegenheit des Herrn Dr. Robert *Weltsch, Hauptschriftleiters der »*Jüdischen Rundschau« an Sie zu wenden.

Meine Aktiv-Legitimation besteht darin, dass ich als ein Mitglied des Administrative Comitee of the *Jewish Agency for Palestine, dem die Zentralstelle für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina[1] angegliedert ist, und als Leiter der Abteilung für zionistische Propaganda und Schulung in Palästina, wie Ihnen aus den Berichten des Jerusalemer Herrn Generalkonsuls bekannt ist, den Kampf gegen den antideutschen Boykott mit sichtbarem Erfolge geführt habe.

Ein ausgezeichneter Helfer bei meiner Arbeit war die Berliner »*Jüdische Rundschau«, das Zentralorgan der zionistischen Bewegung in Deutschland, die in Palästina in vielen tausenden von Exemplaren verbreitet ist. Die »*Jüdische Rundschau« hat durch ihre sehr besonnene Haltung entscheidend dazu beigetragen, dass man sich in Palästina und im Vorderen Orient im Interesse der Juden in Deutschland und im Interesse der Einwanderung der deutschen Juden nach Palästina auf den Boden der Tatsachen gestellt hat. Sehr grosse und auch einflussreiche Kreise haben eingesehen, dass es sich nicht darum handeln kann, durch den Boykott deutscher Waren auf die deutsche Regierung einen Druck auszuüben, sondern dass es ausschliesslich darauf ankommt, den deutschen Juden den Weg nach Palästina zu ebnen, ihnen alle Versuche der Assimilation als einen anachronistischen Irrtum darzustellen und sie wieder in jüdische Bezirke und zu jüdischen Aufgaben zurückzuführen.

Die aussenpolitische Bedeutung der »*Jüdischen Rundschau« lag fast ausschliesslich in den von Herrn Dr. *Weltsch geschriebenen Leitartikeln, die, wie mir scheint, in ihrer Gesamtheit die würdigste Stellungnahme eines Juden zum nationalsozialistischen Deutschland enthalten. Eine Sammlung dieser Aufsätze vom 7. März bis 21. Juli 1933, die wir als Buch herausgegeben haben, füge ich diesem Briefe bei. Der publizistischen Arbeit von Herrn Dr. *Weltsch ist es auch

[1] *Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine.

zu danken, dass im vorigen Jahr der in Prag tagende zionistische Weltkongress sich der Boykottbewegung gegen deutsche Waren nicht angeschlossen hat.

Es ist kein Zweifel, dass die besondere und man kann sogar sagen einzigartige Stellung der »*Jüdischen Rundschau« in der gesamten jüdischen Welt heute mit der Person ihres Hauptschriftleiters verbunden ist. Da die Wirkung der Artikel von Herrn Dr. *Weltsch vor allem auch im erfolgreichen Kampf gegen die damit verbundene einseitige Beurteilung der deutschen Verhältnisse bestand, da Herr Dr. *Weltsch ferner immer wieder darauf hinwies, dass als Ursache des Antisemitismus die Existenz einer wirklich vorhandenen Judenfrage anerkannt werden müsse, und dass es sich nur darum handeln könne, diese Judenfrage zu lösen, nicht aber den für sie nur symptomatischen Antisemitismus zu bekämpfen, müsste alles geschehen, um Herrn Dr. *Weltsch in der Leitung des Blattes zu behalten. Die Redaktion der »*Jüdischen Rundschau« wird aus den hier dargelegten Gründen naturgemäss von vielen jüdischen Stellen heftig bekämpft und nicht nur die liberalen Juden, sondern vor allem auch die Revisionisten, die Hauptträger des antideutschen Boykotts, die auch in Deutschland in getarnter Form als sogenannte staatszionistische Partei den Kampf gegen die von der »*Jüdischen Rundschau« geführten Tendenzen führen, wären froh, wenn Herr Dr. *Weltsch aus formalen Gründen gezwungen wäre, seinen Posten zu verlassen.

Herr Dr. *Weltsch ist provisorisch in den Reichsverband der deutschen Presse aufgenommen. Für seine definitive Aufnahme bedarf es gemäss dem Schriftleitergesetz der Befreiung von den Erfordernissen des Arierparagraphen und der Reichszugehörigkeit. Was den Arierparagraphen betrifft, so wurde in den Durchführungsbestimmungen angeordnet, dass bei Schriftleitern, die ausschliesslich bei jüdischen Zeitungen tätig sind, die Befreiung zu gewähren ist. Ebenso ist nach meiner Meinung die Befreiung von dem Erfordernis der Reichszugehörigkeit sinngemäss zu erteilen, weil es sich ja hier nicht um eine im Sinne des Schriftleitergesetzes deutsche Zeitung handelt, sondern um eine jüdische. Herr Dr. *Weltsch, der als österreichischer Offizier den Krieg mitgemacht hat, stammt aus Prag, ist heute demnach Bürger der Tschechoslowakei. Seit 15 Jahren ist er Hauptschriftleiter der »*Jüdischen Rundschau«.

Bisher sind ihm von Reichsverband der deutschen Presse keine Schwierigkeiten gemacht worden. Da aber aus den dargelegten Gründen mit der Möglichkeit zu rechnen ist, dass die Befreiung von dem Erfordernis der Reichszugehörigkeit versagt wird, bitte ich darum, unsere etwaigen Bemühungen beim Reichsverband der deutschen Presse mit Rücksicht auf die oben dargelegte aussenpolitische Bedeutung dieses Falles zu unterstützen.

Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen, sehr verehrter Herr Geheimrat, für die mir gewährten Unterhaltungen bestens zu danken. Ich bin bis zum 27. oder 28.6. in London – meine Adresse befindet sich am Kopfe dieses Briefes – und fahre dann über Berlin, wo ich zwei oder drei Tage bleiben werde, nach Triest. Mein Schiff geht von dort am 4. Juli nach Palästina ab.

Während meines nächsten Berliner Aufenthalts stehe ich Ihnen gern zu weiteren Informationen zur Verfügung.

Ich bin
mit vorzüglicher Hochachtung
und verbindlichem Gruss
Ihr sehr ergebener
Kurt *Blumenfeld

[69] Der *ZVfD und der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
24. Juli 1934; CZA: A142\47-7.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15, Meinekestr. 10

Berlin, den 24. Juli 1934

An alle Ortsgruppen und Vertrauensleute!

Betr. Frontkämpfer-Dezernat.

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen!
Wir bitten Sie, uns in jeder Ortsgruppe ein geeignetes Mitglied (Frontkämpfer) zu benennen, mit welchem der Leiter des Frontkämpfer-Dezernates in ständiger Verbindung stehen kann. – Wir machen Sie auf die in Nr. 59 der *Jüdischen Rundschau veröffentlichte Entschliessung der Ortsgruppe Düsseldorf des *RJF. aufmerksam und ersuchen Sie, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass diese Resolution auch von der in Ihrem Orte befindlichen Ortsgruppe des *RJF. angenommen wird. Wir geben nachstehend eine Abdruck der Resolution.

Mit Zionsgruss
*Zionistische Vereinigung f. Deutschland.

Entschließung.

»Die Ortsgruppe Düsseldorf des *RJF. beobachtet mit steigender Sorge die innerjüdische Entwicklung im deutschen Judentum seit dem Schicksalsjahre 1933. Mit tiefster Enttäuschung musste sie feststellen, dass die Einheit eines historischen Erlebens von elementarster Wucht nicht eine Einheit des Empfindens und des Handelns zu erzeugen vermochte; dass vielmehr alte, in der Wirklichkeit des Lebens nicht mehr vorhandene Gegensätze herausgestellt, künstlich vergröbert und zu Rüstzeug einer neuen Ideologie gemacht wurden.

Es geht nicht an, dass innerhalb des deutschen Judentums neue Gräben aufgeworfen, neue Klüfte aufgerissen werden.

Ein einiges Band muss alle Menschen in Deutschland umschlingen, die den stolzen Namen Jude tragen. Einer der Vorkämpfer für diese Einheit muss der *R. J. F. werden. Er muss daher das gesamtjüdisch-denkende Sammelbecken aller jüdischen Frontsoldaten werden.

Seine Arbeit hat allen jüdischen Interessenten in gleicher Weise zu dienen und sich auf drei grosse Gebiete zu erstrecken.

1. Sie hat einmal auf der Grundlage eines durch keine irgendwie gestalteten Ereignisse zu erschütternden Vaterlandsgefühls und auf der Grundlage steten Einsatzwillens für Deutschland und die Erhaltung des Lebensraums des deutschen Judentums zu erstreben.
2. Sie hat ferner einzutreten für stärkste Förderung der Wiedergewinnung unserer jüdischen Kulturwerte, und zwar sowohl für die Generation der Erwachsenen wie besonders für die der Jugend. Daher Bejahung und grösstmögliche Unterstützung der jüdischen Schule in alt-jüdischem Geiste.
3. Sie sieht schliesslich in dem Aufbau Palästinas eine einzigartige Gelegenheit, jene grosse, geschlossene jüdische Heimstätte zu schaffen, die den Typus Juden gestalten soll, der der ganzen Welt zeigt, was Judesein wirklich bedeutet.

In der Erkenntnis, dass heute Grösstes auf dem Spiele steht, und dass eine nie zu beseitigende Zerklüftung im deutschen Judentum unter allen Umständen vermieden werden muss, fordert die Ortsgruppe Düsseldorf alle Ortsgruppen des *R. J. F. auf, durch eine gemeinsame Willensbildung im Sinne dieser Grundsätze den *R. J. F. auf seinen alten und einzig richtigen Weg der allumfassenden gesamtjüdischen Haltung zurückzuführen.

Von den anderen jüdischen Organisationen aller Richtungen fordert die Ortsgruppe Düsseldorf Verständnis für die oben gekennzeichneten Bestrebungen und volle Anerkennung der Arbeit und des Einsatzes für die deutsche Judenheit.«

[70] Der *ZVfD und der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
5. August 1934; CZA: A142\47-7.

Abschrift.

*Reichsvertretung
der Deutschen Juden. Charlottenburg 2, 5.8.1934.

Dr. H/S.
*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten E. V.
*Zionistische Vereinigung für Deutschland

Zur Befriedung des Verhältnisses zwischen den beiden oben genannten Organisationen mache ich nunmehr in Anlehnung an die seinerzeit zwischen den Sportbünden zustandegekommene Verständigung folgenden Vorschlag:

Beide Organisationen verpflichten sich bei voller Aufrechterhaltung ihrer Weltanschauung und unbeschadet des Rechts der Werbung neuer Mitglieder, in ihren Veröffentlichungen, Kundgebungen und Verhandlungen solche Formen anzuwenden, die jeden Versuch einer Diffamierung oder Denunziation des Partners ausschliessen. Vor allem unterbleibt jeder Versuch, die Verbundenheit des Vertragspartners mit dem deutschen Vaterland oder seine jüdische Gesinnung anzuzweifeln.

Die Verbände werden diese Verpflichtung auch allen ihren Schwester- und Unterorganisationen (z.B. Sportbund im Reichsbund, Makkabikreis, Landesverbänden, Ortsgruppen, Arbeitsgemeinschaften und dergl.) und deren Leitern, Beamten und Angehörigen, sowie ihren eigenen und den ihnen nahestehenden Presseorganen (z.B. *Schild, *Jüdische Rundschau, Makkabi, Jüdische Zeitung Breslau) auferlegen und darüber wachen, dass sie streng eingehalten wird und dass Verletzungen dieser Verpflichtung durch die eigenen Organisationen usw. wieder gutgemacht werden.

Bis zur endgültigen Übernahme dieser Verpflichtungen, die in der gegenwärtigen Urlaubsperiode vermutlich einige Zeit in Anspruch nehmen wird, und zunächst für die Zeit bis Ende September schlage ich weiter vor, dass in allen Veröffentlichungen, Kundgebungen und Verhandlungen auf beiden Seiten im Sinne eines Burgfriedens jede offene oder versteckte Benennung des Partners unterbleibt. Solange soll auch die *Zionistische Vereinigung für Deutschland sich damit einverstanden erklären, dass ihr Antrag auf Einrichtung eines besonderen Frontkämpferdezernats bei der Reichsvertretung beruhen bleibt.

Dagegen erscheint die alsbaldige Verständigung über eine einheitliche Vertretung des jüdischen Sports in Deutschland dringend, und es soll hierüber sofort eine Besprechung stattfinden. Zu dieser habe ich bereits auf Dienstag, den 7. August vormittags 10 Uhr, eingeladen.

Ich ersuche um möglichst umgehende Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesen Vorschlägen.

gez.: Dr. *Hirsch

[71] Der *ZVfD und der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
16. August 1934; CZA: A142\47-7.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland 16. August 1934.
Berlin W 15, Meinekestr. 10

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen!
In der Anlage überreichen wir Ihnen wichtige Materialien über die Auseinandersetzungen mit dem *Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten.

Zur Erläuterung bemerken wir Folgendes:

1.) Am 2. August fand eine von der *Reichsvertretung der deutschen Juden einberufene Besprechung mit dem *R. J. F. statt. In dieser Besprechung bot der *R. J. F. einen zweimonatlichen Burgfrieden an. Als wir darüber verhandelten, war uns das hier beigefügte grosse Rundschreiben des Frontbundes nicht bekannt, da der Vorsitzende nur in für uns unverständlichen Wendungen am Anfang der Besprechung darauf hingewiesen hatte.

2.) Wie wir erfahren, verbreitet der Frontbund Nachrichten, dass die Verständigung mit uns bereits erfolgt sei und versucht dadurch, die im Zusammenhang mit der Düsseldorfer Resolution[1] rege gewordene Opposition mundtot zu machen.

3.) Die Situation ist inzwischen weiter dadurch verschärft worden, dass der Verfasser des besonders gehässigen Angriffs auf uns im »*Schild«, Dr. Hans *Wollenberg, inzwischen zum Hauptschriftleiter des »*Schild« bestellt worden ist.

4.) Wir sind der Auffassung, dass die Oppositionsbewegung im Frontbund als erledigt anzusehen ist, wenn es ihr nicht einmal gelingt, den Abdruck der Düsseldorfer Resolution im »*Schild« zu erreichen.

5.) Wir sind der Auffassung, dass unser Beschluss, nach dem die Zionisten aus dem Frontbund restlos ausscheiden müssen, nunmehr in den wenigen Fällen, die noch nicht Erledigung gefunden haben, durchgeführt werden muss.

6.) Wir bereiten eine Gegenschrift gegen das Pamphlet des Frontbundes vor und erwarten Ihre postwendende Stellungnahme, ob Sie unsere Darstellung lediglich für den internen Gebrauch benötigen, oder ob Sie es für möglich halten, unsere Gegenschrift auch in den Kreisen des *R. J. F. zu verbreiten.

Mit Zionsgruss!
*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Dr. *Meyer

---

[1] Siehe oben, Dokument Nr. 69.

[72] Der *ZVfD und der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
7. September 1934; CZA: A142\47-7.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15, Meinekestr. 10

Berlin, den 7. September 1934

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen!
Das Tempo der geschichtlichen Entwicklung ist so rasch geworden, dass im Laufe weniger Wochen ganz neue Probleme auftauchen und frühere Streitfragen überhaupt oder wenigstens für eine gewisse Zeit an Bedeutung verlieren.

Die Auseinandersetzung, die die *ZVfD. mit dem *RJF. führen musste, ist deswegen im Augenblick nicht so brennend, weil andere wichtige Fragen, insbesondere der Kampf der Berliner Gemeinde gegen die *Reichsvertretung der deutschen Juden und den Zentralausschuss, sowie das Problem der Aufrechterhaltung des Zentralausschusses durch Sicherung seines Finanzbedarfs in den Vordergrund getreten sind.

Das darf uns natürlich nicht davon abbringen, den *Beschluss* der organisatorischen Trennung unserer Mitglieder vom Frontbund *restlos durchzuführen*; ebenso dürfen wir uns nicht darauf verlassen, dass die üble Denkschrift des Frontbundes inzwischen vergessen wird. Selbstverständlich liegt uns nichts daran, nunmehr unsererseits mehr aus der Sache zu machen, als sie in Wirklichkeit bedeutet. Zu der Denkschrift bemerken wir kurz Folgendes:

1. Die von Herrn Dr. *Löwenstein gemachte grosszügige Geste, auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen *ZVfD. und *RJF. vor Mai 34 nicht eingehen zu wollen, dient nur dazu, den tatsächlichen Sachverhalt zu verschleiern. Der in der Anlage abgedruckte Brief eines bewährten Zionisten, der im Frontbund sehr aktive war, zeigt den historischen Zusammenhang mit grösster Deutlichkeit auf. Wir müssen an unserer Auffassung festhalten, dass der *RJF. nach seinem – erst im Jahre 33 geänderten – Statut eine überparteiliche, jüdischneutrale Organisation war, und dass erst seit dem vergangenen Jahr ein Bruch dieser Neutralität durch die Bundesleitung des *RJF. erfolgt ist. Es ist in berechtigter Abwehr der antizionistischen Angriffe von unserer Seite aus darauf erwidert worden, wobei wir uns stets bemühten, die Auseinandersetzung auf der Höhe einer grundsätzlichen Diskussion zu halten.

2. Bei der Verteidigung seines Artikels: »Palästina und wir« verschweigt Dr. *Löwenstein seinen besonders verwerflichen Angriff gegen die Zionisten, von denen er in dem Artikel sagte, dass »ihr politisches Vaterland, sei es 100 oder 50 %ig, Palästina sei.«

3. Die Aufregung über den angeblich »infamen Angriff auf den Frontbund« wegen der Bemerkung der Rundschau, »der *RJF. setze die Bindung der Frontkämpferschaft seinen jüdischen Kameraden gegenüber hintan, sofern diese Zionisten

seien«, erledigt sich dadurch, dass dem Schreiber des Memorandums bekannt sein musste, dass bereits in der nächsten Nummer der *Jüdischen Rundschau, die sich mit einer entsprechenden Bemerkung des »*Schild« auseinandersetzen konnte, nämlich am 22.6.34, eine Richtigstellung dahingehend erfolgte, dass niemand bezweifelt hat, dass die Kriegsopferversorgung, die dem *RJF. amtlicherseits übertragen wurde, ohne Ansehen der jüdisch-politischen Stellung des Bewerbers durch den *RJF. vorgenommen werde. Wohl aber wurde und wird unsererseits der Vorwurf aufrechterhalten, dass der *RJF. von Nichtjuden die Zurückstellung ihrer weltanschaulichen oder politischen Abneigung gegen die Juden verlangt und erwartet, weil die Frontleistungen der Juden den Anspruch auf ihre volle Gleichberechtigung begründen, wogegen der Frontbund seinerseits nicht bereit ist, selbst Zionisten gegenüber, die als Frontkämpfer genau das Gleiche geleistet haben wie die anderen Juden, die innerjüdischen Anschauungsdifferenzen zurückzustellen und demgemäss die zionistische Auffassung mindestens als gleichberechtigte und gleichwertige jüdische Auffassung zu respektieren.

Stattdessen hält Dr. *Löwenstein an seiner Auffassung fest, dass Zionisten (also nicht einmal zionistische Frontkämpfer) bei der Formung des Verhältnisses zum deutschen Staat und zur deutschen Nation nicht mitzuwirken hätten. Ebenso behauptet das Memorandum auf S. 3, dass nur auf der Grundlage der Ablehnung einer national-jüdischen Anschauung es möglich war, eine Sonderberücksichtigung der Frontkämpfer zu verlangen und anzunehmen. Zu dieser Bemerkung ist hervorzuheben, dass nicht nur in ihr die Diffamierung des zionistischen Teils des deutschen Judentums um seiner innerjüdischen Anschauung willen erneut zum Ausdruck kommt, sondern dass der Frontbund in versteckter Weise an der alten Legende festhält, wonach er in der Lage gewesen sei, den Einbau des Frontkämpferparagraphen in die Ariergesetzgebung zu erwirken. Diese Legende bleibt eine Legende. Tatsache ist, dass eine angebliche Audienz des Herrn Dr. *Löwenstein im Büro des Reichspräsidenten auf die Fassung der Gesetze keinen Einfluss haben konnte, weil sie:

erstens wenige Tage vor Veröffentlichung dieser Gesetze erfolgte, und jeder Kenner weiss, dass in so kurzer Zeit wichtige Änderungen bei gesetzlichen Veröffentlichungen nicht erwirkt werden können,

zweitens aber, weil das Frontkämpfer-Privileg schon in den Entwürfen des nationalsozialistischen Juristenbundes enthalten war, die im Februar 33 in den Tageszeitungen veröffentlicht wurden. Festzuhalten aber ist, dass von seiten des Frontbundes die *Absicht* eingestanden wird, das Privileg für die Frontkämpfer zu verlangen. Damit ist die andere Propagandathese des *RJF. widerlegt, nach der er selbst für die Rechtsstellung *aller* deutschen Juden kämpft und nur ungern eine Bevorzugung der Frontkämpfer vorläufig entgegengenommen habe.

4. Die Polemik gegen die Propaganda-Materialien der Königsberger Zionistischen Ortsgruppe ist so unbedeutend, dass es sich kaum lohnt, darauf einzugehen. Wenn der Frontbund nichts anderes vorzubringen hat, als derartige

Einzeläusserungen, die von der Zentrale überhaupt nicht kontrolliert werden können, so muss unsere Haltung, wie sie sich in der gesamten Politik der *ZVfD und in den Äusserungen der *Jüdischen Rundschau dokumentiert, völlig unangreifbar sein.

5. Ganz unverständlich ist die Verwahrung des Herrn *Löwenstein dagegen, dass sich die *Jüdische Rundschau mit seiner Kölner Rede beschäftigt hat. Wir haben das Recht, uns mit jeder in der Öffentlichkeit erfolgten Äusserung zu jüdischen Problemen auseinanderzusetzen und werden insbesondere nicht davon absehen können, gegen den versteckt immer wieder vorgebrachten Führungsanspruch der Bundesleitung des *RJF. unsere stärksten Bedenken geltend zu machen.

Wir glauben, dass jeder unbefangene Leser des Memorandums des *RJF. aus der Fülle der Schimpfworte und Beleidigungen, sowie aus der bombastischen Selbstbeweihräucherung den Eindruck gewinnen wird, dass die in diesem Memorandum vertretene Sache grundschlecht ist.

Wir glauben, dass der Prozess der Selbstauflösung, der dem *RJF. bevorsteht, rasch vorangehen wird, wenn wir Zionisten die uns aufgezwungene Polemik möglichst sparsam führen und stattdessen unsere Kräfte anspannen in positiver Leistung für unsere Aufgaben, weil wir dadurch am ehesten den uns noch fernstehenden deutschen Juden die Bedeutung der zionistischen Bewegung klarmachen können.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland.
Benno *Cohn

[73] Frauen, Erziehung und der Zionismus

24. Oktober 1934; SStA/L: PP-V, 4441.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, den 24.10.1934.

Bericht

über die Versammlung der Frauengruppe der Zionistischen Vereinigung Leipzig im Jüdischen Jugendheim, hier, Elsterstr. 7 a. 23. Oktober 1934. Beginn: 16.00 Uhr.

Leiterin: Frau Neumann, Leipzig.
Rednerin: Die Obige.
Thema: Aktuelle Gegenwartsfragen.
Tendenz: Vorbereitungsarbeiten für Palästina
Störungen: Keine.
Teilnehmer: Etwa 35 Frauen.

Die Versammlung bezw. der Vortrag wurde von mir überwacht. Der angekündigte Vortrag der Frau Dr. Markowicz, Taucha, fiel aus, dafür wurde von der Vorsitzenden über das obige Thema gesprochen. Sie führte aus, daß wohl die aktuellste Frage der Gegenwart für die Juden die Rückführung des jüdischen Volkes nach Erez sei. Dafür seien aber umfangreiche Vorarbeiten nötig. Die in Deutschland lebenden Juden müßten nicht nur zum wahren Judentum wieder zurückfinden, sie müßten vor allen Dingen lernen, lernen und immer wieder lernen. Insbesondere gelte dies für die jüdischen Frauen, und zwar aus dem Grunde, damit wenigstens die Kinder, wenn die Frauen selbst nicht nach Palästina können, nach dort zurückkehren könnten. Was soll gelernt werden? Vor allem müßte Geschichte gelernt werden, damit man lerne, die Welt zu begreifen. Gerade die Geschichte der Juden lehre, daß in guten Zeiten die Juden leicht übermütig wurden, worauf dann meist der Umschlag, die Bedrückung und Verfolgung durch die Gastvölker kam. Aber trotz aller Unterdrückung habe das jüdische Volk weitergelebt, diesen Trost bringe die Geschichte. Weiter müßte auch die hebräische Sprache gelernt werden. Ohne eine einheitliche Sprache wäre die Gründung und das Bestehen eines selbständigen Staates nicht möglich. Palästina könne nicht aus einem Sprachgemisch von 77 Sprachen gegründet werden. Sehr wertvoll wäre auch das Studium der Bibel, und zwar der Bibel in hebräischer Sprache, da die Übersetzungen nicht das wiedergeben können, wie es tatsächlich in der Bibel enthalten und gemeint ist. Vor allem zum Kennenlernen des Judentums wäre es vonnöten, die Bibel zu studieren, da sie alles das Judentum betreffende enthält, wie Leistung, Ethik usw.

Vor Beginn des Vortrags wurden von der Vorsitzenden ehrende Gedenkworte für den verstorbenen Rabbiner Dr. *Goldmann gesprochen.

Nach Schluß des Vortrags entspann sich eine rege Aussprache über die Art der Fortbildung. Es wurde vorgeschlagen, Arbeitsgemeinschaften zu bilden zur Auswertung des in Vorträgen gehörten Stoffes bezw. Verarbeitung desselben. Ein endgültiger Beschluß wurde noch nicht gefaßt, vielmehr will man erst abwarten, bis die Gemeinde die für das Winterhalbjahr geplante Vortragsreihe bekanntgegeben hat.

An den Vortrag und die Aussprache schloß sich noch ein geselliges Beisammensein und die Handarbeitsstunde.

Vor Beginn der Versammlung wurden die Frauen von einem Rabbiner – Name unbekannt – der Gemeinde Leipzig aufgefordert, doch ein Komitee zu bilden, daß die Ausrüstung der nach Palästina auswandernden jüdischen Familien mit Wäsche usw. betreiben solle. Es wäre vorgekommen, und zwar erst noch in der letzten Zeit, daß Familien mit mehreren Kindern ausgewandert seien, die nur das, was sie auf dem Leibe hatten, mitgenommen hätten. Es gänge nicht, daß derart schlecht ausgerüstete Familien nach Erez kämen. Es handele sich um jüdische Familien, deren Väter z. Teil schon jahrelang nur von der Fürsorgeunterstützung gelebt hätten, die sich darum hätten auch selbst nichts schaffen können. Sache der Frauen sei, für diese Sachen zu sorgen. Die Männer hätten schon damit genug zu tun, das Fahrgeld zu besorgen. Die Vorsitzende versprach, dieser Anregung nachzugehen.

Schenk
Krim.-Hauptwachtm.

[74] Aufgaben und Schwierigkeiten in den Ortsgruppen der *ZVfD
5. November 1934; SStA/L: PP-V, 4441.

Polizeipräsidium Leipzig.
Abteilung IV.
Am 5. November 1934.

Bericht.

über die Gruppenverbandstagung der Zionistischen-Ortsgruppen-Mitteldeutschlands.

Einberufer:	Dr. *Loebenstein, Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung-Leipzig.
Zeitpunkt:	Am 4. November 1934, 10.30 Uhr bis 13.15 Uhr und 14.30 Uhr bis 18 Uhr.
Veranstaltung:	Gruppenverbandstagung. (Siehe Blatt 2)
Referent:	Elieser *Liebenstein, Berlin.
Thema:	Zionismus in Palästina und in der Golah.
Referent:	Dr. Franz *Meyer, Berlin.
Thema:	Die deutsch-jüdische Situation.
	Tagung der Kommissionen.

Teilnehmerzahl: 180 Personen beiderlei Geschlechts.

Die Tagung wurde, mit 3 Liedern einer Jugendgruppe in hebräisch gesungen, eröffnet. Hierauf begrüsst Dr. *Loebenstein die Anwesenden und gibt die Tagesordnung bekannt, mit verschiedenen Änderungen.

10.45 Uhr wird dem Referent Elieser *Liebenstein, Berlin, das Wort erteilt. Thema: Zionismus in Palästina.

Er erstattete Bericht über die bis jetzt ausgewanderten Juden nach Palästina. Die Zahl 300 000 genüge bestimmt nicht. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen ermahnte er alle anwesenden Delegierten und Ortsgruppenleiter sich offen zum Zionismus und Judentum zu bekennen und noch alle fernstehenden Juden für den Zionismus zu werben. In zionistischen Kreisen seien Beobachtungen gemacht worden, wonach die Schulungs- und Erziehungsarbeiten in den Ortsgruppen nicht so sind, wie sie sein sollen. Die Zionistische Vereinigung muss sich auf ihre Ortsgruppen verlassen können. Die Ortsgruppe ist ein Teil der Zionistischen-Vereinigung-Deutschlands und sorgt für die organisatorische Zusammenfassung aller an einem Ort wohnenden Zionisten. Er forderte immer wieder auf zum Werben, alle Juden müssten zum Zionismus erfasst werden.

In seinen weiteren Ausführungen sprach er über zentrale Finanzlage des Zionismus, Bodenfond und Aufbaufond. Der *KKL (Keren Kajemeth Lejisrael)

erwirbt Grund und Boden in Palästina als unveräusserliches Eigentum des jüdischen Volkes und gibt ihn selbstarbeitenden jüdischen Siedlern in Erbpacht.

Der *KH (Keren Hajesod) schafft die kolonisatorischen Grundlagen jeder Art für die Errichtung der nationalen Heimstätte und bereitet der privaten jüdischen Initiative den Weg. (Einwanderung.)

Es müssten in den Ortsgruppen mehrere Abende eingeräumt werden, wo mehr die erzieherischen und ökonomischen Probleme besprochen werden. Verbreitung der jüdischen Arbeiter in Palästina. Gemischte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind dort erforderlich. Widerlegung der Behauptung der Araber, die Juden machten die Kolonien unsauber durch Krankheiten u.s.w.

Er wies daraufhin, dass noch in diesem Jahre ein Zionistenkongress, wahrscheinlich in London, stattfinden wird. Dort soll entschieden werden, ob die Juden in den nächsten 10 Jahren anständig und in Frieden leben können, wenn keine Krisen kommen.

12-Uhr Aussprache: Es melden sich 3 Diskussionsredner. Dr. Wahl, Dr. *Loebenstein u. Heinemann, Halle.

Es werden verschiedene Punkte des Referenten wiederlegt und auch für gut geheißen. Es wurde zur Vorbereitung für den kommenden Kongress aufgefordert, denn es würde dies wahrscheinlich der Letzte sein. Alle drei Redner wiesen auf die Schulung und Erziehung der halluzischen Jugend hin. Unterstützung der Hallutsheime aus einem Fond. Schulung der Jugend müsse auch durch die Eltern erfolgen, die ihre Kinder einmal nach Palästina auswandern lassen wollen.

*Liebenstein antwortet im Schlusswort auf die Diskussionsredner. Er zerlegt einige Punkte und schafft Klärung über die Arbeiterbewegung in Palästina. Eine Leistung des deutschen Zionismus ist die Schulung und Erziehung zur Heimkehr zum Judentum, vor der Rückkehr ins Judenland Palästina.

Es folgte nun eine Mittagspause bis 14.30 Uhr. 14.30 Uhr erfolgte die Tagung der Kommissionen.

Die grösstenteils von auswärts erschienen Ortsgruppenleiter und Vertrauensleute sprachen sich über die Aufbauarbeit innerhalb der Zionistischen Ortsgruppen aus.

15.45 Uhr wurde dem Referent Dr. Franz *Meyer, Berlin, das Wort erteilt.

Er sprach über das jüdisch politische Deutschland, indem er das Schicksal in der Gegenwart in drei Probleme zergliedert.

1) Ausserordentliche Alterserscheinungen im Judentum.

2) Schrumpfungsprozesse unter den noch in Deutschland lebenden 470 000 Juden.

3) Wirtschaftlicher Niedergang des Judentums.

Im allgemeinen sprach er von Werbung und immer wieder Werbung. Es gibt in der Welt kein Judentum, das nicht zionistisch wird.

In der nun folgenden Aussprache, sprach nur ein Ortsgruppenmitglied und brachte einige organisatorische Fragen vor. Ferner bat er, dass die nach Palästina

auswandernden Juden, insbesondere unbemittelte, von der Zionistischen Vereinigung Deutschlands in jeder Beziehung unterstützt werden müssen. Es wäre vorgekommen, dass Auswanderer nur das bei sich hatten, was diese auf dem Leibe trugen.

Es wurde nun der neue erweiterte Vorstand bekannt gegeben. Gegen 18 Uhr wurde die Gruppentagung geschlossen. Die Aufführung des Snif Hechaluz, fand nicht statt.

Während der Dauer der Zusammenkunft wurden nur jüdische Zukunftsfragen behandelt.

Zur Beendigung der Tagung wurden durch den Vorsitzenden Dr. *Loebenstein, Worte der Ermahnung zur unaufhaltsamen Mitarbeit der Bewegung und zur Vollendung des grossen Werkes, gesprochen.

Hierauf verliessen die Teilnehmer die Loge. Zu Störungen ist es nicht gekommen. Eine staatsfeindliche Tendenz konnte in der Abhaltung dieser Veranstaltung nicht erblickt werden.

Ein Grund zum Einschreiten lag nicht vor. Die Tagung wurde ausserdem von Oberwachtm. Buder und Rudolph überwacht.

Schröters
Hptw. d. Schup.

[75] Der *Misrachi in Leipzig

12. November 1934; SStA/L: PP-V, 4546.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, am 12.11.1934.

Versammlungsbericht.

Die Versammlung der jüdischen Misrachigruppe wurde von mir überwacht. Sie ist ohne Störung verlaufen.

Organisation:	Misrachigruppe.
Thema:	Aktivierung der Ortsgruppe und die Aufgaben des *Misrachi in Palästina.
Redner:	Dr. Oppenheimer und Dr. Burg.
Tag:	Am 10.11.1934.
Ort:	Leipzig – C.1, Elsterstraße 7.
Teilnehmerzahl:	Etwa 120 Personen.
Verlauf:	Ohne Zwischenfälle.

Die Versammlung begann gegen 21.00 Uhr und endete gegen 22.45 Uhr. Der Redner, Dr. Oppenheimer, behandelte das Thema »*Die Aktivierung der Misrachigruppe in Leipzig*«.

Er brachte zum Ausdruck, daß die Ortsgruppe hier sehr im Argen liege. Die Schuld liege zum größten Teil an den führenden Persönlichkeiten der Ortsgruppe; denn diese entfalteten viel zu wenig Tätigkeit. Zum anderen Teil liege es aber auch bei der jüdischen Bevölkerung. Diese seien sich über den Zweck und die Ziele der Misrachigruppe nicht so recht im Klaren. Die Misrachigruppe in der zionistischen Bewegung wolle in Palästina einen Staat auf religiös-nationaler Grundlage aufbauen. Ein Staat ohne Religion sei nicht von Bestand. Augenblicklich sei der Stand der Dinge so, daß die Misrachigruppe als ein Keil in der großen zionistischen Weltbewegung zu betrachten sei. Es wurde daher zu einer ersprießlichen Mitarbeit aufgefordert. Es soll in der Woche mindestens einmal eine Versammlung einberufen werden, wobei über das Wesen und die Ziele der Misrachigruppe gesprochen werden soll. Gleichzeitig bemängelte der Redner, daß viel zu wenig geeignete Kräfte vorhanden seien, die mit den Aufgaben des *Misrachi vertraut seien.

Im Anschluß daran behandelte Dr. *Burg das Thema »*Aufgaben des *Misrachi in Palästina*«.

Der Redner betonte, daß die Misrachigruppe unbedingt in Palästina Fuß fassen müsse. Es sei die beste Form, den Staat auf religiös-nationaler Grundlage aufzubauen. Die »Maguda« in Palästina bereite aber außerordentlich viel Schwierig-

keiten. Die »Maguda« ist die Bewegung in Palästina, die wohl das »Religiöse« vertritt aber von »national« absolut nichts wissen will. Heute sei Palästina von etwa 300 000 Juden besiedelt. Die feindliche Einstellung gegen die Araber bestehe fort. Manche Farmenbesitzer in Palästina weigerten sich arabische Arbeitskräfte einzustellen. Um den Willen Nachdruck zu verschaffen, werden jüdische Posten aufgestellt, um das Eindringen der Araber zu verhindern. In einer anderen Farm, nur etwa 1/2 Stunde von dieser entfernt, werden die Araber wiederum aufgenommen. Die Aufnahme der Araber begründen die Farmbesitzer damit, daß diese besser und billiger arbeiten würden. Zusammenstöße zwischen Araber seien daher unvermeidlich. Nach den Berichten der Palästina – Presse sei es schon zu sehr blutigen Zusammenstößen gekommen. In einem Elektrizitätswerk am Roten Meer sei am Sabbat gearbeitet worden. In dieser Beziehung sei Abhilfe geschaffen worden.

Der Redner forderte die Versammlungsteilnehmer zur regen Mitarbeit auf.

Hieran schloß sich eine Diskussion. Ein Diskussionsredner forderte, daß die Misrachigruppe in der Woche einmal zusammen kommen müsse. Weitere Diskussionsredner waren nicht vorhanden.

Nach Schluß der Versammlung sangen die Teilnehmer stehend das Nationallied. Es wurden freiwillig Beiträge eingesammelt. Der eingegangene Betrag soll zur Deckung der Unkosten verwendet werden. Den Versammlungsteilnehmern waren schriftliche Mitteilungen zugestellt worden.

Politische Zusammenhänge wurden nicht behandelt und auch nicht gestreift. Zu einem Einschreiten wurde keine Veranlassung gegeben. Nach Schluß der Versammlung entfernten sich die Teilnehmer sofort.

Zu bemerken ist, daß die Juden in der letzten Zeit eine rege Versammlungstätigkeit entfalten. Für die Misrachigruppe besteht scheinbar ein großes Interesse; denn wie schon erwähnt, waren 120 Personen anwesend. Das ist eine hohe Besucherzahl bei jüdischen Versammlungen.

Finger
Hauptwachtmstr. der Schutzpolizei.

[76] Frauen und der Zionismus
11. Dezember 1934; SStA/L: PP-V, 4441.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV,
den 11. Dezember 1934.

Bericht

über die Versammlung der Frauengruppe der Zionistischen Vereinigung Leipzig am 10.12.34 16.30 Uhr im Jüdischen Jugendheim, Hier, Elsterstraße 7.

Leiterin:	Frau Neumann.
Rednerin:	Frau Dr. Margarete Moses,[1] Berlin.
Thema:	»Die Frau in der jüdischen Gemeinschaft.«
Tendenz:	Die Frau hat die spätere Übersiedlung nach Palästina vorzubereiten.
Vorkommnisse:	Keine.

Der Vortrag wurde von mir überwacht. Einleitend wies die Vortragende darauf hin, daß die Geschichte des jüd. Volkes reich sei an Höhen und Tiefen. In der Gegenwart erwüchsen der jüd. Frau große Pflichten. Das jüd. Kind sei durch die Änderung der Verhältnisse aus dem bisherigen Leben herausgerissen worden. Dies gebe den Kindern ein Gefühl der Unsicherheit. Ebenso wie die Frau dafür zu sorgen habe, daß dieses Gefühl der Unsicherheit des Kindes weiche, müsse sie auch in den Fällen, in denen der Mann erwerbslos geworden sei, auf diesen einwirken, um ihm das notwendige Gefühl des Geborgenseins und der Sicherheit wieder zu geben. Dabei dürfe natürlich die Frau selbst nicht allzusehr zerrissen sein. Doch könne sie sagen, daß die jüd. Frauen sich verhältnismäßig schnell wieder gefunden haben. Dies sei vor allem durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften erreicht worden, und der Punkt, an dem sie sich zusammengefunden hätten, wäre die Not. Doch müsse hierzu notwendigerweise noch ein Ziel treten, dem man sich zuwenden könne. Um das Ziel zu erreichen, brauche man zuerst die Erkenntnis, und zwar die Erkenntnis, daß das jüd. Volk wieder wie Juden leben müsse, um wieder zu einer Einheit zu gelangen und die Zersplitterung zu beseitigen, die so schädlich für das Judentum sich ausgewirkt habe. Der gewaltige Umwandlungsprozeß, in dem das Judentum sich befinde, beschleunige diese Erkenntnis. Die Forderung heiße, das gesamte Leben neu zu gestalten. Wenn auch die jetzige Generation davon keinen oder nur geringen Nutzen haben werde, so

[1] Margarete Moses (1890–1976), Schriftstellerin und Erzieherin, war Mitarbeiterin im jüdischen Volksheim in Berlin. 1937 ist sie nach Palästina ausgewandert.

sei doch zu beachten, daß es der Grundstein für die kommende Generation sei. Für viele Frauen, deren Familien bisher ein gut bürgerliches Leben geführt hätten bezw. führen hätten können und deren Söhne sich dem Studium hätten widmen können, sei es ein schwerer Gedanke, daß sich ihre Kinder nun umschichten müßten zu Handwerkern und Handarbeitern. Es ist, äußerlich betrachtet, ein Rückschritt. Doch müßten sich die jüd. Frauen zu der Erkenntnis aufraffen, daß ihre Kinder in der Zukunft des jüd. Volkes leuchten sollen als Fackeln. Die heutige Zeit verlange neue Menschen. Und wenn die jüd. Frauen und Mütter sich nicht verlieren wollen, so müßten sie mitmachen, müßten sie teilhaben an der Neugestaltung des Lebens. Die jüdische Familie war zu allen Zeiten unantastbar. Deren Zentrum war die Frau. Die Erziehung der Kinder war neben der Pflege der Religiosität ihre Hauptaufgabe. Das hat sich aber in den letzten 30 Jahren grundlegend verschoben. Das neue Zentrum der Familie war das Kind geworden. Es haben sich dabei 2 Erziehungsmethoden herausgebildet: die des absoluten Gehorsam die eine Furcht im Kinde auslöst, die wiederum ein Gefühl der inneren Unsicherheit, verborgen unter einem äußerlich festen und selbstbewußten Auftreten, daß manchmal in Frechheit ausartet, erzeugt. Sie schafft innere Komplexe, die für die Entwicklung des Seelenlebens des Kindes gefährlich sind. Die 2. Methode ist die, die nicht unbedingt sofortigen Gehorsam verlangt. Es ist zweifellos die glücklichere Methode, doch hat sie den Nachteil, daß sie mit der Zeit zur Verweichlichung des Kindes führt. Einen guten Mittelweg zu finden, ist Aufgabe der Mutter. Ihr kann dabei nur das Gefühl helfen. In der jetzigen Zeit würden aber die Kinder den Eltern entfremden. Woher käme diese Entfremdung? Sie kommt nur daher, weil die Eltern nicht teilhaben an dem Leben der Kinder, das sich unter ganz anderen Verhältnissen gestaltet und gestalten muß als das der Eltern. Um den Zusammenhalt nicht ganz zu verlieren, müßten die Eltern mitlernen mit den Kindern. Aber nicht so, daß es in einer überhebenden, alles besser wissenden Weise geschieht, sondern indem man die Kinder als gleichberechtigte Partner betrachtet, durch ein Verstehen auf gleicher Grundlage. Die kleinste Gemeinschaft sei die Familie, die nächste die Sippe. Die Jugend habe eine große Abneigung gegen die Familie gewonnen, es zieht sie mehr zur Sippe. Die nächstgrößere Gemeinschaft ist die Volksgemeinschaft. Diese habe ein Zentrum: Den Heimatboden. Die Völker, die keinen Heimatboden mehr haben, halten sich an eine Idee. Der Zionismus enthalte für das jüdische Volk diese Idee. Der politische Zionismus wurde durch Theodor *Herzl begründet. Daß die zionistische Idee in dieser Zeit so erstaunlicherweise recht behalten hat, bedeutet nur die Richtigkeit der Idee. Der Zionismus will aus Versprengten und Zerstreuten und krankhaft veränderten Volksteilen wieder ein gesundes Volk schaffen. Das jüd. Volk leide allgemein an Fehlern, doch sind es weniger Fehler als Krankheiten. Der Zionismus will die Volkssplitter zunächst sammeln und sie einer gesunden Zukunft entgegenführen. Er hat es unternommen, dem zersplitterten jüd. Volk ein kollektives Gefühl zu geben, also Nationalgefühl zu schaffen. Doch nur zu leicht geht das

mühsam erworbene kollektive Denken und Fühlen wieder verloren, wenn ein Sturm entsteht. Man hat beobachtet, daß die orthodoxen Juden sich nicht so leicht wider umblasen lassen. Man könne jetzt in der ganzen Welt erleben, daß ganze Völker ihr religiöses Gefühl verlören. Das wird sich bei der heutigen Generation auch nicht mehr ändern. Es erhebe sich nun die Frage, was die jüdische Frau hierbei tun könne. Was die jüdischen Frauen tun können, wäre Vorbereitung. Daran müßten alle mitarbeiten. Die Ausrede dürfe nicht gelten, daß doch die Mitarbeit dieser oder jener nichts zu bedeuten hätte und keine Änderung bringen könne. Demgegenüber müßte gesagt werden, daß es wohl nicht so sehr darauf ankommt, was der einzelne Mensch tut, sondern wie er es tut. Allerdings könnte nur derjenige, der sich selbst innerlich befreit, mithelfen an der Freiheit des Volkes. Hier setzt die Aufgabe der Frau ein. Sie muß das Familienleben gestalten, sie muß vor allem wieder das religiöse Gefühl erneuern und vertiefen. Wenn so die Frau tatkräftig an ihre Aufgaben herangehe, würde sie ihren Teil mit dazu beitragen, den jüdischen Staat zu schaffen, wenn auch sie selbst keinen Nutzen mehr hiervon haben könnte, sondern dieser nur der kommenden Generation zugute kommen würde.

Nach der Rede der Moses sollte noch eine allgemeine Aussprache über das Gehörte stattfinden, doch wurde hierzu nur von der Versammlungsleiterin gesprochen, die die Zuhörer ermahnte, Hebräisch zu lernen. Darauf verließ ein Teil der Versammelten das Lokal, während der andere Teil noch zu einer Arbeitsstunde zusammenblieb. Zu Störungen oder Angriffen ist es nicht gekommen.

Schenk

[77] Die jüdische Jugendgemeinschaft *Habonim Noar Chaluzi
4. Februar 1935; SStA/L: PP-V, 4532.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, am 4.2.1935.

Bericht.

Betrifft:	Veranstaltung u. Elternabend der *Jüdischen Jugendgemeinschaft »*Habonim Noar Chaluzi«* Unter dem Motto: »*Vom Wollen jüdischer Jugend«*
Zeit:	Am 2.2.1935, 21.00–23.00 Uhr.
Ort:	Im Saale des Volkswohl, Leipzig-C 1, Walter Blümel Strasse No. 7.
Einberufer:	Jüdischer Jugendleiter Kurt *Goldmann, Leipzig-C 1, Elsterstrasse No. 7.
Veranstaltungsleiter:	Jugendleiter Kurt *Goldmann, Leipzig-C 1, Elsterstrasse No. 7.
Teilnehmer:	Etwa 300 jüdische Erwachsene, beiderlei Geschlechts, und 200 jüdische Jugendliche. Insgesamt etwa 500 Personen.

Als Einleitung zu der Veranstaltung wurde von einem gemischten Chor (etwa 20 Jugendlichen) ein Lied aus dem 21. Psalm (Neues Testament) gesungen. Hieran schloss sich ein Referat: »*Unser Ziel*« gesprochen von Kurt *Goldmann.

*Goldmann verbreitete sich im allgemeinen über die Erziehung der jüdischen Jugend. *Goldmann sagte etwa folgendes: Die Eltern müssten in ihren Kindern schon von Haus aus Interesse für die Jüdische Jugendgemeinschaft wecken. Augenblicklich sei die Gefahr für immer aus dem Lande gewiesen zu werden, sehr gross, man ginge einer bangen und ungewissen Zukunft entgegen. Zwar sei der Palästina-Aufbau im ständigen wachsen, leider sei aber dort noch nicht Raum u. Existenz für alle. Nur allmählig könne sich die Übersiedlung nach Palästina vollziehen. Alle Juden müssten nun einen gemeinsamen arbeitsreichen Weg gehen, wenn sie nicht zu Grunde gehen wollten. Nur Ganzheit, Zusammenhalt, Rücksicht u. Arbeitsgemeinschaft seien die Bedingungen für den Fortbestand des Judentums. *Goldmann schloss sein Referat mit den Worten: »*Wir haben Kraft und das ist unser Glaube*«.

Die Anwesenden spendeten dem Referat *Goldmanns reichen Beifall.

Weiter wurde von einer Gruppe jüdischer Mädels ein kurzes Theaterstück gezeigt. Es erscheint, dargestellt von einer Frau der Geist der jüdischen Jugendbundesleitung, und zeigt bildlich den Mädels das heilige Land. (Palästina) Sie sprach dabei folgendes: »Nur Arbeit bringt Erlösung, nur Arbeit bedeutet die Erhaltung unseres Stammes. Ihr Jugendlichen seid berufen, den Weg nach Palästina zu

bahnen.« Diesem kurzen Theaterstück wurde ebenfalls wieder lebhafter Beifall entgegen gebracht.

Hierauf folgte ein Referat, gesprochen von Otto Reiss über das Thema: *»Aus unserer Arbeit«* Reiss sagte hierzu etwa folgendes: Die jüdische Jugend sei sich ihrer schweren Aufgabe bewusst, aber sie werde im entscheidenten Augenblick ihren Mann stellen. Man müsse aber der Jugendgemeinschaft auch wohlwollendes Verständnis entgegenbringen, bisher sei das nie der Fall gewesen. Viele Eltern hätten ihren Kindern untersagt, der Jugendgemeinschaft beizutreten. Heute seien ernste Zeiten, in erster Linie müsse die Jugend ertüchtigt werden. Die Jugend müsse zu Bauern ausgebildet werden um später harte Arbeit in Palästina leisten zu können. Niemand dürfe etwa denken, dass Palästina ein Idyll sei wer sich dies einbilde, lebe auf einer Traumwolke. Leider sei der Jude Jahrhunderte hindurch durch seine Händlertätigkeit der Arbeit entfremdet worden. Wenn man bestrebt sei, sich eine eigene Heimat zu gründen, so sei dies nur durch harte Händearbeit möglich. Der schwere Weg im Augenblick sei der richtige für die Zukunft. Alle Kraft gehöre der Eindeutigkeit. Aus der Jugendbewegung müssten Menschen hervorgehen, welche die Dinge in der Umwelt klar sehen. Jeder sei moralisch verpflichtet, die Aufbauarbeit zu fördern. Jeder müsse klar und deutlich nur ein Ziel vor sich sehen, dieses Ziel sei Palästina.

Nach Schluss des Referates von Reiss erfolgte eine kurze Pause von etwa 10 Minuten.

Nach der Pause wurde von einem Sprechchor folgender Mahnspruch vorgetragen. Der Mahnspruch hatte folgenden Wortlaut:

»Jüdisches Volk im jüdischen Land«
Das Land braucht Bauern, wir wollen Bauern werden.
Wir wollen arbeiten, und nicht verzweifeln.
Das Land braucht Arbeiter, wir wollen Arbeiter werden.
Wir wollen arbeiten Hand in Hand, um uns zu schaffen ein Vaterland!

Am Schluss der Veranstaltung wurden schriftliche Erklärungen zu einer Beitragsleistung zu Gunsten der Jugendgemeinschaft an die Teilnehmer abgegeben. Nach meiner Beobachtung wurden die Erklärungen vielfach von den Teilnehmern zurückgewiesen.

Nach Schluss der Veranstaltung entfernten sich die Teilnehmer sofort.

Die Veranstaltung ist ohne Störung verlaufen. Zum polizeilichen Einschreiten fand sich kein Anlass.

Hierzu: 1 Programm der Veranstaltung.

Grabe
Obw. d. Schutzpolizei.

[78] Orthodoxie und Zionismus
10. Februar 1935; SStA/L: PP-V, 4441.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, am 10.2.1935.

Überwachungsbericht.

Am 9.2.1935, 20.45 Uhr, fand in dem jüdischen Vereinshaus der Zionistischen Vereinigung, in Leipzig, Walter Blümel Strasse Nr. 7, im grossen Vortragssaal, eine Versammlung statt, die vom Unterzeichneten überwacht wurde.

Einberufer:	Dr. Borg, Leipzig.
Referent:	Isi *Eisner, Berlin.
Thema:	Orthodoxie u. Zionismus.
Versammlungsteilnehmer:	Etwa 500 Personen beiderlei Geschlechts.
Anfang:	20.45 Uhr.
Ende:	22.00 Uhr.

Nachdem der Einberufer Dr. Borg die Anwesenden begrüsst und seine Freude über den gefüllten Saal zum Ausdruck gebracht hatte, wurde von einem Mädchenchor unter Leitung eines jüdischen Lehrers 2 Lieder in hebräischer Sprache gesungen.

Nachdem Gesang ergriff *Eisner das Wort und bevor er über das obengenannte Thema sprach brachte er zum Ausdruck, dass heute zum erstenmal Juden aus allen Bewegungen vereint hier zusammensitzen. In Zukunft wird es auch so werden, dass es nur eine jüdische Bewegung gibt und der Zionismus wird dafür sorgen, dass sich alle Juden unter seinem Banner vereinigen.

Weiter brachte *Eisner zur Ausführung, dass die Orthodoxie nicht die richtige Lehre der Juden sei. Ihre Redner haben den jüdischen Menschen bisher eine goldene Zukunft gepredigt, aber noch nichts haben sie für das jüdische Volk getan. Die Orthodoxie hat keine Gesetze und trägt kein Kulturgut in sich. Auch sei in Erez Israel noch nichts durch die Orthodoxie geschaffen worden.

Hierauf hob der Redner den Zionismus hervor und betonte, dass dieser nationales jüdisches Kulturgut in sich trägt und die einzig richtige Lehre der jüdischen Bewegung ist unter dessen Banner sich alle Juden vereinigen müssen. Der Zionismus bildet hier in Deutschland jüdische junge Menschen aus, die in Schulen geistig herangebildet werden, um später in Erez Israel die Lehre über den Zionismus zu verbreiten, und Kulturwerte im Lande der Juden, in Palästina, zu schaffen. Alles was heute an Kulturgut in Erez Israel geschaffen worden ist, habe der Zionismus den Löwenanteil dazu beigetragen. Der Zionismus steht an der

Spitze aller jüdischen Bewegungen und ist die einzig richtige Richtung, in dieser alle Juden marschieren müssen.

Weiter betonte *Eisner, dass die zionistische Bewegung in Erez Israel soziale Einrichtungen geschaffen habe. Es sind Krankenhäuser erbaut worden und die jüdischen Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert worden. Alle diese Einrichtungen können aber nur von geistigen Menschen geschaffen werden, die nationales Kulturgut in sich tragen.

Zum Schlusse betonte der Redner, dass der Zionismus nicht konservativ sondern revolutionär eingestellt sei.

Bevor die Versammlungsteilnehmer den Saal verliessen, erhoben sich fast alle Anwesenden und sangen in hebräischer Sprache die jüdische Nationalhymne.

Unter den Versammlungsteilnehmern befanden sich auch Jugendliche, Mitglieder der zionistischen Jugendgruppe in Uniform, weisses Hemd und blaue kurze Hose, die sie nur innerhalb des Vereinshauses trugen.

Nach Versammlungsschluss verliessen alle Teilnehmer vereinzelt den Saal und zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Im Versammlungslokal lagen beigeheftete Schriften aus, die die Versammlungsteilnehmer an sich nahmen.

Hierzu: 2 Schriften:

Hptw. d. Schup.

[79] Der Rabbiner Dr. *Prinz über jüdische Existenz in Deutschland

5. April 1935; SStA/L: PP-V, 4441.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, den 5.4.35.

Bericht

über den am 4.4.35 von dem Rabbiner Dr. *Prinz in Leipzig abgehaltenen Vortrag »Jüdische Existenz – heute.«

Bezeichnung der Veranstaltung:	Vortrag.
Veranstalter:	Leon Taube, Berlin, W 30, Stübbenstraße 12.
Ort der Veranstaltung:	Weißer Saal des Zoologischen Gartens zu Leipzig.
Tag und Zeit der Veranstaltung:	Am 4.4.35, 20.15–21.45 Uhr.
Besucherzahl:	700–800 Personen beiderlei Geschlechts.
Name des Redners:	Rabbiner Dr. Joachim *Prinz, Berlin.
Thema:	Jüdische Existenz – heute.
Tendenz:	Auswandern!
Verlauf der Veranstaltung:	Keine Störungen.

Gegen 20.45 Uhr begann Dr. *Prinz seinen Vortrag mit dem Hinweis, daß er seine Ausführungen ohne Bindungen an irgend eine jüdische Organisation mache. Er tue es in eigener Verantwortung. Es ginge ihm darum, die heutige Situation, ohne jede Angriffsaktion zu beabsichtigen, zu schildern. Er bat darum, daß man ihn frei sagen lasse, was er zur Lage zu sagen hätte und daß man von Unterbrechungen Abstand nehmen solle.

Dr. *Prinz machte dann sinngemäß etwa folgende Ausführungen:

Ich will versuchen, soweit es mir möglich ist, die objektive Situation zu kennzeichnen. Am 7.4.33 geschah in Deutschland etwas, was im Anschluß an den 1.4.33 folgerichtig und konsequent hat geschehen müssen. Am 7.4.33 veröffentlichte die deutsche Regierung jene Maßnahmen, die als Ariergesetzgebung in die Geschichte eingehen werden.[1]

Diese Ariergesetzgebung elidierte sie. Sie schnitt sie aus dem Gesamtkörper des Volkes, aus der Beamtenschaft usw. aus und setzte ihrer Tätigkeit Grenzen. Ich registriere diese Dinge. Wir befinden uns in einer Situation, in der wir nichts weiter tun können. Ende 1933 hat dann ein Stillstand eingesetzt. Erst seit ei-

[1] Hier verwies *Prinz auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, durch das deutsche Juden aus dem Beamtendienst entlassen wurden. Es trat am 7. April 1933 in Kraft.

nigen Wochen ist in die Judenpolitik der Regierung neue Bewegung gekommen. Eine Verschärfung ohne gleichen ist eingetreten. Die Tendenz ist folgende. Die Generallinie der Judenpolitik ist die, durch geeignete Maßnahmen in einem gewissen Zeitraum Deutschland judenrein zu machen. Die neuen Maßnahmen kommen zum Ausdruck durch die Weisungen die uns zugegangen sind, z. B. keine Propaganda für ein Verbleiben in Deutschland zu machen. Durch Förderung der Jugendbünde die die Auswanderung vorbereiten, usw. Die Tendenz ist deutlich, sie ist klar. Dieses ist der objektive Tatbestand.

Zum subjektiven Tatbestand habe ich zu sagen, daß durch die Ariergesetzgebung Juden getroffen worden sind, welche in dem Bewußtsein, daß sie Juden sind, doch deutsch gefühlt und als Deutsche gelebt und gelitten hätten. Sie hat Juden getroffen, die niemals geglaubt hätten, daß sie sie getroffen hätte. Hinzu kommt noch die Bevölkerungsstruktur des deutschen Judentums. Die Juden wohnen in Deutschland in der Hauptsache in 5 Großstädten. Dies wurde das bevölkerungspolitische Schicksal des deutschen Judentums. – Hierzu wies Dr. *Prinz an Hand von Zahlenmaterial nach, daß der Sterblichkeitsüberschuß bei den Juden dreimal so groß sei wie bei der übrigen Bevölkerung in den Großstädten. – Zum bevölkerungspolitischen Schwund kommt noch die Emigration.

Zur Analyse des subjektiven Tatbestandes habe ich zu sagen, unser innerer Tatbestand heißt Ghetto. Wir kennen das mittelalterliche Ghetto. Dieses Ghetto war gleichsam mit einer Mauer umgeben und wir lebten darin abgeschlossen unser Leben. Heute ist es so, daß, wenn ich abends nach Hause komme, komme ich aus einem Ghetto und komme nach Hause. Ghetto heißt, ein Land, in welchem ich lebe; dieses mein Leben, d. h. das Faktum in dem ich lebe, das dieses Faktum belastet; daß ich lebe in einem Bereich in dem man mir sagt, hier hast du nichts zu suchen.

Die Ausdrucksformen des inneren Tatbestandes heißen: Kultur und Landschaft. – Hierzu machte Dr. *Prinz längere Ausführungen über die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Kulturleben. – Es ist eine Illusion wenn wir uns sagen, wir leben 1935, wir leben vor 1933, kulturell. Was tun wir eigentlich innerhalb der deutschen Kultur? Wovon nähren wir uns eigentlich kulturell? Überlegen sie die Groteske, daß wir Beethoven, Bach und Mozart in neuer Weise für uns entdecken müssen. Es ist ein innerlich untragbarer Zustand, eine Grenze zu setzen. Wir befinden uns in einer kulturellen Nacht für uns. Wir haben noch in uns eine kulturelle Schicht des Erlebens. Wir können noch nachts in eine Speisekammer gehen und uns etwas abschneiden. Wir können dies noch, unsere Kinder werden dies nicht mehr tun können. Wir haben an der neuen deutschen Kunst keinen Anteil mehr.

Zu dieser Frage gibt es eine Erkenntnis, diese heißt Landschaft. An der Landschaft haben wir einen Anteil. Wir fühlen uns mit der Landschaft, in der wir leben, verwachsen und verbunden. Ich glaube, wenn wir einmal nicht mehr in Deutschland weilen, daß die Sehnsucht nach der deutschen Landschaft manchen

von uns kaputt macht. Wir werden nie einen Zugang bekommen, wie hier, wenn man durch die deutsche Landschaft fährt, spürt man, wie man dazu gehört. Deshalb zerreißt es in uns. Eine Landschaft, von der ich weiß, daß ganze Teile im Gebirge und an der See mit Wahrzeichen versehen sind, die mir als Juden den Eintritt verbieten, ist nicht mehr meine Landschaft. Hier muß etwas entzweibrechen. Dieser Tatbestand, der objektive und der innere, enthüllt sich in der Analyse. Die Konsequenz will ich jetzt sagen, mit dieser Schärfe habe ich sie bisher noch nicht gesagt, sie heißt für mich: Ich glaube nicht daran, daß wir unsere Positionen in Deutschland werden halten können. Die Stabilität der politischen Entwicklung steht für mich fest. Das deutsche Judentum wird, wenn nicht alles täuscht, wenn nicht die Grenzen für einwandernde Juden geöffnet werden, wovon nicht die Rede sein kann, in 10 Jahren einen sehr starken Schwund haben. Sie werden allmählich zu der Überzeugung kommen müssen, wenn nicht sie, ihre Kinder werden auswandern müssen.

Unter Auswanderung verstehe ich nicht das chaotische Auswandern. Ich meine den systematischen Prozess. Im Laufe eines Prozesses, den ich auf 20 Jahre schätze, seine Positionen abbauen und seine Kinder zur Auswanderung bringen. Der Ernst besteht darin, daß man von hier aus die Gestaltung in die Hand nehmen muß. Dies bedeutet Aufruf nicht zur Panik, sondern zur Klugheit. Die Positionen müssen geordnet verlassen werden, die auf lange Sicht nicht gehalten werden können. In einem solchen tragischen Augenblick steht das deutsche Judentum. Wir leben in einer Welt ohne Nachbarn. Wir sind die einzigen, die keine Nachbarn haben. Zum Leben bracht man Brot, ein Dach über dem Kopf und Wasser, aber man braucht auch Nachbarn.

Was mich enttäuscht, jeden Tag wieder enttäuscht, ist nicht die Umwelt, sind die Juden, ihr Verhalten zueinander. In den Dingen des menschlichen Lebens, wo die menschliche Gesellschaft eine Rolle spielt, hat sie versagt. Betriebsamkeit hat man genug entwickelt, eine Fülle von Veranstaltungen wurde abgehalten, aber wo blieb die Gefülltheit? Wie anders könnte man es verstehen, daß wir noch immer so auseinanderklaffen, daß man noch immer nicht so zusammensteht wie man müßte? Ich verstehe nicht, warum nicht alle mit uns glücklich sind, daß es Palästina gibt. Ich begreife nicht unsern Bruderstreit. Ich begreife unsere ganze Kleinheit nicht, aber ich sehe sie!

Ich möchte an die Worte noch erinnern, die der verewigte Rosenzweig[2] einst gesagt hat: Lernen, lernen, lernen.

Mit einem Mahnruf zur Einigung des Judentums schloß Dr. *Prinz seinen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Sperling, Kr.-Hptw.

---

[2] Hier meinte *Prinz wahrscheinlich den bekannten deutsch-jüdischen Historiker und Philosoph Franz Rosenzweig. 1920 nahm Rosenzweig die Berufung an, das »Freie Jüdische Lehrhaus« in Frankfurt/Main aufzubauen.

[80] Jüdische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft
31. Mai 1935; USHMM: 11.001M.01, 1-178.

Abschrift zu II c 5226/35.

Palästina-Amt Berlin
der *Jewish Agency for Palestine
Berlin W.15, Meineckestraße 10.

Betrifft: II c Nr. 4552/35, Ihre Nachricht vom 16.5.35, Abteilung Sekretariat, 31.5.1935.

Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte
in der Landwirtschaft.

Zur zweckdienlichen Beantwortung der Rückfrage vom 16.5.35 haben wir uns mit dem *Central Bureau for the Settlement of German Jews bei der *Jewish Agency for Palestine in London in Verbindung gesetzt. Wir überreichen in der Anlage die uns von dort erteilte Antwort im Originaltext und bemerken dazu ergänzend folgendes:

I. Wir schließen uns der Berechnung des Centralbüros an, wonach für die 2000 in Ausbildung kommenden Jugendlichen nur 1500–1600 Zertifikate nötig sein werden. Aus den Erfahrungen des Berliner Palästina-Amtes in den Jahren 1933/34 ergibt sich, daß im Laufe dieser beiden Jahre auf 5340 Arbeiterzertifikate insgesamt 7211 Männer und Frauen in Palästina eingewandert sind.

II. Die von uns beantragte Zahl von zur Ausbildung kommenden jüdischen Jugendlichen hält sich – wie sich aus den vorstehenden Zahlen ergibt – im Rahmen der bereits bis jetzt erreichbar gewesenen Auswanderungsziffern; es soll lediglich im Hinblick auf die Anforderungen des palästinensischen Arbeitsmarktes und die im Interesse des zionistischen Palästina-Aufbaus liegende Berufswahl der Anteil der *landwirtschaftlich* ausgebildeten Zertifikatsempfänger an der Gesamtzahl der Zertifikate verbessert werden. Dadurch allein wird auch Vorsorge dafür getroffen, daß auch in Zukunft an das Palästina-Amt Berlin eine dem bisherigen Umfange entsprechende Anzahl von Zertifikaten gegeben werden wird, die wir selbstverständlich für die landwirtschaftlich ausgebildeten Bewerber in erster Linie reservieren werden.

III. Die Palästina-Regierung stellt der *Jewish Agency zweimal jährlich (April und Oktober) die für das darauffolgende Halbjahr gültigen Einwanderungszertifikate zur Verfügung. Demzufolge stehen während der Spanne von etwas mehr als einem Jahre drei Zertifikatszuteilungen für die Abwanderung der in Rede stehenden landwirtschaftlich auszubildenden Jugendlichen zur Verfügung. Die Verteilung der Abwanderung über den vorgenannten Zeitraum

ist auch wegen der zur Berufsausbildung hinzukommenden theoretischen Berufsschulung und sprachlichen (hebräischen) und zionistischen Erziehung notwendig.

Da die jüdische Jugend in Deutschland zum großen Teile in Vorstellungen aufgewachsen ist, die ihr die Vorbereitung auf das neue Leben in Palästina erschweren, bedarf sie nicht nur der manuellen und technischen Ausbildung, sondern auch einer seelischen und kulturellen Vorbereitung, um die Umschichtung und Auswanderung mit Erfolg durchzuführen.

Daraus ergibt sich, daß eine an die Stelle des einmaligen, in unserem Antrage vorgesehenen Ausbildungsvorhabens tretende planmäßige Erfassung und Erziehung der jüdischen Jugend dazu führen müßte, das Gesamtproblem der jüdischen Schul- und Erziehungsfragen aufzurollen.

Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland, in deren Rahmen das Palästina-Amt arbeitet, ist bereit, den zuständigen Staatsbehörden hierfür Vorschläge zu unterbreiten.

Für eine im Hinblick auf die vorgeschrittene Jahreszeit rasche Erledigung unseres Antrages vom 22. März ds. Js. wären wir sehr dankbar.

*Jewish Agency for Palestine
Palästina-Amt
Unterschrift

An das Reichs- und Preußische Arbeitsministerium, Berlin W.8, Unter den Linden 33/35

[81] Devisenschwierigkeiten und die Auswanderung nach Palästina
14. Juni 1935; PA: Sonderreferat-Wirtschaft/Finanzwesen 16 Palästina (Bd. 5): R117395.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15, Meinekestr. 10

Abschrift. 14. Juni 1935

4/Gr
An die
Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung

Berlin W. 8
Behrenstr. 43

In Verfolg der Besprechung mit Herrn Reichsbankrat Anders vom 6. ds. Mts. gestatte ich mir mit der Bitte um vertrauliche Behandlung Folgendes vorzutragen:

1) Auf uns lastet seit langem schwer die Sorge um die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina, die in eine katastrophale Lage dadurch geraten ist, dass jeweils nur ein winziger Bruchteil der die Auswanderung nach Palästina betreibenden Familien das Vorzeigegeld von 1000 £p erhalten kann: es sind zur Zeit etwa 900 Vorzeigegeldanträge vorgemerkt, während monatlich nur 12 bis 15 Fälle zur Erledigung kommen, (wahrscheinlich ungefähr ein Zehntel der Fälle, die in jedem Monat auswanderungsreif werden).

Unbeschadet unserer bestimmten Annahme, dass die Reichsbank sich noch bereit finden wird, der angedeuteten Notlage durch eine Erhöhung des für die Vorzeigegelder bestimmten Kontingents Rechnung zu tragen, haben wir uns seit geraumer Zeit die Frage vorgelegt, ob vielleicht die Möglichkeit besteht, durch besondere Bemühungen zusätzliche Exportdevisen zu beschaffen, die dem Fonds für Vorzeigegelder zugutekommen. Hierbei sind wir von der Annahme ausgegangen, dass die deutschen Devisenbehörden sich bereit finden würden, einen durch uns geschaffenen zusätzlichen Export – und zwar nach anderen Ländern als nach Palästina – als eine Leistung anzurechnen, die dem devisenschaffenden deutschen Export nach Palästina vom Standpunkt der deutschen Export- und Devisenwirtschaft gleichwertig ist.

Bei der weiteren Überlegung, in welchem Lande wohl ein solcher Versuch mit einiger Aussicht auf Gelingen unternommen werden könne, gelangten wir zu der Ansicht, dass sich ein Versuch in *England* deshalb empfehlen würde, weil einerseits vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft aus eine Förderung des Exports nach England und – über London als Handelsplatz – nach den Ländern des britischen Imperiums, und gegebenenfalls auch nach anderen Ländern, besonders

wichtig, ist, andererseits unsere jüdischen Beziehungen am ehesten in London eine Anknüpfung möglich erscheinen lassen.

2) Es lag auf der Hand, dass es auch in London nicht leicht sein würde, Anhänger für den Vorschlag zu gewinnen, im Interesse einer Förderung der Auswanderung jüdischer Familien aus Deutschland nach Palästina einen stärkeren Import deutscher Waren nach England oder den Ländern des britischen Imperiums zu bejahen, als er sich aus den wirtschaftlichen Gegebenheiten sonst gestalten würde.

Als ich zur Sondierung der angedeuteten Möglichkeiten am 22. Mai für etwa eine Woche nach London fuhr, war die Durchführung der geplanten Verhandlungen insofern schon vorbereitet, als Herr Prof. Dr. *Weizmann, der Vorsitzende der Zentralstelle zur Ansiedlung deutscher Juden in Palästina, es übernommen hatte, eine Anzahl wichtiger Menschen zu einer Besprechung einzuladen.[1] Diese Besprechung fand am 23. Mai statt. Ich schilderte die Lage des deutschen Palästinatransfers und die Mauer, vor der gegenwärtig die Auswanderung der sogenannten Kapitalisten nach Palästina steht. Hieran knüpfte ich die Frage, ob man in England wohl bereit sein würde, uns aus dieser Schwierigkeit durch zusätzliche Importe aus Deutschland zu helfen, sofern und soweit die deutschen Devisenbehörden ihrerseits bereit sein würden, die aus derartigen Lieferungen fliessenden Devisen dem Fonds für Vorzeigegelder zuzuführen.

Es kann nicht überraschen, dass ein Teil der Sitzungsteilnehmer die Frage grundsätzlich – mit politischen, wirtschaftspolitischen und psychologischen Argumenten – verneinte. Nach Lage der Verhältnisse musste es schon als ein Erfolg gewertet werden, dass ein im englischen Wirtschaftsleben besonders wichtiger Mann sich zu dem vorgetragenen Gedanken ganz positiv äusserte; dass ferner einige andere im Wirtschaftsleben nicht so prominente, aber mit den Verhältnissen gut vertraute aktive Menschen sich zur Mitarbeit bei dem vorgeschlagenen Versuch bereit erklärten; dass schliesslich beim Abschluss der Besprechung vereinbart wurde, es solle nunmehr in Einzelbesprechungen versucht werden, den Tatbestand und die vorhandenen Möglichkeiten weiter zu klären.

3) Die Einzelbesprechungen haben programmgemäss stattgefunden und sich nicht auf den Kreis der Teilnehmer jener Sitzung beschränkt.

Der oben erwähnte Wirtschaftsführer erklärte sich auch in einem persönlichen Gespräch erneut bereit, in einem Kreise mitzuarbeiten, der unter den erwähnten Voraussetzungen für neue Lieferungen aus Deutschland eintritt. Die gleiche Zusicherung erhielt ich von einem an wichtiger Stelle in der Importwirtschaft Englands stehenden Kaufmann und von einigen anderen Herren.

---

[1] Wegen politischer Auseinandersetzungen innerhalb der *Zionistischen Weltorganisation wurde *Weizmann 1931 als Präsident nicht wiedergewählt. Er wurde durch Nahum *Sokolow ersetzt. 1935 wurde *Weizmann jedoch erneut Präsident der *Zionistischen Weltorganisation und blieb bis 1946 im Amt.

Eine intensive Mitarbeit, speziell auch in der Durchführung der von uns eingeleiteten Aktion, sagte mir der Londoner Repräsentant des – auch in Deutschland am Palästinatransfer führend beteiligten – Bankhauses M. M. *Warburg & Co., Herr Siegmund Warburg, zu.

In kaufmännischer Hinsicht ergaben die Besprechungen, dass Voraussetzung für erfolgreiche Bemühungen um zusätzliche Geschäfte naturgemäss die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Angebote sein würde. Als aussichtsvolle Branchen wurden mir u. a. die Spielwarenbranche, ferner elektrische Artikel und chemische Artikel bezeichnet, ohne dass in dieser Beziehung naturgemäss die Besprechungen ein vollständiges Bild ergeben konnten.

Technisch bestand die Meinung, dass die praktische Aufnahme eines Versuchs eine aus Deutschland zu beschaffende Liste von englischen Firmen voraussetzen würde, die entweder schon Grossbezieher deutscher Waren sind und zur Erweiterung ihrer Bezüge zu bestimmen wären oder neu Grossbezieher deutscher Waren werden könnten (nachdem sie es vielleicht in früheren Jahren schon einmal gewesen waren).

4) Sofern die deutschen Devisenbehörden den Wunsch haben und damit einverstanden sind, dass wir eine Aktion zur Beschaffung zusätzlicher Aufträge zwecks Vergrösserung des Devisenfonds für die Vorzeigegelder einleiten, wird es zunächst notwendig sein, einige Zweifelsfragen zu klären, von deren Beantwortung die Gestaltung der konkreten Angebote abhängen wird, die wir den Interessenten zu machen haben. Erstmalig sind diese Zweifelsfragen schon in der Besprechung vom 6. Juni erörtert worden:

a) *In welcher Weise wird der Nachweis der Zusätzlichkeit zu erbringen sein?*

Bei gewissen Aufträgen, die wir in Zusammenhang mit der geplanten Aktion präsentieren, wird von vorneherein eine Vermutung dafür sprechen, dass es sich um zusätzliche Aufträge handelt. Das wird z. B. dann der Fall sein, wenn Investitionslieferungen (etwa: Maschinen für eine neu zu errichtende Maschinenfabrik) in Frage kommen; oder Waren, die in der letzten Zeit überhaupt nicht oder in sehr geringem Umfange nach England oder nach dem sonst in Betracht kommenden Lande exportiert worden sind.

Wo eine solche Vermutung nicht ohne weiteres angenommen werden darf, wird es uns obliegen, aus den Umständen des Falles die Zusätzlichkeit darzutun.

b) *Welche Bedeutung hat das deutsche Zahlungsabkommen mit England für die geplante Aktion?*

Da das Zahlungsabkommen nur den Warenverkehr mit England selbst regelt, wird es insoweit ausser Betracht bleiben können, als es sich um Warenlieferungen in Länder des britischen Imperiums (und erst recht natürlich, soweit es sich um – durch England vermittelte – Warenlieferungen nach anderen Ländern) handelt.

Bei Warenlieferungen nach England selbst werden wir in Kauf nehmen müssen, dass dem Fonds für Vorzeigegelder nicht die vollen Nominalbeträge der Exportfakturen, sondern etwas geringere Beträge gutgebracht werden, die unter

Berücksichtigung des effektiven Devisenvertrages festzusetzen sein werden, wie er sich aus dem Mechanismus des deutsch-englischen Zahlungsabkommens für die deutsche Devisenbilanz ergibt.

c) *In welcher Weise wird bei der geplanten Aktion die Spanne zwischen den Weltmarktpreisen und den deutschen Exportpreisen überbrückt werden können?*

Wie bei allen Exportgeschäften wird auf das sorgsamste ermittelt werden müssen, inwieweit ein Preisausgleich unerlässlich ist.

Wir werden die Zusicherung erbitten müssen, dass uns die Möglichkeit gegeben werden wird, den Ausgleich mindestens zu einem erheblichen Teile im Rahmen und mit den Mitteln des amtlichen Zusatzausfuhrverfahrens (oder eines etwa künftig an die Stelle dieses Verfahrens tretenden neuen Exportförderungsverfahrens) durchzuführen. Dass das zu einer Reduktion der Devisengutschrift für den Vorzeigegeld-Fonds führen wird, ist uns klar, da der Preisausgleich in der Form des amtlichen Zusatzausfuhrverfahrens effektiv Devisen kostet. Freilich haben wir den dringenden Wunsch, dass die hier in Frage stehende Reduktion möglichst gering ausfällt und den Rahmen der effektiven Devisen-Selbstkosten keinesfalls überschreitet.

In Ergänzung des amtlichen Zusatzausfuhrverfahrens werden wir zur Überbrückung der Preisspanne Beträge verwenden müssen, die zu Lasten der Auswanderer aufgebracht werden.

Wir würden eine tunlichst baldige Stellungnahme der Reichsstelle dankbar begrüssen, vor deren Bekanntgabe wir naturgemäss nicht in der Lage sind, die geplante Aktion in London versuchsweise zu beginnen.

gez. Dr. Siegfried *Moses
Vorsitzender der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland

[82] Anordnungen für Zionisten in der Öffentlichkeit

1. August 1935; BA/D-H: Z/B1-359.

Arbeitskreis Zionistischer Bünde

Berlin W 15, den 1.8.35.
Meinekestr. 10

An alle Ortsgruppen der zionistischen Bünde

Liebe Chawerim,[1]
Die Bundesleitungen der dem Arbeitskreis zionistischer Bünde (A.Z.B.) angeschlossenen Bünde erlassen die folgenden Anordnungen mit dem Aufruf an alle Chawerim und Chaweroth, sich der Verantwortung bewusst zu sein, die jeder Einzelne von ihnen heute in der Öffentlichkeit gegenüber der gesamten Judenheit trägt.

Wir verlangen von jedem Einzelnen, dass er die hier gegebenen Richtlinien auf das Ernsthafteste beherzigt und keinerlei Anlass zu einer Kritik seiner Haltung gibt.

Schalom!
Arbeitskreis Zionistischer Bünde
Benno *Cohn

Die dem A.Z.B. angeschlossenen Bünde:

Brith Hanoar:	Eugen Michaelis
Habonim:	Jaskow Simon
*Haschomer Hazair:	Ernst Fränkel
*Hechaluz:	Ben Aharon
Junggruppen:	Helmuth Simon
K.J.V.:	Jacques Rosenberg
Makkabi:	Dr. *Friedenthal
Makkabi Hazair:	Dr. Hardy Swarsensky
*Werkleute:	Ernst *Bauer

1. August 1935.

Anordnungen für die zionistischen Bünde[2]
und alle ihre Chawerim

---

[1] Chaverim: Hebräisch »Freunde«.

[2] Diese dem »Arbeitskreis Zionistischer Bünde« (AZB) angeschlossenen zionistischen Bünde befassten sich mit dem Sport, der Umschulungsarbeit, dem Sozialismus oder mit anderen Aufgaben

I. Öffentlichkeit

Tretet in der Öffentlichkeit, auf Strassen und Plätzen, nicht in grossen Gruppen auf! Vermeidet Diskussionen und Auseinandersetzungen aller Art, die mitunter so laut und heftig geführt werden, dass auch Unbeteiligte daran teilnehmen können.

Wenn Ihr Freunde oder Bekannte trefft, so macht Euch nicht durch langanhaltendes und gellendes Pfeifen des Bundespfiffs bemerkbar! Begrüsst Euch nicht über grosse Entfernungen! Wenn Ihr Euch verabschiedet, tut das leise und unauffällig, setzt Eure Unterhaltung dann nicht mehr über den Fahrdamm fort!

Vermeidet jede Nachlässigkeit in Eurer Kleidung! Lauft nicht mit ungekämmten Haaren, ungeputzten Schuhen, herabrutschenden Strümpfen und offenem Mantel herum! Eure Kleidung sei sauber und ordentlich!

Prügelt Euch nicht auf der Strasse, auch nicht zum Scherz! Spiele und Kämpfe gehören auf den Sportplatz oder auf Fahrt.

Benutzt Ihr zusammen ein öffentliches Verkehrsmittel, so stellt überhaupt die Unterhaltung ein! Eine Gruppe heftig gestikulierender und diskutierender Leute oder schreiender Jüngerer wird sich bei den meist in tiefem Schweigen verharrenden Fahrgästen besonders unangenehm bemerkbar machen.

II. Auf Fahrt

Wählt als Fahrtenziel nur solche Orte, die nicht schon ohnehin von Juden überlaufen sind! Tretet keine Fahrt an, die nicht unter Leitung Eures Führers steht, der allein weiss und wissen muss, welche Bestimmungen zu beachten sind! Eure Gruppen seien auf Fahrt möglichst klein. Teilnehmerzahl über 20 Mann sind polizeilich verboten. Unsere Gruppen sollen aber nach Möglichkeit weit unter dieser Grenze bleiben.

Bereitet Eure Fahrten sorgfältig vor! Sorgt rechtzeitig für Quartiere, falls Ihr grössere Fahrten macht! Benutzt dazu das Verzeichnis des *Reichsausschusses der Jüdischen Jugendverbände! Beginnt keine Fahrten, deren Durchführung nicht finanziell gesichert ist. Unbedingt zu verhindern ist die immer noch nicht verschwundene Unsitte, sich auf den Landstrassen herumzutreiben und Kraftwagen anzuhalten. Auf dieses sogenannte Trampen stehen schwere Strafen.

Rüstet Euch sorgfältig aus und geht nicht mit unzähligen Gepäckstücken beladen auf Fahrt! Gruppen mit russigen Kochtöpfen ohne Futteral, aussen am Rucksack angeschnallten grossen und kleinen Essgeschirren und Trinkbechern, angehängten lose herumflatternden Windjacken oder Kletterwesten, mit Schnur provisorisch angebundenen Schlafdecken, die sich unterwegs halb aufrollen, ma-

---

der zionistischen Bewegung. Die Mitglieder waren hauptsächlich junge Leute, die sich für die Auswanderung nach Palästina vorbereiteten.

chen einen Eindruck, der unser aller Ansehen in der Öffentlichkeit aufs Schwerste schädigt.

Sorgt dafür, dass Ihr selbst auf Fahrt sorgfältig und zweckmässig gekleidet seid und im guten alten Sinn einen bündischen Eindruck macht!

Vermeidet vor allem an Eurer Fahrtentracht alles, was an Gleichtracht gemahnt, tragt also nicht alle dieselben Hosen, Hemden bezw. Röcke und Blusen, sowie Windjacken oder Kletterwesten! Tragt auch keine Kleidungsstücke, die Anlass zu Verwechslungen geben könnten, also überhaupt keine braune Hosen oder Hemden, Mädchen auch keine weisse Blusen oder Hemden in grösserer Zahl! Vermeidet aber auf der anderen Seite auch auffallend städtische Kleidung (Seidenstrümpfe, Schuhe mit hohen Absätzen u.s.w.)! Zieht nicht mit Geschrei oder lautem Singen durch den Wald! Wenn Ihr spielt und turnt, so zieht Turnkleidung an und keine Badeanzüge, wie es häufig beobachtet wird.

III. Heimabende

Heimabende müssen vorschriftsmässig der Staatspolizei und in Berlin der Geheimen Staatspolizeistelle gemeldet sein; ebenso alle anderen Veranstaltungen und Feiern, wie *Oneg Schabbath und Singabende.

Sammelt Euch nicht zu früh vor verschlossenen Heimräumen, trefft aber auch nicht mit zu grossen Abständen ein, wodurch Hauspersonal und Mitbewohner gestört werden.

Wenn Eure Veranstaltungen abends nach Toresschluss beginnen, müsst Ihr für rechtzeitigen Einlass Sorge tragen, um nicht die Nachbarschaft zu stören. Unterlasst lautes Sprechen, Singen und Schreien, es fällt Euren Nachbarn auf die Nerven. Das Horra-Tanzen ist eine schwere Plage für die Leute, die unter Euch wohnen.

Nach Schluss des Heimabends trefft alle erforderlichen Verabredungen im Heimraum! Verabschiedet Euch auch gleich und geht auf der Strasse ruhig und schnell ohne endlosen Dispute auseinander!

[83] Die Organisation der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland
8. August 1935; CZA: Z4\3567-X.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15, Meinekestr. 10

BC/Ma. 8. August 1935

An das
Organisations-Dept. der Exekutive

Luzern

Betr.: Ihr Schreiben LL/BK/10.313 vom 29.7.

Auf Ihr Schreiben vom 29. pto. berichten wir Ihnen über unsere Erfahrungen auf diesem Gebiet:

zu 1). Die Körperschaft, die alle Mitglieder unseres Verbandes örtlich zusammenfasst, ist die Ortsgruppe (oder, bei weniger als 25 Mitgliedern, die Arbeitsgemeinschaft). An jedem Ort besteht nur eine einzige Ortsgruppe, daneben bestehen lediglich Verbände wie der Makkabi, der Snif Hechaluz, die *Wizo die zionistischen Bünde, aber kein zionistischer Verein, der Anspruch darauf erhebt, Zionisten unter allgemeinen Gesichtspunkten zusammenzufassen. Wir haben die Forderung aufgestellt, dass auch alle Mitglieder des Makkabi, des *Hechaluz und der Bünde über 18 Jahre Mitglieder der Ortsgruppe sein müssen und hierfür einen besonders ermässigten Ortsbeitrag festgesetzt. Im Verfolg dieser Eingliederungsaktion haben wir die meisten erwachsenen Zionisten an einem Ort in der Ortsgruppe zusammengefasst. Die Bildung eines allgemein zionistischen Vereins ausserhalb der Ortsgruppe würden wir nicht zulassen, da unsere Organisation auf dem Prinzip straffer Zentralisierung aufgebaut ist.

zu 2). Unsere Landeskonferenz ist der Delegiertentag. Die Wahlen zu diesem finden in allen Ortsgruppen mit über 300 Mitgliedern auf Grund des Listen-Systems nach dem Verhältniswahlrecht statt. Infolgedessen sind bisher die verschiedenen zionistischen Richtungen auf dem Delegiertentag vertreten gewesen. Organisatorische Kautelen dafür, dass die Gesinnungsfreiheit der einzelnen Richtungen nicht berührt wird, bestehen hier nicht.

zu 3). Unser Verbands-Vorstand, der Geschäftsführende Ausschuss, wird vom Delegiertentag mit einfacher Mehrheit gewält. Im jetzigen G. A. sind lediglich die drei progressiven Gruppen vertreten.

zu 4). Neben unserem Landesverband führt lediglich der *Misrachi, der dem Weltmisrachi nicht angeschlossen ist, ein besonderes Dasein. Er besitzt eigene Ortsgruppen und eine Landesleitung. Die Mitglieder der Landesleitungen sind zum Teil Mitglieder des Verbandsvorstandes der *ZVfD. Die Mitglieder der *Misrachi-Ortsgruppen sind in fast allen Orten zugleich Mitglieder der allgemeinen zionistischen Ortsgruppen. Der *Misrachi-Verband hält in grösseren Abständen Landestagungen ab. Er besitzt eine eigene Zeitschrift.

zu 5). Die Ortsgruppen werden durch Beiträge der Mitglieder finanziert, der Landesverband durch die sogenannte Zionistensteuer,[1] – ein Betrag aller Mitglieder aller Ortsgruppen, für den eine bestimmte Staffel besteht, – die Arbeit des *Misrachi durch eigene Beiträge. Wir haben davon abgesehen, die Arbeit des Landesverbands durch Beiträge der Ortsgruppen finanzieren zu lassen, weil dies unsere Leitung in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den meist sehr verschuldeten Ortsgruppen versetzen würde, die die Bewegungsfreiheit und Aktivität der Leitung stark hemmen würde. Die heute im G. A. der *Z. V.f.D. vertretenen progressiven Gruppen führen eine einheitliche zionistische Landespolitik.

Schalom!
*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Benno *Cohn

[1] Nach einem 1920 einstimmig gefassten Beschluss des XVI. Delegiertentages der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland wurde entschieden, die Zionistensteuer beizubehalten, durch die jeder Zionist zur alljährlichen Zahlung für den Palästina-Aufbau verpflichtet werden sollte.

[84] Deutsche Zionisten und der XIX. Zionisten-Kongress
14. August 1935; PA: Inland II A/B, 83-29 (Bd. 1): R99458.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15, Meinekestr. 10

Berlin, den 14. August 1935

An das
Auswärtige Amt,
Berlin

Auf Grund des anliegenden Schreibens des Reichsministers des Inneren hat die unterzeichnete *Zionistische Vereinigung für Deutschland die Wahlen für den 19. Zionisten-Kongress, der am 20. August 1935 in Luzern beginnt, durchgeführt.

Die Zionistische Vereinigung organisiert die Auswanderung der Juden nach Palästina und bereitet die jüdische Jugend auf ein Leben in Palästina vor. Für die 40 000–50 000 deutschsprechenden Juden in Palästina ist die in Berlin erscheinende »*Jüdische Rundschau«, die offizielle Zeitung der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, die wichtigste Informationsquelle.

Durch die Arbeit der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland ist erreicht worden, dass die Versuche eines Boykotts deutscher Waren in Palästina keinen Erfolg gehabt haben. Die Überwindung der Boykott-Tendenzen in Palästina hat sichtbare Wirkung auch in anderen Ländern gehabt und es ist kein Zweifel, dass die mit der Auswanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina verbundene Ausfuhr deutscher Waren die Juden in immer höherem Masse zum Kauf deutscher Fabrikate veranlasst.

Auf dem Zionisten-Kongress, der eine Vertretung der Weltjudenheit darstellt, wird die deutsche Judenfrage eine wichtige Rolle spielen. Es stehen sich zwei Richtungen gegenüber: Die eine glaubt, dass man in erster Reihe alles versuchen müsse, um die Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern zu sichern oder wieder herzustellen, die andere ist der Meinung, dass das jüdische Volk weder die Möglichkeit noch die Aufgabe hat, die Verfassungen und das politische Leben der Staaten und Völker zu beeinflussen, sondern dass das jüdische Volk in Erkenntnis der tatsächlichen Entwicklung die Verpflichtung hat, sein eigenes Leben neu zu gestalten und daher alle Anstrengungen machen müsse, zu einer neuen nationalen Konzentration in Palästina zu gelangen.

Auf Grund der Ergebnisse der Wahlen zum Zionisten-Kongress dürfen wir annehmen, dass die zweite von uns vertretene Richtung sich durchsetzen wird. Es ist aber zweifellos, dass die Minderheit ihrer Stimmung in heftigen Reden Ausdruck geben wird.

Wir bitten daher darum, die Gesamtergebnisse des Kongresses abzuwarten und uns dadurch die Möglichkeit zu geben, unsere Anschauung in der Auseinander-

setzung mit ihrem Gegnern wirksam zu vertreten. Da im gegenwärtigen Moment im Ausland Unklarheit über die Ziele der Reichsregierung in der Judenfrage herrscht, wäre es für unsere Delegation von hohem Wert, wenn das Auswärtige Amt uns bestätigen würde, dass es mit der Teilnahme der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland am Kongress einverstanden ist, und dass alle auf Auswanderung von Juden nach Palästina gerichteten Bestrebungen wie bisher auch in Zukunft die Förderung der Reichsregierung finden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und ergebenst
*Zionistische Vereinigung für Deutschland

[85] Deutsche Zionisten und der XIX. Zionisten-Kongress
28. August 1935; PA: Inland II A/B, 83-29 (Bd. 1): R99458.

Bericht über den bisherigen Verlauf des XIX. Zionisten-Kongresses[1] Luzern, 28. August 1935

Nach Abschluss der Generaldebatte des Zionisten-Kongresses glauben wir einen vorläufigen Zwischenbericht über den bisherigen Verlauf erstatten zu können. Es ist jetzt eine Pause in den Plenarsitzungen eingetreten, die erst wieder zusammentreten werden, wenn die Kommissionen das Material für die Beschlüsse auf den verschiedenen Sachgebieten vorbereitet haben.

Die Referate und die Debatte haben sich in erster Reihe mit den verschiedenen Aspekten der Palästinaarbeit beschäftigt, insbesondere mit Fragen der Einwanderung und des Bodenkaufes, wobei gegen die von der Mandatarmacht verfügten Beschränkungen Stellung genommen wurde,[2] ferner wurden die innerjüdischen Parteiverhältnisse in Palästina und vor allem die Haltung der Arbeiterpartei lebhaft erörtert. Tagelang wurde die ganze Aufmerksamkeit des Kongresses in Anspruch genommen durch Auseinandersetzungen mit der strengorthodoxen religiösen Partei (*Misrachi), die verschiedene Wünsche wegen Einhaltung des Religionsgesetzes als Voraussetzung ihrer Teilnahme an den Kongressarbeiten erfüllt haben wollte.

Die *Lage der Juden in Deutschland* ist, wie zu erwarten war, zur Sprache gekommen. Die zionistische Delegation aus Deutschland war vom ersten Augenblick an bemüht, zu verhindern, dass die Stellungnahme des Kongresses in dieser Frage einen aggressiven Charakter bekommt. In diesen Bemühungen wurden wir auch von einer grossen Anzahl anderer Zionisten unterstützt, die mit uns der Anschauung sind, dass der Zionismus als solcher sich ausschliesslich mit dem Aufbau des Nationalheims in Palästina zu beschäftigen hat, nicht aber politisch zu bestimmten Staaten Stellung nehmen kann. Diese Auffassung kam auch in dem Vortrag des Präsidenten der Zionistischen Organisation, *Sokolow,[3] in der Eröffnungssitzung zum Ausdruck. *Sokolow, der über die Lage der Juden in der Welt sprach, betonte ausdrücklich, dass der Zionismus sich nicht in Fragen der internationalen Politik mische und auch die inneren Verhältnisse irgend eines Landes nicht kritisiere. Demnach handle es sich nur darum, die Lage der Juden

---

[1] Diesen Bericht richtete Kurt *Blumenfeld, der ehemalige Vorsitzende der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, an das Auswärtige Amt.

[2] Gerade nach den arabischen Unruhen in Palästina im August 1929 bildete die englische Regierung zwei Untersuchungsausschüsse. Aus dieser Arbeit ging im Oktober 1930 das »Passfield White Paper« hervor, mit dem Vorschlag, die jüdische Einwanderung in Palästina sowie jüdische Landkäufe in Palästina zu beschränken. Nach starker Kritik der zionistischen Bewegung bzw. einiger englischer Politiker wurden die Passfield-Vorschläge von der englischen Regierung abgelehnt.

[3] Hier ist Nahum *Sokolow, 1931–1935 Präsident der *Zionistischen Weltorganisation, gemeint.

in den einzelnen Ländern zu beschreiben, um darzutun, dass nur das zionistische Programm einen Ausweg bietet.

Leider sind die Bemühungen der Zionisten aus Deutschland teilweise durch Indiskretionen bekannt geworden und von einzelnen Journalisten in entstellter Weise ausgewertet worden, sodass z. B. ein Teil der Emigrantenpresse (»Pariser Tageblatt«) und auch gewisse jiddische Zeitungen in Polen und Amerika (z. B. Warschauer »Moment«) in diesem Zusammenhang scharfe Angriffe gegen die Zionisten aus Deutschland richteten.

Der bisherige Verlauf des Kongresses ist unter dem Gesichtspunkt unserer Befürchtungen weit besser verlaufen als wir gemeint haben. Eine Reihe von Rednern der äussersten Linken und äussersten Rechten haben für die antideutsche Boykottparole einzutreten versucht. Dies geschieht vor allem in der Form, dass die jetzt bestehende Art des Kapital-Transfers aus Deutschland auswandernder Juden durch Export deutscher Waren nach Palästina und anderen Ländern des Orients, angegriffen wird. Es darf aber mit Sicherheit angenommen werden, dass die grosse Mehrheit des Kongresses in dieser Sache anderer Meinung ist, die Transfer-Methode billigt und daher ein offizielles Übergreifen der Boykottparole auf Palästina zu verhindern bereit ist, was natürlich aus prinzipiellen Gründen von grösster Bedeutung ist. Einen Anhalt für die Mehrheitsverhältnisse in dieser Frage lieferte eine Abstimmung über die Interpellation eines Mitgliedes der »Judenstaatspartei«[4] (Abspaltung der »Revisionisten«) wegen der Verwendung deutschen Zements beim Bau der offiziellen Anglo Palestine Bank in Tel Aviv; die Behandlung der Interpellation wurde vom Kongress mit grosser Mehrheit abgelehnt. – Gerade in der Boykottfrage wird von allen möglichen ausserhalb des Kongresses stehenden Stellen versucht, den Kongress zu beeinflussen. So z. B. wurden Flugblätter eines Boykottkomitees verbreitet, es ist aber auf unseren Einspruch gelungen, eine Verbreitung dieser Flugblätter im Kongresssaal selbst zu verhindern. Der amerikanische Delegierte Rabbi Dr. Stephen *Wise, der in Amerika ein Führer des Liberalismus ist, hat in seiner Rede bemerkenswerterweise jede Anspielung auf die Boykottparole vermieden. Dies ist als ein grosser Erfolg der von uns vertretenen Auffassung, dass der Zionismus als solcher keine Boykottaktionen führen könne, anzusehen. Wie delikat im übrigen auch unsere Einflussnahme auf den Verlauf des Kongresses und einzelner Reden vor sich gehen muss, beweist der Anfang der Rede von Dr. *Wise, worin er sich gegen eine Meldung der Associated Press verwahrte, die in Amerika die Nachricht verbreitet habe, dass ihm verboten worden sei, auf dem Kongress zu sprechen und seine Meinung bezüglich der deutschen Judenfrage zu sagen. Die Rede von

---

[4] Die Judenstaatspartei war die in 1935 neugegründete revisionistisch-zionistische *Jewish State Party, die sich entschieden hatte, als Fraktion innerhalb der *Zionistischen Weltorganisation zu bleiben. Manche Revisionisten verließen die *Zionistische Weltorganisation aber gänzlich, um sich als Mitglieder der von Wladimir *Jabotinsky 1935 neu gegründeten und völlig unabhängigen *New Zionist Organisation zusammenzuschließen.

*Wise, die der Eigentümlichkeit des Redners entsprechend etwas theatralisch war, wurde vom Kongress selbst kühl aufgenommen, lediglich auf den Galerien gab es etwas – anscheinend organisierten – Beifall. Übrigens war der sonstige Verlauf der Sitzung, in der *Wise sprach, geeignet, die Wirkung seiner Rede noch weiter abzuschwächen.

Das Mitglied der Exekutive **Schertok*, der für die Exekutive das Schlusswort hielt, betonte, dass der Zionismus sich nur mit dem Aufbau Palästina und nicht mit den Angelegenheiten einzelner jüdischer Minoritäten in den verschiedenen Ländern befassen könne.

Der Kongress-Präsident *Dr. *Weizmann*,[5] der nach Dr. *Wise zu Worte kam, sprach nur über Palästina-Fragen. Er fügte dann eine kurze Bemerkung an, man habe erwartet, dass der Kongress in irgend einer Form den Gefühlen über die Tragödie des Judentums in Deutschland Ausdruck gäbe, und daher habe das Präsidium beschlossen, den Kongress für einen halben Tag zum Ausdruck der Trauer zu schliessen. Wie wir erfahren haben, ist das Präsidium der Ansicht, dass durch diese Geste sich jede weitere Resolution betreffend die Judenfrage in Deutschland erübrigen dürfte. Nachdem nunmehr die allgemeine Debatte beendet ist, hoffen wir mit Aussicht auf Erfolg uns in erster Reihe der Vertretung unserer sachlichen Forderungen widmen zu können.

Wir nehmen an, dass die Angelegenheit des *Transfers* nicht nur in einer besonderen Kommission, sondern auch nochmals im Plenum zur Sprache kommen wird, wobei Gelegenheit sein wird, unseren Standpunkt zu vertreten.

Die Zionisten aus Deutschland sind besonders lebhaft an der Behandlung der Einwanderungs- und Siedlungsfragen interessiert, sie hoffen, einen möglichst starken Anteil für die Juden Deutschlands zu sichern. Trotzdem auch die Delegationen anderer Länder in dieser Hinsicht starke Ansprüche erheben, wird doch das Bedürfnis der Auswanderung aus Deutschland allgemein als vordringlich anerkannt, und wir hoffen, sowohl auf diesem Gebiet als auch auf dem Gebiet des Transfers im Laufe des Kongresses noch Erfolge zu erzielen.

[*Blumenfeld]

[5] 1931–1935 war *Weizmann nicht Präsident der *Zionistischen Weltorganisation.

[86] Deutsche Zionisten und der XIX. Zionisten-Kongress

4. September 1935; PA: Inland II A/B, 83-29 (Bd. 1): R99458.

Zweiter Bericht über den Verlauf den Zionistenkongresses in Luzern 4. September 1935

In Ergänzung des am 28. August übersandten Berichtes machen wir nach Abschluss des Kongresses noch nachstehende Mitteilungen.

Der zweite Teil des Kongresses war vollständig beherrscht von den in den Kommissionen sich abspielenden Kämpfen in Bezug auf die Formen der Kolonisation und insbesondere der Zusammensetzung der künftigen Exekutive der *Jewish Agency. Die speziell mit den deutschen Verhältnissen in Verbindung stehenden Fragen nahmen nur einen ganz kleinen Raum ein. Die Delegation aus Deutschland hat sich bemüht, insbesondere in diesen Punkten Einfluss zu nehmen.

Eine grosse Rolle spielte die Frage des Transfers der jüdischen Einwanderung aus Deutschland nach Palästina. Die Anhänger der Boykottbewegung haben mit allen Mitteln versucht, diesen Transfer, der als eine Durchbrechung des antideutschen Boykotts betrachtet wird, zu Fall zu bringen. Die grosse Mehrheit des Kongresses war aber anderer Meinung und der Kongress nahm schliesslich einen Antrag an, worin der Transfer und die Tätigkeit der *Haavarah der direkten Obhut der Exekutive unterstellt wird. Dies betrachten wir als einen grossen Fortschritt und als eine völlige Klärung auf diesem Gebiete.

Wie wichtig diese Angelegenheit von der Opposition genommen wurde, geht daraus hervor, dass sie sich mit allen Mitteln bemühte, einen scharfen Ablehnungsantrag im Plenum des Kongresses durchzusetzen. Als dieser Antrag der Opposition vom Kongress abgelehnt wurde, kam es sogar zu Lärmszenen, wobei die Oppositionspartei unter allerlei gegen die Mehrheit gerichteten Ausrufenden Saal verliess.

Trotz der in unserem letzten Bericht erwähnten Erwartung des Kongress-Präsidiums, dass mit Rücksicht auf die eingelegte Kongresspause eine spezielle Resolution des Kongresses zur deutschen Judenfrage entfallen würde, hat eine Anzahl der Delegierten darauf gedrungen, einen besonderen Beschluss in dieser Sache zu fassen. Es bestand die Tendenz, diesen Beschluss in eine scharfe antideutsche Proklamation zu verwandeln und auch den Boykott deutscher Waren darin aufzunehmen. Infolge unseres energischen Widerspruchs und dank der Tatsache, dass sehr grosse und wichtige Teile des Kongresses, insbesondere die Palästinenser – wie wir glauben, mit Recht – den Zionismus als die ausschliesslich mit der konstruktiven Lösung der Judenfrage in Palästina befassten Bewegung betrachten und jedes Abweichen auf ein anderes Gebiet vom zionistischen Kongress auszuschalten entschlossen sind, gelang es, diese Tendenz zu brechen. Die Schwierigkeiten ergaben sich daraus, dass verschiedene Delegierte weniger aus zionistischen Gedankengängen als um der Situation der Länder willen, aus denen

sie kamen, einen solchen Beschluss für notwendig hielten. Das stärkste Argument dabei ist der Gedanke, dass auch die Lage der Juden in diesen Ländern durch die deutsche Judenpolitik bedroht wird.

Die Resolution, die schliesslich vom Kongress angenommen wurde, enthält lediglich eine Feststellung und keine verletzenden Beiworte. Gegenüber dem ursprünglich eingebrachten Text ist sie sehr wesentlich geändert worden. Trotzdem hat die Delegation aus Deutschland auch diese Resolution als für sie untragbar empfunden. Sie hat daher gegen sie gestimmt. Der Vorsitzende der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland hat diese Ablehnung in einer dem Plenum des Kongresses abgegebenen Erklärung motiviert.

Im Übrigen wäre noch zu berichten, dass nach den vom Kongress angenommenen Plänen eine weitere Förderung der Auswanderung der Juden aus Deutschland nach Palästina in Aussicht genommen wurde.

[*Blumenfeld]

[87] Deutsche Zionisten und der XIX. Zionisten-Kongress
27. September 1935; GStA-PK: I. HA Rep. 90 Staatsministerium, Annex P Geheime Staatspolizei, Nr. 58/3.

Geheimes Staatspolizeiamt
Br.-Nr. II 1 B 2 – J. 1208/35.

Berlin SW 11, den 27. Septemb. 1935.
Prinz-Albrecht-Straße 8

An
den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten,[1]
Berlin.

Betrifft: Den XIX. Zionistenkongreß in Luzern.

Der XIX. Zionistenkongreß in Luzern fand in der Zeit vom 13.8 bis 4.9.1935 statt. Dem Kongreß waren eifrig betriebene Schekelsammlungen und Wahlen in allen Ländern vorausgegangen. Bemerkenswert hierbei war das erhöhte Interesse der in den Gastländern lebenden Juden für den Zionismus.

Bis zum Beginn des XIX. Zionistenkongresses konnten insgesamt 1 216 030 Schekel verkauft werden. Die Zahl der verkauften Schekel ist mithin gegenüber dem XVIII. Zionistenkongreß vom August 1933 um rund 370 000 gestiegen. Damit haben die *allgemeinen Zionisten eine nicht unerhebliche Zunahme der Anhängerschaft zu verzeichnen, ein Erfolg, der um so höher zu werten ist, weil die von ihnen abgesplitterten Staatszionisten (Revisionisten-Zionisten) rege Propaganda gegen den Schekelverkauf getrieben hatten.

Dem Kongreß waren wochenlang vorher umfangreiche Vorbereitungen des Organisationsstabes in Luzern vorausgegangen. Besonderer Wert war offenbar auf seine propagandistische Wirkung gelegt worden. Die Kongreß-Büros waren im Schweizer Bundes-Bahnhofsgebäude untergebracht, während den Institutionen Büros im Hotel »Luzerner Hof« zur Verfügung standen. Für die Teilnehmer war ein besonderes Abzeichen geschaffen worden. Die Tagungen selbst fanden im Kunsthause statt, in dessen Räumen auch Ausstellungen über den Zionismus untergebracht waren. Eine besondere Ausstellung zeigte z. B. »Das Werk der nationalen Fonds in Erez Israel«. Für die Dauer der Tagung wurde eine Tageszeitung als offizielles Organ des XIX. Zionistenkongresses in Luzern in deutscher und neu-hebräischer (palästinensischer) Sprache herausgegeben.

Den Ordnungsdienst vor dem Kunsthaus versah eine verstärkte Abteilung der Stadtpolizei. Außerdem war eine ständige Wache der Politischen Polizei in Zivilkleidung im Kongreßgebäude stationiert. Den Kongreß-Teilnehmern wurden die

---

[1] Hermann Göring war als damaliger Ministerpräsident von Preußen der Empfänger dieses Berichts.

zur Teilnahme berechtigenden Ausweiskarten erst nach sorgfältiger Prüfung der Personalien verabfolgt.

Aus Deutschland war eine Abordnung in Stärke von 34 Delegierten, etwa ebensoviel Ersatzdelegierten und Mitgliedern der zionistischen Jugendverbände vertreten. Außer ihnen konnten auch andere nach der Machtübernahme aus Deutschland abgewanderte Juden beim Kongreß festgestellt werden. So fungierte als Chef des Presse- und Empfangsbüros der frühere Redakteur der »*Jüdischen Rundschau« in Berlin, Dr. *Moses Waldmann,[2] jetzt Jerusalem, und als Vorsitzender des Kongreß-Gerichts der frühere Berliner Rechtsanwalt Dr. Sammy *Gronemann, jetzt Paris.

In den Vorkonferenzen beschäftigte man sich vorwiegend mit der Frage, ob den Delegierten aus Deutschland die Teilnahme am Kongreß gestattet und ob bezw. inwieweit über das Problem der deutschen Juden diskutiert werden dürfe. Die Mehrzahl der Partei- und Delegationsführer stimmte hierbei zunächst gegen die Zulassung dieser Vertreter mit der Begründung, daß sich unter ihnen Agenten der Regierung befänden, und daß diese Delegation nur gekommen sei, um jede Demonstration gegen Deutschland zu unterbinden. Als ihr Wortführer vertrat der Rabbiner Stephen *Wise (Amerika) den Standpunkt, daß es zu den Aufgaben der nationalen jüdischen Bewegung gehöre, die Ehre der 16 Millionen Juden der Welt gegen die Beschimpfungen durch die deutsche Regierung ohne Rücksicht auf die 500.000 in Deutschland lebenden Juden zu schützen. Erst durch das Eintreten des Dr. Chaim *Weizmann und des Dr. Nachum *Goldmann wurde auf Zulassung der deutschen Delegation entschieden. Diese Entscheidung erregte nicht unerhebliche Mißstimmung in den Kreisen der ausländischen Delegierten und gab zu dem Gerücht Anlaß, daß *Weizmann und *Goldmann ein Geheimabkommen mit der deutschen Regierung geschlossen hätten, wonach auf dem Kongreß alle scharfen Angriffe gegen Deutschland unterdrückt werden sollten und wofür die deutsche Regierung den Zionisten eine Bevorzugung und Unterstützung im Kampfe um die Synagogengemeinden in Deutschland zugesichert hätte.

Dem eigentlichen Kongreß gingen ferner vorbereitende Sitzungen des Aktionskomitees und die Konferenzen der Hilfsfonds *Keren Kajemeth Lejisrael und *Keren Hajessoth sowie der Palästinaämter voraus.

In den Erörterungen über die Hilfsfonds wurde dem *Keren Hajessoth (Sammlung für Siedlungszwecke) wegen seiner gegenwärtigen besonderen Bedeutung erhöhtes Interesse zugewandt. Zwischen beiden Hilfsfonds war es in letzter Zeit zu Gegensätzlichkeiten gekommen, die durch Festlegung der Betätigungsgrenzen ausgeglichen wurden.

---

[2] Moses Waldmann war Journalist, und 1924–1933 Redaktionsmitglied der *Jüdischen Rundschau*, das Presseorgan der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Er wanderte 1933 nach Frankreich aus.

Die Konferenz der Palästinaämter (*Jewish Agency) beschäftigte sich mit der Verteilung der Einwanderer-Zertifikate auf Handwerker und Landwirte. Von der Executive wurde bekannt gegeben, daß den Palästinaämtern in Zukunft die Durchführung von Touristenreisen nach Palästina untersagt werde, um jeden Anschein der Teilnahme an einer illegalen Einwanderung zu vermeiden.

Der eigentliche XIX. Zionistenkongreß begann am 20.8.1935 und wurde durch den Leiter des Kongreßbüros, Dr. Franz Kahn, eröffnet. An der Eröffnungssitzung nahmen über 480 Delegierte und etwa 1000 Gäste teil. Begrüßungsworte sprachen:

1.) Der National- und Reg.-Rat Dr. Walther, Luzern, von der schweizerischen Landesregierung. Er überbrachte den Willkommensgruß des schweizerischen Bundesrats.
2.) Der Chargé d'affaires der Britischen Gesandtschaft in Bern, Mr. Shone, der eine persönliche Botschaft des englischen Staatssekretärs für die Kolonien verlas.
3.) Der High Commissioner des Völkerbundes, James G. MacDonald. Namens des Rates der Hohen Kommission für die Flüchtlinge aus Deutschland brachte er seine Genugtuung zum Ausdruck über die Leistungen der Zionistischen Organisationen und der Körperschaften der *Jewish Agency für die aus Deutschland nach Palästina ausgewanderten Juden.
4.) Der Vertreter der französischen Botschaft in Bern, Padovari.

Verlesen wurde ferner ein Begrüßungsschreiben von Lloyd George, in dem dieser »die furchtbaren Verfolgungen der Juden in Deutschland« erwähnte.

In einer großangelegten politischen Eröffnungsrede sprach dann der bisherige Präsident der *Zionistischen Weltorganisation, *Sokolow, über die Lage des jüdischen Volkes und des Zionismus. Einen großen Raum nahmen die Schilderungen der Verhältnisse in Deutschland ein. *Sokolow erging sich hierbei in Beschimpfungen Deutschlands und des Antisemitismus. Bemerkenswert waren seine Ausführungen über die Lage der Juden in Polen, die er als verzweifelt und katastrophal bezeichnete.

Mit großer Bestürzung wurde eine Erklärung des Franktionsführers des Weltmisrachi – Rabbiner Brodt – aufgenommen, der die anarchistischen Zustände geißelte, die angeblich in Palästina auf religiösem Gebiet herrschten. Brodt erklärte, daß die religiösen Heiligtümer ständig entweiht würden, und daß die Zuchtlosigkeit auf sexuellem Gebiet erschreckende Formen angenommen habe. Da die Zionistische Arbeiterpartei[3] die bisherigen wiederholten Vorstellungen unbeachtet gelassen habe, wolle der *Misrachi sich an den Verhandlungen nicht beteiligen.

[3] Hier ist wahrscheinlich die sozialdemokratische Jüdische Arbeiterpartei Palästinas, Mapai, gemeint, welche damals die führende politische Partei der jüdischen Bevölkerung Palästinas war.

Die auf allen Gebieten des jüdischen Lebens zwischen den einzelnen zionistischen Gruppen bestehenden Meinungsverschiedenheiten und starken Spannungen lösten auf dem Kongreß oft endlose Debatten aus. Der Kongreß zog sich deshalb um eine Woche über die festgesetzte Zeit hinaus.

Für Deutschland waren die Verhandlungen über den Transfer, den Boykott und die antideutsche Demonstration von Interesse.

Bemerkenswert war die verschiedenartige Einstellung der einzelnen zionistischen Organisationen zu diesen Fragen. Während ein großer Teil von ihnen sich wegen der wirtschaftlichen Vorteile für die Beibehaltung des Transfers in der bisherigen Form aussprach und sich andererseits doch für die Fortführung des Boykotts in verstärkter Form einsetzte, wurde von den Rednern anderer Organisationen die Abschaffung des überaus verwerflichen und schädigenden deutsch-jüdischen Transfers gefordert und bezüglich des Boykotts erklärt, daß er als Angelegenheit der besonderen Boykottorganisationen hier nicht zur Debatte stände.

Ein Abgeordneter der Arbeiterpartei erklärte, daß das Transferabkommen nicht eine Durchbrechung des Boykotts sei. Durch das Abkommen werde nicht nur jüdisches Geld gerettet, es würde auch verhindert, daß das Geld deutscher Juden den Zwecken des nationalsozialistischen Staates und der deutschen Rüstungsindustrie dienstbar gemacht würde. Mit dem Transferabkommen würde Deutschland geschädigt. Selbst wenn deutsches Eisen und deutscher Beton in Palästina verwendet würde, baue man doch damit das Land auf und widerlege so die nat. soz. Lüge von der Minderwertigkeit der jüdischen Rasse.

Ein Antrag des Fraktionsführers der Judenstaatspartei, *Grossmann, wonach es allen unter der Kontrolle der Zionistischen Organisation stehenden Institutionen und leitenden Instanzen untersagt sein sollte, direkt oder indirekt irgendwelche Handelsbeziehungen mit dem heutigen Deutschland zu unterhalten oder wirtschaftliche Abkommen abzuschließen und die zionistischen Finanzinstitute ihre Beziehungen zu dem Transfer-Übereinkommen zu lösen hätten, wurde abgelehnt.

Der Kongreß beschloß, gegen das Transferabkommen im allgemeinen nichts zu unternehmen. Zur Verhinderung der Einfuhr solchen jüdischen Kapitals, dessen Besitzer noch in Deutschland verblieben, solle jedoch von der Zionistischen Organisation eine Kontrolle über das palästinensische Bankinstitut N. J. R. (*Haavara) übernommen werden. Dieser Beschluß ist offenbar auf das Bestreben zurückzuführen, eine Einigung um jeden Preis zu erzielen und den Wünschen der im allgemeinen Zionismus führenden jüdischen Arbeiterpartei (*Histradruth) nach Möglichkeit zu entsprechen. Der Beschluß hatte folgende Fassung:

»Um die weitere Einwanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina zu verstärken, wird die Executive beauftragt, die gesamte Arbeit der *Haavara unter ihre Kontrolle zu nehmen.«

Neben diesem in öffentlicher Verhandlung gefaßten Beschluß war noch eine interne Resolution über den Transfer gefaßt worden. Auf Wunsch der deutschen

Delegation und eines Teiles der Zionistischen Arbeiterpartei mußte auch die interne Resolution der Delegiertenversammlung bekanntgegeben werden. Sie hatte folgenden Wortlaut:

1.) Das Transfer hat sich nur auf die Überführung von Kapitalien solcher Juden aus Deutschland zu beziehen, die nach Palästina auswandern wollen. Die Überführung von Kapitalien ohne die direkte Verbindung mit Personen, die sofort auswandern wollen, ist nur zulässig, wenn es sich um Kapitalien handelt, die nationalen oder öffentlichen Fonds zugeführt werden, die keinem privaten Interesse dienen.
2.) Die *Haavarah bleibt auf Palästina beschränkt. Eine Erörterung über eine Änderung dieser Regel ist nur in Ausnahmefällen von Nothilfe und nur unter bestimmten Kautelen zulässig.
3.) Die *Haavarah wird nichts zu tun haben mit den Transferabkommen, die gewisse Exporteure in Palästina abschließen wollen. Alle derartigen Abkommen, für die es bei und schon gewisse populäre Ausdrücke gibt, werden mit den die *Haavarah kontrollierenden Instanzen nichts zu tun haben.

Zu einer Interpellation der Judenstaatspartei über die Verwendung deutschen Zements beim Bau der Anglo Palestine Company in Tel-Aviv wurde die sofortige Verhandlung mit Stimmenmehrheit abgelehnt, worauf die Delegierten der Judenstaatspartei im Chor mit den Rufen »Hitler-Agenten!« »Kauft deutsche Waren!« »Ihr macht mit Hitler Geschäfte!« u. a. antworteten.

Offenbar aus der nicht unbegründeten Besorgnis, eine Beschlußfassung über die Boykottfrage könnte bei der in den verschiedenen Reden zutage getretenen Gegensätzlichkeit zu einem erneuten Ausbruch führen, hat es die Kongreß-Leitung geflissentlich vermieden, Beschlüsse zur Boykottfrage zur Debatte zu stellen. Dieser Punkt wurde in den weiteren Verhandlungen mit Stillschweigen übergangen.

Schwierigkeiten bereitete die beabsichtigt gewesene Demonstration der Zionistischen Organisation gegen Deutschland, nachdem die deutsche Delegation zu den Verhandlungen zugelassen worden war. Schließlich wurde bestimmt, daß am 28.8.1935 als Zeichen des Protestes und der Trauer über die Ereignisse in Deutschland der Kongreß für einen halben Tag geschlossen bleiben solle. Daraufhin wurden am 27.8.35 die jüdischen Fahnen ersetzt, die bis zur Wiedereröffnung der Verhandlungen am 28.8.1935 abends als Protest gegen Deutschland hängen blieben.

Trotz seiner äußeren glänzenden Aufmachung bot der Kongreß ein deutliches Bild der Zerrissenheit innerhalb des Zionismus. In welchem Maße dieser bereits dem Bolschewismus zuneigt, ließ der Hinweis eines Abgeordneten des Weltverbandes allgemeiner Zionisten erkennen, der in seiner Rede Anklage dagegen erhob, daß die Zionistische Arbeiterpartei die jüdische Jugend im Geiste Moskaus erziehe.

Zu der Eröffnungssitzung trug der vom *Hechaluz gestellte Ordnerdienst Teile der früheren SPD.-Uniform (blaue Bluse mit dem Abzeichen der drei Pfeile), während einzelne Angehörige der Untergruppe Haschomer Hazair des Hechaluz Abzeichen mit »Hammer und Sichel« angesteckt hatten. Obwohl mit Bezug auf einen Beschluß des Kongresses von 1933 gegen das Auftreten in Parteiuniformen und mit politischen Abzeichen protestiert wurde, gelang es nicht, die Wiederholung zu verhindern. Auch Mitglieder der deutschen Verbände sind als Träger der sozialdemokratischen Bluse und des Abzeichens festgestellt worden. Sie nahmen ebenfalls an einem von der sozialdemokratischen Partei in Luzern veranstalteten offiziellen Empfangsabend teil, auf dem zum »Kampf gegen den Faschismus« gehetzt wurde. Weiter wurde an dem Verhalten der Delegierten aus Deutschland erkennbar, daß die angeblich bei der Machtübernahme durch Selbstauflösung eingegangene Gruppe »*Poale Zion«, die Mitglied der II. Internationale ist, noch illegal innerhalb der Zionistischen Organisation weiter zu arbeiten scheint. Inwieweit ein politisch-polizeiliches Vorgehen gegen einzelne Teilnehmer aus Deutschland oder deutsche Reichsangehörige aus dem Ausland aus Anlaß des Kongresses notwendig ist, wird z.Zt. an Hand des umfangreichen Materials geprüft.

In Vertretung
gez. Dr. Best.

[88] Programm eines zionistischen Schulungsseminars

21.–27. Oktober 1935; RSMA: 713-1-19.

Programm
des Lehnitzer Schulungsseminars der Zionistischen
Vereinigung für Deutschland[1]
Für die Zeit von 21.–27. Oktober 1935.

Montag, 21. Oktober

Vorm. Bis 12 Uhr Eintreffen der Teilnehmer und ihre Unterbringung.

Nachm.
3.30 Uhr *Referat Dr. Franz *Meyer:*
»Wesen und Begriff der jüdischen Politik.«

Dienstag, 22. Oktober

Tag der zionistischen Bildung

Vorm. *Referat Dr. *Grünewald – Mannheim:*
»Probleme und Methoden zionistischer Bildungsarbeit.«

Nachm. *Arbeitsgemeinschaften*, und zwar
1. Zionistische Propaganda heute
   Leitung: *Benno *Cohn – *Pomeranz*
2. Erziehungsfragen des *Hechaluz und Jugendarbeit
   Leitung: **Josephthal.*

Mittwoch, 23. Oktober

Tag des Zionismus

Vorm. *Referat Dr. Schlossberg:*
»Der Strukturwandel der zionistischen Bewegung
im Stadium der Verwirklichung.«

Nachm. *Arbeitsgemeinschaften*, und zwar:
1. Wie sieht der Zionismus in den einzelnen Ländern aus?
   Leitung: *Dr. *Weltsch*

[1] Das Schulungsseminar fand in Lehnitz, einem Ortsteil der Stadt Oranienburg, nördlich von Berlin, statt.

2. Das Problem der Organisationsreform, dargestellt am Verlauf des XIX. Zionistenkongresses.
   Leitung: *Benno *Cohn.*

Donnerstag, 24. Oktober

Tag des Palästina-Aufbaus

Vorm. *Referat Ben Aharon:*
Die Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen der nationalen Kolonisation in Palästina.

Nachm. *Arbeitsgemeinschaften*, und zwar:
1. Bodenfragen.
   Leitung: *Dr. *Weiss*
2. Produktionsumfang und Handelsbilanz Palästinas.
   Leitung: *Ben Aharon*

Freitag, 25. Oktober

Tag des vorderen Orients

Vorm. *Referat Dr. *Weltsch:*
»Palästina im politischen Kräftefeld des Vorderen Orients.«

Nachm. *Arbeitsgemeinschaften*, und zwar:
1. Englische Mandatspolitik, aufgezeigt an der britischen Irakpolitik.
   Leitung: *Dr. Rosen.*
2. Die Parteien und Strömungen in der arabischen Bewegung.

Sonnabend, 26. Oktober

Tag der Golah-Judenheit

Vorm. *Referat Dr. Michael *Traub:*
Die innere Gesetzlichkeit der Judenfrage, dargestellt an dem Judenschicksal in den verschiedenen Ländern

Nachm. *Arbeitsgemeinschaften*, und zwar:
1. Das Ende der jüdischen Masseneinwanderung nach den Vereinigten Staaten. (Ursachen und seine zionistische Bedeutung.

Erläutert anhand des Johnson-Aktes von 1924).
Leitung: *Dr. Arthur *Prinz*

2. Die Staatswirtschaft in Polen und ihre Rückwirkungen auf die jüdische Wirtschaft.
Leitung: *Erwin Pollak*

Sonntag, 27. Oktober

Tag des deutschen Judentums

Vorm. *Referat *Adler-Rudel:*
Die Situation des deutschen Judentums – ihre Konsequenzen für die zionistische Bewegung.

Nachm. *Arbeitsgemeinschaften*, und zwar:

1. Die zionistischen Aufgaben der Gemeindepolitik. Erläutert an dem Etat einer Grossgemeinde.
Leitung: **Lubinski* und **Rau.*
2. Lehrplan der jüdischen Schulen in Deutschland.
Leitung: *Hans Gärtner.*

An jedem Tag wird eine Arbeitsgemeinschaft von ca. 1½ Stunden aus dem Gebiet der hebräischen Kultur abgehalten werden. Hierbei sind vorgesehen zwei Arbeitsgemeinschaften über »Tenach«, eine über Einführung in die »Halacha«, zwei aus dem Gebiete der neueren hebräischen Literatur.

Als Leiter hierfür stehen u. a. fest: *Jsi *Eisner*
*Joachim *Prinz*
Borodianski
Kaleko

Die Abende werden – wie im Vorjahre – durch künstlerische Veranstaltungen: *Oneg Schabbath, Lichtbilddarstellungen, gestaltet werden.

[89] Wachsende Schwierigkeiten in der zionistischen Arbeit
6. Dezember 1935; CZA: A222\98.

*Jüdische Rundschau / Redaktion
Zentralorgan der Zionistischen Bewegung in Deutschland
Erscheint zweimal wöchentlich

Berlin W 15, den 6.12.1935
Meinekestrasse 10/Tel: Bismarck 7165-70

Herrn
Kurt *Blumenfeld
Jerusalem

Lieber Kurt,
besten Dank für Ihren Brief. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem neuen Amt und hoffe, dass Sie dabei Gelegenheit haben werden, ausgiebig zionistisch zu wirken. In vielen Ländern scheint das sehr notwendig zu sein. In Wahrheit hat es niemals eine Zionistische Organisation gegeben. Sie dürfen sich also auch nicht wundern, dass es auch in Palästina keinen eigentlichen Zionismus gibt. Dass die Exekutive und ihre Verwaltung viel zu wünschen übrig lassen, bedarf kein Beweis. Auch die amerikanischen Verhältnisse scheinen geradezu katastrophal zu sein. Dieser Montor, den Sie erwähnen, wurde mir als Korrespondent für Amerika empfohlen, und ich bin mit ihm schon in Verbindung getreten. Er scheint auf Sie aber keinen überwältigenden Eindruck gemacht zu haben. Dass Leo über seinem Film den Verstand verloren hat, ist mir auch schon aufgefallen.

Einen Sekretär für Sie werde ich hier wohl kaum finden können. Auch Herr *Schocken hat mich in Luzern schon gefragt, ob ich nicht jemanden wüsste. Aber wo soll man hier eine solche Persönlichkeit hernehmen. Die wirklich brauchbaren Kräfte für zionistische Arbeit sind ja überaus dünn gesät, und man hilft sich meist mit Ersatz.

Von hier aus etwas Näheres zu berichten, ist überaus schwer, da ja alle Tage ausgefüllt sind mit unzähligen Kleinigkeiten, die man entweder alle oder gar keine berichten kann. Die völlige Entblössung von leitenden zionistischen Personen wirkt sich sehr übel aus. Die Frage, ob die neue Generation und die Neuzionisten überhaupt in die Arbeit hereinwachsen können, ist völlig ungeklärt. Ich bezweifle das. Jedenfalls wird die Tradition gebrochen sein, und auch die Kenntnisse können sich die Leute niemals erwerben. Wir müssen also damit rechnen, dass die ganze Bewegung sehr bald ein völlig neues Gesicht bekommt. Wir werden dann zu denen gehören, die notwendig ausrangiert werden, oder über die man mitleidig lächelt, wie wir über *Motzkin und Leib *Jaffe, die auch einmal ihre grosse Zeit hatten.

Der Rundschau geht es über alles Erwarten gut, trotz der verschlechterten materiellen Verhältnisse vieler Leute. Sie hat alle anderen Zeitungen überflügelt, was ein beispielloser Erfolg ist. Hoffentlich entstehen nicht neue Abhängigkeiten. Wie wir heute erfahren haben, ist Herr *Kareski zum Kommissar für jüdisch-kulturelle Arbeit eingesetzt worden. Was das praktisch bedeutet, ist noch garnicht zu übersehen. Jedenfalls zeigt es sich, dass er wieder einmal viel geschickter operiert hat als die *Z. V.f.D. Wohl oder übel wird man mit ihm kooperieren müssen.

Ich höre, dass Sie bald herkommen und hoffe, dass wir uns dann ausführlich aussprechen können.

Mit herzlichen Grüssen an Sie, Jenny und alles, was dazu gehört

Ihr
R. *Weltsch

[90] Die *Allgemeinen Zionisten in Deutschland
31. Dezember 1935; RSMA: 713-1-8.

31. Dezember 1935
Berlin W 15
Meinekestrasse 10

**GAZ*
Informationsrundschreiben Nr. 1.
der *Gruppe Allgemeiner Zionisten in Deutschland

Die Aufgabe der **GAZ*

Die *Gruppe Allgemeiner Zionisten in Deutschland wendet sich mit diesem Informationsblatt seit längerer Zeit zum ersten Male wieder an einen Kreis ihrer Vertrauensleute und Freunde.

Gerade uns *allgemeinen Zionisten hat die Arbeit für die *Zionistische Vereinigung für Deutschland und die Fonds seit jeher besonders am Herzen gelegen. Wir haben ständig diese Arbeit getan, und auch fernerhin kann kein Zweifel daran sein, dass alle Gruppen des Zionismus die Kraft ihrer besonderen Überzeugung in der gemeinsamen Arbeit zu bewähren haben; die Leistung für die das ganze Volk umfassende Zionistische Organisation ist der oberste Massstab für die innere Berechtigung der Existenz besonderer Gruppen. Die Neubelebung der *G. A. Z. soll also nicht eine Schwächung der *ZVfD herbeiführen oder ihr Kräfte entziehen, vielmehr glauben wir gerade im Gegenteil, der zionistischen Arbeit in Deutschland schlechtweg zu dienen, wenn wir das besondere Gedankengut des Allgemeinen Zionismus in ihr wieder stärker zur Geltung bringen.

Wir sind der Meinung, dass verschiedene Aufgaben der *ZVfD gerade deshalb bisher nicht erkannt oder nur unzureichend in den Kreis ihrer Bemühungen einbezogen worden sind, weil es an einem starken Allgemeinen Zionismus gefehlt hat. Dieser Mangel war, wie wir alle wissen, vornehmlich dadurch entstanden, dass eben die Anhänger unseres Kreises in den Ortsgruppen der *ZVfD allenthalben als Einzelne tätig waren, ihnen aber der Kreis fehlte, in dem sie alle jeweils dringlichen Fragen der zionistischen Arbeit hätten besprechen und gewisse verbindliche Richtlinien finden können, nach denen ein *gemeinsames Vorgehen*, auf die Kraft einer geschlossenen Gruppe gestützt, aussichtsreich gewesen wäre. Bei der Vorbereitung des XXV. Delegiertentages[1] der *ZVfD, die ja vor allem in Besinnung und Prüfung des Erreichten und noch Nicht-Vollendeten besteht, wird dieses Versäumnis mit besonderer Deutlichkeit erkennbar.

---

[1] Der XXV. Delegiertentag der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland war der letzte; er fand im Februar 1936 in Berlin statt.

Die vor kurzem erfolgte Reorganisierung der *G. A. Z., von der den Vertrauensleuten bereits Kenntnis gegeben wurde, soll vor allem dem Ziele dienen, hier einzugreifen und, zuerst in Berlin, dann auch in den grösseren Gemeinden des Reiches Kreise zu schaffen, in denen alle *Allgemeinen Zionisten, die in jüdischen und zionistischen Körperschaften verantwortlich mitarbeiten, sich regelmässig zur Erzielung einer *einheitlichen Meinungs- und Willensbildung* treffen sollen. Eine solche Aussprache kann für die zionistische Arbeit insgesamt von grossem Wert sein.

Unabhängig vom Delegiertentag muss diese Arbeit der Konsolidierung der *G. A. Z. in Deutschland weiter fortgeführt werden. Die Verbindung mit unseren engeren Freunden in Erez Israel muss gestärkt, alle Möglichkeiten städtischer und ländlicher Einordnung unserer Jugendbünde wie auch mittelständischer Gruppen müssen geprüft und gefördert werden, Ansätze hierzu bedürfen der Stützung und Weiterentwicklung. Nur dadurch kann der Allgemeine Zionismus endlich aus einer nur ideologisch bestimmten Gruppe zu einem Instrument *kolonisatorischer Verwirklichung des Zionismus* werden; nur dann wird er in dem Prozess der Volkwerdung und Staatsbildung in Erez Israel die Bedeutung gewinnen, die seiner Leistung bei der vorbereitenden Arbeit in der Golah[2] entspricht. Nur dann aber auch wird sich unser Wunsch erfüllen, dass in Palästina oberhalb mächtiger Verbände jene wahrhaft *staatliche Einheit* des Jischuw entsteht, in der alle seine Kreise sich angemessen vertreten fühlen, und die mit ihm das ganze jüdische Volk als höchstes nationales Besitztum empfindet.

Walter *Gross

...

[2] Golah: Hebr. »Exil«.

[91] DER XXV. DELEGIERTENTAG DER *ZVFD
2.–4. Februar 1936; BA/D-H: Z/B1-96.

Statut
und
Bestimmungen über Gemeindearbeit
angenommen auf dem XXV. Delegiertentag der *ZVfD
(Berlin, den 2.–4. Februar 1936)

Statut
der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland

§ 1

Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland (*ZVfD) ist der Landesverband der Zionistischen Organisation.

§ 2

Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland ist die Vereinigung der im Gebiete des Deutschen Reiches wohnhaften Zionisten.

Die Zugehörigkeit zur *ZVfD setzt das Bekenntnis zum Baseler Programm voraus. Sie wird vermittelt durch die Mitgliedschaft bei der am Orte befindlichen oder nächstgelegenen Ortsgruppe oder Arbeitsgemeinschaft.

In die Organe der *ZVfD oder in zionistischen Ämter innerhalb der *ZVfD sollen nur solche Mitglieder der *ZVfD berufen werden, die ihre Maaserpflicht[1] gegenüber dem *Keren Hajessod erfüllt haben.

§ 3

Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland gliedert sich in Gruppenverbände sowie in Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften.

Lokale Gruppen von Sonderverbänden der Zionistischen Gesamtorganisation, die der *ZVfD angeschlossen sind, haben die Rechte und Pflichten von Ortsgruppen.

§ 4

Organe der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland sind:

1. der Delegiertentag,
2. der Geschäftsführende Ausschuß (GA),
3. der Landesvorstand (LV),
4. der Finanz-Ausschuß,

[1] Maaserpflicht: Hebr. »Zehnt«; einstige jüdische Steuer (sog. Zionistensteuer) bzw. Abgabe für den *Keren Hajessod.

5. der Gemeinde-Ausschuß,
6. das Hauptehren- und das Hauptschiedsgericht,
7. der Hauptehrengerichtsanwalt.

§ 5

Die *ZVfD wird nach außen durch den Vorsitzenden vertreten.

§ 6

Der Delegiertentag der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland tritt an einem vom Geschäftsführenden Ausschuß zu bestimmenden Ort, in der Regel einmal in zwei Jahren, zusammen. Die Einberufung erfolgt durch den Geschäftsführenden Ausschuß. Dieser bestimmt die Art der Einberufung.

Wenn möglich, soll der Geschäftsführende Ausschuß die Einberufung mindestens zwei Monate vor dem beabsichtigten Zusammentritt des Delegiertentages in der »*Jüdischen Rundschau« bekannt machen.

§ 7

Die Aufgaben des Delegiertentages sind:

a) Entgegennahme und Prüfung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichtes des Geschäftsführenden Ausschusses.
b) Beratung und Erledigung vorliegender Anträge.
c) Festlegung der Richtlinien für die Arbeit der *ZVfD.
d) Wahl
   1. des Vorsitzenden der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland,
   2. des Geschäftsführenden Ausschusses,
   3. des Landesvorstandes,
   4. des Finanz-Ausschusses,
   5. des Gemeinde-Ausschusses,
   6. des Hauptehren- und des Hauptschiedsgerichts,
   7. des Hauptehrengerichtsanwalts.

Jede Wahl gilt solange, bis eine Neuwahl durch einen späteren Delegiertentag erfolgt. Fällt in der Zwischenzeit ein Gewählter fort, so kann der Landesvorstand einen Ersatzmann für die Zeit bis zur Neuwahl durch den nächsten Delegiertentag berufen. In dringenden Fällen steht diese Recht auch dem Geschäftsführenden Ausschuß zu, er muß aber die Berufung auf der nächsten Sitzung des Landesvorstandes genehmigen lassen.

§ 8

Jedes Mitglied der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, das für das laufende Jahr den Schekel und die Zionistensteuer (Landesbeitrag) entrichtet hat, hat mit Vollendung des achtzehnten Lebensjahres das aktive, mit Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres das passive Wahlrecht zum Delegiertentag.

Das aktive und das passive Wahlrecht hängen von einer mindestens dreimonatigen Zugehörigkeit zur *ZVfD ab. Der maßgebliche Zeitpunkt ist der Termin, an dem der Geschäftsführende Ausschuß die Einberufung des Delegiertentages verkündet.

Niemand darf sein Wahlrecht doppelt (in der Ortsgruppe und in einer Sonderorganisation) ausüben.

§ 9

Die Wahlen zum Delegiertentag finden nach einer vom Landesvorstand zu erlassenden Wahlordnung statt.

§ 10

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses, des Landesvorstandes, die Vorsitzenden des Finanz-Ausschusses, des Gemeinde-Ausschusses, des Hauptehren- und des Hauptschiedsgerichts, sowie der Hauptehrengerichtsanwalt haben als solche auf dem Delegiertentag Sitz-, aber kein Stimmrecht. Sie sind jedoch in das Präsidium und in die Kommissionen des Delegiertentages wählbar.

§ 11

Jeder Delegierte verfügt auf dem Delegiertentag nur über eine Stimme. Die Delegierten-Mandate sind nicht übertragbar. Die Delegierten sind an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

§ 12

Der Geschäftsführende Ausschuß besteht aus dem Vorsitzenden der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland und den gewählten Mitgliedern, die ihren Wohnsitz in Berlin haben sollen.

§ 13

Der Geschäftsführende Ausschuß ist zur Leitung der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland sowie zur Ausführung der Beschlüsse des Delegiertentages und des Landesvorstandes berufen.

§ 14

Der Landesvorstand besteht aus:

1. dem Vorsitzenden der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland,
2. den gewählten Mitgliedern.

Im Landesvorstand haben Sitz, jedoch keine Stimme:

a) die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses,
b) die Vorsitzenden des Finanz-Ausschusses und des Gemeinde-Ausschusses,
c) die Vorsitzenden des Hauptehren- und des Hauptschiedsgerichts, sowie der Hauptehrengerichtsanwalt,

d) die Geschäftsführer der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland und der ihr angeschlossenen Sonderverbände, sowie die Gruppenverbandssekretäre der *ZVfD.

Der Landesvorstand tritt auf Einberufung des Geschäftsführenden Ausschusses mindestens dreimal im Jahr zusammen. Auf schriftlichen Antrag von wenigstens einem Drittel der stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstandes ist dieser unverzüglich einzuberufen.

§ 15

Dem Landesvorstand obliegt die Beratung und Beschlußfassung über die wichtigsten Angelegenheiten der *ZVfD in der Zeit zwischen zwei Delegiertentagen. In dringlichen Fällen ist der Geschäftsführende Ausschuß zur Beschlußfassung auch hierfür zuständig. Diese Beschlüsse müssen jedoch der nächsten Sitzung des Landesvorstandes zur Bestätigung vorgelegt werden. Der Landesvorstand hat das Recht, auch die sonstigen Beschlüsse des Geschäftsführenden Ausschusses nachzuprüfen.

§ 16

Der Finanz-Ausschuß steht dem Geschäftsführenden Ausschuß in finanziellen Angelegenheiten zur Seite. Er soll dem Geschäftsführenden Ausschuß einen Haushaltsplan vorlegen, die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Führung der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland in mindestens halbjährlichen Abständen eingehend prüfen und dem Geschäftsführenden Ausschuß sowie dem Landesvorstand Bericht erstatten. Er ist vor Beschlüssen von erheblicher finanzieller Tragweite zu hören.

§ 17

Die Anzahl der Mitglieder des Finanz-Ausschusses soll sieben betragen, von denen fünf in Berlin wohnen sollen.

Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses dürfen dem Finanz-Ausschuß nicht angehören.

§ 18

Der Gruppenverband ist die Zusammenfassung der Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften eines Bezirks.

Ihm obliegt unter Aufsicht des Geschäftsführenden Ausschusses:

a) die Förderung und Kontrolle der Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften,
b) die Vorbereitung der Gründung neuer Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften,
c) die Arbeitsplanung, Propaganda und Schulung innerhalb seines Bezirks.

§ 19

Der Vorstand eines Gruppenverbandes wird von den ihm zugehörenden Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften nach einem vom Geschäftsführenden Ausschuß genehmigten Modus auf die Dauer eines Jahres gewählt.

Die Wahl der Vorstandsmitglieder des Gruppenverbandes bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Bestätigung des Geschäftsführenden Ausschusses. Wird diese Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen, deren Ergebnis endgültig ist. Der Geschäftsführende Ausschuß kann bis zur erfolgten Neuwahl ein Mitglied der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland mit der vorläufigen Führung der Geschäfte beauftragen.

§ 20

Ortsgruppen oder Arbeitsgemeinschaften sind die Zusammenfassung sämtlicher an einem Orte wohnenden Zionisten. Zionisten, die an einem Orte wohnhaft sind, in dem keine Ortsgruppe oder Arbeitsgemeinschaft besteht, können einer benachbarten Ortsgruppe oder Arbeitsgemeinschaft beitreten. Ortsgruppen müssen mindestens 25 Mitglieder haben und vom Geschäftsführenden Ausschuß bestätigt sein. Die Rechte von anerkannten Sonderverbänden bleiben unberührt.

Mitglieder sind diejenigen Zionisten, die ihren Eintritt in die Ortsgruppe oder Arbeitsgemeinschaft einzeln erklärt und sich zur regelmäßigen Leistung des Ortsgruppenbeitrages und der Zionistensteuer (Landesbeitrag) verpflichtet haben.

§ 21

Die Leitung der Ortsgruppe obliegt dem Vorstand. Statuten der Ortsgruppe bedürfen der Genehmigung des Geschäftsführenden Ausschusses. Die Wahl des Vorstandes der Ortsgruppe bedarf der Bestätigung durch den Vorstand des Gruppenverbandes. Falls ein Gruppenverband nicht besteht, obliegt die Bestätigung dem Geschäftsführenden Ausschuß. Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen, deren Ergebnis endgültig ist. Der Vorstand des Gruppenverbandes und, falls ein solcher nicht besteht, der Geschäftsführende Ausschuß können bis zur erfolgten Neuwahl ein Ortsgruppenmitglied mit der vorläufigen Führung der Geschäfte beauftragen.

Bei Ortsgruppen mit mehr als 400 Mitgliedern steht das Bestätigungsrecht in allen Fällen dem Geschäftsführenden Ausschuß zu.

§ 22

Die Zionistensteuer (Landesbeitrag) ist von jedem Zionisten entsprechend seinem Vermögen und Einkommen zu zahlen. Der Landesvorstand erläßt die Zionistensteuerordnung.

Die Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften sind für die regelmäßige Abführung des Schekels und der Zionistensteuer ihrer sämtlichen Mitglieder an die *ZVfD verantwortlich.

Bei der Berechnung der Mandate zum Delegiertentag werden einer Gruppe nur soviele Mitglieder angerechnet, als Schekel- und Zionistensteuer-Beiträge von ihr an die *Zionistische Vereinigung für Deutschland abgeführt wurden, wobei – bei zweijährigen Intervall – die Durchschnittsziffer zugrunde gelegt wird.

§ 23

Bei den Gruppenverbänden, sowie bei der Berliner Zionistischen Vereinigung, werden Ehren- und Schiedsgerichte, bei der *ZVfD ein Hauptehren- und ein Hauptschiedsgericht gebildet. Die Zusammensetzung, die Zuständigkeit und das Verfahren dieser Gerichte regelt eine vom Landesvorstand zu erlassende Ehren- und Schiedsgerichtsordnung.

§ 24

Eine Statuten-Änderung kann durch den Delegiertentag mit Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Delegierten beschlossen werden.

§ 25

In außergewöhnlichen Fällen, die eine Abweichung von den Bestimmungen diese Statuts dringend notwendig erscheinen lassen, kann der Geschäftsführende Ausschuß mit Zustimmung der Mehrheit des Landesvorstandes von den Bestimmungen des Statuts abweichen.

Die Zustimmung des Landesvorstandes kann auch schriftlich erfolgen.

Bestimmungen über Gemeindearbeit
(Gemeinde-Statut der *ZVfD)

Die *ZVfD erhebt gegenüber allen ihren Mitgliedern die Forderung nach einmütiger, koordinierter und planmäßiger Zusammenarbeit auf dem Arbeitsgebiet der jüdischen Gemeinden, Kulturbünde, Landesverbände, Reichsvertretung und sonstigen Organisationen. Deswegen darf kein in der *ZVfD organisierter Zionist ohne Bestätigung der im Statut der *ZVfD bezeichneten Instanzen ein Amt in einer der vorgenannten Organisationen annehmen, bei Wahlen gegen eine von den Instanzen der *ZVfD gebilligte Liste eine Gegenliste aufstellen oder auf einer solchen Liste kandidieren oder sich um eine derartige Kandidatur bewerben.

1. Für die Gestaltung und Kontrolle der zionistischen Gemeindepolitik am Sitz einer Ortsgruppe und für die Bestätigung der Personalvorschläge ist in erster Linie der Vorstand der Ortsgruppe zuständig. Soweit nicht der *Misrachi im Vorstand einer Ortsgruppe vertreten ist, soll die Beschlußfassung in Gemeinschaft mit dem Vertreter der *Misrachi-Ortsgruppe erfolgen. Der Vorstand der Ortsgruppe erstattet über seine Tätigkeit auf diesem Gebiete regelmäßig dem Gemeinde-Dezernat der *ZVfD Bericht.

In Fragen grundsätzlichen Charakters und vor Abschluß von Wahlvereinbarungen, Verlängerung von Wahlperioden usw. hat der Ortsgruppen-Vorstand das Votum des Gemeinde-Ausschusses einzuholen und ist an dessen Entscheidung gebunden. Der Gemeinde-Ausschuß entscheidet nach Anhörung des Gruppenverbandsvorstandes bezw. der Gemeindekommission des Gruppenverbandes.

In Berlin tritt an Stelle des Ortsgruppen-Vorstandes eine gemischte Kommission, die aus den Berliner Mitgliedern des Gemeinde-Ausschusses in Verbindung mit der gleichen Anzahl vom Vorstand der Ortsgruppe delegierter Ortsgruppen-Vorstandsmitglieder besteht. Falls in dieser Kommission nicht schon zwei Mitglieder des *Misrachi vorhanden sein sollten, hat die Berliner *Misrachi-Ortsgruppe das Recht, die Zahl ihrer Vertreter auf zwei zu ergänzen.

2. Der Gemeinde-Ausschuß der *ZVfD wird vom Delegiertentag gewählt. Er ist ein selbständiges neben dem Landesvorstand und dem Geschäftsführenden Ausschuß wirkendes Organ der *ZVfD. Der Geschäftsführende Ausschuß der *ZVfD kann in grundsätzlich wichtigen Angelegenheiten einen Beschluß des Gemeinde-Ausschusses suspendieren und die Entscheidung des Landesvorstandes herbeiführen. Will er von dieser Befugnis Gebrauch machen, so hat er zunächst eine gemeinsame Sitzung des Arbeitsausschusses und des Geschäftsführenden Ausschusses einzuberufen. Sein Beschluß, an den Landesvorstand zu gehen, muß mit Zweidrittel der Stimmen des Geschäftsführenden Ausschusses gefaßt werden. Auch vor der Beschlußfassung des Landesvorstandes ist – und zwar in der beschlußfassenden Sitzung – der Arbeitsausschuß zu hören. Der Beschluß des Landesvorstandes ist bindend.

Der Gemeinde-Ausschuß besteht aus dem Vorsitzenden der *ZVfD, dem Vorsitzenden der Landeszentrale des *Misrachi, dem Vorsitzenden der Berliner Zionistischen Vereinigung und 22 vom Delegiertentag zu wählenden Mitgliedern, für die folgender Schlüssel gilt:

Schlüssel

1–6	Berlin
7	Ostpreußen,
8	Pommern, Brandenburg-Grenzmark,
9	Niederschlesien,
10	Oberschlesien,
11–12	Mitteldeutschland,
13	Westfalen-Hannover,
14–16	Hessen,
17–19	Rhein-Ruhr,
20	Bayern,
21	Baden-Württemberg,
22	Hamburg-Bremen.

Sofern unter den 25 Mitgliedern des Gemeinde-Ausschusses nicht schon drei Vertreter des *Misrachi sich befinden, wird die Zahl der *Misrachi-Mitglieder durch die Landeszentrale des *Misrachi auf drei ergänzt.

Für jedes Mitglied des Gemeinde-Ausschusses ist ein Vertreter zu wählen; der Vertreter hat ein Recht auf Anwesenheit nur bei Verhinderung des ordentlichen Mitgliedes.

3. Der Gemeinde-Ausschuß wählt aus seiner Mitte zur Führung der laufenden Geschäfte eine Arbeitsausschuß von acht Personen, von denen fünf Mitglieder in Berlin wohnhaft sein sollen. Dieser Ausschuß soll die Arbeit des Gemeinde-Dezernats der *ZVfD kontrollieren und im Rahmen einer Geschäftsordnung arbeiten, die sich der Gemeinde-Ausschuß zu geben hat.

Auch für die Mitglieder des Arbeitsausschusses sind Stellvertreter zu bestellen, die ein Recht auf Anwesenheit nur bei Verhinderung des ordentlichen Mitgliedes haben.

4. Der Gemeinde-Ausschuß ist dazu berufen:

a) allgemeine Richtlinien für die zionistische Gemeindepolitik aufzustellen und über deren Durchführung zu wachen,

b) über Angelegenheiten der örtlichen Gemeindepolitik Entscheidungen zu treffen,

aa) in denjenigen Fragen, die er durch Beschlußfassung für grundsätzlich wichtig und in seine Kompetenz gehörig erklärt,

bb) bei Anfragen betreffend Wahlvereinbarung, Verlängerung von Wahlperioden, Statutenänderungen usw., die ihm von dem Vorstand einer Zionistischen Ortsgruppe oder einem Gruppenverband – in Berlin von der hierzu bestimmten Kommission – zur Entscheidung oder Genehmigung vorgelegt werden,

c) die Erfüllung der zionistischen Disziplinpflicht zu überwachen.

5. Die Mitglieder der Gemeindekommission des Delegiertentages haben auf dem Delegiertentag die Erklärung abgegeben, daß sie sich verpflichten, den Beschlüssen ihrer Fraktionen und des Gemeinde-Ausschusses folge zu leisten.

Jeder Zionist, der Mitglied eines Gemeindevorstandes oder einer Repräsentanversammlung ist oder es in Zukunft wird, hat eine Verpflichtung gleichen Inhalts einzugehen. Eine entsprechende Verpflichtung gilt für alle Zionisten, die dem Vorstand eines Kulturbundes oder einer zentralen jüdischen Organisation angehören.

Der Delegiertentag stellt fest, daß in religiösen Fragen eine Disziplinverpflichtung nicht besteht.

6. In jedem Ort schließen sich die Gemeindevertreter zu einer einzigen zionistischen Fraktion zusammen, deren Mitglieder der *ZVfD angehören müssen.

Nichtmitglieder der *ZVfD dürfen sich bei Anerkennung der Fraktionsdisziplin und bei Zustimmung von Zweidrittel-Mehrheit der Mitglieder einer zionistischen Fraktion mit Einwilligung des Gemeinde-Ausschusses der Fraktion

als Hospitanten anschließen. Für Wahlvorschläge tritt der Ortsgruppen Vorstand bezw. der Vorstand des Gruppenverbandes an die Stelle der Fraktion.

Die der *ZVfD angehörenden Mitglieder der beiden in der Berliner Gemeinde bestehenden zionistischen Fraktionen bilden hiermit eine neue gemeinschaftliche Fraktion. Nichtmitglieder der *ZVfD können bei Anerkennung der Fraktionsdisziplin ihren Beitritt zur neuen Fraktion als Hospitanten beantragen, wobei sich das Verfahren nach Ziffer 6 Abs. 2 regelt.

Ehren- und Schiedsgerichtsordnung der *ZVfD

Erster Teil: Ehrengerichtsordnung

I. Ehrengericht und Hauptehrengericht

§ 1

Zur Ausübung der Ehrengerichtsbarkeit werden bei den Gruppenverbänden der *ZVfD und bei der Berliner Zionistischen Vereinigung (BZV) Ehrengerichte eingerichtet. Das Ehrengericht der BZV steht einem Gruppenverbandsehrengericht gleich. Ferner wird bei der *ZVfD ein Hauptehrengericht gebildet.

Die Mitglieder der Ehrengerichte der Gruppenverbände werden vom Gruppenverbandstag, des Ehrengerichts der BZV von der Stadtkonferenz, des Hauptehrengerichts der *ZVfD vom Delegiertentag gewählt. Die gewählten Richter üben ihr Amt solange aus, bis eine Neuwahl erfolgt.

Soweit im Statut der BZV Bestimmungen über die Verfassung und das Verfahren des Ehrengerichts der BZV enthalten sind, die den nachstehenden Bestimmungen nicht widersprechen, bleiben sie in Geltung. Im übrigen gelten auch für das Verfahren vor dem Ehrengericht der BZV die Bestimmungen dieser Ehrengerichtsordnung.

II. Verfassung

§ 2

Das Ehrengericht der Gruppenverbände besteht aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Es sind ferner fünf Ersatzrichter zu wählen. Das Hauptehrengericht besteht aus fünf Richtern, die einen Vorsitzenden unter sich wählen. Gewählt ist derjenige Richter, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Erforderliche Richter-Ersatzwahlen werden bei den Ehrengerichten der Gruppenverbände vom Gruppenverbandsvorstand, bei der BZV vom Hauptvorstand, bei dem Hauptehrengericht vom Landesvorstand der *ZVfD vorgenommen.

Das Amt eines Ehrenrichters ist nicht übertragbar. Die Reihenfolge der Heranziehung der Richter regelt sich nach dem Alphabet.

Die Ehrengerichte entscheiden in einer Besetzung von drei Mitgliedern, bestehend aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Für den Fall der Behinderung des Vorsitzenden ernennt dieser seinen Stellvertreter aus der Reihe der Beisitzer.

III. Hauptehrengerichtsanwalt

§ 3

Der Hauptehrengerichtsanwalt der *ZVfD wird vom Delegiertentag gewählt. Eine erforderliche Ersatzwahl wird vom Landesvorstand vorgenommen.

Der Hauptehrengerichtsanwalt vertritt das Interesse der Zionistischen Organisation. Er hat kraft Amtes Ermittlungen einzuleiten, wenn ihm Tatsachen bekannt werden, die ein Ehrengerichtsverfahren geboten erscheinen lassen. Der Hauptehrengerichtsanwalt ist an die Weisungen einer zionistischen Zentralinstitution gebunden.

Der Hauptehrengerichtsanwalt kann sich im Verfahren vor den Ehrengerichten der Gruppenverbände durch ein Mitglied des Gruppenverbandsvorstandes, vor dem Hauptehrengericht durch ein Mitglied des Landesvorstandes vertreten lassen.

§ 4

Jedes Ehrengericht ist verpflichtet, den Hauptehrengerichtsanwalt von der Einreichung eines Antrages auf Eröffnung eines Ehrengerichtsverfahrens unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Der Hauptehrengerichtsanwalt hat dem Ehrengericht zu erklären, ob er ein öffentliches zionistisches Interesse für vorliegend erachtet. Ist dies der Fall, so ist er über das Verfahren unterrichtet zu halten und zu der mündlichen Verhandlung zu laden.

Der Hauptehrengerichtsanwalt kann in jedem Stadium des Verfahrens verlangen, daß die Akten dem Geschäftsführenden Ausschuß (GA) oder dem Landesvorstand (LV) vorgelegt werden, zur Prüfung der Frage, ob aus Gründen höheren zionistischen Interesses der Fall durch den GA oder LV entschieden werden soll. Wird diese Frage von dem angerufenen Organ bejaht, so hat diese Stelle in erster und letzter Instanz ausschließlich über den Fall zu entscheiden. Wird sie verneint, so ist dem Verfahren vor dem Ehrengericht Fortgang zu geben.

IV. Zuständigkeit der Ehrengerichte

§ 5

Die Ehrengerichte sind für alle Fälle zuständig, in denen ein Mitglied sich einer ehrenrührigen oder einer eines Zionisten unwürdigen Handlung schuldig gemacht hat, insbesondere, wenn es

a) Handlungen oder Unterlassungen schuldhaft begangen hat, die geeignet waren, das Ansehen oder die Tätigkeit der Zionistischen Bewegung, ihrer Organe und Institutionen zu schädigen,
b) gegen die zionistische Disziplin verstoßen hat,
c) sich Beleidigungen gegenüber anderen Mitgliedern, der Organisation, zionistischen Körperschaften oder Institutionen hat zuschulden kommen lassen.

§ 6

Das Gruppenverbandsehrengericht (Ehrengericht erster Instanz) kann in jedem Stadium des Verfahrens einen Fall wegen seiner zentralen, grundsätzlichen oder überragenden Bedeutung dem Hauptehrengericht überweisen. Das Hauptehrengericht hat durch Beschluß zu erklären, ob es die Überweisung annimmt. Bei Ablehnung der Überweisung ist das Verfahren an das Ehrengericht erster Instanz zur Durchführung und Entscheidung zurückzuverweisen.

Das Hauptehrengericht kann aus den Gründen des Absatz 1 ein Ehrengerichtsverfahren erster Instanz in jedem Stadium des Verfahrens auf Antrag des Hauptehrengerichtsanwalts an sich ziehen. Erfolgt ein solcher Beschluß, so ist das Gruppenverbandsehrengericht zur Überweisung verpflichtet.

§ 7

Das Hauptehrengericht ist Berufungsinstanz gegen die Urteile der Ehrengerichte erster Instanz, soweit eine Berufung zulässig ist. Es entscheidet ferner in den Fällen des § 6 in erster und letzter Instanz.

§ 8

Örtlich zuständig ist dasjenige Ehrengericht, in dem der Beschuldigte seinen Wohnsitz hat, oder dasjenige, in dem die Tat begangen wurde. Bei mehreren Zuständigkeiten entscheidet das zuerst angerufene Gericht.

Zweifelsfragen hinsichtlich der sachlichen oder örtlichen Zuständigkeit von Ehrengerichten entscheidet das Hauptehrengericht. Es entscheidet ferner endgültig bei Kompetenzstreitigkeiten zwischen Ehrengerichten.

V. Vertretung und Rechtshilfe

§ 9

Jeder Beteiligte ist berechtigt, sich in jedem Stadium des Verfahrens eines Verteidigers oder Vertreters zu bedienen, der Mitglied der *ZVfD sein und sich auf Verlangen des Gerichts durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen muß.

Solange für den Angeklagten ein Verteidiger tätig ist, gilt er nicht als abwesend.

Alle zionistischen Institutionen und Verbände sind verpflichtet, den Ehrengerichten, ihren Vorsitzenden und beauftragten Richtern, sowie dem Hauptehrengerichtsanwalt Rechtshilfe zu leisten.

VI. Vorverfahren

§ 10

Unbeschadet der Vorschrift des § 3 Absatz 2 setzt die Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens die Stellung eines Antrages voraus. Zur Stellung eines Antrages sind befugt:

1. In den Fällen des § 5c dasjenige Mitglied oder diejenige Institution, gegen die sich die Beleidigung richtet,
2. in allen anderen Fällen der Ortsgruppenvorstand oder eine übergeordnete Instanz.

Der Antrag auf Einleitung des Ehrengerichtsverfahrens ist schriftlich einzureichen.

Das Gericht kann die Einleitung oder Fortführung eines Verfahrens von der Hinterlegung einer Geldsumme für die zu erwartenden Kosten des Verfahrens abhängig machen.

§ 11

Zur Leitung des Vorverfahrens bei den Ehrengerichten hat der Vorsitzende aus den Mitgliedern des Gerichts einen Richter zu bestellen. Bei dem Hauptehrengericht ist das Vorverfahren durch den Hauptehrengerichtsanwalt zu leiten. Im Vorverfahren ist der Tatbestand durch Erhebungen jeder Art soweit zu klären, als dies zur Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens erforderlich ist.

Erachtet der Richter oder beim Hauptehrengericht der Hauptehrengerichtsanwalt die Klärung für erreicht, so legt er die Akten mit seinem Antrag dem Vorsitzenden des erkennenden Gerichts vor. Der Antrag kann auf Eröffnung des Hauptverfahrens oder auf Einstellung gehen. Beim Hauptehrengericht ist dem Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens eine Anklageschrift beizufügen, in der der Hauptehrengerichtsanwalt die Ergebnisse des Vorverfahrens zusammenfaßt.

Lehnt der Vorsitzende des Ehrengerichts die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, so kann der Antragsteller oder der Hauptehrengerichtsanwalt innerhalb zweier Wochen nach Mitteilung der Entscheidung einen Beschluß des Hauptehrengerichts beantragen. Diese entscheidet endgültig. Beschließt das Hauptehrengericht, das Hauptverfahren zu eröffnen, so hat der Hauptehrengerichtsanwalt eine dem Beschluß entsprechende Anklageschrift einzureichen.

VII. Hauptverfahren

§ 12

Wird das Hauptverfahren eröffnet, so ist Termin zur mündlichen Verhandlung anzuberaumen. Hierzu hat der Vorsitzende die Beteiligten zu laden, und zwar den Antragsteller und den Angeklagten durch Einschreibebrief mit Rückschein, ferner die Zeugen, deren Vernehmung das Gericht oder der Hauptehrengerichts-

anwalt für notwendig erachten. Der Hauptehrengerichtsanwalt ist zu laden, soweit es nach § 4 erforderlich ist oder wenn das Verfahren vor dem Hauptehrengericht schwebt.

Zwischen dem Tage, an dem die Ladung dem Angeklagten, dem Antragsteller und dem Hauptehrengerichtsanwalt zugeht, und dem Verhandlungstermin muß eine Frist von mindestens einer Woche liegen.

§ 13

Erscheint der Angeklagte trotz ordnungsgemäßer Ladung zum Termin nicht, und ist sein Ausbleiben nicht genügend entschuldigt, so kann in seiner Abwesenheit verhandelt und entschieden werden.

Erscheint der Antragsteller zum Termin nicht, so gilt der Antrag als zurückgenommen, wenn Entgegenstehendes nicht vor dem Termin schriftlich erklärt ist. Das Gericht kann jedoch von Amts wegen oder auf Verlangen des Hauptehrengerichtsanwalts das Verfahren fortführen, falls es im Interesse der Zionistischen Organisation für erforderlich erachtet wird.

§ 14

Der Antragsteller, der Hauptehrengerichtsanwalt und der Angeklagte haben das Recht, vor Eintritt in die mündliche Verhandlung einen Richter wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Über den Antrag entscheiden die übrigen Richter. Wenn sämtliche erkennenden Richter abgelehnt werden, ist der nächstfolgende Ersatzrichter heranzuziehen. Wird der Ablehnung stattgegeben, so tritt der nächste Richter oder Ersatzrichter in der für sie geltenden Reihenfolge ein. Die Stellung eines Ablehnungsantrages ist nur einmal zulässig.

§ 15

Die Leitung der Verhandlung und die Aufrechterhaltung der Ordnung liegt in den Händen des Vorsitzenden.

Die Verhandlung ist nicht öffentlich, doch kann der Vorsitzende einzelne Personen von sich aus oder auf Antrag zulassen; soweit sie Zeugen sind, erst nach erfolgter Vernehmung. Das Gericht kann den Beteiligten Schweigepflicht auferlegen. Dem Antragsteller, dem Hauptehrengerichtsanwalt und dem Angeklagten ist, wenn sie erscheinen sind, ausreichendes rechtliches Gehör zu geben. Im übrigen ist das Gericht in der Wahl des Verfahrens frei.

§ 16

Über die mündliche Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

Nach Erforschung des Sachverhalts erläßt das Ehrengericht das Urteil.

Das Urteil ist vom Vorsitzenden durch Verlesung der Urteilsformel zu verkünden, dem Protokoll als Anlage beizufügen und von allen erkennenden Richtern

zu unterschreiben. Protokoll und Urteil sind von der *ZVfD unter Wahrung des Geheimnisses zehn Jahre aufzubewahren. Auf Gerichtsbeschluß können Urteile mit oder ohne Begründung veröffentlicht werden.

§ 17

Die Beratung des Ehrengerichts ist nicht öffentlich. Der Inhalt der Beratung ist von jedem Ehrenrichter geheim zu halten. Der Hauptehrengerichtsanwalt darf der Beratung nicht beiwohnen.

§ 18

Das Urteil wird, soweit nicht Berufung zulässig ist, mit seiner Verkündung rechtskräftig. Erfolgt die Verkündung in Abwesenheit des Angeklagten, so tritt die Rechtskraft in dem Zeitpunkt ein, in dem das Urteil dem Angeklagten mittels eingeschriebenen Briefes mit Rückschein zugestellt ist. Ein Urteil, gegen das die Berufung zulässig ist, wird erst rechtskräftig, wenn innerhalb der Berufungsfrist das Rechtsmittel nicht eingelegt ist oder wenn auf dessen Einlegung verzichtet wird. Zur Einlegung der Berufung sind befugt:

1. der Hauptehrengerichtsanwalt,
2. der Antragsteller und der Angeklagte, soweit sie durch die Entscheidung beschwert sind.

Die Frist für die Einlegung der Berufung beginnt mit der Verkündung, bei Urteilen gegen Abwesende mit dem Zeitpunkt, in dem das Urteil gemäß § 18 Absatz 1 zugestellt wird. Die Frist beträgt für diejenigen Berufungsberechtigten, die sich bei Beginn der Berufungsfrist im Inlande befinden, zwei Wochen, im übrigen zwei Monate.

Ist die Berufung unzulässig oder verspätet, so ist sie durch Beschluß des Hauptehrengerichts zu verwerfen.

Die Mitglieder des Berufungsgerichts dürfen nicht als Richter in der Vorinstanz mitgewirkt haben.

§ 19

Die Berufung ist nur zulässig, wenn in erster Instanz auf mindestens eine verschärfte Rüge erkannt worden ist.

VIII. Strafen

§ 20

Als Strafen können verhängt werden:

1. Rüge,
2. verschärfte Rüge,
3. Geldstrafe,
4. Ausschluß.

In den Fällen 2 und 3 kann daneben auf zeitlich begrenzte Unfähigkeit zur Bekleidung eines zionistischen Amtes erkannt werden.

Die Vollstreckung des Urteils liegt in den Händen des Hauptehrengerichtsanwalts. Wird die Geldstrafe innerhalb einer von ihm bestimmten Frist nicht gezahlt, so kann auf Ausschluß erkannt werden. Hierzu ist ein Beschluß des Ehrengerichts notwendig, das im vorausgegangenen Verfahren als letzte Instanz erkannt hat. Die Geldstrafe fällt an den *Keren Kajemeth Lejisrael (Jüdischer Nationalfonds E. V.).

Der Angeklagte hat im Falle seiner Verurteilung die durch das Verfahren entstandenen baren Auslagen zu ersetzen. Ihre Betrag wird durch das Gericht erster Instanz festgesetzt.

Ausgeschlossene Mitglieder können nur mit Zustimmung des Geschäftsführenden Ausschusses wieder aufgenommen werden.

IX. Feststellungs-Verfahren

§ 21

Auf Antrag eines Mitgliedes der *ZVfD kann ein Ehrengericht, ohne daß dadurch ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet wird, Feststellungen über die Ehrenhaftigkeit von Handlungen oder Unterlassungen diese Mitgliedes treffen, wenn es eine solche Feststellung im Interesse des Mitgliedes oder der Organisation für geboten erachtet.

Zweiter Teil: Schiedsgerichtsordnung

I. Verfassung

§ 22

Zur Ausübung der Schiedsgerichtsbarkeit werden bei den Gruppenverbänden der *ZVfD und bei der BZV Schiedsgerichte eingerichtet. Das Schiedsgericht der BZV steht einem Gruppenverbandsschiedsgericht gleich. Es wird ferner ein Hauptschiedsgericht gebildet.

Die Mitglieder der Schiedsgerichte der Gruppenverbände werden vom Gruppenverbandstag, die des Schiedsgerichts der BZV von der Stadtkonferenz, die des Hauptschiedsgerichts der *ZVfD vom Delegiertentag gewählt. Soweit ein Schiedsgericht nicht gewählt worden ist, übt das Ehrengericht die Funktion des Schiedsgerichts mit aus.

Die Schiedsgerichte entscheiden in einer Besetzung von drei Mitgliedern, bestehend aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende soll Erfahrung in Rechtsangelegenheiten besitzen.

Die §§ 1 und 2 finden im übrigen sinngemäß Anwendung.

II. Zuständigkeit

§ 23

Für alle Streitigkeiten, in denen jüdischen oder zionistische Interessen eine Rolle spielen, soll aus Gründen der zionistischen Disziplin und des Ansehens der Zionistischen Organisation das Schiedsgericht der Organisation angerufen werden, sofern nicht die Parteien eine andere Schiedsvereinbarung treffen.

In anderen Fällen können die Parteien die Zuständigkeit des Schiedsgerichts vereinbaren.

§ 24

Örtlich zuständig ist das Schiedsgericht, in dessen Bezirk der Beklagte seinen Wohn- oder Verwaltungssitz hat, es sei denn, daß für den Fall der Anrufung eines Schiedsgerichts ausdrücklich eine andere Vereinbarung getroffen worden ist.

Bei Streitigkeiten zwischen zionistischen Institutionen oder Verbänden untereinander entscheidet das Hauptschiedsgericht in erster und letzter Instanz.

III. Verfahren

§ 25

Die Anrufung des Schiedsgerichts erfolgt durch Einreichung einer Klageschrift in zwei Exemplaren an den Vorsitzenden. Sie soll die genauen Namen der Parteien, eine Sachdarstellung und einen bestimmten Antrag enthalten.

Der Vorsitzende kann von dem Kläger die Zahlung eines zur Deckung der Verfahrenskosten ausreichenden Vorschusses verlangen, es sei denn, daß der Kläger sein Unvermögen zur Bezahlung dieses Vorschusses nachweist.

Der Vorsitzende stellt dem Beklagten die Klageschrift durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zu und bestimmt ihm eine Frist, innerhalb deren er eine etwaige schriftliche Klagebeantwortung in zwei Exemplaren einreichen kann.

Geht eine Klagebeantwortungsschrift fristgerecht ein, so kann der Vorsitzende eine weitere schriftliche Vorbereitung des Verfahrens anordnen und den Parteien entsprechende Fristen für den weiteren Schriftwechsel setzen. Geht keine Klagebeantwortung ein oder hält der Vorsitzende demnächst die schriftliche Vorbereitung für ausreichend, so setzt er Termin zur mündlichen Verhandlung an und lädt hierzu die Parteien mittels eingeschriebenem Brief mit Rückschein. Die Parteien können auf die mündliche Verhandlung verzichten.

Das Gericht kann zur Klärung des Tatbestandes von sich aus oder auf Antrag Zeugen vernehmen, Ermittlungen jeder Art anstellen und Zwischenverfügungen treffen. Im übrigen ist es in der Wahl des Verfahrens frei. § 9 findet sinngemäß Anwendung.

§ 26

Die mündliche Verhandlung schließt mit der Verkündung eines Schiedsspruchs. Haben die Parteien auf die mündliche Verhandlung verzichtet, so wird ihnen der Schiedsspruch durch Zustellung mittels eingeschriebenen Briefes mit Rückschein bekanntgegeben.

§ 27

Der Schiedsspruch muß auch eine Entscheidung über den Streitwert und über die Kosten des Verfahrens enthalten. Die Höhe der Kosten soll den für die Staatsgerichte geltenden Gerichtskosten entsprechen.

Aus den zur Deckung der Kosten eingegangenen Beträgen werden zunächst die baren Auslagen bestritten, von dem Rest fällt die Hälfte an die *ZVfD, die übrige Hälfte zu gleichen Anteilen an die erkennenden Richter.

§ 28

Das Hauptschiedsgericht ist Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte, soweit eine Berufung zulässig ist.

§ 29

Die Berufung ist zulässig:

1. ohne Rücksicht auf die Höhe des Streitwertes, wenn es sich um einen Streit zwischen einem Mitglied einerseits und einer zionistischen Institution oder einem zionistischen Verband andererseits handelt, oder wenn das Schiedsgericht die Berufung aus grundsätzlichen Erwägungen im Schiedsspruch zuläßt,
2. wenn der Streitwert über RM 1000,– beträgt.

Die Bestimmungen im Ehrengerichtsverfahren über das Verfahren gegen Abwesende, über Berufungsfristen, sowie über die Prüfung der Zulässigkeit der Berufung finden im Schiedsverfahren entsprechende Anwendung.

§ 30

Die Nichtbefolgung eines im Schiedsverfahren ergangenen Schiedsspruchs ist als Verletzung der Pflichten gegenüber der Zionistischen Organisation anzusehen, sofern nicht die schuldige Partei nachweist, daß ihr die Befolgung des Schiedsspruchs unmöglich war.

Die Vollstreckung eines Schiedsspruchs richtet sich nach §§ 1042 ff. der Reichszivilprozeßordnung.

[92] Der XXV. Delegiertentag der *ZVfD

2.–3. Februar 1936; RSMA: 713-1-4a.

Auszüge aus dem Protokoll des XXV. Delegiertentag der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Berlin, 2.–3. Februar 1936.

1. Aus dem Eröffnungsrede von Kurt *Blumenfeld.

... Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland hatte ein Gesicht, sie trat in bestimmter Form in Erscheinung innerhalb der *Zionistischen Weltorganisation. Sie vertrat bestimmte Auffassungen, politische, wirtschaftliche; sie fühlte, daß sie etwas besonderes zu repräsentieren hatte. Der Frankfurter Delegiertentag im Jahre 1932 war eine Tagung, auf die alle beruhigt zurückblicken können. Lesen Sie das Protokoll dieses Tages, so werden Sie sehen, daß wir die Judenfrage so klar erkannten, wie niemand sonst, und wie auch heute keiner ausser uns. Wir gaben damals eine bestimmte Direktive.

2. Bemerkungen von Rabbiner Dr. Jacob *Hoffmann (Frankfurt am Main).

Lassen Sie mich ein Wort sagen zur Kulturfrage. Wir begehen, wenn wir von Kultur sprechen, den Fehler, lediglich an die hebräische Sprache zu denken und sie als bereits identisch mit jüdischer Kultur zu betrachten ... Aber die hebräische Sprache ist identisch mit jüdischer Kultur, die Bergmannslampe, die uns befähigt, aus dem Schacht des jüdischen Schriftums die Schätze herauszuholen ... Wir können das Judentum erst verstehen, wenn wir in den Quellen des Judentums zu lesen vermögen, und dazu soll uns die hebräische Sprache bringen ... Die jüdische Kultur beginnt nicht mit Mendele Mocher Sforim ... Zur jüdischen Kultur gehört vor allem die Thora, gehören die Propheten, die Psalmisten, Mischnah, Talmud, Rambam, Jehuda Helavy und Gabirol. Das alles gehört zum eisernen Bestandteil der jüdischen Kultur, und diese Kultur muß nach Möglichkeit in unsere neuen jüdischen Schulen vermittelt werden ... Meiner tiefsten Überzeugung nach – und sie ist wohl die Überzeugung aller geschicktlich Denkenden – hängt das Gedeihen von Erez Israel nicht nur von politischen und wirtschaftlichen Faktoren ab, sondern auch sehr wesentlich von geistigen und religiösen Faktoren.

3. Aus dem Referat: »Zionismus-Palästina-Judenfrage. Ein Situationsbericht«, von Kurt *Blumenfeld.

Absolute Erneuerung, echte Religiösität, die nicht erzwungen wird durch Beschlüße. Alle Frommen konnten sich der von *Herzl geschaffenen zionistischen Bewegung anschließen, weil sie eine Rahmen-Bewegung ist, weil diese Fragen nicht den Beschluß unterlagen, weil jeder in ihr leben konnten als Freier, nicht

Unterdrückter, wie er möchte. Wenn man aber eine Norm für die Gesamtheit aufstellen will, so zerstört man damit die Herzl'sche Grundlage.

4. Aus dem Referat: »Aufgabe, Leistung und Bewährung der zionistischen Bewegung in Deutschland«, von Siegfried *Moses.

Der nach aussen hervorstehenste Teil unserer Arbeit hängt seit 1933 mit der Auswanderung nach Palästina zusammen … So sehr wir unsere Arbeit naturgemäß auf die Auswanderung nach Palästina konzentriert haben, so klar haben wir von Anfang an erkannt, daß die Auswanderung in andere Länder neben der Palästina-Auswanderung notwendig ist, und Forderung verdient … Wir halten es angesichts der jüdischen Situation in Deutschland für geboten, daß neben der Auswanderung nach Palästina auch die Auswanderung in andere Länder systematisch und geordnet betrieben wird, und wir sind der Ansicht, daß die Kräfte der jüdischen Institutionen in Deutschland und die Hilfsbereitschaft des ausländischen Judentums auch in den Dienst dieser Auswanderung zu stellen sind … Wir haben *niemals* ein *Auswanderungsmonopol* für Palästina gefordert oder vorgeschlagen … Wir verlangen freilich den *Primat für die Auswanderung nach Palästina*, weil nur sie zugleich auch national-wirtschaftliche und nationalkulturelle Bedeutung hat.

5. Aus dem Referat: »Die zionistische Bewegung als Trägerin jüdischer Kulturarbeit«, von S. *Tschertok.

Für uns Zionisten braucht Inhalt und Form jüdischer Kulturarbeit nicht künstlich ersonnen zu werden. Dieses werden unserer Generation diktiert durch zwei bestimmende Entwicklungsprozeße in unserem Leben: durch den Umformungsprozeß aller Lebensbedingungen und Grundlagen des jüdischen Volkes in der Golah; durch den Prozeß der Rückkehr des jüdischen Volkes nach Palästina … Was ist Kulturarbeit ohne Kulturwillen, ohne zentrale orientierende Idee?… Dieses Ideal ist die Rückkehr der Judenheit nach Palästina und die Erfüllung ihres ganzen Lebens mit dieser neuen geschichtlichen Tatsache der Wiedergeburt. Die Juden zu der Bereitschaft für die Wiedergeburt fähig zu machen – das ist die oberste Aufgabe unserer Kulturarbeit. Das ist ihre Funktion und ihre Chance … die Überwindung der inneren seelischen Hindernisse im Judentum [ist] der eigentliche Beginn der zionistischen Verwirklichung. Schule, Kulturarbeit, Propaganda – das ist zusammengenomen das Erziehungswerk des Zionismus an dem jüdischen Volk, das wir Zionisten als Vorbedingung der Rückkehr nach Erez Israel zu vollbringen haben … In Erkenntnis der dargelegten Funktion zionistischer Kulturarbeit stellen wir unser aktuelles Arbeitsprogramm auf, von dem nun die wesentlichsten Gebiete – Jugend, Sprache, Gesellschaft – kurz behandelt werden sollen.

6. Bemerkungen von Philipp *Kozower.

Ich bin der Ansicht, daß nach dem Umbruch des Jahres 1933 trotz der Artikel in der »*Jüdischen Rundschau« Menschen, die wir leicht hätten erfassen können, nicht erfasst wurden. Wir haben damals die Gelegenheit versäumt, aus der zionistischen Bewegung die Bewegung des Judentums in Deutschland zu machen. Auch heute sind wir noch nicht so weit ... Gerade diese Menschen, an die wir jetzt nicht herangekommen sind, wollte der Jüdische Volksbund[1] gewinnen. Und nur der Jüdische Volksbund kann sie gewinnen, denn nur er hat die Beziehung zu ihnen und die Verbindung mit ihnen. Die Aufgabe des Zionismus kann es allein sein, die jüdische Massen, die heute dem zionistischen Gedanken aufgeschlossen sind wie nie zuvor, zu sich heranzuziehen.

7. Bemerkungen von Michael *Traub.

Wir sind unzufrieden, daß es uns nicht gelungen ist, den jüdischen Menschen in Deutschland – auch manchen Zionisten – so zu erobern, wie wir ihn erobern sollten, damit wir die Attacke weiterführen können ... denn wir haben uns vorgenommen, die Institutionen jüdischen Lebens in Deutschland unter unseren Einfluß zu stellen, zu zionisieren, und das ist uns bis jetzt nicht gelungen.

8. Schlußbemerkungen von Franz *Meyer.

Es liegt in der Natur unserer Sache, daß ein großer Teil dessen, was heute zionistische Leistung ist, im guten Sinne Geheimpolitik sein muß, die die Mehrheit der Zionisten nicht kennt, aus dem Grunde, weil wir bei all dem, was wir tun und verhandeln mit Wissen und Zustimmung der entsprechenden Instanzen dieses Landes, in den meisten Fällen an die Bedingung gebunden sind, daß die Dinge nicht in die Öffentlichkeit gezerrt und dort diskutiert werden. Deswegen stellt der Zionismus in diesem Sinne heute eine erneute Forderung an unsere Menschen, eine sehr schwere Forderung: ein Vertrauen zu schenken, daß ein echtes Vertrauen ist.

Wir Zionisten gehen davon aus, daß wir den Juden Deutschlands keinen besseren Dienst leisten können als den, den wir ihnen durch das Eintreten für unsere Ideale erweisen ... Wir sind als zionistische Bewegung die Trägerin des Volksdenkens. Wir fühlen uns verantwortlich für unsere Sache, aber auch für die der anderen Juden; wir wollen diese anderen führen, weil wir glauben, daß in unserer Idee und unserer Gestaltung die Kraft liegt, die das jüdische Volk beherrschen wird.

---

[1] Hier ist die frühere *Jüdische Volkspartei Berlin gemeint.

[93] Bericht und Kritik über den XXV. Delegiertentag
28. Februar 1936; SStA/L: PP-V, 4441.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, am 28.2.36.

Überwachungsbericht.

Einberufer:	Zionistische Vereinigung, Ortsgruppe Leipzig.
Art d.Veranst.:	Mitgliederversammlung.
Leiter d.Veranst.:	Der 1. Vors., der Arzt Dr. Friedrich Löbenstein, wohnh. Leipzig-N22, Wilhelmstrasse 72.
Redner:	1. stellv. Vorsitzender, Landgerichtsdirektor i. R. *Alterthum, Martin, wohnh. in Leipzig-S3, Kantstrasse 43. Der Lehrer an der israelitischen Schule Schereschewsky, Jacob, wohnh. in Leipzig-C1, Sedanstr. 70/III. Der Führer des *Hechaluz, der Gärtner *Goldmann, Kurt, wohnh. in Leipzig-C1, Elsterstrasse 7.
Thema:	Bericht und Kritik über den 25. Delegiertentag.
Ort:	Felix *Goldmann Heim, Leipzig-C1, Elsterstrasse 7.
Tag:	27. Februar 1936.
Anfang:	21.10 Uhr. Ende: Gegen 23.30 Uhr.
Anwesende:	Etwa 400 Personen.
Verlauf:	Ohne Störungen.

Anordnungsgemäss wurde von mir die Mitgliederversammlung der »Zionistischen Vereinigung, Ortsgruppe Leipzig«, überwacht.

Dr. Löbenstein eröffnete die Veranstaltung und führte aus, dass der XXV. Delegiertentag, der vom 2.–4. Februar 1936 in Berlin in Anwesenheit von 300 Delegierten stattgefunden habe, deswegen von grosser Bedeutung gewesen sei, weil er nach einer Pause von drei Jahren, und in einer für die deutschen Juden schweren Zeit abgehalten worden sei. Der Delegiertentag habe viel gebracht. Es hätten aber auch viele Aufgaben nicht gelöst werden können. Als Vorsitzender der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland sei Dr. Siegfried *Moses wiedergewählt worden, dem nach seiner Wiederwahl eine eindrucksvolle Vertrauenskundgebung zuteil geworden sei. Nach seinen Ausführungen erteilte Dr. *Löwenstein dem 1. stellv. Vors. der Vereinig. *Alterthum das Wort zum Thema der Veranstaltung.

*Alterthum führte aus, dass er in seinem Bericht über den Delegiertentag nicht alles bringen könne, was sich zugetragen habe. Er wolle nur eine allgemeine Schilderung abgeben. Sie alle seien mit grosser Erwartung nach Berlin gefahren, um an der Delegiertentagung, die vielleicht die letzte in Deutschland sei, teilzunehmen. Zur Tagung selbst habe jeder Teilnehmer das leidenschaftliche Bekenntnis abgelegt, die Leiden des jüdischen Volkes mit ihm gemeinsam zu tragen. Anschliessend brachte er zum Ausdruck, dass 40–50 000 Juden in Deutschland in der Zionistischen Vereinigung organisiert seien. Dies betrage etwa 20 % der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Auf der Tagung sei vor allem daran erinnert worden, den zionistischen Gedanken weiter in die jüdische Bevölkerung zu tragen, um somit dem Ziele der Organisation, zum Wohle der Judenheit, näherzukommen. Zur Tagung habe man einen grossen Teil der Fragen der Kultur- und Sozialpolitik gelöst. Es müsse aber betont werden, dass die zionistische Kulturpolitik im allgemeinen noch sehr daniederliege. In dieser Hinsicht sei die kulturelle Rede Ernst *Bauer's sehr bezeichnend gewesen. Weiter brachte *Alterthum zum Ausdruck, dass sich der »Jüdische Volksbund« (frühere *Jüdische Volkspartei) aufgelöst habe.

Zum Schluss seines Referates führte A. aus, dass die »Zionistische Vereinigung« führend sei. Die jüdische Bewegung sei in Deutschland ohne Zionismus ein toter Faktor.

Im übrigen habe der Delegiertentag der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland in der Presse starken Widerhall gefunden.

Schereschewsky brachte in seinem Referat über Kultur und Schule zum Ausdruck, dass er hauptsächlich darüber sprechen wolle, was sich während der Tagung in dieser Beziehung hinter den Kulissen zugetragen habe. Bei der nur aus Lehrern gebildeten Kommission sei es mehrmals zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Man sei überhaupt im Punkt Schule zu keinem Resultat gekommen, weil in dieser Beziehung noch völlige Verworrenheit herrsche. Die Arbeit des jüdischen Lehrers sei sehr schwer, weil er jeden Tag vor neue Probleme gestellt werde. Wenn der Jugend die Grundlage der Erziehung fehlen, so sei nie mit einem Erfolg zu rechnen. Es fehle vor allen die Verbundenheit zum Judentum. Für jüdische Geschichte sei nicht einmal ein Lehrbuch vorhanden. Weiter sei es ein Ding der Unmöglichkeit, dass vielleicht Lehrer mit assimilatorischer Einstellung brauchbaren Unterricht erteilen könnten. Weiter brachte er zum Ausdruck, dass die Zusammenarbeit der Schule mit den Jugendbünden noch viel zu wünschen übrig lasse. Die Erziehung der Schule und der Bünde müsste gleichlaufen. Es dürften dabei keine Gegensätze entstehen.

Zur Tagung sei die Kultur-Debatte sehr schlecht gewesen. Es fehle eben an den geeigneten Personen. Weiter sei zur Tagung die Stellungnahme des *Hechaluz zu den Kulturfragen vermisst worden.

*Goldmann führte aus, dass die Arbeit des *Hechaluz in Bezug auf *Hachscharah (Vorbildung) sehr schwer sei, weil die Aussichten auf Alijah (Auswan-

derung) sehr in Frage gestellt seien. Dieser Zustand wirke auf den *Hechaluz depressierend. Er betonte, dass es wohl in erster Linie Sache der Zionistischen Vereinigung sei, die Kulturfragen in den Mittelpunkt ihrer Aufgaben zu stellen. Nach längeren Ausführungen über die Erziehung der Juden in zionistischen Sinne, schloss *Goldmann seine Rede.

Anschliessend sprachen noch verschiedene Personen zur Debatte über Kultur und Schule. Die noch bestehenden Unklarheiten wurden von den Rednern des Abends berichtigt.

Mit einem gemeinsam gesungenem hebräischen Lied wurde die Veranstaltung beendet.

Zu Störungen ist es während der Versammlung nicht gekommen. Ein Grund zu polizeilichem Einschreiten wurde nicht gegeben.

Obw.d.Sch.

[94] Die Jugendgruppe *Habonim noar Chaluzi

1. März 1936; SStA/L: PP-V, 4532.

Polizeipräsiudium Leipzig,
Abteilung IV. am 1.3.36
Bericht
über die Versammlung des *Habonim noar Chaluzi Agudah Leipzig.

Ort der Versammlung:	Leipzig C1, Elsterstrasse Nr. 7.
Beginn:	9 Uhr und Ende gegen 10.45 Uhr.
Leiter der Versammlung:	Kurt *Goldmann, hier Elsterstrasse Nr. 7 wohnh.
Redner:	der Lehrer Gärtner, Vornamen: Hans Hermann, am 2.1.08 in Berlin geb. und daselbst Berlin-Halensee, Nestrorstrasse Nr. 53 wohnhaft.
Thema:	»Gestaltung unseres Bundeslebens.«
Anwesend:	75 Jugendliche beiderlei Geschlechts.
Verlauf:	ohne Störungen.

In seinen Ausführungen behandelte der Redner eigentlich weniger das Bundesleben vielmehr das Verhalten der heutigen jüdischen Jugend wie sie sein sollte und wie es meist nicht richtig gehandhabt wird.

Zunächst ging der Redner auf das Fahrtenleben der jüdischen Jugend ein. Er führte aus, dass die jüdische Jugend, die sich heute mehr denn je in den Großstädten zusammendränge, auf dem besten Wege sei, dem Ghetto zuzusteuern. Dieses müsse unter allen Umständen vermieden werden. Die Jugend müsse hinaus aus den Großstädten und müsse mehr die Natur und die natürlichsten Dinge die der Mensch kennen muss, kennenlernen. Hierbei komme es vor allen Dingen auf die richtige Führung an. Nicht jeder, der heute mit einer Gruppe Menschen betraut wird, sei auch als Führer geeignet. Die meisten der ausgesuchten Führer hängen zu sehr an Bücherweisheiten und hätten von den natürlichsten Dingen, sei es in der Natur, ganz besonders auf dem Lande, von Baum und Strauch, von Wäldern und Feldern und von Tieren nicht die geringste Ahnung. Gerade diese Dinge, die den Menschen am nächsten liegen, müssten der Jugend beigebracht werden. Überhaupt müsste jede Fahrt in der Hauptsache nur Belehrungen dienen. Meist sei es jedoch so, dass man Bücher mit sich herumschleppe und aus diesen vorliest, was erstens die meisten höchst langweilt und dann auch jede Fahrt uninteressant macht.

Weiter müssten die Fahrten so gestaltet werden, dass nicht bloss gleiche Altersgruppen zusammen marschieren. Es müssten jüngere, mittlere und ältere Altersgruppen zusammengehen, wobei die Mitte die Führung zu übernehmen habe.

Leider seien heute die Verhältnisse für die jüdische Jugend so, dass sie in ihren Fahrten sehr beengt seien. Sie könnten heute leider nicht mehr die Fahrten so

ausführen, wie dieses früher der Fall gewesen sei. Teils liege dieses an den gegenwärtigen Verhältnissen, teils an der finanziellen Lage.

Weiter ging der Redner auf die Wissensübermittlung ein. Dabei führte er aus, dass ein guter Fahrtenleiter nicht immer auch ein guter Lehrer sei. Deshalb müsse unter den Führern eine besondere Auswahl getroffen werden.

Inbezug auf die Gestaltung von Festen und Feiern müssten diese sorgfältiger ausgewählt werden. Es sei nicht angängig, dass der Jugend immer nur mit abgeschmackten Gassenhauern und ähnlichen Dingen gedient würde. Ganz besonders in der Musik soll die Jugend immer nach dem Besten streben. Ein Bach oder ein Händel hätte der Jugend mehr zu bieten, als ein Chopin.

Zum Schluss kam der Redner auf die Ausnützung der Freizeiten zu sprechen. Es sei ganz verkehrt, jede freie Minute mit Arbeiten oder mit Lesen auszufüllen. Auch im blossen Nichtstun, im Dösen vor sich hin, könne der Körper eine Erholung finden.

Zusammenfassend ging der Vortragende dahinaus, dass die jüdische Jugend die Welt mit richtigen Augen und mit klarem Verstand erfassen möge, damit sie niemals wieder Ghettomenschen werden.

Die Ausführungen des Redners waren in der Hauptsache auf die Berliner Verhältnisse zugeschnitten.

Für seine Ausführungen erntete der Vortragende reichen Beifall und fand bei der anwesenden Jugend das richtige Verständnis.

Mit keinem Wort kam der Redner auf deutsche, insbesondere auf politische Dinge zu sprechen.

Ein Anlass zu polizeilichem Einschreiten lag nicht vor.

Kriminalkommissar.

[95] Landwirtschaftliche und gärtnerische Berufsausbildung für Juden

19. Juni 1936; USHMM: 11.001M.01, 3-178.

Palästina-Amt Berlin – Abteilung Sekretariat 19. Juni 1936
der *Jewish Agency for Palestine
Berlin W15, Meineckestrasse 10

Herrn
Regierungsrat Hasselbacher,
m./Br.Geheimes Staatspolizeiamt,
Berlin SW. 68
Prinz Albrechtstrasse 8

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!
Im Anschluss an die dem Mitglied der Executive der *Jewish Agency for Palestine, Herrn Dr. Werner *Senator und dem Unterzeichneten gewährte Unterredung erlaube ich mir, Ihnen nachstehend eine Übersicht über den Stand der Fragen der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Berufsausbildung für Juden zu geben, die sich in der Vorbereitung für Palästina befinden.

Ich überreiche als Anlage 1) eine von der Reichsvertretung der Juden und dem Palästina-Amt gemeinsam verfasste Eingabe an das Verwaltungsamt des Herrn Reichsbauernführers, die eine Übersicht über die Verteilung der in der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Vorbereitung befindlichen Juden und ferner Angaben über die Zahl der bereits ausgewanderten Juden enthält.

Als Anlage 2) füge ich den Entwurf für eine Regelung der Ausbildungsfragen bei, den wir dem Verwaltungsamt des Herrn Reichsbauernführers vor kurzem zugeleitet haben.

Als Anlage 3 a, b, c übermittle ich Ihnen schliesslich Abschriften von Ablehnungsbescheiden über die Schaffung neuer landwirtschaftlicher und gärtnerischer Berufsausbildungsvorhaben.

Es kann festgestellt werden, dass die zentralen Stellen grundsätzlich bereit sind, die Auswanderung der Juden durch Zulassung von Ausbildungsmöglichkeiten zu fördern. Dieser Wunsch stösst aber bei den einzelnen Vorhaben immer wieder auf örtliche Schwierigkeiten, die praktisch dazu führen, dass die dringend notwendige Erweiterung des Ausbildungswerkes sich nur sehr langsam vollziehen kann.

Die Zahl der für eine Berufsausbildung in Frage kommenden Betriebe ist an sich schon gering. Wenn bei diesen Betrieben im Einzelfalle immer wieder Schwierigkeiten sich ergeben, so gelangt die grundsäzliche Bereitschaft, die Einrichtungen zu fördern, nicht zu ihrer praktischen Verwirklichung. (Vielleicht

könnte eine Anweisung Ihres Amtes die im Augenblick bestehende Schwierigkeit bei unserem Vorhaben in *Altkarbe* [bei Levy] Krs. Friedeberg beheben).[1]

Unsererseits wurde selbstverständlich in den Fällen, in denen zugleich mit der Ablehnung die Bereitschaft ausgesprochen worden ist, andere Vorhaben zu genehmigen, der Anregung nachgegangen, sodass zurzeit für den Regierungsbezirk in Stettin ein Antrag auf Genehmigung des Pachtvertrages zwischen dem Nachlassverwalter der Adam'schen Erber einerseits und der Reichsvertretung andererseits und eines Pachtvertrages zwischen Frau Elbing-Jushny und der Reichsvertretung bei der Landesbauernschaft Kurmark zur Genehmigung vorliegen.

Nach unserer Kenntnis ist es jedoch ausgeschlossen, eine für die Vorbereitung der jüdischen Auswanderung genügende Zahl von Ausbildungsplätzen allein in jüdischen Betrieben zu finden. Deshalb müssen auch andere Pläne ins Auge gefasst werden, worauf in der Eingabe von 23.1.1936, Seite 5, näher eingegangen wurde. Für einen ständigen Kontakt bei der Behandlung dieser Fragen wäre ich besonders dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Franz *Meyer
*Jewish Agency for Palestine, Palästina-Amt

---

[1] Altkarbe-Obermühle war ein landwirtschaftliches Ausbildungszentrum in der damaligen Landgemeinde Kreis Friedenberg (Brandenburg), das von Siegmund Levy betrieben wurde.

[96] Der *ZVfD und der *Reichsverband der jüdischen Kulturbünde
11. September 1936; BA/D-H: Z/B1-96.

Abschrift.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Informationen für den Landesvorstand

Berlin W. 15, Meinekestrasse 10 Nr. 10 11. September 1936

Streng intern.

*Die neue Leitung des *Kulturbundes.*

Durch die Nachricht in der jüdischen Presse und durch die Verlautbarung des deutschen Nachrichtenbüros in der deutschen Presse haben Sie davon Kenntnis erhalten, dass der *Reichsverband der jüdischen Kulturbünde nunmehr durch einen neuen Vorstand, der aus Dr. Kurt *Singer, unserem Gesinnungsgenossen Dr. Benno *Cohn und dem uns sehr nahestehenden Rabbiner Dr. Max *Wiener besteht, vertreten wird. Zum Verständnis dieses Tatbestandes bedarf es einer kurzen Darstellung der Vorgänge, die dazu geführt haben.

I.

Die Arbeit der Kulturbünde wurde von uns Zionisten im Anfang mit grossem Misstrauen betrachtet, sodass unsere Menschen nur in sehr geringem Umfange an dieser durch die neugeschaffenen Verhältnisse gegründeten Institution beteiligt waren. Die Programmgestaltung der ersten Monate zeigte, dass es sich hier um die Fortsetzung des alten Theater- und Kulturbetriebes nur vor einem rein jüdischen Publikum handelte, aber dass eine wirkliche Umgestaltung von Grund auf nicht erfolgt war. Wir haben in mehrfach einsetzender konstruktiver Kritik versucht, unsere schon immer verfochtenen Grundsätze für die jüdische Kulturarbeit durchzusetzen. Diese Kritik führte zu keinen positiven Resultaten. Dagegen interessierten sich mehr und mehr Menschen und Kreise für den *Kulturbund, die entweder dem Zionismus völlig fernstanden oder aber jener pseudozionistischen Richtung huldigten, die an Stelle der volkserzieherischen Arbeit die leere Proklamation setzte. Damit bestand aber die Gefahr, dass Zionisten und Nichtzionisten einer unorganischen und unjüdischen Organisierung durch Menschen ausgeliefert waren, die von den massgeblichen und zur Vertretung der jüdischen Masse berufenen Instanzen abgelehnt wurden. So entschlossen wir uns, die Verantwortung für die Leitung der jüdischen Kulturbünde zu übernehmen und dafür die Zustimmung der anderen, an der Kulturbundsarbeit beteiligten

jüdischen Gruppen zu verlangen. Dementsprechend erhielten wir in einer im Frühjahr einberufenen Vollversammlung der Vertreter sämtlicher jüdischer Kulturbünde die Zustimmung zur Bildung der neuen Leitung.

II.

Mit unserer Initiative ist die Tagung des *Reichsverbandes der jüdischen Kulturbünde einberufen worden, um die Grundsätze der jüdischen Kulturarbeit hier zu vertreten. In unseren Referaten, die dort gehalten worden sind, ist die ganze Schwierigkeit unserer Kultursituation zum Ausdruck gekommen, zugleich aber auch betont worden, welche Möglichkeiten und Funktionen eine jüdische Kulturarbeit hier und heute haben kann.

Diese Kulturbundstagung wurde dazu benutzt, um den im Frühjahr vorgeschlagenen und gewählten Vorstand nunmehr zu bestätigen. Es ist nötig, diese Zusammenhänge zu sehen, um insbesondere die Verlautbarung des D. N. B. zu verstehen.

III.

Die Notwendigkeit jüdischer Kulturarbeit, die Aufgabe der Erarbeitung der grossen Werte unserer jüdischen Vergangenheit, die Einbeziehung jüdischer Menschen in das jüdische Volksleben der Gegenwart ist bei zionistischen Tagungen so oft und eindringlich erörtert und bekräftigt worden, dass eine besondere Herausarbeitung in diesem Rundschreiben nicht mehr notwendig erscheint. Aber die Zionisten müssen wissen, dass die Organisationsform der jüdischen Kulturbünde nunmehr unseren Bestrebungen offensteht. Daraus ergibt sich für uns die Verpflichtung, innerhalb jeder Gemeinde und jedes örtlichen *Kulturbundes unsere ganze Kraft für eine Intensivierung der Kulturarbeit einzusetzen.

Wir bitten Sie daher, dafür zu sorgen, dass die Ortsgruppenvorstände und Mitgliederversammlungen sich mit dem Problem der jüdischen Kulturarbeit und den besonderen Aufgaben der jüdischen Kulturbünde befassen und dass dafür geworben wird, dass unsere Menschen, soweit das noch nicht geschehen ist, Mitglieder der betreffenden Kulturbünde werden. Es muss klar werden, dass wir die Angelegenheiten der Kulturbünde zu unserer eigenen machen. Das ganze Problem wird selbstverständlich fortlaufend weiterbehandelt und beraten werden müssen. Heute sollte Ihnen nur diejenige Aufklärung vermittelt werden, deren es bedarf, um die bisher von uns mit gebotener Diskretion behandelten Voraussetzungen für das Zustandekommen der neuen Wendung Ihnen deutlich zu machen.

[97] Kontaktschwierigkeiten zwischen *ZVfD und Zionistischer Weltorganisation
13. Oktober 1936; CZA: S5\2194.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 13. Oktober 36
Dr. Fr/Ep.

An die
Executive der *Jewish Agency
for Palestine,
Jerusalem/Palestine
P. O. B. 92

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen!
Es macht sich in unserer zionistischen Arbeit ausserordentlich störend bemerkbar, dass wir völlig ohne Informationen seitens der Executive, besonders über die Entwicklung der politischen Lage, sind. Es ist doch für die Führung der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland auf die Dauer schwer erträglich, dass wir unsere politischen Informationen nur aus der *ITA beziehen können, die jeder Privatmann abonnieren kann. Wir sind völlig auf private Korrespondenz angewiesen und es ist klar, dass bei diesem Zustand eine Fülle unkontrollierbarer und einander widersprechender Mitteilungen an uns gelangen, die imstande sind, das Bild, das wir von der politischen Entwicklung im Lande bekommen, weitgehend zu verwirren. Wir haben schon wiederholt gebeten, eine Möglichkeit zu schaffen, die wenigstens den Geschäftsführenden Ausschuss der Zionistischen Vereinigung laufend über unsere Dinge informiert.

Wir bitten Sie, sehr geehrte Gesinnungsgenossen, mit allem Nachdruck, einen Weg zu finden, dessen Sie sich zu unserer fortlaufenden internen Information bedienen können.

Unser Vorsitzender, Herr Dr. Siegfried *Moses, wird bei seiner Anwesenheit in Erez Israel in den nächsten Wochen diesen unseren Wunsch nochmals ausdrücklich zur Sprache bringen.

Mit Zionsgruss!
*Zionistischen Vereinigung für Deutschland
*Friedenthal

[98] LANDWIRTSCHAFTLICHE UND GÄRTNERISCHE AUSBILDUNG VON JUDEN (o. D.); USHMM: 11.001M.01, 3-178.

Vereinbarung zwischen

Reichsnährstand und *Reichsvertretung der Juden in Deutschland betreffend landwirtschaftliche und gärtnerische Ausbildung von Juden zur Vorbereitung der künftigen Auswanderung

I.

Die Förderung der Auswanderung von Juden liegt im Interesse des Reiches. Nach den Bestimmungen über die Einwanderung von Juden nach Palästina erhalten nur solche mittellosen Einwanderer vom Palästina-Amt der *Jewish Agency auf Grund der Einwanderungsgesetze die Einwanderungserlaubnis (Zertifikate), die eine entsprechende Vorbildung in Landwirtschaft, Gärtnerei oder Handwerk nachweisen können.

Eine einheitliche Regelung der damit zusammenhängenden Fragen ist daher erforderlich.

Die Ausbildung soll entsprechend der bisherigen Praxis sowohl in Betrieben mit jüdischen Inhabern als auch in einer beschränkten Anzahl in anderen Betrieben erfolgen.

II.

Der Reichsnährstand gibt daher der »*Reichsvertretung der Juden in Deutschland« Gelegenheit, junge, auswanderungewillige Juden in der Landwirtschaft auszubilden.

III.

Zu diesem Zwecke erklärt sich der Reichsnährstand einverstanden, dass die »*Reichsvertretung der Juden in Deutschland« in den jüdischen Betrieben Ausbildungsstellen einrichtet.

Es wird eine genaue Liste der jüdischen Betriebe in der Reichshauptabteilung I des Reichsnährstandes geführt mit Angaben darüber, wieviele jüdische Lehrlinge jeweils ausgebildet werden können.

Die Reichsvertretung der Juden hat diese Möglichkeit restlos auszunützen; sämtliche dort zu schaffenden Ausbildungsstellen sind zu besetzen.

Die »*Reichsvertretung der Juden in Deutschland«, Abteilung Berufsausbildung, führt eine namentliche Liste über die dort in der Ausbildung begriffenden Juden und weist deren Auswanderung halbjährlich – jeweils am 1.1. und 1.7. eines Jahres – mindestens ein Jahr nach der beendeten Ausbildung nach.

IV.

Sollte darüber hinaus Bedarf an Ausbildungsstellen für junge auswanderungswillige Juden sein, so weist der Reichsnährstand der Reichsvertretung der Juden nach Möglichkeit Betriebe nach, in denen Lager für Juden einzurichten sind. Die Anzahl der Ausbildungsstellen wird vom Reichsnährstand festgesetzt. Einrichtung und Erhaltung dieser Lage ist Aufgabe der Reichsvertretung der Juden.

Auch über diese Betriebe und deren Besetzung mit auszubildenden Juden werden Listen in der Hauptabteilung I des Reichsnährstandes geführt. Die Auswanderung ist in gleicher Weise nachzuweisen.

V.

Alle auszubildenden Juden sind so in den zugelassenen Betrieben unterzubringen, dass möglichst Berührung mit Deutschen vermieden wird.

VI.

Die Reichsvertretung der Juden verpflichtet sich, die von ihr untergebrachten Juden nur in den in den Listen geführten Betrieben zu beschäftigen. Ausnahmen sind nur mit Zustimmung des Reichsnährstands gestattet.

VII.

Jeder Jude, der eine Ausbildungsstelle beanspruchen will, ist verpflichtet, mit der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Abteilung Berufsausbildung, einen Vertrag für die vorgeschriebene Ausbildungszeit von 1 ½ Jahren einzugehen.

Sollte der Ausbildungsvertrag aus irgendwelchen Gründen nicht eingehalten werden, so kommt ein zweiter Ausbildungsvertrag nicht oder nur in bersonderen Ausnahmefällen in Frage.

VIII.

Die Reichsvertretung der Juden verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, dass andere als die nachgewiesenen Ausbildungsstellen von Juden nicht in Anspruch genommen werden.

IX.

Sollte dennoch ein Jude sich eine Arbeitsstelle zum Zwecke der Ausbildung selbst verschaffen, so verpflichtet sich die Reichsvertretung der Juden, sofort nach Bekanntwerden des Falles dafür Sorge zu tragen, dass der Betreffende seine Arbeitsstelle mit einer der zugelassenen Ausbildungsstellen vertauscht.

X.

Die Höchstzahl der auszubildenden Juden wird für das Jahr 1936/37 auf 3 200 festgesetzt. Es erfolgt jedes Jahr eine neue Festsetzung dieser Zahl, entsprechend

der Zahl der landwirtschaftlich und gärtnerisch ausgebildeten jüdischen Auswanderer des vorhergehenden Jahres.

XI.

Deutsche Angestellte und Arbeiter dürfen durch die Durchführung dieses Abkommens nicht von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden.

XII.

Sämtliche Ausbildungsstellen unterliegen der Aufsicht des Reichsnährstandes. Die Ausbildung selbst ist jedoch Angelegenheit der Reichsvertretung der Juden. Jeder Ausgebildete erhält nach Abschluss der Lehrzeit eine Bescheinigung des Reichsnährstandes.

XIII.

Die am 31.10.36 in Betrieben mit deutschen Inhabern zur Ausbildung tätigen Juden können ihre Ausbildung in diesen Betrieben nach den in Ziffer VII festgestellten Grundsätzen beenden.

XIV.

Diese Regelung hat zunächst Gültigkeit bis zum 30.6.1938. Eine etwaige Verlängerung hat zur Voraussetzung, dass die Auswanderung von mindestens 80 % der Ausgebildeten nachgewiesen wird.

[99] Deutsche Zionisten und jüdische Schulen in Deutschland

31. Dezember 1936; RSMA: 713-1-2.

Merkas Hatarbuth Lanoar
Haiwri b'Germania
Anschrift: Jüd. Jugendhilfe
Berlin – Charlottenburg 2
Kantstrasse 158.

Berlin, den 31.12.1936

An die
*Reichsvertretung der Juden in Deutschland
(Schulabteilung),
Berlin – Charlottenburg 2
Kantstrasse 158

I. Als die unterzeichneten zionistischen Bünde in der 2. Hälfte des Jahres 1936 die mehrjährige Vorbereitung im Hebräischen jedem ihrer Chawerim zur Pflicht machten, mussten sie zugleich das Mittel zur Verwirklichung dieses Beschlusses erschaffen: das Beth Sefer Iwri Lanoar.

Das Programm der jüdischen Schulen in Deutschland erfüllt aus vielen, nicht von uns abhängigen Gründen, die Forderungen in Bezug auf die Vorbereitung im Hebräischen, die an einen Oleh[1] gestellt werden müssen, nicht. Die hebräischen Abendkurse der Jüdischen Gemeinde konnten die zionistische bündische Jugend nie erfassen, sodass bereits 1928/29 im Rahmen der Schule der Jüdischen Jugend späterhin innerhalb des Beth Haam von den zionistischen Bünden besondere Kurse für Hebräisch eingerichtet wurden.

Vor einigen Monaten, als der Appell der Bundesleitungen an ihre Chawerim zur *Hachscharah im Hebräischen erfolgte, meldeten sich innerhalb ganz kurzer Zeit 200 Jugendliche, die keinen zusätzlichen hebräischen Unterricht hatten. Durch Dr. Chaim Borodianski wurden sofort die notwendigen Kurse eingerichtet. Hunderte von Chawerim, nirgends im Hebräischen erfasst, warten auf die Eröffnung neuer Kurse. Der Unterricht im Beth Sefer Iwri Lanoar, der 2- bezw. 3 mal in der Woche in den frühen Abendstunden stattfindet, der Arbeit in den Bünden zeitlich koordiniert ist, fasst alle zionistischen Bünde auf der Basis der hebräischen Sprache und Bewegung zusammen. Die Lehrer der Sprache sind zugleich ältere Chawerim und erzieherische Leiter der Bewegung, die durch die hebräische Sprache die Jüngeren in die Geschichte des Volkes, das Leben des Landes und die Entwicklung seiner Kultur einführen.

[1] Olim: Hebr. »Einwanderer«.

II. Der Lehrplan des Beth Sefer Iwri Lanoar umfasst ausser der hebräischen Sprache:

Palästinakunde	(in hebräischer Sprache)
jüdische Geschichte	(dto.)
Geschichte d. zion. Bewegung	(")
Gesang	(")

Durch die Neschafim[2] des Beth Sefer Iwri Lanoar, die in regelmässigen Zeitabständen stattfinden, wird die Hebräisierung des gesellschaftlichen Lebens erstrebt.

Die Namen der Lehrer, die bis jetzt am Beth Sefer Iwri Lanoar tätig sind, sind:

Martin Brandt
Blaufeld
Schoschana Jacobi
Mosche Kassel
Else Lewin
Schimon Pilz
Lene Rottenberg
Leo Schifmann
Elek Stern
Heinz Wolff

III. Das Beth Sefer Iwri Lanoar hat zur Zeit:

250 Schüler gleich 11 Kurse	(2 mal wöchentlich) = RM. 220.– im Monat
60 " in 3 Intensiv – Kursen	(3 mal wöchentlich) = RM. 90.– im Monat
150 " in 3 hebr. Singkreisen	(2 mal wöchentlich) = RM. 40.– im Monat

Es sind zur Zeit 360–400 Schüler erfasst, von denen RM. 60.– an Schulgeld monatlich eingehen.

[2] Neschafim: Hebr. »Ballabende«.

Die Kosten für die Kurse betragen also	RM. 350.–	
+	" 100.–	für Leitung, Büro u. Verw.
im Ganzen monatlich:	RM. 450.–	
	=======	
Summa:	RM. 450.–	
abzüglich Schulgeldeinnahmen	" 60.–	
bleiben monatliche Unkosten von:	RM. 390.–	
	=======	

Das Beth Sefer Iwri Lanoar gibt also RM. 1.– monatlich für den Unterricht pro Kopf aus.

B.

I. Die an dem Beth Sefer Iwri Lanoar beschäftigten Lehrer, die nicht nur als Leiter der hebräischen Sprache, sondern auch als Leiter der hebräischen Kulturarbeit in der Jugend wirken, bedürfen der Fortbildung in Kursen, die für diesen speziellen Zweck eingerichtet werden müssen. Das gleiche Bedürfnis besteht für die Lehrer am Beth Sefer Lanoar Haoleh (Mittleren Schule der Jüdischen Jugendhilfe).

Im Hinblick auf die notwendige Vermehrung der Kurse am Beth Sefer Iwri Lanoar wird sich die Lehrerzahl, d.h. die Teilnehmerzahl an solchen Kursen auf 25 belaufen.

II. Diese Kurse sollen die Form von Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften haben und folgende Lehrgegenstände umfassen:

1. T'nach	(zweimal in der Woche)
2. Mischna	(einmal " " ")
3. moderne hebr. Literatur	(zweimal " " ")
4. Gegenwartskunde	(" " " ")
5. hebr. Grammatik	(einmal " " ")
6. Palästinakunde	(" " " ")

III. Die Ausgaben für diese Kurse (8–10 Wochenstunden) betragen RM. 120.– im Monat. Es kann mit einer Einnahme von RM. 50.– im Monat an Schulgeld gerechnet werden. So bleibt ein Defizit von RM. 70.– im Monat.

C.

Es besteht die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit, in einigen grösseren Städten im Reiche dieselbe Arbeit zu organisieren.

Wir beantragen hierdurch eine Subvention

1. für das Beth Sefer Iwri Lanoar RM. 1.– pro Kopf eines Lernenden im Monat
2. einen Betrag für 5 Monate von RM. 350.– für die Fortbildung der Lehrer des Beth Sefer Iwri Lanoar und der Mittleren – Schule der *Jüdischen Jugendhilfe.
3. einen angemessenen Beitrag für die Durchführung der Vorarbeiten in den grösseren Städten im Reich, über die wir gerne in Einzelbesprechungen eintreten wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Recha Freier
" Tarschisch Josefthal / *Hechaluz
" Abbe Heilbronn / Habonim
" Schimon Pilz / Haschomrim
" Rudi Behr / *Werkleute
" Arno Seeligmann / Brith Hanoar
" Jacob Szobel / Makkabi Hazair

[100] Hebräische Kurse
6. Januar 1937; RSMA: 713-1-2.

Den 6. Januar 1937.
Fr/W
Notiz für Herrn *Tschertok
im Hause

Betr.: Etat der hebräischen Kurse.

In 46 Kursen lernen unter 32 Lehrern zur Zeit 450 Schüler. Berücksichtigt man die Gebührenermässigungen und die Erlasse, so kommt man auf eine Zahl von 300 zahlenden Schülern.

Von den 46 Kursen finden 13 zweimal wöchentlich statt, d.h. kosten RM 3.– den Monat pro Schüler. Nimmt man den Durchschnitt von 10 Teilnehmern pro Kursus an und zieht ein Drittel für Gebührenermässigungen und Erlasse ab, so ergibt sich ein Gesamthonorar von RM 260.– für diese 13 Kurse. Die restlichen 32 einmal wöchentlich stattfindenden Kurse ergeben als Gesamthonorar (abzüglich des Drittels für Erlasse usw.) bei RM 1.75 pro Schüler die Summe von RM 380.–. Das ist pro einmal wöchentliche Kurse durchschnittlich RM 11.– und RM 20.– für die zweimal wöchentlichen Kurse, während man als Minimum für den einmal wöchentlichen Kurs RM 20.– und für den zweimal wöchentlichen Kurs RM 30.– annehmen muss.

Wir benötigen also, um die Kurse im bisherigen Umfange aufrecht erhalten zu können, einen monatlichen Zuschuss von RM 400.–. Dieser Zuschuss würde es jedoch ermöglichen, die Kurse auf eine völlig andere finanzielle Basis zu stellen und die Gebühr von RM 3.– auf RM 2.–, resp. RM 1.75 auf RM 1.– herabzusetzen. Nach den Erfahrungen, die wir besonders in den östlichen Stadtteilen gemacht haben, würde sich dadurch die Zahl der Teilnehmer so weit erhöhen, dass die durch die Reduzierung verringerten Beiträge durch eine grössere Schülerzahl wieder ausgeglichen würden, so dass die Subvention einer grösseren Teilnehmerzahl zugute käme und die Kurse wieder auf einer grösseren, gesünderen Basis ständen.

gez. Herbert *Friedenthal.

[101] UNTERBRECHUNG DER HEBRÄISCHEN SPRACHKURSE
8. Januar 1937; RSMA: 713-1-2.

Berliner Zionistische Vereinigung
Kulturabteilung

An alle Teilnehmer der hebräischen Sprachkurse.

Den 8. Januar 1937.

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,
wie Sie aus der heutigen Ausgabe der *Jüdischen Rundschau ersehen haben dürften, können die hebräischen Kurse infolge der behördlich festgesetzten Veranstaltungspause zur Zeit nicht stattfinden.[1]

Sie werden sicher mit uns den Wunsch haben, die unfreiwillige Pause nicht zu einer verlorenen Zeit für Ihre Ausbildung in der hebräischen Sprache werden zu lassen. An die Stelle des Unterrichts muss daher die Selbstarbeit treten. Wie es kaum anders sein kann, werden sich auch bei Ihnen im Laufe des Kursus Stoffmengen angesammelt haben, die Sie bisher keine Gelegenheit hatten, genügend durchzuarbeiten. Diese Wochen bieten Ihnen die Möglichkeit einer gründlichen und systematischen Wiederholung des durchgenommenen Pensums. Wir wollen Ihnen hierbei behilflich sein, indem wir Ihnen Material für den Selbstunterricht zugehen lassen werden. Auch stellen wir uns Ihnen gern zur Beantwortung von Fragen hinsichtlich der hebräischen Sprache, zur Korrektur von schriftlichen Ausarbeitungen und dergleichen zur Verfügung. Auf diese Weise hoffen wir, dass Sie nach der Zwischenzeit von wenigen Wochen – für Anfang Februar dürfen wir wohl mit einer Aufnahme der hebräischen Sprachkurse in vollem Umfange rechnen – beim Wiederbeginn des Kursus, die Mitarbeit unbeeinträchtigt werden fortsetzen können.

An Ihrem Willen hierzu und daran, dass Sie Ihrem Kursus und Ihrem Lehrer auch über die gegenwärtige Pause hinweg die Treue halten werden, zweifeln wir keinen Augenblick.

Schalom

Berliner Zionistische Vereinigung
Kulturabteilung

Dr. Schlossberg *Friedenthal

---

[1] Zusätzliche Verbote zu Versammlungen und anderen Aktivitäten der jüdischen Organisationen wurden vom 21. Dezember 1936 bis zum 1. Februar 1937 erlassen und dann wieder vom 10. April bis zum 10. Juni. Diese Verbote richteten sich hauptsächlich gegen die nach Assimilation strebenden Organisationen, schlossen aber zum Teil auch zionistische Vereine mit ein. Sport- und Kulturveranstaltungen sowie rein religiöse Gruppen waren davon ausgenommen. Dass die Zionisten trotz ihrer Nützlichkeit in den Augen der Behörden zuallererst Juden waren und dadurch äußerst verdächtig und verhasst, geht aus diesen zeitlich begrenzten Dekreten hervor.

[102] Arbeit des *Keren Hajessod in Deutschland
14. Januar 1937; CJA: 1, 75 A Mu 1, Nr. 4, #5101, Bl. 78-79.

Präsidium des *Keren Hajessod
Jüdisches Palästinawerk, E. V.

Berlin W 15,
Meinekestrasse 10
den 14. Januar 1937.

An den
Vorstand der
Jüdischen Gemeinde,
Mühlhausen.

Sehr geehrte Herren!
Das Präsidium des *Keren Hajessod, des zentralen Finanzinstruments der *Jewish Agency für den Aufbau Palästinas, gestattet sich, Ihnen hierdurch folgendes ergebenst zu unterbreiten:

An die Offenhaltung der Tore Palästinas und die Erweiterung des Aufbauwerks, die ohne eine Sicherung und Konsolidierung des bisher im Lande Geschaffenen nicht denkbar ist, knüpfen sich die Lebenshoffnungen von Hunderttausenden jüdischer Menschen in der Welt, unter ihnen vieler Tausende unserer Brüdern und Schwestern in Deutschland. Für sie alle, für ihre Zukunft, haben die Vierhunderttausend Juden in Palästina unter unsäglichen Opfern und mit einer bewundernswerten Selbstbeherrschung einem ihnen aufgezwungenen Verteidigungskampf standgehalten. Wenn die Mandatarmacht durch die Bewilligung einer neuen Einwanderungsquote von neuem zu erkennen gegeben hat, dass sie – unbeschadet der Empfehlungen der Königlichen Untersuchungskommission[1] – grundsätzlich zu ihrem in der Balfour-Deklaration abgegebenen und im Palästinamandat verankerten Versprechen gegenüber der jüdischen Welt steht, so ist dies vor allem dem ebenso mutigen wie besonnenen Verhalten des Jischuw in Palästina in den vergangenen Monaten zu danken.

Die Ereignisse des Sommers haben jedoch eine Erweiterung der Arbeit in allen Bezirken des Aufbaus notwendig gemacht, denen die jüdische Bevölkerung Palästinas allein nicht gerecht werden kann. Vorkehrungen zur Sicherung von Leben und Besitztum, zur Festigung der Wirtschaft, vor allem aber zur Erweiterung der jüdischen Positionen in Stadt und Land, erfordern – über das regelmässige Auf-

[1] Die im August 1936 von der englischen Regierung ernannte Königliche Untersuchungskommission unter Vorsitz von Lord Peel (Royal Commission of Inquiry, oder: Peel Commission) war eine Reaktion auf die im April 1936 ausgebrochenen arabischen Unruhen. Ihre Aufgabe war es, eine Lösung des Konflikts zwischen Arabern und Juden in Palästina zu finden.

baubudget hinaus – nationale Mittel in beträchtlichem Ausmass. Die Gremien der *Jewish Agency for Palestine und der Zionistischen Organisation haben daher eine ausserordentliche Aktion des *Keren Hajessod proklamiert und die jüdische Welt aufgerufen, der Executive, der leitenden Instanz des Aufbaus, in kürzester Frist einen zusätzlichen Betrag von £300 000.– zur Verfügung zu stellen.

Die Arbeit des *Keren Hajessod für Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina, der im vergangenen Jahre dank dem Opferwillen unserer Gemeinschaft ein besonderer Erfolg beschieden war, wird im Arbeitsjahr 5697[2] mit verdoppelten Kräften fortgesetzt. Die Bemühungen, über die 35 000 Menschen hinaus, die aus Deutschland nach Palästina eingewandert sind, weitere Tausende in Erez Jisrael zu verwurzeln, können nur dann sinnvoll und fruchtbar sein, wenn auch wir Juden in Deutschland unser Teil zum Gelingen der ausserordentlichen Aktion des *Keren Hajessod beitragen. In Würdigung dieser Notwendigkeit hat die zentrale Palästina-Konferenz der Juden in Deutschland vom 15. November 1936 mit einem Appell an die Königliche Untersuchungskommission und die Mandatarmacht für Offenhaltung der Tore Palästinas die Aufforderung an die Juden in Deutschland verbunden, diesem unseren Anspruch auf unbeschränkte Fortsetzung der Einwanderung durch neue Opfer für das Fortschreiten des Aufbauwerks in Palästina das volle Gewicht zu verleihen.

Gestützt auf diesen Appell der Palästina-Konferenz, dem sich die Reichsvertretung, die Landesverbände Preussens, Süddeutschlands und Sachsens, sowie die Grossgemeinden zu Berlin, Frankfurt/M, Breslau, Hamburg und Leipzig in entsprechenden Erklärungen angeschlossen haben, wendet sich der *Keren Hajessod in dieser Stunde nicht nur an jeden einzelnen Juden unserer Gemeinschaft, sondern auch an alle jüdischen Gemeinden. Das Werk in Erez Jisrael ist mehr als eine Stätte, an der der Einzelne sein Leben neu beginnt, es ist Zentrum jüdischer Erneuerung auch für diejenigen Juden, die nicht nach Palästina auszuwandern in der Lage sind. Vornehmste Aufgabe jüdischer Gemeinden ist es, sich an diesem Werke ideell und materiell nach Kräften zu beteiligen.

Das Präsidium des *Keren Hajessod beehrt sich daher, den Antrag zu stellen, für das Jahr 5697 dem *Keren Hajessod für die Arbeit zur Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina eine Subvention in Höhe von 1 % des Steueraufkommens zur Verfügung zu stellen.

In vorzüglicher Hochachtung

---

[2] Gemeint ist das Jahr 1937.

[103] Hebräische Sprachkurse
28. Januar 1937; RSMA: 713-1-2.

Herrn Schloßberg
zur Kenntnis

Berlin, 28. Januar 1937
Dr. K/D

Kultur-Abteilung der B Z V[1]
Herrn Herbert *Friedenthal

In Anschluß an unsere mündliche Besprechung möchte ich deren Inhalt hier kurz zusammenfassen.

Wir waren uns einig, daß nunmehr eine intensive Propaganda für das Hebräischlernen einsetzen muß. Da uns eine Massen-Propaganda aus äusseren Gründen nicht möglich ist, muß sie in engerem Kreis durchgeführt werden, vor allem in den Bezirksgruppen und in den Kreisen der aktiven Mitarbeiter der BZV.

Ich mache folgende konkrete Vorschläge:

1. Bei allen Zusammenkünften hält der Leiter eine kurze, etwa 5 Minuten dauernde Ansprache über die Wichtigkeit des Erlernens der hebräischen Sprache, insbesondere für Zionisten. Falls die polizeiliche Genehmigung hierfür erlangt werden kann, soll bei jeder Veranstaltung 5 Min. Hebräisch gesprochen werden.[2]

2. Es soll versucht werden, Extra-Veranstaltungen, in denen deutsch über die hebräische Sprache, Literatur usw. gesprochen wird, für ein breiteres Publikum durchzuführen.

3. Es soll versucht werden von der Gestapo die Genehmigung für hebräisch-deutsche Veranstaltungen – einmal im Monat – in breiterem Rahmen – zu erhalten.

4. Ein Rundschreiben (wünschenswerter persönliche Briefe) an alle Bezirksleiter und sonstige Funktionäre der BZV, in dem diese energisch aufgefordert werden, mehr um die hebräische Arbeit besorgt zu sein.

5. Die gesamte ausgehende Post soll einen Stempel erhalten, etwa: »Zionisten, lernt hebräisch!« oder dergl.

6. Für die wöchentliche Ssichoth im Heim Kantstrasse und anderen Heimen muß eine intensive Propaganda einsetzen, und zwar

---

[1] B Z V: Berliner Zionistische Vereinigung, oder die Berliner Ortsgruppe der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

[2] Da bei allen jüdischen Veranstaltungen stets polizeiliche Beobachter anwesend waren, bestand normalerweise ein Verbot, bei zionistischen Versammlungen und Veranstaltungen Hebräisch zu sprechen. Es gab aber Ausnahmen, durch die der Gebrauch der hebräischen Sprache in begrenztem Rahmen erlaubt war. Dazu gehörten Sprachstunden, Unterricht in jüdischen Schulen und Kulturveranstaltungen, die dem Zweck dienten, die Auswanderung nach Palästina zu erleichtern.

a) durch die *Jüdische Rundschau, die sich nicht nur damit begnügen dürfte, Redner und Thema anzukündigen, sondern jedesmal eine etwas ausführlicher gehaltene Notiz über den Inhalt bringen müsste.
b) Aus der Kartothek der BZV sollen die Adressen der fortgeschrittenen Schüler ausgesucht werden, die extra zu den Ssichoth einzuladen sind.
c) Das Programm der Ssichoth soll bunter und abwechslungsreicher gestaltet werden.
d) in den zionistische Heimen werden allwöchentlich handgezeichnete Plakate angebracht, damit wirklich alle Hebräisch-Hörenden und -Sprechenden an den Ssichoth teilnehmen.

Dieses Programm liesse sich noch breiter ausbauen. Ich glaube jedoch, wenn wir sofort mit den hier ausgeführten praktischen Vorschlägen beginnen, werden wir schon nach kurzer Zeit einen erheblichen Erfolg verzeichnen.

Schalom
Dr. S. Kaléko

[104] *Schekel-Aktion zum XX. Zionisten-Kongress
23. März 1937; BA/D-H: Z/B1-359.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 23. März 1937

An die
Vorsitzenden unserer Zionistischen Ortsgruppen und
Arbeitsgemeinschaften sowie an die *KKL-Vertrauensleute.

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,
in wenigen Monaten wird der XX. Zionisten-Kongress zusammentreten. Vierzig Jahre sind vergangen, seit der I. Zionisten-Kongress von Theodor *Herzl in Basel eröffnet wurde. Niemand ausser einer kleinen Schar begeisterter Zionisten glaubte damals an den Ernst und die praktische Verwirklichung der Bewegung. Heute blickt das jüdische Volk mit Stolz auf Palästina, in dem ein hebräisch sprechender jüdischer Jischuw jeder Gefahr trotzend am Werk des Nationalheims baut.

Auch für den deutschen Zionismus bedeutet dieses Jahr ein Jahr des Rückblicks. Es sind ebenfalls vierzig Jahre her, seit die »Nationaljüdische Vereinigung für Deutschland« gegründet wurde, die Vorläuferin der »Zionistischen Vereinigung für Deutschland«.[1] Aus ihren Reihen gingen Männer hervor, deren Namen in der ganzen zionistischen Bewegung einen guten Klang haben. Wenn wir in diesen Wochen mit der

**Schekel-Aktion zum XX. Kongress*

beginnen, so sind wir überzeugt, dass das Bewusstsein, eine

Jubiläums-Aktion

[1] Der erste Delegiertentag deutscher Zionisten trat am 11. Juli 1897 in Bingen zusammen. Der Hauptzweck dieser Zusammenkunft war es, vor dem ersten internationalen Zionisten-Kongress in Basel (29.–31. August 1897) eine einheitliche Stellungnahme deutscher Zionisten herbeizuführen. Auf diesem Delegiertentag wurde der Name »Nationaljüdische Vereinigung für Deutschland« angenommen. Kurz nach dem internationalen Zionisten-Kongress in Basel beschloss der dritte Delegiertentag der Nationaljüdischen Vereinigung für Deutschland in Frankfurt (am 31. Oktober 1897) den offiziellen Namen für die nationale Organisation der deutschen Zionisten: »*Zionistische Vereinigung für Deutschland«.

durchzuführen, alle Zionisten in Deutschland bewegen wird, nicht nur ihre eigene Schekelpflicht zu erfüllen, sondern die Aktion zu einer Demonstration für den zionistischen Gedanken auszugestalten, indem sie bis in die kleinste Gemeinde die Parole tragen helfen:

Zahlt den Schekel – Werbt für ihn!

Ihnen, sehr geehrte Gesinnungsgenossen, wird dieses Mal die Aufgabe zuteil, mit uns die *Schekel-Aktion in Ihrem Ort zu organisieren.

Wir brauchen Ihnen die Bedeutung des Schekels nicht zu schildern:

Von der Zahl der in Deutschland verkauften Schekalim hängt die Stärke unserer Delegation auf dem kommenden Zionisten-Kongress ab, damit aber auch die Möglichkeit, unsere Interessen im Rahmen der Gesamtorganisation vertreten zu können. *Dies ist heute noch mehr als vor zwei Jahren eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Judentum.* Wir deuten nur an, dass die Grösse unserer Delegation von Bedeutung für sehr reale Ansprüche ist, die wir als Vertreter der *ZVfD zu stellen haben; so für die Aufrechterhaltung des besonderen Werkes der Abteilung für Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina, weiter für unseren Anteil an den Zertifikaten.

Unsere Delegation muss so stark wie nur möglich sein. Die *ZVfD muss in ihrem Jubiläumsjahr beweisen, dass sie im entscheidenden Augenblick die grosse Masse des deutschen Judentums um sich zu sammeln vermag; noch mehr als vor zwei Jahren müssen wir versuchen, bis in die kleinste Gemeinde mit unserer Parole vorzudringen. Unsere Mitarbeiter können jetzt beweisen, dass ihre Arbeit in den letzten zwei Jahren nicht vergeblich gewesen ist; es gibt keinen besseren Gradmesser für den Stand der zionistischen Bewegung in Deutschland als die diesjährige *Schekel-Aktion, die jetzt ihren Anfang nimmt.

Wir verkennen nicht, dass die zionistische Situation heute anders als vor zwei Jahren ist. Standen damals unsere Bemühungen im Zeichen der Konjunktur des Palästina-Aufbaus, die für viele Menschen anstelle innerer Überzeugung trat, so müssen wir heute gegen die Strömungen ankämpfen, die aus der kritischen Situation, in der sich das Palästinawerk gegenwärtig befindet, das Rüstzeug für eine neue, diesmal territorialistisch gefärbte Ideologie des Antizionismus zu schaffen versuchen. Werbung für den Schekel ist deshalb diesesmal mehr denn je gleichbedeutend mit Werbung für die zionistische Idee, deren innere Kraft überall in der Welt das jüdische Leben in Bewegung bringt, und deren Wahrheit bestehen bleibt, auch wenn nicht jeder einzelne ihrer Träger den Weg der persönlichen Alijah finden kann. Wir wollen nicht nur Schekalim verkaufen; der Jubiläumsschekel der *ZVfD hat nur dann seinen Sinn erfüllt, wenn er uns die Menschen zuführt, die heute noch abseits stehen. Das Ideal jeder Gruppe und jedes Mitarbeiters muss es sein, die Menschen, die bisher bei allen möglichen Anlässen ihre Sympathie mit dem Aufbauwerk in Palästina erklärt oder sogar unter Beweis gestellt haben, zu

veranlassen, nun endlich den Schekel zu zahlen und damit ein offenes Bekenntnis zu unserer Idee abzugeben.

Es ist kein Zweifel, dass in einer Zeit rückläufiger Palästinakonjunktur die Verbreitung des Schekels schwieriger sein wird als im Jahre 1935, als Palästina noch an erster Stelle der Einwanderungsländer stand. Unsere Aufgabe wird es sein, mit erhöhter Propaganda und mit verstärktem Einsatz das auszugleichen, was an hemmenden Momenten heute bei der Mentalität des Judentums in Deutschland zweifellos vorhanden ist.

Nur wenn es gelingt, im deutschen Judentum der Entwicklung von vier Jahren durch eine erfolgreiche *Schekel-Aktion zu einem verbindlichen und unzweideutigen Ausdruck zu verhelfen, wird die *ZVfD die Kraft gewinnen, die sie braucht, um die Interessen der Juden in Deutschland vor dem XX. Kongress mit dem genügenden Nachdruck vertreten zu können.

Wir erwarten, dass jedermann seine Pflicht tut.

Schalom
Zionistischer Landesschekelverband für Deutschland
*Friedenthal Benno *Cohn

[105] Die *ZVfD und der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
26. April 1937; CZA: A142\47-7.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 26. April 1937

An die Mitglieder des Landesvorstandes der *ZVfD.
Betr.: Verhältnis der *ZVfD zum *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.

Sehr geehrter Herr Gesinnungsgenosse,
seit langer Zeit wurde auf unseren letzten Arbeitstagungen und im Rahmen des Landesvorstandes die Frage einer Überprüfung unserer Beziehungen zum *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten diskutiert. Der Kampfbeschluss, durch den die Mitgliedschaft zur *ZVfD unvereinbar mit derjenigen zum *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten erklärt wurde, ist angesichts der damals eindeutig antizionistischen Haltung des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten fast einmütig von unseren Freunden gebilligt worden. Es ist aber zum Ausdruck gebracht worden – so auch in den Verhandlungen der Permanenz-Kommission des Delegiertentages – dass eine Befriedung der Beziehungen der beiden Organisationen anzustreben sei, wenn der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten seine animose Haltung gegenüber der zionistischen Bewegung aufgäbe.

Wie Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein wird, hat sich die Stellungnahme des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zu den Fragen des Palästina-Aufbaus in der letzten Zeit gewandelt.[1] Sein Organ »Der *Schild« hat von jeder aggressiven Note gegen den Zionismus schon seit geraumer Zeit abgesehen und den Fragen des Palästina-Aufbaus, wenn auch unter gewissen, dem *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten nahe liegenden Gesichtspunkten, sein Interesse zugewandt.

In Verhandlungen, die in der letzten Zeit zwischen den Leitungen der beiden Verbände stattgefunden haben, hat sich ergeben, dass diese Haltung des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten einer veränderten Einstellung zum Problem des Palästina-Aufbaus entspringt, der als eine zentrale Aufgabe der jüdischen Welt auch vom Frontbund erkannt worden ist. In den Verhandlungen wurde von uns klargestellt, dass, wenn zu dieser veränderten Einstellung zum Palästina-Aufbau

[1] Selbst nachdem jüdische Organisationen, die wie der RjF die Assimilation unterstützten, 1936 zu der Einsicht kamen, dass das jüdische Leben in Deutschland auf ein Ende zulief und dass deutschen Juden im Allgemeinen keine andere Wahl hätten als auszuwandern, bemühten sie sich, ein nichtzionistisches Umschulungszentrum in Gross-Breesen (nahe Breslau) zu eröffnen. Dieses Bestreben des *Centralvereins der Juden in Deutschland bzw. des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, junge Menschen auf die Auswanderung in andere Länder als Palästina vorzubereiten, zeugt von dieser geänderten Einstellung.

noch eine Bekundung des positiven Interesses durch Mitarbeit und Leistung hinzutreten würde, dies eine Veranlassung wäre, wieder normale Beziehungen zwischen den beiden Organisationen herzustellen und unseren Unvereinbarkeitsbeschluss aufzuheben.

Nach reiflicher Abwägung aller Umstände haben wir uns entschlossen, dem Landesvorstand beiliegendes Abkommen zur Entscheidung zu unterbreiten, das bereits die Billigung der anderen Seite gefunden hat. Wie ersichtlich, bringt hierin der Frontbund eindeutig seine Neutralität allen jüdischen Richtungen, also auch gegenüber dem Zionismus, zum Ausdruck. Er stellt weiter seine Bereitschaft fest, den Palästina-Aufbau, in erster Reihe durch Unterstützung unserer Fonds *Keren Hajessod und *Keren Kajemeth Lejisrael, zu fördern, wobei er denjenigen seiner Mitglieder, die der *Staatszionistischen Organisation oder der *Agudas Jisroel angehören, selbstverständlich die Richtung ihrer Palästina-Betätigung freistellt. Demgegenüber hebt die *ZVfD den Unvereinbarkeitsbeschluss auf und wird ihren Mitgliedern, so weit sie Frontkämpfer sind, den Eintritt in den Frontbund empfehlen.

Es ist weiter beabsichtigt, in den Führerrat des Frontbundes Zionisten zu entsenden, die die Frontkämpfer-Eigenschaft haben, schliesslich auch an den Fonds-Kommissionen Mitglieder des Frontbundes in einer angemessenen Form zu beteiligen.

Wir empfehlen dem Landesvorstand dieses Abkommen zur Annahme. Wir versprechen uns von ihm eine Auflockerung der in letzter Zeit erstarrten Fronten innerhalb des Judentums in Deutschland. Wir glauben weiter, dass hier die Möglichkeit gegeben ist, unseren Fonds einen neuen Kreis von Mitarbeitern und Spendern zuzuführen.

Die Beziehungen zwischen dem Makkabi einerseits und dem Sportbund »*Schild« andererseits werden durch dieses Abkommen nicht berührt, sodass es bei der bisherigen Regelung bleibt.

Durch die Veranstaltungspause ist eine Beratung des Abkommens in einer Tagung des Landesvorstandes unmöglich geworden. Wir müssen daher den Weg der schriftlichen Abstimmung beschreiten.

Zur Vereinfachung des Modus gehen wir davon aus, dass diejenigen Mitglieder, die sich *bis Mittwoch d. 5. Mai 1937* nicht äussern, dem Abkommen ihre Zustimmung geben.

Schalom

*Zionistische Vereinigung für Deutschland

Benno *Cohn *Friedenthal

Anlage!

[106] Die *ZVfD und der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
April 1937; CZA: A142\47-7.

Entwurf

Zwischen dem *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland ist folgende *Abmachung* getroffen worden:

1) Der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten stellt fest, dass in seinen Reihen alle ehemaligen jüdischen Frontsoldaten der alten deutschen Wehrmacht ohne Unterschied ihrer jüdisch-religiösen und jüdisch-politischen Anschauungen ihren Raum haben.
2) Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland hebt den Beschluss vom 6. Juni 1934 auf, der die Zugehörigkeit zu ihr mit derjenigen zum *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und zum Sportbund »*Schild« für unvereinbar erklärt.

   Jede der beiden Organisationen verlangt grundsätzlich von ihren Sport und Turnen treibenden Mitgliedern die Zugehörigkeit zu ihrer Sport-Organisation. Diese gilt nicht für diejenigen Mitglieder des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, die Mitglieder der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland sind.

   Im übrigen bleiben die Regelungen zwischen den Sportverbänden »Makkabi« und »*Schild« unberührt.
3) Der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten anerkennt seinerseits im Rahmen seiner Bestrebungen, alle jüdisch-positiven Gemeinschaftswerte zu fördern, das Palästinawerk und die dem Palästina-Aufbau dienenden Fonds *Keren Hajessod und *Keren Kajemeth Lejisrael.

   Das Verhältnis des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zu den anderen, den Palästina-Aufbau fördernden Bestrebungen wird hierdurch nicht berührt.
4) Diese Abmachung beruht auf dem Wunsch beider Organisationen, die gemeinschaftlichen Aufgaben in freundschaftlicher Zusammenarbeit zu fördern.

Berlin, den April 1937

*Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten
*Zionistischen Vereinigung für Deutschland

[107] Hebräische Sprachkurse

19. Mai 1937; RSMA: 713-1-2.

Den 19. Mai 1937
Dr. Schl./Mo

Richtlinien
für die Eingliederung der hebräischen Sprachkurse der BZV
in die Hebräische Sprachschule der Gemeinde.

Die Kurse der BZV werden als geschlossenes Ganzes in die Hebräische Sprachschule der Gemeinde eingegliedert und autonom weitergeführt.

I. Eine solche Autonomie ist aus folgenden drei Gründen unerlässlich:

1.) Unterrichtsziel und Lehrstoff.
Das Unterrichtsziel der Kurse der BZV ist von dem der Sprachschule unterschieden. Die Kurse der BZV bezwecken, deren Teilnehmern ein den Erfordernissen der Alijah entsprechendes Umgangs-Hebräisch zu vermitteln, während der Unterricht der Sprachschule stärker auf die Beschäftigung mit der Literatur, insbesondere dem Tenach,[1] abgestellt ist.

2.) Ort des Unterrichts.
Den Kursen der BZV ist auch eigentümlich, dass sie weitgehend dezentralisiert in fast allen Stadtteilen, zumeist in den Heimen der BZV, durchgeführt werden. Das ist nicht nur wesentlich, weil dadurch den Teilnehmern Zeit und Kosten erspart werden, sondern vor allem, weil die sonstige Beziehung der Kursteilnehmer zum Heim auch dem Unterricht zugute kommt.

3.) Werbung von Kursteilnehmern.
Die Werbung für die hebräischen Kurse ist ein wesentlicher Teil der Gruppenarbeit. Es besteht eine Verpflichtung der Arbeitskreise zum Iwrith-Lernen. In der Regel entscheiden sich nicht die einzelnen Gruppenangehörigen für einen Unterrichtskursus, sondern ganze Kreise von Mitgliedern. In dem Augenblick, wo die hebräische Arbeit von der Gruppenarbeit völlig getrennt würde, könnte die Werbung nur individuell erfolgen und würde sicherlich in ihren Erfolgen zurückgehen.

[1] Tenach: Hebr. »Altes Testament«.

II. Durchführung der Autonomie

1.) Um die hebräischen Sprachkurse der BZV nach ihrer Eingliederung in die Sprachschule der Gemeinde als ein in sich abgeschlossenes Ganzes auch äusserlich zu kennzeichnen, ist es zweckmässig, ihnen einen eigenen Namen zu geben. Es soll aber nicht verkannt werden, dass dem Bedenken insofern entgegenstehen, als die Einheit der Sprachschule damit nach aussen hin problematisch würde. Es ist damit zu rechnen, dass dieser Forderung von seiten der Gemeinde Widerstand entgegengesetzt werden wird.

2.) Die geschlossene Übernahme der hebräischen Sprachkurse bedeutet, dass diese Kurse als solche unverändert unter ihren bisherigen Lehrern bestehen bleiben. Einer dieser Lehrer wird von der BZV im Einverständnis mit der Leitung der Hebräischen Sprachschule zum Leiter bestellt. Diesem Leiter steht ein Waad[2] zur Seite, dem ausser ihm ein zweiter Lehrer der hebräischen Sprachkurse und der Leiter der Hebräischen Sprachschule bzw. ein von ihm bestellter Vertreter angehört.

Sollte der Forderung einer selbständigen Leitung der Sprachkurse unüberwindlicher Widerstand entgegengesetzt werden, so könnte darin gewilligt werden, die Leitung der Sprachkurse einem Waad zu übertragen, der wie oben zusammengesetzt sein soll. Einer der beiden diesem Waad angehörenden Lehrer der Sprachkurse würde dann deren technische und organisatorische Aufgaben durchführen und insoweit dem Leiter der Hebräischen Sprachschule beigeordnet sein. In diesem Falle würde die pädagogische Leitung dem Waad obliegen, doch könnte dem Leiter der Sprachschule das Recht konzediert werden, nach Verständigung mit dem Waad die Kurse zu inspizieren.

3.) Die Einrichtung *neuer Kurse* erfolgt auf Beschluss des Waad. Die Meldungen hierzu sind bei der BZV oder von ihr bestimmten Stellen abzugeben.

4.) *Finanzierung.*
Die Finanzierung der hebräischen Sprachkurse ist ebenfalls eine von der Sprachschule gesonderte. Die Lehrer erhalten für jeden der Kurse ein noch zu bestimmendes festes Honorar. Die Kosten jedes Kursus sind zum mindesten zu zwei Drittel von dessen Teilnehmern aufzubringen, den Rest trägt die Sprachschule.

[2] Waad: Hebr. »Beratung«.

III. Hebräische Kulturarbeit

Die hebräischen Sprachkurse veranstalten gemeinsam mit den regional zuständigen Gruppen der BZV in deren Heimen Chugim und Sichoth, die auch von Nichtteilnehmern der Kurse besucht werden können.

[108] *Schekel-Aktion zum XX. Zionisten-Kongress
20. Mai 1937; BA/D-H: Z/B1-359.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 20. Mai 1937
BC/Be

An die
Gruppenverbandssekretäre und -leiter sowie
an die Vorsitzenden und Ortsschekelleiter
unserer grossen Ortsgruppen.

Liebe Freunde,
mit diesem Rundschreiben, das an die Gruppenverbandsleiter, Sekretäre und an die grössten Ortsgruppen gerichtet ist, wollen wir Ihnen einige wichtige, die *Schekel-Aktion betreffende Angelegenheiten bekannt geben:

Bisheriger Verlauf der Aktion

Die Resonanz im Kreise *der Mitarbeiter* ist nach unseren Eindrücken sehr gross. Die Korrespondenz mit der Zentrale ist umfangreich, die briefliche Reaktion so prompt, wie schon lange bei keiner zentralen Aktion – ein Symptom für die grosse Arbeitsfreude gerade bei dieser Aktion, die aus dem Rahmen der anderen ja stark herausragt. Der Umstand, dass jede andere Betätigung sehr eingeschränkt ist, kommt der *Schekel-Aktion in gewissem Masse zu gute, wenn naturgemäss die Propaganda darunter oft empfindlich leidet. Auch die politische Situation des Zionismus wirkt nach unserem Eindruck *bei den Mitarbeitern* als stimulierendes Moment. Bisher können naturgemäss erst vereinzelte Resultate vorliegen.

Jetzt erst tritt die Aktion aus dem engeren zionistischen Kreis an die zionistische und jüdische Peripherie heran. Auch in diesem Sektor läuft die Aktion in den meisten Plätzen gut an. Die Bereitschaft, den Schekel als Bekenntnis zum Palästina-Aufbau zu zahlen, ist bei den Durchschnittsjuden vorhanden.

Nächste Etappe der Arbeit

Da der Beginn durch die bekannten Umstände verzögert worden ist, wird die Aktion nicht vor Ende Juni abgeschlossen werden können. Es kommt jetzt darauf an, während der Veranstaltungspause die begrenzten Mittel, die wir haben (Mitarbeiterversammlungen und Film), so stark einzusetzen wie möglich. Wahrscheinlich

wird auch der Film »*Land der Verheissung*«,[1] wie angekündigt, im Reich mit Rednern wieder herausgebracht werden. Diese Mittel müssen angesichts der Situation bis zum äussersten ausgenutzt werden. Die *Mitarbeiterbesprechungen* sollten in regelmässigen Abständen wiederholt werden, um das Interesse der Mitarbeiter an der Aktion wachzuhalten. Fortlaufende Informationen über die Entwicklung der zionistischen Situation können die Mitarbeiterveranstaltungen interessanter machen. In einer Anzahl von grossen Orten hat bekanntlich die *freie Aktion* bereits eingesetzt. Bei dem Fehlen vieler Propagandamöglichkeiten wird nach unserem Eindruck hierdurch eine Atmosphäre für den Schekel in weiten Kreisen geschaffen.

In *Berlin* haben wir bereits Erfolge mit der Bearbeitung der *jüdischen Treffpunkte* wie Hotels, Restaurants, Cafés, Gemeinderäumen etc. gehabt. Der Absatz des Schekels ist in einer Anzahl von Fällen gut gelungen. Wir nehmen an, dass überall das Schekelplakat angebracht worden ist und bitten, uns weiteren Bedarf bekannt zu geben.

Für den Monat Juni werden wir uns jetzt auf einen neuen grossen Anlauf vorzubereiten haben, um die Aktion, gleichviel wie sie bisher verlaufen ist, im letzten Stadium kräftig zu fördern und die Kontingente zu realisieren. Wir planen den Gruppenverbandsleitungen vorzuschlagen, nach Schluss der Veranstaltungspause am 10. Juni 37 eine Anzahl von *Gruppenverbandstagen* und *Kreistagen* an den drei Sonntagen des Juni, am 13., 20. und 27.6. stattfinden zu lassen. Die Tagungen werden politische Referate über die Situation im Lande und in der zionistischen Politik bringen, und wie wir glauben, für die *Schekel-Aktion sehr förderlich sein. Weiter werden wir in der zweiten Hälfte des Juni eine *Versammlungs-Campagne* machen, bei der auch Joachim *Prinz, der Ende Juni nach Amerika zur Arbeit für den United Palestine Appeal auswandert, in einer Anzahl von grossen Orten zum letzten Mal sprechen wird. Auch Dr. *Traub, der demnächst aus Palästina zurückkommt, wird eingesetzt werden. Mit einer starken Aktion nach innen und nach aussen, hoffen wir, die in den letzten Wochen ausgefallenen Arbeitsmöglichkeiten im Juni noch nachholen zu können.

Jubiläumsfeier

Nachdem uns gestern die zentralen Behörden die Genehmigung zur Feier des *vierzigjährigen Jubiläums der *ZVfD*[2] im Rahmen der Veranstaltungspause erteilt haben, ist von uns eine Kundgebung der *ZVfD im Kulturbundtheater in Berlin für den 31.d.Mts. angesetzt worden. Mit der Kundgebung verfolgen wir in erster Reihe repräsentative und propagandistische Absichten. Wir glauben, dass sie

[1] »Land der Verheissung« ist ein Tonfilm aus dem Jahr 1935, der zeitgenössische jüdische Aktivitäten in Palästina dokumentiert.

[2] Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland wurde offiziel im Jahre 1897 gegründet.

gerade in der jetzigen Entwicklung einen grossen Eindruck machen wird. Wir halten es für richtig, dass nach der Veranstaltungspause auch in anderen Städten im Zusammenhang mit den grossen Veranstaltungen des Jubiläums gedacht wird. Wir glauben, dass dieses einmal für die *Schekel-Aktion nicht unwichtig ist, dass weiter aber auch über die üblichen Jubiläumsworte hinaus den Juden in Deutschland von der Geschichte des deutschen Zionismus und seiner Funktion im deutschen Judentum einiges Wissenswerte erzählt werden kann. Näheres hierüber werden wir noch im Wege der Korrespondenz festlegen.

Es interessiert uns sehr, Ihre Meinung zu obigem zu erfahren, insbesondere zur Fragen der Gruppenverbandstage und der Jubiläumsfeier.

Royal Commission

Zum letzten Stand der zionistischen Situation übermitteln wir Ihnen nachstehende Information:

Über die Verhandlungen der Kommission gibt es keine neuen Meldungen. Es ist allseitig unbekannt, ob die RC einen oder mehrere Vorschläge machen wird, weiter unbekannt, ob die Kommission tatsächlich die Teilung Palästinas vorschlagen wird und wenn ja, wie diese Teilung aussehen wird. Es ist auch unbekannt, wie sich die Regierung zu einem solchen Vorschlag stellen und wie sie ihn parlamentarisch und im Rahmen des Völkerbundes behandeln wird. Es bleibt nichts übrig, als uns in Geduld zu fassen und abzuwarten, bis der Bericht vorliegt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dieses schon in den nächsten Wochen der Fall ist.[3]

Schalom

Zionistischer Landesschekelverband für Deutschland

*Zionistische Vereinigung für Deutschland

[3] Der Bericht der Royal Commission (Peel Commission) wurde am 7. Juli 1937 veröffentlicht. Er sah u. a. das Ende des britischen Mandats in Palästina sowie die Teilung Palästinas in einen nominal unabhängigen jüdischen und einen arabischen Staat (unter Aufrechterhaltung gewisser Reservate für die englische Mandatsregierung) vor.

[109] Zionismus in Rheinland-Westfalen
29. Juni 1937; BA/D-H: Z/B1-582.

Zionistischer Gruppenverband Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf, den 29, Juni 1937.
Adolf Hitlerstr. 3.

R/9.

Bericht

über den Gruppenverbandstag am 20.6.37 in Essen

Sonntag, den 20.6., fand im Jugendheim in Essen der diesjährige zionistische Gruppenverbandstag für Rheinland-Westfalen statt. Die Tagung war ausserordentlich gut besucht. Allein über 500 auswärtige Besucher nahmen an der Kundgebung teil.

Der Vorsitzende des Gruppenverbandes, Dr. Josef *Neuberger, Düsseldorf, eröffnete die Tagung und gedachte der Freunde, die in der letzten Zeit von uns gegangen sind.

Im Namen der Zionistischen Ortsgruppe Essen begrüsste Dr. Westfeld die Tagungsteilnehmer.

Für die Synagogen-Gemeinde Essen sprach Herr Auerbach. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass Essen zum Tagungsort ausersehen worden sei.

Daraufhin hieß Herr Rabbiner Dr. *Hahn, Essen, die Anwesenden mit herzlichen Worten im Namen des Rabbinats sowie des Vorstandes des Jugendheims willkommen. Er hob hervor, dass Palästina heute nicht mehr allein eine Sache der Zionisten, sondern gemeinsame Sache aller Juden sei. Jeder müsse mithelfen, das jüdische Land in jüdischem Geiste aufzubauen. In diesem Sinne überbrachte er die Grüße des Ortskomitees Essen des Jewish-Agency.

Anschliessend ergriff *Dr. Franz *Meyer* das Wort zu dem Thema: »Der Zionismus vor dem XX. Kongress und die zionistische Bewegung in Deutschland.«

Er zeichnete eingangs die Grundlinien der historischen Entwicklung der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, die in diesen Tagen ihr vierzigjähriges Jubiläum begeht und stellte drei Entwicklungstendenzen fest. Der deutsche Zionismus war zunächst eine geistige Bewegung der jüdischen Akademikerkreise in Deutschland. Als solcher hat er es verstanden, eine politische Ideologie des Zionismus herauszuarbeiten und damit einen Einfluß auf die Gesamtheit der zionistischen Bewegung auszuüben. Diese Richtung gewann durch das Entstehen der im »*Blau-Weiß« zusammengeschlossenen jüdischen Jugendbewegungen ihre Verbundenheit mit Palästina und chaluzischer Arbeit. Als letzter Faktor trat die moderne jüdische Sozialarbeit hinzu, in der der deutsche Zionismus neue Organisationsformen herausbildete. Durch das Zusammenwirken dieser drei Faktoren war es dem Zionismus in Deutschland möglich, den Juden in einer Zeit

des Zusammenbruchs den Weg zurück zu jüdischen Leben und vorwärts zum jüdischen Aufbau zu zeigen.

Der Referent beschäftigte sich sodann mit der Gegenwartsarbeit der zionistischen Bewegung. Er warf die Frage auf, was sich die Zionisten in den letzten vier Jahren vorgenommen und was sie erreicht haben. Das Problem der Auswanderung sei für 100 000 Juden gelöst worden. Dieses günstige Ergebnis wurde nicht zuletzt dadurch erzielt, dass man stets bemüht war, die Auswanderung von Unbemittelten und Bemittelten in harmonischen Einklang zu bringen. So wurde schon sehr früh das Transferproblem in Angriff genommen. Durch die erfolgreichen Verhandlungen auf diesem Gebiet gelang es, sehr viele Arbeitsplätze bei Juden für Juden zu schaffen.

Dr. Franz *Meyer wies im Anschluss darauf hin, welche grossen inneren Gefahren mit dem durch die Massenauswanderung der jüngeren Generation verbundenen Umwandlungsprozess zusammenhängen. Er betonte, dass die Aufrechterhaltung der Einheit im deutschen Judentum trotz aller Schwierigkeiten bis zum heutigen Augenblick nicht hoch genug eingeschätzt werden könne.

Übergehend auf die grossen Aufgaben der nächsten Zeit bezeichnete Dr. *Meyer die Auswanderung von weiteren hunderttausend Juden aus Deutschland als das dringendste Problem. Diese Aufgabe ist nur zu lösen, wenn die Erfahrungen, die in der Palästinaarbeit gemacht worden sind, in ein grosses Gesamtschema der Massenauswanderung aus dem mittel- u. osteuropäischen Raum eingebaut werden. Vor allem muß die zionistische Arbeit in all ihren Zusammenhängen mit der jüdischen Gesamtheit unangetastet aufrecht erhalten bleiben. Wir befinden uns in einer Krise unserer Gemeinschaftsarbeit. Sie muß und wird überwunden werden.

Der Redner beschäftigte sich sodann ausführlich mit dem Beitrag, den die ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen für die Wanderung, insbesondere für die Palästinawanderung geleistet haben. Er wies auf die zahlreichen konstruktiven Versuche hin, die zum Ziele haben, eine größtmögliche Auswanderung zu gewährleisten. Große Verdienste, so sagte er, hat der Council für German Jewry erworben. Er konnte in der letzten Zeit dreimal so viel Mittel in die Landwirtschaft Palästinas investieren, als der Keren-Hajessod. So erfreulich dies auch ist, so sehr sieht man doch an dieser Tatsache, wie wenig wir alle noch für den Aufbau Palästinas tun.

Besonders hervorzuheben ist die Jugendalijah, die eine neue geglückte Form darstellt, Menschen schon im jugendlichen Alter mit dem Leben in Erez-Israel zu verbinden. Von grosser Bedeutung ist auch die Mittelstands-Alijah und ihre Ansiedlung auf dem Lande. Sie wird mit besonderer Intensität betrieben. Gegenwärtig ist man bemüht, Gruppen von Mittelstandssiedlern für Palästina zu organisieren. Auch hat sich die Kombination von nationalen und privatem Kapital, die bei verschiedenen Siedlungsgesellschaften vollzogen ist (Rasco!) ausserordentlich bewährt.

Zum Schluß sprach Dr. *Meyer von den besonderen Aufgaben des deutschen Zionismus im Rahmen der *Zionistischen Weltorganisation. Im deutschen Zionismus, so sagte er, hat man längst eingesehen, daß das Gemeinsame wichtiger ist als die Differenzen. Nur wenn diese Einstellung Gemeingut aller wird, werden wir die großen Staatsaufgaben die uns gestellt sind, bewältigen können. Der Zionismus muß überall in der Welt als ein geschlossener Block dastehen. Nur dann kann er die großen politischen und erzieherischen Probleme lösen. Nur dann kann er die Juden zwingen, sich durch ihren Einsatz in dieser historischen Situation zu bewähren. Der Zionismus muß der treibende Faktor in der Gestaltung jüdischen Volksschicksals sein. Die Existenz des jüdischen Volkes entscheidet sich mit dem Aufbau Palästinas.

Die Zuhörer dankten dem Referenten mit starkem Beifall.

In der darauffolgenden Diskussion verlangte *Kupferschlag* (Unna) eine weit größere Unterstützung der Kleingemeinden durch die Großgemeinden und eine stärkere Zusammenarbeit der einander benachbarten Kleingemeinden.

Ass. Guthmann (Düsseldorf) sprach eingangs von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Einheit im deutschen Judentum. Er forderte die Anwesenden dazu auf, mit zur Erhaltung dieser Einheit beizutragen. Er wies sodann auf die Diskrepanz hin, die zwischen unserer Propaganda für Palästina und dem objektiven Tatbestand der geringen Einwanderungsmöglichkeiten nach Erez besteht. Unsere Erziehungsarbeit muß vertieft werden. Besonders hinzuweisen ist auf unsere historischen Rechte.

R. A. Jonas (Köln) weist auf den Wandel des Judentums in Deutschland hin. Aus einem Faktor der Vorsorge für andere sind wir zu einem Objekt der Fürsorge anderer geworden. Umso notwendiger ist das Gefühl der Verbundenheit.

Dr. Wassermann (Oberhausen), der sich gleichzeitig von den Zionisten Rheinland-Westfalens vor seiner Alijah verabschiedete und stürmisch begrüßt wurde, kritisierte die Haltung der jüdischen Presse, die einen allzu pessimistischen Ton anschlage. Er verweist auf die Schwierigkeiten die bereits früher vorhanden waren und immer wieder überwunden werden konnten. Das politische Ziel des Zionismus steht unverrückbar fest.

*Dr. *Josephthal* (Berlin) vermißt in der zionistischen Bewegung der letzten Jahre den notwendigen menschlichen und persönlichen Kontakt, sowie die intensive Beschäftigung mit unserem eigenen Gedankengut. Auf diese Art werden unsere Versammlungen zu Demonstrationen. Echte Aussprachen sind ganz selten geworden. Wir müssen eine Bindung der menschlichen mit der politischen Kraft erzielen. Nur dann werden wir den denkenden Teil der indifferenten Juden für unsere Idee gewinnen können. Erst dann wird unsere Bewegung von politischer Stoßkraft erfüllt sein.

Erich Weinberg (Oelde) glaubt, daß nur dann die Möglichkeit bestehe an den noch nicht erfaßten Teil des Judentums in Deutschland heranzukommen, wenn die kleineren Gemeinden intensiviert und zusammengefaßt werden.

*Dr. Franz *Meyer* dankte für die aufschlußreiche Diskussion. Er brachte zum Ausdruck, daß er das Gefühl habe, mit allen Tagungsteilnehmern darin einig zu sein, daß es gerade im Stadium der Verwirklichung darauf ankomme, die Dinge herauszuarbeiten, die jenseits der Realität unseres täglichen Lebens seien. Unsere Bewährung in der Pflichterfüllung im Kleinsten ist die schwerste Aufgabe, die uns gestellt ist. An der Art, wie wir an diese Dinge herangehen, soll die Echtheit unseres Willens erkennbar sein.

Vor Eintritt in die Nachmittagssitzung erinnerte Dr. *Neuberger an das vierzigjährige Beamtenjubiläum von Adolf Pollak, Jerusalem, der viele Jahre in unserem Bezirk gearbeitet hat. Er forderte die Anwesenden auf, sich durch Spenden an der Eintragung des Jubilars in das goldene Buch des *KKL zu beteiligen. Die sofort durchgeführte Sammlung hatte eine ausgezeichneten Erfolg.

Zum Abschluß der Tagung sprach *Dr. Georg *Josephthal* über das Thema: »Die Lage in Erez-Israel und der Stand der Palästina Politik.«

Der Referent führte aus: Die Entscheidung der Königlichen Kommission kann zwei Vorschläge bringen. Entweder wird Palästina geteilt oder es wird bei Vermeidung der Teilung ein gesetzgebender Rat mit dem Recht der Bodengesetzgebung eingesetzt und der Einwanderungsschedul auf 10 Jahre festgelegt. Wir haben damit zu rechnen das die Teilung vorgeschlagen wird. Wenn dies der Fall ist, so werden mindestens sechs Monate vergehen, bis eine endgültige Entscheidung getroffen ist. Die Vorschläge müssen, bevor sie in Kraft treten, viele Instanzen durchlaufen (Mandatskommission, Völkerbundsrat usw.). Auch haben die U. S. A. das Recht der Mitbestimmung.

Ein Urteil kann man sich heute noch nicht bilden. Entscheidend ist wieviel wir bekommen.

Sicher wissen wir, daß uns bei einer Teilung der Galil, der Emek-Jesrel, der Emek-Sebulon und die Linie von Haifa bis Gaza zufallen werden.

Sicher wissen wir, dass wir bei einer Teilung Jeruschalaim und das Gebirge Juda *nicht* bekommen werden.

Unsicher ist die Frage, wem der Negew zufallen wird und wie das Schicksal Haifas sein wird.

Die Gesamtbodenfläche Palästinas beträgt 26 000 000 Quadratkilometer. Hiervon sind uns 8 bis 9 Mill. qukm sicher, wenn der Negew nicht dazu gehört. Mit dem Negew kämen wir auf 18 bis 19 Mill. qukm.

Es gibt viele Argumente für und gegen die Teilung. Gegen die Teilung spricht:

1.) Dass zu dem jüdischen Palästina Jerusalem nicht gehören soll. Sollte England den Juden Jerusalem nicht in irgendeiner Form zugestehen, so wird der ganze Plan daran scheitern. Denn es gibt unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.
2.) Dass mit der Teilung eine Trennung der Völker nicht verbunden ist. Beispielsweise sind 50 % der Bevölkerung in dem uns sicher zufallenden Scharon Araber. So werden die Grenzspannungen nachbarlichen Zusammenlebens

gar nicht zu vermeiden sein, umso mehr als die Muftipartei[1] den Teilungsplan unbedingt ablehnt.

3.) Dass wir eine Siedlungsschance verlieren würden. Wie gross dieser Verlust sein wird, ist im Augenblick nicht abzusehen.

Wenn wir schon alleine diese drei Hauptargumente, denen man noch viele Nebenargumente beifügen könnte, in Erwägung ziehen, so fragen wir uns, was uns überhaupt noch veranlasst, den Teilungsplan zu diskutieren. Aber wir haben zu bedenken, was kommt, wenn wir den Teilungsplan ablehnen. Ein gesetzgebender Rat mit der Kompetenz der Bodengesetzgebung, sowie die Festlegung eines geringen Scheduls auf 10 Jahre wäre angesichts der jüdischen Not unerträglich. Daher sind wir geneigt, die Vorteile, die uns ein Teilungsplan bringen würde, näher ins Auge zu fassen.

Für die Teilung spricht, dass wir in einem britischen Dominion wahrscheinlich eine eigene Regierung mit eigenen Rechten erhalten. Dabei ist nicht zu übersehen, dass auch eine jüdische Regierung den Umfang der Einwanderung nur nach der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes bestimmen kann. Von Bedeutung wäre eine eigene Zoll- u. Arbeiterschutzgesetzgebung.

Eine endgültige Abwertung der Argumente kann man erst dann vornehmen, wenn man weiss, was der Plan im einzelnen bringt. Proklamationen sind in diesem Augenblick sinnlos. Vor allem müssen wir bedenken, dass wir die Entscheidung nicht nur für uns, sondern auch für die kommenden Generationen treffen. Ohne Voreingenommenheit und Hass muss alles erwogen werden.

Es ist ein Unterschied, ob wir annehmen oder ablehnen und etwas auf uns nehmen müssen. Im ersteren Falle sind wir gezwungen, das zu halten, dem wir zugestimmt haben, im letzteren Falle steht uns die Möglichkeit des Kampfes in einem bestimmten späteren Zeitpunkte offen.

Eines steht unverrückbar fest: wir werden nach aussen gemeinsam handlen und gemeinsam Glück oder Unglück tragen. Der Zionismus ist unerschütterlich.

Zum Schluß referierte Dr. *Josephthal über die augenblickliche wirtschaftliche Situation in Palästina. Die Unruhen des Jahres 1936 haben nicht viel Schaden verursacht, wie man ursprünglich annahm. Es sind sogar eine Reihe von Fortschritten zu verzeichnen. Von Bedeutung ist die Mehrproduktion der Gemischtwirtschaft.

Die Zahl der Siedlungen hat sich in den letzten sechs Jahren mehr als verdoppelt. Dreimal soviel Menschen als 1930 leben heute in den Kibbuzim. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt nur 2 bis 4.oo. Jedoch ist die Kaufkraft gesunken.

---

[1] Hier ist die arabisch-nationalistische Organisation des Großmuftis von Jerusalem, Haj Amin al-Husayni, in Palästina gemeint. Seit Ende des Ersten Weltkriegs verlangte al-Husayni den sofortige Abschluss des britischen Mandatsund der jüdischen Einwanderung in Palästina sowie die Unabhängigkeit eines palästinensischen Staates. Die Araber stellten Ende der 30er Jahre ca. 70 % der gesamten Bevölkerung des britischen Palästina-Mandats.

Weniger erfreulich ist die industrielle Entwicklung. Die Ausfuhrmöglichkeiten sind nicht grösser geworden, während sich der arabische Markt wesentlich verkleinert hat.

Interessant ist, dass die Arbeitereinwanderung auf 39 % gesunken ist, während die Alijah von Angehörigen auf 32 % der Gesamteinwanderung gestiegen ist.

Wir müssen herauskommen aus dem Traumlande des Zionismus von 1897 und von Stufe zu Stufe vorwärtsschreiten. Es wird vorwärts gehen mit oder ohne Teilungsplan. Wenn das Feuer in der Brust nicht verlöscht, wird der Traum einmal Wirklichkeit werden!

Nach dem Referat von Dr. *Josephthal, das einen ausserordentlich starken Eindruck hinterließ, wurde die Tagung mit dem Gesang der Hatikwah geschlossen.

Anschliessend folgen die Berichte über die in der Mittagszeit stattgefundenen Kommissionssitzungen.

Zionistische Arbeit:

An dieser Kommissionssitzung, die unter Leitung von Dr. Fritz Ikenberg, Düsseldorf stand, nahmen neben Dr. Franz *Meyer, Berlin, Dr. Georg *Josephthal, Berlin und Dr. Josef *Neuberger, Düsseldorf 93 Gesinnungsgenossen aus dem Bezirk teil.

I. *Bericht über die vergangene Arbeit.*
Dr. Ikenberg gab zu Beginn der Sitzung einen Überblick über die abgelaufene Arbeitsperiode. Er erinnerte an die Schwierigkeiten, die unserer Arbeit seit dem letzten Gruppenverbandstag in W.-Elberfeld (März 1936) entgegen gestanden haben. Mit der Alijah im Herbst 36 seien sehr viele Gesinnungsgenossen, die bis dahin führend in der Arbeit gestanden hatten, nach Erez gegangen.
Der Schwerpunkt der Arbeit hat sich, so führte der Referent weiter aus, mehr und mehr zu den Grossgemeinden hin verschoben. Hier sind noch die besten Möglichkeiten. Wir haben daraus die Konsequenz gezogen und neue Büros in Dortmund und Essen errichtet.

II. **Schekelaktion.*
Die *Schekelaktion scheint einen günstigen Verlauf zu nehmen. Einige Städte z.B. Düren haben ihr Kontingent schon überschritten. Düsseldorf, Elberfeld, Münster und Remscheid haben das Kontingent schon fast erreicht. Es hat sich gezeigt, dass die Erfolge überall dort gut gewesen sind, wo man die Vorstände der neben der Ortsgruppe bestehenden zionistischen Verbände (*Wizo, *Misrachi) für die Aktion eingesetzt hat. Auch hat sich die Verteilung von möglichst vielen Schekelblocks als sehr glücklich erwiesen. Leider haben viele Gruppen zuviel blaue Schekalim verkauft. Der Ausgleichsfonds muss zur

Aufbesserung des Ergebnisses überall dort eingerichtet werden, wo er noch nicht besteht.

III. *Vorschläge für die zukünftige Arbeit.*

1.) *Veranstaltungen:*

Dr. Ikenberg entwickelte sodann die Grundzüge der zukünftigen Arbeit. Wir werden, so sagte er, auch in Zukunft auf die *grossen Veranstaltungen*, die sich an alle Gemeindemitglieder richten, nicht verzichten können. Gerade jetzt müssen wir zu allen Juden sprechen. Leider wird der technischen Vorbereitung bei grossen Veranstaltungen in vielen Gruppen nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Fragen: Wer lädt ein? Wen lädt man ein? Wie lädt man ein? müssen jeweils sorgfältig durchdacht werden. Das Gruppenverbandsbüro sollte für diese Vorbereitungen viel stärker in Anspruch genommen werden als bisher. Es stellt sich gern zur Verfügung.

Auch *Mitgliederveranstaltungen* müssen mehr als bisher gepflegt werden. Sie geben die beste Möglichkeit, den fehlenden Kontakt zwischen den Mitgliedern herzustellen. Notwendig ist, dass diese Veranstaltungen interessant gestaltet werden. Besonders gute Erfahrungen hat man mit Abenden gemacht, an denen mehrere Kurzreferate über konkrete Themen gehalten wurden. (z. B. 3 Referate über Haifa, Tel Aviv, Jeruschalajim). Pressereferate tragen sehr zur Verlebendigung bei.

Als besonders attraktiv hat sich der **Oneg Schabbath* erwiesen. Es gibt hier die verschiedensten Möglichkeiten (wir werden zur Frage der Ausgestaltung der Onegim ein besonderes Rundschreiben herausgeben).

Auch künstlerische Veranstaltungen sollten stärker als bisher berücksichtigt werden. Die Erfahrungen (Koninski-Touree, Schallplatten Abend etc.) ermutigen zur weiteren Arbeit in dieser Richtung. Die Unkosten solcher Veranstaltungen können meist durch Eintrittspreise gedeckt werden.

2.) *Intensivkreise.*

Auf diesem Gebiet haben wir in der letzten Zeit grössere Fortschritte gemacht. Es gibt aber auch jetzt noch eine Anzahl von Gruppen, in denen Intensivkreise nicht bestehen. Die Bedeutung der Intensivkreise hat sich besonders bei den letzten Aktionen erwiesen. Überall dort, wo solche Kreise bestanden und man sich daher auf einen bestimmten Mitarbeiterstamm verlassen konnte, waren alle Aktionen besonders erfolgreich. Alle mittleren und grösseren Gruppen, in denen noch keine Intensivkreise bestehen, sollen sich mit dem Büro des Gruppenverbandes in Verbindung setzen. Referenten stehen in ausreichender Zahl zur Verfügung.

3.) *Werbung.*
In den mittleren und insbesondere den grossen Gemeinden besteht zweifellos auch heute noch die Möglichkeit, den durch Abwanderung eingetretenen Mitgliederschwund durch Werbung neuer Menschen zumindest auszugleichen. Zwar hat Palästina an Anziehungskraft eingebüsst, aber es ist nicht zu verkennen, dass in fast allen jüdischen Familien enge persönliche Beziehungen zu Erez bestehen.

Vor der eigentlichen Werbung, die planmässig anhand einer Werbekartothek durchgeführt werden muss, sind alle sonstigen Möglichkeiten auszuschöpfen, die zu einer Erhöhung der Mitgliederzahl führen. Hierher gehört nicht nur die Eingliederung der Ehefrauen der organisierten Zionisten, sondern auch die Eingliederung der Mitglieder befreundeter Organisationen (z. B. *Wizo, Makkabi.). Hier liegt noch ein grosses Reservoir.

Schriftliche Werbung ist sinnlos. Die besten Erfolge werden durch Besuchsaktionen erzielt. Vorbereitend haben sich Zirkel sehr gut bewährt. Auch wird man in Zukunft stärker die Propaganda im Rahmen der Kulturbundveranstaltungen beachten müssen. Wichtig ist auch, dass die Lehrhausprogramme mit Palästinathemen durchsetzt werden.

4.) *Finanzen:*
Die Ortsgruppenfinanzen sind von entscheidender Bedeutung. Die Frage der Finanzen ist meist identisch mit der Frage des Kassierers. Dort wo ein guter Kassierer ist, sind die Finanzen in Ordnung, auch wenn die finanzielle Lage der Mitglieder nicht gut ist. Diesem Problem muss die besondere Aufmerksamkeit der Ortsgruppen gelten. Von den Finanzen der Ortsgruppen hängt nicht nur die Existenz des Gruppenverbandes, sondern auch die Möglichkeit der Finanzierung eigener grösserer Veranstaltungen ab.

Zum Schluss seines Referates betonte Dr. Ikenberg, dass er es nach wie vor als seine Aufgabe ansehe, auch die kleinen Gruppen im Bezirk zu betreuen. Notwendig sei eine systematische Arbeit. In vielen Ortsgruppen würden noch lange nicht alle Chancen ausgenutzt. Die Ortsgruppe, so betonte Dr. Ikenberg, ist die Repräsentantin des Zionismus am Ort. Sie hat die Atmosphäre zu schaffen. In ihren Rahmen haben sich alle zionistischen Organisationen und Bünde einzuordnen. Sie hat die Aufgabe der gemeinsamen Planung. Wenn jeder seine Pflicht tut, so werden wir auch die vor uns stehenden Aufgaben bewältigen.

An der anschliessenden Aussprache beteiligten sich: Dr. Königsberger (Mülheim), Teicher (Essen), Kaminski (Düsseldorf), Frohsinn (Mörs), Rosenthal (Witten), *Goldmann (Köln), Dr. *Josephthal (Berlin), Israel (Duisburg), Stern (Essen).

[110] Die Berliner Zionistische Vereinigung
6. Juli 1937; RSMA: 713-1-4.

Den 6. Juli 1937
Dr. Schl./Me

I. Der Stand der BZV-Arbeit

Mitgliederbestand: 5704. Das sind ca. 1000 Mitglieder weniger als im Januar 1936 (6747). Der Rückgang setzte genau mit Beginn des zweiten Halbjahrs 1936 ein. Allerdings hatte es auch schon im ersten Halbjahr 1936 Monate gegeben, in denen die Abgänge die Zugänge überstiegen. Seither ist diese Erscheinung aber konstant. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres – für den Monat Juni haben die Zahlen wegen Überlastung des Büros infolge der *Schekel-Aktion noch nicht abschliessend festgestellt werden können, sie werden aber alsbald nachgereicht werden – hat der Mitgliederverlust (Differenz zwischen Abgang und Zugang) durchschnittlich 56 betragen, während er im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres sich durchschnittlich auf 84 monatlich belaufen hat. Unter den Abgängen überwiegen ganz stark die Fälle der Abwanderung, es folgen dann die Austritte bzw. Ausschlüsse aus finanziellen Gründen. Verhältnismässig selten erfolgen Austritte mit irgendwie gearteter grundsätzlicher Motivierung, doch verbergen sich solche natürlich auch in den nicht seltenen Fällen, in denen die Gründe des Austritts nicht zu eruieren sind. Unsere Bemühungen, Austrittserklärungen rückgängig machen zu lassen, waren vielfach erfolgreich. Die Neueintritte haben bisher in diesem Jahre durchschnittlich je Monat 30 betragen. Hierbei ist noch schwerer als bei den Austritten im Einzelfalle möglich, die Gründe zu ermitteln. Einen sehr erheblichen Bruchteil der Neueintritte stellten aus dem Reich zugezogene Gesinnungsgenossen. Bezeichnenderweise haben sich deren viel mehr in unserem Büro von sich aus gemeldet, als uns von der *ZVfD avisiert worden sind. Es muss erreicht werden, dass alle Ortsgruppen alle ihnen bekannt werdenden Fälle von Übersiedlungen organisierter Zionisten innerhalb des Deutschen Reiches der *ZVfD rechtzeitig zur Kenntnis geben, damit diese die Ortsgruppen der neuen Wohnorte entsprechend benachrichtigen kann. Wir bemühen uns auch darum, in Einzelbearbeitungen uns nahestehende Organisationen daraufhin zu mustern, ob ihre Angehörigen sämtlich Mitglieder der BZV sind. Wir haben dabei die erstaunliche Erfahrung gemacht, dass tätige und bisweilen sogar zu wesentlicheren Aufgaben in der Öffentlichkeit herangezogene Zionisten sich als nichtorganisiert herausstellten.

Nach der Veranstaltungspause ist die Arbeit in den Gruppen wieder aufgenommen worden, wenn auch mit der durch die Jahreszeit gebotenen Einschränkung. Unsere öffentlichen Kundgebungen bei Berücksichtigung des heissen Wetters immerhin zufriedenstellend.

II. Neuorganisation der BZV

Ohne die Gruppengliederung der BZV als solche aufheben zu wollen, machen doch die Verhältnisse mancherlei Änderungen und Ergänzungen im Aufbau der BZV erforderlich. Wie dargestellt, beobachten wir seit längerer Zeit einen Schrumpfungsprozess in unserem Mitgliederbestande, insbesondere wird auch der Kreis der Menschen, die als aktive und geschulte Mitarbeiter angesprochen werden können, immer kleiner. Daraus ergeben sich u.E. folgende Konsequenzen:

a) Die Gruppen, die zur vollen Durchführung einer autonomen Arbeit nicht imstande sind, müssen stärker mit Nachbargruppen zu bezirksweisen Veranstaltungen zusammengefasst werden. Das geschieht jetzt bereits etwa mit den Gruppen Rosenthalerplatz, Nordring und Wedding im Zentrum und Norden sowie mit den Gruppen Barbarossaplatz, Wittenbergplatz und Stadtpark einerseits bzw. Oliva und Charlottenburg andererseits im Westen.

b) Innerhalb der Gruppen muss die individuelle Erfassung der nichtaktiven Mitglieder stärker versucht werden. Dafür wird vorgeschlagen, dass jeder Angehörige des Arbeitskreises etwa 5 weitere Gruppenmitglieder zugewiesen erhält, um die er sich zu kümmern, auf Veranstaltungen aufmerksam zu machen, bei Aktionen zur Mitarbeit anzuhalten hat u.s.w. Insbesondere sollen die neu in die Gruppe eintretenden Mitglieder derart betreut werden. In jeder Gruppenleitung ist ein Mitglied speziell damit beauftragt, dieses Kontaktsystem zu leiten.

c) In Ergänzung der Gruppeneinheiten sind Menschen gleicher Interessen oder mit gleichen zionistischen Aufgaben Betraute gesondert zusammen zu fassen. (Z.B. *KH- und *KKL-Vertrauensleute, Gemeindepolitischer Arbeitskreis, zionistischer Aussprache-Abend, Sozialpädagogischer Arbeitskreis u.s.w.). Dazu kommen Zusammenkünfte der Gruppenleiter, Funktionäre u.s.w.

Eine Wiederbelebung des Chug Pnimi[1] scheint uns für die nächste Zeit nicht ratsam. Es dürfte zweckmässiger sein, elastischere Gruppierungsformen je nach Bedarf zusammenzustellen.

d) Finanzielle Gründe und die Beobachtung, dass einige Heime beim gegenwärtigen Mitglieder- und Arbeitsstande nicht voll ausgenutzt werden können, veranlassen zu einer Reduktion der bestehenden Heime. Es sind deshalb die Heime Brückenstr. und Kantstr. vorsorglich gekündigt worden. Betr. das Heim Rosenthaler Str. ist mit den Vermietern eine Einigung dahin getroffen worden, dass uns bis zum 20. August d.Js. eine Option gegeben wird, ob wir das Heim im bisherigen Umfange behalten oder uns auf eine Wohnung von 6 Zimmern beschränken wollen. (Das Heim im gegenwärtigen Umfange enthält 10 Zimmer.). Während wir das Heim Brückenstr. ganz aufgeben wollen, geht unsere Absicht betr. die Kantstr. dahin, einige billigere Räumlichkeiten im Westen zu mieten.

[1] Chug Pnimi: Hebr. »Interner Arbeitskreis«.

III. Propaganda

1.) Zu Beginn des Jahres dachten wir an eine umfangreiche Werbung durch *Zirkel.* Die Vorbereitungen hierfür waren schon weit gediehen. Das Verbot von Veranstaltungen in Privathäusern machte die Durchführung aber unmöglich. Sie soll wieder versucht werden, falls wir doch noch die Genehmigung erhalten sollten. Anderenfalls müsste man an grössere Zirkel von 70–100 Personen in unseren Heimen oder in anderen Lokalen denken.

2.) Es ist beabsichtigt, eine grosse Werbe-Aktion mittels Besuchen zu veranstalten. Die uns zur Verfügung stehende Kulturbundkartei sowie die Kartei der Schekelzahler geben uns das Material hierfür. Lieder kann aber der dieses Mal spät einsetzenden und sich lange hinziehenden Herbstaktion des *KKL wegen diese Beitrittswerbung nicht vor Anfang November in Angriff genommen werden.

IV. Schulungsarbeit

1.) Führerseminar. Auch hier hatten wir schon weitgehende Vorbereitungen getroffen, die durch die Veranstaltungspause zunichte gemacht worden sind. Wir wollen jetzt ab August oder September ein wöchentlich stattfindendes Führerseminar einrichten, das eine Hörerschaft von ca. 30 jüngeren Mitgliedern umfassen und das etwa 10 Wochen dauern soll.
2.) Wochenendseminar. Daneben ist beabsichtigt, im August möglichst im Heim Lehnitz mit ebenfalls ca. 30 Teilnehmern ein Wochenendseminar zu veranstalten.

V. Jugendarbeit

a) Kreise jüngerer Zionisten. Dem bereits im Zentrum bestehenden Arbeitskreis soll ein zweiter im Westen hinzugefügt werden.
b) Zusammenarbeit mit den Jugendbünden. Schaffung eines Berliner AZB.[2] Monatliche Arbeitsbesprechungen, stärkere Heranziehung der Bünde zu Veranstaltungen der BZV (Chor, Referenten aus den Jugendbünden über die Bünde, gemeinsame Neschafim).

VI. Kulturarbeit

a) Lehrstätte Ch.N. Bialik[3] Die Lehrstätte wird sehr schwer im nächsten Winter selbständig aufrecht zu erhalten sein. Damit wir bei den Verhandlungen mit dem

[2] A. Z. B.: Arbeitskreis Zionistischer Bünde.

[3] Die Lehrstätte Chajim N. Bialik wurde im Jahre 1934 von der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland in Berlin gegründet. Im Herbst 1933 begannen die Zionisten Kurse im Rahmen ihres »Zionistischen Seminars« zu fördern, welche Themenbereiche wie die Judenfrage, moderne hebräische Literatur, Geschichte der Juden in Deutschland und das Land Israel abdeckten. Nach einer positiven Reaktion des jüdischen Publikums haben sie sich ein Jahr später entschieden, die Kurse zu einer regelrechten Schule auszubauen. Die »Jüdische Lehrstätte Chaijim N. Bialik« wurde nach dem *poeta laureatus* des modernen Hebräisch benannt, der im Juli 1934 gestorben ist.

Lehrhaus nicht den Kürzeren ziehen, ist es notwendig, dass wir diese Verhandlungen möglichst bald beginnen. Unsere Forderungen hierbei wären etwa:

1.) Umnennung des Lehrhauses in einer Weise, aus der die Vereinigung mit der Lehrstätte Ch.N. Bialik hervorgeht.
2.) Einfügung eines ausreichenden Vorlesungsprogramms auf den Gebieten Judenfrage, Zionismus, Palästinakunde und jüdische Kulturgeschichte.
3.) Berufung mehrerer Zionisten in das Kuratorium und als Dozenten des Lehrhauses.

b) Systematisierung der kulturellen Veranstaltungen der BZV.
Überwachung der Veranstaltungen durch eine Kulturprogramm-Kommission, Einrichtung ständiger Kulturabende im Heime Kantstr. (falls dieses weiter bestehen bleibt.) Beitritt der Kulturabteilung zum *Reichsverband der jüdischen Kulturbünde, um auf diese Weise ein dauerndes ungehindertes Arbeiten zu erreichen.

VII. Verhältnis zwischen BZV und Gemeindefraktion.

1.) Die uns nahestehenden Mitglieder der zionistischen Arbeitsgemeinschaft in den Gemeindekörperschaften schliessen sich enger zusammen, veranstalten häufigere Zusammenkünfte, zu denen auch Mitglieder der massgebenden zionistischen Gremien hinzugezogen werden sollen, soweit sie nicht Mitglieder der Gemeindekörperschaften sind. In diesen Zusammenkünften soll versucht werden, nicht nur die jeweiligen Tagesfragen zu behandeln, sondern ein Arbeits- und Aktionsprogramm unserer Fraktion auszuarbeiten. Es wird ein Vertrauensmann bestellt, dem es insbesondere obliegt, die Fühlung mit der BZV aufrecht zu erhalten.
2.) Gemeindepolitischer Arbeitskreis.
Der Gemeindepolitische Arbeitskreis soll noch im Juli zusammentreten. Seine Tagesordnung kann erst festgesetzt werden, nachdem gewisse gemeindepolitische Entwicklungen zu einer Klärung gelangt sind.

gez. Dr. Schlossberg

[111] Stellungnahme der *ZVfD zum Peel-Bericht
16. Juli 1937; BA/D-H: Z/B1-582.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 16. Juli 1937
Dr.Fr./L.

An das
Geheime Staatspolizeiamt

Berlin SW 11
Prinz Albrechtstr. 8

A.) Stellungnahme der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland zum Peel-Bericht und den Teilungs-Vorschlägen:

1) Bei aller Anerkennung der Bemühungen der Königlichen Kommission, die Dinge in Palästina unparteiisch und gerecht zu sehen, ist die Grundlage ihres Berichtes, das Mandat sei unausführbar, falsch. Da diese Grundthese falsch ist, muss die Kommission naturgemäss trotz aller Logik zu falschen Schlüssen kommen.
2) Das Mandat ist noch immer ausführbar, obwohl durch die Schuld der englischen Regierung und besonders der palästinensischen Verwaltung in den letzten 17 Jahren sehr vieles verabsäumt und geschädigt wurde. Die Durchführung des Mandates hängt von einer entsprechenden Verwaltung ab. Es ist nicht zu übersehen, was trotz einer wenig hilfsbereiten Mandatsverwaltung von den Juden in Palästina geschaffen wurde.
3) Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland steht auf dem Boden der Resolution des Actions-Comités und ist gegen jeden Vorschlag, der die Ausbreitung und das Wachstum des jüdischen Nationalheims zu beeinträchtigen geeignet ist.
4) Der Teilungsvorschlag der Kommission, den die englische Regierung im allgemeinen bestätigt hat, ist für uns unannehmbar.
5) Diesem Vorschlag ist nicht nur der status quo ante vorzuziehen; vielmehr würde der Zionisten-Kongress ihn ohne Zweifel auch dann zurückweisen, wenn die Alternative in der Durchführung der von der Kommission für den Fall der Fortdauer des bestehenden Mandats vorgeschlagenen Empfehlungen bestehen sollte.
6) Wenn der Vorschlag der englischen Regierung eine Diskussionsgrundlage sein soll, müsste er in folgenden Punkten geändert werden:

a) Die jüdischen Stadtviertel Jerusalems, das auch im ganzen eine jüdischen Majorität hat, müssten zum jüdischen Staatsgebiet fallen, gerade so wie nach dem Vorschlag der Kommission das am anderen Ende des geplanten Korridors gelegene, vom arabischen Stadtgebiet abgetrennte Jaffa dennoch einen Teil des arabischen Staats bilden soll.
b) Der Süden (Negew) des Landes muss jüdisch werden, weil er die grösste unbesiedelte Bodenreserve Palästinas einschliesst.
c) Die Ostgrenze der Küstenebene muss um ein erhebliches Stück nach Osten verlegt werden. Es ist aus Gründen der Sicherheit unmöglich, die Grenze am Rande der Ebene selbst verlaufen zu lassen.
d) Die 8 oder 10 jüdischen Siedlungspunkte östlich des Jordan und des Tiberias-See nebst den *Rutenberg-Elektrizitätswerken, die nach der heutigen Grenzziehung, obschon östlich des Jordan gelegen, doch zu Palästina und nicht zu Transjordanien gehören, müssen jüdisches Staatsgebiet werden.
e) Untragbar ist die Bestimmung, dass die als jüdisches Staatsgebiet erklärten Städte Haifa, Akko, Safed und Tiberias nach Durchführung der Teilung unter Mandatsverwaltung bleiben sollen; umsomehr als für die Dauer dieser Verwaltung kein Zeitraum fixiert wird.
f) Die Übergangsperiode müsste sehr kurz (höchstens zwei Jahre) sein.
g) Die Beschränkung der Einwanderung für die nächsten acht Monate auf 8000 Seelen für alle Kategorien ist unannehmbar. Das Gleiche gilt für die Subvention, die der jüdische Staat an den arabischen Staat zahlen soll.[1]

II. Einberufung des Landesvorstandes der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland.
Da der Zionisten-Kongress in Zürich Stellung zu dem Peel-Bericht nehmen muss, ist es notwendig, die oberste Instanz der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, den Landesvorstand, der aus Zionisten im ganzen Reiche besteht, zusammenzuberufen. Die Haltung der Zionistischen Vereinigung auf dem Zionisten-Kongress soll entsprechend den oben dargelegten Richtlinien vom Landesvorstand bestätigt werden. Gleichzeitig wird auf der Sitzung des Landesvorstandes der bisherige Vorsitzende, Herr Dr. Siegfried *Moses, sein Amt niederlegen, da er nach Palästina übersiedelt.

III. Bericht über die Palästinareise des Geschäftsführers der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Dr. Hans *Friedenthal.
Die Reise diente persönlichen Informationen, die sich besonders auf den landwirtschaftlichen Sektor bezogen. Infolge der wirtschaftlichen Stagnation

---

[1] Seit dem Ausbruch der arabischen Unruhen im Frühling 1936 begrenzte die englische Mandatsbehörde die jüdische Einwanderung weiter. Die Empfehlung der Peel-Kommission schloss auch eine Subvention ein, die der jüdische dem arabischen Staat hätte zahlen müssen.

nach den Unruhen ist die Lage im Lande sehr gespannt. Die Arbeitslosigkeit, vor allem in Tel Aviv und in den jüdischen Kolonien der Pflanzungszone, ist gestiegen. Die ungewöhnlich gute Ernte, besonders auch im Gemüsebau, hat die Preise zum Fallen gebracht. Das Gleiche gilt für die Milchprodukte. Trotzdem sind in der letzten Zeit eine grosse Anzahl von neuen Siedlungsgebieten okkupiert worden. Man rechnet nach Klärung der politischen Verhältnisse mit einem neuen Aufschwung, der jedoch weitgehend von der Grösse der Einwanderung bestimmt sein wird. – Die Sicherheit im Lande ist durch die Einstellung einer grossen Zahl von Juden in die Polizei und in den Bahnsicherheitsdienst gestiegen. – Im Monat Juni steht zum ersten Mal die Einfuhr von Waren aus Deutschland an erster Stelle in der Importbilanz. – Diese mit der Entwicklung des Transferapparates zusammenhängende Erscheinung hat die Ansiedlung zahlreicher jüdischer Auswanderer aus Deutschland ermöglicht. Mittelständische Siedlungen von Juden aus Deutschland sind vor allem in Herzliah und Nahariah entstanden und stark vergrössert worden.

IV. Auslandsberichterstattung.
Es ist der Zionistischen Vereinigung bekannt gemacht worden, dass in zwei, im Auslande erscheinenden jüdischen Zeitungen – »Selbstwehr« (Prag) und »Jewish Chronicle« (London) – Artikel erschienen sind, die vom Geheimen Staatspolizeiamt beanstandet worden sind. Der Inhalt dieser Artikel ist der Zionistischen Vereinigung unbekannt. Es wird nachdrücklichst festgestellt, dass weder die Zionistische Vereinigung als Organisation noch einer ihrer Beamten mit dieser Berichterstattung auch nur das geringste zu tun haben und dass es vollkommen unbekannt ist, auf welche Informationsquellen die in den genannten Artikeln beanstandeten Berichte zurückzuführen sind. Die Zionistische Vereinigung steht solchen Pressenachrichten scharf ablehnend entgegen, zumal beanstandete Pressenachrichten sich jederzeit ungünstig auf die zionistische Arbeit in Deutschland ausgewirkt haben.

V. Organisationsfragen der jüdischen Jugend.
Nach Umbildung des *Reichsausschusses Jüdischer Jugendverbände kann dieser als umfassende Vertretung der jüdischen Jugend angesprochen werden. Nach Auflösung der deutsch-jüdischen Jugend umfasst der Reichsausschuss sämtliche zionistischen und staatszionistischen Jugendbünde, ferner die Jugend-Organisation der *Agudas Jisroel. Diese Organisation, von der angenommen wird, dass sie den Wünschen der Behörde entspricht, soll stärker als bisher auch dafür eingesetzt werden, dass die noch unorganisierte jüdische Jugend von ihr erfasst wird. Hierfür werden nähere Vorschläge unterbreitet werden.

Dr. Hans *Friedenthal

[112] Die *ZVfD und der Teilungsplan
25. Juli 1937; BA/D-H: Z/B1-96.

Aus dem Protokoll der Landesvorstandssitzung der *ZVfD in Berlin am 25. Juli 1937

Referat:
»Peel-Bericht und Jüdischer Staat – zur kommenden Entscheidung des Kongresses«
von Dr. Siegfried *Moses

I.

Die tiefe innere Erregung, die uns Zionisten in diesen Tagen erfüllt, hat verschiedene Gründe. Sie erklärt sich nicht nur aus dem Bewusstsein, dass wir in einer Schicksalsstunde für das jüdische Volk stehen, sondern vor allem auch aus der Erkenntnis, welche Rolle unserer Bewegung, unserer Organisation in diesem schicksalhaften Augenblick zugefallen ist.

Der Peel-Bericht ist ja revolutionär nicht nur in den Vorschlägen, zu denen er gelangt. Von Grund auf neu sind in vielen Punkten auch die Gedankengänge, auf denen der Bericht aufbaut, und insbesondere die Einstellung gegenüber den Grundproblemen, auf die der Bericht mutig zurückgreift. Es wäre grundfalsch, wenn wir auf diesen in Methodik und Ergebnissen neuen Bericht so antworten wollten, wie wir das zu tun pflegten, wenn im Rahmen des Mandats eine Regierungsmassnahme angekündigt oder durchgeführt wurde, mit der wir nicht oder nicht voll übereinstimmten. Ein »Protest« gegen den Peel-Bericht wäre eine der Gattung nach falsche Antwort, selbst dann, wenn wir sehr grossen Teilen des Berichts widersprechen müssten.

Was der Peel-Bericht seinem Gesamt-Inhalt nach von uns fordert, ist nicht Unterwerfung oder Protest, sondern Auseinandersetzung mit seinen Gedankengängen und mit den durch ihn neu zur Diskussion gestellten Fragen.

[...]

VIII.

Das Ergebnis dieser Überlegungen ist, wie mir scheint, dass nichts falscher wäre, als wenn wir die Aufgabe, vor der wir, und vor die im besonderen der Kongress gestellt ist, dahin verstehen wollten: wir müssen uns entscheiden, ob wir für oder gegen den Teilungsplan sind, ob wir gegen ihn protestieren oder uns mit ihm abfinden wollen. Die Aufgabe geht vielmehr dahin, nicht nur politische Formeln gegeneinander abzuwägen, sondern Gestaltungsmöglichkeiten, wie sie sich aus Verhandlungen ergeben – Möglichkeiten also, deren konkrete Form je nach den sich entwickelnden Verhandlungsergebnissen wechseln kann.

Wir glauben, dass wir Gedankengänge als politisch abenteuerlich ablehnen müssen, die darauf hinauslaufen, dass wir einen neuen Kampf um einen Judenstaat auf dem Gesamtgebiet Palästinas eröffnen.[1]

Wir wären glücklich, wenn sich eine Chance böte, durch eine Verständigung mit den Arabern im Rahmen des Palästina-Mandats eine neue Ära im Zusammenwirken mit einer gemäss dem Peel-Bericht umgewandelten Palästina-Verwaltung zu eröffnen. Solange das aber nicht der Fall ist, bejahen wir das Prinzip der Teilung, sofern es verwirklicht wird in einem Teilungsplan, den wir als fair ansehen können.

Kommt eine solche Teilung nicht zustande – z. B. deshalb, weil man uns Jerusalem und den Negew vorenthält – so müssen wir uns auf einen Fortbestand des Palästina-Mandats trotz aller Zweifel an seiner Durchführbarkeit einrichten. In diesem Falle besteht die Aufgabe, dahin zu wirken, dass die von der Kommission vorgeschlagene Verwaltungsreform durchgeführt wird, die Einwanderungs-Einschränkung aber unterbleibt, oder zum mindesten auf ein glimpfliches Mass reduziert wird.

Wenn dies ungefähr unsere materielle Stellungnahme zum Peel-Bericht ist, so ergibt sich daraus, dass Bewegung, Organisation und Kongress darauf verzichten sollten, konkrete Beschlüsse – für oder gegen die Teilung – für oder gegen die Aufrechterhaltung des Palästinamandats – zu fassen. Der Kongress muss der politischen Führung Richtlinien erteilen für die Gesichtspunkte, die für die endgültige Entscheidung bestimmend sein sollen und für die Maßstäbe, die bei ihr anzulegen sind. Nicht Wunschvorstellungen dürfen uns bei der Aufstellung der Richtlinien für die zu treffende Entscheidung leiten, sondern die Maßstäbe müssen den realen Möglichkeiten entnommen werden, die wir in der jetzigen Situation haben. Demgemäss werden die Richtlinien, die der Kongress gibt, der politischen Führung zur Pflicht machen müssen, ihre endgültige Entscheidung aufzubauen auf einem Vergleich zwischen dem, was sich als bestmögliches Verhandlungsergebnis auf der einen Seite für den Fall einer für uns akzeptablen Teilung, auf der anderen Seite für den Fall eines Fortbestandes des Palästinamandats (und gegebenenfalls auch für den Fall einer Kantonisierung) ergibt. Wo die Grenze liegt zwischen den Teilungsbedingungen, die die Teilung annehmbar machen und den zu bejahenden Möglichkeiten – diese Entscheidung sollte der Kongress aus vielen Gründen letzten Endes der politischen Führung überlassen.

Sicher ist, dass vor uns eine Aufgabe von nie gekanntem Ausmass stehen wird, nachdem die politische Entscheidung gefallen ist, gleichviel, wie sie ausfallen mag.

Kommt die Teilung zustande, so wird der Zwang der Verhältnisse die Entfaltung staatsmännischer Fähigkeiten fordern, wie sie sich bisher leider nicht in

[1] Solche Überlegungen wurden von revisionistischen Zionisten innerhalb und außerhalb der *Zionistischen Weltorganisation – einschließlich der *Staatszionistischen Organisation in Deutschland – durchweg befördert.

ausreichendem Masse gezeigt haben. Aufgabe jüdischer Staatskunst wird dann neben der Bewältigung schwierigster Verwaltungsaufgaben vor allem auch die endliche Anbahnung und Durchführung einer Verständigung mit den Arabern sein müssen: einer Verständigung mit den im jüdischen Staate lebenden Arabern, aber auch eine Verständigung mit dem arabischen Nachbarstaat und mit der übrigen arabischen Welt. Und die innere Politik des Judentstaates wird, wenn nicht schweres Verhängnis drohen soll, vom ersten Augenblick an mit dem Ziele geführt werden müssen, eine neue Atmosphäre zu schaffen, die den neuen Staat als national home aller Kreise und Schichten empfinden lasst.

Kommt dagegen die Teilung nicht zustande (und erweist sich auch das Kompromiss der Kantonisierung als nicht durchführbar), so gipfelt die der Zionistischen Organisation und dem Jischuw gestellte Aufgabe darin, in dem weiterhin unter dem alten Mandat stehenden Palästina das national home zum mindesten insoweit auszubauen und weiter aufzubauen, wie die dann bestehenden gesetzlichen und administrativen Möglichkeiten es gestatten. Es gilt dann, unter Bedingungen, die verwaltungsmässig verbessert sein werden, aber für die unmittelbar vor uns liegende Zeit wahrscheinlich der jüdischen Einwanderung schwere Fesseln auferlegen, die Zukunft zu bereiten.

[113] *Die ZVfD und der Teilungsplan
25. Juli 1937; BA/D-H: Z/B1-96.

Aus dem Protokoll der Landesvorstandssitzung
der *ZVfD in Berlin am 25. Juli 1937

*Dr. [Robert] *Weltsch*: Wir fühlen alle, dass wir in einem sehr tragischen Augenblick der Palästina-Entwicklung stehen. Ich kann sehr gut verstehen, halte es aber nicht für sehr sinnvoll, dass wir hier die Versammlung zu überzeugen versuchen, welche Wünsche wir mit Recht aussprechen dürfen. Wir wissen, wie dringend wir Einwanderungsmöglichkeiten brauchen; wir wissen auch, dass wir mit diesem Zerrbild eines Judenstaates, wie er uns im Peel-Bericht angeboten wird, nicht einverstanden sein können. Ich halte es dennoch für falsch, dass wir uns hier gegenseitig unsere Forderungen vortragen. Nicht, dass die gesagten Dinge falsch sind; aber die Problemstellung scheint mir falsch zu sein.

Gestatten Sie mir einige wenige Bemerkungen. Die Problemstellung war von Dr. *Moses sehr richtig formuliert. Und auch die Ergebnisse können kaum angegriffen werden. Die Problemstellung ist nicht von heute. Es sind sicher viele hier, die sich erinnern werden, dass wir solche Debatten hier in diesem Kreise schon seit Jahren geführt haben. Die Problemstellung hat sich nicht geändert, wohl aber eines: Durch den Peel-Bericht ist tatsächlich ein kühner Schritt gemacht worden, und es ist nun zu den Möglichkeiten, die bisher zwei waren, eine dritte hinzugetreten. Das ist die Situation, vor der wir stehen.

Bis zu den Empfehlungen des Peel-Berichtes war die Situation so, dass die Frage entstanden war: Ist das, was sich England und die Welt mit der Balfour-Deklaration vorgenommen haben, überhaupt durchführbar oder nicht? Es gab in England eine sehr erhebliche Minderheit, die der Meinung war, das, was England sich vorgenommen habe, sei nicht durchführbar. Politische ökonomische und psychologische Faktoren sind Realitäten, mit denen man ebenso rechnen muss wie mit Realitäten anderer Art. Diese Zweifel sind uns zuerst 1921 formuliert worden seitens der Untersuchungskommission, und die palästinensischen Beamten sind auch zu dem Ergebnis gekommen, sie seien vor eine unerfüllbare Aufgabe gestellt. Das Argument »Das Mandat ist undurchführbar« erinnert an den Satz: »Hier irrt Goethe.«

Die Anschauung von der Durchführbarkeit des Mandates argumentierte so: England hat eine heilige Aufgabe übernommen, und es muss dieses Mandat ausführen; dies ist auch möglich, denn was im Mandat steht, diese beiden Verpflichtungen, das ist miteinander vereinbar. Das war die Position, die unsere besten Freunde in England eingenommen haben. Es handelt sich praktisch doch nur um England, nicht um freundliche Erklärungen von Politikern etwa irgend eines baltischen Staates, die von einem *Keren Hajessod-Präsidenten besucht werden. Ich erinnere daran, dass in dem Statement of Policy, das im Juli 1936 der

Einsetzung der Peelkommission voranging, davon die Rede war, die beiden Mandatsverpflichtungen seien miteinander vereinbar und das Mandat durchführbar. Es hat aber gleichwohl praktisch keinen Sinn, der Kommission vorzuhalten, sie haben ihre Aufgabe überschritten; denn es kommt praktisch darauf an, ob der König von England dieser Meinung ist. Die Kommission bestreitet die Richtigkeit der Voraussetzungen von der Vereinbarkeit der beiden Verpflichtungen des Mandates, und das ist von der Kommission durchaus überzeugend dargelegt. Die Kommission sagt, es wäre eine Vereinbarkeit denkbar; aber diese Vereinbarkeit scheitere an dem Verhalten der Juden und der Araber. Deswegen stehen wir in einem kritischen Moment. Im Prinzip waren alle, auch das englische Parlament, durchaus der Meinung, dass diese These der Kommission unanfechtbar sei und dass daher die dritte Möglichkeit, die Teilung, gewählt werden müsse.

Welches wäre denn, um es nachzuholen, der zweite Weg, die zweite Möglichkeit? Die zionistische Politik hat die Position bezogen, dass sie sagt: Möglich ist die Durchführung des Mandates unter 100 %iger Erfüllung aller jüdischen Forderungen. Gerade diese Möglichkeit scheidet aber aus. Gerade diejenigen, die die beiderseitigen Verpflichtungen des Mandates für unvereinbar erklärten, haben daraus doch nicht den Schluss gezogen, man solle die Araber niederkartätschen. Der binationale Staat wäre die einzige Möglichkeit der Durchführung des Mandates gewesen; Durchführung des Mandates hätte bedeutet: Binationaler Staat. Ich erinnere übrigens daran, dass das Weissbuch von 1922, auf das man sich heute so gern beruft, seinerzeit von jüdischer Seite nicht minder beanstandet worden ist, als jetzt der Peel-Bericht. Die Errichtung eines Gemeinwesens unter Zusammenarbeit von Arabern und Juden ist gescheitert, und zwar nicht nur an den Arabern, sondern auch an den Juden. Alles, was heute hier gesagt wird, und, wie ich fürchte, später auf dem Zionistenkongress gesagt werden wird, wird dazu dienen, die These von der Undruchführbarkeit des Mandates zu unterstreichen und unter Beweis zu stellen. Es hat gar keinen Sinn, diese Situation nicht sehen zu wollen. Denken wir an das Schicksal von Smyrna im Jahre 1922 mit den Massenmassakres!

Ich bin kein Anhänger des Teilungsgedankens, aber rechnend mit den Möglichkeiten auch der jüdischen Mentalität, kann man keinen anderen Ausweg finden als den der Teilung. Den einzige andere Möglichkeit wäre, einen Weg zur Zusammenarbeit von Juden und Arabern zu zeigen; doch bin ich skeptisch, und ich glaube, das wären jetzt nur theoretische Erwägungen. Ich bin sogar der Meinung, dass Vorschläge wie sie Lord Samuel jüngst gemacht hat, nicht so unfundiert sind, wie sie auf dem ersten Blick scheinen. Was heisst denn Begrenzung der jüdischen Einwanderungszahl auf 40 %? Das heisst doch auch, dass in gewissen Gegenden durchaus eine jüdische Mehrheit vorhanden sein wird. Ich glaube, wir haben im Augenblick nur zu wählen zwischen der Möglichkeit, auf einem beschränkten Raum den Judenstaat mit jüdischer Mehrheit zu haben, mit einer Mehrheit von mindestens 51 %, oder (was ich an und für sich für das

wünschenswertere halte) im gesamten Palästina eine Stellung einzunehmen, die keine Stellung einer Mehrheit auf absehbare Zeit sein kann. Aber diese letztere Möglichkeit scheidet praktisch aus, weil die gesamte jüdische Öffentlichkeit dagegen ist. Dann muss man aber erkennen, dass es unter diesen Umständen nur die einzige Möglichkeit gibt: aus diesem Plan der Kommission das beste zu machen.

Natürlich sollen alle Grenzänderungsvorschläge durchgekämpft werden, und nimmt man den Teilungsplan als Basis an, so soll man versuchen, möglichst viel Konzessionen durchzusetzen. Anhaltspunkte hierfür sind gegeben. Der widersinnigste Satz des Kommissionsberichtes scheint mir der Vorschlag der Aussiedlung der Araber aus Galiläa zu sein, und daraus ergibt sich, dass man, hieran anknüpfend sagen könnte: Man muss die Araber dort lassen, uns aber das Gebiet noch zur Verwaltung geben, das für die Aussiedlung der Araber vorgesehen war. Wir müssen natürlich gleichzeitig unseren Willen betonen, diese arabische Bevölkerung Palästinas unter dem Gesichtspunkt voller Gleichberechtigung zu behandeln.

Wir müssen wissen, dass Verträge, die man schliesst, etwas anderes sind als Propaganda. Ich verstehe sehr gut, dass wir in Volksversammlungen sagen: Wir sind gezwungen zu unterschreiben; aber später werden wir das Übrige erobern. Mit einem solchen Vorbehalt kann man Verträge nicht unterschreiben. Wenn wir unterschreiben mit dem Vorbehalt, es gleich darauf für nichtig zu erklären, dann wird niemand mit uns einen Vertrage schliessen. Der Peel-Bericht spricht mit grossem Respekt vom jüdischen Nationalheim und von der hohen Bildung und dem politischen Verständnis der jüdischen Gemeinschaft in Palästina. Nur eine Sache, sagt er, ist ein Haken: dass diese Gemeinschaft eins nicht hat, nämlich eine Verpflichtung der Selbstregierung. Denn Selbstregierung bedeutet ja Selbstverantwortlichkeit. Nichts ist schlimmer, sagt der Peel-Bericht, als eine hoch entwickelte Gemeinschaft in einem Zustand zu lassen, in welchem sie keine politische Verantwortung trägt.

Der Vertrag soll geschlossen werden mit der Zionistischen Organisation als Vertreterin des Judenstaates, und da wird man auf dem Kongress nicht mehr so hemmungslos reden können wie bisher, sondern man wird wissen müssen, was man will. Wir entrüsten uns darüber, dass nur 12 000 Juden in Palästina einwandern sollen, und dabei würde vielleicht eine jüdische Regierung auch zu einer Ziffer kommen, die von der jüdischen Welt mit Entrüstung aufgenommen würde. Selbst wenn der Judenstaat 30 000 Einwanderer zulassen wird, wird sich auch ein Sturm gegen ihn erheben. Aber der Peel-Bericht will eben, dass die Juden einmal selbst die Verantwortung tragen für das, was sie fordern. Das ist die Neuheit der ganzen Situation.

[114] Situation und Tätigkeit der *ZVfD im Jahre 1937
25. Juli 1937; BA/D-H: Z/B1-96.

Aus dem Protokoll der Landesvorstandssitzung
der *ZVfD in Berlin am 25. Juli 1937.

Referat: »Zur Situation der *ZVfD – ein Querschnitt durch ihre wichtigsten Arbeitsgebiete« von Benno *Cohn
[...]
Zunächst ein Wort über unsere Politik im Judentum Deutschlands. Sie erinnern sich, dass wir vor Jahren einen scharfen Kampf geführt haben um die Durchführung des Fifty-Fifty-Prinzips[1]; wir haben grosse Tagungen damit verbracht, dieses Prinzip festzulegen. Ich glaube, es ist wichtig, hier vorzutragen, was aus diesem Prinzip geworden ist. Es spricht nicht gegen dieses Prinzip, dass es populär geworden und dass in Kabaretts von ihm die Rede ist. Es war uns klar, dass dieses Prinzip nicht den Sieg der Arithmetik über die Politik darstellen sollte. Niemand stellte sich eine mechanische Teilung vor; es war klar, dass das Fifty-Prinzip nur eine ungefähre Richtlinie für die Verhandlungen sein sollte, und dass es die Aufgabe hatte, den Nichtzionisten einzuprägen, dass sie uns die Gleichberechtigung zuzugestehen haben. Es ist heute schon in einer Anzahl von Gemeinden, wenn auch nicht überall so, dass das Fifty-Prinzip eine selbstverständliche Forderung geworden ist, auf deren Boden auch die Nichtzionisten treten. Etwas anderes ist die Frage, ob es uns gelungen ist, entscheidenden Einfluss auf die Gebiete zu nehmen, an denen uns unter dem zionistischen Gesichtspunkt besonders liegt. Ich glaube, es ist uns in erheblichem Masse gelungen, unseren entscheidenden Einfluss auf den Sachgebieten zu sichern. Es gibt da freilich auch sehr erhebliche Lücken; Sie wissen, dass wir infolge der Abwanderung nicht immer die geeigneten Persönlichkeiten hatten, um die nötige Arbeit zu leisten. Wir haben den Kampf entschieden fortzusetzen und sollten uns auch nicht scheuen, neue Menschen, sogenannte Neuzionisten, in diese Arbeit hineinzustellen. Es ist uns wirklich gelungen, in einer Anzahl grosser Gemeinden unsere Position entscheidend zu verbessern. Das hat sich auch ausgewirkt auf unsere Position in Berlin. Die Arbeit, die in den verschiedensten Gemeinden geleistet worden ist, hat sich entscheidend mit auf die Verbesserung unserer zentralen Positionen ausgewirkt. Es ist also zu früh, einen Schlußstrich zu ziehen. Der Kampf um die Durchführung des Fifty-Prinzips muss fortgesetzt werden.
[...]

[1] Das Fifty-Fifty-Prinzip war die Forderung der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland am Anfang des Dritten Reiches, in der Führung der *Reichsvertretung der deutschen Juden eine Gleichberechtigung von Zionisten und Nichtzionisten zu gewährleisten.

In den letzten Tagen hat sich im Berliner Gemeindevorstand eine Veränderung vollzogen. Herr *Kareski hat seinen Rücktritt erklärt, und mit grosser Mehrheit ist Dr. *Fuchs an seine Stelle gewählt worden, ein Mann, der uns sehr nahesteht und den wir sehr genau kennen und dem wir unser Vertrauen geschenkt habe. Wir werden also in diesem wichtigsten Gemeindevorstand in Deutschland durch zwei Männer unseres Vertrauens vertreten sein. Gegenüber den Nichtzionisten in der Gemeinde sind wir zu loyaler Zusammenarbeit bereit, und wir haben nach ihren Erklärungen den Eindruck, dass man künftig mit uns in positiver und produktiver Weise zusammenarbeiten will.

Der Rücktritt von Herrn *Kareski steht in Zusammenhang mit einer sehr schmerzlichen Affaire, die unsere zionistischen Interessen sehr empfindlich berührt oder berühren kann: mit der Krise in der Volksbank Iwria.[2] Wer die Grundgedanken dieser Bank kennt, weiss, dass sich hinter dieser Bank eine alte zionistische Selbsthilfeforderung verbirgt; in einer ganzen Reihe von Städten bestehen ähnlich Banken. Ein so schwerer Rückschlag wie die Iwria-Angelegenheit kann sich unter Umständen negativ auswirken gegen den zionistischen Gedanken der jüdischen Genossenschaftsbanken in Deutschland. Der Gedanke dieser Banken ist durch diese Affaire nicht diskreditiert worden; die Krise in der Iwria beruht gerade darauf, dass genossenschaftsfremde Geschäfte gemacht worden sind, ohne die es zu dieser Krise gar nicht hätte kommen können. Jede Freude oder Schadenfreude an dieser Angelegenheit wäre das Verkehrteste, zumal wir alle auf einem Schiff sitzen. Zu unserem grossen Bedauern ist es uns in Berlin nicht gelungen, irgend einen entscheidenden Einfluss auf diese Genossenschaftsbank zu gewinnen. Es gelang nicht einmal, auch nur einen uns nahestehenden Mann in eine massgebende Stelle dieser Bank hineinzubekommen. Ich glaube, dass wir feststellen können: Wir haben kein Interesse an der Behandlung dieser Dinge in der Öffentlichkeit; wir hoffen nur, dass unsere Gegner sich in dieser Sache so verhalten werden, dass sie uns nicht zwingen, defensiv an die Öffentlichkeit heranzutreten. Wir werden uns mit der Sache nur befassen in den Communiqués des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde. Sie wissen, dass der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Garantien in Höhe von mehreren 100 000 M hat leisten müssen, um der Iwriabank in dieser Affaire beizustehen.

Noch ein Wort über die Auseinandersetzungen bezüglich der »*Reichsvertretung der Juden in Deutschland«. Ich glaube, diese Auseinandersetzung hat der Reichsvertretung nicht geschadet. Sie war sehr vornehm, sie blühte gleichsam im verborgenen, und sie ist gerade durch diese Auseinandersetzung – was gewiss

[2] Kurz nach *Kareskis Auswanderung nach Palästina in 1937 brachte in Palästina der *Hitachduth Olej Germania (Vereinigung der Einwanderer aus Deutschland) vier Anschuldigungen wegen seiner Aktivitäten als Präsident der *Staatszionistischen Organisation gegen ihn vor. U.a. behauptete der *HOG, er sei als Direktor der Iwria Bank, die 1937 in Konkurs ging, aufgrund fraglicher Geschäftspraktiken für den Ruin vieler kleiner jüdischer Handwerks- und Handelsbetriebe verantwortlich. Allen vier Anklagepunkten wurde in Palästina vor dem Beth Din gerichtlich stattgegeben.

nicht das Ziel derer war, die den Vorstoss gegen sie unternommen hatten – populärer geworden, weil sie nun genötigt war, das von ihr Geleistete klarzulegen. Man muss bedenken, was die Reichsvertretung für die Ansiedlung von Juden aus Deutschland getan hat; nur durch die Reichsvertretung ist die Ausnützung der Gelder des *Council for German Jewry überhaupt möglich gewesen. Es gab in diesem Kampf um die Reichsvertretung zwei Sitzungen; die erste Sitzung war die entscheidende Sitzung, und bei ihr ist mit absoluter Deutlichkeit gesprochen worden. Man hatte bis dahin nur diplomatisch gesprochen, und nun kam es zu einer sehr deutliche Aussprache. In dieser Sitzung, die Mitte Juni stattfand, wurde auch klargestellt, dass die Hintergründe dieses Kampfes gegen die Reichsvertretung nicht sachlicher, sondern persönlicher Natur waren, und ich glaube, dass die sachliche Kritik an der Reichsvertretung das Gute hatte, dass die wichtigsten Sachverständigen zusammengerufen wurden. Nur geringfügige Beanstandungen sind gemacht worden, sonst ist in der contradiktorischen Verhandlung festgestellt worden, dass nur die Reichsvertretung imstande ist, eine Reiche von Befugnissen auszuüben, die die Gemeinde ausüben wollte. Es ist eine Ironie, dass gerade von der Stelle, die die Krise in der Volksbank herbeigeführt hat, die Forderung nach einer »kleinen aber sauberen Verwaltung« der Reichsvertretung erhoben worden ist. Die Auseinandersetzungen mit der Reichsvertretung haben die Reichsvertretung gestärkt, und nunmehr fühlen sich alle Gruppen im Judentum, auch die Agudah und die Staatszionisten, durch die Reichsvertretung vertreten.

Wie steht es mit dem zionistischen Einfluss in der Reichsvertretung? Er ist unverändert stark. Von den Gemeinden und Landesverbänden, die in der Reichsvertretung sitzen, gehen aber gewisse Gefahren aus; hier spielen noch immer Vertreter, die als Gegner des Zionismus zu bezeichnen sind, eine grosse Rolle. Die Landesverbände haben noch immer eine wichtige Funktion auszuüben, und in ihnen herrscht noch das Notabel-System vor. Besonders schlecht sind wir vertreten im Grossen Rat des Preussischen Landesverbandes; traurig sieht es aus mit der Vertretung im Dezernenten-Kollegium des Preussischen Landesverbandes, wo wir nur mit Dr. Sulzberger vertreten sind. Als Dr. *Moses ausschied, erhielt Herr Ellenbogen den Platz.

Sie erinnern sich, dass sich unter dem Ihnen zugehenden Papier auch der Entwurf eines Abkommens mit dem *RJF befand. Die grosse Mehrheit der Mitglieder des Landesvorstandes hat sich mit diesem Abkommen einverstanden erklärt. Andererseits gab es auch Widerstand, und es wurde z. B. im »Makkabi« eine Verschiebung der Grenzen zwischen »*Schild« und »Makkabi« befürchtet und abgelehnt. Vor einigen Monaten hat nun der *RJF uns wissen lassen, dass er das Abkommen nicht abgeschlossen haben wolle. Wir können warten, und wir glauben, dass wir unter diesen Umständen von einer Debatte über dieses Abkommen entbunden werden.

Wichtig ist ausser der politischen Sphäre auch die der Kulturarbeit. Der *Kulturbund ist wirklich die Tribüne, von der wir auf Zehntausende von Juden,

die ausserhalb unserer Reihen stehen, wirken können. Ursprünglich stand das Problem des jüdischen Stoffes zur Erörterung. Diese Frage ist heute bereits in unserem Sinne entschieden, und die Frage ist höchstens, wo es solche Stoffe gibt. Vielleicht wichtiger ist die Frage des Niveaus der Kulturbunds-Arbeit. Wir haben einen Kampf gegen Niveaulosigkeit geführt. Zionisten haben in dem *Kulturbund so viel Wirkungsmöglichkeit, wie sie nur wollen, vorausgesetzt, dass es Zionisten gibt, die mit diesen Dingen zu tun haben. Wir Zionisten haben heute überwiegend Politiker mit oder ohne Anführungszeichen und Funktionäre, aber zu wenig Menschen mit künstlerischem Verständnis. Unsere Ortsgruppe Breslau macht eine Ausnahme, weil deren Vorsitzender nicht nur ein Politiker, sondern auch ein bekannter Geigenspieler ist.

Dies zu den äusseren Fragen unserer zionistischen Arbeit in Deutschland. Jetzt zum inneren Zustand unserer Bewegung. Es gibt in den Jahren seit 1933 in unserer zionistischen Arbeit in Deutschland einen tiefen Einschnitt; dies ist der Winter 1935/36, jene Etappe, in der die Krise der Palästina-Politik begann, die wirtschaftliche Depression in Palästina sich bemerkbar machte und die Palästinawanderung rückläufig zu werden begann. Vorher war die zionistische Arbeit gekennzeichnet durch die enge Verbindung mit der Palästina-Wanderung. Wir alle, die wir die Arbeit in der ersten Etappe bis zum Herbst 1935 erlebt haben, haben uns gefragt: Wird die Zionistischen Organisation, die zu 95 oder 98 % aus Menschen besteht, die erst nach 1933 zu uns gekommen sind, eine Krise der Palästina-Wanderung überstehen? Von dieser Krise sind auch andere Landesverbände bedroht; hat doch Polen Verluste bis zu 25 % in der Schekelarbeit erlitten, und auch in der Tschechoslowakei hat sich die Krise ausgewirkt. Es kam erschwerend dazu, dass wir unter dem dauernden Drucke unserer jüdischen Dynamik in Deutschland standen. Immer mehr Menschen wanderten ab, und unsere Aufgabe war es gewissermassen, in diesen Bergrutsch hinein Terrassen für den Zionismus zu bauen. Vor zwei Jahren erlebte ich einen Delegiertentag in Mährisch-Ostrau, das in der Tschechoslovakei liegt. Es war die alte *ZVfD, bloss ein paar Kilometer nach Osten gerückt, und man fühlte sich 10 Jahre zurückversetzt. In diesem Gremium verstand man die leisesten Anspielungen eines Redners. Wir haben es hier mit völlig anderen Verhältnissen zu tun. Unsere 40-Jahr-Feier, so können wir ehrlich sagen, war mehr eine Sache der Propaganda als des Bedürfnisses. Diese 40-Jahr-Feier, das haben wir erst später gemerkt, war nicht mehr sehr legitim. Wir sollten uns aber andererseits streng davor hüten, an die Zeit vor 1933, wo der Zionismus im wesentlichen eine Elite-Gemeinschaft zum Studium der Judenfrage war, nur mit Wehmut als an die gute alte Zeit zurückzudenken. Wir sind nicht mehr die Elitegemeinschaft zur Verkündung der reinen zionistischen Theorie, denn die *ZVfD in ihrer heutigen Verfassung ist im wesentlichen eine Aktionsgemeinschaft, eine Gruppe von Leuten, die zu jeder zionistischen Aktion bereit sind. Nicht die Theoretiker beherrschen die Stunde, sondern die Praktiker, die Menschen, die sammeln und Schekel verkaufen. Wir haben auf der anderen Seite

immerhin versucht, die grosse Tradition des Zionismus aufzunehmen. Es gab eine Zeit, wo der Zionismus ein einziges grosses Schulungsseminar, und wo dieses ausserordentlich rege war. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die entscheidenden Erkenntnisse der Menschen nicht in Schulungskreisen gewonnen worden sind, sondern in der praktischen Schule des Lebens. Die Zionisten, die in dem letzten Jahr zu uns gekommen sind, haben die Judenfrage 1933 kennengelernt; diese Jahre haben die zionistischen Erkenntnisse vertieft. Der Aufstand in Palästina war ein Geschichtskurs in der Frage unserer Aussenpolitik; wir hatten die Erlebnisse zu deuten und zu erklären. Und denken wir an die grossen Lehren, die die Zionisten bekamen, als plötzlich der Hauptstrom der Wanderung nicht mehr nach Palästina ging, sondern sich in andere Länder wandte. Die Beantwortung der Frage, wie man als Zionist nach Brasilien gehen kann, schliesst eine grosse Reihe von Erkenntnissen in sich. Die Schule des Lebens hat also das ihre dazu getan, um in unserer Organisation einen Kreis von geprägten und mit der zionistischen Lehre verbundenen Menschen zu schaffen. Entscheidend ist die praktische Arbeit. Die Menschen, mit denen wir zu tun haben, sind die Menschen, deren zionistischer Charakter sich in der Arbeit, im Strom der zionistischen Aktion formt.

Sind wir wirklich eine Aktionsgemeinschaft geworden? Wir haben eine Probe geliefert in der *Schekelaktion. Die Zahl kommt nahe an 91 000 heran, so dass wir 30 Delegierte zum Kongress entsenden können. Können wir mit diesem Ergebnis zufrieden sein? Wir kennen noch nicht die genaue Zahl der Schekelzahler, sie wird etwa 50 000 betragen, wir können aber sagen, dass wir ganz gut abgeschnitten haben. Die Schekelzentrale hat gewiss das ihre dazu getan; aber ich glaube, dass der Erfolg nur möglich wurde auf Grund der Tatsache, dass in allen zionistischen Ortsgruppen und in allen jüdischen Gemeinden für den Schekel geworben ist. Ein Staatszionist hat gesagt, die Schekel seien wesentlich von den Beamten der Meineke-Strasse verkauft worden, das ist nicht richtig. In über 600 Orten haben wir die *Schekelaktion durchgeführt, wie Ihnen Herr Friedmann auseinandersetzen kann. Besonders gut abgeschnitten haben die mittleren Ortsgruppen; sie haben mit grossem Elan gearbeitet, und es wird sogar behauptet, sie hätten mehr Schekel verlangt, als jüdische Seelen vorhanden gewesen wären. Nun ist es viel schwieriger, Menschen in Großstädten wie Frankfurt und Köln zu erfassen, als in kleineren Gemeinden. Deshalb haben wir das Bild zu verzeichnen, dass in den Großstädten der Ertrag der *Schekelaktion verhältnismässig geringer war als in den kleinen Gemeinden. Es gibt im Rahmen der Mitglieder-Organisation der *ZVfD einen engeren Kreis von Tausenden von Menschen, die bei jeder Aktion in Bewegung zu setzen sind. Wir können wirklich auf den Knopf drücken und eine Unmenge von diesen Menschen in Bewegung setzen. In diesem Zusammenhang ein Wort über die Arbeit der Fonds. Der *Keren Hajessod hat sich in diesem Jahre recht gut behauptet; er hat das ihm gesetzte Kontingent erreicht und sogar übertroffen. Er wird in diesem Jahre das zweitbeste Jahr zu verzeichnen haben. Er kämpft gegen die Verarmung und gegen die Abwanderung von grossen Zeich-

nern. Gemeindepolitisch wichtig ist die Frage der Gemeindeaktion des *Keren Hajessod. Sie finden in der Mappe eine Ziffer von 186 Gemeinden insgesamt, von denen bereits 129 ihre Verpflichtungen gegenüber dem *Keren Hajessod ganz oder annähernd erfüllt haben. Nur eine einzige Gemeinde hat aus Tradition den Beitrag abgelehnt: die alte Agudah-Gemeinde in Halberstadt. Die Berliner Gemeinde hat ihren Beschluss noch nicht gefasst. Der *Keren Hajessod hat überall das Kontingent erreicht oder überschritten; auch er hat sich gut behauptet.

Ein Wort zur Frontenstellung innerhalb des Judentums in Deutschland. Unsere Fronten sind erstarrt. Unsere Mitglieder-Bewegung ist rückläufig; der Verlust ist grösser als der Gewinn, der Zugang steht in keinem Verhältnis zum Abgang. In einen Arbeitsreferat hätte ich Vorschläge gemacht, dieser Rückläufigkeit der Mitgliederbewegung entgegenzutreten. In der Intelligenzschicht des Judentums haben wir in den letzten Jahren deshalb keine Fortschritte gemacht, weil die Front erstarrt ist. Es gibt eine Menge Menschen, die nahe an den Zionismus herangekommen sind, aber den letzten Schritt nicht tun, weil das Gefühl der Sippe, das Elangefühl in ihnen stärker ist als die theoretische Erkenntnis. Dr. *Weltsch hat einmal gesagt: Wenn man die Zionistische Organisation auflösen und eine neue unter anderen Namen gründen würde, dann würden viele, die heute am Rande unserer Arbeit stehen, von uns herangezogen werden können. Vielleicht können wir diese Leute doch irgendwie zur Arbeit heranziehen.

Eine uns sehr bedrückende Frage ist die der Jugendarbeit. In fast allen Bünden herrscht enormer Führermangel, zum Teil auch durch die Alijah-Politik der letzten Jahre verursacht. Sie wissen, dass in manchen Orten ganz junge Menschen, vielleicht Neunzehnjährige, zur Führung kommen, weil ältere Führer nicht vorhanden sind. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass das Leben der Bünde autonom ist und nur von innen bestimmt werden kann; eine begönnernde Haltung von aussen könnte keine Erfolge erzielen. Die Sache wird noch schwerer durch die Tatsache, dass heute die zionistischen Bünde, abgesehen von den Agudah-Bünden, fast die einzigen jüdischen Jugendbünde sind. Ein grosser Teil der Jugendlichen ist unorganisiert; das bedeutet, dass sie in absehbarer Zeit dem Zionismus und dem chaluzischen Weg verlorengehen werden. Wir müssen also feststellen, dass die zionistischen Bünde in ihrer heutigen Form nicht geeignet sind, grosse Massen zu erfassen. Wir müssen uns fragen, wie wir die Arbeit der Bünde stützen und ergänzen. Nicht unwichtig ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass jetzt der Ausschuss der jüdischen Jugendverbände unter Führung von Dr. *Friedenthal, also unter zionistischen Einfluss, gekommen ist. Es kommt darauf an, Korrektiven für die Jugendarbeit zu finden, ohne in diese Arbeit bevormundend einzugreifen. Ich glaube, dass die Erziehungsfragen wirklich in der nächsten Etappe unserer Arbeit ein entscheidendes Gewicht haben müssen, und dass wir uns dieser Fragen neu annehmen sollen.

Zum Schluss die Worte: Hebräisch, Hebräisch, Hebräisch! Die Entwicklung einer hebräischen Bewegung in Deutschland scheiterte an der Abwanderung

gerade der Hebräischsprechenden. Trotzdem gewinnt das gesprochene Hebräisch an Boden. Es sind finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden. Wir sollten, was wir können, überall zur Förderung der hebräischen Arbeit tun.

Das war nur ein kleiner Ausschnitt aus den Fragen, die wir zu behandeln haben. Wir werden jetzt vielleicht zwei ruhige Monate haben. Im Herbst erwartet uns eine neue überbesetzte zionistische Arbeit. Sie wissen, wie schwer die Lage in Palästina ist. Der Jischuw macht in den nächsten Monaten wieder eine enorme Nervenprobe durch, weil die Entscheidung offenbar lange auf sich warten lassen wird. Ich glaube also, dass das Wichtigste für uns sich in die Parole wird zusammenfassen lassen: Stützung des Landes! Alle Kräfte werden mobilisiert werden müssen, um die bedrohte Wirtschaft im Lande zu halten und vielleicht noch auszubauen. Wir werden ferner den geschichtlichen Kampf des jüdischen Volkes um Erez Israel mit durchzuführen und das Judentum in Deutschland als Faktor miteinzubeziehen haben, und wir stellen gern fest, dass auch weite nichtzionistische Kreise gerade in der Zeit der Krise Palästinas dem Palästinagedanken noch mehr verbunden worden sind als vorher.

Es ist müssig, heute die Frage zu erörtern, wie unsere Arbeit aussehen wird, wenn es wirklich zur Begründung des Judenstaates kommen wird. Es ist die Ansicht geäussert worden, dass sei das Ende des Zionismus; es werde ein selbstgenügsamen Judenstaat entstehen, einem Balkanstaat ähnlich. Ich glaube, diese Auffassung ist falsch. Mit der Begründung des Judenstaates wird eine neue Reihe kolonisatorischer Aufgaben beginnen. Wir wissen nicht, ob es nicht nach Begründung des Judenstaates eine neue Konstellation im nichtzionistischen Judentum geben wird. Wir spüren, dass sich im nichtzionistischen Judentum Kreise gegen den Judenstaat zur Wehr setzen, und es ist nicht ausgeschlossen, dass die Nichtzionisten innerhalb und ausserhalb der *Jewish Agency eine Lösung herbeizuführen suchen, die nicht zum Judenstaat führt. Es könnte geradezu eine besondere Debatte, freilich nicht heute, geführt werden über die Frage der Rückwirkung des Judenstaates auf die Golah.[3]

Jedenfalls glaube ich, dass unsere ganze Generation mit Aufgaben bis zum Übermass versehen ist bis an unser Lebensende, das ist, wie ich glaube, ein beruhigendes Gefühl. (Stürmischer Beifall.)

[3] Golah (oder Galuth): Hebr. »Exil«.

[115] Zionismus in Württemberg, Baden und der Pfalz

30. Juli 1937; BA/D-H: Z/B1-96.

Sicherheitsdienst RFSS
Oberabschnitt Süd-West

Stuttgart, den 30. Juli 1937.

II 1123-311
A
We/–

An das
Sicherheitshauptamt RFSS
Zentralabteilung II 1
Berlin SW 68.

Betr.: *Zionistische Weltorganisation.
Vorg.: Dort.Schr.v.12.5.37 G II 112 – 63 BNR 1604/37.
Anlg.: Ohne

Im Bereich des Abschnitts Württemberg/Hohenzollern bestehen zionistische Ortsgruppen in Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Göppingen, Haigerloch, Buchau, Horb, Ludwigsburg und Schwäbisch-Hall. Die Leiter dieser Ortsgruppen sind bekannt, ihre Tätigkeit wird überwacht. Seit 1933 sind 2 der Leiter nach Palästina ausgewandert. Für die Berichtszeit sind weder Neugründungen noch Auflösungen von Ortsgruppen des *ZVfD zu verzeichnen. Die Stuttgarter Ortsgruppe des Hakoah[1] klagt in einem Rundschreiben über Beitragsschwund, infolge Auswanderung vieler Mitglieder, was auch nicht durch das zahlenmäßige Gleichbleiben der Mitglieder, durch Neuaufnahmen jüngerer Mitglieder behoben werden könne. Das Schwergewicht der zionistischen Schulungstätigkeit lag regional in Haigerloch/Wttbg., wo sich ein zionistisches Lager an das andere reihte. Die Unterkunft der Gruppen im ehemaligen Ghetto des Ortes erregte eine gewisse Beunruhigung der Bevölkerung.

Die wichtigste Veranstaltung der Stuttgarter Ortsgruppen war die am 12. Juli stattgefundene Versammlung unter dem Motto: »Land Israel«.

Was die Allgemein-politische Zusammensetzung der Stuttgarter Ortsgruppe des *ZVfD anbetrifft, so kann gesagt werden, daß sie ziemlich nach links orientiert ist: so wurde ein im letzten Jahr nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft wegen politischer Verbrechen kommender Jude, welcher vorher auch Zionist gewesen war, sofort wieder aufgenommen. Verschiedene Mitglieder der *ZVfD sind auch gleichzeitig Mitglieder des *ORT. Hinsichtlich der Tätigkeit im 2. Halbjahr 1936 und 1. Halbjahr 1937 ist ein starker Rückgang zu verzeichnen. Schuld daran mag die bisherige Unklarheit bezüglich Palästina gehabt haben.

---

[1] Hakoah: Hebr. »die Kraft«; populärer Name für jüdische Sportvereine innerhalb und außerhalb Deutschlands.

Die Juden Badens und der Pfalz waren vor der Machtübernahme seit jeher religiös-lieberal eingestellt. Träger der Assimilation war der *CV. Heute hat dieser Verband in Baden vor allem aber in der Pfalz keine Bedeutung mehr. Vorher hatte der Zionismus keinen Fuß fassen können, denn nach Aussagen von Juden waren ihre meisten Rassegenossen geistig träge und kümmerten sich um jüdisch-politische Dinge nicht. Erst durch die konsequente Haltung des Nationalsozialismus nach der Machtübernahme, war ein größeres Interesse für den Zionismus geweckt worden. Der Jude Dr. Reinhold Herz, Speyer, der über die Judenfrage in der Pfalz gehört wurde und der die jüdische Geschichte der Pfalz demnächst im Druck erscheinen lässt, erklärte, daß der Zionismus auch jetzt in der Pfalz mit dem Ziel der Auswanderung nach Palästina keinen größeren Boden mehr gewinnen wird. Das läge in der Struktur der Familiengeschichten der einzelnen Juden. Die Pfälzer und badischen Juden werden nicht nach Palästina, sondern nach Nordamerika gehen und zwar aus dem einen Grund, weil in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts mit der großen Auswanderungsbewegung aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten, auch sehr viele Juden von Baden und der Pfalz ausgewandert seien. Ebenso könnten die Juden aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage nicht lange warten, bis die Palästinafrage zur vollsten Zufriedenheit gelöst sei.

Das mangelnde Interesse am Zionismus erklärt sich auch durch die große Überalterung. Für die Ausbreitung des Zionismus fehle es an geeigneten Führerpersönlichkeiten. Andererseits lässt die geringe Zahl der organisierten Juden im Zionismus einen Schluss auf den tatsächlichen Stand der zionistischen Bewegung nicht zu. Von einer geschlossenen Kraft für die Entwicklung der zionistische Idee kann nicht gesprochen werden. Die Juden sind nur aus Zwang dem zionistischen Gedanken näher gekommen und nicht aus rassischer Erkenntnis bezw. nationalem Staatsinteresse. Die meisten sind deshalb nicht organisiert, aber sie geben finanzielle Unterstützung.

Große Hoffnungen setzen die Juden auf den Rabbiner Dr. *Grünewald, Mannheim, der eine zionistische Kapazität bezw. ein zionistisches Programm sei. Man sagt das sei der kommende Mann für die Juden in Deutschland, nachdem der seitherige Vorsitzende der *ZVfD Dr. *Baeck[2] zu alt sei. *Grünewald sei der Mann, der Mannheim zionistisch gemacht habe und dem aus Dankbarkeit von den Mannheimer Juden in Palästina ein Wald von 1000 Bäumen gekauft worden sei, der auf seinen Namen getauft wurde.

Die einzelnen Ortsgruppen unterstehen dem »Zionistischen Gruppenverband für Baden, Württemberg und die Pfalz« mit dem Sitz in Mannheim. Geschäftsführer ist Dr. Kurt Licht, Mannheim, Molkestrasse 7.

•

[2] Leo *Baeck war tatsächlich nicht der damalige Vorsitzende der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, sondern zu dieser Zeit Leiter der Reichsvertretung der Juden in Deutschland.

Beim Vergleich von Mitgliederlisten der Ortsgruppen haben sich keine Feststellungen machen lassen, daß politisch oder kriminell belastete Personen diesen Vereinigungen angehören.

Im Saargebiet sind verhältnismässig nur noch sehr wenig Juden ansässig. Die zionistischen Organisationen sind zahlenmässig von nicht großer Bedeutung. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Juden ist zionistisch eingestellt, ohne in einem der Verbände organisiert zu sein.

Bisher sind keine Angehörigen der Zionistischen Organisation besonders kriminell hervorgetreten. Die bedeutendsten Vertreter sind als gleichzeitige Leiter des gesamten jüdischen Gemeindelebens der Lehrer Heinrich Herrmann, geb. 10.7.99 in Ottweiler, wohnhaft in Saarbrücken und der Rabbiner Dr. Lothar *Rothschild, geb. 7.12.09 zu Karlsruhe, wohnhaft in Saarbrücken.

Über Gründungen und Auflösungen von Ortsgruppen der *ZVfD ist nichts zu berichten.

Dr. SD-Führer des
SS-Oberabschnitts Süd-West
SS-Hauptsturmführer

[116] Zionismus in Königsberg und Danzig
30. August 1937; BA/D-H: Z/B1-96.

Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS
SD-Führer des SS-Oberabschnittes Nord-Ost Königsberg Pr. am 30.8.37

Bericht über die »Zionistische
Vereinigung für Deutschland« (*ZVfD)

(Vorgang: SD Hauptamt A. Z. G II 112 / 63 B.Nr. 1604/37 Teil II C.)

Der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland angeschlossen ist die »*Königsberger Zionistische Vereinigung*«. Ihr Vorsitzender ist der Arzt Dr. Adolf Jedwabnick, geb. 3.2.86 in Wladislawowo. Die Vereinigung zählte am 30.6.37 rund 263 Mitglieder, von denen 55 bereits vor der Machtergreifung eingetreten waren. Im Jahre 1933 waren 61 und in dem darauf folgendem Jahre 46 Mitglieder neu hinzugekommen. In demselben Maße nahm auch 1936 die Mitgliederzahl zu. Ungefähr 40 % der Mitglieder waren Frauen und Mädchen. An Abgängen verlor der Verein in der ersten Hälfte des Jahres 1937 16 Mitglieder durch Auswanderung. Wie festgestellt wurde war nur ein Mitglied Dr. Max *Cahanowitz*, geb. 25.12.1865, ein ehemaliger Freimaurer. Er gehörte der Loge »Immanuel«, Königsberg, im III. Grade an. Personalakten werden beim SD-Oberabschnitt Nord-Ost über folgende jüdische Mitglieder geführt: Piczenik, Jakob, geb. 19.1.95, Rablinski, Paul, geb. 6.6.93, Simon, Albert geb. 30.4.05, Wartelski, Max geb. 29.11.81.

Auch der zionistische **Hechaluz* hat in Königsberg eine Ortsgruppe, deren Vorsitzender Martin Radziminski, geb. 12.9.05 ist. Sie zählte 17 Mitglieder.

Bis zum Anfang des Jahres war auch das *Umschulungsgut Lobitten*, das zur Zeit 23 jüdische Praktikanten beschäftigt, hauptsächlichst von Angehörigen des *Hechaluz belegt worden. In der Zeit vom 11.1.34 bis zum 30.6.37 wurden in diesem Umschulungslager Lobitten 104 Juden ausgebildet. Von diesen waren 49 Angehörige des *Hechaluz, 41 wurden durch die Reichsvertretung überwiesen. Außer dem gehörten 3 dem Betar und 2 dem *RJF als Mitglieder an. Zur Auswanderung nach Palästina hatten sich davon 50 Juden entschieden. Nach Amerika gingen 25, nach Afrika 4 Praktikanten. Die übrigen verteilten sich auf das sonstige europäische Ausland. Die Mehrzahl von allen bediente sich der Unterstützung der JCA (*Jewish Colonisation Association). Von den Umzuschulenden stammten 28 aus der Provinz Ostpreußen. 11 Juden waren staatenlos. Dem Lebensalter nach hatten 48 das 20. Lebensjahr noch nicht erreicht, 42 waren im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, während 14 das 30. Lebensjahr bereits überschritten hatten. Berufsmäßig gehörten unter anderem 27 dem Kaufmannsstande an, 18 waren Akademiker. Zur Zeit wird das Umschulungsgut Lobitten nicht mehr von dem *Hechaluz belegt, da es zu Reibereien zwischen Zionisten und Nichtzionisten gekommen war.

Zahlenmäßig der stärkste der in Königsberg befindlichen zionistischen Vereine ist der *Bar Kochba*, der 262 Mitglieder zählt. Allein in dem ersten 6 Monaten dieses Jahres fanden über 50 Neuaufnahmen staat. Der bereits genannte Vorsitzende der »Zionistischen Vereinigung« Dr. Adolf Jedwabnick ist gleichzeitig Vorsitzender des *Bar Kochba.

Eine verhältnismäßig große Mitgliederzahl hat auch der zionistische Frauenverein **Wizo* (Women's International Zionist Organisation) mit 141 Mitgliedern. Leiterin ist Alice Hurwitz, geb. 2.7.89.

Etwas 21 Schüler und Schülerinnen sind im Königsberger »*Brith-Hanoar Chel Zeire Misrachi*« zusammengeschlossen. Ihr Führer ist Leon Nußbaum, geb. 16.5.10.

An sonstigen zionistischen Vereinen sind in Königsberg noch vorhanden der Jugendbund »*Habonim*« mit 52 und der zionistische Sportbund »*Makkabi Hazair*« mit 56 Mitgliedern.

Seit dem Jahre 1901 ist dem *ZVfD die »*Danziger zionistische Vereinigung*« angeschlossen. Bemerkt sei, daß hier im Jahre 1926 die Tagung des Weltverbandes zum Aufbau von Palästina stattfand. Die Vertreter fast aller führenden Staaten gaben sich hier ein Stelldichein. Unter anderem war auch der Generalsekretär der Exekutive der *Zionistischen Weltorganisation in London, Dr. Israel Kahan, anwesend. Der Vorsitzende der zionistischen Organisation in Danzig ist der Rechtsanwalt Dr. Herbert Levy und der 2. Vorsitzende der Kaufmann Benzion Eisenstadt, die beide auch bei der jüdischen Volkspartei als Redner auftreten. Die Mitgliederzahl beträgt schätzw. 4–500. Genaue Angaben können erst nach eingehenden Ermittlungen angegeben werden, da bei der Danziger politischen Polizei keine diesbezüglichen Unterlagen vorhanden sind. Im laufenden Jahr wurden 5 Vorträge gehalten, die durchschnittlich von 3–400 Personen besucht waren.

Die Danziger Gruppe der **Wizo* zählt c. 100 Mitglieder.

In den nachfolgend genannten Städten Ostpreußens bestehen gleichfalls zionistische Vereinigungen deren Mitgliederstärken dahinter in Klammern angegeben sind:

1) Elbing	(14)	Vorsitzender:	Dr. Sigbert Neufeld, geb. 15.6.91 i. Berlin.
2) Eydtkuhnen	(26)	" :	Dr. Alfred Iwianski, geb. 30.6.89 zu Boppoisk.
3) Insterburg	(34)	" :	Horst Wald, geb. 28.6.99 i. Insterburg
4) Marienwerder	(15)		
5) Tilsit	(33)	" :	Gregor Segall geb. 20.10.03 Georgenburg

Die Unterlagen für vorstehende fünf Städte, die bei der Stapo vorhanden waren, stammen aus dem Jahre 1935 und müssen daher erst wieder neu beschafft werden bevor eine weitere Auswertung erfolgen kann.

[117] Lehrpläne für jüdische Volksschulen

o. D. (1937); LA/B: A Pr. Br. Rep. 057 (Stadtpräsident der Reichshauptstadt Berlin), Nr. 374.

Abschrift zu E II e 2107/37.
Reichsvertretung
der Juden in Deutschland
– Schulabteilung –

Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für jüdische Volksschulen
(Neue Fassung)

Vorbemerkung:

Zweck der vorliegenden Richtlinien ist, Erziehungs- und Unterrichtsziele für die jüdischen Volksschulen in Deutschland aufzustellen.

Es ist hierbei davon ausgegangen worden, daß die Lehrpläne der jüdischen Volksschulen sich einerseits in den Rahmen der für alle Volksschulen geltenden Bestimmungen einzuordnen haben, anderseits den besonderen Aufgaben der jüdischen Schule gerecht werden müssen.

Die Richtlinien bringen demgemäß erstens eine Klarstellung der allgemeinen Ziele der jüdischen Schule; zweitens Hinweise für die Behandlung derjenigen Lehrstoffe, deren unterrichtliche Auswertung für die Bewältigung der besonderen erzieherischen Aufgabe der jüdischen Schule bedeutsam ist.

Die staatlichen Richtlinien sind bei der Ausarbeitung von Lehrplänen für jüdische Schulen unbedingt heranzuziehen.

Allgemeine Ziele.

Die Schule soll von einem sich selbst begreifenden jüdische Geiste durchdrungen sein. Das heranwachsende Kind soll seines Judeseins in gesundem Bewußtsein sicher werden; es soll sich des Namens freuen lernen, mit allem Stolz und aller Entbehrung, die damit verbunden sind. Zur Erreichung dieses Zieles ist das Jüdische in den Mittelpunkt aller dafür in Betracht kommenden Unterrichtsfächer zu stellen. Lebendiges Verständnis für die Ewigkeitswerte der jüdischen Religion und für das jüdische Leben der Gegenwart, insbesondere für das Aufbauwerk in Palästina, sollen im Kinde geweckt und gepflegt werden, damit es seine Aufgaben in Haus und Synagoge, in der Gemeinde und der jüdischen Gesamtheit zu erfüllen in den Stand gesetzt wird.

Unbeschadet der Ausbildung aller intellektuellen Fähigkeiten ist stets im Auge zu behalten, daß die gesamte Erziehung auf die Erzielung willensstarker und in sich gefestigter jüdischer Charaktere abgestellt sein muß. Von allem anderen abgesehen, mahnen hierzu die dringenden Notwendigkeiten der Gegenwart. Das jüdische Kind muß für die Auswanderung, insbesondere nach Palästina, vor-

bereitet und fähig gemacht werden, den seiner wartenden schweren Lebenskampf aufzunehmen.

Daher wird eine sorgfältige körperliche Erziehung, insbesondere die Pflege von Turnen und Sport, zu den wichtigsten Aufgaben der Schule gehören. Der notwendigen Berufsumschichtung wird durch die Pflege manueller Ausbildung (Zeichnen, Nadelarbeit, Werkunterricht) die Bahn bereitet werden. Um der besonderen Situation der Judenheit in Deutschland gerecht zu werden, soll den Volksschülern auch die Möglichkeit geboten werden, mindestens eine moderne westeuropäische Fremdsprache, sowie ganz besonders auch das Neuhebräische zu erlernen. (Dieser Unterricht in der Fremdsprache soll in privaten, freiwilligen Zirkeln ohne Verbindung mit dem lehrplanmäßigen Unterricht erfolgen.)

Religion und Hebräisch.

Die Erhöhung der für Religion und Hebräisch vorgesehenen Stundenzahl von 4 auf 6 Stunden ist zu erstreben.

Dem hebräischen Unterricht fällt die Aufgabe zu, das Kind für die Teilnahme am häuslichen und öffentlichen Gottesdienst vorzubereiten. Darüber hinaus soll das Kind befähigt werden, religiös und kulturell bedeutsames Schrifttum zu erarbeiten und den Zutritt zum gesprochenen lebendigen Hebräisch zu finden.

Der Unterricht muß nach den Prinzipien des modernen Sprachunterrichts erteilt werden. In der Grammatik soll das Verständnis der Wortformen, insbesondere des Verbs und Substantivs erreicht werden. Der Befestigung dieser Kenntnisse dienen die auf allen Stufen vorzunehmenden Sprechübungen und Übungen im schriftlichen Ausdruck.

Im Mittelpunkt des hebräischen Unterrichts steht die Lektüre biblischer Bücher; aus der nachbiblischen und modernen hebräischen Literatur sollen Werke jüdisch-religiöser Grundhaltung ergänzend hinzutreten.

Biblische und jüdische Geschichte.

Der Unterricht in der biblischen Geschichte und der jüdischen Geschichte bildet ein untrennbares Ganzes.

Die Unter- und Mittelstufe vermittelt die Kenntnis der biblischen Geschichte in der für Volksschulen üblichen Auswahl. Die Darstellung des religiösen Ideengehalts erfordert einen nochmaligen Gang durch die biblische Geschichte auf der Oberstufe (Bibellesen!), wobei die Behandlung der gesetzlichen Teile der Tora sowie der Psalmen und Propheten im Vordergrund steht. Das Lesen geeigneter Bibelstellen soll möglichst im Urtext erfolgen.

Auf der Oberstufe bildet der Unterricht in der jüdischen Geschichte die natürliche Fortsetzung des Bibelstoffes. Die Geschichte der Juden in Deutschland ist besonders ausführlich darzustellen. Der Aussprache über jüdische Gegenwartsfragen ist breiter Raum zu gewähren. Das jüdische Kalenderjahr mit seinen Fes-

ten und Halbfesten, religiöse Vorschriften, Sitten und Bräuche sollen systematisch behandelt werden.

Um zu vermeiden, daß die Unterrichtspensen in allgemeiner und jüdischer Geschichte in einem Jahrgang verschiedene Zeiträume umfassen, soll die Stoffverteilung so erfolgen, daß in allgemeiner und jüdischer Geschichte Stoffe desselben Zeitraums, aber in getrennten Unterrichtsstunden, zur Behandlung kommen. Eine Konzentration von allgemeiner und jüdischer Geschichte (Vereinigung in der Hand eines Lehrers) oder der Fächer Biblische Geschichte, bzw. Jüdische Geschichte und Hebräisch ist anzustreben.

Deutsch.

Das allen deutschen Volksschulen gesteckte Ziel der sprachlichen Schulung muß auch an der jüdischen Schule erstrebt werden.

Außer Prosa und Gedichten aus dem deutschen Kulturkreis sollen jüdische Lesestoffe behandelt werden, seien es Werke deutscher Dichter oder aber wertvolle Übersetzungen aus dem Schrifttum biblischer und nachbiblischer Zeit. Dieses in Inhalt und Form bedeutsame Schrifttum kann nach Art der Lesebogen ergänzend neben das Lesebuch oder die etwa eingeführten Ganzschriften treten.

Heimatkunde.

Heimatkunde will den Standpunkt schaffen helfen, von dem aus das Kind die Welt erfahren soll. Daher muß in den heimatkundlichen Gesamtunterricht all das einbezogen werden, was geeignet ist, das Kind durch Vertrautwerden mit den jüdischen Elementen der näheren und weiteren Umgebung für eine bewußte Erkenntnis des Judentums vorzubereiten.

Das jüdische Familien- und Gemeinschaftsleben soll Gegenstand ungezwungener Aussprache sein und durch jede im heimatkundlichen Unterricht übliche Art der Darstellung lebendig gemacht werden. Die Feier der Feste soll immer wieder zu erlebnisfreudiger Gestaltung von Höhepunkten im Leben des Kindes führen. Stätten, mit denen Erinnerungen an unsere Vergangenheit verknüpft sind, oder die noch heute Bedeutung für das Gemeindeleben haben, werden auf Lehrspaziergängen besucht. Im vierten Schuljahr ist Stoffen aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde und Betrachtungen einzelner jüdischer Persönlichkeiten besondere Beachtung zu schenken.

Erdkunde.

Der Palästinakunde ist auf allen Klassenstufen besondere Beachtung zu schenken. Bei der Behandlung der meisten Länder wird die Schilderung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des jüdischen Bevölkerungsteiles erheblichen Raum beanspruchen dürfen.

Musik.

Auch der Musikunterricht ist möglichst mit dem jüdischen Unterricht in Verbindung zu bringen.

Der liturgische Gesang und das hebräische Lied sollen gepflegt werden, wobei namentlich auf eine Veredlung des häuslichen Gottesdienstes hingearbeitet werden kann.

Zeichnen.

Der Zeichenunterricht hat seine Stoffe in allen Schuljahren auch aus dem jüdischen Lebenskreis des Kindes zu nehmen.

Bilder aus dem religiösen Familien- und Gemeinschaftsleben, Gegenstände des Kultus, biblische und andere jüdische Stoffe finden zeichnerische Darstellung.

[118] Deutsche Zionisten und der XX. Zionistenkongress in Zürich

1. September, 1937; CZA: F4\35.

An das
Geheime Staatspolizeiamt
Berlin

Berlin den 1. September 1937

Betrifft:
XX Zionistenkongress in Zürich.[1]

Auf die an mich ergangene Aufforderung, über den Verlauf des XX. Zionistenkongresses in Zürich zu berichten, teile ich Folgendes mit:

Nach der grossen feierlichen Eröffnungssitzung des Kongresses stand im Mittelpunkt der Beratungen der ganzen ersten Kongresswoche die durch den Bericht der englischen Königlichen Kommission aktuell gewordene Frage einer eventuell beabsichtigten Teilung Palästinas in einen kleineren jüdischen und einen grösseren arabischen Staat unter Aufrechterhaltung gewisser Reservate für die englische Regierung bezw. die Mandatsregierung.

Das politische Referat des Präsidenten der Zionistischen Organisation, Dr. *Weizmann lehnte zwar die Teilung Palästinas, wie sie die Königliche Kommission vorschlug, ab, verlangte aber im ganzen den Vollmachten für die Zionistische Exekutive, auf Grund eines verbesserten, nämlich hinsichtlich der Grenzziehung verbesserten Teilungsplanes, mit der englischen Regierung zu führen. Die Gegenrede des Kongresspräsidenten M. M. *Ussischkin, lehnte jede Teilung ab und infolgedessen auch die Vollmachten, die auf Grund welches Teilungsplanes auch immer, die Exekutive zu den Verhandlungen ermächtigen sollte. Mit Rücksicht darauf, dass es sich um einen hoch politischen Gegenstand handelte und dass die Mehrheit des Kongresses befürchtete, es könnten, namentlich in der Hitze einer Debatte Bemerkungen fallen, die, sei es nach der englischen, sei es nach der arabischen oder der Völkerbundsseite hin Verstimmungen auslösen könnten, beschloss der Kongress für den weiteren Verlauf der Debatte über diesen Gegenstand die Oeffentlichkeit, das heisst Presse und Publikum, von den Verhandlungen auszuschliessen. Der Kongress konstituierte sich daher in seiner Gesamtheit als »Politische Kommission«. Mein persönlicher Eindruck war, dass dieser Beschluss recht sinnlos gewesen ist, – ich habe mit einer Anzahl meiner Freunde auch gegen diesen Beschluss gestimmt, da eine wirkliche Vertraulichkeit nur in einer richtigen, verhältnismässig kleinen politischen Kommission hätte gewahrt werden können, nicht aber in einem Gremium von über 500 Delegierten ein-

[1] Der Verfasser dieses Berichts ist unbekannt. Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland musste der Gestapo einen solchen Bericht über den Verlauf jedes internationalen Zionistenkongresses vorlegen.

schliesslich der Mitglieder des Zionistischen Actions-Comités und der Beamtenschaft. Tatsächlich ergab der Verlauf der Debatte auch, dass keine der Reden nicht hätte eben so gut in öffentlicher Plenarsitzung des Kongresses gehalten werden können. Die Anschauungen hinsichtlich der Teilung standen sich schroff gegenüber, wie das auch in der Resolution bezw. im Abstimmungsverhältnis der Ja- und Neinsager deutlich zum Ausdruck gekommen ist. In den vertraulichen Sitzungen des Kongresses hat Präsident *Weizmann noch einmal seine politische Auffassung deutlich zum Ausdruck gebracht, und dabei auch diejenigen Aenderungen, die er in dem Projekt der Königlichen Kommission vom zionistischen Standpunkt aus für erforderlich hielt, soweit sie ihm in politischen Verhandlungen mit der Mandatarmacht erreichbar erschienen, auseinandergesetzt. Ich überreiche in der Anlage die Communiques, die über die geschlossenen Kongresssitzungen ausgegeben worden sind, (Anl.1–7). Im Communique Nr. 3 befindet sich auf Seite 4–6 die Rede, die Dr. *Weizmann im Verlaufe dieser Sitzungen gehalten hat, und die dort, soweit ich sehe, fast wörtlich wiedergegeben ist. Zu meinem Bedauern kann ich nicht sämtliche Communiques in deutscher Sprache überreichen, einige sind in französischer und englischer Sprache verfasst, da in deutscher Sprache nicht eine genügende Zahl zur Verteilung auf dem Kongress zur Verfügung stand. Gleichzeitig wird, da die politische Auffassung von Präsident *Weizmann in Zusammenhang besser verstanden werden kann, auch der genaue Wortlaut der Eröffnungsrede in der Anlage überreicht (Anl.8.). Die Lektüre der Communiques 1–7 wird auch weisen, dass tatsächlich alle diese Reden ebenso gut in öffentlicher Sitzung hätten gehalten werden können. Es hat sich daher auch sehr bald die Notwendigkeit ergeben, eine wirkliche politische Kommission zu bilden, um in ihr diejenigen Fragen, die mit Rücksicht auf ihren besonderen politischen Charakter schlecht vor einem grossen Forum erörtert werden konnten, zu behandeln. In dieser politischen Kommission, deren Sitzungen der Unterzeichnete bis auf die letzten beiden regelmässig besucht hat, sind dann auch von Präsident *Weizmann und seinen anderen Mitarbeitern eine Reihe von Erklärungen über die politische Lage abgegeben worden. Dr. *Weizmann hat insbesondere über seine Verhandlungen mit dem englischen Kolonialminister Mr. Ormsby-Gore und Mr. Winston Churchill berichtet, die der bekannten Debatte über den Bericht der Königlichen Kommission im englischen Unterhaus vorangingen. Ein anderes Mitglied der zionistischen Exekutive, Herr Shertok, hat eingehend über die Versuche, mit arabischen Kreisen in Palästina und in den Nachbarländern Palästinas (Kairo, Bagdad, Damaskus u.s.w.) in Fühlung zu kommen, berichtet. Die Rolle, die die arabischen Souveräne im Irak und Saudi-Arabien gespielt haben, ferner der Einfluss der Mohammedaner in Indien und die Haltung des Emir Abdullah von Transjordanien fanden dabei eingehende Würdigung. Aus den Verhandlungen des Kongresses und seiner Politischen Kommission ergab sich dann auch die Feststellung der einander gegenüberstehenden oben bereits skizzierten beiden Meinungen, die in zwei Resolutionen, die als Anlage 9 und 10 beigefügt

werden, ihren Niederschlag fanden. Der entscheidende Unterschied zwischen den Resolutionen liegt in Punkt 7 und 8 der Mehrheitsresolution und Punkt 4 und 5 der Minderheitsresolution. In der einen wird Verhandlungen, die auf der Grundlage eines Teilungsplanes zu führen sind, zugestimmt, in der anderen jeder Teilung des Landes energisch widersprochen. Das Abstimmungsergebnis über die Resolutionen ist durch die Mitteilungen in der Presse bekannt.

Der Vollständigkeit halber wird als Anlage 11 der ursprüngliche Entwurf der politischen Resolution, ebenfalls leider nur in englischer Sprache, überreicht. Es ist dies der Wortlaut, der die Grundlage der Beratung in der Politischen Kommission bildete, und daher mit Verbesserungen des Unterzeichneten versehen ist.

Nachdem dieser wichtigste Gegenstand des Kongresses seine Erledigung gefunden hatte, kamen die wirtschaftlichen und kulturellen Fragen des Palästina-Aufbaues zur Behandlung, für die in verschiedenen Kommissionen Anträge vorbereitet wurden, die ebenfalls in Anlage 12–15 überreicht werden. Es handelt sich im einzelnen um die Anträge betreffend landwirtschaftliche Kolonisation, die Anträge der Kommission für Jugend- und Kulturfragen. Die Anträge der Kommission für die nationalen Fonds sind zweisprachig gehalten und enthalten auf dem gleichen Exmplar auch den hebräischen Wortlaut und die Anträge der Kommission für Arbeitsfragen. Die Resolutionen wurdem vom Kongress mit geringfügigen Aenderungen angenommen.

Die anschliessend vorgenommenen Wahlen zur Exekutive und den anderen Körperschaften sind in der Presse bekannt gegeben worden.

Wichtig erscheint die anschliessend an den Kongress abgehaltene Tagung der Jewish-Agency, in der auch die Nichtzionisten, die in dieser Körperschaft vertreten sind, ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben. Diese Gruppe hat besonderen Wert darauf gelegt, dass noch einmal Versuche unternommen werden, mit der arabischen Bevölkerung zu einer friedlichen Verständigung zu kommen. Die politische Resolution dieser Körperschaft, die den genannten Punkt unter Nr. 3 behandelt, wird in der Anlage Nr. 16 überreicht.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass die Frage des Berichts der Königlichen Kommission und der beabsichtigten Teilung Palästinas im Vordergrund des Kongressinteresses gestanden hat. Alle anderen, auch die anderen, Palästina berührenden Fragen, traten demgegenüber weit in den Hintergrund. Insbesondere sei hervorgehoben, dass irgend eine Auseinandersetzung über die Lage der Juden in Deutschland, die Regierungspolitik den Juden gegenüber u.s.w. auf dem Kongress keine irgendwie geartete Rolle gespielt haben. Auch diejenigen Redner (aus Amerika u.s.w.), die bei früheren Anlässen den genannten Fragenkomplex behandelt haben, haben diesmal bei ihren Reden irgend welche Angelegenheiten, die Deutschland oder die Juden in Deutschland betreffen, nicht erörtert. Die Situation der Juden in Deutschland kam vielmehr nur ein einziges Mal in dem Zusammenhang zur Sprache, als darauf hingewiesen wurde, man müsse einer eventuellen Teilung Palästinas bezw. der Errichtung eines Juden-

staates nur in einem Teile Palästinas auch schon um dessentwillen zustimmen, weil dadurch vielleicht Einwanderungsmöglichkeiten für Juden aus Deutschland, Polen, Rumänien und anderen Ländern geschaffen würden, eine Chance, die mit Rücksicht auf die Situation dieser Teile des jüdischen Volkes nicht ausseracht gelassen werden dürfe. Nur in diesem allgemeinen Zusammenhang hat die Frage der Juden in Deutschland Erwähnung gefunden.

Was die Delegation der Zionisten aus Deutschland auf dem Kongress anlangt, so blieb sie während der ganzen Dauer des Kongresses eine landsmannschaftliche Gruppe für sich, d. h. ihre Mitglieder schlossen sich nicht den anderen nach politischen Gesichtspunkten gebildeten Fraktionen des Kongresses an. Trotzdem gab es natürlich entsprechend den verschiedenen Auffassungen zu wichtigen zionistischen Fragen auch innerhalb der Delegation differente Auffassungen, insbesondere gab es in der entscheidenden Frage der Teilung Palästinas sowohl Ja- wie Neinsager. Mit Rücksicht darauf, dass die Minderheit in der freien Darlegung ihres Standpunktes nicht glaubte in vollem Umfange zu ihrem Recht zu kommen, schlossen sich vier Delegierte (Hans *Klee, Philipp *Kozower, Leo *Kreindler, sämtlich Berlin, Arnold *Wiener, Beuthen) als Hospitanten der B-Gruppe der *Allgemeinen Zionisten, d. h. dem rechts stehenden Flügel der zionistischen Mitte an und gewannen dadurch die Möglichkeit der Teilnahme an den verschiedenen Kommissionsberatungen u.s.w. In diesem Zusammenhang spielte auch die Frage der Verhandlungen mit der zionistisch-revisionistischen Organisation, der sogenannten »*Neuen Zionistischen Organisation«, eine Rolle. Die letztgenannte Gruppe der deutschen Delegation befürwortete eine Kooperation mit den Revisionisten, die durch einen Brief des Präsidenten der *Neuen Zionistischen Organisation, des Herrn Wladimir *Jabotinsky, vom 22. Juli, der in der Anlage 17 überreicht wird, akut geworden war. Der Unterzeichnete insbesondere hatte in diesem Zusammenhange eine Reihe von Unterredungen mit den in Zürich anwesenden Vertretern der »*Neuen Zionistischen Organisation«, insbesondere den Herren Dr. Schechtmann, Dr. *Hoffmann und Dr. Akzien.

Im Mittelpunkt stand die Frage eines gemeinschaftlichen Vorgehens der politischen Vertreter der beiden Organisationen in Genf, so gleichzeitig mit dem Kongress die ständige Mandatskommission des Völkerbundes den Bericht der Palästinaverwaltung und den Bericht der Königlichen Kommission prüfte. Die Kooperation mit den Revisionisten kam jedoch leider nicht zustande.

Abschliessend darf festgestellt werden, dass zu der Frage nach der zukünftigen staats- und völkerrechtlichen Entwicklung Palästinas auf diesem Kongress eine endgültige Stellungnahme nicht herbeigeführt wurde, und dass gemäss der weiteren Behandlung der Angelegenheit vor dem Völkerbundsrat und dem englischen Parlament voraussichtlich erst der nächste Kongress definitiv in der Lage sein wird, die Stellungnahme der Zionistischen Organisation festzulegen.

[119] Entlassung von ausländischen Angestellten der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland

17. September 1937; USHMM: 11.001M.01, 7-597a.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 17. September 1937
Dr.Fr./L.

An das
Geheime Staatspolizeiamt
Berlin SW 11
Prinz Albrechtstr. 8

Den Vertretern der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland wurde Donnerstag, den 16. September 1937, mündlich eröffnet, dass alle Angestellten ausländischer Staatsangehörigkeit sowie die staatenlosen Angestellten innerhalb von zwei Monaten zu entlassen seien. Diese Verfügung gilt für die *Zionistische Vereinigung für Deutschland, den *Keren Hajessod, den *Keren Kajemeth Lejisrael (Jüdischer Nationalfonds), das Palästina-Amt und die Berliner Zionistische Vereinigung. Es bedarf keiner besonderen Erklärung, dass diese Verfügung wie alle anderen Weisungen der Behörde selbstverständlich strikt ausgeführt werden wird.

Es sei aber gestattet, ein paar Bemerkungen vortragen zu dürfen, die wir uns für verpflichtet halten, zur Kenntnis des Geheimen Staatspolizeiamtes zu bringen.

1) Die relativ grosse Zahl von nicht reichsdeutschen Juden, die in unseren Betrieben arbeiten, erklärt sich aus dem Umstand, dass der Gedanke des Zionismus und der Kampf gegen die Assimilation im Laufe der letzten Jahrzehnte bei den eingesessenen Juden in Deutschland nur schwer Eingang gefunden hat, und dass gerade die Juden, die aus den Ländern jüdischer Massensiedlung nach Deutschland einwanderten, sich schneller der zionistischen Bewegung anschlossen. Ausserdem war die Beamtenlaufbahn in der Zionistischen Organisation, da es keinerlei Pensionsberechtigung gibt, niemals besonders reizvoll für die Juden in Deutschland, die auf anderen Gebieten ein besseres Auskommen fanden. Die zionistische Bewegung, die jeder Assimilation ablehnend gegenüberstand, hat die Juden niemals nach ihrer Staatsangehörigkeit beurteilt. Der Zionismus steht bekanntlich auf dem Standpunkt jüdischen Volkstums und der jüdischen Rasse – Gedankengänge, die ihre Billigung durch das neue Deutschland gefunden haben.
2) Unter den Angestellten, die nach der Weisung zur Entlassung kommen müssen, befinden sich sehr verschiedene Katagorien. Zunächst gibt es einige Mitarbeiter, – ihre Zahl ist sehr klein – die einfach unersetzlich sind. Gewisse

Abteilungen würden durch den Verlust gewisser Menschen in ihrer Arbeit so brachgelegt werden, dass wir uns verpflichtet fühlen, unsere ernstesten Bedenken wegen des Weiterbestands dieser Abteilungen, die für die Auswanderung nach und die Ansiedlung in Palästina notwendigste Arbeit leisten, zum Ausdruck zu bringen. Wir sind jederzeit bereit, die Namen dieser Mitarbeiter zu benennen.

3) Ein Teil der Betroffenen ist 15 bis 20 Jahre im Dienste der Zionistischen Organisation. Es besteht für diese Angestellten weder ein Recht auf Pensionierung, noch haben wir die finanziellen Möglichkeiten, die Pensionierung durchzuführen. Da die zionistische Jugend zur Berufsumschichtung und Auswanderung drängt, ist die Zahl alter Angestellten bei uns ungewöhnlich gross. Eine Möglichkeit zur Auswanderung besteht für diese nicht, da sie die Altersgrenze für Auswanderung überschritten haben, völlig mittellos sind – sie und ihre Angehörigen leben von dem geringen Gehalt – und daher auch kein sogenanntes Kapitalisten-Visum für Palästina bekommen können (hierzu sind bekanntlich £P 1000. – bezw. RM 25 000, – notwendig). Diese Angestellten werden also, wenn wir sie entlassen, auf der Strasse liegen und den öffentlichen Fürsorgestellen zur Last fallen. Es handelt sich zum allergrössten Teil um kleine Gehaltsempfänger (Stenotypistinnen, Sekretäre, Kassierer, Telefonistinnen, Expedienten und Kontoristinnen sowie Buchhalter und Buchhalterinnen). Diese Angestellten nehmen auch reichsdeutschen Juden keine Arbeitsplätze fort, da bekanntlich auf dem Arbeitsmarkt ein Mangel an gut ausgebildeten Stenotypistinnen und Buchhaltern besteht.

4) Die wenigen jungeren Angestellten, die noch im Dienste der Zionistischen Vereinigung und ihrer Nebenabteilungen sind, sind wiederholt auf ihre Auswanderungsmöglichkeiten gesiebt worden. Ein Teil von ihnen ist auch bereits im Laufe der letzten Jahre nach Palästina ausgewandert. Von den noch vorhandenen sind nur wenige, die zur Auswanderung in Frage kommen. Die anderen sind entweder durch körperliche Gebrechen oder chronische Krankheiten für die Auswanderung untauglich. Sie erhalten unter keinen Umständen infolge der Verweigerung des ärztlichen Gesundheitsattestes ein Zertifikat. Ihre Wiedereinordnung in irgendeinen Wirtschaftsbetrieb ist unmöglich, und das Schicksal dieser Menschen ist höchst tragisch. Dazu kommt, dass sie oftmals Familien und nahe Angehörige unterstützen müssen, die auf ihren Erwerb angewiesen sind. Die Leitung der Zionistischen Vereinigung fühlt sich für diese Menschen als Zionisten verantwortlich, da es sich zum grössten Teil um bewährte Mitkämpfer und nicht um einfache Angestellte handelt.

Die gesamte Massnahme stellt unsere Organisation vor ein schier unlösliches Problem. Wir gestatten uns daher ergebenst, darum zu bitten, nochmals in eine Prüfung der Materie eintreten zu wollen. Es wäre für uns eine grosse Erleich-

terung, wenn die Frist auf ein halbes Jahr ausgedehnt werden könnte. In dieser Zeit hätten wir die Möglichkeit, durch Verbindung mit den verschiedenen Hilfsorganisationen des Auslandes und unseren Stellen in Palästina in dem einen oder anderen Falle eine Möglichkeit zur Auswanderung doch noch zu besorgen. Wir könnten fernerhin in dieser Zeit unsere Bemühungen auf die Unterbringung einiger Menschen in der jüdischen Privatwirtschaft konzentrieren. Es wird aber auf jeden Fall ein Rest bleiben, für den wir Lösungsmöglichkeiten nicht wissen, und für die wir die Bitte einer Rücknahme der Verfügung schon jetzt uns auszusprechen erlauben.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
*Friedenthal

[120] Ausschaltung der deutschen Sprache in der zionistischen Arbeit
1. Dezember 1937; CZA: S5\432.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 1. Dezember 1937
BC/Be

An das
Organisations Department
der *Jewish Agency for Palestine,
Jerusalem / Palästina
P. O. B. 92

Sehr geehrter Herr Gesinnungsgenosse,
wir stellen aus den Publikationen der letzten Zeit mit grossem Bedauern fest, dass die Executive in immer stärkerem Masse dazu übergeht, sich in ihren Veröffentlichungen der hebräischen und englischen Sprache zu bedienen, und dass dabei die deutsche Sprache weitgehend ausgeschaltet wird.

Wir bedauern dieses unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit und der Reichweite dieser Veröffentlichungen sehr. Es besteht kein Zweifel, dass der hebräischen Sprache die Priorität gebührt, und erfreulicherweise gibt es im Rahmen der Organisation einen immer grösseren Kreis von Menschen, der sie versteht und beherrscht. Die Veröffentlichungen pflegen aber gewöhnlich für die peripheren Kreise bestimmt zu sein, die erst neuerdings in die Organisation eingetreten sind und mit deren Gedankengut durch Informationsmaterial vertraut gemacht werden sollen. Gerade diese, für die Propaganda besonders wichtigen Gruppen werden also durch die Publikationen nicht erfasst. Immerhin bleibt zu bedenken, dass heute nach wie vor ein erheblicher Teil der Juden die deutsche Sprache spricht und versteht. Uns scheint, dass bei einer propagandistischen Tätigkeit dieser Tatsache Rechnung getragen werden muss.

Mit Zionsgruss
*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Benno *Cohn

[121] Entlassung von ausländischen Angestellten der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland

10. Dezember 1937; USHMM: 11.001M.01, 7-597a.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 10. December 1937
Dr.Fr./L.

An das
Geheime Staatspolizeiamt
Berlin SW 11
Prinz Albrechtstr. 8

Betr.: Ausländische Juden in der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland und ihren Verbänden

In verschiedenen Ortsgruppen der Zionistischen Vereinigung, zionistischen Bünden und anderen Teilen der Zionistischen Organisation sind in letzter Zeit seitens der Behörde Anordnungen ergangen, ausländische Juden aus Vorstandsposten, Bundesleitungen usw. zu entfernen. In der Zionistischen Ortsgruppen in Aurich (Ostfriesland) mussten sogar laut Anordnung der Behörde nicht reichsdeutsche Mitglieder aus den Listen gestrichen werden.

Wir gestatten uns ergebenst, hierzu folgende Ausführungen zu machen: die zionistische Bewegung hat in Deutschland in den vierzig Jahren ihres Bestehens ebenso wie in allen anderen Ländern einen heftigen Kampf gegen die Assimilationsbestrebungen der Juden geführt und jederzeit den Standpunkt vertreten, dass unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft die Juden ein Volk sind und als solches nicht aufgehen in demjenigen Volk, unter dem sie leben. In Deutschland hat sich dieser Kampf des Zionismus nicht nur auf die hier ansässigen Juden beschränkt, sondern hat ebenso diejenigen Ostjuden erfasst, die den Versuch gemacht haben, sich in Deutschland einzuleben und sich zu assimilieren. Aus diesem Gründe befinden sich in den Reihen der Zionistischen Organisation und ihren Gruppen eine grössere Zahl von nicht reichsdeutschen Juden. Unter den 40 000 Juden, die seit 1933 aus Deutschland nach Palästina abgewandert sind, ist eine sehr erhebliche Anzahl von ausländischen Juden. Die Bemühungen zur Auswanderung nach Palästina erstrecken sich auch weiterhin und in Zukunft auf *alle* in Deutschland lebenden Juden, gleichgültig, welcher Staatsangehörigkeit sie sind.

Wenn nun durch behördliche Bestimmungen nicht reichsdeutsche Juden nicht mehr Mitglieder unserer Organisation sein können, so haben wir keine Möglichkeit, auf diese Juden einzuwirken. Ein grosser Teil dieser Juden ist staatenlos und kann daher nicht rückwandern. Gerade diese zur Auswanderung nach Palästina zu bringen, ist daher eine wichtige Aufgabe und liegt, wie wir annehmen dürfen,

auch im Interesse des deutschen Staates. Eines der wesentlichsten Argumente des Zionismus im Kampf gegen die Assimilation, dass für die Lösung der Judenfrage die Herkunftsländer der Juden keine Rolle spielen, sondern dass im Gegenteil die Judenfrage für alle Juden gelöst werden muss, würde an Beweiskraft verlieren, wenn wir gezwungen wären, aus unseren Reihen nicht reichsdeutsche Juden zu entfernen.

Wir gestatten uns daher ergebenst die Bitte, auch weiterhin nicht reichsdeutsche Juden, so lange sie sich in Deutschland befinden, die Mitarbeit in der Zionistischen Vereinigung und ihren Gruppen zu gestatten. Es sei nur noch darauf hingewiesen, dass für gewisse Arbeitsgebiete wie z. B. die Erlernung der hebräischen Sprache, jüdische Volkskunde u. a., wir auf nicht reichsdeutsche Juden sehr angewiesen sind, da infolge des Assimilationsprozesses, der lange Zeit unter den Juden in Deutschland herrschend war, nur wenige reichsdeutsche Juden zu finden sind, die wir mit diesen Aufgaben betrauen können.

Wir wären für eine baldige Entscheidung dankbar, da in einer grossen Anzahl von zionistischen Gruppen Unklarkeit darüber herrscht, wie sie sich gegenüber den nicht reichsdeutschen Mitgliedern verhalten sollen.

Nach einer oberflächlichen Schätzung glauben wir, dass unter dem gesamten Mitgliederbestande der Zionistischen Vereinigung und ihrer Organisationen etwa 15 % nicht reichsdeutsche Juden zu finden sind.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland

*Friedenthal

[122] Zionistische Aufgaben im neuen Jahr 1938

8. Januar 1938; RSMA: 713-1-32.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 8. Januar 1938

Bitte in Vorstandssitzungen
oder Arbeitskreisen vorlesen!

An alle Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften der *ZVfD

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,
zu Beginn der zweiten Winterhälfte wenden wir uns mit einem allgemeinen Rundschreiben an unsere gesamte Organisation und wollen versuchen, unsere Situation und unsere Aufgaben in ihr klarzustellen.

I. Eine Umschau über das jüdisch-politische Geschehen zu Beginn des Jahres 1938 eröffnet den Blick auf schwere und ernste Probleme.
   a) Die politische Entwicklung in Palästina ist mit der Veröffentlichung des neuen Weissbuches[1] der britischen Regierung in ein neues Stadium getreten. Wir sind der Meinung, dass damit erneut ein ernstes Moment aufgetreten ist, und dass wir alle unsere Kräfte sammeln müssen, um die Gefahren zu bannen. Übertriebene Befürchtungen sind fehl am Platze; grundsätzlich hält die englische Regierung am Peel-Bericht und Judenstaatsplan fest. Diese grundsätzliche Stellung muss hervorgehoben werden, zumal die vorhergehenden Gerüchte das angezweifelt hatten. Die neue Kommission wird als »technisch« bezeichnet, und hat weitgehend die Aufgabe zugewiesen erhalten, die Möglichkeiten der realen Durchführung des Teilungs- und Judenstaatsplanes gründlich zu prüfen. Sie wird allerdings in diesem Rahmen Abänderungsvorschläge machen dürfen, die besonders auf territorialem Gebiet ins Gewicht fallen können. Das Bedrohlichste von Allem ist die grosse Verzögerung, die die Arbeitsprozedur der neuen

[1] Da die Ablehnung des im Juli 1937 vorgeschlagenen Teilungsplans von Juden und Arabern unwiderruflich war, hat die britische Regierung schon Anfang 1938 festgestellt, dass die Empfehlungen der Peel-Kommission vielleicht nicht durchführbar seien. Ende Februar 1938 wurde in London unter Sir John Woodhead ein technischer Ausschuss eingesetzt mit der Aufgabe, die Einzelheiten für einen Teilungsplan auszuarbeiten, welcher von Juden und Arabern akzeptiert werden könnte. Im Oktober 1938 erklärte sich dieser Ausschuss außerstande, einen realisierbaren Teilungsplan zu empfehlen. Vor Ende des Jahres ließ die britische Regierung daher den Gedanken an eine Teilung Palästinas offiziell fallen.

Kommission bedeutet, und die Andauer der politischen Ungewissheit über die Art der endgültigen Lösung: denn diese Verzögerung und Ungewissheit können der Palästinawirtschaft schwere Schädigungen zufügen.
Wir fordern demgegenüber mit aller Klarheit und Deutlichkeit:
1) dass die Untersuchung im Tempo beschleunigt wird;
2) dass die Errichtung des Judenstaates auf einem genügend grossen Gebiete, das unseren Einwanderungs- und Kolonisationsbedürfnissen entspricht, zur Tatsache wird.

Jeden Versuch, uns in Palästina auf den Status einer Minderheit herabzudrücken, weisen wir leidenschaftlich zurück. Unabhängig von der laufenden Untersuchung betonen wir, dass nach wie vor das Mandat die Richtschnur für die Tätigkeit der Palästina-Regierung sein muss. Demgemäss muss die vorübergehend eingeführte politische Höchstgrenze für die Einwanderungsquote nach dem 31. März fallen, und die Regierung muss eine grosszügige Politik aktiver Wirtschaftsförderung durch Anleihen und öffentliche Arbeiten einleiten, damit die Wirtschaft des Landes nicht der Last erliegt, die die politische Unentschlossenheit eben der Regierung auf sie wälzt.

Die Alternative ist klar gestellt: entweder gelingt es, die Errichtung eines Judenstaates durchzusetzen, oder es kommt etwas, was in den englischen Dokumenten als Minderheitenstatus bezeichnet wird.[2] In dieser Situation müssen alle Kräfte der Zionistischen Organisation und darüber hinaus der gesamten *Jewish Agency einmütig und geschlossen für den Judenstaat eintreten.[3]

Wir beraten im Augenblick mit Vertretern der nichtzionistischen Hälfte der *Jewish Agency in Deutschland darüber, in welcher Form wir den Empfindungen wirkungsvollen Ausdruck verleihen können, die alle Juden in Deutschland angesichts des Weissbuches erfüllen. Wir verzeichnen mit Genugtuung, dass auch die nichtzionistische Presse grundsätzlich unsere zionistische Auffassung der Sachlage teilt.

b) Die Notwendigkeit, die Krisis der politischen Situation in Palästina zu bestehen, wird umso deutlicher, als die Entwicklung der *Judenfrage in der Welt* die Aufgaben des Zionismus immer stärker unterstreicht. Die Entwicklung in Rumänien zeigt klar, dass weniger als je die Judenfrage durch

---

[2] Etwa ein Jahr später, also im Mai 1939, veröffentlichte die britische Regierung ein weiteres White Paper über Palästina. Darin wurde die Idee einer Teilung Palästinas völlig abgelehnt. Es wurde weiter behauptet, Palästina würde nach 10 Jahren als ein einheitlicher bzw. unabhängiger Staat anerkannt werden und die jüdische Einwanderung in den nächsten fünf Jahren (also bis 1944) auf 75 000 beschränkt werden. Dieser Plan hätte einen Zweinationenstaat mit dauernder jüdischer Minderheit bedeutet. Ein solches Ergebnis war für die Zionisten völlig unannehmbar.

[3] Trotz der vom NS-Staat klaren Zurückweisung eines unabhängigen jüdischen Staates blieb die *Zionistische Vereinigung für Deutschland bei dieser Forderung.

Emanzipation aus der Welt geschafft ist. Auch in diesem Bereich unseres Lebens hat sich die grausame Analyse der Judenfrage durch den Zionismus bestätigt. Es ist unsere zionistische Aufgabe, den Juden immer wieder klarzumachen, dass gerade in einer bedrängten Lage eine entschlossene *nationale Konzentration* das einzige Mittel ist, durch das unser Volk zu einer konstruktiven Behandlung seiner Lebensprobleme gelangen kann.

c) In unserem engeren Lebensbereich wird das jüdische Leben durch eine der Tendenz nach sich verstärkende *Auswanderungsbewegung* charakterisiert. Wir haben es seit 1933 für unsere Pflicht gehalten, diese Wanderungsbewegung stärkstens zu fördern. Wenn im Jahre 1937 die Auswanderung nach Schätzungen der verantwortlichen jüdischen Stellen zwischen 22 000 und 24 000 Personen betragen hat, so muss es unser Ziel sein, im Jahre 1938 diese Ziffer, wenn möglich, noch zu steigern. Die Problematik dieses Versuchs liegt auf der Hand: der Umfang der Wanderungsbewegung hängt ab von der Aufnahmefähigkeit von Einwanderungsländern, und nach dieser Richtung werden verstärkte Bemühungen der zentralen Instanzen einzusetzen haben.

II. Unsere unmittelbaren zionistischen Arbeitsaufgaben sind nach diesem Überblick klar:

a) Auf dem Felde der Palästina-Politik kommt es darauf an, der Judenheit in Deutschland vor Augen zu halten, dass eine wirkliche und fühlbare *Stärkung der Zionistischen Organisation* in den Ländern der Diaspora zu einer unmittelbaren Festigung der Position führen wird, die die Executive als Sprecher des jüdischen Volkes hat. Eine energische Zusammenfassung aller jüdischen Kräfte kann allein das Palästinawerk wirtschaftlich sichern und entwickeln. Hingebungsvolle *Arbeit für die nationalen Fonds*, *Keren Hajessod und *Keren Kajemeth Lejisrael, ist mehr denn je Hauptpflicht jedes einzelnen Zionisten. Unser Kampf um grosse Alijah wird nicht zuletzt in der Galuth, auf dem Felde der Fondssammlungen, entschieden.

   Viele Menschen sind durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit aufgerührt, bereit, umzudenken und unserer Parole zu folgen. Die *Werbe-Aktion*, die jetzt ihren Höhepunkt erreichen soll, muss energisch geführt werden. Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland muss und kann der Faktor sein, der es immer wieder versteht, die Juden zu bewegen und ihre moralischen und materiellen Energien für das Palästinawerk zu gewinnen. Festigkeit der Überzeugung und tatkräftige Arbeit können uns gerade heute wieder Erfolge einbringen, die in früheren Jahren ausblieben. Überall, wo die Werbe-Aktion mit Elan angefasst wird, zeigen sich schöne Erfolge, zum Beispiel in Leipzig.

b) Eine planvolle Förderung der Auswanderungsbewegung hat vor allem zu bedenken, dass die *Berufsstruktur* der Auswanderer nicht zu einem

automatischen Hindernis wird, vor dem jede Einwanderungschance sich verschliesst. Die *Sonder-Aktion*, die wir vor einigen Wochen gemeinsam mit den chaluzischen Verbänden begonnen haben und die zum Ziele hat, den Ostern 1938 zur Schulentlassung kommenden Jahrgang zur Berufsumschichtung, insbesondere **Hachscharah*, zu führen, muss von allen unseren Ortsgruppen aufs entschiedenste unterstützt werden. Gegenüber manchen Tendenzen, die sich in der jüdischen Elternschaft bemerkbar machen, gilt es, die Grundwahrheiten herauszuarbeiten, die jede Berufsentscheidung der Jugendlichen heute regulieren müssen. Wir haben schon aus der bisherigen Korrespondenz den Eindruck, dass Notwendigkeit und Nutzen dieser Aktion allenthalben verstanden werden. Wir sind überzeugt, mit dieser Aktion ein Werk zu vollbringen, das weit über den unmittelbaren Effekt, den es in späteren Jahren für den Aufbau Palästinas haben wird, der Judenheit in Deutschland in ihrer Gesamtheit eine wesentliche Hilfe bringen wird. Auch für unsere eigene Organisation werden wir durch Verstärkung der Arbeit für die Zionistensteuer im Laufe des Winters besondere Anstrengungen machen.

Jede zionistische Arbeit, jeder Versuch, mit Menschen zu sprechen und sie zu beeinflussen, muss heute bedenken, dass Alle sich bedrängt und erschüttert fühlen. Nicht besserwissende Belehrung kann Inhalt unserer Propaganda sein, sondern der Versuch, durch Öffnung der Augen zu helfen und das Gefühl brüderlicher Verbundenheit in unserer grossen Schicksalsgemeinschaft lebendig zu halten. Nicht nur jüdisch-politische Erörterungen erwartet man von uns, sondern auch die Hoffnung und den Trost, den eine zionistische Gemeinschaft spenden kann.

Wir werden im Laufe der nächsten beiden Monate auf mehreren Zionistentagen und Gruppenverbandstagungen im Reiche zu allen unseren Gesinnungsgenossen sprechen und sind überzeugt, dass die alte Gemeinschaft des Vertrauens und der zionistischen Arbeit sich bewähren und Früchte tragen wird.

Schalom

*Zionistische Vereinigung für Deutschland

Benno *Cohn

[123] Allgemeine zionistische Arbeit in Deutschland 1938

28. Januar 1938; RSMA: 713-1-32.

Informationen für den Landesvorstand.

Berlin W 15, Meinekestr. 10 Nr. 23 28. Januar 1938

[...]

II. Zionistische Arbeit.

Die organisatorische Arbeit hat nach der Feiertagspause überall mit Intensität eingesetzt. Wir stellen insgesamt einen recht guten Besuch der Versammlungen und eine aktive Teilnahme des zionistischen Kerns an der Arbeit fest. Das nichtzionistische Publikum ist insbesondere in den grösseren Städten an unserer Arbeit wieder sehr interessiert, ein Zeichen dafür, dass nicht lediglich Konjunkturmomente, auf der Wanderungs-Situation beruhend, die Arbeit bestimmen. Veranstaltungen, in denen neuartige Formen gefunden werden, sind besonders attraktiv, die Mitglieder-Werbung hat erneut eingesetzt und kommt jetzt gut vorwärts. Man hört allenthalben, dass die kritische Situation im Lande sich ungeachtet der schweren Rückschläge, die sie bringt, läuternd auf den Stil und Inhalt unserer Arbeit gewirkt hat.

Vor kurzem fand ein gut besuchter *Gruppenverbandstag* in *Darmstadt* statt, auf dem Benno **Cohn* ausführlich referierte. Vorbereitet werden für den Februar Zionistentage in *Mannheim* und *Essen*, ein Gruppenverbandstag in *Hamburg* und eine grössere Stadtkonferenz in *München.*

Vielleicht gelingt es uns, Dr. *Ruppin für eine Deutschlandreise zu gewinnen. Wir würden ihn dann in einigen wenigen öffentlichen Veranstaltungen und im interneren Kreise für die *ZVfD und *Jewish Agency einsetzen, auch eine Landesvorstandstagung mit ihm veranstalten.

Die *Finanzlage der *ZVfD* ist ungewöhnlich schwierig. Wir stehen unmittelbar vor einer grösseren Zionistensteuer-Aktion, bei der wir auf die Mithilfe aller aktiven Zionisten angewiesen sind.

**Hechaluz.*

Die Arbeit des Hechaluz stand in den letzten Wochen im Zeichen der Alijah-Vorbereitungen. Die Alijah wird klein sein und nicht mehr als 160 Menschen umfassen. Der *Hechaluz schickt jetzt erstmalig eine Gruppe der Mittleren-Hachscharah[1] nach dreijähriger Ausbildung ins Land. Mit Jugend-Alijah-Zertifikaten kamen ausserdem 50 Chawerim der Mittleren-Hachscharah nach Kfar Jehoschua,

[1] Die Mittlere *Hachscharah war die Palästinavorbereitung für Jugendliche von 14 bis 17 Jahren; sie schloss die Erlernung eines praktischen (z. B. gärtnerischen oder landwirtschaftlichen) Berufes ein.

wo sie ein drittes Jahr *Hachscharah machen sollen. In der Zwischenzeit haben auch weitere zwei Gruppen der Mittleren-Hachscharah ihre *Hachscharah im Inland beendet und sind im Ausland für ein drittes *Hachscharah-Jahr eingeordnet worden.[2] Die dadurch freigewordenen Plätze wurden aufgefüllt.

Während der Zugang zur Älteren-Hachscharah[3] nicht mehr der gleiche wie in den letzten Jahren ist, hat sich die Mittleren-Hachscharah mehr als verdoppelt, sodass wir im Vergleich zum Vorjahr eine Vergrösserung der Gesamthachscharah zu verzeichnen haben. In der Älteren-Hachscharah fand insbesondere ein Ausbau der Auslandshachscharah statt. Das Werkdorp (Holland) wurde auf 40 Chawerim erweitert. In Schweden wurde der Hachscharah-Kibbuz Svartingstorp neu eingerichtet.

Der Prozentsatz der Chawerim, die eine mehr als zweijährige Hachschrah hinter sich haben und dadurch ohne Zuschuss sind, ist sehr gross und dürfte sich Anfang Februar noch weiter steigern, sodass sich fast in sämtlichen Kibbuzim eine grosse Anzahl unbezuschusster Chawerim befindet. Der *Hechaluz hofft aber imstande zu sein, eine weitere Verschärfung dieser wirtschaftlich schwer tragbaren Situation durch finanzielle Aktionen sowie Entlastung durch eine nochmalige Erweiterung der Auslands-Hachscharah begegnen zu können.

Die Arbeit in den grösseren Städten des Reiches war seit den Herbstmonaten sehr rege. Einige Snifim[4] haben auf Grund von Werbe- und Zirkelveranstaltungen gute Erfolge aufzuweisen.

**Wizo.*

Die *Arbeitstagung* der *Wizo wirkte sich in erhöhter Aktivität und Arbeitsbereitschaft aus. Eine Reihe von *Wizo-Zweigstellen im Reich wurden von der Zentrale aus besucht und die Vortragsveranstaltungen waren alle ausserordentlich erfolgreich. An der Aktion für Mittleren-Hachscharah sind die Frauen der *Wizo stark interessiert und arbeiten aktiv mit. Ebenso stellten sich *Wizo-Frauen für die Werbe-Aktion der *ZVfD zur Verfügung.

---

[2] Deutsche Juden schrieben sich auch während der 30er Jahre mit Zustimmung der NS-Behörden in Umschulungsprogramme außerhalb Deutschlands ein. Diese Programme wurden hauptsächlich für jüdische Jugendliche eingerichtet, die noch nicht im Berufsleben Fuß gefasst hatten – also Jugendliche des mittleren *Hachscharahs. Bis zum Januar 1935 nahmen ca. 1 800 deutsche Juden an verschiedenen Umschulungsprogrammen in anderen europäischen Ländern teil, einschließlich Litauen, Lettland, Jugoslawien, Dänemark, Schweden, Italien, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz, Polen, der Tschechoslowakei, Luxemburg und Frankreich. Die meisten wurden finanziell vom *Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau unterstützt. In diesen Fällen erhielten die Lehrlinge routinemäßig vom deutschen Staat die notwendigen Aus- und Einreisevisen. Ab 1938 war wegen fehlender Teilnehmer ein dramatischer Rückgang an jüdischen Umschulungsprogrammen außerhalb Deutschlands festzustellen.

[3] Ältere *Hachscharah war die Palästinavorbereitung für junge Juden ab 18 Jahren; sie schloss ebenfalls die Erlernung eines praktischen (z. B. gärtnerischen, landwirtschaftlichen oder handwerklichen) Berufs ein.

[4] Snifim: Hebr. »Zweig« oder »Zweigstelle«.

Die *Wizo erhielt aus Palästina 20 neue Zertifikate. Die Mädchen sind jetzt in Ellguth[5] im Vorbereitungslager zusammengefasst und werden Mitte März ihre Alijah antreten. Über die Mädchen der letzten und vorletzten Alijah hören wir aus Palästina im allgemeinen Günstiges. In den *Wizo-Institutionen erkennt man an, dass die Mädchen, die hier durch ein Vorbereitungslager gegangen sind, sich schneller eingewöhnen und auch grössere Kenntnis, z. B. in Hebräisch, aufweisen.

**Makkabi.*
Der Termin der III. Makkabiah[6] ist nunmehr leider endgültig verschoben worden. Es ist verständlich, dass in Anbetracht der politischen Situation diese Massnahme getroffen werden musste. Den neuen Termin wird der Makkabiweltverbands-Kongress, der im März d. J. zusammentritt, festlegen.

Der Makkabi in Deutschland wird den Ausfall der III. Makkabiah durch eine grosse Werbewoche vom 20. bis 27. März wettzumachen versuchen. Es werden in allen grösseren Vereinen umfangreiche Veranstaltungen durchgeführt, zu denen ausländische Makkabim in verschiedenen Sportarten als Gäste eingeladen werden. Ausserdem steht der Makkabi in Deutschland mit dem Makkabi Erez Jisrael in Verhandlungen wegen der Durchführung eines Länderkampfes im April 1938.

Die interne Arbeit wird mit aller Intensität, besonders durch die Schulung geeigneter Trainer und Vorturner, fortgesetzt, um im Frühjahr bezw. Sommer die Möglichkeit zu haben, den Erfolg einer besonders systematisch aufgebauten Breitenarbeit auch nach aussen hin zu dokumentieren.

**Keren Hajessod.*
Die Aktionstätigkeit des *Keren Hajessod hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht und wird auch in den nächsten Wochen mit grösster Intensität fortgesetzt werden. Über den Beginn der Arbeit in Frankfurt/Main und die überfüllte Eröffnungs-Kundgebung, bei der Dr. **Baeck* und Dr. **Traub* sprachen, ist in der Rundschau bereits berichtet worden. Ferner sind Aktionen in Essen, Düsseldorf und Nürnberg im Gange; in Köln wird die schon im Dezember begonnene Aktion fortgesetzt, in Chemnitz wurde die Arbeit soeben abgeschlossen. Sowohl im Reich wie in Berlin ist zu erkennen, dass – bei allen Schwierigkeiten, insbesondere den nach wie vor durch Auswanderung und Geschäftsübertragungen bedingten Ausfällen – die Arbeit im allgemeinen einen sehr guten Fortgang nimmt, und dass vor allem in den Gross-Gemeinden noch immer der Zugang zu neuen Kreisen gefunden wird.

[5] Ellguth war ein *Hachscharah-Zentrum in Oberschlesien.

[6] Die Makkabiah war eine Art jüdische Olympiade, die 1936 in Palästina stattfand und an der jüdische Sportlerinnen und Sportler aus der ganzen Welt teilnahmen. Der Begriff »Makkabi« wurde ab den 1920er-Jahren zu einem vorbereiteten Namen für Dachorganisationen jüdischer Turn- und Sportvereine in Europa.

Die Propaganda des *Keren Hajessod wird durch den Einsatz des soeben freigegebenen *Kurztonfilms* »Ein Tag – ein Werk«, der von der Begründung des neuen Siedlungspunktes Tirath Zwi im Beth Schan-Gebiet durch den Kibbuz Rodges berichtet, eine wesentliche Bereicherung erfahren. In Berlin sind überdies recht gute Erfahrungen mit der Durchführung von *Informations- und Ausspracheabenden* für einen engeren Kreis von ständigen Mitarbeitern gemacht worden; die drei bisher stattgefundenen Veranstaltungen konnten eine besonders regen Zuspruch verzeichnen und sollen auch weiterhin regelmässig durchgeführt werden.

Vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle darüber berichtet, dass das plötzliche Auftreten des **Hilfsvereins* als Geldaufbringungs-Organisation ein Chaos auf dem Gebiete des gesamten jüdischen Geldaufbringungswerkes in Deutschland herbeizuführen drohe. Durch ein Abkommen zwischen den beteiligten zentralen Organisationen, in welchen die Sammlungen des *Hilfsvereins zeitlich festgelegt worden sind, ist diese Gefahr, wie man hoffen kann, für die Zukunft ausgeschaltet worden.

Palästina-Amt.
Zertifikatsverteilung:
An das Palästina-Amt Berlin sind bei dem letzten Schedule etwa 300 Zertifikate gelangt. Davon entfallen etwa 158 auf Männer, 35 auf Mädchen und 91 auf Angehörige. Auf die chaluzischen Bünden entfallen von den Zertifikaten ungefähr 2/3, auf die übrigen Anwärter, Palästina-Amt, Betar und Aguda Jisroel 1/3. Bis zum 31.3.38 muss die gesamte Einwanderung im Lande sein. Die Transporte haben begonnen.

Touristik:
Die Touristik nach Palästina ist sehr lebhaft. Es werden im Lande zweimal monatlich Rundreisen für Touristen aus Deutschland veranstaltet. Ferner bereitet jetzt das Palästina-Amt eine grössere Gruppenreise für Mitte März vor.

Palästina-Transfer:
Die Ergebnisse des Bartransfers halten sich auch, soweit bisher zu übersehen, für den Monat Januar etwa auf der gleichen Linie wie in den Vormonaten. Es werden daher zurzeit die bei der Reichsbank bis Nr. 3300 vorgemerkten Anträge zum Abruf gebracht. Die zur Verfügung stehenden Kapitalistenzertifikate müssen nach den allgemeinen Bestimmungen ebenfalls bis zum 31.3. ausgenutzt werden. Es ist damit zu rechnen, dass alle augenblicklich bei der Britischen Passtelle liegenden Anträge auf Erteilung der Einwanderungserlaubnis befriedigt werden. Um bestens die Zertifikate dieser Kategorie auszunutzen, wird in beschränktem Umfang eine Sonderaktion durch das Palästina-Amt im Einvernehmen mit den Transfer-Organisationen durchgeführt.

Das im Dezember von der *Haavara unterbreitete Sonderangebot für Vormerker des SK I, wonach auf der Basis von 33 1/3 % ein Bartransfer angeboten wurde, ist überzeichnet worden. Mit Rücksicht auf die ausserordentlich grosse Zahl der Zeichnungen hat die hierfür vom Board der *Haavara eingesetzte Zuteilungskommission eine Repartierung beschlossen. Sämtliche Zeichner werden hiernach bis zum Auszahlungswert von £P 50.– berücksichtigt werden. Ferner wird den bei diesem Sonderangebot berücksichtigten Zeichnern die weitere Möglichkeit gegeben, im Rahmen eines zusätzlichen Angebots NIR-Anlagewerte im Höchstumfang von nom. £P 40.– pro Zeichner auf der Basis eines Transferverlustes von 50 % zu erwerben.

Die Beratungen über die weitere Entwicklung und Gestaltung des Palästinatransfers, über die wir in Nr. 20 berichteten, werden fortgesetzt und von den zuständigen Gremien der *ZVfD mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt.

Altreu-Transfer:
Für den Kapitalisten-Transfer im Rahmen des Altreu-Verfahrens, über das wir berichtet haben, können seit Anfang Dezember auf Anweisung der Reichsstelle weitere Vormerkungen zunächst von der Altreu nicht angenommen werden. Zu welchem Zeitpunkt das Verfahren wieder in Gang gebracht werden kann, ist noch nicht übersehbar.

Die Möglichkeit der darlehnsweisen Gewährung von Auswanderungsmitteln für Minderbemittelte aus dem Altreu-Fonds ist nach wie vor gegeben.

**Hachscharah-Aktion.*
Die *Hachscharah-Aktion, die die *ZVfD in Gemeinschaft mit den drei chaluzischen Verbänden in Angriff genommen hat, ist nunmehr in vollem Gange. Sie werden bemerkt haben, dass sich die jüdische Presse schon mehr oder weniger des Themas der Berufsentscheidung jüdischer Jugendlicher zu Ostern 1938 angenommen hat. In den nächsten Wochen wird dies in viel stärkerem Masse der Fall sein. In den Grossgemeinden haben teilweise schon Kundgebungen zur Berufsfrage stattgefunden, zum anderen Teile sind Veranstaltungen in Vorbereitung. In den mittleren und kleinen Gemeinden werden Versammlungstournees durchgeführt. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Reise von Frau Lucie *Levy-Zobel, die im Auftrage der Reichsvertretung 30 Städte in verschiedenen Teilen des Reichs besucht, wo sie Eltern- und Gemeindeabende anhält und berufskundliche Aussprachen mit den Schülern herbeiführt.

Die Reichsvertretung hat im übrigen ihre Bezirksstellen angewiesen, auch für den jetzt zur Entlassung kommenden Schuljahrgang die Parole der Berufsumschichtung nachdrücklich zu vertreten.

Der *Reichsausschuss Jüdischer Jugendverbände, die *Wizo, der Makkabi und andere zionistische und überparteiliche Organisationen haben sich ebenfalls in

den Dienst der Aktion gestellt. Ausführlichere Informationen über die Aktion als solche wie über deren eigentlichen Gegenstand stellen wir Ihnen auf Wunsch gern zur Verfügung.

Anlagen!

[124] Informationsreise nach Palästina
März 1938; RSMA: 1325-1-92.

Informationsreise
des
Palästina-Amtes

I. Reiseplan

Abreise ab Berlin	Sonntag, den 13.3.1938, 22.12 Uhr, Anhalter Bahnhof
" Marseille	Dienstag, den 15.3.1938, 12 Uhr mit dem Dampfer »Mariette Pacha«
Ankunft in Haifa	Sonntag, den 20.3.1938, 11 Uhr.

Anschliessend zehntägige Rundreise durch Palästina laut anliegendem Programm.

Die Reise führt die Teilnehmer über Marseille, den grössten Hafen des Mittelmeeres, und Alexandrien nach Haifa. Die Zusammenstellung der Reise nimmt auf die Wünsche der Teilnehmer die grösstmögliche Rücksicht. Die Reise geht durch die landschaftlich schönsten und wirtschaftlich wichtigsten Gebiete des Landes, führt sie durch alle Städte und zeigt vor allem auch diejenigen Siedlungen, die von Juden aus Deutschland errichtet worden sind.

Die Rückfahrt kann zu einem beliebigen Zeitpunkt mit jedem Schiff der Messageries Maritimes angetreten werden, jedoch so, dass die Rückreise innerhalb von 60 Tagen seit Abreise aus Deutschland beendet ist. (Längere Ausdehnung der Reise ist gegen einen geringen Aufschlag möglich.)

II. Leistungen: Die Reise umfasst Eisenbahnfahrt Berlin – Kehl – Marseille auf der Hin- und Rückreise in der II. Wagenklasse, Schiffsreise Marseille – Haifa und zurück in der IIA Klasse der Schiffe der Messageries Maritimes einschliesslich voller Verpflegung (auf Wunsch rituell). Rundreise in Palästina, umfassend zehn Reisetage und neun Übernachtungen einschliesslich Unterkunft und Verpflegung in sehr guten Hotels bzw. Restaurants, alle Fahrt- und Eintrittsgelder, Führungen, Trinkgeldablösungen usw. Ferner Transport des Handgepäcks auf der Hinreise vom Bahnhof Marseille auf das Schiff, Transport von drei Stück Handgepäck vom Schiff in Haifa ins Hotel und Transport von drei Stück Handgepäck während der Landrundreise.

Bei Antritt der Reise von anderen Orten als Berlin verändert sich der Preis entsprechend der Entfernung von der deutsch-französischen Grenzstation Kehl.

III. Führung: Das Palästina-Amt wird die Teilnehmer während der gesamten Reise durch einen *besonderen Begleiter* betreuen lassen, zu dem während der Landrundreise in Palästina ein weiterer landes- und sprachenkundiger Führer hinzutritt. Die Teilnehmer werden von den führenden jüdischen Institutionen in Palästina empfangen werden sowie auf Wunsch die Möglichkeit zur Besichtigung industrieller Betriebe erhalten.

IV. Visum: Das palästinensische Touristenvisum wird von den untengenannten Reisebüros besorgt. Die Kosten des Visums betragen RM 8.30, für polnische Staatsangehörige RM 16.60.

Das französische Durchreisevisum wird von der Schiffahrtslinie gebührenfrei zur Verfügung gestellt.

V. Kaution: Zwecks Erlangung des Touristenvisums ist ein Garantiebetrag von RM 800.– bei einer der hierfür vorgesehenen Banken zu hinterlegen. Die Hinterlegungsgebühren betragen RM 7.50. Nach Rückkehr von der Reise und Rückgabe der Bankbescheinigung zahlt die Bank den hinterlegten Betrag von RM 800.– dem Einzahler wieder aus. Über weitere Voraussetzungen unterrichten die Reisebüros.

VI. Kreditbrief (für Palästina): Um den Teilnehmern an der Reise einen längeren Aufenthalt im Lande zu ermöglichen, ist das Palästina-Amt bereit, jedem Teilnehmer auf Wunsch einen zusätzlichen Kreditbrief bis zur Höhe von £P 10/- auszustellen. Die Gebühren des Palästina-Amtes betragen RM 5.–. Die *Palästina-Treuhandstelle der Juden in Deutschland[1] erhebt ausserdem für die Ausstellung des Kreditbriefes eine weitere Gebühr von RM 5.–.

VII. Bordgeld: Für die Dauer der Schiffsreise können die Teilnehmer Bordgeld in Anspruch nehmen.

VIII. Besorgung: Die Besorgung des Kreditbriefes und des Bordgeldes wird von den Reisebüros zu den üblichen Gebühren übernommen.

IX. Preis: Die Reise ist von Berlin bis Berlin eine komplette Reise 2. Klasse mit allen sich daraus ergebenden Bequemlichkeiten für die Teilnehmer. Durch Verhandlungen mit den beteiligten Stellen ist es gelungen, den Gesamtpreis der Reise mit Einschluss aller genannten Leistungen auf RM 700.– festzusetzen.

---

[1] Hier ist eigentlich die *Palästina-Treuhandstelle zur Beratung detuscher Juden G.m.b.H. (Paltreu) gemeint.

X. Anmeldefrist: Da nur eine beschränkte Anzahl von Teilnehmern zugelassen werden kann, ist es zweckmässig, die Anmeldung schnellstens vorzunehmen. Anmeldeschluss ist der 1. März 1938.

XI. Durchführung der Reise: Das Palästina-Amt muss sich aus technischen Gründen die Durchführung der Reise vorbehalten.

XII. Rücktritt: Tritt ein Teilnehmer nach seiner verbindlichen Anmeldung von der Reise zurück, so verfallen 10 % des Gesamtpreises, es sei denn, dass der tatsächlich entstandene Ausfall bei den Verkehrsunternehmungen diesen Betrag übersteigt, in diesem Falle muss der Ausfall in voller Höhe in Abzug gebracht werden. Diese Bestimmung findet keine Anwendung für den Fall, dass die Reise gemäss Ziffer XI. abgesagt wird.

XII. Haftung: Das Palästina-Amt und die Reisebüros treten bezüglich der Haftung nur als Vermittler auf. Die Haftung der bei der Durchführung der Reise in Anspruch genommenen Transportgesellschaften und Unternehmungen aller Art bleibt unberührt. Mit Abschluss der Buchung erkennt der Reisende den Ausschluss der Haftung des Palästina-Amtes und der Reisebüros für jeden etwa auftretenden Schaden persönlicher oder sachlicher Art, der bei oder im Zusammenhang mit der Reise entstehen sollte, ausdrücklich an.

XIII. Auskünfte und Anmeldungen bei den mit der Durchführung betrauten Reisebüros:

Deutschland Palästina Verkehrsges.
mbH., Berlin W. 15, Kurfürstendamm 224
Fernruf: 91 31 23/24
Telegramme: Palconnex

Palestine Express Co.
Berlin NW 7, Friedrichstr. 100,
Fernruf: 16 29 15 bis 16,
Telegramme: Talatta

Palestine & Orient Lloyd
Berlin W. 15, Meinekestr. 2
Fernruf: 91 73 03/04
Telegramme: Palestlloyd

Programm der Rundreise in Palästina

Sonntag	vorm.	Ankunft in Haifa
	nachm.	Besichtigung des jüdischen Stadtviertels Hadar-Hacarmel
	abends	Empfang durch die Ortsgruppe Haifa der *Hitachduth Olej Germania

Montag	vorm.	Fahrt auf den Karmel und in die Industriezone. *Kirjath Bialik* (Kinderheim Ahawah) und nach Naharia.
	nachm.	Safed. Übernachtung daselbst
Dienstag	vorm.	*Kfar Gileadi – Tel Chaj* und *Metullah – Hule-Gebiet – Jessod Hama'alah*
	nachm.	*Kfar Nachum* und *Tiberias*. Übernachtung in Tiberias
Mittwoch	vorm.	Fahrt von Tiberias über *Daganiah A – Tel Or –* Tel Amal und Beth Alpha nach *Tel Josef*
	nachm.	Weiterfahrt über Ejn Charod nach *Jerusalem*
Donnerstag	vorm.	Fahrt über Kallia zum Toten Meer und Rückfahrt nach Jerusalem
	nachm.	frei
Freitag	vorm.	Besuch der *nationalen jüdischen Institutionen*, Autofahrt auf den Skopus, Besichtigung der Hebräischen Universität und der Nationalbibliothek unter besonderer Führung
	nachm.	frei
Sonnabend	vorm.	Führung durch die Jerusalemer Altstadt (ohne Omar-Moschee)
	nachm.	frei
Sonntag	vorm.	Kinderdorf *Ben Schemen*, Fahrt über Rischon le Zion nach *Ness Zionah* – Ajanoth (Landwirtschaftliche Mädchenschule der *Wizo) – Rechowoth nach *Giwath Brenner*
	nachm.	Zurück nach *Rechowoth*, Besichtigung der landwirtschaftlichen *Versuchsstation* der *Jewish Agency und des Daniel Sieff-Instituts – Mikwe Israel nach *Tel-Aviv*
Montag	vorm. und nachm	Besichtigung von *Tel-Aviv* (Handelszentrum, Hafen, Messegelände, Brennerhaus, Nathan und Lina Strauss-Gesundheitszentrum, Grosse Synagoge, Museum)
	abends	Empfang durch das Zionistische Informationsbüro
Dienstag	vorm.	*Nachlath Jizchak*, Ramath Gan, Nachlath Ganim – Petach Tikwah (Beilinsohn-Krankenhaus) nach *Kibbuz Rodges*, Ramatajim und Ramoth Haschawim (mittelständische Siedlung von Juden aus Deutschland) über Ewen Jehuda nach Nataniah.

nachm. Rückfahrt über *Kfar Jedidjah* (Siedlung von Juden aus Deutschland) durch das Emek Chefer nach Tel-Aviv.

Umstellungen und sonstige Änderungen in der Landreise bleiben vorbehalten.

[125] Umschulung deutscher Juden im Ausland
7. März 1938; USHMM: 11.001M.01, 4-305.

*Reichsvertretung der Juden in Deutschland,
Berlin-Charlottenburg 2,
Kantstrasse 158,
Sammelnummer 91 91 41

Dr. E./My den 7. März 1938
Berufsausbildung von Juden
Im Ausland
Erzierhungsclearing

An die
Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
Prinz Albrechtstr. 8
Berlin SW 11

In Ergänzung zu den überreichten Tabellen über die Statistik der Teilnehmer am Erziehungsclearing gestatten wir uns, folgendes mitzuteilen:

Zurzeit wird 889 Personen durch das Erziehungsclearing die Möglichkeit gegeben, sich im Ausland einer Ausbildung zu unterziehen. Hierunter befinden sich 467 Schüler, 226 Personen in praktischer Ausbildung (Handwerk, Technik, Landwirtschaft) und 196 Studenten.

Da eine Erweiterung des Erziehungsclearings in absehbarer Zeit nicht möglich ist, da andererseits der Andrang von Schülern zunimmt, wird von jetzt an für das Jahr 1938 wie folgt verfahren werden:

Soweit Neuaufnahmen in das Erziehungsclearing nach Massgabe der ausscheidenden Teilnehmer erfolgen, werden vor allem und in erster Linie Schüler und solche Personen berücksichtigt werden, die sich einer Ausbildung zu praktischen Berufen unterziehen, erst in letzter Linie Studenten, wobei aber Studierende der Heilkunde, der Rechts- und Sprachwissenschaft, von Ausnahmefällen abgesehen, grundsätzlich nicht mehr neu zugelassen werden.

*Reichsvertretung der Juden in Deutschland

Erziehungs-Clearing
Statistik der Teilnehmer nach Schulgattung und Ausbildungsart.
(Stand vom 25.2.1938)

I. Schulen:	467
Allgemeine Schulen:	307
Sonstige Schulen:	
Handelsschule	25
Sprachschule	9
Haushaltungsschule	1
Religionsschule	58
Handwerkliche Fachschulen:	
Für Leder	2
Optik	4
Schiffahrt	1
Schlosserei	3
Metallverarbeitung	3
Elektrotechnik	10
Mechanik	2
Tischlerei	2
Textilien	4
Spinnerei	2
Polsterei	1
Graphik	1
Photographie	1
Polytechnicum	31
II. Hochschulen:	196
Universität	156
Handelshochschule	21
Landwirtschaftliche Hochschule	4
Technische Hochschule	15
III. Landwirtschaftliche Ausbildung:	70
Viehzucht, Gartenbau und Landwirtschaftlicher Haushalt	

IV. Handwerkliche Ausbildung:	124
Baugewerbe:	
Maler	2
Architekt	4
Metallverarbeitungsgewerbe:	
Schlosser	7
Autogenschweisser	1
Mechanisch-technisches Gewerbe:	
Mechaniker	3
Elektrotechniker	3
Techniker	3
Werkzeugmacher	1
Optiker	1
Goldschmied	1
Uhrmacher	2
Holzverarbeitungsgewerbe:	
Tischler	12
Graphisches Gewerbe:	
Drucker	1
Buchbinder	1
Graphiker	2
Bekleidungsgewerbe:	
Weber	4
Schneider	12
Zuschneider	2
Kürschner	2
Schumacher	1
Modezeichner	1
Lebensmittelgewerbe:	
Bäcker, Konditor	3
Müller	1
Hotelier	6
Koch, Kellner	5
Gesundheitswesen und soziale Berufe:	
Krankenschwester	3
Säuglingsschwester	6
Kindergärtnerin	2
Fürsorgerin	2
Masseur	1
Röntgenassistentin	1

Sonstige Berufe:	
Friseur	1
Kosmetiker	1
Photograph	4
Dekorateur	3
Kunstgewerbler	1
Kunstmaler	1
Musiker, Sänger	10
Schauspieler	1
Tanz- und Gymnastiklehrer	5
Gewerbelehrer	1
V. Kaufmännische Lehre:	32
	889

[126] Wachsende Schwierigkeiten für deutsche Zionisten
6. Mai 1938; CZA: S7\689.

J. 168/5 London, den 6. Mai 1938.

An: Dr. Werner *Senator

Von: Dr. Martin *Rosenblüth.

Ich sprach heute Walter Tempel (frueher Palamt Berlin), der kuerzlich fuer ein paar Tage in Berlin war. Er erzaehlte mir u. a.:

1.) dass seit Erscheinen des bekannten Vermoegensanmeldungs-Erlasses[1] wieder Hochbetrieb im Palaestina-Amt herrscht: 125 Leute taeglich in der Sprechstunde, und zwar Leute, die man vorher nie dort gesehen hat, da sie niemals an Auswanderung nach Palaestina dachten;
2.) es waere jetzt nicht schwierig, einige weitere Gruppen nach dem Muster der Roxinger Gruppe für landwirtschaftliche Ansiedlung in Palaestina zusammenzustellen; das alles scheitere zur Zeit aber daran, dass weder die Rassco, noch sonst jemand die erforderlichen Boeden zur Verfuegung hat. Boeden, die von Naharia[2] angeboten wurden, seien zu teuer;
3.) das Palaestina-Amt sei weder personell, noch sachlich in der Lage, mit der neuen Situation fertig zu werden; man habe besonders angesichts der Transfer-Situation keine Ahnung, was man den Leuten eigentlich sagen soll. Tempel wollte von mir wissen (ohne dass ich ihm darauf antworten konnte), ob der Vorschlag, den *Landauer in Berlin gemacht hat, wegen Bevorschussung des Transfers an das Reichswirtschaftsministerium und Reichsbank heranzutreten, um die deutschen Juden in die Lage zu versetzen, die 2,000 Kapitalisten-Zertifikate auszunutzen, von den zustaendigen Instanzen in Palaestina bereits behandelt worden sei;
4.) Katastrophal wirkt sich auch immer mehr das Verbot der Beschaeftigung von Auslaendern für den Fortbestand der juedischen Organisationen in Deutschland aus. Der *Bar Kochba z. B. sei dadurch in eine ganz schwierige und auf die Dauer kaum haltbare Situation geraten.
5.) Unsere Freunde in Berlin haben noch immer nicht die Erlaubnis zur Mitarbeit bei der Reorganisation der zionistischen Instanzen in Wien erhalten. Obwohl definitive Beschluesse wohl noch nicht gefasst seien, hat man in Berlin immer mehr und mehr den Eindruck, dass die Behoerden auf diesem Gebiet den Anschluss nicht vollziehen oder zulassen wollen. *Friedenthal habe einen aus-

[1] Hier ist die am 26. April 1938 vom Beauftragten für den Vierjahresplan (Herrmann Göring) beigegebene »Verordnung über die Anmeldung des jüdischen Vermögens« gemeint. Gemäß dieser Verordnung mussten alle Juden dem Staat ihr gesamtes in- und ausländisches Vermögen melden.

[2] Naharia ist eine kleine Stadt an der Nordküste des damaligen Mandats Palästina.

führlichen Brief von *Rothenberg erhalten, in dem er mitteilt, er sei von den dortigen Behoerden (Gestapo?) nunmehr offiziell *Friedenthal gleichgestellt worden (!?!)

Zu dieser Frage ist Tempel übrigens der Meinung, dass die *Jewish Agency solange es irgend geht daran festhalten soll, dass fuer sie Berlin die zentrale Instanz der Zionistischen Organisation und der *Jewish Agency fuer ganz Deutschland ist, und danach verfahren sollte, z. B. bei der Zusendung von Zertifikaten etc. Ich selbst bemuehe mich hier, den Council zu einer entsprechenden Haltung zu bewegen, und habe auch fuer Sir Wyndam *Deedes, der einigen deutschen Regierungsstellen versprochen hat, ihnen im Anschluss an seine Reise ein Memorandum zu ueberreichen, einen in diesem Sinne gehaltenen Entwurf ausgearbeitet.

M. R. [Martin *Rosenblüth]

[127] Zionismus in Österreich nach dem Anschluss
9. Mai 1938; LBI/N.Y.: AR-C 6007-VI.

Abschrift.

Trieste, 9. Mai 1938.

Dr. Georg *Landauer.

Zweiter Bericht betreffend Wien. – Intern.

An dem Tage, an dem ich in Wien eintraf, war den zionistischen Bureaus in der Marc Aurelstrasse 5 gerade gestattet worden, ihre Arbeiten wieder aufzunehmen. Die Kartotheken und Korrespondenzen scheinen alle wohlbehalten geblieben zu sein, Schreibmaschinen und Bureaumaterial waren zum Teil verschwunden. Das schöne Chajes-Gemälde im *Keren Hajessod ist verkratzt worden. Während meiner Anwesenheit in Wien sind Belästigungen nicht vorgekommen. Das Telefon arbeitet unbehindert, wahrscheinlich unter Überwachung. Ich konnte nach Belieben Verabredungen treffen und Besprechungen abhalten, im Bureau und im Hotel. Die Bankkonten können benutzt werden. Auf dem *Keren Hajessod-Konto befand sich ohnehin kein Geld. Das *KKL-Konto war noch nicht frei; ich nehme an, dass es inzwischen frei geworden ist. Auch der *Hechaluz arbeitet.

2. Offizielle Sitzungen, d.h. angemeldete Veranstaltungen finden noch nicht statt.

Der Verkehr mit der Gestapo liegt gänzlich in Händen von Dr. *Rothenberg. Er wird häufig hinbestellt, muss Auskünfte geben und Vorschläge für die Organisation der Arbeit machen. Der Gestapo werden Wochenberichte erstattet.

Als alleinige jüdische Zeitung in Österreich darf nur eine neue zionistische Zeitschrift erscheinen, deren Herausgabe den Zionisten von der Gestapo angeordnet worden ist. Sie hat den Namen »Zionistische Rundschau« zu führen. Das Redaktionskollegium besteht aus den Herren Julius Löwy, Dr. Rosenthal (dem Wiener Korrespondenten der *Jüdischen Rundschau) und Dr. Emil Reich. Dies ist eine schwache Redaktion. Dr. Siegfried Schmitz, Adolf *Böhm und Dr. *Rothenberg gehören zu einer Redaktionskommission.

3. Die Gestapo hat angeordnet, dass sofort eine zionistische Einheitsorganisation gebildet werden soll. Zuerst sollten die Revisionisten auch kooperativ angeschlossen werden; diese Form ist (leider) aufgegeben worden, und die Revisionisten müssen individuell beitreten. Unsere Jugendorganisationen stehen nun angesichts des bald individuell erfolgenden Beitritts von ca. 500 Betarim vor einer internen, fast unhaltbaren Situation. Ich habe ihnen geraten, neue Statuten zu formulieren und auf die Bestimmung der zionistischen Disziplin besonderen Nachdruck zu legen.

Die Zionistische Organisation hat noch kein neues Statut und vor allem noch keinen Vorstand. Die Zionisten können sich noch nicht auf einen Vor-

stand einigen. Die Gruppe B verlangt eine dominierende Stellung, die anderen Gruppen wollen dies nicht zugeben. Die anderen Gruppen könnten eine geeigneten Vorsitzenden präsentieren (jedenfalls wurden Dr. Goldhammer, Plaschkes und Dr. *Bloch u.a. genannt), die Gruppe B hat keinen Kandidaten und so will sie der Gestapo durch den Mund von Dr. *Rothenberg, der der Gruppe B angehört, vorschlagen, überhaupt keinen Vorsitzenden zu bestimmen, sondern nur einen geschäftsführenden Vizepräsidenten; hierfür kandidiert die Gruppe B einen Dr. Pachtmann, der jedoch eine ganz periphere Persönlichkeit ist (*Böhm kommt angesichts seiner persönlichen, familiären, geschäftlichen Situation überhaupt nicht in Betracht; er ist auch absolut nicht in der dazu angemessenen Verfassung. Dass er ein besonderes Vertrauen der Gestapo für die zionistische Arbeit geniesse, ist wohl nicht der Fall). – Der beste Vorsitzende wäre Goldhammer; er kann jedoch intern nicht durchgesetzt werden, weil er zur Gruppe A gehört. Der Sekretär der Zionistischen Organisation ist ein Dr. Pickholz, ein junger, gänzlich unerfahrener Mensch, der keinerlei eigene Tätigkeit entfalten kann. Ich habe ihn nach Kräften beraten.

Dr. *Rothenberg ist ein gutwilliger, arbeitsamer, aber schwacher, sehr kranker, und von seinem Verkehr mit der Gestapo völlig erschöpfter, manchmal sogar verschüchterter Zionist. Die gegen ihn geäusserten Bedenken beruhen wohl hauptsächlich darauf, dass er sehr darauf bedacht ist, dass nichts geschehen soll, was Verdacht oder Beanstandungen hervorrufen könnte, und dass er als sehr parteiisch im Sinne der Gruppe B gilt. Er ist der Leitung der Geschäfte überhaupt nicht gewachsen und möchte auch gar nicht allzulange bleiben.

Es gibt überhaupt keine geeigneten Arbeitskräfte und wenn die österreichische Organisation ihren grösseren Aufgaben gewachsen sein soll, *müssen Kräfte hingeschickt werden*. Einstweilen erlaubt die Gestapo nicht, dass jemand aus Berlin zur Hilfe nach Wien kommt.

4. Das Palästinaamt ist phantastisch überlaufen. Es hat weder einen Apparat noch auch nur einen Beamten, der die Situation in Palästina beherrscht und das Publikum beraten könnte. Es spielen sich aufregende Szenen: Hilfesuchen von Seiten des Publikums und Ratlosigkeit auf Seiten des Palästinaamtes ab.

Eine Palästinaamts-Kommission, die der heutigen Lage entspricht, gibt es nicht. Die Idee von Dr. *Rothenberg ist, sie so zu bilden, dass einerseits Gruppe B und Judenstaatspartei, andererseits Radikale, *Binjan Haarez und *Hechaluz eine gleiche Anzahl von Vertretern erhalten und der *Misrachi dazu kommt und den Ausschlag gibt. Die Gruppe *Binjan Haarez steht dem *Hechaluz nahe und ist mit dieser Lösung nicht einverstanden. Hier müsste die Exekutive eine Instruktion geben.

Alles wartet auf die märchenhafte Jugendalijah, die man versprochen bekommen zu haben glaubt. Alles organisiert schon Jugendalijah-Gruppen: die Parteien, die *Wizo, die Revisionisten, der *Hechaluz. Die Revisionisten versprechen, ihre Gruppe illegal ins Land zu bringen und nehmen Zahlungen entgegen; sie

erzählen, sie hätten in diesem Jahre schon mehrere Gruppen illegal ins Land gebracht. Ich habe eine besondere ausführliche Besprechung mit allen Beamten veranstaltet und ihnen die traurige Situation des Labour-Schedules, die Aktion des *Council for German Jewry und unsere Vorschläge an den Council sowie die Möglichkeiten der Jugendalijah erläutert. Für die Jugendalijah müssen sofort besondere offizielle Instanzen in Wien geschaffen werden. Der *Hechaluz könnte der Stützpunkt für diese Arbeit werden.

5. Das Transfergebiet ist völlig unbearbeitet. Dr. Goldhammer kommt hierfür in Betracht. Die Gestapo lässt aber, zunächst jedenfalls, keine Tätigkeit dieser Art zu. Ich habe jedoch einen Anknüpfungspunkt für die Arbeit für die Unterstützungsmark geschaffen.

Die Entsendung einer oder zweier geschulter leitender Arbeitskräfte nach Wien ist unerlässlich. Ohne das – wird die Arbeit dort zugrunde gehen und der Palästinagedanke eine tragische Niederlage erleiden.

Dr. Georg *Landauer.

[128] Aufruf zur jüdischen Selbsthilfe in Palästina
Mai/Juni 1938; BArch: 75c Re1, 21

Informationsblätter
Herausgegeben von der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland

Jahrgang VI Berlin, Mai/Juni 1938 Nummer 5/6

*Zionistische Vereinigung für Deutschland

Aufruf: Ein Werk jüdischer Selbsthilfe
Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland hat Ende Mai 1938 folgenden Aufruf veröffentlicht:

»Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland ruft in diesen Tagen ihre Mitglieder zu einer internen Aktion auf, deren Inhalt und Form allgemeine Beachtung verdienen. Die Exekutive der Zionistischen Organisation hat jeden Juden, der in ihren Reihen steht, verpflichtet, das Einkommen von drei Arbeitstagen zu opfern, um damit die Inangriffnahme eines großen Arbeitsbeschaffungsplanes in Erez Jisrael zu ermöglichen. Der Ausführung dieses Beschlusses dient die Aktion ›Mifdeh Zioni‹.[1]

Wenn auch gerade in den letzten Wochen allenthalben eine stärkere Zuversicht spürbar ist, daß der schmerzvollen Übergangszeit in Palästina bald ein neuer Aufstieg folgen werde, so liegen die Folgen der Unruhen doch schwer auf dem Wirtschaftsleben des Landes und müssen so rasch als möglich überwunden werden. Die normalen Eingänge des *Keren Hajessod und des *Keren Kajemeth Lejisrael reichen für diese Zwecke nicht aus; denn Neukolonisation und Bodenerwerb dürfen nicht einen Tag aussetzen. Nachdem die Arbeiterschaft und der Mittelstand des Jischuw in Palästina durch die Aktionen ›Pidjon Awodah‹[2] und ›Mifdeh Esrachi‹[3] beträchtliche Anstrengungen gemacht haben, um im Wege der Selbsthilfe das wirtschaftliche Leben zu konsolidieren – jeder Arbeiter hat den Ertrag von 18 Arbeitstagen geopfert – soll der ›Mifdeh Zioni‹ den Beweis erbringen, daß auch die Zionisten außerhalb Palästinas das Werk des Jischuw solidarisch unterstützen.«

---

[1] Mifdeh Zioni: Hebr. »Zionistische Fiktion«.
[2] Pidjon Awodah: Hebr. »Auslösung der Arbeit«.
[3] Mifdeh Esrachi: Hebr. »Bürgerliche Fiktion«.

[129] Mangelhafter Kontakt zwischen *ZVfD und *Jewish Agency for Palestine
13. Juli 1938; CZA: S5\432.

Abschrift.

Franz *Meyer Berlin-Charlottenburg 2, den 13.7.38.
Kantstrasse 158.

An das Buero der
Exekutive der
*Jewish Agency for Palestine
77, Great Russell Street,
London, W.C.1.

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,
Mit besonderem Bedauern muss ich erneut feststellen, wie mangelhaft der Kontakt zwischen Ihnen und den in Deutschland arbeitenden Zionisten ist.

Aus der Presse ist zu ersehen, dass die *Jewish Agency der Konferenz in *Evian ein ausfuehrliches Memorandum ueberreicht hat, dass sich der Zielsetzung der Konferenz entsprechend im wesentlichen mit der Auswanderung von Juden aus Deutschland und Oesterreich nach Palaestina befasst.

Was laege naeher, als der *Z.V.f.D., dem Palaestina-Amt Berlin und mir als dem zionistischen Repraesentanten in der Reichsvertretung das Manuskript zur Kenntnis zu bringen, wenn man schon verabsaeumt hat, vor Absendung desselben unsere Meinung einzuholen. Es muss aber festgestellt werden, dass keine der vorgenannten hiesigen Instanzen bisher in den Besitz des Manuskriptes gelangt ist.

Mit Zionsgruss
gez.: Dr. Franz *Meyer

[130] Schwierigkeiten in der Passausstellung und Beratung
21. Juli 1938; LA/B: A Pr. Br. Rep. 030 (Polizeipräsidium Berlin), Nr. 21410, S. 1.

Vorstand der Jüdischen Gemeinde

Tagebuch-Nr. Mag.Go/G1.

Berlin N4,
Oranienburger Str. 29

den 21. Juli 1938.

Herrn
Polizei-Präsidenten zu Berlin,
Berlin C. 2.
Polizei-Präsidium.

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin erachtet es für seine Pflicht, den Herrn Polizeipräsidenten auf folgenden Zustand aufmerksam zu machen:

Die Pass-Stelle (Abteilung II des Polizeipräsidiums) wird täglich von einer grossen Anzahl Mitglieder unserer Gemeinde aufgesucht, die die Absicht haben, auszuwandern, oder zu Informationszwecken ins Ausland zu reisen und sich die notwendigen Ausweispapiere für die Visenbeschaffung zugänglich zu machen. Die Zahl der Auswandernden ist in den letzten Wochen bedeutend gestiegen und es ist auch damit zu rechnen, dass diese Steigerung sich weiter fortsetzt, zumindest sich nicht verringert. Wir wissen, dass die Reichsregierung auf die Auswanderung der Juden aus Deutschland grossen Wert legt und glauben deshalb, dass alles getan werden soll, um Hindernisse für die beschleunigte Auswanderung zu vermeiden. Wir sehen es als ein solches Hindernis an, wenn zur Zeit die zur Abholung ihres Passes zur Abteilung II bestellten Glaubensgenossen sich teilweise bereits um 5 oder 6 Uhr morgens in der Karlstrasse anstellen, um eine möglichst günstige Nummer zu erhalten, die ihnen die Abfertigung noch am gleichen Tage sichert. Die Beamten tun ihr Möglichstes, um die Abfertigung zu beschleunigen, sind aber sowohl durch den beengten Raum wie auch durch die im Verhältnis zu dem grossen Ansturm geringe Zahl beim besten Willen nicht in der Lage, mehr als ca. 50 Personen pro Tag abzufertigen. Wir würden es, da auch der Vorstand der Jüdischen Gemeinde und die jüdischen Organisationen alles tun, um die Auswanderung zu erleichtern, ausserordentlich begrüssen, wenn der Herr Polizei-Präsident mit Rücksicht auf die aussergewöhnliche Sachlage weitere Räume für die Zwecke der Passausstellung und Beratung zur Verfügung stellt und den Beamtenstab in dieser Abteilung vergrössert.

Vorstand der jüdischen Gemeinde

[131] Wachsende Schwierigkeiten im Jahre 1938 für deutsche Zionisten
3. August 1938; CZA: S7\689.

*Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W 15 / Meinekestraße 10

Berlin, den 3. August 1938
BC/L

Luftpost!

Herrn
Dr. Georg *Landauer
Jerusalem
P. O. B. 92

Lieber *Landauer,
ich muss Dir heute ein paar Zeilen über unsere personelle Situation schreiben, wie sie sich voraussichtlich in den nächsten Monaten entwickeln wird: unter den leitenden Leuten der Meinekestrasse herrscht, wie Du sicher gehört hast, Aufbruchsstimmung. *Traub wird im Herbst in das Land einwandern und noch für relativ kurze Zeit hierher zurückkehren. Dass *Weltsch geht, weisst Du selbst. *Rau geht im Herbst endgültig fort. *Weiss wird definitiv gehen, *Friedenthal will zu Beginn des Winters endgültig zur Alijah gehen, *Lubinski will schon im September dasselbe tun. Auch die zweite Linie, die sogenannte »Obersten-Partei«, wird stark geräumt werden, da mehrere jüngere Mitarbeiter auswandern. Wir haben uns bemüht, etwas Ordnung in den Aufbruch hereinzubringen, und ich selbst habe mit einer ganzen Anzahl von Leuten darum gerungen, dass sie ihre Alijah-Entschlüsse verschieben, und man wird hier und da vielleicht kleine Aufschübe und Vertagungen erreichen können. Meine eigene Lage ist hierdurch noch schwerer geworden. Ich hatte auch die Absicht, in einiger Zeit zu gehen. Es scheint aber angesichts dieses Massenaufbruchs der Anderen fast unmöglich, solche Entschlüsse im Augenblick zu realisieren, sodass ich, wie ich fürchte, meine Entscheidungen noch etwa um ein Jahr vertagen muss.

Diese sehr anarchische Abwanderung wird grosse Nachteile mit sich bringen. Die Aufgaben häufen sich zur Zeit, wie wir deutlich spüren. Alle Liquidationsfristen, die wir nannten – fünf und zehn Jahre usw. – sind ja durch das rapide Tempo des letzten Jahres überholt. Gewiss wird in den nächsten zwei Jahren alles, was an Aktiva in dieser Konkursmasse noch steckt, im wesentlichen abgewickelt sein. Umso grösser muss unsere Intensität sein, umso zahlreicher sind die Interessen, die wir zu vertreten haben. In der sozialen Sphäre wird sich *Lubinskis Weggang besonders negativ aufwirken. Wir stehen angesichts der neuen Gewerbegesetze vor einer Massenerwerbslosigkeit im Winter, die man auf 30 000 Ver-

diener, also etwa 100 000 Familienmitglieder schätzt. Wir werden daher mit den bisherigen Methoden der sozialen Arbeit nicht auskommen können und neue Konstruktionen zu finden haben.

Selbstverständlich haben wir alle unsere Kräfte im Reich gemustert. *Pomeranz wird wahrscheinlich als Nachfolger von *Weiss nach Berlin kommen, wie wir hoffen. Otto May wird die Nachfolge von *Traub im *KH übernehmen. Die Geschäfte der *ZVfD werde ich allein führen können. Es ist sicher nicht so sehr die neu zuwachsende Arbeitslast, die gewiss zu ertragen, [...] als die Tatsache, dass der Kreis der Menschen, mit denen man sich über die fast pausenlos sich ergebenden neuen Zaroth[1] beraten kann, immer weiter schrumpft.

Nun, das ist eine natürliche Entwicklung, die wahrscheinlich nicht aufzuhalten ist. Mit *Kreutzberger, erörterten wir auch, ob es Unterstützung aus dem Lande geben kann. Das ist aber praktisch unmöglich. Es wird jetzt in personeller Hinsicht einen ähnlichen Einschnitt wie im Jahre 1933 geben, nur dass wir damals noch aus einem reichen Fundus von Menschen schöpften, und dass die kommende Entwicklung noch viel schwerer und turbulenter sein wird.

Besonders wichtig ist es, dass das Palästina-Amt in guter Form ist. *Weissmann hat in den letzten Monaten sich in Zertifikatsdinge recht gut eingearbeitet. *Rau, der insbesondere die Transferdinge sehr gut kennt, wird trotzdem ausserordentlich schwer entbehrlich sein. All unser Zureden, seinen Aufenthalt noch zu prolongieren, hat bisher nichts genützt.

Mit diesem Brief wollte ich Dir nur einmal im Zusammenhang darstellten, welche Veränderungen es hier demnächst geben wird. Wir wissen, dass Ihr ausserstande seid, uns zu helfen, da ja geeignete Menschen von drüben kaum für längere Zeit hierherzubringen sind. Es wird sich schon in einigen Monaten eine neue Gleichgewichtslage herstellen.

Hörtest Du übrigens, dass die Eingänge der Fonds gerade im letzten Jahr wieder ausgezeichnet waren, und dass die Rekord-Vorjahresergebnisse erreicht werden? Auf der Einnahmenseite werden die Fonds auch in Zukunft noch grosse Möglichkeiten haben; auf der Transferseite ziehen, wie Du ja weisst, dunkle Wolken herauf.

Mit herzlichen Grüssen
Dein
Benno *Cohn

P.S. Ich hörte von *Kreutzberger, dass Du einen sehr schweren Sommer hinter Dir hast, voll von persönlichen Zaroth. Hoffentlich bist Du jetzt aus dem Gröbsten heraus!

---

[1] Zaroth: Hebr. »Sorge, Streit«.

IV. Zionismus-Revisionismus in Deutschland 1933–1938

[132] Auseinandersetzungen in der revisionistischen Bewegung

o. D. (1933); JI: G2/5/21.

Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten[1]

Berlin-Charlottenburg
Poststempels,
Joachimsthaler Str. 3

Rundschreiben I

An unsere Ortsgruppen und Mitglieder und Vertrauensleute.

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen,
I. Wie Ihnen bekannt ist, hat die Kattowitzer Konferenz[2] zu keiner Klärung der Zustände in der Revisionistischen Organisation geführt. Die Anträge, welche *Jabotinsky dort stellte, liefen praktisch auf eine Proklamation der vollständigen Unabhängigkeit der Revisionistischen Union von der Zionistischen Organisation

[1] Im Jahre 1926 wurde der Landesverband der Zionisten-Revisionisten in Deutschland als erste revisionistische Organisation innerhalb der zionistischen Bewegung in Deutschland gegründet. Die zwischen 1931–1933 sich vertiefende Kluft in der internationalen revisionistischen Bewegung zur Frage der Unabhängigkeit von der *Zionistischen Weltorganisation führte im Herbst und Winter 1932–1933 dazu, dass sich die schon geschwächte deutsche revisionistische Bewegung offiziell in zwei Fraktionen spaltete. Die meisten deutschen Revisionisten unterstützten Richard *Lichtheims Forderung, in der *Zionistischen Weltorganisation zu verbleiben. Im Herbst 1932 traten *Lichtheim als Präsident und einige seiner Anhänger aus dem ehemaligen Landesverband der Zionisten-Revisionisten in Deutschland aus. Sie gründeten Anfang Januar 1933 den neuen Verband deutscher Zionisten-Revisionisten. Der neue Verband schloss sich im August 1933 dem Sonderverband der Zionisten-Revisionisten (später Judenstaatspartei) unter der Führung von Meir *Grossmann in London an. Der Londoner Sonderverband hatte sich von *Jabotinskys Union der Zionisten-Revisionisten getrennt und setzte sich für die Mitgliedschaft in der *Zionistischen Weltorganisation ein. Der neue Verband in Deutschland lehnte Wladimir *Jabotinskys Führungsanspruch aller Revisionisten ab und verstand sich als Vertretung aller deutschen Revisionisten, die in der *Zionistischen Weltorganisation verbleiben wollten. Jedenfalls konnten *Lichtheim und seine Anhänger die Unterstützung aller deutschen Revisionisten nicht gewinnen. Alle Versuche, einen Kompromiss zwischen den Anhängern *Jabotinskys in Deutschland und *Lichtheims neuem Verband deutscher Zionisten-Revisionisten herzustellen, waren zum Scheitern verurteilt. Schließlich zwang die NS-Machtübernahme 1933 die beiden revisionistischen Fraktionen in Deutschland sich wiederzuvereinigen. Im April 1934 entstand offiziell eine neue bzw. vereinigte revisionistische Organisation in Deutschland: die *Staatszionistische Organisation (Vereinigte Revisionisten Deutschlands).

[2] Die 5. Revisionistische Welt-Konferenz fand im August 1932 in Kattowitz statt. Sie änderte nichts an den Auseinandersetzungen innerhalb der internationalen revisionistischen Bewegung. Insbesondere die Frage des Verhältnisses zwischen der internationalen revisionistischen Bewegung und der *Zionistischen Weltorganisation blieb ungelöst.

hinaus. Diese Anträge begegneten dem entschiedenen Widerstand sämtlicher anderen Mitglieder des Exekutiv-Kommitées der Union und der überwiegenden Mehrheit der Konferenz. Daher zog *Jabotinsky seine Anträge zurück, und die Konferenz ging resultatlos auseinander. Wenige Tage später erliess *Jabotinsky einen Aufruf, durch den er die bisherige Leitung der Union als abgesetzt erklärte und sich als Diktator der Partei proklamierte. Dieser Vorgang führte praktisch zu einer Spaltung der Union, da sämtliche anderen Mitglieder der Exekutive (*Grossmann, *Stricker, *Soskin und Machower) das Verhalten *Jabotinsky missbilligten.

In Deutschland versuchte der damals amtierende Landesvorstand das Verhalten *Jabotinsky zu rechtfertigen und stellte sich in seiner Mehrheit hinter ihn im Gegensatz zu der Mehrheit der Anhänger in Berlin und in der Provinz.

Die an diesem Beschluss beteiligten Mitglieder des Landesvorstands üben jedoch zum Teil ihre Ämter im Landesvorstand nicht mehr aus und so ergab sich schon aus diesem Grunde die Notwendigkeit, einen neuen zu konstituieren. Inzwischen erklärte Herr *Grossmann namens der legalen Leitung der Union den Deutschen Landesvorstand für aufgelöst. Es fanden gemeinsame Besprechungen zwischen den leitenden Personen der beiden Richtungen in Berlin statt, die zu folgendem Resultat führten:

Der Landesvorstand hat sich neu konstituiert und besteht zur Zeit aus den Herren Richard *Lichtheim als Vorsitzenden sowie Dr. Justus *Schloss und Ernst *Hamburger. Dieser Vorstand ist allein berechtigt, namens der Deutschen Revisionisten zu sprechen und zu handeln.

Diejenigen Mitglieder, welche sich den Anordnung der legalen Instanzen der Union nicht fügen, sind als ausgeschlossen zu betrachten. Wir ersuchen Sie alle, in diesem Sinne zu verfahren und die Mitglieder des »Verbandes Deutscher Zionisten-Revisionisten« überall vor die Frage zu stellen, ob sie sich dem genannten Vorstand unterstellen und die legal gewählten Instanzen des Sonderverbandes anerkennen, oder ob sie es vorziehen, sich als ausgeschlossen zu betrachten.

Wir bitten Sie unverzüglich die Stellungnahme Ihrer Ortsgruppen bezw. der einzelnen Mitglieder hierher an unsere Adresse, Berlin-Charlottenburg 2, Joachimsthalerstr. 3, II, mitzuteilen. Die Einzelmitglieder, denen wir gleichzeitig dieses Rundschreiben zugehen lassen, bitten wir, auf beigefügtem Bogen zu bestätigen, dass sie sich als Mitglieder des »Verbandes Deutscher Zionisten-Revisionisten« betrachten, und den unterzeichneten Vorstand anerkennen. Wir bitten Sie auch dahin zu wirken, dass uns möglichst viele neue Beitrittserklärungen zugehen, die sämtlich an unsere obige Adresse zu richten sind.

II. Wir weisen noch darauf hin, dass der unterzeichnete Verband allein berechtigt ist, die Vertreter in die Palästinakommission, Palästinaamt und die Schekelkommission zu schicken.

III. Wir bitten Sie also in Zukunft in allen Angelegenheiten, Fragen der Taktik, Palästinaamtssachen (Zertifikate), Schekel, Kongresswahl, Propaganda sich an uns zu wenden.

IV. Wir bitten Sie auch für die »Neue Welt«[3] in grösserem Umfange zu werben und Abonnementsbestellungen an unsere Adresse zu richten.

Zahlungen sind an unsere alte Adresse zu leisten!

V. Wir teilen hierdurch mit, dass der »Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten« Ende Juni mit einem grösseren Palästinareisebüro für seine Mitglieder eine stark verbilligte Palästinareise veranstaltet. Wir bitten alle Interessenten sich möglichst umgehend zu den Bürozeiten persönlich zu melden oder sich mit uns schriftlich in Verbindung zu setzen.

VI. Die Revisionistischen Organisationen haben sich in überwiegendem Umfang hinter die legal gewählte Revisionistische Exekutive gestellt, und zwar teilt uns unser Exekutivsekretariat in Warschau mit, dass unsere Wahlaussichten in Polen überaus günstig sind.

In Litauen haben 1000 Betarim die Reihen des offiziellen Betar verlassen und sich dem neugegründeten Brith Hakanaim angeschlossen. Der Brith Hakanaim ist der Revisionistische Jugendverband des kongresstreuen Revisionismus.

In Polen werden täglich Ortsgruppen des Brith Hakanaim gegründet. Auch die Revisionistischen Studentenverbindungen Jordania und Bet-Amia, Kowno, haben sich hinter die Exekutive gestellt.

In Litauen wird die Union von Gesinnungsgenossen, die hinter der Exekutive stehen, geführt.

In Palästina fand am 16. cr. in Anwesenheit von Herrn *Grossmann die Gründungsversammlung des Brith Hakanaim statt. Prominente Mitglieder des Netzivuth[4] und der Mifkadoth[5] haben den Brith Trumpeldor verlassen und sich dem Brith Hakanaim angeschlossen.

Die Wochenschrift Hamatarah, das Organ der demokratischen kongresstreuen Revisionisten, hat zweimal zu erscheinen begonnen.

In Österreich steht die überwiegende Mehrheit der Union geschlossen hinter dem gesetzlichen Landesvorstand. Das gleiche erfahren wir aus U. S. A., Kanada, Südamerika, Südafrika und Rumänien.

---

[3] *Die Neue Welt* war das Nachfolgeblatt der in 1927 eingestellten *Wiener Morgenzeitung*. 1927–1938 erschien sie als wöchentliche Revue und setzte sich stärker als die *Wiener Morgenzeitung* für die rückhaltlose Gleichberechtigung der Juden in allen Gesellschaftsbereichen ein. Unter ihrem Herausgeber, dem Wiener Zionistenführer Robert *Stricker, erschienen Beiträge, die die Errichtung eines Judenstaates in Palästina forderten. Die letzte Ausgabe der *Neuen Welt* erschien am 11. März 1938, also einen Tag vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich.

[4] Netzivuth: Hebr. »Ausschuss« oder »Komitee«.

[5] Mifkadoth: Hebr. »Zentralen«, »Verwaltungen« oder »Hauptquartiere«.

VII. Der »Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten« wird in verstärktem Umfang in Deutschland für die Grundsätze des Revisionismus, die sich grade in den letzten Wochen als die einzig richtigen erwiesen haben, weiterkämpfen.

Er erwartet Ihre Unterstützung.

Mit den besten Judenstaatsgrüssen
Tel-Chaj!
Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten
gez. Richard *Lichtheim

Dr. Justus *Schloss
Ernst *Hamburger

[133] Auseinandersetzungen in der revisionistischen Bewegung
o. D. (1933); JI: G2/5/21.

Communiqué.

Die Deutschen Zionisten-Revisionisten haben sich neu konstituiert. Der Vorstand des »Verbands Deutscher Zionisten-Revisionisten« besteht aus den Herren Richard *Lichtheim als Vorsitzenden, Dr. Justus *Schloss und Ernst *Hamburger. Das Büro befindet sich nach wie vor Berlin-Charlottenburg 2 Joachimsthalerstr. 3, II.

Die Neuorganisierung erfolgte nachdem die bekannten Differenzen innerhalb der Union praktisch zu einer Trennung der beiden Richtungen geführt haben.

Der »Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten« teilt mit, dass er allein berechtigt ist, namens der legal gewählten Instanzen der Revisionisten zu handeln, und insbesondere auch den anerkannten Sonderverband der Zionisten-Revisionisten (mit dem er praktisch identisch ist) zu vertreten. Die Deutschen Zionisten-Revisionisten, die als Vertreter des Verbandes im Palästinaamt und in der Schekelkommission sitzen, erhielten ihre Mandate auf Beschluss des oben genannten Vorstandes und können von diesem, wenn es erforderlich sein sollte, auch wieder abberufen werden.

Alle Deutschen Zionisten-Revisionisten werden ersucht, ihre Korrespondenz ausschliesslich an den oben genannten Verband zu richten und ihre Beiträge dorthin zu zahlen.

Der »Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten« fordert alle Zionisten, welche auf dem Boden seiner Programms stehen, auf, ihren Beitritt und schriftliche Mitteilungen an das Büro des Verbandes zu richten.

Der Verband ersucht mitzuteilen, dass er nach wie vor in Deutschland für die Grundsätze des Revisionismus weiter kämpfen wird, und zwar im Rahmen der Zionistischen Organisation.

Verband Deutscher
Zionisten-Revisionisten

*Hamburger

[134] Auseinandersetzungen in der revisionistischen Bewegung
16. Mai 1933; SStA/L: PP-V, 4498.

Verband der Staatszionisten[1]

Berlin, den 16. Mai 1933
Brunnenstr. 181, Aufg. E.

An die Vertrauensleute, Ortsgruppen und Mitglieder!
Der Präsident der Weltunion der Zionisten-Revisionisten[2] hat die Situation der Weltjudenheit zum Anlass genommen, eine grosszügige und weitgespannte politische Offensive zur Errichtung des Judenstaates zu beginnen. Kolonisationsregime, Freie Einwanderung, Jüdische Legion, Transjordanien – früher Schlagworte der Agitation: heute sind es die Lösungen, mit denen der Präsident die jüdischen Massen zum Entscheidungskampf um das Schicksal des Judenvolkes mobilisiert. Es ist die Aufgabe unserer Volksbewegung, das Problem des Mandates mit allen seinen Folgerungen neu aufzurollen, und in machtvoller politischer Demonstration die Massenbesiedlung von Erez Jisrael zu erzwingen.

Der Erfolg der Agitation des Präsidenten der Weltunion ist ungeheuer: die alten Anhänger der Bewegung haben sich in überwältigender Mehrheit hinter ihn gestellt (am Plebiszit haben bisher ca. 35 000 Menschen teilgenommen, von denen sich mehr als 31 000 für den Präsidenten erklärten); gewaltige Massen neuer Anhänger strömen ihm zu und die Jugend des Herzlschen Zionismus wächst von Tag zu Tag. (Allein in Polen zählt der Betar jetzt über 50 000 Mitglieder).

Die neue Offensive des Herzlschen Gross-Zionismus kann natürlich nicht achtlos an der Lage der Juden in Mittel-Europa vorbeigehen. Diese Situation ist es, die die Judenfrage in ihrer ganzen Tragik wieder in den Mittelpunkt weltpolitischer Aktionen zu ziehen vermag. Sie ist die Lösung zum Kampf um die Liquidation der Galut überhaupt und um die endliche Befreiung unseres Volkes.

Dieser Kampf wird geführt auf einer umfassenden Weltpolitischen Basis; er kann um des grossen Zieles willen nicht Rücksicht nehmen auf seine Rückwirkungen auf unsere Arbeit in Deutschland. Aber andererseits darf er uns nicht in unserer Arbeit stören, die – jetzt anders als die Aufgaben der Weltbewegung – darin besteht, die spezifische Lage der deutschen Judenheit im Sinne des Herzlschen Staatszionismus einer konstruktiven Lösung entgegenzuführen. Unsere Arbeit, eine immer legale und vor aller Welt offene Tätigkeit, muss fortgeführt werden, weil wir in der Liquidation der Judenfrage den einzigen Weg sehen zur Beruhigung, im Sinne unseres Volkes ebenso wie im Sinne des Volkes, inmitteln dessen wir leben.

---

[1] Der Verband der Staatszionisten war der Versuch, aus den in Deutschland verbliebenen Anhängern von *Jabotinskys Weltunion der Zionisten-Revisionisten sowie Mitgliedern von *Lichtheims Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten eine wiedervereinigte Bewegung in Deutschland aufzubauen.

[2] Hier ist Wladimir *Jabotinsky und seine Organisation in London gemeint.

Die Weltunion der Zionisten-Revisionisten kann keine Verantwortung tragen für unsere Arbeit auf einem Gebiete, wo jede grössere Tätigkeit sehr erschwert ist. Wir können keine Verantwortung tragen für die Tätigkeit der Weltunion, die ohne unsere Anteilnahme und ohne die Möglichkeit einer bestimmenden Einflussnahme unsererseits geführt wird.

Der Präsident der Weltunion selbst hat, um uns von jeder Verantwortung zu befreien, den einzig möglichen Weg gewählt: *er hat den Landesverband der Zionistischen-Revisionisten und den *Brit Trumpeldor in Deutschland aufgelöst.*

Damit sind wir frei und unabhängig geworden.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, den Kampf für den Gedanken des Herzlschen Staatszionismus innerhalb des deutschen Judentums mit verstärkter Macht fortzuführen und dazu beizutragen, dass die Führung des jüdischen Volkes in jene Hände gelegt wird, die schon immer das Erbe Theodor Herzls hochgehalten haben. Wir kämpfen weiter für die Ideale des Judenstaates. Judenstaat, Monismus, Legionismus sind weiter die Pfeiler unserer Volksarbeit, nach wie vor wollen wir den sozialen Bürgerkrieg im Zionismus ausrotten und einen Burgfrieden für den Aufbau herbeiführen.

Die Staatszionisten, die bisher im Landesverband der Zionisten-Revisionisten organisiert waren, haben sich zusammengeschlossen zum

Verband der Staatszionisten

Der ehemalige *Brit Trumpeldor heisst jetzt:

**Nationaler Jugendbund »Herzlia«*

und steht im selben Verhältnis zum Verband der Staatszionisten, wie früher der *Brit Trumpeldor zur Revisionistischen Organisation.

Die Adresse des *Verbandes der Staatszionisten* lautet:

Berlin N. 54
Brunnenstr. 181, Aufg. E.

Wir fordern alle Revisionisten auf, dem Verband der Staatszionisten einzeln oder kollektive beizutreten, alle Korrespondenz ausschliesslich an die obengenannte Adresse zu richten und eine rege Werbetätigkeit zu entfalten.

Nähere Angaben über die Durchführung unserer Arbeit und unserer nächsten Aktionen gehen Ihnen in Kürze zu.

Tel Chaj!
Verband der Staatszionisten
i.A. Alexander Reiter.

[135] Auseinandersetzungen in der revisionistischen Bewegung
24. Mai 1933; JI: G2/5/21.

*Erklärung von Dr. Hans *Bloch*

Als der auf dem Delegiertentag am 18. Januar d. J. rechtmässig gewählte Vorsitzende des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten in Deutschland erkläre ich ausdrücklich, dass nach Weisung des Präsidenten der Union der Landesverband aufgelöst ist. Ich erkläre ferner, dass der Versuch des Herrn *Lichtheim, diese Situation und die Tatsache, dass ein grosser Teil der Mitglieder des rechtmässigen Vorstandes nicht mehr in Deutschland ist, auszunutzen, gegen die revisionistische Disziplin und das jüdische Interesse verstösst und nur der Erlangung von Kongressmandaten aufmacht, so ist das eine missbräuchliche Aneignung des revisionistischen Namens, und ich warne alle Revisionisten, sich an dieser Organisation zu beteiligen.

Paris, 24. Mai 1933 Dr. Hans *Bloch

[136] Die Revisionisten und die *ZVfD
28. Mai 1933; JI: G2/5/21.

Union der Zionisten-Revisionisten
Landesverband in Deutschland

Berlin-Charlottenburg 2, den 28. Mai 1933.
Joachimsthaler Str. 3

Hbg./Zr.

An die
Exekutive der *Zionistischen Weltorganisation,
London.

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen!
Der Landesvorstand des Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten hat beschlossen, in die *Zionistische Vereinigung für Deutschland einzutreten.

Der Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten ist die Organisation aller deutschen Revisionisten, die hinter dem revisionistischen Exekutivkomitee in London stehen und die prinzipielle Anhänger der *Zionistischen Weltorganisation sind.

Der Eintritt erfolgt unter der Voraussetzung, dass die Zionistische Exekutive in London die Suspension des Sonderverbandes aufhebt, nachdem innerhalb des Revisionismus eine Klärung eingetreten ist.

Um den Eintritt des Verbands Deutscher Zionisten-Revisionisten zu ermöglichen und zu legalisieren (als deutscher Landesverband des Sonderverbands), bitten wir um Mitteilung, dass Sie unserem Wunsche entsprochen haben.

Mit den besten Judenstaatsgrüssen!
Tel-Chaj!
Verband Deutscher
Zionisten-Revisionisten
Ernst *Hamburger

[137] Die Revisionisten und die *ZVfD
13. Juli 1933; JI: G2/5/21.

Verband Deutscher
Zionisten-Revisionisten
Postscheckkonto Berlin Nr. 115439

Berlin-Charlottenburg 2, den 13.7.1933

Rundschreiben II

An unsere Mitglieder, Ortsgruppen und Vertrauensleute.

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen!
1.) Der Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten hat in den letzten Wochen aus Berlin und der Provinz eine grosse Zahl an Zustimmungs- und Beitrittserklärungen erhalten. Insbesondere haben sich die verantwortungsbewussten, seit vielen Jahren in der revisionistischen Bewegung stehenden Revisionisten uns in grosser Zahl angeschlossen.

2.) Der Verband Deutscher Zionisten-Revisionisten erklärt nochmals, dass er unbedingter Anhänger der Zionistischen Organisation ist und getreu hinter der von der letzten Wiener Weltkonferenz legal gewählten Exekutive (*Grossmann, *Soskin, Machower, *Stricker) steht. Der Verband ist mehr denn je von der Wichtigkeit revisionistischer Aufgaben überzeugt und glaubt, dass gerade heute, in den schweren Tagen jüdischer Geschichte, der Judenstaatszionismus nicht nur seine Berechtigung hat, sondern die einzige Bewegung ist, die die grossen Aufgaben erfüllen kann. Die Durchsetzung des revisionistischen Zieles kann nur innerhalb der Z.O. erfolgen. Die Z.O. ist die Titelinhaberin des Mandats. Diesen Titel braucht man, um überhaupt Politik und damit Judenstaatspolitik zu machen; diesen Titel kann man nur erhalten, wenn man in der Z.O. die Macht erhält, und diese Macht wollen wir erobern. Wir glauben, dass sich heute auch Menschen, die bisher abseits unserer Bewegung gestanden haben, davon überzeugt haben, dass die zionistische Politik auf eine radikal andere Basis gestellt werden muss und dass nur die revisionistischen Forderungen: Transjordanien, Massenkolonisation, Judenstaat, Kolonisationsregime, die auch schon in halber und entstellter Form unsere zionistischen Gegner als richtig zu erkennen beginnen, die grossen Aufgaben lösen können. Wir, die Anhänger der legalen revisionistischen Exekutive in London treiben nicht revisionistische Politik, um ewig Opposition zu bleiben, sondern wir glauben, dass die Zeit gekommen ist, wo wir imstande sind, auf Grund des Menschenmaterials, das wir besitzen und durch die Richtigkeit unserer Forderungen, die durch die Umstände unserer Tage als richtig erkannt worden sind, die Führung der Z.O. zu übernehmen. Wir treiben keine Selbstzerfleischung und keine Überspitzung des innerzionistischen und innerrevisionistischen Kampfes in Deutschland und in der Welt, wir machen Judenstaatspolitik, d.h. praktische Arbeit.

3.) Erstes Ergebnis der Wahlen zum Zionistenkongress: Österreich: *Allgemeine Zionisten 2 Mandate, Liga für das arbeitende Palästina 1 Mandat, Revisionisten (Gruppe *Grossmann) 1 Mandat, Radikale kein Mandat, Revisionisten Gruppe *Jabotinsky kein Mandat, *Misrachi kein Mandat. Gewählt wurden in Österreich: Dr. Finkelstein und Dr. Grünbaum für die Allgemeinen, Mendel Singer für die Liga für das arbeitende Palästina, Oberbaurat Ing. Robert *Stricker für die Revisionisten Gruppe *Grossmann.

4.) Zu dem Tode *Arlosoroffs erlässt die revisionistische Weltexekutive (*Grossmann) eine Kundgebung, in der es u. a. heisst:

»Wir verdammen die Tat, von welcher Seite her sie auch begangen wurde. Wir verurteilen es, dass vor Feststellung des Täters durch die zuständigen Behörden und Gerichte eine Person oder eine Gruppe der Tat oder irgend welcher Beziehungen zu dieser Tat beschuldigt werde. Das ist niedrigste, verwerflichste Form des politischen Kampfes.« Die Exekutive verwahrt sich gegen diese Hetze, die aus diesem Anlass von antirevisionistischer Seite inszeniert wurde.

5.) Eines der ältesten Mitglieder des Brith Trumpeldor, der frühere Generalsekretär der deutschen Revisionisten, Herr Dr. Oskar Kwasnik-Rabinovicz, hat sich der legalen revisionistischen Exekutive zur Verfügung gestellt.

6.) Wir sind die einzige Stelle in Deutschland, die mit dem revisionistischen Informationsbüro in Tel-Aviv in Verbindung steht und leiten alle Anfragen für unsere Gesinnungsgenossen prompt weiter.

7.) Vor ca. 8 Tagen sind die Teilnehmer an unserer Palästinagesellschaftsreise in Tel-Aviv eingetroffen. Wir werden auch weiter solche Reisen veranstalten und zwar beabsichtigen wir die nächste Reise Mitte August. Preis ca. RM 350.–

8.) Ortsgruppen, die von Berliner Redner besucht werden wollen, werden um umgehende Nachricht gebeten.

9.) In den nächsten Wochen wird die neue Quote der Zertifikate verteilt werden, und wir bitten Sie, schon jetzt alle Interessenten zusammenzustellen und uns solche Zertifikatsanträge einzureichen, damit wir eine möglichst grosse Zahl unserer Menschen nach Palästina bringen können.

10.) Wir haben folgende Broschüren vorliegen:

Richard *Lichtheim: Revision der zionistischen Politik. Preis RM 1.20
Robert *Stricker: Was ist Zionismus-Revisionismus? Preis RM –.30
Bestellungen erbitten wir an das Büro.

11.) Zahlungen wollen Sie bitte auf unser Postscheckkonto Berlin Nr. 115439 leisten.

Tel-Chaj!
Verband Deutscher
Zionisten-Revisionisten
i.A. Ernst *Hamburger

[138] Der jüdisch-nationale Verband Gdud Haschomrim
18. September 1933; BA/D-H: Z/B1-357.

Statuten

1.) Name Jüdisch Nationaler Verband
Gdud Haschomrim
übersetzt: Verband der Hüter in Palästina

2.) Sitz Berlin N 54, Brunnenstr. 181 Aufgang E 2 Treppen

3.) Zweck Werbung für die Idee des Judenstaates in Palästina zu beiden Seiten des Jordans.
Ideologische Vorbereitung für Palästina und Erlernung der hebräischen Sprache, sowie eine berufliche Ausbildung für die Arbeit in Palästina.

4.) Erwerb der Mitgliederschaft.
Mitglied kann jeder Jude werden der in Deutschland lebt, und der das 25. Lebensjahr erreicht und das 45. Lebensjahr nicht überschritten hat.

5.) Vorbedingung zur Aufnahme.

Bekenntnis zum nationalen Judenstaat
Marxisten und Kommunisten
können keine Aufnahme finden.[1]

a. Jedes Mitglied ist zur strengsten Disziplin verpflichtet.
b. Religiöse Anschauungen müssen respektiert werden. Missachtung der Religion gilt als Zersetzung und wird durch Ausschluss geahndet.
c. Politische Diskussionen und das mitbringen von staatsfeindlichen sowie Auslandzeitungen ist strengstens verboten und wird durch *Ausschluss* geahndet.
d. Nach frühestens 3 Monaten erhalten die Mitglieder die Ausweiskarten der *Gdud Haschomrim.*
e. Iwrit-Heimabende sowie all unsere Versammlungen müssen besucht werden, dagegen Versammlungen anderer Zionisten dürfen nur mit Genehmigung des Führers besucht werden.
f. Jeder Schomer muss einen einwandfreien Lebenswandel führen der mit dem jüdischen Nationalstolz vereinbart ist.

[1] Seit Beginn der 20er Jahre haben Wladimir *Jabotinsky und seine revisionistischen Anhänger die herrschenden sozialistischen Tendenzen innerhalb der *Zionistischen Weltorganisation durchweg abgelehnt.

6.) Aufnahme erfolgt nach Beitrittserklärung und Bürgschaft zweier Mitglieder, die endgültige Aufnahme erfolgt nach 3 Monaten durch den Führer.

7.) Beitrag.
Der Monatsbeitrag ist 1 Mark bei Arbeitslosen und in geeigneten Fällen kann der Führer eine Ermässigung eintreten lassen.

8.) Führung
a. Der Führer des *Gdud Haschomrim* wird von den Gründern gewählt.
b. Der Führer ernennt seinen Stellvertreter und Nachfolger sowie die Unterführer.
c. Den Behörden gegenüber ist für den *Gdud Haschomrim* lediglich der Führer Naftali Scheinesohn verantwortlich.

9.) Die Mitglieder des *Gdud Haschomrim* sind automatisch als Einzelmitglieder in der *Staatszionistischen Organisation eingereiht.

Berlin, den 18. September 1933

[139] Revisionisten in Leipzig und die Polizei
8. November 1933; SStA/L: PP-V, 4498.

Verband der Staatszionisten
Ortsgruppe Leipzig

Leipzig C 1, den 8. Nov. 1933.

Jüdisch-*nationaler Jugendbund »Herzlia«[1]

An das
Polizeipräsidium
Politische Abteilung
Leipzig.

D Reg. Ver.S. 7571.
Der unterzeichnete Verband der Staatszionisten, der nach Mitteilung des Polizeipräsidiums Leipzig v. 16.10.33. unter diesem Namen genehmigt worden ist, bittet hiermit höflichst unter Bezugnahme auf die Mitteilung v. 30. August 1933, wonach der Verband in Berlin, welchem der unterzeichnete Verband als Ortsgruppe angehört, unter dem abgeänderten Namen: »*Staatszionistische Organisation« behördlich genehmigt worden ist, ihm zu gestatten, ebenfalls diesen Namen an Stelle der ursprünglich in Aussicht genommenen Bezeichnung gestatten zu wollen. Da in Berlin eine Splitterorganisation desselben Namens besteht, mit der die *Staatszionistische Organisation aus Prestige-Gründen nicht verwechselt werden möchte, führt es im internen Verkehr leicht zu Unzuträglichkeiten und dürfte auch nicht dem polizeilichen Überwachungsinteresse entsprechen, dass eine Ortsgruppe eines grösseren Verbandes einen anderen Namen führt als die Zentralorganisation selbst. Ich bitte deshalb um Genehmigung, dass sich der »Verband der Staatszionisten zu Leipzig« in Zukunft als Ortsgruppe der »*Staatszionistischen Organisation« mit dem Sitz in Berlin bezeichnet.

Die unterzeichneten Verbände bitten weiter hiermit, ihnen die Abhaltung einer öffentlichen Kundgebung in Leipzig in einem noch zu ermietenden Saale für Sonnabend den 25. November 1933 abends 20 Uhr zu genehmigen. In dieser Kundgebung, die mit dem Thema: »Staatszionismus – das Gebot der Stunde« abgehalten werden soll, werden sprechen:

1. der Vorsitzende der Organisation: Kaufmann Hirschfeldt,[2]
2. die Herren Referendar Cegla und Herr Markowitzsch,

sämtlich in Berlin.

---

[1] In Deutschland wurde die revisionistische Jugend-Bewegung »Betar« im Jahre 1933 in »Nationale Jugend Herzlia« umbenannt.

[2] Adolf Hirschfeldt war Kaufmann in Berlin und wurde 1933 als erster Leiter der neugegründeten *Staatszionistischen Organisation ernannt. Im Jahre 1934 überließ er die Führung Georg *Kareski, dem Leiter der Ivria Bank in Berlin.

Eine Diskussion findet nicht statt. Die Veranstaltung soll noch von Rezitationen und einem Sprechchor umrahmt werden. Die verantwortliche Leitung der Versammlung liegt in den Händen des Unterzeichneten als Leiter der hiesigen Ortsgruppe und des Herrn Alexander Landau als Leiter der Jugendorganisation »Herzlia«. Polizeilicher Schutz wird erbeten.

Es wird höflichst schon jetzt um Genehmigung dieser Veranstaltung gebeten, da die Ermietung eines Saales ohne diese Genehmigung wegen des damit verbundenen Risikos sonst nicht möglich wäre. Der Unterzeichnete übernimmt die Verpflichtung, diesen Saal nach Ermietung und spätestens 48 Stunden vor Beginn der Veranstaltung dem Polizeipräsidium noch schriftlich zur Genehmigung anzuzeigen.

Gleichzeitig bitte ich höflichst um Mitteilung, ob besondere Genehmigung für ein zwangsloses Zusammensein einzelner Mitglieder der unterzeichneten Organisationen anschliessend an die Kundgebung in einem hiesigen Restaurant oder Cafehaus genehmigungspflichtig ist. Sind ferner zur Belehrung der Mitglieder zu veranstaltende Kurse in einem noch zu ermietenden Vereinslokal oder gesellige Zusammenkünfte einzelner Mitglieder in Privatwohnungen genehmigungspflichtig?

Jüdisch-*nationaler Jugendbund »Herzlia«
I. A. Dr. *Goldwasser

Hochachtungsvoll
ergebenst
Verband der Staatszionisten zu Leipzig
Dr. Goldwasser

[140] Revisionistische Bestrebungen im neuen Deutschland

26. November 1933; SStA/L: PP-V, 4498.

*Staatszionistische Organisation
(Verband der Staatszionisten)
Ortsgruppe Leipzig

Leipzig, den 26. Nov. 33.

Jüdisch-*nationaler Jugendbund »Herzlia«

D. Reg. Ver. S. 7571

An das
Polizeipräsidium,
Leipzig C 4
Postfach

Die unterfertigte Organisation entnimmt der Verfügung vom 18. XI. 33., die selbstverständlich genauestens beachtet werden wird, und der dem unterzeichneten Vorsitzenden an Amtsstelle eröffneten Begründung des Verbotes, dass eine Aufklärung über ihre Zwecke und Ziele dazu beitragen könnte, die gegen eine übermässige Ausnutzung der im öffentlichen Interesse beschränkten Vereins- und Versammlungsfreiheit bestehenden Bedenken zu zerstreuen und erlaubt sich daher unter Beifügung der verfügbaren Unterlagen folgendes vorzutragen:

Es wird als bekannt vorausgesetzt, dass die zionistische Bewegung, deren Anfänge in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichen, die nationale Erneuerungsbewegung des jüdischen Volkes ist. Als ihr einziges Ziel erstrebt die im Jahre 1896 geschaffene Zionistische Organisation die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina (sog. Basler Programm).[1] Die Zionistische Organisation ist im englischen Völkerbundsmandat für Palästina von den im Völkerbund vereinigten Mächten als eine Körperschaft des internationalen Rechts und als erste Trägerin der Rechte und Pflichten der sog. Jüdischen Agentur anerkannt worden, die nach dem Mandat die Rolle einer die Mandatarmacht beratenden Körperschaft spielt. Zufolge freiwilligen Entschlusses, der von der Mandatarmacht gebilligt worden ist, teilt sie seit einigen Jahren diese Rechte mit einer Vertretung des nichtzionistischen Teiles der Weltjudenheit.

[1] Das Baseler Programm wurde offiziell nach dem 1. Zionistischen Weltkongress 1897 in Basel veröffentlicht.

Entsprechen dem Basler Programm beschränkt sich die innere Arbeit der Zionistischen Organisation auf die Propagierung des für dieses Programm massgebenden Gedankens, dass die Juden trotz 2000 jähriger Zerstreuung in aller Welt ein Volk sind und die Lösung der Judenfrage, die nach den geschichtlichen Erfahrungen dieser zwei Jahrtausende eine Folge des unnatürlichen Zustandes der Zerstreuung ist, nicht anders möglich sei, als dadurch, dass ein möglichst grosser Teil der ihrer nationalen und religiösen Gemeinschaft entfremdeten Juden wieder zu einer nationalen Gemeinschaft in geschlossener Siedlung im historischen Heimatland der Juden, Palästina, gesammelt wird, wo er als Volk unter Völkern ein normales und friedliches Leben in ständiger Verbindung mit dem Heimatboden und in gesunder Berufsschichtung als Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende führen kann. Über die Zweckmässigkeit dieses Planes und den Nutzen, der sich im Sinne der Bestrebungen der nationalsozialistischen Regierung für das deutsche Volk aus der Tatsache, dass die deutsche Judenfrage im Verlauf einer verhältnismässig kurzen Zeitspanne durch eine ständige Abwanderung der jüdischen Jugend nach Palästina ihrer Lösung nahe gebracht wird, ergeben muss, brauche ich mich hier nicht weiter zu verbreiten, nachdem massgebende Führer der nationalsozialistischen Bewegung die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina als wünschenswert bezeichnet haben. (Bayr. JMin. Dr. Frank auf dem Nürnberger Parteitag 1933).[2] Ebenso wird verständlich erscheinen, dass es keine leichte Aufgabe ist, nach einer zweitausendjährigen Unterbrechung des völkischen und nationalen Zusammenhangs einer durch Geschichte und Abstammung verbundenen Menschengruppe unter den auf etwa 15 bis 17 Millionen geschätzten Juden der ganzen Welt und nach Ablauf einer liberalen Epoche von 150 jähriger Dauer, in der die Juden in fast allen Kulturstaaten zur Aufgabe ihrer völkischen Eigenart und zur Assimilation an das Staatsvolk aufgefordert wurden, Menschen, deren nationaler und völkischer zusammenhang bis auf kümmerliche Reste einer nur noch von wenigen als lebendigen Kraft empfundenen Religion und ein vages Gefühl historischer Verbundenheit vollständig zerstört ist, wieder zu einer rassisch bewussten Gemeinschaft zusammenzuschmieden, aus der unter den schwierigen weltpolitischen Bedingungen der Gegenwart Volks- und Staatsbildende Kräfte hervorgehen können.

Es ist verständlich, dass die Juden von den geistigen Strömungen jedes Zeitalters ebenso stark ergriffen werden wie die Angehörigen anderer Völker. Liberale und marxistische Vorstellungen haben auch in ihren Kreisen die selben das nationale Volksleben zersetzenden Spuren hinterlassen, die das deutsche Volk soeben

[2] Auf dem Nürnberger Parteitag im September 1933 hat der bayerische Justizminister Dr. Hans Frank seine Unterstützung für den Zionismus zur Lösung der Judenfrage in Deutschland erklärt. Hitlers Regierung unterstützte offiziell die jüdische Auswanderung von Deutschland nach Palästina, aber die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates lehnte sie aus ideologischen und politischen Gründen ab.

durch eine siegreiche Erneuerungsbewegung überwunden hat. Demokratische und parlamentarische Gepflogenheiten haben daher auch ihren Einzug in die Zionistische Organisation gehalten und ihre ursprünglich weltanschaulich einheitliche Gefolgschaft in einander bekämpfende und miteinander paktierende von weltanschaulichen Gegensätzen beherrschte jüdisch-politische Parteien geteilt. So gibt es seit einer Reihe von Jahren in der Zionistischen Organisation einen starken linken Flügel und eine überwiegend marxistisch orientierte Arbeiterschaft, welches Element insbesondere in Palästina eine von weiten jüdischen Kreisen als drückend empfundene Parteiherrschaft in allen Organisationsfragen ausübt, eine etwa mit dem deutschen Zentrum zu vergleichende klerikale Partei, den *Misrachi, und eine zahlenmässig starke, innerlich aber unzusammenhängende bürgerliche Gruppe, die sog. »Allgemeinen« Zionisten, die weltanschaulich den alten bürgerlichen Parteien im deutschen Reichstag entsprechen. Diese letztere Gruppe ist es, in deren Händen sich die wichtigsten zionistischen Einrichtungen in Deutschland einschliesslich des offiziellen Organs »*Jüdische Rundschau« befinden. In Leipzig wird diese herrschende Richtung repräsentiert durch die sog. »Zionistische Vereinigung«, ein Namen, der der guten alten Zeit entstammt, in der sich die oben genannten Gruppen zur einträchtlicher Zusammenarbeit vereinigt haben als die weltanschaulichen Gegensätze, die der Klassenkampfgedanke der Linken mehr und mehr verschärft hat, noch nicht so in den Vordergrund getreten waren, wie das die Nachkriegsentwicklung in der ganzen Welt mit sich gebracht hat. Gegen diese Erscheinung der weltanschaulichen Zerklüftung und des Parteienunwesens, die nach der Auffassung vieler Zionisten ein ernsthaftes Hindernis auf dem Wege der Verwirklichung der zionistischen Idee bilden, richtete sich seit einer Reihe von Jahren die immer stärker werdende sog. Revisionistische Bewegung, die ihren Namen der Tatsache verdankt, dass sie eine Revision der zionistischen Politik im Geiste des Schöpfers der Zionistischen Organisation, der eine einheitliche nicht in Parteien zerklüftete Bewegung hat schaffen wollen, für geboten hält. Im Gegensatz zu allen übrigen zionistischen Gruppierungen betont daher der Revisionismus:

1) Die Notwendigkeit einer einheitlichen geschlossenen Weltanschauung aller der Judenstaatsidee ergebenen Zionisten (Monismus).

2) Er bekämpft den Marxismus und den Klassenkampfsgedanken als wissenschaftliche Irrlehren, die unvereinbar sind mit der Erreichung nationaler Einheit.

3) Er lehnt die bestehenden politischen Gruppierungen innerhalb der Zionistischen Organisation als den nationalen Interessen, die einheitliches und geschlossenes Auftreten sowohl gegenüber der Mandatarmacht wie gegenüber der arabischen Bevölkerung Palästinas erfordern, zuwiderlaufend ab.

4) Er fordert eine einheitliche starke Führung an Stelle des arbeitsunfähigen Parlamentarismus in den höchsten zionistischen Körperschaften.

5) Darüber hinaus setzt er sich für alle Veranstaltungen und Massnahmen ein, die innerhalb der jüdischen Gemeinschaft und Palästinas geeignet sind, das letzte

Ziel des Staatszionismus den autonomen und totalen Judenstaat zu schaffen, der Verwirklichung näher zu bringen. Er will insbesondere seine Anhänger mit den Problemen des Palästina-Aufbaus im Lichte der monistischen Weltanschauung und der Idee vom totalen Staat vertraut machen, sie in der Kenntnis der hebräischen Sprache unterweisen und sie auf die klimatischen Verhältnisse Palästinas und die Notwendigkeit einer Umschichtung zu landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufen vorbereiten.

Es ist klar, dass die ausgesprochen oppositionelle, gegen das liberal-demokratische Parteiunwesen und gegen den Marxismus gerichtete Haltung der im Geiste dieser revisionistischen Ideen kämpfenden *Staatszionistischen Organisation zu ebenso heftigen innerzionistischen Kämpfen und Anfeindungen geführt hat, wie sie die NSDAP von seiten der alten auf die liberalen Grundsätze und Anschauungen eingeschworenen Parteien und Politiker einstmals bereitet worden sind. Zu den geläufigsten Vorwürfen, die sich der Staatszionismus von seinen politischen Gegnern gefallen lassen muss, gehören Bezeichnungen wie: Jüdische Faschisten, Militaristen und ähnliche auf die tatsächlich in vielen weltanschaulichen Fragen bestehende Ähnlichkeit der Parteiprogramme abzielende Charakterisierungen. Trotz der erbitterten Gegnerschaft gegen den Revisionismus, in der sich alle übrigen zionistischen Gruppierungen untereinander einig sind, gewinnt diese Bewegung von Jahr zu Jahr an Stärke und kann jetzt, da ihr insbesondere die Jugend in grossen Massen zuströmt, damit rechnen, in absehbarer Zeit den massgebenden Einfluss im Zionismus und damit im Weltjudentum zu erringen. Es dürfte verständlich sein, dass eine solche Partei, die alle übrigen Parteien beseitigen will, sich unmöglich von der in Leipzig bestehenden Zionistischen Vereinigung geistig repräsentiert fühlen kann, da diese als typischer Vertreter der vom Revisionismus bekämpften Ideen für die Wünsche und Bestrebungen seiner Anhänger kein Verständnis, sondern nur offene oder versteckte Ablehnung übrig haben kann.

Die inner-zionistische Auseinandersetzung mit dem Revisionismus, der in Deutschland repräsentiert wird durch die *Staatszionistische Organisation, und der Wunsch der linken Parteien, ihre revisionistischen Gegner von den massgebenden politischen Positionen innerhalb der Zionistischen Organisation fern zu halten, machte in jüngster Zeit eine Stellungnahme der verantwortlichen Parteiinstanzen zur Frage der Organisationsdisziplin notwendig, die von den ihre zahlenmässige Überlegenheit rücksichtslos ausnutzenden alten Parteien zu einer Unterdrückung der revisionistischen Opposition missbraucht werden sollte. Die Mehrheit entschied sich für den Vorrang der Parteidisziplin.[3] Eine organisationstreue Minderheit spaltete sich ab, sodass es jetzt in Deutschland 2 ideologisch

[3] Im Januar 1933 wurde der Sonderverband der Zionisten-Revisionisten aus der *Zionistischen Weltorganisation ausgeschlossen. Der Sonderverband hatte seine Position innerhalb der Zionistischen Weltorganisation (WZO) seit 1931 aufrechterhalten.

gleichartige, aber in der politischen Taktik voneinander abweichende revisionistische Gruppierungen gibt. Hieraus erklärt sich das Vorhandensein von zwei staatszionistischen Verbänden in Berlin, von denen übrigens der eine voraussichtlich in aller Kürze eingehen wird. Die Leipziger Ortsgruppe, deren weltanschauliche Stellung im vorstehenden gekennzeichnet worden ist, hat sich der bedeutenden *Staatszionistischen Organisation in Berlin angeschlossen, die auf dem Boden des Primats der eigenen Disziplin steht.

Die eben geschilderten Vorgänge innerhalb der zionistisch-revisionistischen Bewegung, die mit ähnlichen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP vor ihrer Machtergreifung vergleichbar sind, fallen zeitlich ungefähr zusammen mit der nationalen Revolution in Deutschland und haben den organisatorischen Zusammenhang der bis dahin in Deutschland bestandenen revisionistischen Gruppen mit ihrer Landeszentrale und der Parteiorganisation unterbrochen. Die mitten in diese Vorgänge hineinspielende politische Umgestaltung in Deutschland liess es angebracht erscheinen, die in einer Neuorientierung begriffenen revisionistischen Gruppen in Deutschland auf eine vollständig neue, den deutschen Verhältnissen angepasste organisatorische Grundlage zu stellen. Die *Staatszionistische Organisation steht daher zwar ideologisch der in der revisionistischen Weltbewegung herrschenden Mehrheitsgruppe nahe, unterhält jedoch weder zu ihr noch zu anderen jüdischen oder zionistischen Instanzen ausserhalb Deutschlands irgendwelche organisatorischen Beziehungen.[4] Sie beabsichtigt vielmehr, ausschliesslich innerhalb der jüdischen Gemeinschaft Deutschlands und nach Massgabe der in Deutschland bestehenden Staatsordnung für den revisionistischen Gedanken eines autonomen Judenstaates auf der Grundlage der monistischen Lehre vom totalen Staat zu werben. Das soll geschehen durch Veranstaltung von Vorträgen, belehrenden Kursen, demonstrativen Kundgebungen der Zahl und Geschlossenheit ihrer Mitglieder und – innerhalb der Jugend – von Wanderungen und Heimabenden. Eine solche Tätigkeit kann unmöglich irgendwelchen deutsch-staatlichen Interessen entgegenstehen, im Gegenteil. Wenn auch der Staatszionismus oder Revisionismus eine aus jüdischem Denken und jüdischer Weltanschauung geborene geistige Bewegung ist, so befindet er sich doch in allen wesentlichen Fragen der Wirtschafts- und Staatsführung in ähnlich weitgehender Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus wie etwa der italienische Faschismus trotz seiner romanischen Individualität eine weitgehende Ähnlichkeit mit der nationalsozialistischen Ideenwelt nicht zu leugnen vermag. Der Nationalsozialismus ist zwar als deutsche Volksbewegung seinem inneren Wesen nach desinteressiert an den nationalen und geistigen Bestrebungen an-

[4] Ab Mai 1933 hatten beide revisionistische Organisationen in Deutschland alle Verbindungen zu den zwei revisionistischen Bewegungen außerhalb Deutschlands unterbrochen, besonders weil der Sonderverband der Zionisten-Revisionisten sowie *Jabotinskys Welt-Union in der internationalen Boykott-Bewegung gegen Deutschland sehr aktiv waren.

derer Völker, es kann ihm jedoch nicht gleichgültig sein, in den Kreisen der jüdischen Bevölkerung Deutschlands Gedanken propagiert zu sehen, die geeignet sind, in der jüdischen Bevölkerung Verständnis und Achtung für nationalsozialistische Gedankengänge zu erwecken. Der Staatszionismus als eine monistische und totale Weltanschauung bürgt dafür, dass dieses Ergebnis ohne die von der nationalsozialistischen Bewegung mit Recht abgelehnte völkische Assimilation der Juden an das deutsche Volk erreicht werden wird. Der Versuchung, in eine solche Assimilation zu verfallen, die zu den vom Nationalsozialismus als unerfreulich empfundenen Erscheinungen des Hervortretens des jüdischen Elementes im deutschen Geistes- und Wirtschaftsleben führen könnte, wird die jüdische Bevölkerung um so leichter widerstehen können, wenn ihr aus dem Zeitgeist geborenes, modernes jüdisches Gedankengut vermittelt werden kann, welches ihrem Bedürfnis nach Teilnahme an den geistigen Strömungen der Gegenwart und Zukunft Rechnung trägt.

Der Jugendbund »Herzlia« ist die aus dem ehemaligen Brith Trumpeldor, eine revisionistische Pfadfinderorganisation, hervorgegangene Jugendbewegung der *Staatszionistischen Organisation. Sie steht zu ihr in ähnlichem Verhältnis wie die Hitler-Jugend zur NSDAP.

Die unterfertigten Verbände glauben darauf hinweisen zu dürfen, dass ihre entsprechenden Organisationen in Preussen in der Entfaltung einer ausserordentlich regen Vereinstätigkeit durch das dortige Geheime Staatspolizeiamt in Berlin in keiner Weise behindert werden. Hierfür bilden die beigefügten Ankündigungsblätter über stattgefundene Veranstaltungen in den beiden letzten Monaten Beweis. Aus denselben Erwägungen, die das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin veranlassen, die propagandistische Arbeit der beiden Organisationen innerhalb der jüdischen Bevölkerung zuzulassen, dürfte auch für Leipzig eine Aufhebung des kürzlich ausgesprochenen Verbotes der Veranstaltung von Kursen, Vorträgen und Kundgebungen, ohne die eine gedeihliche staatszionistische Propaganda und Jugendarbeit nun einmal nicht möglich ist, in Betracht zu ziehen sein.

Es ist natürlich nicht möglich, im Rahmen einer schriftlichen Eingabe auf alle Einzelheiten erschöpfend einzugehen, auf deren Kenntnis das Polizeipräsidium vielleicht Wert legt. Wir fügen daher eine von der Berliner Zentrale der *Staatszionistischen Organisation kürzlich herausgegebene Propagandaschrift bei, die als Ergänzug der vorstehenden Ausführungen zu betrachten ist. Weiter fügen wir eine Abschrift der Satzung bei. Der Unterzeichnete erbietet sich ferner zur mündlichen Auskunftserteilung, wann und so oft das gewünscht werden sollte. Die unterfertigten Organisationen legen den grössten Wert darauf, ihre Vereinsarbeit im vollen Lichte der staatlichen Kontrolle, von der sie sich nur weitgehendes Verständnis und Förderung ihrer Ziele versprechen können, auszuüben und werden daher den Behörden jederzeit gern jede gewünschte Erleichterung dieser Kontrolle einschliesslich der Teilnahme an ihren Veranstaltungen einräumen. Sie

hoffen andererseits, in ihrer wichtigen Erziehungsarbeit, die sie an den deutschen Juden noch zu leisten haben, soweit das mit den staatlichen Interessen vereinbar ist, nicht behindert zu werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Jüdisch-Nationaler Jugendbund »Herzlia«	*Staatszionistische Organisation Ortsgruppe Leipzig
i.A. L. *Goldwasser	L. *Goldwasser

Anlagen: 1 Druckschrift 5 Handzettel 1 Satzung

[141] Brith Haschomrim in der *Staatszionistischen Organisation
o. D.; BA/D-H: Z/B1-357.

Berlin N24, den
Oranienburgerstr. 12

Brith Haschomrim
I.d. *Staatszionistischen Organisation

Aufbau und Idee des Brith Haschomrim.

1. *Bundesname:* Brith Haschomrim (Bund der Hüter des Palästina-Aufbaus).

2. *Sitz des Bundes:* Das Büro befindet sich Berlin n. 24, Oranienburgerstr. 12.

3. *Aufbau:* Der Brith Haschomrim ist ein Bund jüdischer Männer, die sich zum Staatszionismus bekennen und die innerhalb der *Staatszionistischen Organisation sich noch besonders für den Aufbau Palästinas vorbereiten wollen. Der derzeitige Bundesleiter ist, wie bereits in dem am 8.9.1933 der Polizeistelle übergebenen Schreiben mitgeteilt wurde, Dip. Turn u. Sportlehrer Naftaly Scheinesohn, Berlin N. W. 86 Solingerstr. 6. Ihm steht das Recht zu, Unterführer zu ernennen und abzuberufen. Für alle Handlungen des Brith Haschomrim zeichnet Herr Scheinesohn verantwortlich.

4. *Ortsgruppen:* Es besteht zunächst nur in Berlin eine Ortsgruppe (Ken). Leiter dieses Ken ist das Mitglied Isaak Zauderer, Berlin, Sophieenstr. 16 ernannt worden. (Ortsgruppenführer-Mefaked ha Ken).

5. *Ziele:* Der Brith Haschomrim will jüdische Männer im Alter von 25 Jahren zusammenfassen und ihnen die Ideologie des Staatszionismus, die einen Judenstaat zu beiden Seiten des Jordans erstrebt, einprägen und für dieses Ziel erziehen.

6. *Vorbereitung:* Zur Vorbereitung wird den Mitgliedern in einem wöchentlich stattfindenden Heimabend die Kenntnis des Staatszionismus vermittelt. Es ist die Ideologie, die in der *Staatszionistischen Organisation vertreten ist und die Wert darauf legt, diese Menschen für den Gedanken reif zu machen, dass eine Lösung der Judenfrage, die seit 2000 Jahren in der Welt besteht, nur möglich ist, durch einen eigenen Judenstaat mit jüdischer Majorität und damit jüdischer Selbstverwaltung. In einem Staat, in dem alle Berufe nur von Juden ausgefügt werden und wo die Leistungen der Juden als rein jüdische Leistungen auch von der ganzen Welt angesehen werden müssen. Es werden die geschichtlichen Vorgänge der letzten 2000 Jahren untersucht, um klar zu erkennen, dass alle Versuche, die Assimilation usw. nicht zur Lösung der Judenfrage führen können, und dass alles getan werden

muss, was zu einem Judenstaat führt. Es wird der Gedanke vertreten, dass man persönliche Interessen und Interesse einer Klasse zurückzustellen hat vor dem einen Ziel – friedlicher Aufbau – eines Judenstaates. Aus diesem Grunde wird von uns Marxismus und Kommunismus bekämpft. Der Kommunismus führt zur vollständigen Auflösung und Unterdrückung des Judentums und in Russland war zu sehen, dass auch dort der Antisemitismus nicht auszuschalten war, auch die Kolonisationsversuche, kommunistische Judenrepubliken zu schaffen, sind kläglich gescheitert. Auch die Gottlosigkeit des Kommunismus zwingt uns zum schärfsten Kampf gegen ihn, da der Staatszionismus auf Volk und Glauben beruht.

Der Marxismus predigt die schärfsten Klassengegensätze und so sehen wir in Palästina einen tobenden Marxismus, der um seine marxistischen Dogmen zu vertreten, die schärfsten Klassenkämpfe heraufbeschworen hat. Diese Klassenkämpfe behindern den Aufbau Palästinas und sind genau so zu bekämpfen wie der Kommunismus.

Zu der Vorbereitung gehört auch die Erlernung der hebräischen Sprache und so werden an diesen Heimabenden auch hebräische Kurse erteilt.

Die Vorbereitung für Palästina ist ein wesentlicher Bestandteil des Staatszionismus. Da wir aber genau wissen, dass die geistige Vorbereitung nur dann Erfolg haben wird, wenn wir eine scharfe Zusammenfassung der in Frage kommenden Menschen bewerkstelligen und dass der Wille hierzu nur durch Disziplin zu erreichen ist, geht eine körperliche Ertüchtigung der Mitglieder parallel.

N. Scheinesohn

[142] Umorganisierung der Revisionisten in Deutschland
15. April 1934; JI: G2/5/21.

*Staatszionistische Organisation
(Vereinigte Revisionisten Deutschlands)

Zentralbüros:
Berlin N 24, Oranienburgerstr. 12

Aufruf.

Sämtliche Staatszionisten Deutschlands haben sich in der *Staatszionistischen Organisation (Vereinigte Revisionisten Deutschlands) zusammengeschlossen. Sie ist damit die Einheitsorganisation aller in Deutschland lebenden staatszionistisch eingestellten Juden geworden.

Der Zusammenschluss erfolgt in einer Zeit, in der die innerzionistische Auseinandersetzung einen Grad erreicht hat, der zu einer endgültigen Klärung der politischen Situation innerhalb der zionistischen Reihen zwingt. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt dringt die Erkenntnis durch, dass die Revision des Zionismus im Sinne seines Schöpfers Theodor *Herzl die einzige Lösung der Judenfrage bietet.

Besonders in Deutschland wachsen die Reihen derjenigen Juden, die mit dem Zionismus keine anderen weltanschaulichen oder parteipolitischen Ideengüter verbinden wollen. Die Front der überzeugten und bewussten Kämpfer für den Judenstaat ist immer mehr im Erstarken begriffen. In Berlin und im Reich mehren sich die Ortsgruppen der *Staatszionistischen Organisation.

Mit vereinten Kräften und vielfacher Anstrengung müssen alle Staatszionisten Deutschlands für den Judenstaat kämpfen. Die Zeit ist vorbei, in der die Vertretung unserer Ideen auf die »Freizeit« beschränkt war. Unsere bisherige Aufklärungsarbeit, die einen erheblichen Teil der deutschen Juden erfasst hat, wird es unmöglich machen, dass man unseren Erfolg mit bewusst entstellten und trivialen Argumenten verhindern könnte.

Wir rufen alle Staatszionisten auf, sich tatkräftig in unsere Reihen einzuordnen, einsatzbereit dafür zu sorgen, dass die Ziele unserer Bewegung auch ins letzte jüdische Haus dringen. Unser Kampf und unsere Arbeit gilt der Freiheit des jüdischen Volkes. Wir leben für das Judentum und für das Schicksal unserer seit 2000 Jahren im Galuth lebenden Brüder.

Deshalb muss jede Stunde und jeder Tag im Bewusstsein dieser heiligen Aufgabe gelebt werden. Nur dann wird es möglich sein, aufklärend innerhalb und ausserhalb der zionistischen Reihen zu wirken.

Wir erwarten, dass jeder Jude seine Pflicht tut.

Berlin, den 15. April 1934.
Das Präsidium.

Präsidium:
An der Spitze des Präsidiums steht der ehemalige Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde, Dir. Georg *Kareski. Vizepräsident ist der ehemalige Vorsitzende der *Staatszionistischen Organisation, Adolf Hirschfeldt. Ferner gehören dem Präsidium an die ehemaligen Vorsitzenden des Verbandes der Zionisten-Revisionisten, Dr. Justus *Schloss (2. Vizepräsident), Ernst *Hamburger (3. Vizepräsident), Willi W. Cegla, Bundesleiter der *Nationalen Jugend Herzlia (Betar), N. Scheinesohn, Leiter des Brith Haschomrim und Louis Fliess, Gruppenleiter in Berlin.

Ferner sind verdienstvolle Persönlichkeiten der staatszionistischen Öffentlichkeit in den Führerrat berufen worden. Die Namen werden im nächsten Rundschreiben bekanntgegeben werden.

Beiträge:
Wir erwarten, dass jedes Mitglied pünktlich am Anfang des Monats seinen Beitrag zahlt. Im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung bitten wir, den Beitrag ohne vorherige Aufforderung auf das Postscheck-Konto der *Staatszionistischen Organisation, Berlin 5699 zu überweisen. Die Konten des Verbandes der Zionisten-Revisionisten und des Verbandes der Staatszionisten bestehen seit deren Auflösung nicht mehr.

Büro:
Die Zentralbüros befinden sich Berlin N 24, Oranienburgerstr. 12. Das Büro umfasst folgende Abteilungen:
1.) Verwaltung
2.) Finanzen
3.) Presse und Propaganda
4.) Palästina- und Wirtschaftsberatung
5.) Kulturarbeit.
Die Bürostunden sind nachm. von 4–7 Uhr.

Palästina- und Wirtschaftsberatung:
Von Montag bis Freitag finden Sprechstunden von ½ 6–7 Uhr statt. Die Palästina-Abteilung veranstaltet regelmässig Gesellschaftsfahrten nach Palästina zu besonders günstigen Bedingungen.

Zeitschrift:
Ende des Monats erscheint die gedruckte Zeitschrift »Der Staatszionist«. Jedes Mitglied muss für die Verbreitung dieses Organs Sorge tragen. Interessenten für Abonnements und Inserate sind sofort dem Zentralbüro, Abt. Presse, zu melden.

[143] Die Staatszionisten und der Judenstaat in Palästina
30. Mai 1934; SStA/L: PP-V, 4498.

Versammlungsbericht.[1]

Die Versammlung wurde von mir auftragsgemäß überwacht, zu Unzuträglichkeiten ist es nicht gekommen.

Organisation: Staatszionistische Vereinigung.
Thema: Judenstaat – die einzige Lösung der Judenfrage.
Art: Vortrag.
Redner: Direktor *Kareski, Berlin
Tag: 29.5.1934.
Ort: Leipzig, blauer Saal des Krystallpalastes.
Teilnehmerzahl: Etwa 350 Personen.
Verlauf: Ohne Zwischenfälle.

Die Versammlung begann gegen 21 Uhr und endete 23.45 Uhr. Der Redner schilderte eingehend die Lage des Judentums. Noch nie hätten die Juden vor einer derartigen Katastrophe gestanden, wie in der Jetztzeit. In früheren ähnlichen Lagen, hätte der Jude jederzeit den Wanderstab nehmen können und sich anderweitig eine neue Existenz gründen können. Heute sei dieses infolge der allgemeinen Weltwirtschaftskrise unmöglich geworden. Wohin der Jude auch käme, überall fände er nur verschlossene Türen, selbst in seinem eigenen Lande in Erez Israel. Der deutsche Jude lebe in Deutschland wie auf einer Insel und sei von der Welt vollständig abgeschnitten. Aufgabe der Juden sei es nunmehr, sich ihrer 2000 jährigen Geschichte zu erinnern, sich zu einigen und in Erez Israel einen Judenstaat zu gründen. Die Bestrebungen der Juden, sich in Erez Israel niederzulassen, würden aber von dem Engländer dem jetzigen Mandatsherrn von Palästina zugunsten der Araber sabotiert. Mit allen dem Judentum zur Verfügung stehenden Mitteln müßte daher den Engländern der Kampf um Palästina angesagt werden. Vor den Bestrebungen anderer Richtungen innerhalb des Judentums wurde gewarnt. Der Jude sollte sich nie dem Gedanken hingeben, daß die Geschehnisse der letzten Zeit nur halb so schlimm gewesen seien als vordem angenommen worden war. Selbst Gesetze, die nichts von Judenfeindlichkeit in sich trügen, wirkten sich aber doch in ihrer Anwendung für den Juden katastrophal aus. Hierbei wurde an die Agrarpolitik der neuen deutschen Regierung erinnert, die zweifellos als ein ungeheuerer Erfolg der neuen deutschen Regierung zu verbuchen sei. Andererseits habe dieses Gesetz aber für den jüdischen Händler der sich auf dem Gebiete der

[1] Seit der NS-Machtübernahme wurden alle jüdischen Versammlungen von polizeilichen Beobachtern beaufsichtigt und dokumentiert.

Agrarwirtschaft betätigt hat, den vollständigen Ruin zur Folge gehabt. Diesen Händlern sei jede Möglichkeit genommen, sich weiterhin auf diesem Gebiete erfolgreich betätigen zu können. Aufgabe des jüdischen Volkes sei es nun, diese Maßnahmen verstehen zu lernen. Es sei eine Lebensnotwendigkeit jedes zur Freiheit strebenden Volkes keine Konkurrenten neben sich zu dulden, wenn die Ziele erreicht werden sollten. Als unsinnig sei auch die beabsichtigte Umschichtung der brotlos gewordenen Juden in Handwerker. Nie würde ein abgebauter Notar, Rechtsanwalt oder Arzt in 6 Monaten zu einem Handwerker umgeschult werden können, wenn selbst die deutschen Handwerker, die über jahrhunderte alte Erfahrungen verfügen 4 u. 5 jährige Lehrzeiten für erforderlich halten. Ein auf diese Art umgeschulter Jude würde sich in Deutschland mit seinen höchstqualifizierten Handwerkern nie halten können. Das Gleiche treffe für die Landwirtschaft zu. Deshalb müsse dem Juden sein Glaube an sein Volk wieder gepredigt werden, um selbst wieder ein eigenes Volk mit eigenem Staat werden zu können. Die Heimat des Juden sei Palästina und diese Heimat müsse erkämpft werden und sei es mit dem Blut. Nie dürfte das Judentum um diese Heimat bitten, sondern dieselbe als ihr Eigentum nur fordern. Nie dürfe es für den Juden eine rote Fahne geben, die Fahne des Judentums sei Blauweiß. Auch Fahnen des marxismus mit der blauweißen Gösch sei Verrat am Judentum. Große Fehler seien bereits durch andere Richtungen innerhalb des Judentums durch kostspielige Landaufkäufe in Syrien unweit der palästinischen Landesgrenze gemacht worden. Die Käufer des Landes haben seinerzeit übersehen, daß nach syrischen Gesetzen Land an der Grenze von Palästina nicht verkauft werden darf. Das Land ist nun von den Juden wohl erworben, darf aber nicht besiedelt werden.

Unter anderen schilderte der Redner die letzten Straßenkämpfe der Juden untereinander in Tel-Aviv. Dieses sei der beste Beweis der jüdischen Zerrissenheit und Parteimißwirtschaft. Zwischen arbeitende und streikende Juden hätte sich englische Polizei stellen müssen. Auch mache sich in Palästina die Landflucht der dort beschäftigten jüdischen Arbeiter stark bemerkbar, weil die in Städten gezahlten Löhne geradezu fantastisch seien. Dieses führe aber wieder zu einer ungeheuren Überteurung der Mieten und anderen Lebensnotwendigkeiten in den Städten. Mit diesen Methoden müßte unbedingt gebrochen werden und jeder müßte seine Arbeit dort verrichten, wohin er gestellt worden sei. Es sei bereits so weit, daß der Hauptausfuhrartikel Bottasche nicht in der Menge produziert werden kann, wie ihn die Exportmöglichkeiten fordern, weil hierzu die Arbeiter fehlen.

Den Ausführungen des Redners nach, sollen in dem zukünftigen Judenstaat Palästina die gleichen Maßnahmen ergriffen werden, wie sie von der deutschen Regierung mit Erfolg angewandt worden sind. Die Grundlage jeder Volkwerdung sei der Glaube an sein Volk und wenn es sein muß die Einsetzung des Lebens für sein Volk.

Die Ausführungen des Redners wurden mit starken Beifall aufgenommen. Hinter dem Redner hatte eine Fahnenabordnung mit blauweißer Fahne in dunkelbrauner Uniform Aufstellung genommen. Zum Ankauf von Land wurde unter den Versammlungsbesuchern eine Geldsammlung veranstaltet. Am Schluß der Versammlung wurde von den Versammlungsteilnehmern stehend die »Hatikwah« gesungen.

Pol.-Kom.

[144] Die *ZVfD und die Revisionisten
26. Juli 1934; CZA: A142\47-7.

*ZVfD
*Zionistische Vereinigung für Deutschland

26. Juli 1934

An die Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute.

Betr.: Revisionismus.

Liebe Gesinnungsgenossen,
Auf allen unseren Arbeitstagungen, Bezirkskonferenzen und Schulungslagern der letzten Wochen musste darauf hingewiesen werden, dass die Agitation der Revisionisten, die in Deutschland nunmehr in der *Staatszionistischen Organisation zusammengefasst sind, die Aufmerksamkeit aller Mitglieder der *ZVfD verdient und uns zu einer entschiedenen Gegenaktion zwingt.

Wir wollen diese Arbeit durch Veröffentlichung geeigneten Materials unterstützen und machen Sie besonders auf die in den letzten Nummern der *Jüdischen Rundschau veröffentlichten Aufsätze von *Liebenstein aufmerksam, die wir in der nächsten Woche als *Sonderdruck* herausgeben werden.

Ebenso erscheint in den nächsten Tagen in der Reihe der Veröffentlichungen des *Hechaluz eine Broschüre über Kfar Saba.[1]

Ferner werden wir regelmässig in den *ZVfD-Blättern Material über den Revisionismus veröffentlichen.

Dabei muss vor allem Bedacht darauf genommen werden, dass den ungeheuerlichen Lügen und Verleumdungen, mit denen die revisionistische Propaganda bei nichtsahnenden Leuten arbeitet, sofort und zweckmässig entgegengetreten werden kann.

Wir bitten daher alle Gesinnungsgenossen, uns sofort auf besonderen Briefbogen mit dem Stichwort *Revisionismus* Nachricht darüber zu geben, mit welchen Behauptungen revisionistische Redner an ihrem Orte auftreten. Wir werden in Art eines Briefkastens dann in den *ZVfD-Blättern auf die einzelnen Behauptungen eingehen und unseren Freunden das notwendige Material an Hand geben.

Ferner erbitten wir von Ihnen regelmässige Berichte über die Stärke und die Tätigkeit staatszionistischer Gruppen.

Mit Zionsgruss
*Zionistische Vereinigung für Deutschland

gez. Dr. *Meyer

---

[1] Kfar Saba war eine jüdische Siedlung in Palästina etwa 15 Kilometer nördöstlich von Tel Aviv.

[145] Staatszionistische Politik in Palästina
16. August 1934; SStA/L: PP-V, 4498.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, am 16.8.1934.

Bericht

über die am 15.8.1934 stattgefundene Versammlung der *Staatszionistischen Organisation im Saale des Künstlerhauses, in Leipzig, Nikischplatz Nr. 2.

An der Versammlung nahmen etwa 150 Personen beiderlei Geschlechts jüdischen Blutes daran teil.

Einberufer der Versammlung war der Vorsitzende der Organisation Dr. *Goldwasser, der 21.00 Uhr die Versammlung eröffnete. Nach der Begrüßung der Versammlungsteilnehmer erteilte Dr. *Goldwasser dem Vizepräsident der staatszionistischen Bewegung Herrn Hirschfeld,[1] Berlin, das Wort.

Hirschfeld brachte einen kurzen Vortrag zur Ausführung über Wirtschaft und Politik in Palästina. Er betonte, daß Palästina das Land und die Heimat der Juden sei und bleiben muß. Daß ein jeder Jude dazu beitragen muß Palästina aufzubauen und zu bevölkern, um dort die Majorität zu erlangen. Hirschfeld schilderte weiter, daß Palästina in den letzten Jahren modernisiert worden ist und auf die gleiche Stufe der europäischen Länder gebracht werden muß. Jeder Auswanderer soll dazu beitragen, daß er alles das mitnimmt, was zur Hebung der Kultur und Technik in Palästina verwertet werden kann. Jeder Jude wird staunen, wenn er nach Palästina heimkehrt, was für ein wunderbares Land er dort vorfindet. Riesenhafte ehemalige Sumpfflächen sind trocken gelegt und bebaut worden. Für einen jeden Heimkehrenden stehen die Türen offen und er findet dort Unterkunft und Brot.

Nach der wirtschaftlichen Schilderung ging Hirschfeld zur Politik über und brachte zur Ausführung, daß die Judenfrage gelöst werden muß und daß die Staatszionisten den ehrlichen Willen dazu haben den Juden ein Land und eine Macht in Palästina zu schaffen. Daß nur die Majorität dazu beitragen kann sich dort auf eigene Füße zu stellen, um sich selbst zu stellen, um sich selbst zu regieren. Sie wollen nicht von Arabern oder Engländern regiert werden, sondern ihre eigenen Beamten und Regierung haben. Hirschfeld betonte immer wieder, daß Palästina das Land der Juden sei und sie auch das Recht beanspruchen können, dort sich allein zu regieren und von ihren eigenen Beamten bedient zu werden. Sie wollen die Araber nicht aus dem Lande schmeißen aber die Grenzen für einwandernde Araber sollen gesperrt werden. Auch die Engländer sollen ihre

[1] Hier ist wahrscheinlich Adolf Hirschfeldt gemeint.

Domänen haben, aber das Land wollen die Juden durch ihre eigenen Soldaten schützen und verteidigen.

Heute wäre durch die nationale Erwachung in allen Ländern die beste Gelegenheit sich der staatszionistischen Bewegung anzuschließen, um eine Majorität in Palästina zu schaffen und dort einen eigenen Staat gründen zu können.

Hirschfeld schloß seinen Vortrag mit den Worten: »Wenn Ihr ihnen wollt, sollt Ihr ihnen haben, den Judenstaat.«

Nach einer kurzem Pause wurden einige Fragen über Wirtschaft und Politik in einem selbständigen Judenstaat an den Vortragenden gerichtet, die beantwortet wurden.

Schluß der Versammlung war 23.20 Uhr. Die Versammlungsteilnehmer verließen vereinzelt das Versammlungslokal, ohne daß es zu Zwischenfällen gekommen ist.

Weise
Pol. Hptw.

[146] Die ZVfD und die Revisionisten
6. September 1934; CZA: Z4\3567-IX.

Nr. 2633

An die: Executive
Vom: Organisations-Dept.

Stellungnahme der deutschen Revisionisten zur
Frage des inneren Friedens.

Die Berliner *ITA vom 7. September meldet:

Erklärungen von Dir. *Kareski und Dr. *Schloss auf
einer Kundgebung der Berliner Staatszionisten.

Berlin, 6. September (J. T. A.). Auf einer am 5. September veranstalteten Kundgebung der Berliner Staatszionisten nahmen die Führer der *Staatszionistischen Organisation (Vereinigte Revisionisten Deutschlands) zu den in letzter Zeit eingeleiteten Bemühungen, eine Befriedung in der gesamten zionistischen Bewegung und im Zionismus Deutschlands herbeizuführen, Stellung und gaben die Grundsätze bekannt, die von den Staatszionisten als Verhandlungsbasis vorgeschlagen und als Voraussetzung für die auch von ihnen angestrebte Einigung betrachtet werden. Die Vorschläge der Staatszionisten beziehen sich einerseits auf eine Beseitigung derjenigen Sondertendenzen einzelner zionistischer Richtungen, die die gemeinsame Arbeit am Aufbau behindern, andererseits auf eine entsprechende Rekonstruktion der organisatorischen Verhältnisse im deutschen Zionismus und gipfeln in der Forderung nach Umbildung des geschäftsführenden Ausschusses der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland durch eine der Stärke ihrer Organisation angemessene Vertretung der Staatszionisten. Einberufung eines zionistischen Delegiertentages, der im Zeichen endgültiger Befriedung zu stehen hätte, Einsetzung einer Kommission zur Berichterstattung über Finanzgebarung und Gebarung des Palästinaamtes an den Delegiertentag und Sicherung der Diskussionsfreiheit für alle zionistischen Gruppen und Richtungen im Zentralorgan der *Z. V.f.D. unbeschadet seiner Unabhängigkeit in der Behandlung der deutsch-jüdischen Probleme.

Den Vorsitz in der Versammlung führte der Präsident der *Staatszionistischen Organisation, Dir. Georg *Kareski, der in seinen einleitenden Worten betonte, dass allgemein gehaltene Bekenntnisse zum Frieden nicht genügen, sondern dass der Wille vorhanden sein müsse, die Gründe, die zur Entzweiung und in Palästina zum drohenden Bürgerkrieg geführt haben, zu beseitigen. Dr. Justus *Schloss sprach von der Krise, die im Palästinaaufbau durch die zaghafte Haltung der Zio-

nistischen Organisation und des ersten High Commissioner entstanden sei, von den Gefahren des Parteistreites, der erst durch die Ermordung Dr. *Arlosoroffs, eines Führers, dem die Revisionisten trotz aller Meinungsverschiedenheiten Achtung entgegengebracht und dem sie die Fähigkeit zugetraut hätten, die Gegensätze zwischen rechts und links zu überbrücken, seine volle Schärfe erhalten und einen der Bedeutung des Augenblickes entsprechenden Verlauf des letzten Kongresses verhindert habe; von der nach der Überzeugung der Revisionisten verfehlten und gefährlichen Taktik der *Histraduth bei der Behandlung des Arbeitsproblems und der Araberfrage und von der mandatswidrigen Bodenpolitik und Ausgabenwirtschaft der Palästinaregierung. Zur Änderung dieser Zustände wäre eine Zusammenfassung aller zionistischen Kräfte nötig. Die Revisionisten seien zum Frieden bereit, aber sie fordern Verzicht auf Gedankengänge, die mit dem Zionismus nichts zu tun habe und ihn eher hindern. Das Kongressergebnis müsse revidiert und eine nationale Konzentration geschaffen worden, die jedem sein Recht gibt. Sei die *Histraduth bereit, am Aufbau einer gemeinsamen Arbeiterorganisation teilzunehmen, die Klassenkampf ermöglicht macht, dann könne der Friede verwirklicht werden.

Nachdem der Redner die Bedingungen der Staatszionisten für die Einigung mit der *Z. V.f.D. dargelegt hatte, formulierte er die Forderungen an die Mandatarmacht – Einstellung der Bodenverschleuderung an Beduinen und Fellachen, Durchführung einer Agrarreform zu Beseitigung der arabischen Latifundien und Ermöglichung von Schutzmassnahmen unter eigener Verantwortung der Juden. Der Redner schloss mit dem Hinweis, dass es zur Erfüllung des Mandates seitens Englands nur kommen werde, wenn es eine einheitliche jüdische Front gibt. *Herzl habe gesagt, wer fremd in einem Land ist, das bestimmt die Mehrheit; darum will der Staatszionismus, dass die Juden zur Mehrheit in Palästina werden.

In seinem Schlusswort betonte Direktor *Kareski, dass die Staatszionisten auch nach erreichter Befriedung in der zionistischen Bewegung bestrebt sein werden, ihren Grundsatz »Für den Judenstaat und gegen den Klassenkampf in Palästina« durchzusetzen. Die Fortschritte des letzten Jahres hätten den Staatszionismus zu einem Faktor gemacht, der nicht mehr übergangen werden könne. Mit Glückwünschen zum Neuen Jahr schloss der Vorsitzende die Versammlung.

[147] Austritt der Staatszionisten aus der *ZVfD
21. Mai 1935; SStA/L: PP-V, 4498.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, den 21.5.35.

Bericht

über die am 20.5.35 stattgefundene Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Leipzig der *Staatszionistischen Organisation.

Bezeichnung der Veranstaltung:	Mitgliederversammlung.
Leiter der Veranstaltung:	Rechtsanwalt Dr. Ludwig *Goldwasser, Leipzig, Herloßsohnstr. 13.
Ort der Veranstaltung:	Im Heim, Leipzig, Langestr. 8–10.
Tag u. Zeit d. Veranstaltung:	Am 20.5.35, 20.30–22.45 Uhr.
Besucherzahl:	19 Männer, 1 Frau.
Name des Redners:	Dr. *Goldwasser und verschiedene Mitglieder.
Thema:	Besprechung der innerzionistischen Situation.
Verlauf der Veranstaltung:	Keine Störungen.

Dr. *Goldwasser eröffnete die Mitgliederversammlung gegen 21 Uhr mit einer Begrüßung der Anwesenden. Er gab bekannt, daß man in Zukunft regelmäßig jeden Monat eine solche Mitgliederversammlung abhalten wolle. Es werde sich dann auch herausstellen wer sich aktiv an der Sache beteilige. Auf Mitglieder, die sich an nichts beteiligen, werde man in Zukunft verzichten müssen. Man wolle lieber eine kleine, aber aktive Organisation bleiben.

In längeren Ausführungen gab Dr. *Goldwasser dann eine Übersicht über die Ereignisse der letzten Wochen innerhalb der Zionistischen Organisation. Die Revisionisten hätten den Austritt aus der Zionistischen Vereinigung erklärt. Dies sei deswegen geschehen, weil dem Schekel, der gegenwärtig für 1.50 RM von der Zionistischen Vereinigung verkauft werde und dessen Besitz alleiniges Anrecht für eine Teilnahme an der kommenden Wahl darstelle, eine Disziplin-Klausel beigefügt worden sei. Mit der vorgeschriebenen Unterschrift dieser Klausel verpflichte sich der Käufer des Schekels zur unbedingten Disziplin gegenüber der Zionistischen Vereinigung. Diese glaube, damit Einzelaktionen der Revisionisten die Spitze abbrechen zu können.

Von der *Staatszionistischen Organisation sei der Schritt der Revisionisten gebilligt worden, mit denen man sich in keiner Weise organisch verbunden fühle, wohl aber in geistiger Hinsicht. Es sei aus diesem Grunde von der *Staatszionistischen Organisation das Verbot an die Mitglieder ergangen, den Schekel zu kaufen.

Dr. *Goldwasser kritisierte dann in scharfer Form die bisher geleistete Arbeit der Zionistischen Vereinigung, die als kläglich zu bezeichnen sei und die von den Richtlinien, die von *Herzl aufgestellt worden seien, stark abweiche. So sei es besonders beschämend festzustellen, daß heute in Palästina mindestens die gleiche Anzahl Araber illegal zur Einwanderung gekommen sei, wie auf legalem Wege Juden.

Zum Schlusse seiner Ausführungen sprach Dr. *Goldwasser davon, daß der Zweck der heutigen Versammlung der sei, innerhalb der Mitglieder festzustellen, ob man sich mit der Politik der Revisionisten einverstanden erklären könne, da Bedenken innerhalb der Mitglieder entstanden seien. Er forderte die Anwesenden auf, sich dazu zu äußern.

Es folgte dann eine Aussprache, an der sich verschiedene der Anwesenden beteiligten. Es wurden zum Teil in ziemlich erregter Form Bedenken dagegen geäußert, sich nicht an der *Schekelaktion zu beteiligten. Es wurde die Ansicht vertreten, daß man sich unbedingt an der Wahl beteiligen müsse, da man dabei bestimmt die Mehrheit erreichen würde. Wenn sich heute zur *Staatszionistischen Organisation auch nur eine kleine Anzahl bekennen, so sei dies doch nur darauf zurückzuführen, weil man als Angehöriger dieser Organisation in jeder Weise, so insbesondere bei der Zuteilung von Zertifikaten benachteiligt würde. Innerlich bekenne sich aber bestimmt eine sehr große Zahl zum Staatszionismus. Man müsse sich eben über die erzwungene Unterschrift hinwegsetzen. Mit solchen Machenschaften sei der Sieg des Staatszionismus nicht aufzuhalten.

In seiner Erwiderung verwarf Dr. *Goldwasser die geäußerten Bedenken und erklärte, daß jeder Schekel, der von Angehörigen der Organisation gekauft werde, einen Dolchstoß für den Revisionismus bedeute. Jeder gekaufte Schekel schädige die Organisation. Es gelte die Nerven zu behalten und die Flinte nicht vorzeitig ins Korn zu werfen. Da trotzdem von den Anwesenden der Ansicht Dr. *Goldwassers in erregter Weise widersprochen wurde, schloß dieser gegen 22.45 Uhr kurzerhand die Versammlung.

Grund zum polizeilichen Einschreiten wurde nicht gegeben.

Sperling

[148] Die Auseinandersetzung zwischen *ZVfD und Staatszionisten
5. Juni 1935; CZA: Z4\3567-X.

Dr. Mey/Laz.

Berlin W. 15, den 5.6.35
Meinekestrasse 10

An die
*Staatszionistische Organisation
Berlin N. 24
Oranienburgerstr. 12

Sehr geehrte Herren!
Ihre Ortsgruppe Beuthen/Oberschl. hat im Hinblick auf die am 11. Mai veranstaltete staatszionistische Kundgebung, die angeblich von Mitgliedern der Beuthener Zionistischen Ortsgruppe und des *Hechaluz Beuthen gestört worden sein soll, ein Flugblatt bezw. Rundschreiben herausgegeben, das Ihnen zweifellos bekannt ist. In diesem Rundschreiben finden sich folgende Ausführungen:

»*Und noch ein Wort!* Was sind das für Elemente, die hier am Werke waren? Es sind jene, die in den Zionismus internationale Gedankengänge hineingetragen haben, die durch ihre Klassenkampf-Parolen das jüdische Volk in »Proletarier« und »Bourgoisie« teilen. Es sind jene, die die Schaffung eines Judenstaates ablehnen, weil sie eine Verbrüderung mit den arabischen Klassengenossen für vordringlich halten. Es sind jene, die die Majorität im Zionistenkongress haben, in welchem die bürgerlichen Elemente eine hoffnungslose Minderheit bilden und die ausserdem durch gutbezahlte Posten zum Teil durch befriedigten Ehrgeiz seelisch beruhigt sind.«

Diese Ausführungen sind mit dem zwischen *Jabotinsky und Ben Gurion geschlossenen Befriedungsabkommen nicht vereinbar, da es in diesen ausdrücklich heisst, dass es verboten ist, eine gegnerische Partei oder ihre Mitglieder mit Ausdrücken zu bezeichnen, durch die ihr Bestehen in diesen Ländern gefährdet werden könnte.

Ausserdem steht fest, dass in dem zitierten Absatz Ausdrücke verwendet werden, die als unfair in dem gleichen Abkommen ausgeschlossen werden sollen, da diese Ausdrücke nur als Verunglimpfung und Beschimpfungen aufzufassen sind.

Da Sie sich in ihren nochschwebenden Beschwerdeaktionen bezgl. der Besetzung der Kommissionen des Palästina-Amtes und der Zuteilung von Zertifikaten an Mitglieder Ihrer Organisation nach wie vor auf das Befriedungsabkommen berufen, so ersuchen wir Sie um baldgefl. Stellungnahme, welche Massnahmen Sie entsprechend dem vorzitierten Abkommen gegen Ihre Mitglieder in Beuthen ergriffen haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Dr. Franz *Meyer.
Zionistische Vereinigung f. Deutschland.

[149] Die Auseinandersetzung zwischen *ZVfD und Staatszionisten
12. Juni 1935; CZA: Z4\3567-X.

Berlin C.2, den 12.6.1935
Neue Friedrichstr. 59

An die
*Zionistische Vereinigung für Deutschland,
Berlin W. 15, Meinekestrasse 10

Betr. Ihr Schreiben vom 5.6.35.

Sehr geehrte Herren!
Auf Ihr ebengenanntes Schreiben erwidern wir Ihnen, dass wir unserer Ortsgruppe in Beuthen freie Hand gegeben haben, nachdem das Verhalten Ihrer Ortsgruppe in Beuthen Veranlassung hierzu gegeben hatte. Aus dem von Ihnen zitierten Flugblatt ist zu ersehen, was uns dazu veranlasst hat.

Wir bestreiten ganz entschieden, dass die von Ihnen zitierte Stelle geeignet sei, Mitglieder Ihrer Organisation zu gefährden. Der Wortlaut ist so gehalten, dass für jemanden, dem die Dinge nicht so genau bekannt sind, wie Ihnen, eine solche Auslegung nicht in Frage kommen kann. Sie wissen ausserdem ganz genau, dass selbst im anderen Falle ja von einer »Gefährdung« nicht die Rede sein kann, da den hiesigen Behörden die Vorhältnisse ganz genau bekannt sind und von ihnen geduldet werden.

Ihre Behauptung, dass die verwendeten Ausdrücke gegen das Abkommen verstossen, berührt uns etwas eigenartig, nachdem Sie Hetzschriften von *Katznelson und *Liebenstein verbreiten und sogar die Schrift von Ohrenstein unbeanstandet in allen Ihren Versammlungen bezw. Buchhandlungen anbieten. Wir glauben nicht, dass Sie Anspruch erheben können, sich auf das Abkommen zu beziehen.

Unsere Ansprüche an das Palästina-Amt sind nicht nur durch das Friedensabkommen begründet. Die Ihnen zugebilligte »Gemeinnützigkeit« verlangt, dass Sie objektiv handeln und aus dem Palästina-Amt nicht eine Partei-Institution machen. Wir weisen ferner auf die *ITA-Meldung vom 23.5.35 hin, aus der hervorgeht, dass die Zionistische Executive den kollektiven Anspruch des Betar auf Zertifikate anerkannt hat, und dass die Organisation ein Recht hat, aus der laufenden Schedule eine entsprechende Zahl von Zertifikaten zu erhalten.

Wir möchten noch bemerken, dass wir den augenblicklichen Zustand im Palästina-Amt nicht zu verändern beabsichtigen. Wir werden von uns aus nichts unternehmen, so lange uns das Palästina-Amt hierzu keine Veranlassung gibt. Sollten jedoch Gründe vorliegen, müssen wir im Interesse unserer Menschen von

allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen. Wir hoffen, dass neue Reibungsflächen sich nicht ergeben werden und zeichnen.

Tel Chaj
gez. Hirschfeldt
Stempel.

[150] Staatszionistischer Jugendverband Herzlia
29. Juli 1935; SStA/L: PP-V, 4501.

NSDAP Kreis Leipzig
Ortsgruppe Osten E
Amt für Propaganda

Leipzig, den 29.7.35

An die
Kreisleitung der NSDAP
– Amt für Propaganda –
Leipzig

Betr. Jugendverband »Herzlia«.

Der in der Langstr. 8 im Hof befindliche jüdische Jugendverband »Herzlia«, hat in gewissen Abständen, in einen größeren Raum seine Zusammenkünfte. In längeren Zeitabschnitten haben wir diesen Verein beobachtet und dabei folgendes festgestellt.

1. Christen sind auch anwesend.
2. Wird dort Fußdienst abgehalten.
   Kommando meist in jüdischer Sprache, dann Unterricht über Marschkolonne u.s.w.
3. Große politische Reden werden gehalten, über das Weltjudentum.
4. Propaganda wird straßenweise eingeteilt, es werden immer nur 2–3 Mann dazu bestimmt, welche schwören müssen, nur das zu tun, was der Führer bestimmt und über alle Anweisungen haben sie zu schweigen.
5. Frauen sind auch sehr stark vertreten und sehr Wortführerisch.

Sitzung vom 25. Juli 1935

Zur Einleitung großes Gemurmel, alles durcheinander, nach einer 1/2 Std. übernimmt der Leiter das Wort und spricht in großen Zügen über das Weltjudentum in Palästina, Rußland, Frankreich und Deutschland. Wichtige Fragen wurden meist in gedämpften Tonfall gesprochen. Das Wichtigste war, er sagte daß keiner Angst zu haben braucht, die Lage für uns ist gut. Es sind jetzt noch wenig Mitglieder vorhanden, wenn man an die Macht kommt ist es ganz gut, wenn nicht zuviele Mitglieder vorhanden sind. Die Masse schließt sich von selbst an. Man müsse jetzt lernen und aufpassen.

Der Redner wünschte, ganz gleich wo er sich befindet, ob im Süden oder im Norden des Landes, daß wenn er ruft sich ein jeder zur Verfügung stellt, ganz gleich ob er arm oder reich sei.

Der revolutionäre Geist müsse erhalten bleiben. Dann wurde bekannt gegeben daß am selben Abend kein Fußdienst stattfindet. Der Leiter eröffnete feierlichst, daß heute ein Genosse als Kurier aus der Mitte scheidet. Der Name wurde nicht genannt. Der betreffende wurde auf die Wichtigkeit seiner Arbeit hingewiesen und gefragt ob er den Eid auf den Führer leisten könne. Diese Frage wurde bejaht.

Der Schwur lautete: Ich schwöre, daß ich nur deine Befehle ausführen werde und wenn es mein Leben koste. Ich werde alles mir Anvertraute verschweigen.

Ein gewisser *Sternheim* wurde genannt. Schluß der Versammlung 10 Uhr.

Heil Hitler
*Müller

[151] Die Staatszionisten und die Liquidation des deutschen Judentums

21. August 1935; SStA/L: PP-V, 4498.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, den 21.8.25.

Bericht

über den am 20.8.35 stattgefundenen Vortragsabend der Ortsgruppe Leipzig der *Staatszionistischen Organisation.

Leiter der Veranstaltung:	Rechtsanwalt Dr. Ludwig *Goldwasser, Leipzig N 22, Herloßsohnstr. 13 III.
Ort der Veranstaltung:	Turnhalle der Höheren Israelitischen Schule, Leipzig, Gustav-Adolf Straße.
Tag und Zeit der Veranstaltung:	Am 20.8.35, 20.30–23 Uhr.
Besucherzahl:	Etwa 400 Personen beiderlei Geschlechts.
Name des Redners:	Dir. Georg *Kareski, Berlin.
Thema:	Die Liquidation des deutschen Judentums.
Tendenz:	Die Liquidation kann und muß durchgeführt werden.
Verlauf der Veranstaltung:	Keine Störungen.

Zu Beginn der Veranstaltung marschierten 6 Angehörige des Jugendbundes »Herzlia« zu beiden Seiten des Rednerpultes auf und blieben bis zum Schluß der Veranstaltung dort stehen.

Nach einigen kurzen Begrüßungsworten, in welchen Dr. *Goldwasser auf die Bedeutung des nachfolgenden Vortrags hinwies, ergriff Dir. *Kareski das Wort.

Der Redner wies einleitend darauf hin, daß die gegenwärtige Situation, in der sich die deutschen Juden befänden, der bisherigen Politik der Assimilanten das Todesurteil gesprochen habe. Trotzdem sträube man sich noch immer, der ausgegebenen Parole (Liquidation) nachzukommen. Man müsse endlich einmal dazu kommen, andere Wege zu gehen, wenn die brennende Wunde am jüdischen Volkskörper in eine heilende Wunde umgewandelt werden soll. Es müsse deshalb der einzige konkrete Plan, die planmäßige Loslösung der deutschen Juden aus der deutschen Wirtschaft, ausgeführt werden.

*Kareski geißelte dann die Auffassung, die bei vielen Juden heute noch vorherrsche, die man in dem Ausspruch zusammenfassen könne: Was ist denn schon passiert, es werden schon wieder bessere Zeiten kommen. Man habe doch gerade in der letzten Zeit einen Anschauungsunterricht darüber erhalten, daß das Pro-

gramm der Partei, die heute Deutschland regiert, unter allen Umständen durchgeführt werden wird.

Der Redner ging dann näher auf die Liquidation ein. Seit 1900 Jahren erlebe man das Spiel, daß sich Juden in irgend einem Lande ansiedelten. Das ginge eine Zeitlang gut, aber immer wieder käme einmal eine Welle, die die Juden zwänge zu wandern. Damit müsse ein für allemal Schluß gemacht werden. Das jüdische Volk müsse sich endlich wieder sein Haus selbst bauen, aus dem es dann kein Hauswirt wieder vertreiben kann. Das Problem der Liquidation könne deshalb nur gelöst werden durch die Seßhaftmachung des jüdischen Volkes in dem Lande seines Ursprungs, in Erez Israel.

Die Liquidation umfasse folgende 4 Komplexe:

1. Daß die Juden bereit sind zur Liquidation.
2. Daß dann mit einer Reihe von fördernden Maßnahmen durch die deutsche Regierung gerechnet werden kann.
3. Die Transferierung der Mittel, um das Kolonisationsproblem zu lösen. Es handele sich hierbei um diejenigen unter den Juden, die heute noch über größere Geldmittel verfügten. Berücksichtigt werden müsse hierbei aber noch die Schwäche der deutschen Devisenbilanz. Es müsse aber der Völkerbund hier in der Lage sein, die notwendigen Devisen über die B. I. Z.[1] zur Verfügung zu stellen.
4. Das Verhältnis zu Palästina, dem sogenannten jüdischen Nationalheim, dem einzigen Land, in welches der Jude nicht ohne weiteres hineinkommt. Seit Jahren halte England die Türe bis auf einen kleinen Spalt zu. Schöne Worte habe man von England oft genug gehört. Das jüdische Volk wolle sich aber nicht mehr mit schönen Worten abspeisen lassen. Das jüdische Volk müsse sich diese Türe aufreisen, wenn sie nicht aufgemacht würde.

Auf die Spannungen zwischen Arabern und England hinweisend, führte *Kareski weiter aus, daß das jüdische Volk ungeahnte Chancen habe könne, wenn es richtig geführt werde. Es gäbe einen solchen Führer, der schon die jüdische Legion geschaffen habe und der auch jetzt wieder aufrufe, der den alten Zionismus zum Leben erwecken wolle und der das jüdische Volk wieder zur Freiheit führen werde.

Mit den Worten: Es gilt, wenig zu verlieren, nämlich langsam zu verkümmern, aber viel zu gewinnen: Die Freiheit!, schloß *Kareski seine Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Gegen 23 Uhr wurde die Veranstaltung mit einem Dankeswort an den Redner, von Dr. *Goldwasser geschlossen.

Grund zum Einschreiten wurde nicht gegeben.

Sperling
Kr.-Hptw.

---

[1] B. I. Z.: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit Sitz in der Schweiz.

[152] Die Staatszionisten und der XIX. Zionistenkongress in Luzern
10. September 1935; SStA/L: PP-V, 4498.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV, den 10.9.1935.

Bericht.

Betrifft:	Zusammenkunft mit Vortrag der *Staatszionistischen Organisation, Ortsgruppe Leipzig.
Zeit:	Am 9.9.1935, 20.30–22.30 Uhr.
Ort:	Leipzig-C1, Langestr. 8–10, im Heim.
Leitung u.	Vorstandsmitglied, Kaufmann *Alexander Landau.*
Redner:	Leipzig.
Thema:	Aussprache über den Zionistenkongress in Luzern und die Ratstagung in Genf.
Anwesende:	9 männliche, 6 weibliche, jugendliche Personen.
Störungen:	Keine.

Zur Zusammenkunft der *Staatszionistischen Organisation, Ortsgruppe Leipzig in ihrem Heim Leipzig-C1, Langestr. 8–10, hatten sich 15 jugendliche jüdische Personen beiderlei Geschlechts eingefunden. Unter ihnen befanden sich 3 männliche Personen die der Ortsgruppe Leipzig, der Organisation überhaupt, nicht angehörten.

Das Vorstandsmitglied, der Kaufmann Landau, Vorname Alexander, Leipzig-S3, Arndtstr. 25 d wohnhaft, begrüßte die Erschienenen und tadelte die mangelhafte Beteiligung. Sein besonderes Mißfallen sprach er über die Interessenlosigkeit der erwachsenen Mitglieder der Organisation aus.

Auf Grund der schwachen Beteiligung an dieser Zusammenkunft, sprach Landau kurz nur über den Zionistenkongreß der Altzionistischen Organisation in Luzern,[1] an Hand von Zitaten aus dem Organ dieser Organisation.

Landau brachte zum Ausdruck, daß der Kongreß deutlich gezeigt habe, wie eine große zionistische Idee in Luzern zu Grabe getragen worden sei. Die Repräsentanten dieser ehemals großen zionistischen Organisation, Professor *Weizmann und Ben Gurion, hätten es abgelehnt auf diesem Kongreß über das Endziel des Zionismus zu sprechen.[2] Das bedeute für die *Staatszionistische Organisation,

[1] Der 19. Kongress der *Zionistischen Weltorganisation fand vom 20. August bis 6. September 1935 in Luzern statt. *Jabotinskys »*Neue Zionistische Organisation« sagte ihre Teilnahme ab, da sie sich 1935 von der *Zionistischen Weltorganisation aus Protest gegen ihren angeblich zu weichen Kurs trennte.

[2] Zu einer Zeit, in der Juden weniger als 20 Prozent der Bevölkerung des Palästinamandats ausmachten, forderten alle Revisionisten außerdem eine klare, eindeutige und öffentliche Erklärung des

daß mit der Altzionistischen Bewegung für die Zukunft überhaupt nicht mehr zu rechnen sei. Der Kongreß habe weiter gezeigt, daß die jetzt noch in dieser Organisation stehende jüngere Generation an den Theorien der Führer ihrer Bewegung bereits zu zweifeln beginne. Die Altzionistische Organisation würde geführt und getragen von alten Menschen, die nicht mehr wandlungsfähig seien.

Im Anschluß ging er noch kurz auf die Ratstagung (Völkerbundstagung) in Genf ein. Es sei beim Völkerbund eine Petition durch die Revisionisten eingebracht worden über die schlechte Verwaltung Palästinas durch England.

Die Ausführungen Landaus dauerten etwa 1/2 Stunde.

Zu den zur Aussprache gestellten Ausführungen Landaus erfolgten keine Wortmeldungen.

Bis etwa gegen 22.30 Uhr blieben die Anwesenden gesellig beisammen.

Staatsfeindliche Äußerungen sind im Verlaufe der Zusammenkunft und den Ausführungen Landaus nicht gefallen. Ein Grund zum Einschreiten war nicht gegeben.

Berger
Hptw. d. Schupo. b. Abtl. IV.

---

zionistischen Zieles, nämlich eine jüdische Mehrheit und einen unabhängigen Staat in ganz Palästina, einschließlich Transjordanien, zu etablieren. Der Großteil der Zionisten unter der Führung der *Zionistischen Weltorganisation unterstützte dies jedoch nicht.

[153] Der Staatszionismus und eine »Totalauswanderung« der deutschen Juden

11. September 1935; PA: Inland II A/B, 83-21, Bd. 3: R99348.

Der Staatszionist[1]

Berlin, den 11. September 1935
Augsburger Strasse 8

An das
Auswärtige Amt,
Berlin W8
Wilhelmstr. 74–76

Betrifft: Auswanderungskommissar

Die nachfolgenden Ausführungen haben Bezug auf eine persönliche Rücksprache im Reichsministerium des Innern.

Als Kernpunkt der Judenfrage, d. h. als beste und für beide Seiten befriedigende Lösung wurde in dieser Besprechung die Totalauswanderung der deutschen Juden erachtet. Eine größere Auswanderung nach anderen Ländern Europas oder Uebersee ist praktisch nicht möglich, zumindest sind die Aussichten nicht gerade vielversprechende. Die Aufnahmefähigkeit von Erez Israel hat bisher nicht versagt und ist auch noch weiter zu steigern. Obwohl die Schwierigkeiten nach dieser Richtung nicht verkannt werden sollen, sind sie dennoch ganz anderer Natur und mit Mitteln zu überwinden, die im Bereiche der politischen Möglichkeiten liegen.

Das Interesse der deutschen Regierung an dieser Lösung kann als bekannt vorausgesetzt werden. Der Staatszionismus ist, wie an anderer Stelle dargelegt wurde, in der gleichen Weise daran interessiert, wenn auch von einem anderen Standpunkt aus.

Dieses gleichgerichtete Ziel führt beinahe zwangsläufig zu einer Kooperation, die von keiner außenstehenden Seite den Vorwurf einer unkorrekten Handlungsweise nach sich ziehen kann, da den letzten Ausschlag die nationalen Belange geben.

Max Schulmann[2]

---

[1] *Der Staatszionist* war die offizielle Zeitung der *Staatszionistischen Organisation (Vereinigte Revisionisten Deutschlands), die im Januar 1934 gegründet wurde. Zuerst wurde er zweimal, später einmal monatlich herausgegeben. Er erschien bis zum Dezember 1935, nachdem er in ein *Informationsbulletin* umfunktioniert wurde. Max Schulmann fungierte als Herausgeber.

[2] Max Schulmann war Funktionär in der *Staatszionistischen Organisation und 1933–1935 Herausgeber der revisionistisch-zionistischen Zeitung in Deutschland (*Der Staatszionist*).

[154] Ernennung eines jüdischen Auswanderungskommissars
11. September 1935; PA: Inland II A/B, 83-21, (Bd. 3): R99348.

Der Staatszionist
Der Staatszionismus fordert den
Judenstaat beiderseits des Jordans

Die Zeitschrift der staatszionistischen Bewegung
Textverantwortung: Max Schulmann

Berlin W 50, 11. September 1935
Augsburger Strasse 8 /
Tel: B 5 Barbarossa 4050

An das
Auswärtige Amt,
Berlin W 8 ,

Wilhelmstr. 74–76

Zur Ergänzung meiner Eingabe vom 20. Juni 1935 habe ich es unternommen, durch den Leitartikel im Staatszionist Nr. 19 vom 25. d. M. die jüdische Öffentlichkeit und auch gegebenenfalls die nichtjüdische, soweit sie daran interessiert ist, auf die Wichtigkeit der Frage einer Massenauswanderung hinzulenken.

I. Innenpolitik

Als wesentlichen und entscheidenden Schritt zur tatkräftigen Inangriffnahme des Problems glaube ich, die dort vorgeschlagene Ernennung eines Juden zum jüdischen Auswanderungskommissar bezeichnen zu dürfen.[1] Es ist kaum zu erwarten, daß die jetzt bestehenden Gremien von sich aus mehr als bisher unternehmen oder tun werden, daß sie aber andererseits, wenn die Leitung zentral in einer starken Hand liegt, ihre Mitarbeit nicht nur nicht versagen, sondern bereitwilligst zur Verfügung stellen werden. Es liegt ferner im Rahmen der von der Reichsregierung programmäßig durchgeführten Gliederung, daß auch die Juden zur generellen Erledigung ihrer Belange eine Führerpersönlichkeit bekommen, der die deutsche Regierung die entsprechenden kommissarischen Vollmachten erteilt. Erst dann

[1] *Kareski schlug hier die Einsetzung einer zentralen jüdischen Auswanderungsbehörde vor, die von der deutschen Regierung ernannt würde. Eine solche Behörde wäre letztlich der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland und anderen jüdischen Organisationen übergeordnet gewesen. *Kareski beklagte sich über den angeblichen Mangel einer zentralen Führungskraft in der jüdischen Gemeinschaft. Er ließ wenig Zweifel daran, wer als Kommissar vorstehen könnte. *Kareski ging von der naiven Vorstellung aus, dass die NS-Regierung die Verantwortung für ihre Judenpolitik mit einem Juden oder einer jüdischen Organisation teilen würde.

wird sich in der Praxis eine Vereinheitlichung des Wollens aller Juden erzielen lassen, welches heute bei der parteimäßigen Zersplitterung einfach nicht denkbar ist. Mit dieser amtlich verfügten Gleichschaltung ist dann die gewünschte Beschleunigung in der Liquidation der Judenfrage zu erzielen. Gleichzeitig muß ich aber als Staatszionist betonen, daß auch auf unserer Seite derselbe Wunsch vorherrscht, weshalb wir uns verpflichtet halten, das mit aller Deutlichkeit zu unterstreichen. Ich habe die wirtschaftliche Seite der Massenauswanderung im Artikel nur kurz angedeutet: 1. Schonung der jüdischen Vermögenssubstanz, 2. Hilfe für Minderbemittelte, 3. ohne Schädigung der deutschen Wirtschaft, 4. keine Belastung des Devisenverkehrs. Wiewohl es in diesem Rahmen zu weit führen würde, so muß ich auf einen Punkt doch eingehen. Ein Transfer von Barmitteln, das wissen wir, ist in größerem Umfange nicht möglich; es bleibt also im wesentlichen nur die Verwertung der inländischen Vermögen zur Erteilung von Aufträgen der verschiedensten Art für Industrie und Landwirtschaft. Diese Erkenntnis hat uns schon frühzeitig zu Gegnern des Boykotts gemacht, wie er vom jüdischen Ausland befürwortet wird.[2]

Wir möchten aber auch verhindern, daß vermögende Juden zu Schleichwegen und unlauteren Mitteln greifen, darum richten wir unser Augenmerk auf solche Methoden, die eine legale Ausführ des Vermögens gestatten.

II. Außenpolitik.

Eine noch größere Bedeutung muß dem jüdischen Auswanderungskommissar gegenüber dem nichtjüdischen Auslande, insbesondere in der Beziehung zur Mandatarmacht England beigemessen werden. Wollte man sich vorstellen, daß die Reichsregierung offizielle Schritte unternähme, um bei der englischen Regierung eine Erleichterung der jüdischen Einwanderung nach Erez Israel zu erreichen, so würde es nicht verwunderlich sein, wenn die englische Regierung sich ablehnend verhalten sollte. Sie kann sich auf den Standpunkt stellen, daß man ihr nicht zumuten dürfe, einem Staat dabei behilflich zu sein, seine eigenen Bürger an den anderen Staat abzugeben. Ganz anders sieht es dagegen aus, wenn diese Bürger aus freien Stücken ihren Willen nach Auswanderung kundtun und zur Regierung von England teils als Bittende, teils als Fordernde kommen und sich dabei der Unterstützung der deutschen Regierung erfreuen. Für nationale Freiheitsbestrebungen ist überall ein Verständnis zu finden, das ist ein Argument, welches wohl selten seine Wirkung verfehlt. In solchem Falle ist ein Einwand von englischer Seite gegen Vorstellungen der Reichsregierung viel weniger oder kaum zu erwarten, da auch die deutsche Regierung in objektiver Weise der nationalen Wiedergeburt der Juden die Anerkennung nicht versagt. England steht im Rufe,

[2] In der Frage des anti-deutschen Boykotts mussten sich natürlich von Anfang an alle deutschen Revisionisten von der Politik der internationalen revisionistischen Bewegung trennen und mit allen jüdischen Organisationen in Deutschland den internationalen Boykott gegen Deutschland ablehnen.

Beschützer von bedrängten Nationen zu sein und wird sein Prestige vor der Welt gegenüber dem dringlichen Antrage einer Volksgruppe von einer halben Million Menschen nicht beeinträchtigen können. Der Nachdruck des Weltechos pflegt dabei das seinige zu tun. Zumindest fällt der Vorwurf fort, daß auf die deutschen Juden ein unmittelbarer Zwang von deutscher Seite ausgeübt wurde, und damit wird ein großer Teil des Stoffes zu Greulmärchen und Pressehetzen genommen. Eine erhebliche Bereinigung der Atmosphäre wird die unmittelbare Folge sein, und es wird Platz geschaffen für eine ruhige, sachliche Erörterung des gesamten Fragenkomplexes.

Wir Staatszionisten brauchen nicht zu fürchten, man könne uns verdächtigen, daß wir nur als vorgeschobene Strohmänner dienen und unehrliches Spiel treiben; denn unsere Ziele waren schon vor dem Umschwunge die gleichen und haben sich auch seitdem nicht geändert. Wir werden derartigen Anwürfen sofort entgegenhalten, daß wir die treibende Kraft sind und wir an die deutsche Regierung gleichsam wie mit einer Forderung herangetreten sind, uns diese moralische und politische Unterstützung zu gewähren, weil wir in der Auswanderung ein Recht erblicken, das uns, nationalethisch gesehen, zusteht. Eine Erschwerung der Verhandlungen mit der englischen Regierung von dieser Richtung her oder gar eine Vereitlung ist daher nicht zu erwarten.

III. Die Form der Ernennung.

Es erübrigt sich eigentlich, Vorschläge darüber zu unterbreiten, wie und auf welche Weise die Reichsregierung die Bestellung des Auswanderungskommissars in die Wege leiten soll. Ein Präzedenzfall ist glücklicherweise schon vorhanden, nämlich die Ernennung des Leiters der jüdischen Kulturbünde. Wenn beide Vorgänge zwar nicht gleichbedeutend in ihrer Auswirkung sind – kulturelle Absonderung und räumliche Aussonderung –, so wird man doch immerhin eine Analogie in der Richtlinie erkennen müssen. Mit irgendeinem Widerstand von jüdischer Seite, sei es in der Presse oder in den Gemeinden, ist ohnehin nicht zu rechnen; die nichtjüdische Presse wird, wie zu erwarten ist, der Frage sympathisch zustimmen, sodaß die gefühlsmäßige Voraussetzung gegeben sein dürfte und es sicher nicht irgendwie nach Vergewaltigung aussehen kann.

IV. Die kommissarischen Vollmachten.

Der Auswanderungskommissar hat generelle Verfügungsgewalt in allen jüdischen Angelegenheiten. Er ernennt geeignete Funktionäre zur Überwachung und zur Umschaltung aller Tätigkeiten innerhalb der Gemeindestuben auf das eine große Ziel. Er verhütet Zersplitterung der Arbeiten, verhindert das Neben- und Gegeneinanderwirken der bestehenden Einrichtungen, und vor allem auch sollen keine neue Mittel mehr in Unternehmen oder Institutionen angelegt werden, die nicht mittelbar oder unmittelbar die Auswanderung fördern. Die Frist, die wir uns mit

ca. 10 Jahren gesetzt haben, ist bestimmt nicht zu lang, wenn eine organische, die übrige Wirtschaft nicht störende Loslösung erfolgen soll; denn wir wollen nicht zertrümmern, sondern aufbauen, oder besser gesagt umbauen.

Nicht zu vergessen ist dabei die große Masse der Minder- und Unbemittelten, die in erster Linie zu berücksichtigen sind. Das Geld für deren Repatriierung ist erstens durch Freilegung von Beträgen zu beschaffen, die bisher zur Erhaltung der bestehenden Verwaltungen und anderen Einrichtungen dienten und zweitens aus Erlösen von Liegenschaften und sonstigen ruhenden Vermögensteilen der Gemeinden.

V. Auswirkung.

Wie ich schon in früherer Darlegung (15.5.35 und 24.5.35) ausführte, genügt der wirtschaftliche und politische Druck allein nicht, die Masse der Juden zur Auswanderung zu bringen. Nicht bloß, weil sie gar keinen Ausweg sehen, sondern weil die gebotenen Aussichten zu trübe erscheinen. Es ist also schon notwendig, neben dem negativen Mittel der wirtschaftlichen Depossidierung ein Stimulanz zu schaffen, welches die Auswanderungsfreudigkeit erzeugt. Das Vertrauen zu einem jüdischen Auswanderungskommissar wird sehr bald die Stimmung der Zuversicht schaffen. Dieser Glaube und die Hoffnung auf die zu erwartende Besserung wird somit unser bester Helfer werden und viele auch dann zum Entschluß bestimmen, wenn sie selbst mit einer größeren Vermögenseinbuße rechnen müssen.

[155] Die Staatszionisten und die Lösung der Judenfrage in Deutschland
14. Oktober 1935; SStA/L: PP-V, 4498.

*Staatszionistische Organisation

Berlin, 14.10.1935
Neue Friedrichstrasse 59

I. Totale Lösung der Judenfrage in Deutschland.
Der Staatszionismus als Träger dieser Aufgabe.

II. Ausgangspunkt: die bestehende Rechtslage.

III. Kooperation zur Erreichung eines Zieles, das beiden Auffassungen zugrundeliegt.

IV. Planmässige Auswanderung der Juden
a) wirtschaftliche Aufgabe: jüdische Selbsthilfe unter staatlicher Förderung,
b) politische Aufgabe: diplomatische Hilfe Deutschlands bei Beseitigung bestehender Hemmnisse.

V. Beseitigung des antideutschen Boykotts durch Verknüpfung des deutschen Ausfuhrinteresses mit dem jüdischen Abwanderungsinteresse.

VI. Herbeiführung normaler Beziehungen zwischen Deutschtum und Weltjudenheit.

I. Totale Lösung der Judenfrage.

Eine totale Lösung der Judenfrage bedingt die Abwanderung der Juden in Deutschland innerhalb einer begrenzten Zeitspanne bis auf einen kleinen, nicht mehr verpflanzbaren Volksrest. Diese Aufgabe deckt sich mit dem seit langen in der Öffentlichkeit vertretenen Ziel der *Staatszionistischen Organisation. Im Gegensatz zu allen anderen zionistischen und nichtzionistischen Organisationen will diese sich nicht mit einem jüdischen Zentrum in Palästina, auch nicht mit einer jüdischen Mehrheit dort begnügen, sondern ihr Ziel ist die völlige Beseitigung der jüdischen Diaspora in aller Welt durch Überführung des gesamten Volkskörpers nach Palästina.[1] Dieses Ziel ist nicht auf die *Staatszionistische Organisation beschränkt, sondern deckt sich mit dem Programm der jetzt in

[1] Das zwiespältige Verhalten der NS-Politik gegenüber dem Zionismus in den 30er Jahren beinhaltete sowohl die Unterstützung der jüdischen Auswanderung in ein von England beherrschtes Palästina als auch eine feindselige Ablehnung des zionistischen Ziels, einen unabhängigen jüdischen Staat in Palästina zu errichten.

Wien gegründeten »*Neuen Zionistischen Organisation« (siehe u. a. Bericht des Völkischen Beobachters vom 17. September 1935 »Der Ruf nach dem Judenstaat«), die innerhalb von drei Monaten die stärkste jüdische Organisation in der Welt geworden ist (730 000 Stimmen), und die in der programmatisch mit ihr übereinstimmenden Masse des religiöskonservativen Judentums ein unerschöpfliches Kräftereservoir besitzt.

II. Ausgangspunkt: die bestehende Rechtslage.

Die in Deutschland lebenden Juden respektieren den Willen des deutschen Volkes auf eine seinem Willen entsprechende Lebensgestaltung unter Ausschluss jeder ungewünschten Einmischung. Als Gäste des deutschen Volkes verzichten sie auf jede Propaganda und jeden Widerstand gegen die zur Lösung der Judenfrage von der deutschen Regierung in Übereinstimmung mit den dazu berufenen jüdischen Organen beschlossenen Massnahmen. Organisationen der Juden in Deutschland, die sich dem widersetzen, sind aufzulösen.

III. Kooperation zur Erreichung eines Zieles, das beiden Auffassungen zugrundeliegt.

Die deutsche Regierung anerkennt die Tatsache, dass die Juden in Deutschland durch wirtschaftliche und aussenpolitische Verhältnisse daran gehindert sind, Deutschland innerhalb kürzester Frist zu verlassen, und dass die Verpflanzung einer zahlenmässig so starken Volksgruppe nur mit wohlwollender Förderung der deutschen Regierung und nur schrittweise, entsprechend der Aufnahmefähigkeit und Bereitschaft anderer Länder, insbesondere Palästinas, gelöst werden kann. Darum wird der Judenschaft Deutschlands eine den gegebenen Auswanderungsmöglichkeiten angepasste Zeit für die Auswanderung eingeräumt. Das Problem einer Lösung der Judenfrage wird nur durch Auswanderung nach einem Lande gelöst, in welchem die Entstehung einer neuen Judenfrage nicht zu besorgen ist. Als solches ist ausschliesslich Palästina anzusehen. Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen zuzulassen.

IV. Planmässige Auswanderung der Juden.

a) Wirtschaftliche Aufgabe: jüdische Selbsthilfe unter staatlicher Förderung.
In Anbetracht dessen, dass nur eine wirtschaftlich leistungsfähige jüdische Gemeinschaft die mit der Verpflanzung der Judenschaft nach Palästina verbundenen Aufgaben erfüllen kann, sichert die deutsche Regierung den in Deutschland verbleibenden Juden für die Dauer ihres Aufenthaltes in Deutschland volle wirtschaftliche Bewegungsfreiheit im Rahmen der bestehenden Gesetze zu. Sie wird darum alle wirtschaftlichen Boykottmassnahmen gegen Juden unterdrücken und Massnahmen, die im Widerspruch zu diesen gesetzlichen Massnahmen stehen, aufheben. Die deutsche Regierung anerkennt das Recht der jüdischen Auswan-

derer auf Herausgabe ihres redlich erworbenen Eigentums. Sie wird daher der Veräusserung jüdischen Vermögens an arische deutsche Staatsangehörige jede notwendige Erleichterung angedeihen lassen und Erschwerungen jedweder Art zu unterbinden suchen. Insbesondere wird sie diesen Prozess durch angemessene Kredite an deutsche Kaufinteressenten zu erleichtern suchen.

Dagegen anerkennen die Juden die devisentechnischen Schwierigkeiten, die einer Transferierung ihres Vermögens im Wege stehen. Sie unterwerfen sich allen Massnahmen, die die deutsche Regierung zum Schutze der deutschen Währung für notwendig hält.

Die die Auswanderung regelnden Bestimmungen erlässt nach Genehmigung durch die deutsche Regierung eine zu schaffende jüdische Auswanderungsbehörde. Als Umfang dieser Auswanderungsbewegung wird die jährliche Abwanderung von mindestens 12 000 Einzelpersonen bezw. Familien (also ca 20 000 Köpfe) in Aussicht genommen. Diese Ziffer bewegt sich im Rahmen der Erfahrungstatsachen der letzten 2 Jahre. Im Zusammenhang mit dem natürlichen Sterbeüberschuss der Juden bedeutet das innerhalb von 10 Jahren die Verminderung der jüdischen Seelenzahl in Deutschland um rund 250 000 Personen. Juden, die bei Inkrafttreten dieser Regelung das 45. Lebensjahr erreicht haben, sollen zur Auswanderung nicht genötigt sein.

Die deutsche Regierung wird die jüdische Auswanderungsbehörde mit den Möglichkeiten ausstatten, die notwendig sind, um unter ihrer Aufsicht die Liquidation des jüdischen Vermögens, notfalls auch gegen den Willen des Betreffenden, durchzuführen. Zur Auswanderung darf keine Jude gezwungen werden, bevor die Erlaubnis der anderweitigen Niederlassung für ihn erlangt ist.

Zur Erleichterung des Auswanderungsprozesses wird die deutsche Regierung die berufliche Umschichtung der verschiedenen Auswandererkategorien auf deutschem Boden in jeder Weise fördern.

Finanzierung:
Die finanzielle Seite der Umsiedlung umfasst zweierlei:

a) die Finanzierung des Transportes (Eisenbahn- und Schiffskarten u. dergl.)

b) Schaffung der Grundlagen für eine wirtschaftliche Existenz des Einwanderers.

Die Kosten zu a) sind ohne zusätzliche Belastungen der Juden aufbringbar durch Vereinfachung des übersetzten Verwaltungskörpers der jüdischen Organisationen öffentlich-rechtlichen und privaten Charakters.

Die Kosten zu b) müssen durch eine Besteuerung des jüdischen Besitzes aufgebracht werden. Die Besteuerung muss dem Grundsatz Rechnung tragen, dass die Interessen des einzelnen Juden hinter dem Interesse der Gesamtheit zurückstehen müssen, und dass die Auswanderung unbemittelter Elemente mit den Geldern zu finanzieren ist, die von den bemittelten Kreisen als Anleihe der zuständigen Auswanderungsbehörde zur Verfügung zu stellen sind. (Beispiel:

die seinerzeitige Umsiedlung der Griechen aus Kleinasien, obwohl damals eine Institution wie die BJZ in Basel noch nicht geschaffen war.) Für die Finanzierung würden gegebenfalls Spezialvorschläge beizubringen sein.

b) politische Aufgabe: Diplomatische Hilfe Deutschlands bei Beseitigung bestehender Hemmnisse.
Die deutsche Regierung wird ihren weltpolitischen Einfluss dafür einsetzen, dass die Tore Palästinas, einschliesslich Transjordaniens, der jüdischen Einwanderung weit geöffnet werden, wobei die Unterbringung der Juden in produktiven Berufen ihnen selbst überlassen bleibt. Bemühungen der Juden in dieser Richtung finden grundsätzlich die Billigung der deutschen Regierung (jüdische Petitionen an England und an die Mandatskommission des Völkerbundes sowie diplomatische Unterstützung jüdischer Bemühungen bei den Signatarmächten des Palästinamandates). Desinteressierung Deutschlands an der Frage, welches der beiden semitischen Völker in Palästina und Transjoranien das zahlenmässige Übergewicht erhält, insbesondere keine Unterstützung solcher Tendenzen, die die Wiedererrichtung eines jüdischen Staatswesens in Palästina verhindern oder erschweren wollen.

V. Beseitigung des Boykotts durch Verknüpfung des deutschen Ausfuhrinteresses mit dem jüdischen Abwanderungsinteresse.

Da die Finanzierung zu b) angesichts der deutschen Devisenlage nur mittels einer Aktivierung der deutschen Aussenhandelsbilanz durchführbar ist, die über die Aufnahmefähigkeit der palästinensischen Wirtschaft für deutsche Waren hinausgeht, wird die jüdische Auswanderungsbehörde die Zustimmung aller Juden in der Welt und solcher nichtjüdischen Ausländer, die dazu bereit sind, zu folgenden Massnahmen herbeizuführen suchen:

Dem Boykott deutscher Waren im Ausland muss im Hinblick auf die anders gearteten Interessen der Gesamtjudenheit entgegenwirkt werden. Unter Hinweis auf die mit dieser Regelung geschaffene Beendigung des Konfliktes zwischen dem deutschen Volk und dem in seiner Mitte wohnenden jüdischen Volksteil sind die Juden aller Länder aufzufordern, eine beschleunigte Durchführung der jüdischen Auswanderung durch möglichste Steigerung des Bezuges deutscher Waren zu fördern: Wir haben uns seit über einem Jahr in den uns ideologisch nahestehenden Kreisen im Ausland nach besten Kräften bemüht, den Boykott, der ja auch eine eminente Schädigung der Juden in Deutschland ist, zu bekämpfen. Bisher war diesen Bemühungen ein Erfolg nicht beschieden. Wir glauben jedoch, dass auf Grundlage einer Gesamtregelung des deutschjüdischen Problems eine solche Boykottabwehr sich durchsetzen würde. Der durch die Verkäufe erzielte Devisenanfall ist bis auf einen mit der deutschen Regierung zu vereinbarenden Abzug für die jüdischen Umsiedlungszwecke zur Verfügung zu stellen.

VI. Herbeiführung normaler Beziehungen zwischen Deutschtum und Weltjudenheit.

Die bisher dem Absatz deutscher Waren auf Grund des für Palästina bestehenden Transferabkommens im Wege stehenden Schwierigkeiten wurzelten darin, dass inmitten eines wirtschaftlichen Kleinkrieges die Weltjudenheit in ihrer überwältigenden Mehrheit zum Bezug deutscher Waren nicht bereit war. Dieses Hindernis wird durch die vorstehend skizzierte Regelung beseitigt. Wir haben Anhaltspunkte dafür, dass auch die Träger des schärfsten Kampfes gegen das Transferabkommen im Rahmen eines alle Streitpunkte regelnden Abkommens, sofern sie auch der Diffamierung der Juden ein Ende bereitet, ihren Widerstand aufzugeben bereit sind. Es ist vielmehr mit Sicherheit darauf zu rechnen, dass die im Ausland herrschende Kampfstimmung in jüdischen Kreisen sich in eine aktive Förderung dieses Planes verwandeln wird, weil damit Deutschland, ob gewollt oder nicht, zum Förderer weitreichendster jüdischnationaler Aspirationen würde. Somit würde aus einer judenfeindlichen Aktion eine geschichtlich höchst bedeutsame Förderung der jüdischen Interessen und gleichzeitig eine Befreiung der gesamten politischen Welt von dem brennenden Judenproblem. Die auf diese Weise verschwindende Spannung ist ein natürlicher Anreiz auch für ausserjüdische Kreise, diese Regelung zu unterstützen und damit dem antideutschen Boykott, soweit er von nichtjüdischer Seite ausgeht, einen erheblichen Teil seiner Grundlage zu entziehen.

Durchführungsmassnahmen

Mit der Durchführung dieses Planes auf jüdischer Seite wird ein Auswanderungsamt betraut, in das die deutsche Regierung solche Persönlichkeiten berufen wird, die die Gewähr für die Durchführung dieser Gedanken ohne innere Vorbehalte bieten. Dieses Auswanderungsamt darf im Rahmen seiner Aufgaben von den bestehenden jüdischen Organisationen öffentlich-rechtlichen und privaten Charakters alle Leistungen fordern, die zur Durchführung der von der Staatsregierung gebilligten Pläne erforderlich sind. Ob eine solche Berufung endgültig oder nur eine provisorische sein soll, die durch eine Abstimmung innerhalb der Juden Deutschlands zu sanktionieren ist, bleibt dem Ermessen der Regierung überlassen.

*Staatszionistische Organisation
Präsidium

[156] Schwäche der staatszionistischen Bewegung[1]
5. Mai 1936; SStA/L: PP-V, 4498.

Polizeipräsidium Leipzig,
Abteilung IV. am 5.5.36

Überwachungsbericht.

Veranstalter:	*Staatszionistische Organisation, Ortsgr. Leipzig.
Leitung:	Rechtsanwalt Dr. jur. *Goldwasser, Eleazar Ludwig, am 13.4.1896 in Krakau geb. und in Leipzig C 1, Humboldstraße Nr. 12 I bei Mumelt wohnhaft. Geschäftszimmer. Brühl Nr. 37 I
Art der Veranstaltung:	Mitgliederversammlung ohne feste Tagesordnung.
Ort:	Leipzig C 1, Gerberstraße Nr. 38 Hof r.
Zeit:	Am 4.5.36 von 20.30 bis 23 Uhr.
Anwesend:	12 Personen, darunter ein Mädchen.
Verlauf:	Ohne Störung.
Diskussionsredner:	Der frühere Leiter der *Staatszionistischen Organisation (der Jugendabteilung »Herzlia«). Landau, Alexander, am 8.12.1899 in Tarnau geb. und in Leipzig S 3, Arndtstraße Nr. 25 d wohnhaft.

Die Versammlung wurde von Dr. *Goldwasser mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Eine feste Tagesordnung wurde nicht bekannt gegeben. Er sagte gleich, daß der Zweck der Einberufung der sei, die lauen Mitglieder wieder einmal aufzurütteln. Zunächst beklagte sich der Redner über die mangelnden Eingänge an Vereinsbeiträgen. Weiter über die allzugroße Lauheit der einzelnen Mitglieder, die weder zu einem Versammlungsbesuch noch zur Abgabe ihrer Beiträge zu bringen seien. Dr. *Goldwasser drohte mit Zwangsmaßnahmen, wenn sich die Verhältnisse um die Mitglieder nicht bessern sollten. Leider könne er sich mit den Zwangsmaßnahmen nur auf die Ausschließung der Mitglieder beschränken.

Schon die Ausschließung wäre für die Betreffenden eine gerechte Strafe, sie dürften dann auch später nicht des Lohnes teilhaftig werden, wenn der Staatszionismus einmal wird die Macht unter den Juden erlangt haben. Es komme auch nicht auf die Vielheit der Mitglieder, sondern auf wahre und aufrichtige Kämpfer an, die auch bereit seien, einmal persönliche Opfer zu bringen.

[1] In der Zeit ihres Bestehens 1934–1938 war die *Staatszionistische Organisation kleiner und schwächer als ihre Weimarer Vorgängerin. Die polizeilichen Behörden beschrieben die Organisation 1936 als »ziemlich zurückhaltend«. Laut der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland zählten die Staatszionisten selbst in Deutschland Ende 1937 nur etwa 1000 Mitglieder.

Anmerkung: Hier führte Dr. *Goldwasser die Deutschen als Musterbeispiel an, wie diese und zwar auch der ärmste Volksgenosse sein Opfer zur Erreichung der Ziele gebracht habe.

Dr. *Goldwasser führte aus »Was nützt uns unser schöner großer Name *Staatszionistische Organisation, wenn nichts dahinter steht.« Es müsse auf alle Fälle etwas getan werden, um wieder hoch zu kommen. Was aber getan werden müsse, verriet Dr. G. nicht. Dessen ungeachtet werde jedoch der Staatszionismus marschieren. Heute gebe es sogar schon in den Reihen der Assimilanten Juden, die sich eines besseren besonnen haben und sich dem Staatszionismus zuwenden.

Dr. *Goldwasser kam dann auf die alte jüdische Kultur zu sprechen. Jeder Jude und vor allem jeder Revisionist müsse sich mit dem alten jüdischen Kulturgut befassen, denn nur aus diesem seien die Quellen neuer Kräfte zu suchen.

Dr. G. kam dann immer wieder auf Zwangsmittel, die leider nicht zur Verfügung stehen, zu sprechen.

Die Staatszionisten müßten mehr revolutionär erzogen werden. Revolution heiße eben, etwas besseres bringen, etwas auf den Kopf stellen. Vor allem müßten einmal die lauen Führer in Berlin aufgemuntert werden. Lediglich an der sehr schlechten Berliner Führung liege es, daß der Staatszionismus in Deutschland so wenig Fortschritte mache.

Anmerkung: Die revolutionären Gedankengänge bezogen sich nur auf die jüdischen zionistischen Bewegungen.

Als Beispiel führte Dr. G. einen Arzt an, der Sachen verordnet, die er selbst weder befolge noch für wertvoll halte. So sei es auch in der Führung der Staatszionisten. Was nütze es denn wenn in Berlin bloß immer gepredigt würde, zur Organisation zu halten und dann kümmere sich überhaupt kein Mensch um die wichtigsten nahliegendsten Dinge.

Solange wir im Exil leben und uns die Hände gebunden sind, werden wir niemals unser Ziel erreichen.

Hierauf ergriff der frühere Leiter der »Herzlia« Landau das Wort zur Diskussion.

Er führte etwa folgendes aus. Was nützt es, wenn wir hier zusammen kommen und über Dinge beraten, die wir niemals zur Ausführung bringen werden können? Verlassen und verachtet von der ganzen Judenschaft fristen wir hier ein Dasein, das nicht mehr eines Juden würdig ist. Wir sind hier von allen abgekapselt. Schon die Jungen aus der Herzlia kommen nicht mehr zu uns, weil sie fürchten müssen, von den anderen beiseite gedrängt zu werden. Unser Kampf ist nach dem heutigen Stand aussichtslos und vergeblich, wenn wir nicht von der Regierung oder von anderer Seite eine tatkräftige Unterstützung bekommen. Schon die Verteilung der Zertifikate läßt erkennen, daß man von uns nichts wissen will. Es kommt wohl selten vor, daß einmal ein Revisionist ein Zertifikat bekommt.

Es gibt nur noch eine andere Möglichkeit und zwar die, die ganze Berliner zionistische (StZ) Führung hinwegzufegen und tatsächliche Führer hinzusetzen.

Anmerkung: Im humoristischen Tone sagte Landau: »Wenn bloß die Geheime Staatspolizei nicht wär, ich würde die ganze Gesellschaft in Berlin zum Teufel jagen.«

Diese Worte wurden wohl nicht ernstlich gemeint so daß von hier aus kein Einspruch erfolgte.

Anmerkung: Die ganze Rede des Landau war teils auf Kampfstimmung, teils auf Einsicht der Niederlage in der staatszionistischen Bewegung eingestellt.

In der Erwiderung gab Dr. *Goldwasser an: Die Ausführungen des Landau sind sehr wohl begründet, doch kann ich mich nicht damit einverstanden erklären. Ein offener Kampf gegen die Berliner Führung ist aussichtslos, obgleich ich selbst wünschte, daß eine bessere Führung am Platze wäre. Es müßten eher wohlhabende Juden ausgesucht werden, die einmal auf ihre Kosten nach Palästina reisen und dort die Belange für die Staatszionisten in Ordnung bringen. Aber auch an dieser Frage wird es teils wegen Mangel an Kapital und dann auch an einer Interessenlosigkeit, die man eben unserer Bewegung entgegen bringt, scheitern.

Der große Mangel an Mitteln wirkt sich auch dahin aus, daß wir nicht aus unseren engen Räumlichkeiten heraus können.

Anmerkung: Hier sprach ein älterer Jude mit Namen Sessler dazwischen und schlug vor, doch mehr an die jüdische Öffentlichkeit zu treten. Wir spielen hier immer nur Versteck und kein Mensch weiß, wo und wie wir haußen.

Hier führte Dr. *Goldwasser wieder den Mangel an Mitteln vor Augen. Ganz besonders brachte Dr. G. folgende Ausführungen:

Ich hatte schon immer die Absicht, die *Staatszionistische Organisation der Öffentlichkeit näher zu bringen. Leider fehlt es immer an Mitteln, um einen besseren Raum für Vorträge zu mieten. Keine der übrigen jüdischen Räume werden uns zur Verfügung gestellt.

Beispielsweise wollte ich in der letzten Zeit einmal einen ausführlichen Vortrag über die Vorgänge in Palästina halten. Ich wollte den hiesigen Juden einmal zeigen, wo die Schuldigen sitzen, die das viele vergossene jüdische Blut auf dem Gewissen haben. Aber überall fand ich verschlossene Türen. Ich hatte versucht, eine Synagoge zu bekommen, jedoch sagte mir der Rabbiner, daß die Synagogen keinesfalls für politische Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Die Synagoge wäre kein Tummelplatz für jüdische Streitigkeiten. Da uns keine anderen Mittel zur Verfügung stehen, musßte ich zunächst auf alles verzichten.

Im Verlauf der weiteren Rede munterte Dr. *Goldwasser die Anwesenden auf, weiter treu zur Sache zu halten und nur den Mut nicht verlieren. Jede Sache habe einmal klein angefangen. Jede Sache habe auch mancherlei Rückschläge erfahren und sei schließlich doch zum Ziel gelangt.

Bei dieser Gelegenheit gab Dr. G. bekannt, daß er der älteste Staatszionist in Deutschland überhaupt sei.

Immer nur kämpfen und an die gute Sache glauben, war der Sinn der Schlußbetrachtung.

Hierzu wird bemerkt:

Der ganze Aufzug der Mitgliederversammlung machte einen höchst kläglichen Eindruck. Schon der Raum glich eher einer verlassenen Spelunke als einem Vereinszimmers. Die anwesenden Mitglieder machten selbst einen ungläubigen Eindruck. Man hatte bei ihnen das unbedingte Gefühl, daß sie selbst nicht mehr an die Verwirklichung der Ziele des Staatszionismus glaubten.

Nach persönlicher Rücksprache mit einzelnen Mitgliedern gaben diese selbst zu, von den übrigen Juden wegen ihrer Gesinnung gemieden zu werden. Gerade in Leipzig, wo der Zionismus festen Fuß gefaßt habe, werde der Staatszionismus niemals hoch kommen.[2]

Man hatte das unbedingte Gefühl, daß der Verein zum Eingehen verurteilt ist.

Da sich die Redner im Rahmen ihrer jüdischen Belange hielten und zum polizeilichen Einschreiten kein Anlaß gegeben wurde, wurde von weiteren Maßnahmen abgesehen.

Kriminalkommissar.

---

[2] Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg blieb die Einwanderung osteuropäischer Juden nach Deutschland im Mittelpunkt der politischen Entwicklung des deutschen Zionismus. Schon 1925 war die Leipziger jüdische Gemeinde die sechstgrößte in Deutschland geworden. Die jüdische Bevölkerung Leipzigs stieg auf 13 500 Menschen, von denen mehr als 80 % ausländische Juden waren. Im Vergleich zu anderen deutschen Städten bestimmten die Ostjuden die Mitgliedschaft der zionistischen Bewegung in Leipzig wesentlich stärker.

[157] Die Staatszionisten und die Reichsvertretung
2. Februar 1937; CAHJP: P82/31.

Referat, gehalten von Dir. Georg *Kareski im Jüdischen Volksbund am 2. Februar 1937 im »Musikervereinshaus« Berlin

»Haben wir eine Reichsvertretung?«

Meine sehr geehrten Damen und Herren!
[...]
Vor etwa 10 Tagen hat im grossen Rat des Preussischen Landesverbandes im Rahmen der Generaldebatte eine Auseinandersetzung zwischen Herrn Dr. *Baeck,[1] dem Präsidenten der Reichsvertretung, und mir stattgefunden. Ich darf sagen, dass ich mit der Höflichkeit, die mich im politischen Leben immer auszeichnet, aber auch mit der Deutlichkeit, auf die ich glaube Anspruch erheben zu können, in grossen Zügen das auseinandergesetzt habe, was von unserem Standpunkt aus gegen diese Reichsvertretung eingewendet werden kann. In seiner Antwort hat Herr *Baeck sich darauf beschränkt, etwas zu behaupten und zu beweisen, was ich nie in Zweifel gezogen hatte. Er hat nämlich zu beweisen versucht, dass wir Juden in Deutschland unbedingt eine Reichsvertretung brauchen – was mir vielleicht sogar schon etwas früher klar gewesen ist, als Herrn Dr. *Baeck –, und hat auf die Frage, die der Inhalt meiner Ausführungen gewesen ist, geschwiegen: Ist diese Reichsvertretung eine Reichsvertretung wie wir sie brauchen, wie wir sie zu erwarten haben und wie sie einzig und allein uns Nutzen bringen kann? Ich verstehe diese Zurückhaltung; denn in der Tat, wenn man die Frage so stellt: Ist diese Reichsvertretung in ihrer heutigen Gestalt die notwendige Führung der Juden in Deutschland und ist sie so beschaffen, dass die Männer, die an ihrer Spitze stehen, die Repräsentanten des Vertrauens unserer jüdischen Menschen sind? – so muss diese Frage mit einem glatten Nein beantwortet werden. Gehen Sie hinaus, auch in die anderen Städte, gehen Sie in die Gemeinden draussen im Reich, gehen Sie durch die jüdischen Massen und fragen sie, ob es irgendwo Menschen gibt, die das Gefühl haben, da sitzt in Berlin in der Kantstrasse Nr. 158 das oberste Gremium des deutschen Judentums, Männer, zu deren Mut und zu deren Erkenntnis, zu deren Überzeugungstreue und Opferbereitschaft wir das Vertrauen haben, dass sie allzeit bereit sind, ihre eigene Person und ihre eigene Carriere in die Schanze zu schlagen, wenn es gilt, irgendwo jüdische Interessen zu verteidigen. Ich glaube, Sie werden lange vergeblich fragen müssen, bis Sie irgendwo einmal ein leises und verschüchtertes Ja hören könne.

[1] Hier ist Rabbiner Dr. Leo *Baeck gemeint.

Die Reichsvertretung ist eine Angelegenheit eines ganz kleinen Kreises von Menschen, die ein unmittelbares Interesse an dieser Reichsvertretung haben, ein berufliches Interesse, ein Interesse als Funktionär dieser Reichsvertretung.

Aber wo ist diese Reichsvertretung ein richtungsgebender Faktor in unserem jüdischen Leben und kann sie das überhaupt sein? Wenn wir nach den Gründen für diese Erscheinung fragen, die doch in einer Situation befremdend ist, in der jeder einzelne spürt, dass eine starke jüdische Führung eine bittere Notwendigkeit auf allen Gebieten unseres Lebens darstellt, dann werden wir erkennen müssen, dass der Grund für diese Erscheinung in der schiefen, falschen und völlig willkürlichen Konstruktion dieser Reichsvertretung liegt. Der Gedanke, dass es notwendig ist, eine politische Führung der Juden in Deutschland zu haben, ist nicht erst am 1. April 1933 entstanden, sondern der war schon vorher geboren. Er wurde sehr vorsichtig im kleinsten Kreise erörtert, weil die Entwicklung der Dinge ja doch durchaus nicht so überraschend gewesen ist, wie es nachher vielen unserer jüdischen Menschen erschien. Aber als dann jene neue Epoche einsetzte, die wir uns mit dem 1. April 1933 zu verbinden gewöhnt haben, da war von allen diesen Vorarbeiten nicht mehr die Rede, da war eine völlig zusammenhanglose, führerlose jüdische Masse in Deutschland vorhanden, die vergeblich nach einer Stelle ausschaute, von der sie eine Parole, ein richtungweisendes Wort, eine Hoffnung, eine Aufrichtung hören könnte.

Ein schüchterner Versuch wurde in jenen Tagen nach dem 1. April 1933 gemacht. Es bildete sich so etwas wie eine Reichsvertretung, bestehend aus den Landesverbänden der Jüdischen Gemeinden in Deutschland. Es ist vielleicht die historische Schuld der Menschen, die diese Reichsvertretung damals geschaffen haben, dass auf diesem Wege, der zweifellos der natürliche und der einzige gewesen wäre, nicht das Ziel der Verwirklichung einer Reichsvertretung erreicht werden konnte. Dann kam jene innerjüdische Revolte, die im September 1933 einsetzte und zur Schaffung der Reichsvertretung in ihrer heutigen Gestalt führte.

Ein paar sehr fleissige Verbandssekretäre aus den verschiedensten Organisationen sahen hier ihren Weizen blühen. Ihre eigenen Organisationen waren im Wackeln. Man wusste nicht, wie lange es noch gelingen würde, diese grossen Organisationen mit ihrem aufgeblähten Verwaltungsapparat über Wasser zu halten. Man sah sich rechtzeitig nach neuen Betätigungsmöglichkeiten um, uns so schufen sich diese Organisationen die Reichsvertretung. Sie dekorierte sich, offenbar im Namen des demokratischen Prinzips, mit ein paar reichen Finanzjuden, um ihrer Sache einen grösseren Glanz zu geben, auch zum Teil mit etwas schnell erlerntem Judentum, und sie bestimmte nun nicht diejenigen Menschen, die die Träger des jüdischen Lebens bis dahin gewesen waren, sondern sie setzte an ihre Stelle Menschen, von deren Existenz die jüdische Öffentlichkeit eigentlich erst an dem Tage erfuhr, als man las sie wären nunmehr verantwortliche Leiter der Geschicke des deutschen Judentums. Bei allen Umbildungen, die in den letzten Jahren dieser Präsidialausschuss der Reichsvertretung erfahren hat, hat man nicht etwa ver-

sucht, die Mängel der damaligen unzweckmässigen Zusammensetzung zu heilen, sondern im Kreise derer, die allmählich, wenn ich so sagen darf, nach geschoben wurden – heute besteht ja der Präsidialausschuss schon aus 14 Leuten – hatte man das Gefühl, dass mit einer einzigen Ausnahme der Kreis der Träger geistig und in ihrer politischen Bedeutung immer kleiner wurde.

Ich möchte hier einmal die Preisfrage stellen: Wissen Sie, wer eigentlich im Präsidialausschuss der Reichsvertretung sitzt? Ich bin überzeugt, dass noch nicht 3 % der Anwesenden – das scheint mir noch übertrieben zu sein – auch nur den grössten Teil der Präsidialausschussmitglieder mir aufzählen kann. Das ist kennzeichnend für den politische Wert dieses Gremiums.

Wenn wir fragen, was diese Reichsvertretung in den mehr als 3 Jahren ihres Bestehens geleistet hat, so werden wir, ohne ihr Unrecht tun zu müssen, feststellen können, dass diese Leistungen geradezu lächerlich sind. Ich habe diese Frage auch Herrn Dr. *Baeck im Landesverband vorgelegt: Worin besteht die politische Leistung der Reichsvertretung? Darauf habe ich die folgende, sehr charakteristische Antwort bekommen: Es ist vielleicht nicht möglich, zumindesten aber nicht opportun, von positiven Leistungen zu sprechen; aber wenn Sie einmal erfahren werden was wir alles verhindert haben, dann werden Sie vielleicht dieser Reichsvertretung Gerechtigkeit widerfahren lassen. Nun ist es ja möglich, dass noch manches hätte passieren können, obwohl ich eigentlich das Gefühl habe, dass wir grössere Misserfolge und grössere – sagen wir, Zores uns eigentlich kaum vorstellen können. Das können ein paar Spezialgeschichten sein, – nun gut, nun schlecht, – wie Sie wollen. Aber dass wir in Bezug auf die Gestaltung unserer rechtlichen Situation eigentlich alles verloren haben, was überhaupt denkbar war, kann doch keinem Zweifel unterliegen. Auch dass wir uns wirtschaftlich klar darüber sind, dass das Judentum in Deutschland aus diesen Gründen in einer kürzeren oder längeren Periode zum Untergang verurteilt ist, dürfte auch in jüdischen Kreisen irgend welchen Zweifeln nicht begegnen.

[...]

Sehen Sie, in einer Situation wie der, in der wir sind, kann ich mir vorstellen, dass auch der Kühnste, der Genialste, der Gedankenreichste das, was ihm am Herzen liegt, und was er glaubt, für die ihm anvertrauten Interessen leisten zu müssen, nicht durchsetzen kann. Es gibt Verhältnisse, die stärker und schwieriger sein können, als der einzelne Mensch. Aber ich behaupte – ich glaube, dass ich damit niemand Unrecht tue, – dass hier auch nicht einmal die primitivsten Versuche gemacht worden sind, um eine Atempause, um irgend eine Ellbogenfreiheit für unser kulturelles und wirtschaftliches Leben anzustreben. Das ist ein Vorwurf, vor dem man sich nicht schützen kann, wenn man sagt, man habe gegen die Gewalt der Verhältnisse nichts ausrichten können, sondern das ist eine Schuld der Kleinheit und des Kleinmuts der Menschen, in deren Händen diese Aufgabe lag, die ihnen niemand anvertraut hat, sondern die sie selbst willkürlich an sich gerissen haben, und wo niemand oder fast niemand ihnen widersprochen

hat aus zum Teil sehr ehrenwerten Motiven heraus, weil man sich in den kritischen Zeiten 1933/34 mit allen ihren Unklarheiten sagte: Wie kann man sich in dieser Situation, wo unser Haus einzustürzen droht, in innerjüdischen Kämpfen erschöpfen! – zum Teil aber auch durch einen Mangel an Bekennermut, wie wir ihn in jüdischen Reihen ja nicht nur auf diesem Gebiet in diesen Jahren kennen gelernt haben.

Es gab noch Augenblicke in unserem Leben, wo man die Fehler vom Herbst 1933 hätte korrigieren können. Worin liegt denn der entscheidende Fehler? Nicht nur, dass man versucht hat, gewissermassen auf einer Hintertreppe die öffentliche jüdische Gewalt und die öffentlichen jüdischen Kassen in seine Hand zu bringen, sondern der tiefste Grund lag in dem völlig verfehlten Versuch einer Konstruktion, Elemente, die sich naturgemäss wie Feuer und Wasser gegenüberstehen müssen, vor einen Wagen zusammenzuspannen. Wir haben in Deutschland Jahrzehnte lang die Herrschaft des Assimilationsgedankens unter den Juden gehabt. Damals hat jeder sowohl im Lager der Assimilation wie wir in unserem nationaljüdischen Lager empfunden, dass das zwei Welten sind, zwei Weltanschauungen, zwischen denen es vielleicht ein freund-nachbarliches Verhältnis geben kann, aber doch nur ein Verhältnis auf dem Boden einer völligen geistigen Trennung und einer völligen Trennung des politischen Lebens.

Das alles war mit der Gründung der Reichsvertretung wie weggewischt. Da sassen Leute mit zionistischer Anschauung Arm in Arm mit den Vertretern des Reformjudentums und des Centralvereins, mit den schärfsten Vertretern des Assimilationsgedankens, und sie hatten so das Gefühl, sie wären imstande, jüdische Politik zu machen. Worin konnte jüdische Politik in diesem Augenblick einzig und allein bestehen? In dem Erkennen der Kräfte und Tendenzen, wie sie im deutschen Volke vorhanden waren. Jeder Politiker musste von der Neugestaltung des deutschen Lebens ausgehen und sich fragen, welchen Raum und welchen Lebensraum das deutsche Judentum in dieser neuen so völlig veränderten und umgestalteten deutschen Welt haben kann. Wer nicht damals schon mit Blindheit geschlagen war, der musste begreifen, dass man sich an die massgeblichen Stellen des deutschen Volkes zu wenden hatte. Dieses war der Herr unseres Geschickes und hatte zu entscheiden, welcher Spielraum und welche Lebensmöglichkeiten uns eingeräumt werden sollten. Und dann musste man diese Dinge in einer Sprache behandeln, für die das neue Deutschland Verständnis haben konnte. Und das war die Sprache eines eigenen, selbständigen seiner selbst bewussten und sich selbst achtenden Volkstums. (Beifall) Wie konnte man von Menschen, die drei Tage vorher noch den Gedanken ihrer unlösbaren Verbundenheit mit dem deutschen Volk betont und sich mit Entrüstung von national-jüdischen Gedankengängen abgewandt hatten, eine solche Selbstverleumdung, ein solches Springen über ihren eigenen Schatten auch nur voraussetzen. Und wenn das gar zu erreichen gewesen wäre, wie hätte man das anständigerweise von ihnen annehmen dürfen! Lass diese Leute nun plötzlich das anbeten, sollten, was sie noch ges-

tern abzulehnen bereit waren. Wie konnte man einen solchen historischen Irrtum begehen, eine solche Schuld auf sich laden, und wenn noch so reiche Mittel für Flüchtlingszwecke aus dem Ausland zu winken schienen!

So tragisch die politische Bilanz dieser Reichsvertretung ist, so ist damit auch nicht annähernd ihr Schuldkonto erschöpft.

Ich bin einmal in diesen Tagen gefragt worden, wie ich mir eine ideale Reichsvertretung vorstelle. Die Antwort ist sehr einfach: Ein ganz kleines Gremium von drei, vielleicht fünf aber ganz starken Persönlichkeiten. Vielleicht wird man, wenn man sehr sorgfältig mit der Brille und dem Fernrohr sucht, noch fünf starke Persönlichkeiten im deutschen Judentum finden. Ich sehe sie noch nicht, aber vielleicht wird man sie finden. Fünf Leute mit einem ganz kleinen Apparat, die im wesentlichen die politische Arbeit zu leisten haben, und die im übrigen lediglich Richtlinien für jüdisches Leben und für Gestaltung unseres neuen jüdischen Lebens zu schaffen haben.

Nichts weiter brauchte damals gemacht zu werden: Denn alles andere, was die Reichsvertretung heute an neuen – entschuldigen Sie, wenn ich das Wort Behörden gebrauche – Behörden geschaffen hat, ist eine durchaus überflüssige und aufgeblähte und künstlich aufgeblasene Angelegenheit. Wir brauchen keine Umschichtungsstelle bei der Reichsvertretung. Wir brauchen keine Schulverwaltung bei der Reichsvertretung. Wir brauchen ganz bestimmt keine Kulturstelle bei der Reichsvertretung, namentlich wenn sie von einem Mann geleitet wird, der, wie die Fachleute sagen, als Künstler ein Dilettant ist, wie ich als Jude aber sage, bestimmt als Jude ein Dilettant ist. Denn er hat noch nicht vier Jahre lang bewiesen, dass er Jude ist, und sehr stark wird wahrscheinlich diese Überzeugung auch heute noch nicht einmal in ihm sein.

Alle diese Dinge sind völlig überflüssige Geschichten. Diese Lust, Behörde zu spielen, Ämter und Stellen zu schaffen, während es möglich war, die vorhandenen Einrichtungen der Gemeinden wahrscheinlich ohne jeden Ausbau, wenn aber notwendig mit einem ganz kleinen Ausbau auf die etwas grösseren Zwecke umzustellen, das ist eine viel grössere Schuld der Reichsvertretung. Ich wundere mich, dass die Juden nicht merken, wie hier mit ihren Interessen gespielt wird. Haben Sie denn noch keinen Menschen gesprochen, der verzweifelt und verbittert zu Ihnen gekommen ist und sich über diese lächerliche organisatorische Zersplitterung beklagt hat, wie er, wenn er irgend etwas wollte, um auszuwandern, an x Stellen geschickt wurde, überall mit Unlust empfangen, mit einem Beamtenhochmut, der überhaupt keine Grenzen kennt, weil er sich niemals bewusst ist, dass arme, hilfesuchende Menschen vor ihm stehen. Kennen Sie nicht aus Ihrem eigenen Leben tausende von Beispielen für diese Quälereien die diesen ohnehin zusammengebrochenen Menschen noch künstlich auferlegt werden! Und dann frage ich Sie, ob wir nicht ein Recht haben, zu verlangen, dass diese Reichsvertretung mit ihrer lächerlichen Fassadenarbeit und ihrer Behördenspielerei verschwindet und an ihre Stelle das tritt, was wir uns überhaupt als Richtschnur für

unser ganzes jüdisches öffentliches Leben hier nehmen müssen, nämlich eine ganz schlichte, ganz poschete sparsame Verwaltung aller öffentlicher Dinge, die keinen Pfennig unnötig ausgibt, weil alle unsere wirtschaftlichen Kräfte sehr bald nicht ausreichen werden, um die grossen Aufgaben zu lösen, die uns die nächsten Jahre noch bringen werden, und weil jede unnötig ausgegebene Mark ein Vergehen an unserer Volksgemeinschaft darstellt. (Lebhafte Zustimmung)

[…]

Juden in Deutschland haben jahrzehntelang ihre Brüder draussen in grosszügiger Weise unterstützt. Wenn wir heute in schwieriger Situation sind, so brauchte uns das an sich nicht zu stören, wenn wir darauf angewiesen sind, aus jüdischer Brüderhand eine Hilfe anzunehmen. Aber als beschämend empfinde ich es, wenn wir Hilfe annehmen, solange wir noch nicht arm genug sind, um darauf angewiesen zu sein. Und das scheint mir das Entscheidende. Wenn ich mir die jüdischen Organisationen in Deutschland ansehe in ihrer ganzen Vielheit mit allen ihren Apparaten – jetzt meine ich nicht nur politische Organisationen, sondern Organisationen aller Art – so frage ich mich, was sich denn im öffentlichen jüdischen Leben Deutschlands in den letzten vier Jahren geändert hat. Nichts hat sich geändert. Alle Organisationen, auch die, die jetzt innerlich völlig ausgehöhlt sind, sind bestehen geblieben, – nicht etwa mit verkleinertem Apparat, sondern mit vergrössertem Apparat. Drei Rabbinerlehranstalten haben wir heute in Deutschland. Wir werden bald keine Gemeinden mehr haben, aber drei Rabbinerlehranstalten haben wir. (Heiterkeit) Wo ist irgend eine Erkenntnis aus dieser unserer Zwangssituation zu sehen? Alles ist geblieben wie es war. Und auf dieses übersteigerte und übertriebene Organisationsleben hat man noch die Reichsvertretung hinaufgepfropft, die einen Etat hat mit Verwaltungskosten von RM. 420 000.– (Hört! Hört!) Wenn die Herren auch manches nicht verstehen, Etats verstehen sie aufzustellen (Heiterkeit). Da stehen Riesensummen im Etat. Und wenn Sie an diesen Summen und Millionen messen, dann sagt man: 420 000 RM. Verwaltungskosten werden wahrscheinlich bei einer solchen Verwaltung auch ganz angemessen sein.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Der grösste Teil des Etats besteht aus Geldern, für die die Reichsvertretung nur Durchgangsstelle ist, zum Teil nicht einmal Durchgangsstelle, sondern die Gelder werden verrechnet. Z. B. zahlt die Berliner Gemeinde jährlich so viel Hunderttausende und bekommt für Umschichtung und Schulzwecke so viel Hunderttausende zurück. Die Reichsstelle ist also bestenfalls der Briefträger für die Gelder, ist Durchgangsstation. Wenn man diesen Durchgangsposten abzieht, dann bleiben die RM. 420 000.– Verwaltungskosten fast in ihrer nackten Schönheit übrig, und dann entsteht in der Tat die Frage: Wie kann man von den Juden in Deutschland Sparsamkeit und Einschränkung fordern, wenn das das Vorbild ist, auf das man sich berufen kann.

Ich möchte heute nicht zu sehr ins Detail gehen. Meine Zeit ist sowieso schon abgelaufen. Aber ich darf eines sagen: Was ich am allertiefsten als unerträglich

empfinde, das ist nicht die politische Untätigkeit und vielleicht sogar die politische Unfähigkeit der Menschen, die die Reichsvertretung heute darstellen – mit diesen Urteilen, die ich jetzt etwas summarisch fällen muss, ohne die gebührende Einschränkung, verstehe ich nicht alle, aber einen grossen Teil. – Es ist vielleicht auch nicht einmal diese überflüssige Behördenschaffung und diese völlig sinnlose Geldwirtschaft entscheidend, – sondern was ich als entscheidend empfinde, ist etwas ganz anderes und vielleicht viel ernsteres: Es ist die Atmosphäre der Unwahrhaftigkeit, in der die Juden in Deutschland heute leben, und die nach meiner Auffassung entscheidend geschaffen ist durch diese Reichsvertretung. Wenn man so ungleiche Partner zu einem Zweckverband zusammenspannt – eine Paarung, die man früher im politischen Leben einmal als die Paarung zwischen Kaninchen und Karpfen bezeichnet hat – dann ergibt sich als Folge eine Verschleierung und eine Vertuschung der wirklichen Dinge. Denn diese wirklichen Dinge sind so gegensätzlich, dass bei dem ernsten Aufrollen dieser Probleme die künstlich geschaffene Zweckgemeinschaft in die Brüche gehen muss.

So haben wir in diesem Jahr in Deutschland folgendes erlebt: Wir haben vielfach jüdische Presseäusserungen, die das nicht enthalten, was die Schreiber wirklich denken – »ja man kann doch nicht, man darf doch heute nicht, denn in diesen Zeiten usw.«. Wir haben eine Besprechung der Kulturbundleistungen, die weit verschieden ist von dem, was die Schreiber wirklich darüber denken, aus Angst, eine schlechte Kritik könnte übelgenommen werden.

Wir haben diese Unwahrhaftigkeit heute im organisatorischen Leben. Unser Freund Freier hat Ihnen das vorhin schon sehr deutlich vorgeführt, welche Lüge darin liegt, wenn heute so viele Tausende Menschen sich Zionisten nennen, weil sie ihre Beitrittserklärungen unterschrieben haben und ihren Beitrag zahlen, während sie sich in Wirklichkeit damit nur eine Konjunkturhoffnung schaffen. Sie sagen sich: Vielleicht ist es doch einmal möglich, ein Zertifikat zu bekommen, oder vielleicht ist doch einmal die Möglichkeit irgend einen Transfer zu haben, und dann ist es doch ein Vorzug, wenn ich sagen kann: Seht einmal, ich habe schon drei Jahre meinen Beitrag bezahlt, – eine Lüge, zu der man die Menschen zwingt.

Was ist es für eine schwere Lüge, wenn das Palästina-Amt, das doch eine neutrale Behörde sein soll, in seinem Fragebogen für die Reisegutscheine danach fragt, wieviel *Keren Hajessod man bezahlt habe, und ob man zionistische Beiträge zahle, – eine völlig unmoralische Angelegenheit, von der ich nicht verstehe, dass die Juden in Deutschland sich das gefallen lassen! (lebhafte Zustimmung)

So geht es weiter! Alle diese Dinge um die Haawara, die heute schon eine Rolle gespielt hat und um die Paltreu. Bis jetzt musste man seine Gelder zum Transferieren einzahlen, wenn man aufgerufen wurde, d.h. wenn der Transfer unmittelbar bevorstand. Jetzt muss man 10 % sofort einzahlen. Das klingt an sich nicht so gefährlich. Aber ich bitte Sie, sich einmal vorzustellen: 6000 Anmeldungen sind bis jetzt ungefähr da; 1600 Nummern sind bisher in drei Jahren erledigt

worden, sodass noch 4400 rückständig bleiben. Es wird einige Jahre dauern, bis sie herankommen. Aber 4400 Nummer á 1000£ bedeutet 4,4 Millionen englische £, in Haawararechnung, also ungefähr 80 Millionen Mark, 10 % davon sind 8 Millionen Mark. Also 8 Millionen Mark wird die Paltreu jetzt einziehen, sie jahrelang bei sich haben und sie nicht verzinsen, ein gutes Geschäft für die beiden Banken, die hinter der Paltreu stehen (Heiterkeit) aber nach meiner Meinung eine unmoralische Handlung vom Standpunkt der jüdischen Gesammtinteressen aus. (Lebhafte Zustimmung)

[...]

Man hat den grossen Moment verpasst, der sich im September 1935 bot, als die Nürnberger Gesetze geschaffen wurden. Nachdem eindeutig die Ebene, in der wir uns in Zukunft bewegen dürfen, fest umrissen war, da war der Zeitpunkt gekommen um alles Gerümpel aus einer überholten Vergangenheit auch in unseren Reihen auszuräumen und zum Teufel zu jagen. (Lebhafter Beifall) Damals habe ich und haben meine Freunde die Forderung nach Ersatz dieser Reichsvertretung durch einen jüdischen Nationalrat erhoben. Wir haben verlangt, dass Wahlen zu diesem jüdischen Nationalrat ausgeschrieben werden, damit das jüdische Volk sagen kann, zu welchen Menschen es Vertrauen hat, welchen Menschen es die Führung seiner Geschicke in die Hand geben will, anstatt willenlos das hinzunehmen, was ein paar Organisationsbeamte im stillen Kämmerle ausgeheckt und ausgeklügelt haben. Dieser Moment unseres Aufrufs ist verhallt, und wir sind heute nicht weiter in der Ausgestaltung dieser Dinge.

Aber ich darf sagen, der Jüdische Volksbund hat auch in dieser Frage ein gutes Gewissen. Es hat an Anfeindungen und an Versuchen, uns zu überreden und uns an den Verhandlungstisch zu bringen, in all den Jahren nicht gefehlt. Wir sind unsere gerade, saubere, konsequente Linie gegangen.

Ich habe in der Gründungsversammlung der Reichsvertretung namens des Volksbundes erklärt, dass wir uns durch sie nicht vertreten und uns an ihr nicht beteiligt fühlen. Diese Linie hat der Volksbund 3 1/2 Jahre in dieser stürmischen aufgeregten und wilden Zeit mit eiserner Konsequenz durchgeführt. Ich hoffe, dass ich so, wie ich an der Wiege der Reichsvertretung gesagt habe, dass ich ihr Verschwinden begrüssen würde, noch einmal am Grabe dieser Reichsvertretung meiner Genugtuung Ausdruck geben kann, dass sie verschwunden ist; denn von ihrem Schwinden hängt meiner Auffassung nach die Bereinigung unseres jüdischen politischen Lebens ab. Von ihrem Schwinden hängt letzten Endes die Gestaltung unserer jüdischen Zukunft ab, soweit wir sie noch auf deutschem Boden erblicken können. (Lebhafter Beifall)

Darum rufe ich aus, wie ich in diesen drei Jahren immer wieder getrommelt habe: Das jüdische Volk muss aufstehen und sagen, dass es keine Reichsvertretung hat, dass es mit Herrn *Baeck darin übereinstimmt, dass es eine Reichsvertretung braucht, dass diese Reichsvertretung aber so gestaltet werden muss, dass sie ein Höchstmass an jüdischen Leistungen verbürgt. (Anhaltender Beifall)

[158] Die Staatszionisten und die Peel-Kommission
10. Februar 1937; CAHJP: P82/31.

Referat von Herrn Dir. *Kareski auf der Kundgebung am 10. II. 37 über:

Dennoch Judenstaat!
Unsere Antwort an die Königliche Commission.

[...]

Ich möchte mir aber auch hier eine ketzerische Bemerkung erlauben. Sehen Sie, wenn Herr Stefan *Wise jetzt nach Polen gegangen wäre und sich nicht nur in das Hotel Bristol in Warschau hingesetzt hätte, sondern wirklich auf die Wochenmärkte in den kleinen polnischen Städtchen gegangen wäre, wo er Gefahr lief, mit der Keule eins auf den Kopf zu bekommen oder einen Revolverschuss, und wenn er dort gesagt hätte: Hierbleiben und um euer Recht kämpften, – dann hätte ich zwar gesagt, Stefan *Wise ist noch nie ein Politiker gewesen, aber er ist wenigstens ein Held. (Heiterkeit) Aber in New York, inmitten von Glanz und Reichtum in einer überdimensionalen Synagoge stehen und dort den polnischen Juden sagen, sie dürften keine Position aufgeben, sie müssten um ihr Recht kämpfen, wenn der kleine Händler keinen Tag weiss, ob er abends mit gesunden Knochen oder überhaupt noch lebendig nach Hause kommt, wenn er auf irgend einen Wochenmarkt gegangen ist, das hat für mich wenig Überzeugendes, und ich kann nicht sagen dass ich darin eine ganz grosse heroische Tat erblicken kann. (Sehr richtig)

[...]

Wenn wir an diese Dinge denken und das Gefühl haben, dass das doch unerträgliche Verhältnisse sind, dann müssen wir mit 100%iger Verbitterung auf das kommen, was sich in den letzten Wochen vor der Königlichen Commission in Jerusalem abgespielt hat. Unser Freund Fried hat darüber ja schon einiges gesagt, aber ich glaube, dass ich ein paar Dinge doch noch unterstreichen muss.

Herr *Weizmann hat eine Rede gehalten. Sie war lang, und sie war sehr rührend, ein sehr herzbewegendes Bild von der Situation unseres Volkes. Trotzdem werden Sie mir gestatten müssen zu sagen, dass das nicht die Sprache war, die der Führer des jüdischen Volkes in diesem Augenblick der Königlichen Commission gegenüber zu führen hatte, dass es eine völlig falsche Taktik war, nun an die Tränendrüsen und die Mitleidsgefühle von englischen Politikern zu appellieren, die auf diesem Gebiet gar nicht so sehr viel Voraussetzungen mitbringen, denen das Organ für diese etwas wehleidige Politik durchaus fehlt, sondern dass für die jüdische Haltung massgebend sein musste nur ein Einziges: eine einzige Anklage gegen die Methode, nach der England sich eigentlich vom ersten Tage der Entstehung des Mandats an mit dem Mandat abzufinden versucht hat, eine Abrechnung mit all den Rechtsbrüchen, von der Abtrennung von Transjordanien an über die Verweigerung der uns nach dem Mandat zustehenden Staatsländereien, über die Sabotage des Aufbaus des Judenstaates durch die Einwanderungsdrosselung,

bei der niemals die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit des Landes wirklich massgebend gewesen ist, sondern die den Engländern nur als Ausrede diente. Davon ist nichts gesagt worden. Im Gegenteil, Herr *Hexter, hat sogar von der Commission einen Rüffel bekommen; sie hat ihm, als er nach Art eines richtiggehenden Schutzjuden die Haltung Englands gelobt hat, ausdrücklich gesagt, dass die Commission nicht dazu da ist, um Lobsprüche der Juden in Empfang zu nehmen, sondern Beschwerden. Ich weiss nicht, ob Herr *Hexter ein Gefühl dafür hatte, welche schallende Ohrfeige er damit bekommen hat.

Aber wenn man schon bei *Weizmanns Rede das Wesentliche, was bei dieser Situation gesagt werden musste, vermisst, was nach ihm kam, war noch viel schlimmer, alle die Schertock, *Hexter und wie sie hiessen. Da kam einer und hat sich stundenlang über die Wasserfrage verbreitet. Ein anderer hat stundelang über die Finanzlage von Tel-Awiw gesprochen. Das sind sicher sehr wichtige Dinge, wenn diese Dinge zur Beratung stehen, aber hier bei dieser Frage, wo es sich letzten Endes doch ausschliesslich um eine politische Entscheidung handelt, eine völlig verfehlte Angelegenheit!

Wenn wenig interessant ist, was vor der Commission gesagt worden ist, so ist doch hochinteressant, was vor der Commission nicht gesagt worden ist. Drei Dinge waren es.

Zunächst einmal hat die Judenstaatspartei ihre Vernehmung vor der Commission nicht erreichen können. Man war nur bereit, ein schriftliches Memorandum der Judenstaatspartei entgegenzunehmen. Aber ausserdem wäre die Vernehmung, selbst wenn die Kgl. Commission sie bewilligt hätte, gar nicht zugelassen worden; denn die *Jewish Agency hat der Judenstaatspartei verboten, vor der Commission aufzutreten – (Hört, Hört) was wir uns doch einmal merken wollen. Sehen Sie, man hat so oft in den letzten Jahren nach unserem Austritt aus der *zionistischen Weltorganisation gehört: Ja Gott, was wollt Ihr eigentlich, wir sind ja innerlich 100%ig bei Euch, wir stehen absolut hinter Eueren Forderungen, wir sind genau so für den Judenstaat und wir sind genau so gegen die schwächliche Politik, wir sind uns genau so klar wie Ihr, dass Palästina einmal mit der Waffe in der Hand wird erobert und verteidigt werden müssen, alles das sind ja auch unsere Ansichten, – aber wir können nicht zu Euch kommen, denn Ihr seid aus der Organisation hinausgegangen und das können wir nicht. Die Einheit der Organisation ist uns so heilig, dass wir uns über die ganzen Ideengemeinschaft mit Euch hinwegsetzen müssen, dass wir lieber mit Menschen zusammensitzen, die auch von unserem Standpunkt aus Verräter an den nationalen Hoffnungen unseres Volkes sind, – aber die Einheit der Organisation muss unter allen Umständen gewahrt werden.

Hier sehen Sie, wohin diese Theorie führt von der Einheit der Organisation. Hier sehen Sie, was es für ein Märchen ist, wenn diese Herren, die so sprechen, sich eingeredet haben, man könne auch innerhalb der Organisation für seine Anschauungen wirken, Nein! Herr *Grossmann hat es versucht und hat nichts

durchgesetzt. Vielleicht hat Herr *Grossmann und Herr *Stricker[1] in diesen Wochen ein gewisses Gefühl dafür bekommen, dass es doch nicht so stur und so eigensinnig von *Jabotinsky gewesen ist, als er gesagt hat: In dieser Organisation, die nicht von Männern, sondern, ehrwürdigen Matronen – politisch gesehen – (Heiterkeit) gelenkt wird, haben Menschen die eine wirkliche nationale Vorwärtsbewegung wollen, nichts zu suchen.

Das zweite, was vor der Commission nicht gesagt worden ist, ist Ihnen von Dr. Fried schon auseinandergesetzt worden. Das ist die Rede, die *Ussischkin nach Abschluss der Vernehmungen in Tel-Awiw gehalten hat, in der er gezeigt hat, dass er die Mängel der jüdischen Vertretung vor der Commission absolut klar gesehen hat, dass er ein absolut klares Bild von dem hatte, was dort hätte gesagt werden müssen. Allerdings dürfen Sie diese Rede nicht in der *Jüdischen Rundschau lesen, wo sie absolut verstümmelt war, sodass kein Mensch wissen kann, was *Ussischkin wirklich gemeint hat; in der *ITA war sie vollständig wiedergegeben. Aber tragisch ist doch, zu welchen Schlussfolgerungen *Ussischkin kommt, der sagt: Das alles habe ich gesehen, das alles war falsch, ich habe dagegen gekämpft, aber ich bin unterlegen und deswegen musste ich schweigen, – denn Disziplin über alles! Vielleicht begreifen Sie, meine Damen und Herren, jetzt, warum wir wild werden, wenn wir aus zionistischen Kreisen das Wort »Disziplin« hören, weil sich nämlich für uns der ganze Jammer unseres Volkes mit diesem verlodderten, korrupten und feigen Disziplinbegriff verbindet! Ein Mann – wir hatten eigentlich geglaubt, *Ussischkin[2] zu den wenigen Männern rechnen zu dürfen, die im andern Lager an der Spitze stehen –, ein Mann hätte in einem solchen Augenblick, wo es sich um die Entscheidung über das Schicksal Palästinas vielleicht für 50 und 100 oder sogar 200 Jahre handelt, – in einem Moment, in dem er sieht, dass durch eine falsche Politik, durch die Unzulanglichkeit und Kleinheit von Menschen unsere ganze Sache in Gefahr gebracht wird –, ein Mann hätte in einem solchen Augenblick gesagt: Dann pfeife ich auf die Disziplin! Da gibt es nur eine Disziplin, nämlich die unseren nationalen Hoffnungen gegenüber! Da muss ich diese Kette zerreissen, die mir hier den Mund verbieten und mich am Reden hindern will, und ich muss schreien, die Wahrheit, die ich kenne, hinausschreien, auch wenn dabei die Organisation in die Brüche geht! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen)

[...]

Noch ein drittes, was vor der Commission nicht gesagt worden ist! Das ist die Aussage des Führers der Neu-Zionistischen Organisation Wladimir *Jabotinsky! Sie wissen – ich glaube, das hat sogar die Rundschau gebracht –, dass die Neu-Zionistische Organisation die Vernehmung von *Jabotinsky durch die Kgl. Com-

---

[1] Hier sind die revisionistische Zionisten Meir *Grossmann (Deutschland) und Robert *Stricker (Österreich) gemeint.

[2] Hier ist das Mitglied der Exekutive der *Zionistischen Weltorganisation, Menachem *Ussischkin, gemeint.

mission verlangt hat. Sie hatte auch sehr klar angegeben, worüber *Jabotinsky vernommen zu werden wünscht, dass es sich bei ihm um den Nachweis handelt, dass die 6 Monate dauernden arabischen Aufstände in Erez Jisrael durch die englische Palästina Verwaltung verschuldet worden sind. (Bravo)

Die englische Commission hat die Berechtigung zu einer solchen Aussage nicht zu bestreiten gewagt und *Jabotinsky vorgeladen. Und nun haben wir das rührende Schauspiel erlebt, dass diese Vernehmung *Jabotinskys nicht stattfinden konnte, weil die englische Palästina Regierung ihm die Einreise nicht bewilligte. (Lebhaftes: Hört, Hört) Können Sie sich ein krasseres und überzeugenderes Schuldanerkenntnis vorstellen, als diese Verweigerung der Einreisegenehmigung angesichts der Beschuldigung, die dort ausgesprochen werden sollte!

Meine Damen und Herren, die englische Palästina Verwaltung wird um ihren schwarzen Tag nicht herumkommen. Was ihr in der Aussage der Herren *Weizmann, Schertock, *Hexter und wie sie alle hiessen – Ruppin[3] nicht zu vergessen –, erspart geblieben ist, das wird morgen nachgeholt werden. Morgen vormittag um 11 Uhr steht *Jabotinsky vor der Kgl. Commission in London. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen) Wir wissen, dass man von ihm nicht wird sagen können, dass er nicht so gesprochen hat, wie es der Lage und der Ehre unseres Volkes gebührt.

Nach ihm steht ein anderer Mann vor der Kgl. Commission, einer der grössten Freunde, einer der wenigen Freunde, die unser Volk in der Welt hat, und das ist der englische Abgeordnete Wedgewood. (Lebhafter Beifall)

Vielleicht wird nach morgen dieses Gefühl der Ohnmacht und der Stickluft, das seit Wochen über den jüdischen Reihen liegt, zerstoben sein, weil die Welt morgen hören wird, was Männer von Ehre und einem unbändigen und unüberwindlichen Zukunftswillen der Welt und den Engländern zu sagen haben. (Bravo)

Es ist vielleicht kein zufälliges, sondern ein mehr schicksalhaftes Zusammentreffen, dass am nächsten Montag in London die 20 jährige Gründungsfeier der Jüdischen Legion stattfindet, bei der *Jabotinsky und der Kommandant der Legion in Weltkrieg, Oberst Patterson sprechen werden. (Bravo) Es ist gut, dass das in diesem Moment zum Ausdruck kommt. Die Juden müssen es wissen, aber auch die Engländer sollen es wissen, dass wir nicht nur daran denken, durch Diskussionen und Verhandlungen vor Commissionen unser Recht zu suchen. Wir wissen, dass, was auch die englische Commission entscheiden möge, dieses Urteil nicht endgültig sein wird, dass das jüdische Volk entschlossen ist, sein Recht zu erhalten und zu verteidigen mit dem letzten Einsatz!

[...]

Sinnlos wäre ein solcher Kampf überall im Galuth. Aber es gibt ein Fleckchen Erde, wo dieser Kampf nicht sinnlos, sondern wo er die einzig mögliche Haltung ist. Und das ist unseres Land, das ist die Heimat, die Urheimat unseres Volkes, –

[3] Hier ist das Mitglied der Exekutive der *Jewish Agency for Palestine, Arthur *Ruppin, gemeint.

die wir vorübergehend für ein paar lächerliche 2000 Jahre verloren haben! Was sind 2000 Jahre in der Geschichte eines ewigen Volkes wie des unsrigen! – Ein Land, das wir nie aufgehört haben, im Geist und im Herzen als das unsrige anzusehen, und von dem heute wieder Hundertausende junger jüdischer Menschen wissen, dass sie bereit sein müssen, dafür ihr Leben in die Schanze zu schlagen, um, wenn kein anderes Mittel helfen wird, den Traum vom freien jüdischen Staat mit einer jüdischen Mehrheit in seinen historischen Grenzen zu verwirklichen und ihn bis zum letzten Tag zu schützen. (Anhaltender lebhafter Beifall)

[159] Die Staatszionisten und die Reichsvertretung
10. Juni 1937; CZA: S7\493.

S. *Adler-Rudel,

Woburn House,
Upper Woburn Place,
London W.C.1,
10. Juni, 1937.
Herrn Dr. Georg *Landauer,
Jerusalem,
P.O.B. 92.

Lieber *Landauer,
Sie werden sicherlich aus der »Rundschau« vom 4.6., Seite 2 ersehen haben, dass die Dinge in Deutschland sich ernsthaft zuspitzen. Soweit wir es von hier aus uebersehen koennen, ergibt sich folgender Tatbestand:
Am 25.5.1937 hat *Kareski in einer Kundgebung der Staatszionistischen Partei ausserordentlich scharf den Kampf gegen die Reichsvertretung neu aufgenommen und ihr Verschwinden gefordert. Ausfuehrlichen Bericht ueber diese Rede finden Sie im »Gemeindeblatt« Berlin vom 30.5.1937. Für Freitag den 28.5. hat der Vorstand der Gemeinde Berlin die Reichsvertretung zu einer Sitzung eingeladen, in der ueber die Umbildung der Reichsvertretung gesprochen werden sollte. Diese Sitzung fand jedoch nicht am 28., sondern erst am Montag den 31. Mai 1937 statt. Sie verlief aber ziemlich uninteressant. Die Gemeindeleute, namentlich *Stahl – wohl als Vorspann für *Kareski – sprachen darüber, dass eine Umbildung der Reichsvertretung, eine Verkleinerung ihres Apparates und eine Einschraenkung ihres Wirkungskreises herbeigefuehrt werden soll. Irgend welche Beschluesse scheinen in dieser Sitzung nicht gefasst worden zu sein.

Zu Sonnabend den 5.6. sollen Herr *Stahl und Herr *Kareski bei der Gestapo eingeladen gewesen sein, ob sie – wegen des Sonnabend – hingegangen und was dort verhandelt wurde, ist nicht bekannt, hingegen wissen wir, dass zu Montag den 7.d.M. 20–25 Leute und zwar Vertreter der Reichsvertretung, der Gemeinde, des *Z.V.f.D., des *C.V. und des Reichsbundes zu einer Besprechung bei der Gestapo eingeladen waren. Was bei dieser Besprechung vorkam, ist nicht bekannt, da allen Teilnehmern strengstes Schweige-Gebot auferlegt wurde. Fest steht nur, dass unsere Freunde ausserordentlich deprimiert und nervoes von dieser Sitzung zurueckkamen. Auf Grund verschiedener Andeutungen, die doch durchgesickert sind, scheint die Gestapo den versammelten juedischen Vertretern mitgeteilt zu haben, dass sie von ihnen eine Einigung auf dem Gebiete der organisatorischen Beziehungen der Juden erwarte.[1] Ob dabei ausgesprochen wurde, dass zur

[1] So hat die Gestapo den jüdischen Vertretern gegenüber Andeutungen über die künftige Auflösung aller autonomen jüdischen Organisationen bzw. der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland sowie die Anfang 1939 zu befehlende *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gemacht.

Grundlage dieser Einigung das Programm von *Kareski genommen werden soll, steht nicht fest. Es duerfte aber so gewesen sein.

Dieses Programm, dass auch nur in Umrissen bekannt ist, sieht wie folgt aus:

a) Umbildung der Reichsvertretung in ein ganz kleines Gremium, ausschliesslich als Durchgangsstelle für Finanzen und zur Schlichtung gewisser Dinge.

b) Die eigentliche praktische Arbeit soll den Gemeinden ganz ueberlassen werden.

c) Die Umbildung wird auch mit erforderlichen Sparmassnahmen begruendet, deshalb sollen die Referenten der Reichsvertretung: *Eppstein, *Lubinski, *Leschnitzer und *Brodnitz entlassen werden und der ganze Apparat auf ein Minimum eingeschraenkt werden.

d) Die Spitze der Reichsvertretung ist so gedacht: *Baeck als Ehrenpräsident, *Stahl als geschaeftsfuehrender Vorsitzender und *Hirsch als Generalsekretaer, *Lilienthal wohl als der einzige die Geschaefte fuehrende Referent.

Welche Funktion *Kareski sich dabei gedacht hat, ist nicht klar zu ersehen. Die oben gegebene Darstellung scheint mir widersinnig, wird aber von unserem Gewaehrsmann als absolut richtig bezeichnet. Die Unsinnigkeit ergibt sich füer uns zumindest doch daraus, dass *Kareski die Attacke gegen die Reichsvertretung mit dem Hinweis fuehrt, dass dort die Hochburg der getarnten Assimilation sei. Nun sowohl *Stahl als *Hirsch, als *Lilienthal sind ja als prononcierteste Vertreter dieser getarnten Assimilation anzusehen. Es kann aber sein, dass es fuer *Kareski noch nicht an der Zeit zu sein scheint, oeffentlich hervorzutreten und dass er die Herren *Stahl und *Hirsch als Werkzeug benutzt, waehrend er selbst vorlaeufig hinter den Kulissen bleibt, vermutlich mit der Absicht, in kurzer Zeit der Nachfolger von *Stahl zu werden.

Zum 15.6. ist eine Sitzung des Rates der Reichsvertretung einberufen, in der wohl ueber die diversen Vorschlaege Beschluss gefasst werden soll.

Die Stimmung der Teilnehmer an der Sitzung, die bei der Gestapo stattfand, war, wie schon oben gesagt, soweit es sich um unsere Freunde handelte, ausserordentlich schlecht.

*Baeck scheint sehr gebrochen und degoutiert zu sein. Er wird wohl keinesfalls die ihm von *Kareski zugedachte Rolle spielen und sich wahrscheinlich zurueckziehen. Otto *Hirsch hingegen soll sehr kampflustig und zum Nachgeben nicht bereit sein. Wie weit er mitmachen wird, kann ich noch nicht sagen. *Meyer scheint ueberhaupt nicht in Erscheinung getreten zu sein, waehrend *Friedenthal wohl fuer die *Z.V.f.D. den Hauptteil der Verhandlungen fuehrte. Er soll sich waehrend der ganzen Zeit sehr gut gehalten haben, aber jetzt, infolge der Ereignisse der letzten Tage, sehr nervoes geworden sein und eigentlich alles fuer verloren halten.

Als einen weiteren Beweis, dass *Kareski sich doch irgendwie durchsetzt, koennen Sie die Nachricht der *ITA vom 10.d.M. nehmen, in der mitgeteilt wird, dass der *Staatszionistischen Organisation gewisse Funktionen bei der Vertretung

vor den Versorgungsbehoerden zuerkannt worden sind; in der Tat bedeutet diese Zuerkennung der Vertretungs-Befugnis praktisch so gut wie nichts, denn die Versorgungsbehoerde beschaeftigt sich fast ausschliesslich mit der Wahrnehmung der Interessen der Kriegsverletzten und Hinterbliebenen, aber psychologisch hat diese Nachricht einige Bedeutung, denn es ist zum ersten Male, dass eine ausserhalb der Reichsvertretung stehende Organisation mit offiziellen Funktionen betraut wird. Als charakteristisch fuer die Verwirrung, die offenbar besteht, bleibt die Tatsache, dass in derselben Nummer der *ITA der Reichsbund der Frontsoldaten mitteilt, dass er nach wie vor die bisher von ihm ausgeuebte Vertretung fuer die Versorgung der Kriegsopfer bei den Behoerden auch weiter ausuebt.

Was nun die Massnahmen, die gegen *Kareski unternommen werden sollen betrifft, ist zunaechst folgendes zu sagen:

In Berlin befindet sich seit einiger Zeit ein inoffizieller Vertreter des *JOINT namens David Glick, ein offenbar anstaendiger und ganz faehiger Mann, der es verstanden hat, sich auch bei Hasselbacher Eingang zu beschaffen. Dieser Mann hat wohl auf Veranlassung der Reichsvertretung eine Unterhaltung mit *Stahl gehabt, in der er andeutete, dass, wenn eine Umformung der Reichsvertretung im Sinne *Kareskis erfolgen sollte, die auslaendischen Organisationen wohl gezwungen sein werden, die Methode der Hilfeleistung fuer Deutschland zu aendern, evt. die Geldunterstuetzung ganz einzustellen. Herr *Stahl soll darauf sehr kalt erwidert haben: »Dann wird man eben ohne das Geld der auslaendischen Organisationen auskommen« (dabei weiss er nicht einmal, dass die auslaendischen Organisationen das Druckmittel der Geldsperre nicht benutzen koennen, weil ja die Geldueberweisungen durch das Kinder-Clearing fast ganz beansprucht werden und weder die Englaender noch die Amerikaner koennen die Kinder hier verhungern lassen).

Ich habe allerdings doch den Gedanken, dass man versuchen koennte, die Eltern der Kinder zu mobilisieren, um sie auf *Kareski und *Stahl zu hetzen mit dem Hinweis, dass die Geldueberweisung an ihre Kinder eingestellt werden soll.

Wir versuchen hier, doch noch etwas zu tun und zwar wird der Council zunaechst an die Reichsvertretung einen Brief schreiben, in dem er ihr das Vertrauen aussprechen wird. Dieser Brief wird am 15.d. M. in der Sitzung vorgelesen werden und da ein Vertreter der Gestapo an dieser Sitzung teilnehmen wird, wird der Brief auf diese Weise auch der Gestapo zur Kenntnis kommen. Ferner sind einige direkte Interventionen diverser Lords bei Ribbentrop und Goering beabsichtigt. Auch ein Versuch, die grosse Presse hier auf diese Dinge aufmerksam zu machen, wird gemacht werden.

So weit ich die Dinge uebersehe, glaube ich, dass alle unsere Interventionen nichts nutzen werden und dass man mehr ueberlegen muss, was dann von der eigentlichen zionistischen Arbeit zu retten ist.

*Friedenthal vertritt jetzt den Standpunkt der non-co-operation mit der Gemeinde und der zu bildenden Reichsvertretung und geht so weit, selbst die In-

szenierung eines Steuerstreikes vorzuschlagen. Ich glaube nicht, dass die Juden den Mut haben werden, einen solchen Streik durchzuführen.

Im Programm von *Kareski soll auch vorgesehen sein: Aufloesung des *Hechalutz und der diversen Jugend-Verbaende, nachher Schaffung einer einheitlichen Jugend-Organisation unter Fuehrung des Bethar. Ich glaube wir werden dann im Palaestina-Amt eine Spezial-Abteilung fuer *Hachscharah und Alija aufziehen muessen. Die Finanzierung dieser Stelle denke ich mir so, dass die auslaendischen Organisationen bestimmt werden sollen, einen Amerikaner als Treuhaender nach Berlin zu setzen, der von der R-V- das über Clearing einlaufende Geld erhaelt und selbstaendig an die diversen Arbeits-Organisationen zahlen soll. Dies bedeutete natuerlich eine Verminderung des Budget für die diversen Fragen, da damit die Gemeinde-Anteile verloren gehen duerften. Aber das ist eine Frage, die spaeter nochmals zu ueberlegen waere, wie alles das, was oben gesagt ist, nur Gedanken sind, deren Durchfuehrbarkeit erst nochmals geprueft werden muss.

Ueber bestimmte Dinge, die Sie in Palaestina zu erledigen haetten, schreibt Ihnen Martin[2] gleichzeitig. Da ich nicht weiss, wo *Moses und *Blumenfeld zu erreichen sind, bitte ich Sie, diesen den Inhalt dieses Schreibens mitzuteilen.

Mit bestem Gruss,
Ihr,
Rudel[3]

---

[2] Hier ist Martin *Rosenblüth gemeint.
[3] Hier ist wahrscheinlich Salomon *Adler-Rudel gemeint.

[160] Auflösung der *Staatszionistischen Organisation
25. August 1938; USHMM: 11.001M.01, 8-610.

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt.
II B 4 – A.198 – J.

Berlin, den 25. August 1938.

Streng vertraulich

Betrifft: Auflösung der *Staatszionistischen Organisation.
Vorgang: Ohne.
Anlagen: 1.

a) An alle Staatspolizeileit-
b) an alle Staatspolizeistellen (mit Ausnahme des Landes Österreich)
c) nachrichtlich den Herren Ober-und Regierungspräsidenten in Preußen.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl.I S. 83) hat der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei durch Erlaß vom 23.7.d.Js. – S-PP (II B) Nr. 3894/38 –
die *Staatszionistische Organisation
und als deren Untergliederungen
a) Brith Haschomrim,
b) Jüdisch-*nationale Jugend Herzlia-Betar,
c) *Keren Hamenorah
mit sofortiger Wirkung für das alte Reichsgebiet aufgelöst.

Gleichzeitig ist die Fortführung oder Neugründung der aufgelösten Organisationen oder die Gründung getarnter Nachfolgeorganisationen unter Hinweis auf die Strafenandrohung des § 4 a. a. O. verboten worden.

Ferner hat der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei auf Grund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 (RGBl.I S. 479) festgestellt, daß die Bestrebungen der *Staatszionistischen Organisation und der ihr angeschlossenen Unterorganisationen volks- und staatsfeindlich gewesen sind und das Vermögen der aufgelösten Organisationen zu volks- und staatsfeindlichen Zwecken gebraucht oder bestimmt war.

Mit der Durchführung der erforderlichen Auflösungs- und Einziehungsmaßnahmen hat der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei das Geheime Staatspolizeiamt beauftragt.

Ich ersuche daher, die Gebäude und sonstigen Räumlichkeiten der *Staatszionistischen Organisation und der vorbezeichneten Unterorganisationen im Einvernehmen mit den zuständigen SD.-Oberabschnitten, denen vom Reichsführer-SS und Chef des Sicherheitshauptamtes die in der Anlage in Abschrift bei-

gefügte Weisung zugegangen ist, am 31. August d.Js., 7.00 Uhr früh, schlagartig zu besetzen.

Das gesamte Vermögen der *Staatszionistischen Organisation und der ihr angeschlossenen Untergliederungen, ohne Rüchsicht darauf, wo es sich im Augenblick befindet, ist zu beschlagnahmen und einzuziehen.

Bei der Durchführung der Maßnahmen ist folgendes zu beachten.

1.) Für die restlose Erfassung der gesamten Akten und ähnlicher Unterlagen ist Sorge zu tragen. Das Material ist den SD.-Oberabschnitten zur Auswertung zu überlassen.

2.) Auf die etwa aus formalrechtlichen Gründen besonders auszusprechende Beschlagnahme (Eintragung von Sperrvermerken u. a.) bestimmter Vermögenswerte (Banknoten, Grundstücke usw.) ist Bedacht zu nehmen.

3.) Die führenden Persönlichkeiten der einzelnen Ortsverbände der *Staatszionistischen Organisation und der angeschlossenen Untergliederungen haben sich während der Aktion zur Verfügung der Geheimen Staatspolizei zu halten. Die erforderlichen Vernehmungen sind im Einvernehmen mit dem SD. Durchzuführen. Sofern der Verdacht besteht, daß sich in den Privatwohnungen dieser Personen irgendwelches Material befindet, sind die Wohnungen zu durchsuchen. In den Fällen, in denen sie der beabsichtigten Verschleppung besonderer Vermögenswerte dringend verdächtig erscheinen, ist diese Maßnahme auch auf ihre Geschäftsräume auszudehnen.

4.) Das gesamte beschlagnahmte Material ist in Zusammenarbeit mit den Referenten der SD.-Oberabschnitte vorläufig zu sichten.

5.) Zur Vermeidung von Mietforderungen ist die Aktion mit größter Beschleunigung durchzuführen und für die Fortschaffung des beschlagnahmten Materials bei tunlichster Vermeidung von Transportkosten unter Benutzung staats- oder kommunaleigener Beförderungsmittel Sorge zu tragen. Das Material ist dem SD. zur Verfügung zu stellen.

Über die erfolgte Durchführung der Maßnahmen ersuche ich bis zum 15.9. d.Js. Bericht zu erstatten. Fehlanzeige erforderlich.

Der Erlaß ist nicht zur Bekanntgabe an die Kreis- und Ortspolizeibehörden bestimmt.

In Vertretung:
gez. *Müller.

[161] Auflösung der *Staatszionistischen Organisation
o. D. (August 1938); BArch: St. 3/513, RSHA Abt. IV.

II 112 313
C 422

An
alle SD-Führer der SS-Oberabschnitte

Betr.: Auflösung der »*Staatszionistischen Organisation«
und ihrer Untergliederungen im gesamten Altreich.

Vorg.: Erlass RFSS und ChdDP i. RMdI v. 23.7.1938
S PP (II B) Nr. 3894/38.

Gemäss § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 25.2.1933 wird durch Erlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 23.7.1938 AZ. S PP (II B) 3894/38 die Auflösung der »*Staatszionistischen Organisation« und aller ihr angeschlossenen Gliederungen sowie die Beschlagnahme des gesamten Vermögens dieser Organisation verfügt.

*Anl. 1 I. Aufbau und Ziele der *Staatszionistischen Organisation:*
a.) Ziele:
Die »*Staatszionistische Organisation«, die bis Juli 1934 der »Neuzionistischen Weltorganisation« (NZO) angehörte, kann als die radikalste Verfechterin zionistischer Ideen bezeichnet werden. Ihre gesamte Arbeit innerhalb der Organisationen ist darauf abgestellt, die Mitglieder – wenn irgend möglich, halbmilitärisch vorzubilden, um sie für einen evtl. illegalen Kampf in Palästina brauchbar zu machen. Da eine vormilitärische Ausbildung in Deutschland unmöglich war, begnügten sich die Staatszionisten mit der Abhaltung sogenannter Ordnungsübungen. Letzteres traf insbesondere für den »Brith Haschomrim« und den »Betar« zu.

Obwohl seit dem Jahre 1934 keine organisatorische Verbindung mehr zu der NZO bestand, die unter ihrem Leiter *Jabotinsky als Greuel- und Boykottorganisation gegen Deutschland bis heute tätig ist, konnte entgegen allen Behauptungen ausgangs des Jahres 1937 durch einen in Danzig erfassten Schriftwechsel bewiesen werden, dass diese Verbindung bis in die jüngste Zeit hinein fortbestand.

Daher war eine Auflösung unerlässlich.
b.) Aufbau:
1. *Ortsverbände:* Die sogenannten »Ortsverbände« sind die eigentlichen Träger der *staatszionistischen Organisation, da in ihnen alle Mitglieder und Untergruppen zusammengefasst sind.

2. *Brith Haschomrim:* Der Brith Haschomrim ist eine Zusammenfassung von 25–45-jährigen Juden, die intensiv für den staatszionistischen Gedanken geschult werden sollen. Der Bund hält auch Ordnungsübungen ab. Ähnliche Ziele verfolgt

3. die *»Jüdisch-*nationale Jugend Herzlia-Betar«:* Da nach der Machtübernahme ein Interesse daran bestand, die Juden in ihre eigenen Kreise zurückzuführen, wurde den Angehörigen des »Brith Haschomrim« und des »Betar«, die als wirklich extreme Zionisten angesprochen werden können, durch Gestapa-Erlass vom 31.3.35 das Uniformtragen in geschlossenen Räumen erlaubt. Der erwartete propagandistische Erfolg blieb jedoch aus.

4. **Keren Hamenorah* (Ausbildungsfonds für Palästina-Wanderer): Innerhalb der einzelnen Ortsverbände sind besondere Beauftragte des Fonds vorhanden.

II. Mitgliederbestand:

a.) Bei den älteren Mitgliedern ist eine freiwillige Eingliederung in die »*Zionistische Vereinigung für Deutschland« nicht zu erwarten. Eine Gefährdung des innerpolitischen oder jüdisch-politischen Lebens durch diese Juden dürfte aber infolge ihrer geringen Anzahl ausgeschlossen sein.

b.) Den jugendlichen Mitgliedern ist nahezulegen, sich der zionistischen Umschulungsorganisation »*Hechaluz« oder einer anderen zionistischen Jugendgruppe anzuschliessen.

III. Auflösung:

Die Auflösung der Organisation und ihrer Gliederungen und die Beschlagnahme des gesamten Materials erfolgt in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stapo(leit)stellen *am 31.8.1938 um 7 Uhr.*

a.) Haussuchungen und Vernehmungen:

Anl. 2 Bei allen Leitern und Funktionären der Ortsverbände und der Untergliederungen finden zur festgesetzten Stunde Haussuchungen staat. (Die Personalien dieser Leiter und Funktionäre sind den SD-Dienststellen bekannt.) Anschliessend sind diese Juden ausserhalb ihrer Wohnung (tunlichst in den Räumen der Staatspolizei) gemäss Anlage 2 zu vernehmen.

b.) Beschlagnahmungen:

Anl. 3 Sämtliches Aktenmaterial *mit Ausnahme der Kassenakten* wird dem Sicherheitsdienst zur Auswertung überlassen. Die Auswertung hat gemäss Anlage 3 zu erfolgen. Vorgefundene Uniformbestände sind ebenfalls zu beschlagnahmen. Mieträume sind schnellstens durch Abtransport des Materials frei zu machen. Über den Abschluss der Aktion ist dem SD-Hauptamt bis zum 5.9.1938 Vollzugsmeldung zu erstatten. Termin für die Berichte über die Aktenauswertung ist der 30.9.1938.

Zusatz für den SD-OA Ost, Berlin:

Das von der »*Reichsvertretung der Juden in Deutschland« gepachtete Umschulungslager Polenzwerder b. Eberswalde ist vorwiegend mit Betar-Mitgliedern

besetzt. Da eine Auflösung nicht angebracht erscheint, wäre dort lediglich (abgesehen von dem gemäss II b zu Veranlassenden) bei der Aktion das vorhandene, mit der »*Staatszionistischen Organisation« in Beziehung stehende Material zu beschlagnahmen und eine Vernehmung der Lagerleiter durchzuführen.

Der Chef des Sicherheitshauptamtes
I. A.
Der Leiter der Zentralabteilung II1/II2
gez.: S i x
SS-Obersturmbannführer

[162] Auflösung der *Staatszionistischen Organisation in Leipzig
31. August 1938; SStA/L: PP-V, 4500.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Leipzig,
den 31.8.1938.

B.Nr. II B 3 – 1442/38.

Heute wurde mit Unterstützung des SS-Oberscharführers Leopold vom SD, in der Zeit von 7 bis 9.15 Uhr, eine Durchsuchung zunächst in der Wohnung, L.-C1, Funkenburgstr. 16/II, anschließend in der Rechtsanwaltspraxis L.-C1, Brühl 37/39 vorgenommen. Es wurde aller Schriftverkehr und Aktenmaterial der *Staatszionistischen Organisation und ihrer in Leipzig bestehenden Untergliederungen beschlagnahmt und sichergestellt, außer den Kassenakten.

Dr. *Goldwasser gibt anschließend an Amtsstelle auf Befragen an:

»Die Rechtsanwaltspraxis betreibe ich seit Mitte 1924. Ich habe in Leipzig damit begonnen. Das Doktorexamen habe ich 1921 an der Universität Leipzig absolviert, den Titel trage ich erst seit Fertigstellung meiner Dissertation 1923/24. Studiert habe ich 4 Semester (1919 bis 1921) in Leipzig, dazwischen Sommersemester 1920 in Göttingen und ein Zwischensemester 1920 in Halle a/S.

Mein Einkommen beläuft sich auf monatliche etwa 500.– RM. Andere Einkommen habe ich nicht.

Einen Führerschein für Kraftfahrzeuge besitze ich nicht. Ich habe aber einen gültigen Inlandspaß, ausgestellt vom Polizeipräsidium Leipzig am 30.12.1936, No. 579 G.

Kriminell und politisch bin ich nicht vorbestraft.

Ich habe ein Vermögen in Höhe von etwa 25 000.– bis 30 000.– RM (einschließlich Rechtsanwaltspraxis und einer Lebensversicherung bei der Gothaer Lebensversicherung).

In der Bewegung des Zionismus stehe ich seit etwa 1911. Seit 1919 habe ich führend in der Zionistischen Organisation, Ortsgruppe Leipzig, der Zionistischen Studentenbewegung und der jüdischen Sportbewegung (*Bar Kochba) gestanden. Seit dieser Zeit gehörte ich den Vorständen dieser Gruppen an. Ich war zeitweise 2. Vorsitzender der Studentverbindung »Hatikwaa«, des Altherrenverbandes Mitteldeutschland im Kartell jüdischer Verbindungen, Schriftführer im »*Bar Kochba« und Vorstandsmitglied des Zionistischen Ortsverbandes Leipzig. In dieser Eigenschaft habe ich auch an vielen zionistischen Tagungen als Delegierter teilgenommen.

Seit 1925 schlossen sich die politisch rechts gerichteten Kreise innerhalb des Zionismus zu einer eigenen Fraktion zusammen. Diese Bewegung erreichte die Leipziger Ortsgruppe etwa 1927. Dieser Fraktion fühlte ich mich von Anfang an innerlich verbunden, weil sie stark antimarxistisch eingestellt war. Nachdem

sich in Berlin etwa 1927 eine revisionistische Ortsgruppe gebildet hatte, übernahm ich 1928 die Bildung einer Gruppe in Leipzig. In den Jahren 1930 bis 1932 erreichte unsere Ortsgruppe immerhin einen Mitgliederbestand von etwa 100. Bis zum Umbruch in Deutschland gehörte unser deutscher Landesverband der »Weltunion der Zionisten-Revisionisten« an. Diese Organisation führt jetzt den Namen »Neuzionistische Organisation« (NZO). Schlagartig erhielten wir von diesem Zeitpunkt an von Berlin aus die Weisung die Verbindungen zu lösen. Der Grund hierfür bestand darin, daß sich führende Männer der Weltunion politisch gegen den neuen Kurs in Deutschland aussprachen. Es war nicht üblich, daß Ortsgruppenleiter unter Umgehung der Berliner Zentrale unmittelbar mit Persönlichkeiten oder Stellen der Revisionistischen Weltunion Briefwechsel unterhielten. Trotzdem kam es hin und wieder einmal vor, daß bei Veranstaltungen mit ausländischen Rednern oder Anfragen des Parteifonds (Keren Tel-Chaj) eine unmittelbare Beantwortung zustandekam. Als Leiter des Leipziger Ortsverbandes habe ich selber auch diesen Briefwechsel beantwortet. Dieser hat ebenfalls mit dem Umbruch in Deutschland aufgehört. Die Umbildung der NZO erfolgte etwa 1934/35. Ich weiß das aus der zionistischen Presse.

Die Revisionistische Fraktion ist etwa 1934 aus der Zionistischen Organisation ausgeschieden und hat sich selbständig gemacht. In ähnlicher Weise vollzog sich die Entwicklung in Deutschland, wo die 1933 begründete *Staatszionistische Organisation aus der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland ausschied.

Aus den, infolge der auswandernden Persönlichkeiten, führerlos zurückgebliebenen Splittern des ehemals Revisionistischen Landesverbandes Deutschland und neu geworbenen Mitgliedern bildete sich nach inneren Kämpfen in den Jahren 1933 bis 1934 die *Staatszionistische Organisation. Der Leiter der Staatszionisten in Deutschland war zunächst Adolf Hirschfeldt, Kaufmann in Berlin, der 1934 dem Leiter der »Ivria«-Bank in Berlin, Georg *Kareski, den 1. Vorsitz überließ. Nach *Kareski hat im Jahre 1937 Heinrich *Kuhn – Berlin, den Vorsitz übernommen. *Kareski hat Deutschland vor etwa 1 Jahr verlassen. Er ist nach Palästina gegangen. Der Verkehr der Leipziger Ortsgruppe mit ihm ist seither vollständig erlöschen. Persönlicher Verkehr mit ihm hat meinerseits kaum stattgefunden. Es kann sich höchstens darum gehandelt haben, daß ich bei gelegentlicher Anwesenheit in Berlin, aus beruflichen oder familiären Gründen, *Kareski hin und wieder in den Geschäftsräumen der »Ivria« aufgesucht habe.

Der Ortsverband Leipzig umfaß z.Zt. meines Wissens etwa 20 Mitglieder. Die Geschäftsführung hat ausschließlich auf meinen Schultern gelegen, seit dem meine Mitarbeiter Richard Pelz und Alexander Landau ausgewandert sind. Ich habe lediglich die Kassengeschäfte an Fräulein Margot Petzold abgegeben. Sie wird in dieser Hinsicht die nötige Auskunft geben können. Ihre Tätigkeit bezieht sich auch auf den *Keren Hamenorah.

Die Untergliederung der Jüdisch-*nationalen Jugend »Herzlia« ist entstanden aus den Trümmern des »Brith-Trumpeldor« (Betar). Die Leitung für Deutsch-

land hatte lange Zeit *Kareski. Wer die Leitung jetzt hat ist mir nicht bekannt. In Leipzig gehören der »Herzlia«-Gruppe z.Zt. etwa 30 Jugendliche an. Die Zahl ist deshalb so hoch, weil wir gerade in den letzten Wochen eine ganze Reihe neuer Mitglieder geworden haben. Deren Anmeldung wäre am 1.10.38 erfolgt.

Die Leitung der »Herzlia«-Jugend übe ich seit mehr als 1 Jahr aus. Mir stehen als Mitarbeiter zur Seite Margot Petzold, Arnold Silberlust, Czipes vel Wischnowitzer.

Die Petzold hatte die Leitung der Mädchengruppe (etwa 4 bis 5 Mädchen) und war Kassiererin für beide Organisationen, außerdem dem *Keren Hamenorah.

Wischnowitzer hatte die Jugend (bis zu 13 Jahren) unter sich und Silberlust war mein Stellvertreter. Er vertrat mich bei Heimabenden.

Die Tätigkeit der Jüdisch-*nationalen Jugend »Herzlia« bestand in der Erziehung zu staats- und volkstumsbewußten Juden. Es wurden auch einfache Marschbewegungen geübt und Ordnungsübungen ausgeführt. Außerdem lernten die Jungens die einfacheren Kommandos in hebräischer Sprache. Wert wurde vor allem auf die Erlernung der hebräischen Sprache und Gewöhnung an Disziplin gelegt.

Der Monatsbeitrag zur *Staatszionistischen Organisation betrug grundsätzlich monatlich 1.– RM. Allerdings haben einzelne besser bestellte Mitglieder auch 2.– RM gezahlt. Gelegentlich von größeren Veranstaltungen haben die führenden Mitglieder zur Bestreitung der Unkosten auch größere Spenden beigetragen.

Unsere Zusammenkünfte wurden in einem Niederlagsraum, im Erdgeschoß des Grundstückes L.-C1, Pfaffendorfer Str. 50, abgehalten. Den Raum hatten wir zur Miete und zahlten monatlich 20.– RM Miete. Grundstückseigentümer ist die Private Selma Hering, im gleichen Grundstück wohnend. Die Hering ist meines Wissens deutschblütig. Die Miete wäre am 1. September 1938 wieder fällig geworden. Ich glaube, ich habe für diesen Raum einen schriftlichen Mietvertrag abgeschlossen. Genau kann ich darüber keine Angaben machen.

Irgendwelche Konten hat die *Staatszionistische Organisation, Ortsverband Leipzig, nicht. Wir hatten auch keine Heime außerhalb Leipzigs, da sich an sich unsere Mitglieder nur aus Leipziger Juden zusammensetzten.

Über die Büchsensammlung und Aufstellung der Sammelbüchsen des *Keren Hamenorah bin ich nicht unterrichtet. Auch darüber kann nur die Petzold Auskunft geben. Meines Wissens müssen zu den Büchsen wohl zwei Schlüssel vorhanden sein. Wer im Besitze diese Schlüssel ist kann ich nicht angeben. Ich vermute, daß die Petzold sie hat.

Betreffend der Uniformen kann ich nur angeben, daß diese von den Jungens der »Herzlia« nur im Heim getragen worden ist und demzufolge dort auch aufbewahrt worden ist. Möglicherweise können sich einzelne Teile hiervon in den Wohnungen der Besitzer befinden. Ich bin genauestens hierüber nicht unterrichtet. Ich selber habe keine Uniformteile im Besitz. Ein Abzeichen der Organisation habe ich einmal besessen, aber verloren.

Ich nehme Kenntnis davon, daß die *Staatszionistische Organisation mit ihren Untergliederungen auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 mit sofortiger Wirkung verboten und aufgelöst ist. Das Vermögen der Organisation ist beschlagnahmt. Mir ist gleichzeitig eröffnet worden, daß die Fortführung oder Neugründung der aufgelösten Organisation oder die Gründung getarnter Nachfolgeorganisationen verboten ist.«

Dr. Ludwig *Goldwasser

V. Von der Auflösung bis zur Endlösung 1938–1941

[163] Zionistische Arbeit nach der Kristallnacht

21. November 1938; PA: Pol.Abt.VII, Politik 36-Palästina/Judenfrage: R104791.

Aufzeichnung

Es suchte mich heute das Vorstandsmitglied der zionistischen Vereinigung Dr. *Friedenthal, der gerade von London zurückkam, auf Anordnung der Gestapo auf, um mir Meldung über seine Verhandlungen dort zu erstatten. Dr. *Friedenthal hat es erreicht, daß 3000 Kapitalisten Einwanderungszertifikate in solche für Jugendliche umgeschrieben worden sind und 2000 Zertifikate für jüdische Arbeiter auf zwei Jahre befristet ausgegeben wurden. Der Ansturm auf sein Büro ist dementsprechend groß.[1] Da dieses aber zerstört und noch nicht wieder aufgemacht worden ist, muß er die Leute auf der Treppe empfangen. Er bittet deswegen von Seiten des Auswärtigen Amts bei dem Leiter der jüdischen Abteilung Herrn *Best die sofortige Eröffnung des Büros, dem auch die Telefonleitungen bei dem Überfall abgeschnitten wurden, zu befürworten.[2]

Da der Teilungsplan von der englischen Regierung nunmehr selbst abgelehnt ist und auch zweifellos eine Möglichkeit ihn wieder aufzubringen, nicht besteht, ist eine Unterstützung eines Judenstaats in Palästina durch Auswanderung aus Deutschland in keiner Weise mehr zu befürchten. Da auf der anderen Seite die Auswanderung von 5000 Jugendlichen und Arbeitern eine wesentliche Erleichterung bedeuten würde, bitte ich nach Rücksprache mit dem Politischen Dirigenten Fürst *Bismarck Herrn *Best in obengenanntem Sinne zu benachrichtigen oder mir diese Benachrichtigung zu überlassen.

Hiermit
Referat Deutschland
ergebenst vorgelegt.
Berlin, den 21. November 1938

---

[1] Auf Grund von Personal- und Resourcenmangel bzw. der schnell zunehmenden Zahl von Menschen, die auswandern wollten, wurden in der Zeit nach der Kristallnacht die Probleme der zionistischen Arbeit in Deutschland besonders akut. Infolge des Novemberpogroms wurden noch tausende Juden, einschließlich zionistischer Funktionäre und Vertreter von zionistischen Organisationen, in Konzentrationslagern festgehalten und der Großteil des jüdischen Besitzes war beschlagnahmt worden. Die Funktionäre wurden kurze Zeit später wieder frei gelassen.

[2] Mit der Auflösung aller jüdischen Organisationen kurz nach dem Pogrom, einschließlich der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, wurde das zionistische Büro, Meineckestraße 10, geschlossen. Das *Palästinaamt der Jewish Agency for Palestine (am selben Ort) wurde von den polizeilichen Behörden aber nicht geschlossen.

[164] Fortführung der Auswanderung nach der Kristallnacht
22. November 1938; CZA: S7\402.

Benno *Cohn
Berlin W 15
Ludwigkirchstr. 13

Berlin, den 22. November 1938

Lieber *Landauer!
Ich gebe Dir einen knappen Überblick über die jüngste Entwicklung. Unsere Büros sind noch nicht geöffnet. Wie wir erfahren, wird die Entscheidung in den nächsten Tagen fallen; wir nehmen bestimmt an, dass man das Palästina-Amt öffnen wird, weil ja andernfalls die Palästina-Wanderung gar nicht bewältigt werden kann. Hunderte und Tausende von Juden wollen jetzt eine neue Palästinaberatung haben, und es ist immens schwer, sich dieses Andranges in den Privatwohnungen zu erwehren. Die grösste Sorge machen uns die dringlichen Fälle. Die Praxis ist so, dass bei Führung des Nachweises der sorfortigen Auswanderung die Fälle günstig erledigt werden, aber nur einem Bruchteil der Fälle ist es bei der jetzigen Lage möglich, diesen Nachweis zu führen.

*Friedenthal berichtete uns von den Londoner Beratungen, und dem Versuch, die Alijah auszuweiten. In London war er sehr optimistisch, heute sind wir nach neueren Nachrichten aus London sehr skeptisch geworden. Wir fürchten, dass nur ein kleiner Bruchteil unseres Programmes von den Londoner Instanzen akzeptiert werden wird. *Friedenthal kam mit dem Eindruck zurück, dass ein unaufhörliches Drängen in London notwendig ist, wenn man etwas erreichen will. Er fürchtet, dass nach der ersten Woche die Initiative nachlassen würde, fürchtet auch weiter, dass dieses Mal bei der Verteilung der neuen Mittel des German Council Palästina[1] sich viel schwerer wird durchsetzen können, als bei den vorigen Malen. Die vagen, Siedlungsprojekte, die England bietet, Guayana und Tanganika, werden, wie wir überzeugt sind, keine Kolonisationsmöglichkeiten bringen, aber für Expertisen und neue Büros viele Mittel verschlingen. Auch die »Zwischenlager« in den westlichen Ländern, von denen viel die Rede ist, werden viel Geld verschlingen. *Friedenthal, der selbst Ende dieser Woche Deutschland endgültig verlassen wird, um zur Alijah zu gehen, schlug vor, dass *Rau oder ich sich einige Wochen in London aufhalten, um dort unsere Interessen zu verfechten. Was mich betrifft, so werde ich hier bei dem Mangel an Menschen stark benötigt werden. Wir erörterten hier die Frage, wie man der neuen Alijah, die keine £p 1000, sondern höchstens eine £p 100 sein wird, bei ihrer Einordnung wird helfen können. Wir hörten, welche eminente Schwierigkeiten die Einordnung der letzten österreichischen Alijah noch macht, und nun wird ein neues Element kommen, das in ähnlicher Lage ist. Die Frage ist, ob man nicht die Idee

[1] Hier ist vermutlich der *Council for German Jewry gemeint.

der »Zwischenlager« in einer den palästinensischen Bedingungen angepassten Weise verwirklichen sollte, etwa durch Schaffung eines Kfar Olim in der Nähe der Stadt, eines Barackenlagers, in dem neue Einwanderer für eine Übergangszeit aufgenommen werden, zum Teil umgeschichtet und produktiviert werden können. Vielleicht liessen sich solche Einrichtungen an bestimmten schon weiter entwickelten Rasco-Punkten[2] anschliessen, dann würde das der Mittelstands-Siedlung wohl sehr zugute kommen. Wir könnten dann einen Teil der Mittel, die der German Council für »Zwischenlager« auswirft, für Palästina konzentrieren. Wir sehen klar die Gegengründe, glauben aber, dass der Gedanke durchdacht werden sollte. Weiter beschäftigten wir uns mit der Frage der Fortführung der Mittelstands-Siedlung angesichts des voraussichtlich erheblichen Absinkens des Kapitals. *Meyer hatte Dir und Förder wohl schon Notiz hierüber gegeben. Auch hier liegt ja die Heranziehung des German Council auf der Hand.

Im Vordergrund stehen natürlich die Zertifikats-Sorgen. Wenn es *Hachscharah Zertifikate geben sollte, so würde das Problem wesentlich erleichtert werden. Man könnte die Inlands-Hachscharah und den grössten Teil der Auslands-Hachscharah liquidieren, und könnte, wie wir glauben, gerade heute wieder hunderte von Anmeldungen von brauchbaren Menschen bekommen können.

Sehr schwierig sind wieder die Personalia der leitenden Menschen. Alles will zur Zeit weggehen, und man kann kaum die Verantwortung übernehmen, sich dem entgegenzusetzen; dabei wird es aber, zumindestens für das nächste Halbjahr Aufgaben in Hülle und Fülle geben. Wir werden in diesen Tagen in einer Besprechung versuchen, einen Turnus zu finden, in welchem wir hier weggehen. Auch jetzt und gerade jetzt muss es noch Ordnung und Disziplin in dieser wichtigen Frage geben.

Ich selbst möchte vor allem meine Familie herausschicken. – Heute erscheint Nummer 1 des behördlich genehmigten »Nachrichtenblattes« im Verlag der *Jüdischen Rundschau, wahrscheinlich zweimal wöchentlich.[3] Es wird sich nur auf Nachrichten und Ankündigungen beschränken und keine Artikel bringen. Das Blatt ist wichtig, um den Kontakt unter den Juden aufrechtzuerhalten.

Mit herzlichen Grüssen
Benno *Cohn

[2] RASSCO (Rural and Suburban Settlement Company) war eine von der *Jewish Agency for Palestine gegründete Gesellschaft mit dem Zweck, den Einwanderern in Palästina den Transfer der Reichsmarkeinzahlung bei der Paltreu in Berlin zur Verfügung zu stellen. Die RASSCO errichtete einige Mittelstandsdörfer für Einwanderer aus Deutschland in Palästina, in die eine Gruppe von Landwirten und Viehhändlern aus Württemberg umgesiedelt wurde.

[3] Mit der Auflösung der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland im November 1938 wurde die *Jüdische Rundschau* sowie andere jüdische Zeitungen geschlossen.

[165] Entwicklung der Judenfrage im Reichsgebiet im Jahre 1938
o. D. (1939); BArch: R/58-956.

Geheim![1]

Judentum

In der Entwicklung der Judenfrage im Reichsgebiet im Jahre 1938 sind zwei deutliche Abschnitte erkennbar. Das erste Stadium umfaßt die Zeit vom 1. Januar bis zum 8. November, das zweite die Zeit vom 10. November bis 31. Dezember. Während im ersten Stadium versucht wurde, die Judenfrage auf verordnungs- und gesetzmäßigem Wege endgültig dadurch zu regeln, daß die Juden aus sämtlichen Berufen ausgeschlossen wurden und zugleich eine hierdurch evtl. bewirkte erhöhte Straffälligkeit unterbunden wurde, wurde das gesamte Problem nach dem revolutionären Akt vom 9.11. auf den 10.11 völlig neu aufgerollt.

1. *1.1.–8.11.1938:*
Durch Gesetz bzw. Verordnung erfolgte der Ausschluß der Juden aus folgenden Berufen:

Versteigerungsgewerbe
Bewachungsgewerbe
Gewerbliche Auskunftserteilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten
Handel mit Grundstücken
Gewerbsmäßige Vermittlung für Immobilienverträge und Darlehen
Gewerbsmäßige Heiratsvermittlung und Fremdenführergewerbe
Wandergewerbe
Ärzteberuf
Betätigung als Rechtsanwalt.

Die Verordnung gegen die Unterstützung zur Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe vom 22.4.38 diente zur Beseitigung der Mißstände in der Vertretung jüdischer Firmen durch Arier; die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26.4.38 sichert die Feststellung des jüdischen Kapitals.

Um eine Tarnung jüdischer Personen durch Annahme nichtjüdischer Namen zu verhindern, wurde am 5.1.38 das Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen erlassen. Eine Ergänzung erfuhr diese Regelung durch einen Erlaß des Reichsministeriums des Innern, der bestimmt, daß Juden mit

[1] Die Quelle sowie die Empfänger dieses Dokuments sind unbekannt. Höchstwahrscheinlich ist es Teil eines Jahresberichts für 1938 innerhalb der Abteilung II-112 des Sicherheitsdienstes.

Wirkung vom 1.1.39 die zusätzlichen Vornamen Israel bzw. Sarah zu führen haben, vorausgesetzt daß sie nicht bereits einen rein jüdischen Vornamen tragen.

Der Paßerlaß vom 7.10.38 schließlich entzog den Juden die Inlandspässe; die auf Grund der Bestimmungen vom 16.9.38 erteilten Auslandspässe werden durch ein »J« gekennzeichnet.

Die Organisationsform des Judentums im alten Reichsgebiet erfuhr eine grundsätzliche Veränderung durch das Gesetz zur Änderung der Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusgemeinden vom 25.3.38. Darin wird bestimmt, daß die *Reichsvertretung der Juden in Deutschland, sowie die ihr zukünftig unterstellten Kultusvereinigungen (früher Gemeinden), als Vereine einzutragen sind und den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts unterliegen.

Auf hiesigen Antrag erfolgte die Auflösung der Staatszionistischen Vereinigung wegen ihrer Verbindung zu stark deutschfeindlichen jüdischen Organisationen des Auslandes.

Durch Erlaß des Hauptamtes Sicherheitspolizei wurde ein Ausweisungsbefehl gegen Juden polnischer Staatsangehörigkeit ausgesprochen, der zu erheblichen Komplikationen mit der polnischen Regierung geführt hat.

Auf Veranlassung des SD wurde eine Säuberung jüdischer Organisationen von Funktionären ausländischer Staatsangehörigkeit durchgeführt, um die Bildung eines deutschfeindlichen Nachrichtendienstes zu verhindern.

In Zusammenarbeit mit der Geheimen Staatspolizei erfolgte laufend eine Auflösung und Zusammenlegung jüdischer Organisationen.

2. *9.11.–31.12.38:*

Nach der Ermordung des Botschaftsrates vom Rath in Paris durch den Juden polnischer Staatsangehörigkeit Grynszpan erfolgten im gesamten Reichsgebiet auf Weisung Aktionen gegen die Judenschaft, die im allgemeinen in der Zerstörung oder Niederbrennung von Synagogen, der Zerstörung jüdischer Geschäfte und Verhaftung von bemittelten Juden ihren Ausdruck fanden. Zahlreiche Juden sind dabei ums Leben gekommen.

Nach Einstellung der Aktionen wurde die Judenfrage in sämtlichen Teilgebieten neu aufgerollt. Als verantwortlich für Gesetze und Verordnungen auf diesem Gebiet wurde Generalfeldmarschall Göring vom Führer ernannt. Durch Verordnungs- bzw. Gesetzbeschluß erfolgte das Verbot des Waffenbesitzes für Juden, der endgültige Ausschluß von der Teilnahme am deutschen Kulturleben und an der Erziehung, der vollständige Ausschluß aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Darüber hinaus wurde die Judenschaft zur Zahlung einer Kontribution von 1 Milliarde Reichsmark veranlagt.

Durch dieses Eingreifen des Reiches erfolgte eine vorübergehende Einstellung sämtlicher organisatorischen Tätigkeit der Juden, die bis heute nur teilweise wieder aufgenommen wurde. Da als die wichtigste Aufgabe in der Regelung der Judenfrage die endgültige Auswanderung sämtlicher Juden und die Fürsorge für

die minderbemittelten und erwerbsunfähigen Juden herausgestellt wurde, hat das SD-Hauptamt im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt dem Generalfeldmarschall Vorschläge zur Errichtung einer *Zentralstelle für jüdische Auswanderung und zu einer Zentralisierung aller jüdischen Organisationen in einer Reichsvereinigung gemacht. Während die grundsätzliche Zustimmung hierzu vom Generalfeldmarschall erteilt wurde, steht die Billigung der im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt gemachten Vorschläge im einzelnen noch aus.

Des gleichen wurde während der Aktion vom SD das gesamte im Besitz jüdischer Organisationen und Personen befindliche Archivmaterial sichergestellt, über dessen zukünftigen Verbleib dem Herrn Generalfeldmarschall Vorschläge unterbreitet wurden. Die endgültige Entscheidung steht noch aus.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Judenschaft – soweit es sich um deutsche Staatsangehörige handelt – endgültig aus allen Teilen des deutschen Lebensgebietes ausgeschlossen ist und daß den Juden nur noch die Auswanderung als letzter Ausweg bleibt. Gewisse Schwierigkeiten werden sich in der Unterhaltung der noch im Reichsgebiet ansässigen Juden bis zur endgültigen Abwanderung ergeben.

3. *Ostmark:*
Auf Veranlassung des SD erfolgte am 18. III. 38 in der Ostmark die Auflösung sämtlicher jüdischer Organisationen assimilatorischen Charakters, sowie die Zentralisierung aller übrigen Organisationen. Diese bleiben nur insoweit bestehen, als sie in finanzieller oder organisatorischer Hinsicht an der Auswanderung mitwirken können.

Um einen Eingriff der jüdischen Organisationen in die Tätigkeit des Judentums in der Ostmark zu verhindern, wurde der organisatorische Neuaufbau getrennt vom alten Reichsgebiet vorgenommen.

Durch die Schaffung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung wurde die gesamte Auswanderungsarbeit in der Ostmark in der Hand des SD vereinigt. Bis zum 15. XII. 38 konnten durch die Arbeit der Zentralstelle[2] zusammen mit den jüdischen Organisationen 66 848 Juden – einschließlich der nicht mosaischen – zur Auswanderung gebracht werden.

Durch die Maßnahmen vom 9./10.11.38 wurden die Juden in der Ostmark in der gleichen Weise wie diejenigen im alten Reichsgebiet betroffen. Organisatorische Verbindungen waren jedoch bisher nicht erforderlich.

---

[2] Hier ist die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien gemeint.

[166] Illegale Auswanderung nach Palästina
o. D. (1939); USHMM: 11.001M.01, 9-692.

Geheim!!
[Am 16.2.39 befördert]

II 112 4
C 15
Hg/Pi An den
SD-Führer des SS-O. A. Donau,
z.H. SS-H'Stuf. *Eichmann, Wien

Betr.: Illegale Auswanderung nach Palästina
Vorg.: Hies. Schr. I 112 o/C 15 vom 8.11.38

Bei der am 11.12. im Geh. Staatspolizeiamt unter Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei, SS-Gruf. *Heydrich, stattgefundenen ersten Arbeitsbesprechung des Ausschusses der *Reichszentrale für jüdische Auswanderung nahm SS-Gruf. *Heydrich u. a. auch zur Frage der illegalen Auswanderung von Juden nach Palästina Stellung, wobei er sich auf eine am gleichen Tage gehabte Rücksprache beim Generalfeldmarschall Göring beziehen konnte. SS-Gruf. *Heydrich nahm folgendermaßen Stellung: »Er führte aus, daß an sich zwar grundsätzlich gegen jede illegale Auswanderung Stellung genommen werden müßte. Bei Palästina lägen die Dinge jedoch so, daß dorthin bereits z.Zt. aus vielen anderen europäischen Ländern, die selbst nur Durchgangsländer wären, illegale Transporte gingen und unter diesen Umständen auch von Deutschland, allerdings ohne jede amtliche Beteiligung, diese Gelegenheit wahrgenommen werden könnte. Herr Geheimrat *Hinrichs und Gesandter *Eisenlohr vom Auswärtigen Amt hatten hiergegen keine Bedenken und vertraten den Standpunkt, daß jede Möglichkeit, durch die ein Ende aus Deutschland gebracht werden könnte, ausgenutzt werden sollte.«

Die illegale Auswanderung nach Palästina kann mit dortiger Unterstützung betrieben werden. Es ist jedoch dafür Sorge zu tragen, daß in keinem Falle die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung offiziell als Verhandlungspartner auftritt und daß sie offiziell weiterhin nicht über die Illegalität von Transporten unterrichtet sein darf. Es wird anheimgestellt, sich zur Durchführung derartiger Transporte des V-Mannes Schl. zu bedienen, der nach den dortigen Mitteilungen (Schr. vom 13.2.) über die dafür notwendigen Verbindungen verfügt.

Der Leiter der Zentralabteilung II 1

[167] Das Ende der zionistischen Tätigkeit in Leipzig nach der Kristallnacht
8. Januar 1939; SStA/L: PP-V, 3937/9.

Abschrift

Zionistischer Ortsverband Leipzig, den 8. Januar 1939.

Niederschrift

Die unterzeichneten Mitglieder des Vorstandes des Zionistischen Ortsverbandes Leipzig, nämlich

1.) Herr Martin Israel *Alterthum als stellvertretender Vorsitzender,
2.) " Willi Israel Nemann als Leiter der Zweigstelle Leipzig des Palästina-Amts,
3.) " Wilhelm Israel Dubiner,
4.) " Abisch Fränkel,
5.) " Hans Israel Flatauer als bisheriger Sekretär des Ortsverbandes,

treffen hinsichtlich der Verhältnisse des Ortsverbandes folgende *vorläufige Regelung*.

a.) Entsprechend den Anordnungen der Geheimen Staatspolizei unterbleibt bis auf weiteres jede satzungsmässige zionistische Tätigkeit. Ausgenommen die Geschäfte des Palästina-Amtes, die keiner Beschränkung unterblieben, ferner die Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte. Zur Erledigung der letzteren Geschäfte können Beiträge von den noch vorhandenen Mitgliedern erhoben werden.

Die Büroräume sind zum 31.12.38 gekündigt. Die Vermieterin erkennt die Kündigung nur mit Wirkung zum 31.3.39 an. Dem ist von dem stellvertretenden Vorsitzenden widersprochen. Mit Rücksicht auf die Zweifelhaftigkeit der Rechtslage soll aber auch von uns auf anderweite Vermietung hingewirkt werden.

b.) Die nach a.) zulässigen Geschäfte werden einstweilen vom Palästina-Amt in dessen Räumen, Humboldtstrasse 13 mit erledigt.

c.) Die noch vorhandene Büroeinrichtung, Heizmaterialien, Büroutensilien, soweit noch verwertbar, werden der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig unentgeltlich überlassen; soweit Materialien der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland gehören oder für diese von Interesse sind, sind sie dieser zu überweisen.

d.) Die noch vorhandenen Bücher und Schriften werden durch Herrn Dubiner an die Nationalbücherei in Jerusalem überwiesen.

e.) Die in den noch erreichbaren *K.K.L-Büchsen vorhandenen Beträge werden Herrn Dubiner ausgehändigt zur Weiterleitung an den rechtmässigen El-

gentümer, den *Keren Kajemeth Lejisrael. Entsprechendes gilt von den noch für den *Keren Hajessod eingehenden Geldern.

f.) Es wird festgestellt, dass das Konto des Verbandes bei der Iwria-Bank z.Zt. nur noch RM 15.–, das Postscheckkonto nur ca. RM 6.– beträgt. Diese Konten sollen durch Herrn *Alterthum aufgelöst, die Beträge durch Herrn Dubiner zur Bezahlung etwa noch ausstehender Rechnungen verwendet werden. Das gleiche gilt von den sonst etwa für den Ortsverband noch eingehenden Beträgen. Alle Schulden, soweit bekannt, sind gezahlt. Wegen der Mietdifferenz – vgl. zu a) – soll das Ergebnis der Verhandlungen abgewartet werden. Der stellvertr. Vorsitzende hat auf seine Bezüge ab 1.10.38 verzichtet. Nicht zur Bezahlung von Schulden benötigte Gelder werden der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland überwiesen.

(gez.) *Alterthum
(gez.) Flatauer
(gez.) Nemann
(gez.) A. Fränkel
(gez.) Israel Wolf Dubiner.

[168] Wachsende Probleme in der zionistischen Arbeit in Deutschland

13. Januar 1939; HA: 123/private/12 (Ha'apala Project, Tel Aviv University).

Palästina-Amt Berlin
der *Jewish Agency for Palestine

Berlin W 15, Meinekestrasse 15

An die
Maskiruth Hakibbuz
Ajn Charod[1]
Palästina

Berufsvorbereitung 1

Liebe Chawerim,[2] PG / LG 13.1.1939

entschuldigt, wenn ich Euch in deutscher Sprache schreibe, doch ist dies aus zeitlichen Gründen nicht anders möglich, und ich will Euch nicht länger auf Nachricht von uns warten lassen.

Sichath Habonim

Gleich in den ersten Tagen unseres Aufenthaltes hier hatten wir die Möglichkeit, mit Chawerim des Habonim aus dem ganzen Reich zusammen zu kommen und von ihnen etwas über die Stimmung und den Fragenkomplex unserer Chawerim im heutigen Zeitpunkt unterrichtet zu werden. Dieser Kreis von Chawerim ist sehr jung und macht einen ausgezeichneten Eindruck, doch befand er sich in einer stark deprimierten Stimmung und die Hauptfrage für diesen Kreis war, wie man am besten die Arbeit unserer Bewegung in Deutschland bis zum 31. März 1939 liquidieren könne und diesem Kreis von Chawerim, die 4–5 Jahre in der Arbeit des *Hechaluz und Bundes steht, die Möglichkeit zur Auswanderung aus Deutschland in die Auslandshachschara oder nach Erez Israel herbeizuführen. Es war uns möglich zu erklären, dass es für eine Bewegung wie die unsere keine Frage der Liquidation geben kann, da die Verhältnisse hier, solange es Juden gibt, auch von uns erfordern, dafür zu sorgen, die Aktivsten, Hilfsbereitesten und Aufnahmefähigsten zu sein. Dieses zu erklären fiel auch nicht schwer, da die Chawerim im Grunde genommen auf diese Forderung warteten und nur durch die gegenseitige Depression sich in diese Liquidationsstimmung reingeredet hätten. Aber klar wird sein, dass die Menschen dieses Kreises, die die

[1] Ajn Charod war ein im Jahre 1921 von jungen aus Russland stammenden Siedlern gegründetes Kibbuz im Jezreeltal im damaligen Palästina.

[2] Chawerim: Hebr. »Kamerad, »Freund«. Hier sind die Mitglieder des Kibbuz in Ayn Charod gemeint.

tragenden Menschen unserer Bewegung in Deutschland überhaupt sind, im Laufe von 3–4 Monaten Deutschland verlassen werden. Wir haben es uns zur Aufgabe gestellt, den Versuch zu machen, neue Kräfte zu finden, die dann die Arbeit in Deutschland irgendwie noch weiter machen können.[3]

Auch die Frage nach der Notwendigkeit des Weiterbestehens des Habonim wurde gestellt. Durch die Auslandshachschara, Kinderverschikung und Miha wird der Schwerpunkt des Habonim ins Ausland verlegt. Es war klar, dass der Habonim heute in den grösseren Städten der deutschen Zerstreuung wie Amsterdam, London und Paris unter den deutschen Kindern eine grössere Aufgabe hat und dass auch die Chawerim des Habonim, welche sich in der Hachschara befinden, noch etwas kleineren und ausgesuchten Kreis von neuen Chawerim zu bekommen.

Auslands-Hachschara

Die Auslandshachschara scheint infolge Überlastung sehr wesentliche Fehler gemacht zu haben. Es scheint, dass die Listen nicht sehr einheitlich und nach Richtlinien zusammengestellt sind. Wir werden dies aber jetzt, soweit es geht, zu berichten suchen. Ihr wisst ja selbst, dass das Tempo der Auslandshachschara sehr klein ist, und Ihr werdet sicher alles dazu tun, um es zu vergrössern.

Das Auslandshachschara-Resort hat auch meiner Ansicht nach verantwortungslos gegenüber Wien gehandelt. Es stellte sich heraus, dass wir sie mit ungefähr 150 Plätzen benachteiligt haben was die Wiener natürlich zum grossen Misstrauen gegen uns veranlasste und sie zu Forderungen brachte, die gesamte Auslandshachschara von Wien aus selbständig zu bearbeiten. Diese Handlung ist an sich aus der besonderen Situation und aus dem besonderen Druck, unter dem die Chawerim sich hier befanden, zu verstehen, aber doch nicht ganz zu rechtfertigen. Wien forderte unter Drohungen die Zurückstellung von Chawerim, die wir nach Schweden, Dänemark und Holland gemeldet hatten, zu ihren Gunsten. Wir haben dies aus Euch sicher verständlichen Gründen abgelehnt und haben vorgeschlagen, aus der zweiten England-Meldung 120 unserer Chawerim zu ihren Gunsten zurückzuziehen und dadurch einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Ich bin sicher, dass Ihr von Wien aus auch direkt Nachrichten hierüber bekommt.

Die *Arbeitseinteilung* haben wir zunächst so getroffen, dass ich die Maskirut übernehme und Max sich um die Jugend- und Kinder-Alija, Einrichtung von

[3] Durch die sich verschlechternde internationale Situation und den bevorstehenden Krieg waren die Umschulungsprogramme (*Hachscharah) stark beeinträchtigt. 1939 hat die Gestapo die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland um Empfehlungen gebeten, wie man Juden im Kriegsdienst einsetzen könne. Die Reichsvereinigung entwickelte einen Plan, Brigaden von 100 bis 300 jüdischen Arbeitern einzusetzen, die in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnten. Letzten Endes wurden viele *Hachschara-Lehrlinge sowie ihre Ausbildungsstätten ab 1939 in das Zwangsarbeitssystem des Reichs eingegliedert.

Hebräisch-Kursen, Erfassung der neu Angemeldeten usw. kümmert und insbesondere Reisen.

Die Briefe von *Schura* habe ich erhalten und werde die Dinge weiter leiten.

In Angelegenheiten der Errichtung von *Chawoth* erwarten wir sehr den Besuch von Schimon. Wir haben zusätzlich zu Mosche auch hier einige Dinge geklärt und halten sein Kommen für unbedingt notwendig.

Herzlich Schalom!
Pino [Pino Ginzburg,[4] handschriftlich, in Hebräisch]

Kopie an Maskirut Hakkibbuz.

---

[4] Im Dezember 1938 sandte die *Haganah Pino Ginzburg aus Palästina nach Deutschland, um Kontakte zu den NS-Behörden in Bezug auf die Organisation der illegalen Einwanderung von Juden aus NS-Deutschland nach Palästina herzustellen. Ginzburg war weiter damit betraut, die Durchführbarkeit von Umschulungsprogrammen in Deutschland nach den November-Pogromen zu untersuchen.

[169] Beschlagnahme und Abtransport des Materials der *Jüdischen Rundschau

23. Januar 1939; USHMM: 11.001M.01, 9-658.

II 112 0 23. I. 1939
C 122

Do/Be
Betr.: Aktion bei der Jüd. Rundschau.
Vorg.: Abtransport des Materials am 20. I. nach der Emserstraße.

1. Vermerk:

Bei Abholung des Materials waren zugegen Herr Prüfer von der Stapo, Herr Meyer vom Prop.Min. und SS-H'Scharf. Doberschütz.

Das vor einer Woche gesichtete Material wurde gestern verladen und nach der Emserstraße verbracht. Es handelt sich um die Handbücher *Weltsch's[1] (Redaktion Jüd. Rundschau), gesammelte Zeitschriften in englischer und deutscher Sprache und die gebunden vorliegenden Exemplare der Jüd. Rundschau.

Weiterhin wurden die angesammelten – nicht gebundenen – Jahrgänge der *Jüdischen Rundschau von 1927–1933 und Kongreßberichte nach der Emserstraße verbracht.

Der Schriftverkehr des *ZVfD in hunderten von Ordnern wurde in einem Raum im Keller wieder versiegelt.

Zum Schluß wurde noch eine den Freunden der Universität Jerusalems gehörende Bibliothek großen Umfangs durch Herrn Prüfer entdeckt. Die dort gestapelten Bücher und Bilder stammen aus Schenkungen von ausgewanderten Juden und sollen zum Aufbau der National-Bibliothek in Jerusalem dienen und verschickt werden. Es handelt sich größtenteils um deutsche Literatur.

Von Hamburg sind wiederum 80 Kisten solcher Bücher avisiert worden, die sichergestellt wurden.

Die entsprechenden Kellerräume wurden versiegelt. Herr Meyer will Oberf. *Hinkel zwecks Herbeiziehung einer Entscheidung über die deutsche Literatur in Kenntnis setzen.

(Fällt doch aber auch unter Archive)

II 112 – Pr.

---

[1] Robert *Weltsch war Redakteur des 1938 geschlossenen zionistischen Presseorgans *Die Jüdische Rundschau*.

[170] Fortführung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland

24. Januar 1939; LA/B: A Pr. Br. Rep. 057 (Stadtpräsident der Reichshauptstadt Berlin), Nr. 375.

Abschrift

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Generalfeldmarschall Göring[1] Berlin, den 24. Januar 1939

An den
Herrn Reichsminister des Innern[2]
in Berlin

Die Auswanderung der Juden aus Deutschland ist mit allen Mitteln zu fördern.

Im Reichsministerium des Innern wird aus Vertretern der beteiligten Dienststellen eine Reichszentrale für die jüdische Auswanderung gebildet. Die Reichszentrale hat die Aufgabe, für das gesamte Reichsgebiet einheitlich

1) alle Maßnahmen zur *Vorbereitung* einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen, u. a. eine zur einheitlichen Vorbereitung von Auswanderungsgesuchen geeignete jüdische Organisation ins Leben zu rufen, alle Schritte zu tun, um die Bereitstellung und zweckentsprechende Verwertung in- und ausländischer Geldmittel zu erwirken, und in Zusammenarbeit mit der Reichsstelle für das Auswanderungswesen geeignete Zielländer für die Auswanderung festzustellen;
2) die Auswanderung zu *lenken*, u. a. für eine bevorzugte Auswanderung der ärmeren Juden zu sorgen;
3) die Durchführung der Auswanderung im *Einzelfall* zu beschleunigen, indem sie durch zentrale Bearbeitung der Auswanderungsanträge die für den einzelnen Auswanderer erforderlichen staatlichen Ausweise und Bescheinigungen

---

[1] Görings Aufstieg zum wichtigsten Entscheidungsträger der NS-Judenpolitik wurde erst nach der Kristallnacht bekannt gegeben. Letzten Endes befähigte die SS ihn als Beauftragter für den Vierjahresplan Hitlers Erlaubnis einzuholen, die Kontrolle über die Auslegung und Durchführung der NS-Judenpolitik zu zentralisieren. Am 12. November 1938 hatte Göring eine Sitzung im Reichsluftfahrtsministerium einberufen, um diese Bestrebung zu verfolgten. Reinhard *Heydrich setzte erfolgreich das Anliegen des Sicherheitsdiensts durch, der die ausschließliche Kontrolle über die jüdische Auswanderung im ganzen Reich erhielt, wie es bereits in Österreich der Fall war. Bei dieser Sitzung richtete sich Görings Hauptaugenmerk auf die wirtschaftlichen Aspekte der Judenpolitik. Er erhielt die Unterstützung aller Anwesenden für die ab 1. Januar 1939 geltende völlige Ausschließung der Juden aus der deutschen Wirtschaft. Das Verfahren für die Zwangsemigration, das bereits von Adolf *Eichmann in Österreich angewandt wurde, versuchte *Heydrich auf das gesamte Reich auszudehnen. In Berlin wurde am 24. Januar 1939 eine neue Reichszentrale für jüdische Auswanderung eingerichtet. *Eichmanns *Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien sowie ein ähnliches Unternehmen in Prag wurden Zweigstellen der Berliner Reichszentrale.

[2] Wilhelm Frick war der damalige Reichsinnenminister.

schnell und reibungslos beschafft und den Vollzug der Auswanderung überwacht.

Die Leitung der Reichszentrale übernimmt der Chef der Sicherheitspolizei. Er bestimmt den Geschäftsführer und regelt die Geschäftsführung der Reichszentrale.

Über die Arbeit der Reichszentrale ist mir laufend zu berichten. Vor grundsätzlichen Maßnahmen ist meine Entscheidung einzuholen.

Außer den Vertretern der sonst beteiligten Dienststellen gehören dem Ausschuß der Gesandte *Eisenlohr als der Beauftragte für amtliche zwischenstaatliche Verhandlungen und der Ministerialdirektor *Wohlthat als der Beauftragte für die Verhandlungen über den Rublee-Plan[3] an.

gez. Göring

Abschriftlich
dem Herrn Stadtpräsidenten
der Reichshauptstadt Berlin
Berlin

zur Kenntnisnahme.

gez. *Heydrich
Beglaubigt:
Kanzleiangestellte

---

[3] Im Dezember 1938 fanden in London inoffizielle Gespräche zwischen dem amerikanischen Rechtsanwalt George Rublee und dem deutschen Reichsbankpräsidenten Hjalmar *Schacht statt. Sie betrafen die Planung eines Programms für die Auswanderung aller Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenloser Juden aus Deutschland innerhalb von fünf Jahren. Nachdem *Schacht am 20. Januar 1939 als Reichsbankpräsident entlassen wurde, setzte Rublee die Gespräche mit dem deutschen Ministerialdirigenten Helmuth *Wohlthat in Berlin fort. Mit der sich verschlechternden internationalen Situation im Jahr 1939 wurde eine solche Vereinbarung jedoch zusehends unrealistisch.

[171] Auflösung zionistischer Ortsverbände
31. Januar 1939; StA/H: Best. 231-10 Amtsgericht Hamburg-Vereinsregister Nr. B 1973-259.

Hamburger Zionistischer Ortsverband

Hamburg 20,
Eppendorferbaum 6 Hpt.
Hamburg 13
Beneckestr. 2

Protokoll der Sitzung des
Hamburger Zionistischen Ortsverbandes e.V.
Vom 31. Januar 1939.

Es sind erschienen die Unterzeichneten, die einstimmig folgenden Beschluss gefasst haben:

1. Der Hamburger Zionistische Ortsverband e.V. wird aufgelöst.
2. Zur Durchführung der Auflösung wird Herrn Dr. Max Israel *Plaut, Hamburg, Auftrag und Vollmacht erteilt. Herr Dr. *Plaut wird auch ermächtigt, Antrag auf Löschung des Vereins zu stellen.
3. Das Vermögen des Vereins wird dem Palästina-Amt, Zweigstelle Hamburg, im Interesse der Förderung der Auswanderung zur Verfügung gestellt.

Hamburg, den 31. Januar 1939. [7 Unterschriften]

[172] Die Auswanderung der Juden und die Bildung einer Reichsvereinigung

5. Februar 1939; USHMM: 11.001M.01, 7.

Der Chef der Sicherheitspolizei II Berlin, den 5. Februar 1939

An alle
Staatspolizeileit- und
Staatspolizeistellen
im Reich

Betrifft: Auswanderung von Juden. (Bildung einer Reichsvereinigung der Juden).
Vorgang: Mein FS Nr. 19 117 vom 30.1.39.

Bei allen vorbereitenden Maßnahmen zur Auswanderung der Juden sollen in erheblichem Maße die jüdischen Organisationen herangezogen werden. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, alle bei den derzeit bestehenden verschiedenartigen jüdischen Organisationen verstreut liegenden Mittel in einer einzigen Organisation für das ganze Reich zusammenzufassen. Der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland ist daher aufgegeben worden, eine sogenannte Reichsvereinigung der Juden zu bilden und dafür zu sorgen, dass gleichzeitig alle bisher bestehenden jüdischen Organisationen verschwinden und ihre gesamten Einrichtungen der Reichsvereinigung zur Verfügung stellen. Ausgenommen hiervon bleiben Vereinigungen von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit. Eine Sonderbehandlung erfährt das Palästina-Amt einschliesslich aller angeschlossenen Finanzinstitute, das korporativ der Reichsvereinigung unterstellt wird.

Bei der Durchführung dieser der Reichsvertretung gestellten Aufgaben ist staatspolizeilicherseits vorläufig nicht einzugreifen. Es ist jedoch beabsichtigt, wenn diese Dinge in Lauf gekommen sind, das Material der zurzeit bestehenden jüdischen Organisationen zu sichern, soweit es nicht zur Durchführung der der Reichsvereinigung gestellten Aufgaben benötigt wird. Nähere Anweisungen über die diesbezüglichen Maßnahmen sind abzuwarten.

Es ist in Aussicht genommen, der Reichsvereinigung neben dem gesamten Auswanderungswesen auch das jüdische Fürsorge- und Schulwesen sowie andere allgemeine jüdische Angelegenheiten zu übertragen.

Die Reichsvertretung der Juden wird sich zur Durchführung ihrer Aufgaben der jüdischen Kultusgemeinden bedienen, deren Satzungen im Hinblick auf die neuen Aufgaben nunmehr die Reichsvereinigung der Juden einheitlich festgestellt werden sollen.

Diese Bestimmungen beziehen sich lediglich auf das Altreich und die Sudetendeutschen Gebiete.

In Vertretung:
gez. *Müller.

[173] Wachsende Probleme in der zionistischen Arbeit in Deutschland

7. Februar 1939; HA: 123/private/12 (Ha'apala Project, Tel Aviv University).

Palästina-Amt Berlin
der *Jewish Agency for Palestine

Berlin W 15, Meinekestrasse 15

An die
Maskiruth Hakibbuz
Ajn Charod
Palästina

Berufsvorbereitung 1
M / PG / LG 7.2.1939

Liebe Chawerim,
es ist verwunderlich, dass Ihr auf unsere Briefe hin noch kein Lebenszeichen von Euch gegeben habt. Wir haben den Kontakt mit Euch sehr nötig, anders wird die Arbeit hier ausserordentlich erschwert. Auch Mibifnim, Zror Michtawim und andere Nachrichten des Kibbuz finden den Weg nicht zu uns und stehen wir auch mangels einer Zeitung völlig losgelöst vom Land. Ihr könnt Euch vorstellen, dass gerade die Arbeit in Deutschland die enge und starke Verbindung mit dem Lande notwendig macht.

Auch alle Fragen über die Eltern-Alija[1] wurden von Euch in keiner Weise beantwortet. Ich finde dieses sehr merkwürdig, da es sich hier um eine Sache handelt, die meines Erachtens innerhalb des Kibbuz auch heute noch als zentrales Problem innerhalb der deutschen Alija besteht.

Der 1. April scheint sich hier zu einem tragischen Termin auszuwirken. Bis zum 1. April wird der grösste Teil der führenden Menschen des deutschen Zionismus und auch unsere verantwortlichen Chawerim, die bisher die Arbeit des *Hechaluz getragen haben, Deutschland verlassen. Wir werden nach dem 1. April vor der Situation stehen, dass es keine Chawerim mehr geben wird, die irgendwie auch nur die Arbeit der Bewegung werden machen können. Wir versuchen, neue Menschen heranzuziehen, was aber mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist, da im Grunde genommen die aktive jüdische Jugend bereits bei uns organisiert war, d. h. nach Palästina oder in die Auslandshachschara gegangen ist, oder eben einen Ausweg in andere Länder gefunden haben. Ein wirklich noch wertvolles Reservoir ist nur noch bei Jugendlichen im Alter bis zu 20/21 Jahren zu finden.

---

[1] Hier sind wahrscheinlich die Eltern von jungen, schon früher aus Deutschland eingewanderten Siedlern in Palästina gemeint.

Wenn wir uns noch vorstellen, dass auch wir Schlichim[2] nach dem 1. April nicht mehr werden weiterarbeiten können, so ist eine weitere geordnete Arbeit völlig unvorstellbar. Die Auswirkungen lassen sich leider nicht vermeiden, da objektive Erreignisse zu dieser Entwicklung geführt haben. Die Aufrechterhaltung unseres Hachscharawerkes ist ausserordentlich problematisch geworden, vor allen Dingen auf Grund mangels Madrichim[3] oder verantwortlicher Chawerim, die diese Hachschara leiten werden. Unvorstellbar ist es, dass wir ein Hachscharawerk von annährend 500 Menschen aufrechterhalten ohne auch wirkliche Menschen der Bewegung, wenn auch in geringer Anzahl, innerhalb dieses Hachscharawerks zu haben. Doch werden diese nicht vorhanden sein und unklar ist es, wie wir dieses Problem lösen können, ohne dass Chawerim aus dem Lande in grösserer Anzahl kommen. Ich habe daher nach dem Versuch begonnen 1.) unsere Aufenthaltsgenehmigung für längere Zeit zu sichern und 2.) neue Schlichim anzufordern. Anders sehe ich unser Hachscharawerk von dieser Seite aus als gefährdet an.

Wir sprechen hier von einem grossen Ausmass, den die Errichtung landwirtschaftlichen Chawot nehmen soll. Klare Zahlen können wir Euch noch nicht nennen, da diese vor allen Dingen von den Finanzverhandlungen, die jetzt stattfinden, abhängen, doch wird es sich um mehrere Hundert, wenn nicht tausende, handeln. Unsere chaluzische Reserve in Deutschland ist sehr klein. Nachdem die erste Cha von ca. 300 Menschen errichtet sein wird, und wir nehmen an, dass dieses in ca. 2 Wochen geschehen wird, und nachdem wir annährend 600 Menschen in die Auslandshachschara verschicken werden, ist die chaluzische Reserve[4] völlig erschöpft. Wir werden daher aus den Reserven der unorganisierten jüdischen Jugend im Alter von 18–36/37 Jahren ausfüllen müssen. Dieses stellt uns vor das Problem der Auswahl und müssen wir als Auswahl folgende Grundsätze nehmen:

1.) Chawerim im Alter von 18–36/37 Jahren
2.) Einwandfreie Gesundheit und kräftige Menschen
3.) Der ausschliessliche Wille nach Palästina zu kommen
4.) Die Bereitschaft, sich auf die Arbeit umzustellen

Wir werden versuchen, diese Masstäbe durch besondere Vorbereitungslager festzustellen und zu überprüfen. Klar muss es uns sein, dass durch die Errichtung von landwirtschaftlichen Chawot heute auch so unvorbereitete Chawerim erfasst werden, dass dieses uns später im Land vor ganz neuartige grosse und schwierige Probleme stellen wird. Meines Erachtens nach können und dürfen wir nicht daran denken, diese grosse und unorganisierte Masse von Chawerim in unsere Meschakim[5] einzuordnen. Andererseits würde es nicht angängig sein, diese

---

[2] Schlichim: Hebr. »Boten«, »Gesandte«.

[3] Madrichim: Hebr. »Jugendgruppenleiter«, »Betreuer«.

[4] Gemeint ist eine Reserve von organisierten jüdischen Jügendlichen, die als Arbeitseinwanderer nach Palästina bereit waren, nach Palästina auszuwandern, um dort zu arbeiten.

[5] Meschakim: Hebr. »landwirtschaftliche Gehöfte«.

Chawerim ihrem eigenen Schicksal zu überlassen und es wird daher notwendig sein, organisatorische Formen zu finden, die etwa in Form von Chawurot unter unserer Leitung und mit unseren Schlichim diese Chawerim erfassen sollen. Die Aufgabe dieser Chawurot wird es sein

1.) Den Umschulungsprozess zur Arbeit zu vollführen.

2.) Eine Erziehungsarbeit, die hier nicht geleistet werden kann, zu machen.

3.) Eine gewisse Selektion und Überführung von geschlossenen Gruppen in unsere Meschakim.

Dieses Problem ist ein ausserordentlich aktuelles und wird uns im Lande vor grosse neuartige Aufgaben stellen. Ich würde vorschlagen, dass Ihr diese Fragen eindringlichst behandelt und uns über die Ergebnisse Eurer Besprechungen Mitteilung macht.

Aus all dem Obengesagten wird Euch auch die Frage der Schlichim für die Auslandshachschara als sehr schwerwiegend und bedeutungsvoll erscheinen. Auch in die Auslandshachschara werden wir weiterhin einen grossen Teil dieser unerfassten Chawerim schicken. Doch versuchen wir, vor allen Dingen die jüngeren Menschen in der Auslandshachschara zu erfassen, da wir sie für zugänglicher und formungsfähiger halten. Es muss zwar betont werden, dass die ersten 3–400 Chawerim, die zur Auslandshachschara geschickt wurden, Chawerim der deutschen Inlandshachschara waren, die unseres Erachtens einen guten Kern für den Aufbau einer Hachschara geben können, aber ohne Erziehungsarbeit unserer Schlichim in sehr viel grösserem Masstabe als es bisher geplant uund getan wurde, ist eine nutzbringende Fortsetzung der Auslandshachschara infrage gestellt.

Inzwischen haben wir auch die Arbeitsverteilung uunter uns ein wenig geändert. Max wird die Maskirut übernehmen und ich werde mich ausschliesslich mit der Errichtung der landwirtschaftlichen Chawot kümmern.

Lasst sehr bald etwas von Euch hören.
Grüsst alle Chawerim.

Herzlichst Schalom!
Schalom Rav Lachem [handschriftlich, in Hebräisch]
Pino [Pino Ginzburg, handschriftlich, in Hebräisch]

[174] Die Reichszentrale für die jüdische Auswanderung

11. Februar 1939; LHAS-A/M: C 20 Ib, 4041/VI.

Der Chef der Sicherheitspolizei Berlin, den 11. Febr. 1939

S-PP (II)

An
a) die Obersten Reichsbehörden
dem Herrn Reichsminister des Innern,
dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen,
dem Herrn Reichswirtschaftsminister
dem Herrn Reichsfinanzminister
nachrichtlich im Anschluß an mein Schreiben

vom 30.1.1939 – S V 1 Nr. 703VI/38 151.

b) den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten,
c) den Herrn Preußischen Finanzminister,
d) den Herrn Reichsarbeitsführer,
e) den Herrn Chef der Ordnungspolizei

Nachrichtlich an
die Herren Reichsstatthalter (einschl. Österreich),
die außerpreuß. Landesregierungen (einschl. Österreich),
den Herrn Reichskommissar für das Saarland
den Herrn Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete,
die Herren Preußischen Oberpräsidenten,
den Herrn Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
die Herren Preußischen Regierungspräsidenten,
die Heeren Regierungspräsidenten in Karlsbad, Aussig und Troppau,
den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin,
den Herrn Präsidenten der Preußischen Bau- und Finanzdirektion,
den Herrn Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin.

Betrifft: Reichszentrale für die jüdische Auswanderung.

In der Anlage übersende ich eine Abschrift des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls Göring als Beauftragten für den Vierjahresplan vom 24.1.1939 an den Herrn Reichsminister des Innern, auf Grund dessen im Reichsministerium des Innern eine Reichszentrale für die jüdische Auswanderung zu bilden ist, deren Leitung mir übertragen ist.

Die Reichszentrale für die jüdische Auswanderung ist inzwischen gebildet worden. Ihrem Ausschuß gehören außer den beteiligten Referenten meines Amtes und den in dem letzten Absatz des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls genannten Herren, Gesandten *Eisenlohr und Ministerialdirektor Wohltat, als Vertreter des Herrn Reichsministers des Auswärtigen Herr Legationsrat Dr. Schumburg, als Vertreter des Herrn Reichswirtschaftsministers Herr Oberregierungsrat *Gotthardt, als Vertreter des Herrn Reichsministers der Finanzen Herr Ministerialrat Dr. Schwandt und als Vertreter der Abteilung I des Reichsministeriums des Innern Herr Ministerialrat Dr. *Lösener an.

Zum Geschäftsführer habe ich SS-Standartenführer Oberregierungsrat *Müller bestimmt.

Ich bitte mich an allen Angelegenheiten, die die Auswanderung der Juden aus Deutschland berühren, zu beteiligen.

gez. *Heydrich

[175] Die hoffnungslose Situation der Juden in Deutschland
17. Februar 1939; CZA: S7\902.

Herrn 17. Februar 1939
Dr. Arthur *Ruppin
Jerusalem

Lieber Herr Dr. *Ruppin,
Ich habe Ihnen in der letzten Zeit nicht mehr zusammenhängend berichtet. Es gibt hierfür verschiedene Ursachen. Ich war eine zeitlang verreist, in Prag und in Berlin; sodann bin ich leider einige Tage – aus Solidarität mit ganz Europa – an der Grippe erkrankt (hoffentlich hat es Sie nicht auch gepackt); sodann haben Sie eine Reihe von Einzelberichten erhalten über Fragen, die viel Arbeit gemacht haben und machen, wie die tschechoslowakischen Transferangelegenheiten – hierüber gibt es vor allen Dingen einen direkten Bericht von der tschechischen Transfer-Kommission aus Prag, der wohl in Kaplans Bände gelangt ist –; über die provisorische Verbringung von alten Zionisten aus Deutschland nach England; insbesondere über die Organisation der Jugend-Alijah. Über Einzelheiten des Council-Budget habe ich *Kreutzberger direkt geschrieben und gebe ihm noch weiterhin Nachrichten über Details.

In Berlin habe ich sehr schwierige Verhältnisse vorgefunden. Zunächst organisatorisch. Alle zionistischen Funktionäre von Qualität sind ausgewandert oder wandern in diesen Wochen aus. Die Neubesetzung der Ämter ist fast unmöglich. Die Vertretung der zionistischen Angelegenheiten in der Reichsvertretung war schon in der letzten Zeit schwächer geworden, und wird nach Franz *Meyer's Übersiedlung (und dem dann bald folgenden Ausscheiden von Dr. Paul *Eppstein, der nach Amerika geht und ohnehin kein geradezu fanatischer Vertreter unserer Angelegenheiten war) kaum mehr sprüber sein. Unsere in der Meinekestrasse ausscheidenden Freunde glauben, dass auch schon die Personen, die sie zur zweiten Garnitur zählen, alle weg sind, und dass sie die Geschäfte einigen, wie sie fürchten ungeeigneten, Beamten überlassen, die selber wiederum lieber heute als morgen auswandern wollen. Wir haben, da es ja ohnehin als Zentralstelle nur das Palästina-Amt gibt, das alle anderen Arbeitsgebiete als Untersektionen umfasst, einem zionistischen Rechtsanwalt, Dr. Ludwig *Jacobi die Leitung übergeben. Über diese Lösung berichte ich allerdings ohne jede Begeisterung. Wer weiss, was dort werden wird. Hoffentlich kommt die Reise der drei Sendlinge aus Palästina zu Stande.

In ebenso schwieriger Lage befindet sich die Paltreu. Die beiden Herren, die bis zuletzt die Leitung hatten (Dr. *Marcus und Segall) wandern jetzt aus. Die nachgeordneten Beamten sind wohl nicht zur Leitung eines solchen Betriebes geeignet. Qualifizierte Kräfte, die in Deutschland noch verbleiben wollen, gibt es auch auf diesem Gebiet nicht. Es gibt kaum mehr einen »Konsulenten« (früher Rechtsanwalt), der in Frage käme. Es gibt in keiner Stadt mehr einen qualifizier-

ten Auswanderungs- oder Devisenberater. Siegfried *Moses und ihm folgend auch *Feilchenfeld schlagen jetzt vor, die Leitung der Paltreugeschäfte den beiden deutschen Gesellschafterbanken der Paltreu zu übergeben. Ich sträube mich noch gegen die Übergabe der Geschäfte an diese arisierten Betriebe. Die Angelegenheiten gehen in nichtjüdische Hände über; im Augenblick haben wir noch sehr qualifizierte Freunde; aber wer weiss, wie das Bild schon in Kürze sein wird. Zu einem endgültigen Ergebnis sind wir also in diesem Punkt noch nicht gekommen.

Die Fonds sammeln noch etwas in Deutschland. Zunächst dienen alle Eingänge der Abrechnung der riesigen Schenkungssteuerlasten, die verhängt worden sind. Wir haben in Berlin ein bestimmtes Vorgehen besprochen und einen Plan, dem gewisse Ziffern zugrundeliegen, vereinbart, worüber ich gesondert an Dr. *Hantke geschrieben habe. In Verfolg der Steuerangelegenheit können verantwortliche Personen haftbar gemacht werden. Mit einer Stimmung, die ich kaum wiederzugeben brauche, hat mich Dr. Otto *Hirsch darauf aufmerksam gemacht, dass kein für die ganze Arbeitsepoche verantwortlicher *K. H.-Beamter und kein zionistischer *K. H.-Funktionär mehr in Deutschland weilt, und dass die einzigen noch greifbaren verantwortlichen Mitglieder des *K. H.-Direktoriums Dr. *Baeck und er selbst sind.

Die Stimmung unter den Juden ist furchtbar. Die Mr. Rublee gemachten Andeutungen, die in der Presse wiedergegeben waren, als ob man den Juden etwas zum Leben lassen würde, sind auf die Täuschung der Öffentlichkeit berechnet; sofort nach Rublees Abreise sind neue Vorschriften herausgekommen, die den Juden die letzten (oder sind es erst die vorletzten?) wirtschaftlichen Ansatzpunkte entziehen. Es verdienen nur noch die Beamten der jüdischen Organisationen und einige Zimmervermieter und Mittagstische. Von der letzten Sorte gibt es sehr wenige. Im Berliner Westen kann man überhaupt nur noch im Wartesaal des Bahnhof Zoo Kaffee trinken und in chinesischen oder anderen fremdländischen Restaurants essen. Da Juden ständig Wohnungen in Häusern »mit gemischter Bevölkerung« gekündigt werden, so ziehen sie immer mehr zusammen und brueten ueber ihr Schicksal. Viele haben sich vom 10. November noch nicht erholt und sind noch heute auf der Flucht in Deutschland oder verbergen sich in Wohnungen. Die Reisegesellschaften, insbesondere in Paris, knüpfen Verbindungen mit corrumpierbaren Konsulaten – dies gilt besonders für mittel- und südamerikanische Republiken – an und besorgen für hohe Preise und riesige Kommissionen Visa in ausländische Länder. Schon häufig war es der Fall, dass Konsuln auf einmal mehrere hundert Visen ausgegeben und die Gebühr eingesteckt haben und dann von ihren Regierungen abgesetzt worden sind. Die Juden haben dann noch lange keine Einreisemöglichkeit in diese Länder. In den Reisebüros erscheinen die Juden morgens früh, stehen in langen Reihen an und fragen, was für Visen man heute bekommen kann; und je nach dem wie die von Agenten besorgten Visen vergriffen sind, wechselt dann die Abfertigung im Laufe des Vormittags für verschiedene Länder. Grosse Hoffnungen wurden auf Bolivien und San Domingo

gesetzt, was aber zu einer Enttäuschung gefuehrt hat und dann ist Shanghai das begehrteste Auswanderungsland geworden. Im Moment bietet Shanghai aber wenig Aussichten, weil alle Schiffe, in denen die Plätze mit Mark bezahlt werden können, auf Monate im Voraus ausverkauft sind und Devisen für die Benutzung anderer Schiffe nicht freigegeben werden. Da exotische Einreisevisen dieser Art sehr oft benutzt worden sind, um Transit durch die westeuropäischen Länder, auch England, zu erreichen, dann aber evident wurde, dass an eine Weiterwanderung nicht gedacht worden ist, so erkennen die westeuropäischen Staaten und England jetzt Visen dieser Art nicht mehr als Grundlage für die Erteilung eines Transitvisums an.

Die Bemühungen des *Evian-Kommittees kann man nach meiner Meinung definitiv als gescheitert ansehen. Rublee's Kommittee hatte auf zwei Gebieten zu arbeiten:

a) Öffnung von Ländern für Emigration,

b) allmähliche und schonungsvollere Abwicklung der Judensachen in Deutschland, verbunden mit einem Kapitaltransfer in die Einwanderungsländer.

Das Kommittee hat ueberhaupt keine Erfolge für die Einwanderung zu verzeichnen. Amerika hat seine Quote nicht vergroessert und kommende Quoten nicht bevorschusst und vergangene, nicht ausgenutzte Quoten nicht nachträglich zur Verfügung gestellt. Die Britischen Dominien haben mit Ausnahme von Australien (dies aber unabhängig von dem *Evian-Kommittee) bisher nichts getan und weder sie noch die südamerikanischen Staaten haben für die nächste Zukunft ein grösseres Entgegenkommen in Aussicht gestellt. Nun denkt das Kommittee an die Bearbeitung von Siedlungsplänen für die Philippinen, Britisch Guayana und San Domingo. Aber hierzu brauche ich ja keinen Kommentar zu geben. Auch Nord-Rhodesien wird immer wieder erwähnt und in den letzten Tagen ist mir auch der Fall eines alten Zionisten begegnet, der jetzt unglücklicherweise als Siedler nach Nord-Rhodesien gehen wird.

Solange die Kontribution in Deutschland eingezogen wird, die Juden Grundbesitz und Effekten hierfür veräussern müssen, kann von einer Schonung der letzten Substanz des deutschen Judentums gar nicht die Rede sein. Einzelfälle, die ich nicht schildern will, zeigen den rapiden und katastrophalen Vermögensverfall des deutschen Judentums. Ich weiss Beispiele von Millionären, die im besten Fall mit £500.– oder £1000.– aus Deutschland herauskommen. Die jetzigen Kleinzuteilungen der *Haavara, deren Einzelbeträge wir übrigens in der letzten Zeit etwas vergrössert haben, entsprechen schon beinahe dem allgemeinen Transferstandard des deutschen Judentums. Der Altreu-Fonds ist verbraucht und seine weitere Auffuellung von den deutschen Regierungsstellen aufs entschiedenste abgelehnt worden. Sperrmarkverkäufe werden entweder nicht genehmigt oder erbringen nicht mehr als die erwähnten Summen.

Das Rublee-Kommittee hatte eine Reihe von Vorschlägen für die Finanzierung der Auswanderung vorbereitet, die es jedoch den privaten Organisationen, und

das sind wohl alle jüdischen, nicht bekannt gegeben hat. Warentransferprojekte nach Art der von *Schacht in London gemachten Vorschläge scheitern an der Ablehnung der Regierungen und der Wirtschaftskreise der in Frage kommenden Importländer. Ohnehin stehen wir auch in Deutschland vor einer vollkommenen Revision der Transferarbeit. Man wird nach Wiener Muster eine behördliche Zentralstelle auch in Berlin schaffen, die mindestens die *Joint- und Council-Devisen zur Verteilung an sich reissen wird, vielleicht auch die Unterstützungsmark. Schon hierdurch greift der zu schaffende neue Behördenapparat auch in den bisherigen Palästina-Transfer ein. Wer weiss, was dann das Schicksal des *Haavara-Transfers sein wird. Der *Haavara-Transfer hatte auf das *Evian-Kommittee einen tiefen Eindruck gemacht, und es ist zu vermuten, dass es sich auch für den Schutz des *Haavara-Transfers eingesetzt hat.

Da dieses Kommittee weder eine grössere Auswanderung, noch eine Finanzierung der Auswanderung und einen Kapitaltransfer zu Wege bringen kann, muss es letzten Endes auf Finanzierung der Emigration durch Instanzen ausserhalb Deutschlands zurueckgreifen. Das am nächsten liegende wäre, dass die Regierungen, die die Protektoren des *Evian-Kommittees sind, eine »Flüchtlingsanleihe« gäben. Zunächst ist aber an die Errichtung einer »Korporation« gedacht, deren Grundlagen noch nicht klar sind. Jedenfalls handelt es sich um die Mitwirkung, wenn nicht um das ausschliessliche Arbeiten von Privatkapital. In diesem Zusammenhang ist Max *Warburg wieder aufgetaucht, der seit Jahren solche Pläne verfolgt, und sie vielleicht auch hier (mit-) inspiriert hat. Er ist in diesen Tagen nach London gekommen. Wir müssen uns in diese Sache jetzt einschalten.

Viel mehr als diese »Kooperation« wird wohl nicht übrig bleiben. Rublee ist fort und einer seiner Hauptmitarbeiter, Mr. Cotton, geht gleichfalls nach Amerika zurueck. Der Flüchtlingskommissar des Völkerbundes, der an Rublees Stelle getreten ist, Sir Herbert W. Emerson, kann als Völkerbundsbeauftragter Deutschland gegenüber wohl gar nichts ausrichten und seine Wahl ist offenbar eine Verlegenheitslösung.

Kein Wunder, dass in solcher Lage die provisorische Unterbringung in Transitländer immer mehr in den Vordergrund tritt. England ist noch am grosszuegigsten. Jede Woche treffen hier 500 bis 600 Juden aus Deutschland ein. Meistens auf Grund individueller Garantien. Vor dem Home Office werden alle Fälle von dem German Jewish Aid Committee vertreten. Die Garantien sind wohl nicht alle hieb- und stichfest und dem englischen Judentum kann aus dieser Emigration noch eine unübersehbar grosse Wohlfahrtsaufgabe zufallen. Das Kitchener-Kriegsgefangenenlager in Essex, das die Regierung dem *Council for German Jewry zur Verfügung gestellt hat, soll rund 4000 Personen aufnehmen. Die Care of Children Movement[1] hat bisher auch 3600 Kinder nach England gebracht. Die

[1] Nach der Kristallnacht erlaubte die britische Regierung jüdischen Jugendlichen unter 17 Jahren aus NS-Deutschland in Großbritannien einzuwandern. Die britische öffentliche Meinung sowie ver-

Lasten, die für das englische Judentum, genauer genommen für den *Council for German Jewry, hieraus erwachsen sind so enorm, dass die Care of Children Movement seit einiger Zeit nur noch »individuell garantierte Kinder« aufnimmt, und es ist mir zweifelhaft, ob der *Council for German Jewry ein zweites Lager übernehmen wird, wenn es ihm angeboten würde. Jedenfalls ist klar, dass der Council mit den Mitteln, die er jetzt hat, die Verpflichtungen dieses Jahres nicht decken kann, und dass er bald schon wieder eine neue Aktion unternehmen muss.

Gleichzeitig wachsen die Ausgaben in Holland, Belgien und Frankreich und in der Schweiz ganz enorm. Es ist daher recht schwierig, den *Joint, der der Hauptförderer der Flüchtlingskommittees in diesen Ländern ist, zur Mitarbeit an anderen Aufgaben heranzuziehen.

Die provisorische Unterbringung in den Ländern stellt uns vor besondere, neue zionistische Aufgaben. Dies gilt sowohl für Erwachsene (insbesondere Unterbringung alter Zionisten), für junge Leute (Auslandshachscharah, diese umfasst zur Zeit ca. 3000 Personen) und für Jugendliche. Unsere Londoner Stelle hat hierdurch einen neuen recht umfangreichen Aufgabenkreis hinzuberkommen.

Die Stimmung der Juden in Deutschland ist unbeschreiblich bedrueckt. Sie wissen wirklich keinen Ausweg und warten darauf, was die Regierung mit ihnen anfangen wird. Arbeitslager? Andere Methoden der Liquidierung?

Mit besten Gruessen
bin ich Ihr
Georg *Landauer

---

schiedene Hilfsgruppen, einschließlich das Council for German Jewry und das Movement for the Care of Children from Germany, befürworteten diese Idee. Der erste dieser sogenannten »Kindertransporte« kam mit ca. 200 jüdischen Jugendlichen am 2. Dezember 1938 in Harwich an.

[176] Jüdische Auswanderung von Österreich nach Palästina
15. März 1939; USHMM: 11.001M.01, 9-714.

Zentralstelle für
jüd. Auswanderung
g 1 – 628/39 Ech/L

Wien, IV., den 15. März 1939

Eilt!

An das

SD – Hauptamt, II 112,
z.Hd. SS-H'Stuf. *Hagen,
Berlin SW 68,
Wilhelmstrasse 102.

Betrifft: Palästina-Wanderung
Vorgang: Ohne.

Um die Wanderung nach Palästina zu fördern, werden nachstehend zwei Vorschläge mit der Bitte um Stellungnahme unterbreitet:

1/ Die Durchgangsländer Italien und Jugoslawien machen seit einiger Zeit bezgl. der Ausstellung von Transitvisa Schwierigkeiten, die eine Steigerung der Transporte nach Palästina derzeit unmöglich machen. Nachdem aber die übrigen Länder wie Ungarn, Polen usw. ihr Hauptaugenmerk auf diese Wanderung richten und ihrerseits den in ihren Ländern befindlichen Juden grösstmöglichste Unterstützung in dieser Hinsicht angedeihen lassen, wird daher vorgeschlagen, um auch für unsere Quote eine bessere Ziffer zu erreichen, der mit dieser Abwanderung beauftragten jüdischen Organisation von seiten der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien, eine Bestätigung in die Hand geben zu können, in der es etwa wie folgt lauten muss: »Es wird hiermit bestätigt, dass jeder Besitzer eines gültigen deutschen Reisepasses jederzeit ungehindert wieder das Deutsche Reichsgebiet betreten kann.«

Diese Bestätigung dient lediglich dazu, sie den italienischen bzw. jugoslawischen Behörden vorzuweisen. Auf Grund dieser Vorweisung werden sodann anstandslos die Transitvisa ausgestellt. Die Bestätigung ist von seiten der jüdischen Organisation unverzüglich wieder an die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung abzuliefern. (Wie ich hörte, wurde eine ähnliche Bestätigung bereits einmal von der Geheimen Staatspolizei Graz ausgestellt.)

2/ Um die äusserst schwierige Angelegenheit, nämlich die Besorgung der Durchreiseerlaubnis durch Italien und Jugoslawien zu umgehen wird vorgeschlagen, solche Transporte nach Palästina von Hamburg aus zu genehmigen. Es ist hierbei jedoch zu bedenken, dass bei einem etwaigen Versagen der Landung usw., die Möglichkeit besteht, dass der Dampfer wiederum mit seiner Fracht

nach Hamburg zurücklaufen muss. Auf der anderen Seite jedoch müssten wir die Juden auch dann jederzeit wieder zurücknehmen, falls eine solche Fehllandung bei einem aus Fiume oder Triest abfahrendem Dampfer vorkommen sollte, den in diesem Falle würde der Dampfer wieder zu dem italienischen Ursprungshafen zurückkehren und wir müssten, in Anbetracht unseres Verhältnisses zu Italien den Juden auch hier wieder die Rückreisemöglichkeit offen lassen.

Falls diese beiden Punkte genehmigt werden sollten, würden sich hier auch für die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung Berlin weitere Auswanderungsmöglichkeiten ergeben, zumal diese Wanderung sehr billig ist, denn pro Kopf werden hier lediglich 5 engl. Pfunde verlangt.

In Anbetracht der Dringlichkeit bezgl. der Lösung dieser Fragen wird um möglichst umgehende Zusendung der dortigen Stellungnahme gebeten.

Der Leiter der Zentralstelle
für jüdische Auswanderung:
i.V.
*Eichmann

[177] Die zionistische Bewegung in Danzig und ihre Auflösung
26. März 1939; CZA: S25\1926.

Abschrift eines Briefes

an : *Jewish Agency for Palestine, Organisations-Dept., Jerusalem,
von : Zionistische Organisation Danzig, Danzig,
datiert: 26. März 1939.

Sehr geehrte Herren,
Hierdurch zeigen wir Ihnen an, dass wir unser Büro mit Ende März 1939 auflösen. Sendungen, die für uns bestimmt sind, können von da ab an unseren Vorsitzenden, Dr. Herbert *Lewy, Danzig, Rennerstiftsgasse 1, gerichtet werden. Sobald der Zeitpunkt für die Alijah unseres Vorsitzenden feststeht, werden wir Ihnen wegen einer neuen Anschrift weitere Nachricht geben.

Die Auflösung unseres Büros hängt mit der fortschreitenden Liquidation der Danziger jüdischen Gemeinschaft zusammen. Schon seit etwa 2 Jahren setzte eine sich mehr und mehr verstärkende Auswanderung der im Gebiet der Freien Stadt Danzig wohnenden Juden ein. Die Auswanderung erhöhte sich sprunghaft im Herbst 1938, weil damals weitere Kreise der in Danzig wohnenden Juden eine panische Stimmung ergriff. Anschliessend setzte dann eine planmässige und grosszügige Auswanderungsaktion ein, die im Einvernehmen mit der Regierung der Freien Stadt Danzig von der Leitung der Danziger jüdischen Gemeinde betrieben wurde. Gegenwärtig dürfte die Zahl der im Gebiet der Freien Stadt Danzig wohnenden Juden nur noch etwa 2500 Seelen umfassen, auch diese Zahl verringert sich zusehends in einem schnellen Tempo.

Es versteht sich, dass unter solchen Umständen die in Danzig tätig gewesenen Organisationen, soweit ihre Ziele nicht ausschiesslich auf Förderung der Auswanderung und soziale Hilfe gerichtet sind, allmählich eingestellt werden mussten. Es kam hinzu, dass in der Stimmung, in welcher sich seit Herbst 1938 die jüdische Bevölkerung in Danzig befindet, nur ein ganz kleiner Kreis noch zu solchen Arbeiten herangezogen werden konnte, die über die Sorge für den Kreis der nächsten Angehörigen hinausgingen. Die Wirksamkeit der Arbeit wurde dadurch noch eingeschränkt, dass vor allen Dingen diejenigen Personen abwanderten, die sich in einer verhältnismässig günstigen materiellen Lage befanden und denen die Mittel zu Gebote standen, sich in anderen Ländern eine neue Existenz zu errichten. Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, dass die hier bestehende Devisengesetzgebung die in Währungen westlicher Länder und Amerikas arbeitenden Wirtschaftszweige, damit also insbesondere die mit dem Transithandel verbundenen Kreise, nicht erfasst und diese Kreise auch im allgemeinen schon leichter beweglich als andere Teile der jüdischen Bevölkerung sind. So hat denn unsere Organisation nicht nur zahlenmässig, sondern auch finanziell im letzten

½ Jahr eine so starke Einbusse erlitten, dass damit die Möglichkeit genommen war, die zionistische Arbeit auch nur annähernd in dem bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten.

Die wenigen Mitarbeiter, die uns bis heute verblieben sind, waren unter Anspannung aller ihrer Kräfte darum bemüht, trotz der schwierig gewordenen Bedingungen die zionistische Tätigkeit soweit fortzusetzen, als es noch angängig und zweckmässig erschien. Die Erfüllung der uns in diesen Zeiten gestellten Aufgaben war dadurch noch besonders erschwert, dass unsere wenigen Mitarbeiter sich nicht nur genötigt sahen, innerhalb unserer Organisation die Lücken auszufüllen, die durch die Abwanderung eingetreten Aufgaben nicht versagen durften.

Unsere vordringliche Sorge war es, planmässig die Arbeit unserer Organisation abzubauen und darum bestrebt zu sein, berechtigte Forderungen der hier noch verbliebenen Zionisten erfüllen zu können. Wir sahen es daher als eine unserer wichtigsten Pflichten an, das uns Mögliche zu tun, um bewährten Zionisten die Alijah zu erleichtern. Auf der anderen Seite waren wir darum bemüht, unseren Einfluss dahin geltend zu machen, ungeeignete Elemente von der Auswanderung nach Palästina fernzuhalten.

Im Hinblick darauf, dass noch eine nennenswerte Anzahl von Zionisten vorhanden ist, welche den Anspruch erheben dürfen, dass ihnen der Weg nach Erez Israel geöffnet wird, wollen wir das hiesige Palästina-Amt noch so lange, als die Umstände es irgend zulassen und erforderlich machen, aufrechterhalten. Über die weitere Arbeit des Palästina-Amtes unterbreiten wir gleichzeitig in einem besonderen Schreiben der Machleketh Alijah[1] unsere Vorschläge. Was wir an Materialien, Sammelmitteln und dergleichen abzugeben hatten, ist bereits von uns der zionistischen Ortsgruppe in der benachbarten Hafenstadt Gdynai zugeleitet worden oder wird ihr noch zugeleitet werden.

Wenn wir rückblickend die Entwicklung der Zionistischen Organisation im Gebiet der Freien Stadt Danzig überschauen, so haben wir die Überzeugung, dass diejenigen, die für diese Organisation in den zwei Jahrzehnten ihres Bestehens verantwortlich waren, vor der Kritik unserer zionistischen Instanzen bestehen können. Unsere Organisation hat ihre Aufgaben und ihre Leistungen fast ohne Unterbrechung in den Jahren verstärkt, in denen sich die jüdische Gemeinschaft in Danzig in ihrer bürgerlichen und sozialen Stellung gesichert fühlte. Sie hat Beachtliches für die Ausbreitung der zionistischen Idee in ihrem Tätigkeitsbereich geschaffen. In ihrem Aufbringen für die zionistischen Fonds stand sie die Kopfquote nach in vorderster Linie aller zionistischen Landesorganisationen. Sie hat in Zusammenarbeit mit den ihr angeschlossenen zionistischen Jugendorganisationen Generationen herangezogen, die mit Hingabe für das zionistische Ideal und Erez Israel erfüllt waren. Schon vor dem Umschwung, den die letzten

[1] Machleketh Alijah (Im Palästinaamt): Hebr. »Abteilung Auswanderung nach Palästina«.

Jahre brachten, ist eine relativ sehr bedeutende Alijah von Danzig ausgegangen. Vor allen Dingen glauben wir aber, dass dem kleinen Kreis unserer noch vorhandenen Mitarbeiter zugestanden werden wird, unter Hintansetzung persönlicher Interessen mutig und unter Einsatz der letzten Kräfte der zionistischen Sache hier bis zu dem Augenblicke gedient zu haben, in welchem die hier befindliche jüdische Gemeinde infolge Abwanderung nahe dem Erlöschen ist. Diejenigen von uns, welche hier die zionistische Arbeit in diesen und in früheren Zeiten geleistet haben, wissen, wie unendlich höher das, was heute geleistet wird, zu bewerten ist, als das, was in einem versunkenen Zeitabschnitt hier geschaffen wurde.

In einer ruhigeren Stunde wird vielleicht noch Gelegenheit sein, das, was wir hier nur andeutend ausführen konnten, näher darzulegen. Die Arbeit, die wir geleistet haben und einige Zeit noch zu leisten haben werde, taten wir aus dem Gebote zionistischer Pflichterfüllung. Der kleine Kreis der uns noch zur Verfügung stehenden Mitarbeiter hielt sich für verpflichtet, erst mit den Letzten von hier wegzugehen. Nur eines möchten wir für diejenigen, auf die wir uns noch hier stützen können, erbitten: Öffnung des Weges nach Erez Israel! Wir haben in dieser Richtung bereits mit einem Schreiben vom 7. März 1939 der Machleketh Alijah Vorschläge unterbreitet, von ihr aber eine Antwort bisher nicht erhalten. Es darf nicht geschehen, dass diejenigen, die, weil sie in leichten Zeiten Verantwortung getragen hatten, es nicht für angängig erachteten, in schwer gewordenen Zeiten die Bürde abzuwerfen, den Weg nach Erez Israel verschlossen finden, den im Laufe der vergangenen Jahre Zehntausende gefunden haben, die ihre Verbindung mit Palästina erst entdeckten, als der Zugang zu anderen Ländern abgeschnitten war. Diejenigen – es ist eine Handvoll, – die sich hier als verantwortliche Zionisten bis zuletzt der Arbeit für die Gemeinschaft zur Verfügung stellten, müssen das Gefühl behalten dürfen, dass auch sie von der Gemeinschaft nicht verlassen werden.

Mit Zionsgruss
Zionistische Organisation
für das Gebiet der
Freien Stadt Danzig
(–) Dr. *Lewy.

[178] Der Zionismus und die jüdische Auswanderung nach der Kristallnacht

o. D. (1939); BArch: R/58-717.

1. Vierteljahreslagebericht 1939
des
Sicherheitshauptamtes

Band 1

[...]

Zugleich mit dem Entzug der wirtschaftlichen Basis der Juden in Deutschland machte der Rückgang ihres Vermögens weitere Fortschritte. Insbesondere im sogenannten jüdischen Mittelstand kann von einer direkten Verarmung gesprochen werden. In diesen Kreisen besteht fast ausschliesslich die Ansicht, dass die Auswanderung aus Deutschland als einziger Ausweg in Frage kommen könne. Diese Juden haben auch die *Anordnung über die Vermögensabgabe auswandernder Juden begrüsst*; sie hoffen, mit Hilfe der einkommenden Beträge Unterstützung für ihre Auswanderung zu erhalten. Die genannte Anordnung wurde am 25.2.39 durch den Chef der Sicherheitspolizei herausgegeben und bezweckt die Errichtung eines Sonderfonds bei der im Aufbau befindlichen *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Im Zuge der Errichtung der »**Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*« haben sich im Reichsgebiet zahlreiche jüdische Organisationen aufgelöst. Mit Ausnahme der Palästinafonds und des Palästinaamtes, die korporativ eingegliedert werden sollen, wird so ein Zusammenschluss aller jüdischen Organisationen und dadurch eine Konzentrierung der Kräfte und Einsparung von Geldmitteln erreicht. Die »Reichsvereinigung« wird die jüdischen Organisationen im Altreich einschliesslich Sudetengau umfassen, während für die Ostmark die »Israelitische Kultusgemeinde Wien« allein zuständig sein wird.

Der Wanderungswille der in Deutschland lebenden Juden wurde erst wieder – ähnlich wie 1933 – durch die November-Aktion neu entfacht. Bis dahin hatten die Juden trotz der ihnen vor dem 8.11.38 auferlegten weitgehenden Beschränkungen lieber in Deutschland als im Auslande ihr Geld verdient. Der nach diesem Zeitpunkt einsetzende verschärfte Auswanderungsdruck machte die Zentralisierung und planmässige Lenkung der Auswanderung notwendig. Da bisher die Passausstellung und die Regelung aller damit zusammenhängenden Fragen sehr viel Zeit in Anspruch nahmen, konnten oft vorhandene Einwanderungsmöglichkeiten nicht rechtzeitig wahrgenommen werden und gingen verloren. Um zukünftig einen reibungslosen Ablauf bei der Beschaffung der für die Auswanderung notwendigen Dokumente zu gewährleisten, wurde am 27.2.39 nach dem

Vorbild der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien, die »*Reichsstelle für jüdische Auswanderung in Berlin*« errichtet, der unmittelbar alle im Altreich zu erstellenden Zentralstellen für jüdische Auswanderung unterstehen. Die Berliner Zentralstelle – die bisher einzige im Altreich – begann Anfang März zu arbeiten. Es laufen etwa 200 Anträge von Juden täglich ein.

Die Reichszentralstelle befasst sich unter Einschaltung der »Reichsvereinigung« bezw. der »Jüdischen Gemeinde zu Berlin« mit der Beschaffung von Einwanderungsmöglichkeiten und von Devisen.

Anfang 1939 machte sich ein Absinken der Auswanderungsziffern dadurch bemerkbar, dass alle Wanderungsländer verschärft Einwanderungsbestimmungen erliessen und fast durchweg höhere Vorzeigegelder verlangten. Nur aus wenigen Gegenden wurden ansteigende Zahlen gemeldet. Da in Shanghai noch keinerlei Einwanderungsbeschränkungen bestehen, wandte sich ein grosser Strom der Auswanderer dorthin. Sie erlebten jedoch eine ziemliche Enttäuschung. Erwerbsmöglichkeiten sind nicht vorhanden, Unterstützungsmöglichkeiten nicht gegeben. Die Schwierigkeiten der Auswanderung nach den U. S. A. sind durch die Tatsache gekennzeichnet, dass die Wanderungsquote bis Juni 1939 bereits erschöpft ist. Ob die Versuche des ehemals in Hamburg ansässigen Juden Max *Warburg (jetzt New-York), eine Erhöhung der Einwanderungsquote zu erreichen, Erfolg haben, kann noch nicht übersehen werden. Auch die südamerikanischen Staaten erschweren die Abgabe von Visen dadurch beträchtlich, dass sie für deren Ausstellung oft 500–1000 RM verlangen.

Von einer jüdisch-politischen Aufspaltung der Juden in Deutschland bezw. von einer Vorherrschaft des Zionismus kann nicht mehr gesprochen werden. Überall setzt sich die Auffassung durch, dass jede Art von Auswanderung zweckmässig und unumgänglich ist, gleichgültig nach welchen Ländern. Zu dieser allgemein vorherrschenden Auffassung hat das Scheitern der Mitte Februar 1939 in London eröffneten Palästina-Konferenz, die 6 Wochen dauerte, nicht unwesentlich beigetragen. Auf der Konferenz, der als Vertreter der Araber Prinz Feisal, Jaqub Effendi Farray, Vizepräsident der Naschaschibi-Partei, sowie mehrere dem Mufti nahestehende Araber und von jüdischer Seite der Präsident der *Jewish Agency, Dr. Chaim *Weizmann, der Leiter der Exekutive der *Jewish Agency in Jerusalem, David Ben Gurion, sowie der U. S. A. Rabbiner Dr. Stephen *Wise u. a. angehörten, konnte keine Einigung erzielt werden. Während die Araber für die Unabhängigkeit des Landes eintraten und die Schaffung eines jüdischen Nationalheimes in Palästina ablehnten, versuchten es die Juden mit dem diplomatischeren Vorschlag der Teilung des Landes. Infolge der Ergebnislosigkeit der Konferenz war England gezwungen, von sich aus Vorschläge zu machen. Es brachte seinerseits den Plan heraus, der nach einer Übergangszeit von 5–10 Jahren die Errichtung eines souveränen Staates in Palästina vorsieht. Nach dem Muster des Iraks soll dieser Staat, dessen Regierung in arabischer Hand unter Mitwirkung der Juden liegen solle, in einem engen Bündnisverhältnis zu England stehen. Ferner enthält der

Plan die Forderung, die jüdische Einwanderung stark zurückzuschrauben und auch Landkäufe durch Juden einzuschränken. Diese Punkte wurden selbstverständlich von den Juden abgelehnt.[1] Eine endgültige Lösung des Palästinaproblems durch ein Machtwort Englands steht also immer noch aus und düfte, nach den diplomatischen Plänen und Zielen Englands im Nahen Osten zu urteilen, auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sein.

[…]

[1] Diese auf der Konferenz von Großbritannien gemachten Vorschläge bildeten den Inhalt der künftigen britischen Palästinapolitik. Die britische Regierung veröffentlichte im Mai 1939 ein »Weißbuch« über Palästina, wonach die jüdische Einwanderung in den nächsten fünf Jahren (also bis 1944) auf 75 000 Personen beschränkt werden würde, das Mandat in zehn Jahren (also 1949) auslaufen und ein binationaler Staat mit dauernder arabischer Mehrheit entstehen solle. Diesen Plan lehnten sowohl die Zionisten als auch die Araber ab.

[179] Die Einwanderung ausgewiesener österreichischer Juden in Palästina

5. April 1939; PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd. 1: R99387.

Der Reichsführer-SS
und
Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern
S-PP (II B) Nr. 5888/38.

Berlin SW 11, den 5. April 1939
Prinz-Albrecht-Straße 8

An das
Auswärtige Amt
in Berlin.

Betrifft: Herstellung einer Verbindung zwischen der Ausweisung von Juden aus der Ostmark und ihrer Einwanderung nach Palästina.
Vorgang: Schreiben vom 31. Oktober 1938 – 83-24, A.21/10. –

Ich bitte, die Deutsche Vertretung in Jerusalem zu unterrichten, dass es unzweckmässig erscheint, Juden die Antragstellung auf Einwanderungserlaubnis nach Palästina zu bestätigen. Die im Reich mit der jüdischen Auswanderung befassten Stellen, insbesondere die »*Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien«, sind nur an bereits vorhandenen Auswanderungsplätzen interessiert. Für die Bereinigung der bei der Einwanderung von Juden auftretenden Schwierigkeiten sind ausschliesslich die jüdischen Organisationen verantwortlich.

Darüber hinaus würde eine vom Generalkonsul in Jerusalem[1] vorgeschlagene Bescheinigung, dass die Erteilung von Sondergenehmigungen für die Einwanderung nach Palästina ausserhalb der Schedule etwa 2 Monate in Anspruch nimmt, die Antragsteller nur zu einem längeren Verbleiben im Reichsgebiet anhalten und sonstige für andere Länder vorhandene Auswanderungsplätze unausgenutzt lassen.

Es ist im übrigen Vorsorge dafür getroffen worden, dass regellose Ausweisungen von Juden aus der Ostmark nicht mehr erfolgen. In Fällen notwendig werdender Ausweisung wird für die Besorgung von Auswanderungsplätzen durch die »*Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien« Sorge getragen.

Im Auftrage:

---

[1] Walter Döhle war 1935–1939 deutscher Generalkonsul in Jerusalem.

[180] Schaffung eines neuen Hachscharah Kibbutz in Deutschland
18. April 1939; HA: 123/private/12 (Ha'apala Project, Tel Aviv University).

Palästina-Amt Berlin
der *Jewish Agency for Palestine

Berlin W 15, Meinekestrasse 15

An die
Maskiruth
Hakibuz Hameuchad
Charod / Palästina

Berufsvorbereitung 1
Bh PG/Vr. 18/4. 1939

Liebe Chawerim!
Es besteht die Aussicht, dass wir in allernächster Zeit einen grösseren Hachscharakibuz hier in Deutschland schaffen können. Es handent sich um einen Punkt, in dem wir bereits mit 300 Chawerim beginnen können. Höchstwahrscheinlich wird dann sogar die Vergrösserung eines solchen Punktes auf weit über 300 Menschen hinaus möglich sein.

In Zusammenhang mit diesem Projekt, von dem wir hoffen, dass es in allernächster Zeit schon verwirklicht werden kann, haben wir auch die eventuelle Zustimmung erhalten, für zwei Schlichim aus Palästina die Genehmigung zu erhalten. Beide Chawerim müssen die deutsche Sprache gut beherrschen, um den Kontakt mit den Behörden gut pflegen zu können. Selbstverständlich ist, dass sie auch hebräischen Unterricht geben müssen, was natürlich die Kenntnis des Hebräischen voraussetzt. Es müssen Chawerim sein, die instande sind, einen Hachscharakibuz von über 300 Menschen organisatorisch und starbuthmässig zu leiten und zu beeinflussen. Beide Chawerim sind an diesen Punkt gebunden und können nirgendwo anders eingesetzt werden. Auf einer Sitzung des Merkas[1] haben wir beschlossen, einen Chawer aus dem Makkabi Hazair, es wird hierzu Friedel Rubinstein vorgeschlagen, und einen Chawer von uns zu benennen. Wir halten diese Aufgabe für eine ausserordentlich wichtige. Sie gibt eine grosse Möglichkeit der wirklichen erzieherischen Beeinflussung und ermöglicht uns eine Position, wie wir sie leider bisher in Deutschland noch nicht gehabt haben. Wir bitten Euch, uns die Daten von zwei Chawerim telegrafisch zu übermitteln. Wir fordern die Daten von zwei Chawerim des Kibbuz an, damit wir die sofortige Einsatzmöglichkeit haben falls einer der Chawerim nicht bestätigt wird. Eile ist

[1] Merkas war die Zentralstelle der landwirtschaftlichen Arbeiter-Organisation in Palästina.

unbedingt geboten. Wir hoffen, dass Ihr die Bedeutung dieser Position einsehen werdet und uns sofort zwei Chawerim für diese telegrafisch benennen werdet.

Herzlich Schalom! (Name)
Pino [Pino *Ginzburg, handschriftlich, in Hebräisch]

[181] Die Arbeit des Palästina-Amts
4. Mai 1939; BArch: 75c Re1-47.

Palästina-Amt Berlin
Organisations-Abteilung

An die
Geheime Staatspolizei
Leitstelle Berlin
Zimmer 175
Polizeipräsidium
Berlin C.
Grunerstrasse

Rohrpost Leitung

4. Mai 1939

Bericht über die Tätigkeit des
Palästina-Amtes Berlin im April 1939

D I A 8 Ca.Mo.

Die Sprechstunde des Palästina-Amtes wies 2207 Besucher auf. Das heisst einen Tagesdurchschnitt von 157 Besuchern.

Die Zahl der im April zur Auswanderung, bezw. Berufsvorbereitung für Palästina ins Ausland gebrachten Menschen betrug 358.

Dabei handelt es sich um 260 Passagen, die durch unsere Buchungs-Abteilung durchgeführt wurden. Hinzu kommen die anderwärtig gebuchten Ausreisen.

Die Zahl der abgefertigten Auswanderer musste naturgemäss nach dem Abschluss der Winter-Einwanderungs-Periode, wie stets um diese Zeit, geringer sein.

Die Arbeit für das Durchgangslager in England geht weiter. Die Zahl der nach London zur Entscheidung geleiteten Fälle hat sich bereits auf 170 erhöht.

[182] Jüdische Auswanderung aus der Ostmark
16. Mai 1939; BArch: R/58-1253.

II 112
C 15
Hg/Pi 16.5.39

Betr.: Jüdische Auswanderung aus der Ostmark

I. *Vermerk:*

Der Unterzeichnete hat sich weisungsgemäß am 13.5. mit SS-H'Stuf. *Eichmann in Verbindung gesetzt, um Möglichkeiten zur Ausweitung der jüdischen Auswanderung aus dem alten Reichsgebiet ausfindig zu machen. SS-O'Stubaf. Vollheim wurde informationshalber aufgesucht.

SS-H'Stuf. Schröder, der Bearbeiter der Referate II 111 und II 112 beim O. A., war nicht anwesend und konnte deshalb nicht einbezogen werden.

1. Die Auswanderungsziffern für die Ostmark sind trotz der erschwerten Einwanderungsbedingungen auf fast gleicher Höhe geblieben wie in den vergangenen Monaten. Dies wurde vornehmlich durch eine dauernde Bearbeitung der jüdisch ausländischen Organisationen (Reisen der Funktionäre der Isr. Kultusgemeinde Wien und des Palästina-Amtes), durch die Erhöhung der sog. China-Transporte und durch die Forcierung der Umschulung erreicht.

a. Finanzstand:
Die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung verfügt gegenwärtig über einen Fonds von 110 000 Dollar, die ohne Zahlung eines Gegenwertes vom Ausland für die Auswanderung zur Verfügung gestellt wurden. Die Beschaffung der Devisen für die nächsten Monate soll durch eine Mitte dieser Woche erfolgende Reise des Leiters der Isr. Kultusgemeinde Wien, *Löwenherz, in die Wege geleitet werden.

Dem unter Leitung des Inspekteurs der Sicherheitspolizei stehenden Wanderungsfonds (Geschäftsführer SS-O'Stuf. Krauß, juristischer Beirat Pg. Dr. Rajakovitsch) stehen 4 Millionen RM zur Verfügung, die durch die Auswanderungsabgabe der Juden bei der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung eingekommen sind. Aus dem Fonds werden solche Auswanderungstransporte minderbemittelter Juden finanziert, für die die Mittel der Isr. Kultusgemeinde nicht ausreichen. (U. a. wurden die Kosten des letzten China-Transportes hieraus bestritten.) Da in diesem Fonds – der eine öffentlich rechtliche Körperschaft darstellt – die Mittel aus dem von der Stapo sichergestellten Kufner-Vermögen aufgegangen sind, ist bei Bereitstellung von Finanzmitteln die Gegenzeichnung des Stapoleiters erforderlich.

Die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung hat 2 3/4 Millionen RM in barem Geld zu ihrer Verfügung, an denen die Mittel für die sachlichen Anschaffungen der Stelle entnommen werden. Beabsichtigt ist, diesen Fonds später bei Abnahme der zur Verfügung stehenden Mittel der Isr. Kultusgemeinde zur Finanzierung der restlichen Auswanderung und der jüdischen Altershilfe zu verwenden. Über diesen Fonds verfügt ausschließlich der Inspekteur der Sicherheitspolizei bzw. dessen Stellvertreter als Leiter der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung, SS-H'Stuf. *Eichmann.

Abgaben an das Finanzministerium oder an ähnliche Reichsstellen erfolgen nicht.

b. China-Transporte:
Da die früheren Immigrationsländer sich in zunehmendem Maße einer weiteren jüdischen Einwanderung verschließen, hat die Zentralstelle eine Erhöhung der China-Transporte herbeigeführt (die Transporte werden zumeist illegal in Palästina gelandet). Aus diesem Grunde wurden auch direkte Verbindungen mit deutschen Reedereien aufgenommen mit dem Ergebnis, daß für den nächsten tatsächlichen China-Transport ein Dampfer der Hapag zur Verfügung gestellt wird. (Der Grund hierfür ist, daß den deutschen Reedereien ab 31. Mai alle Devisenmittel für Vergnügungsfahrten gestrichen werden.)

Im allgemeinen wurden bisher Dampfer griechischer Nationalität und auch italienischer Nationalität gechartert. Die Verwendung griechischer Dampfer soll jedoch zukünftig unterbleiben, da zu befürchten ist, daß die englische Mandatsregierung in Palästina weitere illegale Transporte endgültig abstoppen wird.

c. Reisen jüdischer Funktionäre:
Nach Mitteilung von SS-H'Stuf. *Eichmann sind im allgemeinen 14 jüdische Funktionäre auf Reisen im Ausland, während 2 Juden die notwendigen Devisen hereinholen, sind die restlichen beauftragt, zusätzliche Auswanderungsplätze zu beschaffen.

Zur Sicherung des Zertifikatsanteils der Ostmark wurden nach Palästina der Jude Rottenberg entsandt. Er hat den Auftrag, die Hälfte der im Rahmen der Schedule vergebenen Zertifikate für die Ostmark sicherzustellen. (Diesen Auftrag wird er kaum erfüllen können, da auch Polen stärker an der Zertifikatszuteilung beteiligt zu werden wünscht.)

d. Umschulung:
Die Umschulung von Juden auf landwirtschaftliche Berufe erfolgt durch direkte Abmachung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung mit arischen Bauern, Gärtnern usw. in der Provinz. Infolge dauernder Proteste der örtlichen Bauernführer gegen diese Verfahren (behauptet wird beständig ein provozierendes Auftreten der Juden oder Begünstigung gewisser arischer Geschäfte bei der Tätigung

der Einkäufe der jüdischen landwirtschaftlichen Schüler, obwohl sie strengstens beaufsichtigt werden) hat sich die Zentralstelle mit Genehmigung des Inspekteurs der Sicherheitspolizei entschlossen, zwei eigene Güter für die Umschulung einzurichten. Eins wurde bereits in der Nähe von Linz aufgekauft.

Diese Juden können auch bei größten Einwanderungsschwierigkeiten im Ausland noch eine Unterkunftsmöglichkeit finden.

So hat sich u. a. auf Grund direkter Verhandlungen der bolivianische Generalkonsul in Wien bereit erklärt, mehrere hundert landwirtschaftlich geschulter Juden im September d. J. in seinem Heimatland aufzunehmen. Den Juden wird im allgemeinen ein Schulungszeugnis über einen größeren Zeitraum als den von ihnen abgedienten Monaten ausgehändigt.

2. Konzentration der Juden in Wien:
Die Konzentration der Juden in Wien ist bis auf einige hundert Juden in der Provinz, die in den nächsten Wochen wahrscheinlich abtransportiert werden, durchgeführt. Insgesamt handelt es sich um 800 Juden mosaischen Bekenntnisses.

3. Lazar:
Die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung warnt vor der Zusammenarbeit mit einem gewissen Lazar, der nach Mitteilung der Stapo auf Grund einer Information der A. O. armenischer Jude ist und deshalb aus der Partei ausgeschlossen wurde (RR. *Lischka teilt hierzu mit, daß diese Information nicht zutreffen könne, da der Bruder des L. angeblich Legationsrat im A. A. ist. Mit Lazar steht der bei der Reichszentralstelle für jüdische Auswanderung bekannte Pg. Höpfner in Verbindung.)

Lazar soll für seine Transporte Dampfer der ehem. rotspanischen Regierung gechartert haben. Außerdem liegt seit 5 Wochen ein von L. gecharterter Dampfer in Sušak. Durch seine Geschäftsgebarung soll jede weitere jüdische Auswanderung über Jugoslawien unterbunden worden sein.

4. Soziale Verhältnisse:
Gegenwärtig, nach Beendigung der Winterhilfe, werden 33 000 Juden täglich in Wien durch die Isr. Kultusgemeinde ausgespeist.

5. Devisenverbindung über Danzig:
Auf Grund einer bereits im SD-Hauptamt gehabten Besprechung wurde beschlossen, dem Leiter II den Vorschlag zu unterbreiten, über Danzig durch Erhöhung der Passagekosten Devisen freizumachen für die jüdische Auswanderung aus dem alten Reichsgebiet bzw. aus der Ostmark.

Bisher wurden bei den Palästinatransporten der Juden aus Danzig nur 5 £ bezahlt; im Falle der Genehmigung würden diese Kosten zukünftig auf 15 £

erhöht, wobei die Juden angehalten würden, die Devisen auf polnischem Gebiet (Gdingen) zu beschaffen. So würden durch jeden jüdischen Passagier 10 £ frei.

Evtl. können – falls die außenpolitische Situation es erlaubt – auf diese Reise auch durch Bereitstellung des Gegenwertes in RM Devisen beschafft werden.

6. Leiter II vorgelegt m.d.B., II 112 zur Rücksprache beizuziehen.

II 112

[183] Mangel an jüdischen Lehrkräften
21. Mai 1939; USHMM: 11.001M.01, 4-305.

Der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS Leipzig, den 21. Mai 1939
Hauptabteilung II
II 112 – SA II 112 02 / D 223

An das SD-Hauptamt,
Abtl. II 112,
Berlin.
Betr. Mangel an jüdischen Lehrkräften in Leipzig
Vorg.: Ohne

Der jüdische Schulbetrieb in Leipzig, und in absehbarer Zeit auch in anderen Orten des Oberabschnittsgebietes, gerät durch verstärkte Auswanderung der jüdischen Lehrer in Schwierigkeiten. Die Zahl der Lehrer ist bei 400 Kindern von ursprünglich 38 Lehrkräften auf 6, die zu 2/3 ihre Auswanderung betrieben, gesunken.

Das städtische Schul- und Bildungsamt Leipzig erklärt, dass es sich bei der jüdischen Schule um eine reine Privatschule handele und ein Interesse für ein weiteres Verbleiben der jüdischen Lehrkräfte nicht bestehe.

Es wird um Mitteilung gebeten, ob das jüdische Schulwesen verfallen und die noch vorhandenen jüdischen Kinder eben wieder in nichtjüdische Schulen eingegliedert werden sollen, oder ob durch die Reichsvereinigung der Juden in Berlin oder eine sonstige jüdische Organisation Lehrkräfte nach Leipzig vermittelt werden können.

In diesem Zusammenhang wird erneut darauf hingewiesen, dass die Schicht der zu einer Führung fähigen Juden durch Auswanderung immer geringer wird. Dies trifft sowohl auf die Lehrer, als auch auf die Juden zu, die in anderen Ämtern, speziell in der Auswanderungsbearbeitung, tätig sind. Dabei wird es immer schwieriger für die Abgehenden Ersatz zu finden.

Es wäre daher dringend in Erwägung zu ziehen, durch einen Erlass die unerwünschte Auswanderung bestimmter Juden vorläufig zu verhindern.

Der SD-Führer des SS-Oberabschnittes Elbe
i.V.

[184] Mangel an jüdischen Lehrkräften
9. Juni 1939; USHMM: 11.001M.01, 4-305.

SD-Hauptamt (9.6.1939)
II 112 o
D 223
Hg/Pi

An den
Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium d. Innern
S-PP II Rz
Berlin

Betr.: Mangel an jüdischen Lehrkräften
Vorg.: Ohne

Der SD-O. A. Elbe teilt mit, daß infolge der starken Auswanderung jüdischer Lehrkräfte die Gefahr besteht, daß eine ausreichende Unterrichtung der jüdischen Kinder, die im Sinne der Auswanderung und der Bestimmung des Stellvertreters des Führers notwendig ist, in vielen Fällen im O. A.-Bereich nicht mehr gewährleistet ist. So ist in Leipzig beispielsweise die Zahl der Lehrer bei 400 jüdischen Kindern von 38 Lehrkräften auf 6 gesunken, die zum Teil sogar noch ihre Auswanderung betreiben.

Um den als Vorbereitung für die Auswanderung notwendigen Schulunterricht für jüdische Kinder aufrechterhalten zu können, erscheint es unbedingt notwendig, daß auf Grund eines von der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland (Reichsvereinigung) aufzustellenden Planes für die im Augenblick in den einzelnen Städten benötigten jüdischen Lehrkräfte die Auswanderung für die unbedingt erforderlichen Lehrer solange gesperrt bleibt, bis ihre Zahl infolge der zunehmenden Auswanderung vermindert werden kann.

[185] Die *Schekelaktion 1939
15. Juni 1939; StdA/N: E 39 Nr. 1802/1.

*Jüdische Jugendhilfe e.V. Berlin, den 15. Juni 1939

Lieber Chawer, Liebe Chawerah:
Du bist bei der *Jüdischen Jugendhilfe e.V. zur Auswanderung nach Palästina gemeldet. Wie Du wohl schon gehört hast, wird in diesen Wochen die *Schekel-Aktion durchgeführt. Dieses geschieht in einem Augenblick, wo die jüdische Jischuw in Erez Israel einen entscheidenden Kampf um die Zukunft des Nationalheimes führt und wo die Kräfte der gesamten Judenheit in der Welt auf Palästina gerichtet sind.[1] Die Juden in Deutschland haben grösstes Interesse, gerade heute sich aktiv zum Palästina-Aufbau zu bekennen und eine starke jüdische Einwanderung nach Palästina zu fördern.

Die **Schekel-Aktion* gibt jedem Juden die Möglichkeit sich an diesem Bekenntnis zu beteiligen. Die *Jüdische Jugendhilfe hat deswegen beschlossen, jeden bei ihr gemeldeten Jugendlichen und ebenfalls die Eltern des Jugendlichen zum Erwerb des *Schekels* zu verpflichten. Die Erfüllung dieser Pflicht ist die geringste Voraussetzung für den Anspruch, nach Palästina gehen zu dürfen.

Wir fordern Dich deswegen auf, Dich unverzüglich mit der zuständigen Zweigstelle des Palästina-Amtes in Verbindung zu setzen, um dort den *Schekel* zu erwerben und ausserdem uns anliegende Erklärung, die der Bestätigung durch das Palästina-Amt bedarf, uns einzusenden. Diese Bestätigung wird jeder bei uns vorliegenden Personalakte beigefügt.

Schalom!
*Jüdische Jugendhilfe e.V.
Abtl. Leitung
gez. Kurt Israel *Goldmann

[1] Hier bezieht sich der Verfasser dieses Berichts auf das im Mai 1939 veröffentlichte britische »White Paper«.

[186] Jüdische Auswanderung aus dem Protektoratsgebiet nach Palästina

7. Juli 1939; BArch: R/58-954a.

Abschrift
Bericht über meine Reise nach Palästina:[1]
Mai–Juni 1939

Meine Aufgabe:

Gemäss dem mir erteilten Auftrage hatte ich die Pflicht, mit allen massgebenden Instanzen in Palästina in Verbindung zu treten, um durch eingehende Verhandlungen einen entsprechenden Anteil der Zertifikate für das Protektoratsgebiet sicher zu stellen. Ich hatte ferner darauf zu achten, dass die in Frage kommenden sozialen und wirtschaftlichen Organisationen für die Einwanderer aus dem Protektoratsgebiet interessiert werden, damit deren Einordnung in Palästina erleichtert wird.

Kompetente Instanzen:

Für die Zertifikatsverteilung sind die nachstehenden Stellen von entscheidender Wichtigkeit:
1.) Government of Palestine, Department for Migration,
2.) *Jewish Agency for Palestine,
3.) Der Waad-Haleumi, die Zentralvertretung der palästinensischen Judenheit,
4.) die wirtschaftlichen und sozialen Körperschaften.

Palästina-Regierung:

Ich wurde von den Leitern der Einwanderungsabteilung der Palästina-Regierung empfangen. Ich habe einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Palästina-Amtes im Protektoratsgebiet erstattet und habe insbesondere darauf hingewiesen, dass wir über ein qualifiziertes Menschenmaterial verfügen. Ich konnte mich hierbei darauf berufen, dass die bisher eingewanderten Personen aus dem Protektoratsgebiete sich sowohl in der Arbeit, als auch im gesellschaftlichen Zusammenleben vollauf bewährt haben. Die Tatsache, dass der grösste Prozentsatz unserer Einwanderer den Prozess der Berufsumschichtung gut bestanden haben und dass diese Menschen in der Landwirtschaft dauernd verbleiben, machte natürlich auf die Regierung einen starken Eindruck. Die leitenden Beamten versicherten mir, dass die helfen wollen, um eine angemessene Berücksichtigung des Protektoratsgebietes bei der Zertifikatsverteilung zu garantieren.

---

[1] Der Verfasser dieses Berichts war der Leiter des Palästinaamtes Prag, Jakob Edelstein. Der Bericht wurde dem Sicherheitsdienst vorgelegt.

**Jewish Agency for Palestine:*
Mit der Exekutive der *Jewish Agency for Palestine hatte ich eine Reihe von Besprechungen, in welchen ich unsere Forderungen formulierte. Ich beschränkte mich hiebei nicht allein darauf, Zertifikate aus allen Kategorien für das Protektoratsgebiet zu verlangen, sondern ersuchte auch um eine weitgehende Berücksichtigung bei der Besorgung von Arbeitsplätzen in verschiedenen europäischen Ländern, wo unsere Jugend vorübergehend Aufenthalt bekommt und nach entsprechender Auslehre die Erlaubnis zur Einreise nach Palästina erhält. Der *Jewish Agency for Palestine habe ich über unsere Arbeit auf dem Gebiete der Berufsberatung und Berufsumschichtung, sowie über die Erfassung der jüdischen Kinder ausführlichen Bescheid gegeben. Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, für unsere Belange Verständnis und Anerkennung zu finden.

Waad-Haleumi:
Die Judenheit Palästinas hat in Waad-Haleumi die oberste Körperschaft, welche alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Arbeiten leitet. Ich habe den massgebenden Herren unsere Wünsche vorgetragen und gebeten, dass man den Einwanderern aus dem Protektoratsgebiete wirtschaftliche und soziale Hilfe gewährt. Die Mitarbeit dieser Körperschaft ist von grosser Richtigkeit, da eine Reihe von Zertifikatskategorien nur dann ausgenutzt werden kann, wenn die Verwandten in Palästina eine dauernde Existenz gefunden haben. Dies gilt sowohl für die Anforderung von Eltern, als auch für die Unterbringung von Kindern.

Wirtschaftliche Institutionen:
Es gibt in Palästina eine Reihe von Institutionen, die wirtschaftliche und soziale Aufgaben erfüllen. Hier sind vor allem die Kollektive am Lande und die Siedlungsgesellschaften von Bedeutung. Ich habe die Leitung besucht und habe mir auch einige landwirtschaftliche Siedlungen angesehen. Die Lebensbedingungen und die Arbeitsweise der dort angesiedelten Juden habe ich studiert. Ich darf mit Zufriedenheit feststellen, dass die landwirtschaftlichen Institutionen ihre Mithilfe bei der Einordnung von Einwanderern aus dem Protektoratsgebiete zugesichert haben. Nicht minder wichtig sind auch die Unternehmungen, die zum Teil von Bürgern des Protektorates errichtet wurden. Die Unternehmen, die ich aufgesucht habe haben mir die Zusage gemacht, dass sie die Einwanderer aus dem Protektoratsgebiet bei Einstellung von neuen Arbeiten besonders berücksichtigen wollen.

Die wichtigsten Persönlichkeiten, mit denen ich anlässlich der oben geschilderten Bemühungen zusammentraf, waren: Sir Erwin Samuel, Eliahu Dobkin, Mosche Schapiro, Dr. Pinner, Dr. Georg *Landauer, Dr. Förder, Dr. Wittkowski, Moller, Dr. Werner *Senator usw.

Die Zertifikatsverteilung u. unser Anteil:
Die Palästina-Regierung hat für die Schedule April-September 1939 insgesamt 10 350 Zertifikate ausgegeben. Davon sind aus der regulären Schedule 5000, aus der Flüchtlingsquote 5350. Die Regierung hat von diesen Zertifikaten 2500 à conto der April-quote und der sogenannten illegalen Einwanderung in Abrechung gebracht, sodass tatsächlich nur 7850 Zertifikate (Seelen) zur Verteilung gekommen sind.

Die Zertifikate verteilen sich auf folgende Kategorien:

A/I 1500 hiervon 320 für in Palästina befindliche Touristen (180 aus Grossdeutschland und 140 aus der ganzen übrigen Welt.)
A/IV 70. (hievon 23 bereits vergeben und 47 kommen noch zur Verteilung).
A/V 35
B/II 35
B/III 2660/hievon 500 für Kinder im Alter von 13 bis 15,
900 Jugendliche " " " 15 bis 17,
500 für die Universität,
260 für die Technik,
90 für Mikweh Israel
60 für Ben Shemen,
150 für die *Wizo,
40 für die Bezallelschule,
50 Konservatorium,
und der Rest auf verschiedene Anstalten.
C 600
D 2950 (in dieser Zahl sind auch die Angehörigen der Kategorien A/I, A/V und C enthalten.)

Auf das Protektorat entfallen folgende Zertifikate:

Kategorie:		Zertifikate:	Seelen:
A/I		255	765
A/IV		5	10
A/V		15	45
B/II		7	14
B/III	Kinder 13–15 Jahre	70	70
	Jugendliche 15–17 J.	195	195
	Studenten	164	164
C		81	220
D		119	119
		911	1602

Dazu kommt noch die Zusicherung hinsichtlich der indirekten Auswanderung nach Palästina auf dem Umwege über die berufliche Ausbildung in verschiedenen Staaten, ungefähr weitere 1500 Menschen, sodass unser Palästina-Amt in der Lage sein dürfte bis 30. September 1939 mehr als 3000 Menschen aus dem Protektoratsgebiete zur Auswanderung zu bringen. Es ist selbstverständlich, dass diese Arbeit nur gelingen kann, wenn die entsprechenden Voraussetzungen technischer Natur im Inlande geschaffen werden können.

Um den Anteil des Protektoratsgebietes an der Gesamtzertifikatsverteilung richtig abzuschätzen, ist darauf hinzuweisen, dass wir mehr als 20 % der Zertifikate, die für die ganze Welt bestimmt waren, zugeteilt erhalten haben.

Es ist selbstverständlich, dass ich mit all den im Berichte angeführten Schulen verhandelt habe. Ich möchte hiebei besonders hervorheben, dass die Errichtung eines Stipendien-Fonds in Palästina beschlossen wurde, um dann in den nächsten Jahren den unbemittelten Studenten die Fortsetzung des Studiums zu ermöglichen.

Die ständige Vertretung in Palästina:
Während meines Aufenthaltes in Palästina ist eine Hitachduth Olej Bohemia and Moravia (Vereinigung der Einwanderer aus dem Protektoratsgebiete) geschaffen worden. Diese Vereinigung kooperiert aufs Engste mit der Vertretung der Einwanderer aus dem Altreich und der Ostmark. Beide Körperschaften sind vom deutschen Konsulat in Palästina anerkannt.

Meine Vorsprache beim deutschen Konsul:
Der deutsche Konsul in Haifa[2] hatte die Freundlichkeit mich zu empfangen und von mir einen Bericht über meine Tätigkeit in Palästina entgegenzunehmen.

---

[2] Wilhelm Melchers war 1937–1939 deutscher Konsul in Haifa.

[187] Auswanderung jüdischer Lehrkräfte
10. Juli 1939; USHMM: 11.001M.01, 4-305.

Der Chef der Sicherheitspolizei Berlin, 10. Juli 1939
S-PP (II Rz.) 181/39

An das
Sicherheitshauptamt RFSS,
Berlin SW
Wilhelmstr. 102

Betrifft: Auswanderung jüdischer Lehrkräfte.
Vorgang: Dort.Schreiben vom 9.6.39 – II 112 o / D 223 Hg/Pi
Anlagen: 1

In der Anlage übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme Abschrift einer hier vorliegenden Übersicht der Reichsvereinigung der Juden über die Verhältnisse auf dem Gebiete des jüdischen Schulwesens, insbesondere das Verhältnis der Zahl der zu beschulenden Kinder zu der Zahl der zur Verfügung stehenden Lehrer. Ich vermag bei dieser Sachlage im Interesse der Förderung der jüdischen Auswanderung besondere Maßnahmen zur Zurückhaltung der jüdischen Lehrer nicht zu verantworten, glaube vielmehr, dass einzelne örtliche Schwierigkeiten durch organisatorische Maßnahmen, wegen deren ich mich bereits an den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Verbindung gesetzt habe, überwunden werden können. Da im übrigen gerade die Auswanderung der jüdischen Kinder besonders gefördert wird, glaube ich, dass das jüdische Schulwesen in absehbarer Zeit kein Problem mehr sein wird.

In Vertretung
gez. *Müller

[188] Fortführung der jüdischen Auswanderung nach Palästina
11. Juli 1939; LBI/NY: Papers of Robert *Weltsch.

wa. Abschrift

Dr. W. *Feilchenfeld Budapest, am 11. Juli 1939
Nr. 2a Hotel St. Gellert
ohne Anlagen

Vertraulicher Bericht über
das Ergebnis der Berliner Besprechungen
v. 2. bis 9. Juli 1939[1]

Die nachfolgenden Ausführungen sollen einen kurzen Bericht über alle Besprechungsergebnisse dieser nach verschiedenen Richtungen bemerkenswerten Verhandlungen geben, sobei ich mich hinsichtlich der Einzelfragen auf die im Anhang beigefügten Niederschriften und Aktenvermerke beziehen kann.

I.
Besprechungen mit deutschen Behörden

1.) *Rücksprache mit H. im Auswärtigen Amt.*[2]

Alsbald nach meiner Ankunft erhielt ich die Aufforderung zu dieser Rücksprache, deren Ergebnis aus dem in der Anlage I beigefügten Aktenvermerk zu ersehen. Ich konnte jedenfalls Zeuge eines Telefongespräches zwischen H. und dem Länderreferenten für den Nahen Osten im R. W. M. beobachten, in welchem H. nochmals auf Anfrage dieses Herrn bestätigte, dass der Führer in Zeugengegenwart ihm diese Mitteilungen gemacht habe.

Hiernach kann zur Kennzeichnung der derzeitigen Lage folgendes festgestellt werden:

a) H. hatte Gelegenheit, dem Führer und den ihn aufsuchenden Referenten der A. O.[3] (Schwartz) und des R. W. M. (Roth) seine Beobachtungen aus seiner Nahostreise zu übermitteln, die dahin gehen, dass die Gegensätze zwischen Arabern und Juden keinesfalls unüberbrückbar sind, sondern auch von zahlreichen

[1] Während der 30er Jahre erlaubte die Gestapo zionistischen Funktionären der *Jewish Agency for Palestine in Jerusalem und London, einschließlich deutscher Zionisten, die bereits aus Deutschland ausgewandert waren, wieder einzureisen, um deutsche Juden auf die Ausreise nach Palästina vorzubereiten. Dieser Bericht von dem schon 1934 nach Palästina ausgewanderten Werner Felichenfeld ist ein Beispiel für diese Vorgehensweise.

[2] Hier ist wahrscheinlich der deutsche Diplomat Werner-Otto von *Hentig gemeint.

[3] Die Auslandsorganisation (A. O.) war die Parteiabteilung der NSDAP, die für Verbindungen mit allen im Ausland wohnenden Reichsdeutschen verantwortlich war.

Arabern für beilegbar erachtet werden. Es sei die arabische Stimmung im Lande keinesfalls derart judenfeindlich, wie dies aus interessierten Berichten bisher entnommen werden musste.

b) Bei einer Rücksprache mit dem Führer auf dem Obersatzberg, die vor etwa 3 Wochen stattfand, soll der Führer in entschiedener Form H. vor einigen anwesenden Zeugen erklärt haben, dass er die Fortsetzung der jüdischen Auswanderung unter Einschluss Palästinas ausdrücklich wünsche.

c) Bei den Besprechungen der Referenten des R. W. M. und der A. O. mit H. holten sich diese Herren Auskunft und Rat bei H., wie die weitere Haltung gegenüber Palästina und der jüdischen Auswanderung einzunehmen sei. Um eine Rückendeckung zu haben, erbaten sie von H. eine offizielle schriftliche Mitteilung über seine Reiseergebnisse und besonders über die Führer-Entscheidung zur Auswanderung. H. hat sich erfreulicherweise bereit gefunden, dieses Schriftstück auszufertigen, das nunmehr in beiden Ämtern vorliegt.

Wenn auch den Bemühungen von H. bisher stets kein Erfolg bescheiden war und dies zur Vorsicht mahnt, so ist doch nicht zu verkennen, dass in RWM und A. O. ein offensichtlicher Stimmungswechsel in der Palästina-*Haavara-Frage eingetreten ist, und dass wir unerwartet zu einer neuen schriftlich niedergelegten Führer-Entscheidung über die Auswanderung gekommen sind. Auch die Stellung von H. scheint, wie aus seinem Besuch auf dem Obersalzberg hervorgeht, keinesfalls schwach und erledigt zu sein, sondern er dürfte jedenfalls als Länderreferent für den Nahen Osten weiter Beachtung finden.

[…]

3.) *Verhandlung mit der *Reichszentrale für jüdische Auswanderung bei der Gestapo.*

Diese vor kurzer Zeit zur zentralen Behandlung aller jüdischen Probleme, und besonders der Auswanderung gegründete neue Behörde amtiert im Gebäude der *Gestapo* in der Prinz Albrecht Strasse und untersteht einem Herrn *Lischka, der eine hohe Stellung innerhalb der S. S. (Gruppenführer) einnimmt. Diese kurz RZ. benannte Stelle verhandelt hauptsächlich mit der Reichsvereinigung (*Eppstein) während sich Pinn für die *Paltreu* mit Recht stets von direkter Fühlungnahme ferngehalten hat. Auf besonderen Wunsch von *Hirsch und *Eppstein und wegen meiner früher bereits gekennzeichneten Überzeugung, dass von anderer Seite her ein Druck auf die Exportabteilung des R. W. M. ausgeübt werden müsste, erklärte ich mich der Reichsvereinigung gegenüber zu einer Verhandlung bereit, die dann auch am 7.d. M. kurz vor Urlaubsantritt von L.[4] zustande kam. Die Tatsache unserer Hilfsstellung gegenüber dem Palamt bei dem Pariser Projekt[5]

[4] Hier ist wahrscheinlich Georg *Landauer gemeint.

[5] Hier ist wahrscheinlich die 1937 in Paris eingerichtete Zentrale des Mossad le Alijah-Beth gemeint. Im Jahr 1937 schuf eine Gruppe von jüdischen Führungspersönlichkeiten und *Haganah-

gabe eine gute Einführung und bot mir die Möglichkeit zu betonen, dass seit Ende Juli 1938, dem Ende der Transferumsätze aus Waren ausserhalb der Positivliste, schätzungsweise mindestens £500 000.– erzielbar gewesene Transferumsätze beiderseits (Auswanderung und Reich) unnötig verloren wurden. L., der die Verhandlungen zwar sehr reserviert, aber in der Form sehr korrekt führte, nahm dies interessiert zur Kenntnis, unterhielt sich mit mir noch einige Zeit über die weitere Aufnahmefähigkeit Palästinas, die Haltung der Engländer und Araber usw., und erklärte schliesslich, dass er meine der Exportabteilung des RWM versprochenen Vorschläge für den neuen Warentransfer abschriftlich übermittelt haben wolle. Er werde dann dem RWM telefonieren und sein Interesse an einer Beteiligung an den neuen Verhandlungen anmelden. Sie dürften deshalb erst im August stattfinden, da er vorher nicht zurück sei. Er verlangte dann meinen Pass, um mir noch am nächsten Tage vor meiner Abreise nach Budapest ein neues Visum beim Passamt ausstellen zu lassen.

Ich habe den bestimmten Eindruck, der mir auch von allen behördlichen Kennern der Personalverhältnisse bestätigt wurde, dass L. eine besondere Machtfülle in seinen Händen vereinigt und am besten imstande sein würde, Fragen im Zusammenhang mit jüdischer Auswanderung bei anderen Behörden nach seinem Wünsche durchzusetzen. Während bisher Palästina für ihn als Einwanderungsland fast völlig uninteressant war, wie mir *Eppstein versicherte, ist durch die Hilfsstellung der *Haavara beim Pariser Projekt, meinen Besuch und die Aussicht, einen grösseren Teil der 25 000.– Flüchtlingszertifikate zu bekommen, die Lage zu unseren Gunsten verändert. Würden wir dazu noch in der Lage sein, auch nur in bescheidenem Umfange etwas Devisen für jüdische Auswanderung nach anderen Ländern zu transferieren, so würde der *Haavara-Transfer bei dieser Stelle und durch L. auch bei anderen Behörden eine ausserordentlich starke Stellung erringen. Wir würden also auf diesem direkten Verhandlungswege mit der RZ. das anstreben können, was wir innerhalb der *Evian-Vorschläge seinerzeit versucht haben. Die Probe, wie weit sich hier eine neue Verhandlungssituation in Deutschland für uns erzielen lässt, wird bei den kommenden Berliner Verhandlungen in Erfahrung gebracht werden.

[...]

Beamten in Palästina den *Mossad le Alijah-Beth (das Komitee für illegale Einwanderung). Zu einem späteren Zeitpunkt im selben Jahr errichtete diese Organisation eine Zentrale des Alijah-Beth in Paris, von wo aus unter Leitung von verschiedenen *Mossad-Agenten die illegale Einwanderung von Juden nach Palästina organisiert werden konnte. Natürlich mussten sich diese Agenten in Paris mit der Gestapo in Berlin und Wien in Verbindung setzen, da ohne deren Mitarbeit ein »illegales« Einwanderungsverfahren nicht hätte funktionieren können.

IV.
Schlussbemerkung

Unter Bezugnahme auf den vorstehenden Bericht und die Anlagen möchte ich meine Ansicht über das Berliner Verhandlungsergebnis kurz wie folgt zusammenfassen:

1.) Es hat in Berlin beim RWM und anscheinend auch bei A. O. und Gestapo ein Stimmungswechsel zugunsten der Aufrechterhaltung der *Haavara stattgefunden, wobei u. a. politisch der Gesichtspunkt massgebend sein dürfte, dass nach der Veröffentlichung des Weissbuches die Araber keine besondere Unterstützung von Deutschland zum Schaden der sonst erreichbaren Ziele beanspruchen können, da sie ja gegenüber den Juden »bereits gesiegt haben«. Ich habe dieser Auffassung nicht widersprochen.
2.) Ausser dem politischen Gesichtspunkt liegt bei der Exportabteilung des R. W. M. ein ausgesprochener Stellungswechsel zugunsten der Aufrechterhaltung der *Haavara vor. Hatte man vor einem Jahr die Positivliste eingeführt, damit die *Haavara aus Mangel an Umsätzen eines natürlichen Todes sterbe, so möchte man sie jetzt beseitigen, um mit Devisenlisten durch die *Haavara einen möglichst grossen Devisenanteil für das Reich hereinzubringen und den Export nach Palästina zurückzugewinnen. Heute ist man also an dem Fortbestand der *Haavara interessiert, erkennt an, dass man ohne sie nicht gegen 100 %ige Devisenzahlung exportieren kann und es gibt nur noch den Streit um die künftigen Lebensbedingungen, die man glaubt äusserst von uns erpressen zu können.
3.) Die Aussprache mit den Behörden hat also den Weg zu einer neuen Transferverhandlung freigegeben. Wenn man berücksichtigt, dass eine einfache Aufhebung der Positivliste und Veröffentlichung der drei Devisenlisten mit Bruttopreis-System für uns wahrschiehlich einen Transfer von nur wenigen 1000 Pfunden monatlich gestatten werden und bestenfalls 50 % des Palästina-Preises uns verbleibt, so kann eigentlich kein noch so schlechter künftiger Verhandlungsausgang ein schlechtes Ergebnis zeitigen, als uns sonst nach Roths Rückkehr geblüht hätte. Meine Reise ist also gerade im richtigen Augenblick erfolgt, und wir müssen *Pinn* dankbar dafür sein, dass er – wenn auch aus dem Wunsche persönlicher Erledigung von Paltreu-Fragen – auf meiner Reise bestanden hat.
4.) Sollte wirklich die Tempel-Bank unsere Hilfe benötigen, so betrachte ich dies für die kommenden Verhandlungen nicht als eine Belastung, sondern als einen glücklichen Zufall, der geeignet sein kann, unsere Position zu verbessern. Daneben kann man vielleicht noch via Grundstückstransfer *Sarona*[6] ein zusätzliches Transfergeschäft machen.

---

[6] Sarona war eine im Jahre 1871 von deutsch-christlichen Siedlern gegründete Siedlung in der Nähe von Tel Aviv.

5.) Wenn die *Haavara das Pariser Projekt durchführt und auch in Zukunft etwas hilft, wird sie in ein besseres Verhältnis zu Reichsvereinigung und Gestapo kommen und vielleicht die Stützung beim RWM erreichen.
6.) Die persönliche Aussprache bei Paltreu und Palamt war dringend notwendig und hat überraschend schnell und ergiebig Resultate gezeitigt.
7.) Der Aufenthalt in Berlin sowie Ein- und Ausreise vollzogen sich ohne jede Belästigung bezw. ohne irgend eine persönliche Unannehmlichkeit.

am 11. Juli 1939.

[189] Deutsche Föderung der illegalen Einwanderung nach Palästina
26. Juli 1939; CZA: S7\902.

Spezial-Information Sonderausgabe vom 26. Juli 1939

Deutschland fördert die illegale Einwanderung von Juden nach Palästina.[1] Störung der englischen Palästina-Politik.

Unter Hinweis auf unsere laufende Berichterstattung über die Fühlungnahme zwischen den Arabern und dem Dritten Reiche berichten wir:[2]

Am Samstag, den 23. Juli, wurden abends die zuständigen Stellen des Innenministeriums, der Gestapo-Zentrale und der Wilhelmstrasse, durch die Führerkanzlei angewiesen, die illegale Einwanderung der Juden nach Palästina mit allen Mitteln zu begünstigen. Gleichzeitig seien den Araber-Organisationen laufend die Zahlen der illegalen Einwanderung aus dem Dritten Reiche und allen von der Achse kontrollierten Ländern mitzuteilen. Die Führerkanzlei hat die ebengenannten Stellen darauf hingewiesen, dass auf die entsprechenden Massnahmen der grösste Wert gelegt werden müsste, da die zusätzliche Störung der englischen Palästina-Politik zur Zeit dringend erforderlich sei.

M. R.[3]

---

[1] Seit Beginn des Araber-Aufstands in Palästina im April 1936 hatten die britische Mandatsbehörden die jüdische Einwanderung begrenzt. Die Alijah-Beth (Komitee für illegale Einwanderung) wurde eingerichtet, um jüdischen Flüchtlingen aus NS-Deutschland die Auswanderung nach Palästina trotz dieser Begrenzungen zu ermöglichen.

[2] Als sich die Situation in Europa zwischen 1938 und 1939 verschlechterte, versuchte das NS-Regime die antikoloniale Unruhe im britischen Reich außerhalb Europas zu fördern. In seiner Propaganda erklärte der NS-Staat, die Araber hätten unbestreitbar das Recht, ihre Länder zu verteidigen und in Palästina den arabischen Charakter des Landes zu schützen. Gleichzeitig verfolgte Hitlers Regierung noch eine Politik der unbegrenzten jüdischen Auswanderung von Deutschland nach Palästina.

[3] M. R.: Martin ‛Rosenblüth.

[190] Alijah Beth: illegale Einwanderung in Palästina
o. D. (nach dem Krieg); HA: 149.00025[1].

»Geheim«

Ehud:[2]
Soweit ich mich erinnern kann, war die Lage damals so: In Jugoslawien saß ein Bursche [namens] Arje Schindelmann (Schwindelmann), anscheinend Dirigent [...] Er wusste von Zvi Yehieli,[3] dass es eine zweite Alija [Alija Bet] gibt – er war der erste, der 1938 nach Wien gekommen war, zu Beginn des Anschlusses. Er wandte sich an M. Agami[4] und sprach mit ihm über die Alija Bet. Er kam aus Mitteleuropa und sagte: Was in Polen gemacht wird, wird auch in anderen Ländern gemacht. In Gefahr sind Deutschland, Österreich und die Tschechoslowakei. Man müsse die Flüchtlinge über Jugoslawien zu den Schiffen bringen. Die Revisionisten begannen damals eine großangelegte Alija.

Ihre Aktion wurde von professionellen Abenteurern organisiert. Herausragend dabei ein Mann namens Dr. Perl, Österreicher oder Tscheche, und auch sein Kompagnon, ein bulgarischer Jude; er eignete sich zum Revisionisten. Doch ihre Initiative und ihr praktisches Vorgehen gegen die große Not, sowie ihre Erfahrung in Polen motivierten Schindelmann, der auf die Wirksamkeit der Aktionen unserer Leute in Polen angewiesen war.

Agami war ihr Mittelsmann, vom *Hechaluz. Sie bewahrten dies als ein wohlbehütetes Geheimnis vor uns, obwohl ich der Leiter des *Hechaluz war und zu jener Zeit Befehlshaber über eine geheime Aktion – der in die Aktionen der *Haganah am besten Eingeweihte. Durch Zufall schnappten wir mal die Satzfetzen auf: »Schiffe, Begleitung Levi Schwarz«. Einmal erschien Pino und sagte: »Siehst Du, so geht das von einem Schiff zum anderen; Inselspringer«, usw.

Damals verhinderte die *Jewish Agency diese Operation. [Eliyahu] Dobkin[5] besuchte uns in jener Zeit mehrmals in Österreich und versuchte uns zu bremsen, da gerade die Verhandlungen mit den Engländern in Gang waren.

Gegen Ende 1938 schmissen wir Burschen aus dem *Hechaluz raus, da sie sich bei Perl gemeldet hatten. Darunter Hervorragende – aus Kibbuzim und in Staatsämtern. Aber das galt als Verstoß gegen die zionistische Disziplin. Ich wurde durch dieses Verfahren stärker. Einmal bin ich mit Dobkin nach Berlin gefahren und habe gesehen, wie er sich dagegen einsetzte. Der Bericht für Agami

---

[1] Dieses Dokument wurde von Jan Kühne aus dem Hebräischen übersetzt.

[2] Hier ist Ehud *Avriel gemeint.

[3] Zvi Yehieli war vor sowie während des Krieges in der Organisation des *Mossad le Alijah-Beth im Genfer Büro tätig; er war auch 1937–1938 bei der Errichtung der Zentrale in Paris.

[4] Moshe Agami (Auerbach) war bis Mai 1939 in Wien als Agent für den Mossad le Alijah-Beth.

[5] Eliyahu Dobkin war Mitglied der Leitung der Abteilung »Alijah« in der *Jewish Agency for Palestine, und 1937 in Palästina an Besprechungen zur Bildung des Alijah-Beth beteiligt.

veränderte unser Verhältnis und Österreich galt fortan als erlaubtes Gebiet für die Alija Bet.

Kurt *Goldmann betrieb bis dahin den *Hechaluz in Berlin, auch dort begann damals die Aktion.

Für uns stellte das ein doppeltes Problem dar: die Rettung von Freunden und politische Beziehungen – sie hatten sich zwar bei den Revisionisten eingeschrieben, aber nicht alle kamen.

Mosche Agami fuhr in einem Fiaker vor unserem Büro vor, der Pförtner kam und sagte: Ein Mann ist angekommen, der Hebräisch spricht. Ich ging hinunter und wir lernten uns kennen. Warum im Fiaker? – Hatte er im Kino gesehen.

Hätten wir damals nur einen kleinen Teil dessen gewusst, was wir heute wissen, dann hätten wir Großes erreichen können.

Ausgerechnet die Revisionisten wurden Agamis Vorbild. Er sah, dass andere Dimensionen nicht nur möglich, sondern auch notwendig waren. Wir lernten von ihnen und machten es besser. Agami war damals Abgesandter des *Hechaluz in Wien, ein zuverlässiger Freund. In Österreich war die Bewegung sehr stark.

Mosche Agami fuhr mehrmals nach Zürich und traf sich dort mit Braginsky.[6] Langsam entwickelte man damals die Überzeugung, das Österreich dabei sein müsse.

Agami lernte Frau Greta Has kennen, die heute in Australien lebt – reich und hochangesehen; eine Invalidin. Sie lebte im Stil der guten österreichischen Gesellschaft; Besitzerin einer Weinkellerei. Agami lernte auch einen gutaussehenden, hochgewachsenen Mann kennen: Matusjani – Italiener oder Grieche – mit glühenden Augen und breitkrempigem Hut, wie ein Musiker; eine sehr verschwenderische Natur. Als die Gesellschaft kollabierte und die neuen Kreise an die Macht kamen, knüpfte er problemlos Beziehungen. Matusjani arbeitete für Agami. Und noch eine Bekanntschaft: Ingenieur Karthaus,[7] Nazi mit Parteiabzeichen (das war kurz nach dem Anschluss). Arbeitete für die Organisation Todt (so eine Art technischer Schulabschluss von denen), die den Deutschen ihre Autobahnen asphaltierten. Auf Veranlassung der Jugoslawen asphaltierte er eine Straße von Österreich nach Jugoslawien; arbeitete auch für die jugoslawische Regierung. Gutes Nachbarschaftsverhältnis, sehr ernsthafte Position, gute Beziehungen mit der jugoslawischen Regierung. Er war einer der Gerechten unter den Völkern. Er war es also, der, zwar gegen Bezahlung, für Mosche Agami 20 000 Transitvisa durch Jugoslawien organisierte. Damals war der Erhalt eines Transitvisas durch Jugoslawien unmöglich. Karthaus und Agami fanden Wege, die öffentlichen Ämter auszunutzen. Um es uns leichter zu machen, verteilte er legal einen halben Pfund Sterling pro Kopf (20 Mark).

---

[6] Yehuda Braginsky war Vertreter des *Hechalutz und in der Organisation des Alijah-Beth in Palästina tätig.

[7] Wolfgang Karthaus war NS-Funktionär in Wien sowie Verbindungsmann zu den lokalen Mitarbeitern des Mossad le Alijah-Beth in Wien.

Der zweite wichtige Teil der Vorbereitungsphase, dank jener Verfahren – ich glaube, der österreichische Transport fuhr nicht wie abgemacht, sondern ein kleiner österreichischer Transport ging nach Sušak (Rijeka), an der italienisch-jugoslawischen Grenze. Doch die Visa von Karthaus wurden für den Transport der Tschechen und deutschen Juden aus Danzig benutzt.

Die zweite Aktion ist näher am Krieg. (Von 1934 bis 1938 haben wir nichts Großes unternommen.) Kladovo.[8] Das Problem war, dass es wegen der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei keinen Weg nach Jugoslawien gab (oder vielleicht konnten keine Schiffsabfahrten von Jugoslawien organisiert werden). Daher wurde beschlossen, es über die Donau zu versuchen, was große Diskussionen auslöste. Ziel war es, über die Donau zum Schwarzen Meer zu gelangen.

Vielleicht wollte man beide Wege gehen – über die Donau und mit der Eisenbahn –, jedenfalls begannen wir mit Schiffen auf der Donau zu arbeiten, die Revisionisten und wir auch.

Ende 1938 (November) verschlechterte sich die Lage der deutschen und österreichischen Juden beträchtlich.

Man nahm Anzeichen der Vernichtung wahr. Der Mord an vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris – alle jüdischen Männer wurden festgenommen, die meisten wurden freigelassen und ein Teil wurde in Konzentrationslager geschickt. Brandanschläge auf Synagogen, usw. – da musste man schnell fliehen. Zur selben Zeit passierte es auch in Österreich (12. November 1938 – Unglückstag). Die Gestapo in Österreich gründete eine Einrichtung zur Förderung der jüdischen Emigration und an ihrer Spitze der berüchtigte *Eichmann. Er benutzte alle möglichen Mittel, um durch Druck die Emigration zu beschleunigen. Damals war, was sie machten, noch eine »Lücke in den Sonderbehandlungen« und nicht die Vernichtung, die danach kam. Damals rief man überall die Juden zur Emigration auf und es wurden dafür verschiedene Aktionen ins Leben gerufen: man fragte in den Familien nach – hatten die Männer ein Visa, so wurden sie freigelassen. *Eichmann verlangte, dass die Wiener Gemeinde sich mit der jüdischen Alija beeile und dass sie jüdische Verantwortliche organisiere, die von den Regierungen ernannt würden. Ein Mann namens *Storfer[9] wurde Koordinator für alle Emigrationsaktionen, mit Unterstützung der deutschen Autoritäten. Es gab damals Aktionäre der Alija Bet: Agudat Jisrael, die Revisionisten, Reisebüros und Privatpersonen, die sich bereichern wollten, *Hechaluz. *Storfer wurde über all jene zur Aufsichtsperson ernannt, und wurde ihr Koordinator.

Wir waren in dieser Vereinigung – schon damals dachte ich, das ist Nonsens – für die Absetzung der Immigranten im Lande Israel verantwortlich und für das Mieten von Schiffen (doch das war natürlich lächerlich, denn unser Einfluss war

---

[8] Kladovo war eine Hafenstadt an der Donau im damaligen Jugoslawien.

[9] Berthold *Storfer war ein jüdischer Kaufmann in Wien, der sich mit der Organisation des Transports von mitteleuropäischen Juden nach Palästina beschäftigte.

gering) – sie hatten aber bereits ein Abkommen mit einer Organisation, die für das Absetzen verantwortlich war, sonst hätten sie uns gar nicht einbezogen.

Auch der *Joint, zusammen mit anderen Organisationen zur finanziellen Unterstützung war daran interessiert, dass es eine einheitliche Organisation gibt – auch in finanzieller Hinsicht, damit Konkurrenzkampf vermieden werden könne. Aus diesem Grund hatten wir bei der Auswahl der Menschen das Nachsehen. Viel Geld war notwendig, aber unsere Leute waren arm und wir waren gezwungen, ein Abkommen mit den Kleinbürgern einzugehen, in dem wir einen gewissen Prozentanteil der Leute übernehmen – die ungewollten Elemente. Sie bezahlten uns zusätzliche Summen, das Verhältnis war 1 zu 10. Die Nachfrage war groß und daher drückten sie ein Auge zu und sagten: »Na gut, 1 zu 10«. Dann begann die Organisation zu arbeiten und wir waren das aktive Element, welches von Torfer und Anderen mit den Regierungen zusammengebracht wurde, dem Anschein nach. Aber das war nicht so einfach: riesige Schwierigkeiten und enorme Meinungsverschiedenheiten, usw. Wir forderten dringend ein Budget, doch sie sagten, es sei besser zu warten und die Sache gründlich anzugehen.

Vermittels Matusjani trafen wir uns mit einem aktiven Chefkoch der Gestapo. Ein angenehmer Bursche, österreichischer Goj. Während der Phase illegaler Nazi-Aktivität in Österreich hat er jede Waffe gemeldet. Dafür erhielt er als Gegenleistung ein Reisebüro in Wien. Er hatte einen Mitarbeiter, der organisierte für die Gestapo Erpressungen und Festnahmen. Soweit ich informiert bin, trennte er sich von ihm, lief zu uns über und stand uns dann mit seinen Beziehungen zur Verfügung, damit er sein Gewissen reinigen könne.

Er erwies uns wichtige Dienste, beschaffte Transitvisa durch die Slowakei, das seit der Nazi-Besatzung ein unabhängiges Land war. Er verwandelte, gegen Bezahlung, die slowakische Botschaft in unsere Arbeitszentrale. Wir konnten ihre Telefonleitung mit Rumänien benutzen, mit Braginsky, usw. Er organisierte uns freien Eintritt in die Slowakei und wir verhielten uns in seiner Gegenwart so, als ob wir unter uns wären.

Die Katastrophe von Kladovo fing damit an, dass das Schiff, welches eigentlich unsere Leute für den *Mossad der Alija in Sulina (neben Constanța) abholen sollte, nicht kam. Es wäre wichtig gewesen, die Zeiten abzusprechen. Denn die Donau war zugefroren und die Schiffe mussten zu ihren Ankerplätzen am Ufer der Donau zurückgebracht werden, wo sie noch nicht zugefroren war.

Als klar wurde, dass wir den Winter vergeudet hatten – entschieden wir uns dafür, die Leute in Bratislava zusammen zu halten und dieser Chefkoch ermöglichte es uns, die Leute in der Slowakei zu behalten. Das war einfacher.

Der Kladovo-Transport wurde offiziell von *Storfer organisiert und setzte sich aus allen möglichen Elementen zusammen.

[191] Alijah Beth: illegale Einwanderung in Palästina
1985; HA: 123/Kibu/124 (Ha'apala Project, Tel Aviv University)[1].

Pino Ginzburg 2 (123/קיבו/124)
תיק 43

Ungefähr Anfang Februar 1939 begannen auch die *Hechaluz* Bewegungen in Deutschland und in Österreich (die in der Zwischenzeit Deutschland angegliedert wurden) aufzuwachen. Verschiedene Faktoren trugen zu dieser Erweckung bei: Einerseits unsere Aktion (eine erfolgreiche Aktion!), die wir für den **Hechaluz* in Polen gemacht hatten; andererseits die schwierige Lage, die in diesen Ländern nach November 1938 entstanden war, und die Gewissheit, dass der **Hechaluz* endlich eine bevorstehende, schnelle und organisierte Alija für die Genossen organisieren müsse. Unmittelbar ausschlaggebend war natürlich auch die Tatsache, dass unsere Konkurrenten begannen hunderte von Menschen aus Österreich zu holen und sie auf Schiffen auf der Donau nach Rumänien zu schicken und von dort per Schiff ins Land Israel.

Zu jener Zeit kontaktierten uns zwei Abgesandte, die damals dort gewesen waren: aus Österreich Moshe Auerbach (aus Kfar Gil'adi) und aus Deutschland Pino Ginzburg (aus Ramat HaKovesch). Wir stellten ihnen die Forderung, zuerst den Transit vorzubereiten, woraufhin wir ihnen mit dem notwendigen Schiff zur Hilfe kommen würden. Wir waren noch so fiebrig nach irgendeiner Aktion in Deutschland, dass wir fast keine finanzielle Forderung stellten. Wir wären bereit gewesen, für diese Sache unsere letzten, kleinen Geldreserven auszugeben; in der Hoffnung, dass mit Beginn unserer Operation für die Juden Deutschlands sich schließlich auch Unterstützer finden würden.

Als Organisationszentrum wurde daher Wien bestimmt, denn dort hatte Evrion die besten Möglichkeiten, die Transitvisen zu besorgen. Außerdem erhielten wir aus den Telefongesprächen dahingehend Informationen, dass wir den Eindruck bekamen, dass gerade in Wien, welches die Nazis nach dem Anschluss judenrein machen wollten, dennoch weiterhin die Möglichkeit bestand, mit den Autoritäten zusammenzuarbeiten und die Operation dort somit legal durchzuführen. Auch konnte man sich von der deutschen Obrigkeit Unterstützung bei der Besorgung der erforderlichen Transitvisa erhoffen. Wir hatten schon lange gewusst, dass unsere Konkurrenten in Verbindung mit der deutschen Obrigkeit arbeiteten, doch an sich konnten wir uns nicht vorstellen, – wir waren ja an die zionistische Bewegung gebunden und verstanden uns als so etwas wie ihre Avantgarde, – in dieser Sache Verbindungen mit der Obrigkeit, genauer gesagt mit der Gestapo aufzunehmen und mit ihr Vereinbarungen zu treffen. Es begann das Stadium der Beratungen und Absprachen mit unseren Mitgliedern in

[1] Dieses Dokument wurde von Jan Kühne aus dem Hebräischen übersetzt.

London. Es verging nur kurze Zeit, bis wir endlich die Mitteilung erhielten, dass wir für eine solche Angelegenheit sogar bereit wären, mit einem Dämon Kontakt aufzunehmen, wie es die Gestapo ist. Selbstverständlich wurden an dieser Sache ernste Zweifel geäußert. Immerhin musste vor der Gestapo einer der führenden Vertreter der Juden Deutschlands erscheinen, der ihr bereits bekannt war. Und wenn – Gott behüte! – die Sache fehlschlagen sollte, oder wenn die Gestapo danach aus diesen oder jenen Gründen den Kontakt mit ihm abbrechen würde … oder ihn auffliegen lassen würde – mithin wäre dann für diese Person oder Institution, mit der sie in Kontakt stand, Unangenehmes zu erwarten. Außerdem existierten begründete Bedenken hinsichtlich der ideologischen Grundlagen unserer Konkurrenten – dass die Gestapo uns dazu zwingen könnte,

Menschenmaterial ins Land zu schicken, an deren Aufnahme im Land wir sicherlich nicht interessiert waren, beispielsweise Senioren, Kriminelle, Paare, usw. Wie gesagt, nach zahlreichen Diskussionen wurde – endlich – beschlossen, Kontakt mit der Gestapo aufzunehmen, denn es war klar, dass wir eine solche Unternehmung nicht in Deutschland durchführen konnten, ohne dass die Obrigkeit darüber Bescheid wüsste. Und so begann man mit der Suche nach geeigneten Menschen für die Kontaktaufnahme.

Und noch während wir uns damit beschäftigen, kommt von Bravermann die Nachricht, dass er bereits alle Verbindungen zu den Obrigkeiten besitze, dass ihm bereits der Transit über Jugoslawien zugesagt wurde. So blieb lediglich die Frage: wann könnten wir ihm das Schiff [Nr.] 6 zur Verfügung stellen.

Am Wichtigsten ist jedoch, dass er bereits mit der Gestapo alles geregelt hat, dass wir somit in unseren Aktionen absolut unabhängig sind, und dass wir nicht mit irgendwelchen jüdischen Einrichtungen in Verbindung stehen müssen – dass uns absolut freigestellt sei, welches Menschenmaterial wir bringen wollten, – ohne jegliche Einmischung seitens jüdischer Institutionen oder Regierungseinrichtungen. Bravermann ließ uns auch wissen, dass er irgendwie kleinere Summen von Devisen für die österreichischen Immigranten auftreiben könne. Selbstverständlich sprachen wir uns mit dem **Hechaluz* Deutschlands über das Verhältnis der Anzahl von Menschen zu der der übersiedlungsvorbereitenden Tauglichmachung [*Hachsharah*] ab.

Wir beschlossen, dass wenn sich diese Angelegenheiten derart leicht regeln ließen, uns diese Gelegenheit nicht entgehen zu lassen und mit der Aktion zu beginnen, obwohl wir noch verschiedene Zweifel hegten. Zu deren Klärung mussten wir uns wieder mit Bravermann treffen, mit dem wir bis dahin bezüglich unserer Arbeit nicht in Verbindung gestanden hatten. Das Treffen und die Absprachen mussten unbedingt in Wien stattfinden, wo unser Genosse Hamarat alle Daten einsehen und die Bedingungen einschätzen konnte, die zur Ausführung des Projektes notwendig waren. Wir informierten diesbezüglich Bravermann, der sofort antwortete und mitteilte, dass seine Verbindungen mit den Regierungen so gut seien, dass er mir innerhalb von 1–2 Tagen ein Einreisevisum schicken könne.

Hier muss betont werden, dass der Erhalt eines deutschen Einreisevisums für einen Juden in jenen Tagen bereits keine leichte Sache mehr war – unsere Boten mussten darauf manchmal mehrere Monate lang warten. Tatsächlich erhielt das deutsche Konsulat in Paris nach 3–4 Tagen die Anweisung, mir ein zweiwöchiges Einreisevisum auszustellen.

Am Wiener Bahnhof traf ich Auerbach, der mich einem großen Mann vorstellte, der ein ausgesprochen typisch orientalisches Aussehen hatte: dunkler Teint auf der Haut (später stellte sich heraus, dass er von Alfasi kam). Das war der Herr Matusjani, einer der Agenten der Gestapo, der unsere Angelegenheit bearbeitete. Aus der Mitteilung Bravermanns, die mir in jener Nacht für den nächsten Tag überbracht wurde, wurde die undurchsichtige Sachlage ersichtlicher. Um Wien von den Juden zu säubern, hatten die Nazis eine Institution für jüdische Emigration gegründet, dessen Leiter *Eichmann war. Ihm wurde nachgesagt, dass er in Sarona, im Lande Israel geboren sei, denn er beherrschte ziemlich gut Hebräisch und war mit der allgemeinen Geschichte des Zionismus eingehend vertraut, insbesondere mit der Arbeiterbewegung.[2] Er tat alles, um sich durch den Abtransport der größten Anzahl von Juden aus Wien zu profilieren. Er war in den Angelegenheiten unserer Konkurrenten verwickelt, wie auch in allen möglichen anderen Organisationen, die auf ihre Weise begannen, Menschen auf dem Weg der Alija Bet ins Land Israel zu schicken.

Allerdings waren all jene Organisationen bereits nicht mehr in Wien, als ich dorthin kam, denn sie waren an verschiedenen finanziellen Schwierigkeiten und an den Einwanderern gescheitert. Die ordnungsliebenden Deutschen reagierten darauf und bestraften sie auf folgende Weise: der Leiter einer solchen Vereinigung saß bereits in einem Gefängnis, eine andere Organisation wurde geschlossen und behielt ihre Aufenthaltsgenehmigung nur, um den Transport noch zu erledigen, der bereits zur Abfuhr stand, usw. Man erhielt den Eindruck, dass die Stimmung in jenen Kreisen der Nazis, die der Sache der jüdischen Emigration nahestanden, derart war, dass sich *Eichmann vermutlich in Zukunft an keinen Aktionen mehr beteiligen würde, und daher bot sich nun anderen Nazi-Organisationen die Möglichkeit in dieser Angelegenheit aktiv zu werden. Diesbezüglich waren die finanziellen Ausgaben der Wiener Juden damals eine ziemlich gute Möglichkeit, um das Niveau anzuheben und so Gefallen in den Augen großer Geldgeber zu finden. So entstand in jenen Kreisen der Gestapo, die nicht direkt durch die Emigration der Juden finanziert wurden, ein Plan, sich ebenfalls an diesem Geschäft zu beteiligen, welches großen Gewinn versprach. Der Leiter der jüdischen Abteilung der Gestapo, Dr. Langer, fand irgendeinen preußischen Ingenieur, der

[2] Adolf *Eichmann war tatsächlich 1906 in Solingen (Rheinland) geboren. Da er für den Zionismus und die zionistische Bewegung in Deutschland zuständig war, fungierte er als »Zionismusexperte« im Sicherheitsdienst. Er versuchte 1937 Neuhebräisch zu lernen, konnte jedoch keinen »arischen« Lehrer finden. Der SD erlaubte ihm nicht, einen Juden anzustellen. Es wurde ihm vorgeschlagen, die Sprache autodidaktisch zu lernen. Es ist nicht klar festzustellen, ob er sich jemals dazu entschloss.

von der Partei nach Wien geschickt worden war, um dort zu arbeiten. Ihm gab er inoffiziell den Auftrag, Möglichkeiten einer Organisation von Transporten unter dem inoffiziellen Deckmantel der Gestapo zu erkunden. Dieser Ingenieur nahm sich den bereits erwähnten Herrn Matusjani zum Gehilfen, um verschiedene kleinere Unternehmungen auf den Weg zu schicken. Wir vier – der Ingenieur, Matusjani, Moshe und ich – trafen uns in einem Café, auf dessen Türen nicht nur geschrieben stand, dass Juden der Eintritt verboten sei, sondern auch, dass Juden nichts verkauft werde, nicht einmal zum Mitnehmen. Der Ingenieur zeigte mir stolz das Parteiabzeichen mit goldenem Kreis auf seiner Kleidung – ein Zeichen der Parteiangehörigkeit, noch vor Hitlers Machtantritt. Herablassend meinte er, man müsse sich nicht zu Herzen nehmen, was auf der Tür des Cafés geschrieben stehe. Ich litt darunter, dass Moshe, der Dickkopf, sich keinen neuen Mantel für das Treffen in der Öffentlichkeit hatte kaufen wollen und nun in dem alten Mantel erschien, der an den Ellbogen zwei Löcher hatte. Aber unter der Aufsicht dieser beiden »Kollegen« mit den Parteiabzeichen fühlten wir uns ziemlich unbeschwert [...] Außerdem stand mir und Bravermann ein Auto der Gestapo samt Chauffeur zur Verfügung, sowie ein Agent der Gestapo, der uns zu vielen verschiedenen Interview-Treffen führte. Jedes Mal wenn wir aus dem Auto aussteigen wollten stieg der Fahrer zuerst aus, rannte schnell zu unserer Tür und öffnete sie uns, damit wir aussteigen können; dabei hielt er seinen Hut in der linken Hand. Wir gaben ihm jedes Mal Trinkgeld in Deutschmark, und er hörte nicht auf, sich zu bedanken. Man hatte mir schwarz auf weiß den Briefwechsel zwischen dem Wiener Reichskommissar[3] und den jugoslawischen Botschaftern in Wien gezeigt. Daraus war eindeutig und deutlich ersichtlich, dass uns Jugoslawien als Transitland offen stand. Grob gesagt handelte es sich um einem Vertrag zwischen diesen beiden Regierungen, über eine Überführung von 20 000 Wiener Juden, die Aufenthaltsvisa für Südamerika unter der Bedingung erhalten sollten, dass das Schiff, dass sie abholen würde, am Zielhafen warte, *noch bevor die Leute ankamen.*

Auch musste das Schiff geeignet sein, Passagiere aufzunehmen, die unter Umständen und aus verschiedenen Gründen vielleicht nach Deutschland zurückkehren mussten. Die Gestapo wollte sich jedoch nicht verpflichten, sie wieder aufzunehmen, nachdem sie die Grenze einmal überschritten hatten. Aber nach einer langen und ermüdenden Verhandlung gelangten sie zu irgendeiner Vereinbarung. Der Ingenieur und auch der Malteser [Matusjani] waren voller Enthusiasmus und sahen darin etwas, das im großen Stil über die Bühne gehen würde und dabei natürlich auch große persönliche Gewinne versprach, zudem – auch wenn darüber nicht offen gesprochen wurde – einen Aufstieg in der Hierarchie der Nazis. Der Ingenieur wiederholte immer wieder: »und danach drehen wir den Spieß um«, und der Malteser fügte hinzu: »und dadurch wird das Geschäft auffliegen« [...].

[3] Hier ist Josef Bürckel gemeint, der 1938–1940 Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich in Wien war.

Zwischen uns und der Gestapo gab es noch eine Meinungsverschiedenheit über die Chaluzim aus dem alten Deutschland, die wir an dem Handel beteiligen wollten. Die Wiener Gestapo war ja – endlich – daran interessiert, Wien von ihren Juden zu reinigen, doch es war ihr gleichgültig, was mit den Juden des alten Reichs geschehen würde. Doch unsere Haltung in dieser Angelegenheit war so bestimmt, dass wir problemlos die bei uns übliche notwendige Mehrheit überstimmten. Insgesamt waren es ungefähr 400 Menschen.

Mittendrin muss ich hier selbstverständlich noch hinzufügen, dass wir unterdessen vorausschauend weiterarbeiteten – aufgrund unserer schlechten Erfahrung in Neapel und hinsichtlich der Möglichkeiten einer Abfahrt aus Jugoslawien, – insbesondere in Bezug auf die Notwendigkeit eines geeigneten Passagierschiffs, nach dem wir die ganze Zeit über suchten. Nach allerlei Hin- und Her von Zvi J. in Athen, erhielt er von einer Armeefirma ein Angebot über ein Passagierschiff, das für Küstentouren benutzt wurde und dass offiziell nicht der Firma gehörte, sondern durch allerlei verworrene Konten, mit denen wir nichts zu tun hatten, ihrer Leitung übertragen war – die »Colorado«.

In technischer Hinsicht war dieses Schiff sehr schwach, aus schlechtem Material gebaut. Der Motor war schwach, die Schiffsschraube defekt und die Geschwindigkeit zu gering. Aber wir hatten keine andere Wahl und außerdem hat man uns einen Plan vorgeschlagen: die »Colorado« würde das Schiff sein, welches die Passagiere in den Häfen aufnehme und sie danach der »Atrato« übergebe, die sie dann auf ihrem Weg weiter bringe. Selbstverständlich konnte solch ein Plan nur verwirklicht werden, wenn die Arbeit in einem Tempo geschehe, dem sich beide Schiffe anpassen können, denn ansonsten würde eine Situation entstehen, in der wir für jede Lieferung zwei Schiffe zu unserer Verfügung bräuchten, und das kostete doppelt soviel.

Chaims Mitteilungen zufolge war das Schiff schon nach den notwendigen Vorbereitungen bereit, den Hafen von Piräus zu verlassen, zum Hafen von Sušak [Rijeka, Kroatien], dem jugoslawischen Hafen. Noch vor meiner Abreise aus Wien traf ich mich mit Kapitän Dimitri in London, der dorthin kam, um dem Schiff die Flagge zu bringen.

Alles verlief problemlos und auch das berühmte »Patent« (unecht, selbstverständlich) war bereits fertig. Wir bereiteten mit allen Beteiligten den Tag der Abreise vor und trafen dementsprechend letzte Vorkehrungen in Wien. Diese Tage waren hektisch und aktionsreich für alle im Wiener *Hechalutz Zentrum, insbesondere aber für Bravermann – letztendlich war diese ganze Aktion selbst in Deutschland nur halb-legal. Bravermann verfügte über keinerlei Dokumente oder Ausweise, die Kenntnisnahme der Regierungen bescheinigten. Als wir einmal den Ingenieur fragten, was wir antworten sollten, wenn wir im Verlauf der Aktion gefragt würden, in wessen Auftrag wir handelten – da sagte er: »Sagt, dass Dr. Langer, der Chef der jüdischen Abteilung der Gestapo über alles informiert ist. Hier ist seine Telefonnummer und die Nummer seiner Abteilung.« …

Unter diesen Bedingungen mussten wir unsere Kameraden aus allen Städten Deutschlands versammeln, um die Züge und Waggons zu koordinieren, die sie aus dem Altreich nach Wien brächten; am letzten Tag mussten wir persönlich die Wiener Leute versammeln. Und all das musste in jener für die Wiener Juden damals so schwierigen Situation gemacht werden. Es war aber so schwer, wie die Teilung des roten Meeres. Zum Beispiel folgendes Ereignis: für einen bestimmten Tag hatten wir es geschafft, eine Schlafmöglichkeit für die Emigranten in irgendeinem Waisen- oder Jugendheim – in irgendeiner Wohltätigkeitsstiftung – zugesichert zu bekommen. Doch im letzten Moment wurde der ganze Plan abgesagt, denn die Jungen und Mädchen wären gezwungen gewesen – weil es nicht anders möglich war – in einem Haus zu übernachten, wo alle sanitären Einrichtungen nur an einem Ort waren … Aber trotz alledem muss betont werden, dass der Planungsapparat sehr gut und mit scharfer Genauigkeit arbeitete.

Bereits 24 Stunden vor der Abfahrt des Passagierzuges kamen bereits die Leute aus dem Altreich in Wien an. Die Wiener Leute selbst wurden in der letzten Nacht eigens im Hechaluz-Zentrum versammelt, eine andere Art Ort. Ich ging mit Bravermann und einigen Genossen des *Hechaluz am Morgen des Abreisetages zu dem Bahnhof, an dem die meisten Leute aus dem Altreich ankommen sollten. Die Leute – darunter auch viele Männer, mit großen Koffern und Rucksäcken beladen – stiegen ruhig und mit großer Disziplin aus den Waggons aus. Ohne ein einziges Wort holten sie alle Gepäckstücke heraus, legten sie entlang des Bahnsteigs und passten auf sie auf. Ein weiterer Nazi – selbstverständlich mit Parteiabzeichen – der uns bei dieser Aktion zur Verfügung stand, trat an die Stehenden in der ersten Reihe heran, sagte ihnen etwas und sofort stellten sie sich paarweise auf und folgten dem Nazi, der sie führte. Der Weg, den wir gingen, war zwei Kilometer lang, bis wir zu einem Waisenhaus oder Internat kamen. Viele der Leute brachen unter der Last ihrer Gepäckstücke zusammen und blieben stehen, um wieder zu Kräften zu kommen. Wir, die wir sie in Empfang nehmen wollten, halfen ihnen nach besten Kräften und unter großen Anstrengungen, damit die Gruppe zusammen bleibe und gleichzeitig am Zielort ankomme. In der Zwischenzeit hatte man im Hechaluz-Zentrum begonnen, die Wiener Leute zu versammeln. Die Böden der Zimmer waren von den Leibern der Genossen und Genossinnen bedeckt, und man musste die Fußsohlen mit äußerster Vorsicht aufsetzen, um von einem Zimmer ins andere zu kommen. Dazu kommt noch, dass die Hechaluz-Wohnung genau gegenüber dem Gestapogebäude war; man musste aufpassen, das nicht zuviel Lärm gemacht, oder zuviel Licht angemacht wurde, usw. Die ganze Nacht lang trafen wir letzte Vorbereitungen in einem kleinen Zimmer, welches den Aktivitäten der Leitung vorbehalten blieb. Vor lauter Müdigkeit kippten einige Leiter bereits aus ihren Socken. Am nächsten Morgen fuhr der Zug unter Begleitung Bravermanns und Pinos ab, die die Passagiere bis an die Grenze bringen mussten. Der Ingenieur war bereits zwei Tage zuvor nach Sušak gefahren. Er traf sich dort mit dem Kapitän Dimitri, der, sobald das Schiff

kam, das Kommando darüber erhalten sollte, und man konnte davon ausgehen, das alles wie geplant ablaufen würde.

Ich blieb im Hechaluz-Zentrum mit einer Genossin vom technischen Stab zurück, um die Nachricht vom Grenzübertritt entgegen zu nehmen. Ein Mitarbeiter des Zentrums trat ein und berichtete mit ungläubigem Gesicht, dass er in der Stadt gehört habe, das unser Transport an der Grenze stehe, weil ihm der Übertritt verweigert wird. Und kurz darauf, zur Bestätigung seiner Worte, klingelt das Telefon und Bravermann berichtet mir von der Grenze, dass der Zug zwar Deutschland bereits verlassen habe, aber dass ihm an der jugoslawischen Grenze die Einreise nicht erlaubt werde … Da begann eine richtige Bacchanalie von Telefonaten: ich werde von der Grenze und aus Sušak angerufen, ich rufe in Sušak und an der Grenze an und von der Grenze ruft man in Sušak an, vice versa. Es stellt sich heraus, dass das Schiff, trotz der von uns getroffenen zeitlichen Vereinbarungen, im Hafen von Sušak noch nicht eingetroffen ist, und dass die Einreise nach Jugoslawien solange verweigert werde, bis das Schiff dort eingetroffen sei und seine Eignung für die Aufnahme von Passagieren bestätigt wurde.

Mit einem solchen Problem hatte ich, ehrlich gesagt, nicht gerechnet, denn die Berechnungen der Ankunftszeit waren wirklich sehr sorgfältig gemacht worden, und Chaims Mitteilung, dass das Schiff abgefahren war, hatten wir bereits vor geraumer Zeit erhalten.

Ich saß neben dem Telefon und hatte keine Lösung parat. Ich spürte, wie mein Blut vor lauter Anspannung und Ärger richtiggehend kocht. In der Zwischenzeit musste ich zur Gestapo gehen und dort einen Bericht über die Aktionen in Wien und über zukünftige Pläne abgeben. So ist das in Deutschland üblich.

Ich überlasse das Telefon unter Aufsicht der Genossin und gehe, begleitet vom Leiter des Israel-ländischen Büros, zum Wiener Gestapogebäude. Nachdem wir verschiedene Formalitäten geregelt haben, die für die Einlassgenehmigung nötig waren, gehen wir in eine der obersten Etagen und warten in einem langen Korridor, ohne jegliche Sitzgelegenheit. Uns begleitet außerdem ein Mitarbeiter der *Histradut des Wiener *Hechaluz, ein Genosse aus Deganjah im Lande [Israel] sowie ein amerikanischer Staatsbürger. Schließlich, nach ungefähr einer Stunde Wartezeit treten ich und der Doktor (der Büroleiter des *Hechaluz) ins Zimmer. Darin sitzt einer der stellvertretenden Leiter der jüdischen Abteilung der Gestapo. Der anwesende Büroleiter meldet dem stellvertretenden Leiter, dass nun dieser und jener Beorderte gekommen sei. Der Stellvertreter, ohne zur Seite zu blicken, ruft mit lauter Stimme meinen Namen und befragt Einzelheiten zu meiner Person – ohne mich ein einziges Mal anzuschauen, ohne uns einen Sitzplatz anzubieten. Zu seiner Frage, warum ich nach Wien gekommen sei (Dabei wusste er, warum ich gekommen bin, da ich schließlich durch diese jüdische Abteilung für Juden mein Einreisevisum erhalten hatte).

Ich antworte, dass ich zur Vorbereitung der Emigration des Wiener *Hechaluz gekommen sei. Wegen meinem Deutsch passierte es, dass ich ihm sagte, dass ich

zum »Studieren« gekommen sei, d. h. dass ich gekommen sei, um in Deutschland zu studieren, usw. Der Stellvertreter fährt den Bürosekretär an: Was dieser Mann hierher komme um zu studieren?! Der Sekretär – Unterwürfigkeit und Zittern in Person – erklärt ihm, dass ich gekommen sei, um die Lage zu *sondieren*, und nicht um zu *studieren*. Der Stellvertreter fragt mich, ob ich jemals in der Landwirtschaft gearbeitet habe, um derentwegen ich ja gekommen sei, sie den Hechaluz-Leuten beizubringen? – Ich antworte ihm, dass ich einst in der Landwirtschaft gearbeitet habe, nun aber als Leiter einer Kooperative [eines Kibbuz] arbeite. Daraufhin er, mit betontem Sarkasmus: »Jaja, Leiter …« – Ich hatte die ganze Zeit nur einen Gedanken: »Was passiert dort an der Grenze?«, und die ganze Zeit muss ich vor dem Stellvertreter stillstehen, während ich noch meinen Wintermantel anhabe und, vor lauter Hitze und Anspannung im Zimmer, Schweißbäche an mir herunterfließen. Der Mantel drückt mir auf die Schultern. Ich hatte meine Hände in die Manteltaschen gesteckt, um mich zu stützen. Der Stellvertreter sieht das und befiehlt mir in soldatischer Manier: »Hände aus den Taschen!« – Letztendlich findet das Verhör ein Ende und es wird beschlossen, dass ich noch acht Tage in Deutschland bleibe und danach einen Bericht über die dortigen Aktionen mithilfe des Israel-ländischen Büros für die Gestapo anfertige. Der abgesandte amerikanische Staatsbürger erhielt sogar einen noch weniger ehrenvollen Empfang als ich. Von ihm wurde verlangt, dass er seine Hände zeige, um zu beweisen, dass er tatsächlich körperliche Arbeit verrichtet habe und fähig sei, andere zur Arbeit anzuleiten.

Ich renne zu meinem Posten am Telefon zurück. Die Situation hat sich noch nicht verbessert. Kapitän Dimitri hatte die Schiffsbescheinigungen, die er aus London mitgebracht hatte, präsentiert und sie waren – dem Ingenieur zufolge – »makellos«, d. h. einwandfrei, ohne jegliche Beanstandung. Hauptproblem: das Schiff war nicht da und an der Grenze verweigert man den Übertritt. Dazu kam noch ein Problem: die Bahndirektion an der deutschen Grenze hatte in der Zwischenzeit mit der Wiener Dienststelle telefoniert und von dort die ausdrückliche Anweisung erhalten, eine Verlängerung nur bis 4 Uhr zu gewähren, denn dann müsste der Zug nach Wien zurückfahren; die Waggons würden gebraucht. Ich versuche mit der Eisenbahndienststelle in Wien zu telefonieren, doch alle, die mit dieser Angelegenheit zu tun haben, befinden sich entweder an der Grenze oder in der Hafenstadt. Die Telefonate gehen unaufhörlich weiter. Aus den Worten der Genossen an der Grenze – Bravermann und Pino – höre ich bereits einen Ton der Verzweiflung heraus, denn das Scheitern lag nicht nur in der Rückkehr des Zuges von der Grenze nach Wien, sondern – zuallererst – in den Augen der Gestapo; und daraus ergeben sich sehr weitreichende Konsequenzen. Zwar wurde der Zug von fünf Gestapo-Agenten begleitet, doch wie sehr sich die Gestapo in dieser Angelegenheit auch inoffiziell beteiligte, machten sie sich nicht einmal die Mühe, die Wiener Gestapo um eine Intervention in der Bahndirektion zu bitten.

Wirklich: diese letzten Stunden entziehen sich jeglicher Beschreibung. In meinen Augen war die ganze Angelegenheit bereits hoffnungslos verloren. Und alles nur wegen einem solchem Nonsens!... Unsere Genossen versuchten jedenfalls, den Zug so lange wie möglich aufzuhalten. Dann, endlich, um 6 Uhr, ein Wunder: das Schiff »Colorado« fährt in den Hafen von Sušak ein. Doch für die jugoslawische Grenzbehörde reicht das noch immer nicht. Sie braucht von der Sušaker Polizei eine Bestätigung, dass das Schiff in Ordnung sei und dass es Passagiere aufnehmen könne. Die Behörden in Sušak verstehen zwar, wie sehr diese Angelegenheit allen Beteiligten pressiert, ordnen aber gerade dann alle möglichen Schwierigkeiten an, trotz der Bescheinigungen eine Untersuchung des Schiffes, usw. Dann aber kommt endlich die Nachricht von der jugoslawischen an die deutsche Grenze, dass man bereit sei, den Zug reinzulassen. Sie kam um 19.30 Uhr – genau in dem Moment, als bereits eine Lok ankoppelt wurde, um den Transport wieder nach Wien zurück zu bringen. Die Lok wurde wieder auf der anderen Seite des Zugs angekoppelt und der Zug fuhr ab. Ich küsste das Mädchen neben dem Telefon und leichten Herzens verließen wir das Hechaluz-Zentrum. Es muss angemerkt werden, dass wir diesen ganzen Jammer alleine durchmachten, denn wir hielten die Sache geheim und keiner im Hechaluz-Zentrum, außer von zwei Genossen, wusste von der Sache irgendetwas.

Am nächsten Tag, als Bravermann und Pino von der Grenze zurückkehrten, machten wir allerlei Pläne für die Zukunft und – hauptsächlich – in Bezug auf die finanzielle Situation. Das Zentrum hatte für den deutschen Transport mehr als 5000 Pfund Sterling aus seinen Reserven investiert und es war klar, dass, wenn sich keine Geldquelle für die Immigration aus Deutschland finden würde, die kommenden Operation nicht durchführen ließen. Verständlicherweise waren wir bereit, diese Aktion von Deutschland aus zu organisieren, nicht nur für uns, sondern auch für die Gestapo, die sich für uns bemüht hatte, Transitvisa für 20 000 Personen beschafft hatte und uns sozusagen das Monopol über die Leitung des Unternehmens der Alija Bet aus Österreich übertragen hatte. Zur Beschaffung der Gelder reiste ich nun mit Pino nach Berlin.

Hier muss ich noch auf eine andere Aktion eingehen, die wir in der Zwischenzeit in Wien unternahmen. Inmitten der Anspannungen, hektischen Bemühungen und zahlreichen Scherereien, die wir gehabt hatten, um den ersten Transport zu ermöglichen, konnten wir ausgerechnet in Wien eine beträchtliche Zeit der Suche nach weiteren Schiffen widmen. Denn in Wien erschienen damals alle möglichen Schiffsbesitzer, Händler und Unterhändler, die von der Möglichkeit angelockt wurden, hier einen guten Gewinn zu erzielen. Wir konnten uns in Wien mit vielen Schiffsbesitzern treffen und mit ihnen verhandeln, nicht schlechter, wie als wenn wir in Athen gewesen wären. Die Schiffseigentümer gingen direkt zu den Nazis und boten ihre Dienste an. Die Regierungen waren anscheinend mit den Schiffseigentümern bezüglich ihres Anteils übereingekommen – die Obrigkeiten, oder genauer gesagt, diejenigen Autoritäten, die an diesen Geschäften verdien-

ten, – und danach empfahlen sie sie an alle möglichen jüdischen Einrichtungen in Berlin und auch in Wien weiter, die dazu genötigt wurden, nur mit diesen Schiffseigentümern zusammen zu arbeiten. Jede Nazi-Institution, die irgendwie mit Juden zu tun hat, hat ihren *favourite* Schiffsbesitzer, und jeder dieser Schiffsbesitzer wird in den Verhandlungen mit den jüdischen Einrichtungen beim »heiligen Namen« genannt – mit dem Namen dieser Nazi-Institution, oder jenes Großnazis. Und wenn unsere Genossen, zusammen mit den ohnmächtigen jüdischen Organisationen versuchen, die Verhandlungen mit den Schiffseigentümern auf eine kommerzielle Basis zu stellen, und dabei verschiedene, in solchen Verhandlungen gemeinhin akzeptierte Bedingungen zu stellen, dann verkündet der Schiffseigentümer, dass ihre Forderungen keine Berechtigung haben, – und wenn wir nicht einwilligen wollen, dann würde das weitreichende Konsequenzen haben, bis hin zu unserer Verhaftung im Gefängnis. Und wegen der ohnmächtigen jüdischen Organisationen kann man auf solche Äußerungen nicht entsprechend reagieren. Nur unser Genosse Pino sagte in Berlin zu einem solchen Schiffsbesitzer, dass man es nicht wagen solle, mit ihm (mit Pino) so zu reden, da er – letztendlich – kein deutscher Jude sei, sondern ein israel-ländischer Jude. Diese respektvolle Haltung hielt die Griechen etwas zurück, die gekommen waren, uns hemmungslos zu zerfleischen. Der Schwerpunkt der Aktivitäten verlagerte sich dennoch nach Wien, denn dort war der Druck auf die Juden schließlich schlimmer als im Altreich. Zusammen mit Mosche gelang es mir, mich mit ein paar Schiffseigentümern und Unterhändlern zu treffen, doch ich sah, dass wir unter keinen Umständen mit ihnen zusammenarbeiten könnten. Bis jetzt waren wir es gewöhnt, mit den Schiffsbesitzern erst einmal die Einzelheiten des Unternehmens in minutiösen Details zu besprechen, angefangen beim Absetzen der Passagiere, über das Geschirr, hin zum Wasserhahn in der Küche; stets war uns die Schlafmöglichkeit der Leute ein grundsätzliches Anliegen, die geeignete Klimatisierung und die sanitäre Lage. Die Aufnahmefähigkeit des Schiffes berechneten wir stets sehr vorsichtig – nicht wie unsere »Konkurrenten«, die dreimal so viel Leute wie wir reinstopften. Hier aber hatten wir Menschen vor uns, die schon beim ersten Gespräch darauf bestanden, erst einmal den Preis festzulegen und die Überweisung zu erhalten, dabei unseren Forderungen nicht einmal Gehör schenkten, die ja im Wesentlichen den Passagieren bestmöglichen Komfort auf der Reise ermöglichen sollten, sowie das Gelingen der Vorbereitungen für die Arbeit. Von den Unterhändlern hatten die meisten nicht einmal eine Ahnung davon, was für Schiffe sie uns anboten. Sie wollten von uns nur eindeutige Zusagen und Überweisungen, damit sie schnell zurück nach Griechenland fahren konnten, um nach geeigneten Schiffen zu suchen. Der Bedarf an Schiffen war allerdings beträchtlich, denn viele Organisationen und Privatpersonen betrieben diesen Handel mit so viel Elan, sodass dadurch eine Art hektischer Börse entstand. Ein Unterhändler pflegte sich mit den Klienten in einem Hotel zu treffen und wenn du dann beispielweise diesen Goj anrufst und ein Treffen am Abend vereinbarst, wird dir vom

Hotel abends mitgeteilt, dass der Goj schon abgefahren sei (Anscheinend hatte er bereits mit einem anderen Klienten telefoniert und war losgefahren, um seine Angelegenheiten für ihn zu erledigen). Kurz gesagt, diese Art der Verhandlungen stand in totalem Gegensatz zur Art unserer bisherigen Verhandlungen. Aber wir konnten auch hier nicht einfach aufgeben, denn ein zusätzlicher Faktor war in Erscheinung getreten: all jene Schiffsleute, die in Deutschland auftauchten, akzeptierten für die Bezahlung des Handels auch in größtenteils deutscher Währung. Sie hatten Konten, vermittels derer die deutsche Währung in deutsche Waren verwandelt wurde, die dann nach Griechenland exportiert wurden. Deutsches Geld aber stand uns reichlich zur Verfügung; jedenfalls bestand die Hoffnung, dass wir es in der gewünschten Menge von den jüdischen Organisationen erhielten. Ich sah keine andere Möglichkeit für irgendeine finanzielle Unterstützung, die sich von außerhalb der Alija Bet darbieten würde, und klammerte mich daher mit meiner ganzen Kraft an die wenigen Möglichkeiten, die sich uns darboten. Es kam zu einem Treffen mit ebenjenem Schiffseigentümer oder Unterhändler, der seinerzeit Pino dafür festnehmen lassen wollte, dass er ihm Bedingungen vorschreiben wollte. Er war Deutscher, der sein ganzes Leben in der Türkei und in Griechenland verbracht hatte, dort geboren wurde und einer der Direktoren einer Passagierschiffsreederei in Griechenland war.

Der Deutsche war braungebrannt wie einer aus Nordafrika. Zu unserer Überraschung war seine Hautfarbe weder ein Problem beim Erhalt seines deutschen Reisepasses gewesen, noch bei dem des Parteimitgliedsausweises (Mitgliedsnummer in 3 Millionenhöhe). In der Fülle der Zeitereignisse der Jahre 1941–1942, als ich in der Türkei war, lernte ich seinen Lebenslauf kennen: sein Vater war ein Armenier namens Lasrian, der Dienstbote in einem Hotel gewesen war, dessen Besitzer der Nationalität nach Jugoslawe war, jedoch der Staatsbürgerschaft nach österreichisch-ungarisch. Er wechselte zur deutschen Staatsbürgerschaft und bei dieser Gelegenheit tat dies auch sein Dienstbote und so wurde der deutsche, »rassenreine« Nazi Lasar geboren, mit dem wir Geschäfte machten. Aber sonst war Lasar ein fairer Kerl – ein Günstling des Wiener Großnazis *Eichmann, mit dem er durch irgendeinen Mittelsmann in Kontakt stand – der Leiter eines Berliner Reisebüros. Der Vorsitzende der Wiener Gemeinde, Dr. *Löwenherz, der uns ziemlich wenig bei der Durchführung des ersten Transportes geholfen hatte, hatte anscheinend von *Eichmann, der sein direkter Vorgesetzter war, die Order erhalten, dass er nur mit diesem Lasar Kontakt halten solle. Dr. *Löwenherz erhielt von *Eichmann Privilegien (das amtliche Migrationsbüro zu Wien), um alle Organisationen unter seiner Aufsicht zu koordinieren und zu kontrollieren, damit sie sich nicht aufteilten. Levinstein ernannte seinerseits einen anderen Juden, den Kommerzialrat *Storfer für diese Aufgabe. So entstand eine ziemlich komplizierte Situation: einerseits, dass dieser *Storfer, den wir fortan als »Ratgeber« bezeichneten, aufgrund seiner Privilegien zum Leiter dieser ganzen Angelegenheit ernannt worden war. Er sah jedoch in uns, im *Hechaluz, die stärkste Kraft, die die Aktion

in ganz Deutschland ordentlich durchführen könne; zudem hatte er Kontakt mit Atarat [אתאראט] im Ausland, der ihm auch sehr erfahren schien. Außerdem war ihm klar, dass uns auch für die Absetzung im Lande eine starke Organisation zur Verfügung stand, die einen erfolgreichen Abschluss der Operation versprach. Aus diesem Grund unternahm der Ratgeber alle Anstrengungen, um uns in die Schirmorganisation der Alija Bet aufzunehmen, die auf Anweisung *Eichmanns in Wien entstehen sollte. Wir wollten uns verständlicherweise aus verschiedenen Gründen nicht all jenen Parteien und Organisationen anschließen, die bis dahin an den Angelegenheiten der Alija Bet beteiligt gewesen waren und dabei auch ihr Unvermögen unter Beweis gestellt hatten, die Unternehmen entsprechend zu organisieren; die sich durch allerlei Geldgeschäfte, schlechten Umgang mit den Immigranten, usw. zu Schanden gemacht hatten. Wir aber waren bereit gewesen, mit den Leuten von »Makkabi« zusammen zu arbeiten, die damals kurz vor ihrem ersten Transport standen und trotz all ihrer Bemühungen kein Schiff finden konnten. Wir verhandelten mit den Leuten von Makkabi und erklärten uns bereit, ihre Leute in die Leitung der Aktionen in Deutschland einzubeziehen, jedoch unter der Bedingung, dass ihre Aufnahme in Anpassung an das verträgliche Aufnahmevermögen der Leute im Lande erfolge. Wir wollten hören, dass sie Verständnis für die Forderungen des Zionismus haben, die während unserer Operation natürlicherweise zum Ausdruck kamen.

Sie aber würden all diesen Bedingungen erst zustimmen, nachdem sie ihren ersten Transport absolviert hatten. Dem konnten wir nicht zustimmen. Wir konnten uns nicht damit einverstanden erklären, irgendwelche Leute von der Straße zu holen, wie das auch »Hamakkabi« gemacht hatte; nicht nur ohne übersiedlungsvorbereitende Tauglichmachung und ohne Verbindung zum Zionismus, sondern auch fortgeschrittenen Alters, Kinder und Frauen. Das war unter keinen Umständen Teil unseres Plans.

Wir wollten – einerseits aufgrund der finanziellen Notlage, andererseits wegen dem Mangel an Schiffen –, zu allererst einmal die jungen Leute rausholen, die uns im Lande sofort zur Hand und zur Waffe gehen konnten, bei der Arbeit und bei der Verteidigung. Die Hauptsache aber war, dass wir uns nicht einverstanden erklären wollten, irgendeine Funktion in den Operationen *Eichmanns und der Gestapo zu übernehmen. Juden wurden in Lager gesperrt – Juden, die sie aus ihren Häusern geholt und auf der Straße festgenommen hatten, – und erst nachdem wir über die Situation der Juden Wiens informiert wurden, machten sie uns Druck, damit wir die Leute transportierten, die ihnen in jener Zeit zur Verfügung standen. Wir hatten gehofft, die Alija organisiert durchzuführen konnten, so dass die Leute gruppenweise herausgeholt würden; unsererseits durch die gezielte Operationen sowie Mithilfe der zionistischen Organisationen, die uns unterstützten. Wir hatten Hoffnung und auch Grund genug zu der Annahme, dass die Deutschen endlich an einer organisierten und gut vorbereiteten Operation interessiert sein würden, die die Juden aus Deutschland ohne viel Lärm und

Aufregung herausholen würde; und ohne die Versagen, die gemeinhin mit der nicht-organisierten Alija Bet verbunden waren – das verringerte ja auch ihre Ausmaße. Selbstverständlich setzten wir alle unsere Hoffnungen darauf, dass die zionistischen Organisationen hinter uns standen und sich an die Judenheit der Welt wenden würden, um große Geldsummen für die Operation zu sammeln. Wir wussten nicht, dass das nicht geschehen würde, und außerdem konnten wir uns nicht vorstellen, dass der Krieg so nahe war: schon in einem halben Jahr ... Jedoch, der Ratgeber, wie bereits erwähnt, wollte bei diesem Geschäft unter keinen Umständen auf unsere Mitarbeit verzichten, denn er sah darin eine Erfolgsgarantie. So geschah es, dass, als wir uns einmal mit Lasar verabredet hatten, ihn beim Betreten des Hotels »Bristol« in einem der Säle mit einem ganzen Parlament von Parteifunktionären, Helfern und Helfershelfern, Günstlingen von Regierungsmitgliedern, usw. vorfinden. Fragt Euch mal, wie es möglich sein könne, mit einem solchen Parlament bestehend aus 15–20 Leuten eine Operation ordentlich zu leiten und seine praktischen Angelegenheiten zu klären; denn die Wiener sprechen nur deutsch, die gojschen Schiffseigentümer hingegen, die in der Zwischenzeit auch aufgetaucht waren, verstehen nur Französisch und Englisch! Der deutsche Lasar, der von einer unreinen Rasse abstammte, koordiniert gleichzeitig die Sitzung mit den Wienern, und übersetzt alles für die Schiffseigentümer. Jeder spricht und macht Vorschläge. Ein Vertreter der Agudat-Israel,[4] der auch an diesem Geschäft teilnimmt, anscheinend zu seiner Tischgesellschaft gehört und in seiner Gegenwart über die Angelegenheiten der Alija Bet spricht (Denn auch die Agudat Israel schickte auf diese Weise Leute ins Land Israel), versucht ebenfalls sein Wissen über Schiffahrt und Meereskunde zur Schau zu stellen ... Ich war von diesem Durcheinander erschöpft, nahm den Schiffseigentümer Hajuni [היוני] beiseite, der auch gelangweilt und wegen all diesem Geschwätz mit frustriertem Gesicht da saß, und wir begannen uns in Französisch über die Operation zu unterhalten. Da wurde mir erst klar, dass alles, was er von Lasar bis jetzt empfangen hatte und von dieser Sitzung durch Lasar für ihn übersetzt wurde, Angelegenheiten waren, die nur mit der finanziellen Organisation zu tun hatten. Bis dahin hatte man ihn mit noch keiner einzigen Bedingung bezüglich der technischen Umstände vertraut gemacht – insbesondere nicht mit der Organisierung der Ablieferung. Hier muss ich hinzufügen, dass sich die Griechen – die Schiffsbesitzer – im Kern ihres Wesens vor der Absetzung an der Küste fürchteten, denn damals war das Schiff »Artemisia« bereits abgefangen worden, jenes, welches für uns zuvor gearbeitet hatte und dann zur Konkurrenz wechselte. Nach einem kurzen, klaren Gespräch in einer Ecke der besagten Sitzungen, wo wir uns berieten, verstand der Goj, dass er hier ein Geschäft mit einem professionellen Unternehmer machte. Er erklärte damals und betonte es danach, während meiner Wiener Zeit, immer wieder, dass er zu dieser Arbeit nur bereit sei, wenn auch der Herr Alexander teilnehme (Mein

[4] S. *Agudas Jisroel.

neuer Name, unter dem ich mich bei den Gojim und auch den Wiener Juden vorstellte). Das Parlament löste sich auf und der Ratgeber setzte alle seine Anstrengungen fort, um uns in den einheitlichen Dachverband einzubeziehen, der unter seiner Autorität und Leitung entstehen sollte. Wir trafen uns ein paar Mal mit ihm, ich besuchte ihn bei sich zu Hause, aber wir kamen zu keiner Handelsvereinbarung, denn unter gar keinen Umständen wollten wir unser Grundprinzip aufgeben: Dass wir diejenigen sind, die die Auswahl des Menschenmaterials träfen, und diejenigen, die die Administration der Finanzgeschäfte in Wien direkt überwachten. Das war unsere grundsätzliche Position. Bravermann behauptete die ganze Zeit, dass er mit den Nazi Institutionen in Verbindung stehe; dass er stärker als die Einwanderungsbehörde und größer als *Eichmann sei, der sie leitete. Mit der dieser Haltung zugrundeliegenden Logik implizierte er, dass die Gestapo sozusagen stärker sei als die Einwanderungsbehörde. Bravermann genierte sich nicht einmal, auf Sitzungen mit Lasar, allen möglichen Juden und Gojim, die *Eichmann nahe standen, sich derart verlautbaren zu lassen, indem er seine Arme unter den Achselhohlen auf der Brust verschränkte: »Ich wüsste nicht, was es darüber *Eichmann mitzuteilen gäbe. Ich weiß nur, dass ich es mit höheren Instanzen zu tun habe als mit ihm.« Aus diesem Grund wurde nichts aus all unseren öffentlichen Aktionen in Wien. Dabei hatten wir doch wirklich vorgehabt, einen Schirmverband für den ganzen jüdischen Jischuv[5] in Wien, mit allen seinen Parteien und Organisationen zu schaffen. Wir wären dabei diejenigen gewesen, die die Auswahl des Menschenmaterials und die reibungslose Abwicklung der Geldgeschäfte überwacht hätten.

Wir traten aus all diesen ermüdenden und erschöpfenden Gesprächen mit einem Vertrag mit Lasar und dem Schiffseigentümer hervor, die uns ein Schiff zur Verfügung stellen würden. Der Lohn dieser Arbeit war ungefähr genauso hoch pro Person, wie der, den wir der Armee zahlten. Allerdings erfolgte die Hälfte dieser Bezahlung in deutscher Währung, so dass sich uns enorme Möglichkeiten in der Zukunft auftaten. In Bezug auf die technischen Details gab es, im Vergleich mit den Verträgen, die wir bis dahin abgeschlossen hatten, eine grundsätzliche Veränderung: Der Schiffseigentümer stimmte unter keinen Umständen einer Absetzung vom Schiff an einem Strand zu. Er wollte, dass das Schiff weit außerhalb der territorialen Gewässer des Landes bleibe und dass von dort die Leute auf kleinere Schiffe verfrachtet würden, die sich dann selbst in die Gefahr bringen durften, sich dem Land anzunähern. Nachdem der Abstand zum Land so verkleinert worden wäre, würde man die Leute auf Boote verfrachteten, die sie dann zum Strand bringen würden. Ich wusste, dass unsere Mitarbeiter die beim Absetzen halfen, insbesondere die Seeleute, diese Änderung nicht so leicht akzeptieren würden. Aber ich sah die Angst der Schiffseigentümer um ihre Schiffe nach der

[5] Jischuw: Hebr. »Siedlung« oder »Ansiedlung«. Es war die Bezeichnung für die Gesamtheit der in Palästina angesiedelten Juden.

»Artemisia«-Methode als begründet an und stimmte daher dieser Veränderung zu. Doch, wie gesagt, der Hauptgrund, warum wir diesen Vertrag unterzeichneten, war der finanzielle Aspekt, der uns einen Horizont voller Möglichkeiten eröffnete. Ich werde auf dieses technische und schwerwiegende Problem noch einmal zu sprechen kommen.

Bevor ich Wien verlasse sollte ich noch kurz den Charakter des jüdischen Lebens dort skizzieren. Zusätzlich zu der Angst, vor grundloser Verhaftung und dem Abtransport ins Konzentrationslager, sowie zusätzlich zur Arbeitslosigkeit der Juden, deren Geschäfte und Firmen verstaatlicht wurden, die von ihrer Arbeit gekündigt und um ihren Broterwerb gebracht wurden, ereigneten sich auch einige schwerwiegende Vorfälle, die auch uns als Fremde in Wien tagtäglich betrafen. Alle Hotels wurden für Juden als unzugänglich erklärt. Es gab nur ein Hotel, dessen Eigentümer Juden waren, und in dem jene Juden wohnten, die von außerhalb nach Wien kamen, darunter auch die israelischen Abgesandten. Moshe organisierte für mich ein Zimmer in der kleinen Pension, wo er auch wohnte, damit ich mich nicht unter all jene zahlreichen Fremden des »jüdischen« Hotels mischen musste. Doch auch dort bekam ich eines Tages Angst. Das junge Mädchen, das mir dreimal am Tag das Essen aufs Zimmer brachte, verblieb nach einem Mittagessen im Zimmer und begann mich zu fragen, ob ich gut im Bett schlafe. Tatsächlich war meiner Wohnung ein nicht sehr komfortables Holz-Sofa beschieden. Ich antwortete, dass es gut sei, doch sie ließ nicht locker. Als ich schließlich verstand, worauf sie hinaus wollte, gab ich ihr Trinkgeld und entließ sie aus dem Zimmer. Doch ich muss zugeben – ohne dass ich mich dabei schämen würde –, dass ich mich damals mehr als in allen gefährlichen Momenten unserer Arbeit fürchtete. Sie hätte schließlich zur Polizei gehen können und behaupten, dass ich die Rasse schände, und dann wäre mein Schicksal besiegelt gewesen. Wie bereits erwähnt, war Juden der Eintritt in alle Cafés und Restaurants untersagt, durch Schilder mit Beschriftungen, wie: »Juden unerwünscht«, »Nur für Arier«, »Für Juden Zutritt verboten« usw. Wie allgemein bekannt ist, gibt es in Europa und insbesondere in Wien keine Getränkekioske. Wenn Du Deinen Durst stillen willst, musst Du in ein Café gehen. Einmal ging ich durch die Straßen und trotz des verregneten Wetters war ich durstig. So wendete ich mich automatisch zum nächstbesten Kaffeehaus, doch da war ein Schild »Zutritt verboten«. Ohne weiter nachzudenken rannte ich zum nächsten Kaffeehaus, und dort wieder ein Schild. Der Durst wurde größer und peinigte mich zunehmend, vielleicht nicht wirklich, sondern eher psychologisch, denn da bist Du nun in einer europäischen Großstadt und kannst nirgendwo ein Glas Wasser bekommen. Ich nahm ein Taxi, rannte zum Hotel und trank – die ganze Zeit über verfolgt von dem Albtraum, dass ich vor Durst sterben könnte.

Außergewöhnliche Szenen spielten sich im israel-ländischen Büro und in dem des *Hechaluz ab, dass in der Nachbarschaft lag. Da die Angestellten nicht außerhalb essen gehen konnten, wurde ein Sonderdienst mit Hilfe des Concierge und

seiner Frau u. a. geschaffen, die geschlossene Kisten mit Henkeln, ähnlich denen von Körben, organisierten, in denen das Essen *heimlich* von den umliegenden Restaurants geliefert wurde. Nicht unähnlich erging es vermutlich allen möglichen anderen jüdischen Einrichtungen und Firmen.

Ich fuhr, wie gesagt, mit Pino nach Berlin, hauptsächlich, um mich mit den jüdischen Hilfsorganisationen abzustimmen und um sie an unserer Aktion teilhaben zu lassen, die ihnen letztendlich das Problem der jüdischen Emigration aus dem Altreich sehr erleichtern würde. Ich muss allerdings anmerken, dass die jüdischen Einrichtungen Berlins nicht demselben Druck ausgesetzt waren, der von den Nazi-Institutionen auf die jüdischen Einrichtungen Wiens ausgeübt wurde. Trotz der schwierigen Situation, nach dem November von 1938, herrschte allgemeine Gleichgültigkeit in jüdischen Kreisen. Es herrschte noch eine große Zurückhaltung gegenüber illegaler Arbeit und die Einrichtungen – darunter auch zionistische – arbeiteten weiterhin so, als ob ihnen das Messer nicht an der Kehle sitze. Schon zuvor hatten wir uns mit Hilfe von Shure Oshrowitz monatelang mit allen möglichen Einrichtungen beschäftigt, die mit dem kommerziellen Geldtransfer aus Deutschland in Verbindung standen. Wir verlangten von ihnen, dass sie uns den Erhalt von Geldanleihen aus dem Ausland ermöglichten, doch wir erhielten keinerlei Antwort. Und auch jetzt, nachdem ich mich mit allen möglichen Juden getroffen hatte, sah ich, dass sie zwar grundsätzlich für die Durchführung dieser Operation stimmten, und dass – selbstverständlich – in Berlin und im Altreich zwischen uns und den rechten jüdischen Kreisen keinerlei Streitigkeiten bezüglich der Auswahl des Menschenmaterials entstehen würden, denn Berlin war schließlich nicht Wien. Doch als wir auf die entscheidende Frage zu sprechen kamen – die Frage des Geldes – verwiesen sie uns mit einem Hinweis darauf, dass in London ein großer Fonds gebildet werden würde, der für diese Sache zur Verfügung stehen würde (jene Sache, der sich Elijahu G.[6] annahm). Man glaubte mir nicht, als ich mit Entschiedenheit erklärte, das daraus nichts werden könne. Mir wurde klar, dass unser Apparat unfähig war, diese Mauer der Gleichgültigkeit zu durchbrechen. Da konnte nur eine Order aus den obersten zionistischen Einrichtungen helfen. Aber auf einen solchen Befehl konnten wir nicht warten (das war schon im März 1939!). Uns, die wir an dieser Sache arbeiteten, war jeder Moment und jede Wirkungsmöglichkeit zu kostbar um sie zu vergeuden. Darum, und aufgrund meiner Kenntnis der zu jener Zeit vorhandenen Möglichkeiten in Berlin, stellte ich eine bescheidene Forderung über 2000 Pfund auf, um einen zweiten Transport aus dem Altreich zu organisieren. Den ersten Transport hatten wir den Juden aus dem Altreich *kostenfrei* anbieten müssen. Mir wurde das Versprechen gegeben, dass man beginnen werden würde, diese 2000 Pfund Sterling zu organisieren, doch mir wurde zugleich vorsorglich mitgeteilt, dass

[6] Elijahu Glazer war ein revisionistischer Zionist aus Danzig, der Ende der 30er Jahre an der Organisation der illegalen Einwanderung deutscher Juden nach Palästina beteiligt war.

diese Besorgung sicherlich einige Wochen dauern würde und dass wir das Geld voraussichtlich erst erhalten würden, nachdem der zweite Transport bereits stattgefunden habe.

Ich kehrte nach Paris zurück. Nach ein paar Tagen kam die erfreuliche Nachricht, dass der erste deutsche Transport im Lande erfolgreich abgesetzt worden war. Die Leute wurden, wie geplant, von der »Colorado« auf die »Atrato« verfrachtet, die sie mit Volldampf zum Israel-Land brachte, dort absetzte und sich bereits wieder auf dem Rückweg befand. Die »Colorado« blieb in irgendeinem Hafen zurück. Beide Schiffe erwarteten Anweisungen, wohin sie Kurs nehmen sollten, um neue Einwanderer aufzunehmen. Und die Frage war: was sollte zuerst ausgewählt werden? Einerseits mussten wir, wie wir uns bereits in Berlin und Wien besprochen hatten, eiligst mit der Emigration deutscher und österreichischer Leute fortfahren, damit wir den jugoslawischen Transit ausnutzen konnten, der, wie bereits erwähnt, auf 20 000 Personen ausgestellt war.

[192] Zionistische Arbeit in Deutschland nach dem Kriegsausbruch
4. September 1939; HA: 123/private/12 (Ha'apala Project, Tel Aviv University).

Amsterdam, 4.9.39

Machlakah Germanit
Tel – Aviv
Nachlath Benjamin 75
p.a. Keren Hakibuz

Liebe Chawerim,
Ich weiss nicht ob Ihr diesen Brief noch erhalten werdet und doch wollen wir nichts unversucht lassen um eine Verbinding zu Euch herzustellen. Max und mir gelang es noch im letzten Moment nach der Rede von Hitler in der er den Angriff gegen Polen proklamierte, Deutschland zu verlassen. Inzwischen halten wir uns in Holland auf um dann eventuell nach England, bezw. Schweden, Dänemark zu fahren.

Die Kriegserklärung, die gestern von Seiten Frankreich und England abgegeben wurde, beweist uns, dass es wirklich der letzte Moment war, in dem wir Deutschland überhaupt verlassen konnten. Die Entscheidung, unsere Chawerim dort alleine zu lassen, war ausserordentlich schwer. Psychologisch befürchteten wir eine Rückwirkung auf die übrigbleibenden Chawerim, doch gestaltete sich die Situation so, dass es klar war, dass man uns im Falle eines Krieges ins Internierungslager stecken würde. Hierdurch würden wir sowieso keine Einwirkungs- und Einflussmöglichkeit mehr in unserem Kreis haben. Hierzu kam, dass auch von Seiten der Gestapo uns geraten wurde zu fahren. Auf Grund dieser Dinge beschlossen die Chawerim selbst von uns die Abfahrt zu fordern. Schweren Herzens liessen wir unsere Chawerim, d. h. ca. 2000 Chawerim in *Hachscharah-Punkten, zurück. Die kleine Anzahl der schon 6 Jahre lang aktiven Chawerim, welche noch immer die Arbeit in Deutschland machen, wie z. B. Kurt *Goldmann, Herbert David, Schlomo Meisels u.s.w. und von welchen wir in der letzten Zeit immer gefordert haben, dass sie die Arbeit noch nicht verlassen sollten, – diese Chawerim für die wir gleichfalls die Verantwortung tragen, erschwerten unsere Entscheidung ausserordentlich. Der Fatalismus dieser Chawerim, die immer davon sprachen, dass für sie nicht ein Herauskommen aus Deutschland möglich sein würde, hat sich leider jetzt bewahrheit.

Nach unserer Rückkehr vom Zionistenkongress in Genf, welcher schon in Tagen ausserordentlicher Spannung und grosser Kriegsgefahr vor sich ging, sehen wir vor Allem eine Aufgabe: die Inlands-Hachscharah zu besuchen, ihre Stimmung zu stärken. Wir standen auch vor der Frage ob dieser verantwortliche Kreis, von dem ich oben sprach, Möglichkeiten der Auswanderung, z. B. Permits ausnützen sollte oder ob man die Verpflichtung hatte bei den Chawerim in den Punkten zu bleiben. Alle diese Chawerim lehnten es ab ihre Permits auszunutzen

und entschlossen sich mit den Chawerim zusammen zu bleiben. Wir gingen bei diesem Entschluss von der Voraussetzung aus, dass im Falle eines Krieges die *Hachscharah-Punkte in sich geschlossen bleiben werden und geschlossen bei Bauern oder in Fabriken in die Arbeit eingesetzt werden. Diese veranlasste uns anzunehmen, dass den Chawerim auch im Falle eines Krieges eine grosse, wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe zufällt. Die Frage was nach dem Kriegsfall mit den Juden Deutschlands wird, beschäftigt uns sehr. Bei den Verhandlungen mit den Behörden, die wir noch führten, stellte sich heraus, dass man höchstwahrscheinlich an Pogrome oder ähnliche Dinge nicht denkt, sondern dass man glaubt, die Juden für produktive Dinge ausnutzen zu müssen. Auch die Zivilverwaltung ist in D. in die Hände der Wehrmacht übergegangen und nicht, wie man es angenommen hat, in die Hände der S.S. Hierdurch wird garantiert, dass den Juden eine einigermassen annehmbare Behandlung zukommen wird. Die Reichsvertretung[1] wurde von der Gestapo aufgefordert einen Vorschlag einzureichen, wie man am besten den Arbeitseinsatz der Juden im Krieg organisieren kann. Die Reichsvertretung hat die Initiative ergriffen und hat vor allen Dingen die Betonung darauf gelegt, nicht zu grosse Konzentrationslager einzurichten, sondern in Arbeitsgruppen von 100 bis 300 Menschen, in der Nähe der Arbeitsplätze zu organisieren. Die Vorschläge der Reichsvertretung gingen an die politischen und Wehrmachtsbehörden weiter. Über ihr Schicksal ist mir noch nichts bekannt. Wir versuchen von hier aus noch irgend eine Verbindung mit D. aufrecht zu halten. Bis gestern Abend ist uns das noch gelungen. Jetzt ist sie abgebrochen. Wir hoffen jedoch, dass noch eine Möglichkeit bestehen wird von Dänemark und Schweden aus, uns mit den Chawerim in Verbindung zu setzen. Dies werden wohl 2 neutrale Länder sein, welche für einen solchen Zweck geeignet sind. Ich bemühe mich daher auch eine Einreise-Erlaubnis in diese beiden Länder zu bekommen.

Sollte die Organisation der Arbeitslager von der Reichsvertretung vorgenommen werden dürfen, so haben wir auf jeden Fall für unseren Einfluss gesorgt. K. G. ist als unser Vertreter in die Reichsvertretung gekommen um bei den Beratungen über diese Frage Einfluss zu nehmen. Sollte dies von Seitens unserer Chawerim nicht möglich sein, da sie vielleicht nicht mehr dasein werden, so wird diese Arbeit von Frauen übernommen, wie z. B. R.Fr.

Chanan Borghardt, Werner Goldstrom und Arthur Hofstätter haben Deutschland noch verlassen und befinden sich in London.

Noch vieles gäbe es zu erzählen, z. B. über die Situation in Deutschland in den letzten Tagen, über die Stimmung des Volkes, über die inneren Auseinandersetzungen, etc. Ich werde das aber vielleicht erst in den nächsten Tagen tun. Ich bitte Euch den Versuch zu machen, mit uns in dauernder Verbindung zu bleiben. Es kann sein, dass Briefe verloren gehen, dass aber auch viele ihr Ziel erreichen

[1] Hier ist die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gemeint; seit Ende des Jahres 1938 existierte die *Reichsvertretung der Juden in Deutschland nicht mehr.

werden. Wir werden von uns aus das Gleiche versuchen und in regelmässigen Abständen schreiben. Die Situation ist so, dass wir weder was Europa anbetrifft noch was dem Lande um welches wir ernsthafte Sorge haben, irgend etwas sagen können.

Emmi und Chagai sind in Genf. Ich weiss nicht wann ich mit ihnen zusammenkommen werde.

Max fährt morgen nach London. Ich versuche nach Dänemark und Schweden zu kommen.

Herzlich Schalom
Schalom Rav Lachem [handschriftlich, in Hebräisch]
Pino [Pino Ginzburg, handschriftlich, in Hebräisch]

[193] Die Arbeit des Berliner Palästinaamts
3. November 1939; BArch: 75c Re1-47.

Palästina-Amt Berlin

An die
Geheime Staatspolizei
Leitstelle Berlin
Zimmer 175
Polizeipräsidium
Berlin C.2.
Grunerstrasse
Leitung 3.11.1939

Bericht über die Tätigkeit des
Paalästina-Amtes Berlin im Oktober 1939.

D I A 8 Ca.Mo.

Die Besucherzahl der Palästina-Amt-Sprechstunden betrug im Monat Oktober 2222.

Die Palästina-Amt-Abteilung bei der Auswanderungsstelle in der Jüdischen Gemeinde hat 182 Palästina-Wanderer beraten und davon 73 an die Zentralstelle in der Kurfürstenstrasse überwiesen.

Zur Auswanderung wurden insgesamt 418 Personen gebracht, davon entfallen auf die Passage-Abteilung des Palästina-Amtes 71.

Zur Auslandshachscharah sind 3 Jugendliche nach Holland gekommen, die später nach Palästina weiterwandern sollen.

Auf die *Jüdische Jugendhilfe entfallen 43 Jugendliche, die nach Dänemark geschickt worden sind.

An der landwirtschaftlichen Umschulung, die durch Einweisung zur Erntehilfe im Kreise Lebus von der Reichsvereinigung im Einvernehmen mit der Kreisbauernschaft durchgeführt wird, hat sich auch im Monat Oktober unsere Berufsvorbereitung beteiligt und auch die übrigen Umschulungsgüter haben, ausser den zum Ernteeinsatz nach Lebus geschickten Helfern, auch an anderen Orten noch Kräfte zur Erntehilfe zur Verfügung gestellt.

[194] Fortführung der Auswanderung deutscher Juden nach Palästina

5. Januar 1940; CZA: S5\233.

Mr. I. Klinow[1] 5. Januar 1940
c/o *Jewish Agency
P. O. B. 92
Jerusalem

Dear Klinow,
I received your circular letter of December 1st with enclosed memorandum on Jewish immigration to Palestine.

I think it is very useful that you are dealing with such special questions in separate letters. Please let me know to what addresses and in what languages you are sending the various circulars which you are issuing partly in the name of your Department and partly together with the Funds.

With regard to the above-mentioned circular about immigration, I want to draw your attention to some statements contained therein, which according to my knowledge are not quite in accordance with the facts:

1) In the middle of page 1 you say that the German Government is not placing any obstacle in the way of German Jews leaving for Palestine, but that no such permission is given to Polish Jews. This statement which is also repeated on page 3 with regard to German occupied Poland, is not correct.

The German Government has up till now put no obstacles in the way of any Jew who wants to leave and can leave Germany or German occupied territories in Poland.[2] You know of course of all the persecutions and robberies which precede the departure of the Jews; but there is no differentiation in principle between German or Polish Jews as far as emigration is concerned. It is true, that when the war broke out, a number of Polish Jews in Germany proper were arrested and sent to concentration camps in their capacity of Polish subjects. But even those Jews and any Polish Jew in Germany or German occupied Poland can emigrate if only he can obtain a visa for some foreign country which allows him to enter.

Quite a number of Jews have left Warsaw after obtaining a visa for Italy or other countries. To obtain the »Passierschein« in Warsaw is indeed somewhat difficult, and I am just informed that it costs money with some of the Gestapo Depart-

[1] Isaiah Klinow war während des Krieges Leiter der Information Section des Political Department der *Jewish Agency for Palestine.

[2] Vor dem Kriegsbeginn behauptete die NS-Regierung, dass Juden aus osteuropäischen Staaten an der Auswanderung nach Palästina gehindert werden sollten, damit die Auswanderungschancen der Juden NS-Deutschlands nicht verringert würden.

ments. But this does not alter the fact that there is no objection in principle to the emigration of Polish Jews.

2) Another statement which, according to my information is not correct, is that contained on page 3 of your circular, dealing with the attitude of the Russian Authorities. There is no information at hand which would show that it is possible for Polish Jews to emigrate from the Russian zone. Those Polish Jews who fled there from the German zone are, according to the latest news received, forced to do military service, and a number of them has for that reason returned to German occupied territory, because they are afraid to be sent to the Finnish frontier.
3) The statement on page 3, that Jewish emigrants from the Baltic countries may be able to pass via Russia to Palestine and that the Palestine-Offices have been dealing successfully with this question, is also in flat contradiction to what I hear from Eastern Europe. Two days ago Kleinbaum told me over the phone from Kaunas that it is quite impossible to travel via Russia to Palestine and that the only way for people in Lithuania, who are in possession of Palestinian visas, is to travel via Sweden and France.

I hope that these informations will be of interest to you. I wrote you already in a previous letter that I am sending all sorts of reports to the Organisation Department, and I hope that you are informed about the contents of these reports.

With kind regards
Yours
R. *Lichtheim
Geneva Office

[195] Fortführung der Auswanderung deutscher Juden nach Palästina

o. D. (1940); BArch: 75c Re 1-1.

Haushaltsplan
der
*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

für das 1. Halbjahr 1940

Titel I: Auswanderung

Begründung:

1. Der Voranschlag für die Kosten der Auswanderung sowohl nach überseeischen und europäischen Ländern wie nach Palästina beruht auf der Voraussetzung, dass die Auswanderungskosten, insbesondere für Schiffsreisen, zu einem erheblichen Teil in Reichsmark geleistet werden können. Sollte diese Voraussetzung nicht gegeben sein, werden in den Sachausgaben entsprechende Reichsmark-Einsparungen erfolgen. Es muss dann für die Aufbringung von Devisen zur Bezahlung von Schiffsreisekosten gesorgt werden. Der Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung und dem Palästina-Amt liegen dann neben der Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben (Beschaffung von Einwanderungsmöglichkeiten, Auswanderer-Beratung, auch der bemittelten Wanderer, Auswanderungs-Vorbereitung und -Durchführung) die Zuteilung des vorhandenen Schiffsraumes nach Massgabe der verfügbaren Devisen ab.
2. Zuschüsse zu den Auswanderungskosten für den unbemittelten Auswanderer werden von Fall zu Fall durch die Wanderungs-Abteilung und ihre Beratungsstellen bezw. durch das Palästina-Amt nach den Richtlinien der Reichsvereinigung bewilligt. Soweit die hilfsbedürftigen Auswanderer aus leistungsunfähigen Kultusvereinigungen stammen, wird der Zuschuss in vollem Umfange durch die Wanderungsabteilung zur Verfügung gestellt. Im übrigen erfolgt eine hälftige Verteilung der für den Auswanderer zuständigen Zweigstelle aus deren örtlichen Mitteln.

I. Auswanderung in Länder ausserhalb Palästinas.

3. Die Auswanderung in der Form der Einzelwanderung wird sich im ersten Halbjahr 1940 vorwiegend auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika und auf Südamerika erstrecken. Hinzu kommt die Auswanderung von Jugendlichen zur Berufsausbildung im Ausland, die nur noch in geringem Umfange in Betracht kommende Rückauswanderung, sowie die Kinderauswanderung.

Der Voranschlag geht von einem Monatsdurchschnitt von 1200 zu unterstützenden Auswanderern mit einem Zuschussbedarf von rund RM 500.– je Person aus. Dies entspricht einem Monatsbetrag von RM 600 000.–.

Für das erste Halbjahr 1940 beläuft sich daher der Voranschlag für die Sachausgaben in Ländern ausserhalb Palästinas auf RM 3 600 000.–.

4. Die für die Durchführung grösserer Siedlungsvorhaben erforderlichen Mittel können im voraus nicht veranschlagt werden. Für die Verwirklichung solcher Siedlungsvorhaben würden die erforderlichen Mittel, soweit sie in Reichsmark bezahlt werden können, zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können.

II. Palästina-Wanderung.

5. Die Auswanderung nach Palästina ist von der Zahl der zur Verfügung stehenden Zertifikate und der Möglichkeit von Sondertransporten abhängig.

   Der Voranschlag geht von einem Monatsdurchschnitt von 300 zu unterstützenden Auswanderern mit Auswanderungskosten von rund RM 200.– je Person aus. Die Monatsausgaben sind daher auf RM 60 000.– veranschlagt. Die Ausgaben für das erste Halbjahr 1940 werden daher betragen RM 360 000.–.
6. Die Aufgaben der Palästina-Vorbereitung werden innerhalb des Palästinaamtes von dessen Abteilung Berufsvorbereitung wahrgenommen. Sie erstrecken sich auf die erzieherische Betreuung der in Berufsausbildung befindlichen Palästina-Wanderer, insbesondere der Jugendlichen, und auf die Vorbereitung auf das Einwanderungs-Land durch Palästina-Kunde und hebräischen Sprachunterricht. Diesen Aufgaben, deren Erfüllung die Voraussetzung für die Zertifikatszuteilung bildet, wird durch regelmässige Bereisung der Berufsausbildungsstätten, durch eine ständige Beaufsichtigung der persönlichen Entwicklung und der Arbeitsleistungen der Jugendlichen, durch Bereitstellung von Lehrmitteln, und durch Abhaltung von Lehrgängen entsprochen.
7. Da das Palästina-Amt der Reichsvereinigung korporativ angegliedert ist, behält es seine eigene Verwaltung. Sein Personalbestand wird für 1940 etwa auf die Hälfte der Angestellten gegenüber 1939 verringert werden.

Einnahmen:	Ausgaben:		
RM –.–	1) Auswanderung nach Europa und Übersee		RM 3 600 000.–
	2) Palästina-Wanderung		
	a) Wanderungskosten	360 000.–	
	b) Palästina-Vorbereitung	72 000.–	
	c) Verwaltungskosten des Palästina-Amtes	108 000.–	540 000.–
RM –.–			RM 4 140 000.–

Titel II: Berufsausbildung und Berufsumschichtung

1. Die von der Reichsvereinigung und ihren Zweigstellen unterhaltenen Einrichtungen für Erstausbildung und Berufsumschichtung sind dazu bestimmt, die Auswanderung der Auszubildenden vorzubereiten. Deshalb werden ausschliesslich Berufe berücksichtigt, die entweder unmittelbar die Einwanderungsmöglichkeiten des Ausgebildeten erhöhen oder ihm mindestens die Einordnung im Einwanderungslande erleichtern und dadurch mittelbar die jüdische Auswanderung fördern.
2. Die Erstausbildung in der Landwirtschaft und in verschiedenen handwerklichen Zweigen erfasst die Jugendlichen im allgemeinen sofort nach Beendigung der Schulpflicht. Für die berufliche Umschichtung kommen grundsätzlich alle körperlich und gesundheitlich geeigneten Personen bis etwa zum 45. Lebensjahre in Betracht. Es wird daher angestrebt, in diesen Altersklassen möglichst alle diejenigen zu erfassen, die nicht in einem Berufe oder im öffentlichen Arbeitseinsatz stehen. Legt man die Ergebnisse der im Oktober 1939 durchgeführten statistischen Erhebung zu Grunde, so ergibt sich, dass im Altreich einschliesslich des Sudetengaus noch Tausende für eine Berufsumschichtung vorhanden sind. Es ist beabsichtigt, im Laufe des Jahres 1940 diese Anwärter möglichst weitgehend zur Umschulung vornehmlich für Land- oder Forstarbeit oder verwandte Berufszweige zu bringen.
3. Zur Zeit umfasst das Berufsausbildungs- und Umschichtungswerk der Reichsvereinigung im wesentlichen Landwirtschaft und Gärtnerei, Handwerk, Hauswirtschaft und die Berufe der Kindergärtnerinnen und Kinder- und Säuglingspflegerinnen sowie der Krankenschwestern und Krankenpfleger.

   Der Ausbildung in der Landwirtschaft und Gärtnerei dienen etwa 20 ständige Ausbildungsstellen mit 1600 bis 1650 Plätzen. Neben der praktischen Ausbildung, die im Mittelpunkte steht, wird ein theoretischer Fachunterricht auch unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Verhältnisse der in Betracht kommenden Einwanderungsländer, sowie Sprachunterricht erteilt.

   Durch eine Verbindung der land- und forstwirtschaftlichen Umschichtung mit produktivem Arbeitseinsatz befinden sich darüber hinaus zur Zeit rund 900 Personen in etwa 25 Gruppen in einer probeweisen Umschulung, die zunächst für die Dauer der Hackfruchternte vorgesehen ist, aber für diejenigen, die sich bewährt haben, planmässig fortgesetzt werden soll. Es ist in Aussicht genommen, zunächst einige hundert Menschen während der Wintermonate zum forstwirtschaftlichen Arbeitseinsatz zu bringen.

   In der handwerklichen Ausbildung überwiegen Schlosserei und Tischlerei für Männer und Schneiderei für Frauen. Jedoch besteht auch Gelegenheit zu verschiedenen Spezialausbildungen. Die handwerklichen Ausbildungsstellen haben insgesamt etwa 1600 bis 1700 Plätze.

   Die hauswirtschaftliche Ausbildung erfolgt nur zum Teil in besonderen Haushaltungsschulen, im übrigen aber in den verschiedenen Heimen der

jüdischen Wohlfahrtspflege, insbesondere in Alters- und Kinderheimen. Zur Zeit sind rund 560 Ausbildungsplätze vorhanden.

Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen werden in dem Seminar der Reichsvereinigung in Berlin ausgebildet. Für die Erlernung der Kinder- und Säuglingspflege stehen das gleiche Seminar sowie einige Kinderheime und ein Krankenhaus zur Verfügung. Die Zahl der Ausbildungsplätze für diesen Beruf beträgt 110.

Krakenpflegeschulen mit insgesamt etwa 185 Plätzen, in denen Kranken-Schwestern und Krankenpfleger herangebildet werden, sind in sieben jüdischen Krankenhäusern vorhanden.

4. Die monatlichen Durchschnittskosten betragen pro Kopf in der landwirtschaftlichen Ausbildung etwa RM 45.–, in der handwerklichen zwischen RM 60.– und 80.–.

   Diejenigen, die in der Lage sind, die Kosten der Ausbildung ganz oder teilweise zu tragen, werden zur Deckung der Kosten herangezogen.

Einnahmen	Ausgaben
RM 200 000.–	RM 200 000

[...]

[196] Die Gestapo und die Fortführung der jüdischen Auswanderung
8. Mai 1940; BLHA: Rep. 41 Amtsbezirk Bötzow Nr. 34.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Potsdam
Br.Nr. 2323/40 II B.

Potsdam, den 8. Mai 1940.

Streng vertraulich.

An
die Herren Landräte,
die Herren Oberbürgermeister der kreisfreien Städte des Regierungsbezirks,
den Herrn Polizeipräsidenten in Potsdam,
nachrichtlich
dem Herrn Regierungspräsidenten in Potsdam und
dem SD. des Reichsführers SS-SD-Abschnitt Potsdam- in Potsdam.

Betrifft: Judenauswanderung.
Vorgang: Ohne.

Die jüdische Auswanderung aus dem Reichsgebiet ist nach Richtlinien des *Reichssicherheitshauptamtes nach wie vor auch während des Krieges verstärkt zu betreiben.

Die Auswanderung der Juden nach dem *europäischen* Ausland bedarf jedoch einer besonderen staatspolizeilichen Überwachung. Ich ersuche daher, soweit bereits Pässe für Juden zur Auswanderung nach dem europäischen Ausland erteilt worden sind und die Auswanderung noch nicht erfolgt ist, diese sofort wieder einzuziehen. Soweit Auswanderungen nach dem europäischen Ausland erfolgen sollen, ist in jedem Falle meine Genehmigung vor Aushändigung des Passes rechtzeitig einzuholen.

Die sonstigen vorbereitenden Maßnahmen zur Auswanderung der Juden dürfen hierdurch keine Verzögerung erfahren. Ich werde in jedem Falle nach Eingang des Vordrucks A 107 f betr. vorbereitende Maßnahmen zur Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland, auf dem in Zukunft das Zielland der Auswanderung anzugeben ist, Mitteilung machen, ob der betr. Jude nach dem angegebenen Land auswandern darf oder nicht.

Bei Aushändigung der Pässe ist in jedem Falle zu prüfen, wohin die Auswanderung erfolgen soll, da das Auswanderungsziel im Laufe der Auswanderungsvorbereitungen oft geändert wird.

Bei Auswanderung nach Palästina durch Sondergruppentransporte ist in jedem Falle festzustellen und nach hier zu berichten, wann der Sondertransport abgehen

soll und ob ein Antrag für den Teilnehmer an dem Sondergruppentransport beim *Reichssicherheitshauptamt in Berlin gestellt ist.

In Mischehe lebende Juden dürfen keinesfalls zur Auswanderung gedrängt werden.

gez. Heller[1]

[1] Reinhold Heller war 1939 SS-Obersturmbannführer und Leiter der Staatspolizeistelle in Potsdam.

[197] Verwaltungskosten des Palästinaamtes der Jewish Agency

24. Mai 1940; BArch: 75c Re1-1.

Palästina-Amt Berlin
der Jewish Agency for Palestine

Berlin W 15, Meinekestrasse 10

An die
Reichsvereinigung der
Juden in Deutschland,
z.H. von Herrn Dr. *Eppstein,
Berlin-Charlottenburg 2
Kantstr. 158

Abteilung: Leitung
Betrifft: Voranschlag für das 2. Halbjahr 1940 24.5.1940

In der Anlage überreichen wir Ihnen einen Voranschlag für das dritte Semester 1940. Wir haben uns aus bekannten Gründen noch nicht entschliessen können, eine Voranschlag für das zweite Halbjahr 1940 zu machen.

Der Voranschlag geht von einem Monatsdurchschnitt von 200 zu unterstützenden Auswanderern mit Auswanderungskosten von rund RM. 400.– je Person aus. Die Monatsausgaben für die reinen Wanderungskosten sind daher auf RM. 80 000.– veranschlagt. Die Ausgaben für das 3. Quartal 1940 werden somit für *Wanderungskosten* RM. 240 000.– betragen.

Die *Verwaltungskosten* haben wir entsprechen dem Voranschlag für das 1. Semester 1940 in

a) Palästina-Vorbereitung mit	RM. 34 000.–
b) Verwaltungskosten des Palästina-Amtes mit	" 51 000.–
	" 85 000.–

aufgeteilt. Die Gesamtkosten der Palästina-Wanderung einschl. der Verwaltungskosten für die Monate Juli bis September 1940 veranschlagen wir somit auf RM. 325 000.–

Eine Einzelübersicht über die Höhe der Verwaltungskosten und einen Vergleich gegenüber den monatlichen Durchschnittsziffern der ersten vier Monate 1940 fügen wir in der Anlage bei.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Palästina-Amt Berlin

1 Anlage. Dr. Julius Israel *Schoenfeld.

Übersicht über die Ausgaben des Palästina-Amtes

	Ausgaben Januar bis April 1940 *(Monatsdurchschnitt)*	Voranschlag Juli bis September 1940 *(Monatsdurchschnitt)*
Personalkosten	RM. 16 900.–	RM. 13 000.–
Raum	RM. 1 700.–	RM. 1 200.–
Reisen und Fahrgelder	RM. 3 000.–	RM. 2 000.–
Telefon und Telegramme	RM. 1 800.–	RM. 1 500.–
Porti	RM. 1 400.–	RM. 1 000.–
Büromaterial	RM. 650.–	RM. 650.–
Div. Ausgaben	RM. 2 350.–	RM. 1 500.–
Zweigstellen	RM. 6 900.–	RM. 6 900.–
Tarbuth	RM. 1 000.–	RM. 500.–
Steuern	RM. 200.–	RM. ---.–
	RM. 35 800.–	RM. 28 250.–

Den Ausgaben in den Monaten Januar bis April 1940 stehen Einnahmen des Palästina-Amtes an Gebühren etc., insbesondere aus dem Apala-Verfahren in Höhe von monatlich durchschnittlich RM. 7750. gegenüber. Für die Zeit nach dem 1. Juli 1940 ist mit Einnahmen des Palästina-Amtes aus seiner eigenen Tätigkeit nicht zu rechnen.

[198] *Heydrich und eine »territoriale Endlösung der Judenfrage« 24. Juni 1940; PA: Inland II/G, Bd. 177 (Endlösung der Judenfrage): R100857.

Abschrift Pol XII 136.
Der Chef der Sicherheitspolizei Berlin SW.11, den 24. Juni 1940
und des SD
– IV D 4 – 1574/40 –

An den
Herrn Reichsaußenminister
SS-Gruppenführer Joachim von Ribbentrop,
Berlin W.8
Wilhelmstr.
(Auswärtiges Amt)

Lieber Parteigenosse von Ribbentrop!
Der Herr Generalfeldmarschall hat mich im Januar 1939 in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan mit der Durchführung der jüdischen Auswanderung aus dem gesamten Reichsgebiet beauftragt. In der Folgezeit gelang es, trotz großer Schwierigkeiten, selbst auch während des Krieges, die jüdische Auswanderung erfolgreich fortzusetzen.

Seit Übernahme der Aufgabe durch meine Dienststelle am 1. Januar 1939 sind bisher insgesamt über 200 000 Juden aus dem Reichsgebiet ausgewandert. *Das Gesamtproblem* – es handelt sich bereits um rund 3¼ Millionen Juden in den *heute* Deutscher Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten – kann aber *durch Auswanderung* nicht mehr gelöst werden. Eine territoriale Endlösung wird daher notwendig.[1]

Ich darf bitten, mich bei bevorstehenden Besprechungen, die sich mit der Endlösung der Judenfrage befassen, falls solche von dort aus vorgesehen sein sollten, zu beteiligen.

Heil Hitler!
Ihr
gez. *Heydrich.

---

[1] Zwischen Kriegsausbruch im September 1939 und dem Beginn des systematischen Massenmords der europäischen Juden zwei Jahre später zog das NS-Regime verschiedene Strategien in Betracht, mit Millionen von Juden in den Gebieten umzugehen, die nach Kriegsausbruch besetzt worden waren. Zur Zwangsaussiedlung der Juden aus NS-Deutschland kamen Maßnahmen wie die Vertreibung bzw. die Umsiedlung der Juden in Westpolen, der Madagaskar-Plan sowie die Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung in Polen hinzu. *Heydrichs Bemerkungen spiegelten die damalige Vorstellung – also kurz nach dem Sieg im Westen im Sommer 1940 – von einer Massenumsiedlung der Juden in »Reservate« in Ostpolen oder Madagaskar wider. Solche Pläne stellten eine Art »territoriale Endlösung« der sogenannten Judenfrage in Europa dar.

[199] MADAGASKAR, PALÄSTINA UND EINE TERRITORIALE ENDLÖSUNG
3. Juli 1940; PA: Inland II/G, Bd. 177 (Endlösung der Judenfrage): R100857.

Die Judenfrage im Friedensvertrage.[1]

Der bevorstehende Sieg gibt Deutschland die Möglichkeit und meines Erachtens auch die Pflicht, die Judenfrage in Europa zu lösen. Die wünschenswerte Lösung ist: Alle Juden aus Europa. Aufgabe des Auswärtigen Amts ist hierbei:

a) diese Forderung im Friedensvertrag zu verankern und die gleiche Forderung durch Einzelverhandlungen mit den nicht vom Friedensvertrag betroffenen Staaten in Europa durchzusetzen,

b) im Friedensvertrag das notwendige Territorium zur Ansiedlung der Juden sicherzustellen und die Grundsätze für die Mitarbeit der Feindstaaten an diesem Problem festzulegen,

c) die staatsrechtliche Stellung des neuen jüdischen überseeischen Siedlungsraumes zu bestimmen,

d) als Vorarbeit

1.) Klarlegung der Wünsche und Pläne der interessierten innerdeutschen Partei-, Staats- und wissenschaftlichen Stellen und das Abstimmen dieser Pläne auf die Wünsche des Herrn Reichsaußenministers, wozu weiter gehört;

2.) Schaffung einer Übersicht über die bei einzelnen Stellen vorhandenen sachlichen Unterlagen (Anzahl der Juden in den einzelnen Ländern), Verwertung ihres Vermögens über eine internationale Bank;

3.) Aufnahme von Verhandlungen mit dem befreundeten Italien über diese Fragen.

Wegen der Aufnahme der Vorarbeiten ist das Referat D III über die Abteilung Deutschland bereits mit Vorschlägen an den Herrn Reichsaußenminister herangetreten und hat von ihm den Auftrag erhalten, diese Vorarbeiten unverzüglich in die Wege zu leiten. Besprechungen mit der Dienststelle des Reichsführers SS, des Innenministeriums und einigen Parteidienststellen haben bereits stattgefunden. Diese Dienststellen billigen folgenden Plan des Referats D III:

Referat D III regt als Lösung der Judenfrage an: Frankreich muß im Friedensvertrag die Insel Madagaskar für die Lösung der Judenfrage zur Verfügung stellen und seine rund 25 000 dort ansässigen Franzosen aussiedeln und entschädigen. Die Insel wird Deutschland als Mandat übertragen. Die seestrategisch wichtige Diego-Suarez-Bai sowie der Hafen von Antsirana werden deutsche Marinestützpunkte, (diese Marinestützpunkte werden vielleicht noch je nach Wunsch der Kriegsmarine auch auf die Häfen – offene Reeden – Tamatave, Andevorante, Mananjary usw. ausgedehnt werden können). Neben diesen Marinestützpunkten

[1] Dieses Dokument ist eine interne Aufzeichnung der Abteilung Inland im Auswärtigen Amt. Der Verfasser ist unbekannt.

werden geeignete Teile des Landes zur Anlage von Flugstützpunkten aus dem Judenterritorium herausgeschnitten. Der nicht militärisch erforderliche Teil der Insel wird unter die Verwaltung eines deutschen Polizeigouverneurs gestellt, der der Verwaltung des Reichsführers SS untersteht. In diesem Territorium bekommen die Juden im übrigen Selbstverwaltung: eigene Bürgermeister, eigene Polizei, eigene Post- und Bahnverwaltung usw. Für den Wert der Insel haften die Juden als Gesamtschuldner. Zu diesem Zweck wird ihr bisheriges europäisches Vermögen einer zu gründenden europäischen Bank zur Verwertung übertragen. Soweit dieses Vermögen zur Bezahlung der Landwerte, die sie in die Hand bekommen, und der zum Aufbau der Insel notwendigen Warenaufkäufe in Europa nicht ausreicht, werden den Juden von der gleichen Bank bankmäßige Kredite zur Verfügung gestellt.

Da Madagaskar nur Mandat wird, erwerben die dort ansässigen Juden nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Allen nach Madagaskar deportierten Juden wird dagegen vom Zeitpunkt der Deportation ab von den einzelnen europäischen Ländern die Staatsangehörigkeit dieser Länder aberkannt. Sie werden dafür Angehörige des Mandats Madagaskar.

Diese Regelung vermeidet, daß die Juden sich etwa in Palästina einen eigenen Vatikanstaat gründen und damit den symbolischen Wert, den Jerusalem für den christlichen und mohammedanischen Teil der Welt hat, für ihre Ziele einspannen können. Außerdem bleiben die Juden als Faustpfand in deutscher Hand für ein zukünftiges Wohlverhalten ihrer Rassegenossen in Amerika.

Propagandistisch kann man die Großmut verwerten, die Deutschland durch Gewährung der kulturellen, wirtschaftlichen, verwaltungsmäßigen und justizmäßigen Selbstverwaltung an den Juden übt, und dabei betonen, daß uns unser deutsches Verantwortungsbewusstsein der Welt gegenüber verbietet, einer Rasse, die Jahrtausende keine staatliche Selbständigkeit gehabt hat, sofort einen unabhängigen Staat zu schenken; dafür bedürfe es noch der geschichtlichen Bewährung.

Berlin, den 3. Juli 1940.

[200] Palästina und die Auswanderungspolitik des SD
3. Juli 1940; YV: TR-3, 1143.

Aktennotiz Nr. 44
Rücksprache im *Reichssicherheitshauptamt
von
Jakob *Edelstein, Prag
Dr. Franz *Weidmann, Prag
Dr. Josef Israel *Löwenherz, Wien
Dr. Paul Israel *Eppstein, Berlin

a. 3. Juli 1940, 15 Uhr 30

I. Mit Herrn Hauptsturmführer *Eichmann

1. *Tätigkeitsbericht*

Gemäss Aufforderung von HSTF *Eichmann wird über die Tätigkeit auf dem Gebiete der Auswanderung, der Organisation und hinsichtlich der Finanzen berichtet.

Dr. Löwenherz soll binnen vier Wochen eine Statistik der in der Ostmark lebenden Juden, geordnet nach den von ihnen zuletzt vor dem Umbruch 1938 ausgeübten Berufen der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung vorlegen, ferner ein namentliches Verzeichnis der Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, die sich noch in der Ostmark befinden. Staatenlose sind hierbei nicht zu berücksichtigen. Dr. *Löwenherz wird ferner beauftragt, binnen 4 Wochen weitere 100 Angestellte der Israel. Kultusgemeinde Wien zu kündigen.

[…]

2. *Sondertransporte nach Palästina*

Ein Bericht über die Durchführbarkeit von Sondertransporten nach Palästina ist morgen nach Rücksprache mit Herrn Berthold Israel *Storfer, der heute Abend in Berlin eintreffen soll, zu erstatten.

3. *Schutzhäftlinge*

[…]

4. *Auswanderungsfrage*

HSTF *Eichmann erklärt nach Entgegennahme der Berichte über den gegenwärtigen Stand der Auswanderung, dass die Bemühungen um die Auswanderung über den Fernen Osten sowie über Lissabon fortzusetzen sind.

Nach Beendigung des Krieges werde jedoch voraussichtlich eine Gesamtlösung der europäischen Judenfrage angestrebt werden müssen. Es werde sich hierbei um etwa 4 Millionen Juden in den in Betracht kommenden europäischen Staaten handeln. Die Einzelauswanderung werde für deren Ansiedlung nicht ausreichend sein, wenn auch in besonderen Fällen die Einzelauswanderung weiter zugelassen werden wird. HSTF *Eichmann fragt, ob bereits nach dieser Richtung Erwägungen oder Pläne erörtert werden seien. Diese Frage wird verneint. HSTF *Eichmann erteilt den Auftrag, die allgemeinen Gesichtspunkte, die bei einem solchen Plan zu berücksichtigen wären, in einer kurzen Niederschrift zusammenzufassen.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein solcher Plan nur in Hinsicht auf ein konkretes Siedlungsgebiet, auf die Sicherstellung der Finanzierung, besonders durch staatliche Mittel sowohl der Auswanderung als auch der Ansiedlung sowie auf die Siedlungsorganisation möglich sei. HSTF *Eichmann erklärt, dass es sich zur Zeit nur um die Aufstellung von Richtlinien handeln solle, die die Durchführung eines solchen Auswanderungsplanes ohne Reibungen für beide Teile und ohne Härten etwa innerhalb einer Frist von drei bis vier Jahren ermögliche.

In diesem Zusammenhang wird auf die Bedeutung Palästina eingegangen. Es wird darauf hingewiesen, dass Palästina mit nicht etwa 500 000 Juden wohl der wichtigste Ansatzpunkt für die Aufnahme und Ansiedlung grösserer jüdischer Massen bilde und dass eine Mitwirkung jüdischer Hilfsorganisationen wohl am ehesten für einen grossen Ansiedlungsplan in Palästina zu erwirken wäre. HSTF *Eichmann erklärt, dass bestimmte Pläne bezüglich des Siedlungsgebiets und der Siedlungsform noch nicht vorliegen. In der Niederschrift soll es sich lediglich darum handeln, einige Grundgedanken zu einem solchen Plan zu äussern. Die Niederschrift soll bis zum 4. Juli nachmittags eingereicht werden.

*II. mit Herrn Obersturmführer *Dannecker*

5. *Auswanderungsfrage*

OSTF *Dannecker gibt zu der angeforderten Niederschrift eine Reihe von Erläuterungen. Es wird auf die Schwierigkeiten für die Ausstellung eines solchen Planes innerhalb der kurzen Frist eingegangen. OSTF *Dannecker bemerkt, dass es sich lediglich um eine erste Äusserung zu dem Gesamtproblem handeln solle. Hierbei könne, auch wenn ein konkretes Gebiet noch nicht feststehe, sehr wohl von dem Beispiel eines Landes ausgegangen werden.

Es wird in diesem Zusammenhang die Erörterung über Palästina als Siedlungsgebiet fortgesetzt. OSTF *Dannecker äussert sich zu der Frage dahin, dass Palästina nicht genug Fassungsraum aufweise, und dass auch von Seiten der Araber Schwierigkeiten gemacht werden können. Darauf wird erwidert, dass Palästina in seinem heutigen Umfange Fassungsraum für etwa drei Millionen Juden haben

dürfte, bei Hinzunahme von Transjordanien sogar das vorliegende Gesamtproblem lösen könnte.
[...]
Berlin, den 3. Juli 1940

Jakob *Edelstein
Dr. Paul Israel *Eppstein
Dr. Josef Israel *Löwenherz
Dr. Franz *Weidmann

[201] FORTFÜHRUNG DER JÜDISCHEN AUSWANDERUNG NACH PALÄSTINA
10. Oktober 1940; BArch: 75c Re1-47.

*Palästina-Amt Berlin der Jewish Agency for Palestine
Berlin W 15, Meinekestrasse 10

An die
Geheime Staatspolizei-Leitstelle Berlin
Polizeipräsidium
Zimmer 175
Berlin C.2
Grunerstr.

Abteilung: Leitung 10.10.40
Betrifft: Bericht über die Tätigkeit des *Palästina-Amts
Berlin im September 1940.

DIA. S. Ca. Mo.

Die Besucherzahl der Palästina-Amt-Sprechstunden betrug im September 1940 1136.

Die Palästina-Amts-Abteilung bei der Auswanderungs-Stelle in der Jüdischen Gemeinde zu Berlin hat 110 Palästina-Wanderer beraten.

Pass-Bescheinigungen sind vom Ausschuss für Sondertransporte nicht ausgestellt worden. Dagegen hat er den im August vorbereiteten Transport von 500 Personen in den ersten September-Tagen zur Ausreise gebracht.

Der Abteilung Auslandsunterbringung der *Jüdischen Jugendhilfe war es wiederum in Anbetracht der politischen Lage in Europa nicht möglich, Jugendliche im neutralen Ausland unterzubringen.

Hinsichtlich der Arbeiten der Abteilung Berufsvorbereitung ist zu berichten: Bei dem oben erwähnten Transport von 500 Menschen befinden sich 270 Jugendliche aus den Umschichtungslagern. Diese Plätze wurden teils durch Jungen und Mädchen wieder aufgefüllt, die durch Beendigung des Forsteinsatzes frei geworden waren, teilweise aber auch durch Neueinweisungen von bisher noch nicht in Umschichtungslagern Befindlichen.

In Schniebinchen,[1] dem Vorbereitungspunkt der *Jüdischen Jugendhilfe wurde mit der Aufstellung einer neuen Baracke begonnen, die im Oktober bezugsfertig sein und durch 30 neue Praktikanten besetzt werden soll.

In Anbetracht des verminderten Geschäftsumfanges haben das Palästina-Amt, die *Jüdische Jugendhilfe und die nationalen Fonds die Zahl ihrer Angestellten

[1] Schniebinchen bei Sommerfeld war ein jüdisches Umschulungslager in Schlesien.

zeit Juni 1940 um etwa 2/3 vermindert. Bis Ende d. J. soll eine Gesamtverminderung um etwa 75 % eintreten.

Palästina-Amt Berlin
Franz Israel *Lyon

[202] Zionistische Ziele der Reichsvereinigung
30. Dezember 1940; BArch: 75c Re1-2.

*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
Charlottenburg, Kantstrasse 158

I/Dr. Berl/Karm./Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 30.12.1940

Anwesend: Dr. *Baeck als Vorsitzender
Dr. *Cohn
Dr. *Eppstein
Henschel
Dr. *Hirsch
*Kozower
Dr. *Lilienthal

fehlend: Dr. Seligsohn

Dr. *Berliner
Brasch
Dr. *Fuchs
Fürst
Karminski
*Löwenstein
*Lyon
Meyerheim

1.) Brasch[1] berichtet über Besprechungen im Planungsamt Berlin über die Unterbringung von jüdischen Mietern, die ihre Wohnungen auf Verlangen der Zentralstelle für jüdische Auswanderung[2] aufgeben müssen.[3] Es werden eine Reihe Möglichkeiten erörtert, den erforderlichen Wohnraum zu beschaffen.

[1] Martin Brasch war ein Rechtswissenschaftler, der 1933–1939 im Referat für Wirtschaftshilfe bei der jüdischen Gemeinde Berlin tätig war.

[2] Hier ist wahrscheinlich die *Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin gemeint.

[3] Seit 1933 verfolgte das NS-Regime eine Politik der gesellschaftlichen Trennung der Juden und Nichtjuden in Deutschland. Dazu verlangten die polizeilichen Behörden die Räumung jüdischer Wohnungen und Häuser und den vorläufigen Umzug der Juden in »Judenhäuser« und »Judensiedlungen« in Deutschland. Dies war eine Art von »Ghettoisierung« in Deutschland.

Von einer Erklärung gegenüber der zuständigen Stelle, daß die Beschaffung ohne Zwangsanweisungen nicht möglich sei, soll Abstand genommen werden.

2.) Dr. *Hirsch berichtet über die Besprechungen wegen der Siedlerschule und im Zusammenhang damit über die Notwendigkeit einer Festlegung der Grundsätze zur erzieherischen Vorbereitung der Gruppen- und Massensiedlung. Er schlägt dafür folgende Fassung eines insbesondere an die Erzieher zu richtenden Rundschreibens vor:

Der Rückgang der Einzel-Auswanderung hat es der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland je länger desto mehr zur Pflicht gemacht, Gruppen- und Massensiedlung vorzubereiten.[4] Als Grundlage für die in diesem Zusammenhang zu leistende Erziehungsarbeit – in der Schule, in der Berufsausbildung und in der Erwachsenenbildung – tut eine erneute Besinnung auf das Wesen der jüdischen Gemeinschaft not. Für diese Erziehungsarbeit gelten folgende Grundsätze:

1.) Träger der jüdischen Gemeinschaft ist das jüdische Volk. Das Bewußtsein der volksmäßigen Verbundenheit ist deshalb in jeder Weise, insbesondere durch die Aufzeigung des Zusammenhangs der jüdischen Geschichte, zu wecken und zu stärken.

2.) Die jüdische Gemeinschaft hat ihren Geist und ihre Prägung erhalten durch die jüdische Religion. Der Zugang zu ihr muß deshalb jedem Einzelnen und jeder Gruppe eröffnet werden.

3.) Das Hebräische als die Sprache des jüdischen Volkes und seiner Religion ist wesentlicher Bestandteil jeder jüdischen Erziehung.

4.) Die Aufgaben der Massensiedlung fordern Erziehung zur sozialen Gemeinschaft in der Gemeinschaft.

5.) Ziel der Erziehung ist die Vorbereitung für das Leben in der jüdischen Siedlung. Der Ort ihrer Verwirklichung ist nach unserem Wunsch das jüdische Land Palästina. Die Grundsätze gelten aber für die erzieherische Vorbereitung jeder jüdischen Siedlung, wo immer sie ihren Platz finden möge.

gez. Dr. *Berliner

---

[4] Seit dem Ausbruch des Krieges gingen die Einzel-Auswanderungen der Juden aus Deutschland natürlich stark zurück.

[203] Tätigkeiten und Schwierigkeiten des Palästinaamts
13. März 1941; BArch: 75c Re1-47.

*Palästina-Amt Berlin
der Jewish Agency for Palestine

Berlin W 15, Meinekestrasse 10

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Berlin C. 2
Grunerstr. 12.

Abteilung: Leitung
Betrifft: Bericht über die Tätigkeit des Palästina-Amtes Berlin im Monat Februar 1941 Dia. S. Ca. Mo.

13.3.1941.

Die Besucherzahl der Palästina-Amts-Sprechstunden betrug im Monat Februar 1941 660 an 17 Sprechstundentagen.

Zur Auswanderung mit dem Ziel Palästina konnte im Monat Februar niemand gebracht werden. Auch Passbescheinigungen sind nicht ausgestellt worden.

Die Berufsvorbereitung hat zusammen mit der *Jüdischen Jugendhilfe E. V. in diesem Monat 50 Neumeldungen zu verzeichnen, die zu Einweisungen in die bestehenden Ausbildungspunkte der *Jüdischen Jugendhilfe E. V. nach Massgabe der freien Plätze führten.

Die Bemühungen um die Schaffung einen handwerklichen Ausbildungsstätte in Hamburg gehen weiter.

Im Berichtsmonat wurde eine Reorganisation und erhebliche Verringerung des Personalbestandes durch das *Reichssicherheitshauptamt verfügt. Die Aufgaben der Abteilung Berufsvorbereitung des Palästina-Amtes und die der *Jüdischen Jugendhilfe E. V. werden künftig von der Abteilung Berufsausbildung der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wahrgenommen werden. Dadurch wird der bisherige Personalbestand des Palästina-Amtes auf künftig 4, der Abteilung Berufsvorbereitung und der *Jüdischen Jugendhilfe E. V., diese letzteren unter Eingliederung in die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, auf 6 verringert werden.

Palästina-Amt Berlin
Franz Israel *Lyon

[204] Andeutung einer künftigen »Endlösung der Judenfrage«
20. Mai 1941; BArch: R/58-276.

*Reichssicherheitshauptamt Berlin, den 20. Mai 1941
IV 4b (Rz) (neu) 2494/41 g (250)

An
Alle Staatspolizeileitstellen
Nachrichtlich
Den SD- (Lei) Abschnitten

Betrifft: Auswanderung von Juden aus Belgien, dem besetzten und unbesetzten Frankreich – Auswanderung von Juden aus dem Reichsgebiet in das unbesetzte Frankreich.
Bezug: Ohne

Juden deutscher Staatsangehörigkeit, die sich z.Zt. in Frankreich und Belgien aufhalten, suchen bei verschiedenen Behörden im Reichsgebiet um Nachsendung von Urkunden, z. B. Reisepässe, Führungszeugnisse usw., zum Zwecke der Auswanderung an.

Gemäß einer Mitteilung des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches ist die Judenauswanderung aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren auch während des Krieges verstärkt im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten unter Beachtung der aufgestellten Richtlinien für die Judenauswanderung durchzuführen. Da für die Juden aus dem Reichsgebiet z.Zt. nur ungenügend Ausreisemöglichkeiten, in der Hauptsache über Spanien und Portugal, vorhanden sind, würde aber eine Auswanderung von Juden aus Frankreich und Belgien eine erneute Schmälerung derselben bedeuten. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen und im Hinblick auf die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage ist daher die Auswanderung von Juden aus Frankreich und Belgien zu verhindern.

Ich bitte, die in Frage kommenden innerdeutschen Behörden des dortigen Dienstbereiches zu unterrichten, daß eine Nachsendung von Urkunden an Juden in Frankreich und Belgien zum Zwecke der Auswanderung nicht erfolgen soll.

Bezüglich der Auswanderung von Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren in das unbesetzte Frankreich teile ich mit, daß im allgemeinen in besonders gelagerten Fällen, z. B. Übersiedlung mittelloser zu Verwandten im unbesetzten Frankreich, falls kein sicherheitspolizeiliches Interesse an einer Verhinderung der Auswanderung besteht, nach Vorliegen der Einwanderungsbewilligung der französischen Regierung der Auswanderung stattgegeben werden kann. Maßgebend hierbei ist die Feststellung, daß durch die Genehmigung der Auswanderung von Juden in das unbesetzte Frankreich ein

Vorteil des Deutschen Reiches entsteht, und sei es auch nur durch die Tatsache, daß ein Jude das Reichsgebiet verläßt.

Sollte es sich in Einzelfällen zeigen, daß die Einwanderungsbewilligung seitens der französischen Regierung nur im Hinblick auf gewisse Vorteile, die Frankreich durch die Einwanderung dieser Juden entstehen würden, erteilt wurde, so ist in diesen Fällen die Auswanderungsgenehmigung zu versagen. In *jedem Einzelfall* ist jedoch die vorherige Stellungnahme des *Reichssicherheitshauptamtes einzuholen.

Eine Einwanderung von Juden aus den besetzten übrigen europäischen Ländern in das unbesetzte Frankreich ist nicht erwünscht, wenngleich diese nicht immer verhindert werden kann.

Eine Einwanderung von Juden in die von uns besetzten Gebiete ist im Hinblick auf die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage zu verhindern.[1]

In Vertretung
gez. *Schellenberg

---

[1] Immerhin führte das NS-Regime die jüdische Auswanderung aus dem Reich bzw. den besetzten Ländern Europas bis Mitte Oktober 1941 fort.

[205] Das Ende der zionistischen Arbeit in Deutschland
22. Juli 1941; CZA: L22\443.

Herrn Dr. N. *Goldmann, den 22. Juli 1941.
Emergency Committee for Zionist Affairs,
41 East, 42nd Street,
New York City

Lieber *Goldmann,
Nach den letzten Nachrichten aus Berlin ist die Situation unserer Leute jetzt folgende: Die Zionistische Organisation ist schon seit langem aufgelöst. Die beiden Fonds, die formell noch bestanden, sind vor einiger Zeit in die Reichsvereinigung eingegliedert worden, wobei mir nicht klar ist, ob auch die noch vorhandenen Mittel der Fonds jetzt der Reichsvereinigung gehören oder noch ein Sonderkonto bilden. Das wird man wohl erst nach dem Kriege erfahren.

Auch das Palästina-Amt mit allen seinen Unter-Abteilungen für *Hachscharah, etc., das noch in der Meineckestrasse bis vor einigen Monaten einen grossen Apparat unterhielt, ist auf Anweisung der Behörden immer mehr reduziert und nunmehr auch vollkommen aufgelöst worden.[1] Der Rest der Mitarbeiter, insgesamt vier Personen, soll eine anderweitige Tätigkeit bei der Jüdischen Kultus-Vereinigung Berlin bezw. bei der Reichsvereinigung erhalten.

Seit Beginn des Krieges war davon die Rede einigen führenden deutschen Zionisten, die sich um die Arbeit besonders verdient gemacht haben, Zertifikate zu besorgen und ihnen die Ausreise zu ermöglichen. Nun wenden sich diese noch übrig gebliebenen Personen an mich mit der Frage, ob es möglich wäre die nötigen Depot-Gelder aufzubringen, die zur Ausreise nach südamerikanischen Staaten oder nach Kuba gefordert werden.

Die Reise nach Palästina und nach Nord-Amerika kommt nicht mehr in Frage, da es weder Zertifikate noch Reisemöglichkeiten nach Palästina gibt und da Visen für Nord-Amerika jetzt auch kaum noch erhältlich sind. Die einzige Hoffnung unserer Berliner Leute ist also jetzt Ausreise nach Süd-Amerika oder Kuba. Es wäre wirklich die Pflicht der Organisation gewesen, sich um die wenigen Vertrauensmänner zu kümmern, die so lange auf ihren furchtbar schweren Posten ausgeharrt haben, aber es ist, wie gesagt, nichts getan worden. Legen Sie doch diese Frage einmal dort vor und segen Sie, ob es möglich ist den Betrag aufzubringen, der zur Depotstellung für 4 oder 5 Familien erforderlich

[1] Das *Palästinaamt der Jewish Agency for Palestine in Berlin wurde offiziell Ende April 1941 aufgelöst.

ist. Vielleicht kann man doch diese begrenzte Summe aufbringen, um diese Leute noch herauszubringen.

In Erwartung Ihrer Antwort, bin ich mit herzlichen Grüssen

Ihr
R. *Lichtheim[2]

P. S. Ich erhielt kürzlich die Nachricht, dass Otto *Hirsch, der verhaftet war, im Gefängnis gestorben ist. Ich habe dies nach Palästina telegraphiert und nehme an, dass es auch in Amerika bekannt ist, da der *Joint jedenfalls darüber informiert war.

---

[2] Während des Krieges war Richard *Lichtheim Vertreter der *Jewish Agency for Palestine in Genf.

[206] Schwierigkeiten der jüdischen Auswanderung 1939–1941
o. D. (November 1941); BArch: 75c Re1-31.

Die Schwierigkeiten der Auswanderung und ihre Überwindung seit Gründung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung bis Ende Oktober 1941.[1]

I. Von der Gründung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Berlin,[2] bis zum Kriegsausbruch.

II. Nach Kriegsausbruch.
   a.) Vom Kriegsausbruch bis Mai 1940
   b.) von Mai 1940 bis Oktober 1940
   c.) von November 1940 bis Oktober 1941

Von der Gründung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Berlin, bis zum Kriegsausbruch.

Mit Ende des Jahres 1938 setzte eine erhöhte Auswanderung der Juden ein. Hierdurch wurden die für die Passerteilung zuständigen Behörden mit Arbeit überlastet, sodass die Erteilung von Pässen nur sehr schleppend vorwärts ging.

Erst mit Gründung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Berlin wurde diese Schwierigkeit beseitigt, was wiederum einen glatteren Ablauf der Auswanderung zur Folge hatte.

Dies kommt auch in den Auswanderungsziffern der folgenden Monate zum Ausdruck, denn in der Zeit vom März bis zum Ausbruch des gegenwärtigen Krieges, d. h. bis August 1939, wanderten durchweg 9–10 000 Personen monatlich aus.

Ein grosser Teil dieser Auswanderer ging nach Shanghai. Da aber durch die grosse Nachfrage nach Passagen dorthin eine erhebliche Verknappung des Schiffsraums eintrat, konnte ein grosser Teil der Auswanderer, die an sich bereit waren, nach Shanghai auszuwandern, dorthin nicht gelangen.

Der grösste Teil der Auswanderer ging aber in dieser Zeit nach England und anderen europäischen Ländern, nicht um dort für dauernd zu bleiben, sondern unter Benutzung als Zwischenland, um dort ihre Weiterwanderung abzuwarten. Hierunter befanden sich eine grosse Anzahl von allein auswandernden Kindern.

Die Weiterwanderung aller dieser Personen aus diesen Zwischenländern erfolgte in der Hauptsache nach U. S. A. Es handelte sich hierbei um solche Per-

---

[1] Dieses Dokument stellt einen Teil des umfassenden Berichts der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom November 1941 dar, also zu der Zeit, in der die NS-Regierung die jüdische Auswanderung aus dem Großdeutschen Reich sowie aus dem besetzten Europa wegen des Beginns des systematischen Massenmords an den Juden in Europa verboten hatte.

[2] Gemeint ist die im Januar 1939 gegründete *Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin.

sonen, die für USA zwar registriert waren, deren Wartenummer aber noch nicht an der Reihe war.

Die Auswanderung nach USA nahm ihren normalen weiteren Verlauf und ermöglichte denjenigen Personen, die bereits früher registriert waren, die Auswanderung dorthin. Das Vorrücken der Warteliste ging allerdings deswegen verhältnismässig langsam vor sich, weil eine sehr grosse Anzahl von Quotennummern von Auswanderern aus der Ostmark verbraucht war.

A. Nach Kriegsausbruch.

Mit Ausbruch des Krieges wurde zunächst die Auswanderung unterbrochen.

Die Gründe hierfür waren:

1.) Das Aufhören der Zwischenwanderung nach den europäischen Ländern, insbesondere nach England;
2.) Der Fortfall der deutschen Dampferverbindungen;
3.) Die Notwendigkeit, die Passagen auf ausländischen Dampfern in Devisen zu zahlen.

Trotz dieser drei Faktoren gelang es in der Folgezeit, die Auswanderung – wenn auch in geringerem Umfang als vor Kriegsausbruch, – wieder in Gang zu bringen. Dies gilt zunächst für die Zeit bis zur Besetzung Norwegens, Hollands und Belgiens bezw. bis zum Eintritt Italiens in den Krieg, also bis Mai 1940.[3]

Nachdem es den Bemühungen der Abteilung Wanderung gelungen war, beim *Joint die Zusage zu erreichen, dass er die notwendigen Devisen für Passagezwecke zur Verfügung stellt, konnte bereits während des ersten Kriegsmonats eine grössere Anzahl von Auswanderern mit italienischen Dampfern auf den Weg gebracht werden.

Gerade nach Südamerika vergrösserte sich dann in den kommenden Monaten die Auswanderung, insbesondere nach Bolivien und Chile.

Durch Erlass neuer Einwanderungsbestimmungen in diesen beiden südamerikanischen Ländern wurde am Ende des Jahres 1939 die Auswanderung dorthin fast völlig gedrosselt. Inzwischen war es aber gelungen, die Auswanderung nach Shanghai von neuem zu ermöglichen; denn während bis kurz vor Ausbruch des Krieges die Einreise nach Shanghai ohne Erfüllung irgendwelcher Bedingungen möglich war, verlangte die Shanghaier Stadtverwaltung von Mitte August 1939 ab entweder den Nachweis eines Vorzeigegeldes von $400.– pro Person, oder eine ausdrückliche schriftliche Einreisegenehmigung der Stadtverwaltung, die für nächste Verwandte in Shanghai bereits ansässiger Personen erteilte wurde. Diese Bedingungen konnten erst nach und nach von den einzelnen Auswanderern erfüllt werden, sodass erst Anfang des Jahres 1940 wieder die Auswanderung nach Shanghai einsetzen konnte.

[3] Italien trat tatsächlich am 10. Juni 1940 in den Krieg ein.

In dieser Zeit war ziffernmässig am bedeutsamsten die Auswanderung nach USA, die gegenüber der Zeit vor Kriegsausbruch unverändert weiterging, zumal für Passagezwecke die Dampfer der nordischen, holländischen, belgischen und italienischen bezw. amerikanischen Linien zur Verfügung standen.

B. Mit der Besetzung Norwegens, Hollands und Belgiens wurde diese Entwicklung unterbrochen. Gleichzeitig fiel auch der Weg über Italien weg, da bereits mehrere Wochen vor Eintritt Italiens in den Krieg Durchreisevisa nicht mehr erteilt wurden.

Durch alle diese Ereignisse war zunächst die Auswanderung von den bisherigen Abfahrtshäfen abgeschnitten. Es musste daher nach einer neuen Möglichkeit, einen Abfahrtshafen für die Auswanderer zu erreichen, gesucht werden. Da gelang es den Bemühungen der Abteilung Wanderung den Weg für die Überseewanderer nach japanischen Häfen und den Landweg nach Shanghai unter Benutzung der Transsibirischen Bahn quer durch Sovjetrussland zu ebnen. Dadurch war der Fortgang der Auswanderung gesichert. Man brauchte für die Benutzung dieses Weges ausser dem Zielvisum ein mandschurisches, japanisches und russisches Transitvisum, die zunächst ohne jede Schwierigkeiten bei Nachweis des Zielvisums bezw. der Einreiseerlaubnis für Shanghai erteilt wurden. Deshalb konnte auch bereits in der zweiten Hälfte des Monats Juni 1940 eine grössere Anzahl von Auswanderern erstmalig auf diesem Wege zur Auswanderung gebracht werden.

Dieser Weg konnte aber die Bedürfnisse der Auswanderung nicht befriedigen, denn, da die Transsibirische Eisenbahn nur zweimal wöchentlich verkehrte und in jedem Zug nur eine beschränkte Anzahl von Plätzen zur Verfügung stand, konnte dementsprechend nur jedes Mal eine beschränkte Anzahl von Personen auf den Weg nach Japan gebracht werden. Es kam hinzu, dass für die Fahrt ab japanischen Häfen nur die Dampfer der japanischen und eine einzige amerikanische Linie zur Verfügung standen. Da schon unter normalen Verhältnissen der Passagierverkehr zwischen Japan und Amerika recht beträchtlich war, standen für die Auswanderung auf den Dampfern dieser Linie Passagen nur in beschränktem Umfange zur Verfügung. Da aber die Einwanderungsvisen für USA nur eine Gültigkeitsdauer von 4 Monaten haben, dagegen die Einwanderungsvisen für südamerikanische Länder im allgemeinen eine Gültigkeitsdauer von einem Jahr, mussten die auf der Transsibirischen Eisenbahn und auf den Dampfern verfügbaren Plätze zunächst für die Auswanderer nach Nordamerika Verwendung finden. Aus diesen Gründen wurden auf dem Wege über den Osten vor allem die Auswanderer nach USA befördert.

Hinzu kam noch, dass in der Folgezeit erhebliche Schwierigkeiten für die Benutzung des Eisenbahnweges nach dem Fernen Osten eintraten. Zunächst verlangte Ende August 1940 die mandschurische Regierung die Hinterlegung eines Depots an der mandschurisch-russischen Grenze für jeden Durchreisenden als Voraussetzung für die Erteilung des mandschurischen Transitvisums. Auf die

Bemühungen der Abteilung Wanderung ist es durch das Entgegenkommen des *Joint, der die hierfür notwendigen Devisen bereitstellte und in Zusammenarbeit mit der jüdischen Hilfsorganisation in Harbin gelungen, diese Schwierigkeit zu überwinden. Für jeden einzelnen Durchwanderer wurde in Zukunft das verlangte Depot gestellt und dadurch die Weitererteilung mandschurischer Transitvisen gesichert.

Eine neue Schwierigkeit trat aber im Oktober 1940 hinzu, als auch die Erteilung japanischer Transitvisen von der Hinterlegung eines weiteren Depots von je $100.– pro Person in japanisch-mandschurischen Grenzort als Voraussetzung der Erteilung des Transitvisums verlangt wurde. Die Durchführung dieses Verlangens der japanischen Behörde scheiterte aber daran, dass die Hinterlegung in diesem Grenzort praktisch nicht durchführbar war. Daher konnten seit Mitte Oktober 1940 Auswanderer in grösserer Zahl nicht mehr zu japanischen Abfahrtshäfen auf dem Landwege befördert werden. Es gelang in der Folgezeit nur noch einigen Auswanderern nach Shanghai, den Weg dorthin mit der Eisenbahn zu ermöglichen.

C. Die Fortsetzung der Auswanderung war daher davon abhängig, einen neuen Weg zu irgendeinem Abgangshafen zu finden. Zunächst wurden Versuche gemacht, ab finnischem Hafen (Petsamo) Dampferverbindungen nach Nord- und Südamerika zu finden. Regelmässige finnische Verbindungen bestanden nur für den Frachtverkehr, nicht aber für den Personenverkehr. Die wenigen Plätze auf den Frachtdampfern wurden von Angehörigen der nordischen Staaten Monate im voraus belegt, sodass praktisch eine Auswanderung mit diesen Dampfern nicht durchführbar war.

Deshalb wurde in Verhandlungen mit der United States Line der Versuch gemacht, diese Linie zu veranlassen, ihre Dampfer ab Petsamo abfahren zu lassen. Dieser Versuch scheiterte deswegen, weil auf Grund der amerikanischen Gesetzgebung das Anlaufen finnischer Häfen durch amerikanische Schiffe verboten war.

Unter diesen Umständen erschien die einzige Möglichkeit für die Fortsetzung der Auswanderung dann gegeben, wenn es auf irgendeinem Wege gelang, die spanischen oder portugiesischen Häfen zu erreichen, da von diesen aus auf spanischen, portugiesischen bezw. amerikanischen Dampfern regelmässiger Passagierverkehr mit Nord- Mittel- und Südamerika bestand. Dies war theoretisch auf drei verschiedenen Wegen möglich:

1.) Mit der Eisenbahn nach Griechenland und von dort auf dem Seeweg durch das Mittelmeer nach Lissabon,
2.) Auf dem Eisenbahnweg durch die Schweiz nach Genf und von dort mit einem Autobus durch das unbesetzte französische Gebiet nach Barcelona,
3.) Mit der Eisenbahn durch das besetzte französische Gebiet nach Spanien bezw. Portugal.

Zur Ermöglichung des ersten Weges wurden durch Vermittlung eines Vertrauensmannes in Athen Verhandlungen mit einem griechischen Reeder aufgenommen, die Aussicht auf Erfolg hatten. Die Durchführung dieses Planes ist daran gescheitert, dass die für die Benutzung des Weges durch die Strasse von Messina notwendige Zustimmung der italienischen und englischen Stellen nicht zu erlangen war.

Für die Benutzung des Weges durch die Schweiz und das unbesetzte Frankreich war neben einem Endvisum das schweizerische und französische Transitvisum erforderlich.

Da das französische Transitvisum nicht an deutsche Reichsangehörige gegeben wurde, war auch das schweizerische Transitvisum nicht zu erhalten. Deshalb ist auch dieser Versuch gescheitert.

Dagegen gelang es, die Voraussetzungen für die Benutzung des Weges durch das besetzte französische Gebiet nach Spanien und Frankreich zu schaffen.

Die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung teilte uns mit, dass dieser Weg benutzt werden darf, wenn die Transporte dorthin in geschlossenen Sonderwagen durch das besetzte französische Gebiet durchgeführt werden würden.

Das Mitteleuropäische Reisebüro übernahm die Durchführung dieser Transporte und ihre Organisation. In Zusammenarbeit mit dem Mitteleuropäischen Reisebüro gelang es dann auch, die notwendigen Transitvisa (spanisches und portugiesisches) zu bekommen.

Auf dieser Grundlage wurden von November 1940 bis jetzt 25 Sammeltransporte durchgeführt. Mit diesen wurden insgesamt: 5945 Personen befördert, davon 4808 aus dem Altreich.

Die Verteilung auf die einzelnen Transporte ergibt sich aus der Anlage.

In den ersten Monaten, in denen die Beförderung der Auswanderer auf diesem Wege möglich war, erfolgte insbesondere die Ausreise solcher Personen, die Visen für Südamerika hatten, weil diese aus den oben angegebenen Gründen bei der Auswanderung auf dem Wege durch Russland zurückgestellt werden mussten. Es kam hinzu, dass seit Juli 1940 die Erteilung der für die Vereinigten Staaten von Nordamerika erforderlichen Einwanderungsvisa auf Grund von Verwaltungsanordnungen fast völlig eingestellt worden war. Da die amerikanischen Einwanderungsvisa 4 Monate Gültigkeit haben, sind die Inhaber der damals zuletzt erteilten amerikanischen Visen noch im Oktober auf den Weg über Japan zur Auswanderung gebracht worden, sodass bei Eröffnung des Weges nach Lissabon für die Beförderung ausschliesslich die Auswanderer nach Südamerika in Betracht kamen.

Anfang Januar 1941 änderte sich aber diese Situation dadurch grundlegend, dass die amerikanischen Konsulate wieder zur Erteilung amerikanischer Einwanderungsvisen ermächtigt wurden. Daher nahm die Auswanderung nach USA ab Februar 1941 dauernd zu, bis im Juni 1941 die Visumserteilung, zunächst auf

Grund einer Verwaltungsanordnung – später auf Grund einer neuen Gesetzesvorschrift – wieder fast völlig eingestellt wurde.

Da die letzten amerikanischen Visen im Juni 1941 erteilt wurden, hörte die Auswanderung dorthin im September 1941 auf. An ihre Stelle trat nun in verstärktem Masse die Auswanderung nach Kuba und Ecuador.

Diese neue Möglichkeit kam bisher noch nicht in vollem Umfang zur Auswirkung, da für die Beschaffung der Visen ein längerer Zeitraum notwendig war und die Anlaufszeit erst jetzt überwunden ist.

Dies kommt dadurch zum Ausdruck, dass auch jetzt noch fast täglich 50 und mehr Visumsermächtigungen bei der hiesigen Kubanischen Gesandtschaft neu eingehen.

Zurzeit befinden sich im Altreich mindestens 800 Personen, die im Besitze der Pässe, Sichtvermerke, End- und Transitvisen sind und jederzeit ausreisen können. Davon ist ungefähr die Hälfte im Alter über 60 Jahre.

[207] Statistik über die jüdische Auswanderung 1933–1941
8. November 1941; BArch: 75c Re1-31.

*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Organisation 8.11.1941
Auswanderung,
1933 bis 1941[1]

[...]

Auswanderung von Juden aus dem Altreich
1933 bis 1941

Umfang
Seit 1933 sind aus dem Altreich 352 294 Juden ausgewandert. Die Auswanderung erstreckte sich auf folgende Haupteinwanderungsgebiete:

Afrika	14 760
Amerika	
Nordamerika	57 189
Mittelamerika	9 728
Südamerika	53 472
Asien	16 374
Australien	4 015
Europa	143 326
Palästina	53 430
	352 294

Organisation

Zur Förderung der Auswanderung waren seit 1933 folgende Organisationen tätig:
*Palästina-Amt der Jewish Agency for Palestine für die Auswanderung nach Palästina
*Hilfsverein der Juden in Deutschland für die übrige Auswanderung
Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge für die Rückauswanderung.

Die Arbeit der drei Organisationen wurde zunächst durch die *Reichsvertretung der Juden in Deutschland geleitet, nach Errichtung der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in deren Wanderungsabteilung zusammengefasst. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Wahrnehmung bestehender und Schaffung neuer

[1] Im Hinblick auf das im Herbst 1941 vom NS-Regime erlassene Auswanderungsverbot für Juden aus dem Großdeutschen Reich bzw. aus den besetzten Ländern in Europa entschied sich die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland einen Überblick über die jüdische Auswanderung aus Deutschland zwischen Januar 1933 und November 1941 zusammenzustellen.

Auswanderungsmöglichkeiten, in der Auswandererberatung und Unterstützung hilfsbedürftiger Auswanderer.

Finanzierung

Die Finanzierung der Auswanderung in *Reichsmark* erfolgte zum grösseren Teil durch die Auswanderer selbst. Soweit sie über die erforderlichen Mittel nicht verfügten, wurde die Durchführung der Auswanderung durch die Reichsvereinigung finanziert.

Die für (89 032) hilfsbedürftige Auswanderer seitens der Reichsvertretung bezw. Reichsvereinigung zur Förderung der Auswanderung aufgewandten Mittel belaufen sich seit 1933 auf RM 20 494 864,67, nämlich jährlich auf:

1933	RM	980.956,64
1934	RM	675.953,91
1935	RM	583.367,64
1936	RM	1.657.566,82
1937	RM	1.800.040,98
1938	RM	3.547.836,58
1939	RM	6.618.501,36
1940	RM	3.281.516,99
1.1.1941 bis 31.10.1941	RM	1.347.123,75
	RM	20 492 864,67

Neben den Reichsmarkbeträgen sind *Devisen* für Vorzeige- und Landungsgelder seit Kriegsausbruch für die Passagen erforderlich gewesen. Diese Beträge sind zu einem grossen Teil durch Vermittlung der Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung von Angehörigen oder Freunden der Auswanderer im Ausland zur Verfügung gestellt worden. Soweit dies nicht möglich war, wurde die Bereitstellung der erforderlichen Devisenbeträge durch jüdische Hilfsorganisationen im Ausland, insbesondere durch das *American Joint Distribution Committee in New York bewirkt. So hat der *Joint seit dem 1.9.1939 insgesamt $ 2 193 810,28 für die Buchungen von Passagen zur Verfügung gestellt.

Die Beschaffung der Vorzeigegelder für die *Palästina*-Wanderung erfolgte im wesentlichen durch ein mit Genehmigung des Herrn Reichswirtschaftsministers entwickeltes *Transfer*-Verfahren zwischen *Palästina-Treuhand-Stelle, Berlin und *Haavara Ltd., Tel-Aviv in Zusammenarbeit mit deutschen und palästinensischen Banken durch deutsche Warenausfuhr nach Palästina. Im Rahmen des Palästina-Transfers wurden von 1933 bis 1939 (erstes Halbjahr) insgesamt RM 104 623 707,01 im Gegenwert von £ 5440.– (rund) transferiert.

Im übrigen erfolgte die Beschaffung der Vorzeige- und Landungsgelder zu einem erheblichen Teil im *Altreu-Transfer*-Verfahren, das mit Genehmigung des

Herrn Reichswirtschaftsministers seit 1937 durchgeführt worden ist. Bis 1.9.1939 nahmen an diesem Verfahren 3008 Auswanderer teil, die einen Devisenbetrag im Kurswert von RM 5 131 000,– erhielten und durch Reichsmark-Überzahlungen nach Massgabe einer Tabelle, gestaffelt nach Vermögensgrössenklassen und Anzahl der gemeinsam auswandernden Personen, die Auswanderung von weiteren 2845 mittellosen Personen ermöglichten, denen im Rahmen des *Altreu-Subventions*-Verfahrens Devisen im Kurswert von RM 1 234 000,– zur Verfügung gestellt werden konnten.

Nach Einstellung dieses Verfahrens (1.9.1939) wurde das *Altreu-Passage*-Verfahren entwickelt, in dessen Rahmen *Joint-Devisen für Passagebuchungen gegen Reichsmark-Zahlungen nach einer Tabelle zur Verfügung gestellt wurden, die zunächst von RM 10.– bis 20.–, später von RM 10.– bis 55.–, je nach Vermögensgrössenklassen und Anzahl der gemeinsam auswandernden Personen gestaffelt war. An diesem Verfahren nahmen von April 1940 bis Ende Oktober 1941 987 Personen teil, denen Passagen im Werte von $ 154 255,29 beschafft wurden, für die ein Reichsmark-Gegenwert von 3 698 569,43 der Reichsvereinigung zugeflossen ist.

Durchführung

Die Durchführung der Auswanderung in technischer Hinsicht ist in folgende Abschnitte zu gliedern:

Von 1933 bis Ende 1938:
Überwiegen der nicht unterstützten Auswanderung, vor allem nach Europa als Zwischenwanderungsland / Beschaffung der Übersee-Passagen in Reichsmark/ Ausreise aus deutschen Häfen / Rückwanderung (Repatriierung) von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit / Erlangung von Arbeiter-Zertifikaten zur Einwanderung nach Palästina aufgrund landwirtschaftlicher, handwerklicher und hauswirtschaftlicher Berufsausbildung und -umschichtung/ Seit 1936 Einwanderungssperre in Südafrika, vorher Charterung des Nord.-Lloyd-Dampfers »Stuttgart« mit 540 Auswanderern nach Südafrika / Seit 1937 Einwanderungsbeschränkungen in Südamerika, besonders in Brasilien, 1938 in Argentinien und Columbien, demgegenüber stärkere Einwanderung nach Bolivien und Chile / Konferenz in *Evian (Juli 1938) / Ansiedlungen in den Ica-Kolonien in Argentinien / Gruppensiedlungsprojekte für Brasilien / Weitere Einwanderungsbeschränkungen.

Von 1939 bis 1.9.1939:
Errichtung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Berlin, Vereinheitlichung der Auswanderungs-Formalitäten (Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Finanzämter und Stadtsteuerkassen, als Voraussetzung für die Ausstellung des Auswandererpasses, Genehmigung der Devisenstelle zur Mitnahme des Umzugsgutes, Schliessung des Arbeitsbuchs, Einführung der Auswandererabgabe-Be-

scheinigung), zentrale Überwachung und Lenkung der Auswanderung/ Regelung des Umfangs der Auswanderung durch Zuweisungen zur Zentralstelle/Zunahme der Übersee-Auswanderung/ Einwanderungsbeschränkungen in Palästina, Sondertransporte nach Palästina/Verstärkung der Kinderauswanderung/Errichtung des Camps in Richborough für Zwischenwanderer/ Seit März 1939 durchschnittliche Auswanderung von monatlich 9000 Personen/ Stärkere Auswanderung nach dem Fernen Osten (Shanghai), teilweise bereits unter der Bedingung der Passagezahlung in Devisen/Zwischenwanderung von USA-Visumanwärtern in europäische Länder/ Einwanderungssperre für Cuba, vorher Abfahrt des Hapag-Dampfers »St. Louis« mit 900 Passagieren für Cuba, die, da Landung nicht möglich, in europäischen Ländern aufgenommen worden sind.

Von September 1939 bis April 1940:
Wegfall der Auswanderung nach europäischen Ländern/ Passagebuchungen nur noch auf ausländischen Schiffen in Devisen/Vorwiegend Ausreise aus italienischen Häfen/Einwanderungs-Drosselung nach Bolivien und Chile/Weitere Auswanderung nach dem Fernen Osten/Vorwiegend USA-Auswanderung.

Von Mai 1940 bis Oktober 1940:
Wegfall der Ausreise aus italienischen Häfen infolge Einstellung der Erteilung von italienischen Durchreisevisen/Nutzbarmachung des Landweges nach dem Fernen Osten sowie zur Abfahrt nach USA aus japanischen Häfen unter Benutzung der transsibirischen Bahn/Einführung eines Durchreisedepots für Mandschukuo Ende August/Einführung eines japanischen Durchreisedepots im Oktober 1940/ Versuche der Ausreise mit finnischen Linien ab Petsamo/Verwaltungsmässige Einschränkung der Erteilung amerikanischer Visen.

November 1940 bis Oktober 1941:
Schaffung der Ausreisemöglich ab portugiesischen und spanischen Häfen, insbesondere ab Lissabon/Versuche, auf dem Landweg nach Griechenland und von dort durch das Mittelmeer nach Lissabon, ferner auf dem Landweg durch die Schweiz und von dort mit Autobus durch Frankreich nach Barcelona zu gelangen/Einrichtung der Auswanderer-Sammeltransporte, zugleich für Auswanderer aus der Ostmark und dem Protektorat durch Frankreich zum Abfahrtshafen/Passagebuchungen auf amerikanischen, spanischen und portugiesischen Schiffahrtslinien/Durchführung von 25 Sammeltransporten in Sonderwagen mit 5945 Auswanderern, davon 4808 aus dem Altreich/Überwiegen der USA-Auswanderung, nachdem in Januar 1941 die Visumerteilung wieder aufgenommen worden war, bis zur Einstellung der Visumerteilung (Juni 1941), alsdann verstärkte Auswanderung nach Cuba und Ecuador/Beschaffung einer grösseren Anzahl (etwa 800) cubanischer Visumermächtigungen, von denen der grösste Teil noch nicht ausgenutzt worden ist.

Auswanderungsvorbereitung

Der Auswanderungsvorbereitung dienten insgesamt 42 land- und forstwirtschaftliche, 168 handwerkliche, 27 hauswirtschaftliche, 12 pflegerische Arbeits- bezw. Ausbildungseinrichtungen. Seit 1933 bis Oktober 1941 ist die Auswanderung von insgesamt 66 546 Personen durch Berufsausbildung und Berufsumschichtung vorbereitet worden, davon in der Landwirtschaft 33 751, in handwerklichen Berufen 26 108, in der Hauswirtschaft 4350, in der Säuglings- und Kinderpflege 2.337.

Bestand

Zurzeit befinden sich im Altreich unter Berücksichtigung der Auswanderung und des Sterbeüberschusses seit 1933 sowie der Aussiedlungs-Transporte im Oktober 1941 noch rund 151 000 Juden, davon bis 18 Jahre 11 %, von 19 bis 45 Jahre 25,7 %, von 46 bis 60 Jahre 29,6 %, über 60 Jahre 33,7 %.

[208] EINSTELLUNG DER JÜDISCHEN AUSWANDERUNG AUS EUROPA
18. Dezember 1941; PA: Inland II A/B, 83-24, Bd. 5 I: R99370.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin SW 11,
den 18. Dezember 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8

IV B 4 a – 1182/41

An das
Auswärtige Amt
– D III –
Berlin W 35,
Rauchstraße 11.

Betrifft: Auswanderung der Jüdinnen Charlotte Sara Fischer, geb. Goldschmidt und Gertrud Sara Goldschmidt, geb. Poppelauer.
Bezug: Dort. Schreiben vom 27.11.1941
– D III 9108 –
Anlagen: 4.

Auf das dortige Schreiben vom 27.11.1941 teile ich mit, daß auf Grund der generellen Einstellung der jüdischen Auswanderung eine Übersiedlung der Obengenannten nach Holland abgelehnt wird.

Im Hinblick auf die kommende Endlösung der europäischen Judenfrage wird sowohl die Auswanderung in als auch aus den von uns besetzten Gebieten – soweit möglich auch eine Auswanderung von Juden aus sonstigen europäischen Ländern – unterbunden.

Ich bitte daher, den beigefügten Antrag des jüdischen Konsulenten Marcuse vom 18.11.1941 abzulehnen.

Im Auftrage:
gez. Günther[1]

[1] Hier ist wahrscheinlich Rolf Günther gemeint, der 1937 in die SS eingetreten ist. Ab 1938 war er in der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien tätig. Er war auch Stellvertreter Adolf *Eichmanns im *Reichssicherheitshauptamt.

Glossar

Adler-Rudel, Salomon (1894–1957). Zionistischer Funktionär, Sozialarbeiter, Publizist; 1919–1930 Mitglied der Leitung des Arbeiterfürsorgeamts jüdischer Organisationen Berlin; 1930–1934 Leiter der Arbeits- und Berufsfürsorge der jüdischen Gemeinde Berlin; 1933–1934 Mitglied des *Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau; 1934–1936 Geschäftsführer der *Reichsvertretung der deutschen Juden/*Reichsvertretung der Juden in Deutschland, sowie Mitglied des Hauptvorstands der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1936 nach England ausgewandert, dort in der Einwanderungshilfe tätig; 1949 nach Israel ausgewandert; aktiv in der Gründung des Leo Baeck Instituts; dort u. a. zahlreiche Veröffentlichungen.

Agudas Jisroel (AJ). Hebr. »Bund Israels«; die Weltorganisation des orthodoxen Judentums; 1912 in Kattowitz gegründet; Ziel war die Pflege und Vertretung ihrer religiösen Interessen, sowohl innerhalb des Judentums als auch gegenüber der nichtjüdischen Gesellschaft; vor 1948 überwiegend antizionistisch eingestellt.

Allgemeine Zionisten. Bürgerliche politische Partei mit liberalem und konservativem Flügel innerhalb der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; freiwirtschaftlich orientiert und einflussreich auf den internationalen Zionistenkongressen.

Alterthum, Martin (1887–1976). Richter, Funktionär; 1925 Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde Dessau; 1933 Berufsverbot; 1934–1938 Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde Leipzig, später stellvertretender Vorsitzender der Leipziger Ortsgruppe der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1938 KZ-Buchenwald; 1939 nach Palästina ausgewandert.

American Jewish Committee (AJC). 1906 in New York von amerikanischen Juden vorwiegend deutscher Herkunft gegründet mit der Zielsetzung, die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung im Rahmen der Demokratie, der Menschenrechte und einer Völkerverständigung in der Welt zu fördern; vorrangiges Ziel seiner Gründungsmitglieder war es, Strategien gegen die Diskriminierung und Verfolgung von Juden in Osteuropa zu entwickeln; die Führung des AJC hielt in der Zwischenkriegszeit an einer bürger- und staatsrechtlichen Programmatik fest; Reformrabbiner Judah Magnes (1877–1948) war kurz vor seinem Tod Leiter des *American Jewish Committee.

American Jewish Congress. Im Dezember 1918 in Philadelphia von Zionisten und jüdischen Einwanderungsorganisationen gegründet mit dem Ziel, eine amerikanisch-jüdische Delegation zur Pariser Friedenskonferenz zu entsenden, um dort für den bürgerlichen und politischen Status von Juden in Europe einzutreten; das *American Jewish Committee (AJC) hatte an der Arbeit des dauerhaften American Jewish Congress keinen Anteil; besonderen Einfluss gewann er unter Rabbi Stephen *Wise in der Zwischenkriegszeit.

American Jewish Joint Distribution Committee (Joint). 1914 gegründete jüdische Wohlfahrtsorganisation in Amerika mit Sitz in New York; Unterstützung jüdischer Opfer des Ersten Weltkriegs; entwickelte sich in den folgenden Jahren zur größten jüdischen humanitären Organisation; ab 1933 verringerte das »Joint« die wirtschaftliche Not der deutschen Juden durch Zuwendungen an jüdische Einrichtungen und durch Unterstützung der jüdischen Auswanderung; zahlte etwa 4,6 Millionen US-Dollar an den *Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau; weitere Zuwendungen gingen an osteuropäische Gemeinden; im Zweiten Weltkrieg schöpfte die Organisation vom neutralen Lissabon aus alle verbliebenen Hilfsmöglichkeiten aus, um Geld und Nahrungsmittel in die von der Wehrmacht besetzten Gebiete in Europa zu schicken; es

nahm eine führende Rolle bei Hilfs- und Rettungsmaßnahmen ein, besonders bei der Einwanderung in den USA, nach Palästina und in andere Länder.

Anglo-Palestine Bank. Das im August 1933 abgeschlossene *Haavara-Abkommen sah die Gründung zweier Treuhandgesellschaften vor (eine in Deutschland und eine in Palästina), die den Transferprozess vollständig durchführen konnten; auf palästinensischer Seite errichtete die Anglo-Palestine Bank das Trust and Transfer Office *Haavara Ltd. in Tel Aviv, das die Aufgabe hatte, deutsche Exporte nach Palästina sowie die Rückvergütung von Geldern an jüdische Auswanderer aus Deutschland zu überwachen.

Apfel, Alfred (1882–1940). Rechtsanwalt und Notar; Mitglied des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und später der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; ab 1926 Vorsitzender der Zionistischen Ortsgruppe Berlin; 1933 nach Frankreich geflohen; 1940 in Marseilles gestorben.

Arlosoroff, Chaim (1899–1933). Russischer Zionist, der sich 1924 in Palästina niederließ; 1926 Sekretär des *Hapoel Hazair in Palästina; 1931 Direktor der Politischen Abteilung der *Jewish Agency in Jerusalem; im Juni 1933 wurde er in Tel Aviv ermordet, der Täter ist unbekannt.

Avigur, Shaul (1899–1978). Hat sich 1911 in Palästina niedergelassen, seit 1918 Mitglied des Kibbuz Kinneret; spielte eine führende Rolle in der jüdischen paramilitärischen Abwehrorganisation in Palästina (*Haganah) während der 30er Jahre; 1934 Mitorganisation der Sherut Yediot, der Geheimdienstabteilung der *Haganah; ab 1939 organisierte er als Leiter des *Mossad le Alijah-Beth (von Tel Aviv bzw. Paris aus) die illegale Einwanderung nach Palästina.

Avriel, Ehud (1917–1980). Ehemaliger Agent des Mossad le Alijah-Beth in Wien; Agenten des *Mossad wurden Ende 1938 nach Berlin und Wien geschickt, damit sie mit dem SD und der Gestapo in Verbindung treten konnten, um die legale sowie illegale Auswanderung von Juden aus NS-Deutschland nach Palästina zu organisieren; sie stellten Kontakte zu polizeilichen Behörden her, um die »illegale« Einwanderung nach Palästina über Jugoslawien, Italien und der Donau entlang bis zum Schwarzen Meer zu organisieren; 1940 in Palästina niedergelassen.

Backe, Herbert (1896–1947). Diplom-Landwirt; ab 1933 im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft tätig; ab 1936 Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung des Beauftragten für den Vierjahresplan.

Baeck, Leo (1873–1956). Rabbiner, Religionsphilosoph, religiöser Führer des liberalen Judentums in Deutschland; 1922 Vorsitzender des Allgemeinen Rabbinerverbandes; ab 1924 Präsident des Bnei Brith; 1925 Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland; 1933–1939 Leiter der *Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1939–1943 Vorsitzender der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; 1943–1945 in Theresienstadt inhaftiert; 1945 nach England ausgewandert.

Ball-Kaduri, Kurt Jacob (1891–1977). Jurist, Historiker; 1933–1938 Steuerberater für jüdische Emigranten; 1934–1937 Vorstandsmitglied der zionistischen Ortsgruppe Berlin; 1936–1938 Steuerreferent der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1938 Auswanderung nach Palästina.

Bar Kochba. 1898 wurde der jüdische Turnverein »Bar Kochba« in Berlin gegründet; nach dem Anführer des Aufstandes in Judäa gegen Rom (132–135) benannt; Ziel des Berliner Turnvereins war, eine jüdische Turnbewegung in Europa zu fördern; strebte die Widerlegung des wachsenden Antisemitismus und die Förderung des jüdischen Selbstbewusstseins durch körperliche Ertüchtigung an.

Bauer, Ernst (1914–?). Arabist; 1932–1936 Arabistik-Studium, aktiv in der jüdischen Jugendbewegung »*Werkleute«; 1937 Auswanderung nach Palästina, wo er sich für eine jüdisch-arabische Verständigung einsetzte.

Berliner, Cora (1890–1942). Wirtschaftswissenschaftlerin, Sozialwissenschaftlerin; Professorin am staatlichen berufspädagogischen Institut in Berlin; 1933–1942 Vorstandsmitglied der *Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland sowie der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; 1942 nach dem Osten deportiert und wahrscheinlich ermordert.

Best, Werner (1903–1989). Jurist; 1931 Eintritt in die SS; 1933 Staatskommissar für die Polizei in Hessen; 1935 stellvertretender Chef der Gestapo; 1939–1940 Chef des Amts I im *Reichssicherheitshauptamt; 1940–1942 Chef des Verwaltungsstabs beim Militärbefehlshaber in Frankreich; 1942–1945 Reichsbevollmächtigter in Dänemark.

Binjan Haaretz. Hebr. »Aufbau des Landes«; 1921 in Berlin als Hilfsorganisation für den Aufbau Palästinas gegründet; antisozialistisch eingestellt; die Gründer wollten den Aufbau Palästinas beschleunigen; sie förderten mehr Privatinitiativen und wandten sich gegen ideologische bzw. sozialistische Experimente in der Aufbauarbeit in Palästina.

Bismarck, Otto Christian von (1897–1975). Rechtsanwalt; 1935 Eintritt in die NSDAP; 1937–1940 stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

Bisse, Wilhelm (1881–1945). 1931 in die NSDAP eingetreten, zunächst ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Auslandsorganisation (AO) der NSDAP in Hamburg; ab August 1933 übernahm er hauptamtliche Funktionen in der AO; ab April 1934 Gauamtsleiter, Leiter des Außenhandelsamtes und der Abteilung V der AO; April 1938 übernahm er als Vortragender Legationsrat zusätzlich die Leitung des Referats für Rohstoffe in der Handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

»Blau-Weiß«. Zionistischer Jugendbund, 1912 gegründet; ab 1913 erschienen in monatlicher Folge unter der Redaktion von Felix Rosenblüth die *Blau-Weiß-Blätter*, Mitteilungen des jüdischen Wanderbundes »Blau-Weiß«.

Bloch, Hans (Hoschea) (1891–1943). Arzt; frühzeitiger Anhänger des revisionistischen Zionismus in Deutschland; 1933 Auswanderung nach Frankreich, wo er als revisionistischer Zionist im internationalen Boykott gegen NS-Deutschland aktiv war; wahrscheinlich kurz vor 1940 nach Palästina ausgewandert.

Bloch, Werner (1900–1964). Zionistischer Funktionär; 1922–1926 Leiter der Jugendabteiluung der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; Mitglied der Bundesleitung des »*Blau-Weiß«; Mitarbeiter Kurt *Blumenfelds in der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland bis zu seiner Auswanderung nach Palästina in 1933.

Blome, Kurt (1897–1969). Arzt; ab 1934 im NSDAP-Hauptamt für Volksgesundheit tätig; 1939–1945 Stellvertreter des Reichsärzteführers und stellvertretender Leiter des NS-Ärztebunds und des NSDAP-Hauptamts für Volksgesundheit.

Blumenfeld, Kurt (1885–1963). Mitbegründer und Mitglied des Direktoriums des *Keren Hajessod in Deutschland; 1924–1933 Vorsitzender der *ZVfD; September 1933 Auswanderung nach Palästina; Geschäftsführer des *Keren Hajessod in Jerusalem und Vorsitzender des *Hitachduth Olej Germania (Vereinigung der Einwanderer aus Deutschland) in Palästina.

Bnai Brith. Hebr. »Söhne des Bundes«; Jüdische Hilfsorganisation, 1843 in den USA gegründet; später mit zahlreichen Landesverbänden in Europa; ursprünglich nach dem Vorbild der Freimaurerlogen gestaltet; Ziel war es, das Judentum in der Welt durch Erziehung, Bildung und soziale Fürsorge zu stärken, sowie den Antisemitismus zu bekämpfen; in hohem Maße sozial engagiert.

Böhm, Adolf (1873–1941). Österreichischer Fabrikbesitzer und Historiograph der zionistischen Bewegung; Mitarbeiter für Martin *Bubers Zeitschift *Der Jude*; Mitherausgeber und später Redakteur der Zeitschrift *Palästina. Zeitschrift für den Aufbau Palästinas*; vor 1938 Vorsitzender des Jüdischen Nationalfonds Wien und Mitglied des Vorstands der Israelitischen Kultusgemeinde Wien; Verfasser der zweibändigen *Die Zionistische Bewegung* (Jüdischer Verlag, 1935, 1937).

Brit Chaluzim Datiim (Bachad). Mit *Hechaluz war Bachad eine der zwei Organisationen in Deutschland, die die berufliche Umschulung jüdischer Jugendlicher (*Hachscharah) leitete; da der *Hechaluz im Allgemeinen sozialistisch eingestellt war, sahen sich die im *Hechaluz tätigen religiösen Juden in Hamburg 1928 dazu genötigt, den Sonderverband »Brith Chaluzim Datiim« zu gründen.

Brit Shalom. Hebr. »Friedensbund«; 1925 in Jerusalem gegründete zionistische Vereinigung mit dem Anliegen, die Juden in Palästina davon zu überzeugen, dass das zionistische Vorhaben nur innerhalb eines binationalen Staates von Juden und Arabern zu verwirklichen sei; prominente mitteleuropäische Zionisten wie Ernst Simon, Hugo Bergmann, Hans Kohn und Robert *Weltsch waren in dieser Vereinigung tätig.

Brit Trumpeldor (Betar). Nach Joseph Trumpeldor (1880–1920) benannt; revisionistisch-zionistische Jugendorganisation, von Wladimir *Jabotinsky 1923 in Riga gegründet; 1927 in Palästina organisiert; ab 1933 nannte sich das deutsche Betar »*Nationale Jugend Herzlia«, nachdem es die Kontakte zu Jabotinskys Bewegung abbrechen mußte.

Brodnitz, Julius (1866–1936). Rechtsanwalt; 1920–1936 Präsident des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; Mitbegründer der **CV-Zeitung* und des Philo-Verlags; 1933 Mitgründer der *Reichsvertretung der deutschen Juden.

Buber, Martin (1878–1965). Philosoph, Schriftsteller; ab 1898 Delegierter auf internationalen zionistischen Kongressen; 1901 Redakteur der zionistischen Zeitung *Die Welt*; 1902 Mitbegründer des Jüdischen Verlags; 1916–1924 Redakteur des Zeitschrifts *Der Jude*; 1924–1933 Professor an der Universität Frankfurt sowie am Jüdischen Lehrhaus in Frankfurt tätig; 1933–1938 Gründer und Leiter der Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung in Deutschland; Leiter der Bewegung »*Brit Shalom«, welche einen binationalen Staat für Juden und Araber in Palästina forderte; 1938 nach Palästina ausgewandert; 1938–1951 Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem; Mitbegründer des Ichud, der Bewegung für jüdisch-arabische Verständigung.

Bülow-Schwante, Vicco von (1891–1970). 1933–1938 Vortragender Legationsrat und Chef der Abteilung Protokoll und des Referats Deutschland im Auswärtigen Amt; die Hauptaufgabe des Referats wurde als »Judenfrage im Auswärtigen Amt« bezeichnet; andere Aufgaben des Referats schlossen die Beobachtung für die Außenpolitik wichtiger innerpolitischer Vorgänge in Deutschland sowie die Unterstützung des Staatssekretärs bei seinen Kontakten mit ein; gegenüber einer »prozionistischen Politik« in der NS-Judenpolitik war das Referat Deutschland positiv eingestellt.

Burg, Josef (1909–1999). Lehrer, Rabbiner, Politiker; Lehrer der jüdischen Schule Leipzig; 1936 Vorstandsmitglied des deutschen *Misrachi und Mitherausgeber von *Zion*; Bundesleitung des

Brith Chaluzim Datiim (Bachad); 1939 Auswanderung nach Palästina; 1949 nach Gründung Israels Mitglied der Knesset.

Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine. Im September 1933 im Rahmen des 18. Zionistischen Weltkongresses (Prag) gegründet mit Büros in Jerusalem und London; hauptsächlich für die landwirtschaftliche Ansiedlung mittelständischer Einwanderer in Palästina, vor allem aus Deutschland, verantwortlich.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV). Im März 1893 zur Abwehr des Antisemitismus gegründete und nach Assimilation strebende jüdische Organisation in Deutschland; vor 1933 mit ca. 60 000 Mitgliedern die stärkste und einflussreichste jüdische Organisation Deutschlands; er lehnte bei völliger religiöser Unparteilichkeit den jüdischen Nationalismus bzw. den Zionismus ab und betrachtete die deutschen Juden als Angehörige der deutschen Nation; er betonte aber auch das jüdische Selbstverständnis seiner Mitglieder; ab 1935 umbenannt in »Centralverein der Juden in Deutschland«; nach den Pogromen im November 1938 mit allen deutsch-jüdischen Organisationen aufgelöst.

Clodius, Carl (1897–1952). 1937–1943 stellvertretender Leiter der Handels- bzw. der wirtschaftspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

Cohen, Sam (1890–?). Polnischer Zionist und jüdischer Einwanderer in Palästina;geboren in Lodz, Leiter der Firma Hanotaiah Ltd. in Tel Aviv; ab März 1933 an den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den zionistischen Instanzen zu dem am 25. August unterzeichneten *Haavara-Abkommen beteiligt.

Cohn, Benno (1894–1975). Rechtsanwalt; 1937–1938 geschäftsführender Vorsitzender der *ZVfD (mit Hans *Friedenthal) und Vorsitzender des Palästinaamts bis zu seiner Auswanderung nach Palästina 1939.

Comité des Délégations Juives. Zusammenschluss wichtiger jüdischer Organisationen während der Friedenskonferenz in Paris 1919; zionistisch orientiert; vertrat während bzw. nach der Friedenskonferenz die Interessen der Juden in den nach dem 1. Weltkrieg entstandenen Staaten Ost- und Mitteleuropas; unter der Leitung von Leo *Motzkin beschäftigte sich das Comité mit der Überwachung der aus der Friedenskonferenz entstandenen Minderheitenverträge; gilt als Vorläufer des 1936 gegründeten *Jüdischen Weltkongresses.

Council for German Jewry. 1936 in England gegründete jüdische Organisation zur Unterstützung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland; die Nachfolgeorganisation des in 1933 gegründeten Central British Fund for German Jewry; er strebte eine Zusammenarbeit mit den amerikanischen jüdischen Hilfsorganisationen an; verhalf vor Kriegsbeginn im September 1939 ca. 100 000 deutschen Juden zur Auswanderung.

CV-Zeitung. 1922–1938 die Wochenzeitung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens/Centralvereins der Juden in Deutschland; Nachfolge der *Allgemeinen Zeitung des Judentums*; im November 1938 mit allen anderen verbliebenen jüdischen Presseerzeugnissen verboten.

Dannecker, Theodor (1913–1945). Seit 1936 im Sicherheitsdienst tätig; ab 1937 Obersturmführer im SD-Referat II-112 bzw. im Referat IV B 4 des *Reichssicherheitshauptamts für die Judenfrage zuständig; 1940 beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Frankreich tätig; 1942–1944 organisierte er die Deportationen der Juden aus Frankreich, Bulgarien, Italien und Ungarn.

Deedes, Wyndham (1883–1956). Britischer General und Diplomat; 1920–1923 Generalsekretär der Mandatsregierung in Palästina; in der Zwischenkriegszeit ein Freund des Präsidenten der *Zionistischen Weltorganisation Chaim *Weizmann.

Dieckhoff, Hans-Heinrich (1884–1952). Diplomat; 1930–1939 Leiter der Abteilung III (England-Amerika) im Auswärtigen Amt; 1936 Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt; 1937–1941 deutscher Botschafter in Washington.

Dormitzer, Else (1877–1958). Autorin; 1919 als erste Frau im Hauptvorstand des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; Mitarbeit am *Berliner Tageblatt*; 1939 Auswanderung nach Holland; 1943 deportiert nach Theresienstadt; 1945 Auswanderung nach England.

Edelstein, Jakob (1903–1944). Jurist; Verbandsfunktionär und Zionist; 1933–1941 Leiter des Palästinaamts in Prag; 1944 in Auschwitz ermordet.

Eichmann, Adolf (1906–1962). 1934–1938 im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) tätig; ab 1938 Leiter der Geschäfte der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und 1939 der Zentralstelle in Prag; ab Dezember 1939 Sonderreferent des *Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) für die Räumung der annektierten Ostprovinzen, dann Leiter des RSHA-Referats IV D 4, später IV B 4 (Judenangelegenheiten).

Eisenlohr, Ernst (1882–1958). deutscher Gesandter in den 30er Jahren; 1939–1943 verschiedene Sonderaufträge im Auswärtigen Amt in Berlin.

Eisner, Jakob (Isi) (1908–?). Lehrer; führendes Mitglied der *Misrachi-Landesleitung und Zeire Misrachi; Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1938 Auswanderung nach Palästina.

Eppstein, Paul (1902–1944). Soziologe, Zionist; 1925–1933 Privatdozent an der Handelshochschule in Mannheim; Vorstand der jüdischen Jugendvereine; ab 1935 Sozial-Referent in der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland sowie Verbindungsmann zur Gestapo; 1943 nach Theresienstadt deportiert; 1944 ermordert.

Evian Conference. Internationale Konferenz, die am 3. Juli 1938 auf Initiative des US-Präsidenten Roosevelt zur Lösung der jüdischen Auswanderungs- und Flüchtlingskrise im französischen Evian stattfand; Delegierte aus 32 Ländern nahmen teil, obwohl viele davon erklärten, dass ihre Regierungen keine Flüchtlinge aufnehmen könnten; Grund war u. a. die Sorge westlicher Staaten, dass gerade eine Erleichterung der Aufnahme von Juden aus NS-Deutschland auch in Osteuropa eine Intensivierung von Vertreibungen nach sich ziehen könnte; jüdische Organisationen nahmen auch teil und unternahmen verschiedene Initiativen, um weitere Einwanderungsmöglichkeiten für jüdische Flüchtlinge zu sichern; die Konferenz beschloss, ein Büro zur weiteren Behandlung vom Flüchtlingsproblemen zu gründen; dieser Beschluss wurde aber nie umgesetzt.

Feilchenfeld, Werner (1895–1985). Wirtschaftsberater; bis 1933 wissenschaftlicher Assistent, dann Syndikus der Industrie- und Handelskammer Berlin; 1934 nach Palästina ausgewandert; dort als »General Manager« des *Haavara-Systems tätig.

Friedenthal, Hans (1900–1988). Arzt; 1920 Auswanderung nach Palästina; 1928 Rückkehr nach Deutschland; 1934–1936 Präsident des Makkabikreises in Deutschland; 1935 Vorsitzender des Reichsverbands jüdischer Sportvereine; 1937–1938 geschäftsführender Vorsitzender (mit Benno *Cohn) der *ZVfD; 1938 erneute Auswanderung nach Palästina.

Fuchs, Hermann Richard (1886–1970). Jurist und Ministerialbeamter; ab 1922 Ministerialrat im Reichsfinanzministerium; 1933 entlassen; Berater und ab 1936 Mitglied des Rates der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1936–1938 Kuratoriumsmitglied der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin; 1939 Auswanderung nach England.

Gerstel, Alfred (1879–1954). Jurist; ab 1920 Landgerichtsrat in Berlin; ab 1927 Vorsitz beim Landesarbeitsgericht; 1928–1933 Senatspräsident des Kammergerichts Berlin; 1939–1940 Auswanderung über Kuba in die USA.

Ginzburg, Pino (1911–1993). 1938 vom Haganah aus Palästina nach Deutschland entsandt, um Kontakte mit NS-Behörden in Bezug auf die Organisation der illegalen Einwanderung (Alijah-Beth) von Juden aus Mitteleuropa nach Palästina herzustellen; er war auch damit betraut, die Durchführbarkeit von Umschulungsprogrammen in Deutschland zu untersuchen; musste im August 1939 kurz vor Kriegsbeginn Deutschland verlassen.

Globocnik, Odilo (1904–1945). Diplomingenieur; 1931 Eintritt in die illegale NSDAP in Österreich; 1934 Eintritt in die SS; 1938 Gauleiter Niederdonau (Wien); ab 1939 SS- und Polizeiführer für den Distrikt Lublin; Leiter der »Aktion Reinhard« zwischen 1942–1943, bei der mehr als zwei Millionen Juden im Generalgouvernement ermordet wurden; nahm sich 1945 bei seiner Festnahme das Leben.

Goldmann, Felix (1882–1934). Rabbiner; 1917–1934 Rabbiner der jüdischen Gemeinde Leipzig; einer der führenden Köpfe des politisch-liberalen deutschen Judentums bzw. des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Goldmann, Kurt (1915–1983). Mitglied der zionistischen Studentenorganisation Kadimah; jüdischer Jugendleiter in Leipzig; in der landwirtschaftlichen Umschulung jüdischer Jugendlicher tätig; 1938–1939 Leiter der Jugendalijah und des *Hechaluz in Berlin; 1939 Auswanderung nach Palästina.

Goldmann, Nahum (1895–1982). Zionistischer Funktionär; seit dem Ersten Weltkrieg führend in der zionistischen Bewegung; 1932–1936 aktiv bei der Gründung des *Jüdischen Weltkongresses; 1935–1939 Vertreter der *Jewish Agency beim Völkerbund; ab 1939 Mitglied des Aktionskomitees der *Zionistischen Weltorganisation; Präsident des *Jüdischen Weltkongresses sowie der *Zionistischen Weltorganisation nach dem Zweiten Weltkrieg.

Goldwasser, Ludwig (Elazar) (1896–1979). Rechtsanwalt; in Krakau geboren; aktiv im zionistischen Studentenbund Hatikwah; Vorstandsmitglied, später Vorsitzender der Ortsgruppe der *Staatszionistischen Organisation in Leipzig bis zu ihrer Auflösung 1938; 1939 Auswanderung über England nach Palästina.

Gotthardt, Hermann (1901–?). 1938 von Reichswirtschaftsminister Walther Funk in der Abteilung III Jd (Judenreferat) des Reichswirtschaftsministeriums eingesetzt und mit der Arisierung jüdischen Eigentums beauftragt.

Gronemann, Sammy (1875–1952). Rechtsanwalt; seit 1900 als Staatsanwalt in Hannover, wo er erstmals an einer zionistischen Tagung teilnahm bzw. die zionistische Ortsgruppe Hannover gründete; 1906 siedelte er nach Berlin über; nahm an vielen zionistischen Kongressen als Delegierter teil; 1911–1933 Vorsitzender des von ihm begründeten zionistischen Ehrengerichts; 1921–1947 oberster Richter des Kongressgerichts; 1933 Auswanderung nach Frankreich, wo er sich der Flüchtlingshilfe und der Etablierung zionistischer Verbände widmete; 1936 weiter nach Palästina ausgewandert.

Gross, Walter (1911–?) Journalist, Funktionär; 1933–1934 organisatorische Arbeit in der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) in Hannover; 1935–1938 Redakteur der **Jüdischen Rundschau*; Ende 1938 im Palästinaamt Berlin tätig; 1939 Auswanderung nach Palästina.

Grossmann, Meir (1881–1964). Russischer Publizist; führende Persönlichkeit der internationalen revisionistisch-zionistischen Bewegung; mit der Mehrheit der deutschen Revisionisten stand Grossmann der von Wladimir *Jabotinsky befürworteten Trennung der internationalen revisionistischen Bewegung von der *Zionistischen Weltorganisation kritisch gegenüber; ab August 1933 erster Vorsitzender der Judenstaatspartei (*Jewish State Party), welche sich als integralen Bestandteil der *Zionistischen Weltorganisation betrachtete; die Judenstaatspartei erkannte die Autorität der *Zionistischen Weltorganisation an, wurde aber nur als »Fraktion« innerhalb der ZWO in den einzelnen Ländern anerkannt.

Grünewald, Max (1899–1992). Rabbiner; 1925–1937 Rabbiner in Mannheim; 1933 Mitbegründer und 1936–1938 Mitglied des Präsidialausschusses der *Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1934–1937 Vorsitz der jüdischen Gemeinde in Mannheim; 1938 nach Palästina ausgewandert, 1939 in die USA; in den 50er Jahren Mitbegründer und 1974–1992 Präsident des des Leo Baeck Instituts.

Haavara. Hebr. »Transfer«; ein im Juli und August 1933 zwischen dem Reichswirtschaftsministerium in Berlin, der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland und der *Jewish Agency for Palestine ausgehandeltes Abkommen über den Transfer jüdischen Vermögens, mit dem Ziel, die jüdische Auswanderung nach Palästina zu fördern; das Vermögen war auf ein Treuhandkonto einzuzahlen, um in Form deutscher Waren nach Palästina exportiert und dort in lokaler Währung wieder an die Auswanderer ausgezahlt zu werden; das Interesse des NS-Regimes während der 30er Jahre war es, die Auswanderung der Juden aus Deutschland mit allen Mitteln voranzutreiben; das Interesse der Zionisten lag darin, möglichst viele Juden und zumindest einen Teil ihres Vermögens durch die Auswanderung nach Palästina zu retten; das Abkommen führte innerhalb der weltweiten jüdischen Öffentlichkeit zu einer heftigen Auseinandersetzung und zur Spaltung mit der Zionisten-Revisionisten.

Habonim Noar Chaluzi. Hebr. »Pionierjugend«, »Bauleute«; zionistisch-sozialistische Pionierjugend; organisierte sich 1925 als Brith Ha'olim, »Jung-Jüdischer Wanderbund«; entstand aus der Vereinigung zwischen Brith Ha'olim und Kadimah; forderte Jugendliche auf, von der Stadt auf das Land zu übersiedeln; in der beruflichen Umschulung jüdischer Jugendlicher sehr aktiv; Ende 1938 als selbstständige Organisation aufgelöst; danach wirkte sie noch in Umschulungszentren und zum Teil im Untergrund.

Hachscharah. Hebr. »Vorbereitung«; Programme für die berufliche Ausbildung bzw. die Umschulung junger Juden in Deutschland für die Auswanderung nach Palästina; die meisten Programme in Deutschland waren Teil der internationalen *Hechaluz-Bewegung, die 1918 in Krakau gegründet wurde; die Vorbereitung fand auf landwirtschaftlichen Gütern sowie in handwerklichen Betrieben in verschiedenen Orten in Deutschland statt; die berufliche Ausbildung junger Juden wurde in der Arbeit der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland im Laufe der 30er Jahre immer wichtiger.

Haganah. Hebr. »Verteidigung«; 1920 nach der arabischen Unruhen in Palästina als jüdische Abwehrorganisation gegründet, da die Führung der *Jewish Agency for Palestine sich bei der Verteidigung der Siedlungen nicht länger auf die britischen Mandatsbehörden verlassen wollte; infolge der Unruhen des Jahres 1929 änderte sich die Rolle der Haganah, deren Mitgliederzahl

stark anstieg; sie besorgte ausländische Waffen und stellte einfaches militärisches Geräte her; ab 1936 bestand die Haganah aus 10 000 aktiven Soldaten und 40 000 Reservisten; obwohl die Mandatsregierung die Haganah nicht öffentlich anerkannte, kooperierten die Engländer mit Teilen der Haganah während der 30er Jahre.

Hagen, Herbert (1913–1999). 1933 Eintritt in die SS; ab 1934 für den SD tätig; 1937–1939 Leiter der Abteilung II-112 (»Judenreferat«) des SD; ab 1940 im Sicherheitsdienst in Frankreich tätig; 1945–1948 interniert.

Hahn, Hugo (1893–1967). Rabbiner; Vorstandsmitglied des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens/Centralvereins der Juden in Deutschland; Präsident des Verbands jüdischer Jugendvereine Deutschland; 1933 Mitbegründer der *Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland; Mitarbeiter der **CV-Zeitung*; 1939 in die USA ausgewandert.

Hamburger, Ernst Emanuel (1908–1984). Versicherungskaufmann; Vorstandsmitglied im Kartell jüdisch-zionistischer Studentenverbindungen; Vorsitzender des *Bar Kochba in Frankfurt/Main; Vorstandsmitglied der Union der Zionisten-Revisionisten in Frankfurt/Main; 1935 Auswanderung nach Palästina.

Hantke, Arthur (1874–1955). Jurist und zionistischer Funktionär; 1893 Mitbegründer der »Jüdischen Humanitätsgesellschaft« in Berlin; ab 1901 Delegierter auf Kongressen der *Zionistischen Weltorganisation; 1905–1911 und 1920–1927 Mitglied des Großen Aktionskomitees der *Zionistischen Weltorganisation; 1911–1920 Mitglied des Engeren Aktionskomitees der *Zionistischen Weltorganisation; 1910–1920 Vorsitzender der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1920–1926 Leiter der Mitteleuropäischen Abteilung des *Keren Hajessod; ab 1926 Direktor des *Keren Hajessod in Jerusalem.

Hapoel Hazair. Hebr. »Der Junge Arbeiter«; Jüdisch- sozialistische Arbeiterpartei, 1906 in Palästina gegründet; eng mit der Kibbuzbewegung verbunden; lehnte aber die marxistische These des Klassenkampfes ab.

Haschomer Hazair. Hebr. »Der Junge Wächter«; 1931 in Deutschland als jüdischer Pfadfinderbund gegründet; erklärte sich als unabhängige sozialistische Jugendbewegung mit dem Ziel der Verwirklichung des Zionismus und Sozialismus in Erez Israel; sprach sich auch für den gemeinsamen Kampf jüdischer und arabischer Arbeiter für eine sozialistische Gesellschaftsordnung sowie für die völlige Gleichberechtigung und Entwicklungsfreiheit beider Nationen im Lande aus.

Haselbacher, Karl (1904–1940). Jurist; 1934 Eintritt in die SA und im Geheimstaatspolizeiamt tätig; 1936 Leiter der Dienststelle II B (Kirchen, Freimaurer, Juden, Emigranten); 1939 Chef der Gestapo in Düsseldorf.

Hechaluz. Hebr. »Der Pionier«; internationale sozialistisch-zionistische Jugendbewegung, die sich dem jüdischen Bildungswesen und der Auswanderung nach und Ansiedlung in Palästina widmete; die erste Hechaluz-Organisation wurde im Januar 1918 im russischen Polen (Krakau) gegründet; der deutsche Landesverband wurde im Dezember 1922 in Berlin gegründet; seine Hauptaufgabe bestand darin, die Mitglieder auf die Emigration nach Palästina vorzubereiten; er propagierte die Idee, dass Juden einen landwirtschaftlichen Beruf ergreifen oder ein Handwerk erlernen müssten; in Deutschland gab es im Jahre 1936 mehr als 12 000 Mitglieder des Hechaluz; mit anderen zionistischen Jugendgruppen war er für ca. 45 Umschulungszentren und Wohnheime verantwortlich; die internationale Organisation finanzierte während der 30er Jahre den Großteil der Umschulungszentren des Hechaluz in Deutschland.

Hentig, Werner Otto von (1886–1984). 1936–1937 Deutscher Generalkonsul in Amsterdam; 1937–1939 Leiter des Referats Pol. VII im Auswärtigen Amt; als Leiter dieser Abteilung unterstützte er die jüdische Auswanderung nach Palästina; ab 1939 Gesandter im Auswärtigen Amt.

Herzl, Theodor (1860–1904). Begründer des politischen Zionismus bzw. der *Zionistischen Weltorganisation; 1891–1895 Korrespondent der *Neuen Freie Presse* in Paris, wo er am Dreyfus-Prozess teilnahm; Verfasser des 1896 veröffentlichten *Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage*, worin er die Errichtung eines jüdischen Staates als die einzige Lösung der Judenfrage vorschlug.

Heß, Moses (1812–1875). Philosoph; Vorläufer des modernen Sozialismus und des Zionismus; 1862 Verfasser des Buches *Rom und Jerusalem*, eins der grundlegenden Publikationen des frühen Zionismus.

Hexter, Maurice B. (1891–1990). Eines von drei nicht-zionistischen Mitgliedern der Exekutive der *Jewish Agency for Palestine in Jerusalem und London; aus New York.

Heydrich, Reinhard (1904–1942). engster Mitarbeiter von Heinrich *Himmler; als Chef der Gestapo und des SD übernahm Heydrich 1934–1942 die Leitung der Judenpolitik in der SS; 1938–1942 radikalisierte sich unter ihm die NS-Judenpolitik durch Zwangsemigration, Ghettoisierung, Deportation und die Anfänge der »Endlösung der Judenfrage in Europa«; im Mai 1942 von einem tschechischen Widerstandskämpfer getötet.

Hilfsverein der deutschen Juden/Hilfsverein der Juden in Deutschland. 1901 in Berlin gegründet als große jüdische Wohlfahrtsorganisation mit der Aufgabe, die wirtschaftliche Situation von Juden innerhalb sowie ausserhalb Deutschlands zu fördern; in der NS-Zeit wurde der Hilfsverein zu der von den Reichsbehörden anerkannten Zentralorganisation für die Betreuung der Auswanderung der Juden aus Deutschland nach anderen Ländern als Palästina; 1935 musste der Hilfsverein seinen Namen in »Hilfsverein der Juden in Deutschland« ändern; 1939 wurde er aufgelöst.

Himmler, Heinrich (1900–1945). Als Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei einer der mächtigsten Figuren im NS-Herrschaftssystem; ab 1938 weitreichende Befugnisse in der NS-Judenpolitik; ab 1941 hauptverantwortlich für die »Endlösung der Judenfrage in Europa«.

Hinkel, Hans (1900–1960). Journalist; 1933–1934 Staatskommissar im Preußischen Kultusministerium; 1935–1938 Sonderbeauftragter im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda für die Überwachung der kulturellen Betätigung von Juden; 1938–1941 dort Judenreferent; 1941–1944 Generalsekretär der Reichskulturkammer.

Hinrichs, Walther (1882–1964). Während der 30er Jahre Beamter im Referat Deutschland im Auswärtigen Amt; übernahm später die Leitung des Sonderreferats Deutschland, wo er sich mit innenpolitischen Vorgängen, Judenpolitik, Rassenpolitik usw. beschäftigte.

Hirsch, Otto (1885–1941). Jurist; 1933–1939 geschäftsführender Vorsitzender der *Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1939–1941 geschäftsführender Vorsitzender der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; 1941 im KZ Mauthausen gestorben.

Hirsch, Salli (1885–1950). Rechtsanwalt und Notar; Mitglied des Landesvorstands der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland, der Jüdischen Gemeinde Berlin und des Aktionskomittees der *Zionistischen Weltorganisation; bis 1937 Delegierter auf zionistischen Kongressen;

1933–1935 mit dem Wirken des Haavara-Abkommens in Deutschland beschäftigt; 1935 Auswanderung nach Palästina.

Histadrut. Hebr. »Allgemeiner Gewerkschaftsbund«; 1920 in Haifa gegründet; Dachverband der jüdischen Gewerkschaften im damaligen Palästina; zionistisch-sozialistisch orientiert.

Hitachduth Olej Germania (HOG). Hebr. »Vereinigung der Einwanderer aus Deutschland«; 1932 in Palästina von jüdischen Einwanderer aus Deutschland gegründet; der Vereinigung gehörten deutsche Zionisten mit unterschiedlichen politischen Ansichten an, darunter auch Revisionisten; zunächst Hafendienst in Haifa und Jaffa, um die Einwanderer beim Abwickeln der Formalitäten und dem Verkehr mit den Zollbehörden, mit der Beförderung des Gepäcks sowie mit einem Wohnungsdienst und einer Arbeitsvermittlung zu unterstützen; engagierte sich sozial in den örtlichen Gemeindeorganisation.

Hoffmann, Jacob (1881–1956). Rabbiner; 1922 konservativer Rabbiner in der Frankfurter Großgemeinde; aktiv im Welt-Misrachi; Mitglied des Preußischen Landesverbands jüdischer Gemeinden und der Reichsvertretung; 1937 Verhaftung; 1938 Auswanderung in die USA, 1955 nach Israel.

Hoofien, Siegfried (1881–1957). 1924–1947 Generaldirektor der *Anglo-Palestine Bank Ltd. in Tel Aviv; 1933 zentrale Figur bei den Verhandlungen zwischen zionistischen Instanzen und der Reichsregierung bezüglich. des *Haavara-Abkommens sowie seiner Durchführung bis 1939.

Hülf, Wilhelm (1907–1954). Jurist; 1933 Eintritt in die SS; 1935–1937 Versicherungsvertreter; 1938–1940 im Gestapa bzw. *RSHA tätig; 1940 Regierungsrat bzw. Staatspolizeistelle in Tilsit.

Jabotinsky, Wladimir (1880–1940). Russischer Zionist, der die Jüdische Legion im Ersten Weltkrieg in Palästina organisierte; Gründer des revisionistischen Zionismus; 1931 stellte er sich auf dem Zionistenkongress in Basel gegen die Leitung der Zionistischen Organisation und forderte die Gründung eines jüdischen Staates zu beiden Seiten des Jordans; da die Mehrheit der Delegierten diese Forderungen als unrealistisch zurückwies, verließ Jabotinsky mit seinen Anhängern den Kongress; 1935 gründeten sie in Wien die unabhängige »*Neue Zionistische Organisation«.

Jacobi, Ludwig (1895–1944). Rechtsanwalt in Berlin; Ende der 30er Jahre in der Leitung des Palästinaamts in Berlin tätig; 1943 nach Theresienstadt deportiert; 1944 in Auschwitz umgekommen.

Jaffe, Leib (1876–1948). Russisch-zionistischer Funktionär, Schriftsteller und Dichter; Mitglied der demokratischen Fraktion der zionistischen Bewegung; nahm 1897 an der ersten zionistischen Weltkonferenz in Basel teil.

Jewish Agency for Palestine (JA). 1920 durch das Palästinamandat des Völkerbundes legitimierte internationale Vertretung der Juden mit Hauptquartier in London und Jerusalem; gemeinsame Organisation von Zionisten und am »Palästinaaufbau« interessierten Nichtzionisten; Hauptverantwortlichkeit war es, mit der Mandatsregierung zusammenzuarbeiten und sie in allen Angelegenheiten zu beraten, welche die Interessen der jüdischen Bevölkerung Palästinas und den Aufbau einer nationalen Heimstätte für die Juden betrafen; verschiedene Zweigstellen in Ländern mit zionistischen Bewegungen.

Jewish Colonisation Association (JCA/ICA). 1891 als großes Auswanderer-Hilfswerk von Moritz von Hirsch gegründet; Hauptsitz in London und Verwaltung in Paris; schuf agrarische Kleinsiedlungen in Nordamerika, Südamerika und Osteuropa; unterstützte zusammen mit

anderen jüdischen Hilfsorganisationen Ansiedlergruppen besonders in Südamerika, darunter auch mehrere Gruppen deutscher Juden.

Jewish State Party (Judenstaatspartei). Fraktion der revisionistischen Zionisten, die sich 1935 für den Verbleib in der *zionistischen Weltorganisation entschieden hatte; manche Revisionisten verließen aber die *Zionistische Weltorganisation im Jahre 1935, um sich als Mitglieder der von Wladimir *Jabotinsky neu gegründeten *New Zionist Organisation zu vereinigen.

Josephthal, Georg (1912–1962). Jurist und zionistischer Politiker; ab 1933 zionistischer Jugendführer in Nürnberg und Mitarbeiter der Sozialhilfe in der jüdischen Gemeinde München; 1934–1938 Leiter von Jugend-Alijah und *Hechaluz in Berlin; Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1938 Auswanderung nach Palästina; dort in der *Jewish Agency for Palestine tätig.

Jüdische Jugendhilfe e.V. 1932 in Berlin gegründeter Verein, der die Umschichtung bzw. die Auswanderung von Kindern und Jugendlichen nach Palästina vorbereitete.

Jüdische Rundschau (JR). Hervorgegangen aus dem Berliner *Vereinsboten* (1895–1901) und der *Israelitischen Rundschau* (1901–1902); offizielles Organ der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland 1902–1938; erschien zunächst einmal wöchentlich, seit 1919 in zweimal pro Woche; zählte neben der **CV-Zeitung* zu den auflagenstärksten jüdischen Wochenzeitungen im deutschsprachigen Raum; sie warb für das zionistische Projekt, insbesondere für dessen praktische Umsetzung in Palästina; ab 1933 richtete sie ihr Augenmerk verstärkt auf das jüdische Leben in Deutschland; 1938 aufgrund des Verbots der deutsch-jüdischen Presse eingestellt.

Jüdische Telegraphen Agentur (JTA/ITA). Jüdische Presseagentur für Deutschland mit Sitz in Berlin; gegründet 1914 in Den Haag als Jewish Correspondence Bureau; vermittelte den deutschen Juden und der jüdischen Presse im Dritten Reich unabhängige Nachrichten aus der Diaspora; 1919 in London reorganisiert und in »Jewish Telegraphic Agency« umbenannt; 1922 wurde ihr Hauptsitz nach New York verlegt; 1937 in Deutschland geschlossen.

Jüdische Volkspartei (JVP). 1919 in Berlin von Zionisten und zionistisch-orientierten Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Berlin gegründet; vertrat eine radikal demokratische Haltung; Ziel war die Zusammenfassung aller auf die Erhaltung des Judentums gerichteten Bestrebungen innerhalb der Berliner jüdischen Gemeinde; betrachtete die Juden als nationale Minderheit und vertrat den Grundsatz, dass Religion und Nationalität im Judentum eine untrennbare Einheit darstellen.

Jüdischer Frauenbund. 1904 in Berlin gegründete Frauenorganisation mit dem Ziel der Emanzipation jüdischer Frauen und der Synthese von Judentum und Frauenbewegung; aktive Arbeit an der Modernisierung der jüdischen Sozialarbeit.

Jüdischer Weltkongress. Im August 1936 in Genf von Nahum Goldmann und weiteren Vertretern aus 32 Ländern gegründete zionistische Organisation; Aufgabe war die Förderung der Einheit des jüdischen Volkes in der Diaspora und die Verteidigung seiner Rechte auf internationaler Ebene; Organisation von Initiativen zum Schutz vor der NS-Verfolgung sowie Unterstützung der fortschreitenden jüdischen Auswanderung in Deutschland und Europa.

Kareski, Georg (1878–1947). Industrieller, jüdischer Verbandsfunktionär; 1919 Mitbegründer der Jüdischen Volkspartei in Berlin; 1925 Mitglied des Vorstandes der jüdischen Gemeinde Berlin; 1927 Gründer und Direktor der Jüdischen Genossenschaftsbank Iwria in Berlin; 1928 führendes Mitglied der zionistischen Mehrheit in der Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde Berlin; 1934 Mitbegründer und Präsident der revisionistischen *Staats-

zionistischen Organisation (Vereinigte Revisionisten Deutschlands); gegen eine pluralistische politische Führung der *Reichsvertretung der deutschen Juden; 1937 nach Insolvenz Auswanderung nach Palästina.

Katzenstein, Richard (1878–1942). Jurist; 1919 Landesgerichtsrat in Hannover; 1920 Oberlandesgerichtsrat in Celle; 1933 Mitglied des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und später der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1936 nach Palästina ausgewandert.

Katznelson, Berl (1887–1944). Russischer Zionist; in jungen Jahren in jüdisch-sozialistischen Organisationen aktiv; ging 1909 als Landarbeiter nach Palästina; im Ersten Weltkrieg diente er in der Jewish Legion; 1919 Mitbegründer der Zionistisch-Sozialdemokratischen Partei in Palästina; 1920 Mitbegründer der *Histradut und 1930 der Mapai; 1925 gründete er die erste Tageszeitung der Arbeiterbewegung in Palästina, *Davar* (»Wort«), und blieb bis zu seinem Tod Herausgeber; bekämpfte sowohl kommunistische wie revisionistische Tendenzen und war einer der anerkanntesten Sprecher des Jischuw; seit 1939 entwickelte er sich zu einem Initiator und Fürsprecher der illegalen Einwanderung; während des Krieges organisierte er Unterstützung für jüdische Flüchtlinge in den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten in Europa.

Kaufmann, Julius (?–1965). Rechtsanwalt; Herausgeber des *Israelitischen Gemeindeblatts* Köln; aktiv in der zionistischen Organisation in Köln; Ende der 30er Jahre über Shanghai nach Palästina ausgewandert.

Keren Hajessod (KH). Hebr. »Gründungsfonds«; 1920 auf der zionistischen Konferenz in London als Finanzinstrument des »zionistischen Aufbauwerks« in Palästina und zentraler Spendenfonds für die »Kolonisation« gegründet; er war insbesondere für die Errichtung landwirtschaftlicher Siedlungen in Palästina vorgesehen; ab 1926 war der Sitz der Gesellschaft in Jerusalem.

Keren Hamenorah. Die in 1934 von der *Staatszionistischen Organisation in Deutschland errichtete Dienststelle, welche für die Berufsumschichtung sowie die Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina Spenden sammelte.

Keren Kajemeth Lejisrael (KKL). Hebr. »ständiger Fonds für Israel«; 1901 auf dem Zionistischen Weltkongress in Basel als jüdischer Nationalfonds zum Erwerb von Boden in Palästina gegründet; Sitz des KKL war in Jerusalem; er konzentrierte sich auf den Ankauf von Grundstückenin Palästina; der angekaufte Boden wurde den jüdischen Einwanderern durch Erbpacht oder Erbbaurecht zugeteilt; 1935 gab es 52 KKL-Büros in verschiedenen Ländern.

Klee, Alfred (1875–1943). Vater von Hans Klee, Rechtsanwalt in Berlin, zionistische Funktionär; Mitarbeiter von Theodor Herzl und Max Nordau; 1914 Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1919 Mitbegründer der Jüdischen Volkspartei; 1920–1933 in der jüdischen Gemeinde Berlin sehr aktiv; 1933–1938 in der Reichsvertretung der deutschen Juden/ Reichsvertretung der Juden in Deutschland tätig; 1938 in die Niederlande geflüchtet; 1943 im Konzentrationslager Westerbork gestorben.

Klee, Hans (1906–1959). Verbandsfunktionär und Sohn von Alfred Klee; Mitglied des Zentralausschusses der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland in Berlin; Ratsmitglied des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden; Vorstandsmitglied des Makkabi und des Kartells jüdisch-zionistischer Studentenverbindungen; Mitglied der Jüdischen Volkspartei; 1934 Auswanderung in die Schweiz, wo er in der Flüchtlingshilfe tätig war.

Kozower, Philipp (1894–1944). Jurist, Rechtsanwalt und Notar in Berlin; führend in der örtlichen *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde in

Berlin; 1939 Vorstandsmitglied der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; 1943 nach Theresienstadt deportiert; 1944 in Auschwitz ermordet.

Kramer, Albert (1887–1942). Jurist; 1933–1939 Vorsitzender der Ortsgruppe und in dieser Zeit des Landesverbandes Rheinland-Westfalen der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1939–1941 stellvertretender Vorsitzender bzw. Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Köln; 1941 nach Lodz deportiert.

Kreindler, Leo (1886–1942). Redakteur; für die jüdische Gemeinde Berlin tätig; 1925–1938 Redakteur des *Israelitischen Familienblatts* in Berlin sowie Schriftleiter des *Gemeindeblatts der Jüdischen Gemeinde Berlin*; in den 30er Jahren Leiter der Wohlfahrtsabteilung in der jüdischen Gemeinde Berlin; 1939–1941 Redakteur des *Jüdischen Nachrichtenblatts* in Berlin; 1942 starb er an einem Herzanfall in Berlin.

Kreutzberger, Max (1900–1978). Sozialfürsorger, Verbandsfunktionär; Mitbegründer des Volksheims für jüdische Jugendliche in Berlin; 1927–1929 Redakteur der *Jüdischen Arbeits- und Wanderfürsorge*; Geschäftsführer der Zentralstelle für jüdische Darlehnskassen; ab 1933 aktiv im Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau und in der *Reichsvertretung der deutschen Juden; 1935 Auswanderung nach Palästina; 1948 Rückkehr nach Deutschland; 1955 Auswanderung in die USA; Mitbegründer des Leo Baeck Instituts in New York.

Kuhn, Heinrich (1893–1963). Arzt; Mitbegründer und Leiter des »*Blau-Weiß«; Mitbegründer und erster Präsident des Makkabi-Weltverbandes; Ende der 30er Jahre nach Palästina ausgewandert.

Kulturbund deutscher Juden. Der Kulturbund wurde im Juni 1933 gegründet; er wurde zuerst in Berlin, dann auch in anderen deutschen Städten errichtet mit dem Ziel, Arbeit für jüdische Künstler zu schaffen sowie das eigene kulturelle Leben der deutschen Juden zu fördern, da sie aus dem deutschen Kulturbetrieb ausgeschlossen wurden; ab 1935 waren die verschiedene jüdischen Kulturbünde in Deutschland im *Reichsverband jüdischer Kulturbünde zusammengeschlossen; ihre Tätigkeit war der Aufsicht des Sonderbeauftragten für die Überwachung der Nichtarier Hans *Hinkel im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unterstellt; ab 1935 gab es jüdische Kulturbünde in 35 deutschen Städten; als selbstständiger Verein setzte er seine Tätigkeit bis zu seiner Auflösung bzw. seiner Eingliederung in die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland im September 1941 fort.

Landauer, Georg (1895–1954). 1924–1925 Leiter des Palästinaamts Berlin; 1926–1927 Sekretär der Exekutive der *Zionistischen Weltorganisation in Jerusalem; 1929–1933 Geschäftsführer der *ZVfD und Leiter des Palästinaamts; 1933 Mitbegründer der *Reichsvertretung der deutschen Juden und an den Verhandlungen des *Haavara- Abkommens beteiligt; 1933 Auswanderung nach Palästina; ab 1933 Direktor des *Hitachduth Olej Germania in Palästina (1932 als »Vereinigung der Einwanderer aus Deutschland«, und ab 1942 als »Irgun Olej Merkas Europa«).

Landsberg, Alfred Abraham (1887–1964). Jurist; Rechtsanwalt in Wiesbaden und dort Mitglied des Landesverbandes der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1923–1924 Vorsitz des Landesverbandes der Zionistischen Vereinigung in Wiesbaden; Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde Wiesbaden; 1934 nach Palästina ausgewandert.

Lauterbach, Leo (1886–1968). 1921–1935 Direktor des Organisation Department der *Jewish Agency for Palestine in London; ab 1935 Executive Secretary des Organisation Departments; 1936 wurde diese Stelle nach Jerusalem verlegt.

Leschnitzer, Adolf Friedrich (1899–1980). Hochschullehrer und Verbandsfunktionär; 1925–1933 Deutsch- und Geschichtslehrer an verschiedenen Gymnasien in Berlin; 1933–1939 Leiter der Schulabteilung der *Reichsvertretung der deutschen Juden / Reichsvertretung der Juden in Deutschland sowie Herausgeber der *Jüdischen Lesehefte*; Mitglied der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1939 über Holland nach England ausgewandert, 1940 weiter in die USA.

Levy-Zobel, Lucie (?–1960). Sozialarbeiterin; Mitglied der zionistisch-sozialistischen Jugendbewegung; Sozialarbeiterin des jüdischen Wohlfahrtsamtes Berlin; Auswanderung nach Palästina, wo sie ebenfalls als Sozialarbeiterin tätig war.

Lewin, Schmarja (1867–1935). In Russland geboren; studierte in Berlin, wo er dem russisch-jüdischen wissenschaftlichen Verein angehörte; 1920 Leiter der Propaganda für den *Keren Hajessod; 1924 ließ er sich in Palästina nieder.

Lewinson, Paul (1903–1972). 1933–1938 Direktor der Reiseagentur Peltours sowie Leiter des Sekretäriats und Mitglied des Präsidiums des deutschen Makkabi-Kreises; 1935 Geschäftsführer des Reichsausschusses jüdischer Sportverbände; 1938 Auswanderung nach Frankreich und 1940 weiter nach Palästina.

Lewy, Herbert (1889–1977). Jurist; Rechtsanwalt der freien Gewerkschaften in Danzig; 1933–1939 Vorsitzender der Zionistischen Organisation in Danzig; 1938 stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Synagogen-Gemeinden; 1939 Berufsverbot sowie Auswanderung über England nach Palästina.

Lichtheim, Richard (1885–1963). 1917–1921 Exekutivmitglied der *Zionistischen Weltorganisation; 1925–1931 Vorsitzender des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten in Deutschland; 1933 Mitbegründer (mit Meir *Grossmann) der revisionistischen Jüdischen Staatspartei; 1933 Auswanderung nach Palästina; 1939–1945 Vertreter der *Jewish Agency for Palestine in Genf.

Liebenstein, Eliezer (1902–1975). Zionistischer Funktionär; Verfasser des von der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland 1934 veröffentlichten Pamphlets »Wo steht der Revisionismus«, in dem er behauptet, der Revisionismus sei eine Gefahr für die Ziele des Zionismus.

Lieblich, Karl (1895–1984). Rechtsanwalt und Journalist; 1928 Kunstkritiker der *Münchener Neuesten Nachrichten*; gründete 1932 den Bund für neues Judentum; 1937 Auswanderung in die USA und weiter nach Brasilien.

Lilienthal, Arthur (1899–1942). Jurist; bis 1933 Richter in Berlin; ab 1933 Mitglied des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden und Generalsekretär der *Reichsvertretung der deutschen Juden / Reichsvertretung der Juden in Deutschland; November 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert; 1939 Vorstandsmitglied der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; 1942 nach Minsk deportiert und dort verschollen.

Lischka, Kurt (1909–1987). Jurist; 1933 Eintritt in die SS; ab 1935 in der Gestapo tätig; 1939 Leiter der *Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin; 1940 Leiter der Gestapo in Köln; ab November 1940 zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Paris versetzt; 1943 Referat Protektorat Böhmen und Mähren im *Reichssicherheitshauptamt; 1945 inhaftiert; 1947 nach Prag ausgeliefert; 1950 in die Bundesrepublik entlassen.

Locker, Berl (1887–1972). 1931–1935 Exekutivmitglied der *Zionistischen Weltorganisation und Leiter des Organisation Departments der *Jewish Agency for Palestine in London; 1948–1956 Vorsitzender der *Jewish Agency for Palestine.

Loebenstein, Friedrich (Fritz) (1888–1957). Arzt; bis April 1936 Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung Leipzig; förderte regelmäßige Ortsgruppenabende mit bestimmten Themen; 1936 nach Palästina ausgewandert.

Lösener, Bernhard (1890–1952). Jurist; 1930 in die NSDAP eingetreten; 1933–1942 als Rassereferent für Judenfragen in der Abteilung I (Verfassung und Gesetzgebung) im Reichsministerium des Innern tätig; 1935 Rassereferent bei der Abfassung der Nürnberger Gesetze; ab 1938 im NS-Reichsinstitut für Geschichte des Neuen Deutschlands, (Forschungsabteilung Judenfrage) tätig; ab 1943 im Reichsverwaltungsgericht; 1944–1945 im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 inhaftiert.

Löwenherz, Josef (1884–1960). Jurist; 1924–1937 Vizepräsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien; ab 1936 Direktor der Jüdischen Gemeinde in Wien; im Juni 1938 von Adolf *Eichmann zum Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien ernannt; *Eichmann begründete die Ernennung damit, dass er Zionist sei und über gute Verbindungen zu internationalen jüdischen Organisationen verfüge; ab 1938 an der Organisation der illegalen Auswanderung in Wien beteiligt; 1945 nach dreimonatiger russischer Gefangenschaft in der Tschechoslowakei in die USA ausgewandert.

Löwenstein, Leo (1876–1956). Physiker/Chemiker; 1919–1938 Vorsitzender des *Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten Berlin; ab 1933 Vorsitzender des *RJF-Sportbundes; Mitglied des Reichsausschusses jüdischer Sportverbände; 1940 Zwangsarbeit in Berlin; 1943 nach Theresienstadt deportiert; 1946 Auswanderung nach Schweden, später in die Schweiz.

Lubinski, Georg (1902–1974). Rechtsanwalt, Politiker; Mitbegründer und 1. Generalsekretär des *Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände; 1933 Berufsverbot; 1933–1938 Leiter der Abteilung für Berufsausbildung der *Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland; Förderung der *Hachscharah-Arbeit und der Auswanderung; Mitglied des *Hechaluz, der *Poale Zion, des Jung-Jüdischen Wanderbunds und des *Habonim noar Chaluzi; 1938 nach Palästina ausgewandert.

Lyon, Franz (?–1942). Richter, Funktionär; im Vorstand der jüdischen Gemeinde Frankfurt/Main tätig; beschäftigte sich dort mit der Umschichtung jüdischer Jugendlicher bzw. der jüdischen Auswanderung; Leiter des Palästinaamts in Frankfurt; 1939–1940 Leiter des Palästinaamts in Berlin.

Marcus, Ernst (1900–1973). Jurist; 1933–1939 stellvertretender Leiter der *Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden G.m.b.H. (Paltreu); 1939 nach Palästina ausgewandert; 1951 Rückkehr nach Deutschland.

Mechner, Ernst (1895–1956). 1927–1934 Leiter des deutschen Büros des Keren Kejemeth Lejisrael; 1934 Auswanderung nach Palästina.

Meyer, Franz (1897–1972). Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Breslau; 1923–1924 Leiter des jüdischen Arbeitsamts Berlin; ab 1933 Mitglied des Präsidiums der *Reichsvertretung der deutschen Juden; 1937–1939 Geschäftsführer und Vorsitzender der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1939 nach Palästina ausgewandert.

Michaelis, Adolf (1906–1981). Finanzfachmann, Verbandsfunktionär; ab 1933 für den Transfer des Vermögens jüdischer Auswanderer verantwortlich; 1933–1938 Vorstandsmitglied der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland und 1934–1938 des Keren Hajessods; 1936–1938 Mitglied der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1937 und 1939 Delegierter beim Zionistischen Weltkongress; 1938 nach Palästina ausgewandert.

Misrachi. Abkürzung von »merkas ruchani«; Hebr.»geistiges Zentrum«; Vereinigung der religiösen Orthodoxie innerhalb der zionistischen Bewegung; 1902 in Wilna gegründet, um den Standpunkt der Orthodoxie gegenüber der säkularen Zionisten innerhalb des Zionismus zu vertreten; die Zentren dieser Bewegung waren Berlin, Frankfurt/Main und Altona; ab 1921 Hauptsitz in Jerusalem; Ende 1938 in Deutschland mit allen jüdischen Organisationen aufgelöst.

Möbus, Johannes (1895–?). Jurist; 1934–1936 Leiter der Staatspolizeistelle in Frankfurt/Oder; 1936 Oberregierungsrat und ab 1937 in der Dienststrafkammer des Reichsinnenministeriums in Frankfurt/Oder tätig.

Moses, Siegfried (1887–1974). Jurist; 1933–1937 Vorsitzender der *ZVfD und Vorstandsmitglied der *Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1937 Auswanderung nach Palästina; 1949–1961 erste Staatskontrolleur von Israel; ab 1955 Präsident des Council of Jews from Germany und des Leo Baeck Instituts Jerusalem.

Mossad le Alijah-Beth (Komitee für die illegale Einwanderung). Im Jahr 1937 schuf eine Gruppe von jüdischen Führungspersönlichkeiten und *Haganah-Funktionären in Palästina den »Mossad le Alijah-Beth«; im selben Jahr errichtete der Mossad le Alijah-Beth eine Zentrale in Paris, von wo aus die illegale Einwanderung von Juden nach Palästina organisiert werden konnte; es mussten Agenten des Mossad le Alijah-Beth nach Berlin und Wien geschickt werden, da die NS-Regierung so viele Juden wie möglich von Mitteleuropa nach Palästina bringen wollte; die Mossad le Alijah-Beth-Vertreter hatten den Auftrag, sich mit dem SD und der Gestapo in Berlin und Wien in Verbindung zu setzen; in Wien scheinen mehrere Agenten aktiv gewesen zu sein, darunter Moshe Auerbach (Agami), Giora Yospetel, und Ehud *Avriel; Pino *Ginzburg war der Agent in Berlin; diese Organisation ist nicht dem 1951 gegründeten Mossad (Auslandsgeheimdienst des Staates Israel) zu verwechseln.

Motzkin, Leo (1867–1933). Mitbegründer des Russisch-jüdischen wissenschaftlichen Vereins in Berlin; 1897 Teilnehmer beim 1. Zionistischen Weltkongress in Basel; früheres Mitglied des Zentralkomitees der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1919 Mitglied der jüdischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz und Leiter des damals enstandenen *Comité des Délégations Juives; 1921–1923 Mitglied der Zionistischen Exekutive; 1933 in Paris gestorben.

Müller, Heinrich (1900–1945). 1934 Eintritt in die SS; SS-Standartenführer und Mitarbeiter der Gestapo; 1936 stellvertretender Chef des Amts Politische Polizei im Hauptamt Sicherheitspolizei; ab Januar 1939 Geschäftsführer der *Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin; ab Oktober 1939 Chef des Amt-IV (Gestapo) im *Reichssicherheitshauptamt; 1942 Teilnehmer an der Wannsee-Konferenz; seit 1945 verschollen.

Naphtali, Fritz (1888–1961). Volkswirtschaftler, Publizist; 1912–1921 Mitarbeiter der *Berliner Morgenpost* bzw. der *Vossischen Zeitung*; seit 1925 aktiver Zionist; 1927–1933 Leiter des Forschungsinstituts der deutschen Gewerkschaften; 1933 nach Palästina ausgewandert.

Nationale Jugend Herzlia (NJH). 1933 wurde die revisionistische Jugendbewegung »Betar« in »Nationale Jugend Herzlia« umbennant; in Berlin zählte sie etwa 500 Mitglieder; die Erziehung bei internen Veranstaltungen war paramilitärisch; mit Genehmigung des NS-Staates durften die Mitglieder in geschlossenen Räumen ihre Uniformen tragen.

Neuberger, Josef (1902–1976). Jurist; ab 1932 Rechtsanwalt in Düsseldorf; Mitglied des 1912 in Deutschland gegründeten zionistischen Jugendbund »*Blau-Weiß«; nach Berufsverbot im April 1933 Treuhänder und Wirtschaftsberater; Vorsitzender des Zionistischen Gruppenverbandes Rheinland-Westfalen; 1938 Auswanderung nach Holland, 1939 weiter nach Palästina; 1950 Rückkehr nach Deutschland.

Naumann, Max (1875–1939). 1920 Gründer und bis 1935 Vorsitzender des nach Assimilation strebenden bzw. rechtskonservativen *Verbandes Nationaldeutscher Juden; Hrsg. *Des Nationaldeutsches Juden*; 1935 Auflösung des Verbandes; kurz danach Auswanderung in die USA.

New Zionist Organisation (Neue Zionistische Organisation, NZO). Die von Wladimir *Jabotinsky und seinen Anhängern 1935 neu gegründete internationale revisionistisch-zionistische Organisation, die sich für unabhängig von der *Zionistischen Weltorganisation erklärte.

Ollendorff, Friedrich (1889–1951). 1927–1934 Direktor der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden; Organisator internationaler Konferenzen zu jüdischer Wohlfahrt; 1934 nach Palästina ausgewandert.

Oneg Schabbat. Hebr. »Schabbatfreude«; ein Begriff, der verschiedene sowohl religiöse als auch säkularisierte Formen bezeichnet, den Schabbat zu feiern; besonders in den verschiedenen Jugendbewegungen entwickelte sich Oneg Schabbat zu einer Form der feierlichen Zusammenkunft; während des Zweiten Weltkriegs war Oneg Schabbat auch der Name des ab Oktober 1939 von polnischen Juden gesammelten »Geheimarchivs« im besetzten Polen.

ORT. Abkürzung des russischen »Obshchestvo remeslennogo i zemledel'cheskogo truda sredi yevreev v Rossii« (»Gesellschaft zur Förderung der handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufe unter den Juden in Russland«); er wurde in St. Petersburg im Jahr 1880 für russische Juden gegründet und wurde zu einer internationalen Organisation, die sich für die Änderung der für Juden typischen Berufsstruktur und für die Eröffnung neuer Berufsfelder für Juden einsetzte; Zweigstellen entstanden in vielen Ländern, darunter auch in Deutschland, wo im Jahre 1937 eine Auswanderungsschule in Berlin eröffnete, in der bis zum Jahr 1939 mehr als 200 Lehrlinge untergebracht waren.

Palästinaamt der Jewish Agency in Deutschland. Das Palästinaamt wurde 1908 in Jaffa als Einrichtung der *Zionistischen Weltorganisation gegründet; vor und nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte es sich unter der Führung ihres langjährigen Leiters Arthur *Ruppin zur wichtigsten Koordinierungsstelle der jüdischen Besiedlung in Palästina; der Hauptsitz der deutschen Zweigstelle des Palästinaamtes war Berlin mit 22 Außenstellen in Deutschland; die Haupttätigkeiten des deutschen Palästinaamtes waren die Vorbereitung und Durchführung der Auswanderung nach Palästina, insbesondere die Verteilung von Zertifikaten für Palästina; das Palästinaamt wurde im April 1941 aufgelöst und in die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eingegliedert.

Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden G.m.b.H. (Paltreu). Das im August 1933 abgeschlossene *Haavara-Abkommen sah die Gründung zweier Treuhandgesellschaften vor, eine in Deutschland und eine in Palästina, die den Transferprozess vollständig durchführen konnten; die Paltreu war eine dieser Treuhandgesellschaften, die in Berlin unter der Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, des Auswärtigen Amts und der Reichsbank stand; ihre Aufgabe war, jene deutschen Juden zu beraten, die nach Palästina auswandern und einen Teil ihres Vermögens mitnehmen wollten.

Pfundtner, Johannes (Hans) (1881–1945). Jurist; 1925–1933 Rechtsanwalt und Notar; 1933 Eintritt in die NSDAP; 1933–1943 Staatssekretär im Reichsministerium des Innern.

Pinsker, Leon (1821–1891). Arzt und Leiter des Hovevei Zion in Russland; 1882 verfasste er die Schrift »Autoemanzipation! Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden«, in der er das jüdische Volk auffordert, sich von der Illusion eines schwächer werdenden Antisemitismus zu befreien; wie *Herzl präzisierte er nicht, wo die Juden ihren Staat errichten sollten.

Plaut, Max (1901–1974). Rechtsanwalt, Verbandsfunktionär; 1925 Präsident des Bundes Deutsch-Jüdischer Jugend Hamburg-Nordwest Deutschland; 1930 Mitglied der jüdischen Gemeinde, später deren Syndikus; 1939–1943 Leiter der nordwestlichen Bezirksstelle der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; gelangte 1944 mit einem Austauschtransport im Tausch gegen deutsche Kriegsgefangene nach Palästina; 1950 Rückkehr nach Deutschland.

Poale Zion. Hebr. »Die Arbeiter Zions«; jüdisch-sozialistische Partei, die Anfang des 20. Jahrhunderts in mehreren Ländern entstand; strebte nach allgemeinen sozialistischen Zielen sowie nach Ansiedlung einer jüdischen Arbeiterschaft in Palästina; 1929 schlossen sich die palästinensische Landespartei mit der ebenfalls sozialistisch eingestellten *Hapoel Hazair (»der junge Arbeiter«) zur Mapai (Jüdischen Arbeiterpartei Palästinas) zusammen; nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler 1933 löste sich der Poale Zion in Deutschland selbst auf.

Pomeranz, Hans (1899–?). Wirtschaftsberater; Mitglied der Gemeindevertretung der jüdischen Gemeinde in Frankfurt; Leiter des Palästinaamts Frankfurt; 1939 Auswanderung nach Palästina.

Prinz, Arthur (1898–1981). Wirtschaftswissenschaftler; 1926–1933 Dozent an der Humboldt-Universität Berlin; 1933–1939 Mitglied und Leiter der Presseabteilung des *Hilfsvereins der deutschen Juden in Berlin; 1939 Auswanderung nach Palästina, 1948 in die USA.

Prinz, Joachim (1902–1988). Rabbiner; Mitglied des »*Blau-Weiß« und zionistischer Jugendführer; 1926–1935 Rabbiner der jüdischen Gemeinde Berlin; in seinem 1934 veröffentlichten Buch *Wir Juden* lehnte er die hauptsächlich nach Assimilation strebende Tradition im deutschen Judentum ab und forderte deutsche Juden auf, ihre jüdische Kultur und ihr jüdisches Erbe zu pflegen; nach 1933 mehrmals verhaftet wegen seiner Predigten gegen das NS-Regime; 1937 Auswanderung in die USA.

Rau, Arthur Aharon (1895–1962). Jurist; 1925–1933 Landesgerichtsrat in Berlin; Mitglied des *Misrachi; 1935–1938 Leiter des Palästinaamts in Berlin; 1939 nach Palästina ausgewandert.

Reichsausschuss der jüdischen Jugendverbände. 1924 auf Initiative der Zentralwohlfahrtstelle der deutschen Juden gegründet; Ludwig *Tietz war von 1927 bis zu seinem Tod 1933 Vorsitzender des Reichsausschusses; vom NS-Staat nach 1933 als alleinig verantwortliche Zentralorganisation der jüdischen Jugend anerkannt; Aufgabe im NS-Staat war u. a. die Vertretung der Jugend bei Berufsumschichtung und Kleingewerbearbeit; Ende 1938 aufgelöst.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RJF). 1919 in Deutschland als eine patriotische deutsch-jüdische Organisation zur Wahrung soldatischer Tradition, für den Kampf gegen den Antisemitismus, Kameradschaftspflege, Betreuung der jüdischen Kriegsopfer, und körperliche Ertüchtigung der Mitglieder gegründet; er würdigte den militärischen Beitrag bzw. die Opferbereitschaft jüdischer Soldaten während des Ersten Weltkrieges für das Reich; Mitte der 30er Jahre umfasste der Reichsbund etwa 30 000 Mitglieder in 16 Landesverbänden und mehr als 350 Ortsgruppen; assimilatorisch- bzw. nichtzionistische Tendenzen, obwohl er die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina während der 30er Jahre schließlich akzeptierte; nach dem Kristallnachtpogrom in November 1938 stellte er seine Aktivitäten ein.

Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Unter der Leitung von Reinhard *Heydrich im September 1939 als Zentralbehörde der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS (SD) gegründet; die beiden bis dahin unter *Heydrich unabhängig voneinander arbeitenden Judenreferate der Gestapo und des SD wurden in einem Judenreferat IV B 4 unter Adolf *Eichmann zusammengefasst; da der Sicherheitsdienst die Vormachtstellung in der Judenpolitik schon 1938 erlangt hatte,

wurde das RSHA zum wichtigsten Faktor für die Durchführung der NS-Judenpolitik (einschließlich für die »Endlösung der Judenfrage in Europa«) während des Zweiten Weltkrieges.

Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland. Ab Juni 1933 wurden zuerst in Berlin, dann in anderen deutschen Städten derartige Organisationen gegründet, um Arbeit für jüdische Künstler zu schaffen sowie ein eigenes kulturelles Leben für deutsche Juden zu fördern; seit April 1935 waren die verschiedenen Kulturbünde im »Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland« zusammengeschlossen; ihre Tätigkeit war der Aufsicht des Sonderbeauftragten für die Überwachung der Nichtarier (Hans *Hinkel) im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unterstellt.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVg). Als die *Reichsvertretung der Juden in Deutschland 1939 vom NS-Staat aufgelöst wurde, wurden alle deutschen Juden mit Ausnahme der sogenannten »Mischehen« in die neue Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gezwungen; die jüdischen Funktionäre der neuen Reichsvereinigung hofften, die Auswanderung der Juden zu fördern, die Auswirkungen der antisemitischen Maßnahmen abzumildern und für eine jüdische Restgemeinschaft in Deutschland sorgen zu können; als der NS-Staat im Herbst 1941 die Auswanderung verbot und zu systematischen Deportationen überging, entschlossen sich die führenden Funktionäre der Reichsvereinigung, eine Strategie der Kooperation zu verschaffen; sie gewannen jedoch keine größeren Handlungsspielräume, stattdessen gerieten sie immer mehr in Opposition zu ihren Mitgliedern; bis zu ihrer schrittweisen Auflösung 1943 bestand die Hauptaufgabe der Reichsvereinigung darin, die Zurückgebliebenen zu versorgen; zugleich musste die Reichsvereinigung bei den Deportationen mitwirken.

Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland (RVt). Erst in April 1933 als Dachorganisation der deutschen Juden bzw. der deutsch-jüdischen Organisationen mit dem Namen »Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände« gebildet, wurde sie am 17. September 1933 in »Reichsvertretung der deutschen Juden« umbenannt; sie entstand als freiwilliger Zusammenschluss deutsch-jüdischer Organisationen mit dem Ziel, vom NS-Regime als offizieller Ansprechpartner anerkannt zu werden; sie versuchte ohne Erfolg eine Milderung der antijüdischen Politik zu erwirken; gemäß den Nürnberger Rassengesetzen vom September 1935 wurde sie in »Reichsvertretung der Juden in Deutschland« umbenannt; im Juli 1939 ging sie über in die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, in der nun zwangsweise alle deutsche Juden zusammengefasst wurden.

Reichszentrale für jüdische Auswanderung. Diese im Januar 1939 in Berlin gegründete Auswanderungstelle sollte das in Wien schon 1938 von Adolf *Eichmann geleitete Modell auch in Deutschland und später im Protektorat Böhmen und Mähren anwenden; sie wurde zunächst vom Chef der Abteilung II der Gestapo Heinrich *Müller geleitet; ab Oktober 1939 übernahm *Eichmann ihre Geschäftsführung in Berlin, mit seiner »*Zentralstelle für jüdische Auswanderung« in Wien sowie einer neuen Stelle in Prag als Zweigstelle der neuen Berliner Reichszentrale. Unter *Eichmann wurde die Reichszentrale mit dem Referat IV B 4 Judentum im *Reichssicherheitshauptamt verbunden.

Rosenblüth, Martin (1886–1963). 1913–1919 Redakteur der *Blau-Weiß-Blätter*; 1921–1923 Leiter der Palästinazentrale in Wien; 1923–1925 Vertreter und 1929–1933 Geschäftsführer des *Keren Hajessod; 1925–1929 Vizepräsident der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland in Berlin; 1933 Auswanderung nach England; 1933–1940 Generalsekretär des Council for the Settlement of German Jews in London und Vertreter der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland bei der *Jewish Agency for Palestine; 1941 Leiter der Informationsabteilung der *Jewish Agency for Palestine in New York.

Rothenberg, Morris (1885–1950). Amerikanischer Jurist; Mitbegründer der *Jewish Agency for Palestine sowie des *American Jewish Joint Distribution Committee; 1932–1935 Präsident der Zionistischen Organisation in Amerika.

Rothschild, Lothar (1909–1974). Rabbiner; 1934–1938 Oberrabbiner für Saarbrücken und das Saarland; 1938 Auswanderung in die Schweiz; 1938–1943 Leiter der Flüchtlingshilfe in Basel; ab 1943 Rabbiner in St. Gallen.

Ruppin, Arthur (1876–1943). Jurist, Soziologe, Zionistenführer; 1908 nach Palästina ausgewandert; bis 1916 Leiter des Palästinaamts in Jaffa und in der Ansiedlungsarbeit in Palästina tätig; ab 1926 Professor für Soziologie an der Hebräischen Universität Jerusalem; Mitglied der Exekutive der *Jewish Agency for Palestine während der 20er bzw. der 30er Jahre.

Rutenberg, Pinchas (1879–1942). Ingenieur; 1923 Gründer der Palestine Electric Corporation; zweimal Präsident der Waad Leumi, die Vertretung der jüdischen Bevölkerung Palästinas gegenüber der Mandatsregierung.

Sandelowsky, Arthur (1892–1946). Mitglied des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens/Centralverein der Juden in Deutschland; Mitglied des Bundesvorstandes des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten; Ende der 30er Jahre über Holland nach Südwestafrika ausgewandert.

Schacht, Hjalmar (1877–1970). Bankkaufmann; 1923–1930 und 1933–1939 Reichsbankpräsident; 1934–1937 Reichswirtschaftsminister; 1944 Verhaftung im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944; 1946 Freispruch im Nürnberger Prozess.

Schekelaktion. Auf dem ersten Zionistenkongress in Basel 1897 wurde unter diesem Namen ein jährlich zu zahlender Beitrag als Ausdruck des Bekenntnisses zum dort formulierten Baseler Programm und der Zugehörigkeit zur *Zionistischen Weltorganisation eingeführt.

Schellenberg, Walter (1910–1952). 1933 Eintritt in die SS; 1939–1941 Leiter der polizeilichen Abwehr im Amt IV des *Reichssicherheitshauptamts (RSHA) und fungierte danach bis Kriegsende als Leiter des Auslandsnachrichtendienstes im Amt VI des RSHA.

Schertok, Mosche (später Mosche Scharet) (1894–1965). Russischer Jude und Zionist; ab 1931 Sekretär, ab 1933 Direktor der Politischen Abteilung der *Jewish Agency for Palestine in Jerusalem; Israels erster Außenminister.

Der Schild. Zeitschrift des *Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten 1921–1938; er wurde von Leo Loewenstein 1921 gegründet und erschien erst monatlich, ab 1934 wöchentlich; er war deutschnational eingestellt und brachte 1932 ein Gedenkbuch mit einer Liste der Namen von 12 000 im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten heraus; seine Auflage betrug kurz vor seiner Auflösung in 1938 noch 15 000; nach dem Pogrom im November 1938 wurde die Zeitschrift mit allen anderen verbleibenden jüdischen Presseerzeugnissen eingestellt.

Schlobies, Hans (1904–1950). Orientalist; Hauptarbeitsgebiete waren die Amharische und Arabische Sprache; gegen Ende 1934 wurde er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Auswärtige Amt in Berlin berufen; ab 1935 zuerst als Legationssekretär, später als Legationsrat im Auswärtigen Amt tätig.

Schloss Justus. Zionistischer Funktionär, Schriftsteller; aktiv in der revisionistisch- zionistischen Bewegung in Deutschland; Mitarbeiter Richard *Lichtheims und ab 1933 Vorstandsmitglied des neu gegründeten Verbands Deutscher Zionisten-Revisionisten; 1934 Veröffentlichung

von *Frieden im deutschen Zionismus. Unsere Forderungen an die *Zionistische Vereinigung für Deutschland.*

Schocken, Salomon (1877–1959). Warenhausbesitzer, Verleger; ständiger Delegierter bei zionistischen Kongressen; Mitbegründer und Förderer der Akademie für die Wissenschaft des Judentums in Berlin; Vorstandsmitglied des *Keren Kajemeth Lejisrael (jüdischer Nationalfonds); 1931 Gründung des Schocken-Verlags in Berlin; 1933 Auswanderung nach Palästina; ab 1935 Verleger der Tageszeitung *Haaretz*; 1937 Gründung des Verlags Schocken Publishing House Ltd.; 1938 Schließung des Schocken-Verlags in Berlin; 1945 Gründung des Verlags Schocken Books in New York.

Schoenfeld, Julius (1895–1942). Rechtsanwalt; ab 1933 leitende Position beim *Keren Kajemeth Lejisrael und bei der Jüdischen Kultusvereinigung in Berlin; später Verwaltungsdirektor des jüdischen Krankenhauses in Berlin; 1942 von der Gestapo zur Deportation aufgefordert; beging gemeinsam mit seiner Frau Selbstmord.

Schumberg, Emil (1898–1961). Jurist; 1936–1940 Judenreferent im Auswärtigen Amt; ab 1938 Nachfolger von Vicco von *Bülow-Schwante als Chef der Abteilung Referat-Deutschland im Auswärtigen Amt.

Schwersenz, Jizchak (1915–2005). Pädagoge; 1928–1931 Mitglied der nationalen Studentenorganisation Kadimah; 1932–1936 Mitglied im Brith Chaluzim Dathiim (Bachad); 1933–1935 in einem der *Hachscharah-Programme tätig; 1936–1937 Leiter des Jugend-Alijah-Heims in Köln; 1937–1939 Lehrer in Herrlingen und Berlin; 1937–1941 im Makkabi Hazair tätig; 1937–1938 Prediger in Berliner Synagogen; 1938–1941 Direktor der Jugend-Alijah-Schule in Berlin; 1942 Mitbegründer der jüdischen Untergrundgruppe »Chug Chaluzi« in Berlin; 1944 in die Schweiz geflüchtet; 1953 nach Israel ausgewandert.

Senator, Werner David (1896–1953). Mitglied des *American Jewish Joint Distribution Committee in Berlin; 1924 Auswanderung nach Palästina; 1925–1930 Generalsekretär des europäischen *Joint in Paris; 1930–1935 Vertreter der Nichtzionisten in der Exekutive der *Jewish Agency for Palestine in Jerusalem; 1933 Rückkehr nach Deutschland als Geschäftsführer des *Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau in Berlin sowie als Mitglied des Präsidiums der *Reichsvertretung der deutschen Juden; 1935 Rückwanderung nach Palästina.

Singer, Kurt (1885–1944). Arzt, Dirigent; 1927–1931 Intendant der Städtischen Oper Berlin; 1933 Mitbegründer des Jüdischen *Kulturbunds Berlin; 1935–1938 musikalischer Direktor des Reichsverbandes der jüdischen Kulturbünde in Deutschland; 1939 Auswanderung nach Holland; 1940 nach Theresienstadt deportiert, wo er starb.

Sireni, Enzo (1905–1944). Italienischer Zionist, der 1927 nach Palästina auswanderte; Mitbegründer des Kibbuz Givat Brenner in Palästina; während des Krieges meldete er sich freiwillig zu den britischen Streitkräften; Mai 1944 im deutsch-besetzten Norditalien von deutschen Truppen gefangen genommen und später im KZ-Dachau ermordet.

Six, Franz Alfred (1909–1975). Jurist, Funktionär der NSDAP; 1935 SS-Eintritt; 1935–1939 Presseleiter im SD-Hauptamt; 1938 Professor in Königsberg und 1939 in Berlin; 1939 Leiter der Abteilung Gegnerforschung im *Reichssicherheitshauptamt; 1941 Führer des Vorkommandos Moskau der Einsatzgruppe B; 1942 Leiter der Kulturpolitischen Abteilung im Reichsaußenministerium.

Sokolow, Nahum (1859–1936). Hebräischer Schriftsteller; ab 1906 Generalsekretär der *Zionistischen Weltorganisation; 1929 Präsident der *Jewish Agency for Palestine; 1931–1935 Präsident der *Zionistischen Weltorganisation.

Soskin, Selig (1873–1959). Agrarwissenschaftler; aus Russland stammend, aber in Deutschland ausgebildet; aktiv in der revisionistisch-zionistischen Bewegung in Deutschland; beschäftigte sich mit der landwirtschaftlichen Kolonisation in Palästina; Mitbegründer der deutsch-jüdischen Siedling Nahariya in Palästina.

Staatszionistische Organisation – Vereinigte Revisionisten Deutschlands. Sie wurde im Mai 1933 gegründet und umfasste die schon in Deutschland existierenden Zionisten-Revisionisten sowie die revisionistische Judenstaatspartei; die Staatszionistische Organisation existierte nur in Deutschland, da die internationale revisionistische Weltorganisation unter der Leitung von Wladimir *Jabotinsky in der internationalen Boykottbewegung gegen NS-Deutschland eine führende Rolle spielte; sie wurde Ende August 1938 aufgrund der Beschuldigung, mit *Jabotinskys regimefeindlichen *New Zionist Organisation in Verbindung zu stehen, aufgelöst; die Staatszionistische Organisation stand bis 1937 unter der Leitung von Georg *Kareski.

Stahl, Heinrich (1868–1942). Versicherungskaufmann, jüdischer Gemeindepolitiker in Berlin; 1931 Mitglied des Vorstands der jüdischen Gemeinde Berlin, ab 1933 Vorsitzender; 1933–1939 Mitglied der *Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1939 stellvertretender Vorsitzender der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; 1942 nach Theresienstadt deportiert und dort gestorben.

Stahlecker, Franz Walter (1900–1942). Jurist; 1934 Leiter der Politischen Polizei in Württemberg; 1937 Leiter der Staatspolizeistelle in Breslau; 1938 Befehlshaber der Sicherheitspolizei Donau in Wien und 1939 in Böhmen und Mähren; ab 1941 Führer der Einsatzgruppe A und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im Reichskommissariat Ostland; dort von Partisanen erschossen.

Stein, Leonard J. (1887–1973). Jurist; 1918–1920 Stabsoffizier der englischen Mandatsverwaltung in Palästina; 1920–1929 Politischer Sekretär der *Zionistischen Weltorganisation.

Stöcker, Adolf (1835–1909). Führender Antisemit aus dem christlich-sozialen Lager, der im 19. Jahrhundert auf einer protestantischen Grundlage sowohl antikapitalistisch als auch antiliberal und antisozialistisch auftrat; er verknüpft diese Elemente durch einen scharfen Antisemitismus, der sich gegen einen »verjudeten« Großkapitalismus und gegen eine »verjudete« Linke richtete; Stöcker strebte nach einem christlich-deutschen Gottesstaat.

Storfer, Berthold (1880–1944). Kommerzialrat; 1938 Leiter des Ausschusses für jüdische Überseetransporte in Wien; kooperierte dort mit dem Sicherheitsdienst sowie mit zionistischen Vertrauensmännern aus Palästina für die Organisation der illegalen jüdischen Auswanderung nach Palästina; 1944 in Auschwitz ermordet.

Stricker, Robert (1879–1944). Aus Österreich stammender führender Funktionär in der internationalen revisionistischen Bewegung; politischer Gegner von Chaim *Weizmann in der *Zionistischen Weltorganisation und Mitarbeiter Meir *Grossmanns in der Judenstaatspartei; Herausgeber der wöchentlichen Revue *Die Neue Welt* in Wien.

Stuckart, Wilhelm (1902–1953). Jurist; ab Juni 1933 Staatssekretär im Preußischen Unterrichtsministerium; ab März 1935 Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, zuständig für Abteilung I – Verfassung und Gesetzgebung; 1936 SS-Eintritt; ab 1933 einer der Hauptverfasser

der anti-jüdischen Gesetzgebung des Regimes; 1945–1949 interniert; 1949 im Wilhelmstraßenprozess verurteilt.

Tietz, Ludwig (1897–1933). Artz; Vorsitzender des *Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände; stellvertrender Vorsitzender des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; Mitglied des Initiativkomitees der *Jewish Agency for Palestine; 1933 Generalsekretär des *Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau.

Traub, Michael (1891–1946). Nach dem Ersten Weltkrieg für *ORT tätig; ab 1933 Leiter des *Keren Hajessods in Europa und Mitglied der *Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1939 Auswanderung in die USA, wo er ebenfalls für den *Keren Hajessod tätig war.

Treitschke, Heinrich von (1834–1896). wichtiger deutscher Historiker, Mitglied des Reichstags im 19. Jahrhundert; prägte den Satz »Die Juden sind unser Unglück«, der später das Schlagwort des NS-Blatts *Der Stürmer* wurde; forderte die Verminderung des Einflusses der Juden in der deutschen Gesellschaft.

Tschertok [Tesher], Selig [David] (1904–1992). Verbandsfunktionär; 1933–1936 Generalsekretär der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland in Berlin; Leiter der jüdischen Lehrstätte Chaim Bialik; 1936 nach Palästina ausgewandert.

Tuchler, Kurt (1894–1978). Mitglied des »*Blau-Weiß« und des Kartells Jüdischer Verbindungen; 1933 Berufsverbot; Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1937 nach Palästina ausgewandert.

Untermeyer, Samuel (1858–1940). amerikanischer Rechtsanwalt; in der *Zionistischen Weltorganisation tätig; Präsident des *Keren Hajessod.

Ussischkin, Menachem (1863–1941). Ingenieur; führende Persönlichkeit im russischen und internationalen Zionismus; Mitglied des Großen Actions-Comitees der *Zionistischen Weltorganisation und seit 1935 dessen Vorsitzender; Mitglied der Exekutive der *Zionistischen Weltorganisation; ab 1922 Direktor des Jüdischen Nationalfonds.

Verband nationaldeutscher Juden (VnJ). Dieser Verband wurde im Jahre 1921 von Max *Naumann gegründet; deutschnationale/rechtskonservative Einstellung und Gegner des Zionismus; er trat für die vorbehaltlose und umfassende kulturelle und politische Assimilation der Juden in die deutsche Gesellschaft ein; ab 1933 standen seine Assimilationsbestrebungen im Gegensatz zur Politik des NS-Regimes bzw. zur Politik der Auswanderung der Juden aus Deutschland, daher wurde der Verband im Jahre 1935 aufgelöst.

Waad Leumi. Nationalrat der Juden in Palästina 1920–1948; offizielle Vertretung der jüdischen Bevölkerung (des »Jishuws«) Palästinas gegenüber der britischen Mandatsregierung in Palästina.

Warburg, Max Moritz (1867–1946). Bankier; 1893–1938 Teilhaber des Bankhauses Warburg in Hamburg; 1919 Mitglied der Deutschen Volkspartei und Delegierter bei der Friedenskonferenz in Paris; 1919–1933 Mitglied des *Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau, ab 1929 Vorstandsmitglied; Mitglied des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens/Centralvereins der Juden in Deutschland; 1933 Mitglied der *Reichsvertretung der deutschen Juden; 1938 nach Arisierung des Bankhauses in die USA ausgewandert.

Wedgwood, Josiah Clement (1872–1943). Englischer Staatsmann und Förderer des Zionismus; Mitglied des englischen Unterhauses sowie des Oberhauses; trat für die Errichtung eines sich selbst verwaltenden, jüdischen, zum britischen Weltreich gehörigen Palästina ein.

Weidmann, Franz (1910–1944). Rechtsanwalt; ab 1937 Leiter der jüdischen Kultusgemeinde in Prag, wo er sich mit der jüdischen Auswanderung aus dem Reichsprotektorat Böhmen und Mähren beschäftigte; 1943 nach Theresienstadt deportiert; 1944 auf dem Weg nach Auschwitz ermordet.

Weiss, Joseph (1901–?). Jurist, Verbandsfunktionär; 1929–1933 Rechtsanwalt in Bonn; Mitglied des Bnei Brith; 1934–1938 stellvertretender Vorsitzender und Direktor des *Keren Kajemeth Lejisrael in Berlin; Vorstandsmitglied der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1938 in Oranienburg inhaftiert; 1938 nach Palästina ausgewandert.

Weissmann, Georg (1885–1963). Rechtsanwalt und Verbandsfunktionär; 1933–1937 im Sekretäriat des Aktionsausschusses der Juden Oberschlesiens tätig; 1937 Berufsverbot; 1937–1939 beim Palästinaamt in Berlin tätig; 1939 Auswanderung nach Palästina.

Weizmann, Chaim (1874–1952). Chemiker, jüdischer Politiker; 1917 spielte er in London eine wichtige Rolle bei der Verfassung und Veröffentlichung der Balfour-Deklaration; 1919 stand er an der Spitze der zionistischen Delegation zur Friedenskonferenz in Paris; 1920 spielte er eine wichtige Rolle in der Übergabe des Palästina-Mandats an England; 1920–1931 sowie 1935–1946 Präsident der *Zionistischen Weltorganisation und Leiter des Londoner Büros der *Jewish Agency for Palestine; 1949–1952 erster Präsident Israels.

Weltsch, Robert (1891–1982). Zionistischer Denker und Publizist aus Prag; ab 1919 Chefredakteur der **Jüdischen Rundschau* bis zu ihrer Zwangsschließung im November 1938; wegen einiger seiner Artikeln wurde das Erscheinen der **Jüdischen Rundschau* mehrmals von NS-Behörden zeitweise verboten; 1938 Auswanderung nach Palästina; 1946–1978 lebte er in England; 1955–1975 Vorstand des Leo Baeck Instituts London; ab 1956 erster Herausgeber des *Leo Baeck Institute Yearbook*.

Werkleute. Zionistisch-sozialistischer Jugendbund, 1932 in Deutschland als »Werkleute, Bund deutschjüdischer Jugend« gegründet; 1933 wurde er als »Werkleute, Bund jüdischer Jugend« umbennant; die Mitglieder nahmen an verschiedenen *Hachscharah-Programmen in Deutschland teil; eventuell mit dem Hashomir Hazair zusammengeschlossen.

Wiener, Arnold (1875–1956). Kaufmann; Versicherungsagent in Beuthen/Oberschlesien; ab 1933 Vertreter Oberschlesiens in der *Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1937 Delegierter beim XX. Zionisten-Kongress in Zürich; 1939 Auswanderung nach Palästina.

Wiener, Max (1882–1950). Rabbiner, Religionsphilosoph; 1925–1939 Dozent der Lehranstalt (Hochschule) für die Wissenschaft des Judentums; 1927–1930 Mitherausgeber des *Jüdischen Lexikons*; 1929 Mitglied der *Jewish Agency for Palestine; 1933 Mitglied des Jüdischen *Kulturbundes; 1939 Auswanderung in die USA.

Wise, Stephen Samuel (1874–1949). Rabbiner; 1936–1938 Präsident der Zionist Organization of America; 1939–1944 Mitbegründer und Vorsitzender des Emergency Committee for Zionist Affairs; 1944–1945 Vorsitzender des American Zionist Emergency Council.

Wohlthat, Helmut (1893–1982). Höherer Beamter im Reichswirtschaftsministerium; 1934–1938 Leiter der Reichsstelle für Devisenwirtschaftung im Reichswirtschaftsministerium; ab 1938 Mitarbeiter (unter Göring) im Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan.

Wolf, Gustav August (1892–1973). Kaufmann; ab 1920 Reichsbankbeamter; ab 1937 Leiter der Abteilung Auslandsschulden beim Reichsbank; 1938 Leiter der Devisenstelle Wien; 1940 Ernennung zum Direktor der Reichsbank.

Wollenberg, Hans Heinrich (1893–1952). Filmjournalist; 1920–1933 Redakteur der Filmfachzeitung *Lichtbühne* in Berlin; 1934–1938 Redakteur der Zeitung des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten *Der *Schild*; 1939 Auswanderung nach England.

Women's International Zionist Organisation (WIZO). 1920 in London gegründet; zionistischer Frauenverband, der sich vor allem soziale Aufgaben im Zusammenhang mit der Besiedlung Palästinas stellte; Hauptaufgabe war u. a. die Ausbildung von Mädchen für die Landwirtschaft.

Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau (ZAHA). Im April 1933 als zentrale Körperschaft für jüdische Sozialarbeit gegründet; wirkte ab 1933 als Koordinierungs- und Ausführungsorgan der *Reichsvertretung der deutschen Juden; verschiedene jüdische Organisationen waren im Ausschuss beteiligt: die *Zionistische Vereinigung für Deutschland, das Palästinaamt, die Jüdische Gemeinde Berlin, der *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der *Jüdische Frauenbund; er wurde im Februar 1939 in die neue *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eingegliedert.

Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien. Der Anschluss Österreichs im März 1938 gab dem SD die Gelegenheit, die alleinige Verfügungsgewalt über die Organisation und Ausführung der jüdischen Auswanderung aus Österreich durchzusetzen; dazu wurde Adolf *Eichmann von der Abteilung II-112 des SD nach Wien versetzt, wo er eine Unterabteilung II-112 gründete, die den Auswanderungsprozess kontrollierte; am 22. August 1938 wurde in Wien die Zentralstelle für jüdische Auswanderung eröffnet, wobei das Verfahren der jüdischen Auswanderung aus Österreich vom restlichen Deutschland getrennt wurde; bis zu dieser Zeit lag die Zuständigkeit für die Verwaltungs- und Auswanderungsarbeit bei der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien.

Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD). 1897 gegründeter deutscher Verband der *Zionistischen Weltorganisation mit Sitz in Berlin; die ZVfD war in Gruppenverbände, Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften gegliedert, die sich mit zionistischer Politik, hebräischer Kulturarbeit, Frauenarbeit, Jugendarbeit, Gemeindearbeit und Palästinaarbeit beschäftigten; die Zeitung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland war *Die *Jüdische Rundschau*; als selbstständige jüdische Organisation wurde sie im November 1938 aufgelöst.

Zionistische Weltorganisation/World Zionist Organization (WZO). Sie wurde auf Initiative von Theodor *Herzl 1897 vom ersten internationalen Zionistenkongress in Basel gegründet; im *Basler Programm* forderte der erste Zionistische Kongress: »Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina«; dies wurde das gemeinsame Ziel aller zionistischen Strömungen – das Wort »Judenstaat« wurde dabei vermieden, um die Gestalt des angestrebten Gemeinwesens nicht festzulegen; ein anfangs jährlich, dann alle zwei Jahre stattfindender Kongress sollte das Hauptinstrument der zionistischen Bewegung darstellen; 1907 wurde ein Palästinabüro eröffnet, um die *Zionistische Weltorganisation in Palästina zu repräsentieren; nach dem Ersten Weltkrieg wurde die *Jewish Agency for Palestine etabliert, um die Aufgaben der *Zionistischen Weltorganisation gegenüber der britischen Regierung, der Verwaltung in Palästina und dem Völkerbund wahrzunehmen

und mit Nichtzionisten zusammenzuarbeiten; die finanziellen Institutionen der *Zionistischen Weltorganisation waren der 1907 gegründete *Keren Kejemeth Lejisrael und der 1920 gegründete *Keren Hejessod

Zschintzsch, Werner (1888–1953). Jurist; ab 1926 Ministerialrat im Preußischen Innenministerium; 1933 Eintritt in die NSDAP und 1936 in die SS; 1936–1945 Staatssekretär im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.



Literaturverzeichnis

Adam, Uwe Dietrich, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972.

Adler, H.G., *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*, Tübingen 1974.

–, *Die Juden in Deutschland von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus*, München 1960.

Adler-Rudel, Salomon, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939*, Tübingen 1974.

–, *Ostjuden in Deutschland 1880–1940*, Tübingen 1959.

Amkraut, Brian, *Between Home and Homeland: Youth Aliyah from Nazi Germany*, Tuscaloosa 2006.

Angress, Werner, *Between Fear and Hope. Jewish Youth in the Third Reich*, New York 1988.

–, »Juden im politischen Leben der Revolutionszeit«, in: Werner E. Mosse (Hg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, Tübingen 1971, S. 137–315.

–, »Auswandererlehrgut Gross-Breesen«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 10 (1965), S. 168–187.

Arendt, Hannah, *Eichmann in Jerusalem*. München 1986.

–, »Zionism Reconsidered (1945)«, in: Michael Selzer (Hg.), *Zionism Reconsidered: The Rejection of Jewish Normalcy*, New York 1979, S. 213–249.

–, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Bd. 1, Antisemitismus*, Frankfurt am Main 1975.

–, *Antisemitism: The Origins of Totalitarianism*, New York 1968.

Aronson, Shlomo, *Hitler, the Allies, and the Jews*, New York 2004.

Aschheim, Steven, *Beyond the Border: The German-Jewish Legacy Abroad*, Princeton 2007.

–, *Scholem, Arendt, Klemperer: Intimate Chronicles in Turbulent Times*, Bloomington 2001.

–, *Brothers and Strangers: The East European Jew in German and German Jewish Consciousness 1800–1923*, Madison 1982.

Avriel, Ehud, *Open the Gates*, New York 1975.

Bajohr, Frank, *»Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945*, Hamburg 1997.

Ball-Kaduri, Kurt Jacob, »Die illegale Einwanderung der deutschen Juden in Palästina 1939–1940«, *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte* 4 (1975), S. 387–421.

–, *Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland 1934–1939*, Tel Aviv 1967.

–, »Von der Reichsvertretung zu der Reichsvereinigung«, *Zeitschrift für die Geschichte der Juden* 1 (1964), S. 191–199.

–, *Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933*, Frankfurt am Main 1963.

–, »The Central Jewish Organisations in Berlin during the Pogrom of November 1938«, *Yad Vashem Studies* 3 (1959), S. 261–281.

Barkai, Avraham, *»Wehr Dich!« Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1893–1938*, München 2002.

–, »Between Deutschtum und Judentum: Ideological Controversies within the Centralverein«, in: Michael Brenner/Derek J. Penslar (Hg.), *In Search of Jewish Community: Jewish Identities in Germany and Austria, 1918–1933*, Bloomington 1998, S. 74–91.

–, »The Fateful Year 1938: The Continuation and Acceleration of Plunder«, in: Walter Pehle (Hg.), *November 1938: From »Reichskristallnacht« to Genocide*, Oxford 1991, S. 95–122.

–, »German Interests in the Haavara-Transfer Agreement 1933–1939«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 35 (1990), S. 245–266.

–, *Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943*, Frankfurt am Main 1988.

Bauer, Jehuda, *Jews for Sale? Nazi-Jewish Negotiations, 1933–1945*, New Haven 1994.
Bein, Alexander, *Theodor Herzl. Eine Biographie*, Frankfurt am Main 1983.
Benz, Wolfgang (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1989.
Blumenfeld, Kurt, *Im Kampf um den Zionisums. Briefe aus fünf Jahrzehnten*, Stuttgart 1976.
–, *Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert Deutscher Zionismus*, Stuttgart 1962.
Boas, Jacob, »Countering Nazi Defamation. German Jews and the Jewish Tradition, 1933–1938«, *Leo Baeck Institute Yearbook 34 (1989)*, S. 205–226.
–, »The Shrinking World of German Jewry 1933–1938«, *Leo Baeck Institute Yearbook 31 (1986)*, S. 241–266.
–, »German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933–1938«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 29 (1984), S. 3–25.
–, »Germany or Diaspora? German Jewry's Shifting Perceptions in the Nazi Era (1933–1938)«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 27 (1982), S. 109–126.
–, *The Jews of Germany. Self-perception in the Nazi Era as Reflected in the German-Jewish Press 1933–1938*, Riverside 1977.
Böhm, Adolf, *Die Zionistische Bewegung. 2 Bde.*, Berlin 1935–1937.
Borut, Jacob, »›Verjudung des Judentums‹: Was There a Zionist Subculture in Weimar Germany?« in: Michael Brenner/Derek J. Penslar (Hg.), *In Search of Jewish Community: Jewish Identities in Germany and Austria, 1918–1933*, Bloomington 1998, S. 92–114.
Brenner, Michael, *Zionism: A Brief History*, Princeton 2003.
–, »The Jüdische Volkspartei – National-Jewish Communal Politics during the Weimar Period«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 35 (1990), S. 219–243.
Brodnitz, Friedrich, »Die Reichsvertretung der deutschen Juden«, in: Hans Tramer (Hg.), *In Zwei Welten: Siegfried Moses zum 75. Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 106–113.
Browder, George, *Hitler's Enforcers: The Gestapo and the SS Security Service in the Nazi Revolution*, New York 1996.
–, *Foundations of the Nazi Police State: The Formation of SIPO and the SD*, Lexington 1990.
Browning, Christopher, *The Origins of the Final Solution: The Evolution of Nazi Jewish Policy, September 1939–March 1942*, Lincoln 2004.
Brustein, William, *Roots of Hate: Anti-Semitism in Europe before the Holocaust*, New York 2003.
Buber, Martin, *Die Stunde und die Erkenntnis. Reden und Aufsätze 1933–1935*, Berlin 1936.
–, *Kampf um Israel: Reden und Schriften*, Berlin 1933.
Burleigh, Michael/Wippermann, Wolfgang, *The Racial State. Germany 1939–1945*, Cambridge 1991.
Cesarani, David, *Becoming Eichmann: Rethinking the Life, Crimes, and Trial of a »Desk Murderer«*, Cambridge 2006.
Cochavi, Yehoyakim, »The Hostile Alliance. The Relationship between the Reichsvereinigung of Jews in Germany and the Regime«, *Yad Vashem Studies 22 (1992)*, S. 237–272.
–, »Georg Kareski's Nomination as Head of the Kulturbund. The Gestapo's First Attempt – And Last Failure – to Impose a Jewish Leadership«, *Leo Baeck Institute Yearbook 34 (1989)*, S. 227–246.
Cohn, Benno, »Einige Bemerkungen über den deutschen Zionismus nach 1933«, in: Hans Tramer (Hg.), *In Zwei Welten: Siegfried Moses zum 75. Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 43–54.
Dahn, Hugo. »Die Gründung der Reichsvertretung«, in: Hans Tramer (Hg.), *In Zwei Welten: Siegfried Moses zum 75. Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 97–105.
Doron, Joachim, »Classic Zionism and Modern Anti-Semitism: Parallels and Influences (1883–1914)«, *Studies in Zionism* 3 (1983), S. 169–204.

–, »Rassenbewusstsein und Naturwissenschaftliches Denken im deutschen Zionismus während der wilhelminischen Ära«, *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* 7 (1980), S. 389–427.

Dunker, Ulrich, *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins*, Düsseldorf 1977.

Edelheim-Muehsam, Margaret, »Reactions of the Jewish Press to the Nazi Challenge«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 5 (1960), S. 308–329.

Elkin, Rivka, *Das Jüdische Krankenhaus in Berlin zwischen 1938 und 1945*, Berlin 1993.

Esh, Shaul, »The Establishment of the Reichsvereinigung der Juden in Deutschland and its Main Activities«, *Yad Vashem Studies* 7 (1968), S. 19–38.

Feilchenfeld, Werner/Michaelis, Dolf/Pinner, Ludwig, *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung Deutscher Juden 1933–1939*, Tübingen 1972.

Fischer, Stefanie, *Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt. Jüdische Viehhändler In Mittelfranken 1919–1939*, Göttingen 2014.

Freeden, Herbert, *Die jüdische Presse im Dritten Reich*, Frankfurt am Main 1987.

–, »Bleiben oder gehen. Die Diskussion über die Auswanderung in der jüdischen Presse in Nazideutschland«, *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 70 (1985), S. 33–54.

Friedländer, Saul, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, München 2000.

–, *Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945*, München 2006.

Friedman, Isaiah, *Germany, Turkey, and Zionism, 1897–1918*, Oxford 1977.

Friedmann, Adolf, *Das Leben Theodor Herzls*, Wien 1919.

Fuchs, Eugen, *Um Deutschtum und Judentum. Gesammelte Reden und Aufsätze (1894–1919)*, Frankfurt am Main 1919.

Gay, Peter, *My German Question. Growing Up in Nazi Berlin*, New Haven 1998.

Gay, Ruth, *The Jews of Germany: A Historical Portrait*, New Haven 1992.

Gelber, Yoav, »The Reaction of the Zionist Movement and the Yishuv to the Nazis' Rise to Power«, *Yad Vashem Studies* 18 (1987), S. 41–69.

–, »Deutsche Juden im politischen Leben des jüdischen Palästina 1933–1948«, *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 76 (1987), S. 51–72.

–, »Zionist Policy and the Fate of European Jewry, 1939–1942«, *Yad Vashem Studies* 13 (1979), S. 169–210.

Genschel, Helmut, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen 1966.

Gillerman, Sharon, *Germans into Jews: Remaking the Jewish Social Body in the Weimar Republic*, Stanford 2009.

Goren, Arthur (Hg.), *Dissenter in Zion: From the Writings of Judah L. Magnes*, Cambridge 1982.

Graetz, Heinrich, *Volkstümliche Geschichte der Juden. 3 Bde.*, Berlin/Wien 1888.

Graml, Hermann, *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988.

Grossmann, Atina, *Germans, Jews, Allies: Close Encounters in Occupied Germany*, Princeton 2009.

Grossmann, Kurt, *Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945*, Frankfurt am Main 1969.

Grubel, Fred/Mecklenburg, Frank, »Leipzig: Profile of a Jewish Community during the First Years of Nazi Germany«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 42 (1997), S. 157–188.

Gruenewald, Max, »The Beginning of the ›Reichsvertretung‹«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 1 (1956), S. 57–67.

Gruner, Wolf (Bearb.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland. Bd. 1, Deutsches Reich 1933–1937,* München 2008.

–, »Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938-1945): Neue Perspektiven und Dokumente«, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland: Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945,* Göttingen 2004, S. 21–62.

–, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden: Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943,* Berlin 1997.

Hackeschmidt, Jörg, *Von Kurt Blumenfeld zu Norbert Elias. Die Erfindung einer jüdischen Nation,* Hamburg, 1997.

Heim, Susanne (Bearb.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland. Bd. 2, Deutsches Reich 1938–August 1939,* München 2009.

Heim, Susanne/Aly, Götz, »Staatliche Ordnung und ›organische Lösung‹. Die Rede Hermann Görings ›über die Judenfrage‹ vom 6. Dezember 1938«, *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1992), S. 378–404.

Heim, Susanne/Meyer, Beate/Nicosia, Francis R. (Hg.), *›Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben.‹ Deutsche Juden 1938–1941,* Göttingen 2010.

Herrmann, Klaus, *Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933–1934,* Köln 1969.

Herzl, Theodor, *Der Judenstaat,* Berlin 1934.

–, *Theodor Herzls Tagebücher. 3 Bde.,* Berlin 1922.

–, *Das neue Ghetto: Schauspiel in Vier Akten.* Wien 1897.

–, »The Zionist Congress«, *Contemporary Review* 72 (1897), S. 587–600.

Hess, Moses, *Rom und Jerusalem: die letzte Nationalitätsfrage,* Leipzig 1899.

Hildesheimer, Esriel, *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime,* Tübingen 1994.

–, »Die Versuche zur Schaffung einer jüdischen Gesamtorganisation während der Weimarer Republik«, *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 8 (1979), S. 335–364.

Jochmann, Werner, *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland,* Hamburg 1988.

–, »Die Ausbreitung des Antisemitismus«, in: Werner Mosse (Hg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923,* Tübingen 1971, S. 409–510.

Jünger, David, *Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933–1938,* Göttingen 2016.

Kaplan, Marion, *Zuflucht in die Karibik. Die jüdische Flüchtlingssiedlung in der Dominikanischen Republik 1940–1945,* Göttingen 2010.

– (Hg.), *Jewish Daily Life in Germany 1618–1945,* New York 2005.

–, *Between Dignity and Despair: Jewish Life in Nazi Germany,* New York 1998.

–, *Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des jüdischen Frauenbundes 1904–1938,* Hamburg 1981.

Kimche, Jon/Kimche, David, *The Secret Roads: The Illegal Migration of a People, 1938–1948,* London 1955.

Kolsky, Thomas, *Jews against Zionism: The American Council for Judaism, 1942–1948,* Philadelphia 1990.

Koltun-Fromm, Ken, *Moses Hess and Modern Jewish Identity,* Bloomington 2001.

Kornberg, Jacques, *Theodor Herzl: From Assimilation to Zionism,* Bloomington 1993.

Krieger, Karsten (Hg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit 1879–1881: Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation.* 2 Bde., München 2003.

Kulka, Otto Dov (Hg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939,* Tübingen 1997.

–, »Jewish Society and its Leadership in the Third Reich. State of Research and its Historiographical Implications«, *Jewish Studies* 30 (1990), S. 53–58.

Kwiet, Konrad, »Forced Labour of German Jews in Nazi Germany«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 36 (1991), S. 389–407.

–/ Eschwege, Helmut, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945*, Hamburg 1984.

Lademacher, Horst (Hg.), *Moses Hess: Ausgewählte Schriften*, Köln 1962.

Landauer, Georg, *Der Zionismus im Wandel Dreier Jahrzehnte*, Tel Aviv 1957.

Laqueur, Walter, *A History of Zionism*, New York 1972.

–, »The German Youth Movement and the ›Jewish Question‹«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 6 (1961), S. 193–205.

Lässig, Simone, *Jüdische Wege ins Bürgertum: Kulturelles Kapital und Sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2004.

Lavsky, Hagit, *The Creation of the German-Jewish Diaspora. Interwar German-Jewish Immigration to Palestine, the USA, and England*, Berlin/Boston 2017.

–, *Before Catastrophe: The Distinctive Path of German Zionism*, Detroit/Jerusalem 1996.

Levenson, Alan, *Between Philosemitism and Antisemitism: Defenses of Jews and Judaism in Germany, 1871–1932*, Lincoln 2004.

Levine, Herbert, »A Jewish Collaborator in Nazi Germany: The Strange Career of Georg Kareski, 1933–1937«, *Central European History* 8 (1975), S. 251–281.

Lichtheim, Richard, *Rückkehr: Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus*, Stuttgart 1970.

–, *Geschichte des deutschen Zionismus*, Jerusalem 1954.

–, *Revision der zionistischen Politik*, Berlin 1939.

Loewenstein, Kurt, »Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie«, in: Werner Mosse (Hg.), *Entscheidungsjahr 1932: Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1966, S. 349–403.

Marcus, Ernst, »The German Foreign Office and the Palestine Question 1933–1939«, *Yad Vashem Studies* 2 (1958), S. 179–204.

Margaliot, Abraham, »The Reaction of the Jewish Public in Germany to the Nuremberg Laws«, *Yad Vashem Studies* 12 (1977), S. 75–107.

–, »The Dispute over the Leadership of German Jewry (1933–1938)«, *Yad Vashem Studies* 10 (1974), S. 129–148.

Matthäus, Jürgen, »Deutschtum and Judentum under Fire – The Impact of the First World War on the Strategies of the Centralverein and the Zionistische Vereinigung«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 33 (1988), S. 129–147.

Maurer, Trude, »From Everyday Life to a State of Emergency: Jews in Weimar and Nazi Germany«, in: Marion Kaplan (Hg.), *Jewish Daily Life in Germany, 1618–1945*, New York 2005, S. 271–373.

–, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986.

Mendelsohn, Ezra, *The Jews of East Central Europe between the World Wars*, Bloomington 1983.

Mendes-Flohr, Paul (Hg.), *A Land of Two Peoples: Martin Buber on Jews and Arabs*, New York 1983.

Meyer, Beate, *Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung 1939–1945*, Göttingen 2011.

–, *Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933–1945. Geschichte. Zeugnis. Erinnerung*, Göttingen 2006.

–, »Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten (1941–1945): Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Deportationen«, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland: Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945*, Göttingen 2004, S. 63–85.

–, *»Jüdische Mischlinge.« Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945*, Hamburg/München 2002.

Meyer, Michael (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. IV, Aufbruch und Zerstörung 1918–1945*, München 1995.

–, *Response to Modernity. A History of the Reform Movement in Judaism*, Oxford 1988.

Michaelis-Stern, Eva, »Die Jugend-Alija in Europa«, *Mitteilungsblatt. Wochenzeitung des Irgun Olej Merkas Europa*, Tel Aviv 1983.

Michman, Dan, »Jüdische Emigration und die niederländische Reaktion zwischen 1933 und 1940«, in: Kathinka Dittrich/Hans Würzner (Hg.), *Die Niederlande und das deutsche Exil 1933–1940*, Königstein/Taunus 1982, S. 73–90.

Moses, Siegfried, »Weltanschauliche Unterschiede im deutschen Judentum«, *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 19 (1965), S. 346–351.

–, »Salman Schocken – Wirtschaftsführer und Zionist«, in: Robert Weltsch (Hg.), *Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise. Gestalten, Ideen, Werke*, Stuttgart 1963, S. 145–184.

Mosse, George, *German Jews beyond Judaism*, Bloomington 1985.

–, *Toward the Final Solution: A History of European Racism*, New York 1978.

–, *Germans and Jews: The Right, the Left, and the Search for a ›Third Force‹ in Pre-Nazi Germany*, New York 1970.

Mosse, Werner/Paucker, Arnold (Hg). *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1966.

Nicosia, Francis, *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, Göttingen 2012.

– »Jewish Farmers in Hitler's Germany: Zionist Occupational Retraining and Nazi ›Jewish Policy‹«, *Holocaust and Genocide Studies* 19 (2005), S. 365–389.

–, »Der Zionismus in Leipzig im Dritten Reich«, in: Manfred Unger (Hg.), *Judaica Lipsiensia, Zur Geschichte der Juden in Leipzig*, Leipzig 1994, S. 167–178.

–, »The End of Emancipation and the Illusion of Preferential Treatment: German Zionism, 1933–1938«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 36 (1991), S. 243–265.

–, »Jewish Affairs and German Foreign Policy during the Weimar Republic: Moritz Sobernheim and the Referat für Jüdische Angelegenheiten«, *Leo Baeck Institute Yearbok* 33 (1988), S. 261–283.

–, »Revisionist Zionism in Germany II: Georg Kareski and the Staatszionistische Organisation, 1933–1938«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 32 (1987), S. 231–267.

–, »Revisionist Zionism in Germany I: Richard Lichtheim and the Landesverband der Zionisten- Revisionisten in Deutschland, 1926–1933«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 31 (1986), S. 209–240.

–/ Scrase, David (Hg.), *Jewish Life in Nazi Germany. Dilemmas and Responses*, New York/Oxford 2010.

Niederland, Doron, »The Emigration of Jewish Academics and Professionals from Germany in the First Years of Nazi Rule«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 33 (1988), S. 285–300.

Niewyk, Donald, *The Jews in Weimar Germany*, New Brunswick 2001.

–, »Solving the ›Jewish Problem‹ – Continuity and Change in German Antisemitism 1871–1945«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 35 (1990), S. 335–370.

Ofer, Dalia, *Escaping the Holocaust: Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939–1944*, New York 1990.

Paucker, Arnold, *Deutsche Juden im Kampf um Recht und Freiheit. Studien zu Abwehr, Selbstbehauptung und Widerstand der deutschen Juden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts*, Berlin 2003.

–, (Hg.), *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland/The Jews in Nazi Germany 1933–1943*, Tübingen 1986.

–, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1969.

Penslar, Derek, »Anti-Semites on Zionism: From Indifference to Obsession«, *Journal of Israeli History* 25 (2006), S. 13–31.

Pierson, Ruth, »Embattled Veterans. The Reichsbund jüdischer Frontsoldaten«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 19 (1974), S. 139–154.

Pilarczyk, Ulrike, *Gemeinschaft in Bildern. Jüdische Jugendbewegung und zionistische Erziehungspraxis in Deutschland und Palästina/Israel*, Göttingen 2009.

Pinner, Ludwig, »Vermögenstransfer nach Palästina 1933–1939«, in: Hans Tramer (Hg.), *In Zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 133–166.

Pinsker, Leon, *Autoemanzipation: Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden*, Berlin 1932.

Poppel, Stephen, *Zionism in Germany 1897–1933: The Shaping of a Jewish Identity*, Philadelphia 1977.

–, »Schocken and the Schocken Verlag«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 17 (1972), S. 93–113.

Porat, Dina, *The Blue and the Yellow Stars of David: The Zionist Leadership in Palestine and the Holocaust, 1939–1945*, Cambridge 1990.

Prinz, Arthur, »The Role of the Gestapo in Obstructing and Promoting Jewish Emigration«, *Yad Vashem Studies* 2 (1958), S. 205–218.

Prinz, Joachim, *Wir Juden*, Berlin 1934.

Rabkin, Yakov, *A Threat from Within: A Century of Jewish Opposition to Zionism*, New York 2006.

Richarz, Monika (Hg.), *Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutscher Juden 1780–1945*, München 1989.

– (Hg.), *Jüdisches Leben in Deutschland, Bd. 3, Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Stuttgart 1982.

Reichmann, Eva, *Größe und Verhängnis deutsch-jüdischer Existenz*, Heidelberg 1974.

Reichmann, Hans, »Der drohende Sturm. Episoden aus dem Kampf der deutschen Juden gegen die nationalsozialistische Gefahr bis 1933«, in: Hans Tramer (Hg.), *In Zwei Welten: Siegfried Moses zum 75. Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 556–577.

Reinharz, Jehuda, »Chaim Weizmann and German Jewry«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 35 (1990), S. 189–218.

– (Hg.), *Living with Antisemitism. Modern Jewish Responses*, Hanover/London 1987.

–, »Hashomer Hazair in Germany II: Under the Shadow of the Swastika, 1933–1938«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 32 (1987), S. 183–229.

–, »Hashomer Hazair in Germany I, 1928–1933«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 31 (1986), S. 173–208.

–, »The Zionist Response to Antisemitism in the Weimar Republic«, in: Jehuda Reinharz/Walter Schatzberg (Hg.), *The Jewish Response to German Culture*, Hanover 1985, S. 266–293.

–, »The Zionist Response to Antisemitism in Germany«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 30 (1985), S. 105–140.

–, »East European Jews in the Weltanschauung of the German Zionists 1882–1914«, *Studies of Contemporary Jewry* 1 (1984), S. 55–95.

– (Hg.), *Dokumente zur Geschichte des Deutschen Zionismus 1882–1933*, Tübingen 1981.

–, *Fatherland or Promised Land: The Dilemma of the German Jew, 1893–1914*, Ann Arbor 1975.
– / Schatzberg, Walter (Hg.), *The Jewish Response to German Culture*, Hanover 1985.
Rinott, Chanoch, »Major Trends in Jewish Youth Movements in Germany«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 19 (1974), S. 75–95.
Röder, Werner/Strauss, Herbert A. (Hg.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*. Bd. 1, München 1980.
Rose, Norman, *The Gentile Zionists: A Study in Anglo-Zionist Diplomacy, 1929–1939*, London 1973.
Rosenblüth, Martin, *Go Forth and Serve: Early Years and Public Life*, New York 1961.
Rosenstock, Werner, »Exodus 1933–1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 1 (1956), S. 373–390.
Ruppin, Arthur, *Tagebücher, Briefe, Erinnerungen*, Königstein/Taunus 1985.
–, *Soziologie der Juden. 2 Bde.*, Berlin 1930–1931.
Rürup, Miriam, *Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten 1886–1937*, Göttingen 2008.
Rürup, Reinhard, »Das Ende der Emanzipation. Die anti-jüdische Politik in Deutschland von der ›Machtergreifung‹ bis zum Zweiten Weltkrieg«, in: Arnold Paucker (Hg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland/The Jews in Nazi Germany, 1933–1943*, Tübingen 1986, S. 97–114.
–, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975.
Sauer, Paul, »Otto Hirsch (1885–1941). Director of the Reichsvertretung«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 32 (1987), S. 341–368.
Schatzker, Chaim, »The Jewish Youth Movement in Germany in the Holocaust Period II – The Relations Between the Youth Movement and Hechaluz«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 33 (1988), S. 301–325.
–, »The Jewish Youth Movement in Germany in the Holocaust Period I – Youth in Confrontation with a New Reality«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 32 (1987), S. 157–181.
–, »Martin Buber's Influence on the Jewish Youth Movement in Germany«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 23 (1978), S. 151–163.
Schechtmann, Joseph, *Fighter and Prophet: The Vladimir Jabotinsky Story. The Last Years*, New York 1961.
–, *Rebel and Statesman: The Vladimir Jabotinsky Story. The Early Years*, New York 1956.
– / Benari, Yehuda, *History of the Revisionist Movement*, Bd. 1, Tel Aviv, 1970.
Schleunes, Karl, *The Twisted Road to Auschwitz: Nazi Policy Toward German Jews 1933–1939*, Urbana 1970.
Schmidt, Peter (Hg.), *Judenfeindschaft und Schule in Deutschland 1933–1945*, Weingarten 1988.
Schoeps, Hans Joachim, *»Bereit für Deutschland!« Der Patriotismus deutscher Juden und der Nationalsozialismus. Frühe Schriften 1930 bis 1939. Eine historische Dokumentation*, Berlin 1970.
Scholem, Gershom, *Tagebücher nebst Aufsätzen und Entwürfen bis 1923*, Bd. I., Frankfurt am Main 1995.
–, *Von Berlin nach Jerusalem. Jugenderinnerungen*, Frankfurt am Main 1977.
Schorsch, Ismar, *Jewish Reactions to German Anti-Semitism, 1870–1914*, New York 1972.
Schorske, Carl, *Fin-de-Siècle Vienna: Politics and Culture*, New York 1980.
Schwersenz, Jizchak/Wolff, Edith, »Jüdische Jugend im Untergrund. Eine zionistische Gruppe in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Mit einer historischen Einführung von Shaul Esh«, *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 12 (1969), S. 5–100.
Shapiro, Leon, *The History of ORT: A Jewish Movement for Social Change*, New York 1980.

Shavit, Jacob, *Jabotinsky and the Revisionist Movement, 1925–1948*, London 1988.

Shimoni, Gideon, *The Zionist Ideology*, Hanover 1995.

Simon, Ernst, *Aufbau im Untergang. Jüdische Erwachsenenbildung im nationalsozialistischen Deutschland als geistiger Widerstand*, Tübingen 1959.

Sokolow, Nahum, *A History of Zionism, 1600–1918*. 2 Bde., New York 1969.

Stanislawski, Michael, *Zionism and the Fin de Siècle: Cosmopolitanism and Nationalism from Nordau to Jabotinsky*, Berkeley 2001.

Strauss, Herbert, »Jewish Emigration from Germany – Nazi Policies and Jewish Responses II«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 26 (1981), S. 343–409.

–, »Jewish Emigration from Germany – Nazi Policies and Jewish Responses I«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 25 (1980), S. 313–361.

Suchy, Barbara, »The Verein zur Abwehr des Antisemitismus«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 28 (1983), S. 67–103.

Tal, Uriel, *Christians and Jews in Germany: Religion, Politics, and Ideology in the Second Reich, 1870–1914*, Ithaca 1975.

Toury, Jacob, *Die politische Orientierung der Juden in Deutschland von Jena bis Weimar*, Tübingen 1966.

Tramer, Hans (Hg). *In Zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag*, Tel Aviv 1962.

–, »Jüdischer Wanderbund Blau-Weiss. Ein Beitrag zu seiner äußeren Geschichte«, *Bulletin des Leo Baeck Instituts 5 (1962)*, S. 23–43.

Vital, David, *Zionism: The Crucial Phase*, Oxford 1987.

–, *The Origins of Zionism*, Oxford 1980.

Vogt, Stefan, *Subalterne Positionierung. Der deutsche Zionismus im Feld des Nationalismus in Deutschland 1890–1933*, Göttingen 2016.

Volkov, Shulamit, *Germans, Jews, and Antisemites: Trials in Emancipation*, New York 2006.

–, *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990.

–, »Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1878–1945«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 33 (1985), S. 221–243.

Walk, Joseph, *Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich*, Frankfurt am Main 1991.

–, *Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918–1945*. Hg. v. Leo Baeck Institut. München/New York/London/Paris 1988.

– (Hg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, Karlsruhe 1981.

–, »Das Deutsche Komitee Pro-Palästina, 1926–1933«, *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 15 (1976), S. 162–193.

–, »The Diary of Günther Marcuse. The Last Days of Groß-Breesen Training Centre«, *Yad Vashem Studies* 8 (1970), S. 151–181.

Wasserstein, Bernard, *Britain and the Jews of Europe 1939–1945*, London 1979.

Weiss, Yfaat, *Schicksalsgemeinschaft im Wandel. Jüdische Erziehung im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1938*, Hamburg 1991.

–, »Die deutsche Judenheit im Spiegel ihres Erziehungswesens 1933–1938«, *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte* 43 (1991), S. 248–265.

Weizmann, Chaim, *The Letters and Papers of Chaim Weizmann*. Serie A. 23 Bde., London 1968–1983.

Weltsch, Robert, »Looking Back Over Sixty Years«, *Leo Baeck Institute Yearbook* 27 (1982), S. 379–390.

–, *Die deutsche Judenfrage. Ein kritischer Rückblick*, Königstein/Taunus 1981.

–, *An der Wende des modernen Judentums. Betrachtungen aus fünf Jahrzehnten*, Tübingen 1972.

–, »Entscheidungsjahr 1932«, in: Werner Mosse/Arnold Paucker (Hg.), *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1966, S. 535–562.
– (Hg.), *Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise. Gestalten, Ideen, Werke*, Stuttgart 1963.
–, »Deutscher Zionismus in der Rückschau«, in: Hans Tramer (Hg.), *In Zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 27–42.
Wetzel, Juliane, »Auswanderung aus Deutschland«, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1989, S. 413–498.
Wistrich, Robert, *Socialism and the Jews: The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria Hungary*, East Brunswick 1982.
Wildt, Michael (Hg.), *Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation*, München 1995.
Yahil, Leni (Hg.), »Selected British Documents on the Illegal Immigration to Palestine, 1939–1940«, *Yad Vashem Studies* 10 (1974), S. 241–276.
Yisraeli, David, »The Third Reich and the Transfer Agreement«, *Journal of Contemporary History* 6 (1972), S. 129–148.
Zimmermann, Moshe, *Die Deutschen Juden 1914–1945*, München 1997.
Zionistisches Aktionskomitee (Hg.), *Max Nordaus Zionistische Schriften*, Köln/Leipzig 1909.
Zipperstein, Steven, *Elusive Prophet: Ahad Ha'am and the Origins of Zionism*, Berkeley 1993.

Personenregister

Sachregister

Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts

Herausgegeben vom Leo Baeck Institut London

unter Mitwirkung von
Michael Brenner, Astrid Deuber-Mankowsky, Sander Gilman,
Raphael Gross, Daniel Jütte, Miriam Rürup, Stefanie Schüler-Springorum
und Daniel Wildmann (geschäftsführend)

Die *Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts* ist eines der führenden Publikationsorgane für die Geschichte und Kultur des deutschsprachigen Judentums in Europa. Seit der ersten Veröffentlichung im Jahr 1959 sind mehr als 70 Monographien und Sammelbände in der Reihe erschienen.

Das Spektrum der Veröffentlichungen ist umfassend: So deckt die Reihe einen Zeitraum von der Aufklärung bis in die Moderne hinein ab, mit einem Schwerpunkt auf der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Beiträge vereinen klassische politik- und sozialgeschichtliche Ansätze mit modernen Entwicklungen aus den Bereichen der Intellectual History, Kulturgeschichte, Gender Studies, Körpergeschichte, Wissenschaftsgeschichte oder Musikwissenschaft. Unter den Autoren und Autorinnen der Reihe finden sich Namen wie Selma Stern oder Jacob Toury aus der Gründergeneration des Faches wie auch die gegenwärtigen Vertreter der Forschung wie Christian Wiese oder Simone Lässig.

ISSN: 0459-097X
Zitiervorschlag: SchrLBI



Mohr Siebeck
www.mohrsiebeck.com

